

Stand: 07.12.2025 18:50:01

Vorgangsmappe für die Drucksache 15/6309

"Gesetzentwurf der Staatsregierung über die Feststellung des Haushaltsplans des Freistaates Bayern für die Haushaltsjahre 2007 und 2008 (Haushaltsgesetz - HG - 2007/2008)"

Vorgangsverlauf:

1. Initiativdrucksache 15/6309 vom 02.10.2006
2. Plenarprotokoll Nr. 76 vom 17.10.2006
3. Beschlussempfehlung mit Bericht 15/6677 des HA vom 24.10.2006
4. Beschlussempfehlung mit Bericht 15/6624 des HA vom 25.10.2006
5. Beschlussempfehlung mit Bericht 15/6620 des HA vom 26.10.2006
6. Beschlussempfehlung mit Bericht 15/6678 des HA vom 26.10.2006
7. Beschlussempfehlung mit Bericht 15/6822 des HA vom 07.11.2006
8. Beschlussempfehlung mit Bericht 15/6933 des HA vom 08.11.2006
9. Beschlussempfehlung mit Bericht 15/6934 des HA vom 14.11.2006
10. Beschlussempfehlung mit Bericht 15/6935 des HA vom 15.11.2006
11. Beschlussempfehlung mit Bericht 15/6936 des HA vom 16.11.2006
12. Beschlussempfehlung mit Bericht 15/6942 des HA vom 16.11.2006
13. Beschlussempfehlung mit Bericht 15/7034 des HA vom 30.11.2006
14. Beschlussempfehlung mit Bericht 15/7041 des HA vom 30.11.2006
15. Beschlussempfehlung mit Bericht 15/7044 des HA vom 30.11.2006
16. Beschlussempfehlung mit Bericht 15/7047 des HA vom 01.12.2006
17. Beschlussempfehlung mit Bericht 15/7052 des HA vom 07.12.2006
18. Beschluss des Plenums 15/7087 vom 12.12.2006
19. Beschluss des Plenums 15/7088 vom 12.12.2006
20. Beschluss des Plenums 15/7089 vom 12.12.2006
21. Beschluss des Plenums 15/7091 vom 12.12.2006
22. Beschluss des Plenums 15/7093 vom 12.12.2006
23. Plenarprotokoll Nr. 82 vom 12.12.2006 (EPL 1)
24. Beschluss des Plenums 15/7095 vom 13.12.2006
25. Beschluss des Plenums 15/7097 vom 13.12.2006
26. Beschluss des Plenums 15/7099 vom 13.12.2006
27. Beschluss des Plenums 15/7101 vom 13.12.2006
28. Beschluss des Plenums 15/7103 vom 13.12.2006
29. Plenarprotokoll Nr. 83 vom 13.12.2006 (EPL 4)
30. Beschluss des Plenums 15/7105 vom 14.12.2006
31. Beschluss des Plenums 15/7107 vom 14.12.2006
32. Beschluss des Plenums 15/7109 vom 14.12.2006
33. Beschluss des Plenums 15/7113 vom 14.12.2006
34. Beschluss des Plenums 15/7115 vom 14.12.2006
35. Plenarprotokoll Nr. 84 vom 14.12.2006 (EPL 6)
36. Gesetz- und Verordnungsblatt vom 28.12.2006

Gesetzentwurf

der Staatsregierung

**über die Feststellung des Haushaltsplans des Freistaates Bayern für die
Haushaltsjahre 2007 und 2008 (Haushaltsgesetz – HG – 2007/2008)**

Der Entwurf des Haushaltsgesetzes und die Einzelpläne sind aus den
anhängenden „Acrobat-Dokumenten“ ersichtlich.

[Entwurf des Haushaltsgesetzes 2007/2008](#)

[Einzelplan 01 \(Landtag\)](#)

[Einzelplan 02 \(Staatskanzlei\)](#)

[Einzelplan 03 A \(Staatsministerium des Innern\)](#)

[Einzelplan 03 B \(Staatsministerium des Innern - Staatsbauverwaltung\)](#)

[Einzelplan 04 \(Staatsministerium der Justiz\)](#)

[Einzelplan 05 \(Staatsministerium für Unterricht und Kultus\)](#)

[Einzelplan 06 \(Staatsministerium der Finanzen\)](#)

[Einzelplan 07 \(Staatsministerium für Wirtschaft, Infrastruktur, Verkehr und Technologie\)](#)

[Einzelplan 08 \(Staatsministerium für Landwirtschaft und Forsten\)](#)

[Einzelplan 10 \(Staatsministerium für Arbeit und Sozialordnung, Familie und Frauen\)](#)

[Einzelplan 11 \(Bay. Oberster Rechnungshof\)](#)

[Einzelplan 12 \(Staatsministerium für Umwelt, Gesundheit und Verbraucherschutz\)](#)

[Einzelplan 13 \(Allgemeine Finanzverwaltung\)](#)

[Einzelplan 15 \(Staatsministerium für Wissenschaft, Forschung und Kunst\)](#)

76. Sitzung

am Dienstag, dem 17. Oktober 2006, 15.00 Uhr,
in München

Geschäftliches	5853	Verbesserung der Verkehrsverhältnisse der Gemeinden (Bayerisches Gemeindeverkehrsfinanzierungsgesetz – BayGVFG) (Drs. 15/6409) – Erste Lesung –
Geburtstagswünsche für den Abgeordneten Staatssekretär Dr. Otmar Bernhard	5853	Staatssekretär Georg Schmid 5878 Dr. Thomas Beyer (SPD) 5878 Eberhard Rotter (CSU) 5880 Dr. Christian Magerl (GRÜNE) 5880
Gesetzentwurf der Staatsregierung zur Änderung des Finanzausgleichsgesetzes und der Verordnung zur Durchführung des Gesetzes über den Finanzausgleich zwischen Staat, Gemeinden und Gemeindeverbänden (Finanzausgleichsänderungsgesetz 2007) (Drs. 15/6308) – Erste Lesung –		Verweisung in den Wirtschaftsausschuss 5881
und		Abstimmung über Anträge etc. , die gemäß § 59 Abs. 7 GeschO nicht einzeln beraten werden (siehe Anlage)
Gesetzentwurf der Staatsregierung über die Feststellung des Haushaltsplans des Freistaates Bayern für die Haushaltsjahre 2007 und 2008 (Haushaltsgesetz – HG – 2007/2008) (Drs. 15/6309) – Erste Lesung –		Beschlüsse 5881
Staatsminister Prof. Dr. Kurt Faltlhauser 5853, 5874 Jürgen Dupper (SPD) 5860 Engelbert Kupka (CSU) 5865 Thomas Mütze (GRÜNE) 5869, 5876, 5877		Bestellung von Mitgliedern des Landtags für den Landesdenkmalrat Beschluss 5882
Verweisung gem. § 148 GeschO in den Haushaltsausschuss	5877	Bestätigung eines Mitglieds für den Landesgesundheitsrat Beschluss 5882
Gesetzentwurf der Staatsregierung über Zuwendungen des Freistaates Bayern zur		Eingaben betreffend geplante jahrgangsübergreifende Klasse im Schuljahr 2006/2007 an der Grundschule Ebrach (Bl.0722.15) und

Bildung jahrgangsübergreifender Grundschulklassen zum Schuljahr 2006/2007 an der Volksschule Aurachgrund in Walsdorf (Bl.0732.15)

Mitteilung betreffend Nichtbehandlung der Eingabe
Bl.0732.15 im Plenum 5882

Simone Tolle (GRÜNE) 5882

Reinhard Pachner (CSU) 5884

Susann Biedefeld (SPD) 5884

Staatsminister Siegfried Schneider 5886

Beschluss 5887

Aufhebung der Immunität eines Mitglieds des
Bayerischen Landtags

Beschlussempfehlung des Verfassungsausschusses (Drs. 15/6423)

Beschluss 5887

Schluss der Sitzung 5887

(Beginn: 15.05 Uhr)

Präsident Alois Glück: Ich eröffne die 76. Vollsitzung des Bayerischen Landtags. Presse, Funk und Fernsehen haben um Aufnahmegenehmigung gebeten. Sie ist erteilt worden.

Liebe Kolleginnen und Kollegen, bevor wir in die Tagesordnung eintreten, darf ich mitteilen, dass Herr Staatssekretär Dr. Bernhard am 6. Oktober seinen 60. Geburtstag gefeiert hat. Im Namen des Hohen Hauses gratuliere ich Ihnen, Herr Staatssekretär. Als altgedientem Parlamentarier danke ich Ihnen sehr für die Mitarbeit im Hause in den verschiedensten Funktionen. Wir wünschen Ihnen alles Gute.

(Allgemeiner Beifall)

Ich rufe die Tagesordnungspunkte 1 a und 1 b zur gemeinsamen Beratung auf:

**Gesetzentwurf der Staatsregierung
zur Änderung des Finanzausgleichsgesetzes und der
Verordnung zur Durchführung des Gesetzes über
den Finanzausgleich zwischen Staat, Gemeinden
und Gemeindeverbänden (Finanzausgleichsänderungsgesetz 2007) (Drs. 15/6308)
– Erste Lesung –**

**Gesetzentwurf der Staatsregierung
über die Feststellung des Haushaltsplans des Freistaates Bayern für die Haushaltsjahre 2007 und 2008
(Haushaltsgesetz – HG – 2007/2008) (Drs. 15/6309)
– Erste Lesung –**

Ich eröffne die gemeinsame Aussprache und erteile zunächst Herrn Staatsminister Prof. Dr. Faltlhauser das Wort.

(Prof. Dr. Faltlhauser humpelt an Krücken ans Rednerpult – Franz Maget (SPD): Das ist schon eine mühsame Geschichte!)

Staatsminister Prof. Dr. Kurt Faltlhauser (Finanzministerium): Der Haushalt geht besser.

(Beifall bei der CSU – Franz Maget (SPD): Das war besser als der Haushalt! Eine größere Leistung!)

Herr Präsident, meine lieben Kolleginnen und Kollegen! Die finanzpolitische Landkarte in Deutschland könnte gegenwärtig nicht unterschiedlicher sein. Bayern schafft mit dem von mir vorzulegenden Gesetzentwurf des Doppelhaushaltes 2007 und 2008 zum zweiten Mal in Folge aus eigener Kraft einen ausgeglichenen Haushalt. Dagegen halten Berlin, Bremen und das Saarland die Hand auf und warten auf weitere Ergänzungszuweisungen des Bundes. Man darf gespannt sein, meine Damen und Herren, wie das Bundesverfassungsgericht übermorgen über die Klage dieser Länder entscheiden wird.

Ganz gleich wie dieses Urteil im Einzelnen aussehen wird, eines ist klar: So wie in der Vergangenheit kann es in Deutschlands öffentlichen Kassen nicht weitergehen. Sie in diesem Haus wissen, dass Bund, Länder und Gemeinden inzwischen täglich 200 Millionen Euro an Zinsen zahlen. Das entspricht ziemlich genau dem Betrag, den die beiden Münchner Eliteuniversitäten in den nächsten vier Jahren im Rahmen der Exzellenzinitiative erhalten. Ich möchte gerne hinzusagen: Diesen Universitäten – die eine ist auch die meine – herzliche Gratulation! Das ist ein unglaublicher Erfolg nicht nur der Universitäten, sondern auch der Reformanstrengungen des Freistaates Bayern.

(Beifall bei der CSU)

Im Jahr 2005 mussten Bund, Länder und Gemeinden trotz des historisch niedrigen Zinsniveaus jeden siebten Euro der Steuereinnahmen für Zinsen ausgeben. Bayern wird daher im Rahmen der zweiten Stufe der Föderalismusreform darauf drängen, dass die Neuordnung der Finanzbeziehungen zwischen Bund und Ländern bundesweit wieder zu soliden öffentlichen Haushalten führen wird.

Ich sage bei dieser Gelegenheit ganz deutlich: Ein nationaler Entschuldungsfonds ist mit uns nicht zu machen.

(Beifall bei der CSU)

Es kann nicht sein, liebe Kolleginnen und Kollegen in diesem bayerischen Parlament, dass hochverschuldete Länder über einen Entschuldungsfonds ihre angehäuften Altlasten den anderen, solide wirtschaftenden Ländern zuschieben.

(Zuruf von der CSU: Sehr richtig!)

Bayern müsste dann für Schulden aufkommen, die andere Länder in 30 Jahren aufgebaut haben, als Strafe gewissermaßen für seine nachhaltige sparsame Haushaltspolitik. Ich kann nur sagen: mit uns nicht!

(Beifall bei der CSU)

Wir stehen – das muss ich auch sagen, weil wir das jeden Tag immer wieder vorgehalten bekommen – zu unserer solidarischen Verantwortung. Bayern war letztes Jahr mit 2,2 Milliarden Euro im Länderfinanzausgleich und 1,7 Milliarden Euro im Umsatzsteuerausgleich in absoluten Beträgen der größte Nettozahler. Wir geben also – das muss man sich einmal klarmachen, liebe Kolleginnen und Kollegen – mehr als 10 % unseres jährlichen Haushaltsvolumens an andere Länder ab. Noch mehr ist dem bayerischen Steuerzahler nicht zuzumuten.

(Beifall bei der CSU)

Es wird immer gesagt: Ihr Bayern solltet doch daran denken, dass ihr in der Nachkriegsgeschichte hochgepöppelt worden seid. Seit 1950 – richtig – hat Bayern aus dem Länderfinanzausgleich insgesamt 3,4 Milliarden Euro

erhalten, inzwischen aber 20,5 Milliarden Euro, also das Sechsfache, wieder zurückbezahlt.

Das zeigt: Bayern hat den anderen gegenüber mittlerweile genug Solidarität bewiesen.

(Beifall bei der CSU)

Im Übrigen: Ich stelle den gegenwärtigen, schwierig errungenen Kompromiss des jetzigen Länderfinanzausgleichs nicht infrage, wie es andere tun. Aber das ist es dann auch! Wie gesagt, ein Schuldentopf kommt nicht infrage.

Wir meinen aber, dass alle Gebietskörperschaften disziplinierter an die Haushaltslage herangehen sollten. Wir werden daher die Einführung eines Frühwarnsystems zur Vermeidung von Haushaltskrisen verlangen. Ein solches Frühwarnsystem soll helfen, die inzwischen bedrohlich angewachsene Neuverschuldung in Deutschlands öffentlichen Haushalten nachhaltig einzudämmen.

Meine Damen und Herren, dieses Land Bayern ist bundesweit mittlerweile in der Haushaltsführung Vorbild geworden. Im bayerischen Staatshaushalt haben wir die mit Abstand geringste Pro-Kopf-Verschuldung – Sie wissen das: 1852 Euro –, die niedrigste Zinslastquote und – verglichen mit anderen westlichen Flächenländern – gleichzeitig auch die höchste Investitionsquote – bei allen Problemen, auf die ich noch zu sprechen kommen werde.

Mit seinem ausgeglichenen Haushalt 2006 ist Bayern der Vorreiter einer neuen Stabilitätskultur in Deutschland. Mit dem vorgelegten Regierungsentwurf des Doppelhaushalts 2007/2008 setzt die Bayerische Staatsregierung ihren finanzpolitischen Erfolgskurs fort. Wir werden also im Jahre 2008 zum dritten Mal in Folge einen ausgeglichenen Haushalt ohne einen Cent Nettoneuverschuldung haben. Bayerns Zinslastquote, meine Damen und Herren, wird in dieser Zeit, also bis 2008, auf 2,8 % sinken. Bei anderen steigt sie radikal. Ich kann mit Blick auf den SPD-Vorsitzenden nicht verschweigen: Die Zinslastquote in Rheinland-Pfalz steigt im Jahr 2008 auf 9,7 %. Man sollte also erst einmal seine Hausaufgaben machen, bevor man laute Bemerkungen macht.

Inzwischen sind sieben Länder dem Beispiel Bayerns gefolgt und haben sich auf einen Zeitpunkt festgelegt, bis zu dem sie einen ausgeglichenen Haushalt ohne Neuverschuldung vorlegen wollen. Ich kommentiere nicht, wie wahrscheinlich das in dem einen oder anderen Land ist; das werden wir sehen. Der Weg Bayerns – meine Damen und Herren, das wissen Sie besser als andere – zum ausgeglichenen Haushalt 2006 war und – ich unterstreiche das – ist steinig. Von der Einnahmeseite aus gesehen kommen wir aus einem Tal der Tränen: Bis einschließlich Mai letzten Jahres endeten die Steuerschätzungen neunmal in Folge im Minus. Das ist eine Kaskade des Steuerverfalls. Die Einnahmeausfälle von Bund, Ländern und Gemeinden in den Jahren 2001 bis 2005 summieren sich alles in allem auf 475 Milliarden Euro. Das entspricht dem gesamten Steueraufkommen eines ganzen Jahres. Das ist das Tal seit 2001.

Von einem derartigen Einnahmeausfall blieb in Deutschland kein öffentlicher Haushalt verschont. Nur wenige haben in diesem Land dann Kurs gehalten. Viele haben die Augen verschlossen. Die Folge war ein Anstieg der entsprechenden Neuverschuldung. Wir haben uns nicht von diesem Steuerrückgang beeindrucken lassen. Wir haben unser Ausgabeverhalten den sinkenden Einnahmen angepasst. So schlicht es klingt: Deutlich sinkende Einnahmen ist gleich deutlich heruntergedrückte Ausgaben.

In einer beispiellosen Kraftanstrengung, für die ich mich immer noch und noch einmal auch bei dieser Fraktion bedanke, haben wir uns vor allem im Nachtragshaushalt 2004 ein Einsparvolumen von über 2 Milliarden Euro erarbeitet, das fortwirkt. Dieser Sparkurs, liebe Kolleginnen und Kollegen von der Opposition, ist für uns, für dieses Land ohne Alternative.

Hätten wir entsprechend den Wünschen der SPD-Landtagsfraktion auf Einsparungen verzichtet, hätten wir – das kann man sich präzise ausrechnen – in den Jahren 2006 und 2007 eine Neuverschuldung von 2 1/2 Milliarden Euro pro Jahr mehr. Der ausgeglichene Haushalt ohne Neuverschuldung wäre damit in weite Ferne gerückt. Stattdessen wäre durch die zusätzliche Verschuldung die Zinslast um jährlich 100 Millionen Euro gestiegen; schon im Jahr 2007 hätten wir eine zusätzliche Zinslast von 300 Millionen Euro gehabt.

Das ist die Realität! Deswegen wundert es mich, dass ich jetzt in den Zeitungen lese, auch heute, dass Kollege Maget sagt: Na, jetzt kommen mehr Steuern herein – heraus damit! Geben wir's doch aus! – Ich glaube, er hätte doch aus der Vergangenheit lernen sollen, dass man so keine solide Haushaltspolitik machen kann.

(Beifall bei der CSU)

Jetzt, wo sich die Einnahmen wieder positiv entwickeln, beginnt aber – das sehen Sie schon an der Einlassung des Kollegen Maget – die schwierigste Phase für eine nachhaltige Haushaltspolitik.

(Zuruf von der SPD: Sie!)

Denn mancher Fachpolitiker – to whom it may concern – und die Öffentlichkeit sehen die günstige Einnahmeentwicklung bei den monatlichen Steuereinnahmen, die nach wie vor sehr volatil, also sehr schwankend ist, und meinen, jetzt könne man den strengen Winter vergessen und auf Frühling setzen, sprich: auf Ausgaben.

Meine Damen und Herren, vergessen wir dabei nicht, dass diese Mehreinnahmen allenfalls helfen, die Nachwirkungen der vorhergehenden Steuerausfälle abzumildern. Wir haben in diesem Jahr noch nicht die Einnahmesituation des Jahres 2000 wieder erreicht. Das ist die Realität! Schauen Sie sich die Zahlen an, die ich Ihnen ausgereicht habe; da können Sie es nachvollziehen.

Bei der Veranschlagung der Steuereinnahmen im Doppelhaushalt 2007/2008 haben wir die günstige Ist-Entwicklung bereits berücksichtigt:

Ausgehend von der Mai-Steuerschätzung und unter Berücksichtigung der Auswirkungen des Steueränderungsgesetzes 2007, der ab 2008 geplanten Unternehmenssteuerreform und der bisherigen Ist-Entwicklung sieht der Regierungsentwurf Steuereinnahmen in Höhe von 28,4 Milliarden Euro in 2007 und 29 Milliarden Euro in 2008 vor. Verglichen mit den jeweiligen Ansätzen der Vorjahre ist dies eine Steigerung von 8,7 % im Jahre 2007 und 2,2 % im Jahre 2008. Das ist insbesondere in 2007 auf die Erhöhung der Umsatzsteuer zurückzuführen. Die für 2007 veranschlagte Steigerung bei den Steuereinnahmen um 2,3 Milliarden Euro bzw. 8,7 % hat eine solide Grundlage, aber das ist auch die oberste Grenze des Veranschlagbaren. Also denjenigen, die sagen, da gehen wir in der Schätzung noch ein klein wenig höher, dann wird es schon, dann haben wir mehr Spielraum für schöne Ausgaben, antworte ich: Das ist nicht vertretbar, das ist nicht seriös!

Dieser Regierungsentwurf hat politisch gesehen drei Kernelemente, meine Damen und Herren:

Erstens: Wir führen den ausgeglichenen Haushalt fort, beenden das also nicht mit einer Punktlandung in 2006, sondern dieses Prinzip gilt für 2007 und 2008 genauso.

Zweitens: Wir investieren gezielt in Bayerns Zukunft mit entsprechenden Schwerpunkten. Politik heißt Schwerpunktsetzung, und Schwerpunktsetzung heißt: Das will ich, und das andere muss dann zurückstehen. Das bedeutet auch, dass man politischen Mut haben muss.

Drittens: Wir stärken unsere Kommunen über einen Finanzausgleich, der weit stärker wächst als der Staatshaushalt insgesamt.

Zum ersten Kernelement: Unser Haushalt wird, wie ich bereits gesagt habe, bis zum Jahre 2008 ohne eine Kreditermächtigung auskommen. Es sieht schön aus, wenn man die Nullen in den folgenden Jahren sieht; das ist zumindest ein optisches Vergnügen für den Finanzminister.

Keine neuen Schulden, keine zusätzlichen Zinslasten, keine Verschiebungen zulasten künftiger Generationen! Der ausgeglichene Haushalt ist keine Eintagsfliege, sondern Programm und Verpflichtung für die Zukunft.

Die zweite Kernbotschaft dieses Doppelhaushaltes lautet: Wir investieren. Wir setzen den Dreiklang der Regierungserklärung des Ministerpräsidenten vom 6. November 2003 konsequent um: Wir sparen, um den ausgeglichenen Haushalt sicherzustellen; wir reformieren und reformieren, um so die Grundlagen für ausgeglichene Haushalte in der Zukunft zu legen; und wir investieren gezielt in die Zukunft Bayerns.

Dabei fällt mir auf – diese Bemerkung erlaube ich mir –, dass sich die Oppositionsparteien in ihrer eigenen Strategie nicht so ganz einig sind. Die GRÜNEN monieren in ihrem Papier, das mir aus ihrer Pressekonferenz vorliegt, Faltlhauser gebe zu viel aus und gehe über die vom Finanzplanungsrat vorgesehene Ein-Prozent-Begrenzung hinaus, er müsste eigentlich mehr sparen. – Herr Maget

von der SPD sagt: Der gibt viel zu wenig aus, raus mit dem Geld! – Also, eine geschlossene Opposition ist das nicht.

(Dr. Sepp Dürr (GRÜNE): Hauptsache, die Regierung ist geschlossen! – Maria Scharfenberg (GRÜNE): Die Opposition muss sich nicht absprechen!)

– Wenn ich mit Ihrer Genehmigung fortsetzen darf: Ich möchte den GRÜNEN Folgendes sagen: Dieses eine Prozent vom Finanzplanungsrat, das Sie anmahnen, ist für den bayerischen Finanzminister in der Praxis irrelevant. Es gibt eine Ein-Prozent-Begrenzung bei den Ausgaben. Warum? – Weil man die Nettoneuverschuldung herunterdrücken will. Damit sollen die Länder gemahnt werden, nicht zu viel auszugeben, damit sie ihre Schulden verringern. Wer aber einen ausgeglichenen Haushalt hat, der kann bei den Ausgaben auch ein Wachstum von 10 % haben, wenn er es trägt. Das ist das, was wir mit unserer Sparpolitik errungen haben. Wer das nicht versteht, hat die Philosophie des ganzen Vorgangs nicht kapiert.

(Beifall bei Abgeordneten der CSU)

Das ist doch der Punkt.

(Zuruf des Abgeordneten Dr. Sepp Dürr (GRÜNE))

– Mir ist bei diesem Punkt gar nicht so lustig zumute, Herr Fraktionsvorsitzender. Das, was ich hier sage, belegt zum Beispiel auch das aktuelle Ranking zur Wirtschaftskraft und zu den Perspektiven der Bundesländer, das die „Wirtschaftswoche“ Mitte September 2006 veröffentlicht hat. Ich will das zitieren:

Der Freistaat Bayern punktet mit Lebensqualität, hohem Wohlstand und einer formidablen Wirtschaftsstruktur, hier sind die Schulden niedrig und die Chancen auf einen Job hoch.

Meine Damen und Herren, das ist, in einem Satz zusammengefasst, unsere Philosophie. Wir können nicht auf der einen Seite im Haushalt großzügig sein und andererseits auf eine schöne Lebensqualität oder auf eine formidable Wirtschaftsstruktur hoffen. Das gehört alles zusammen. Wir haben in Zukunft keine formidable Wirtschaftsstruktur, wenn wir in diesem Land nicht dauerhaft solide wirtschaften.

Nach der in der „Wirtschaftswoche“ abgedruckten Studie steht Bayern mit seiner Wirtschafts- und Leistungskraft im Ländervergleich auch bei der Dynamik an erster Stelle. Ich sage das, weil das immer wieder so hervorgehoben wird. Ich habe gelesen, dass das Saarland plötzlich das dynamischste Land sein soll. Aber die gehen dann zum Kadi und wollen Geld von uns. Also, ich nehme das nicht so sehr ernst.

Ich glaube, der Befund in der „Wirtschaftswoche“ zeigt, dass Bayern Zukunftspotenzial wie kein anderes Land in

der Bundesrepublik Deutschland hat. Hier setzen wir im Doppelhaushalt 2007/2008 mit unserem Programm „Investieren in Bayerns Zukunft“ an. Unser Programm hat einen Umfang von 758 Millionen Euro, also einer Dreiviertelmilliarde. Es wird gespeist – das sage ich den GRÜNEN – aus zusätzlichen Haushaltsmitteln – man könnte auch etwas anderes mit diesen Mitteln anfangen, aber wir setzen sie für unsere Schwerpunkte ein – und zusätzlichen 303 Millionen Euro aus Privatisierungserlösen.

Von diesem Gesamtbetrag werden 291 Millionen Euro für Hochschulen, Bildung und Wissenschaft verwendet. Das ist ein Schwerpunkt in diesem Land, eine tragende Säule dessen, was wir auch in der Zukunft gestalten wollen. Der Erfolg vom Freitag hat uns gezeigt, wohin wir mit einer solchen Politik kommen: Wir sind an der Spitze der Bundesrepublik Deutschland.

Der zweite Schwerpunkt sind Kinder und Familien mit einem Volumen von insgesamt 46 Millionen Euro. Für die innere Sicherheit, die in Bayern unter meinem Kollegen Beckstein besonders gut aufgehoben ist, wenden wir ein Volumen von 198 Millionen Euro auf und für den ländlichen Raum mit seinen Ausgabeschwerpunkten 183 Millionen Euro.

Lassen Sie mich auf diese Schwerpunkte etwas näher eingehen.

Das Programm „Investieren in Bayerns Zukunft“ heißt vor allem: Bildung hat in Bayern oberste Priorität! – Das ist so, weil wir wissen, dass eine gute Schulbildung und eine gute Ausbildung für die persönlichen Chancen jedes Einzelnen, aber eben auch für die Zukunft unseres Landes insgesamt von entscheidender Bedeutung sind.

Aus diesem Grund schaffen wir für die bayerischen Schulen in den Jahren 2007 und 2008 insgesamt 784 – ich wiederhole: 784 – zusätzliche Lehrerstellen in allen Bereichen, in Gymnasien, Realschulen, Förderschulen und beruflichen Schulen.

(Dr. Sepp Dürr (GRÜNE): Wo bleiben die Hauptschulen?)

Darüber hinaus werden auch die in den letzten Jahren zusätzlich bereitgestellten Haushaltsmittel für insgesamt 700 Lehrkräfte in voller Höhe weitergewährt. Insgesamt geht es also um 1484 Lehrkräfte.

Im Papier der GRÜNEN lese ich nun: Um Gottes willen, die schichten ja um, welch ein Verbrechen! – Es stimmt, es werden Lehrerstellen von der Volksschule in die weiterführenden Schulen umgeschichtet. Wir tun dies, weil zu unserem Bedauern die Zahl der Kinder immer geringer wird. Wollen Sie denn, dass in der Volksschule die Zahl der Lehrer gleichbleibt, obwohl wir die Lehrer anderswo besser gebrauchen könnten? Politik heißt, Prioritäten zu setzen. Wir setzen die Prioritäten so, dass wir die knappen Mittel, die wir haben, dort einsetzen, wo wir sie wirklich brauchen.

(Beifall bei der CSU)

Deshalb nehmen wir diese Umschichtung vor.

Wir haben in den Jahren seit 2001, also in der Phase, in der wir drastisch abnehmende Steuereinnahmen hatten, gleichwohl 6000 Lehrerkapazitäten zusätzlich geschaffen. Ich höre große Meldungen aus anderen Ländern. Meine Damen und Herren, diese 6000 zusätzlichen Lehrerkapazitäten in den letzten sechs Jahren gibt es in keinem einzigen anderen Land. Deshalb sind wir auch in diesem Bereich Spitze.

Spitze sind wir auch in den Unis, wie wir schon gehört haben.

(Abgeordneter Markus Sackmann (CSU) humpelt an zwei Krücken durch den Plenarsaal und nimmt seinen Abgeordnetenplatz ein – Allgemeine Heiterkeit und Unruhe)

– Willkommen, Herr Kollege.

(Franz Maget (SPD): Jetzt wird es langsam Zeit!)

– Wir sollten gemeinsam der Opposition sagen, dass wir zwar einen Beinbruch hinter uns haben, aber nicht auf den Kopf gefallen sind.

(Heiterkeit und Beifall bei der CSU)

Damit sich Bayerns Universitäten in der Exzellenzinitiative ein Fördervolumen von insgesamt 164 Millionen Euro sichern können, haben wir im Regierungsentwurf insgesamt 41 Millionen Euro an zusätzlichen Landesmitteln vorgesehen. Außerdem finanzieren wir 150 zusätzliche Stellen; das Hochschulbauprogramm wird mit insgesamt 140 Millionen Euro aus Privatisierungserlösen fortgesetzt. Ich glaube, das ist ein guter Beitrag. 50 Millionen Euro setzen wir zur Modernisierung der Unikliniken zusätzlich ein, und zusätzlich 10 Millionen Euro investieren wir in die Beschaffung von Großgeräten an den Universitäten, die auch als grundstockskonform gelten.

Ein entscheidender Beitrag für zusätzliche Verbesserungen an Bayerns Hochschulen kommt künftig auch von den Studierenden selbst.

(Unruhe – Glocke des Präsidenten)

Die erstmals im Doppelhaushalt 2007/2008 veranschlagten Einnahmen aus den ab dem Sommersemester zu entrichtenden Studienbeiträgen belaufen sich auf jährlich 150 Millionen Euro – so ist es im Haushalt ausgewiesen – und kommen der Verbesserung der Studienbedingungen zugute. Mir ist also nicht nur die Förderung von Exzellenz und Elite wichtig, sondern durch diese Mittel haben wir zusätzliche Möglichkeiten der Studienbetreuung gewissermaßen für den „intellektuellen Breitenport“, der, wie ich weiß, an den Universitäten teilweise etwas unterentwickelt ist. In dieser Richtung setzen wir wirklich gute Akzente. Ich sage Ihnen voraus, dass es künftig kein Land mehr geben wird, das keine Studiengebühren erhebt.

Einen weiteren Schwerpunkt bilden Kinder und Familien. Mir ist dabei eine Zahl besonders wichtig. Sie wissen, dass die CSU-Fraktion aufgrund des gesellschaftlichen Wandels einen weiten Weg in der Kinderbetreuung gegangen ist. Auch das ist ein Zeichen politischer Kraft. Wir haben für das Jahr 2008 in diesem Doppelhaushalt einen Betrag von 585 Millionen Euro für die Kinderbetreuung stehen. Mehr als eine halbe Milliarde! Ein Vergleich mit dem sehr geringen Betrag, den wir früher hierfür aufgebracht haben, zeigt die Handlungsfähigkeit und die Schwerpunktsetzungsfähigkeit dieser Staatsregierung und der Mehrheitsfraktion.

Traditionell ist die innere Sicherheit in Bayern ein besonderer Schwerpunkt. Mit fast 200 Millionen Euro für die Sicherheitsstruktur unseres Landes haben wir einen besonders notwendigen Schwerpunkt geschaffen. Dabei finanzieren wir die Einführung des BOS-Digitalfunks mit 75 Millionen jährlich, das heißt, zweimal 75 Millionen, und stärken die Sachmittel der Polizei mit zusätzlich 40 Millionen Euro. Das ist ein Betrag, der sich wirklich sehen lassen kann.

(Unruhe – Glocke des Präsidenten)

Ein weiterer Schwerpunkt ist das, was wir in den letzten zwei Jahren zunehmend thematisiert haben, nämlich die Förderung des ländlichen Raumes. Ministerpräsident Edmund Stoiber hat es klar und deutlich vorgegeben – ich zitiere: „Politik für ein starkes Bayern in allen Landesteilen – das ist unser gemeinsames Ziel.“

Daraus muss man natürlich auch die erforderlichen Schlussfolgerungen ziehen, und deshalb investieren wir in den ländlichen Raum als dem vierten Zukunftsfeld eine ganze Menge Geld. Mit zusätzlichen 42 Millionen Euro in beiden Jahren setzen wir unser Hochwasserschutzaktionsprogramm um, sodass wir bis zum Jahr 2020 – es handelt sich hier schließlich um eine langfristig angelegte Angelegenheit – Gesamtinvestitionen in Höhe von insgesamt 2,3 Milliarden Euro haben werden. Bezogen auf die Jahre 2006 bis 2008 sind das immerhin durchschnittlich 150 Millionen Euro jährlich. Damit haben Sie eine Vorstellung von der Größenordnung, die wir hier bewegen.

Für den Staatsstraßen- und Brückenbau sieht der Regierungsentwurf in den Jahren 2007 und 2008 zusätzliche Mittel in Höhe von insgesamt 66 Millionen Euro vor.

(Zuruf von der SPD)

Damit sind für den Staatsstraßenbau jährlich jeweils 160 Millionen Euro veranschlagt, Herr Kollege. Darin ist nicht enthalten – das muss ich hinzufügen – das Sonderprogramm für den Brückenbau, das sogenannte Public-Private-Partnership-Programm, um zusätzlich schnelle Umsetzungsmaßnahmen zu ermöglichen.

Wenn es um die Förderung des ländlichen Raumes geht, Herr Kollege Brunner, ist natürlich auch die Landwirtschaft angesprochen. Faktum ist, dass die Europäische Union ihre Mittel für Bayerns Landwirte in der zweiten Säule der kommenden EU-Förderperiode für die Jahre 2007 bis 2013 erheblich kürzen wird. Es handelt sich

dabei im Jahre 2007 um eine Kürzung um 80 Millionen Euro und im Jahre 2008 um 85 Millionen Euro gegenüber 2006.

(Dr. Sepp Dürr (GRÜNE): Da haben Sie zugestimmt!)

– Wie immer es sei.

(Lachen bei der SPD und bei den GRÜNEN)

Es geht um die Kürzung von EU-Mitteln in großem Umfang aufgrund der Entwicklung der Europäischen Union, und es steht mir nicht zu, einzelne politische Entscheidungen der Europäischen Union zu beurteilen.

(Zuruf des Abgeordneten Dr. Sepp Dürr (GRÜNE))

Ich will hier nur darlegen, welche Schlussfolgerungen wir daraus zu ziehen haben. Eine erste Schlussfolgerung könnte durchaus sein zu sagen, wenn die Kofinanzierung von der Europäischen Union nicht mehr kommt, kann ich meine Kofinanzierung auf Landesebene auch nicht mehr zur Verfügung stellen; denn die Geschäftsgrundlage ist die gemeinsame Finanzierung. Aber dies haben wir genau in diesem Haushalt nicht gemacht. Wir haben unsere Kofinanzierung beibehalten und die Landesmittel ungekürzt in den Haushaltsentwurf eingestellt.

Allerdings will ich Folgendes hinzufügen: Einen von dem einen oder anderen Landwirtschaftsvertreter geforderten vollen Ersatz der europäischen Mittel kann es nicht geben – das ist undenkbar, und zwar aus grundsätzlichen Erwägungen und auch aus Gründen der Größenordnung. Wir können doch nicht das, was andere einsparen, unsererseits ganz selbstverständlich mit den bescheidenen Mitteln eines Landeshaushalts auffangen. Das gilt übrigens auch für den Bund. Wer dies erwartet, hat völlig falsche Vorstellungen von den finanziellen Möglichkeiten dieses Landes. Im Übrigen erzogen wir dann die anderen Ebenen nur dazu zu sagen: Wir können ruhig kürzen; denn die Bayern machen das schon selbst. So kann das nicht laufen, meine Damen und Herren, das ist keine seriöse Politik, und deshalb können wir das auch nicht voll ersetzen.

(Dr. Thomas Beyer (SPD): Hört, hört!)

Wir haben jedoch im Regierungsentwurf zusätzlich 20 Millionen Euro pro Jahr für die einzelbetriebliche Investitionsförderung zukunftsorientiert eingestellt, Herr Kollege, und zusätzlich noch einmal 5 Millionen pro Jahr für die Dorferneuerung. Schauen wir mal, dann sehen wir es schon, Herr Kollege.

Das dritte Kernelement dieses Doppelhaushalts besteht aus der Stärkung unserer Kommunen. Entsprechend der Einigung mit den kommunalen Spitzenverbänden am 27. Juli 2006 werden die Leistungen aus dem kommunalen Finanzausgleich im Jahre 2007 erstmals die 6-Milliarden-Euro-Grenze überschreiten. 6 Milliarden für den kommunalen Finanzausgleich!

Die reinen Landesleistungen des kommunalen Finanzausgleichs werden sich um über 300 Millionen Euro bzw. 6,2 % auf über 5,4 Milliarden Euro erhöhen. Damit – das ist die eigentliche Nachricht, liebe Kolleginnen und Kollegen – liegt das Wachstum des kommunalen Finanzausgleichs im nächsten Jahr um mehr als vier Prozentpunkte über dem angestrebten Wachstum des Staatshaushalts. Das ist eine wirkliche großzügige und breit angelegte finanzielle Förderung der Kommunen. Ich darf noch etwas hinzufügen: Wir haben mittlerweile eine weitere Steuerentwicklung. Die Steuerverbünde sind noch etwas besser ausgestattet; wir werden in den Schlussabrechnungen noch etwas höher liegen und dabei nahezu an eine siebenprozentige Steigerung der Landesleistungen herankommen.

Der kommunale Finanzausgleich im kommenden Jahr enthält dabei vor allem strukturelle Punkte und Veränderungen.

Der Freistaat übernimmt 2007 die Hälfte der von den bayerischen Kommunen aufzubringenden Solidarumlage netto; ab dem Jahre 2008 entlasten wir die Kommunen voll von der Solidarumlage. Das muss ich nicht tun. Das haben wir vereinbart. Damit habe ich die Grenzziehung zwischen der finanziellen Verantwortlichkeit des Landes und der Kommunen nachhaltig und dauerhaft zugunsten der Kommunen verschoben.

(Dr. Thomas Beyer (SPD): Nicht so sehr!)

Das Gleiche gilt bei der Anhebung des Kommunalanteils am allgemeinen Steuerverbund von ehemals 11,6 % auf jetzt 11,7 %. Das sieht so aus, als wäre das lediglich eine kleine Verschiebung, aber das ist auf die Dauer sehr viel Geld, auf das die Kommunen garantiert setzen können. Damit haben die Kommunen mehr freie Deckungsmittel zur Verfügung als je zuvor.

Hinzu kommen 5 Millionen zusätzliche Mittel für die Bedarfszuweisungen in Höhe von insgesamt 20 Millionen Euro. Das kommt zusätzlich zu den Schlüsselzuweisungen. Mir ist es deshalb wichtig, diese Mittel zur Verfügung zu haben, weil es Kommunen gibt, die kaum leben können und die sich nur sehr schwer bewegen können. Da wirkt sich die Erhöhung der Bedarfszuweisungen wirklich segensreich aus.

Zugunsten der Bezirke wird erneut der Sozialhilfeausgleich um 25 Millionen auf jetzt 565 Millionen Euro angehoben.

Ein weiterer wichtiger Punkt ist die Stärkung der Investitionen mit zusätzlich 102 Millionen Euro. Meine Damen und Herren, das ist insgesamt ein Paket, das sich nicht nur sehen lassen kann, sondern das für die Kommunen auch sensationell ist.

(Zuruf von der SPD: Na, na!)

Das haben die Kommunen auch gesagt. Dazu habe ich lediglich von der Opposition kritische Anmerkungen gehört. Das ist natürlich verständlich. Aber die kommunalen Spitzenverbände haben schriftlich und mündlich in

außergewöhnlicher Weise betont, dass es ein fairer und guter Finanzausgleich sei. Ich glaube, das zeigt den Schulterchluss dieser Bayerischen Staatsregierung mit ihren Kommunen.

(Beifall bei der CSU)

Das, was Sie hier verbreiten, wird durch die Zahlen widerlegt. Das ist mir wichtig festzustellen.

Ich will noch hinzufügen – weil mir die Zahlen gerade vorliegen –, dass die Kommunen in den Jahren 2003 bis 2005 bei ihren Steuereinnahmen eine Steigerung von insgesamt 20 % verzeichnen konnten. Beim Freistaat Bayern betrug der Zuwachs lediglich 3,6 %. 20 % einerseits und 3,6 % andererseits, das zeigt deutlich die erfreuliche Entwicklung bei den kommunalen Finanzen. Bei der Gewerbesteuer netto übrigens stieg in Bayern der Ertrag zwischen 2003 und 2005 um 65 %. Von dieser Grundlage gehen die Kommunen aus, und hier haben wir mit unseren Entscheidungen für den kommunalen Finanzausgleich unsere kommunalfreundliche Haltung obendrein gezeigt.

Ich will nun noch ein Wort zum Finanzplan sagen. Hier geht es um die mittelfristige Entwicklung. Die Steuereinnahmen des Freistaates Bayern werden nicht zuletzt aufgrund der Erhöhung der Umsatzsteuer in den nächsten Jahren zwar steigen, doch wenn Sie den Finanzplan bis zum Jahre 2010 genau ansehen, werden Sie feststellen, dass wir uns in den nächsten Jahren unter keinen Umständen zurücklehnen können, sondern dauerhaft und nachhaltig an einem strukturell ausgeglichenen Haushalt arbeiten müssen.

Die Steuerdeckungsquote, eine wichtige Kennzahl, wird voraussichtlich auch noch im Jahre 2010 unterhalb der des Jahres 2000 liegen. Das Tal ist so groß, dass wir nur schwer wieder aufholen. Nach der aktuellen Finanzplanung wird die Einnahmeentwicklung zeigen, dass wir in den Jahren 2009 und 2010 noch einen erklecklichen Konsolidierungsbedarf haben.

Das bedeutet: Wer langfristige seriöse Haushaltspolitik betreiben will, muss auch jetzt, in Zeiten steigender Steuereinnahmen, auf die nächsten Jahre blicken. Die Hochrechnungen, die wir Ihnen vorgelegt haben, zeigen, dass wir zusätzliche Einnahmen zur Konsolidierung verwenden müssen und nicht gleich wieder Ideen entwickeln dürfen, wie wir das Geld ausgeben wollen. Das können die anderen Länder tun. Wir sollten es, bitte schön, nicht so machen.

Abschließend eine Bemerkung zu den Äußerungen der GRÜNEN zur mittelfristigen Finanzplanung: In der mittelfristigen Finanzplanung stehe nicht, wie wir die dritte Startbahn des Münchener Flughafens finanzieren. – Ja, halten zu Gnaden! Diese dritte Startbahn muss die GmbH selbst zahlen.

(Franz Maget (SPD): So ist es!)

Dies ist die Erwartung des Staats, des Bundes und auch des bayerischen Finanzministers, der dem Aufsichtsrat vorsitzt. Mittel hierfür sind im Haushalt nicht vorzusehen.

Und wollen Sie etwa jetzt schon etwas zur Finanzierung des Transrapid hineinschreiben, wo sich doch der Bund noch mit keinem einzigen Wort dazu geäußert hat, ob er Zusagen über die genannten 550 Millionen Euro hinaus geben wird?

(Zuruf des Abgeordneten Thomas Mütze (GRÜNE))

Sie können erst eine Haushaltsplanung machen, wenn Sie feste Grundlagen haben. Märchenbuchplanungen mache ich nicht. Deswegen steht davon noch nichts im Haushalt.

(Zuruf des Abgeordneten Thomas Mütze (GRÜNE))

Wir werden uns anstrengen müssen, aber ich glaube, wir werden das bewältigen können.

Die Steuerdeckungsquote steigt, wie gesagt, Gott sei Dank wieder, wird aber im Jahr 2010 in der mittelfristigen Finanzplanung immer noch unterhalb des Jahres 2000 liegen.

Nun komme ich das dritte Mal in meiner Rede an diese Stelle. Ab 2001 sind die Steuern so stark nach unten gegangen, dass wir trotz aller Erholungen noch immer nicht – auch nicht im Jahr 2010 – die Steuerdeckungsquote des Jahres 2000 erreichen werden. So groß war der Einbruch. Ich verzichte auf irgendeine Polemik gegenüber der vergangenen Bundesregierung; aber das lag nicht in der Verantwortlichkeit der vorhergehenden Bundesregierung.

Meine Damen und Herren, natürlich verwenden wir mittelfristig für den Ausgleich des Haushalts auch Privatisierungserlöse – wie im Übrigen alle anderen auch. Sie kritisieren das immer sehr. Aber in der letzten Bundesregierung von SPD und GRÜNEN wurden regelmäßig zweistellige Privatisierungserlöse dazu verwendet, den Haushalt einigermaßen auszugleichen.

(Zuruf des Abgeordneten Thomas Mütze (GRÜNE))

Auch Herr Beck macht das mit Freude und Pfälzer Frohsinn. Unser Ergeiz – ich wiederhole mich – muss darin liegen, dass wir die Verwendung von Privatisierungserlösen möglichst gering halten, um auf diese Weise langfristig, für die Zukunft dieses Landes, Reserven zu haben.

Meine Damen und Herren, lassen Sie mich resümierend sagen:

Erstens wird dieser Haushalt auf Mehreinnahmen aus der Anhebung der Mehrwertsteuer nicht verzichten können. Das ist Meinung aller Finanzminister, dies ist Auffassung der Bundesregierung, dies ist Auffassung des Bundesfinanzministers. Wir haben diese Mehrwertsteuererhöhung nicht aus Jux und Tollerei beschlossen, sondern zur Kon-

solidierung der Haushalte. Dies gilt auch für den bayerischen Haushalt.

Zweitens. Wir bedürfen weiterhin aller Konsolidierungsanstrengungen, damit wir im Dreiklang aus Sparen, Reformieren und Investieren Kurs halten können.

Gleichzeitig ist es unsere Zielsetzung, die Investitionsquote wieder zu erhöhen. Eine Investitionsquote von 12,5 % im Jahre 2007 ist zwar mit Abstand die beste in allen westlichen Flächenländern – der Bund liegt bei nur 8,8 % –, aber das ist kein Vorbild. Wir wollen wieder nach oben.

Das heißt aber gleichzeitig, dass bei jeder einzelnen Entscheidung für konsumtive Zwecke, seien es Lehrer oder seien es Sachausgaben, gut überlegt wird: Das beschädigt unter Umständen die Investitionsquote.

Meine Damen und Herren, die Dynamik der Personalausgaben beschäftigt mich sehr. Mittelfristig, ab 2009, werden wir bei 44 % angelangt sein. Dies simpel mit anderen Ländern zu vergleichen, ist im Übrigen völlig unsinnig. Bei einer Zinsausgabenquote von 10 % ist logischerweise auch die Personalausgabenquote niedriger. Bei einer Zinsausgabenquote von 2,8 % wird im Jahr 2008 die Personalausgabenquote statistisch höher sein. Aber im Vergleich und in der Entwicklung ist dies eine beachtliche Größenordnung, die mir und dem Haushaltsausschuss mittel- und langfristig Sorge macht.

Meine Damen und Herren, unser haushaltspolitisches Programm für die Zukunft lautet daher:

Erstens. Wir sichern einen ausgeglichenen Haushalt. Zweitens. Wir stärken die Investitionen. Drittens. Wir setzen Schwerpunkte, insbesondere in der Bildung.

Wir haben – lassen Sie mich das zum Schluss sagen – in den Jahren der drastischen Steuereinbrüche gespart, schmerzlich gespart, unter Protesten gespart, und wir haben staatliches Handeln neu organisiert. Derjenige, der dies vor allem organisiert hat, Erwin Huber, ist dafür viel kritisiert worden. Die Früchte sehen wir heute in allen Bereichen.

Wir stärken mit dem Doppelhaushalt 2007/2008 die bei uns wichtigen politischen Bereiche. Das ist ein Ergebnis der Sparbemühungen der vergangenen Jahre. Jetzt wollen und müssen wir auf offensiveres Gestalten umschalten, weil sich die Steuereinnahmen wieder erhöhen und stabiler werden. Aber genau in diesem Moment müssen wir Kurs halten, damit nicht in kürzester Zeit die Grundlage unserer nachhaltigen Haushaltspolitik wieder verspielt wird.

Im Namen der Bayerischen Staatsregierung bitte ich Sie daher um Unterstützung dieses Kurses für ein finanzpolitisch gesundes, wirtschaftlich starkes Bayern, das seine Vorreiterstellung in Deutschland, nicht zuletzt auch in der Haushaltspolitik, wieder einmal unter Beweis stellt.

(Lang anhaltender lebhafter Beifall bei der CSU)

Präsident Alois Glück: Vielen Dank, Herr Finanzminister. Ich eröffne die gemeinsame Aussprache. Im Ältestenrat ist eine Redezeit von 45 Minuten pro Fraktion vereinbart worden. – Erste Wortmeldung: Herr Kollege Dupper.

Jürgen Dupper (SPD): Sehr geehrter Herr Präsident, liebe Kolleginnen und Kollegen! Geschätzter Herr Finanzminister, gute Besserung von dieser Stelle aus.

(Beifall bei der CSU)

Die deutsche Konjunktur wächst so stark wie seit fünf Jahren nicht mehr, wobei die Robustheit dieses Aufschwungs bemerkenswert ist. Endlich, so möchte man sagen, zeigt die Entwicklung die Anzeichen einer klassischen Konjunkturbewegung. Neben den Wachstumsimpulsen aus dem Ausland zeigen nun auch die Indikatoren bei der Baukonjunktur und bei den Ausrüstungsinvestitionen nach oben. Im letzten Quartal stieg der Output des produzierenden Gewerbes, schaffte das Bauhauptgewerbe einen ordentlichen Zuwachs und zogen die Aufträge auf hohem Niveau an. Erstmals seit langer Zeit entwickeln sich auch die Direktinvestitionen in nennenswertem Umfang. Ganz allmählich scheint sich auch die Binnennachfrage zu erholen. Der Abwärtstrend beim Konsumklima scheint gestoppt.

Alles in allem wird das Bruttosozialprodukt in diesem Jahr satt über 2 % wachsen und mit ihm die Steuereinnahmen des Staates. Das Bundesfinanzministerium jedenfalls geht nach den letzten „Wasserstandsmeldungen“ von Mehreinnahmen zwischen 8 Milliarden und 10 Milliarden Euro aus, was natürlich die Einhaltung des Europäischen Stabilitäts- und Wachstumspakts erleichtert.

Auf breiter Front steigen die Einnahmen bei der Körperschaft-, Einkommen- und Umsatzsteuer, und was uns alle freut: Die erhofften Auswirkungen auf den Arbeitsmarkt stellen sich ein. Die Zahl der sozialversicherungspflichtigen Beschäftigungsverhältnisse wächst, wenn auch recht bescheiden.

Selbstverständlich ist das alles noch kein Anlass zur Euphorie oder zur umfassenden Entwarnung, zumal wir angesichts der zum 1. Januar 2007 geplanten Steueränderungen nichts über die Nachhaltigkeit der konjunkturellen Erholung sagen können.

Überdies deuten die Frühindikatoren der OECD auf eine Eintrübung der weltwirtschaftlichen Perspektiven hin.

Dennoch darf festgestellt werden, dass die Versuche der Bundesregierung, über gezielte Impulse die Konjunktur zu stützen, zu dem erfreulichen Ergebnis beigetragen haben. Im dritten Quartal 2006 werden die DAX-Unternehmen das beste dritte Quartal aller Zeiten erleben. Nicht weniger als 12 Milliarden Euro werden die DAX-Firmen zwischen Juli und September an Gewinnen erwirtschaften. Die Experten gehen davon aus, dass im Jahre 2007 trotz erwarteter Konjunkturerinbrüche das vierte Rekordgewinnjahr in Folge ins Haus steht. Diese Prognosen stammen von Factset, einem Spezialisten, bei dem alle Prognosen, alle Analysen von großen Investmenthäusern zusammenlaufen, und sind heute im „Han-

delsblatt“ nachzulesen. Für einen Anteilseigner der großen Koalition stellt sich angesichts dieser Zahlen die Frage, ob wir tatsächlich nichts Besseres zu tun haben, als über eine Entlastung der Kapitalgesellschaften via Unternehmensteuerreform zu räsonieren.

(Beifall bei der SPD)

Reicht denn vielleicht auch eine stetige und verlässliche Finanzpolitik, um dem Standort Gutes zu tun? Stetigkeit und Verlässlichkeit: Es wäre schön, wenn dieses Begriffspaar im guten Sinne die Brücke zu den Betrachtungen über den vorliegenden Entwurf des Doppelhaushalts 2007/2008 bauen würde. Aber allzu sehr ist die Haushaltspolitik von einer gewissen Sprunghaftigkeit bayerischer Landespolitik geprägt, vielleicht auch von erratischen Vorgaben: atemloses Geldausgeben in den Jahren 1993 bis 2003, finanziert durch Privatisierungserlöse und Rekordschulden, dann von 2004 bis 2006 Kürzungen, begründet mit der Sorge um die Zukunft, und nun für die Jahre 2008 und folgende die Ankündigung umfassender Ausgabenprogramme, silberglänzend am Horizont, formuliert als „Bayern 2020“ und verteilt von den besten Köpfen Bayerns. Nein, nach stetiger und verlässlicher Politik hört sich das nicht an.

(Beifall bei der SPD)

Auch am nachhaltigen ökonomischen und fiskalischen Nutzen dieser stetigen Kehrtwende lässt sich zweifeln. Letztendlich zeigt der vorliegende Haushaltsentwurf in allen Einzelheiten die Folgen dieser Politik. So steigen im Jahre 2007 die Steuereinnahmen um fast 2,3 Milliarden Euro oder um nahezu 9 % an. Das ist eine Entwicklung, die angesichts der oben geschilderten bundesrepublikanischen Rahmendaten und aufgrund der Mehrwertsteuererhöhung nicht verwundert. Diese positive Tendenz bei den Steuereinnahmen kennzeichnet auch schon das ganze Jahr 2006; die bayerischen Finanzämter erfreuen sich fast durchweg steigender Einnahmen, vor allem bei den Gemeinschaftsteuern. Somit wird das Finanzministerium wohl am Jahresende für das Jahr 2006 weniger Privatisierungserlöse einsetzen müssen als ursprünglich geplant. In der Folge stehen diese Erlöse in den kommenden Jahren zur Verfügung.

Der entscheidende Punkt aber ist, dass diese hohen Steuermehreinnahmen nicht zu einem adäquaten Anstieg der Investitionen in Bayern führen. Ganz im Gegenteil: Die Staatsausgaben wachsen zwar an, nämlich um knappe 2 %, aber die Investitionsquote sinkt gegenüber dem Jahr 2006 um 0,4 %. Noch einmal zusammengefasst: Steuermehreinnahmen von 9 % führen zur Senkung der Investitionsquote um 0,4 %. Über diese bedauerliche Gleichung kann das IZB II mit seinen 380 Millionen Euro pro Haushaltsjahr an angeblich zusätzlichen Impulsen nicht hinwegtäuschen. Die entscheidende Frage bleibt: Wohin sickern die restlichen 2 Milliarden Euro Steuermehreinnahmen?

Die Antwort ist denkbar einfach: Der bayerische Staatshaushalt weist ein erschreckend hohes strukturelles Defizit aus. Jahr für Jahr klafft eine veritable Lücke zwischen den ordentlichen Einnahmen und den Ausgaben.

Jahr für Jahr wird diese Lücke mehr recht als schlecht gestopft: im Jahr 2005 – wir erinnern uns – durch eine Rekordneuverschuldung von 1,8 Milliarden Euro, im Jahr 2006 durch einen Mix aus rückzahlbaren Ablieferungen des Grundstocks, Rückforderung von Darlehen und Rücklagenentnahmen. Heuer nun soll die Lücke mit den sprudelnden Steuereinnahmen und weiteren Privatisierungserlösen geschlossen werden. Kein Wunder, dass für zusätzliche Impulse oder Investitionen kaum Spielraum vorhanden ist. Der vorliegende Entwurf ist insofern das nüchterne Resultat jüngerer Haushaltsgeschichte; denn seit 1994 werden in Bayern im großen Stil staatliche Beteiligungen – wir haben es heute gehört – veräußert. Mit Ablauf des Haushaltsjahres 2007 werden sich diese Privatisierungserlöse auf über 7 Milliarden Euro summiert haben, das heißt 7 Milliarden Euro zusätzlich zu den regulären Haushaltsmitteln, 7 Milliarden Euro Volksvermögen, aus dem bis dato nennenswerte laufende Einnahmen erzielt wurden.

Diese Erlöse wurden in Programmen mit schicken Namen ausgegeben: Offensive Zukunft, Hightech-Offensive, dritte Tranche oder neuerdings IZB. All diese Etiketten suggerierten doch, dass zusätzliches Geld investiert werden sollte. Aber weit gefehlt! Die objektiven Haushaltsdaten zeigen die Schattenseiten der bunten Kulissen aus der Staatskanzlei: Seit dem Jahr 1994, dem Beginn der Veräußerungen, sank die Investitionsquote im bayerischen Staatshaushalt stetig. Betrug die Investitionen im Jahr 1994 noch über 21 % an den gesamten Ausgaben, so erreichten sie in der letzten vorliegenden Haushaltsrechnung 2005 nur noch 11,4 %. Anders formuliert: Der zusätzliche Einsatz von bis dato 5 Milliarden Euro an Privatisierungserlösen hat die Investitionsquote in Bayern fast halbiert.

Eigentlich sollten die Erlöse wieder dem Grundstock zugeführt werden; also Verwendung für neue Grundstücke, neue Beteiligungen oder neue staatliche Baumaßnahmen. Aber zunehmend wurden die Privatisierungserlöse zur Finanzierung bereits im Haushalt eingeplanter Maßnahmen verwendet. Der technische Kniff war die sogenannte Umfinanzierung. In der Praxis war das ganz einfach: Eine Baumaßnahme, die im Haushalt ohnedies geplant war, wurde durch Privatisierungserlöse grundstockskonform finanziert, die eingeplanten ordentlichen Haushaltsmittel flossen in eine Sonderrücklage „ersparte Haushaltsmittel“. Aus dieser Sonderrücklage wurde das Geld dann dem Haushalt für alle möglichen Zwecke zugeführt.

Diese Umfinanzierungen nahmen immer mehr zu. Der Oberste Rechnungshof stellt in seinem Jahresbericht 2004 zutreffend fest, dass sich der „Anteil an Umfinanzierungen... bei den verschiedenen Tranchen ... sukzessiv auf 100 % erhöht“ hat. Ganz problematisch war die Verwendung dieser umfinanzierten Mittel; denn die durch den Einsatz von Privatisierungserlösen ersparten Haushaltsmittel wurden immer weniger für Investitionen ausgegeben. Der ORH weist in besagtem Jahresbericht nach, dass schon bei der Offensive Zukunft Bayern III etwa 40 % der freigesetzten Mittel für konsumtive Ausgaben verwendet wurden. Im Übrigen: Die diversen Sonderrücklagen „ersparte Haushaltsmittel“ der verschiedenen Offensiven sind mit dem vorliegenden Doppel-

haushalt so gut wie aufgebraucht. Nur noch die Sonderrücklage „Folgekosten“ wird in sehr moderatem Umfang weitergeführt. Das Gros von einst 1,5 Millionen Euro ist weg.

Ich musste diese historischen Betrachtungen anstellen, weil sie der Grund für das vorher beschriebene strukturelle Haushaltsdefizit der Gegenwart sind: Auf Umwegen flossen die Privatisierungserlöse in den Aufbau von Apparaten und Strukturen, die heutige Haushalte belasten, die uns heute niedrige Investitionsquoten bescheren, die uns heute in die kuriose Situation bringen, dass der weitaus größte Teil von Steuermehreinnahmen nicht für zusätzliche Impulse in Bayern zur Verfügung steht.

Diese Entwicklung der Vergangenheit führt dazu, dass die letzten Reste des bayerischen Tafelsilbers zum Stopfen von Haushaltslöchern verwendet werden. Offensichtlich ist die Staatsregierung den Verlockungen der vielen Milliarden erlegen, offensichtlich ist sie vom Pfad der Tugend abgewichen. Statt nachhaltiger Effekte, auch auf die Handlungsfähigkeit des Freistaats, verursachte diese Praxis eine strukturelle Schieflage des Staatshaushalts. In den eigentlich fetten Neunzigerjahren wurde der Grundstock für die Folgekosten geschaffen, mit denen wir heute zu kämpfen haben. Das ist Generationengerechtigkeit der ganz anderen Art.

Anstatt die virtuellen Zinsbelastungen von SPD-Anträgen zu etatisieren, sollten wir uns mit den realen Lasten von realer CSU-Politik beschäftigen.

(Beifall bei der SPD)

So kommt es, dass in einem für sich betrachteten guten Haushaltsjahr 2007 kaum mehr Spielräume vorhanden sind; denn trotz der üppig sprudelnden Steuern müssen erneut 461 Millionen Euro aus Eon-Erlösen zur Deckung des Finanzierungssaldos herhalten. Auch 2008 summieren sich Steuermehreinnahmen und Privatisierungserlöse auf stolze 1,4 Milliarden Euro, ohne dass nennenswerte neue Impulse auf der Ausgabeseite erkennbar werden. Der Doppelhaushalt gleicht mehr einem schwarzen Loch als einer schwarzen Null.

Dabei will ich den vorgelegten Doppelhaushalt gar nicht in Bausch und Bogen verwerfen.

(Staatsminister Prof. Dr. Kurt Faltlhauser: Na, Gott sei Dank!)

Er enthält sinnvolle Ansätze und bildet in manchen Bereichen unsere langjährigen Forderungen ab. Aber das Programm „Investieren in Bayerns Zukunft II“ – IZB II –, es wurde in aller Breite vorgestellt, unterstreicht doch die Richtigkeit meiner vorherigen Ausführungen: Da wird unter „Ländlicher Raum“ die Stärkung der Dorferneuerung mit 10 Millionen Euro in zwei Jahren als Erfolg gefeiert.

(Susann Biedefeld (SPD): Das ist ein Witz!)

Nun weiß doch ein jeder, dass damit noch nicht einmal die Kürzungen vergangener Haushaltsjahre wettgemacht sind. Gleiches gilt für die Regionalförderung.

(Beifall bei der SPD)

Im Bereich der inneren Sicherheit werden 150 Millionen Euro für den Aufbau des Digitalfunks angesetzt. Allerdings war es doch schon immer erklärter Wille aller Beteiligten, aller Fraktionen, dass mit dem Aufbau begonnen werden soll. Darum gab es die Verpflichtungsermächtigung in den bisherigen Haushalten. Was ist dann daran neu? – Noch einmal zur inneren Sicherheit: Als „gezielter Einsatz zusätzlicher Haushaltsmittel“ wird die Erstaussstattung der neuen Justizvollzugsanstalten in Landshut und München gefeiert. Möchten Sie uns denn ernsthaft glauben machen, dass die beiden Anstalten ohne das „tolle“ Programm IZB II ohne Möbel und ohne Computer geblieben wäre?

An diesen Stellen wird deutlich, dass es für die anstehenden Haushaltsberatungen jede Menge Stoff gibt.

Lassen Sie mich abrundend zur Bewertung des Entwurfs noch drei Punkte ansprechen. Da wäre der auch heute wieder erwähnte Vergleich mit anderen Bundesländern. – Eine nette Übung und leider ohne Relevanz für die heutigen Beratungen. Offen gestanden – wenn schon die Belastungen Bayerns beim Länderfinanzausgleich als zu hoch eingeschätzt werden – wäre es mir lieber, dass der Ministerpräsident bessere Bedingungen aushandelt. Wenn wir nicht mit 2,3 Milliarden Euro dabei wären, wäre das eine Leistung und würde uns heute weiterhelfen.

Im Übrigen – wenn schon Vergleiche gezogen werden – empfehle ich einen Blick auf den Haushalt der bayerischen Landeshauptstadt. Sie werden nämlich feststellen, dass die Münchner nicht nur keine Neuverschuldung planen, sondern sogar den Abbau von Schulden realisieren.

(Staatsminister Prof. Dr. Kurt Faltlhauser: Zweitwohnungssteuer!)

Sie setzen die satten Steuereinnahmen in eine Investitionsquote von 18 % um. Die Landeshauptstadt – einschlägig regiert – setzt die Benchmark. Das Beste kommt noch: München besitzt sein Vermögen noch! So viel zum Thema Vergleiche und Best Practice.

(Beifall bei der SPD)

Public Private Partnership – PPP – ist eines der vielen Instrumente, das unbedingt dem Echtttest unterzogen werden muss. Wir sind aufgeschlossen, wenn auch mit einer gehörigen Portion Skepsis. Immerhin sagen uns die Kamern, dass der Mittelstand von dem zwangsläufigen Generalunternehmertum nicht begeistert ist. Außerdem gibt es noch keine griffigen Nachweise, dass Kosten vermieden werden können. Dennoch haben wir zugestimmt, dass anhand von zwei Maßnahmen, nämlich für die Mainbrücke bei Miltenberg und für die JVA in München, PPP ausprobiert wird, die Erfahrungen evaluiert werden und dann über den weiteren Einsatz dieses Finanzierungsins-

trumentes entschieden wird. Immerhin sollte dann klar sein, ob tatsächlich Effizienzreserven gehoben werden können und die Bau- und Ausführungsqualitäten stimmen. Das ist ein klar definierter Ablauf, der im Übrigen im Haushaltsausschuss Konsens war.

Und nun, noch ehe diese Erfahrungen vorliegen, konfrontieren Sie uns mit einer ganzen Reihe von neuen PPP-Vorhaben, die ein Volumen von 230 Millionen Euro haben. Die Gründe liegen auf der Hand. Sie gehen davon aus, dass Sie auf Dauer kein Geld haben werden, um diese Vorhaben im ordentlichen Haushalt zu finanzieren. Aber Geldnot ist bei der Implementierung neuer Instrumente immer ein schlechter Ratgeber. Deshalb wollte der Haushaltsausschuss erst die einschlägigen Erfahrungen abwarten.

Mich treibt „Bayern 2020“ um: Wir sind einiges gewohnt, wenn es um schöne Titel oder schillernde Programme geht. Dass wir nun aber seit einigen Tagen wissen dürfen, wen der Ministerpräsident nicht zu den besten Köpfen Bayerns zählt, freut uns doch – lässt es doch tiefe Rückschlüsse zu auf innige Beziehungen. Ich maße mir nicht an, die einzelnen Mitglieder der „Beste-Köpfe-Kommission“ zu kommentieren. Ich frage mich nur, was das soll – eine Kommission fürs Geldausgeben? Wofür diskutieren wir hier seit Jahren? Wofür diskutiert die Zukunftskommission der CSU-Fraktion? Wofür legt der Finanzminister einen Haushalt vor, wenn angeblich die Ermittlung des richtigen Ausgebens bisher nur unzureichend erfolgte? – Da lässt der Ministerpräsident seine Leute ganz schön im Regen stehen.

Und noch eines: Wir Parlamentarier müssen uns in regelmäßigen Abständen den demokratischen Voten stellen. Wir werden wegen des richtigen Umgangs mit dem anvertrauten Steuergeld periodisch beurteilt. Wir haben die Legitimation zum Haushalten, die Lizenz zum Budget. Mit diesem Recht begann einmal der moderne Parlamentarismus: „No taxation without representation“ war der Schlachtruf. Dieses vornehmste Recht sollte sich dieses Hohe Haus nicht aus der Hand nehmen lassen.

(Beifall bei der SPD)

Lassen Sie mich mit diesem Appell zu den Vorstellungen der SPD, zu den Schwerpunkten, die wir im Doppelhaushalt 2007/2008 verankert wissen wollen, überleiten. Vorneweg möchte ich klarstellen: Es gibt ökonomische Situationen, in denen eine expansive staatliche Ausgabenpolitik zwingend gefordert ist. Diese Situationen rechtfertigen die Verschuldung des Staates. Für das Jahr 2007, und soweit wir das jetzt beurteilen können, auch für das Jahr 2008, sehen wir diese Notwendigkeit nicht. Vielmehr erlauben die üppigen Steuereinnahmen die Finanzierung unserer Vorschläge im Rahmen des jetzigen Haushaltsvolumens. Dazu ist eine andere Schwerpunktsetzung erforderlich. Im Rahmen der Haushaltsberatungen werden wir dies verdeutlichen. Wir sehen genügend Spielraum im vorliegenden Entwurf, und wir glauben, dass 2,3 Milliarden Euro Steuermehreinnahmen und nennenswerte Privatisierungserlöse nicht einfach im Haushalt versickern dürfen.

Herr Kollege Maget muss richtig interpretiert werden. Er sagt nicht „mehr ausgeben“, sondern „anders ausgeben“.

(Beifall bei der SPD)

So werden wir beispielsweise auf einen sparsameren Mitteleinsatz bei den obersten Dienststellen drängen. Nach dem „munteren Ämtterraubbau“ in der Fläche ist eine effizientere Mittelverwendung in den Ministerien angesagt. Es hätte gutgetan, wenn beispielsweise die Staatskanzlei mit gutem Beispiel vorangegangen wäre. Aber weit gefehlt! Die Staatskanzlei gönnt sich einen kräftigen Schluck. Die im Haushaltsplan ausgewiesene Minderung der Ausgaben kann uns nicht täuschen.

(Ludwig Wörner (SPD): Sie müssen ihren Wahlkampf finanzieren!)

Der neue Wirtschaftsminister Huber hat nämlich einen Teil der Medienförderung in sein neues Ministerium und somit auch die Summe von 500 000 Euro mitgenommen. Folgerichtig müsste der Ansatz bei seiner früheren Dienststelle, der Staatskanzlei, um eben jene 500 000 Euro sinken. Tut er aber nicht. Er sinkt bloß um 100 000 Euro. Im strengen Vergleich zu 2006 erhöht sich also der Ausgabeansatz der Staatskanzlei um 400 000 Euro. – Wahrscheinlich kein gutes Beispiel im Zeitalter der Abschaffung der Förderung von Altenheimen.

(Beifall bei der SPD)

Diese Erhöhung verwundert aber nicht; denn seit 2004 haben sich im Etat der Staatskanzlei die Kosten für die Erforschung der öffentlichen Meinung fast verdoppelt. Die Ergebnisse müssen erschreckend gewesen sein;

(Franz Maget (SPD): Sind sie auch!)

denn sie haben im selben Zeitraum zu einer Versechsfachung der Informationsausgaben der Staatskanzlei geführt.

Natürlich – das wissen wir alle – kann mit dem Einzelplan 02 kein Staatshaushalt saniert werden, aber an den kleinen Beispielen sehen Sie, was noch alles möglich ist. Lassen Sie uns dies bei den Beratungen der Einzelpläne in aller Ruhe diskutieren.

Noch eines zu den Einnahmen: Mit Befremden nehmen wir zur Kenntnis, dass in puncto Verbesserung der Personalausstattung der Finanzverwaltung wenig bis gar nichts geschieht. Das ist keine Antwort auf die eindeutigen Feststellungen des Obersten Rechnungshofes, der Defizite bei der Umsatzsteuerprüfung, bei der Betriebsprüfung und im Innendienst ausmacht. Die neuesten Aussagen des Bundesrechnungshofes weisen in dieselbe Richtung. Ohne Zweifel: Kollege Schieder hat recht, wenn er immer wieder einen konsequenteren Steuervollzug anmahnt. Zum einen würde dies die Einnahmesituation des Staates schlagartig bessern; zum anderen wäre es ein Stück Steuergerechtigkeit; und zu guter Letzt wären wir dann nicht auf die Irrungen und Wirrungen Brüsseler Politik

angewiesen, die in gewohnter Arroganz dem Umsatzsteuerbetrug Vorschub leistet und nicht willens ist, den deutschen Antrag auf die Erprobung des Reverse-Charge-Verfahrens zu genehmigen.

(Beifall bei der SPD)

Die Mahnungen der Kollegen Schieder und Wolfrum stehen durchaus im Einklang mit den Äußerungen versierter Praktiker. So beklagt ein Finanzamtsvorsteher öffentlich, dass die chronische Unterbesetzung zwangsläufig zu Qualitätseinbußen führen muss.

In einem Volumen von circa 400 Millionen Euro wollen wir andere Schwerpunkte setzen. Mittelfristig muss eine Investitionsquote von 15% erreicht werden. Diese Quote beten wir nicht um ihrer selbst willen an, sondern weil allenthalben im schönen Bayern Investitionsbedarf besteht: beim Schienenverkehr und beim Straßenbau, bei den Unterhaltsmaßnahmen im Tief- und im Hochbau, bei den Schulen, Universitäten und auf zahlreichen anderen Gebieten. Wir müssen die Relation Investitionen versus konsumtive Ausgaben deutlich zugunsten ersterer verändern. Wenn uns das nicht gelingt, wenn wir so weitermachen wie bislang, wird uns bald jeglicher Spielraum abhanden kommen; denn nur über gezielte Investitionen wird es uns gelingen, auf Dauer Standortqualität zu schaffen, zu erhalten und damit auch Steuerkraft zu sichern.

Die Zukunft werden wir nur gewinnen, wenn wir unseren Kindern die beste individuelle Förderung angedeihen lassen, von der Kita bis zur Universität, in der Hauptschule und am Gymnasium, in der beruflichen Fortbildung und in der offenen Jugendarbeit. Ich stimme mit Ihnen überein, Herr Minister: Im strengen Sinne sind Ausgaben für Lehrer keine Investitionen. Aber für die zentrale Aufgabe unserer Zeit, für die Neujustierung unseres Bildungsangebots ist eine ausreichende Versorgung mit pädagogischem Personal unabdingbar.

(Beifall bei der SPD)

Wir dürfen und wir können uns die Entwicklung der letzten Jahre nicht mehr länger leisten. Diese Stagnation bzw. leichte Regression bei den Ausgaben zum Beispiel für Schulen ist kontraproduktiv. Mit Sorge sehen wir, dass der Ausgabeanteil für die Schulen von heuer 17,45% über 17,30% im nächsten Jahr auf schließlich 17,06% im Jahr 2008 absinkt. Wir benötigen an dieser Stelle mehr Geld.

Weil vor Kurzem eine vogelwilde Pressemitteilung durch die Gegend irisierte, in der diese Zahlen angezweifelt wurden, noch ein Satz: Wer die Ausgaben für die Versorgung und die Beihilfe ehemaliger Lehrer zum Maßstab aktueller Schulpolitik machen möchte, muss sich zu Recht nach seinen Maßstäben fragen lassen.

(Beifall bei der SPD)

Neben dem Personal gilt unser Augenmerk den Ganztagschulen. Diese Schulform bietet weitaus mehr als nur neue Öffnungszeiten. Sie bietet Raum für individuelle Förderung und für innovative pädagogische Konzepte.

Ganztagsschulen stehen auch für die Anforderungen einer modernen Gesellschaft im Hinblick auf die Vereinbarkeit von Familie und Beruf. Deshalb wollen wir die Einführung der Ganztagsschule überall dort, wo sie gewünscht wird, wobei die Zielmarke sein soll, dass in fünf Jahren 30% der Schülerinnen und Schüler in Bayern ein Ganztagsangebot wahrnehmen können. In diesem Zusammenhang muss natürlich das mit Bundesmitteln hervorragend begonnene Ganztagsprogramm fortgeführt werden. Es kann nicht sein, dass ausgerechnet die Hauptschulen nunmehr keine Förderung bekommen sollen. Es gibt hier – und Sie haben sie auch – böse Briefe vieler Bürgermeister.

Auf die Agenda muss auch die Entlastung der Familien. Weg mit dem Büchergeld!

(Beifall bei der SPD)

Wir können uns keine Auslese über die Höhe des Kontos leisten. Wir können auch auf kein Talent verzichten. Die bildungspolitischen Akzente, die eine ganze Reihe von Maßnahmen umfassen, beschränken sich keineswegs nur auf den Bereich der Schulen. Vielmehr betreiben wir Bildungspolitik aus einem Guss. Deshalb setzen wir in diesem Zusammenhang auch auf das kostenfreie letzte Kindergartenjahr – das tun auch unwesentliche Teile Ihrer Fraktion – und verstärkte Anstrengungen für Bayerns Universitäten.

(Beifall bei der SPD)

Wissen Sie, Exzellenzförderung ist gut und schön, aber die Formel „Exzellenz fördert der Staat, der Rest finanziert sich selbst“ ist kein Weg, den wir in der Wissenschaftslandschaft mitzugehen bereit sind.

(Beifall bei der SPD)

Wir brauchen Erhöhungen bei den einschlägigen Sammelansätzen für Ausstattung, für Lehre und Forschung, um auch hier endlich Planungssicherheit herzustellen. Keine Frage: Die Einführung von Studiengebühren darf nicht das letzte große Unterfangen in der bayerischen Wissenschaftslandschaft gewesen sein. Ohne die im Entwurf vorhandenen Einnahmen aus Studiengebühren fallen die Steigerungen für die Universitäten nämlich bescheiden genug aus.

Dem Vernehmen nach – wir haben es heute wieder gehört – erfreut sich das Thema „Ländlicher Raum“ einer gewissen Konjunktur innerhalb von CSU und Staatsregierung.

(Susann Biedefeld (SPD): In Sonntagsreden! – Maria Scharfenberg (GRÜNE): Auf dem Papier!)

Sonderbar genug, weil im Zuge der Neufassung des jüngsten Landesentwicklungsprogramms davon wenig zu spüren war. Diese Meinung äußerte zumindest der regionale Planungsverband Donau/Wald, eine Hochburg des ländlichen Raums, der in einem Schreiben klipp und klar feststellt: „In der Neufassung des Landesentwick-

lungsprogramms wird der ländliche Raum teilweise schlechter gestellt als 2003.“ – Nicht nur deshalb wird es allerhöchste Zeit, dass dem Thema des ländlichen Raums bzw. der Förderung strukturschwacher Räume die notwendige Aufmerksamkeit geschenkt wird.

Die Abwanderungsgelüste mancher oberfränkischer Gemeinden sollten die Letzten überzeugt haben. Die strukturschwachen Gebiete Bayerns brauchen eine klare Perspektive. Sie brauchen zuallererst eine zielgenaue und umfassende Wirtschaftsförderung, ganz egal, ob im Wege einer Sonderwirtschaftszone oder als Sonderprogramm. Zudem benötigen sie gesonderte Ansätze für Infrastrukturmaßnahmen. Ein ganzes Bündel an Maßnahmen muss diese Förderwege unterstützen: Erhalt der wohnortnahen Schulen, Ganztagsangebote auch im ländlichen Raum, Nachbesserungen beim Bayerischen Kinderbildungs- und -betreuungsgesetz, integrierte medizinische Versorgung, Pflegenetzwerke und vieles mehr. Die Förderung des ländlichen Raumes muss eine ressortübergreifende Querschnittsaufgabe werden. Natürlich gehören auch die harten Infrastrukturmaßnahmen dazu: Schienenanbindungen und Straßen, moderne Telekommunikation und Technologietransfereinrichtungen. Keine Frage: Kongresse zum Thema sind gut, Haushaltsansätze sind besser.

(Beifall bei der SPD)

Gar nichts bringen dagegen Sätze wie dieser: „Natürlich werden große Wünsche für den ländlichen Raum formuliert, aber man muss sehen: Was passiert in der Welt?“ – Ich weiß jetzt nicht genau, was uns der Ministerpräsident damit sagen wollte.

(Heiterkeit bei der SPD)

Auf alle Fälle sollte ihm klar sein, dass der größte Teil Bayerns ländlicher Raum ist und dass dieser die nötigen Freiheiten und Mittel braucht.

(Susann Biedefeld (SPD): Das Geld für Ihre Showveranstaltungen – wie die in Amberg – können Sie auch gleich einsparen!)

Bürokratieabbau sollte Daueraufgabe sein. Offenbar ist aber mit der flächendeckenden Liquidation von dezentralen Ämtern und Behörden dieses Thema vergessen.

Den nächsten Schritt, die Reform der obersten Dienstbehörden, traut sich keiner zu machen. Den wichtigsten Schritt, den Abbau von Vorschriften, überlässt man ganz irgendwelchen Kommissionen. So verwundert es nicht, dass die Weisheit von Verwaltungsreformen massiv bezweifelt wird.

Ein Beispiel dafür ist die Polizeireform. Mittlerweile ist wenigstens ein Teil der Kosten bekannt. An den Standorten der neuen Präsidien erfolgen umfangreiche Neubauten, Umbauten und Sanierungen. Davon war bei Verabschiedung der Reform nicht die Rede. Obendrein wird das Herzstück der Reform, mehr Polizisten auf die Straße zu bringen, zur Makulatur. Es ist wie immer: Die Indianer haben keine Chance gegen die Häuptlinge. Erst heute

haben wir wieder erfahren, in wie vielen Städten schon private Sicherheitsdienste unterwegs sind, weil der Polizei anscheinend die Leute ausgehen. So wird umgebaut, im Bereich der B-Besoldung wird munter befördert, und Kritiker werden munter mit einem Maulkorb bedacht. Eine Verwaltungsreform ist das nicht.

Kosten werden nur dann in nennenswertem Umfang gespart, wenn Vorschriften fallen gelassen oder gar nicht erst erlassen werden. Kollegin Weinberger ist hier. In einer kleinen Bayerwaldgemeinde kann man die Regulierungswut gleichsam am lebendigen Objekt verfolgen. Die Gemeinde benötigt ein neues Feuerwehrfahrzeug. Sie hat sich als Ersatz für ihr 28 Jahre altes Fahrzeug ein zweckdienliches Tragkraftspritzenfahrzeug ausgesucht, das immerhin 100 000 Euro kostet – eine Menge Geld für die kleine Gemeinde. Die Staatsregierung aber schreibt der Gemeinde vor, dass sie ein Fahrzeug für 270 000 Euro kaufen soll. Natürlich bleibt der Zuschuss der gleiche. Diese Vorfälle veranlassen Ihre Bürgermeister nur zu einem müden Lächeln, wenn sie von Bürokratieabbau hören.

(Beifall bei der SPD – Susann Biedefeld (SPD): Sparsamkeit und Wirtschaftlichkeit werden sogar noch bestraft!)

Diese Vorfälle lassen Bayern im Ländervergleich ziemlich weit hinten stehen. Die Staatsregierung liebt diese Rankings. Sie haben ein solches Ranking heute auch schon zitiert. Jüngst hat die „Wirtschaftswoche“ wieder ein Ranking der Wirtschaftskraft der Länder veröffentlicht. Bayern – wir hörten es aus Ihrem Munde – schneidet dabei sehr passabel ab,

(Staatsminister Prof. Dr. Faltlhauser: Spitze! – Zurufe von der SPD: Zuhören!)

aber nicht in jeder Kategorie, Herr Minister. Bei der Kategorie „Dieses Land vermeidet Bürokratie“ landet Bayern auf Platz 14 von 16 Plätzen. Das ist wahrlich kein Spitzenplatz.

(Beifall bei der SPD – Zurufe von der SPD: Zuhören!)

Mit diesem Doppelhaushalt sollten wir der Entbürokratisierung neuen Schwung geben.

Beim kommunalen Finanzausgleich sind wir dieses Jahr ein gutes Stück weitergekommen. Allerdings bleiben Themen wie die vollständige Übernahme der G-8-Kosten auf der Tagesordnung. Ebenfalls müssen wir uns mittelfristig eine Anpassung des Finanzausgleichs an die demografischen Gegebenheiten überlegen. Zu guter Letzt sollten die überlangen Wartezeiten bei Zuschüssen der Vergangenheit angehören. Bei den oft gelobten Investitionen auf vielen Gebieten – auch auf dem Gebiet des FAG – haben wir noch längst nicht das Niveau von 2003 erreicht. Mit dem Investitionsniveau von 2007 liegen wir um 200 Millionen unter dem Niveau von 2003. Es besteht also reichlich Nachholbedarf.

Für alle diese Aufgaben benötigt der Staat natürlich eine adäquate Finanzausstattung. So sehr wir gewillt sind, bei den obersten Dienstbehörden einzusparen, so sehr werden wir uns um eine ausreichende personelle Ausstattung an den Schulen, in der Justiz, bei den Lebensmittelkontrollen, in den Finanzämtern und natürlich bei der Polizei bemühen. Wir wollen den privaten Sicherheitsdienst in unseren Städten nicht als Regelinstrument haben. Die Bürgerinnen und Bürger haben ein Recht auf guten Service, auf garantierte Sicherheit und Zukunftschancen. Mit diesen ambitionierten Zielsetzungen freuen wir uns auf die Etatberatungen. Wir halten vom Kurshalten sehr viel. Es kommt allerdings darauf an, wohin der Kurs geht – ob mit Captain Jack Sparrow auf der Black Pearl oder auf der Titanic, das werden wir sehen. Wir sehen es in den Haushaltsberatungen.

(Anhaltender Beifall bei der SPD)

Präsident Alois Glück: Nächste Wortmeldung: Herr Kollege Kupka.

(Hans-Ulrich Pfaffmann (SPD): Jetzt kommt die heile Welt in Unterhaching!)

Engelbert Kupka (CSU): Herr Präsident, liebe Kolleginnen und Kollegen! Der Doppelhaushalt 2007/2008 ist wohl der letzte Haushalt, den Finanzminister Prof. Dr. Faltlhauser nicht nur einzubringen, sondern inklusive eines Nachtragshaushalts auch zu vollziehen hat.

(Franz Maget (SPD): Wieso? Tritt er zurück?)

Dieser Haushalt ist auch der Doppelhaushalt, der wie kaum ein anderer zuvor die Finanzpolitik Bayerns weit in die Zukunft hinein ausrichten und bestimmen wird.

(Zurufe von der SPD: Es ist Ihr allerletzter Haushalt! – Franz Maget (SPD): 2008 ist Schluss!)

– Hören Sie doch auf, Sie haben es in der Zeitung doch schon gelesen.

(Franz Maget (SPD): Sie bestätigen es ja auch noch!)

Deshalb möchte ich nicht die Haushaltsdaten wiederholen, die der Finanzminister hier umfassend dargelegt hat. Seinen Ausführungen schließe ich mich vollinhaltlich an. Herr Kollege Maget, es hat sich auch gezeigt, wie schwer sich Herr Dupper mit einer substanziellen Kritik am Haushalt getan hat.

(Widerspruch bei der SPD)

Ich möchte in gebotener Kürze begründen, warum ich diesen Doppelhaushalt für richtungsweisend in die Zukunft halte. Ich glaube, das ist für dieses Haus wichtiger als mancher einzelne Punkt, der hier vorgetragen worden ist.

(Beifall bei Abgeordneten der CSU)

Für diese Einschätzung sprechen vor allen Dingen sieben Gründe.

Erstens. Mit der Verabschiedung dieses Doppelhaushalts wird der in Bayern eingeschlagene Konsolidierungskurs unumkehrbar. Im März 2005 haben wir im Landtag den Beschluss gefasst, ab 2006 einen Haushalt ohne Netto-neuverschuldung aufzustellen. Dieser Beschluss wurde relativ unbeschwert, vielleicht sogar sehr positiv aufgenommen. Manche verlangten sogar eine Verankerung dieses Grundsatzes in der Verfassung. Der Finanzminister hat aber von Anfang an nicht nur auf die Notwendigkeit dieses Beschlusses hingewiesen, sondern er hat auch deutlich betont, dass ein steiniger Weg vor uns liegt, dass schmerzhaft Einschnitte notwendig sind und dass die Stunde der Wahrheit, Herr Kollege Dupper, im Doppelhaushalt 2007/2008 schlägt.

Heute hat der Finanzminister nach dem Nachtragshaushalt 2006 zum zweiten Mal in Folge einen ausgeglichenen Haushalt vorgelegt. Dabei sei darauf hingewiesen, dass wir einen Ausgleich im Ist bereits beim Doppelhaushalt 1999/2000 hatten. Es kommt aber darauf an, dass ein Ausgleich ohne Nettoneuverschuldung schon im Zeitpunkt der Haushaltsaufstellung möglich ist. Das ist nun der Fall. Schon zum zweiten Mal wird jetzt diesem Haus ein ausgeglichener Haushalt vorgelegt. Wir, die CSU-Fraktion, werden deshalb den Finanzminister bei den Beratungen im Haushaltsausschuss und im Plenum darin unterstützen, dass dieser Haushalt auch ohne Nettoneuverschuldung verabschiedet wird, selbst wenn Sie, Herr Kollege Dupper, ein so schönes Programm vorgelegt haben.

Mit der Verabschiedung des Doppelhaushaltes 2007/2008 wird hinsichtlich einer erneuten Nettoneuverschuldung der „Point of no return“ erreicht. Wer jetzt ein Millionen- oder gar Milliardenprogramm vorlegt, wie Sie es getan haben, muss auch offen sagen, dass er wieder den Weg in die Verschuldung einschlagen will, oder er muss erklären, wo noch stärker gekürzt werden soll. Ich bin sehr gespannt darauf, was Sie uns, Herr Kollege Dupper, im Haushaltsausschuss vorschlagen werden. Wer lediglich, wie Sie es bisher getan haben, auf die Finanzplanung bis 2010 verweist oder für den Haushalt 2007/2008 als erste Tranche 350 bis 400 Millionen fordert, dazu aber lediglich sagt, dieses Geld sei in den Haushalt einzustellen, der entfernt sich von einer wirklich verantwortungsvollen Haushaltspolitik und von einer ernst zu nehmenden Finanzpolitik.

Wenn ich die Aussagen Ihrer Pressekonferenz richtig verstanden habe, steht als Deckungsvorschlag lediglich drin: „... ist einzustellen“, „... ist einzustellen“, „... ist einzustellen“. Sie fordern nur und arbeiten nach dem Motto: Oppositionspolitik besteht darin, von der Regierung das zu fordern, was zu erfüllen sie nicht in der Lage ist. Das kann aber nicht Sinn dieser Haushaltsberatung sein.

(Christa Naaß (SPD): Welche Pressekonferenz?
– Jürgen Dupper (SPD): Ich habe keine Pressekonferenz gegeben, Herr Kollege!)

– Ihre Pressemitteilung liegt mir vor.

Zweitens. Dieser Doppelhaushalt und der Ausblick auf 2009/2010 zeigen deutlich, dass es das nächste Ziel bayerischer Finanzpolitik sein muss, die Ausgaben den laufenden Einnahmen gegenüberzustellen und nur so viel auszugeben, wie wir auch einnehmen, das heißt ohne den Einsatz von Privatisierungsmitteln zu arbeiten. Denn diese sind „endlich“, wie der Finanzminister auch ganz deutlich gesagt hat. Trotz der harten Sparmaßnahmen – da gebe ich Ihnen recht –, trotz der bereits erreichten Haushaltskonsolidierung und trotz der erwarteten höheren Steuereinnahmen besteht ein strukturelles Defizit, das ohne die 303 Millionen Euro aus den Privatisierungserlösen im zweiten Teil des Programms „Investieren in Bayerns Zukunft“ den Einsatz von Grundstockmitteln im Umfang von rund 770 Millionen Euro erforderlich macht. Auch 2009/2010 wird noch ein strukturelles Defizit in Höhe von 700 Millionen bestehen, das ausgeglichen werden muss.

(Zuruf des Abgeordneten Werner Schieder (SPD))

Wer heute also einen Wechsel auf die Zukunft zieht, muss auch sagen, wie dieses strukturelle Defizit im nächsten Doppelhaushalt beglichen werden soll. Die Vertreter von BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN haben dies in ihrer Pressekonferenz zwar sehr genau analysiert, aber gleichzeitig die falschen Schlüsse gezogen; denn es macht doch keinen Sinn, zuerst festzustellen, dass dem Haushalt wegen des Anstiegs der Ausgaben Grundstockkapital zugeführt werden muss, und gleichzeitig Millionenbeträge für zusätzliche Bildungs-, Sozial- und Ökologieaufgaben zu fordern. Das Doppelmotto dieses Haushalts heißt: Kurs halten und Maß halten. Nur so lässt sich der eingeschlagene Erfolgskurs, den der Finanzminister vorgestellt hat und den wir über Jahre verfolgen, einhalten. Es macht aber keinen Sinn, einfach Wünsche zu äußern, die nur über Schulden zu finanzieren sind. Die Zeiten einer Kängurupolitik – große Sprünge mit leerem Beutel – sind vorbei. Das muss jeder wissen.

(Beifall bei der CSU)

Der Verweis auf die Steuereinnahmen ist vollkommen unzulässig, wenn man sieht, welche Haushaltsstrukturdefizite wir nach wie vor haben.

Drittens. Wenn wir auf Dauer einen Haushalt ohne Neuverschuldung wollen, ist es notwendig, die Personalkosten zu senken und den Staat von Versorgungsausgaben zu entlasten, wie es dieser Doppelhaushalt meines Erachtens unzweifelhaft aufzeigt. Trotz der erreichten Ausgabenreduzierungen und der steigenden Steuereinnahmen, die ich schon erwähnt habe – es sind immerhin 16 % von 2006 bis 2010, Herr Kollege Dupper, ich gebe Ihnen recht: das ist nicht wenig –, wird die Personalkostenquote bis 2010 auf über 44 % ansteigen. Das muss man sich einmal auf der Zunge zergehen lassen, wenn man hier irgendwelche Anträge und Forderungen stellt.

(Zuruf des Abgeordneten Werner Schieder (SPD))

Nochmals: Trotz einer enormen Steigerung der Steuereinnahmen werden die Personalkosten bis zum Jahr 2010 auf 44 % ansteigen. Wenn die Steuermehreinnahmen nicht so, wie wir es hoffen, kommen, werden wir über ganz andere Zahlen reden müssen.

(Werner Schieder (SPD): Ihr werdet euch noch anschauen!)

In der Reduzierung dieser Kosten wird deshalb der Schlüssel für den Gestaltungsrahmen künftiger Landtage liegen. Wer wie die SPD viele Tausend Stellen allein im pädagogischen Bereich fordert, muss sich im Klaren darüber sein, welche Zukunftslasten er dem Staat und damit allen Bürgern auflädt.

(Susann Biedefeld (SPD): Uns geht es um die Kinder!)

Kollege Dupper, es geht nicht nur um diesen Doppelhaushalt, nur um die Ausweisung irgendwelcher Planstellen. Sie bringen diese Stellen doch nicht mehr weg! Ich nenne Ihnen einmal folgendes Beispiel: Eine Lehrer- oder Lehrerinnenstelle, ausgerichtet auf die Lebensarbeitszeit, kostet 1,5 Millionen Euro. Hinzu kommt eine weitere Million Euro für die Pension und die Witwenrente. Ich beklage das nicht, aber wenn Sie Tausende von neuen Stellen fordern, müssen Sie diese Zahlen im Hinterkopf haben. Wer gleichzeitig die Umschichtung von Stellen im Bildungsbereich ablehnt und sagt, Stellen dürfen nicht von der Schule an die Universität oder von der Volksschule ans Gymnasium umgeschichtet werden, handelt nicht zukunftsorientiert. So kann man nicht mit den Steuern umgehen, die uns zur Verfügung stehen, in einer Zeit, in der eine sparsame Haushaltsführung notwendig ist.

Um die Pensionskosten zu senken, hat das Kabinett am 18. Juli 2006 einen Pensionsfonds beschlossen. Die Zuführungen sollen ab 2009 beginnen. Eine nachhaltige Senkung der Personalkosten lässt sich aber nur dann erreichen, wenn der Staat bereit ist, sich auf den Kern seiner Aufgaben zu beschränken. Das wird für uns eine Daueraufgabe sein. Wir wissen, dass in der Verwaltung natürlich ein gewisses Beharrungsvermögen besteht, wenn irgendwelche Vorschläge auch aus dem Parlament gemacht werden. Aber wenn wir gemeinsam dieses Problem anpacken, wird es uns gelingen, hier wirkliche Kosteneinsparungen herbeizuführen.

Dass wir dennoch im Bildungsbereich erstrangig für die Zukunft investieren wollen, hat der Finanzminister eingehend dargelegt. Bildung hat in Bayern oberste Priorität. Es zeichnet unsere Politik aus, dass zwei bayerische Universitäten den Exzellenz-Wettbewerb gewinnen konnten. Mit der Universität Würzburg war eine dritte bayerische Hochschule in der Endrunde. Bayern konnte nichts Besseres passieren, als dass die Wissenschaft alleine, ohne Zutun der Politik, wie die „Süddeutsche Zeitung“ heute schrieb, den Sieger bestimmte. Wir werden auch weiterhin dafür Sorge tragen, dass trotz der notwendigen Reduzierung der Personalkosten überall dort, wo es erforderlich ist, wie in den Bereichen Bildung, Wissen-

schaft, innere Sicherheit und Justiz, die erforderlichen Stellen zur Verfügung gestellt werden.

Viertens, sparen – reformieren – investieren. Seit dem Nachtragshaushalt 2004 haben wir ein Einsparvolumen von mehreren Milliarden Euro erarbeitet. Beim jetzt vorliegenden Doppelhaushalt sehen wir zum ersten Mal deutlich die Früchte dieser Anstrengungen. Wir haben uns allein für dieses und das nächste Jahr neue Schulden in Höhe von jeweils 2,5 Milliarden Euro erspart. Damit stehen uns wegen eingesparter Zinsen jährlich 100 Millionen Euro zur Verfügung. Diese Zinslast hätte auch anders aussehen können, nämlich zusätzliche 300 Millionen Euro, wenn wir all Ihren Anträgen in den vergangenen Jahren gefolgt wären. Diesen Investitionsvorsprung dürfen wir nicht einfach verkonsumieren. Aber schon legt die Opposition Anträge vor, die künftige Haushalte blockieren würden. Der Finanzminister hat es auf eine kurze und prägnante Formel gebracht: Haushaltspolitik ist Zukunftspolitik. Ich darf an dieser Stelle auf die vier vom Finanzminister genannten Zukunftsfelder verweisen: Hochschule, Bildung und Wissenschaft, Kinder und Familie, innere Sicherheit und die Stärkung des ländlichen Raumes. 758 Millionen Euro werden wir in den Jahren 2007 und 2008 in Bayerns Zukunft investieren. Das heißt in der Tat: sparen, reformieren und investieren.

Fünftens, Erhöhung der Investitionsquote.

(Joachim Herrmann (CSU): Sehr richtig!)

Eine geringe Pro-Kopf-Verschuldung und eine niedrige Zinslastquote streben wir nicht nur deshalb an, Herr Kollege Dupper, um im Ländervergleich besonders gut dazustehen. Sinn machen diese Anstrengungen doch nur, wenn davon auch die Investitionen profitieren. Ich nenne den Straßenbau, die Universitätskliniken, die Hochschulen, die Fachhochschulen und den öffentlichen Personennahverkehr, nicht zuletzt auch die Landwirtschaft.

(Werner Schieder (SPD): Es wird doch überall weniger!)

Herr Dupper, Sie haben beklagt, die Investitionsquote sei zu niedrig; sie läge weit unter 10 %, wenn wir in der Vergangenheit Ihren Anträgen zu den jeweiligen Doppelhaushalten gefolgt wären. 12 % sind uns zu niedrig; wir wollen sie steigern.

(Werner Schieder (SPD): Sie sinkt doch!)

15 % sollen wieder erreicht werden. Dazu gehört aber, dass wir das Geld nicht verkonsumieren, sondern wirklich investieren.

(Werner Schieder (SPD): Das stimmt doch gar nicht! Lesen Sie doch den Haushalt!)

Sechstens. Bayern ist mit diesem Doppelhaushalt zum Vorreiter einer neuen Stabilitätskultur geworden. Zwischenzeitlich hat sich jedes zweite Bundesland zeitlich auf einen ausgeglichenen Haushalt festgelegt. Dies ist enorm wichtig, wenn man den Länderfinanzausgleich im

Augen hat; denn es kann letztlich auf Dauer nur allen schaden, wenn eine solide Haushaltsführung denen schadet, die sich mit großen Anstrengungen in ihren Länderparlamenten durchsetzen, und gleichzeitig diejenigen begünstigt werden, die relativ sorglos Schulden machen. Wir müssen lernen, zwischen notwendiger Solidarität und organisierter Unverantwortlichkeit zu unterscheiden.

Meine sehr verehrten Damen und Herren, liebe Kolleginnen und Kollegen! Auf Dauer hilft es uns nichts, zu sparen und Schulden zu vermeiden, wenn wir über den Länderfinanzausgleich und über den Umsatzsteuerausgleich um die Früchte unserer Arbeit gebracht werden. Mit diesem schuldenfreien Doppelhaushalt verstärken wir im Rahmen der zweiten Stufe der Föderalismusreform den Druck für die Erreichung einer Neuordnung der Finanzbeziehungen zwischen Bund und Ländern.

Siebtens, der enge Schulterschluss mit den bayerischen Kommunen. Liebe Kolleginnen und Kollegen, die Tatsache allein, dass die Leistungen aus dem kommunalen Finanzausgleich erstmals die Sechs-Milliarden-Grenze überschreiten, ist nicht wichtig. Wenn aber das Wachstum des kommunalen Finanzausgleichs um mehr als vier Prozentpunkte über dem Wachstum des Haushalts liegt – und zwar mit dauerhaft substantziellen Verbesserungen für die Kommunen –, dann zeigt dies unsere Haltung, dass ein starker Staat auch starke Kommunen braucht. Dabei will ich gar nicht auf die vom Finanzminister detailliert vorgetragenen Themen wie Solidarumlage, Steuerverbund, Bedarfzuweisung, Sozialhilfeausgleich, Schülerbeförderung und ÖPNV-Ausgaben eingehen. Wir werden den kommunalen Finanzausgleich mit diesem Doppelhaushalt für die Zukunft substantziell und dauerhaft verstärken. Das haben auch die kommunalen Vertreter und die Spitzenverbände so gesehen und honoriert.

Lassen Sie mich noch kurz drei Bereiche streifen, nämlich IZBB, die Kürzungen der EU bei der Landwirtschaft und IZB II. Zunächst zum Thema IZBB: In den Jahren 2003 bis 2005 wurden insgesamt 839 Anträge von Grundschulen, Hauptschulen, Förderschulen, Realschulen und Gymnasien positiv verbeschieden. Dabei gingen 33 % der Mittel an die Volksschulen und circa 58 % an die Gymnasien. Soweit bei den Gymnasien noch Ansprüche aufgrund der Konnexität bestehen, werden diese erfüllt werden. Nachdem die gesamte Verteilung der IZBB-Mittel in Absprache mit den kommunalen Spitzenverbänden erfolgt ist, werden wir mit den kommunalen Spitzenverbänden darüber sprechen, inwieweit wir über das FAG weitere Förderungen durchführen können und durchführen müssen.

Wir werden auch darüber zu diskutieren haben, inwieweit wir die Hunderttausend-Euro-Grenze in Artikel 10 FAG im Einzelfall aussetzen können, damit die kleinen Kommunen nicht zweimal benachteiligt werden. Diese Gemeinden sind nämlich aus der IZBB-Förderung ausgeschieden und würden dann auch noch der Bagatellgrenze zum Opfer fallen. Wir wollen jedoch keine Mogelpackung, wie sie in anderen Ländern in Form eines Milliarden-Nachfolgeprogramms vorgelegt worden ist. Die Fakten sehen dort bei näherem Hinsehen anders aus. Dort haben die

Kommunen die eigentliche Hauptlast dieser Finanzierung zu tragen.

Nun zu den Mittelkürzungen der EU bei der Landwirtschaft: Aufgrund der Einsparungen der EU in der zweiten Säule fehlen der Landwirtschaft 80 Millionen Euro. Der Finanzminister hat bereits dargelegt, dass es eine große Leistung in diesem Doppelhaushalt darstellt, dass wir die Komplementärmittel trotz des Wegfalls der europäischen Förderung beibehalten haben. Wir haben auf diese 80 Millionen Euro noch 20 Millionen Euro für Investitionen und 5 Millionen Euro für Dorferneuerungsprogramme draufgelegt.

(Werner Schieder (SPD): Sind das jetzt mehr oder weniger Mittel?)

– Die Landesmittel erhöhen sich um 20 Millionen und 5 Millionen Euro. Die EU-Mittel werden weniger. Herr Kollege Schieder, Sie wissen das ganz genau. Wir können uns nachher noch einmal darüber unterhalten.

Wir werden aber auf Dauer nicht alle ausfallenden EU-Gelder durch Landesmittel ersetzen können. Die CSU-Fraktion ist gerade dabei, über den bevorstehenden Strukturwandel in der Landwirtschaft zu diskutieren und die notwendigen Folgerungen zu ziehen; denn für uns ist es wichtig, dass die bäuerliche Landwirtschaft in der heutigen Struktur erhalten werden kann.

Herr Kollege Dupper, Sie haben die weiteren Investitionen über IZB II in Höhe von 40 Millionen Euro – verteilt auf beide Haushalte – angesprochen. Wir werden dazu noch Vorschläge unterbreiten. Sie werden das sicherlich auch noch tun. Wir werden bei den Haushaltsberatungen Gelegenheit haben, über diese Vorschläge zu diskutieren.

Meine sehr verehrten Damen und Herren, ich komme zum Schluss. Mit diesem Doppelhaushalt kehren wir zu unserer früheren Verfahrensweise zurück. Wir werden ihn zügig, aber doch gründlich durchberaten und noch in diesem Jahr abschließend im Plenum behandeln. Ich glaube, das trifft auch bei den übrigen Fraktionen dieses Hohen Hauses auf Zustimmung. Vor den Kolleginnen und Kollegen im Haushaltsausschuss liegen anstrengende Wochen. Ich bin aber sicher, dass wir in unserer gewohnten konstruktiven Arbeitsweise diese Herausforderung bewältigen werden. Im Dezember-Plenum vor Weihnachten werden wir alle Einzelpläne und damit den Haushalt verabschieden können.

Lassen Sie mich zum Schluss dem Finanzminister ein Dankeschön sagen.

(Beifall bei der CSU – Jürgen Dupper (SPD): Jetzt wird es pathetisch!)

Er ist zwar mit einem gebrochenen Fuß, aber nicht mit einem gebrochenen Herzen hierher gekommen. Der Finanzminister steht wie kein anderer für diesen Haushalt ohne Nettoneuverschuldung. Es war bei Gott nicht einfach. Herr Kollege Dupper, nicht nur bei Ihnen oder bei den GRÜNEN, auch bei uns wird sehr heftig diskutiert, wenn es darum geht, Einschränkungen vorzunehmen.

Der Finanzminister hat sich nicht beirren lassen. Wir können jetzt die ersten Früchte dieser harten Arbeit ernten.

Lieber Herr Finanzminister, herzlichen Dank für diese Leistung, die in Deutschland beispielhaft ist und die die anderen Länder animiert hat, diesem Beispiel zu folgen. Vielleicht wird sich dies auch auf den Länderfinanzausgleich auswirken, für den wir sehr hohe Zahlungen zu leisten haben.

In diesem Sinne wünsche ich uns im Haushaltsausschuss gute Beratungen. Herr Kollege Dupper, ich bin sicher, dass wir diese Beratungen relativ unaufgeregt zu Ende bringen werden.

(Beifall bei der CSU)

Erste Vizepräsidentin Barbara Stamm: Ich darf jetzt Herrn Kollegen Mütze das Wort für die Fraktion des BÜNDNISSES 90/DIE GRÜNEN erteilen. Herr Kollege Mütze, was bringen Sie da mit?

(Thomas Mütze (GRÜNE): Ich habe nur eine Tasche für meine Rede dabei! – Dr. Christian Magerl (GRÜNE): Früher waren Jutetaschen notwendig!)

Herr Kollege Mütze, ich hoffe, dass Sie mit der Tasche nicht mehr vorhaben.

(Dr. Ludwig Spaenle (CSU): Vielleicht muss er sich übergeben!)

– Herr Kollege Dr. Spaenle, ich muss doch bitten.

Thomas Mütze (GRÜNE): Lieber Herr Kollege Dr. Spaenle, auf diesen Zwischenruf fiele mir etwas sehr Nettes ein, wenn ich in Ihre Richtung sehe. Das werde ich jedoch jetzt nicht sagen.

(Dr. Ludwig Spaenle (CSU): Wenn Sie meine Ästhetik stört, kann ich mich umdrehen!)

Frau Präsidentin, meine Damen und Herren! Herr Kollege Kupka, ich finde es sehr erstaunlich, dass Sie den Herrn Finanzminister in einem Zusammenhang mit Maradona und seiner „Hand Gottes“ nennen. Herr Finanzminister Prof. Dr. Faltlhauser, Respekt. Ich bin einmal gespannt, ob das die Sportpresse auch so weitergeben wird.

(Engelbert Kupka (CSU): Was wollen Sie damit sagen?)

– Sie haben doch dem Herrn Finanzminister gedankt, dass er dank Gottes einen so tollen Haushalt vorgelegt hat. Als Fußballpräsident müssten Sie eigentlich über Maradona und die „Hand Gottes“ Bescheid wissen.

Ich möchte einen Zusammenhang herstellen zwischen dieser Tüte und der Haushaltsrede. Ich wollte damit nicht die Präsidentin oder das Parlament missachten. Sie erinnern sich wahrscheinlich daran, als der Finanzminister

seinen Haushalt vor der Presse vorgestellt hat. Damals kam er ganz stolz mit der originalen Tasche des Finanzministers Graf Montgelas. Herr Finanzminister, Sie waren sicher erfreut, dass Sie dieses feine Stück mitnehmen durften.

Sie selbst haben das bestimmt als guten Scherz aufgefasst, denn Sie sehen sich in der Tradition des Grafen Montgelas; von daher passt das auch. Wir nicht, wir sind in dieser Frage etwas humorlos. Für uns steht diese Tasche nämlich für eine Finanzpolitik nach Gutsherrenart, bei der der Finanzminister entscheidet und das Volk – der Landtag – abnickt.

Ich habe nur aus diesem Grunde diese Tüte mitgebracht. Diese Tüte steht nämlich für die Realität in Bayern, eine Realität, vor der Sie, Herr Finanzminister, anscheinend gern die Augen verschließen, wenn Sie von „Ihren“ Gymnasiasten reden und von den tollen Entscheidungen, die für die Universitäten getroffen wurden. Im Freistaat wächst nämlich die Armut, trotz – oder vielleicht sollte man besser sagen: wegen – Ihrer angeblich so guten Politik für Bayern. Ein Anhaltspunkt dafür ist die inzwischen auch in Bayern angekommene Armut. 8,2 % aller bayerischen Kinder – Herr Finanzminister, ich kann verstehen, dass Sie das nicht interessiert –, das sind mehr als 157 000, leben in Bayern in Armut. Lassen Sie sich diese Zahl im Munde zergehen.

(Maria Scharfenberg (GRÜNE): Prekariat!)

– Prekariat nennt man das heutzutage, ein neuer Begriff wurde dafür geprägt. Es breitet sich ein recht bitterer Geschmack aus, doch Sie haben nichts Besseres zu tun, als mit einer elitären Geste auf sich aufmerksam zu machen.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Auf die verfehlte Sozialpolitik, die sich in diesem Haushalt manifestiert, komme ich später noch zu sprechen.

Wie sehen die allgemeinen Zahlen aus? – Sie haben gesagt: Erstens, wir führen den ausgeglichenen Haushalt fort; zweitens, wir investieren gezielt in Bayerns Zukunft, mit den genannten Schwerpunkten; drittens, wir stärken unsere Kommunen. Zu allen drei Punkten möchte ich Ihnen etwas sagen. Erstens, wir führen den ausgeglichenen Haushalt fort. Wie gesagt, das ist eine Punktlandung, vielleicht nicht 2006, aber ganz sicher 2008. Außerdem haben Sie selbst, Herr Finanzminister, darauf hingewiesen, dass wir, so wie es aussieht, danach Schulden werden machen müssen. Zumindest haben Sie diese Möglichkeit offengelassen. Wiederum setzen Sie Privatisierungserlöse ein, um den laufenden Haushalt zu finanzieren. Das haben Sie selbst angesprochen. Sie sagen, das sei normal. Vor nicht allzu langer Zeit haben Sie das noch als falsche Finanzpolitik kritisiert.

Was aber machen wir, wenn die Privatisierungserlöse ausgegeben sind? Das scheint bald der Fall zu sein, nämlich nach dem Jahr 2008. Das ist dann aber nicht mehr Ihre Sache, sondern die Sache Ihres Nachfolgers oder

Ihrer Nachfolgerin, aber es ist interessant, darüber nachzudenken.

Ein Weiteres: Ihr Haushalt steigt. Das sind die steigenden Steuereinnahmen, und es ist die Konjunktur, die Ihnen unter die Arme greift. Und da ist die höchste Steuererhöhung, die es jemals in Deutschland gegeben hat. Dabei muss ich diese ganze Seite des Landtags mit der SPD und der CSU ansehen; denn es waren Ihre Schwestern und Brüder im Bundestag, die sie beschlossen haben.

(Beifall bei den GRÜNEN – Maria Scharfenberg (GRÜNE): Pfui! – Zuruf von der SPD: Gott sei Dank!)

Es gibt ein gutes bayerisches Sprichwort, das heißt: Mit vollen Hosen ist gut stinken. Genau so kann ich mir den Stolz auf Ihren Haushalt vorstellen.

(Unruhe bei der CSU)

Welche Auswirkungen die Mehrwertsteuererhöhung wirklich hat, werden wir spätestens bei der Haushaltsaufstellung im Oktober 2008 wissen.

Liebe Kolleginnen und Kollegen, wenn ich mir den hier vorgelegten Haushaltsentwurf ansehe, dann fällt mir ein Film ein, der den Titel trägt: „Und täglich grüßt das Murmeltier“. Vielleicht kennen Sie diesen Film. Es ist ein Hollywood-Streifen, und ich weiß nicht, ob Sie sich auf dieses Niveau herablassen, Herr Finanzminister.

(Peter Welnhöfer (CSU): Normalerweise nicht!)

– Eben, deshalb erkläre ich den Film. Ich kann ihn nur empfehlen. Der Inhalt dieses Films, mit Bill Murray, passt auf Ihre Finanzpolitik wie die Faust aufs Auge. Es wiederholt sich alles, alles kommt immer wieder. Im Film wird aber irgendwann alles besser, bei Ihnen hingegen nicht.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Sie kennen den Film? – Ja. Sehen wir uns die Schwankungen im Haushalt der letzten Jahre genauer an. Es fällt eines auf: In den Wahljahren wird der Geldbeutel immer weit geöffnet. Es werden Programme aus dem Boden gestampft, es werden Gelder verteilt.

(Maria Scharfenberg (GRÜNEN): Immer das-selbe!)

So war das bisher, bei der Bundestagswahl 2002, bei der Landtagswahl 2003. Die 5-Milliarden-Offensive aus den Privatisierungserlösen ist inzwischen fast weg. Wir dachten nach den Sparhaushalten der letzten Jahre, dass es damit vorbei sei. Aber Sie probieren es schon wieder. Ein neues Programm muss her, um die Wahl 2008 propagandistisch vorzubereiten. Von Reformen ist nicht die Rede – Entschuldigung, dass ich dieses Wort überhaupt in den Mund nehme; denn „Reformer“ ist in Bayern inzwischen zu einem Schimpfwort geworden. „Reformer“ ist inzwischen fast so schlimm wie „Depp“.

Es geht darum, die gebeutelten Menschen wieder aufzurichten, ihnen wieder den Glauben an diese Staatsregierung zurückzugeben. Das neue Programm heißt: „Investieren in Bayerns Zukunft“. Dabei fällt als Erstes auf, dass es nicht mehr so hoch dotiert ist wie die, die wir schon kennen. „Zusätzliche Haushaltsmittel“ sollen „gezielt“ eingesetzt werden, und zwar in Höhe von 758 Millionen Euro. Herr Finanzminister, das mit den zusätzlichen Haushaltsmitteln müssen Sie uns noch einmal erklären. Entweder diese Mittel stehen im Haushalt, oder sie stehen nicht im Haushalt. Zusätzliche Mittel, die wären aber neu. Ich hoffe außerdem, dass die restlichen 35 Milliarden Euro, die auch im Haushalt stehen, nicht ungezielt ausgegeben werden, was man aus Ihren Worten fast schließen könnte.

(Zuruf von den GRÜNEN)

Nun zu den einzelnen Schwerpunkten. Die Hochschule, in Ordnung. Aber waren Sie es nicht selbst, die das G8 einführten und den Studentenberg damit selbst produzierten, der im Jahr 2011 auf uns zukommen wird? Haben Sie diesen Berg nicht selbst verursacht? – Jetzt müssen wir eben dafür sorgen, dass genügend Personal da ist und die Hochschulen gut ausgestattet sind, damit sie die Unterrichtsbedingungen erfüllen können. Selbst schuld, könnte man da sagen. Bei einem Mittelbedarf von zwei Milliarden sind 140 Millionen Euro für Investitionen ein Anfang, mehr aber auch nicht.

(Beifall bei den GRÜNEN)

„Hochwasser-Aktionsprogramm“: Sie haben den Hochwasserschutz unter „Ländlicher Raum“ zusammengefasst. Herr Minister, dieses Programm haben Sie in den letzten Jahren durch den Landtag gepeitscht. Nach jedem Hochwasser war es wieder soweit, Sie haben sich mit Ihrem Hochwasserprogramm gebrüstet. Jetzt wird dieses Programm schon wieder durchs Dorf gejagt. Da frage ich mich schon: Was ist daran neu?

(Staatsminister Prof. Dr. Kurt Faltlhauser: Was toll ist, ist toll!)

150 Millionen Euro stehen im Doppelhaushalt für den Digitalfunk. Herr Finanzminister, diese Digitalfunk-Entscheidung ist doch über lange Jahre hinweg diskutiert worden. Wir verfolgen das im Finanzausschuss. Dort geben Sie uns jedes Jahr einen Bericht. Was ist daran neu? Was ist daran innovativ? – Neu ist daran nur, dass Sie das auf Ihre Fahnen schreiben.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Das ist eine Entscheidung, die bundesweit gefallen ist und die alle Länder und der Bund gemeinsam tragen. Das ist schön, und es ist eine Investition, natürlich, aber muss man sich deshalb damit brüsten?

(Margarete Bause (GRÜNE): Er muss sich mit allem brüsten, er hat ja sonst nichts!)

– Eben. Was wir hier haben, ist kein Investitionsprogramm für Bayerns Zukunft, sondern ein Programm: „Ich mache endlich meine Hausaufgaben“. Doch auch diese Hausaufgaben machen Sie nur zum Teil. Dafür würden Sie in der Schule eine schlechte Note bekommen.

(Beifall bei den GRÜNEN – Maria Scharfenberg (GRÜNE): Setzen, fünf!)

Beginnen wir von vorn. Sehen wir in den Haushalt. Es ist nur eine Petitesse, doch es ist immer wieder schön, wenn man erfährt, wofür die Haushaltsmittel ausgegeben werden, bevor irgendetwas Offizielles von Ihrem Ministerium auf dem Tisch liegt. So durfte ich kürzlich aus dem Magazin des Filmförderfonds Bayern erfahren, dass die Filmförderung um eine Million Euro aufgestockt wird. Dass diese Förderung noch zu beraten ist, darüber steht da kein Wort. Die Maßnahme an sich halte ich zwar für sinnvoll, kein Thema. Liebe Kolleginnen und Kollegen, hier wird aber exemplarisch deutlich, wer diesen Haushalt wirklich beschließt. Wer hat denn das Budgetrecht? Der Landtag, oder – –?

(Beifall bei den GRÜNEN – Zuruf von den GRÜNEN: Genau! – Maria Scharfenberg (GRÜNE): Das ist Haushalt auf Gutsherrenart!)

Schauen wir uns doch einmal einen Schwerpunkt an, den Sie gebildet haben. Nach Ihrer Meinung ist die Bildung ein Schwerpunkt. Schauen wir uns das an. Am letzten Wochenende, auf Ihrem Parteitag in Augsburg, haben Sie es wieder einmal beschworen:

(Zuruf von der CSU)

– Genau, die Stärkung der Hauptschule. Die Hauptschule braucht ein neues Profil. – Jawohl, das muss besser werden. Man muss sich auf die schwierige Klientel einlassen. – Auch das unterstreiche ich sofort. Die Delegierten kannten aber den Haushaltsentwurf nicht. Denn was steht dort? Was passiert an der Hauptschule? – Der Hauptschule werden 1650 Lehrerstellen entzogen. Das passiert mit der Hauptschule. Das ist die Realität, lieber Herr Finanzminister, nichts anderes!

(Beifall bei den GRÜNEN – Prof. Dr. Gerhard Waschler (CSU): Sie müssen genau hinschauen, Sie haben an der Hauptschule die geringste Klassenfrequenz!)

– Genau hinschauen? – Ich habe zehn Jahre lang genau hingeschaut, Herr Kollege Waschler.

(Prof. Dr. Gerhard Waschler (CSU): Das ist doch Themaverfehlung! – Zuruf der Abgeordneten Maria Scharfenberg (GRÜNE))

– Nein, das ist es nicht, tut mir leid. Eigentlich haben Sie, Herr Minister, das genau erfasst. Ich zitiere Sie aus der „Süddeutschen Zeitung“:

Wissen wird von Menschen vermittelt. In der Schule ist nicht die schwarze Tafel entscheidend,

sondern die Qualität und die Zahl der Lehrkräfte.

Warum nehmen Sie dann der Hauptschule die Lehrerinnen und Lehrer weg, wenn diese für den Bildungserfolg dieser Gruppe von Schülern entscheidend sind?

(Lebhafter Beifall bei den GRÜNEN – Prof. Dr. Gerhard Waschler (CSU): Schon wieder Themaverfehlung! Beachten Sie die Konstellation!)

Wenn Sie es mit der Stärkung der Hauptschule ernst meinen würden, dann beließen Sie zumindest die 1000 Lehrkräfte an der Hauptschule, die dort nötig sind. Von den 650, die Sie einziehen, rede ich schon gar nicht mehr. Wir brauchen kleinere Klassen, wir brauchen ein niedrigeres Lehrer-Schüler-Verhältnis, um wenigstens die Chance zu haben, diese Kinder besser zu fördern.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Das wären einmal konkrete Taten, die auch von anderer Seite gefordert werden. Der Bayerische Städtetag in der Person von Herrn Schaidinger hat Ihnen beim nächsten Punkt, beim Ganztagsschulprogramm, die Leviten gelesen.

Man stelle sich vor: In den letzten vier Jahren flossen über das von Rot-Grün – man darf es noch erwähnen – im Bund verabschiedete IZBB-Programm 600 Millionen Euro für die Ganztagsbetreuung nach Bayern. Kollege Dupper hat darauf hingewiesen: Das war eigentlich gar nicht so gedacht. Man hat es aber ermöglicht. Bayern war froh, dass es das Geld einsetzen konnte. Wiederum war das G8 der Grund, dass Finanznot herrschte. Jetzt stellen Sie sich hin und sagen: „Wir wollen Ganztagschulen weiter ausbauen.“ Mutig! Was bringen Sie dafür ein? Ein Plus von 5 Millionen Euro im Jahr. Wir reden dann von 35 Millionen Euro pro Jahr.

(Margarete Bause (GRÜNE): Das ist lächerlich!)

Vergleichen Sie das miteinander, und dann sagen Sie mir, was daran mutig ist.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Herr Finanzminister, Sie haben vorhin aus der „Wirtschaftswoche“ zitiert. Ich könnte ganz andere Quellen zitieren: aus sozialen Zeitschriften, aus Zuschriften von sozialen Initiativen, wie die Ihre Politik kommentieren.

Sie haben die „Wirtschaftswoche“ hergenommen. Es ist Ihr gutes Recht, positive Nachrichten herzunehmen, um Ihre Politik in einem besseren Licht erscheinen zu lassen. Aber es ist auch unser Recht – das werden Sie verzeihen –, Zitate zu nehmen, die nicht so fein mit Ihrer Politik umgehen.

Kein Wunder, dass der schon angesprochene Herr Schaidinger meinte:

Die Verbesserung des Bildungssystems in Sonntagsreden zu fordern,

– so wie Sie es in Augsburg getan haben –

reicht nicht. Wir brauchen dazu konkrete Taten, und die kosten nun einmal Geld.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Recht hat er.

Den Mut für echte Bildungsinitiativen haben Sie nicht. Wir fordern Sie auf: Belassen Sie die 1000 Lehrerstellen in der Hauptschule und schaffen Sie trotzdem die Entlastung für die Kolleginnen und Kollegen an Realschule und Gymnasien. Das wäre mutige Bildungspolitik in diesen Zeiten.

Kommen wir zum Thema „Ländlicher Raum“. Sie haben in Ihrem Skript den ländlichen Raum extra noch einmal aufgeteilt. Ich nenne die Punkte. Unter „Ländlicher Raum“ subsumieren Sie: Hochwasserschutz, die Ski-WM in Garmisch-Partenkirchen und Staatsstraßen- und Brückenbau. Das ist bei Ihnen Stärkung des ländlichen Raums.

(Staatsminister Prof. Dr. Kurt Faltlhauser: Alles nicht in München!)

– Das liegt alles nicht in München, kann ja sein. Aber das Einzige, was wirklich Stärkung des ländlichen Raums an sich, der Strukturen ist, wird mit 18 Millionen Euro verstärkt. Eine Ski-WM im ländlichen Raum ist zwar ganz schön. Aber Sie müssen uns schon erklären, wo da Schwerpunkte für den ländlichen Raum liegen.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Die „Abendzeitung“ brachte heute einen Kommentar zum Thema „Arm und Reich“, der mir gut gefallen hat. Dort steht unter anderem:

Es reicht nicht, immer nur Werte und Bildung zu fordern, wie das Politiker

– hier ergänze ich: vor allem Politiker der CSU –

gerne tun. Man muss die Vermittlung dieser Werte und dieser Bildung auch bezahlen wollen. Das wäre Aufgabe des Staates.

Das wäre also Aufgabe von uns allen als Vertreter dieses Staates. Sie verweigern sich hierbei, weil Sie falsche Prioritäten setzen, weil Sie nur die Eliten im Blick haben und die anderen Ihnen eigentlich recht egal sind.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Damit kommen wir zu Ihren schwachen Seiten. Kultur und Natur Bayerns interessieren Sie offensichtlich nicht mehr. Den landesweiten Denkmalschutz wollen Sie in Ihrem Reformwahn völlig aushebeln – der Gesetzentwurf liegt vor. Die Schlagzeile dazu heute war: „Denkmalschutz zum Abbruch freigegeben“. Kollege Spaenle – ist er noch da? – könnte das auch kommentieren. Der Verfall der kulturell wertvollen Bausubstanz in Bayern wird die Folge sein.

In der Landwirtschaft ist es dasselbe. Sie kürzen denen die Mittel, die die Kulturlandschaft pflegen, wogegen Wachstumsbetriebe gefördert werden sollen. Na, vielen Dank! Zum Glück ist der weiß-blaue Himmel über Bayern nicht von Ihnen und der Finanzierung abhängig, sonst würde er sich wahrscheinlich grau in grau präsentieren.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Weiß-blauen Himmel braucht man doch nicht – wofür denn?

Die nächste schwache Seite ist der Sozialhaushalt. Ich habe den Bildungshaushalt und den Sozialhaushalt extra ein bisschen deutlicher kommentiert; denn das sind unsere Schwerpunkte in diesen beiden Haushaltsjahren. Ich denke, wir sind uns einig, dass Sozialleistungen mit ihrem zumeist präventiven Charakter eine gesamtgesellschaftliche und auch volkswirtschaftliche Funktion erfüllen. Defizite werden frühzeitig erkannt und behoben. Damit werden Folgekosten für den Staatshaushalt reduziert. Der Entwurf des Doppelhaushalts zeugt dagegen an vielen Stellen nicht nur von sozialer Blindheit, sondern auch von volkswirtschaftlicher Kurzsichtigkeit.

Im Unterschied zu CSU und Staatsregierung erkennen wir den vielfachen wirtschaftlichen Wert der Sozialpolitik als Produktivfaktor für Bayern an und wollen deswegen Sozialpolitik entsprechend ausbauen.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Da ist zuerst die Jugendsozialarbeit an Schulen zu nennen. Wenn rund 10 % der Jugendlichen die Schule ohne Abschluss verlassen und wir das so hinnehmen und ihnen damit ein prekärer Weg droht, ist das eine gefährliche Entwicklung für unser Gemeinwesen. Dies erfordert frühzeitige Investitionen nicht nur in Bildungspolitik im Allgemeinen, sondern insbesondere auch in die Schul- und Sozialarbeit für Haupt- und Berufsschüler.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Was tun Sie? – Sie haben ein Programm aufgelegt, in ferner Zukunft 350 Stellen für ganz Bayern zu schaffen, was Sie noch nicht geleistet haben. In diesen beiden Jahren stellen Sie jeweils 800 000 Euro für diesen Posten ein. Das würde dann für 40 Stellen mehr pro Jahr reichen. Darauf können Sie richtig stolz sein.

Wir halten rund 1000 Stellen für ganz Bayern in den nächsten vier Jahren für nötig. Das kann sehr wohl

zusammen mit den Kommunen finanziert werden. Das würde diesen Schülern auch wirklich eine Hilfe sein.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Ich weiß nicht, ob Ihnen das gefällt, Herr Finanzminister. Aber aus diesem Haushalt kann man ablesen, dass die Schwächsten der Gesellschaft die geringste Lobby bei der Staatsregierung haben.

(Beifall bei den GRÜNEN und bei Abgeordneten der SPD)

Hierzu zählen neben Menschen in existenzgefährdenden Problemlagen und Ausländern auch Menschen mit Behinderungen und alte Menschen, die unserer Hilfe eigentlich bedürften. Die Staatsregierung nimmt ihren Auftrag, für ein menschenwürdiges Leben aller zu sorgen, nicht ernst genug.

Am Beispiel des Blindengeldes kann man dies gut erklären. Blinde haben zur Bewältigung ihres Lebens ständig einen Mehrbedarf aufzubringen. Das Blindengeld hat die Zielsetzung, diesen Mehrbedarf aufzufangen. Deshalb ist das kein staatliches Almosen, sondern es soll Blinde und Sehbehinderte in die Lage versetzen, ein selbstbestimmtes Leben zu führen.

(Maria Scharfenberg (GRÜNE): Bringschuld!)

Dazu reicht das seit dem Nachtragshaushalt 2004 gekürzte Blindengeld nicht aus. Wir setzen uns dafür ein, dass es wieder auf das alte Niveau steigt, damit diesen Menschen ein lebenswürdiges Leben möglich wird.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Noch ein Beispiel: Mit einem Federstrich, sozusagen in einem Nebensatz im Haushaltsausschuss, erfuhren wir, dass die Mittel für Investitionszuschüsse und Darlehen für Investitionen in der Altenhilfe einfach so gestrichen werden. Anders als bei Neubauten finden sich für die notwendige Renovierung, Modernisierung und den Substanzerhalt nur schwer Privatinvestoren, denen Sie das überlassen wollen. Zudem fiel mit dem Ende der staatlichen Unterstützung auch die kommunale Kofinanzierung weg. Es ist unserer Meinung nach sozialpolitisch unverantwortbar, diesen baulichen Verfallsperspektiven der bayerischen Altenheime durch den Rückzug staatlicher Mitfinanzierung Vorschub zu leisten.

(Beifall bei den GRÜNEN und des Abgeordneten Dr. Thomas Beyer (SPD) – Maria Scharfenberg (GRÜNE): Auch der Minister wird alt!)

– Auch der Minister wird mal alt. Da darf man ihm wünschen, dass er nicht in einer solchen nicht renovierten Anlage landet.

(Zuruf von den GRÜNEN: In einem Schloss!)

– Vielleicht findet er noch Verwendung für das Montgelas-Schloss, das er noch nicht gekauft hat.

In den letzten Wochen gab es in der CSU Diskussionen, ob man das Landeserziehungsgeld möglicherweise zugunsten der Kinderbetreuung vielleicht – – aber halt! Da wurde die Diskussion schon unterbunden. Dabei kostet das Landeserziehungsgeld nicht nur sehr viel Geld, sondern es erreicht weder sein Ziel einer erhöhten Geburtenrate noch leistet es einen Beitrag zur dringenden Verbesserung der Vereinbarkeit von Familie und Beruf.

Zudem fördert es faktisch eine Lebensplanung von Frauen am Herd, was in keiner Weise unserem Frauenbild entspricht; ich weiß nicht, ob es Ihrem Frauenbild entspricht.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Und Sie wollten sich doch – Kollegin Görlitz, ich schaue auf Sie – ein modernes Frauenbild anschaffen, gerade um in den Städten punkten zu können. Ich weiß nicht, ob Sie das damit erreichen werden. Wenn Sie es ernst meinen mit Ihrer Politik für die Bürgerinnen und Bürger, müsste hier mehr geschehen.

(Zuruf des Abgeordneten Günter Gabsteiger (CSU))

– Es tut mir leid, Kollege, aber ich habe so lange gewartet, jetzt dürfen Sie auch ein bisschen warten.

Viele Dinge harren in Bayern der Erfüllung, viele Dinge warten darauf, dass sie finanziert werden: Universitäten, Schulen, Krankenhäuser. Das sind Dinge, die allen zugute kommen. Es kann nicht angehen – damit spreche ich jetzt etwas an, was heute auch schon Thema war –, dass Sie unter anderem den Traum vom schnellen Fahren zum Flughafen träumen oder von tiefer gelegten Schiffen, die die Donau befahren können, oder von einer zweiten Stammstrecke in München und gleichzeitig die Kommunen oder andere Träger von Schulen sechs Jahre lang ihre Baumaßnahmen vorfinanzieren dürfen, schauen können, wie sie das irgendwie schultern, die Seniorenheime – wie ich es schon angesprochen habe – sehen können, von wem sie die Sanierung bezuschusst bekommen. Das kann nicht sein!

(Beifall bei den GRÜNEN)

Ich lasse einmal die dritte Startbahn weg; ich bin ja lernfähig. Wenn Sie sagen, Sie erwarten, dass die Flughafen GmbH diese finanziert, dann gehen wir davon aus, dass das so passieren wird, wobei wir den Bau selbstverständlich ablehnen. Es bleiben die angemahnten drei Dinge: Stammstrecke, Donauausbau und Transrapid. Hier wird locker mit Milliarden herumjongliert in Ihren Häusern, in den Häusern Ihrer Kolleginnen und Kollegen.

(Zurufe von den GRÜNEN)

Wobei Sie mit noch keinem Wort – –

(Zurufe des Staatsministers Prof. Dr. Kurt Falthausen und des Abgeordneten Thomas Kreuzer (CSU))

Natürlich haben Sie gesagt, wir reden erst darüber, wenn es ordentlich finanziert ist. Dann verbieten Sie gefälligst Ihren Kollegen und auch dem Ministerpräsidenten das Wort!

(Lachen und Beifall bei den GRÜNEN – Zuruf von den GRÜNEN: Jawohl!)

Herr Finanzminister, nur eine Frage: Hat Sie der Herr Huber gefragt, bevor er gesagt hat, er werde die Mittel Bayerns für den Transrapid verdoppeln? Hat er Sie gefragt oder nicht, bevor er das gesagt hat? Ja oder nein?

(Zurufe von den GRÜNEN)

Das hat er nämlich nicht getan. Und wenn er das kann, dann können wir sehr wohl, Herr Finanzminister, genauso für Schulen, für Lehrer und für soziale Projekte Gelder fordern

(Beifall bei den GRÜNEN)

und müssen uns nicht um die Gegenfinanzierung kümmern; denn Ihr Kollege macht genau dasselbe.

(Zuruf von der CSU)

Die angesprochenen Projekte sind ökologisch und verkehrspolitisch – das haben wir Ihnen hinreichend erklärt – überflüssig und zudem – das dürfte Ihnen auch langsam aufgehen – völlig unfinanzierbar.

Die Finanzplanung haben Sie selber angesprochen. Da steht kein Euro drin. Sie wissen nur jetzt schon – ich hatte es am Anfang bereits gesagt –, dass das strukturelle Defizit erhalten bleibt, die Mittel aus OZB und IZB auslaufen, und Privatisierungserlöse gibt es nicht mehr.

Was machen Sie dann? Sie persönlich werden sich interessiert aus der Urlaubsperspektive anschauen, wie Ihr Nachfolger oder Ihre Nachfolgerin versucht, einen Haushalt aufzustellen. Wir aber sind dann immer noch da, und wir wollen auch dann noch verantwortbare Finanzpolitik betreiben.

(Zuruf von der CSU)

Daher: Finger weg von Großprojekten, die uns in unberechenbare finanzielle Schwierigkeiten bringen!

(Beifall bei den GRÜNEN)

Noch ein Wort zu Ihrem Fazit zum Finanzausgleich mit den Kommunen. Sie sagen, die Kommunen fühlen sich fair von Ihnen behandelt. Gilt das auch für die 24 % der Kommunen, die keinen Zuführungsbeitrag im Jahr 2006 erwirtschaften konnten? Sind auch die fair behandelt worden? Betrifft das auch die 20 % Kommunen, die ihren Haushalt nur unter rechtsaufsichtlicher Genehmigung erstellen konnten? Betrifft das auch die vielen Kommunen, kreisangehörigen Gemeinden, die Kassenkredite in schwindelerregender Höhe in den letzten Jahren aufgenommen haben? Betrifft das auch, Herr Finanzmi-

nister? – Solange das so ist, kann ich diese Befriedigung, der da Ausdruck gegeben wird, überhaupt nicht verstehen.

Es kann schon sein, dass es auf Städte wie Aschaffenburg – das gebe ich gerne zu – zutrifft. Wir haben dieses Jahr eine Gewerbesteuererinnahme so hoch wie noch niemals zuvor. Aber Aschaffenburg ist doch eine Ausnahme, das muss klar sein. Nicht alle Kommunen schwimmen so in der Gewerbesteuer und haben solche hervorragenden Haushalte: zehn Jahre mit null Neuverschuldung – ein gutes Beispiel für den Freistaat – wie Aschaffenburg. Solange das so ist, Herr Finanzminister, wäre ich vorsichtig mit dem Eigenlob.

Sorgen Sie bitte für einen Haushalt, der wirklich finanz-, bildungs- und sozialpolitisch nachhaltig ist, der die Kommunen in Not wirklich unterstützt! Wir werden in den kommenden Haushaltsberatungen unsere Anträge dazu stellen; einige habe ich schon skizziert. Wir freuen uns auf die rege Diskussion darüber. Wir freuen uns auch über Sinneswandel auf Ihrer Seite und Zustimmung.

(Lebhafter Beifall bei den GRÜNEN)

Erste Vizepräsidentin Barbara Stamm: Zu Wort hat sich für die Staatsregierung Herr Staatsminister Prof. Dr. Faltlhauser gemeldet.

Staatsminister Prof. Dr. Kurt Faltlhauser (Finanzministerium): Liebe Kolleginnen und Kollegen! Ich bedanke mich für diese erste Aussprache zu unserem Doppelhaushalt.

Ihnen, Herr Dupper, möchte ich sagen: Respekt vor Ihrer Rede. Sie haben ohne Schaum vor dem Mund Ihre Auffassung dargelegt, gut strukturiert – inhaltlich falsch.

(Lachen bei den GRÜNEN)

Aber ich habe mit Respekt zur Kenntnis genommen, was Sie vorgetragen haben und wie Sie es vorgetragen haben.

(Zuruf von den GRÜNEN: Das war der Ritterschlag! – Weitere Zurufe von den GRÜNEN und von der SPD)

Sie werden verstehen, dass der Finanzminister dem, was Sie dargelegt haben, nicht zustimmt. An einer Stelle haben Sie etwas völlig Falsches gesagt. Darf ich das korrigieren, ohne oberlehrerhaft zu wirken?

(Lachen bei den GRÜNEN)

Ich bin nicht derjenige, der Klarsichthüllen hin- und hergeschoben hat.

Sie haben gesagt, dass die Finanzausgleichsleistungen 2007 das Niveau von 2003 noch nicht einmal erreicht hätten. Herr Kollege, das ist falsch. Die Landesleistungen betrugen im Jahre 2003 4,8 Milliarden Euro,

(Anhaltendes Lachen bei den GRÜNEN)

und im Jahre 2007 liegen die reinen Landesleistungen bei 5,4 Milliarden Euro. Das ist eine erhebliche Steigerung.

(Lachen bei den GRÜNEN – Unruhe)

– Ist das heute eine fröhliche Mädchenrunde, oder was?

Das ist eine Steigerung von 12 %. Das darf ich doch sagen. Das heißt, die massiven Steigerungen beim Finanzausgleich kommen auch an dieser Stelle eindeutig zum Ausdruck.

Zur Investitionsquote, die Sie in besonderer Weise noch einmal herausgestellt haben: Ich halte es für angemessen, wenn Sie die Investitionsquote – gemeinsam mit uns – mit Sorge betrachten. Es ist dies meiner Ansicht nach eine Entwicklung in den Landeshaushalten insgesamt, die Verwaltungshaushalte sind, und Verwaltung schlägt sich auch in Personal nieder. Bei uns schlägt es sich nicht in Zinszahlungen nieder, weil wir seriös wirtschaften. Aber diese Entwicklung stellen wir überall fest.

Warum wir in diesem Doppelhaushalt nun einen Rückgang haben, beruht allerdings – das muss ich erläutern – vor allem auf einem einmaligen Sondereffekt. Wir haben im laufenden Haushalt die Leistungen, das Kapital für die Landesbank und für die Messe München aufgestockt, und diese Aufstockungen gelten definitionsgemäß als Investitionen. Das ist ein einmaliger Vorgang, der im nächsten Jahr nicht mehr entsprechend zählt. Dementsprechend kommen wir von diesem einmalig nach oben gefahrenen Niveau wieder herunter.

Allerdings muss ich doch fragen, wenn Sie, Herr Dupper, fordern, wir müssten 15 % – das ist im Übrigen, wie Sie wissen, auch das erklärte Ziel des Haushaltsausschussvorsitzenden Ach und von mir – wieder erreichen. – Man braucht Ziele, um sie wirklich heftig anstreben zu können. – Ich frage: Wie wollen Sie das erreichen, wenn Sie gleichzeitig, im gleichen Atemzug 400 Millionen Euro für die Bildung, insbesondere im konsumtiven Bereich, sprich: Lehrer usw., ausgeben wollen?

Sie werden, wenn Sie einen derartigen Brocken, wie Sie es gefordert haben, in Angriff nehmen, keine Chance mehr haben, tatsächlich die Investitionsquote zu erhöhen. Das ist eine grundsätzliche Fragestellung, über die wir uns permanent unterhalten müssen.

Sie sollten sich aus dieser Fragestellung, die uns im gemeinsamen Ringen betrifft, jedoch nicht durch eine Neudefinition der Investitionsquote herausreden. Wenn ich die Investitionen in Bildung, in Lehrer usw. auch zur Investitionsquote rechne, dann habe ich keine Schwierigkeit, nicht nur 15 %, sondern sehr schnell wesentlich höhere Prozentsätze zu erreichen.

(Dr. Thomas Beyer (SPD): Eben!)

Lassen Sie uns in den Beratungen und auch in den zukünftigen Aussprachen immer wieder die Frage stellen:

Was bedeutet das für die Investitionsquote? Ich fürchte für Sie, dass Sie oftmals dabei erwisch werden, dass Sie durch Ihre Forderung die Investitionsquote reduzieren und nicht der von Ihnen vorgetragenen Zielsetzung, 15 % zu erreichen, dienen werden. Das ist ein schwieriger Vorgang.

Kollege Mütze, Sie haben rhetorisch gefragt, wo die zusätzlichen Mittel sind. Sie würden erwarten, dass ich Ihnen das erkläre. Auch ich stehe da mit Fragezeichen vor Ihnen. Das sind auf der einen Seite zusätzliche Haushaltsmittel aufgrund der entsprechenden Sparvorschläge und zusätzlich Steuereinnahmen über das Niveau des Jahres 2006 hinaus. Da uns das nicht gereicht hat und da wir der Meinung waren, vor allen Dingen im investiven Bereich noch etwas unternehmen zu müssen, haben wir noch 303 Millionen Euro aus Privatisierungserlösen für diese Investition zur Verfügung gestellt. Das sind zwei verschiedene Quellen für ein Gesamtkonzept unter einem Dach. Es sind also von zwei Seiten zusätzliche Mittel: zusätzliche Privatisierungserlöse und zusätzliche Haushaltsmittel, die wir unsererseits entsprechend unseren programmatischen Vorgaben zielbewusst eingesetzt haben.

Politik ist Richtungsentscheidung. Ich glaube, die Zahlen, die wir Ihnen mit diesem Investitionsprogramm, mit diesem Zukunftsprogramm vorlegen, zeigen, dass wir Richtungsentscheidungen mutig vornehmen.

Dabei muss man auch – ich wiederhole das, weil dazu so vorwurfsvoll gesprochen wurde – Umschichtungen innerhalb einzelner Haushalte vornehmen. Deshalb halte ich es für richtig – ich wiederhole das ausdrücklich, und die Schulpolitiker werden das bestätigen –, dass Grund- und Hauptschullehrer, weil die Zahl der Kinder in diesen Schularten sinkt, versetzt bzw. haushaltspolitisch gewissermaßen in andere Schulen umgesetzt werden. Alles andere wäre doch glatter Unsinn.

(Zurufe von der SPD und von der CSU)

Unserer Politik würde kein Mensch mehr Glauben schenken, wenn wir das nicht machen würden.

Herr Mütze, zum Thema ländlicher Raum haben Sie etwas herausgegriffen, was mich wirklich erstaunt. Sie haben gefragt, was die Investition in die Skiweltmeisterschaft in Garmisch mit ländlichem Raum zu tun habe. Es erstaunt mich doch sehr, dass Sie die Zusammenhänge hier nicht wahrnehmen. Was wollen wir denn tun, um im ländlichen Raum zu fördern und anzustoßen?

(Zuruf von den GRÜNEN: Die Schulen fördern!)

Wollen wir aus der Gießkanne Geld verstreuen? Das dürfen wir nicht, und das wäre auch sinnlos, meine Damen und Herren.

(Zuruf von der CSU: Die vorhandenen Strukturen stärken! – Weitere Zurufe – Glocke der Präsidentin)

– Das Einzige, was wir tun können, ist, vorhandene Strukturen zu stärken und dort, wo Chancen bestehen, diese Chancen zu fördern. Wenn ein Fremdenverkehrsort wie Garmisch glücklicherweise durch den vehementen Einsatz einer Reihe von Persönlichkeiten, nicht zuletzt auch des Ministerpräsidenten, tatsächlich den Zuschlag bekommt, dann müssen Sie erkennen, dass das eine Chance ist. Dafür müssen Sie dann freiwillige Mittel zur Verfügung stellen – man wäre dazu nicht verpflichtet –, um die Weltmeisterschaft möglichst glanzvoll auszurichten und auf diese Weise diesen Ort auch langfristig wieder attraktiv zu machen.

(Beifall bei der CSU)

Das ist doch das Problem aller unserer Alpengemeinden. Von Partenkirchen bis Oberstdorf haben wir das Problem, dass dieser ländliche Raum spezifischer Art im Fremdenverkehr hinter der Schweiz und Österreich hinterherhinkt. Das ist nicht auf politisches Versagen zurückzuführen, sondern darauf – ich darf das hier sagen –, dass etliche Verantwortliche in der Gastronomie usw. die letzten 20 oder 30 Jahre verschlafen haben. Wenn Sie dort politisch etwas machen wollen, können Sie das nur mit zusätzlichen Maßnahmen tun, indem Sie am Tegernsee neue Schiffe ins Wasser setzen, um die Attraktivität des Tales zu erhöhen, indem Sie dafür sorgen, dass beispielsweise in Berchtesgaden ein ordentliches Hotel und eine ordentliche Dokumentationsstelle gebaut werden, indem Sie Oberstdorf und Garmisch bei der Skiweltmeisterschaft helfen. Mehr Möglichkeiten haben Sie nicht. Aber das ist ein klassischer Fall von Förderung punktueller Art im ländlichen Raum.

(Beifall bei der CSU)

Wenn das nicht mehr geht, verstehe ich nichts mehr.

Meine Damen und Herren, Herr Mütze hat gesagt, dass wir unbedingt 1000 Stellen für die Schulsozialarbeit brauchen würden. Ich nehme an, das haben Sie mittel- und langfristig gemeint.

(Margarete Bause (GRÜNE): Vier Jahre, hat er gesagt!)

– Wer ruft denn da immer dazwischen? – Ich weise darauf hin, dass in diesem Doppelhaushalt Mittel für 71 Stellen vorgesehen sind. Ich verstehe Sie überhaupt nicht – ich mache Sie nur auf Ihre Widersprüche in Ihren Aussagen zum Haushalt aufmerksam –, wenn Sie auf der einen Seite vor der Presse mit Tremolo in der Stimme sagen, die Staatsregierung gebe im Gegensatz zu den Beschlüssen im Finanzplanungsrat mehr als 1 % aus, gleichzeitig aber hier im Haus auf den Putz hauen und 1000 Stellen allein für die Schulsozialarbeit fordern. Ich frage Sie: Was wollen Sie eigentlich? Wollen Sie sparen und die Ausgaben begrenzen, oder wollen Sie 1000 Stellen allein in einem Spezialbereich?

Ich verstehe auch nicht, wie Sie sagen können, wir seien so unglaublich unsozial, weil wir bei den Altenheimen sparen. Darf ich Sie auf die Marktlage hinweisen? Die pri-

vaten Altenheime schießen überall aus dem Boden. Wir haben ein massives Überangebot.

(Dr. Thomas Beyer (SPD): Ach, das ist doch Schmarrn! – Gegenruf des Abgeordneten Markus Sackmann (CSU))

– Also, Sie versuchen im Sozialausschuss sicherlich das Gegenteil zu beweisen. Aber das ist die Realität, die uns mit Daten und Fakten flächendeckend auf dem Tisch liegt. Sie müssen in der Haushaltspolitik dann Prioritäten festlegen, indem Sie sagen, dass in diesem Bereich staatlicher Zuschuss offenbar nicht mehr notwendig ist, weil die privaten Kräfte, auf die ich auch nicht immer vertraue, weiß Gott nicht, in diesem Markt eine große Rolle spielen.

Erste Vizepräsidentin Barbara Stamm: Herr Staatsminister, gestatten Sie eine Zwischenfrage des Kollegen Mütze?

Staatsminister Prof. Dr. Kurt Faltlhauser (Finanzministerium): Aber selbstverständlich.

Erste Vizepräsidentin Barbara Stamm: Bitte schön, Herr Kollege.

Thomas Mütze (GRÜNE): Danke schön, Herr Finanzminister. – Ich weiß, Sie sind nicht *der* Bildungspolitiker. Aber ich frage Sie: Halten Sie angesichts von fast 4000 Schulen in Bayern die Zahl von 350 Schulsozialarbeitern für ausreichend?

Erste Vizepräsidentin Barbara Stamm: Herr Staatsminister.

Staatsminister Prof. Dr. Kurt Faltlhauser (Finanzministerium): Da ich kein Bildungspolitiker bin, wage ich hier nicht die Aussage, die ich machen möchte. Ich bin der Ansicht, dass die Spezialisierung von Schulsozialarbeitern ein hochproblematischer Vorgang ist. Aber das ist meine sehr persönliche Auffassung. Das Kümmeren um die sozialen Belange ist nämlich in vorrangiger Weise auch eine Aufgabe des Lehrers.

(Beifall bei der CSU)

Es darf nicht sein, dass sich der Lehrer nur noch so definiert, dass er sagt: Ich bin derjenige, der für die Wissensvermittlung gegenüber dem Kind zuständig ist, aber die sozialen Belange, wie das zu Hause aussieht, wie der Schüler betreut wird oder ob er gefrühstückt in die Schule kommt, das interessiert mich nicht. – Diese Trennung der Aufgaben sehe ich in der Bildungspolitik nicht. Aber ich bin nur Laie. Insofern haben Sie recht. Es ist meine persönliche Auffassung.

(Beifall bei der CSU)

Ich wollte noch etwas zu dem sagen, was Sie zum Transrapid gesagt haben. Wir wissen ganz genau, dass wir den

Transrapid in diesem Land unter industriepolitischen Zielvorstellungen brauchen. Das ist eine Aufgabenstellung der Bundesrepublik Deutschland vorrangig unter industriepolitischer Zielsetzung. Wir sollten uns glücklich schätzen, dass diese Zielsetzung in Bayern und nur noch in Bayern realisiert werden kann.

(Beifall bei der CSU)

Wir stellen fest, dass alle möglichen technischen Entwicklungen, die in der Bundesrepublik Deutschland ihren Ausgangspunkt hatten, ausnahmslos nicht mehr in Deutschland produziert werden, weil wir das verschlafen haben. Wir sollten dies nicht verschlafen. Das ist meine tiefe Überzeugung.

(Beifall bei der CSU)

Dass die 185 Millionen Euro, die wir bisher zur Verfügung gestellt haben, Herr Mütze, bei einer Gesamtsumme von 1,85 Milliarden Euro nicht ausreichen, ist mir auch klar. Dazu finden die Gespräche mit dem Bund, der vorrangig finanziell verpflichtet ist, noch statt. Aber selbstverständlich habe ich mit Erwin Huber den Spielraum diskutiert.

Der Spielraum nach oben ist da. Wenn man dieses Projekt will, muss der Freistaat Bayern zusätzliche Mittel in die Hand nehmen, und das werden wir auch tun. Das ist mit Erwin Huber abgesprochen; denn wenn man etwas will, muss man es meiner Ansicht nach auch durchsetzen können.

Ich möchte jetzt kurz etwas zum FAG sagen. Sie halten das für völlig unzureichend und sagen, soundso viele Kommunen seien nicht zufrieden. Ich meine, die Entwicklung der kommunalen Finanzen ist vor dem Hintergrund des wachsenden Steueraufkommens und aufgrund des Finanzausgleichs zufriedenstellend. Mir ist – das sage ich in aller Deutlichkeit; Sie können es als Polemik bezeichnen – die Zustimmung der kommunalen Spitzenverbände zum kommunalen Finanzausgleich wichtiger als Ihre Zustimmung.

(Beifall bei der CSU)

Zum Schluss will ich etwas ansprechen, Herr Mütze, das mich sehr geschmerzt hat. Sie stellen darauf ab, dass der hier sprechende Finanzminister nach der nächsten Landtagswahl nicht mehr Mitglied in diesem Hohen Hause ist.

(Zuruf von der CSU)

Das ist erklärtermaßen meine Absicht und nichts Neues. Wenn Sie aber daraus die Schlussfolgerung ziehen, das, was der hier handelnde Finanzminister tut, habe den Charakter „nach mir die Sintflut“, dann will ich nur unterstreichen: Genau das Gegenteil ist der Fall. Was ich in den Haushaltsverhandlungen in allen Einzelgesprächen im Ringen um einen soliden Haushalt auch dieses Mal wieder gemacht habe, ist nicht nur auf die nächsten zwei Jahre gerichtet. Das wäre relativ leicht gewesen. Es ist

vielmehr sehr langfristig angelegt, damit auch mein Nachfolger eine vernünftige Grundlage für seine Arbeit hat.

(Beifall bei der CSU)

Erste Vizepräsidentin Barbara Stamm: Herr Kollege Mütze, Sie haben noch Redezeit. Bitte sehr!

Thomas Mütze (GRÜNE): Herr Finanzminister, ich wollte eigentlich nichts mehr sagen, aber ich muss mich jetzt doch noch einmal zu Wort melden, weil Sie mir zum Schluss unter der Hand unterstellten, ich stritte Ihnen die Ernsthaftigkeit ab, die Ihrem Beruf zukommt. Sie selber haben in der Pressekonferenz gesagt, dass die Gefahren im Finanzplan 2009/2010 klar auf dem Tisch liegen: Unterfinanzierung insgesamt 770 Millionen Euro, so sagten Sie. Und Sie meinten – auch das habe ich vorhin in meiner Rede erwähnt –, dass man eventuell über Schulden nachdenken müsse. Auch das ist nicht falsch zitiert, denke ich.

(Zurufe von der CSU)

– Also, dann lese ich vielleicht die falschen Zeitungen, aber gut, das mag sein.

Das alles aber heißt für mich, Sie zeigten, dass es unter Ihrer Ägide bis zum Jahre 2008 relativ gut läuft, aber zu dem, was dann kommt – ich will es nicht so formulieren „nach mir die Sintflut“, wie Sie es getan haben –, fragen wir schon, wie die Finanzpolitik nach 2009 in Bayern aussehen wird; denn all diese Dinge, die Sie und der Herr Ministerpräsident bisher zur Verfügung hatten, fallen dann weg. Unsere Sorge sind dann – so war auch unsere Pressekonferenz überschrieben – die schwarzen Löcher der Zukunft. Wir werden sehen, wer von uns beiden im Endeffekt recht behält.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Erste Vizepräsidentin Barbara Stamm: Mir liegen keine weiteren Wortmeldungen vor. Damit ist die Aussprache geschlossen. Nach § 148 der Geschäftsordnung sind beide Gesetzentwürfe dem Ausschuss für Staatshaushalt und Finanzfragen als federführendem Ausschuss zu überweisen. Besteht damit Einverständnis? – Das ist der Fall. Dann ist das so beschlossen.

(Unruhe – Glocke der Präsidentin)

Ich rufe Tagesordnungspunkt 1 c auf:

**Gesetzentwurf der Staatsregierung
über Zuwendungen des Freistaates Bayern zur Verbesserung der Verkehrsverhältnisse der Gemeinden
(Bayerisches Gemeindeverkehrsfinanzierungsgesetz – BayGVFG) (Drs. 15/6409)
– Erste Lesung –**

Der Gesetzentwurf wird vonseiten der Staatsregierung begründet. Herr Staatssekretär Schmid hat sich bereit erklärt, den Gesetzentwurf für die Staatsregierung zu begründen, obwohl sein Ressort nicht zuständig ist.

Vielen Dank dafür, Herr Staatssekretär, dass wir reibungslos fortfahren können.

(Unruhe – Glocke der Präsidentin)

Staatssekretär Georg Schmid (Innenministerium): Sehr geehrte Frau Präsidentin, werte Kolleginnen und Kollegen! Ich darf nur ganz wenige Bemerkungen machen, zumal dieser Gesetzentwurf heute erst eingebracht wird und wir noch umfassende Möglichkeiten haben, im Parlament miteinander zu diskutieren.

Dieses Bayerische Gemeindeverkehrsfinanzierungsgesetz ist letztlich der erste Ausfluss der Föderalismusreform. Zum ersten Mal diskutieren wir heute ganz konkret ein Gesetz, das letztlich durch die Veränderung der Kompetenzen im Grundgesetz bedingt ist. Wir haben viele Jahre um diese Föderalismusreform gekämpft und miteinander darüber diskutiert. Bayern war federführend. Herr Ministerpräsident Edmund Stoiber hat sich hier in ganz besonderer Weise eingebracht.

Ich glaube, jetzt geht es insgesamt darum, die Föderalismusreform mit Leben zu erfüllen und sie umzusetzen. Heute setzen wir mit dem Gesetzentwurf einen ersten wichtigen Mosaikstein, zumal wir nach der aktuellen gesetzlichen Grundlage davon auszugehen haben, dass am 31.12.2006 entsprechend der Regelung des Artikels 125 c des Grundgesetzes dieses bundesrechtliche Gesetz außer Kraft tritt und wir sozusagen dringend eine bayerische Regelung brauchen. Wir brauchen diese Regelung zum 1. Januar des kommenden Jahres. Deswegen müssen wir dieses Gesetz in den kommenden Wochen miteinander diskutieren, um es dann rechtzeitig in Kraft treten lassen zu können.

Mit diesem Gesetz und der damit einhergehenden Umsetzung der Föderalismusreform wird das Prinzip der Subsidiarität gestärkt. Gleichzeitig gewinnt der Bund mehr Handlungsfähigkeit, und die Länder gewinnen mehr Gestaltungsmöglichkeit. Es werden die Kompetenzen zwischen Bund und Land entflochten und damit klare Verantwortlichkeiten festgelegt. Im Sinne dieser Verantwortlichkeiten sind wir jetzt gefordert, dieses neue Gemeindeverkehrsfinanzierungsgesetz zu beraten und zum 1. Januar 2007 in Kraft zu setzen.

Dieses Gesetz war immer sehr hilfreich, wenn es darum ging, auf der einen Seite im Straßenbau die kommunale Seite zu begleiten und es zu ermöglichen, dass bestimmte Straßenbauprojekte überhaupt realisiert werden. Auf der anderen Seite haben wir auch für den öffentlichen Nahverkehr diese Mittel dringend gebraucht, um unsere Infrastruktur in einen optimalen Zustand zu bringen

Vom 01.01.2007 bis zum 31.12.2013 werden die jährlichen Beträge weiterhin an die Länder fließen. Ab dem Jahre 2013 bzw. 2014 bis zum Jahre 2019 werden noch erforderliche und angemessene Mittel zugewiesen, aber die Zweckbindung wird dann entfallen. Es besteht dann nur noch eine allgemeine Zweckbindung für Investitionen. So ist das mit dem Bund fixiert; ich halte das für eine gute und vernünftige Lösung, weil wir dann auch selbst fest-

legen können, wie wir diese Mittel gemeinsam einsetzen wollen für den öffentlichen Nahverkehr auf der einen Seite und für den Straßenbau auf der anderen Seite.

Wir schaffen mit diesem Gesetz auch Planungssicherheit, indem wir den Kommunen dokumentieren können: Ja, wir wollen fortfahren – im Prinzip die bundesrechtlichen Regelungen übernehmend –, was die Frage des Förderverfahrens angeht, der förderfähigen Vorhaben und der Fördervoraussetzungen. Damit ist ein wichtiger Beitrag dazu geleistet, eine feste rechtliche Grundlage zu haben und damit Sicherheit für die kommunale Familie geben zu können.

Wir haben dabei gewisse Akzente gesetzt. Ich will nur zwei Beispiele nennen. Zum einen war im Bereich des Straßenbaus bei der Förderung von kommunalen Verbindungsstraßen eine gewisse Restriktion vorhanden, dass nämlich nur in bestimmten benachteiligten Gebieten diese Förderung stattfinden konnte. Das wird jetzt geöffnet. Die Förderung gilt generell, wenn es um wichtige gemeinsame Verbindungsstraßen geht.

Zum andern wurde der Förderhöchstsatz auf 80 % angehoben. Das ist dann wichtig, wenn sich Kommunen in einer überaus angespannten finanziellen Situation befinden.

Wir haben in den vergangenen Jahren erlebt, dass Kommunen, selbst wenn ein Fördersatz von 60 % oder 70 % gegeben wurde, nicht in der Lage waren, ihren Eigenanteil zu erbringen. Deswegen ist es, so denke ich, ein richtiger Ansatz, gerade die finanzschwachen Kommunen in dieser Situation zu begleiten, und deswegen ist der Höchstsatz für diese schwachen Kommunen auf 80 % angehoben worden.

Ich bin der Überzeugung, dass damit ein wichtiger Meilenstein in der Umsetzung der Föderalismusreform gesetzt wird, aber auch ein wichtiger Mosaikstein in der weiteren Förderung des öffentlichen Personennahverkehrs und auch hinsichtlich der Frage der weiteren Förderung kommunaler Straßen.

Ich bitte um zügige Beratung dieses Gesetzentwurfs und anschließend um Zustimmung.

(Beifall bei der CSU)

Erste Vizepräsidentin Barbara Stamm: Vielen Dank, Herr Staatssekretär. Ich eröffne die allgemeine Aussprache, fünf Minuten pro Fraktion. Herr Kollege Dr. Beyer, bitte sehr.

Dr. Thomas Beyer (SPD): Frau Präsidentin, meine Kolleginnen und Kollegen! Jetzt ist auch Herr Staatsminister Huber anwesend. Aber, Herr Huber, Herr Schmid hat es richtig gut gemacht. Es war auch nicht allzu viel dazu zu sagen. Und, Frau Präsidentin, ohne dass ich Sie korrigieren will: Er ist durchaus ebenfalls zuständig, weil auch das Innenministerium einer der Beteiligten, die die Programme aufstellen, sein soll.

Im Grunde könnte man es fast schon dabei belassen. Aber Herr Rotter hat sich sehr gut vorbereitet, sicherlich hat sich auch Kollege Magerl vorbereitet, ich habe mich vorbereitet. Sprechen wir also noch einmal darüber.

Eine Bemerkung zur Föderalismusreform: Wenn der große Zugewinn jetzt darin bestünde, dass wir Bundesgesetze wortgetreu noch einmal verabschieden, dann wäre diese Veranstaltung – ich glaube, darin sind wir uns einig – nicht besonders zielführend gewesen. Hier ist es nun der Fall, weil Sie sich darauf beschränken, lediglich eine Ausreichungsgrundlage für die weiterhin vom Bund gegebenen Mittel sicherstellen zu wollen.

Sie haben die beiden wesentlichen Änderungen – auch im Wortlaut – genannt: Die Beschränkung der Förderfähigkeit der verkehrswichtigen Gemeindeverbindungsstraßen auf die zurückgebliebenen Gebiete fällt weg. Die Begründung in dem Gesetzentwurf hierzu fällt für die Bayerische Staatsregierung überraschend offen und ehrlich aus: Sie wollen damit kompensieren, was Sie im Finanzausgleichsgesetz – FAG – seit 2004 gestrichen haben. Sie haben also in Aussicht genommen, dass Sie die Situation mithilfe der Spendierhosen des Bundes wieder verbessern. Auch die Anhebung des Förderhöchstsatzes fällt natürlich mit dem Geld fremder Institutionen leichter als mit dem eigenen Geld. Ich denke, solche Dinge muss man der Ehrlichkeit halber sagen. Wie gesagt: Der Gesetzentwurf tut dies in seiner Begründung.

Sie sagen, das Gemeindeverkehrsfinanzierungsgesetz – GVFG – des Bundes habe sich im Kern bewährt. Das ist ein Lob aus Bayern für ein Bundesgesetz. Ich halte das fest.

(Eberhard Rotter (CSU): Das ist schon ein älteres Bundesgesetz!)

Ich halte fest: Sie sehen keine Befristung vor.

(Zuruf des Staatssekretärs Georg Schmid)

– Nein. Herr Schmid, Sie haben doch in Augsburg wieder Ihren großen Vorsitzenden zum Thema des Verhältnisses zwischen Land und Bund gehört. Daran wollte ich nur erinnern. Herr Rotter, das hat mit der Farbenlehre überhaupt nichts zu tun.

Keine Befristung, sagen Sie also, obwohl auch Sie davon ausgehen, dass über das Jahr 2013 hinaus der ÖPNV und der kommunale Verkehrswegebau wichtige Themen bleiben. Insofern gestehe ich Ihnen zu, dass Sie recht haben. Meine Frage ist an dieser Stelle, ob es dann nicht sinnvoll gewesen wäre, Mut zu fassen und ein umfassendes ÖPNV-Gesetz für Bayern zu schaffen, anstatt diese Fraktionierung in verschiedene Rechtsgrundlagen beizubehalten.

Wir werden über diese Fragen im Ausschuss reden können, wenngleich ich auch sehe, dass man das alles

unter Umständen bis zum Jahresende nicht mehr schaffen wird.

(Eberhard Rotter (CSU): Genau das ist der Punkt! Es eilt!)

– Man wird es möglicherweise jetzt nicht mehr schaffen, Herr Rotter; man hätte es vorbereiten können. – In den Diskussionen im Ausschuss können wir auch über die anderen Fragen reden. Darauf freue ich mich sehr. Letzte Woche hatten wir schon einen kleinen Aufgalopp.

Zu fragen ist: Wie hält es die CSU allgemein mit dem öffentlichen Nahverkehr im Land? Wie sieht es mit den sonstigen Themen, mit der Investitionskostenförderung, mit der Fahrzeugförderung, der Förderung von Bus und Bahn aus? Herr Rotter, das hätte man durchaus mit hineinnehmen und verbinden können. Das wäre genau das Thema gewesen.

Wir werden, im Vorgriff auf die Haushaltsberatungen, auch schon darüber reden können, dass Sie es fertigbringen, im Haushaltsentwurf 2007/2008 bei den Förderungen für Bus- und Schienenfahrzeuge noch mehr zu kürzen, als Ihnen die Regionalisierungsmittel durch den Bund gekürzt werden, was Sie als Ausrede hierfür heranziehen, und wir werden zu guter Letzt auch miteinander darüber reden müssen, wie Sie es angesichts der Tatsache, dass Sie ausschließlich Bundesgelder verteilen, mit den eigenen Geldern und den Geldern des Bundes im Bereich der Regionalisierungsmittel halten.

Die erste Runde ging an uns. Ich bin gespannt, was Sie sich bis zur nächsten Woche überlegen werden.

Herr Huber war nicht anwesend. Er konnte es nicht hören. Der Finanzminister hat soeben zum Thema Transrapid wieder angekündigt: Wenn man ihn denn will, dann wird man ihn finanzieren können. Ich weise auch heute darauf hin, dass der einzige Anhaltspunkt für eine Finanzierung des Transrapids im Haushaltsentwurf 2007/2008 eine Verpflichtungsermächtigung in Höhe von 185 Millionen Euro ist. Diese geht, wie es dort heißt, einseitig deckungsfähig zulasten des Kapitels 07 07, und das ist überschrieben mit „Schienenpersonennahverkehr“ und wird auf der Einnahmeseite ausschließlich durch die Regionalisierungsmittel des Bundes gespeist.

Auch hierüber werden wir im Gesamtkomplex ÖPNV und im Rahmen des Komplexes des Bayerischen Gemeindeverkehrsfinanzierungsgesetzes, wie Sie es jetzt genannt haben, reden müssen. Ich denke, diese Beratungen werden wir mit großer Ernsthaftigkeit hinter uns bringen und ein Inkrafttreten des Gesetzes zum Jahresende sicherlich auch gewährleisten können.

(Beifall bei der SPD)

Erste Vizepräsidentin Barbara Stamm: Vielen Dank, Herr Kollege Dr. Beyer. Nächste Wortmeldung: Herr Kollege Rotter, bitte.

Eberhard Rotter (CSU): Frau Präsidentin, liebe Kolleginnen und Kollegen! Wie meine Vorredner bereits dargelegt haben, ist der vorliegende Gesetzentwurf eine Frucht der Föderalismusreform, mit der bestimmte Mischfinanzierungen abgeschafft werden. Davon ist auch das bisherige GVFG – Gemeindeverkehrsfinanzierungsgesetz – des Bundes betroffen, mit dem Maßnahmen zur Verbesserung der Verkehrsverhältnisse der Gemeinden gefördert werden.

Nach Artikel 125 c des Grundgesetzes gelten die bisherigen Regelungen nur bis zum 31. Dezember dieses Jahres. Von daher war es sinnvoll, rasch einen Gesetzentwurf, der sich natürlich eng an die bisherigen und durchaus sehr erfolgreichen und segensreichen Regelungen des Bundesgesetzes anlehnt, vorzulegen und all die anderen Dinge, die im Zusammenhang mit dem ÖPNV zu regeln sind, einer späteren Beratung vorzubehalten.

Wichtig ist mir, dass der Bund vom 1. Januar 2007 bis zum 31. Dezember 2013 weiterhin Beiträge aus dem Bundeshaushalt für die entfallenden Landesprogramme nach GVFG an die Länder erbringt. Es ist sehr erfreulich und sinnvoll, dass diese Leistungen, die aus dem Durchschnitt der Finanzierungsanteile des Bundes aus den Jahren 2000 bis 2008 ermittelt werden, von den Ländern zweckgebunden für den Aufgabenbereich des bisherigen GVFG verwendet werden müssen. Dies begrüßen sicherlich die Verkehrspolitikern quer durch alle Fraktionen dieses Hohen Hauses ausdrücklich. Es erspart uns nämlich Diskussionen wie bei der Verteilung der Mehrwertsteuermehreinnahmen, die ja auch zur Kompensation für wegfallende Regionalisierungsmittel des Bundes dienen sollten, aber nun natürlich in Konkurrenz mit vielen anderen Aufgaben des Landeshaushalts stehen.

(Unruhe – Glocke der Präsidentin)

Offen ist, wie es mit diesen Mitteln ab 2014 weitergehen wird, da Bund und Länder bis Ende 2013 überprüfen werden, in welcher Höhe die jährlich zugewiesenen Beträge von 2014 bis 2019 noch erforderlich und angemessen sind. Allerdings – das ist aus meiner Sicht bedauerlich – entfällt ab dem 1. Januar 2014 die Zweckbindung an den Aufgabenbereich der bisherigen Mischfinanzierung. Zumindest gilt ab diesem Zeitpunkt noch eine allgemeine Zweckbindung für Investitionen.

Wie bisher werden unter anderem der Bau oder Ausbau in kommunaler Baulast stehender verkehrswichtiger innerörtlicher Straßen, verkehrswichtiger Zubringerstraßen zum überörtlichen Verkehrsnetz und verkehrswichtiger zwischenörtlicher Straßen förderwürdig sein. Bezüglich der Fördervoraussetzungen möchte ich nur darauf verweisen, dass auch die Belange behinderter Menschen berücksichtigt und die Anforderungen der Barrierefreiheit möglichst weitgehend erfüllt sein müssen. Dies gilt insbesondere für den anderen Förderbereich, was schienenengebundene Verkehrsmittel, Massenverkehrsmittel in Ballungsräumen angeht.

Erfreulich ist – darauf ist schon hingewiesen worden, aber es ist mir wichtig; deswegen möchte ich es wiederholen –, dass die Förderung von bisher 75 % auf 80 % ange-

hoben wird und dass die Fördermittel in Ausnahmefällen, bei besonders finanzschwachen Kommunen, durch eine Komplementärförderung nach dem Härtefonds sogar auf maximal 90 % der zuwendungsfähigen Kosten angehoben werden können. Dies ist notwendig und sinnvoll, um beispielsweise sicherzustellen, dass Eisenbahnkreuzungsmaßnahmen – diese werden häufig zur Beseitigung von bisher höhengleichen Bahnübergängen durchgeführt, und das dient nun wirklich der Sicherheit der Verkehrsteilnehmer – auch in finanzschwachen Gemeinden durchgeführt werden können.

Zusammenfassend möchte ich darauf hinweisen, dass das GVFG des Bundes viele dringend notwendige Maßnahmen der Verbesserung der Verkehrsverhältnisse überhaupt erst ermöglicht hat. Dies gilt für wichtige Straßenbaumaßnahmen, gerade auch im ländlichen Raum, ebenso wie für schienenengebundene Massenverkehrsmittel in unseren Ballungsräumen. Um diese segensreiche Wirkung der Fördermittel auch in Zukunft sicherzustellen und um den Städten und Gemeinden sowie den Verkehrsunternehmen Planungssicherheit zu geben, ist es nötig, den vorliegenden Gesetzentwurf zügig zu beraten und zu verabschieden.

(Beifall bei der CSU)

Erste Vizepräsidentin Barbara Stamm: Nächste Wortmeldung: Herr Kollege Dr. Magerl.

Dr. Christian Magerl (GRÜNE): Frau Präsidentin, Kolleginnen und Kollegen! Ich halte es für konsequent, dass hier der für den Straßenbau zuständige Staatssekretär gesprochen hat; denn wenn ich mir die vom Wirtschaftsministerium vorgelegten Zahlen ansehe, stelle ich fest, dass der überwiegende Anteil in den letzten Jahren in den kommunalen Straßenbau geflossen ist und nicht – so wie wir es wünschen – in den öffentlichen Personennahverkehr.

Herr Staatssekretär, Sie haben gesagt, durch diesen Gesetzentwurf, der aus der Föderalismusreform resultiert, werde die Subsidiarität gestärkt und man solle Handlungsspielräume nutzen. Im Abschnitt B unter „Lösungen“ wird dagegen die enge Anlehnung an das bisherige GVFG des Bundes betont. Ich muss sagen: Bei diesem Gesetzentwurf sehe ich keine Nutzung von Handlungsspielräumen und keine großen Änderungen. Ich kündige jetzt schon an, dass wir Änderungsanträge einbringen werden; denn wir wollen die vorhandenen Handlungsspielräume stärker nutzen, als dies durch Sie in den zwei Punkten geschehen ist, wodurch Sie aber den Gesetzentwurf nicht verbessern, sondern verschlechtern.

Wenn ich in Artikel 2 Absatz 1 „Verkehrswichtige zwischenörtliche Straßen“ herausgreife, muss ich feststellen, dass im Bundesgesetz von „zurückgebliebenen Gegenden“ gesprochen wird. Man muss nun nicht unbedingt von „zurückgebliebenen“ Gegenden sprechen, aber wir wollen gerade in strukturschwachen Gebieten den ländlichen Raum mehr gestärkt wissen. Wenn Sie diese Regelung aufmachen, fließt das Geld im Prinzip in alle

Regionen. Ich meine nicht, dass das ein richtiges Zeichen wäre.

Auch die Anhebung von bisher 75 % auf 80 % sehen wir nicht als wegweisend. Es mag sein, dass es Kommunen gibt, bei denen darüber hinausgegangen werden muss. Es ist aber falsch, von Haus aus von 75 % auf 80 % zu steigern, da die Geldmittel nicht so üppig vorhanden sind.

(Zuruf von der CSU)

– Wenn Sie es hineinschreiben, wollen Sie es doch auch in dieser Richtung machen. Wir haben dabei so unsere Bedenken.

Für uns erschließt sich nicht, warum man verschiedene Punkte im Gesetzentwurf belässt, zum Beispiel was den Bau und den Ausbau von Verkehrswegen, der Straßenbahnen etc. betrifft, die mit dem Kriterium „auf besonderem Bahnkörper geführt“ verknüpft werden. Gerade bei Straßenbahnen geht es zum Teil auch ohne. Insofern könnte man das Ganze etwas öffnen, aber deswegen, um auf diese Weise billigere Lösungen zu finanzieren. Über dieses Thema müssen wir uns unterhalten und uns Gedanken machen.

Meines Erachtens müssen wir uns auch über die Barrierefreiheit Gedanken machen.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Sie haben in den Gesetzentwurf hineingeschrieben, dass den Anforderungen der Barrierefreiheit möglichst weitreichend entsprochen werden soll. Das ist uns ein bisschen zu wenig. Auch über diese Frage müssen wir uns unterhalten.

Insgesamt ist der Gesetzentwurf noch nicht der große Wurf. Wir werden in der bald folgenden Ausschussdebatte unsere Anträge einbringen und uns ausführlich dazu äußern. Man hätte in einigen Punkten etwas weiter gehen können, als Sie von der Staatsregierung gegangen sind.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Erste Vizepräsidentin Barbara Stamm: Damit ist die Aussprache geschlossen. Im Einvernehmen mit dem Ältestenrat schlage ich vor, den Gesetzentwurf dem Ausschuss für Wirtschaft, Infrastruktur, Verkehr und Technologie als federführendem Ausschuss zu überweisen. Besteht damit Einverständnis? – Das ist der Fall. Dann ist das so beschlossen.

Ich rufe Tagesordnungspunkt 2 auf:

Abstimmung über Anträge etc., die gemäß § 59 Abs. 7 der Geschäftsordnung nicht einzeln beraten werden

Vorweg lasse ich über die Listennummer 1, betreffend die Verfassungsbeschwerde gegen den Beschluss des Bayerischen Verwaltungsgerichtshofs vom 22. Oktober 2002,

einzeln abstimmen. Wer dem Votum des federführenden Ausschusses für Verfassungs-, Rechts- und Parlamentsfragen auf Drucksache 15/6424 zustimmen möchte, den bitte ich um das Handzeichen. – Das sind die Fraktionen der CSU und der SPD. Gegenstimmen? – Stimmenthaltungen? – Das ist die Fraktion des BÜNDNISSES 90/DIE GRÜNEN. Dann ist das so beschlossen.

Einzeln abgestimmt werden muss auch über die Listennummer 17. Das ist der Antrag der Abgeordneten Christa Naaß, Jürgen Dupper, Monica Lochner-Fischer und anderer, SPD, betreffend Beamtenversorgung des Freistaates Bayern – Versorgungsbericht, Maßnahmen zur Finanzierung, Drucksache 15/5722.

Die Fraktionen von CSU und SPD haben beantragt, abweichend von der Geschäftsordnung der Abstimmung nicht das Votum des Haushaltsausschusses, sondern das Votum des federführenden Ausschusses für Fragen des öffentlichen Dienstes bei der zweiten Beratung zugrunde zu legen. Inhaltlich verweise ich insoweit auf die Drucksache 15/6403.

Wer dem Antrag unter Berücksichtigung der Empfehlung des federführenden Ausschusses für Fragen des öffentlichen Dienstes, Drucksache 15/6403, bei der Zweitberatung zustimmen möchte, den bitte ich um das Handzeichen. – Das sind die Fraktionen der CSU, der SPD sowie die Fraktion des BÜNDNISSES 90/DIE GRÜNEN. Gegenstimmen? – Stimmenthaltungen? – Keine. Dann ist das so beschlossen.

Hinsichtlich der jeweiligen Abstimmungsgrundlagen mit den einzelnen Voten der Fraktionen zur weiteren Verfassungsstreitigkeit und den übrigen Anträgen verweise ich auf die Ihnen vorliegende Liste.

(siehe Anlage)

Wer mit der Übernahme seines Abstimmungsverhaltens bzw. dem jeweiligen Abstimmungsverhalten seiner Fraktion entsprechend der aufgelegten Liste einverstanden ist, den bitte ich um das Handzeichen. – Das sind alle Fraktionen des Hauses. Gegenstimmen? – Stimmenthaltungen? – Keine. Damit übernimmt der Landtag diese Voten.

Ich rufe Tagesordnungspunkt 11 auf:

Bestellung von Mitgliedern des Landtags für den Landesdenkmalrat

Die Fraktion des BÜNDNISSES 90/DIE GRÜNEN hat darum gebeten, statt ihres bisherigen Mitglieds im Landesdenkmalrat, Frau Kamm, Frau Kollegin Gote als neues Mitglied des Landesdenkmalrates zu bestellen. Die SPD-Fraktion möchte künftig statt ihres bisherigen Mitglieds, Frau Rupp, Herrn Dr. Rabenstein in den Landesdenkmalrat entsenden.

Gibt es dazu Wortmeldungen? – Das ist nicht der Fall. Wir kommen damit zur Abstimmung. Besteht damit Einverständnis, dass ich über die Vorschläge gemeinsam

abstimmen lasse? – Das ist der Fall. Wer mit der Bestellung der benannten Persönlichkeiten zu Mitgliedern des Landesdenkmalrates einverstanden ist, den bitte ich um das Handzeichen. – Es besteht Übereinstimmung im ganzen Hause. Gegenstimmen? – Stimmenthaltungen? – Keine. Dann ist das so beschlossen.

Ich rufe Tagesordnungspunkt 12 auf:

Bestätigung eines Mitglieds für den Landesgesundheitsrat

Der Staatsminister für Umwelt, Gesundheit und Verbraucherschutz hat mitgeteilt, dass der bisherige Vertreter der Bayerischen Landesapothekerkammer im Landesgesundheitsrat, Herr Johannes Metzger, aus dem aktiven Dienst ausgeschieden ist. An seiner Stelle wurde von der Bayerischen Landesapothekerkammer Herr Dr. Ulrich Krötsch – Präsident der Bayerischen Landesapothekerkammer – als Vertreter im Landesgesundheitsrat benannt.

Herr Staatsminister Dr. Schnappauf hat gebeten, die nach dem Gesetz über den Landesgesundheitsrat notwendige Bestätigung durch den Bayerischen Landtag herbeizuführen. Gibt es dazu Wortmeldungen? – Das ist nicht der Fall. Dann lasse ich abstimmen. Wer mit der Entsendung von Herrn Dr. Krötsch in den Landesgesundheitsrat einverstanden ist, den bitte ich um das Handzeichen. – Das sind die Fraktionen der CSU, der SPD und des BÜNDNISSES 90/DIE GRÜNEN. Gegenstimmen? – Keine. Stimmenthaltungen? – Keine.

Der Landtag bestätigt damit Herrn Dr. Krötsch als neues Mitglied des Landesgesundheitsrates.

Ich rufe Tagesordnungspunkt 10 auf:

Eingaben

betreffend geplante jahrgangsübergreifende Klasse im Schuljahr 2006/2007 an der Grundschule Ebrach (BI.0722.15)

Bildung jahrgangsübergreifender Grundschulklassen zum Schuljahr 2006/2007 an der Volksschule Aurachgrund in Walsdorf (BI.0732.15)

Vorweg gebe ich bekannt, dass die Eingabe betreffend „Bildung jahrgangsübergreifender Grundschulklassen im Schuljahr 2006/2007 an der Volksschule Aurachgrund in Walsdorf“ im Einvernehmen der Fraktionen von der Tagesordnung abgesetzt wird. Nachdem die Fraktion des BÜNDNISSES 90/DIE GRÜNEN auf eine Behandlung im Plenum verzichtet hat, verbleibt es insoweit bei dem Votum des Ausschusses für Bildung, Jugend und Sport.

Mit der Eingabe betreffend „Geplante jahrgangsübergreifende Klasse im Schuljahr 2006/2007 an der Grundschule Ebrach“ hat sich der Ausschuss für Bildung, Jugend und Sport in seiner Sitzung am 19. Juli 2006 befasst und beschlossen, die Eingabe gemäß § 80 Nummer 4 der Geschäftsordnung aufgrund der Stellungnahme der Staatsregierung für erledigt zu erklären, allerdings mit der Maßgabe, dass „zusätzlich zu den zwei MSD-Stunden

wie bei anderen jahrgangsübergreifenden Klassen fünf Differenzierungsstunden gewährt werden.“

Die Fraktion des BÜNDNISSES 90/DIE GRÜNEN hat gemäß Artikel 5 Absatz 2 Satz 2 des Bayerischen Petitionsgesetzes fristgerecht beantragt, die Eingabe auf die Tagesordnung des Plenums zu setzen. Ich eröffne nun hierzu die Aussprache. Im Ältestenrat wurde eine Redezeit von zehn Minuten pro Fraktion vereinbart. Wortmeldungen? – Ich darf zunächst Frau Kollegin Tolle bitten, an das Rednerpult zu kommen.

Simone Tolle (GRÜNE): Sehr geehrte Frau Präsidentin, sehr geehrte Kolleginnen und Kollegen! Ich habe bereits im Juli 2006 die Behandlung der Petition im Plenum beantragt, weil es sich um eine besonders schlimme Angelegenheit im Rahmen Ihrer Sparmaßnahmen handelt. Der Kultusminister – er kommt gerade – preist Kombiklassen als ein besonders gutes pädagogisches Modell an. Allerdings, Herr Kultusminister, ist nichts davon zu spüren, dass Sie die jahresgangskombinierten Klassen einführen, weil Sie sie pädagogisch für gut halten. Sie führen Sie ein, weil Sie sie zum Sparen missbrauchen.

(Beifall bei den GRÜNEN)

In diesem Falle ist es besonders übel, weil sich das Sparen folgendermaßen auswirkt: Die jahresgangskombinierte Klasse hat in der ersten und zweiten Jahrgangsstufe 27 Kinder, von denen zwei besonderer Aufmerksamkeit bedürfen. Dieser Fall eignet sich sehr gut, um das Vorgehen klarzumachen. Bereits im zweiten Jahr endet es in einer Katastrophe. Die Tatsache, dass sich die Vorgänge jährlich wiederholen und jedes Mal enormen Vertrauensschaden bei Eltern und Kindern hinterlassen, beweist nur eines: Die Zweidrittelmehrheit ist nicht lernfähig und darüber hinaus auch unbelehrbar.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Ihr Motto ist nicht „Auf den Anfang kommt es an“, sondern Sie sind – wir haben den Finanzminister gehört – Sklaven und Sklavinnen eines ausgeglichenen Haushalts. Die Kinder sind Ihnen unter dieser Prämisse vollkommen egal;

(Beifall bei den GRÜNEN)

denn sonst würde es keine jahresgangskombinierten Klassen mit 27 Kindern geben. Dass es Ihnen nicht auf die Kinder ankommt, beweist auch die Tatsache, dass wir dieses Hohe Haus schon vor einem Jahr gebeten haben, sich mit diesem Problem, das im Übrigen „demografischer Wandel“ heißt, zu befassen, Sie dies aber zweimal abgelehnt haben. Ihre Unbeweglichkeit ist das Grundübel. Sie weigern sich, die Herausforderung des demografischen Wandels anzunehmen und aktiv zu gestalten. Stattdessen kommt es stets über Sie wie eine Naturgewalt. Das wäre mir persönlich egal. Aber es kommt auch über die Eltern und Kinder wie eine Naturgewalt. Ich möchte nicht, dass das Gleiche Ende dieses Schuljahres im Jahre 2007 wieder passiert.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Mit Ihrer beharrlichen Weigerung riskieren Sie einen wichtigen Standortfaktor der Kommunen, nämlich die Schulen. Mit Ihrem Verhalten schicken Sie alle Beteiligten, auch das beteiligte Schulamt, auf dünnes Eis und verspielen das Wichtigste in einem Bildungssystem, nämlich das Vertrauen. Ursache ist das Budget, das alle über einen Kamm schert – die Schüler und Schülerinnen, die Lehrer und Lehrerinnen und die Schule auf dem Land. Ich sage Ihnen eines: Es gibt keine Durchschnittsschüler, es gibt keine Durchschnittslehrkräfte, und es gibt keine Durchschnittsschule. Es gibt nur durchschnittliche Abgeordnete.

Sie reden so laut, dass wir – so meine ich – die Glocke bräuchten, Herr Präsident. Ich fühle mich gestört.

Zweiter Vizepräsident Prof. Dr. Peter Paul Gantzer: Können Sie das konkretisieren, oder handelt es sich um eine allgemeine Unruhe?

Simone Tolle (GRÜNE): Mich stören die lauten Hintergrundgeräusche.

Zweiter Vizepräsident Prof. Dr. Peter Paul Gantzer: Liebe Kolleginnen und Kollegen! Ich bitte Sie um mehr Aufmerksamkeit. Gespräche können im Wandelgang geführt werden. Ich bitte, der Rednerin die ihr zustehende Aufmerksamkeit zu gewähren.

Simone Tolle (GRÜNE): Ich glaube, dass uns das Budget noch lange beschäftigen wird, wenn Sie sich nicht endlich entschließen, die Probleme zu lösen, um die Schule auf dem Lande zu erhalten. Das Budget ist dazu nicht geeignet. Für die Schulen auf dem Land – das gilt insbesondere für die Grundschulen – ist es eine Fessel.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Mit ihm wird der Grundsatz „Auf den Anfang kommt es an“ missachtet.

Ich habe an der Aktion „Rollentausch“ teilgenommen und mit Kindern der ersten und zweiten Klassen Hausaufgaben gemacht. Dabei ist mir verstärkt klar geworden, wie wichtig es ist, dass man diesen Kindern besondere Aufmerksamkeit schenkt. Dazu braucht man keine wissenschaftliche Untersuchung, das sagt der gesunde Menschenverstand. Herr Kollege Strehle, malen Sie doch mal mit Kindern eine Zeile die Ziffer drei, was Sie dann sagen werden. Der gesunde Menschenverstand muss uns sagen, dass wir in der Grundschule nicht mit derart großen Klassen weitermachen dürfen. Vorige Woche wurde im Ausschuss für Bildung, Jugend und Sport über drei Klassen einer Grundschule in Ansbach mit oder über 30 Kindern gesprochen. Das geht nicht.

(Beifall bei den GRÜNEN)

27 Kinder in jahresgangskombinierten Klassen geht schon gar nicht. Wenn Sie so weitermachen, negieren Sie Ihre Erkenntnis aus Ihrem Bildungsbericht. Dort werden unterschiedliche Bildungserfolge in Stadt und Land festgestellt. Wenn Sie mit der Budgetlösung so weiterma-

chen, die die Kinder auf dem Land in so große Klassen zwingt, verschärfen Sie diesen Unterschied zusätzlich.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Sie nehmen, Herr Minister Schneider, bewusst in Kauf, dass die Disparitäten fortgesetzt werden. Wie immer geht es nach dem gleichen Muster: Das Schuljahr geht zu Ende. Die Eltern werden ziemlich spät informiert. In Walsdorf war es am 10. Juli 2006, in Ebrach immerhin schon im Juni 2006, was aber für Eltern und Kinder, die sich auf die Schule vorbereiten, ziemlich spät ist. In Untersteinbach, der Nachbargemeinde, wurden die Eltern eine Woche vor Ferienbeginn informiert.

Die Ursache der Bildung von jahrgangskombinierten Klassen ist auch nicht – das möchte ich betonen –, dass hier ein richtiges pädagogisches Modell praktiziert wird, wie Sie immer sagen, sonst hätten Sie nämlich bei mir zu Hause die jahrgangskombinierte Klasse nicht dichtgemacht. Wenn das so ein toller Erfolg wäre, hätten Sie das nicht getan. Die Ursache ist das Budget, das bei einer Schülerzahl von 32 oder 33 überhaupt nicht ausreicht, die Klasse zu teilen. Wir waren einmal bei einer Obergrenze von 30 Schülern, die sich mittlerweile auf 32 verschiebt, nur weil Sie kein Geld mehr haben und weil in diesem Haushalt der Finanzminister den Hauptschulen schon wieder 1600 Stellen nimmt. Da schwant mir nichts Gutes.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Auch wenn Sie sich jetzt mit der Grund- und der Hauptschule beschäftigen, schwant mir nichts Gutes; denn immer wenn Sie sich mit einer Schulart besonders beschäftigen, dann endet das in einer Katastrophe. Für mich ist das Budget falsch konzipiert; denn es benachteiligt kleine Schulen auf dem Lande. Wenn Sie konsequent wären, dann müssten Sie den Teiler ändern, aber dafür sind Sie zu feige. Da stellen Sie sich lieber unter die Knute von Kurt Faltlhauser. Die Straßenbauer erhalten auch etwas, nur Ihnen nimmt man Stellen in den Hauptschulen und den Grundschulen weg, wo sie doch so wichtig wären.

Ihr Argument ist ein Scheinargument, weil Sie die Kombiklassen zum Einsparen von Lehrkräften missbrauchen. Sie zerstören damit Vertrauen. Sie zerstören das Vertrauen von Eltern, Lehrern und Schülerinnen und Schülern. Die Eltern haben mich ausdrücklich gebeten – obwohl sie noch zwei Förderstunden erhalten haben –, diese Petition zu behandeln, weil sie bei einer Schülerzahl im nächsten Jahr von 17 und 13 befürchten, dass die gleichen Zustände wieder auf sie zukommen, und weil sie nicht möchten, dass diese Umstände noch einmal wie eine Naturgewalt über sie kommen.

Die Mütter haben mir berichtet, die Kinder in der zweiten Jahrgangsstufe sind verstört, weil sie aus einer Klasse mit 14 Kindern in eine jahrgangskombinierte Klasse mit 27 Kindern gekommen sind. Sie sagen, es sei sehr schwierig, mit dieser Situation zurechtzukommen. Die Furcht vor schrecklichen Zuständen im nächsten Jahr habe ich schon genannt. Das gilt es zu verhindern. Ich fordere Sie

deshalb auf: Machen Sie Kombiklassen, aber aus pädagogischen Gründen. Ändern Sie das Budget, erhalten Sie die Schule auf dem Land. Wenn Sie Kombiklassen bilden, dann mit 20 Schülerinnen und Schülern maximal. Die Eltern müssen einverstanden sein, die Lehrer sind vorbereitet, und – das ist wichtig – es gibt genug Förderstunden, um dem Prinzip der individuellen Förderung gerecht zu werden.

(Unruhe – Glocke des Präsidenten)

Herr Präsident, ein letzter Satz: Ich möchte hier die Befürchtung in den Raum stellen, dass die fünf zusätzlichen Förderstunden im nächsten Jahr verschwinden werden, weil ich das Gefühl hatte, dass sie auch in diesem Jahr schon zur Disposition standen. Herr Minister, wenn dies nicht so ist, dann können Sie hier ein klares Bekenntnis ablegen. Auf jeden Fall geht es so nicht. Ich wünsche mir, dass in Zukunft wieder Ruhe an bayerischen Grundschulen einkehrt, wenn die Klassenbildung im April auf uns zukommt.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Zweiter Vizepräsident Prof. Dr. Peter Paul Gantzer: Als Nächster hat Herr Kollege Pachner das Wort.

Reinhard Pachner (CSU): Herr Präsident, meine sehr verehrten Damen und Herren! Liebe Frau Kollegin Tolle, wir haben die jahrgangskombinierten Klassen eingeführt, um die Schule vor Ort zu halten. Unser oberster Grundsatz ist es, insbesondere die Grundschule vor Ort zu halten nach dem Motto „Kurze Beine, kurze Wege“. Das ist ein allgemein gängiger Ausdruck.

(Zuruf von der SPD)

– Ich weiß es. Das Motto ist zwar alt, aber es beschreibt die Situation trotzdem sehr gut. Wir wollen uns auch in Zukunft daran halten.

Die Petition haben wir bereits am 19. Juli im Ausschuss behandelt. Sie haben aus der Petition einen bildungspolitischen Rundumschlag betreffend die jahrgangskombinierten Klassen gemacht. Das war nicht nötig; denn es ist unbestritten, dass die Kombiklassen bisher nicht schlechter abgeschnitten haben als die jahrgangstreuen Klassen. Es ist auch unbestritten, dass die Kombiklassen ihre Vorteile haben, was das Lernverhalten und das Sozialverhalten betrifft.

(Susann Biedefeld (SPD): Warum haben wir sie dann nicht bayernweit?)

– Frau Kollegin Biedefeld, wir machen das bayernweit, wenn es erforderlich ist. Das ist selbstverständlich. Wenn die Notwendigkeit besteht, bilden wir Kombiklassen, die nicht schlechter sind als die jahrgangstreuen Klassen.

Auch haben wir diese Klassen eingerichtet, um bei rückläufigen Schülerzahlen die Schüler vor Ort zu halten. Sie kennen die Schülerzahlen. In der ersten Klasse sind es 13 Schüler, in der zweiten Klasse 14 Schüler. Das gibt 27

Schüler. Wir waren uns auch darin einig, dass wir keine jahrgangskombinierten Klassen mit mehr als 25 Schülern wollen und dass wir fünf Differenzierungsstunden brauchen. Das wurde bisher auch eingehalten. Jetzt sind aber in dieser Klasse zwei Schüler mit Förderbedarf. Der eine ist etwas lernschwächer, der andere hat eine reine Körperbehinderung, aber keinen Bedarf an Lernförderung. Beide Schüler haben das Klassenziel erreicht. Daher ist es nicht unbedingt erforderlich, die Klasse zu teilen.

Ich habe Rücksprache mit dem Kultusministerium genommen und dabei erfahren, dass diese kombinierte Klasse nicht nur fünf Differenzierungsstunden hat, sondern noch zusätzlich zwei Stunden erhält. Sie hat also sieben Differenzierungsstunden; dazu kommen zwei MSD-Stunden. Damit ist sie gut versorgt. Die Schüler haben das Klassenziel jedenfalls erreicht. Ich denke, wir müssen, um solche Schulen zu erhalten, manche Kröte schlucken und sagen, die Schule vor Ort ist uns wichtiger als die reinen Schülerzahlen. Somit haben wir das beschlossen. Es gibt derzeit auch keinen Grund, daran etwas zu ändern. Mit sieben Differenzierungsstunden und zwei zusätzlichen Stunden ist die Schule gut aufgestellt, sodass sich an unserem Beschluss vom 19. Juli nichts geändert hat. Wir werden daran festhalten.

(Beifall bei der CSU)

Zweiter Vizepräsident Prof. Dr. Peter Paul Gantzer: Nächste Wortmeldung: Frau Kollegin Biedefeld.

Susann Biedefeld (SPD): Herr Präsident, werte Kolleginnen und Kollegen! Herr Kollege Pachner, wer schließt denn in Bayern Schulen und macht Schulstandorte dicht? – Nicht die SPD, nicht die Opposition insgesamt, sondern die Staatsregierung, das Bildungsministerium mit der Zweidrittelmehrheit der CSU hier im Hause. Ihre Sonntagsreden, dass Sie Schulstandorte erhalten und Schulen im Dorf lassen wollen, hören wir zwar gern, aber wir würden auch gern Taten sehen. So viel zu Ihren Äußerungen: Sonntagsreden allein reichen nicht.

(Beifall bei der SPD)

Fragen Sie einmal Ihre CSU-Bürgermeister draußen, was sie von Ihrer Politik halten, was die Schließung von Schulen betrifft. Die Teilhauptschulen sind schon nahezu alle dichtgemacht. Sie betreiben die Fokussierung von Hauptschulstandorten und machen auch vor den Grundschulen nicht halt.

Zur Petition selbst: Es geht um jahrgangsübergreifende Grundschulklassen im Schuljahr 2006/2007 in Ebrach. Verehrte Kolleginnen und Kollegen, wir waren vor Ort. Wenn ich von „wir“ rede, meine ich: Das waren der bildungspolitische Sprecher und stellvertretende Ausschussvorsitzende Hans-Ulrich Pfaffmann und ich. Wir waren vor etwa drei Wochen vor Ort in Ebrach und haben dort mit der Schulleitung, mit Kommunalpolitikern, mit dem Elternbeirat und Eltern diskutiert. Ich gebe der Kollegin Simone Tolle recht: Es geht den Eltern darum, dass wir die Angelegenheit noch einmal im Bayerischen Landtag behandeln und dass die Sache nicht unter den Tisch gekehrt wird, weil wirklich die Sorge besteht: Jetzt

sind es 27 Kinder in der jahrgangsübergreifenden Klasse, und was passiert im nächsten Jahr. Bei 17 und 13 Kindern sind es dann 30 Kinder in einer Klasse. – Das ist die Sorge, die auch ich hier zum Ausdruck bringen will.

Ich stimme Ihnen zu: Wir haben hier fünf Differenzierungsstunden plus zwei Differenzierungsstunden plus zwei Stunden für die Förderung. Das trifft zu; ich habe mich bei der Direktorin des Schulamts erkundigt. Man muss ehrlicherweise auch hinzufügen, dass die Stunden nicht aus dem Stundenbudget des Schulamtsbezirks genommen wurden. Ich weiß zwar nicht, woher die Stunden stammen, aber es ist nicht so, dass das Ganze im Landkreis Bamberg zulasten einer anderen Schule gegangen wäre.

Das ist mir versichert worden, das muss ich ehrlicherweise hinzufügen. Das ist so.

Ich trage hier aus der Petition vor. Die Petenten, die Elterninitiative und die Kommunalpolitiker sagen, auch sie halten jahrgangsübergreifende Klassen für pädagogisch sinnvoll, wenn alle Rahmenbedingungen erfüllt werden. Sie sind also nicht grundsätzlich gegen Kombiklassen. Nachdem aber bereits die Kombiklasse eingeführt ist, haben sie diese Kombiklassen kritisch überprüft und sagen jetzt auch, dass die Rahmenbedingungen nicht erfüllt sind. Jetzt könnte man fragen, wer denn die Rahmenbedingungen vorgibt. Eltern, deren Kinder jahrgangsübergreifende Klassen besuchen, und Pädagogen, die diese Klassen unterrichten, haben aus ihrer tagtäglichen Praxis heraus auch eine Ahnung davon, welche Rahmenbedingungen notwendig sind. Diese müssen also nicht allein von München, vom Kultusministerium vorgegeben werden. Die Petenten, die Elterninitiative, sagen nach wie vor, dass die Rahmenbedingungen für sie nicht erfüllt sind. Zumindest sind sie nicht ausreichend erfüllt.

Herr Kollege Pachner, Sie haben meine Frage nicht beantwortet. Wenn Kombiklassen wirklich pädagogisch so sinnvoll sind, frage ich, warum wir sie nicht sofort bayernweit einführen. Warum werden Petitionen unterschiedlich behandelt? Für den Landkreis Bad Tölz/Wolfratshausen gibt es eine Lex Wolfratshausen, die nicht mit dem Fall in Ebrach vergleichbar ist. Wenn Kombiklassen pädagogisch wirklich so sinnvoll sind, müssen sie sofort und überall eingeführt werden. Dann haben wir für alle Schülerinnen und Schüler in Bayern gleiche Bedingungen.

Unser Motto lautet auch: Für die kürzesten Beine die kürzesten Wege. Wenn wir aber Schulstandorte erhalten wollen, um die Kinder wohnortnah zu beschulen, sollten wir erst einmal die Klassen verkleinern, bevor wir jahrgangsübergreifende Klassen einrichten. Auch dazu haben wir die Möglichkeit. Uns geht es wirklich um eine individuelle Förderung der Schülerinnen und Schüler. Das fordern wir nicht nur in Sonntagsreden.

27 Kinder in einer Klasse sind jetzt Fakt. Ich zitiere aus dem Heft 4/5 des Bayerischen Lehrerinnen- und Lehrerverbandes Herrn Minister Schneider. Dort ist von einer maximalen Klassenstärke von 25 Kindern die Rede. Das ist Ihre Aussage. Hier sind es aber 27 Kinder. Wie fühlen sich denn Eltern, Elternbeiräte oder Pädagogen, wenn sie einerseits eine solche Aussage eines Ministers lesen, andererseits doch kombinierte Klassen mit mehr als

25 Kindern, wie in diesem Fall in Ebrach, zustande kommen? Der Minister hat diese Aussage nicht demontiert oder als falsch dargestellt. Übrigens wurde dies nicht nur in der Fachzeitschrift des BLLV so dargestellt, sondern auch dem Bayerischen Elternverband zugesichert.

Ihnen geht es also wirklich nur darum, einzusparen, noch einmal einzusparen und noch einmal einzusparen. Der Haushalt hat absolute Priorität. Diese Maßnahme geht aber zulasten der Ausbildung und Bildung unserer Kinder. Ihre kombinierten Klassen sind ein reines Sparkonzept. Es geht Ihnen nicht um die Bedürfnisse der Kinder. Es geht Ihnen nicht um pädagogische Konzepte. Es geht Ihnen lediglich um die Zuteilung der Lehrkräfte. Sie gehen rein nach Faktoren vor. Sie haben hier einen Faktor von 1,218. Diskutieren Sie einmal draußen mit den Eltern. Wie fühlen sich die, wenn ihre Kinder mit dem Faktor 1,218 bewertet werden? – Ihnen geht es um nichts anderes als ums Geld und darum, einzusparen.

(Beifall bei der SPD)

Wir sagen ganz klar: Bevor jahrgangsübergreifende Klassen eingerichtet werden, wollen wir erst einmal kleinere Klassen und eine bessere individuelle Förderung. Wenn wir wirklich jahrgangsübergreifende Klassen einführen, wollen wir auch die notwendigen Rahmenbedingungen dafür. Wir haben auch allen Betroffenen in Ebrach im Zusammenhang mit dieser Petition ganz klar gezeigt, was es für uns bedeutet, ein entsprechendes Rahmenkonzept zu haben. Wir sagen ganz klar, dass es uns um die beste Versorgung für Schüler, Eltern und Lehrer geht. Das muss gewährleistet sein. Das sehen wir aber nur gewährleistet, wenn wir den jahrgangsübergreifenden Klassen ein pädagogisches Konzept zugrunde legen. Das ist unsere Kernforderung.

Wir wollen auch, dass die Eltern rechtzeitig informiert werden. Kollegin Tolle hat ein Beispiel gebracht. In Ebrach sind die Eltern am 1. Juni informiert worden. Vielleicht reicht der 1. Juni noch aus. In der Nachbargemeinde Walsdorf – die Petition aus dieser Gemeinde wurde heute abgesetzt – kam die Information bei den Eltern erst am 10. Juli 2006 an. Das war wenige Tage vor dem Schuljahresende. Die Eltern und andere betroffene Beteiligte hatten keine Möglichkeit mehr, darauf zu reagieren. Diese Politik wird ganz bewusst so gemacht, um den Widerstand sehr gering zu halten.

Neben einem pädagogischen Konzept wollen wir auch die rechtzeitige Information sowie die Zustimmung der Eltern. Wir wollen, dass die Klassen nicht größer werden. Dazu werden wir auch noch einen Antrag nachschieben, den ich jetzt schon ankündigen kann. Wir werden diesen Antrag stellen. Wenn jahrgangsübergreifende Klassen gebildet werden, muss die maximale Größe bei 20 Kindern liegen. Das muss unserer Meinung nach die maximale Größe sein.

(Beifall bei der SPD)

Für jahrgangsübergreifende Klassen reicht auch nicht ein Pädagoge oder eine Pädagogin aus. Wir brauchen dafür eine weitere Kraft. Sie muss nicht unbedingt ein Vollpädagoge sein. Eventuell reicht auch eine pädagogische

Hilfskraft aus. Auf jeden Fall brauchen wir für diese Klassen zusätzliches Personal. Das möchte ich hier ganz klar sagen. Sprechen Sie doch mit den Pädagogen in Ebrach darüber, was es bedeutet, für die Unterrichtung einer jahrgangsübergreifenden Klasse nur eine Ermäßigungsstunde zu bekommen. Die Betroffenen sagen dazu wortwörtlich, dass sie das als Beleidigung für ihre Arbeit betrachten.

Neben unserer Forderung, dass nicht mehr als 20 Kinder in der Klasse sein dürfen, wollen wir eine zusätzliche pädagogische Unterstützung, gut ausgebildete und motivierte Lehrkräfte – in Ebrach wurden die Lehrkräfte förmlich überrollt –, räumliche Konsequenzen und entsprechende Unterrichtsmaterialien. Uns reichen auch die fünf Stunden für differenzierten Unterricht nicht aus. Wenn der Unterricht in jahrgangskombinierten Klassen in Ebrach klappt, dann klappt er aber nicht dank der Bildungspolitik der CSU-Staatsregierung und der Zweidrittelmehrheit der CSU im Hohen Hause, sondern dann liegt es an der Arbeit der engagierten Pädagogen vor Ort, an der Arbeit der Eltern und des Elternbeirats, die vor Ort massiv dort unterstützen, wo ihnen das nur möglich ist. Der Erfolg liegt dann auch an der Arbeit der Gemeinde Ebrach, die für eine hervorragende räumliche und sachliche Ausstattung sorgt und die zumindest das, was sie dazu beitragen kann, ihren Kindern zugutekommen lässt. Darauf legen wir Priorität. Das sind nicht nur Sonntagsreden, sondern dort wird gehandelt. Handeln erwarten wir auch von Ihnen.

(Beifall bei der SPD)

Zweiter Vizepräsident Prof. Dr. Peter Paul Gantzer:
Das Wort hat Herr Staatsminister Schneider.

Staatsminister Siegfried Schneider (Kultusministerium): Herr Präsident, Kolleginnen und Kollegen! Nur ein paar ergänzende Anmerkungen und Richtigstellungen. Frau Kollegin Biedefeld, wenn Sie in der Mathematik etwas berechnen wollen, brauchen Sie auch einen Faktor. Natürlich kann man es in einem Berechnungsmodell, wie Sie es vorgestellt haben, so darstellen, dass damit die Kinder gemeint sind. Sie wissen alle genau, dass Sie bei 100 000 Lehrkräften und 1,8 Millionen Schülern Berechnungen über die Verteilung der Lehrkräfte anstellen müssen. Beim Multiplizieren ist der Faktor ein ganz wichtiges Instrument. Meine Aussage – die können Sie auch zitieren –, die ich getroffen habe, lautet, dass in kombinierten Klassen die Schülerzahl in der Regel die 25 nicht übersteigen soll und dass fünf zusätzliche Lehrerstunden zur Differenzierung vorgesehen sind.

(Susann Biedefeld (SPD): „In der Regel“ stand nicht dort!)

Das ist nicht aus der Luft gegriffen, liebe Kolleginnen und Kollegen, sondern das ist das Ergebnis eines Schulversuches, der über fünf Jahre in Bayern gelaufen ist. Auf der einen Seite hatten wir Schulen mit kombinierten Klassen, damit sie an ihrem Standort erhalten bleiben konnten. Wir hatten aber auch Schulen, an denen es neben den kombinierten Klassen jahrgangstreue Klassen gab. Von den Lehrkräften kam die Rückmeldung, dass eine kombinierte Klasse guten Gewissens zu führen sei, dass sie kein

Nachteil für die Kinder sei. Die Kinder lernen nicht weniger. Die Übertritte sind genauso hoch. Es gibt keine signifikanten Unterschiede. Es sollten allerdings die beiden Voraussetzungen erfüllt sein, dass keine Klasse über 25 Schüler stark ist und dass fünf Lehrerstunden vorgesehen werden, um differenzierten Unterricht erteilen zu können.

In der Regel sollen es 25 Kinder sein. Das wird auch eingehalten.

(Susann Biedefeld (SPD): Sagen Sie doch „maximal“! Das haben Sie auch unterschrieben in den Schreiben an den Bayerischen Elternverband!)

– Noch einmal: Was sagen Sie zu der Schule, wenn zehn Schüler in der 1. Klasse und 17 Schüler in der 2. Klasse sind? Insgesamt sind das 27 Kinder. Alle werden sagen: Jawohl, lieber haben wir 27 in einer jahrgangskombinierten Klasse, als dass wir die 1. Klasse mit zehn Kindern aufgelöst und die Kinder woanders hingeschickt werden.

(Beifall bei der CSU – Susann Biedefeld (SPD): Sie wollen sie auflösen, das ist der Unterschied!)

Ich kenne Ihre Antwort. Nachdem Sie nicht verantwortlich sind, können Sie sagen: Geld spielt keine Rolle, das kümmert uns nicht. So können Sie aber nicht Politik machen.

(Susann Biedefeld (SPD): Sie waren doch bei den Haushaltsberatungen nicht dabei!)

Schauen Sie doch die Ergebnisse dort an, wo Sie und Ihre Kollegen Verantwortung tragen.

Wir haben vor der Einführung der jahrgangskombinierten Klassen die Frage abgeklärt, ob man diese Einführung verantworten kann oder ob sie zu Nachteilen für die Kinder führt. Diese Frage ist beantwortet worden; Nachteile für die Kinder gibt es nicht. Deshalb kann ich es auch als Kultusminister verantworten, jahrgangskombinierte Klassen einzuführen. Dies wird auch notwendig sein, wenn wir möglichst alle Grundschulen vor Ort halten wollen nach dem Motto, das mittlerweile überall genannt wird: Kurze Beine, kurze Wege. Wenn wir dazu stehen, werden wir in bestimmten Bereichen nicht an der Einrichtung jahrgangskombinierter Klassen vorbeikommen. Wenn Sie das nicht wollen, sagen Sie es; aber es wird so sein. Andernfalls können Sie die Standorte nicht halten.

(Susann Biedefeld (SPD): Ich habe die Rahmenbedingungen dafür genannt!)

Wenn ich aber die Einführung jahrgangskombinierter Klassen verantworten kann, weil der Standort sonst aufgelöst würde, kann ich das auch verantworten, wenn der Standort nicht unbedingt aufgelöst werden müsste; denn für die Kinder macht es ja keinen Unterschied. Deshalb können wir neben der jahrgangstreuen Klasse auch die jahrgangskombinierte Klasse anbieten.

(Susann Biedefeld (SPD): In Südtirol gibt es Klassen mit neun Kindern!)

Da gebe ich Ihnen recht: Das ist ein Mittel dazu, um die Versorgung in einem Landkreis bestmöglich zu gewährleisten.

Ihren Vorwurf gegenüber dem Schulamt, es habe den Termin bewusst so spät gesetzt, weise ich zurück. Ich glaube nicht, dass das Schulamt den Termin bewusst so gelegt hat.

(Susann Biedefeld (SPD): Nicht das Schulamt, sondern Sie!)

Das ist wohl deswegen so geschehen, weil die Situation eben so war. – Liebe Frau Kollegin, ich habe das Schreiben im April oder Mai an die Schulämter hinausgegeben. Den Termin legt das Schulamt fest.

(Susann Biedefeld (SPD): Ich habe nicht gesagt „vom Schulamt“, ich habe gesagt „vom Ministerium“!)

Ich möchte nur sagen, dass das Schulamt je nach den Zahlen, die vorliegen, die Eltern wohl einmal schneller informiert hat und einmal weniger schnell. Ich glaube nicht, dass das bewusst geschehen ist; zumindest gibt es keine Vorschriften aus dem Ministerium, wann diese Informationen nach draußen gehen. Das Schreiben des Ministeriums datiert von Ende April, mit dem die Schulämter aufgefordert wurden, mit den Gemeinden und Eltern Kontakt aufzunehmen, um abzuklären, ob aus ihrer Sicht jahrgangskombinierte Klassen notwendig sind. Es gibt auch keine Lex Wolfratshausen, weil das Schulamt entscheidet, ob jahrgangskombinierte Klassen eingerichtet werden oder nicht. Es gab auch keine Lex Eichstätt. Sie haben ja sicher gelesen, dass hier die Eltern protestiert haben. Der Minister hat zum Schulamt lediglich gesagt: Ist denn nicht auch eine andere Organisation möglich? – Es gibt auch andere Möglichkeiten, es gibt auch andere Schwerpunktsetzungen, ohne dass eine zusätzliche Stunde an dieses Schulamt gekommen ist, Frau Kollegin Radermacher.

Man muss schließlich die Frage klären, was einem wichtiger ist: eine zusätzliche Arbeitsgemeinschaft oder die Aufrechterhaltung jahrgangsreiner Klassen. Das muss letztendlich vor Ort entschieden werden. Unsere Schulkolleginnen und Schulkollegen entscheiden diese Fragen nicht aus Jux und Tollerei, sondern versuchen, adäquate Antworten zu geben.

Frau Tolle hat den Unterschied zwischen Stadt und Land angesprochen. Die Klassen in den Städten sind in der Regel größer. Wenn Sie also das Argument bringen, die Leistungen seien in kleineren Klassen besser, und gleichzeitig sagen, die Leistungen in den Städten seien besser als auf dem Land, passt das nicht zusammen.

(Zuruf der Abgeordneten Simone Tolle (GRÜNE))

Ich wollte Ihnen das nur einmal sagen.

Die demografische Entwicklung wird dazu führen, dass wir an jahrgangskombinierten Klassen nicht vorbeikommen. Jeder, der glaubt, eine wohnortnahe Schule im Grundschulbereich ohne jahrgangskombinierte Klassen

bewerkstelligen zu können, macht entweder sich oder den Menschen draußen etwas vor. Die Rückmeldungen, die wir über die jahrgangskombinierten Klassen haben, sind so optimistisch, dass wir dieses Modell auch in Zukunft weiter anbieten werden, gerade auch um die Schule vor Ort und die Schule auf dem Land zu halten.

In diesen beiden Fällen sind alle Anstrengungen unternommen worden, um eine gute Unterrichtung zu gewährleisten. Wir werden natürlich bei allen jahrgangskombinierten Klassen die Rückmeldungen einfordern, wie die Arbeit tatsächlich vor Ort erfolgt. Von den meisten wird uns berichtet, dass die jahrgangskombinierte Klasse nicht zum Nachteil der Schülerinnen und Schüler ist.

(Beifall bei der CSU)

Zweiter Vizepräsident Prof. Dr. Peter Paul Gantzer:

Vielen Dank Herr Minister. Mir liegen keine weiteren Wortmeldungen mehr vor. Damit kommen wir zur Abstimmung. Der Ausschuss für Bildung, Jugend und Sport hat beschlossen, die Eingabe gemäß § 80 Nummer 4 unserer Geschäftsordnung aufgrund der Stellungnahme der Staatsregierung mit der Maßgabe für erledigt zu erklären, dass zusätzlich zu den zwei MSD-Stunden wie bei anderen jahrgangsübergreifenden Klassen fünf Differenzierungsstunden gewährt werden. Wer dem Votum des Ausschusses für Bildung, Jugend und Sport zustimmen will, den bitte ich um das Handzeichen. – Gegenprobe! – Enthaltungen? – Dann ist es mit den Stimmen der CSU-Fraktion gegen die Stimmen der beiden anderen Fraktionen so beschlossen. Das Votum des Ausschusses ist Beschluss.

Liebe Kolleginnen und Kollegen, ich begrüße unseren ehemaligen Kollegen Herrn Dr. Christoph Maier auf der Tribüne recht herzlich. Herzlich willkommen hier im Hause!

(Allgemeiner Beifall)

Ich rufe im Einvernehmen mit allen Fraktionen den letzten Punkt der Tagesordnung für heute auf:

Antrag auf Aufhebung der Immunität eines Mitglieds des Bayerischen Landtags

Der Antrag ist mit Schreiben vom 13. Juli 2006 eingegangen. Geschäftszeichen: PII/M-1320-18. Eine Aussprache hierzu findet nicht statt. Ich gebe nur bekannt, dass laut der vorliegenden Drucksache 15/6423 der Ausschuss für Verfassungs-, Rechts- und Parlamentsfragen einstimmig beschlossen hat, die Immunität nicht aufzuheben. Wer der Beschlussempfehlung des federführenden Ausschusses für Verfassungs-, Rechts- und Parlamentsfragen, wie eben erwähnt, zustimmen will, den bitte ich um das Handzeichen. – Die Gegenprobe. – Enthaltungen? – Dann ist das einstimmig so beschlossen. – Ich wünsche Ihnen einen schönen Feierabend. Die Sitzung ist geschlossen.

(Schluss: 18.38 Uhr)

Beschlussempfehlungen der Ausschüsse, die der Abstimmung über die nicht einzeln zu beratenden Anträge etc. zu Grunde gelegt wurden gem. § 59 Absatz 7 (Tagesordnungspunkt 2)

Es bedeuten:

- (E) einstimmige Zustimmungsempfehlung des Ausschusses
(G) Zustimmungsempfehlung des Ausschusses mit Gegenstimmen
(ENTH) Zustimmungsempfehlung des Ausschusses mit Enthaltungen oder Enthaltung einer Fraktion im Ausschuss
(A) Ablehnungsempfehlung des Ausschusses oder Ablehnung einer Fraktion im Ausschuss
(Z) Zustimmung einer Fraktion im Ausschuss

Verfassungsstreitigkeiten

1. Schreiben des Bundesverfassungsgerichts vom 27.06.2006 (1 BvR 2228/02) betreffend Verfassungsbeschwerde gegen den Beschluss des Bayerischen Verwaltungsgerichtshofs vom 22. Oktober 2002 - 22 ZB 02.2126
PII2/G-1320/02-31/3111
Drs. 15/6424 (E)

Votum des federführenden Ausschusses für Verfassungs-, Rechts- und Parlamentsfragen	CSU	SPD	GRÜ
	Z	Z	ohne

- I. Der Landtag gibt im Verfahren eine Stellungnahme ab.
- II. Die Verfassungsbeschwerde ist unbegründet.
- III. Zum Vertreter wird der Abgeordnete Dr. Bernd Weiß bestellt.

Einzelabstimmung wegen fehlendem Votum GRU veranlasst.

2. Schreiben des Bayerischen Verfassungsgerichtshofs vom 3. Juli 2006 (Vf. 12-VII-06) betreffend Antrag auf Feststellung der Verfassungswidrigkeit der Satzung der Stadt Augsburg über die förmliche Festlegung des Entwicklungsbereiches „Sheridan-Kaserne“ vom 7. September 2005 (ABI Nr. 35)
PII2/G-1310/06-9
Drs. 15/6425 (E)

Votum des federführenden Ausschusses für Verfassungs-, Rechts- und Parlamentsfragen	CSU	SPD	GRÜ
	Z	Z	Z

Der Landtag beteiligt sich nicht am Verfahren

Anträge

3. Antrag der Staatsregierung auf Zustimmung gemäß § 58 Abs. 2 FlurbG zur Änderung der Landesgrenze des Freistaates Bayern gegenüber dem Land Hessen im Zuge der Flurneueordnung Niedersteinbach, Markt Mömbris, Landkreis Aschaffenburg
Drs. 15/5762, 15/6430 (E)

Votum des federführenden Ausschusses für Landwirtschaft und Forsten	CSU	SPD	GRÜ
	Z	Z	Z

4. Antrag der Abgeordneten Margarete Bause, Dr. Sepp Dürr, Ulrike Gote u.a. und Fraktion BÜNDNIS 90 DIE GRÜNEN
Bericht über die Vereinbarung des Kultusministeriums mit der Glaubensgemeinschaft „Zwölf Stämme“
Drs. 15/4738, 15/6420 (E)

Votum des federführenden Ausschusses für Bildung, Jugend und Sport	CSU	SPD	GRÜ
	Z	Z	Z

5. Antrag der Abgeordneten Margarete Bause, Dr. Sepp Dürr, Maria Scharfenberg u.a. und Fraktion BÜNDNIS 90 DIE GRÜNEN
Ärztliche Versorgung im bayerischen Strafvollzug verbessern
Drs. 15/5354, 15/6416 (A)

Votum des federführenden Ausschusses für Verfassungs-, Rechts- und Parlamentsfragen	CSU	SPD	GRÜ
ENTH			Z

6. Antrag der Abgeordneten Reinhold Bocklet, Prof. Ursula Männle u.a. CSU
Mehrstaatigkeit für EU-Bürger - Bericht über Stand der rechtlichen Grundlagen der Gegenseitigkeit und der entsprechenden Einbürgerungspraxis bei den einzelnen Mitgliedstaaten der EU
Drs. 15/5675, 15/6323 (E)

Votum des federführenden Ausschusses für Bundes- und Europaangelegenheiten	CSU	SPD	GRÜ
	Z	Z	Z

7. Dringlichkeitsantrag der Abgeordneten Franz Maget, Johanna Werner-Muggendorfer, Joachim Wahnschaffe u.a. und Fraktion SPD
Ein Jahr BayKiBiG: Gesetz reformbedürftig
Drs. 15/5711, 15/6412 (A)
- Votum des federführenden Ausschusses für Sozial-, Gesundheits- und Familienpolitik
- | CSU | SPD | GRÜ |
|-----|-----|-----|
| A | Z | Z |
8. Dringlichkeitsantrag der Abgeordneten Franz Maget, Hans-Ulrich Pfaffmann, Rainer Volkmann u.a. und Fraktion SPD
Ganztagklassen nach Bedarf nicht nach Kassenlage einrichten
Drs. 15/5713, 15/6421 (A)
- Votum des federführenden Ausschusses für Bildung, Jugend und Sport
- | CSU | SPD | GRÜ |
|-----|-----|-----|
| A | Z | Z |
9. Antrag der Abgeordneten Kathrin Sonnenholzner, Joachim Wahnschaffe, Christa Steiger u.a. SPD
Hilfe statt Strafe
Bayern braucht ein wirksames Frühwarnsystem für Risikofamilien
Runder Tisch
Drs. 15/5720, 15/6413 (A)
- Votum des federführenden Ausschusses für Sozial-, Gesundheits- und Familienpolitik
- | CSU | SPD | GRÜ |
|-----|-----|-----|
| A | Z | Z |
10. Antrag der Abgeordneten Kathrin Sonnenholzner, Joachim Wahnschaffe, Christa Steiger u.a. SPD
Hilfe statt Strafe
Bayern braucht ein wirksames Frühwarnsystem für Risikofamilien
(Wieder-) Einführung der zentralen Rückmeldestelle für die Vorsorgeuntersuchungen bei Kindern und Jugendlichen (U 1 bis U 9 und J 1)
Drs. 15/5721, 15/6414 (A)
- Votum des federführenden Ausschusses für Sozial-, Gesundheits- und Familienpolitik
- | CSU | SPD | GRÜ |
|-----|-----|-----|
| A | Z | Z |
11. Dringlichkeitsantrag der Abgeordneten Franz Maget, Angelika Weikert, Dr. Thomas Beyer u.a. und Fraktion SPD
Unterstützung der AEG-Beschäftigten bei Vermittlung bzw. geplanten Aus- und Weiterbildungsmaßnahmen
Drs. 15/5725, 15/6401 (A)
- Votum des federführenden Ausschusses für Wirtschaft, Infrastruktur, Verkehr und Technologie
- | CSU | SPD | GRÜ |
|-----|-----|-----|
| A | Z | Z |
12. Dringlichkeitsantrag der Abgeordneten Franz Maget, Johanna Werner-Muggendorfer, Dr. Hildegard Kronawitter u.a. und Fraktion SPD
Netzentgelte
Drs. 15/5799, 15/6400 (A)
- Votum des federführenden Ausschusses für Wirtschaft, Infrastruktur, Verkehr und Technologie
- | CSU | SPD | GRÜ |
|-----|-----|------|
| A | Z | ENTH |
13. Dringlichkeitsantrag der Abgeordneten Margarete Bause, Dr. Sepp Dürr, Maria Scharfenberg u.a. und Fraktion BÜNDNIS 90 DIE GRÜNEN
Wahlrecht für Ganztags Hauptschulen
Drs. 15/5810, 15/6422 (A)
- Votum des federführenden Ausschusses für Bildung, Jugend und Sport
- | CSU | SPD | GRÜ |
|-----|-----|-----|
| A | Z | Z |
14. Antrag der Abgeordneten Dr. Jakob Kreidl, Thomas Kreuzer, Herbert Ettengruber u.a. CSU
Polizeiliche Maßnahmen zur Gewährleistung der öffentlichen Sicherheit und Ordnung
Drs. 15/6306, 15/6393 (E)
- Votum des federführenden Ausschusses für Kommunale Fragen und Innere Sicherheit
- | CSU | SPD | GRÜ |
|-----|-----|-----|
| Z | Z | Z |
15. Antrag der Abgeordneten Heinz Donhauser, Dr. Ludwig Spaenle CSU
Amberger Modell zu Studienbeiträgen
Drs. 15/5704, 15/6310 (G) [X]
- Abweichendes Votum des mitberatenden Ausschusses für Staatshaushalt und Finanzfragen**
- | CSU | SPD | GRÜ |
|-----|-----|-----|
| Z | A | A |
16. Antrag der Abgeordneten Margarete Bause, Dr. Sepp Dürr, Maria Scharfenberg u.a. und Fraktion BÜNDNIS 90 DIE GRÜNEN
Versorgungsbericht Bayern
Drs. 15/5680, 15/6402 (E) [X]
- Abweichendes Votum des mitberatenden Ausschusses für Staatshaushalt und Finanzfragen**
- | CSU | SPD | GRÜ |
|-----|-----|-----|
| Z | Z | Z |
17. Antrag der Abgeordneten Christa Naaß, Jürgen Dupper, Monica Lochner-Fischer u.a. SPD
Beamtenversorgung des Freistaates Bayern:
- Versorgungsbericht
- Maßnahmen zur Finanzierung
Drs. 15/5722, 15/6403 (E) [X]
- Antrag der Fraktionen von CSU und SPD gem. § 126 Abs. 3 Satz 3 GesChO:**
Votum des federführenden Ausschusses für Fragen des öffentlichen Dienstes (Zweitberatung)
- | CSU | SPD | GRÜ |
|-----|-----|------|
| Z | Z | ohne |
- Einzelabstimmung wegen fehlendem Votum GRU veranlasst!**

Beschlussempfehlung und Bericht

des Ausschusses für Staatshaushalt und Finanzfragen

**Haushaltsplan 2007/2008;
Einzelplan 06 für den Geschäftsbereich des Bayerischen
Staatsministeriums der Finanzen**

Berichterstatter: **Herbert Fischer**
Mitberichterstatter: **Werner Schieder**

I. Beschlussempfehlung:

Zustimmung mit der Maßgabe, dass folgende Änderungen durchgeführt werden:

1. bei Kap. 06 22 (Fortführungsvermessungsdienst) Tit. 428 30 (Arbeitnehmer und Arbeitnehmerinnen) wird der Ansatz in 2007
von 13.417.300 €
um 49.400 €
auf 13.367.900 €
vermindert.
2. im Stellenplan werden bei Kap. 06 22 (Fortführungsvermessungsdienst) Tit. 422 01 (Planmäßige Beamte) in 2007
 - a) 3 Stellen der BesGr. A9 (Technische Amtsinspektoren, Technische Amtsinspektorinnen) nach BesGr. A9+AZ (Technische Amtsinspektoren, Technische Amtsinspektorinnen),
 - b) 6 Stellen der BesGr. A8 (Technische Hauptsekretäre, Technische Hauptsekretärinnen) nach BesGr. A9 (Technische Amtsinspektoren, Technische Amtsinspektorinnen),
 - c) 6 Stellen der BesGr. A5 (Vermessungshauptwarte, Vermessungshauptwartinnen) nach BesGr. A6 (Vermessungsbetriebssekretäre, Vermessungsbetriebssekretärinnen),

d) 5 Stellen der BesGr. A6 (Vermessungshauptwarte, Vermessungshauptwartinnen) nach BesGr. A7 (Vermessungsbetriebsobersekretäre, Vermessungsbetriebsobersekretärinnen) und

e) 6 Stellen der BesGr. A6 (Vermessungsbetriebssekretäre, Vermessungsbetriebssekretärinnen) nach BesGr. A7 (Vermessungsbetriebsobersekretäre, Vermessungsbetriebsobersekretärinnen)

gehoben.

Das Staatsministerium der Finanzen wird ermächtigt, die aufgrund dieser Änderungen erforderlichen Berichtigungen insbesondere in den Erläuterungen, der Übersicht über die Verpflichtungsermächtigungen und den sonstigen Anlagen beim endgültigen Ausdruck des Einzelplans vorzunehmen.

Mit der Änderung in den vorstehenden Nummern ist der Änderungsantrag der Abgeordneten Manfred Ach, Engelbert Kupka, Herbert Fischer u.a. CSU Haushaltsplan 2007/2008; hier: Planmäßige Beamte beim Fortführungsvermessungsdienst (Kap. 06 22 Tit. 422 01) Drs. 15/6451 erledigt.

Folgende Anträge werden zur Ablehnung empfohlen:

1. Änderungsantrag der Abgeordneten Jürgen Dupper, Werner Schieder u.a. SPD Haushaltsplan 2007/2008; hier: Stellenhebungen bei den Finanzämtern (Kap. 06 05 Stellenplan) Drs. 15/6466
2. Änderungsantrag der Abgeordneten Jürgen Dupper, Werner Schieder u.a. SPD Haushaltsplan 2007/2008; hier: Verbesserte Personalausstattung der Finanzämter (Kap. 06 05 Stellenplan) Drs. 15/6467

3. Änderungsantrag der Abgeordneten Margarete Bause, Dr. Sepp Dürr, Maria Scharfenberg u.a. und Fraktion BÜNDNIS 90 DIE GRÜNEN Haushaltsplan 2007/2008;
hier: Aufstockung der Einstellungszahlen für Anwärterinnen und Anwärter in der Finanzverwaltung (Kap. 06 05 Tit. 422 21)
Drs. 15/6479

II. Bericht:

1. Der Einzelplan 06 wurde dem Ausschuss für Staatshaushalt und Finanzfragen federführend zugewiesen. Eine Mitberatung durch weitere Ausschüsse erfolgte gemäß § 148 Satz 3 GeschO nicht.
2. Der federführende Ausschuss hat den Einzelplan 06 in seiner 136. Sitzung am 24. Oktober 2006 beraten und mit folgendem Stimmergebnis:
CSU: Zustimmung
SPD: Ablehnung
B90 GRÜ: Ablehnung
mit den in I. enthaltenen Änderungen Zustimmung empfohlen.

Jürgen Dupper
Stellvertretender Vorsitzender

Beschlussempfehlung und Bericht

des Ausschusses für Staatshaushalt und Finanzfragen

**Haushaltsplan 2007/2008;
Einzelplan 02 für den Geschäftsbereich des Bayerischen
Ministerpräsidenten und der Staatskanzlei**

I. Beschlussempfehlung:

Zustimmung

Berichtersteller: **Robert Kiesel**
Mitberichtersteller: **Jürgen Dupper**

Folgende Anträge werden zur Ablehnung empfohlen:

1. Änderungsantrag der Abgeordneten Margarete Bause, Dr. Sepp Dürr, Maria Scharfenberg u.a. und Fraktion BÜNDNIS 90 DIE GRÜNEN
Haushaltsplan 2007/2008;
hier: Reduzierung des höheren Dienstes in der Staatskanzlei
(Kap. 02 01 Tit. 422 01)
Drs. 15/6480
2. Änderungsantrag der Abgeordneten Margarete Bause, Dr. Sepp Dürr, Maria Scharfenberg u.a. und Fraktion BÜNDNIS 90 DIE GRÜNEN
Haushaltsplan 2007/2008;
hier: Kürzung der Mittel für Öffentlichkeitsarbeit der Staatskanzlei
(Kap. 02 03 Tit. 531 21, 535 01, 531 60)
Drs. 15/6481
3. Änderungsantrag der Abgeordneten Margarete Bause, Dr. Sepp Dürr, Maria Scharfenberg u.a. und Fraktion BÜNDNIS 90 DIE GRÜNEN
Haushaltsplan 2007/2008;
hier: Kürzung der Mittel für Orden und Ehrenzeichen
(Kap. 02 03 Tit. 540 01)
Drs. 15/6482

4. Änderungsantrag der Abgeordneten Jürgen Dupper, Peter Hufe, Dr. Hildegard Kronawitter u.a. SPD
Haushaltsplan 2007/2008;
hier: Bayerische Filmförderung
(Kap. 02 03 TG 70 - 72)
Drs. 15/6468
5. Änderungsantrag der Abgeordneten Margarete Bause, Dr. Sepp Dürr, Maria Scharfenberg u.a. und Fraktion BÜNDNIS 90 DIE GRÜNEN
Haushaltsplan 2007/2008;
hier: Effizienter Mitteleinsatz in der Filmförderung
(Kap. 02 03 TG 70 - 72 und TG 80 - 86 sowie Kap. 15 05)
Drs. 15/6483
6. Änderungsantrag der Abgeordneten Jürgen Dupper, Peter Hufe, Dr. Hildegard Kronawitter u.a. SPD
Haushaltsplan 2007/2008;
hier: Bayerische Medienförderung
(Kap. 02 03 TG 80 - 86)
Drs. 15/6469

II. Bericht:

1. Der Einzelplan 02 wurde dem Ausschuss für Staatshaushalt und Finanzfragen federführend zugewiesen. Eine Mitberatung durch andere Ausschüsse erfolgte gemäß § 148 Satz 3 GeschO nicht.
2. Der federführende Ausschuss hat den Einzelplan 02 in seiner 137. Sitzung am 25. Oktober 2006 beraten und mit folgendem Stimmergebnis:
CSU: Zustimmung
SPD: Ablehnung
B90 GRÜ: Ablehnung
Zustimmung empfohlen.

Jürgen Dupper
Stellvertretender Vorsitzender

Beschlussempfehlung und Bericht

des Ausschusses für Staatshaushalt und Finanzfragen

**Haushaltsplan 2007/2008;
Einzelplan 03 A für den Geschäftsbereich des
Bayerischen Staatministeriums des Innern**

I. Beschlussempfehlung:

Zustimmung

Berichtersteller: **Georg Winter**
Mitberichtersteller: **Jürgen Dupper**

Folgende Anträge werden zur Ablehnung empfohlen:

1. Änderungsantrag der Abgeordneten Jürgen Dupper, Helga Schmitt-Bussinger u.a. SPD Haushaltsplan 2007/2008;
hier: Verstärkungsmittel für die sächlichen Verwaltungsausgaben des Landesamts für Verfassungsschutz, des Landeskriminalamts, der Landespolizei, der Bereitschaftspolizei und des Polizeiverwaltungsamts
(Kap. 03 03 neue TG)
Drs. 15/6470
2. Änderungsantrag der Abgeordneten Margarete Bause, Dr. Sepp Dürr, Maria Scharfenberg u.a. und Fraktion BÜNDNIS 90 DIE GRÜNEN Haushaltsplan 2007/2008;
hier: Auflösung der zentralen Rückführungsstellen
(Kap. 03 08 Tit. 663 06)
Drs. 15/6484
3. Änderungsantrag der Abgeordneten Jürgen Dupper, Helga Schmitt-Bussinger u.a. SPD Haushaltsplan 2007/2008;
hier: Vollständige Ausschöpfung der Stellenobergrenze in der Besoldungsgruppe A 9 im mittleren Dienst im Polizeivollzugsdienst
(Kap. 03 17 bis Kap. 03 21 Tit. 422 01)
Drs. 15/6471
4. Änderungsantrag der Abgeordneten Jürgen Dupper, Helga Schmitt-Bussinger u.a. SPD Haushaltsplan 2007/2008;
hier: Ausweitung der Stellen im mittleren Dienst in der Besoldungsgruppe A 9+AZ im Polizeivollzugsdienst
(Kap. 03 17 bis Kap. 03 21 Tit. 422 01)
Drs. 15/6472
5. Änderungsantrag der Abgeordneten Margarete Bause, Dr. Sepp Dürr, Maria Scharfenberg u.a. und Fraktion BÜNDNIS 90 DIE GRÜNEN Haushaltsplan 2007/2008;
hier: Stellenplan der Polizei - Abbau des Beförderungsstaus
(Kap. 03 18 Tit. 422 01)
Drs. 15/6485
6. Änderungsantrag der Abgeordneten Jürgen Dupper, Helga Schmitt-Bussinger u.a. SPD Haushaltsplan 2007/2008;
hier: Vollständige Ausschöpfung der Stellenobergrenzen im gehobenen Dienst der Polizei
(Kap. 03 17 bis Kap. 03 21 Tit. 422 01)
Drs. 15/6473
7. Änderungsantrag der Abgeordneten Jürgen Dupper, Helga Schmitt-Bussinger u.a. SPD Haushaltsplan 2007/2008;
hier: Polizeivollzugsbeamte in Ausbildung
(Kap. 03 20 Tit. 422 21)
Drs. 15/6476
8. Änderungsantrag der Abgeordneten Margarete Bause, Dr. Sepp Dürr, Maria Scharfenberg u.a. und Fraktion BÜNDNIS 90 DIE GRÜNEN Haushaltsplan 2007/2008;
hier: Aufstockung der Einstellungszahlen bei den Polizeianwärterinnen und -anwärtern
(Kap. 03 20 Tit. 422 21)
Drs. 15/6487
9. Änderungsantrag der Abgeordneten Jürgen Dupper, Helga Schmitt-Bussinger u.a. SPD Haushaltsplan 2007/2008;
hier: Vorsorgekuren
(Kap. 03 17 bis Kap. 03 20 neuer Titel)
Drs. 15/6474

10. Änderungsantrag der Abgeordneten Jürgen Dupper, Helga Schmitt-Bussinger u.a. SPD
Haushaltsplan 2007/2008;
hier: Sprachkurse
(Kap. 03 17 bis Kap. 03 20 neuer Titel)
Drs. 15/6475
11. Änderungsantrag der Abgeordneten Margarete Bause, Dr. Sepp Dürr, Maria Scharfenberg u.a. und Fraktion BÜNDNIS 90 DIE GRÜNEN
Haushaltsplan 2007/2008;
hier: Polizei vor Ort statt Sicherheitswachen
(Kap. 03 18 TG 76)
Drs. 15/6486

Der Änderungsantrag der Abgeordneten Margarete Bause, Dr. Sepp Dürr, Maria Scharfenberg u.a. und Fraktion BÜNDNIS 90 DIE GRÜNEN
Haushaltsplan 2007/2008;
hier: Durch Energieeinsparmaßnahmen Heizkostensteigerungen reduzieren
Modellprojekt zur Übertragung von Energiekosten in Sachmittel im eigenen Etat
(Kap. 03 20 Tit. 517 05)
Drs. 15/6488, 15/6620
wird für erledigt erklärt.

II. Bericht:

1. Der Einzelplan 03 A wurde dem Ausschuss für Staatshaushalt und Finanzfragen federführend zugewiesen. Eine Mitberatung durch andere Ausschüsse erfolgte gemäß § 148 Satz 3 GeschO nicht.
2. Der federführende Ausschuss hat den Einzelplan 03 A in seiner 138. Sitzung am 26. Oktober 2006 beraten und mit folgendem Stimmresultat:
CSU: Zustimmung
SPD: Ablehnung
B90 GRÜ: Ablehnung
Zustimmung empfohlen.

Jürgen Dupper

Stellvertretender Vorsitzender

Beschlussempfehlung und Bericht

des Ausschusses für Staatshaushalt und Finanzfragen

**Haushaltsplan 2007/2008;
Einzelplan 03 B - Staatsbauverwaltung-**

Berichtersteller: **Max Strehle**
Mitberichtersteller: **Werner Schieder**

I. Beschlussempfehlung:

Zustimmung mit der Maßgabe, dass bei Kap. 03 80 (Staatliche Bauämter) Tit. 750 00 (Um- und Ausbau sowie Bestandserhaltung der Staatsstraßen)

1. der Ansatz
für 2007 und 2008
von 160.000.000,-- €
um 5.000.000,-- €
auf 165.000.000,-- €
erhöht wird (vgl. Anlage) und
2. bei der Zweckbestimmung der Betrag „23.000,0 Tsd. EUR“ durch den Betrag „28.000,0 Tsd. EUR“ und der Betrag „24.000,0 Tsd. EUR“ durch den Betrag „29.000,0 Tsd. EUR“ ersetzt wird.

Das Staatsministerium der Finanzen wird ermächtigt, die aufgrund dieser Änderung erforderlichen Berichtigungen insbesondere in den Erläuterungen, der Übersicht über die Verpflichtungsermächtigungen und den sonstigen Anlagen beim endgültigen Ausdruck des Einzelplans vorzunehmen.

Folgende Anträge werden zur **Ablehnung** empfohlen:

1. Änderungsantrag der Abgeordneten Jürgen Dupper, Rainer Volkmann, Werner Schieder u.a. SPD Haushaltsplan 2007/2008;
hier: Städtebauförderung stärken
(Kap. 03 65 TG 61 - 69)
Drs. 15/6477

2. Änderungsantrag der Abgeordneten Margarete Bause, Dr. Sepp Dürr, Maria Scharfenberg u.a. und Fraktion BÜNDNIS 90 DIE GRÜNEN Haushaltsplan 2007/2008;
hier: Kürzung der Ausgaben bei den Autobahndirektionen
(Kap. 03 75 Tit. 775 71)
Drs. 15/6493
3. Änderungsantrag der Abgeordneten Jürgen Dupper, Dr. Thomas Beyer, Werner Schieder u.a. SPD Haushaltsplan 2007/2008;
hier: Um- und Ausbau sowie Bestandserhaltung der Staatsstraßen
(Kap. 03 80 Tit. 750 00)
Drs. 15/6478
4. Änderungsantrag der Abgeordneten Margarete Bause, Dr. Sepp Dürr, Maria Scharfenberg u.a. und Fraktion BÜNDNIS 90 DIE GRÜNEN Haushaltsplan 2007/2008;
hier: Kürzung und Umschichtung der Ausgaben im Staatsstraßenbau
(Kap. 03 80 Tit. 750 00)
Drs. 15/6497
5. Änderungsantrag der Abgeordneten Margarete Bause, Dr. Sepp Dürr, Maria Scharfenberg u.a. und Fraktion BÜNDNIS 90 DIE GRÜNEN Haushaltsplan 2007/2008;
hier: Erhöhung der Mittel für den Bau von Radwegen an Staatsstraßen
(Kap. 03 80 Tit. 750 00)
Drs. 15/6495

II. Bericht:

1. Der Einzelplan 03 B wurde dem Ausschuss für Staatshaushalt und Finanzfragen federführend zugewiesen. Eine Mitberatung durch andere Ausschüsse erfolgte gemäß § 148 Satz 3 GeschO nicht.
2. Der federführende Ausschuss hat den Einzelplan 03 B in seiner 138. Sitzung am 26. Oktober 2006 beraten und mit folgendem Stimmergebnis:
CSU: Zustimmung
SPD: Ablehnung
B90 GRÜ: Ablehnung
mit der in I. enthaltenen Änderung Zustimmung empfohlen.

Jürgen Dupper
Stellvertretender Vorsitzender

Anlage

Titel	Staats- straße	Bezeichnung der Maßnahme	2007			2008		
			bisher	mehr/ weniger	neu	bisher	mehr/ weniger	neu
			Tsd. €	Tsd. €	Tsd. €	Tsd. €	Tsd. €	Tsd. €
750 36	2053	Erneuerung der Isarbrücke Grüneck	2.000,0		2.000,0	400,0		400,0
750 52	2062	Beseitigung Bahnübergang Murnau		200,0	200,0		1.000,0	1.000,0
751 08	2072	Ausbau südlich Ascholding, BA 2	500,0		500,0	1.000,0		1.000,0
752 50	2359	Ortsumfahrung Griesstätt	1.000,0		1.000,0	200,0		200,0
754 61	2132	Ausbau südlich Frauenau	300,0		300,0	1.800,0	-800,0	1.000,0
756 10	2123	Beseitigung Bahnübergang Vilseck	900,0	-500,0	400,0	1.000,0	-800,0	200,0
756 12	2132	Ortsumfahrung Lederdorn		500,0	500,0		800,0	800,0
758 22	2183	Ausbau nördlich Bindlach mit Beseitigung Bahnübergang		600,0	600,0		500,0	500,0
758 36	2190	Ortsumfahrung Memmelsdorf	1.200,0		1.200,0	1.850,0		1.850,0
760 21	2239	Südspange Georgensgmünd, BA 1 und BA 2	2.300,0		2.300,0	2.300,0		2.300,0
763 35	2418	Neubau der Mainbrücke Goßmannsdorf OU Goßmannsdorf 1. BA	2.600,0		2.600,0	1.800,0		1.800,0
763 61	2805	Verlegung in Kahl	0,0	600,0	600,0	800,0	600,0	1.400,0
764 19	2008	Ausbau südlich Lengenwang	400,0		400,0	600,0		600,0
764 24	2012	Verlegung bei Sontheim				300,0		300,0
764 69	2033	Ortsumfahrung Bliensbach	1.200,0	200,0	1.400,0	1.200,0	200,0	1.400,0
770 01		Um- und Ausbaumaßnahmen bis 2,5 Mio. € Gesamtbaukosten	7.600,0	3.400,0	11.000,0	6.750,0	3.500,0	10.250,0
			20.000,0	5.000,0	25.000,0	20.000,0	5.000,0	25.000,0

Beschlussempfehlung und Bericht

des Ausschusses für Staatshaushalt und Finanzfragen

**Haushaltsplan 2007/2008;
Einzelplan 04 für den Geschäftsbereich des
Bayerischen Staatsministeriums der Justiz**

Berichtersteller: **Dr. Helmut Müller**
Mitberichtersteller: **Thomas Mütze**

I. Beschlussempfehlung:

Zustimmung mit der Maßgabe, dass

bei Kap. 04 05 (Justizvollzugsanstalten) Tit.519 01
(Unterhaltung der Grundstücke und baulichen Anlagen)
der Ansatz für 2007 und 2008

von	8.000.000,-- €
um	200.000,-- €
auf	8.200.000,-- €

erhöht wird.

Das Staatsministerium der Finanzen wird ermächtigt,
die aufgrund dieser Änderung erforderlichen Berichtigungen insbesondere in den Erläuterungen, der Übersicht über die Verpflichtungsermächtigungen und den sonstigen Anlagen beim endgültigen Ausdruck des Einzelplans vorzunehmen.

Mit der Änderung in den vorstehenden Nummern ist der Änderungsantrag der Abgeordneten Peter Welhofer, Manfred Ach, Dr. Helmut Müller u.a. CSU Haushaltsplan 2007/2008;
hier: Unterhaltung der Grundstücke und baulichen Anlagen der Justizvollzugsanstalten
(Kap. 04 05 Tit. 519 01)
Drs. 15/6616
erledigt.

Folgende Anträge werden zur **Ablehnung** empfohlen:

1. Änderungsantrag der Abgeordneten Jürgen Dupper, Franz Schindler u.a. SPD
Haushaltsplan 2007/2008;
hier: Stellenplan der Gerichte und Staatsanwaltschaften:
- Richter/Richterinnen an Amtsgerichten und Landgerichten
- Staatsanwälte/Staatsanwältinnen
(Kap. 04 04 Tit. 422 01)
Drs. 15/6589
2. Änderungsantrag der Abgeordneten Jürgen Dupper, Franz Schindler u.a. SPD
Haushaltsplan 2007/2008;
hier: Stellenplan der Gerichte und Staatsanwaltschaften:
Rechtspfleger
(Kap. 04 04 Tit. 422 01)
Drs. 15/6590
3. Änderungsantrag der Abgeordneten Jürgen Dupper, Franz Schindler u.a. SPD
Haushaltsplan 2007/2008;
hier: Stellenplan der Gerichte und Staatsanwaltschaften:
Mittlerer und einfacher Dienst
- Beamte auf Widerruf im Vorbereitungsdienst
(Justizsekretäranwärter/Justizsekretäranwärterinnen)
(Kap. 04 04 Tit. 422 21)
- Justizwachtmeister
(Kap. 04 04 Tit. 422 01)
Drs. 15/6591
4. Änderungsantrag der Abgeordneten Jürgen Dupper, Franz Schindler u.a. SPD
Haushaltsplan 2007/2008;
hier: Stellenplan der Gerichte und Staatsanwaltschaften:
Bewährungshelfer/Bewährungshelferinnen
(Kap. 04 04 Tit. 422 01 und 425 01)
Drs. 15/6592

5. Änderungsantrag der Abgeordneten Margarete Bause, Dr. Sepp Dürr, Maria Scharfenberg u.a. und Fraktion BÜNDNIS 90 DIE GRÜNEN
Haushaltsplan 2007/2008;
hier: Zusätzliche Stellen für Bewährungshelfer und Bewährungshelferinnen
(Kap. 04 04 Tit. 425 01)
Drs. 15/6601
6. Änderungsantrag der Abgeordneten Jürgen Dupper, Franz Schindler u.a. SPD
Haushaltsplan 2007/2008;
hier: Stellenplan der Gerichte und Staatsanwaltschaften:
Angestellte
(Kap. 04 04 Tit. 425 01)
Drs. 15/6593
7. Änderungsantrag der Abgeordneten Margarete Bause, Dr. Sepp Dürr, Maria Scharfenberg u.a. und Fraktion BÜNDNIS 90 DIE GRÜNEN
Haushaltsplan 2007/2008;
hier: Umzugs- und Verlegungskosten von Dienststellen einsparen
(Kap. 04 04 Tit. 532 11)
Drs. 15/6602
8. Änderungsantrag der Abgeordneten Jürgen Dupper, Franz Schindler u.a. SPD
Haushaltsplan 2007/2008;
hier: Täter-Opfer-Ausgleich u.a.
(Kap. 04 04 Tit. 684 01)
Drs. 15/6595
9. Änderungsantrag der Abgeordneten Margarete Bause, Dr. Sepp Dürr, Maria Scharfenberg u.a. und Fraktion BÜNDNIS 90 DIE GRÜNEN
Haushaltsplan 2007/2008;
hier: Mittel für Vergabe von Aufträgen für Datenerfassung, Softwareentwicklung u.ä. kürzen
(Kap. 04 04 Tit. 534 99)
Drs. 15/6603
10. Änderungsantrag der Abgeordneten Jürgen Dupper, Franz Schindler u.a. SPD
Haushaltsplan 2007/2008;
hier: Stellenplan der Justizvollzugsanstalten:
- Beamte auf Widerruf im Vorbereitungsdienst
(Kap. 04 05 Tit. 422 21)
- Stellenobergrenzen; Aufstiegsstellen BesGr. A 10 und BesGr. A 11
(Kap. 04 05 Tit. 422 01)
Drs. 15/6594

11. Änderungsantrag der Abgeordneten Jürgen Dupper, Franz Schindler u.a. SPD
Haushaltsplan 2007/2008;
hier: Straftatlassenenhilfe
(Kap. 04 05 Tit. 681 02)
Drs. 15/6597
12. Änderungsantrag der Abgeordneten Margarete Bause, Dr. Sepp Dürr, Maria Scharfenberg u.a. und Fraktion BÜNDNIS 90 DIE GRÜNEN
Haushaltsplan 2007/2008;
hier: Zusätzliche Mittel für die Gefangenennpflege
(Kap. 04 05 Tit. 514 71)
Drs. 15/6604
13. Änderungsantrag der Abgeordneten Margarete Bause, Dr. Sepp Dürr, Maria Scharfenberg u.a. und Fraktion BÜNDNIS 90 DIE GRÜNEN
Haushaltsplan 2007/2008;
hier: Zusätzliche Mittel für die Gefangenennpflege
(Kap. 04 05 Tit. 538 71)
Drs. 15/6605
14. Änderungsantrag der Abgeordneten Jürgen Dupper, Franz Schindler u.a. SPD
Haushaltsplan 2007/2008;
hier: "Schwitzen statt Sitzen"
(Kap. 04 05 Tit. 546 71)
Drs. 15/6596
15. Änderungsantrag der Abgeordneten Margarete Bause, Dr. Sepp Dürr, Maria Scharfenberg u.a. und Fraktion BÜNDNIS 90 DIE GRÜNEN
Haushaltsplan 2007/2008;
hier: Arbeitsentgelte anpassen
(Kap. 04 05 Tit. 681 72)
Drs. 15/6606

II. Bericht:

1. Der Einzelplan 04 wurde dem Ausschuss für Staatshaushalt und Finanzfragen federführend zugewiesen. Eine Mitberatung durch andere Ausschüsse erfolgte gemäß § 148 Satz 3 GeschO nicht.
2. Der federführende Ausschuss hat den Einzelplan 04 in seiner 139. Sitzung am 07. November 2006 beraten und mit folgendem Stimmresultat:
CSU: Zustimmung
SPD: Ablehnung
B90 GRÜ: Ablehnung
mit der in I. enthaltenen Änderung Zustimmung empfohlen.

Jürgen Dupper
Stellvertretender Vorsitzender

Beschlussempfehlung und Bericht

des Ausschusses für Staatshaushalt und Finanzfragen

**Haushaltsplan 2007/2008;
Einzelplan 08 für den Geschäftsbereich des
Bayerischen Staatsministeriums für Landwirtschaft und
Forsten**

Berichterstatter: **Kurt Eckstein
Johan Neumeier**
Mitberichterstatter: **Thomas Mütze**

I. Beschlussempfehlung:

Zustimmung mit der Maßgabe, dass

1. bei Kap. 08 03 (Allgemeine Bewilligungen - Bereich Landwirtschaft)
 - a) der Ansatz bei Tit. 683 72 (Entgelte für landespflegerische und landeskulturelle Leistungen) in 2007

von	78.500.000,-- €
um	8.000.000,-- €
auf	86.500.000,-- €

und in 2008

von	78.500.000,-- €
um	1.500.000,-- €
auf	80.000.000,-- €

erhöht wird.
 - b) ein neuer Tit. 683 74 (Ausgleichszulagen für Betriebe in benachteiligten und schwer bewirtschaftbaren Gebieten) ausgebracht und wie folgt dotiert wird:

2007	2.000.000,-- €
2008	1.000.000,-- €.

2. bei Kap. 08 05 (Allgemeine Bewilligungen – Bereich Forsten) der Ansatz
 - a) bei Tit. 121 11 (Gewinnablieferung) in 2007

von	12.500.000,-- €
um	15.000.000,-- €
auf	27.500.000,-- €

und in 2008

von	14.500.000,-- €
um	4.500.000,-- €
auf	19.000.000,-- €

erhöht wird.
 - b) bei Tit. 892 97 (Zuschüsse für Maßnahmen im Privatwald) in 2007

von	6.352.900,-- €
um	5.000.000,-- €
auf	11.352.900,-- €

und in 2008

von	6.352.900,-- €
um	2.000.000,-- €
auf	8.352.900,-- €

erhöht wird.

Das Staatsministerium der Finanzen wird ermächtigt, die aufgrund dieser Änderungen erforderlichen Berichtigungen insbesondere in den Erläuterungen, der Übersicht über die Verpflichtungsermächtigungen und den sonstigen Anlagen beim endgültigen Ausdruck des Einzelplans vorzunehmen.

Folgende Anträge werden zur **Ablehnung** empfohlen:

1. Änderungsantrag der Abgeordneten Margarete Bause, Dr. Sepp Dürr, Maria Scharfenberg u.a. und Fraktion BÜNDNIS 90 DIE GRÜNEN
Haushaltsplan 2007/2008;
hier: Streichung der Vergütung an Banken zur Abwicklung der Agrarförderung
(Kap. 08 03 Tit. 547 03)
Drs. 15/6607

2. Änderungsantrag der Abgeordneten Jürgen Dupper, Susann Biedefeld, Heidi Lück u.a. SPD
Haushaltsplan 2007/2008;
hier: Mittel für das Gesamtkonzept "Nachwachsende Rohstoffe" verstärken
(Kap. 08 03 Tit. 892 54)
Drs. 15/6627
3. Änderungsantrag der Abgeordneten Margarete Bause, Dr. Sepp Dürr, Maria Scharfenberg u.a. und Fraktion BÜNDNIS 90 DIE GRÜNEN
Haushaltsplan 2007/2008;
hier: Erhöhung der Mittel für das Kulturlandschaftsprogramm statt einzelbetrieblicher Investitionsförderung und Dorferneuerung
(Kap. 08 03 TG 72 - 74)
Drs. 15/6608
4. Änderungsantrag der Abgeordneten Jürgen Dupper, Heidi Lück, Klaus Wolfrum u.a. SPD
Haushaltsplan 2007/2008;
hier: Teilweiser Ausgleich wegfallender EU-Mittel beim Kulturlandschaftsprogramm durch Landesmittel
(Kap. 08 03 Tit. 683 72)
Drs. 15/6626
5. Änderungsantrag der Abgeordneten Margarete Bause, Dr. Sepp Dürr, Maria Scharfenberg u.a. und Fraktion BÜNDNIS 90 DIE GRÜNEN
Haushaltsplan 2007/2008;
hier: Umwidmung der Mittel für den Bau von Alm- und Alpwegen
(Kap. 08 03 TG 87 und Kap. 08 04 TG 70 - 71)
Drs. 15/6609
6. Änderungsantrag der Abgeordneten Jürgen Dupper, Heidi Lück, Klaus Wolfrum u.a. SPD
Haushaltsplan 2007/2008;
hier: Teilweiser Ausgleich wegfallender EU-Mittel bei der Ausgleichszulage durch Landesmittel
(Kap. 08 03 neue TG)
Drs. 15/6628
7. Änderungsantrag der Abgeordneten Jürgen Dupper, Heidi Lück, Klaus Wolfrum u.a. SPD
Haushaltsplan 2007/2008;
hier: Sicherung der Gewinnablieferung der Bayerischen Staatsforsten AöR für die Arbeitsfähigkeit der Forstverwaltung
(Kap. 08 05 Tit. 121 11)
Drs. 15/6629

8. Änderungsantrag der Abgeordneten Margarete Bause, Dr. Sepp Dürr, Maria Scharfenberg u.a. und Fraktion BÜNDNIS 90 DIE GRÜNEN
Haushaltsplan 2007/2008;
hier: Erhöhung der Mittel zur Schutzwaldsanierung (Kap. 08 05 Tit. 682 01)
Drs. 15/6610
9. Änderungsantrag der Abgeordneten Margarete Bause, Dr. Sepp Dürr, Maria Scharfenberg u.a. und Fraktion BÜNDNIS 90 DIE GRÜNEN
Haushaltsplan 2007/2008;
hier: Umsetzung von Stellen aus der Staatlichen Führungsakademie für Ernährung, Landwirtschaft und Forsten in die Ämter für Landwirtschaft und Forsten
(Kap. 08 40 und Kap. 08 42 Tit. 422 01)
Drs. 15/6611

II. Bericht:

1. Der Einzelplan 08 wurde dem Ausschuss für Staatshaushalt und Finanzfragen federführend zugewiesen. Eine Mitberatung durch andere Ausschüsse erfolgt gemäß § 148 Satz 3 GeschO nicht.
2. Der federführende Ausschuss hat den Einzelplan 08 in seiner 140. Sitzung am 08. November 2006 beraten und mit folgendem Stimmergebnis:
CSU: Zustimmung
SPD: Ablehnung
B90 GRÜ: Ablehnung
mit den in I. enthaltenen Änderungen Zustimmung empfohlen.

Jürgen Dupper

Stellvertretender Vorsitzender

Beschlussempfehlung und Bericht

des Ausschusses für Staatshaushalt und Finanzfragen

**Haushaltsplan 2007/2008;
Einzelplan 07 für den Geschäftsbereich des Bayerischen
Staatsministeriums für Wirtschaft, Infrastruktur, Ver-
kehr und Technologie**

Berichtersteller: **Heinrich Traublinger**
Mitberichtersteller: **Werner Schieder**

I. Beschlussempfehlung:

Zustimmung mit der Maßgabe, dass folgende Änderungen durchgeführt werden:

- Bei Kap. 07 04 (Regionale und strukturelle Wirtschaftsförderung) wird bei Tit. 891 01 (Einmalzinszuschüsse an die LfA Förderbank Bayern zur Ausreichung von zinsgünstigen Darlehen im Rahmen des Bayerischen Mittelstandskreditprogramms) der Ansatz für 2007 und 2008
von 25.000.000,--€
um 2.000.000,--€
auf 27.000.000,--€
erhöht.

- Bei Kap. 07 05 (Verkehrswesen, Energiewirtschaft, Landesentwicklung) wird bei Tit. 892 01 (Zuschüsse zur Errichtung der Magnetschnellbahn) der Haushaltsvermerk wie folgt gefasst:

Verpflichtungsermächtigung 2007 300.000.000,--€
fällig frühestens im Haushaltsjahr 2009.

Ferner werden die Ansätze und Vermerke bei Kap. 07 03 und 07 04 entsprechend der **Nachschubliste** der Staatsregierung geändert (Anlage).

Das Staatsministerium der Finanzen wird ermächtigt, die aufgrund dieser Änderungen erforderlichen Berichtigungen insbesondere in den Erläuterungen, der Übersicht über die Verpflichtungsermächtigungen und den sonstigen Anlagen beim endgültigen Ausdruck des Einzelplans vorzunehmen.

Mit der Änderung in den vorstehenden Nummern ist der Änderungsantrag der Abgeordneten Manfred Ach, Heinrich Traublinger, Franz Josef Pschierer u.a. CSU Haushaltsplan 2007/2008;
hier: Mittelstandskreditprogramm
(Kap. 07 04 Tit. 891 01)
Drs. 15/6680
erledigt.

Folgende Anträge werden zur **Ablehnung** empfohlen:

- Änderungsantrag der Abgeordneten Margarete Bause, Dr. Sepp Dürr, Maria Scharfenberg u.a. und Fraktion BÜNDNIS 90 DIE GRÜNEN Haushaltsplan 2007/2008;
hier: Förderung des Ausbaus der Breitbandinfrastruktur - Datenautobahn in ganz Bayern
(Kap. 07 03 neuer Titel, Kap. 13 04 TG 53)
Drs. 15/6701
- Änderungsantrag der Abgeordneten Jürgen Dupper, Dr. Hildegard Kronawitter, Werner Schieder u.a. SPD Haushaltsplan 2007/2008;
hier: Einmalzinszuschüsse für das Mittelstandskreditprogramm
(Kap. 07 04 Tit. 891 01)
Drs. 15/6643
- Änderungsantrag der Abgeordneten Margarete Bause, Dr. Sepp Dürr, Maria Scharfenberg u.a. und Fraktion BÜNDNIS 90 DIE GRÜNEN Haushaltsplan 2007/2008;
hier: Erhöhung der Einmalzinszuschüsse an die Bayerische Landesanstalt für Aufbaufinanzierung zur Ausreichung von zinsgünstigen Darlehen im Rahmen des Bayerischen Mittelstandskreditprogramms und zur Finanzierung von sonstigen im staatlichen Interesse gelegenen besonders förderungswürdigen Maßnahmen
(Kap. 07 04 Tit. 891 01)
Drs. 15/6702

4. Änderungsantrag der Abgeordneten Jürgen Dupper, Werner Schieder, Dr. Hildegard Kronawitter u.a. SPD
Haushaltsplan 2007/2008;
hier: Regionales Wirtschaftsförderprogramm
(Kap. 07 04 TG 72)
Drs. 15/6644
5. Änderungsantrag der Abgeordneten Margarete Bause, Dr. Sepp Dürr, Maria Scharfenberg u.a. und Fraktion BÜNDNIS 90 DIE GRÜNEN
Haushaltsplan 2007/2008;
hier: Regionales Wirtschaftsförderungsprogramm
(Kap. 07 04 TG 72)
Drs. 15/6703
6. Änderungsantrag der Abgeordneten Jürgen Dupper, Dr. Thomas Beyer, Werner Schieder u.a. SPD
Haushaltsplan 2007/2008;
hier: Zuschüsse zur Errichtung der Magnetschnellbahn
(Kap. 07 05 Tit. 892 01)
Drs. 15/6645
7. Änderungsantrag der Abgeordneten Margarete Bause, Dr. Sepp Dürr, Maria Scharfenberg u.a. und Fraktion BÜNDNIS 90 DIE GRÜNEN
Haushaltsplan 2007/2008;
hier: Streichung der Zuschüsse zur Errichtung der Magnetschnellbahn zum Flughafen München
(Kap. 07 05 Tit. 892 01)
Drs. 15/6706
8. Änderungsantrag der Abgeordneten Margarete Bause, Dr. Sepp Dürr, Maria Scharfenberg u.a. und Fraktion BÜNDNIS 90 DIE GRÜNEN
Haushaltsplan 2007/2008;
hier: Förderung des Nahluftverkehrs und des Flugwesens beenden
(Kap. 07 05 TG 74)
Drs. 15/6704
9. Änderungsantrag der Abgeordneten Margarete Bause, Dr. Sepp Dürr, Maria Scharfenberg u.a. und Fraktion BÜNDNIS 90 DIE GRÜNEN
Haushaltsplan 2007/2008;
hier: Streichung des Einnahmetitels für das Projekt Magnetschnellbahn
(Kap. 07 07 Tit. 231 03)
Drs. 15/6707
10. Änderungsantrag der Abgeordneten Margarete Bause, Dr. Sepp Dürr, Maria Scharfenberg u.a. und Fraktion BÜNDNIS 90 DIE GRÜNEN
Haushaltsplan 2007/2008;
hier: Keine Personalausgaben für ein sog. "Kernkompetenzteam für die Begleitung des Magnetschnellbahnprojekts" aus den Regionalisierungsmitteln
(Kap. 07 07 Tit. 425 11)
Drs. 15/6708
11. Änderungsantrag der Abgeordneten Margarete Bause, Dr. Sepp Dürr, Maria Scharfenberg u.a. und Fraktion BÜNDNIS 90 DIE GRÜNEN
Haushaltsplan 2007/2008;
hier: Streichung der Leistungen für das Magnetschnellbahnprojekt zum Flughafen München
(Kap. 07 07 Tit. 682 06)
Drs. 15/6709
12. Änderungsantrag der Abgeordneten Jürgen Dupper, Susann Biedefeld, Ludwig Wörner u.a. SPD
Haushaltsplan 2007/2008;
hier: Zuschüsse und sonstige Ausgaben zur Abdeckung der Risiken bei Fehlbohrungen bei der Nutzung von Erdwärme
(Kap. 07 05 Tit. 892 76)
Drs. 15/6646
13. Änderungsantrag der Abgeordneten Margarete Bause, Dr. Sepp Dürr, Maria Scharfenberg u.a. und Fraktion BÜNDNIS 90 DIE GRÜNEN
Haushaltsplan 2007/2008;
hier: Förderung von Maßnahmen im Energiebereich
(Kap. 07 05 TG 75 - 76)
Drs. 15/6705
14. Änderungsantrag der Abgeordneten Jürgen Dupper, Susann Biedefeld, Ludwig Wörner u.a. SPD
Haushaltsplan 2007/2008;
hier: Unterstützung der Kommunen bei der Einrichtung und beim laufenden Betrieb von Energieagenturen bzw. Energie-Projektmanagern
(Kap. 07 05 neue TG)
Drs. 15/6647
15. Änderungsantrag der Abgeordneten Margarete Bause, Dr. Sepp Dürr, Maria Scharfenberg u.a. und Fraktion BÜNDNIS 90 DIE GRÜNEN
Haushaltsplan 2007/2008;
hier: Leistungen an die BEG für Zugbestellungen
(Kap. 07 07 Tit. 682 03)
Drs. 15/6710

16. Änderungsantrag der Abgeordneten Margarete Bause, Dr. Sepp Dürr, Maria Scharfenberg u.a. und Fraktion BÜNDNIS 90 DIE GRÜNEN Haushaltsplan 2007/2008;
hier: Erhöhung der Mittel für den öffentlichen Personennahverkehr
(Kap. 07 07 Tit. 883 01, Kap. 07 07 Tit. 883 02 und Kap. 07 07 Tit. 892 05)
Drs. 15/6711

II. Bericht:

1. Der Einzelplan 07 wurde dem Ausschuss für Staatshaushalt und Finanzfragen federführend zugewiesen. Eine Mitberatung durch andere Ausschüsse erfolgte gemäß § 148 Satz 3 GeschO nicht.
2. Der federführende Ausschuss hat den Einzelplan 07 in seiner 141. Sitzung am 14. November 2006 beraten und mit folgendem Stimmergebnis:
CSU: Zustimmung
SPD: Ablehnung
B90 GRÜ: Ablehnung
mit den in I. enthaltenen Änderungen Zustimmung empfohlen.

Manfred Ach
Vorsitzender

Anlage

Freistaat Bayern

Nachschubliste

Doppelhaushalt 2007/2008

zum

Entwurf des Einzelplans 07

Staatsministerium für Wirtschaft, Infrastruktur,
Verkehr und Technologie

07 03 Allgemeine Wirtschaftsförderung

Titel FKZ		A Bisheriger Betrag 2007 B Wegfall (-) Hinzu (+) Tsd. EUR	Neuer Betrag 2007 Tsd. EUR	A Bisheriger Betrag 2008 B Wegfall (-) Hinzu (+) Tsd. EUR	Neuer Betrag 2008 Tsd. EUR
1	2	3	4	5	6
	Ausgaben				
	Titelgruppen				
	92 Allianz Bayern Innovativ/Förderung der Cluster- bildung <i>Titel der TG gegenseitig deckungsfähig und übertrag- bar. Die Ausgabebefugnis erhöht sich um die Einnahmen bei 119 92. Vgl. Vermerk zu 07 04/883 04 bis 883 28.</i>				
<u>633 92-3</u> 169	Zuweisungen, Zuschüsse und sonstige Ausgaben an Gemeinden und Gemeindeverbände	A B	---	A B	---
	Summe der Titelgruppe	A B	10.000,0 -	A B	10.000,0 -
	Gesamtausgaben	A B	143.169,3 -	A B	142.347,3 -
	Abschluss				
	Einnahmen aus Zuweisungen und Zuschüssen mit Ausnahme für Investitionen	A B	14.810,5 -	A B	14.875,5 -
	Gesamteinnahmen	A B	14.810,5 -	A B	14.875,5 -
	Sächliche Verwaltungsausgaben	A B	510,0 -	A B	510,0 -
	Ausgaben für Zuweisungen und Zuschüsse mit Aus- nahme für Investitionen	A B	110.412,3 -	A B	110.370,3 -
	Investitionsförderungsmaßnahmen	A B	32.247,0 -	A B	31.467,0 -
	Gesamtausgaben	A B	143.169,3 -	A B	142.347,3 -
	Zuschuss	A	128.358,8	A	127.471,8

07 03

Allgemeine Wirtschaftsförderung

Erläuterungen

Zu 07 03/633 92

In Ergänzung zum branchen- und kompetenzfeldorientierten Ansatz sollen in einer zweiten Säule der "Allianz Bayern Innovativ" mit einem Konzept zur optimalen Nutzung der endogenen Entwicklungspotentiale in den Landkreisen und kreisfreien Städten regionale Netzwerkbildungen fachübergreifend und interdisziplinär unterstützt werden. Dabei geht es insbesondere darum, nach dem Vorbild und bei stärkerer Wirtschaftsorientierung des Instruments Regionalmanagement mögliche regionale Potentiale zu erkennen und deren Vernetzung innerhalb einer Region zu unterstützen.

07 04 Regionale und strukturelle Wirtschaftsförderung

Titel FKZ		A Bisheriger Betrag 2007 Wegfall (-) Hinzu (+) Tsd. EUR	Neuer Betrag 2007 Tsd. EUR	A Bisheriger Betrag 2008 Wegfall (-) Hinzu (+) Tsd. EUR	Neuer Betrag 2008 Tsd. EUR
1	2	3	4	5	6
	Einnahmen				
	Einnahmen aus Schuldenaufnahmen, aus Zuweisungen und Zuschüssen für Investitionen, besondere Finanzierungseinnahmen				
<u>346 25-1</u> 692	Zuweisungen des Bundes aus Mitteln des EU-Regionalfonds im Rahmen des Ziels Regionale Wettbewerbsfähigkeit und Beschäftigung, Phase 2007 - 2013 <i>Vgl. Vermerk zu 883 25.</i>	A --- B +37.780,0	37.780,0	A --- B +37.780,0	37.780,0
<u>346 27-9</u> 692	Zuweisungen des Bundes aus Mitteln des EU-Regionalfonds im Rahmen des Ziels 3, Europäische territoriale Zusammenarbeit zur Förderung der grenzübergreifenden Zusammenarbeit im bayerisch-tschechischen Grenzraum, Phase 2007 - 2013 <i>Vgl. Vermerk zu 883 27.</i>	A --- B +12.840,0	12.840,0	A --- B +12.840,0	12.840,0
<u>346 28-8</u> 692	Zuweisungen des Bundes aus Mitteln des EU-Regionalfonds im Rahmen des Ziels 3, Europäische territoriale Zusammenarbeit zur Förderung der grenzübergreifenden Zusammenarbeit im bayerisch-österreichischen Grenzraum, Phase 2007 - 2013 <i>Vgl. Vermerk zu 883 28.</i>	A --- B ---	---	A --- B ---	---
	Gesamteinnahmen	A 58.828,8 B +50.620,0	109.448,8	A 49.760,0 B +50.620,0	100.380,0
	Ausgaben				
	Investitionsförderungsmaßnahmen				
<u>883 25-0</u> 692	Investitionszuschüsse und sonstige Ausgaben im Rahmen des Ziels Regionale Wettbewerbsfähigkeit und Beschäftigung, Phase 2007 - 2013 <i>Die Ausgabebefugnis erhöht oder vermindert sich um die Mehr- oder Mindereinnahmen bei 346 25. Vgl. Vermerk bei 883 04.</i>	A --- B +37.780,0	37.780,0	A --- B +37.780,0	37.780,0
<u>883 27-8</u> 692	Investitionszuschüsse und sonstige Ausgaben im Rahmen des Ziels 3, Europäische territoriale Zusammenarbeit zur Förderung der grenzübergreifenden Zusammenarbeit im bayerisch-tschechischen Grenzraum, Phase 2007 - 2013 <i>Die Ausgabebefugnis erhöht oder vermindert sich um die Mehr- oder Mindereinnahmen bei 346 27. Vgl. Vermerk bei 883 04.</i>	A --- B +12.840,0	12.840,0	A --- B +12.840,0	12.840,0
<u>883 28-7</u> 692	Investitionszuschüsse und sonstige Ausgaben im Rahmen des Ziels 3, Europäische territoriale Zusammenarbeit zur Förderung der grenzübergreifenden Zusammenarbeit im bayerisch-österreichischen Grenzraum, Phase 2007 - 2013 <i>Die Ausgabebefugnis bemisst sich nach den Einnahmen bei 346 28. Vgl. Vermerk bei 883 04.</i>	A --- B ---	---	A --- B ---	---

07 04

Regionale und strukturelle Wirtschaftsförderung**Erläuterungen****Zu 07 04/346 25**

Der Freistaat Bayern erhält aus dem europäischen Regionalfonds im Rahmen des Ziels Regionale Wettbewerbsfähigkeit und Beschäftigung in der Programmperiode 2007 bis 2013 voraussichtlich bis zu 575,9 Mio. EUR. Dieser Betrag setzt sich zusammen aus:

	Mio. EUR
StMWIVT	333,6
StMUGV	107,1
StMI/OBB	107,1
StMWFK	22,5
Technische Hilfe	5,6

Zu 07 04/346 27

Dem Freistaat Bayern fließen aus dem EFRE in der Programmperiode 2007 bis 2013 zur Förderung der grenzüberschreitenden Zusammenarbeit im bayerisch-tschechischen Grenzraum voraussichtlich bis zu 115,5 Mio. EUR zu. Diese Mittel werden von der gemeinsamen bayerischen Bescheinigungsbehörde verwaltet. Davon entfallen 60,5 Mio. EUR auf den Freistaat Bayern und 55,0 Mio. EUR auf die Tschechische Republik. Da die Mittel insgesamt im Bayerischen Staatshaushalt vereinnahmt werden, sind diese zu veranschlagen. Für die EFRE-Mittel, die auf den Freistaat Bayern entfallen, sind Ressortquoten geplant, die zum jetzigen Zeitpunkt noch nicht feststehen.

Zu 07 04/346 28

Der Freistaat Bayern erhält aus dem EFRE in der Programmperiode 2007 bis 2013 zur Förderung der grenzübergreifenden Zusammenarbeit im bayerisch-österreichischen Grenzraum voraussichtlich bis zu 23,8 Mio. EUR. Die Republik Österreich erhält voraussichtlich bis zu 29,3 Mio. EUR. Die gemeinsame bayerische Bescheinigungsbehörde wird voraussichtlich den österreichischen ERP-Fonds mit der Verwaltung der EFRE-Mittel beauftragen. Für die Jahre 2007 und 2008 sind daher keine Beträge veranschlagt. Für die EFRE-Mittel, die auf den Freistaat Bayern entfallen, sind keine Ressortquoten geplant.

Zu 07 04/883 25

Vgl. 07 04/346 25.

Zu 07 04/883 27

Vgl. 07 04/346 27.

Zu 07 04/883 28

Vgl. 07 04/346 28.

07 04 Regionale und strukturelle Wirtschaftsförderung

Titel FKZ		A Bisheriger Betrag 2007 Wegfall (-) Hinzu (+) Tsd. EUR	Neuer Betrag 2007 Tsd. EUR	A Bisheriger Betrag 2008 Wegfall (-) Hinzu (+) Tsd. EUR	Neuer Betrag 2008 Tsd. EUR
1	2	3	4	5	6
892 01-7 692	Zuschüsse zur Errichtung einer Ethylen-Pipeline von Münchsmünster nach Ludwigshafen <i>Verpflichtungserm. 2007 Tsd. EUR 30.000</i> <i>Von der veranschlagten Verpflichtungsermächtigung</i> <i>2007 in Höhe von 30.000,0 Tsd. EUR werden fällig</i> <i>frühestens in den Haushaltsjahren</i> <i>2008 Tsd. EUR 15.000,0</i> <i>2009 Tsd. EUR 15.000,0</i>	A 10.200,0 B	10.200,0	A 15.000,0 B	15.000,0
	Gesamtausgaben	A 174.393,0 B +50.620,0	225.013,0	A 170.124,2 B +50.620,0	220.744,2
	Abschluss				
	Einnahmen aus Schuldenaufnahmen, aus Zuweisungen und Zuschüssen für Investitionen, besondere Finanzie- rungseinnahmen	A 58.828,8 B +50.620,0	109.448,8	A 49.760,0 B +50.620,0	100.380,0
	Gesamteinnahmen	A 58.828,8 B +50.620,0	109.448,8	A 49.760,0 B +50.620,0	100.380,0
	Sächliche Verwaltungsausgaben	A 264,2 B -	264,2	A 264,2 B -	264,2
	Ausgaben für Zuweisungen und Zuschüsse mit Aus- nahme für Investitionen	A 6.000,0 B -	6.000,0	A 6.000,0 B -	6.000,0
	Investitionsförderungsmaßnahmen	A 168.128,8 B +50.620,0	218.748,8	A 163.860,0 B +50.620,0	214.480,0
	Gesamtausgaben	A 174.393,0 B +50.620,0	225.013,0	A 170.124,2 B +50.620,0	220.744,2
	Zuschuss	A 115.564,2	115.564,2	A 120.364,2	120.364,2

07 04

Regionale und strukturelle Wirtschaftsförderung**Erläuterungen****Zu 07 04/892 01**

Die EU-Kommission hat zwischenzeitlich einer Förderung des geplanten Baus einer Ethylen-Pipeline von Münchsmünster nach Ludwigshafen durch den Freistaat Bayern in Höhe von rund 45 Mio. EUR zugestimmt. Aufgrund der Verzögerungen im EU-Beihilfverfahren und noch zu klärender Detailfragen ist jedoch fraglich, ob der Zuwendungsbescheid - wie bisher angenommen - noch im Jahr 2006 erteilt werden kann. Vorsorglich wird deshalb im Jahr 2007 eine Verpflichtungsermächtigung veranschlagt. Diese wird nur in Anspruch genommen, soweit die Bewilligung des Zuschusses im Jahr 2006 nicht mehr möglich ist.

Epl. 07 Epl. Staatsministerium für Wirtschaft, Infrastruktur, Verkehr und Technologie

Titel FKZ		A	Bisheriger Betrag 2007	Neuer Betrag 2007	A	Bisheriger Betrag 2008	Neuer Betrag 2008
		B	Wegfall (-) Hinzu (+) Tsd. EUR		B	Wegfall (-) Hinzu (+) Tsd. EUR	
1	2		3	4		5	6
	Abschluss Epl. 07						
	Verwaltungseinnahmen, Einnahmen aus Schuldendienst u. dgl.	A	101.741,8	101.741,8	A	103.060,3	103.060,3
		B	-		B	-	
	Einnahmen aus Zuweisungen und Zuschüssen mit Ausnahme für Investitionen	A	1.020.357,5	1.020.357,5	A	1.005.528,5	1.005.528,5
		B	-		B	-	
	Einnahmen aus Schuldenaufnahmen, aus Zuweisungen und Zuschüssen für Investitionen, besondere Finanzierungseinnahmen	A	58.828,8	109.448,8	A	49.760,0	100.380,0
		B	+50.620,0		B	+50.620,0	
	Gesamteinnahmen	A	1.180.928,1	1.231.548,1	A	1.158.348,8	1.208.968,8
		B	+50.620,0		B	+50.620,0	
	Personalausgaben	A	56.730,0	56.730,0	A	58.165,2	58.165,2
		B	-		B	-	
	Sächliche Verwaltungsausgaben	A	82.063,2	82.063,2	A	83.363,2	83.363,2
	<i>Verpflichtungserm. 2007 Tsd. EUR</i> 150	B	-		B	-	
	<i>Verpflichtungserm. 2008 Tsd. EUR</i> 150						
	Ausgaben für Zuweisungen und Zuschüsse mit Ausnahme für Investitionen	A	1.056.911,7	1.056.911,7	A	1.058.816,7	1.058.816,7
		B	-		B	-	
	<i>Verpflichtungserm. 2007 Tsd. EUR</i> 784.823						
	<i>Verpflichtungserm. 2008 Tsd. EUR</i> 575.660						
	Baumaßnahmen	A	1.115,0	1.115,0	A	1.115,0	1.115,0
	<i>Verpflichtungserm. 2007 Tsd. EUR</i> 500	B	-		B	-	
	<i>Verpflichtungserm. 2008 Tsd. EUR</i> 250						
	Sonstige Sachinvestitionen	A	8.922,2	8.922,2	A	9.250,2	9.250,2
	<i>Verpflichtungserm. 2007 Tsd. EUR</i> 7.000	B	-		B	-	
	<i>Verpflichtungserm. 2008 Tsd. EUR</i> 7.000						
	Investitionsförderungsmaßnahmen	A	358.825,8	409.445,8	A	337.872,0	388.492,0
	<i>Verpflichtungserm. 2007 Tsd. EUR</i> 348.650	B	+50.620,0		B	+50.620,0	
	<i>Verpflichtungserm. 2008 Tsd. EUR</i> 88.150						
	Besondere Finanzierungsausgaben	A	3,0	3,0	A	3,0	3,0
		B	-		B	-	
	Gesamtausgaben	A	1.564.570,9	1.615.190,9	A	1.548.585,3	1.599.205,3
	<i>Verpflichtungserm. 2007 Tsd. EUR</i> 1.141.123	B	+50.620,0		B	+50.620,0	
	<i>Verpflichtungserm. 2008 Tsd. EUR</i> 671.210						
	Zuschuss	A	383.642,8	383.642,8	A	390.236,5	390.236,5

Beschlussempfehlung und Bericht

des Ausschusses für Staatshaushalt und Finanzfragen

**Haushaltsplan 2007/2008;
Einzelplan 10 für den Geschäftsbereich des
Bayerischen Staatsministeriums für Arbeit und Sozial-
ordnung, Familie und Frauen**

Berichterstatlerin: **Monika Hohlmeier**
Mitberichterstatter: **Eike Hallitzky**

I. Beschlussempfehlung:

Zustimmung mit der Maßgabe, dass folgende Änderungen durchgeführt werden:

1. Bei Kap. 10 05 (Allgemeine Bewilligungen – Arbeit und berufliche Bildung, berufliche und soziale Rehabilitation) wird bei Tit. 893 78 (Zuschüsse für Investitionen an Sonstige) der Ansatz für 2007 und 2008
von 8.685.600,-- €
um 2.000.000,-- €
auf 10.685.600,-- €
erhöht.

2. Bei Kap. 10 07 (Allgemeine Bewilligungen - Jugend-, Familien-, Frauen- und Altenhilfe) wird der Ansatz

- a) bei Tit. 526 73 (Kosten von Untersuchungen und dgl.) für 2007 und 2008
von 102.300,-- €
um 300.000,-- €
auf 402.300,-- €
erhöht,

- b) bei Tit. 684 73 (Zuschüsse für laufende Zwecke an soziale oder ähnliche Einrichtungen) für 2007 und 2008

von 2.663.700,-- €
um 300.000,-- €
auf 2.963.700,-- €
erhöht,

- c) bei Tit. 540 84 (Veranstaltungskosten) für 2007 und 2008

von 40.900,-- €
um 100.000,-- €
auf 140.900,-- €
erhöht,

- d) bei Tit. 684 89 (Zuschüsse für laufende Zwecke an soziale oder ähnliche Einrichtungen) für 2007

von 51.288.000,-- €
um 300.000,-- €
auf 51.588.000,-- €
und für 2008
von 11.288.000,-- €
um 300.000,-- €
auf 11.588.000,-- €
erhöht und

der Haushaltsvermerk bei Kap. 10 07 TG 89 wie folgt geändert:

„Tit. 633 89 und 684 89 gegenseitig deckungsfähig. Tit. 525 89 bis 536 89 bis zu 380.000,--€ deckungsfähig zu Lasten Tit. 633 89 und 684 89. Die Mittel sind übertragbar. Sonstige Maßnahmen können aus den Mitteln der TG nach Maßgabe der Erläuterungen vorgenommen werden.“

In Ziff. 3 Buchst. b dritter Spiegelstrich der Erläuterungen sind die Beträge 2007 und 2008 von jeweils 300.000,--€ auf jeweils 600.000,--€ zu erhöhen.

3. Bei Kap. 10 65 (Staatsinstitute für Frühpädagogik und Familienforschung) wird der Haushaltsvermerk bei TG 81 (Ausgaben zur Durchführung von Forschungs- und Entwicklungsaufträgen staatlicher Dienststellen) wie folgt geändert:
„Einseitig deckungsfähig zu Lasten Kap. 10 05 TG 78 sowie Kap. 10 07 TG 73 und 74 bis zu 430.000,-- € pro Haushaltsjahr. Die Mittel sind übertragbar.“

Das Staatsministerium der Finanzen wird ermächtigt, die aufgrund dieser Änderungen erforderlichen Berichtigungen insbesondere in den Erläuterungen, der Übersicht über die Verpflichtungsermächtigungen und den sonstigen Anlagen beim endgültigen Ausdruck des Einzelplans vorzunehmen.

Mit den Änderungen in den vorstehenden Nummern sind folgende Anträge erledigt:

1. Änderungsantrag der Abgeordneten Manfred Ach, Monika Hohlmeier, Joachim Unterländer u.a. CSU Haushaltsplan 2007/2008;
hier: Landesbehindertenplan
(Kap. 10 05 Tit. 893 78)
Drs. 15/6741
2. Änderungsantrag der Abgeordneten Manfred Ach, Renate Dodell, Joachim Unterländer u.a. CSU Haushaltsplan 2007/2008;
hier: Förderung von Maßnahmen und Einrichtungen für die Familie
(Kap. 10 07 TG 73)
Drs. 15/6742
3. Änderungsantrag der Abgeordneten Manfred Ach, Renate Dodell, Joachim Unterländer u.a. CSU Haushaltsplan 2007/2008;
hier: Förderung von Maßnahmen zum Schutz des ungeborenen Lebens - Landesstiftung "Hilfe für Mutter und Kind"
(Kap. 10 07 TG 84)
Drs. 15/6743
4. Änderungsantrag der Abgeordneten Manfred Ach, Renate Dodell, Joachim Unterländer u.a. CSU Haushaltsplan 2007/2008;
hier: Förderung von Kindertageseinrichtungen und Tagespflege
(Kap. 10 07 TG 89)
Drs. 15/6744

Folgende Anträge werden zur Ablehnung empfohlen:

1. Änderungsantrag der Abgeordneten Margarete Bause, Dr. Sepp Dürr, Maria Scharfenberg u.a. und Fraktion BÜNDNIS 90 DIE GRÜNEN Haushaltsplan 2007/2008;
hier: Landessozialbericht erstellen
(Kap. 10 03 Tit. 526 21)
Drs. 15/6712

2. Änderungsantrag der Abgeordneten Jürgen Dupper, Joachim Wahnschaffe, Karin Radermacher u.a. SPD Haushaltsplan 2007/2008;
hier: Landessozialbericht
(Kap. 10 03 neue TG)
Drs. 15/6651
3. Änderungsantrag der Abgeordneten Margarete Bause, Dr. Sepp Dürr, Maria Scharfenberg u.a. und Fraktion BÜNDNIS 90 DIE GRÜNEN Haushaltsplan 2007/2008;
hier: Blindengeld erhöhen
(Kap. 10 03 Tit. 681 01)
Drs. 15/6713
4. Änderungsantrag der Abgeordneten Jürgen Dupper, Joachim Wahnschaffe, Karin Radermacher u.a. SPD Haushaltsplan 2007/2008;
hier: Maßnahmen, Dienste und Einrichtungen für Personen mit besonderen sozialen Schwierigkeiten
(Kap. 10 03 TG 72)
Drs. 15/6649
5. Änderungsantrag der Abgeordneten Jürgen Dupper, Joachim Wahnschaffe, Karin Radermacher u.a. SPD Haushaltsplan 2007/2008;
hier: Förderung von Maßnahmen zur Durchführung der Insolvenzordnung
(Kap. 10 03 TG 73)
Drs. 15/6650
6. Änderungsantrag der Abgeordneten Margarete Bause, Dr. Sepp Dürr, Maria Scharfenberg u.a. und Fraktion BÜNDNIS 90 DIE GRÜNEN Haushaltsplan 2007/2008;
hier: Insolvenzberatung in Bayern
(Kap. 10 03 Tit. 684 73)
Drs. 15/6714
7. Änderungsantrag der Abgeordneten Margarete Bause, Dr. Sepp Dürr, Maria Scharfenberg u.a. und Fraktion BÜNDNIS 90 DIE GRÜNEN Haushaltsplan 2007/2008;
hier: Rechtsextremismus bekämpfen - Aktive Demokratieerziehung leisten - Programme finanzieren
(Kap. 10 03 neue TG 75 "Förderung von Maßnahmen des Kampfes gegen den Rechtsextremismus")
Drs. 15/6715

- | | |
|---|---|
| <p>8. Änderungsantrag der Abgeordneten Jürgen Dupper, Christa Steiger, Joachim Wahnschaffe u.a. SPD
Haushaltsplan 2007/2008;
hier: Maßnahmen zur Förderung der beruflichen Bildung
(Kap. 10 05 TG 74)
Drs. 15/6679</p> <p>9. Änderungsantrag der Abgeordneten Jürgen Dupper, Joachim Wahnschaffe, Karin Radermacher u.a. SPD
Haushaltsplan 2007/2008;
Landesplan für Menschen mit Behinderung
hier: Maßnahmen, Dienste und Einrichtungen für Menschen mit Behinderung, insbesondere der beruflichen, sozialen und medizinischen Rehabilitation
(Kap. 10 05 TG 78)
Drs. 15/6652</p> <p>10. Änderungsantrag der Abgeordneten Margarete Bause, Dr. Sepp Dürr, Maria Scharfenberg u.a. und Fraktion BÜNDNIS 90 DIE GRÜNEN
Haushaltsplan 2007/2008;
hier: Behindertenhilfe: Investitionsrückstau auflösen
(Kap. 10 05 Tit. 893 78)
Drs. 15/6716</p> <p>11. Änderungsantrag der Abgeordneten Jürgen Dupper, Joachim Wahnschaffe, Karin Radermacher u.a. SPD
Haushaltsplan 2007/2008;
hier: Maßnahmen, Dienste und Einrichtungen zur Versorgung psychisch kranker und psychisch behinderter Menschen; psychosoziale Prävention
(Kap. 10 05 TG 82)
Drs. 15/6653</p> <p>12. Änderungsantrag der Abgeordneten Jürgen Dupper, Christa Naaß, Dr. Linus Förster u.a. SPD
Haushaltsplan 2007/2008;
hier: Förderung von Verbänden und kulturellen Einrichtungen der deutschen Heimatvertriebenen und Flüchtlinge im Sinne des § 96 BVFG
(Kap. 10 06 Tit. 686 01)
Drs. 15/6654</p> <p>13. Änderungsantrag der Abgeordneten Jürgen Dupper, Joachim Wahnschaffe, Karin Radermacher u.a. SPD
Haushaltsplan 2007/2008;
hier: Landesplan für Altenhilfe
(Kap. 10 07 TG 71)
Drs. 15/6655</p> <p>14. Änderungsantrag der Abgeordneten Margarete Bause, Dr. Sepp Dürr, Maria Scharfenberg u.a. und Fraktion BÜNDNIS 90 DIE GRÜNEN
Haushaltsplan 2007/2008;
hier: Unterstützung der Altenhilfe</p> | <p>(Kap. 10 07 TG 71)
Drs. 15/6719</p> <p>15. Änderungsantrag der Abgeordneten Jürgen Dupper, Joachim Wahnschaffe, Karin Radermacher u.a. SPD
Haushaltsplan 2007/2008;
hier: Förderung von Maßnahmen und Einrichtungen für die Familie
(Kap. 10 07 TG 73)
Drs. 15/6656</p> <p>16. Änderungsantrag der Abgeordneten Jürgen Dupper, Joachim Wahnschaffe, Karin Radermacher u.a. SPD
Haushaltsplan 2007/2008;
hier: Förderung von Maßnahmen und Einrichtungen der Jugendhilfe
(Kap. 10 07 TG 74)
Drs. 15/6657</p> <p>17. Änderungsantrag der Abgeordneten Jürgen Dupper, Joachim Wahnschaffe, Karin Radermacher u.a. SPD
Haushaltsplan 2007/2008;
hier: Landesmittel für Familien erhalten und Verwendung optimieren
(Kap. 10 07 TG 80)
Drs. 15/6658</p> <p>18. Änderungsantrag der Abgeordneten Margarete Bause, Dr. Sepp Dürr, Maria Scharfenberg u.a. und Fraktion BÜNDNIS 90 DIE GRÜNEN
Haushaltsplan 2007/2008;
hier: Schneller Ausbau der Bildung, Erziehung und Betreuung für Kinder unter 3 Jahren - für ein kinder- und familienfreundliches Bayern
(Kap. 10 07 TG 80, TG 89)
Drs. 15/6718</p> <p>19. Änderungsantrag der Abgeordneten Jürgen Dupper, Joachim Wahnschaffe, Karin Radermacher u.a. SPD
Haushaltsplan 2007/2008;
hier: Förderung von Kindertageseinrichtungen und Tagespflege
(Kap. 10 07 TG 89)
Drs. 15/6659</p> |
|---|---|

20. Änderungsantrag der Abgeordneten Margarete Bause, Dr. Sepp Dürr, Maria Scharfenberg u.a. und Fraktion BÜNDNIS 90 DIE GRÜNEN
Haushaltsplan 2007/2008;
hier: Mehr Qualität in Kindertagesstätten
(Kap. 10 07 Tit. 633 89)
Drs. 15/6717
21. Änderungsantrag der Abgeordneten Jürgen Dupper, Joachim Wahnschaffe, Karin Radermacher u.a. SPD
Haushaltsplan 2007/2008;
hier: Tagespflege
(Kap. 10 07 neue TG)
Drs. 15/6660
22. Änderungsantrag der Abgeordneten Margarete Bause, Dr. Sepp Dürr, Maria Scharfenberg u.a. und Fraktion BÜNDNIS 90 DIE GRÜNEN
Haushaltsplan 2007/2008;
hier: Zentrale Aufgabe: Integration
(Kap. 10 50 Tit. 687 52)
Drs. 15/6720
23. Änderungsantrag der Abgeordneten Margarete Bause, Dr. Sepp Dürr, Maria Scharfenberg u.a. und Fraktion BÜNDNIS 90 DIE GRÜNEN
Haushaltsplan 2007/2008;
hier: Menschenwürdiges Wohnen
(Kap. 10 53 Tit. 517 01, Tit. 518 01, Tit. 519 01 und Tit. 633 01)
Drs. 15/6721
24. Änderungsantrag der Abgeordneten Margarete Bause, Dr. Sepp Dürr, Maria Scharfenberg u.a. und Fraktion BÜNDNIS 90 DIE GRÜNEN
Haushaltsplan 2007/2008;
hier: Asylsozialberatung verbessern
(Kap. 10 53 Tit. 684 01)
Drs. 15/6722

II. Bericht:

1. Der Einzelplan 10 wurde dem Ausschuss für Staatshaushalt und Finanzfragen federführend zugewiesen. Eine Mitberatung durch andere Ausschüsse erfolgte gemäß 148 Satz 3 GeschO nicht.
2. Der federführende Ausschuss hat den Einzelplan 10 in seiner 142. Sitzung am 15. November 2006 beraten und mit folgendem Stimmergebnis:
CSU: Zustimmung
SPD: Ablehnung
B90 GRÜ: Ablehnung
mit den in I. enthaltenen Änderungen Zustimmung empfohlen.

Manfred Ach
Vorsitzender

Beschlussempfehlung und Bericht

des Ausschusses für Staatshaushalt und Finanzfragen

**Haushaltsplan 2007/2008;
Einzelplan 05 für den Geschäftsbereich des Bayerischen
Staatsministeriums für Unterricht und Kultus**

Berichterstatter: **Bernd Sibler**
Mitberichterstatterin: **Karin Radermacher**

I. Beschlussempfehlung:

Zustimmung mit der Maßgabe, dass folgende Änderungen durchgeführt werden:

1. Bei Kap. 05 03 (Allgemeine Bewilligungen – Leistungen nach dem Bayer. Schulfinanzierungsgesetz) Tit. 684 71 (Leistungen nach Art. 33 Abs. 3 BayEUG - Härteausgleich) wird der Ansatz für 2007 und 2008
von 4.700.000,-- €
um 500.000,-- €
auf 5.200.000,-- €
erhöht.
2. Bei Kap. 05 04 (Allgemeine Bewilligungen – Unterricht und Erziehung - ohne Leistungen nach dem Bayer. Schulfinanzierungsgesetz) wird der Ansatz
 - a) bei Tit. 425 11 (Vergütungen für sonstige Hilfsleistungen durch Verwaltungsangestellte an Schulen)
für 2007
von 386.600,-- €
um 300.000,-- €
auf 686.600,-- €
und für 2008
von 394.100,-- €
um 500.000,-- €
auf 894.100,-- €
erhöht,

- b) bei Tit. 429 69 (Nichtaufteilbare Personalausgaben)
für 2007
von 4.598.000,-- €
um 150.000,-- €
auf 4.748.000,-- €
und für 2008
von 4.988.000,-- €
um 350.000,-- €
auf 5.338.000,-- €
erhöht,
 - c) bei Tit. 684 89 (Zuschüsse an Sonstige für laufende Zwecke)
für 2007 und 2008
von 12.555.200,-- €
um 800.000,-- €
auf 13.355.200,-- €
erhöht,
 - d) bei Tit. 893 89 (Zuschüsse an Sonstige für Investitionen)
für 2007 und 2008
von 3.582.800,-- €
um 200.000,-- €
auf 3.782.800,-- €
erhöht,
 - e) bei Tit. 685 91 (Mittel zur Gewährung der Vereinspauschale)
für 2007 und 2008
von 16.875.000,-- €
um 1.875.000,-- €
auf 18.750.000,-- €
erhöht.
3. Bei Kap. 05 12 (Öffentliche Volksschulen) wird der Ansatz
- a) bei Tit. 425 11 (Vergütungen für sonstige Hilfsleistungen durch Verwaltungsangestellte)
für 2007
von 3.108.300,-- €
um 61.800,-- €
auf 3.170.100,-- €
und für 2008
von 3.167.400,-- €
um 189.000,-- €
auf 3.356.400,-- €
erhöht,

- b) bei Tit. 427 11 (Vergütungen für nebenamtlich oder mit weniger als der Hälfte der Unterrichtspflichtzeit Beschäftigte im Angestelltenverhältnis)
für 2007
von 2.574.500,-- €
um 61.800,-- €
auf 2.512.700,-- €
und für 2008
von 2.623.400,-- €
um 189.000,-- €
auf 2.434.400,-- €
vermindert.
4. Bei Kap. 05 13 (Öffentliche Förderschulen und Schulen für Kranke) wird der Ansatz
- a) bei Tit. 422 01 (Bezüge der planmäßigen Beamten und Richter)
für 2007
von 274.438.700,-- €
um 14.600,-- €
auf 274.453.300,-- €
und für 2008
von 280.655.600,-- €
um 14.600,-- €
auf 280.670.200,-- €
erhöht,
- b) bei Tit. 427 41 (Praktikantenvergütungen)
für 2007
von 599.900,-- €
um 14.600,-- €
auf 585.300,-- €
und für 2008
von 611.300,-- €
um 14.600,-- €
auf 596.700,-- €
vermindert.
5. Im Stellenplan werden
- a) bei Kap. 05 12 (Öffentliche Volksschulen) bei Tit. 425 11 (Sonstige Hilfsleistungen durch Angestellte) die Stellenzahlen im Jahr 2007 und 2008 von 80 auf jeweils 85 erhöht,
- b) bei Kap. 05 13 (Öffentliche Förderschulen und Schulen für Kranke) bei Tit. 422 01 (Planmäßige Beamte - Lehrkräfte) in 2007 2 Stellen der BesGr A 15 (Sonderschulrektoren, Sonderschulrektorinnen) nach BesGr A 16 (Sonderschulrektoren, Sonderschulrektorinnen als Leiter beruflicher Schulen für Behinderte mit mehr als 420 Schülern) gehoben,
- c) bei Kap. 05 21 (Sammelansätze für die Schulen (Kap. 05 12 – 05 19)) bei Tit. 425 11 (Sonstige Hilfsleistungen durch Verwaltungsangestellte an Schulen) die Stellenzahlen im Jahr 2007 von 13 auf 21 und im Jahr 2008 von 13 auf 26 erhöht.

Ferner werden die Ansätze und Vermerke bei Kap. 05 04 und 05 05 sowie der Stellenplan bei Kap. 05 12 und 05 15 entsprechend den **Nachschublisten** (Anlage 1 und 2) der Staatsregierung geändert.

Das Staatsministerium der Finanzen wird ermächtigt, die aufgrund dieser Änderungen erforderlichen Berichtigungen insbesondere in den Erläuterungen, der Übersicht über die Verpflichtungsermächtigungen und den sonstigen Anlagen beim endgültigen Ausdruck des Einzelplans vorzunehmen.

Mit den Änderungen in den vorstehenden Nummern sind folgende Anträge erledigt:

1. Änderungsantrag der Abgeordneten Manfred Ach, Bernd Sibler, Engelbert Kupka u.a. CSU
Haushaltsplan 2007/2008;
hier: Ausgaben für private Schulen zur sonderpädagogischen Förderung - Leistungen nach Art. 33 Abs. 3 BayEUG (Härteausgleich)
(Kap. 05 03 Tit. 684 71)
Drs. 15/6745
2. Änderungsantrag der Abgeordneten Manfred Ach, Prof. Dr. Walter Eykmann, Prof. Dr. Gerhard Waschler u.a. CSU
Haushaltsplan 2007/2008;
hier: Vergütungen für sonstige Hilfsleistungen durch Verwaltungsangestellte an Schulen
(Kap. 05 04 Tit. 425 11) und
Sonstige Hilfsleistungen durch Verwaltungsangestellte an Schulen
(Kap. 05 21 Tit. 425 11)
Drs. 15/6746
3. Änderungsantrag der Abgeordneten Manfred Ach, Bernd Sibler, Prof. Dr. Gerhard Waschler u.a. CSU
Haushaltsplan 2007/2008;
hier: Gebundene Ganztagschulen - Personalausgaben
(Kap. 05 04 Tit. 429 69)
Drs. 15/6747
4. Änderungsantrag der Abgeordneten Manfred Ach, Bernd Sibler, Prof. Dr. Gerhard Waschler u.a. CSU
Haushaltsplan 2007/2008;
hier: Ausgaben für Jugendarbeit
(Kap. 05 04 TG 89)
Drs. 15/6749
5. Änderungsantrag der Abgeordneten Manfred Ach, Bernd Sibler, Bernd Kränzle u.a. CSU
Haushaltsplan 2007/2008;
hier: Sportförderung - Mittel zur Gewährung der Vereinspauschale
(Kap. 05 04 Tit. 685 91)
Drs. 15/6748

Folgende Anträge werden zur Ablehnung empfohlen:

1. Änderungsantrag der Abgeordneten Jürgen Dupper, Hans-Ulrich Pfaffmann, Karin Radermacher u.a. SPD
Haushaltsplan 2007/2008;
hier: Bildungsmilliarde: Für ein gescheitertes Bayern
- Keiner darf verloren gehen
- Wohnortnahe Schule
- Mehr pädagogisches Personal und Verwaltungspersonal an Schulen, bessere individuelle Förderung, kleinere Klassen
- Integration in den Schulen verbessern
- Flächendeckende Einführung von Ganztagschulen
- Sonderinvestitionsprogramm Ganztagschulen
- Sonderinvestitionsprogramm Schulhaussanierung
- Entlastung der Kommunen durch vollen Ersatz der Lehrpersonalkosten
- Innovationsfonds für innere Schulentwicklung
- Wiedereinführung der Lernmittelfreiheit
- Lebenslanges Lernen realisieren
(Kap. 05 03 bis 05 19 und neues Kapitel Wohnortnahe Schule sowie nachrichtlich Kap. 13 10)
Drs. 15/6661
2. Änderungsantrag der Abgeordneten Jürgen Dupper, Willi Leichtle, Karin Radermacher u.a. SPD
Haushaltsplan 2007/2008;
hier: Schulsport
(Kap. 05 04 Tit. 427 11)
Drs. 15/6697
3. Änderungsantrag der Abgeordneten Margarete Bause, Dr. Sepp Dürr, Maria Scharfenberg u.a. und Fraktion BÜNDNIS 90 DIE GRÜNEN
Haushaltsplan 2007/2008;
hier: Prävention und Integration durch außerschulische und schulbezogene Jugendarbeit
(Kap. 05 04 TG 89)
Drs. 15/6724
4. Änderungsantrag der Abgeordneten Jürgen Dupper, Willi Leichtle, Karin Radermacher u.a. SPD
Haushaltsplan 2007/2008;
hier: Vereinspauschale
(Kap. 05 04 Tit. 685 91)
Drs. 15/6698
5. Änderungsantrag der Abgeordneten Jürgen Dupper, Willi Leichtle, Karin Radermacher u.a. SPD
Haushaltsplan 2007/2008;
hier: Den vereinseigenen Sportstättenbau stärken
(Kap. 05 04 Tit. 893 91)
Drs. 15/6699
6. Änderungsantrag der Abgeordneten Margarete Bause, Dr. Sepp Dürr, Maria Scharfenberg u.a. und Fraktion BÜNDNIS 90 DIE GRÜNEN
Haushaltsplan 2007/2008;
hier: Förderung des Breitensports statt Förderung von Schneekanonen
(Kap. 05 04 TG 91 Tit. 893 91 sowie Tit. 684 91)
Drs. 15/6726
7. Änderungsantrag der Abgeordneten Margarete Bause, Dr. Sepp Dürr, Maria Scharfenberg u.a. und Fraktion BÜNDNIS 90 DIE GRÜNEN
Haushaltsplan 2007/2008;
hier: Schulsozialarbeit ausbauen
(Kap. 05 04 neue TG)
Drs. 15/6725
8. Änderungsantrag der Abgeordneten Margarete Bause, Dr. Sepp Dürr, Maria Scharfenberg u.a. und Fraktion BÜNDNIS 90 DIE GRÜNEN
Haushaltsplan 2007/2008;
hier: Fördern statt kürzen, Stellabbau in Grund- und Hauptschule stoppen
(Kap. 05 12 Tit. 422 01 und Tit. 425 02)
Drs. 15/6727
9. Änderungsantrag der Abgeordneten Margarete Bause, Dr. Sepp Dürr, Maria Scharfenberg u.a. und Fraktion BÜNDNIS 90 DIE GRÜNEN
Haushaltsplan 2007/2008;
hier: Zusätzliche Stellen für Schulpsychologinnen und -psychologen
(Kap. 05 12 Tit. 425 12)
Drs. 15/6729
10. Änderungsantrag der Abgeordneten Margarete Bause, Dr. Sepp Dürr, Maria Scharfenberg u.a. und Fraktion BÜNDNIS 90 DIE GRÜNEN
Haushaltsplan 2007/2008;
hier: Förderschulen und mobile sonderpädagogische Dienste stärken
(Kap. 05 13 Tit. 422 01 und Tit. 425 02)
Drs. 15/6728
11. Änderungsantrag der Abgeordneten Margarete Bause, Dr. Sepp Dürr, Maria Scharfenberg u.a. und Fraktion BÜNDNIS 90 DIE GRÜNEN
Haushaltsplan 2007/2008;
hier: Fördern statt kürzen, Stellenabbau im Berufsschulbereich stoppen
(Kap. 05 15)
Drs. 15/6730

12. Änderungsantrag der Abgeordneten Margarete Bause, Dr. Sepp Dürr, Maria Scharfenberg u.a. und Fraktion BÜNDNIS 90 DIE GRÜNEN Haushaltsplan 2007/2008;
hier: Riesen Klassen in den Realschulen durch mehr Lehrerinnen und Lehrer verkleinern
(Kap. 05 18 Tit. 422 01 und Tit. 425 02)
Drs. 15/6731
13. Änderungsantrag der Abgeordneten Margarete Bause, Dr. Sepp Dürr, Maria Scharfenberg u.a. und Fraktion BÜNDNIS 90 DIE GRÜNEN Haushaltsplan 2007/2008;
hier: Riesen Klassen im Gymnasium durch mehr Lehrerinnen und Lehrer verkleinern
(Kap. 05 19 Tit. 422 01 und Tit. 425 02)
Drs. 15/6732
14. Änderungsantrag der Abgeordneten Margarete Bause, Dr. Sepp Dürr, Maria Scharfenberg u.a. und Fraktion BÜNDNIS 90 DIE GRÜNEN Haushaltsplan 2007/2008;
hier: Den demografischen Wandel aktiv gestalten, Schulsystem an den Parametern "soziale Gerechtigkeit und Integration von Migrantinnen und Migranten" ausrichten
Staatsinstitut für Schulpädagogik und Bildungsforschung
(Kap. 05 30 TG 80, neue TG)
Drs. 15/6733
15. Änderungsantrag der Abgeordneten Margarete Bause, Dr. Sepp Dürr, Maria Scharfenberg u.a. und Fraktion BÜNDNIS 90 DIE GRÜNEN Haushaltsplan 2007/2008;
hier: Lehrerfortbildungen intensivieren
Akademie für Lehrerfortbildung und Personalführung Dillingen a.d. Donau
(Kap. 05 32)
Drs. 15/6734

II. Bericht:

1. Der Einzelplan 05 wurde dem Ausschuss für Staatshaushalt und Finanzfragen federführend zugewiesen. Eine Mitberatung durch andere Ausschüsse erfolgte gemäß § 148 Satz 3 GeschO nicht.
2. Der federführende Ausschuss hat den Einzelplan 05 in seiner 142. Sitzung am 16. November 2006 beraten und mit folgendem Stimmergebnis:
CSU: Zustimmung
SPD: Ablehnung
B90 GRÜ: Ablehnung
mit den in I. enthaltenen Änderungen Zustimmung empfohlen.

Manfred Ach
Vorsitzender

Anlage 1

Freistaat Bayern

Nachschubliste

Doppelhaushalt 2007/2008

zum

Entwurf des Einzelplans 05

Staatsministerium für Unterricht und Kultus

05 04 Allgemeine Bewilligungen - Unterricht und Erziehung (ohne Leistungen nach dem Bayer. Schulfinanzierungsgesetz)

Titel FKZ		A Bisheriger Betrag 2007 B Wegfall (-) Hinzu (+) Tsd. EUR	Neuer Betrag 2007 Tsd. EUR	A Bisheriger Betrag 2008 B Wegfall (-) Hinzu (+) Tsd. EUR	Neuer Betrag 2008 Tsd. EUR
1	2	3	4	5	6
	Einnahmen				
	Einnahmen aus Zuweisungen und Zuschüssen mit Ausnahme für Investitionen				
<u>231 08-4</u> 129	Zuweisung des Bundes für die Finanzierung von Aufgaben im Bereich der Bildungsplanung <i>Vgl. Vermerk zu Kap. 05 04 TG 76.</i>	A B +2.139,0	2.139,0	A B +2.139,0	2.139,0
	Gesamteinnahmen	A B 107.274,8 +2.139,0	109.413,8	A B 3.035,0 +2.139,0	5.174,0
	Ausgaben				
	Titelgruppen				
	76 Ausgaben für Aufgaben im Bereich der Bildungsplanung <i>Titel der TG gegenseitig deckungsfähig und übertragbar. Die Ausgabebefugnis erhöht oder vermindert sich um die Mehr- oder Mindereinnahmen bei Kap. 05 04 Tit. 231 08.</i>				
<u>429 76-3</u> 129	Personalausgaben für nichtbeamtete Kräfte	A B ---	---	A B ---	---
<u>547 76-0</u> 129	Nichtaufteilbare Sachausgaben	A B +30,0	30,0	A B +1.479,0	1.479,0
<u>681 76-6</u> 129	Sonstige Zuschüsse	A B +2.109,0	2.109,0	A B +660,0	660,0
	Summe der Titelgruppe	A B 0,0 +2.139,0	2.139,0	A B 0,0 +2.139,0	2.139,0
	Gesamtausgaben	A B 311.169,5 +2.139,0	313.308,5	A B 210.127,9 +2.139,0	212.266,9

05 04

Allgemeine Bewilligungen - Unterricht und Erziehung (ohne Leistungen nach dem Bayer. Schulfinanzierungsgesetz)

Erläuterungen

Zu 05 04/231 08

Zuweisung gemäß §§ 2 Abs. 2 Satz 1, 4 Abs. 2 Entflechtungsgesetz.

Zu 05 04/429 76 und 547 76

Finanzierung von Aufgaben im Bereich der Bildungsplanung.

Zu 05 04/681 76

Ausfinanzierung von Aufgaben im Bereich der Bildungsplanung.

05 04 Allgemeine Bewilligungen - Unterricht und Erziehung (ohne Leistungen nach dem Bayer. Schulfinanzierungsgesetz)

Titel FKZ		A	Bisheriger Betrag 2007	Neuer Betrag 2007	A	Bisheriger Betrag 2008	Neuer Betrag 2008
		B	Wegfall (-) Hinzu (+) Tsd. EUR	Tsd. EUR	B	Wegfall (-) Hinzu (+) Tsd. EUR	Tsd. EUR
1	2		3	4		5	6
	Abschluss						
	Verwaltungseinnahmen, Einnahmen aus Schuldendienst u. dgl.	A	3.035,0	3.035,0	A	3.035,0	3.035,0
		B	-		B	-	
	Einnahmen aus Zuweisungen und Zuschüssen mit Ausnahme für Investitionen	A	20,0	2.159,0	A	0,0	2.139,0
		B	+2.139,0		B	+2.139,0	
	Einnahmen aus Schuldenaufnahmen, aus Zuweisungen und Zuschüssen für Investitionen, besondere Finanzierungseinnahmen	A	104.219,8	104.219,8	A	0,0	-
		B	-		B	-	
	Gesamteinnahmen	A	107.274,8	109.413,8	A	3.035,0	5.174,0
		B	+2.139,0		B	+2.139,0	
	Personalausgaben	A	78.542,8	78.542,8	A	79.642,8	79.642,8
		B	-		B	-	
	Sächliche Verwaltungsausgaben	A	7.211,1	7.241,1	A	7.113,3	8.592,3
		B	+30,0		B	+1.479,0	
	Ausgaben für Zuweisungen und Zuschüsse mit Ausnahme für Investitionen	A	106.339,0	108.448,0	A	108.515,0	109.175,0
		B	+2.109,0		B	+660,0	
	Sonstige Sachinvestitionen	A	74,0	74,0	A	74,0	74,0
		B	-		B	-	
	Investitionsförderungsmaßnahmen	A	119.002,6	119.002,6	A	14.782,8	14.782,8
		B	-		B	-	
	Gesamtausgaben	A	311.169,5	313.308,5	A	210.127,9	212.266,9
		B	+2.139,0		B	+2.139,0	
	Zuschuss	A	203.894,7	203.894,7	A	207.092,9	207.092,9

05 05 Allgemeine Bewilligungen - Erwachsenenbildung und allgemeine Kulturpflege

Angemessene Bewilligungen - Erwachsenenbildung und allgemeine Kulturpflege						
Titel FKZ		A B Bisheriger Betrag 2007 Wegfall (-) Hinzu (+) Tsd. EUR	Neuer Betrag 2007 Tsd. EUR	A B Bisheriger Betrag 2008 Wegfall (-) Hinzu (+) Tsd. EUR	Neuer Betrag 2008 Tsd. EUR	
1	2	3	4	5	6	
	Ausgaben					
	Investitionsförderungsmaßnahmen					
883 01-9 249	Zuweisung an die Landeshauptstadt München für die Investitionen bei der Errichtung eines NS-Dokumentationszentrums auf dem Gelände des ehemaligen sog. Braunen Hauses (nördlich der Brienerstraße zwischen Karolinenplatz und Arcisstraße) <i>Verpflichtungserm. 2007 Tsd. EUR 10.000</i> <i>Von der veranschlagten Verpflichtungsermächtigung 2007 in Höhe von 10.000,0 Tsd. EUR werden fällig frühestens in den Haushaltsjahren</i> <i>2009 Tsd. EUR 2.500,0</i> <i>2010 Tsd. EUR 2.500,0</i> <i>2011 Tsd. EUR 2.500,0</i> <i>2012 Tsd. EUR 2.500,0.</i>	A B	---	A B	---	
	Gesamtausgaben	A B	59.509,8 -	59.509,8 -	A B	51.089,5 -
	Abschluss					
	Verwaltungseinnahmen, Einnahmen aus Schuldendienst u. dgl.	A B	5,0 -	5,0 -	A B	5,0 -
	Einnahmen aus Zuweisungen und Zuschüssen mit Ausnahme für Investitionen	A B	26.400,0 -	26.400,0 -	A B	17.950,0 -
	Gesamteinnahmen	A B	26.405,0 -	26.405,0 -	A B	17.955,0 -
	Sächliche Verwaltungsausgaben	A B	55,0 -	55,0 -	A B	55,0 -
	Ausgaben für Zuweisungen und Zuschüsse mit Ausnahme für Investitionen	A B	55.054,8 -	55.054,8 -	A B	46.134,5 -
	Investitionsförderungsmaßnahmen	A B	4.400,0 -	4.400,0 -	A B	4.900,0 -
	Gesamtausgaben	A B	59.509,8 -	59.509,8 -	A B	51.089,5 -
	Zuschuss	A	33.104,8	33.104,8	A	33.134,5

05 05

Allgemeine Bewilligungen - Erwachsenenbildung und allgemeine Kulturpflege

Erläuterungen

Zu 05 05/883 01

Die Landeshauptstadt München beabsichtigt die Errichtung eines NS-Dokumentationszentrums. Die Investitionen hierfür sollen nach dem Ergebnis der Kuratoriumssitzung vom 27.09.2006 vom Freistaat Bayern grundsätzlich zu einem Drittel der Kosten, höchstens jedoch bis zu einem Betrag von 10.000,0 Tsd. EUR gefördert werden. Der Ministerrat hat am 07.11.2006 die Bereitschaft zur Beteiligung des Freistaats Bayern an den Investitionskosten bis zu 10.000 Tsd. EUR bei Einhaltung eines maßvollen Kostenrahmens erklärt, sofern der Bund Mittel im selben Umfang zur Verfügung stellt.

Die Verpflichtungsermächtigung ist zur Sicherstellung der Finanzierung erforderlich.

Epl. 05 Epl. Staatsministerium für Unterricht und Kultus

Titel FKZ		A B	Bisheriger Betrag 2007 Wegfall (-) Hinzu (+) Tsd. EUR	Neuer Betrag 2007 Tsd. EUR	A B	Bisheriger Betrag 2008 Wegfall (-) Hinzu (+) Tsd. EUR	Neuer Betrag 2008 Tsd. EUR
			3	4		5	6
	Abschluss Epl. 05						
	Verwaltungseinnahmen, Einnahmen aus Schuldendienst u. dgl.	A B	15.979,1 -	15.979,1	A B	15.947,1 -	15.947,1
	Einnahmen aus Zuweisungen und Zuschüssen mit Ausnahme für Investitionen	A B	28.277,2 +2.139,0	30.416,2	A B	20.342,3 +2.139,0	22.481,3
	Einnahmen aus Schuldenaufnahmen, aus Zuweisungen und Zuschüssen für Investitionen, besondere Finanzierungseinnahmen	A B	104.219,8 -	104.219,8	A B	0,0 -	-
	Gesamteinnahmen	A B	148.476,1 +2.139,0	150.615,1	A B	36.289,4 +2.139,0	38.428,4
	Personalausgaben	A B	6.495.558,2 -	6.495.558,2	A B	6.683.586,4 -	6.683.586,4
	Sächliche Verwaltungsausgaben <i>Verpflichtungserm. 2007 Tsd. EUR</i> 950 <i>Verpflichtungserm. 2008 Tsd. EUR</i> 750	A B	61.819,7 +30,0	61.849,7	A B	59.509,8 +1.479,0	60.988,8
	Ausgaben für Zuweisungen und Zuschüsse mit Ausnahme für Investitionen <i>Verpflichtungserm. 2007 Tsd. EUR</i> 580 <i>Verpflichtungserm. 2008 Tsd. EUR</i> 580	A B	1.555.746,7 +2.109,0	1.557.855,7	A B	1.575.645,1 +660,0	1.576.305,1
	Baumaßnahmen <i>Verpflichtungserm. 2007 Tsd. EUR</i> 17.150 <i>Verpflichtungserm. 2008 Tsd. EUR</i> 17.250	A B	24.930,0 -	24.930,0	A B	25.189,5 -	25.189,5
	Sonstige Sachinvestitionen	A B	4.249,5 -	4.249,5	A B	3.964,9 -	3.964,9
	Investitionsförderungsmaßnahmen <i>Verpflichtungserm. 2007 Tsd. EUR</i> 18.060 <i>Verpflichtungserm. 2008 Tsd. EUR</i> 8.060	A B	213.858,4 -	213.858,4	A B	110.138,6 -	110.138,6
	Besondere Finanzierungsausgaben	A B	-536,3 -	-536,3	A B	-778,7 -	-778,7
	Gesamtausgaben	A B	8.355.626,2 +2.139,0	8.357.765,2	A B	8.457.255,6 +2.139,0	8.459.394,6
	<i>Verpflichtungserm. 2007 Tsd. EUR</i> 36.740 <i>Verpflichtungserm. 2008 Tsd. EUR</i> 26.640						
	Zuschuss	A	8.207.150,1	8.207.150,1	A	8.420.966,2	8.420.966,2

Anlage 2

**Nachschubliste zum
Stellenplan 2007/2008**

für den Geschäftsbereich des
Bayerischen Staatsministeriums
für Unterricht und Kultus

- Einzelplan 05 -

05 12

Öffentliche Volksschulen

Stellenplan

Titel	Bezeichnung	BesGr	Stellenzahl		
		VergGr			
		LohnGr	2006	2007	2008
1	2	3	4	5	6
noch 422 01	Gliederung nach Laufbahngruppen - gehobener Dienst		41.034,70	39.724,42	39.382,42
neu:	Allgemeine Vermerke zu Titel 422 01 (Planmäßige Beamte (Lehrkräfte)): 1) Im erforderlichen Umfang können zu Lasten der Planstellen Gestellungsverträge für Angehörige kirchlicher Genossenschaften nach Art. 61 BayEUG abgeschlossen werden. Vgl. Vermerk bei Tit. 427 22. 2) Bis zu 25 Fachlehrern (BesGr A 10 und A 11) kann als Leiter eines Seminars für die Ausbildung von Fachlehrern eine Zulage nach Nr. 1.2 der Anlage zur BayStZulV gewährt werden. 3) Bis zu 12 Lehrern (ohne Seminarrektoren) kann als Leiter eines Seminars für Grundschulen oder für Hauptschulen eine Zulage nach Nr. 3.1 der Anlage zur BayStZulV gewährt werden. Darüber hinaus können entsprechende Zulagen nur zu Lasten der Stellen für Seminarrektoren gewährt werden. 4) Bis zu 80 Lehrkräften an Grundschulen und an Hauptschulen bis zur BesGr A 13 (ohne Amtszulage) kann als medienpädagogischer/informationstechnischer Berater am Schulumt eine Zulage nach Nr. 3.2 der Anlage zur BayStZulV gewährt werden. 5) Bis zu 120 Stellenäquivalente je Schuljahr werden in der Förderperiode 2007 – 2013 für ESF-geförderte schulische Maßnahmen (Praxisklassen) bereitgestellt.				

Begründung:

Ergänzung des Haushaltsvermerks um Nr. 5.

Aus Mitteln des Europäischen Sozialfonds (ESF) sollen auch in der Förderperiode 2007 bis 2013 berufsvorbereitende schulische Maßnahmen an Hauptschulen angeboten werden. Als Kofinanzierung wird unter anderem staatliches Lehrpersonal für den schulischen Unterricht eingesetzt. Um eine Nichtanerkennung dieser Kofinanzierung durch die EU-Kommission zu vermeiden wird im Stellenplan der Öffentlichen Volksschulen (Kap. 05 12) ein Haushaltsvermerk zum Lehrereinsatz ausgebracht.

05 15

Staatliche Berufsschulen einschl. angegliederter Berufsfachschulen und Wirtschaftsschulen

Stellenplan

Titel	Bezeichnung	BesGr	Stellenzahl		
		VergGr			
		LohnGr	2006	2007	2008
1	2	3	4	5	6
noch 422 01	Gliederung nach Laufbahngruppen - höherer Dienst - gehobener Dienst		4.228,50 1.902,05	4.212 1.883,50	4.210 1.874,50
neu:	Allgemeine Vermerke zu Titel 422 01 : 1) Bei 05 15 sind auch die Stellen für die Staatliche Berufsfachschule für Maschinenbau in Landshut, die Staatliche Fachschule für Lebensmitteltechnik in Kulmbach und zwei Fachschulen für Altenpflege sowie für die Staatlichen Studienseminare in München, Nürnberg und Regensburg ausgebracht. 2) Die Planstellen für Lehrkräfte bei 05 15, 05 16 und 05 17 sind gegenseitig übertragbar. 3) 30 Studienräten und Oberstudienräten kann als Seminarlehrern an beruflichen Schulen und als medienpädagogische/ informationstechnische Berater im Regierungsbezirk nach Maßgabe des § 3 der BayStZulV eine Stellenzulage gewährt werden, weiteren Studienräten und Oberstudienräten nur dann, wenn sie auf Planstellen für Studiendirektoren (BesGr A 15) geführt werden. 4) Bis zu 100 Stellenäquivalente je Schuljahr werden in der Förderperiode 2007 – 2013 für ESF-geförderte berufsvorbereitende schulische Maßnahmen bereitgestellt.				

Begründung:

Ergänzung des Haushaltsvermerks um Nr. 4.

Aus Mitteln des Europäischen Sozialfonds (ESF) sollen auch in der Förderperiode 2007 bis 2013 berufsvorbereitende schulische Maßnahmen angeboten werden. Als Kofinanzierung wird unter anderem staatliches Lehrpersonal für den schulischen Unterricht eingesetzt. Um eine Nichtanerkennung dieser Kofinanzierung durch die EU-Kommission zu vermeiden wird im Stellenplan der Staatlichen Berufsschulen (Kap. 05 15) ein Haushaltsvermerk zum Lehrereinsa

Beschlussempfehlung mit Bericht 15/6942 des HA vom 16.11.2006

Da dieses Dokument größer als 1 MB ist, wird es aus technischen Gründen nicht in die Vorgangsmappe eingefügt.

Download dieses Dokuments [hier](#)

Beschlussempfehlung und Bericht

des Ausschusses für Staatshaushalt und Finanzfragen

Haushaltsplan 2007/2008;

Einzelplan 01 für den Geschäftsbereich des Bayerischen Landtags

I. Beschlussempfehlung:

Zustimmung mit der Maßgabe, dass folgende Änderungen durchgeführt werden:

Im Stellenplan werden in 2007

bei Kap. 01 01 (Landtag) Tit. 422 01 (Planmäßige Beamte) zwei Stellen der Besoldungsgruppe A 9 (Amtsinspektoren, Amtsinspektorinnen) nach BesGr A 9 + AZ (Amtsinspektoren, Amtsinspektorinnen) gehoben.

Das Staatsministerium der Finanzen wird ermächtigt, die aufgrund dieser Änderungen erforderlichen Berichtigungen insbesondere in den Erläuterungen, der Übersicht über die Verpflichtungsermächtigungen und den sonstigen Anlagen beim endgültigen Ausdruck des Einzelplans vorzunehmen.

Berichterstatter:

Max Strehle

Mitberichterstatter:

Jürgen Dupper

II. Bericht:

1. Der Einzelplan 01 wurde dem Ausschuss für Staatshaushalt und Finanzfragen federführend zugewiesen. Eine Mitberatung durch andere Ausschüsse erfolgte gemäß § 148 Satz 3 GeschO nicht.
2. Der federführende Ausschuss hat den Einzelplan 01 in seiner 145. Sitzung am 30. November 2006 beraten und einstimmig mit den in I. enthaltenen Änderungen Zustimmung empfohlen.

Manfred Ach

Vorsitzender

Beschlussempfehlung und Bericht

des Ausschusses für Staatshaushalt und Finanzfragen

**Haushaltsplan 2007/2008;
Einzelplan 11 für den Geschäftsbereich des
Bayerischen Obersten Rechnungshofes**

I. Beschlussempfehlung:

Zustimmung mit der Maßgabe, dass folgende Änderungen durchgeführt werden:

Im Stellenplan werden bei Kap. 11 04 (Staatliche Rechnungsprüfungsämter)

1. in 2007 und 2008 bei Tit. 422 01 (Planmäßige Beamte) jeweils zwei Stellen der BesGr A 13 (Oberamtsräte, Oberamtsrätinnen gehobener Dienst) nach BesGr A 14 (Oberregierungsräte, Oberregierungsrätinnen höherer Dienst) gehoben,
2. folgender Vermerk ausgebracht:
Bei Bedarf dürfen die Stellen der BesGr A 13 und A 14 höherer Dienst auch mit Prüfungsbeamten des gehobenen Dienstes besetzt werden,
3. der bisherige zu den Stellen BesGr A 13 (Regierungsräte, Regierungsrätinnen) ausgebrachte Vermerk gestrichen,
4. bei Tit. 425 01 (Angestellte) zum 01.01.2007 eine Stelle der VergGr BAT VIII eingezogen.

Das Staatsministerium der Finanzen wird ermächtigt, die aufgrund dieser Änderungen erforderlichen Berichtigungen insbesondere in den Erläuterungen, der Übersicht über die Verpflichtungsermächtigungen und den sonstigen Anlagen beim endgültigen Ausdruck des Einzelplans vorzunehmen.

Berichterstatter:
Mitberichterstatter:

Georg Winter
Werner Schieder

II. Bericht:

1. Der Einzelplan 11 wurde dem Ausschuss für Staatshaushalt und Finanzfragen federführend zugewiesen. Eine Mitberatung durch andere Ausschüsse erfolgte gemäß § 148 Satz 3 GeschO nicht.
2. Der federführende Ausschuss hat den Einzelplan 11 in seiner 145. Sitzung am 30. November 2006 beraten und einstimmig mit den in I. enthaltenen Änderungen Zustimmung empfohlen.

Manfred Ach
Vorsitzender

Beschlussempfehlung mit Bericht 15/7044 des HA vom 30.11.2006

Da dieses Dokument größer als 1 MB ist, wird es aus technischen Gründen nicht in die Vorgangsmappe eingefügt.

Download dieses Dokuments [hier](#)

Beschlussempfehlung mit Bericht 15/7047 des HA vom 01.12.2006

Da dieses Dokument größer als 1 MB ist, wird es aus technischen Gründen nicht in die Vorgangsmappe eingefügt.

Download dieses Dokuments [hier](#)

Beschlussempfehlung und Bericht

des Ausschusses für Staatshaushalt und Finanzfragen

1. Gesetzentwurf der Staatsregierung

Drs. 15/6309, 15/7052

über die Feststellung des Haushaltsplans des Freistaates Bayern für die Haushaltsjahre 2007 und 2008 (Haushaltsgesetz - HG - 2007/2008)

2. Änderungsantrag der Abgeordneten Margarete Bause, Dr. Sepp Dürr, Maria Scharfenberg u.a. und Fraktion BÜNDNIS 90 DIE GRÜNEN

Drs. 15/6879, 15/7052

zum Gesetzentwurf der Staatsregierung über die Feststellung des Haushaltsplans des Freistaates Bayern für die Haushaltsjahre 2007 und 2008 (Haushaltsgesetz - HG - 2007/2008) (Drs. 15/6309)

3. Änderungsantrag der Abgeordneten Jürgen Dupper, Christa Naaß, Joachim Wahnschaffe u.a. SPD

Drs. 15/6929, 15/7052

zum Gesetzentwurf der Staatsregierung über die Feststellung des Haushaltsplans des Freistaates Bayern für die Haushaltsjahre 2007 und 2008 (Haushaltsgesetz - HG - 2007/2008) (Drs. 15/6309)

hier: Erhöhung der Stellen für die Beschäftigung von Schwerbehinderten nach Art. 6c

I. Beschlussempfehlung:

Zustimmung mit der Maßgabe, dass folgende Änderungen durchgeführt werden:

1. Art. 1 (Feststellung des Haushaltsplans) erhält folgende Fassung:
„Der diesem Gesetz als **Anlage** beigefügte Haushaltsplan des Freistaates Bayern für die Haushaltsjahre 2007 und 2008 wird in Einnahmen und Ausgaben auf 35.986.783.000 € für das Haushaltsjahr 2007 und 36.371.498.700 € für das Haushaltsjahr 2008 festgestellt.“
2. Art. 6 (Bewirtschaftung der Personalausgaben, Stellenbesetzung) Abs. 4 Satz 1 erhält folgende Fassung:
„¹In den Kapiteln 15 06 bis 15 27, 15 32 bis 15 48 sowie in den Kapiteln 15 60 bis 15 64 können die Hochschulen und das Elitenetzwerk Bayern innerhalb ihres jeweiligen Kapitels die Wertigkeiten der ausgebrachten (Plan-) Stellen für Forschung und Lehre neu festsetzen, soweit sie frei sind oder frei werden und ein unabweisbarer Bedarf hierfür besteht.“
3. Art. 6c (Beschäftigung schwerbehinderter Menschen) wird wie folgt geändert:
In Abs. 2 Satz 4 wird das Wort „dabei“ gestrichen.
4. Art. 6d (Ersatzstellen bei Altersteilzeit, begrenzter Dienstfähigkeit und bei Arbeitszeitmodellen) wird wie folgt geändert:
Der bisherige Satz 6 des Abs. 6 wird Satz 7 des Abs. 7.
5. Art. 6e wird wie folgt geändert:
In den mit „Sperrkontingente“ bezeichneten Spalten der Tabelle des Art. 6e Abs. 2 Satz 1 wird
 - a) die Zahl „1 173“ in der mit „03A“ bezeichneten Zeile durch die Zahl „1 098“ ersetzt (Reduzierung um 75);
 - b) die Zahl „409“ in der mit „04“ bezeichneten Zeile durch die Zahl „394“ ersetzt (Reduzierung um 15);
 - c) die Zahl „4 730“ in der mit „Summe“ bezeichneten Zeile durch die Zahl „4 640“ ersetzt (Gesamtreduzierung um 90).
- 6.

Dem Art. 8 (Sonstige Ermächtigungen und Regelungen) werden folgende Abs. 6 und 7 angefügt:

„(6) Das Staatsministerium der Finanzen wird ermächtigt, mit Einwilligung des Ausschusses für Staatshaushalt und Finanzfragen, der Landeshauptstadt München ein Grundstück zur Errichtung eines NS-Dokumentationszentrums unentgeltlich zur Verfügung zu stellen, welches sich an der historischen Fundamentfläche des ehemaligen „Braunen Hauses“ zuzüglich des notwendigen Umgriffs für eventuell darüber hinaus reichende unterirdische Bereiche sowie Außenanlagen orientiert und einen Anteil am Grundstück Flst. Nr. 5469/1 sowie gegebenenfalls einen Anteil des Grundstücks Flst. Nr. 5484, Gemarkung München, Sektion 3 umfasst.“

(7) Das Staatsministerium der Finanzen wird ermächtigt, das gesamte im Betriebsvermögen des Staatsbetriebs Bayerische Landeskraftwerke bilanzierte Anlagevermögen in das Betriebsvermögen der Landeskraftwerke GmbH auszugliedern.“

7. In Art. 10 (Änderung des Bayerischen Besoldungsgesetzes und Überleitung) werden folgende Änderungen durchgeführt:

1. In Art. 10 Abs. 1 wird folgende neue Nr. 1 eingefügt:

"1. In Art. 32 Abs. 9 Satz 2 wird die Zahl „2006“ durch die Zahl „2007“ ersetzt.“

2. In Art. 10 Abs. 1 werden die bisherigen Nrn. 1 und 2 zu den Nrn. 2 und 3.
3. In der neuen Nr. 2 erhält der Einleitungssatz folgende Fassung:
„Anlage 1 - Bayerische Besoldungsordnungen - wird wie folgt geändert.“

- a) Folgende neue Buchstaben a) und b) werden eingefügt:

"a) In der Besoldungsordnung A Besoldungsgruppe A 16 wird das Amt „Direktor/Direktorin bei der Staatsbibliothek ⁶⁾“ mit der Funktionsbezeichnung „- als der Stellvertreter des Generaldirektors -“ gestrichen und Fußnote 6 aufgehoben.

- b) Die Besoldungsordnung B wird wie folgt geändert:

- b) Die bisherigen Buchstaben a) bis d) werden aa) bis dd).

- c) Der neue Doppelbuchstabe aa) erhält folgende Fassung:

aa) In der Besoldungsgruppe B 2 wird nach der Funktionsbezeichnung „- als Mitglied des Direktoriums -“ des Amtes „Direktor/Direktorin bei

der Landesgewerbeanstalt Bayern“ das Amt „Direktor/Direktorin bei der Staatsbibliothek“ mit der Funktionsbezeichnung „- als der Stellvertreter des Generaldirektors -“ eingefügt. Bei dem Amt „Polizeivizepräsident, Polizeivizepräsidentin“ werden die Funktionsbezeichnung „- als der ständige Vertreter des Leiters des Polizeipräsidiums Oberbayern -“ gestrichen und folgende Funktionsbezeichnungen angefügt:

„- als der ständige Vertreter des Leiters des Polizeipräsidiums Niederbayern -

- als der ständige Vertreter des Leiters des Polizeipräsidiums Oberbayern Nord -

- als der ständige Vertreter des Leiters des Polizeipräsidiums Oberbayern Süd -

- als der ständige Vertreter des Leiters des Polizeipräsidiums Oberfranken -

- als der ständige Vertreter des Leiters des Polizeipräsidiums Oberpfalz -

- als der ständige Vertreter des Leiters des Polizeipräsidiums Schwaben Nord -

- als der ständige Vertreter des Leiters des Polizeipräsidiums Schwaben Süd/West -

- als der ständige Vertreter des Leiters des Polizeipräsidiums Unterfranken -“.

4. In Art. 10 Abs. 2 werden die Worte „Abs. 1 Nr. 1 Buchst. d“ durch die Worte „Abs. 1 Nr. 2 Buchst. b Doppelbuchst. dd“ ersetzt.

8. Es wird folgender Art. 16 (Änderung des Bayerischen Jagdgesetzes) eingefügt:

„Art. 16

Änderung des Bayerischen Jagdgesetzes

Art. 52 des Bayerischen Jagdgesetzes – BayJG – (BayRS 792-1-L), zuletzt geändert durch § 3 des Gesetzes vom 26. Juli 2005 (GVBl S. 274), wird wie folgt geändert:

1. Abs. 2 Nr. 1 wird aufgehoben.

2. Abs. 4 wird wie folgt geändert:

- a) Der bisherige Wortlaut wird Satz 1.

- b) Es wird folgender Satz 2 angefügt:
 „²Die oberste Jagdbehörde bestimmt durch Rechtsverordnung das für die Abnahme der Jäger- und Falknerprüfung nach § 15 Abs. 5 Satz 1 und Abs. 7 Satz 1 des Bundesjagdgesetzes zuständige Amt für Landwirtschaft und Forsten.“ "
9. Die bisherigen Art. 16 bis 18 werden Art. 17 bis 19.
10. Nr. 4.5 der Anlage zu Art. 17 (Durchführungsbestimmungen) – bisher Art. 16 – wird wie folgt geändert:
 In Satz 3 werden vor den Betragsangaben „70 v. H.“ und 65 v. H.“ jeweils die Worte „bis zu“ eingefügt.
11. Art. 19 – bisher Art. 18 – wird wie folgt geändert:
 In Abs. 3 Satz 2 wird die Textstelle „Art. 9 bis 15“ durch „Art. 9 bis 16“ ersetzt.

Berichterstatter:
 Mitberichterstatter:

Robert Kiesel
Jürgen Dupper

II. Bericht:

1. Der Gesetzentwurf und die Änderungsanträge Drs. 15/6879, 15/6929 wurden dem Ausschuss für Staatshaushalt und Finanzfragen federführend zugewiesen. Der Ausschuss für Verfassungs-, Rechts- und Parlamentsfragen hat den Gesetzentwurf und die Änderungsanträge endberaten.
2. Der federführende Ausschuss hat den Gesetzentwurf und die Änderungsanträge 15/6879 und 15/6929 in seiner 147. Sitzung am 01. Dezember 2006 beraten.
 Hinsichtlich des Gesetzentwurfs wurde mit folgendem Stimmergebnis:
 CSU: Zustimmung
 SPD: Ablehnung
 B90 GRÜ: Ablehnung
 mit den in I. enthaltenen Änderungen Zustimmung empfohlen.
- Hinsichtlich der Änderungsanträge wurde jeweils mit folgendem Stimmergebnis:
 CSU: Ablehnung
 SPD: Zustimmung
 B90 GRÜ: Zustimmung
 Ablehnung empfohlen.

3. Der Ausschuss für Verfassungs-, Rechts- und Parlamentsfragen hat den Gesetzentwurf und die Änderungsanträge 15/6879 und 15/6929 in seiner 60. Sitzung am 07. Dezember 2006 endberaten.
 Hinsichtlich des Gesetzentwurfs wurde mit folgendem Stimmergebnis:

CSU: Zustimmung

SPD: Ablehnung

B90 GRÜ: Ablehnung

der Beschlussempfehlung des federführenden Ausschusses zugestimmt mit der Maßgabe, dass in Art. 6 e Abs. 1 Satz 1 die Zahl „4730“ durch die Zahl „4640“ ersetzt wird.

Hinsichtlich der Änderungsanträge wurde jeweils mit folgendem Stimmergebnis:

CSU: Ablehnung

SPD: Zustimmung

B90 GRÜ: Zustimmung

Ablehnung empfohlen.

Manfred Ach
 Vorsitzender

Beschluss

des Bayerischen Landtags

Der Landtag hat in seiner heutigen öffentlichen Sitzung beraten und beschlossen:

Haushaltsplan 2007/2008;

Einzelplan 01 für den Geschäftsbereich des Bayerischen Landtags

Dem Einzelplan 01 wird unter Berücksichtigung der in der Beschlussempfehlung des Ausschusses für Staatshaushalt und Finanzfragen (Drs. 15/7034) genannten Änderungen zugestimmt.

Das Staatsministerium der Finanzen wird ermächtigt, die aufgrund der beschlossenen Änderungen erforderlichen Berichtigungen insbesondere in den Erläuterungen, der Übersicht über die Verpflichtungsermächtigungen und den sonstigen Anlagen beim endgültigen Ausdruck des Einzelplans vorzunehmen.

Der Präsident

I.V.

Barbara Stamm

I. Vizepräsidentin

Beschluss

des Bayerischen Landtags

Der Landtag hat in seiner heutigen öffentlichen Sitzung beraten und beschlossen:

Haushaltsplan 2007/2008; Einzelplan 11 für den Geschäftsbereich des Bayerischen Obersten Rechnungshofes

Dem Einzelplan 11 wird unter Berücksichtigung der in der Beschlussempfehlung des Ausschusses für Staatshaushalt und Finanzfragen (Drs. 15/7041) genannten Änderungen zugestimmt.

Das Staatsministerium der Finanzen wird ermächtigt, die aufgrund der beschlossenen Änderungen erforderlichen Berichtigungen insbesondere in den Erläuterungen, der Übersicht über die Verpflichtungsermächtigungen und den sonstigen Anlagen beim endgültigen Ausdruck des Einzelplans vorzunehmen.

Der Präsident

I.V.

Barbara Stamm

I. Vizepräsidentin

Beschluss

des Bayerischen Landtags

Der Landtag hat in seiner heutigen öffentlichen Sitzung beraten und beschlossen:

**Haushaltsplan 2007/2008;
Einzelplan 02 für den Geschäftsbereich des Bayerischen Ministerpräsidenten und der Staatskanzlei
Drs. 15/6624**

Dem Einzelplan 02 wird zugestimmt.

Der Präsident

I.V.

Barbara Stamm

I. Vizepräsidentin

Beschluss

des Bayerischen Landtags

Der Landtag hat in seiner heutigen öffentlichen Sitzung beraten und beschlossen:

**Haushaltsplan 2007/2008;
Einzelplan 03 A für den Geschäftsbereich des Bayerischen Staatministeriums des Innern
Drs. 15/6620**

Dem Einzelplan 03 A wird zugestimmt.

Der Präsident

I.V.

Barbara Stamm

I. Vizepräsidentin

Beschluss

des Bayerischen Landtags

Der Landtag hat in seiner heutigen öffentlichen Sitzung beraten und beschlossen:

Haushaltsplan 2007/2008; Einzelplan 03 B - Staatsbauverwaltung-

Dem Einzelplan 03 B wird unter Berücksichtigung der in der Beschlussempfehlung des Ausschusses für Staatshaushalt und Finanzfragen (Drs. 15/6678) genannten Änderungen zugestimmt.

Das Staatsministerium der Finanzen wird ermächtigt, die aufgrund der beschlossenen Änderung erforderlichen Berichtigungen insbesondere in den Erläuterungen, der Übersicht über die Verpflichtungsermächtigungen und den sonstigen Anlagen beim endgültigen Ausdruck des Einzelplans vorzunehmen.

Der Präsident

I.V.

Barbara Stamm

I. Vizepräsidentin

82. Sitzung

am Dienstag, dem 12. Dezember 2006, 11.00 Uhr,
in München

Geschäftliches	6259	hierzu:
Geburtstagwünsche für die Abgeordneten Christa Steiger und Max Strehle	6259	Änderungsanträge von Abgeordneten der SPD-Fraktion (Drsn. 15/6468 und 15/6469), Änderungsanträge der Fraktion des BÜNDNISSES 90/DIE GRÜNEN (Drsn. 15/6480 mit 15/6483)
Haushaltsplan 2007/2008; Einzelplan 01 für den Geschäftsbereich des Bayerischen Landtags		Beschlussempfehlung des Haushaltsausschusses (Drs. 15/6624)
Beschlussempfehlung des Haushaltsausschusses (Drs. 15/7034)		Ministerpräsident Dr. Edmund Stoiber 6260 Franz Maget (SPD) .. 6266, 6267, 6269, 6272, 6273 Prof. Dr. Kurt Faltlhauser (CSU) 6269 Dr. Christoph Rabenstein (SPD) 6272 Christa Steiger (SPD) 6273 Dr. Sepp Dürr (GRÜNE) 6275 Joachim Herrmann (CSU) 6283, 6287 Hans-Ulrich Pfaffmann (SPD) 6287
Beschluss	6259	Beschluss 6289
Berichtigungsermächtigung für das Finanzministerium	6259	Ablehnung von Änderungsanträgen gem. § 126 Abs. 6 GeschO (s. a. Anlage 1) 6289
Haushaltsplan 2007/2008; Einzelplan 11 für den Geschäftsbereich des Bayerischen Obersten Rechnungshofes		Haushaltsplan 2007/2008; Einzelplan 03 A für den Geschäftsbereich des Bayerischen Staatsministeriums des Innern
Beschlussempfehlung des Haushaltsausschusses (Drs. 15/7041)		hierzu:
Beschluss	6259	Änderungsanträge von Abgeordneten der SPD-Fraktion (Drsn. 15/6470 mit 15/6476), Änderungsanträge der Fraktion des BÜNDNISSES 90/DIE GRÜNEN (Drsn. 15/6484 mit 15/6488)
Berichtigungsermächtigung für das Finanzministerium	6259	Beschlussempfehlung des Haushaltsausschusses (Drs. 15/6620)
Haushaltsplan 2007/2008; Einzelplan 02 für den Geschäftsbereich des Bayerischen Ministerpräsidenten und der Staatskanzlei		

und	Beschluss zum Einzelplan 03 A	6307
Haushaltsplan 2007/2008; Einzelplan 03 B – Staatsbauverwaltung	Ablehnung von Änderungsanträgen gem. § 126 Abs. 6 GeschO (s. a. Anlage 2)	6308
hierzu:		
Änderungsanträge von Abgeordneten der SPD-Fraktion (Drsn. 15/6477 und 15/6478),	Erledigung des Änderungsantrags 15/6488	6308
Änderungsanträge der Fraktion des BÜNDNISSES 90/DIE GRÜNEN (Drsn. 15/6493, 15/6495 und 15/6497)	Beschluss zum Einzelplan 03 B	6308
Beschlussempfehlung des Haushaltsausschusses (Drs. 15/6678)	Ablehnung von Änderungsanträgen gem. § 126 Abs. 6 GeschO (s. a. Anlage 3)	6308
Georg Winter (CSU)		6289
Helga Schmitt-Bussinger (SPD)		6292, 6304
Christine Kamm (GRÜNE)		6295, 6300, 6305
Henry Schramm (CSU)		6298, 6299, 6300
Peter Weinhofer (CSU)		6299
Ludwig Wörner (SPD)		6300
Thomas Obermeier (CSU)		6301
Staatsminister		
Dr. Günther Beckstein		6302, 6304, 6305
	Berichtigungsermächtigung für das Finanzministerium	6308
	Schluss der Sitzung	6308

(Beginn: 11.04 Uhr)

Präsident Alois Glück: Ich eröffne die 82. Vollsitzung des Landtags. Presse, Funk und Fernsehen sowie Fotografen haben um Aufnahmegenehmigung gebeten. Die Genehmigung wurde erteilt.

Bevor wir in die Tagesordnung eintreten, möchte ich zwei Glückwünsche übermitteln. Am 8. Dezember feierte Frau Kollegin Christa Steiger einen halbrunden Geburtstag und einen runden Geburtstag feiert heute der Kollege Max Strehle. Herzlichen Glückwunsch der Frau Kollegin und dem Herrn Kollegen!

(Allgemeiner Beifall)

Verehrte Kolleginnen und Kollegen, vorab für alle – jedenfalls diejenigen, die da sind, den anderen können Sie es mitteilen – die veränderten Modalitäten im Hinblick auf die Haushaltsberatungen: An den drei Plenartagen werden mit knapperen Redezeiten sämtliche Einzelpläne wie auch das Haushaltsgesetz und das Finanzausgleichsänderungsgesetz beraten. Der parlamentarischen Tradition entsprechend finden die politische Grundsatzdebatte wie bisher beim Einzelplan 02 des Ministerpräsidenten und die finanzpolitische Schwerpunktdebatte am Ende beim Haushalts- und Finanzausgleichsänderungsgesetz statt. Hinsichtlich des Zeitpunkts der Beratung der jeweiligen Einzelpläne und der dazu festgelegten Fraktionsredezeiten verweise ich auf die Tagesordnung. Ich bitte, sich daran zu orientieren.

Heute werden wir zunächst über die Einzelpläne 01 und 11, zu denen es keine Aussprache gibt, abstimmen und dann den Einzelplan 02 beraten, wie vorhin dargestellt. Außerdem ist für heute noch die Beratung der Einzelpläne 03 A und 03 B vorgesehen, morgen die Beratung der Einzelpläne 04, 05, 07, 08 und 15. Am Donnerstag werden nach der Beratung der Einzelpläne 06, 12 und 10 die Haushaltsberatungen mit der Beratung des Einzelplans 13 zusammen mit den Zweiten Lesungen zum Finanzausgleichsänderungsgesetz und zum Haushaltsgesetz 2007/2008 abgeschlossen.

Nun rufe ich Tagesordnungspunkt 1 auf. Es geht um unseren eigenen Haushalt.

**Haushaltsplan 2007/2008
Einzelplan 01 für den Geschäftsbereich des Bayerischen Landtags**

Hierzu findet keine Aussprache statt. Wir kommen deshalb sofort zur Abstimmung.

Der Einzelplan 01 wird vom Ausschuss für Staatshaushalt und Finanzfragen mit den in der Beschlussempfehlung auf der Drucksache 15/7034 genannten Änderungen zur Annahme empfohlen.

Wer dem Einzelplan 01 mit den vom federführenden Ausschuss für Staatshaushalt und Finanzfragen vorgeschlagenen Änderungen seine Zustimmung geben will,

den bitte ich, sich vom Platz zu erheben. – Wer stimmt dagegen? – Stimmenthaltungen? – Keine. Damit ist einstimmig so beschlossen.

Außerdem schlägt der Ausschuss für Staatshaushalt und Finanzfragen folgende Beschlussfassung vor:

Das Staatsministerium der Finanzen wird ermächtigt, die aufgrund der beschlossenen Änderungen erforderlichen Berichtigungen insbesondere in den Erläuterungen, der Übersicht über die Verpflichtungsermächtigungen und den sonstigen Anlagen beim endgültigen Ausdruck des Einzelplans 01 vorzunehmen.

Wer dem zustimmen möchte, den bitte ich um ein Handzeichen. – Die Gegenstimmen! – Niemand. Stimmenthaltungen? – Auch niemand. Dann ist einstimmig so beschlossen.

Ich rufe Tagesordnungspunkt 2 auf:

**Haushaltsplan 2007/2008
Einzelplan 11 für den Geschäftsbereich des Bayerischen Obersten Rechnungshofes**

Hierzu findet ebenfalls keine Aussprache statt. Wir kommen deshalb wiederum sofort zur Abstimmung.

Der Einzelplan 11 wird vom Ausschuss für Staatshaushalt und Finanzfragen mit den in der Beschlussempfehlung auf der Drucksache 15/7041 genannten Änderungen zur Annahme empfohlen.

Wer dem Einzelplan 11 mit den vom zuständigen Ausschuss vorgeschlagenen Änderungen seine Zustimmung geben will, den bitte ich, sich vom Platz zu erheben. – Die Gegenprobe! – Niemand. Stimmenthaltungen? – Niemand. Damit ist der Einzelplan 11 einstimmig mit den vorgeschlagenen Änderungen angenommen.

Außerdem schlägt der Ausschuss noch folgende Beschlussfassung vor:

Das Staatsministerium der Finanzen wird ermächtigt, die aufgrund der beschlossenen Änderungen erforderlichen Berichtigungen insbesondere in den Erläuterungen, der Übersicht über die Verpflichtungsermächtigungen und den sonstigen Anlagen beim endgültigen Ausdruck des Einzelplans vorzunehmen.

Wer dem zustimmt, den bitte ich um ein Handzeichen. – Die Gegenprobe! – Niemand. Stimmenthaltungen? – Niemand. Damit ist einstimmig so beschlossen.

(Franz Maget (SPD): Redet jetzt der neue Ministerpräsident schon oder noch der alte?)

– Darf ich fragen, wo der Herr Ministerpräsident zur Beratung des Haushalts ist?

(Günter Gabsteiger (CSU): Der wird draußen interviewt! – Franz Maget (SPD): Herr Herrmann, das wäre Ihre Chance gewesen!)

Ich unterbreche für einen Moment – –

(Franz Maget (SPD): Wo ist der Nachfolger? So eine Chance kommt nie wieder! – Johanna Werner-Muggendorfer (SPD): Das ist kein gutes Zeichen!)

Ich rufe Tagesordnungspunkt 3 auf:

Haushaltsplan 2007/2008

Einzelplan 02 für den Geschäftsbereich des Bayerischen Ministerpräsidenten und der Staatskanzlei

hierzu:

Änderungsanträge von Abgeordneten der SPD-Fraktion (Drsn. 15/6468 und 15/6469), Änderungsanträge der Fraktion des BÜNDNISSES 90/DIE GRÜNEN (Drsn. 15/6480 bis 15/6483)

Zu diesem Einzelplan wurde wie in den zurückliegenden Jahren keine Redezeitregelung getroffen. Damit ist die Gesamtredezeit und die Zahl der Redner nicht begrenzt. Jeder Redner darf bis zu 15 Minuten sprechen. Auf Antrag einer Fraktion erhält ein Redner der Fraktion bis zu 45 Minuten Redezeit. Das wurde für alle Fraktionen beantragt. Diese Redezeit kann bis zu 15 Minuten und damit auf maximal 60 Minuten verlängert werden.

Ich eröffne die Aussprache. Das Wort hat der Herr Ministerpräsident.

Ministerpräsident Dr. Edmund Stoiber: Herr Präsident, meine verehrten Kolleginnen und Kollegen, meine sehr geehrten Damen und Herren! Vor fast genau drei Jahren habe ich meine Regierungserklärung für die Legislaturperiode 2003 bis 2008 abgegeben. Sie stand unter dem Motto: „Sparen, reformieren, investieren“.

Wir hatten uns damals sehr ehrgeizige Ziele gesetzt.

Wir können heute den Menschen in Bayern sagen: Was wir versprochen haben, das halten wir auch. Dafür stehen entschlossen und geschlossen die Mehrheitsfraktion – die CSU-Fraktion in diesem Hohen Hause – und die Staatsregierung. Bayern ist das erste und einzige Land, das keine neuen Schulden mehr macht.

(Beifall bei der CSU – Zurufe von der SPD)

Bayern ist das erste und einzige Land, das die Zukunft seiner Kinder mit keinem einzigen Cent neuer Schuldzinsen mehr belastet.

(Beifall bei der CSU)

Bayern ist das erste und einzige Land, das Generationengerechtigkeit, Enkelgerechtigkeit glaubhaft mit Inhalt füllt.

Bayern hat mit Abstand die geringste Pro-Kopf-Verschuldung und damit auch die niedrigste Belastung mit Schuldzinsen in Deutschland. Bayern ist das Land, das finanzpolitisch am besten für die Zukunft zum Wohle der Menschen in Bayern gerüstet ist.

Damit sichern wir auch unsere Eigenständigkeit und unsere Gestaltungskraft. Zum Selbstbewusstsein Bayerns gehört es, dass wir in einem hohen Maße finanziell unabhängig sind. Wir wollen niemals in die Lage kommen, dass Bayern finanziell von anderen abhängig wird.

(Zuruf von den GRÜNEN: Das war aber früher durchaus anders!)

Ich danke allen Mitgliedern des Haushaltsausschusses, dem Vorsitzenden und Kollegen Manfred Ach und vor allem Kurt Faltlhauser. Ihnen allen gebührt unser Dank und unser Respekt für diese große Kraftanstrengung.

Ich danke vor allem aber auch meiner Fraktion unter den Vorsitzenden Alois Glück und Joachim Herrmann, die unseren gemeinsamen Weg zum ausgeglichenen Haushalt seit 1998 aus voller Überzeugung gegen viele Widerstände mitgetragen haben. Der Mut zu unserem Konsolidierungskurs und der Einsatz in jedem Stimmkreis zeigen die politische Stärke der Mehrheitsfraktion.

(Beifall bei der CSU)

Bayern ist damit auch Vorreiter einer neuen Stabilitätskultur. Die Bundesregierung und die meisten Bundesländer eifern uns nach und streben ebenfalls einen ausgeglichenen Haushalt an, allen voran der Freistaat Sachsen und unser Nachbarland Baden-Württemberg.

Entscheidend für uns ist der Verzicht auf neue Schulden. Dies ist zum Vorteil der Bürgerinnen und Bürger Bayerns. Wir können schon heute und morgen noch viel mehr in die Zukunft investieren, weil wir keine Schulden mehr machen. Die Menschen in Bayern befürworten unseren Konsolidierungskurs und fordern zu Recht von der Politik, Gegenwart und Zukunft sozial gerecht zu gestalten.

Dabei wissen die Menschen besser als die Opposition hier im Hohen Hause: Der Staat kann nicht mehr ausgeben, als er einnimmt. Aber sie wollen, dass es bei allen politischen Entscheidungen gerecht zugeht. In Bayern ist das Verantwortungsbewusstsein für die nachkommenden Generationen fest verankert. Gerecht ist, wenn wir einer weniger werdenden jüngeren Generation keinen steigenden Schuldenberg hinterlassen. Der Maßstab für unsere Politik ist Generationengerechtigkeit und Chancengleichheit. Das sind auch die Maßstäbe der Menschen in Bayern. Für sie gestalten wir unsere nachhaltige Politik.

Bayern ist der Motor des Aufschwungs in Deutschland, meine sehr geehrten Damen und Herren. Die bayeri-

sche Wirtschaft boomt wie seit Jahren nicht mehr. Für das laufende Jahr werden wir in Bayern ein Wirtschaftswachstum von klar über 2,5 % erreichen. So entstehen neue Arbeitsplätze in unserem Lande.

Bayern ist der Vorreiter beim Abbau der Arbeitslosigkeit. In diesem Jahr sind in Bayern pro Tag 200 neue Arbeitsplätze entstanden. Nahezu jeder vierte neue Arbeitsplatz in Deutschland entsteht bei uns in Bayern. Wir bieten auch die besseren Chancen bei den Ausbildungsplätzen. Wir sorgen dafür, dass der Aufschwung bei den Menschen ankommt, auch bei den jungen Menschen, die mir, die uns besonders am Herzen liegen.

Wir wollen die beste Bildung für beste Chancen unserer Kinder. All diese Ergebnisse bestätigen: Unsere bayerischen Schülerinnen und Schüler haben in den internationalen Pisa-Tests Spitzenplätze erreicht.

Wir schaffen Chancen mit den besten Hochschulen für unsere Studenten. Unsere bayerischen Hochschulen sind Spitze. Zwei der drei bisher ausgezeichneten Elite-Universitäten in Deutschland sind in Bayern. Die Münchner Universitäten haben es geschafft. Und Würzburg und Erlangen-Nürnberg sind auf dem Sprung dazu. Ein besseres Zeugnis für die Hochschulpolitik können wir überhaupt nicht erwarten. - All das zusammen ist das Chancenland Bayern.

„Sparen, reformieren und investieren“, das war und ist die Architektur dieser Legislaturperiode. Ich habe das in der Regierungserklärung im November 2003 in diesem Hohen Hause ausgeführt. Heute zeigt sich: Unsere Architektur der Legislaturperiode ist zukunftsweisend. Zu Beginn der Legislaturperiode haben wir den Staatshaushalt durch Sparmaßnahmen konsolidiert. Wir haben Reformen durchgeführt, die für manche natürlich auch schmerzhaft waren. Die Staatsregierung und die Mehrheitsfraktion sind diesen unbequemen, aber mutigen und ehrlichen Weg gegangen. Jetzt in der zweiten Hälfte der Legislaturperiode haben wir weit mehr Spielräume für Zukunftsinvestitionen als alle übrigen Länder in Deutschland.

Das zeigt: Unser Weg war richtig, unser Weg ist auch weiter richtig, und unser Weg weist in die Zukunft.

(Beifall bei der CSU)

Eine Bestätigung für unsere Politik in Bayern ist, dass die neue Bundesregierung im letzten Jahr unser Leitmotiv auch zur Richtschnur der Großen Koalition gemacht hat. Dort heißt es: „Sanieren, reformieren, investieren“. Das ist im Grunde genommen genau dasselbe wie „Sparen, reformieren, investieren“, meine sehr verehrten Damen und Herren.

SPD und GRÜNE als Opposition sind seit Jahren gegen unsere Politik gerade auch der Generationengerechtigkeit zu Felde gezogen. Sie haben den Untergang Bayerns in den schrecklichsten Farben an die Wand gemalt.

(Zuruf von den GRÜNEN: Diese Logik!)

Die bayerische SPD hat Ende 2003 unsere Politik – ich zitiere aus dem „Münchener Merkur“ – als ein „katastrophales Signal für die Zukunftsfähigkeit unseres Landes“ bezeichnet.

(Demonstrativer Beifall bei den GRÜNEN)

– Schaut euch mal an, was wir gegenwärtig haben. Ich habe das kurz angeführt.

(Zuruf von der CSU: Einer glaubt es noch!)

Meine Damen und Herren von der SPD, zeigen Sie mir – das ist etwas, was Ihnen die Menschen nicht abnehmen – ein Land in Deutschland, das mehr Zukunft, mehr Chancen, bessere Bildung, mehr wirtschaftliche Freiheit und mehr Arbeit für die Menschen bietet als Bayern.

(Beifall bei der CSU)

Ein Nachweis ist, dass kein Bundesland so viele Menschen aufnimmt wie Bayern. So viele Menschen wandern nach Bayern. Das zeigt, dass wir nach deren Auffassung die größten Chancen für die Menschen bieten. Ihre Politik hingegen ist von vorgestern. Sie wollen immer noch Schulden machen und Geld verteilen ohne Rücksicht auf die Binsenweisheit, dass neue Schulden die Belastungen von morgen sind.

(Jürgen Dupper (SPD): So ein Schmarrn!)

– Das ist kein Schmarrn! Wäre es nach den Vorstellungen der SPD-Fraktion gegangen, hätten wir in den letzten Jahren nicht konsolidiert, dann hätten wir in den Jahren 2006 und 2007 5 Milliarden Euro neue Schulden gemacht, meine Damen und Herren.

(Zustimmung bei der CSU)

Diese Politik hätte bis zum Jahre 2007 eine zusätzliche Zinslast von 300 Millionen Euro verursacht. Das wären 300 Millionen Euro weniger für Investitionen.

(Beifall bei der CSU)

Eine solche Politik ist weder gerecht noch sozial. Deswegen sitzen Sie auch zu Recht in der Opposition und werden dort auch sitzen bleiben.

(Beifall bei der CSU)

Mit einer solchen Realitätsferne kann man kein Land führen.

Meine Damen und Herren, ich habe mich gemeinsam mit einer großen Mehrheit in unserem Lande über das Urteil des Bundesverfassungsgerichts zur Klage Berlins auf noch mehr finanzielle Unterstützung gefreut. Karlsruhe hat eine Haushaltsnotlage des Landes Berlin bestritten

und weiteren Subventionen von Bund und Ländern einen Riegel vorgeschoben.

(Alexander König (CSU): Gott sei Dank!)

Schon heute zahlen die bayerischen Steuerzahler über 2 Milliarden Euro in den Länderfinanzausgleich – im Übrigen in etwa genau so viel wie allein Berlin aus diesem Topf bekommt. Ein noch tieferer Griff in die Taschen von Bund und Ländern wäre geradezu unmoralisch. Für Herrn Wowerit gilt: Die Party ist aus. Auch Berlin muss sparen – stärker sparen als bisher.

(Beifall bei der CSU)

Auch interessant ist: Nur einer hat sich über das Berlin-Urteil anscheinend nicht gefreut: Herr Maget. Sie haben Berlin anders als das höchste Gericht eine extreme Haushaltsnotlage attestiert und waren sogar bereit, noch mehr bayerisches Geld nach Berlin zu überweisen.

(Widerspruch von der SPD)

Dazu kann ich nur sagen: Das ist keine Politik im Interesse Bayerns; das ist genau das Gegenteil.

(Beifall bei der CSU)

Das Urteil des Bundesverfassungsgerichts ist zugleich auch ein Startschuss für die Föderalismusreform II, für eine Neuordnung der Finanzbeziehungen von Bund und Ländern. Deren Ziele, nämlich weitgehende Vermeidung neuer Schulden, Konsolidierung der öffentlichen Haushalte, mehr Haushaltsdisziplin, also kurz gesagt: eine Politik solider Finanzen, haben wir in Bayern bereits erreicht. Ich freue mich sehr, dass diese Ziele jetzt mit einem nationalen Stabilitätspakt und einem Frühwarnsystem überall in Deutschland greifen sollen. Das wird für einige Länder schwierige Situationen hervorrufen – für uns, meine sehr verehrten Damen und Herren, nicht.

Bayern – das will ich auch einmal sagen – steht natürlich zu seiner solidarischen Verantwortung im Länderfinanzausgleich. Wir geben mehr als 10 % unseres jeweiligen Haushaltsvolumens von 36 Milliarden Euro an andere Länder ab. Bayern hat seit 1950 insgesamt 3,4 Milliarden Euro aus dem Länderfinanzausgleich erhalten, inzwischen aber mit 20,5 Milliarden Euro bereits sechsmal so viel zurückbezahlt. 2007/2008 steigen unsere Leistungen erneut. Wir sind solidarisch. Ich glaube aber, dass man sehr deutlich formulieren muss: Wir zahlen nicht dafür, dass Rot-Rot in Berlin mit unserem Geld mehr Wohltaten verteilen kann,

(Alexander König (CSU): Genauso ist es!)

die wir uns in Bayern aus guten Gründen nicht leisten können und nicht leisten wollen.

(Beifall bei der CSU)

Wie in der Regierungserklärung 2003 versprochen, können wir in der zweiten Hälfte der Legislaturperiode

verstärkt in die Zukunft unseres Landes investieren. Unsere Philosophie trägt.

(Zurufe von der SPD)

Am Ende dieser Legislaturperiode werden wir in Bayern jährlich rund 500 Millionen Euro weniger Zinsen zahlen müssen, als das ohne unseren Konsolidierungskurs der Fall wäre. Unser Zeitvorsprung in Bayern beim ausgeglichenen Haushalt ist natürlich auch ein Investitionsvorsprung, ein Investitionsvorsprung gegenüber anderen Ländern in Deutschland, weil wir weniger Zinsen zahlen. Das kommt ganz konkret den Menschen in Bayern zugute.

Im Doppelhaushalt 2007/2008 investieren wir – der Finanzminister hat das ausgeführt – mit unserem Programm „Investieren in Bayerns Zukunft“ zusätzlich rund 760 Millionen Euro für Kinder und Familien, für Hochschulen, Bildung und Wissenschaft, für innere Sicherheit und für den ländlichen Raum. Zusätzlich bringt uns die positive Entwicklung der Steuereinnahmen mehr Geld. Wir treffen damit auch Vorsorge für noch nicht absehbare Belastungen in künftigen Haushalten.

Dazu gehört auch der Pensionsfonds ab 2008 für die künftige Altersversorgung der Beamtinnen und Beamten. Bayern geht mit diesem Fonds neue Wege bei der nachhaltigen Finanzierung der Versorgungsausgaben für unsere Beamten. Die Betonung liegt auf nachhaltig. Allein Bayern finanziert den Pensionsfonds nicht aus Krediten, weil wir als einziges Land den ausgeglichenen Haushalt haben. Das ist ein wesentlicher Beitrag zur Sicherung der Altersversorgung für die Beamten.

Lassen Sie mich auch ein klares Wort an die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter des öffentlichen Dienstes in Bayern richten. Die Bayerische Staatsregierung – das gilt auch für die Mehrheitsfraktion – steht zum öffentlichen Dienst in Bayern, weil wir unsere Mitarbeiter schätzen und weil wir wissen, was wir an ihnen haben. Ich danke allen Lehrkräften an unseren Schulen und Hochschulen für ihren großartigen und wichtigen Dienst an unserer Jugend. Ich danke den Mitarbeitern der Sicherheitsbehörden und Gerichte für ihren verantwortungsbewussten Einsatz. Ich danke allen Mitarbeitern in der Verwaltung für ihren Dienst am Bürger und an unserem Staat. Mit ihrem Einsatz, mit ihren Kompetenzen und auch mit ihrem Dienstethos sind die Mitarbeiter des öffentlichen Dienstes eine tragende Säule unseres demokratischen Staates, der inneren Stabilität und unseres wirtschaftlichen Erfolges. Was der öffentliche Dienst in Bayern leistet, meine Damen und Herren, ist auch ein Stück Standortqualität für Bayern.

(Beifall bei der CSU)

Dies gilt nicht zuletzt für das seit 200 Jahren bewährte Berufsbeamtentum. Es hat sich als Garant für ein wirksames unparteiisches Verwaltungshandeln erwiesen. Meine sehr verehrten Damen und Herren, für uns steht das Berufsbeamtentum nicht zur Disposition. In dieser Frage stehen wir nicht im Einklang mit anderen Ländern. Aus anderen Ländern höre ich ganz andere Töne. Ich habe versprochen, dass sich die Leistungen für unsere

Beamten im Vergleich mit dem Bund und mit anderen Ländern sehen lassen können. Wir erhalten zum Beispiel das Weihnachtsgeld im bisherigen Umfang über die Legislaturperiode hinaus, bis 2009. Meine sehr verehrten Damen und Herren, das macht in Deutschland außer uns keiner, weder der Bund noch unsere Nachbarn.

(Beifall bei der CSU)

Mir liegt an einer vertrauensvollen Zusammenarbeit. Deshalb wird auch die kommende Dienstrechtsreform nicht über die Köpfe der Beschäftigten hinweg entschieden werden. Wir werden mit allen Beteiligten ausführlich diskutieren. Bayern wird seinen leistungsfähigen öffentlichen Dienst unter dem Strich nicht schlechter, sondern – wo immer möglich – besser stellen als andere Länder. Meine Regierung möchte ein verlässlicher Partner des öffentlichen Dienstes sein.

Meine sehr verehrten Damen und Herren, so, wie wir mit dem Dreiklang „Sparen, reformieren, investieren“ Maßstäbe gesetzt haben, wollen wir mit einem Zukunftsprogramm „Bayern 2020 – Kinder, Bildung, Arbeitsplätze“ die richtigen Maßstäbe für eine gute Zukunft der Menschen in unserer Heimat Bayern setzen. Der neue Dreiklang „Kinder, Bildung, Arbeitsplätze“ beschreibt die wesentlichen Zukunftsfragen für unser Land. Dies ist eine bewusst wertorientierte Politik. Denn jetzt, im immer härter werdenden globalen Wettbewerb, kommt es darauf an, den Menschen in Bayern eine gute Zukunft zu sichern. Dafür entwickeln wir unser Zukunftsprogramm „Bayern 2020 – Kinder, Bildung, Arbeitsplätze“.

Wir wollen Antworten auf die Fragen geben, was die entscheidenden Trends der Zukunft sind und wovon die Menschen in Bayern morgen leben können. Ich habe deshalb aus dem ganzen Land hervorragende Köpfe an einen Tisch zusammengeholt, aus der Naturwissenschaft, der Geisteswissenschaft, der christlichen Sozialethik sowie aus Kultur und Wirtschaft.

(Jürgen Dupper (SPD): Haben Sie keine Minister?)

Sie sollen Bereiche herausarbeiten und Vorschläge machen, wo ihres Erachtens Zukunftsinvestitionen in Bayern sinnvoll wären und auf fruchtbaren Boden fallen. Ihre fachlichen Vorschläge werden dann die Grundlage für politische Entscheidungen in der Staatsregierung, der Mehrheitsfraktion und im Landtag insgesamt sein. Ich habe die Absicht, dieses Zukunftsprogramm im nächsten Jahr noch vor der Sommerpause in diesem Hohen Hause in einer Regierungserklärung vorzustellen. Anfang 2008 sollen dann die ersten Investitionen aus diesem Zukunftsprogramm starten. Unser Ziel lautet: Bayern soll im Jahr 2020 eine der besten Regionen in Europa mit höchster Lebensqualität sein.

(Beifall bei der CSU)

Meine Damen, meine Herren, Kinder sind unsere Zukunft.

(Simone Tolle (GRÜNE): Aha!)

Kinder sind das Wertvollste, was wir haben. Deshalb möchte ich in unserem Zukunftsprogramm ganz bewusst einen politischen Schwerpunkt für unsere Kinder setzen. Wie Bayern 2020 aussieht, entscheidet sich an unseren Kindern.

(Simone Tolle (GRÜNE): Genau!)

Es entscheidet sich an den Chancen, die ihnen unser Land bietet, und wie sie diese Chancen nutzen. Wie wir unsere Kinder fördern, wie wir sie erziehen, welche Werte wir ihnen vermitteln, so chancenreich und lebenswert wird unsere Zukunft. Deshalb wollen wir weiter stark in die Betreuung – besonders der unter Dreijährigen – investieren sowie in die Betreuung der Grundschulkinder und die Tagesbetreuung. Wir steigern die Leistungen für Kinder und Familien schon in diesem Doppelhaushalt insgesamt um 68 Millionen Euro.

Wir werden aber auch die direkte Förderung der Familien mit dem Landeserziehungsgeld fortsetzen, und zwar zusätzlich zum Elterngeld des Bundes.

Wir wollen die Wahlfreiheit der Eltern. Wir gestalten das Landeserziehungsgeld so um, dass deutlich mehr Eltern als bisher in den Genuss der Förderung kommen. Im Übrigen, auch das sei hier vermerkt: Das Landeserziehungsgeld oder etwas Ähnliches gibt es außer in Bayern noch in drei Ländern. Zwölf Länder in Deutschland kennen eine solche Landesleistung überhaupt nicht oder nicht mehr. Bayern ist damit klar und deutlich Familienland und bleibt Familienland.

(Beifall bei der CSU)

Meine Damen, meine Herren, die große Mehrheit der Eltern kümmert sich liebevoll um ihre Kinder. Kein Staat kann leisten, was Eltern für ihre Kinder tun. Aber leider gibt es auch Kinder, die nicht genug Halt und Geborgenheit in ihren Familien finden. Leider gibt es auch Eltern, die ihre Kinder vernachlässigen und ihrer Erziehungspflicht nicht nachkommen. Diese Kinder darf der Staat nicht im Stich lassen. Gerade Kinder als die Schwächsten in unserer Gesellschaft brauchen, wenn es nötig ist, einen starken Staat. Deshalb wollen wir zum Beispiel Pflichtuntersuchungen für Kinder. Jeder weiß, dass es besser ist, wenn Kinder regelmäßig von einem Kinderarzt untersucht werden. Das sieht auch die überwältigende Mehrheit der Bürgerinnen und Bürger so. Das entspricht auch dem gesunden Menschenverstand.

Wir haben zusammen mit anderen Ländern eine Bundesratsinitiative für verpflichtende Vorsorgeuntersuchungen für alle Kinder eingebracht. In Bayern werden wir in jedem Fall handeln. Wir planen ein eigenes Informations- und Kontrollsystem, damit alle Kinder Vorsorgeuntersuchungen erhalten. Das Landeserziehungsgeld werden wir künftig an die Vorsorgeuntersuchungen U6 und U7 binden.

Ferner müssen wir sehen: Kinder und Jugendliche sind heute ganz anderen Gefährdungen und Einflüssen ausgesetzt, als das früher der Fall war. Vor allem das Internet und die Medienwelt wirken heute massiv auf die Jugendlichen

ein. Niemand wird behaupten, dass ein Verbot von Killerspielen alle Probleme löst. Es kann aber auch niemand ernsthaft bezweifeln, dass solcher Schund in den Köpfen unserer Kinder und Jugendlichen zu schlimmen Folgen führen kann.

(Beifall bei der CSU)

Wer das Verbot von Killerspielen ablehnt, soll mir ein einziges Argument für diese Spiele nennen. Solche Argumente gibt es für mich nicht. Deshalb sollte die Bundesjustizministerin ihre Blockade aufgeben und den Kindern nicht länger den Schutz verweigern. Sie sollte ihrer Verantwortung gegenüber den Kindern, gegenüber den Jugendlichen und gegenüber der ganzen Gesellschaft gerecht werden. Eltern brauchen unsere volle Unterstützung, damit die Kinder und damit das ganze Land eine gute Zukunft haben. Es gibt keinen besseren Schwerpunkt und keine besseren Investitionen als in unsere Kinder.

(Renate Ackermann (GRÜNE): Dann machen Sie es doch endlich!)

An der Bildung entscheiden sich die Zukunftschancen unseres Landes. Deshalb steht die Bildung auch im Zentrum unserer Investitionen. Chancengerechtigkeit heißt heute vor allem: Wir wollen jedem Kind den Schlüssel zur Entfaltung seiner Persönlichkeit in die Hand geben. Wir wollen alle Talente und Begabungen soweit möglich fördern. Deshalb investieren wir in die frühkindliche Erziehung, in die Sprachtests und in die Sprachförderung für Kinder mit Migrationshintergrund. Ein Kind kommt nicht in die Grundschule, wenn es kein Deutsch kann.

(Beifall bei der CSU – Widerspruch beim BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

– Damit haben Sie Schwierigkeiten. Das kennen wir aus den vergangenen 20 Jahren. Meine sehr verehrten Damen und Herren, die deutsche Sprache ist für alle Kinder wichtig. Daran entscheidet sich, ob der spätere Erwachsene am kulturellen, am politischen und am gesellschaftlichen Leben teilnehmen kann.

(Beifall bei der CSU)

Im Übrigen – wir werden das noch intensiv erörtern – brauchen wir eine Diskussion über eine Sprachförderung für alle Kinder, die hier Defizite haben. In den letzten Jahren haben wir große Anstrengungen für die Reformen der Realschule und des Gymnasiums unternommen. In den kommenden Jahren legen wir den Fokus auf die Hauptschulen. Wir werden die Hauptschulen gezielt stärker fördern und sie stärken. Sie befähigen Jugendliche, Facharbeiter und Meister zu werden – schon heute klagen viele über Facharbeitermangel – und sie eröffnen allen geeigneten Schülern auch den Weg zur Mittleren Reife oder zum Abitur.

Natürlich gibt es an den Hauptschulen, vor allem in den Ballungsgebieten, auch Probleme; das bestreitet niemand. Deshalb müssen wir an diesem Punkt ansetzen und mit mehr Ganztagsangeboten und noch mehr Praxisbezug

darauf reagieren. Das soll auch ein Schwerpunkt unseres Zukunftsprogramms werden. Für die Hauptschulen im ländlichen Raum müssen wir flexible und praktische Lösungen finden. Wir brauchen im ganzen Land exzellente Bildungsangebote. Diese Lösungen müssen sich am Wohl des Kindes und an den besten Bildungschancen orientieren. An unserem bewährten dreigliedrigen Schulsystem halten wir dabei fest.

(Beifall bei der CSU)

Wie gut unsere Hauptschulen, die Sie immer madig machen, sind, zeigt sich daran, dass unsere Hauptschüler bei Pisa 2003 in Mathematik genauso gut waren wie die Realschüler in Bremen und die integrierten Gesamtschüler in Nordrhein-Westfalen.

(Beifall bei der CSU)

Ich halte manche Aussagen der Damen und Herren von der Opposition in diesem Zusammenhang für verantwortungslos. Ich fordere Sie auf: Machen Sie nicht ständig die Hauptschule madig und damit die Schülerinnen und Schüler, die dort lernen, sowie die Lehrkräfte, die dort unterrichten, schlecht.

(Beifall bei der CSU)

Ich möchte aus einem Brief – mich erreichen in diesem Zusammenhang viele Briefe – der Klasse 7 a der Johannes-Kern-Schule in Schwabach an die Staatsregierung zitieren. Die Schülerinnen und Schüler schreiben: „Wir finden es blöd, dass man über uns so negativ spricht. Deshalb bitten wir Sie, sich dafür einzusetzen, dass man über unsere Schule und unsere Schüler nicht mehr so schlecht redet.“ – Das sagen Kinder aus der Hauptschule.

(Beifall bei der CSU)

Ich betone ausdrücklich: Unsere bayerischen Lehrkräfte leisten an den Schulen hervorragende Arbeit. Ihnen gilt der Respekt und der Dank des Hohen Hauses.

Kinder, Bildung, Arbeitsplätze – Arbeitsplätze sind der dritte Schwerpunkt unseres Zukunftsprogramms. Wir haben zusammen mit Baden-Württemberg die niedrigste Arbeitslosenzahl und die höchste Zahl an sozialversicherungspflichtigen Arbeitsplätzen. Das war vor 30 oder 40 Jahren der Wunschtraum der Bayern. Wir wollen die Chance haben, im Jahre 2020 noch besser dazustehen als heute – trotz Globalisierung, trotz harten Wettbewerbs, trotz der demografischen Entwicklung. Die Menschen müssen auch in Bayern 2020 alle Chancen auf eine gute Arbeit haben. Die Zukunftsorientierung hat in Bayern Tradition. Wir haben schon immer auf Innovationen, gute Infrastruktur und Zukunftsfelder der Wirtschaft gesetzt. Ich erinnere z. B. an Entscheidungen der Regierung Goppel und der Regierung Strauß für den Flughafen München II. Als Franz Josef Strauß – das will ich in Erinnerung rufen – in den 80er Jahren den Flughafen gegen viele Widerstände vorantrieb, lag unser bayerischer

Exportanteil bei 29 %. Wir lagen damit weit unter dem Durchschnitt des Bruttoinlandsprodukts Deutschlands. Er wollte unbedingt für Bayern das Tor zur Welt öffnen und eine Verbindung über den Atlantik und den Pazifik für unsere Wirtschaft herstellen. Der Aufstieg Bayerns hat ihm recht gegeben. Unser Exportanteil liegt heute bei 46 %. Unsere Wirtschaft ist international verflochten wie keine andere Wirtschaft in Deutschland.

(Beifall bei der CSU)

Man darf hier nicht vergessen, welcher Mut dem zugrunde lag. Bislang gibt es keinen zweiten Flughafen von der Qualität des Flughafens Franz Josef Strauß in ganz Europa. Das ist mit eine Infrastrukturmaßnahme, die ganz Bayern geholfen hat. Wir als Mehrheitsfraktion sowie die Staatsregierung hatten den Mut zur Zukunft. Wir haben politische Entscheidungen gefällt, von denen heute die Menschen in Bayern profitieren.

Genauso wie damals müssen wir heute die richtigen Infrastrukturentscheidungen für Bayern treffen. Ich nenne als Beispiel aus der Fülle der Maßnahmen nur die neue Hochgeschwindigkeitsstrecke der Bahn, die München und Nürnberg zusammenrückt, deren Weiterbau bis nach Berlin, die ICE-Anbindung Augsburgs, die dringend notwendige A 94 ins Chemiedreieck, den Transrapid sowie den notwendigen Ausbau des Flughafens Franz Josef Strauß, und zwar wenn möglich im Konsens mit den Anwohnern. Wir müssen auch sehen: Frankfurt baut die vierte Startbahn. Die Entscheidungen in Berlin sind gefallen. In den nächsten zehn Jahren entsteht dadurch eine Konkurrenz zu dem Flughafen in München. Wenn wir über Bayern 2020 nachdenken, müssen wir das in Erwägung ziehen.

Für all diese Herausforderungen müssen wir gewappnet sein. Nur so sichern wir Arbeitsplätze und den Wohlstand in Bayern auch morgen. Wir stehen sehr erfolgreich im Wettbewerb. Diese Position gilt es zu erhalten, denn wer stehen bleibt, der fällt unweigerlich zurück.

Zu sicheren Arbeitsplätzen gehört eine leistungsfähige und konkurrenzfähige Wirtschaft. Wir wollen mit den Mitteln der Landespolitik gezielt die heimische Wirtschaft in Bayern stärken. Dazu müssen wir auch zukünftig frühzeitig die neuesten Entwicklungen erkennen und bei neuen Produkten vorne dabei sein.

Deshalb haben wir im ganzen Land erfolgversprechende Cluster als Netzwerke für neue Produkte eingerichtet. Mit unseren Zukunftsprogrammen wollen wir die Cluster unterstützen. Sie sind Grundlage auch für die Arbeitsplätze von morgen. Wir wollen auf den Feldern investieren, auf denen Bayern ganz besondere Chancen hat, und wir wollen unsere Stärken weiter ausbauen. Arbeitsplätze müssen überall in Bayern entstehen. Das ist ein großer Anspruch, auch im ländlichen Raum. Das Ziel der Staatsregierung ist es, dass die Menschen in allen Regionen Bayerns weiterhin gute und gleichwertige Lebenschancen haben. Wir müssen deshalb die Wettbewerbsfähigkeit, die Lebensqualität und die Zukunftsperspektiven des ländlichen Raums positiv weiterentwickeln.

Dazu gehören auch die Investitionen in die Landwirtschaft sowie die Erhöhung der Mittel für die Dorferneuerung. Denn nur wirtschaftlich gesunde Betriebe können im immer rauer werdenden Markt bestehen. Unsere Landwirtschaft hat die Kraft, sich durch Qualität am Markt zu behaupten. Das zeigen nicht zuletzt ihre großen Erfolge auf den Exportmärkten. Die bayerische Landwirtschaft importiert weniger als sie exportiert. Das ist ein Riesenerfolg.

(Beifall bei der CSU)

Dazu gehört auch die Stärkung unserer Kommunen für gleichwertige Lebenschancen überall im Land. Die Leistungen im kommunalen Finanzausgleich werden im Jahr 2007 erstmals die Sechs-Milliarden-Grenze überschreiten. Damit liegt das Wachstum des kommunalen Finanzausgleichs im nächsten Jahr um mehr als fünf Prozentpunkte über dem Wachstum des Staatshaushalts. Das ist ein historischer Höchststand.

Bayern ist auch das einzige Land mit einem interkommunalen Finanzausgleich bei Hartz IV. Durch den Einsatz von 50 Millionen Euro ist es uns gelungen, dass keine bayerische Kommune im Jahre 2005 durch die Zusammenlegung der Arbeitslosenhilfe und der Sozialhilfe belastet wurde.

Auch beim Bund haben wir erfolgreich für unsere Kommunen gekämpft.

Ursprünglich wollte die Bundesregierung, wollte Herr Steinbrück den Kommunen nur zwei Milliarden Euro für die Miet- und Heizkosten der Bezieher von Arbeitslosengeld II zukommen lassen. Dank unseres massiven Einsatzes wurden diese Mittel auf 4,3 Milliarden Euro erhöht. Diese Einigung gilt bis zum Jahre 2010. Damit haben die Kommunen die notwendige Planungssicherheit. Für unsere Kommunen stehen somit in den Jahren 2007 bis 2010 nochmals 53 Millionen Euro pro Jahr mehr zur Verfügung als in den Jahren 2005 und 2006. Niemand hätte erwartet, dass wir das noch einmal steigern können.

(Beifall bei der CSU)

Gewinner unserer Politik für mehr Arbeit und mehr Chancen sind die Menschen in Bayern.

Mit unserem Zukunftsprogramm „Kinder, Bildung, Arbeitsplätze“ wollen wir Bayern in eine gute Zukunft führen. Dieser neue Dreiklang setzt unseren Dreiklang „Sparen, reformieren, investieren“ in die nächste Legislaturperiode hinein fort. Ich verspreche Ihnen: Auch mit diesem Dreiklang werden wir wieder Vorreiter sein für die anderen Länder und für den Bund. Bayern wird mit diesem Dreiklang ein Stück Zukunftsmusik in Deutschland mitbestimmen.

Meine Damen, meine Herren, der Chefredakteur des politischen Magazins „Cicero“, Wolfram Weimer, hat das Erfolgsgeheimnis des Südens treffend beschrieben.

Warum ist es im Süden besser als in anderen Teilen Deutschlands? Er sagt:

Es ist die motivierende und kulturelle Kraft von tradierter Identität, Zusammenhalt und selbstbewusstem Bürgertum.

(Franz Maget (SPD): Im Süden gibt es mehr Sonne!)

Dieses Kompliment gebe ich natürlich an alle Menschen in Bayern weiter.

(Beifall bei der CSU)

Unser Zusammenhalt ist eine große Stärke Bayerns. Nirgendwo in Deutschland ist die Bindung zur Heimat so fest, so stark, wie bei uns in Bayern. Nirgendwo ist die Bereitschaft, sich für die Heimat einzusetzen, so groß wie bei uns. In Bayern funktionieren die sozialen Netzwerke. Das Ehrenamt und die Nachbarschaftshilfe sind Ehrensache.

Die Festlichkeiten zu den Jubiläen „60 Jahre Bayerische Verfassung“ und „200 Jahre Bayern“ mit unseren drei großen und sehr erfolgreichen Ausstellungen zeigen: Wir sind ein selbstbewusstes Land. Wir sind stolz auf unsere Werte, unsere Geschichte und auf unsere Eigenständigkeit. Über eine halbe Millionen Menschen haben allein die drei großen Ausstellungen in Bayern besucht. Tradition, Brauchtum und Geschichte sind bei uns in allen Landesteilen lebendig. Das zeigt sich in besonderer Weise bei den Feierlichkeiten zu großen Jubiläen in Bayern. Die Staatsregierung will deshalb, dass zur 1000-Jahr-Feier des Bistums Bamberg aus dem Domschatz mindestens auch die Frauenkrone, die Kunigundenkrone und die Heinrichskrone nach Bamberg kommen.

(Anhaltender Beifall bei Abgeordneten der CSU – Susann Biedefeld (SPD): Endlich, aber dann auch auf Dauer nach Bamberg! – Zuruf von der SPD: Das war das Highlight! Wenn es kein Geld kostet, kann er das zusagen!)

Der Ministerrat hat gestern – auf meine Veranlassung hin – einen entsprechenden Beschluss gefasst

(Joachim Wahnschaffe (SPD): Er setzt sich selbst die Krone auf! – Weitere Zurufe der SPD – Glocke des Präsidenten)

und den Wissenschaftsminister und den Finanzminister beauftragt, mit dem Haus Wittelsbach darüber zu verhandeln. Ich muss dazu sagen, dass das nicht alleine eine Entscheidung der Staatsregierung ist. Wir sind nicht Eigentümer dieser Kunstschatze. Wir brauchen deshalb gute Verhandlungen.

(Susann Biedefeld (SPD): Fränkisches Kulturgut ist das!)

Ich bin zuversichtlich, dass wir mit Herzog Franz zu einem Ergebnis kommen werden.

(Beifall bei Abgeordneten der CSU)

Meine Damen, meine Herren, wir lieben unser Land und wir sind stolz auf unsere Heimat. Daraus erwächst uns die Kraft und die Stärke für unsere Zukunft. Die Stärke unserer Mehrheitsfraktion liegt in ihrer Verwurzelung in den Kommunen unseres Landes. Wir nehmen die Menschen ernst. Wir teilen ihr Gerechtigkeitsempfinden. Unsere Bilanz ist eine Erfolgsgeschichte: Statt Schulden haben wir Investitionen, statt Politikverdrossenheit Vertrauen in Staat und Politik, statt Resignation haben wir Chancen und statt Abwanderung Zuzug im ganzen Land Bayern. Wir sorgen für Chancengerechtigkeit und Generationengerechtigkeit. Meine Damen, meine Herren ich bitte des Hohe Haus um Zustimmung zum vorliegenden Haushaltsentwurf.

(Lang anhaltender Beifall bei der CSU)

Präsident Alois Glück: Darf ich wieder um Aufmerksamkeit bitten? – Als nächstem Redner erteile ich das Wort dem Vorsitzenden der SPD-Fraktion, Herrn Kollegen Maget.

Franz Maget (SPD): Herr Präsident, liebe Kolleginnen und Kollegen!

(Günther Gabsteiger (CSU): Langt schon!)

Jetzt haben Sie dem Ministerpräsidenten wieder einmal großen Beifall geschenkt und ihm gehuldigt.

(Markus Sackmann (CSU): Das war auch ein verdienter Beifall!)

Heute Nachmittag sticheln Sie wieder hinter seinem Rücken und reiben sich schadenfroh die Hände, wenn Ihre Landrätin aus Fürth zum Putsch gegen Herrn Stoiber aufruft. Gell, Herr Beckstein.

(Beifall bei der SPD – Widerspruch bei der CSU)

Sie sind mir schöne Helden und Heuchler. Heute demonstrieren Sie Einigkeit und morgen denken Sie schon wieder laut: Wann hört denn der Herr Stoiber endlich auf?

(Beifall bei der SPD)

Genauso wird es später nach der Rede von Herrn Herrmann sein. Da werden Sie auch wieder demonstrativ klatschen, um später am Tresen der Landtagsgaststätte über seine Führungsschwäche herzuziehen.

(Engelbert Kupka (CSU): Unverschämtheit! – Manfred Ach (CSU): Ein niedriges Niveau! Ein sozialistisches Niveau!)

Alles passiert nur nach dem Motto: Nach außen Hui und nach innen Pfui.

(Beifall bei der SPD – Alexander König (CSU):
Wenig zur Sache bisher!)

Lassen wir uns also durch die Fassade nicht täuschen, sondern wenden wir uns der tatsächlichen Lage unserer Regierung und unseres Landes zu. Nach dieser Orgie der Selbstbeweihräucherung ist vielleicht etwas Realismus angesagt.

(Manfred Ach (CSU): Fakten!)

Die Staatsregierung, meine Damen und Herren, ist schwach geworden. Der Ministerpräsident ist angeschlagen, und die CSU – –

(Manfred Ach (CSU): Aus Ihrer Stärke heraus können Sie das beurteilen! – Weitere Zurufe von der CSU!)

Präsident Alois Glück: Meine Damen und Herren, darf ich einen Moment unterbrechen? Bei so viel Unruhe und Zwischenrufen bitte ich um mehr Ruhe sowohl im Plenum als auch auf der Regierungsbank.

(Herbert Fischer (SPD): Wir haben Weihnachten und nicht Fasching!)

– Trotzdem muss jeder Redner die Möglichkeit haben, in Ruhe zu reden.

Franz Maget (SPD): Glauben Sie denn wirklich, dass Sie die großen Probleme des Landes lösen können, wenn Sie nicht einmal den Ladenschluss regeln können? Glauben Sie das wirklich? – Sie können doch gar nichts mehr.

(Beifall bei der SPD – Manfred Ach (CSU): Äußerst simpel, Ihr Beitrag!)

Sie sind in zentralen Fragen der Landespolitik orientierungs- und führungslös.

(Beifall bei der SPD)

Jüngstes Beispiel gestern: Herr Söder sagt, wir wollen die Pkw-Maut, und er begründet das mit dem Satz: Die Maut ist sinnvoll, weil sie gerecht ist. Drei Tage vorher sagt der Fraktionsvorsitzende der CSU: Wir lehnen die Pkw-Maut ab; dagegen sprechen ökologische und soziale Gründe. – Ja, was jetzt? – Sie sitzen doch nur fünf Meter auseinander. Vielleicht werden Sie sich einmal einig, was sozial und was gerecht ist.

(Joachim Herrmann (CSU): Wie viele verschiedene Meinungen hat die SPD gestern zu dem Thema vertreten?)

– Die Landtagsfraktion hat sich eindeutig und einstimmig gegen die Einführung einer Pkw-Maut positioniert.

Tatsache ist: Nur noch eine Minderheit in Bayern findet Stoiber als Ministerpräsidenten gut, ist mit seiner Arbeit zufrieden und will, dass er 2008 wieder kandidiert – nur noch eine Minderheit in Bayern. Das kommt nicht von ungefähr. Dafür gibt es inhaltliche Gründe, auf die ich noch kommen werde. Ein Grund liegt immer noch in seiner feigen Flucht aus Berlin. Die Scheu davor, Verantwortung in der Großen Koalition zu übernehmen, statt hier dauernd gegen sie anzustänkern, bleibt dauerhaft als Makel bestehen.

(Beifall bei der SPD)

„Die Welt“ schreibt dazu – ich zitiere –:

Der Besserwisser hat Kollateralschäden verursacht, die kaum abzusehen sind. Er verzockte den letzten großen Trumpf der Union, die moralische Überlegenheit.

(Beifall bei der SPD)

Weiter schreibt „Die Welt“ – das muss man sich wirklich einmal anhören –, eine konservative Zeitung in Deutschland:

Das Getöse aus München wird für lange Zeit nur mehr als Folklore wahrgenommen werden. Die CSU als Trachtenverein und Stoiber als schwarzer Oskar: Auf einen Schlag hat ein Zocker Bayerns größtes Kapital verspielt, den Respekt.

(Beifall bei der SPD)

Die Menschen sagen: Wer zu schwach ist, um Verantwortung in Berlin zu übernehmen, für den ist Bayern zu schade, um von ihm regiert zu werden.

(Beifall bei der SPD)

Nun denken Sie offenbar an das Ende Ihrer Karriere und wollen – so haben Sie sich ausgedrückt – nur noch ein Wurzelwerk suchen und pflegen – fürwahr eine merkwürdige Einlassung für einen starken Ministerpräsidenten. Die „Passauer Neue Presse“ bemerkt dazu – ich zitiere –: „Stoiber verbreitet Endzeitstimmung.“

(Zuruf von der CSU)

– Ich habe das nicht verstanden. Wollen Sie es mir noch einmal sagen?

(Joachim Herrmann (CSU): Er hat gesagt, die haben auch nicht immer recht!)

– Das stimmt allerdings. Da gebe ich Ihnen recht.

Jetzt haben Sie auch noch eine Kabinettsumbildung angekündigt. Die „Frankenpost“ sieht sogar ausgerechnet den

bayerischen Finanzminister Faltlhauser als ersten Kandidaten für ein Ausscheiden aus dem Kabinett.

(Johanna Werner-Muggendorfer (SPD): So was!)

– So was. Herr Kollege Christ hat den Ausschnitt sogar dabei. Der erste Kandidat für ein Ausscheiden sind angeblich ausgerechnet Sie, Herr Prof. Dr. Faltlhauser. Dabei hat er Sie doch gerade noch so gelobt. Vielleicht haben Sie Glück, Herr Prof. Dr. Faltlhauser; denn die „Frankfurter Allgemeine Zeitung“ konstatiert Folgendes – ich zitiere –: „Es ist ein geschwächter Stoiber, der taktieren muss und wenig handeln darf, um an der Spitze weiter geduldet zu werden.“

Meine Damen und Herren, dabei muss man fraglos anerkennen, dass Bayern nicht nur ein wunderschönes Land ist – ich meine, das schönste auf der Welt, wofür Sie wenig können –,

(Alexander König (CSU): Und gut regiert!)

sondern auch ein erfolgreiches Land war und ist. Viele Entscheidungen und Weichenstellungen in diesem Land hätten wir nicht anders getroffen als Sie.

(Zurufe von der CSU: Oh!)

Die wirtschaftliche Situation ist besser als die anderer Länder, aber dafür – und hier stimme ich Ihnen ausdrücklich zu, Herr Dr. Stoiber – muss man kämpfen. Ich sage, Bayern ist gut, aber Bayern könnte noch viel mehr.

(Beifall bei der SPD)

Für Leistungen der Vergangenheit bekommt man wenig, wenn man die Chancen der Zukunft verspielt. Deswegen zum letzten Mal ein Zitat aus der „Frankfurter Allgemeinen Zeitung“. Da schreibt man über Edmund Stoiber am 26. November: „Der CSU-Chef rennt von Termin zu Termin, sagt irgendwas zu fast jedem Thema, gerät ständig in semantische Nöte und verliert den Überblick über sein Land und seine Partei.“ – So ist es. Es geht um den Überblick über unser Land.

Gegenwärtig hilft uns eine erfreuliche konjunkturelle Entwicklung in Deutschland. Wachstum, steigende Steuereinnahmen, die Entwicklung der Gewerbesteuer in den Kommunen, Exportstärke – die viel gescholtene Politik von Gerhard Schröder und die gezielten Wachstumsimpulse der Bundesregierung zeigen Wirkung. Wir haben keinen Anlass zur Euphorie, aber die Situation auf dem Arbeitsmarkt wird besser, was sich natürlich auch in Bayern auswirkt. Die Einnahmen steigen deutlich an. Allein die Mehrwertsteuer spült in den bayerischen Haushalt in den nächsten Jahren jedes Jahr 900 Millionen Euro. Ich denke, das ist Anlass genug, endlich zu einer nachhaltigen und zukunftsorientierten Haushaltspolitik zu kommen.

Die bayerische Haushaltspolitik – Sie haben sich mit Selbstlob geradezu überschüttet – lässt in Wahrheit Zuverlässigkeit und Stetigkeit vermissen. Sie ist ein

ständiges Auf und Ab. „Raus aus den Kartoffeln, rein in die Kartoffeln“ ist die Devise. 1995 bis 2003 haben Sie atemlos Geld ausgegeben und Privatisierungserlöse in Milliardenhöhe verbraucht. 2004 bis 2006 haben Sie Kürzungsorgien veranstaltet, dargestellt als Sorge um die Zukunft. In Wahrheit war die schwarze Null lediglich als Wahlkampfschlager für 2006 geplant. Im Jahr 2008 – das ist auch schon ausgeplaudert worden und in den Zeitungen nachzulesen – soll wieder umfassend Geld ausgegeben werden. Sie haben Milliarden-Programme für alles Gute, Schöne und Nützliche angekündigt für 2008. – Komisch, so ein Zufall, ausgerechnet 2008. Wie gut, dass da in Bayern zufällig Landtagswahlen stattfinden. Ich sage Ihnen aber, Haushaltspolitik muss den Menschen dienen und darf sich nicht nach Ihrem Wahlkampfkalender richten, sehr geehrter Herr Ministerpräsident.

(Beifall bei der SPD)

Dabei hätten wir jetzt eine gute Gelegenheit, eine nachhaltige Haushaltspolitik zu betreiben. Sie haben 2,5 Milliarden Euro an Mehreinnahmen. Doch diese Mehreinnahmen führen nicht zu höheren Investitionen für unsere Zukunft. Die Staatsausgaben steigen, aber die Investitionsquote bleibt niedrig. Sie haben in den Jahren, in denen Sie regieren, die Investitionsquote in Bayern halbiert. Das ist schlecht für die Zukunft dieses Landes; das ist ein Armutszeugnis und kein Reichtumsbericht.

(Beifall bei der SPD)

Mittlerweile sind die Folgen dieser Politik offenkundig. Die „Süddeutsche Zeitung“ schreibt, der Freistaat lässt seine Bauten verkommen. Hier geht es um den Bericht des Obersten Rechnungshofs. Sie haben nicht recht, wenn Sie sagen, unsere Politik ist für die kommenden Generationen gedacht. Weil Sie nichts investieren für die kommenden Generationen, schaden Sie der Zukunft dieses Landes.

(Beifall bei der SPD)

Es gibt keinen Zweifel: Bayern hat bessere Finanzdaten als andere Länder in Deutschland, aber wohlfeile und allseits beliebte Ländervergleiche nützen an dieser Stelle wenig. Besser als Vergleiche anzustellen, wäre es in der Tat, Herr Finanzminister, im Rahmen der Föderalismusreform II den Länderfinanzausgleich auf den Prüfstand zu stellen.

Es mag einmal gut und fair gewesen sein, was verabredet wurde, aber die Dinge haben sich geändert. Schauen Sie sich die anderen Länder einmal an, blicken wir zum Beispiel nach Sachsen: Das ist ein Nehmer-Land im Länderfinanzausgleich und bekommt ungefähr eine Milliarde Euro. Wissen Sie, was dieses Land in den von Ihnen soeben so viel gelobten Pensionsfonds in diesem Jahr einstellt? – 314 Millionen Euro stellt Sachsen in den Pensionsfonds ein. Wie viel stellt Bayern im nächsten Jahr ein?

(Susann Biedefeld (SPD): Null Euro!)

Null Euro! Sie loben den Pensionsfonds, zahlen aber nichts, und Sachsen bezieht Geld aus dem Länderfinanzausgleich und kann damit den Pensionsfonds speisen. Ist das noch gerecht? Ist das noch ein guter Länderfinanzausgleich? – Ich meine: Nein. Das muss korrigiert werden. Das ist auch eine Frage der Gerechtigkeit.

(Beifall bei der SPD)

Herr Ministerpräsident, andere Länder zahlen aus den Einnahmen aus dem Länderfinanzausgleich Ganztagschulen. Sie nicht! Mir scheint, Ihnen ist es lieber, in anderen Ländern über Mittel aus dem Länderfinanzausgleich Ganztagschulen zu errichten, anstatt im eigenen Land mit eigenem Geld das Gleiche zu tun.

(Joachim Herrmann (CSU): Das ist abenteuerlich!)

– Das ist nicht abenteuerlich, sondern das ist eine Hausaufgabe, die Sie einmal zu erledigen haben. – Übrigens, manchmal helfen Vergleiche im eigenen Land weiter, meine sehr geehrten Damen und Herren. Vergleichen Sie zum Beispiel die Haushaltsdaten Bayerns mit denen unserer Landeshauptstadt München. München hat auch einen ausgeglichenen Haushalt. München tritt sogar in diesem und im nächsten Jahr in die Schuldentilgung ein, was Sie nicht schaffen, Herr Faltlhauser.

(Susann Biedefeld (SPD): Hört, hört!)

Der bemerkenswerteste Unterschied liegt darin: München hat im Gegensatz zu Ihnen sämtliches öffentliche Eigentum behalten, nichts verscherbelt und nichts verkauft.

(Lebhafter Beifall bei der SPD)

Überall dort, wo die CSU Verantwortung trägt, wird öffentliches Eigentum verhökert und werden damit Haushaltslöcher gestopft. Die Landeshauptstadt München hat alles behalten, jede Wohnung, die Stadtwerke, die Verkehrsbetriebe, die Krankenhäuser, und tritt noch in den Schuldendienst ein. Das ist eine bessere Haushaltspolitik.

(Lebhafter Beifall bei der SPD)

Präsident Alois Glück: Herr Kollege Maget, gestatten Sie eine Zwischenfrage des Abgeordneten Prof. Faltlhauser?

Franz Maget (SPD): Sofort. – Das zeigt ein noch stärkeres Bewusstsein für die Bedeutung der öffentlichen Daseinsvorsorge.

Präsident Alois Glück: Herr Abgeordneter Faltlhauser, bitte.

Prof. Dr. Kurt Faltlhauser (CSU): Herr Kollege, würden Sie angesichts Ihres abenteuerlichen Vergleichs zwischen dem Landeshaushalt und dem Stadthaushalt zur Kenntnis nehmen, dass die Landeshauptstadt München trotz extrem steigender Gewerbesteuer, trotz der Einführung

einer Zweitwohnungssteuer gegen Studenten und gegen arme Polizisten

(Zurufe von der SPD: Oh, oh! – Dr. Thomas Beyer (SPD): Danke schön, Herr Beckstein!)

seit 1994 eine Steigerung ihrer Pro-Kopf-Verschuldung um 146 % verzeichnete, während andere vergleichbare Großstädte in der Bundesrepublik Deutschland ihre Pro-Kopf-Verschuldung um 33 % senkten?

Franz Maget (SPD): Herr Finanzminister, würden Sie zur Kenntnis nehmen, dass die Landeshauptstadt München bis zum Jahr 2010 600 Millionen Euro ihrer Schulden abbaut, während Sie keinen Euro und keinen Cent abbauen? Ist das denn nicht ein schöner Unterschied in der Haushaltspolitik zwischen Stadt und Land, der leider nicht für Sie spricht?

(Beifall bei der SPD)

Präsident Alois Glück: Herr Kollege, gestatten Sie eine weitere Zwischenfrage?

Franz Maget (SPD): Selbstverständlich. Ich unterhalte mich immer gern mit dem Finanzminister. Er soll es ja nicht mehr lange sein, habe ich gelesen.

(Prof. Dr. Kurt Faltlhauser (CSU): Das sehe ich mit Gelassenheit!)

– Ich auch.

Prof. Dr. Kurt Faltlhauser (CSU): Heißt das, dass Sie die Haushaltspolitik der Landeshauptstadt München so interpretieren, dass man zunächst eine dramatische Netto-neuverschuldung aufbauen kann, um dann aus optischen Gründen ein bisschen nach unten zu gehen?

Franz Maget (SPD): Sie haben im Jahr 2005 den höchsten Schuldenstand erreicht, den Bayern je hatte.

(Beifall bei der SPD)

2005 war der höchste Schuldenstand zu verzeichnen, den Bayern je hatte, und dafür tragen Sie die Verantwortung.

(Beifall bei der SPD – Zuruf des Abgeordneten Prof. Dr. Kurt Faltlhauser (CSU))

– Sie dürfen gerne weiter fragen; das ist in Ordnung. – Jetzt stellt sich natürlich die Frage: Wohin versickern die 2,5 Milliarden Euro, die Sie zusätzlich einnehmen? – Sie versickern im Haushalt, in einer viel zu großen Ministerialbürokratie und in einer zu großen Staatsverwaltung in den obersten Dienstbehörden im Freistaat Bayern.

(Beifall bei der SPD)

Der Oberste Rechnungshof schreibt dazu:

Die Zahl der Spitzenpositionen bei Staatskanzlei und Staatsministerien hat sich in den letzten zehn Jahren wie folgt entwickelt: bei den B-3-Stellen plus 2,5%, bei den B-6-Stellen plus 14 %, bei allen Stellen zwischen A 16 und B 9 insgesamt plus 4 %.

Oben werden also die Stellen fett ausgeweitet, und unten bluten die kleinen Verwaltungsangestellten und müssen mit ihrer Arbeit die Zeche bezahlen.

(Beifall bei der SPD)

Diese Schlussfolgerung war allerdings von mir und nicht vom Obersten Rechnungshof.

Auch Ihre viel gelobte Polizeireform ist Murks, meine Damen und Herren. Nach Meinung der Fachleute verschlingt sie 60 Millionen Euro ohne positives Resultat. Die Polizeipräsidenten wissen das und könnten darüber berichten, wenn Sie ihnen keinen Maulkorb umgehängt hätten. – Das Geld verschwindet also in der Bürokratie im Freistaat Bayern.

Meine Damen und Herren, im Haushalt müssen Prioritäten auf den wichtigsten Feldern gesetzt werden. Ich will Ihnen einige nennen. Ich beginne mit denen, die Sie bezeichnenderweise völlig ausgelassen haben. Bei Ihnen findet sich nichts zum Thema Umwelt, nichts zum Thema Klimaschutz, nichts zum Thema Gesundheit. Wir hätten von Ihnen auch gerne eine Antwort auf die Lebensmittelskandale in Bayern in den letzten Wochen und Monaten gehabt.

(Susann Biedefeld (SPD): Einfach ausgeblendet!)

Deswegen dazu einige Anmerkungen: Erstens. Bayern könnte Feinkostladen Europas sein.

(Lachen bei der SPD)

„Könnte“, meine Damen und Herren! Wenn man heute von der Schmankerlecke Bayern spricht, kommt schallendes Gelächter auf. Das ist doch das Problem. Sie haben mit Ihrer Nachlässigkeit in dieser Frage dem Qualitätsanspruch der bayerischen Lebensmittel und noch dazu unserer Ernährungswirtschaft massiv geschadet.

(Beifall bei der SPD)

Weil Sie so selbstgerecht und ahnungslos sind, hat Herr Herrmann den Untersuchungsausschuss als den bisher überflüssigsten bezeichnet, den wir je hatten. Was stellt sich jetzt heraus? – Jede Woche, fast jeden Tag gibt es einen neuen Lebensmittelskandal. Da werden Waren umetikettiert; da werden ekelerregende Lebensmittel in Umlauf gebracht, und das alles unter dem Etikett „Qualität aus Bayern“. Das ist ein nachhaltiger wirtschaftlicher Schaden für uns und unsere Landwirtschaft.

(Beifall bei der SPD)

In Ihrer Regierungserklärung hätte ich gerne etwas zu der Frage gehört, was Sie jetzt zu unternehmen gedenken, um unsere Landwirtschaft und unsere Ernährungswirtschaft wieder zu stärken.

Zweitens. Bayerns Landwirtschaft und Bayerns Ernährungswirtschaft brauchen gentechnikfreies Saatgut und gentechnikfreie Lebensmittel. Herr Seehofer, ein CSU-Minister in Berlin, hat leider angekündigt, den Einsatz grüner Gentechnik erleichtern zu wollen. Ich halte das für einen Irrweg und für einen schweren Fehler. Mein Credo lautet: Gute Landwirtschaft ist gentechnikfrei, gute Landwirtschaft braucht keine Gentechnik.

(Beifall bei der SPD)

Drittens. Bayern muss Weltmarktführer auf dem Feld der erneuerbaren Energien werden. Dieses Ziel kann nicht erreicht werden, wenn Sie, meine Damen und Herren, weiter an der Atomenergie festhalten.

(Beifall bei der SPD)

Ich höre von Herrn Söder, dass er dagegen ist, dass ein Endlager für abgebrannte Kernbrennstäbe in Bayern errichtet wird. Jawohl, da sind wir auf Ihrer Seite. Wir möchten auch kein Endlager für abgebrannte Kernbrennstäbe in Bayern, Herr Ministerpräsident. Wer sich aber für Atomenergie einsetzt, wer 70 % seiner Energieversorgung aus Atomenergie bezieht, wer den Ausbau der Atomenergie fordert, der wirkt nicht glaubwürdig, wenn er sagt: Aber den Dreck sollen gefälligst andere nehmen.

(Beifall bei der SPD)

Das ist nicht in Ordnung, meine sehr geehrten Damen und Herren.

Unsere Chance liegt eben nicht in der Beibehaltung eines Atomkurses, sondern in der technologischen Entwicklung alternativer Energien. Bayern hat dafür die besten Voraussetzungen, weil unsere Bevölkerung umweltbewusst ist und sämtliche Bundesprogramme zur Förderung alternativer Energien in Bayern besonders stark nachgefragt werden. Sie wollen das aber nicht, sondern halten an der Atomenergie fest. Das ist aus ökonomischer und ökologischer Sicht eine katastrophale Politik.

Viertes Thema: Bayern muss ein Land der Gerechtigkeit werden und darf sein soziales Gesicht nicht verlieren. 2003 hat die CSU bei den Landtagswahlen einen großen Erfolg erzielt, weil sie den Menschen vor den Wahlen verschwiegen hat, was sie nach der Wahl an radikalen Kürzungsmaßnahmen durchsetzen wollte. Prinzessin von Thurn und Taxis, die Präsidentin des Bayerischen Roten Kreuzes, sagte über Ihre Sozialpolitik, Herr Ministerpräsident: „Mich erschreckt die Kälte, die Ministerpräsident Stoiber neuerdings in sozialen Fragen an den Tag legt.“

(Beifall bei der SPD)

Ich sage: Wenn es in Bayern gerecht zugehen soll, dann müssen wir gerade die Schwachen mitnehmen. Heute ist

es leider so, dass selbst die Schuldnerberatungen Insolvenz anmelden müssten, wenn Sie nicht in einer Notaktion gerade noch rechtzeitig eine halbe Million Euro über den Tisch geschoben hätten. Die Schuldnerberatung ist nur *ein* Beispiel. Kürzungen gab es über alle Bereiche hinweg: bei der Familienberatung und bei den Familienleistungen, bei der Jugendförderung, im Landesplan für Menschen mit Behinderungen, beim Blindengeld, im Landesplan für Altenhilfe, bei der Ausländerberatung und so weiter und so fort. Jetzt verkaufen Sie es als großen Erfolg und gute vorweihnachtliche Botschaft, dass Sie im Sozialetat angeblich nicht weiter kürzen. Noch vor zwei Jahren haben Sie die sozialen Einrichtungen und Dienste auf offener Straße überfallen und brutal ausgeraubt, –

(Heiterkeit der Abgeordneten Johanna Werner-Muggendorfer (SPD))

und jetzt sagen Sie: Seid froh, dass wir euch heuer nicht schon wieder überfallen und ausrauben.

(Beifall bei der SPD)

Sie kommen gar nicht auf die Idee, ihnen das Geraubte wieder zurückzugeben.

(Zuruf des Abgeordneten Dr. Thomas Beyer (SPD))

Der Präsident des Diakonischen Werkes der Evangelisch-Lutherischen Kirche in Bayern, Herr Dr. Markert, sagt dazu so einfach wie unmissverständlich – ich zitiere:

Die Streichungen der Bayerischen Staatsregierung gefährden das soziale Bayern. Das geht nicht zugunsten, sondern zulasten der kommenden Generationen.

Dem ist wenig hinzuzufügen.

(Beifall bei der SPD – Susann Biedefeld (SPD): Wenig zukunftsfähige Politik!)

Fünfter Punkt: Soziale Gerechtigkeit ist in Deutschland und in Bayern in den Augen der meisten Menschen ein ganz besonders wichtiges Gut. Das gilt gerade auch gegenüber pflegebedürftigen Menschen, ob zu Hause oder in Pflegeheimen. Bezeichnenderweise haben Sie auch dieses Thema ausgespart. Derzeit leben knapp 100 000 Menschen in Bayern in Pflegeeinrichtungen. Nicht überall sind die Pflegebedingungen menschenwürdig und dem angemessen, was wir uns selbst für unser eigenes Alter vorstellen und wünschen würden. Deshalb wollen wir Verbesserungen in der Pflege erreichen und werden dazu Vorstellungen für ein neues Bayerisches Heimgesetz vorlegen. Sie wollen offenbar keine Verbesserungen für die Pflegebedürftigen erreichen. Anders ist es nicht zu erklären, dass Sie sich aus der staatlichen Förderung der stationären Altenhilfe zurückziehen und dafür alle Zuschüsse des Staates streichen.

(Beifall bei der SPD)

Das ist wirklich keine sozialpolitische Großtat und ein schlimmer Fehler, weil er nachhaltige Folgen haben und zur Privatisierung und Verteuerung der Pflege führen wird. Die Vorsitzende der Landesarbeitsgemeinschaft der Freien Wohlfahrtspflege kommentiert Ihre Entscheidung wie folgt:

Für die Heimträger innerhalb der Freien Wohlfahrtspflege, aber auch für die Gebietskörperschaften ist der Rückzug des Freistaates aus der Investitionskostenförderung ein massiver Vertrauensbruch. Dieser Wegfall der Förderung durch den Freistaat Bayern führt zu einer Erhöhung der Heimkosten von bis zu 130 Euro monatlich.

(Beifall bei der SPD)

Das ist Politik zulasten der schwächsten Menschen in unserem Lande.

Sechster Punkt: Auch Familien mit Kindern leben gerne in Bayern. Sie haben aber Probleme, insbesondere was die Kinderbetreuung betrifft. Sie haben diesem Thema eine erfreuliche Aufmerksamkeit gewidmet. Bayern könnte in der Tat das familienfreundlichste Land Deutschlands sein. Warum sind wir das aber bei Weitem nicht? – Wir sind es nicht, weil die Mehrheitspartei in vielen gesellschaftspolitischen Fragen, insbesondere beim Frauen- und Familienbild, immer noch nicht in der Gegenwart angekommen ist, –

(Beifall bei der SPD)

sondern an alten, völlig überholten Ideologien festhält. Für diese Rückständigkeit der CSU müssen Frauen und Familien in Bayern einen hohen Preis bezahlen. Bayern ist das Land mit dem schlechtesten Angebot an Kinderkrippen in ganz Deutschland.

(Joachim Unterländer (CSU): Das stimmt doch gar nicht!)

Das liegt daran, dass Sie noch vor wenigen Jahren Kinderkrippen als sozialistisches Teufelszeug verunglimpft haben, auch in diesem Haus.

(Beifall bei der SPD)

Heute, Herr Kollege Unterländer, fordert die Münchner CSU einen Versorgungsgrad mit Kinderkrippen von 60 %.

(Johanna Werner-Muggendorfer (SPD): Respekt!)

Das muss man sich einmal vorstellen. Vor Jahren haben Sie noch gesagt, Kinderkrippen kommen für uns nicht infrage; jetzt fordern Sie einen Versorgungsgrad von 60 %. Das ist ein Treppenwitz.

Wenn Sie im Doppelhaushalt – Frau Stewens, Sie sind nicht zu beanstanden, Sie haben sechs Kinder, ich

komme darauf nachher noch zu sprechen – wenigstens die Zuschussmittel des Freistaates Bayern eingestellt hätten, die Sie bräuchten, um einen Versorgungsgrad von 60 % bei den Kinderkrippen in München zu realisieren,

(Susann Biedefeld (SPD): Bayernweit!)

dann wäre das eine konsistente Politik. Weil Sie das nicht getan haben, ist es reine Wählertäuschung.

(Beifall bei der SPD)

Nein, mit jungen Familien haben Sie wenig im Sinn. Auch unserem Vorschlag, das letzte Kindergartenjahr kostenfrei zu stellen, verweigern Sie sich. Herr Söder darf das zwar fordern, weil die Menschen es wünschen; aber die CSU hält wenig davon.

(Margarete Bause (GRÜNE): Morgen fordert Söder das Gegenteil!)

Frauen sind in Bayern nach wie vor benachteiligt, wenn sie Beruf und Familie unter einen Hut bringen wollen. Wir wollen Wahlfreiheit: Es ist völlig in Ordnung, wenn ein Vater oder eine Mutter zu Hause bei seinen oder bei ihren Kindern bleibt. Es ist aber auch in Ordnung, wenn ein Vater oder eine Mutter Kinder haben und einer beruflichen Tätigkeit außer Haus nachgehen will.

(Beifall bei der SPD)

Dafür müssen wir die Rahmenbedingungen schaffen.

Die Bayerische Verfassung fordert gleiche Chancen für Frauen. Die sind in Bayern nicht gegeben. Werfen wir einen Blick in unsere Hochschulen: Mehr junge Frauen als junge Männer machen das Abitur, und junge Frauen nehmen häufiger als junge Männer ein Studium auf. An den bayerischen Hochschulen aber beträgt der Professorinnenanteil nur 9,4 %. Das ist der letzte Platz in Deutschland.

(Beifall bei der SPD)

82 % der Professorinnen haben keine Kinder.

(Johanna Werner-Muggendorfer (SPD): Was sagt uns das?)

Das beweist doch, dass es für Frauen, die beruflich genauso erfolgreich wie Männer sein wollten, nicht möglich war, Kinder und Beruf unter einen Hut zu bringen. Das ist der Beweis. Das betrifft nicht nur Professorinnen – um die geht es hier nicht in erster Linie –, sondern alle Frauen in diesem Land.

(Beifall bei der SPD)

Frau Stewens, Sie haben sechs Kinder, das ist in Ordnung. Im Jahr 2005 gab es in Bayern nur noch 107 000 Geburten. Das ist der niedrigste Stand seit 1979, obwohl wir damals 1,6 Millionen Einwohner weniger hatten. Das ist das Ergebnis Ihrer Familienpolitik!

(Zuruf des Abgeordneten Joachim Wahnschaffe (SPD))

Im Übrigen ist das auch kein Wunder, Frau Merk, Frau Müller und Frau Stewens, dass es nur drei Frauen in die Bayerische Staatsregierung geschafft haben. Drei Frauen unter 18 Kabinettsmitgliedern, das ist der schlechteste Stand von allen deutschen Regierungen. Das ist armselig, was Sie hier zustande bringen, Herr Stoiber!

(Beifall bei der SPD – Johanna Werner-Muggendorfer (SPD): Das ist Wahnsinn und armselig!)

Jetzt haben Sie, Herr Stoiber, Ihre Zukunftskommission vorgestellt. Wie hieß das: Die 19 besten Köpfe Bayerns? Das haben Sie gesagt, Herr Stoiber. Darunter ist nicht eine einzige Frau! Herr Stoiber, so etwas gibt es doch sonst nur in muslimischen Gottesstaaten, aber nicht in einer Demokratie, in der Frauen und Männer gleiche Rechte haben.

(Anhaltender Beifall bei der SPD und bei den GRÜNEN)

Die Rettung naht aber, denn die CSU diskutiert ein neues Grundsatzprogramm. Man höre und staune: Im neuen Grundsatzprogramm versucht die CSU, in der Gegenwart anzukommen. Es kommen Frauen darin vor, Familien, sogar die Gleichstellung der Frau. Sogar Lesben und Schwule kommen darin vor.

(Alexander König (CSU): Nur kein Neid!)

Die CSU sagt, das ist keine Krankheit, sondern nur eine Lebensform. Herzlichen Glückwunsch für diese großen Anstrengungen, die Sie leidenschaftlich diskutiert haben.

(Lebhafter Beifall bei der SPD)

Präsident Alois Glück: Herr Maget, gestatten Sie eine Zwischenfrage aus Ihrer Fraktion?

Franz Maget (SPD): Jetzt war ich gerade so schön drin, aber ich gestatte sie.

Dr. Christoph Rabenstein (SPD): Herr Kollege, halten Sie es für richtig, dass auf der einen Seite das Handy-Verbot an den Schulen gilt, dass aber auf der anderen Seite der Herr Ministerpräsident während Ihrer Rede ständig mit dem Handy spielt?

(Heiterkeit bei der SPD und bei den GRÜNEN – Alexander König (CSU): Das musste unbedingt gefragt werden!)

Franz Maget (SPD): Das habe ich nicht bemerkt, aber da will ich großzügig sein. Wenn er den Frauen in unserer Gesellschaft endlich faire Chancen gibt, dann darf der Ministerpräsident mit dem Handy telefonieren. Dann ist das für mich in Ordnung.

(Heiterkeit und Beifall bei der SPD – Alexander König (CSU): Super-Frage und Super-Antwort!)

Ihr CSU-Grundsatzprogramm hat eine einzige Funktion: Sie wollen wie ein „Hobo“ auf einen fahrenden Zug aufspringen, der in Richtung Gegenwart und Zukunft fährt. Ich wünsche Ihnen, dass Sie wenigstens noch den letzten Waggon erreichen.

(Beifall bei der SPD)

Siebter Punkt. Es ist mittlerweile gänzlich unbestritten, dass unser Bildungssystem unterfinanziert ist, in Bayern sogar extrem unterfinanziert ist. Dieser Befund gilt für die gesamte Bildungskette von der Kindertagesstätte über die Schulen und Hochschulen bis zur Erwachsenenbildung. Bei der Erwachsenenbildung wollten Sie sich ganz aus der Förderung zurückziehen. Unsere Hochschulen haben mit einer Überlast von 200 % bis 300 % zu kämpfen. Jetzt hätte es die Möglichkeit gegeben, unser Bildungssystem endlich besser zu finanzieren. Die Bürgerinnen und Bürger Bayerns zahlen im nächsten Jahr 900 Millionen Euro allein durch die höhere Mehrwertsteuer. Wenn man die Bürger schon zur Kasse bittet, dann sollen sie wenigstens etwas Vernünftiges dafür bekommen, nämlich ein besseres Bildungssystem.

(Beifall bei der SPD)

Der Anteil, den Sie für die Schulen ausgeben, ist in den letzten Jahren noch geringer geworden als er ohnehin schon war. An den Grund- und Hauptschulen sinkt die Zahl der Lehrer. Dort sollen im nächsten und im übernächsten Jahr insgesamt 1660 Planstellen gestrichen werden. Herr Stoiber hat den rührenden Brief eines Hauptschülers oder einer Hauptschulklasse aus Schwabach vorgelesen. Der Schüler hat gesagt, wir sollen die Hauptschulen nicht schlechtreden.

(Zurufe von der SPD und von den GRÜNEN)

Wir reden die Hauptschulen nicht schlecht, aber Sie behandeln sie schlecht, und das ist das Problem. Das ist der entscheidende Punkt!

(Anhaltender Beifall bei der SPD und bei den GRÜNEN)

Warum wollen die Eltern ihre Kinder denn nicht mehr an die Hauptschule geben? Warum nicht? – Sie wissen, dass ihre Kinder dort schlechtere Bildungs-, Lebens- und Arbeitsmarktchancen haben. Das ist der entscheidende Punkt. Die Eltern wissen, dass die Hauptschulen mit so vielen Problemen zu kämpfen haben und, dass Sie den Hauptschulen nicht helfen, die Probleme zu lösen. Es gibt keine Ganztageshauptschulen, es gibt keine ausreichende Ausstattung, die Klassen sind viel zu groß. Das ist es, was Sie den Hauptschulen antun. Deshalb dürfen Sie hier keine Krokodilstränen zugunsten der Hauptschulen weinen!

(Beifall bei der SPD)

Präsident Alois Glück: Herr Kollege Maget, gestatten Sie eine Zwischenfrage der Frau Kollegin Steiger?

Franz Maget (SPD): Ja.

Präsident Alois Glück: Bitte, Frau Kollegin.

Christa Steiger (SPD): Herr Kollege Maget, wie schätzen Sie die Forderung ein, die Herr Kollege Eduard Nöth von der CSU in einem Brief an den Ministerpräsidenten formuliert hat, wonach die vorausgesagten steigenden Steuereinnahmen für die Bildungspolitik einzusetzen seien, weil die Personalausstattung an den Schulen absolut „auf Kante genäht“ sei, weil es zu große Klassen gebe, weil der Unterricht ausfalle, weil die Lehrer fehlten und weil zur individuellen Förderung keine Möglichkeiten bestünden?

Franz Maget (SPD): Wunderbar, diese Frage kommt gerade recht.

(Alexander König (CSU): Können die Mitglieder Ihrer Fraktion nur im Plenum Fragen stellen, weil Sie es sonst nicht dürfen? – Zuruf des Abgeordneten Dr. Sepp Dürr (GRÜNE))

– Was der Finanzminister darf, darf der Abgeordnete auch, Herr Kollege.

Sie lassen die Hauptschulen am langen Arm verhungern, am Lande lassen Sie sie sogar sterben. Bei den Berufsschulen, Realschulen und bei den Gymnasien sieht es nicht besser aus. Ich zitiere den Vorsitzenden des Bayerischen Realschullehrerverbandes, Herrn Huber. Herr Huber sagt Folgendes: „Es ist den Realschulen versprochen worden, dass sich zumindest nichts verschlechtern wird.“

(Simone Tolle (GRÜNE): Danke schön!)

Nicht einmal dieses Versprechen ist gehalten worden, im Gegenteil.“ So weit der Vorsitzende des Bayerischen Realschullehrerverbandes. Und Herr Huber verweist darauf, Herr Ministerpräsident, dass der Klassendurchschnitt wieder steigt, dass er jetzt bei 28,83 liegt und dass es in Bayern 290 Klassen mit mehr als 34 Schülern gibt. Herr Huber sagt, wenn in Bayern keine Realschulklasse über 33 Schüler haben soll, dann bräuchten wir allein dafür 800 zusätzliche Lehrer. Angesichts der bildungspolitischen Sonntagsreden, die Sie immer halten, ist das ein Offenbarungseid.

(Beifall bei der SPD)

Der Vorsitzende des Bayerischen Philologenverbandes, Herr Max Schmidt, sagt zur Situation: „Wir haben die schlimmste Situation an unseren Schulen, seit ich Lehrer bin.“ – Der Mann ist schon seit 25 Jahren Lehrer.

(Zuruf von der SPD: Das spricht Bände!)

– Das spricht in der Tat Bände.

Achter Punkt. Wenn es gerecht zugeht, darf Bildung nicht vom Geldbeutel der Eltern abhängen.

(Beifall bei der SPD)

Diese Forderung, die im Übrigen auch in der Bayerischen Verfassung steht, wird in Bayern geradezu mit Füßen getreten. Nirgendwo in Deutschland bestimmt die Herkunft eines Kindes in dem Ausmaß über seinen Bildungserfolg und seine eigenen Lebenschancen, wie das in Bayern der Fall ist. Wenn Sie das bestreiten, dann lesen Sie Ihren eigenen bayerischen Bildungsbericht 2006. Dort stehen Ausführungen, deren Zitat ich Ihnen an dieser Stelle erspare, die aber deutlich machen, dass die Bildungschancen in Bayern extrem ungerecht verteilt sind. Ich sage, ein Bildungssystem, das nicht zumindest versucht, soziale Ungleichheit auszugleichen und aufzuheben, können wir uns nicht länger leisten. Wir können uns das aus moralischen Gründen nicht leisten, aber auch nicht aus sozialen und ökonomischen Gründen. Wir können es uns nicht leisten, dass jedes Jahr 10 % eines Jahrgangs die Schule ohne Abschluss verlassen, weil es zu wenig individuelle Förderung gibt.

(Beifall bei Abgeordneten der SPD)

In Bayern gibt es die höchste Quote an Durchfallern, und wir haben eine stets steigende Nachfrage an Nachhilfestunden für den Nachmittag. Auch das können wir uns nicht leisten. Wir brauchen mehr Ganztagschulen, deren Zahl bisher in Bayern mikroskopisch gering ist. So darf das nicht bleiben.

Wir bringen eine verlorene Generation zustande, die keine Arbeitsmarkt- und Berufschancen haben wird. Ihnen gelingt es in Ihrem Doppelhaushalt sogar, zusätzlich neue Bildungshürden mit dem Büchergeld und den Studiengebühren aufzurichten.

Bei den Studiengebühren ist übrigens kein Erlass aus wirtschaftlichen Gründen vorgesehen. Niemand kann aus wirtschaftlichen Gründen von der Zahlung von Studiengebühren befreit werden. Ist das sozial gerecht, liebe Kolleginnen und Kollegen?

(Zuruf von der SPD: Nein, das ist es nicht! – Beifall bei der SPD)

Ist das soziale Politik?

Meine Kinder und Ihre Kinder können studieren, weil es sich das Elternhaus leisten kann. Aber was macht eine Arbeiterfamilie? Was macht eine Hartz-IV-Empfänger-Familie? Wenn man weiß, dass Ausbildung immer teurer wird und man am Ende eines Studiums, wo man auch nicht weiß, ob man gleich einen Arbeitsplatz findet, mit zigtausend Euro Schulden dasteht, muss man sich fragen: Werden die Kinder ein Studium absolvieren oder beginnen? Nein, das werden sie vielfach nicht. Das ist eine schlechte Nachricht und ein schwerer Fehler Ihrer Politik.

(Beifall bei der SPD)

Ich zitiere den früheren Rektor der Münchner Universität, Herrn Prof. Heldrich. Er schrieb in der „Bayerischen Staatszeitung“ wörtlich:

Gewiss werden auch nach Einführung von Studiengebühren Abiturienten aus einkommensschwachen Familien noch den Weg zur Universität finden. Ihr Anteil an der gesamten Studentenschaft wird aber sicherlich zurückgehen. Wir müssen uns fragen, ob wir diese Auswirkung gegenüber den betroffenen jungen Leuten tatsächlich verantworten können.

Recht hat er. Wir meinen, das können wir nicht verantworten.

(Beifall bei der SPD)

Neuntens. Noch immer ist die hohe Arbeitslosigkeit das größte soziale und wirtschaftliche Problem unseres Landes, obwohl wir in den letzten Monaten einige durchaus positive Nachrichten wahrnehmen konnten. Deutschland wird, so hat man gestern in den Zeitungen gelesen, wieder zu den attraktivsten Wirtschaftsstandorten der Welt gezählt. Das ist kein Anlass zu Begeisterung, aber schon Grund zur Zuversicht.

Vor allem wollen wir aber erreichen, dass die Arbeitslosigkeit im ganzen Land Bayern zurückgeht. In Teilen unseres Landes ist sie noch bedrückend hoch. In Ostbayern, Oberfranken, im westlichen Mittelfranken ist die Arbeitslosigkeit zu hoch, auch die Jugendarbeitslosigkeit. Außerdem ist die Ausbildungssituation schlecht. In diesen regionalen Unterschieden Bayerns spiegeln sich deutlich die Versäumnisse der Staatsregierung in der Regional- und Strukturpolitik wider. Man kann über die gute Lage der Region in München froh sein. Das sind natürlich auch wir. Es hilft aber nicht den Menschen in den strukturschwachen Gebieten Bayerns.

(Beifall bei der SPD)

In Hof haben Sie zum Beispiel einen Flughafen unterstützt. Darüber kann man geteilter Meinung sein. Ich habe dieses Projekt immer mit getragen, weil ich glaube, dass es ein Hoffnungszeichen für diese Region ist. Aber ein Flughafen allein hilft natürlich nichts, wenn Sie es nicht schaffen, drumherum eine aktive Standortpolitik zustande zu bringen und dort Arbeitsplätze anzusiedeln.

(Beifall bei der SPD)

Ich weiß nicht, ob Herr Huber jetzt da ist. – Aber immerhin ist Herr Spitzner da. – Sie haben in Hof ganz groß einen Automobilzulieferpark angekündigt. Als die erste Firma kam, waren gleich vier Minister dort, um den Park zu eröffnen. Ich glaube, das war im Jahr 2004.

Wissen Sie übrigens, wie dieser Automobilzulieferpark heißt? Herr Huber liebt ja englische Begriffe. Der Automobilzulieferpark heißt „Pole Position“. Wissen Sie, wie „Pole Position“ in Hof aussieht? Den Flughafen machen Sie zu. Zulieferer und andere Betriebe haben Sie nicht

ansiedeln können. Derjenige, den man damals gefeiert hat, ist schon wieder weg. Und auf der aktuellen Homepage der „Pole Position“ findet sich als letzter Eintrag einer vom Herbst 2005. Das Jahr 2006 findet gar nicht mehr statt.

(Beifall bei der SPD)

Das sind die Ergebnisse Ihrer bayerischen Regionalpolitik.

Vielleicht wäre es besser, statt wohlklingender Cluster einmal tatsächlich handfeste, praktische Industriepolitik zu machen.

(Beifall bei der SPD)

Dazu gehört übrigens auch eine Stärkung unserer Infrastruktur. Viele konkrete Projekte sind überfällig. Wir brauchen sie dringend.

Mit einer Pkw-Maut würde ich die Finanzierung nicht vornehmen. So schreibt auch die „Süddeutsche Zeitung“ über Ihren Vorschlag: „So ist der neuerliche Maut-Vorschlag der CSU kein ernsthafter Diskussionsbeitrag“, Herr Söder, „sondern Effekthascherei einer Partei, die sich sorgt, bundespolitisch an Bedeutung zu verlieren.“

(Beifall bei der SPD)

Was wir nicht brauchen, ist ein Transrapid. Sie haben nicht einmal das Geld, den Transrapid zu finanzieren. Das ist auch gut so. Deswegen bin ich damit zufrieden.

Ich komme zum Schluss. Wir haben durch die Föderalismuskommission in der Tat neue Möglichkeiten der Gestaltung in der Landespolitik. Das müssen Sie aber auch können und schaffen, Herr Kollege Herrmann. Lassen Sie uns den Ladenschluss regeln. Lassen Sie uns ein Rauchverbot in den Gaststätten durchsetzen. Machen wir das! Das können wir.

Aber bei Ihnen geht es drunter und drüber. Bei der Pkw-Maut sind Sie sich nicht einig. Beim Ladenschluss sind Sie sich nicht einig. Beim staatlichen Wettmonopol sind Sie sich nicht einig. Wie es beim Rauchverbot ist, weiß ich nicht. Beim letzten Kindergartenjahr sind Sie sich auf jeden Fall nicht einig. Für die Untersuchung von Kindern könnten wir längst ein eigenes Landesgesetz haben. Im Saarland ist ein solches Gesetz bereits einstimmig beschlossen worden. Es schließt auch eine Untersuchung ein. Jetzt machen auch wir das. Wir legen Ihnen gern einen solchen Gesetzentwurf zur Zustimmung vor.

Herr Stoiber will seine Regierung umbilden. Das wäre natürlich hilfreich. Aber wirklich nützen wird es nicht. Nur eine andere Politik, eine bessere Politik für unser Land würde etwas nützen. Aber eine solche Politik bringen Sie nicht mehr zustande.

(Lang anhaltender lebhafter Beifall bei der SPD)

Zweiter Vizepräsident Prof. Dr. Peter Paul Gantzer: Als Nächster hat sich Herr Kollege Dürr zu Wort gemeldet.

Dr. Sepp Dürr (GRÜNE): Herr Präsident! Kolleginnen und Kollegen! Herr Ministerpräsident, Sie haben heute viel über Zukunft geredet, auch über Bayern 2020. Sie haben von Generationengerechtigkeit und nachhaltiger Politik schwadroniert. Aber der Haushaltsentwurf, den wir diese Woche beraten, ist weder gerecht noch nachhaltig.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Er ist überhaupt nicht zukunftsfähig. Die entscheidenden Zukunftsaufgaben, vor denen Bayern steht, Klimaschutz und Bildung, können Sie mit diesem bescheidenen Machwerk nicht bewältigen.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Im Gegenteil, Sie verschieben alle wichtigen Maßnahmen auf den Sankt-Nimmerleins-Tag. Sie verschieben Kosten, vor allem Folgekosten, auf andere, auf Familien, auf Kommunen, auf die Zukunft. Sie belasten die künftigen Generationen, behaupten aber, das sei Generationengerechtigkeit. Das ist doch absurd!

(Beifall bei den GRÜNEN)

Sie reden von Bayern 2020, Herr Ministerpräsident. Aber Sie denken höchstens bis 2010.

Sie wollen um jeden Preis 2008 noch einmal als Kandidat antreten, und das kommt Ihnen so vor wie eine große Vision. Aber mit dieser Vision stehen Sie in Bayern ziemlich allein da.

(Beifall bei den GRÜNEN – Widerspruch von der CSU)

Die Mehrheit der Bayern will nicht, dass Sie noch einmal antreten.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Die Mehrheit der Bayern hat kein Vertrauen mehr in Ihre Fähigkeiten, Herr Ministerpräsident, die Zukunftsfragen zu lösen.

Sie haben die Frage gestellt: Was sind die entscheidenden Trends? Aber auf die Trends, die Bayerns Zukunft mehr als alle anderen bestimmen, haben Sie keine Antwort: auf Klimawandel und zunehmende Ungerechtigkeit. Sie behaupten: „Wir nehmen die Menschen ernst, wir teilen ihr Gerechtigkeitsempfinden.“ Da täuschen Sie sich, denn die Menschen in unserem Land wissen, wie stark ihre Lebenswirklichkeit geprägt ist von fehlender Chancengerechtigkeit und vom rasanten Klimawandel. Sie wissen auch, wie sehr ihre Zukunft davon abhängt, dass die bayerische Politik endlich handelt.

(Beifall der Abgeordneten Christine Stahl (GRÜNE))

Nur Sie, Herr Ministerpräsident, glauben, Sie könnten weitermachen wie bisher. Die Chancen der Menschen in Bayern gehen immer weiter auseinander. Die einen haben immer mehr, die anderen noch weniger als bisher. Aber Sie tun nichts, im Gegenteil: Sie verstärken die zunehmende soziale Ungerechtigkeit, Sie beschleunigen den Trend.

Genauso ist es beim Klimawandel. Sie wissen längst, dass die heutige Art zu wirtschaften die Durchschnittstemperatur nach oben treibt. Wir leiden immer öfter unter unerhörten Hitzewellen, Wolkenbrüchen, Jahrhunderthochwassern und Stürmen. Aber Sie tun nichts, im Gegenteil: Mit Ihrer Politik beschleunigen Sie den Klimawandel.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Wir leben in spannenden Zeiten. Die politische Landschaft Bayerns ist im Umbruch. Die Menschen suchen Orientierung. Aber bei Ihnen, Herr Ministerpräsident, und Ihrer Partei werden sie nicht mehr fündig. Sie können ihnen keinerlei Orientierung geben, weil Sie selber Ihre Orientierung verloren haben.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Seit Sie mit Ihrer neoliberalen Propaganda bei der Bundestagswahl auf die Nase gefallen sind und danach sang- und klanglos die Stätte des fehlenden Triumphs geräumt haben, rätseln Sie: wohin des Wegs? Sie haben das neoliberale Pferd totgeritten, aber auf den alten konservativen Gaul können Sie auch nicht umsatteln, denn der wirkt inzwischen auf die Wählerschaft und sogar auf Sie selber wie ein alter Esel.

Was also tun? Sie wissen es nicht, und deswegen tun Sie nichts. Lieber gar nichts machen, als etwas falsch machen. Im Nichtentscheiden sind Sie heute wirklich groß.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Ob es darum geht, das Kabinett umzubilden, den unfähigen Umweltminister zu entlassen, um den Ladenschluss, um das Landesentwicklungsprogramm, um den kommunalen Finanzausgleich – überall vertagen Sie alles, was strittig ist, nichts können Sie entscheiden.

Auf der Klausurtagung der CSU-Fraktion im September haben Sie, Herr Ministerpräsident, versucht, sich von der unfähigen Großen Koalition in Berlin abzusetzen. Für alle, die das nicht mehr wissen: Das ist die Koalition, in der die CSU auch irgendwie mitregiert.

(Margarete Bause (GRÜNE): Das merkt man gar nicht!)

Die Entscheidungsprozesse dort, so haben Sie gesagt, seien langwierig und schwierig, und Sie haben weise vermerkt:

Darunter kann die Attraktivität solcher Parteien in Koalitionen leiden. Ganz anders ist die Lage in

Bayern. Bei uns in Bayern gilt: klare Mehrheit, klare Entscheidungen.

(Heiterkeit der Abgeordneten Margarete Bause (GRÜNE))

Ich zitiere weiter:

Gerade mit Blick auf die oft langwierige und schwierige Konsensfindung anderswo müssen wir den großen Vorteil einer klaren CSU-Mehrheit herausstellen. Jetzt wird deutlich, was diese klare Mehrheit für unser Land wert ist.

Das haben wir in diesem Jahr schon öfter gesehen.

(Simone Tolle (GRÜNE): Ladenschluss!)

Herr Kollege Herrmann, was ist jetzt Ihre persönliche Haltung zum Thema Ladenschluss? - Das wissen wir bis heute nicht.

Aber dieses schöne Zitat geht noch weiter:

Vom Ladenschluss

– da ist er schon –

bis zur Bildungspolitik ist jetzt vor allem auch die Gestaltungskraft der Fraktion gefordert.

sagte der Ministerpräsident im September.

(Lachen der Abgeordneten Margarete Bause (GRÜNE) – Simone Tolle (GRÜNE): Endlich!)

Wenn wir jetzt hier entschlossen anpacken, dann hat die CSU wie keine andere Partei in Bayern bei künftigen Wahlen ausgezeichnete Chancen.

Die Fraktion hat sofort reagiert und entschlossen abgestimmt: 51 : 51. Das sind Ihre Chancen.

(Beifall bei den GRÜNEN – Margarete Bause (GRÜNE): Ihr Chancenland!)

– Genau, Ihr Chancenland.

Kolleginnen und Kollegen, die Menschen in Bayern wissen: Wir leben in einer Zeit der Krisen, einer Zeit der Entscheidungen.

(Thomas Kreuzer (CSU): Wie war denn die Abstimmung bei den GRÜNEN, Herr Kollege Dürr?)

– Wir haben entschieden, das ist der Unterschied.

(Thomas Kreuzer (CSU): Wie war das Abstimmungsverhalten?)

Was Sie heute nicht tun, das entscheidet über unsere Zukunft und die Zukunft unserer Kinder. Am verheerendsten wirkt sich Ihr Versagen in der Bildungspolitik und bei der fehlenden Chancengerechtigkeit sowie bei der fehlenden Klimapolitik aus.

Sehen wir uns die bayerische Bildungspolitik etwas genauer an. Jeder sieht, dass das bayerische Bildungssystem sozial ungerecht, ineffizient, unterfinanziert und nicht genügend leistungsfähig ist. Sie, Kolleginnen und Kollegen von der CSU, wissen es auch selber, Sie gestehen es ein, aber Sie tun nichts. Ihr gegliedertes Bildungssystem ist sozial ungerecht. Nirgendwo hängen die Chancen so sehr von der Herkunft ab, von den Eltern und von der Region. Der bayerische Bildungsbericht 2006 stellt nüchtern fest – ich zitiere ihn, weil sich das der Kollege Maget gespart hat – :

Es besteht ein eindeutiger Zusammenhang zwischen der Einkommenssituation und den schulischen Leistungen. Je höher das monatliche Haushaltseinkommen, desto bessere Noten erreichen die Grundschüler.

Für diesen Befund müssen Sie sich wirklich schämen.

(Beifall bei den GRÜNEN)

So sieht es aus, Herr Ministerpräsident. So sieht es aus im Chancenland Bayern. Lesen Sie Ihren eigenen Bildungsbericht.

Extrem ist nicht nur die Abhängigkeit vom Geldbeutel der Eltern, sondern das regionale Bildungsgefälle in Bayern. Auch da ist Bayern das Land großer Chancenungerechtigkeit. Auch das wissen Sie selbst ganz genau. Die „Passauer Neue Presse“ berichtete im Januar:

CSU-Fraktion will mehr Gymnasiasten.

– Die CSU-Fraktion!

Übertrittsquote soll auch im Bayerischen Wald erhöht werden.

Anlass der neuen Zielsetzung seien die sehr niedrigen Übertrittsquoten ans Gymnasium in einigen Regionen Bayerns.

(Simone Tolle (GRÜNE): Darauf soll man doch gar nicht so Wert legen!)

So besucht in Starnberg zwar mehr als die Hälfte aller Kinder ein Gymnasium, im Bayerischen Wald sind es weniger als ein Fünftel.

Dass Ihnen das auch schon auffällt! Herzlichen Glückwunsch!

Dann sagen Sie, Kollege Herrmann, dass die Kinder in Starnberg nicht dreimal klüger seien als die im Bayeri-

schen Wald, liegt auf der Hand. Ja, woran liegt es denn dann?

(Beifall bei den GRÜNEN)

Es liegt an Ihrer Politik, Kollege Herrmann.

(Beifall bei den GRÜNEN – Zuruf des Abgeordneten Bernd Sibler (CSU))

Das ungerechte bayerische Bildungssystem ist unterfinanziert, aber Sie geben das Geld auch noch falsch aus. Sie wissen selber, dass es zu viele Schulabbrecher gibt und zu viele Wiederholer. Nach Erhebungen des Instituts für Arbeitsmarkt- und Berufsforschung findet ein Viertel der Schüler in Bayern keinen Platz in Berufsschule oder Ausbildung. Sie lassen sie in einem teuren Übergangssystem in der Luft hängen, in Lehrgängen oder Jungarbeiterklassen mit enormen Folgekosten für die Jugendlichen, aber auch für uns alle, für die Gesellschaft. Damit rauben Sie dieser Jugend ihre Zukunft.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Schuld daran ist auch, dass die vorschulische Bildung in Bayern in besonderem Maße unterfinanziert ist. Deswegen fordern wir und Bildungsexperten seit Jahren Reformen nach der Devise: früh investieren, statt später reparieren. Sie wissen selber nur allzu gut, dass es zu wenig vorschulische Bildungs- und Betreuungseinrichtungen gibt.

Im Januar zitierte die „Main-Post“ Ministerin Stewens: „Bayern braucht mehr Bildung – landesweit Mangel an Krippenplätzen.“ – Viel geändert hat sich seitdem nicht. Vor allem aber haben Sie nicht verstanden, dass auch kleine Kinder Bildungsangebote brauchen. Es genügt nicht, wenn sie irgendwo aufgehoben sind. Sie müssen gefördert werden. Tagespflege ist kein Bildungsangebot.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Ändern Sie endlich das Bayerische Kinderbildungs- und -betreuungsgesetz und sorgen Sie dafür, dass Krippen und Kindergärten für Bildungsarbeit belohnt werden.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Auch bei Ganztagschulen ist Bayern immer noch auf dem letzten Platz aller Bundesländer. Das Sie immer noch auf Ganztagsbetreuung statt auf Ganztagschulen setzen, zeigt, dass Sie von moderner Pädagogik wirklich keine Ahnung haben.

(Johannes Hintersberger (CSU): Aber du!)

Herr Ministerpräsident, Sie haben in Ihrer Regierungs-erklärung 2003 Bildungsausgaben auf internationalem

Niveau versprochen. Das ist schon eine Zeit lang her. Dieses Versprechen haben Sie bis heute nicht eingelöst.

(Beifall bei den GRÜNEN – Simone Tolle (GRÜNE): Genau!)

Fakt ist: Die Bildungsausgaben in Deutschland liegen weiter weit unter dem internationalen Niveau, und die Bildungsfinanzierung in Bayern liegt seit 20 Jahren noch weit darunter.

Wir GRÜNEN haben hier Anfang des Jahres ein Finanzierungskonzept vorgelegt über 1,75 Milliarden Euro zusätzliche Bildungsinvestitionen ohne Neuverschuldung. Aber statt unsere Vorschläge anzunehmen, ruinieren Sie, Herr Ministerpräsident, mit Ihrem unsozialen Sparkurs die Chancen und die Zukunft unserer Kinder.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Sie behaupten, Ihr Kurs des unsozialen Kaputtsparens sei eine Frage der Generationengerechtigkeit. Absurder lässt sich kaum argumentieren.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Denn zum einen haben wir Ihnen vorgerechnet, dass mehr Bildungsgerechtigkeit und mehr Bildungsinvestitionen ohne Neuverschuldung erreicht werden können. Zum anderen verlängern Sie mit Ihrem Kurs des unsozialen Kaputtsparens nur die heutige soziale Ungerechtigkeit in die Zukunft. Wer heute keine Chance hat, hat bei Ihnen auch in Zukunft keine, ebenso wenig wie dessen Kinder. Das ist absolut ungerecht.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Das ist keine Chancengerechtigkeit, das ist Ungerechtigkeit heute und in Zukunft.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Ihre Theorie der Chancengerechtigkeit, Herr Ministerpräsident, ist auch volkswirtschaftlich blanker Unsinn.

(Zuruf von den GRÜNEN): Genau!

Es handelt sich um ein und dieselbe Generation, die gleiche Generation, die von uns die öffentlichen Schulden erbt, aber auch die privaten Guthaben und Zinsen. Es ist eine Frage einer Generation und nicht eine Frage zwischen den Generationen, wie diese Vermögen bzw. diese Lasten verteilt werden. Darauf kann man heute schon Einfluss nehmen. Und auch in Zukunft kann man darauf Einfluss nehmen. Es ist aber, wie gesagt, keine Generationenfrage.

Außerdem sind Schulden zwar langfristig Verpflichtungen, aber wenn wir nur mit fremdem Geld die Leistungsfähigkeit unserer Kinder verbessern könnten – wenn das der einzige Weg wäre –, wären sie immer noch Investitionen,

die sich amortisieren. Sie würden das Kapital unserer Kinder mehren.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Ich fordere auch ein Glas Wasser!

(Zurufe)

Jetzt weiß ich nicht mehr, wo ich bin, aber ich finde es schon wieder.

(Lachen bei der CSU – Dr. Markus Söder (CSU): So geht es regelmäßig! – Joachim Herrmann (CSU): Ihnen kann keiner das Wasser reichen, lieber Herr Dürr! – Weitere Zurufe – Allgemeine Heiterkeit)

– Nun, mir könnten viele das Wasser reichen, aber das wollen nur wenige, denn das erfordert Anstrengungen. Herr Kollege, Sie müssten sich auch mal anstrengen.

(Heiterkeit und Zurufe)

Sie fordern, dass Studierende Darlehen aufnehmen. Das wollen Sie. Studierende sollen sich verschulden. Das wollen Sie schon. Aber der Staat, der sich das wirklich leisten könnte, der stark genug wäre, sich zu verschulden, der weiß, dass er in zwanzig Jahren noch Geld hat, der soll das nicht können. Was ist das für eine Logik, ha?

(Beifall bei den GRÜNEN – Heiterkeit und Zurufe von der CSU)

Eine solche Logik muss mir mal jemand erklären.

(Beifall bei den GRÜNEN – Anhaltende Zurufe)

Der Haushalt, auf den Sie stolz sind, vermindert das Kapital unserer Kinder. Sie belasten unsere Kinder mit großen Hypotheken. Wenn wir die Chancen und Talente unserer Kinder heute nicht mehren, zahlen wir morgen alle drauf.

(Zurufe von der CSU)

Kolleginnen und Kollegen, Sie erinnern sich sicherlich alle an das Gleichnis vom anvertrauten Geld; Matthäus, Kapitel 25.

(Alexander König (CSU): Respekt!)

Ein Mann ging auf Reisen und vertraute davor seinen Knechten sein Vermögen an. Dem einen gab er fünf Talente, dem anderen zwei und einem dritten eines, jedem nach seinen Fähigkeiten. Als er nach seiner Rückkehr Rechenschaft verlangte, hatte der eine mit den fünf Talenten gewirtschaftet und noch weitere fünf dazugewonnen. Der andere gewann zu den zwei ihm anvertrauten Talenten ebenfalls zwei hinzu. Da sagte der Herr zu jedem von ihnen: Du bist im Kleinen ein treuer Verwalter gewesen; ich will dir eine große Aufgabe übertragen. Nur

der, der das eine Talent erhalten hatte, hatte das Geld in der Erde vergraben. Er rechtfertigte sich: Weil ich Angst hatte, habe ich dein Geld in der Erde versteckt. Hier hast du es wieder.

(Zuruf der Abgeordneten Maria Scharfenberg (GRÜNE))

Sein Herr antwortete ihm: Du bist ein schlechter und fauler Diener. Werft den nichtsnutzigen Knecht hinaus in die äußerste Finsternis; dort wird er heulen und mit den Zähnen klappern.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Was glauben Sie, wird der bayerische Souverän zu Ihnen sagen, wenn er Rechenschaft verlangt? „Ich will dir eine große Aufgabe übertragen“ oder „hinaus in die Finsternis“?

(Beifall bei den GRÜNEN – Alexander König (CSU): Schade, dass keine Zuschauer da sind! – Weitere Zurufe von der CSU)

Meine Damen und Herren, das gegliederte Schulsystem wirkt sich nicht nur sozial, sondern auch regional verheerend aus. In Bayern haben die Menschen je nachdem, wo sie wohnen, höchst unterschiedliche Chancen. Diese Chancen driften immer weiter auseinander. Die Gefahr ist, dass die demografische Entwicklung das noch verstärkt. Statt aber diesen Trend zu mehr regionaler Chancengerechtigkeit zu stoppen, verstärkt ihn die Staatsregierung. Sie haben 6 Milliarden Privatisierungserlöse für Boomregionen und Boombranchen beim Fenster rausgehauen und so diese Drift beschleunigt. Sie haben diese Drift nicht gestoppt, sondern beschleunigt.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Wir wollen diesen Trend umkehren. Weil die bisherige Politik der Staatsregierung wirkungslos blieb, schlagen wir Ihnen neue Konzepte vor. Sie, Kolleginnen und Kollegen der CSU, wissen ja, dass Sie dringend etwas für die Menschen im ländlichen Raum tun müssen. Aber Sie machen weiter business as usual, und nichts mehr.

(Zurufe von der CSU)

Im Programm der Staatsregierung mit dem hochtrabenden Titel „Investieren in Bayerns Zukunft“ findet sich nur das wieder, was schon bisher nichts geholfen hat. Man entdeckt dort ein Sammelsurium an Baumaßnahmen aller Art, eine Orgie in Hoch- und Tiefbau.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Das Absurdeste allerdings ist, dass Sie glauben, Sie könnten mit weniger Geld als bisher für die gleichen Maßnahmen, die schon bisher nichts geholfen haben, etwas verbessern. Wir fordern neue Konzepte: Investitionen in Köpfe statt in Beton. Wir wollen mit den Talenten

der Menschen wuchern, statt sie unter Asphaltdecken zu begraben.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Wir fordern Investitionen, die den Menschen unmittelbar nützen, indem sie ihre Fähigkeiten und Möglichkeiten steigern, ihr Leben selbst in die Hand zu nehmen. Also: Investitionen in Bildung, in den Schutz unserer natürlichen Lebensgrundlagen, in Soziales, in Kultur und in alles, was die Eigeninitiative fördert, angefangen von der Förderung kleiner und mittlerer Unternehmen bis hin zum bürgerschaftlichen Engagement.

Diese Investitionen steigern auch die Chancen wirtschaftlicher Entwicklung. Entscheidend für Stärke und Selbstbewusstsein des ländlichen Raums aber ist die Bildungspolitik. Deswegen wollen wir die Schulen im Dorf lassen.

(Zuruf von den GRÜNEN: Genau!)

Sie sind dezentrale Kompetenzzentren für Wissen und Kultur, sie sind Produktionsstätten von Chancen. Das wichtigste Ziel muss sein, das regionale Bildungsgefälle einzuebnen.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Kolleginnen und Kollegen von der CSU, wir fordern Sie auf, mit uns zusammen diesen Trend umzukehren. Wir fordern Sie auf, auf die Kraft der Menschen im ländlichen Raum zu vertrauen, wie wir es tun, und mehr Freiheit und Selbstbestimmung zu wagen. Die demografische Entwicklung in den ländlichen Räumen müssen wir nutzen, um eine moderne Bildungsinfrastruktur für Bayern zu entwickeln. Angesichts sinkender Schülerzahlen kann das gegliederte Schulsystem – Sie merken es – nicht mehr aufrecht erhalten werden.

(Beifall bei den GRÜNEN – Zuruf des Abgeordneten Alexander König (CSU))

Aber die demografischen wie die bildungspolitischen Herausforderungen, die vor uns stehen, können durch eine neunjährige gemeinsame Schulzeit und selbständige Schulen problemlos gemeistert werden.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Organisatorisch wie pädagogisch muss in Bayern künftig gelten: Nicht die Kinder müssen zu den Schulen, sondern die Schulen müssen zu den Kindern passen.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Deshalb wollen wir, dass Kommunen mit gefährdeten Schulstandorten die Möglichkeit erhalten, die Organisation der Bildungseinrichtungen den örtlichen Gegebenheiten anzupassen. Wir fordern eine Experimentierklausel, eine Öffnungsklausel. Kommune und Schulgemeinschaft sollen gemeinsam beantragen können: eine neunjährige gemeinsame Schulzeit mit unterschiedlichen Abschlüssen vom Quali, der mittleren Reife bis zum

Übertritt in die Oberstufe, einen schulartübergreifenden gemeinsamen Unterricht bis zur sechsten Jahrgangsstufe und einen jahrgangsübergreifenden Unterricht.

(Alexander König (CSU): Und das am besten in einer Klasse!)

– Jawohl, alles in einer Klasse, genau das ist das Geheimnis!

(Beifall bei den GRÜNEN)

Mittelfristig wollen wir die Verantwortung für die Bildung auf die Kommunen übertragen; sie sollen künftig die Bildungsangebote in eigener Verantwortung organisieren können, wie sie es heute bereits im Vorschulbereich tun.

Wir fordern selbständige Schulen mit eigener Budget- und Personalhoheit. Langfristig fordern wir offene, selbstverwaltete Bildungszentren; ähnlich wie die British Early Excellent Centers sollen sie allen Familienmitgliedern Antworten in allen sozialen und auch Bildungsfragen bieten, angefangen von der Familienberatung über konkrete Hilfen bis hin zur engen Kooperation beispielsweise mit den Sozialbehörden. Darüber hinaus arbeiten unsere kommunalen Bildungszentren auch mit allen anderen kommunalen Vereinen und Organisationen eng zusammen, angefangen von der Jugendhilfe über die Musikschulen bis zu den Sportvereinen.

Wir wollen das nicht nur in Brennpunkten, sondern überall im ländlichen Raum. Die Bildungseinrichtungen im ländlichen Raum sollen zu kulturellen und sozialen Begegnungs- und Dienstleistungszentren für den ganzen Ort werden.

Dass dies keine utopischen Forderungen sind, zeigen Beispiele aus aller Welt. In Kanada kann man sehen, dass ein föderales Bildungssystem mit eigenverantwortlichen Schulen eben nicht ins Chaos, sondern zu einem hohen Bildungsstandard führt.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Länder wie Finnland zeigen, dass ein langjähriger gemeinsamer Unterricht in einer Klasse das beste Mittel ist, um die individuellen Fähigkeiten der Jugendlichen optimal zu fördern. Autonome, selbstständige Schulen und Kindergärten, die als Bildungseinrichtungen arbeiten, gibt es in Südtirol, ebenso eine gemeinsame achtjährige Schulzeit. Keine Schule in Südtirol, sagt das Pädagogische Institut in Bozen, kann sich die Frage stellen, ob sie die richtigen Schüler hat. Sie kann sie nicht auf eine andere Schulform abschieben. Das ist die entscheidende Konstante; das ist der entscheidende Hebel für eine Bildungsreform.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Zu was Schulen fähig sind, wenn sie eigenverantwortlich handeln dürfen, kann man sogar bei uns in Bayern in Modellprojekten wie Modus 21 sehen. Auch das Vorbild der Early Excellence Centres findet in Bayern bereits Nachahmer. So will der Bamberger Erzbischof bis

Dezember 2008 zehn Kindertagesstätten in Familienberatungszentren umwandeln.

Kolleginnen und Kollegen, am bayerischen Bildungssystem sind die letzten zwanzig Jahre internationaler Bildungsdiskussion leider spurlos vorbeigegangen.

(Zustimmung bei den GRÜNEN – Joachim Herrmann (CSU): Sie waren in der Pisa-Studie!)

Sie verlaufen sich in einem Sonderweg. Kommen Sie endlich aus Ihrer bildungspolitischen Sackgasse heraus. Wagen Sie mit uns den Aufbruch in eine neue bildungspolitische Epoche. Wagen Sie mit uns mehr Freiheit und Vielfalt. Das wären wirkliche Weichenstellungen für die Zukunft.

(Beifall bei den GRÜNEN – Joachim Herrmann (CSU): Mit Ihnen kann man höchstens ins Grüne fahren, aber sonst fahren wir nirgends hin!)

Nun zu einem weiteren für Bayern entscheidenden Trend, dem Klimawandel. Jedes Jahr treten in Bayern Flüsse über die Ufer, unsere Gletscher schmelzen, Stürme decken unsere Dächer ab. Heutzutage wissen alle, sogar die Staatsregierung und die CSU, dass der Klimawandel in vollem Gange ist. Alle wissen auch, dass es höchste Zeit ist, klimaschädliche Gase drastisch zu reduzieren. Wir fragen uns aber, Kolleginnen und Kollegen, warum die Staatsregierung nichts tut, warum sie im Gegenteil den Klimawandel noch beschleunigt. Sie glauben, wenn Sie hier ein paar Bäumchen pflanzen, dort ein paar Biomassekraftwerke einweihen und die Hochwasserdeiche ein paar Meter erhöhen, können Sie so weitermachen wie bisher. Das ist aber ein massiver Irrtum.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Nun hat Umweltminister Schnappauf als Ziel ausgegeben, das Klima dürfte sich nicht mehr als um 2° Celsius erwärmen, sonst seien dramatische Schäden zu erwarten. Das ist ein Minimalziel; denn wir würden damit allenfalls die größten Katastrophen verhindern. Gleichzeitig ist es aber auch ein höchst ehrgeiziges Ziel; denn wenn man es wirklich erreichen will, hilft kein „Weiter so“, sondern nur eine Kehrtwende.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Diese politische Kehrtwende erwarten die Menschen in Bayern von Ihnen. Zwei Drittel fordern, dass unser Land eine Vorreiterrolle beim Klimaschutz einnimmt. Zwei Drittel wissen, dass eine konsequente Klimaschutzpolitik nicht nur eine lebenswerte Umwelt erhält, sondern auch wirtschaftliche Innovationen und mehr Arbeitsplätze bringt. Wir haben die Menschen überzeugen können, dass sich mit grünen Konzepten schwarze Zahlen schreiben lassen.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Jetzt müssen wir gemeinsam diesen Weg einer Klimaschutzpolitik für mehr Lebensqualität und Arbeitsplätze in Bayern weitergehen.

Das Umweltbundesamt hat in seinen 21 Thesen zur Klimaschutzpolitik dargelegt, dass sich die Erwärmung nur dann auf 2° begrenzen lässt, wenn die Emissionen von klimaschädlichen Gasen bis zum Jahr 2020 um mindestens 40 % gegenüber 1990 gesenkt werden. Das heißt also: 40 % weniger Emissionen. In diesem Wettbewerb, in dieser innerdeutschen Konkurrenz muss Bayern ganz vorne sein, nicht aber im Ausbau von Flughäfen.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Dazu brauchen wir ein Klimaschutzkonzept, mit dem Bayern den Ausstoß klimaschädlicher Gase durch Verkehr drastisch senken kann, erheblich mehr Energie einspart – am effektivsten durch Wärmedämmung bei Altbauten –, die erneuerbaren Energien weiter ausbaut und die Landwirtschaft klimafreundlicher macht – am effektivsten durch Ökoanbau. Wir müssen Anpassungsstrategien entwickeln, um die Folgen des Klimawandels abzumildern. Jede politische Entscheidung muss ab sofort auf Klimaverträglichkeit geprüft und, wenn sie nicht klimaverträglich ist, verworfen werden.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Fangen wir mit der Verkehrspolitik an. Was fällt der Staatsregierung in ihrem fortgeschriebenen Klimaschutzkonzept zum Thema Verkehr ein? – Das sind genau zwei Punkte. Etwas über optimierte Verkehrslenkung und straßenbauliche Maßnahmen. Dort heißt es: Auch bei Planung und Bau von Straßen wird auf CO₂-Minderung geachtet, etwa durch weitgehende Schonung klimabedeutsamer Waldflächen, durch Gehölzpflanzungen und mehr Kreisverkehre statt Ampeln.

(Margarete Bause (GRÜNE): Isental!)

Das war's. Weniger Abholzen, ein bisschen Straßenbegleitgrün, ein paar Kreisverkehre, und schon ist Bayern klimafreundlich – so stellen Sie sich das vor. Dass Sie sich für diesen erbärmlichen Mist nicht genießen?

(Beifall bei den GRÜNEN)

Wir fordern eine Kehrtwende in der Verkehrspolitik. Sie glauben immer noch, dass der Verkehrszuwachs durch neue Straßen zu bewältigen sei. Genau das Gegenteil ist aber der Fall.

(Zuruf von der CSU: Mehr radeln!)

– Genau, mehr radeln. Zuwachs darf es nur beim Rad und bei der Bahn geben, nicht aber beim Auto oder beim Güterverkehr.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Sie glauben immer noch, dass wir neue Straßen brauchen. Das Umweltbundesamt sagt aber – ich zitiere –, etwa 15

bis 20 % des Verkehrszuwachses sind auf den Ausbau der Verkehrsinfrastruktur zurückzuführen. Im Güterverkehr sinken wegen des Ausbaus die Transportkosten mit der Folge, dass sich zum Beispiel die räumliche Trennung von Betriebseinheiten und die rollende Lagerhaltung eher lohnen. Sie glauben immer noch, neue Straßen könnten strukturschwachen Regionen helfen. Auch hier ist aber genau das Gegenteil der Fall. Auch hierzu stellt das Umweltbundesamt fest, dass der Verzicht regionale Wirtschaftskreisläufe fördert, während der Anschluss an das Autobahnnetz die Abwanderungstendenzen eher verstärkt.

Ihre absurde Politik hat im letzten Monat unter anderem die „Süddeutsche Zeitung“ kritisiert. Unter dem Titel „Politik mit der Teermaschine – Staatsregierung fördert Straßen- und Flugverkehr“ heißt es: Gerade Letzterer gilt als einer der größten Klimakiller. Ungeachtet dessen treibt die CSU den Bau einer dritten Startbahn in München ebenso voran, wie sie Zuschüsse für den Ausbau des Hofer Regionalflughafens in Aussicht gestellt hat. In Schwaben wie in Coburg drängt die Wirtschaft auf ähnliche Ausbauten mit staatlicher Hilfe, und um die von der Staatsregierung geplante Ausweitung des Betriebs des Sonderflughafens Oberpfaffenhofen tobt seit Monaten ein erbitterter Streit. Dieser Streit tobt mit Recht. Stoppen Sie endlich diese unsinnigen, klimaschädlichen und unwirtschaftlichen Projekte.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Zu den wirklich unsinnigen Verkehrsprojekten in Bayern zählt natürlich auch der Transrapid. Abgesehen von seinen sonstigen Problemen gibt es unter Klimaschutzaspekten kaum eine ungeeignere Technologie für die kurze Strecke vom Hauptbahnhof zum Flughafen. Das Geld, das Sie beim Transrapid zum Fenster hinaus-schmeißen, fehlt anderswo in Bayern für eine klimafreundliche Verkehrspolitik. Die „Mittelbayerische Zeitung“ kritisiert: Für München den Transrapid, fürs flache Land Bummelzüge. Bayern wird zum Land mit zwei Geschwindigkeiten. Wir sind nicht bereit, dies hinzunehmen.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Mit dieser unsinnigen Technologie verschärfen Sie zwei entscheidende Trends: den Klimawandel und das Auseinanderdriften der Chancen der Regionen. Der wirksamste Klimaschutz ist nach wie vor das Einsparen von Energie. Vor allem durch Gebäudesanierung lassen sich nicht nur klimaschädliche Gase einsparen, sondern auch Geld. Gleichzeitig ist sie ein Beschäftigungsprogramm für den Mittelstand. Hier muss der Freistaat mit gutem Vorbild vorangehen, auch zugunsten des Staatshaushaltes.

(Maria Scharfenberg (GRÜNE): Regensburger Uni!)

– Die Regensburger Uni. Seit 1998 haben wir ebenso wie der Oberste Rechnungshof immer wieder kritisiert, dass in Bayern der Bauunterhalt vernachlässigt wird, dass keine energetischen Sanierungsmaßnahmen vorgenommen werden. Wer nicht rechtzeitig saniert, zahlt drauf – das weiß jeder Hausbesitzer. Dem bayerischen Finanz-

minister und Ihnen, Herr Ministerpräsident, ist dies aber offensichtlich egal. Sie legen auf dem Papier einen Haushalt ohne Schulden vor, verschulden sich aber in Wirklichkeit. Sie sind schuld an verrotteten Gebäuden und hohen Heizkosten.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Dass es sich auch lohnt, die erneuerbaren Energien auszubauen, wissen inzwischen alle, sogar der bayerische Wirtschaftsminister. Herr Huber, sogar Sie lassen sich heute schon bei der Einweihung eines Biokraftwerks fotografieren.

(Zuruf von den GRÜNEN)

Ich muss zugeben: Das ist schon etwas. Das finde ich super. Nachdem in seinen Reden das Wort Klimaschutz so oft vorkommt wie in meinen Reden andere Worte, ist dies schon etwas, ist dies schon eine Vorleistung.

Sogar er hat verstanden, dass erneuerbare Energien in Bayern eine Boombranche sind. Wenn er es verstanden hat, haben es alle verstanden.

(Beifall und Heiterkeit bei den GRÜNEN – Prof. Dr. Kurt Falthäuser (CSU): Das ist an Peinlichkeit nicht zu überbieten!)

Kaum hat er es verstanden, schon brüstet er sich damit. Er stellt sich hin und sagt: Eine positive Einstellung der Politik hat ein Klima geschaffen, das immer neue regenerative Investitionen im Freistaat entstehen lässt. Er sagt aber nicht, dass das nicht seine Politik ist. Er und sein Ministerpräsident waren diejenigen, die am erbittertsten gegen unser Gesetz für die erneuerbaren Energien gekämpft haben.

(Beifall bei den GRÜNEN – Prof. Dr. Kurt Falthäuser (CSU): Das ist doch eine peinliche Aufführung!)

Das Gesetz für die erneuerbaren Energien ist für Bayern ein enormes Investitionsprogramm, ein echtes Mittelstandsförderungsprogramm, nicht nur für Handwerker und Architekten.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Herr Kollege Prof. Dr. Falthäuser, peinlich ist Ihr Haushalt. Peinlich ist, dass Sie den Herausforderungen nicht wirklich begegnen.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Bis heute sind in Deutschland laut dem Bundesumweltamt 170 000 Arbeitsplätze entstanden, ein Großteil davon in Bayern. Bis 2020 könnten eine halbe Million Arbeitsplätze entstehen. Damit Bayern von dieser Entwicklung profitieren kann, muss die Staatsregierung endlich von der Bremse gehen. Sie muss aufhören, den Ausbau der Windkraft zu behindern, die Biomasse und

die Geothermie fördern und vor allem bei den eigenen Gebäuden mit gutem Beispiel vorangehen.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Der Beitrag der Landwirtschaft zum Klimaschutz ließe sich noch deutlich erhöhen. Hier könnten Tausende von regional gebundenen Arbeitsplätzen entstehen. Die wichtigsten Hebel sind dabei laut Bundesumweltamt weniger Stickstoffdüngung und weniger Futtermittel aus Übersee, mehr Ökoanbau und mehr Biomasse. Der ökologische Landbau ist neben seinen sonstigen Vorteilen im Gegensatz zum konventionellen Anbau klimafreundlich. Er braucht zum Beispiel 60 % weniger fossile Energie. Wegen Ihrer ökofeindlichen Politik ist der Biolandbau in Bayern vom Spitzenplatz weit unter den bundesdeutschen Durchschnitt zurückgefallen. Sie haben Bayern in diesem Punkt zum europäischen Sonderfall gemacht. Wir brauchen deshalb dringend eine Kehrtwende.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Ein letzter Punkt. Wir brauchen Anpassungsstrategien. Hier geht es darum, die Folgen des Klimawandels abzumildern. Dies geht jedoch nicht – wie Sie glauben – mit Schneekanonen. Häufig helfen genau die Maßnahmen, die den Klimawandel abbremsen, so zum Beispiel die weitere Ökologisierung der Landwirtschaft. Sie ist Voraussetzung dafür, dass die Böden Pufferfunktionen erfüllen können, dass sie Wolkenbrüche auffangen und Hochwasser vermeiden helfen. Dies ist ein weiterer Grund dafür, dass wir den Flächenfraß in Bayern stoppen müssen.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Allerdings wäre es eine Illusion zu glauben, nur mit technischen Maßnahmen ließen sich die Folgen des Klimawandels abmildern. An Trendumkehr und an einem grundsätzlichen Politikwechsel in Bayern hin zu einer grünen Klimaschutzpolitik führt kein Weg vorbei.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Herr Ministerpräsident, Sie versprechen Bayern Investitionen in die Zukunft. Wenn es aber um die wirklich großen Herausforderungen, um die für Bayern entscheidenden Trends geht, fehlt Ihnen jede Initiative. Wir, nicht die CSU, haben dafür gesorgt, dass es nirgends so viele Solardächer gibt wie bei uns. In keinem anderen Land wurden so viele Landwirte zu Energiewirten wie bei uns. Wir, nicht die CSU, bewahren die Naturschönheiten Bayerns. Wir bewahren sie gegen die CSU.

(Beifall bei den GRÜNEN – Lachen bei der CSU)

Wir haben auf die drängendsten politischen Herausforderungen Antworten. Wir haben Antworten für mehr Chancengerechtigkeit, für eine ökologische Landwirtschaft und für eine ökologische Wirtschaft als Voraussetzung dafür, dass unser Land wettbewerbsfähig und lebenswert bleibt.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Herr Ministerpräsident, Sie wissen um die großen Herausforderungen, vor denen Bayern steht. Sie haben aber keine Kraft und keine Konzepte für einen Kurswechsel. Ihrer Partei fehlt jede Orientierung. Ihrer Politik fehlt jede Richtung. Wir werden Ihrer unsozialen, klimaschädlichen und auch wirtschaftlich nicht zukunftsfähigen Politik unsere Konzepte entgegensetzen, damit die Menschen in Bayern eine Wahl haben. Wir werden Sie weiterhin mit Handlungsvorschlägen unter Druck setzen. Der Countdown für das Jahr 2008 läuft. Wir werden die Zeit im Interesse unseres Landes und zum Wohle seiner Bürgerinnen und Bürger nutzen.

(Lang anhaltender Beifall bei den GRÜNEN)

Zweiter Vizepräsident Prof. Dr. Peter Paul Gantzer: Ich erteile nun dem Vorsitzenden der CSU-Fraktion, Herrn Kollegen Herrmann, das Wort.

Joachim Herrmann (CSU): Herr Präsident, liebe Kolleginnen und Kollegen! Vorab möchte ich außerhalb der Tagesordnung dem Ministerpräsidenten und dem Kabinett sehr herzlich dafür danken, dass sie sich gestern im Kabinett ausgiebig mit dem Thema „Tausendjähriges Bistum Bamberg“ beschäftigt haben. Sie haben dabei ihrem Herzen einen Ruck gegeben. Ich habe dem Finanzminister in der vorletzten Woche gesagt, wenn er etwas für die fränkische Seele tun wolle, was ihn gleichzeitig keinen einzigen Euro kosten würde, sollte er zu diesem Jubiläum die beiden Kronen, die Kundigundenkrone und die Heinrichskrone, nach Bamberg ausleihen.

Ich freue mich, dass der Ministerpräsident dieses Thema im Kabinett behandelt hat und das Kabinett – soweit es in seiner Befugnis steht – eine klare Entscheidung getroffen hat. Ich möchte von dieser Stelle aus eine nachdrückliche Bitte an das Haus Wittelsbach richten: Ich bitte Sie, dieser Ausleihe zuzustimmen. Damit würde das Haus Wittelsbach seinen Ruhm mehren und seinen Respekt vor dem tausendjährigen Bestehen des Erzbistums Bamberg bezeugen. Vielen Dank für diese Entscheidung.

(Beifall bei der CSU)

Zum Haushalt: Was sind die wichtigsten Merkmale dieses Haushalts? – Der zweifellos wichtigste Eckpunkt dieses Staatshaushalts ist die Tatsache, dass wir in diesem Jahr keine neuen Schulden mehr machen.

(Beifall bei der CSU)

Wir machen im nächsten Jahr keine neuen Schulden mehr. Wir werden auch im übernächsten Jahr keine neuen Schulden mehr machen. So wird es weitergehen. Meine Damen und Herren, dies ist eine haushaltspolitische Leistung von historischer Dimension. Sie kann im Hinblick auf die Zukunftsfähigkeit unseres Landes gar nicht hoch genug eingeschätzt werden.

(Beifall bei der CSU)

Im Jahre 1998 hatten wir vor der Landtagswahl genau dies den bayerischen Wählerinnen und Wählern verspro-

chen. Wir haben unser Wort gehalten. Es war in den letzten Jahren nicht immer einfach. Teilweise hatten wir schwierige Debatten zu bestehen. Ich verhehle nicht: Ohne die Hartnäckigkeit und die Konsequenz unseres Ministerpräsidenten in dieser Frage hätte wir dieses Ziel wohl nicht so punktgenau erreicht. Herr Kollege Maget, aus Ihren Worten spricht der blanke Neid auf diese historische Leistung Edmund Stoibers.

(Beifall bei der CSU)

Herr Kollege Maget, Sie und Ihresgleichen wären dazu nicht in der Lage gewesen. Wir, die CSU-Fraktion im Bayerischen Landtag, sagen unserem Ministerpräsidenten Dr. Edmund Stoiber und seinem Finanzminister Prof. Dr. Kurt Faltlhauser nachdrücklich Dank für diese Leistung von historischer Dimension.

(Beifall bei der CSU)

Ich möchte zu Beginn dieser Haushaltswoche im Bayerischen Landtag auch noch einmal dem Vorsitzenden des Haushaltsausschusses, Manfred Ach, und unserem Kollegen Engelbert Kupka sehr herzlich für die souveränen Haushaltsberatungen in den letzten Wochen danken.

(Beifall bei der CSU)

Liebe Kolleginnen und Kollegen, wir sind diesen teilweise beschwerlichen Weg in den letzten Jahren nicht gegangen, weil für uns ein ausgeglichener Haushalt Selbstzweck wäre. Wir sind diesen Weg aus Rücksicht auf die kommenden Generationen gegangen. Es wäre einfach unverantwortlich, unseren Kindern und Enkelkindern immer höhere Schuldenberge zu hinterlassen. Wir spüren heute, dass die große Mehrheit der Menschen in unserem Land dies ebenso erkannt hat und deshalb diesen Weg unterstützt.

(Beifall bei der CSU)

Ich halte es schon für richtig, Kollege Maget, wenn wir uns im Zusammenhang mit diesem Thema auch in anderen Bundesländern umschaue. Für mich ist interessant, dass 1998 auch der Ministerpräsident von Rheinland-Pfalz, Kurt Beck, versprochen hat, 2006 keine neuen Schulden mehr zu machen. Neuerdings ist er der Bundesvorsitzende der SPD. Auch er hat also bereits 1998 versprochen, 2006 keine neuen Schulden mehr zu machen. Tatsache ist jedoch, dass die Pro-Kopf-Verschuldung in Rheinland-Pfalz 1998 4113 Euro betrug und nun 2006 6069 Euro beträgt – eine Steigerung um fast 50 % in den letzten acht Jahren. In Bayern liegt die Pro-Kopf-Verschuldung, wie Sie wissen, im Moment bei nur 1852 Euro – das ist die niedrigste aller 16 Länder.

Im kommenden Jahr wird Ministerpräsident Beck weitere 994 Millionen Euro Schulden machen und ab 2008 sind in Rheinland-Pfalz wieder über 900 Millionen Euro neue Schulden eingeplant. Das ist eben der Unterschied: Stoiber und die CSU halten ihre Versprechen; Beck und die SPD machen leere Sprüche und viele Schulden. Das

ist die Realität in der konkreten Regierungsverantwortung.

(Beifall bei der CSU)

Ich glaube, man kann feststellen: Der Pfalz ginge es heute besser, wenn sie noch bei Bayern wäre. Das muss man ganz nüchtern festhalten.

(Beifall bei der CSU – Franz Maget (SPD): Ihr tut ja nichts, sie zurückzuholen! Keine Initiative!)

Jetzt muss ich, Herr Kollege Maget, sagen: Das, was Sie zum Länderfinanzausgleich dargelegt haben, war vor diesem Hintergrund abenteuerlich. Sie verbreiten dies jetzt auch noch in einer neuen Broschüre. Sie erklären, Sie wollten, dass die Zahlungen Bayerns in den Länderfinanzausgleich schlagartig um 500 Millionen Euro reduziert werden. Weiter muss ich lesen: Wenn es nach der CSU-Staatsregierung geht, werden es im Jahr 2007 2,3 Milliarden Euro und im Jahr 2008 2,4 Milliarden Euro Länderfinanzausgleich sein. – Als ob wir das so mir nichts dir nichts im Bayerischen Landtag beschließen könnten! Die Staatsregierung hat mit ihrer Klage vor dem Bundesverfassungsgericht immerhin vor ein paar Jahren eine deutliche Reduzierung unserer Zahlungspflicht erreichen können. Wo war denn damals Ihre Unterstützung? Sie haben damals das Verfahren kritisiert. Das ist die Realität.

(Beifall bei der CSU)

Wenn Sie sich heute beim Finanzminister erkundigen, dann werden Sie erfahren: Würde das alte Recht noch gelten, welches CSU und Staatsregierung mit ihrer Klage geändert haben, dann müssten wir schon in diesem Jahr 280 Millionen Euro mehr für den Länderfinanzausgleich zahlen. Nach Ihrer Logik haben wir es also mit unserer Politik erreicht, 280 Millionen Euro für Bayerns Bürgerinnen und Bürger sowie – wenn Sie so wollen – für die Bildung und für die Schulen in unserem Land behalten zu dürfen. Sie haben uns damals nicht dabei unterstützt. Ganz im Gegenteil: Damals liefen die Debatten in diesem Hause noch nach dem Motto: Wir würden die Solidarität gegenüber den Schwachen in Deutschland aufkündigen und es sei ungerecht, da wir über viele Jahre hinweg Geld aus dem Länderfinanzausgleich bekommen hätten. Davon ist bei Ihnen offensichtlich keine Rede mehr.

Ich sage Ihnen nur – dabei will ich unterstreichen, was der Herr Ministerpräsident vorhin gesagt hat –: Wir arbeiten an einer neuen Föderalismusreform II und wir wollen, wenn es irgendwie geht, eine weitere Änderung des Länderfinanzausgleichs.

(Johanna Werner-Muggendorfer (SPD): Das darf man doch sagen!)

– Ich freue mich sehr, wenn Sie das jetzt unterstützen. Es ist erfreulich, wenn auch Sie etwas dazulernen.

Ich sage Ihnen aber auch klar – das gilt für Rheinland-Pfalz und Berlin; was auch der Herr Ministerpräsident ange-

sprochen hat –: Eine weitere Reform hat nur dann einen Sinn, wenn wir dabei zu ganz klaren Absprachen über die Verschuldung der Länder kommen. Es hat keinen Sinn, wenn wir zwar einen Länderfinanzausgleich haben, aber Länder wie z. B. Berlin oder Rheinland-Pfalz sich ständig hemmungslos neu verschulden, um dann anschließend die Hände aufzuhalten und zu fordern: Wir sind arm dran, helft uns. So hat das auf Dauer keinen Sinn. Deshalb sage ich: Natürlich wollen wir eine Reform des Länderfinanzausgleichs – wir wären froh, wenn wir etwas weniger zahlen müssten –, aber gleichzeitig muss eine verlässliche Vereinbarung über das Maß der Verschuldungspolitik in den anderen Ländern erfolgen. Sonst macht das Ganze keinen Sinn.

Vor drei Jahren, vor zwei Jahren und vor einem Jahr hat Herr Kollege Maget immer wieder behauptet, wir würden Bayern kaputtsparen. Heute, am Ende des Jahres 2006, können wir mit Fug und Recht feststellen: Unsere Fitnesskur aus Verwaltungsreform und ausgeglichenem Haushalt hat Bayern gut getan. Bayern ist am Ende dieses Jahres gut drauf. Bayern ist fit für die Zukunft – mit unserer Politik, mit der Politik der Staatsregierung und wir sind stolz darauf.

Sie haben heute bei der Presse die Broschüre „Mit Menschen rechnen, nicht mit Zahlen“ verteilt.

(Franz Maget (SPD): Das gefällt Ihnen!)

– Das gefällt mir hervorragend. Jawohl, wir rechnen mit Menschen.

In der Tat findet in unserem Lande eine Abstimmung mit den Füßen statt. Seit Beginn der Amtszeit von Edmund Stoiber sind über eine Million mehr Menschen nach Bayern gekommen, weil sie hier eine bessere Zukunft für sich gesehen haben, weil sie hier eine bessere Zukunftschance für sich persönlich gesehen haben. Das ist in der Tat eine Abstimmung mit Füßen. Da können Sie Ihre Zahlen alle vergessen. Wir rechnen mit Menschen, und zwar sehr gerne, Herr Kollege Maget.

(Beifall bei der CSU)

Dieser Zuzug von Menschen nach Bayern sagt mehr als vieles andere, weil er die echte Wahrnehmung der Menschen in Deutschland über die Verhältnisse in verschiedenen Bundesländern und bei uns in Bayern zum Ausdruck bringt.

(Franz Maget (SPD): Von Hof nach München!)

In einem Punkt sind wir uns mit dem Obersten Rechnungshof und zum Teil vielleicht auch mit Ihnen einig – vielleicht sogar auch mit ein paar von den GRÜNEN –: Wir wollen die Investitionsquote mittelfristig wieder steigern. Wir sind mit den gegenwärtig knapp 12,7 % auf Dauer nicht zufrieden. Daraus hat die CSU-Fraktion in der letzten Zeit überhaupt keinen Hehl gemacht. Angesichts der positiven Haushaltsentwicklung bin ich durchaus zuversichtlich, dass wir schon im Nachtragshaushalt

für das Jahr 2008 die Investitionsquote wahrscheinlich wieder steigern können.

(Franz Maget (SPD): Leere Versprechungen!)

– Lieber Herr Kollege Maget, wenn ich mir die aktuellen Werte der SPD bei den Meinungsumfragen anschau, dann kommt mir die Überlegung in den Sinn, ob es sich nicht vielleicht lohnen würde, sich zumindest als Zwischenziel vorzunehmen, dass die Investitionsquote des Freistaates Bayern höher liegen sollte als die Meinungsumfragewerte der SPD. Das würde eine schöne Motivation sowohl für Sie als auch für uns bedeuten. Bei den 17 %, die Sie aktuell haben, ist das gar nicht so unrealistisch.

(Beifall bei der CSU – Franz Maget (SPD): Das wäre doch etwas. Bei uns geht es nach oben! Strengen Sie sich an, damit Sie Schritt halten!)

Herr Kollege Maget, Sie haben auch die Finanzlage der Kommunen angesprochen. Die Investitionsquote der bayerischen Kommunen liegt aktuell bei 16 %. Auch das ist vielleicht auf Dauer zu niedrig. Interessant ist nur, dass der Durchschnitt der Investitionsquote der Kommunen in den westdeutschen Flächenländern bei 11,5 % liegt.

(Franz Maget (SPD): Und hier in München?)

– In München liegt sie noch höher.

(Franz Maget (SPD): 17 %!)

– So ist es. Das bestätigt aber nur, Herr Kollege Maget, dass es offensichtlich keinen Grund gibt zu behaupten, den bayerischen Kommunen ginge es schlechter als den Kommunen in anderen Ländern, sondern dass sie offensichtlich besser behandelt werden als die Kommunen in den anderen Ländern. Sie sollten zuerst einmal das Ende überlegen, bevor Sie etwas erzählen.

(Beifall bei der CSU – Franz Maget (SPD): Was halten Sie von denen, die nach Thüringen gehen wollen? Weg von Bayern nach Thüringen!)

Was Herr Kollege Maget und Herr Ude vorgestern über die Haushaltssituation von Landeshauptstadt und Freistaat Bayern verlautbart haben, ist gelinde gesagt dreist. Man könnte auch sagen: Es ist schlichtweg unreal. Tatsache ist zunächst einmal, dass München die höchste Pro-Kopf-Verschuldung aller deutschen Großstädte hat. Kurt Faltlhauser hat darauf vorhin bereits bei einer Zwischenfrage hingewiesen. Für die Verschuldungssituation der Landeshauptstadt München sind ganz allein der Münchner Stadtrat und seine rot-grüne Mehrheit selbst verantwortlich. Es gibt Kommunen in Bayern, die mit einem wesentlich niedrigeren Steueraufkommen, auch in der Relation, auskommen müssen und es trotzdem schaffen, einen ausgeglichenen Haushalt hinzubekommen. München hat trotz Rekordsteuereinnahmen, von denen andere Kommunen nur träumen können, in den letzten Jahren immer neue Schulden gemacht. Ich sagen Ihnen – da können Sie erzählen, was Sie wollen –:

Das ist eine unverantwortliche Politik, die im Münchner Stadtrat von der Mehrheit betrieben wird.

(Beifall bei der CSU)

Ich halte es für richtig, dass die CSU-Fraktion im Münchner Rathaus das kritisiert. Nachdem über so viele Jahre eine solche Politik betrieben wurde, bin ich schon sehr skeptisch, wenn jetzt, ein Jahr vor der Kommunalwahl, plötzlich große Versprechungen gemacht werden, man würde in den nächsten Jahren plötzlich die Schulden abbauen, man wollte nicht nur die Neuverschuldung begrenzen, sondern auch die alten Schulden abbauen. Das kommt schon sehr plötzlich von einem Tag auf den anderen.

Herr Kollege Maget, Sie haben den Freistaat Bayern mit der Landeshauptstadt München verglichen. Der Film „Deutschland. Ein Sommermärchen“ findet überall große Zustimmung. Ich rate Ihnen aber dringend, diese Selbstsuggestion nicht mißzuverstehen. Allein mit Selbstsuggestion gewinnt man keine Spiele. Ein bisschen ordentliche Leistung auf dem Spielfeld braucht es schon auch noch dazu. Sie müssen jetzt aufpassen, dass Sie sich nicht in eine Sackgasse bewegen und sich selbst einreden, wie toll Sie sind, um dann zu merken, dass nichts dahinter steht. Zu dieser Selbsttäuschung und zu diesem Realitätsverlust gehört es auch, dass Sie sich jetzt mit den famosen Investitionsentscheidungen in der Landeshauptstadt brüsten. Tatsache ist auf jeden Fall, dass es ohne Engagement des Freistaates manchmal sehr mager aussähe. Mit Rot-Grün hätte es jedenfalls keinen neuen Flughafen München gegeben.

(Franz Maget (SPD): Was? – Karin Radermacher (SPD) und Ludwig Wörner (SPD): Mit Wiesheu auch nicht!)

– Wir haben ihn jedenfalls durchgesetzt.

(Johanna Werner-Muggendorfer (SPD): Wer ist bitte „wir“?)

Hin und wieder gab es ein bisschen Zustimmung von Ihnen. Wie hingen Sie aber mit der Messe in München herum? Mit Rot-Grün hätte es auch keine neue Messe gegeben. Ohne den Freistaat, aber auch ohne die CSU im Münchner Stadtrat wäre gar nichts gelaufen. Der Ausbau des Mittleren Rings ist gegen den heftigen Widerstand von Ude und von Ihnen durchgesetzt worden. Der neue Forschungsreaktor in Garching ist gegen den erbitterten Widerstand der SPD und der Grünen in der Landeshauptstadt durchgesetzt worden. Es ist für manche Kollegen aus meiner Fraktion aus anderen Teilen Bayerns manchmal schon schwierig, sich dazu durchzuringen, dass man in der Landeshauptstadt München immer wieder ein Stück Zwangsbeglückung durchführen muss. Wir müssen diese Investitionen gegen Ihren erbitterten Widerstand durchsetzen.

(Beifall bei der CSU)

Und wenn dann alles läuft, brüsten Sie sich mit der tollen Investitionspolitik, die Sie in München betreiben würden. Das ist doch wirklich abenteuerlich.

(Franz Maget (SPD): Wann haben Sie zum letzten Mal die Mehrheit in München gehabt? Das ist 25 Jahre her! Die letzte Entscheidung haben Sie vor 25 Jahren getroffen!)

– Lieber Herr Kollege Maget, reden Sie doch nicht so schwach daher. Sie wissen ganz genau, dass der Mittlere Ring von den Bürgerinnen und Bürgern in einem Bürgerentscheid gegen die rot-grüne Mehrheit im Stadtrat durchgesetzt worden ist. Die Bürger haben ihn aufgrund entsprechender Bürgerbegehren durchgesetzt.

(Franz Maget (SPD): Und was ist mit Messe und Flughafen?)

Und wie ist die neue Messe in München zustande gekommen?

(Franz Maget (SPD): Vielleicht auch ohne uns?)

– Nein, aber mit Rot-Grün hätte es keine Mehrheit gegeben. Es gab nur mithilfe der CSU eine Mehrheit im Münchner Stadtrat, weil die Grünen blockiert haben.

(Franz Maget (SPD): Aber wir haben es durchgesetzt!)

Sie stellen sich jetzt zusammen mit Herrn Ude hin und sagen, Sie seien stärker als der Freistaat Bayern. Das ist so lächerlich, lieber Herr Maget, dass es kaum nachzuvollziehen ist.

(Beifall bei der CSU – Franz Maget (SPD): Darüber haben Sie sich doch nur geärgert!)

Liebe Kolleginnen und Kollegen, zu den größeren Investitionen gehört sicherlich auch der Staatsstraßenbau. Damit werden wir uns in absehbarer Zeit noch einmal beschäftigen. Herr Kollege Dürr, wir werden uns auch mit der Klimaschutzgerechten Sanierung von Immobilien des Freistaates noch intensiver beschäftigen.

(Dr. Sepp Dürr (Grüne): Und wann?)

Ich will gar nicht bestreiten, dass Ihr Beitrag ein paar richtige Ansatzpunkte enthielt. Sie können sich darauf verlassen, dass die CSU das aufgreifen wird.

(Karin Radermacher (SPD): Im Jahr 2020!)

Das Wichtigste in Sachen Zukunftsinvestition ist die Investition in die Zukunft unserer Kinder. Allein im letzten Kindergartenjahr sind über 2000 neue Krippenplätze und über 2000 neue Kinderhortplätze geschaffen worden. So wird es auch weitergehen. Parallel dazu bauen wir auch die Ganztagsbetreuung an den Schulen aus. Die Staatsregierung hatte für den Doppelhaushalt 20 zusätzliche

Ganztagssschulen geplant. Wir haben die Zahl der neuen Standorte seitens der CSU-Fraktion auf 40 erhöht.

(Johanna Werner-Muggendorfer (SPD): Und mit so etwas brüsten Sie sich!)

Ende 2008 wird es insgesamt 1000 offene und 111 gebundene Ganztagssschulen in Bayern geben.

(Johanna Werner-Muggendorfer (SPD): Von insgesamt 5000!)

Hinzu kommen inzwischen 3300 Gruppen, die an der Mittagsbetreuung an Grundschulen teilnehmen.

Wir haben den früheren Kurs in dieser Frage etwas geändert – das ist durchaus richtig –, weil wir erkannt haben, dass das alles wichtig ist für die Zukunft unserer Kinder und ihrer Eltern. Wir sollten uns dabei aber auch nichts vormachen, meine Damen und Herren: Wie kinder- und familienfreundlich unser Bayern ist, wie kinder- und familienfreundlich unsere Kommunen sind, wird am Ende nicht allein davon abhängig sein, wie groß die Zahl der Krippenplätze und der Mittagsbetreuungsgruppen sein wird.

(Johanna Werner-Muggendorfer (SPD): Nicht allein, aber auch!)

Es wird auch nicht allein davon abhängen, ob das Kindergeld zehn Euro niedriger oder höher ist.

Ich sage, dass das nicht allein davon abhängen wird. Kinderfreundlichkeit hängt vor allem davon ab – und das sollten wir bei diesem Thema nie aus dem Blickfeld verlieren –, wie wir uns alle täglich verhalten. Das hängt davon ab, ob eine junge Familie, die mit ihren Kindern durch München geht, den Eindruck hat, dass sich die Menschen um sie herum freuen und sagen, toll, dass hier jemand mit kleinen Kindern geht, oder ob sie den Eindruck hat, dass ihnen die Menschen nur sagen, die kleinen Kinder machen immer nur Lärm, Dreck und irgendetwas kaputt und dergleichen. Das ist die Lebensrealität. Wenn heute eine Familie den Mut zu einem dritten oder vierten Kind hat, sollte sie den Eindruck haben, dass die Nachbarn sagen: Toll, da ist jemand, der sich ein drittes oder viertes Kind zutraut; sie sollten nicht den Eindruck haben, dass die Nachbarn sagen: Bei denen hat wohl die Verhütung versagt, wie kann man heute noch ein viertes Kind haben? Das ist die Realität, die wir heute in unseren Städten und Gemeinden haben. Hier geht es sehr stark darum, welches Klima bei uns herrscht, wie wir uns alle täglich verhalten.

Im vorvergangenen Jahr hat in Hamburg wieder einmal ein Verwaltungsgerichtsprozess stattgefunden zu der Frage, ob der Lärm, der von einem Kindergarten in einem reinen Wohngebiet ausgeht, mit dem Ruhebedürfnis der Anwohner vereinbar ist. Das müssen wir draußen im Alltag erleben. Kinderlärm ist Zukunftsmusik. Nur dann hat unsere Gesellschaft insgesamt eine Zukunft.

(Beifall bei der CSU)

Natürlich müssen wir auch in die Bildung und Ausbildung der jungen Generation investieren. Das ist wichtig für die individuellen Chancen unserer Kinder, aber es ist auch wichtig für die Zukunft unseres Landes insgesamt. Bayern kann nur so mit Regionen in anderen Teilen der Welt wettbewerbsfähig sein, wie auch unsere junge Generation mit jungen Generationen in anderen Teilen der Welt wettbewerbsfähig ist. Darauf kommt es an. Deshalb investieren wir in die Bildung und in die Ausbildung unserer jungen Generation.

Nach den letzten bundesweiten Statistiken geben wir immerhin 4800 Euro je Schüler an öffentlichen Schulen aus. Das ist mehr als in jedem anderen westdeutschen Flächenland.

(Dr. Sepp Dürr (Grüne): Das stimmt doch nicht!)

– Das sind die bundesweiten Statistiken, die werden nicht in Bayern geschrieben. Ich weiß nur, dass in dieser Statistik zu lesen ist, dass in Rheinland-Pfalz nur 4400 Euro ausgegeben werden. Ich weiß nicht, wofür Ministerpräsident Beck seine Schulden macht. Jedenfalls wird nicht mehr in die Kinder, in die Schulen und in die Ausbildung investiert. Sie können da erzählen, was Sie wollen. Vielleicht können Sie demnächst im SPD-Parteivorstand darüber diskutieren, lieber Herr Kollege Maget. Dem gehören Sie bekanntlich an. Da können Sie mit dem Kollegen Beck darüber diskutieren, was es heißt, der Bildung Vorrang zu geben und in die Bildung junger Generationen zu investieren.

(Beifall bei der CSU)

Zweiter Vizepräsident Prof. Dr. Peter Paul Gantzer: Herr Kollege Herrmann, gestatten Sie eine Zwischenfrage des Kollegen Pfaffmann?

Joachim Herrmann (CSU): Ich nehme an, dass Kollege Pfaffmann sonst keine Chance hat, heute zu Wort zu kommen. Deshalb will ich ihn gerne einmal reden lassen.

Hans-Ulrich Pfaffmann (SPD): Ich bedanke mich recht herzlich. Herr Fraktionsvorsitzender, würden Sie mir einmal erklären, was es mit Investitionen in Grund- und Hauptschulen zu tun hat, wenn gleichzeitig 1666 Lehrerplanstellen gestrichen werden?

(Prof. Dr. Gerhard Waschler (CSU): Das ist doch Schmarrn von vorgestern!)

Joachim Herrmann (CSU): Wir bringen die Lehrerstellen dorthin, wo die Kinder sind.

(Franz Maget (SPD): An die Grundschulen?)

Kollege Dürr hat sich vorhin über die Übertrittsquoten für die Gymnasien ausgelassen. Es liegt daher in der Logik der Sache, dass man die Lehrerplanstellen dahin bringen muss, wo die Kinder sind, wenn die Übertrittsquoten für das Gymnasium oder vor allen Dingen in den letzten Jahren für die Realschulen gestiegen sind. Wir können

nicht aus ideologischen Gründen sagen, die Stellen bleiben da, wo sie schon immer waren.

Zweiter Vizepräsident Prof. Dr. Peter Paul Gantzer: Gestatten Sie eine weitere Zwischenfrage des Kollegen Pfaffmann?

Joachim Herrmann (CSU): Nachdem ich jetzt gemerkt habe, dass nichts Gescheites rauskommt, mache ich lieber weiter.

(Ludwig Wörner (SPD): Unterste Schublade!)

Liebe Kolleginnen und Kollegen, fest steht, dass Bayern das Pisländ Nummer 1 in Deutschland ist. Wir müssen und wollen uns anstrengen, dass es so bleibt. Wir ruhen uns darauf nicht aus. Ich will nicht näher auf G 8, R 6, Hauptschule und dergleichen eingehen. Entscheidend ist aus meiner Sicht ohnehin, dass wir auf Fordern und Fördern setzen, denn das hat die bayerischen Schülerinnen und Schüler stark gemacht. Wir dürfen niemand überfordern, aber wir müssen wissen, dass Bildung immer auch eigene Anstrengung erfordert.

Das weiß jeder von uns aus eigenem Erleben. Es ist entscheidend, dass wir dies der jungen Generation an unseren Schulen mitgeben.

Mir persönlich wird in unseren bildungspolitischen Diskussionen zu viel über die Gefahr einer Überforderung diskutiert. Wir wollen niemanden überfordern. Wenn meine Buben auf den Sportplatz gehen, haben sie vor Beginn des Spieles noch nie gefragt, ob sie heute wohl überfordert werden. Ich denke, wir müssen an die Diskussion wieder mit einem anderen Geist herangehen. Unsere Schulen müssen den jungen Menschen vor allem Motivation mitgeben, Motivation, sich anzustrengen, Motivation, sich reinzuhängen, weil Bildung eigene Anstrengungen erfordert. Ich kann Bildung nicht wie ein Glas Wasser in mich hineinkippen und sagen, damit hat es sich. Man muss sich anstrengen; man muss trainieren.

Wenn es um Sport geht, ist es selbstverständlich, dass man sich reinhängt und sich anstrengt. Liebe Kolleginnen und Kollegen, es ist auch selbstverständlich, dass dann alle stolz sind auf den Erfolg. Über den Erfolg freuen sich diejenigen, die selbst erfolgreich sind – ob es um die Goldmedaille oder die Bezirksmeisterschaft oder sonst etwas geht –, aber auch die Menschen um sie herum, die sagen, toll, da ist jemand, der die Goldmedaille gewonnen hat. Wenn sich das Ganze auf nationaler Ebene abspielt, ist das gesamte Volk stolz und sagt: Wir haben eine Medaille gewonnen. Ein bisschen etwas von diesem Geist brauchen wir auch wieder in unserem Bildungswesen. Man kann doch sagen: Da ist jemand tüchtig, wir freuen uns, dass er solchen Erfolg hat.

(Beifall bei der CSU)

Liebe Kolleginnen und Kollegen, das gehört übrigens auch zum christlichen Menschenbild. Natürlich hängt der Wert des Menschen nicht von seiner Leistungsfähigkeit ab, aber dass ich die Talente, die mir mitgegeben sind, bestmöglich entwickle, und zwar zum eigenen

Nutzen und auch zum Nutzen meiner Mitmenschen, das liegt in meiner ethischen Verantwortung. Dieses jungen Menschen mitzugeben, halte ich für eine große Aufgabe und Herausforderung für unsere Schulen. Insgesamt haben wir engagierte Lehrerinnen und Lehrer. Bayern würde nicht wiederholt bei Pisa als Land Nummer 1 abschneiden, wenn es nicht engagierte Lehrerinnen und Lehrer hätte. Deshalb möchte ich den Lehrerinnen und Lehrern in unserem Land heute ein herzliches Wort des Dankes für ihren Einsatz an unseren Schulen sagen.

(Beifall bei der CSU)

Wir müssen diesen Geist auch in unsere Arbeitswelt hineinbringen. Stolz zu sein und sich zu freuen mit denjenigen, die Überdurchschnittliches leisten, und zwar vom Facharbeiter bis zum Nobelpreisträger, das ist wichtig. Wir werden Bayern nur ganz vorn halten und Deutschland wieder voranbringen, wenn wir mehr Leute in unserem Land haben, die Überdurchschnittliches leisten. Diese Leute sollen nicht ständig Neid auf ihre Leistung verspüren, sondern merken, dass sich die Menschen um sie herum mit ihnen freuen über das, was sie zuwege gebracht haben.

Ich freue mich, dass wir jetzt in Deutschland einen echten Wirtschaftsaufschwung haben. Ich freue mich auch, dass dieser Aufschwung nicht nur an den Unternehmensgewinnen und am Aktienindex sichtbar wird, sondern auch konkret für neue Arbeitsplätze sorgt; denn das ist das Entscheidende, dafür haben wir jahrelang gekämpft. Es geht jetzt wieder aufwärts und vorwärts in Deutschland. Dabei ist wichtig, dass dieser Erfolg in der Form von neuen Arbeitsplätzen bei den Menschen ankommt. Es ist ein Erfolg, dass die Arbeitslosigkeit heute auch in Bayern deutlich niedriger ist als vor einem Jahr und dass wir weiter gemeinsam mit Baden-Württemberg die niedrigste Arbeitslosenrate in ganz Deutschland haben. Auf diesen Rekord sind wir am Ende dieses Jahres stolz; denn er ist nicht selbstverständlich und wurde von den Menschen in unserem Land hart erarbeitet.

(Beifall bei der CSU)

Im November dieses Jahres gab es 70 000 Jobs mehr als vor einem Jahr. Eines will ich in diesem Zusammenhang nicht vergessen hinzuzufügen. Herr Kollege Maget, hier sind wir wieder bei den Wahrnehmungsproblemen. In keinem anderen Bundesland gibt es eine höhere Erwerbstätigenquote bei den Frauen als in Bayern. Nach bundesweiten Statistiken sind in keinem anderen Land mehr Frauen berufstätig als in Bayern. Das ist die Realität. Die Quote liegt bei 62,7 %. In jedem anderen Bundesland ist die Quote geringer.

(Zurufe von der SPD)

– Sie haben vorhin nicht nur die Zahlen in Bayern beklagt, sondern expressis verbis behauptet, woanders wäre es besser und in Bayern ginge es den Frauen schlechter als anderswo.

(Johanna Werner-Muggendorfer (SPD): Was die Karriere anbelangt und nicht die Beschäftigung!)

Das können Sie alles in Bundesstatistiken nachlesen. Auch von den Müttern mit Kindern unter 18 Jahren sind in keinem anderen Bundesland so viele berufstätig wie in Bayern. Das heißt, die Vereinbarkeit von Beruf und Familie ist in keinem anderen Bundesland besser realisiert als in Bayern. Das sollten Sie zur Kenntnis nehmen.

(Beifall bei der CSU – Johanna Werner-Muggendorfer (SPD): Beschäftigungsquote sagt nichts über Karrierechancen!)

Liebe Kolleginnen und Kollegen, gute Arbeitschancen bedeuten auch weniger Armut. Mit 1,9 % hat Bayern die niedrigste Sozialhilfequote aller Bundesländer. Es ist wichtig, dass wir die Balance zwischen wirtschaftlichem Erfolg und Solidarität mit den Schwachen halten. Soziale Gerechtigkeit ist aber nicht nur eine Aufgabe des Staates. Es ist wichtig, dass alle in unserer Gesellschaft daran mitwirken, die soziale Balance zu halten. Ich sage das auch im Hinblick auf die aktuelle Diskussion über Löhne und Bezüge. Wir haben gerade vorhin über den Haushalt des Landtags abgestimmt. Wir im Landtag haben eine gute Regelung, die inzwischen unumstritten ist. Unsere Diäten steigen um genauso viel, wie auch die Gehälter der Erwerbstätigen in Bayern im Durchschnitt steigen. Vielleicht sollten sich dies auch einige Spitzenmanager in unserem Land zum Vorbild nehmen und ihre Gehälter in nächster Zeit nur um soviel steigen lassen, wie es dem durchschnittlichen Anstieg der Gehälter ihrer Mitarbeiter entspricht. Ich glaube, auch dies würde der sozialen Balance in unserem Land guttun.

(Beifall bei der CSU)

Meine Damen und Herren, dieser Doppelhaushalt ist eine solide Grundlage für den Weg des Freistaates Bayern durch die kommenden beiden Jahre. Wir wissen, SPD und GRÜNE sind dagegen – wir haben nichts anderes erwartet; deshalb heißen sie auch Opposition –, aber eine seriöse Alternative haben sie nicht. Deshalb weiß die Mehrheit der Wählerinnen und Wähler, dass die Zukunft Bayerns bei niemandem in besseren Händen liegt als bei der CSU.

(Beifall bei der CSU)

Das belegen alle aktuellen Umfragen.

Deshalb werden wir, unser Ministerpräsident Edmund Stoiber und die Fraktion der CSU, gemeinsam auch 2008 wieder um das Vertrauen der Menschen in Bayern werben, nicht weil es um den Erhalt unserer Macht ginge, sondern weil es nichts Besseres gibt für die Zukunft unseres Landes und der Menschen in unserem Land. Dafür werden wir im neuen Jahr gemeinsam mit aller Kraft arbeiten.

(Lang anhaltender Beifall bei der CSU)

Zweiter Vizepräsident Prof. Dr. Peter Paul Gantzer: Weitere Wortmeldungen liegen mir nicht vor. – Dann ist die Aussprache geschlossen. Wir kommen zur Abstimmung. Der Abstimmung liegen der Entwurf des Haushaltsplans 2007/2008, Einzelplan 02, die Änderungsanträge auf den

Drucksachen 15/6468, 15/6469 und 15/6480 bis 15/6483 sowie die Beschlussempfehlung des federführenden Ausschusses für Staatshaushalt und Finanzfragen auf Drucksache 15/6624 zugrunde. Der Einzelplan 02 wird vom Ausschuss für Staatshaushalt und Finanzfragen zur unveränderten Annahme empfohlen.

Wer dem Einzelplan 02 seine Zustimmung geben will, den bitte ich, sich vom Platz zu erheben. – Gegenstimmen bitte ich auf die gleiche Weise anzuzeigen. – Gibt es Stimmenthaltungen? – Damit ist der Einzelplan 02 mit den Stimmen der CSU-Fraktion gegen die Stimmen der beiden anderen Fraktionen angenommen.

Gemäß § 126 Absatz 6 der Geschäftsordnung gelten zugleich die vom Ausschuss für Staatshaushalt und Finanzfragen zur Ablehnung vorgeschlagenen Änderungsanträge als abgelehnt. Eine Liste dieser Änderungsanträge liegt Ihnen vor.

(Siehe Anlage 1)

Damit ist die Beratung des Einzelplans 02 abgeschlossen.

Ich rufe gemeinsam die Tagesordnungspunkte 4 und 5 auf:

**Haushaltsplan 2007/2008;
Einzelplan 03 A für den Geschäftsbereich des
Bayerischen Staatsministeriums des Innern**

hierzu:

**Änderungsanträge von Abgeordneten der SPD-Fraktion (Drsn. 15/6470 bis 15/6476),
Änderungsanträge der Fraktion des BÜNDNISSES 90/
DIE GRÜNEN (Drsn. 15/6484 bis 15/6488)**

**Haushaltsplan 2007/2008;
Einzelplan 03 B – Staatsbauverwaltung**

hierzu:

**Änderungsanträge von Abgeordneten der SPD-Fraktion (Drsn. 15/6477 und 15/6478)
Änderungsanträge der Fraktion des BÜNDNISSES 90/
DIE GRÜNEN (Drsn. 15/6493, 15/6495 und 15/6497)**

(Unruhe – Glocke des Präsidenten)

Darf ich auch Herrn Ministerpräsidenten darum bitten, seine Gespräche draußen zu führen?

Im Ältestenrat wurde für die gemeinsame Aussprache eine Gesamtrededzeit von 1 Stunde und 57 Minuten vereinbart. Davon entfallen auf die Fraktion der CSU 40 Minuten, auf die SPD-Fraktion 22 Minuten und auf die Fraktion des BÜNDNISSES 90/DIE GRÜNEN 15 Minuten. Die Rededzeit der Staatsregierung orientiert sich an der Rededzeit der stärksten Fraktion. Sie kann deshalb bis zu 40 Minuten sprechen, ohne dass sich dadurch die Rededzeit der Fraktionen verlängert.

Ich eröffne die gemeinsame Aussprache. Erste Wortmeldung: Kollege Winter.

Georg Winter (CSU): Sehr geehrter Herr Präsident, sehr verehrte Kolleginnen, sehr verehrte Kollegen, sehr geehrter Herr Ministerpräsident, meine Damen und Herren! Vor Kurzem ist der neue James-Bond-Film angelaufen.

(Maria Scharfenberg (GRÜNE): War er gut?)

– Ich habe ihn gesehen. Das sind fantastische Abenteuer. Er hat großes Lob bekommen. Die Reaktion eines Mitbürgers war: Was soll James Bond?

(Unruhe – Glocke des Präsidenten)

Die Wirklichkeit ist noch viel abenteuerlicher, noch viel fürchterlicher, denken wir nur an die Litwinenko-Affäre oder an den 11. September 2001. Was gestern unvorstellbar war, kann heute schon Wirklichkeit sein. Unsere Folgerung daraus sollte sein, dass wir uns auf das vorbereiten, was gegenwärtig noch unvorstellbar ist. Das Unvorstellbare muss zwar nicht eintreffen, aber es kann eintreffen. Das Beispiel der vorhin genannten Affäre hat das gezeigt.

Was möchte ich damit ansprechen? – Eine gute Sicherheitspolitik zeichnet sich dadurch aus, dass sie vorausschauend und konsequent ist. Das war das Markenzeichen der CSU in der Sicherheitspolitik der letzten Jahrzehnte, speziell das Markenzeichen unseres Staatsministers Dr. Günther Beckstein: konsequent und vorausschauend.

(Unruhe – Glocke des Präsidenten)

Unsere Sicherheitspolitik war so erfolgreich, dass andere sie nachahmen, bis hin zu Otto Schily. Die Ereignisse des 11. September 2001 und die Litwinenko-Affäre zeigen, was möglich ist. Auch einige andere Ereignisse lassen uns sehr wohl erkennen, dass der gute Verlauf der Fußball-Weltmeisterschaft und der friedliche Ablauf des Papstbesuches keine Selbstverständlichkeiten sind. Ich darf in diesem Zusammenhang an den Terroranschlag bei den Olympischen Spielen 1972 erinnern. Wie Sie wissen, wurden nachhaltige Konsequenzen aus diesem Ereignis gezogen.

Vor wenigen Monaten – die Weltmeisterschaft war gerade vorbei, und der Papstbesuch stand kurz bevor –, am 31. Juli dieses Jahres, wurden in zwei Zügen herrenlose Gepäckstücke mit Brand- und Sprengstoffvorrichtungen gefunden, die zu unser aller Glück nicht funktionierten. Diese Vorkommnisse machen deutlich: Verbrechen und Verbrecher kennen keine Grenzen; die Gefahr ist überall präsent. Der Vorfall mit den beiden Koffern hat auch gezeigt, wie hilfreich Video-Aufzeichnungen an öffentlichen Plätzen, zum Beispiel an Bahnhöfen sind. Ohne diese Überwachung wäre man wohl nicht fündig geworden. – Auch die aktuellen Amok-Drohungen dürfen nicht unterschätzt werden.

An dieser Stelle möchte ich Ihnen, Herr Staatsminister Dr. Beckstein, Ihrem Staatssekretär Herrn Georg Schmid und allen, die in Polizei und Verwaltung dazu beigetragen haben, dass wir ein hohes Maß an Sicherheit genießen können, danken, auch dafür, dass die fantastischen Großereignisse wie der Papstbesuch und die Weltmeisterschaft uns allen in so guter Erinnerung bleiben können.

(Beifall bei der CSU)

Herr Staatsminister, in den 13 Jahren Ihrer Verantwortung haben Sie ganz entscheidend dazu beigetragen, dass Bayern als sicheres Land gilt, und vieles auf sich genommen. Die Opposition hier im Hause hat Ihre Linie jahrelang kritisiert und bekämpft. Als Beispiel für Ihre klare Vorgabe möchte ich nennen: null Toleranz für Hausbesetzungen. Ihre Worte waren: Innerhalb von 24 Stunden muss das beendet sein; länger geht das in Bayern nicht. Meine lieben Freunde, meine Damen und Herren, wir wissen, dass es in anderen deutschen Ländern ganz andere Beispiele gab. Wir sind Ihnen dafür dankbar, dass Sie diesen Kurs gehalten haben.

Des Weiteren möchte ich den Abbau der Grenzkontrollen im Zusammenhang mit der Erweiterung der Europäischen Union nennen. Sie haben zwar die Kontrolle abgebaut, aber die Schleierfahndung eingeführt und hatten damit noch mehr Erfolg als zuvor.

Derartige Herausforderungen für unsere Sicherheitsorgane gibt es täglich. Im nächsten Jahr stehen mit der Übernahme der EU-Ratspräsidentschaft durch die Bundesrepublik Deutschland weitere große Termine an, die volle Präsenz und hohe Konzentration der Sicherheitskräfte erfordern. Unsere Aufgabe ist es heute, mit der Beratung und der Verabschiedung des Etats für den Innenminister die Grundlage dafür zu legen, dass unsere Sicherheitsorgane handeln können und für die Zukunft gerüstet sind.

Verschweigen möchte ich nicht– Herr Staatsminister, darin sind wir uns wohl einig –, dass noch mehr Geld noch besser wäre. Wo wäre das nicht so? Rund 3,1 Milliarden Euro pro Jahr sind für Polizei und innere Verwaltung im Haushalt vorgesehen. Die Steigerung im Jahr 2007 gegenüber dem laufenden Jahr ist mit 3,7 % überdurchschnittlich. Der Löwenanteil dieser 3,1 Milliarden – wie könnte es anders sein? –, nämlich 78 %, wird für Personal, insbesondere für die Polizei aufgewendet. Dieser Haushalt stellt eine ganze Reihe von Rekorden auf, worüber wir uns freuen können. Ich hoffe, ich kann Ihnen heute noch über ein paar neue berichten, von denen Sie bisher noch nicht gehört oder gelesen haben.

Zu diesen Rekorden gehört die Tatsache, dass im Rahmen des künftigen Doppeljets zwei zusätzliche Urlaubstage für alle Schichtdienstleistenden eingeführt werden. Dafür gilt unser Dank besonders unserem Fraktionsvorsitzenden Joachim Herrmann, und dem Vorsitzenden des Innenausschusses, Herrn Dr. Jakob Kreidl, der das zusammen mit unserem Kollegen Ach zuwege gebracht hat und sich in seinem Ausschuss dafür engagiert hat.

Als weiteren Rekord in diesem Etat nenne ich – das ist besonders erfreulich, wenn wir an die Auszubildenden denken – die Tatsache, dass im Bereich der Polizei rund 1000 neue Azubis in den Jahren 2007 und 2008 eingestellt werden. Das kann sich sehen und hören lassen.

Wir wollen auch schon für jene, die im Dienst sind, etwas tun und noch mehr tun. In 9000 Fällen sind Verbesserungen möglich. Konkret sind das 6991 Beförderungen und 1880 Hebungen, zusammen also knapp 9000 Fälle, die in den nächsten beiden Jahren mit guten Nachrichten rechnen können.

75 Millionen sind im Jahr 2007 allein für den Einstieg in den neuen Digitalfunk eingeplant, und, um das Ganze durchfinanzieren zu können, 492 Millionen an Verpflichtungsermächtigungen für die kommenden Jahre.

Erfreulich ist für uns auch, dass sich das Feuerschutzaufkommen auf hohem Niveau stabilisiert hat. Wir alle in den Stimmkreisen und in den Regionen wissen, dass es für unsere Feuerwehren wichtig ist, auf dem neuesten Stand zu sein, um ihre freiwilligen Mitarbeiter motivieren und junge Kräfte gewinnen zu können. Das kann man nur dann, wenn man etwas Positives vorzeigen kann, wenn das Ehrenamt nicht nur Verantwortung mit sich bringt, sondern auch Spaß macht.

Die SPD hat ein umfangreiches Paket vorgelegt, das 52 Millionen Euro Mehrkosten verursacht hätte. Wir haben aber nicht erkennen können, wie diese Mehrkosten finanziert werden sollen.

Bereits eingangs habe ich deutlich gemacht: Das Erfolgsrezept der Bayerischen Staatsregierung und von Günther Beckstein in seiner Zeit als Innenminister sind vorausschauende Planung, konsequente Umsetzung und Handeln. Ganz anders lautet der Antrag der GRÜNEN – Kollege Maget hat sich dem vorhin in der Aussprache angeschlossen –, die im Oktober 2006 gefordert hatten, die Polizeireform zu stoppen. Reformen bringen selbstverständlich Veränderungen sowie Kritiker und Bedenken-träger hervor. Das bezweifeln wir nicht. Man muss mit den Betroffenen diskutieren und nach Lösungen suchen. Ich bin aber fest davon überzeugt: Die Opposition würde uns in einigen Jahren Vorhaltungen machen, wenn wir diese Reform nicht durchführen würden.

Lassen Sie mich etwas zur Finanzierung sagen: Im Rahmen der Reform sollen 600 Stellen eingespart werden. Davon wollen wir 180 Stellen tatsächlich einziehen und zur Finanzierung der Reform verwenden, insbesondere zur Einrichtung der modernen Einsatzzentralen. 420 Stellen – das ist das ganz Wesentliche – sollen der operativen Polizeiarbeit zugute kommen. Diese Reform wird qualitative Verbesserungen für das Personal und die Präsenz vor Ort bringen. Sie hat noch weitere positive Wirkungen, die sich von jedermann anschaulich nachvollziehen lassen. Das sind keine Worthülsen. In Würzburg können sich alle Interessierten vor Ort davon überzeugen.

Es ist sinnvoll und richtig, eine so große Maßnahme wie die Umstellung eines diffizilen und sensiblen Apparates wie der Polizei, die tagtäglich für die Sicherheit verant-

wortlich ist und sich keine Pannen und Lücken leisten kann, zunächst nur in einem Regierungsbezirk im kleinen Maßstab zu erproben. Daran wird sichtbar, ob die Umsetzung funktioniert bzw. was bei der Reform beachtet werden muss. Jede Reform lebt zu 50 % von der Idee, und zu 50 % hängt ihr Erfolg von einer guten und umsichtigen Umsetzung ab. Gemeinsam mit meinem Kollegen Manfred Ach konnte ich mich in Würzburg davon überzeugen. Diese enormen Investitionen sind sinnvoll und richtig. Eine moderne Einsatzzentrale kostet je nach Standort mit der Bausubstanz, der Technik und der Ausrüstung mit moderner Informations- und Kommunikationstechnik rund 8 bis 9 Millionen Euro. Es wäre falsch gewesen, diese Investitionen auf längere Sicht an 29 Standorten vorzunehmen. Diese Investitionen werden auf zehn Standorte konzentriert, damit sie finanzierbar sind. Dadurch entstehen moderne Hightech-Einrichtungen. Damit schaffen wir Sicherheit und werden wir zukunftsfähig, indem wir die Struktur, auch die Alarmierung, an die neuen Einsatzzentralen anpassen. Die Opposition würde uns in einigen Jahren dafür rügen, wenn wir die Polizeireform nicht eingeleitet hätten. Man würde uns vorwerfen, wir hätten nicht den Mut gehabt. Die SPD würde sagen: Hättet ihr euch wie Rothemund auf die Regionen konzentriert, der hat das schon vor 20 bis 30 Jahren gesagt. – Jetzt sind wir bei den Regionen angekommen, deswegen entstehen zehn moderne Einsatzzentralen.

An dieser Stelle gilt unserem Ministerpräsidenten ein herzlicher Dank; denn wie Sie alle wissen, hat er mit seiner Regierungserklärung im November 2003 den Rahmen der Reform abgesteckt und damit einen Pflöck eingeschlagen, damit wir nicht wanken, sondern den Mut und die Kraft aufbringen, diese Reform in dieser Wahlperiode durchzuführen. Das hat den Vorteil, dass wir in unseren Einsatzzentralen moderne Technik vorhalten können. Frau Kollegin Schmitt-Bussinger, davon sind wir überzeugt, und das sagen wir aus ganzem Herzen.

Die Umstellung auf den Digitalfunk erfordert viel Geld. Der Herr Staatsminister Beckstein wird noch darüber berichten, wie die Verhandlungen stehen. Wir haben schon bei der Diskussion um die Einführung einer Pkw-Vignette gesehen, dass diese Dinge nicht einfach sind. Ich möchte Herrn Staatsminister nicht vorgreifen. Wichtig ist, dass wir die finanziellen Voraussetzungen zur Einführung des Digitalfunks geschaffen haben, damit wir funktechnisch möglichst bald auf den neuesten Stand kommen.

Für den Geschäftsbereich der Obersten Baubehörde gibt es ebenfalls gute Nachrichten. Dank der Rückflüsse aus den Darlehen der sozialen Wohnraumförderung werden künftig auch Gelder für Maßnahmen der Städtebauförderung zur Verfügung gestellt. Kollege Rotter hat es begrüßt und mit seiner Arbeitsgruppe unterstützt, dass bis zum Jahr 2010 45 Millionen Euro zusätzlich zur Unterstützung städtebaulicher Maßnahmen bereitgestellt werden. Der Bewilligungsrahmen für die Wohnraumförderung kann um 10 Millionen Euro aufgestockt werden. Angesichts des großen Bedarfs bei der Förderung von Studentenwohnungen – leider werden sie mit der Zweitwohnungssteuer belegt – ist eine Steigerung von 4,4 Millionen Euro im Etat eingeplant.

Der Oberste Rechnungshof hat sich rechtzeitig zum Nikolaustag geäußert und zu Recht auch in den letzten Jahren darauf hingewiesen, dass wir zur Bestandserhaltung unserer Staatsstraßen mehr tun müssen. Dieser Forderung wollen wir mit diesem Doppeletat nachkommen. 20 Millionen Euro stehen zusätzlich zur Bestandserhaltung – oder wie es fachtechnisch heißt: für Unterhalt und Instandsetzung – zur Verfügung. Insgesamt 160 Millionen Euro pro Jahr sind für den Staatsstraßenbau vorgesehen, plus 5 Millionen Euro, die auf Initiative der CSU-Fraktion, insbesondere unseres Kollegen Manfred Ach, bereitgestellt werden konnten.

Der Rechnungshof hat auch den Pilotversuch mit öffentlich-privaten Partnerschaften thematisiert. Dabei ist es wichtig, dass man sich nicht auf die reinen Baukosten fixiert, sondern auch der Unterhalt und die vereinbarte Laufzeit berücksichtigt werden. Dieses Finanzierungsmodell soll auf wenige Beispiele begrenzt werden. In der Diskussion um diese Modelle hat sich einiges getan; wenn man vor einigen Jahren gegenüber Kommunalpolitikern die Meinung vertrat, Public Private Partnership – PPP – sei nicht der einzige Weg zum Glück, war man falsch beraten. Mittlerweile relativieren sich die Ansichten, und es tritt Konkurrenz der PPP-Modelle mit anderen Finanzierungsmodellen ein. Das ist gut so.

Unser Straßennetz, ob Gemeinde-, Kreis-, Staats- oder Bundesstraßen, Autobahnen, Brückenbauwerke und Lärmschutzanlagen, erfordert viel Geld für Ausbau und Unterhalt. Herr Dürr hat gesagt, es wäre falsch, den Menschen gute Straßen zu bauen, sie würden dem flachen Land davonfahren und nicht mehr zurückkommen. Im Gegensatz dazu steht unsere Position. Ich weiß nicht, wie Herr Dürr dem ländlichen Raum helfen will. Als einer, der in einer ländlich geprägten Region lebt und die Nachteile und Schwierigkeiten dort kennt, kann ich nur sagen: Wir sind auf bessere Verbindungen angewiesen. Für uns Menschen im ländlichen Raum muss es möglich sein, die großen Zentren in zumutbarer Zeit zu erreichen und zu unseren Familien und unserem Zuhause zurückkehren zu können. Wir werden den ländlichen Raum nicht verlassen, aber wir brauchen gute Verbindungen.

Eine weitere Aufgabe ist die Entlastung durch zahlreiche Ortsdurchfahrten. Der Durchgangsverkehr hat teilweise stark zugenommen, sodass er dort kaum mehr erträglich ist. Dieser Aufgabe müssen wir uns weiterhin und längerfristig stellen. Wir sind der Auffassung, dass man diesen großen Anforderungen, die sich neben den Schienen und den Wasserstraßen für das Verkehrsnetz ergeben, nur mit einem Bündel von Maßnahmen gerecht werden kann. Dazu gehört es auch, dass wir in einem Etat von 36 Milliarden Euro Innovationen zulassen und neuen Ideen eine Chance geben. Dazu gehört nicht nur die Verkehrsinfrastruktur.

Mit diesem Etat müssen viele Dinge bewältigt werden: von der Bildung und der Wissenschaft über Soziales, Umwelt, Ernährung, Gesundheit bis hin zu Kommunalem und zur Infrastruktur.

Was Bayern dabei hilft, ist der Föderalismus innerhalb des Freistaats und die vielfältigen Möglichkeiten wie die

Tatsache, dass Gemeinden, Städte und Landkreise selbst Träger solcher Baumaßnahmen sind. Dabei werden sie durch das Bayerische Finanzausgleichsgesetz und ab dem 1. Januar 2007 durch das bayerische Gemeindeverkehrsfinanzierungsgesetz – GVFG – unterstützt. Kollege Obermeier wird darauf noch näher eingehen. In diesem Zusammenhang ist es erfreulich, dass mit diesem neuen Gesetz der Höchstfördersatz auf 80 % angehoben werden konnte. Verkehrsengpässe treten nicht nur in finanzstarken Kommunen auf, sondern auch in finanzschwachen. Auch diese sollen in der Lage sein, ihre Probleme lösen zu können. Die Erhöhung auf 80 % war deshalb ein wichtiger Fortschritt im Rahmen der Gesetzesänderung, wie auch die Tatsache, dass alle Kommunen, unabhängig davon, wie sie im Landesentwicklungsprogramm eingestuft sind, von dem neuen Gesetz Gebrauch machen können. Positiv ist auch, Herr Staatssekretär Meyer, dass das „Investitionsprogramm Zukunft Bayern“ mit dem IZB II zusätzlich 20 Millionen Euro für den Bau von Straßen und Brücken enthält.

Die PPP-Modelle habe ich bereits angesprochen. Wir wollen diese Modelle auf wenige beschränken und Erfahrungen sammeln, um sie dort zu nützen, wo sie besonders sinnvoll erscheinen.

Ich habe Ihnen noch einen Rekord versprochen. Neben dem, was wir bei der Polizei und bei der Verwaltung Herausragendes geleistet haben, können die Oberste Baubehörde und das Innenministerium auf 200 Jahre Arbeit zurückblicken. Das Innenministerium kann in diesem Jahr 2006 auch, was den Bau der Bundesfernstraßen und Autobahnen anbelangt, einen Rekord vorweisen. Wir können, obgleich das Jahr noch nicht ganz zu Ende ist, feststellen: Allein in diesem Jahr werden rund 1 Milliarde Euro für den Bau von Bundesfernstraßen und Autobahnen in Bayern ausgegeben. Das ist der höchste Stand seit Bestehen der Bundesrepublik Deutschland. Da kann man nur sagen: Danke all denen, die dabei mitgeholfen haben.

Trotz der einen Milliarde muss Bayern etwas vorfinanzieren, weil der Betrag nicht alles abdeckt, was wir in diesem Jahr verwirklicht haben. Wichtig war dabei, dass der Freistaat Bayern in den zurückliegenden zehn Jahren immer die Möglichkeit genutzt hat, Reste zu verwenden. Auf diese Weise hat er einen zusätzlichen gesamten Jahresetat für Autobahnen und Bundesfernstraßen ausgeben können.

Bayern lebt ab Januar 2007 also eigentlich bereits im Jahr 2008, weil wir einen zusätzlichen Jahresetat umgesetzt haben. Das lässt sich ganz einfach rechnen: Wenn man zehn Jahre lang alljährlich 10 % Restmittel vom Bund beanspruchen kann, weil vorausschauend geplant wurde und weil es Projekte gab, dann hat man nach 10 Jahren ein ganzes Jahr aufgeholt.

Ihnen, Herr Staatsminister, Ihrem Staatssekretär, allen Ihren Mitstreitern und den Amtschefs, allen, die daran mitgearbeitet haben, gilt unser Dank und unsere Anerkennung. Die Leute in den Regionen, die davon berührt sind, wissen, wovon ich spreche. Gleichgültig, ob es sich um die A 7 im Allgäu handelt, die A 6 bei Waidhaus, die

A 3 östlich von Aschaffenburg oder die Umfahrung von Mühldorf, die in der letzten Woche für den Verkehr freigegeben wurde, die A 96 bei Memmingen oder die B 15 neu bei Landshut, all diesen Maßnahmen kam der zusätzliche Mitteleinsatz zugute.

Das bayerische GVFG habe ich bereits angesprochen. Auch hier war es wichtig, meine Damen und Herren von der SPD, dass der Vertreter der Länder, unser Ministerpräsident Stoiber, gemeinsam mit Herrn Müntefering diese Reform aushandeln konnte. Sie hat den Ländern mehr Kompetenzen gebracht, die wir mit dem bayerischen GVFG zum Wohle unserer Kommunen genutzt haben.

Herr Innenminister, zum Abschluss darf ich noch den Bestand des Innenministeriums seit 200 Jahren ansprechen. Dazu kann man vieles sagen, es wurde dazu auch viel geschrieben, ich möchte all dies angesichts der begrenzten Zeit nicht wiederholen. Das Jubiläum hat aber vieles ins Gedächtnis gebracht, nicht nur den Grafen Montgelas selbst, sondern auch seine Gattin Ernestine, die mir bisher noch nicht so bekannt war.

(Johanna Werner-Muggendorfer (SPD): Da schau her!)

Ich hoffe, Missverständnisse vermeiden zu können, obgleich man diese nie ganz ausschließen kann. Frau Ernestine hat gesagt: „Als Außenminister könnte man keinen besseren haben.“ – Nun, einen Außenminister haben wir in Bayern nicht mehr, deshalb schicken wir unseren Ministerpräsidenten immer wieder auf den Weg, damit er uns nach außen vertritt. „Als Innenminister“, so sagte die Gattin von Herrn Montgelas, „ist er passabel.“ Der Finanzminister ist leider nicht mehr da, sonst würde ich das Folgende gar nicht auszusprechen wagen. „Als Finanzminister“, so sagte Frau Ernestine, „verdient er, gehängt zu werden.“

(Allgemeine Heiterkeit)

Meine Damen und Herren, im Gegensatz zur Gattin von Herrn Montgelas, die ein sehr konträres und deftiges Urteil gesprochen hat, komme ich zu einer anderen Bewertung. Dafür habe ich nicht die Frau von Herrn Innenminister Beckstein angerufen. Meine Aufgabe ist vielmehr, die Auffassung der CSU-Fraktion zur Arbeit des Innenministers, zu dessen Etat, zur inneren Sicherheit abzugeben. Die Meinung der CSU-Fraktion geht ganz klar in eine Richtung, vielleicht zur Überraschung der Opposition und vieler anderer. Wir meinen, der Name des bayerischen Innenministers Dr. Günther Beckstein steht für Qualität, für die bestmögliche Sicherheit. Herr Staatsminister, Ihre Arbeit wird zu Recht als „das Original“ bezeichnet. Es spricht für Sie, dass es immer häufiger kopiert wird.

(Lebhafter Beifall bei der CSU)

Erste Vizepräsidentin Barbara Stamm: Nächste Wortmeldung, Frau Kollegin Schmitt-Bussinger.

Helga Schmitt-Bussinger (SPD): Sehr geehrte Frau Präsidentin, verehrte Kolleginnen und Kollegen! Herr Staatsminister Dr. Beckstein, ich will nicht mit Herrn

Montgelaß oder seiner Gattin beginnen, auch nicht mit James Bond. Ich beginne vielmehr mit einem Dank an alle Beschäftigten im Geschäftsbereich des Innern für ihren Einsatz in diesem Jahr.

(Beifall bei der SPD)

Ich danke allen Beschäftigten und ehrenamtlichen Angehörigen der Feuerwehren, der Rettungsdienste, der Organisationen des Katastrophenschutzes und vor allem danke ich der bayerischen Polizei. Ich sage herzlichen Dank. Diese Organisationen haben in diesem Jahr, mit Fußballweltmeisterschaft und mit Papstbesuch, besonders große Aufgaben erledigt, nicht anstelle, sondern zusätzlich zu ihrem Alltagsdienst. All diese Aufgaben haben unsere Staatsbediensteten mit großer Bravour erledigt. Hierfür haben sie und ihre Familien, die die Mehrbelastungen und die Urlaubssperren mitgetragen haben, den Dank unseres Hohen Hauses und des gesamten Landes verdient.

(Beifall bei der SPD)

Herr Innenminister und Herr Staatssekretär, es liegt auf der Hand, dass wir Sie in unseren Dank nicht einschließen können. In Ihrem Geschäftsbereich liegt zu vieles im Argen, es muss zu vieles kritisiert werden, was ich jetzt auch tun werde.

Verehrte Kolleginnen und Kollegen, auch im Einzelplan 03 A, wie im gesamten Doppelhaushalt, wird das strategische Ziel der Staatsregierung deutlich: Dieser Doppelhaushalt soll den Boden für die Landtagswahlen 2008 bereiten. Nach den brachialen Einschnitten im Jahre 2004 und dem angeblich ausgeglichenen Haushalt 2006 mit erneuten brutalen Kürzungen und Haushaltstricks kommt jetzt die so genannte Besänftigungsphase. Die Bürgerinnen und Bürger erleben einen leichten Anstieg der Staatsausgaben. Dieser Doppelhaushalt steigt erstmals wieder etwas an und erreicht damit wieder das Niveau des Doppelhaushalts 2003/2004. Dies alles geschieht in der Hoffnung, die Wählerinnen und Wähler mögen sich gnädig stimmen lassen und die Belastungen vergessen, die ihnen vorher auferlegt wurden. So werden wir im Jahr 2008 eine stattliche Anzahl von Beförderungen erleben. Wir werden einen Spatenstich und eine Straßenfreigabe nach der anderen haben, denn das eigentliche Ziel dieses Doppelhaushaltes ist es, die Grundlage für Wohltaten zu schaffen in der Hoffnung, dass dann die haushaltspolitischen Grausamkeiten – wie beispielsweise die 42-Stunden-Woche – vergessen werden, die diese Staatsregierung den Beschäftigten auferlegt hat.

Kolleginnen und Kollegen, die wesentliche Funktion eines Haushalts ist aber eine andere. Dieser Einzelplan ist die Grundlage für die innere Verwaltung unseres Landes und für die Sicherheitsbehörden.

Die ist längst nicht so rosig, wie sie zu sein scheint und wie Herr Kollege Winter in seiner Rede deutlich zu machen versucht hat.

Der Haushalt 03 A ist von der fachlich unnötigen und haushaltstechnisch unglaublich kostenträchtigen Poli-

zeiorganisationsreform geprägt. Besser und billiger solle unsere Polizei werden, haben Sie, Herr Innenminister Dr. Beckstein, ursprünglich gesagt. Sie haben inzwischen gemerkt, Herr Innenminister, dass der Umbau von vier auf drei Stufen nicht zum Nulltarif zu haben ist, sondern ganz im Gegenteil eine teure Angelegenheit ist und weiter sein wird.

Sie sprechen jetzt von 70 Millionen Euro. Wir glauben, diese Summe wird nicht ausreichen. Eingangs haben Sie von „besser und billiger“ gesprochen. Jetzt haben Sie das schon relativiert. Jetzt sagen Sie nur noch: „besser und effizienter“.

Wir sind nach wie vor der Meinung – das will ich auch hier deutlich machen – : In Wahrheit gibt es bei der Polizeiorganisationsreform nach wie vor vier Stufen, nur unter anderem Namen. Zum Beispiel sind die Einsatzabschnitte in Mittelfranken eine vierte Ebene zwischen den Präsidien und den Inspektionen. Da können Sie sagen, was Sie wollen.

Ich glaube, heute können wir froh sein, wenn die Polizei gleich gut bleibt und sich die Kosten in Grenzen halten. Sicherlich – auch das müssen wir uns noch einmal vergegenwärtigen – stand am Anfang die einsame Entscheidung des Ministerpräsidenten, fern von jeder Ressortverantwortlichkeit. Sicherlich war sie vor allem von dem politischen Einsparwillen geprägt, nicht von überragender Fachkenntnis. Da musste ein großer Schnitt gemacht werden, nicht weil die Struktur krankte, sondern weil Ministerpräsident Stoiber als Reformers dastehen wollte. Mit der Polizeireform kann er nicht als großer Reformers, sondern eher als großer Murksers dastehen.

(Beifall bei der SPD)

Herr Kollege Winter, Sie hätten Ihren Mut und Ihre Kraft, die Sie gerade zum Ausdruck gebracht haben, nicht für die Umsetzung der Polizeireform, sondern für deren Verhinderung aufwenden sollen. Die erwähnte Polizeireform hat mannigfache Auswirkungen auf diesen Haushalt. Darum spreche ich sie auch so ausführlich an.

Die 42 Millionen Euro, die im Einzelplan 03 A der Polizei nun mehr zur Verfügung gestellt werden, werden von der Reform sicherlich aufgebraucht werden. Ich glaube, dass der Betrag nicht einmal reichen wird.

Zentralisierung der Alarmierung und Dezentralisierung der Einsatzkräfte sollten die Reform kennzeichnen. Auf gut Deutsch: Bündelung der Einsatzleitstellen, weniger Stabsarbeit, dafür mehr Beamte auf die Straße. Wenn Sie so wollen, kann man auch sagen – auch Sie haben es so genannt, Herr Minister –: weniger Häuptlinge, mehr Indianer.

(Beifall bei der SPD)

Wenn das nur so wäre! Dann hätten wir vielleicht genügend Personal, um zum Beispiel auch im hintersten Winkel des Landkreises Dachau die öffentliche Sicherheit ausschließlich durch Polizeikräfte gewährleisten zu können. Dann würden sich die Kommunen vielleicht wirk-

lich darauf beschränken können, ihr Hausrecht mit der Hilfe privater Sicherheitsdienste durchzusetzen und die Einhaltung kommunaler Satzungen durch Private überprüfen zu lassen, statt, wie sie es jetzt tun müssen, Schutz vor Vandalismus, Pöbeleien und Ähnlichem zu suchen. Dann hätten wir in den Landkreisen vielleicht auch mehr Streifen draußen in der Nacht. Aber im Bereich der Polizeiinspektion Neustadt an der Aisch und in vielen anderen Inspektionen ist es zum Beispiel der Fall, dass wir nachts nur eine oder zwei Streifen zur Verfügung haben.

Von den rechnerisch angeblich 600 frei werdenden Stellen werden 180 vom Finanzminister eingezogen. Es verbleiben 420 Stellen für die Stärkung der Inspektionen. Wo diese allerdings angekommen sind, konnte mir bisher niemand erklären. Die Einstellung von Polizeianwärtern bleibt in den nächsten Jahren deutlich hinter den Pensionseintritten zurück. Das wissen wir alle. Wir entfernen uns also immer mehr von dem Höchststand des Personals, von dem Sie, Herr Minister Beckstein, immer wieder gern reden. Den Höchststand haben wir längst verlassen. Ich glaube auch, dass er kein alleiniger Maßstab für die Qualität von Polizeiarbeit ist. Ich meine, dass das Verhältnis von Personal und Aufgaben hier ebenfalls berücksichtigt werden muss.

Wie wir wissen, war der Aufgabenzuwachs bei der Polizei enorm. Denken wir nur an die vielen zusätzlichen Aufgaben wie diese: Kontaktbeamte für Stadtteile und Schulen, Beratungsdienste für Senioren, Bekämpfung der internationalen und der organisierten Kriminalität und vieles mehr.

Wenn Sie einen Maßstab anlegen wollen, dann könnten Sie vielleicht das Verhältnis der bei der Polizei Beschäftigten pro Einwohner nehmen. Aber damit liegt Bayern – das haben Sie, Herr Minister Beckstein, selber eingestanden – nicht an der Spitze. Bayern liegt hier auf Platz vier, und zwar – man höre und staune – hinter drei ostdeutschen Bundesländern, nämlich hinter Brandenburg, Sachsen und Thüringen. So sieht es mit der Personalstärke in Bayern aus.

Was ist mit den durch die Polizeireform angeblich frei werdenden 500 Stellen, die den Inspektionen zugute kommen sollen? In Unterfranken, wo der Versuch bereits über ein Jahr läuft, hat sich gezeigt: Die zentrale Alarmierung ist deutlich personalintensiver als das frühere System. In der neuen Einsatzzentrale in Würzburg sind insgesamt 15 Stellen mehr erforderlich als vorher, dezentraler und zentraler Einsatz zusammengekommen. In den Inspektionen ist es mitnichten so, dass alle Beamte zu den Einsätzen hinausfahren könnten. Vielmehr nehmen sie die Notrufe, die bei der Einsatzzentrale ankommen, an und geben die Alarmierung an die Einsatzfahrzeuge weiter. Also sitzen nach wie vor Beamte am Funk in den Inspektionen, die man zu der gestiegenen Personalstärke in den Einsatzzentralen noch hinzuzählen muss. Da ist es kein Wunder, wenn auf der Straße nicht mehr Beamte angekommen sind.

Übrigens hat die Polizeireform auch zu Stellenhebungen bei den Präsidenten und ihren Stellvertretern geführt. Auch das zählt zu den Personalkostensteigerungen, die

die Polizeireform im Bereich dieses Einzelplans verursacht hat. Die SPD-Fraktion hätte auf diese Hebungen gern verzichtet und stattdessen mehr Beförderungsmöglichkeiten befürwortet.

(Zuruf von der CSU: Sie haben doch zugestimmt!)

- Die Kritik an diesen Hebungen ist nach wie vor berechtigt, vor allem auch, weil die Beförderungen im mittleren und höheren Bereich nicht so, wie wir es gefordert hatten, gleichermaßen erfolgt sind.

Die Polizeireform hat nicht nur Auswirkungen auf die Personalausgaben. Auch die sächlichen Aufgaben steigen aufgrund der Reform. Das fängt an mit dem Bau der neuen Präsidien. Ich erinnere an den Bau der neuen Präsidien in Schwaben, Oberbayern und Niederbayern, an den Bau der Einsatzzentralen und an vieles mehr.

Was heißt das konkret für andere Haushaltstitel? Das heißt, dass die 70 Millionen Euro, die die Polizeireform kosten wird, nicht für andere Maßnahmen zur Verfügung stehen, zum Beispiel für die dringend nötige Sanierung von Polizeidienststellen oder etwa der Schießanlage der Bereitschaftspolizei in Nürnberg. Die Mittel stehen nicht für notwendige Dienstfahrzeuge zur Verfügung, auch nicht für funktionierende Computersoftware.

Unser Hauptproblem im Bereich der Polizei und unseres Haushalts 03 A ist demnach die Polizeireform. Die Reform ist für Haushaltsumschichtungen zulasten von Aufgabenerfüllungen an der Basis ursächlich. Obendrein haben Sie, Herr Minister Beckstein, die Reform in Mittel- und Unterfranken nach Gutsherrenart durchgepeitscht und damit viele engagierte Beamte verprellt und die Motivation der Beschäftigten nicht gerade gesteigert.

(Beifall bei der SPD)

Sie, Herr Minister Dr. Beckstein, haben Maulkörbe verteilt, einen Polizeiführer als „Versager“ beschimpft und ganz nebenbei bei der Reform auch noch die Zahl der Personalräte eingedampft.

So vieles, Kolleginnen und Kollegen, bräuchten unsere Beamtinnen und Beamten vor Ort doch viel dringender als diese Umstrukturierung: ein endlich funktionierendes Dienstplanungssystem per Computer – dass die langwierige Einrichtung von Diplaz eine einzige Pleite war, räumen Sie inzwischen ein –, aber auch neue Dienstfahrzeuge, um nur zwei Beispiele zu nennen. Vor allem bräuchten wir aber Beamtinnen und Beamte, die eine gerechte Entlohnung für ihre erfolgreiche und motivierte Arbeit bekommen. Vier Jahre Wartezeit sollen planmäßig eigentlich zwischen der Beförderung der Polizeiobermeister zu Polizeihauptmeistern liegen, also zwischen der Beförderung von der Besoldungsgruppe A 8 zur Besoldungsgruppe A 9. Im Bereich des Polizeipräsidiums Mittelfranken zum Beispiel warten zum Stichtag 1. Oktober 2006 insgesamt 219 Polizeiobermeister auf eben diese Beförderung. All diese Beamtinnen und Beamten erfüllen die Voraussetzungen

für eine sofortige Beförderung. Die Planstellen sind das Einzige, was fehlt.

(Manfred Ach (CSU): Es besteht aber kein Anspruch, das wissen Sie!)

Deshalb haben wir Sozialdemokratinnen und Sozialdemokraten beantragt, die Stellen der Besoldungsgruppe A 9 zu schaffen, die notwendig sind, um die Stellenobergrenzen des mittleren Dienstes von 70 von 100 vollständig auszuschöpfen.

Zur gerechten Entlohnung gehört zweitens ein Ausgleich für den Schichtdienst, der diese Bezeichnung tatsächlich verdient. Zwei Tage, wie Sie sie jetzt angekündigt haben und durchsetzen wollen, sind besser als nichts,

(Manfred Ach (CSU): Zu bestehenden vier!)

aber Sie wissen auch, was vor der 42-Stunden-Woche war. Da fehlen immer noch fünf Tage, wenn Sie zwei zugeben. Hier ist eine Nachbesserung notwendig.

Kolleginnen und Kollegen, die Verwirklichung der vorgetragenen Forderungen wäre ein wirklich großer Gewinn für die Motivation der Beamtinnen und Beamten, eine Anerkennung für deren Arbeit und für ihre Familien. Mit Urlaub, ohne irgendeine Neiddebatte anstoßen zu wollen, das wäre – ich habe es schon gesagt – wichtiger als die Schaffung zusätzlicher Polizeipräsidenten- und -vizepräsidentenstellen sowie deren Höhergruppierung.

(Beifall bei der SPD)

Kolleginnen und Kollegen, ich fasse zusammen: Sie stellen einen Haushalt auf, in dem zur Vorbereitung der Wahlen 2008 kleine Ausgabenmehrungen enthalten sind. Die Steigerung der Sachausgaben um 42 Millionen Euro kann den Investitionsstau nicht auflösen, den insbesondere die fachlich unnötige Polizeireform ausgelöst und verschlimmert hat. Dieser Haushalt 3 A ist kein Haushalt im Interesse der bayerischen Polizei, das Gegenteil ist der Fall.

Ich will schließen mit einer Bewertung Ihrer Arbeit, Herr Minister Dr. Beckstein, durch die Deutsche Polizeigewerkschaft, der wir uns seitens der SPD nur anschließen können. Die Deutsche Polizeigewerkschaft hat Ihnen ein Zwischenzeugnis ausgestellt, in dem folgender Satz zu lesen ist:

Die Staatsregierung sollte sich mehr um eine gute Bewältigung der Herausforderungen bemühen als um eine geschönte Darstellung in der Öffentlichkeit. Mit den bisher gezeigten Leistungen der Staatsregierung ist das Klassenziel „sicherstes Bundesland“ nicht zu erreichen.

(Manfred Ach (CSU): Stammt das von Herrn Schneider?)

Ein Aufrücken zum Marktführer der inneren Sicherheit ist gefährdet.

Dem ist nichts hinzuzufügen.

(Beifall bei der SPD)

Erste Vizepräsidentin Barbara Stamm: Nächste Wortmeldung: Frau Kollegin Kamm.

Christine Kamm (GRÜNE): Sehr verehrte Frau Präsidentin, sehr verehrte Kolleginnen und Kollegen! Das Interesse der Medienvertreter an diesem Tagesordnungspunkt ist offenbar nicht sehr groß. Das mag aber vielleicht auch daran liegen, dass die verschiedenen Möglichkeiten des Parlaments, auf die Innenpolitik gestaltend über den Haushaltsplan einzuwirken, nicht sehr groß ist. Ich bedauere außerordentlich, dass es wegen der vielfältigen gegenseitigen Deckungsvermerke kaum möglich ist, in einzelnen Bereichen zu steuern und zu sagen: Hier sollte mehr gemacht werden und dort sollte weniger gemacht werden. Ich würde mir wünschen, dass das Parlament hier mehr Möglichkeiten hätte.

Sehr geehrte Kolleginnen und Kollegen, das Verhältnis von vorbeugender Prävention und nachgelagerter polizeilicher Arbeit gerät immer mehr in Schieflage. Die Eingriffe in die Privatsphäre der Bürgerinnen und Bürger werden immer mehr ausgeweitet, ohne dass sich unsere Sicherheitssituation verbessert, im Gegenteil. Letztes Beispiel: Angesichts der schlimmen Amokläufe ehemaliger Schüler und einiger Trittbrettfahrer werden als Lösungsvorschläge aus dem Innenministerium Verbote von Killerspielen und mehr Internetrecherche der Polizei bis hin zum Ausspähen und Auslesen privater Computerinhalte durch eine spezielle Hacker-Software diskutiert. Mit solch dubiosen und keineswegs mit der Verfassung in Einklang stehenden Vorschlägen werden Sie dem Problem nicht gerecht. Wir kritisieren, dass auf Verbrechen stets mit Aktionismus und Schnellschüssen reagiert wird und damit bei der Bevölkerung eher weniger denn mehr Sicherheitsgefühl entsteht.

Sie fordern Verbote; mehr Kompetenz im Umgang mit Medien wäre jedoch wichtiger. Zudem, so auch die Vertreter des Berliner Instituts für Gewaltprävention und angewandte Kriminologie in der Zeitung der Gewerkschaft der Polizei – GdP –, müsse jede einfache Antwort auf die komplexe Entstehung von Gewalt durch die Rolle der Medien als unseriös betrachtet werden.

Wichtig ist, insgesamt das soziale Umfeld des Spielers zu betrachten. Während ungeklärt ist, welche Rolle Computer und Medien spielen, ist es offensichtlich, dass das Gefühl eines Jugendlichen, in ein funktionsfähiges soziales Beziehungssystem eingebunden zu sein, in hohem Maße gewaltpräventiv ist. In allen Fällen schwerer Gewalttaten durch Jugendliche lag ein funktionsfähiges soziales Band nicht vor.

Welche Lösungen bietet uns dieser Doppelhaushalt? Die Mittel in der Jugendarbeit wurden 2004 empfindlich gekürzt und seither kaum wesentlich erhöht. Morgen werden wir die Zahl der Schulsozialarbeiter gerade mal um 39 in dem einen und um 32 in dem anderen Jahr erhöhen und damit letztendlich die absolute Mehrheit unserer Schulen nach wie vor ohne Schulsozialar-

beit belassen, obwohl die Schulsozialarbeit Schülern in Konfliktsituationen helfen könnte und in höchstem Maße präventiv wäre.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Besonders eifrig ausgebaut werden soll die Videoüberwachung, obwohl Videoüberwachung gerade nicht, wie das Beispiel England zeigt, Terroranschläge verhindern kann und geradezu skurril wirkt in einem Land, in dem immer mehr Bahnhöfe ohne Aufsichtspersonal und Schalterbeamten sein werden und Züge ohne Schaffner verkehren sollen.

(Beifall bei Abgeordneten der GRÜNEN)

Musterknabe will Bayern auch sein bei der Einstellung von Datensätzen in die bundesweite DNA-Bank. Als erstes Bundesland hat Bayern bereits die Schwelle von 100 000 dort eingestellten DNA-Sätzen übersprungen, obwohl mittlerweile dort insgesamt nur 443 000 Datensätze gelagert sind.

In diesem Jahr hat Bayern schon 17 000 neue Datensätze geliefert; jedes Jahr kommen weitere 90 hinzu. Da fragt man sich natürlich, was da alles geliefert wird. Wenn man die bayerische Kriminalstatistik liest, wundert man sich. 2005 gab es in Bayern 357 Tötungsdelikte, 1036 Vergewaltigungsdelikte und 3200 Raubüberfälle inklusive Handtaschenraub, Wohnungseinbrüche usw. Man fragt sich natürlich schon, welche DNA-Daten von welchen Tätern dort eingestellt werden.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Auch beim Kampf gegen den Rechtsextremismus fließen nur spärliche Mittel in Vorsorgeprojekte und in die Kinder- und Jugendarbeit. Es ist eine sträfliche Vernachlässigung dieses wichtigen Themas unserer inneren Sicherheit. Wir fordern deshalb, dass endlich mehr Jugend- und Bildungsarbeit geleistet wird.

Wir haben in den Anträgen, die Ihnen vorliegen, auch Anträge zur Schließung der Rückführungsstellen gestellt. Mit den zentralen Rückführungsstellen werden nur überflüssige Parallelstrukturen geschaffen.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Diese Aufgaben werden bereits durch die Ausländerbehörden erfüllt.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Nicht nachvollziehen können wir auch die Tatsache, dass trotz gesunkener Asylbewerberzahlen die Mittel bei der Abschiebehaft erheblich aufgestockt werden. Viele Menschen, die wegen der schlimmen Situation in ihrem Heimatland überhaupt nicht abgeschoben werden können, werden trotzdem über Monate hinweg in Abschiebehaft genommen. Sie, meine Damen und Herren, ignorieren damit die Situation der betroffenen Menschen in ihren Heimatländern und verhöhnen sie auch noch, wenn

Sie im Haushaltsausschuss behaupten, die Menschen, die in Abschiebehaft sind, könnten ja auch ausreisen. Das ist inhuman und zynisch.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Herr Beckstein, Werte Kolleginnen und Kollegen von der CSU, Ihr Sicherheitsbegriff ist zu eng. Sicherheit ist in erster Linie auch die Sicherheit für die Bürgerinnen und Bürger vor Ort, und Sicherheit ist letztendlich auch die Klimaschutzpolitik sowie der Schutz vor Katastrophen, auch vor Naturkatastrophen. Sicherheitspolitik ist auch Friedenspolitik, denn in den Ländern, in denen die Staatsstrukturen verfallen, drohen nicht nur schlimmste Zustände für die Menschen, die dort leben müssen, sondern diese Länder sind auch Rückzugsräume für Terroristen. Friedenspolitik ist daher auch Sicherheitspolitik. Und Sicherheitspolitik ist nicht – wie Sie immer fordern – der Einsatz der Bundeswehr im Inneren. Wir sind für die Beibehaltung der vorgesehenen Trennung; diese ist sinnvoll.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Sicherheitspolitik ist auch eine sachgerechte Ausstattung der Polizei. Es ist zu begrüßen, dass mit diesem Doppelhaushalt die Sachmittel für die IT- und Software deutlich aufgestockt werden, zumal derzeit über ein Viertel der Polizeicomputer älter als fünf Jahre ist.

Der größte Anstieg der Ausgaben dieses Haushalts ist aber zurückzuführen auf die Einführung des Digitalfunks. Wünschenswert wäre hier eine baldige Umstellung sowohl aus Sicherheits- als auch aus Kostengründen, weil es natürlich sinnvoll ist, gleich zu Beginn des Aufbaus neuer Leitstellen über den Digitalfunk zu verfügen.

Leider haben die Innenminister jahrelang die Einführung verzögert. Der ehemalige Bundesinnenminister Otto Schily hat bei den Entscheidungen zur Beschaffung des Digitalfunks die europäischen Ausschreibungsrichtlinien außer Kraft gesetzt. Schily hat zudem den Anschein erweckt, er habe einen Vertrag mit der Bahn geschlossen, aber es gab keinen Vertrag, sondern lediglich eine Zusage ohne Preisverhandlungen an die DB Telematik. Es drohen nun massive Folgen, und der Preis von 4,5 oder 5,1 oder 5,7 Milliarden Euro, der derzeit in der Diskussion steht, ist wirtschaftlich weder nachvollziehbar noch gerechtfertigt. Es ist auch völlig unklar, ob der dort erarbeitete Mindeststandard ausreicht, und selbst dieser ist nicht sichergestellt. Zumindest wird auf Bundesebene diskutiert, ob man in bestimmten Bereichen auf eine entsprechende Erreichbarkeit beim Digitalfunk verzichten kann, wie beispielsweise in Naturschutzgebieten oder aber auch in Gebäuden.

Herr Beckstein, ich erwarte, dass Sie nicht lediglich sagen, Sie wollten sich auf die Rolle des bayerischen Innenministers zurückziehen und dieses Debakel letztendlich nach Berlin schieben, sondern ich erwarte, dass Sie, wie in anderen Fragen, mit Ihren Innenministerkollegen dafür sorgen, dass es bald zur funktionsfähigen Einführung des Digitalfunks kommt. Ich erwarte, dass auch in Bayern die Hausaufgaben gemacht werden. So

ist zum Beispiel noch nicht klar, ob die Kosten für die Digitalfunkeinführung bei den Rettungsorganisationen kommunalisiert werden sollen. Findige Juristen wollen die Umstellung des Funks der Rettungsorganisationen zur freiwilligen Aufgabe umdefinieren und das Konnexitätsprinzip außer Kraft setzen. Wenn, dann brauchen wir aber die Einführung des Digitalfunks generell.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Ich komme zum Stellenplan. Hierzu hat meine Kollegin Schmitt-Bussinger schon einiges gesagt. Es sind im Wesentlichen die B-Stellen, also die hohen Stellen, ausgeweitet worden. Wir haben einen Antrag auf Anhebung auch der Stellen im unteren Bereich gestellt und auf Minderung des Beförderungsstaus gerade in diesem Bereich. Darüber hinaus haben wir einen Antrag zur deutlichen Steigerung der Einstellungsquoten für Polizeianwärter gestellt. Ich bitte um Zustimmung.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Herr Kollege Winter, Sie haben sich vorhin für die Polizeireform stark gemacht. Ich glaube allerdings, dass Sie sich noch nicht ausreichend mit der Frage auseinandergesetzt haben, was diese Polizeireform tatsächlich in den Bereichen bedeuten würde, in denen beispielsweise – wie in Schwaben – die Polizeipräsidien getrennt werden sollen. Hier werden insbesondere die Stabsstellen gedoppelt und es werden auf dieser Ebene mehr Stellen geschaffen, statt Polizeistellen, die die Arbeit vor Ort leisten sollen, zu schaffen. Hier wird ein Präsidium mit der Folge geteilt, dass letzten Endes im Katastrophenfall eine Einsatzleistung ihre Arbeit beispielsweise für das Atomkraftwerk Gundremmingen im weit entfernten Kempten bewältigen müsste. Dies kann nicht in Ihrem Sicherheitsinteresse sein und ich bitte Sie deshalb: Kümmern Sie sich darum, dass diese Polizeireform so, wie sie angedacht ist, nicht umgesetzt wird, sondern dass die Weichen anders gestellt werden.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Meine Redezeit schreitet fort, aber ich komme trotzdem noch kurz zur Städtebauförderung und zur Wohnbauförderung. Es ist zu bedauern, dass die Städtebauförderung und die Wohnbauförderung eine stetige Kürzung der entsprechenden Mittel hinnehmen müssen. Vor zehn Jahren sind im Haushalt noch über 500 Millionen Euro für die Wohnungsbau- und die Städtebauförderung veranschlagt gewesen; jetzt geht die Förderung trotz einiger kleiner erfreulicher Verbesserungen im Vergleich zum Vorjahr auf etwa die Hälfte dieses Niveaus zurück. Die Städtebauförderung und die Wohnbauförderung sind aber wichtige Aufgaben. Wenn man sie vernachlässigt, wird man in wenigen Jahren vor allem in den Ballungsräumen erhebliche soziale Probleme haben.

Eine weitere wichtige Aufgabe, die hier zu bewältigen ist, ist der Klimaschutz. Beim Klimaschutz können wir überhaupt keine Schwerpunkte bei den in diesem Bereich zu leistenden Tätigkeiten erkennen. Sogar bei der Obersten Baubehörde sollen laut Haushaltsentwurf die Heiz- und Stromkosten von 2004 auf 2008 fast um das Doppelte

ansteigen. Ähnliches gilt für viele andere Bauobjekte im gesamten Bereich der Staatsregierung.

Liebe Kolleginnen und Kollegen, nur auf Energieeinsparcontracting-Projekte zu setzen, ist zu wenig. Vielmehr bedarf es überall zur deutlichen Senkung des CO₂-Ausstoßes eines gemeinsamen Bemühens der Gebäudeutzer und der Fachleute.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Klimaschutz kann nicht auf einige Ingenieurbüros delegiert werden; Klimaschutz muss Chefsache werden und erfordert die Anstrengungen aller.

(Beifall der Abgeordneten Maria Scharfenberg (GRÜNE))

Im günstigsten Fall, liebe Kolleginnen und Kollegen, stehen diese deutlich erhöhten Energieansätze den entsprechenden Stellen zur freien Verfügung, für andere Zwecke über entsprechende Deckungsvermerke, im schlechtesten Fall sind sie ein Zeichen dafür, dass nicht einmal im eigenen Bereich Energiesparmöglichkeiten genutzt werden.

Auch bei den erneuerbaren Energien gäbe es wesentlich mehr zu tun. Das Europäische Parlament hält es für realistisch, den Anteil regenerativer Energien an der Energieversorgung auf 25 % zu erhöhen. Hiervon sind wir im Bereich der staatlichen Gebäude noch weit davon entfernt. Hier besteht Handlungsbedarf.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Handlungsbedarf besteht natürlich auch bei der Bestandserhaltung der Staatsgebäude. Der Oberste Rechnungshof hat Ihnen vorgerechnet, dass hier viel zu wenig getan wird, dass die Mittel deutlich erhöht werden müssen und dass die eingestellten Mittel oft auch zweckentfremdet werden. Ich empfinde als Mangel, dass Sie kein Instrument und kein Konzept haben, um bei Bestandserhaltung und Energiesparinvestitionen den Handlungsbedarf in den entsprechenden Fachbereichen anzugehen und umzusetzen. Konzepte, aber auch Einwirkungsmöglichkeiten fehlen.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Erste Vizepräsidentin Barbara Stamm: Frau Kollegin, Ihre Redezeit. Schauen Sie bitte etwas auf die Uhr.

Christine Kamm (GRÜNE): Noch drei Sätze.

Erste Vizepräsidentin Barbara Stamm: Alles klar.

Christine Kamm (GRÜNE): Der Oberste Rechnungshof hat auch deutliche Worte zu Ihren Public-Private-Partnership-Projekten gefunden. Er hat bis jetzt noch nicht feststellen können, dass sich Kosteneinsparmöglichkeiten eröffnet hätten. Er sagt, dass Projekte, deren Ziel lediglich ist, eine andere Form der Kreditfinanzierung zu finden, nicht weiter verfolgt werden sollten.

Kommen wir zu den Staatsstraßen. Bayern wächst nicht mehr. Die Bevölkerung in Bayern wächst nicht mehr. Die Frage ist, weshalb beim Staatsstraßenbau dennoch in diesem Umfang aufgesattelt werden muss. Außerdem möchte ich Sie auf unseren Antrag verweisen, den wir zu den Radwegen gestellt haben. Hier bestünde noch deutlicher Handlungsbedarf. Ich bitte Sie um Zustimmung, um etwas mehr für die Radfahrer zu tun.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Erste Vizepräsidentin Barbara Stamm: Ich bitte die Frau Schriftführerin festzuhalten, wie großzügig ich jetzt wieder mit der Redezeit umgegangen bin.

Herr Kollege Schramm, bitte.

Henry Schramm (CSU): Sehr geehrte Frau Präsidentin, lieber Herr Staatsminister Dr. Günther Beckstein, Herr Staatssekretär Schmid, meine sehr verehrten Damen und Herren, liebe Kolleginnen und Kollegen! Im Doppelhaushalt 2007/2008 wird wieder ein deutliches Signal zur Steigerung der inneren Sicherheit in unserem Freistaat Bayern gesetzt.

(Zurufe von den GRÜNEN)

– Hören Sie doch zunächst einmal zu.

(Beifall bei der CSU)

An der Erhöhung von 41,2 Millionen Euro, davon 20,6 Millionen Euro im Haushaltsjahr 2007 und 20,6 Millionen Euro im Haushaltsjahr 2008, wird eigentlich für jedermann erkennbar, wie wichtig das Thema Sicherheit bei uns in Bayern genommen wird. Bayern ist das sicherste Bundesland, und so soll es nach dem Willen der CSU auch bleiben.

Fast 10 Millionen Euro werden allein die Mehrausgaben bei der IuK-Technik ausmachen – diese haben wir auch veranschlagt. Moderne Kommunikationsformen sind unverzichtbar. Vor allem mit der Einführung der neuen Einsatzzentralen gibt es Handlungsbedarf, dem man mit der Aufstockung der Mittel auch gerecht wird. Ein Teil dieses Geldes stammt aus dem Programm „Investieren in Bayerns Zukunft“, aus dem die Polizei bereits insgesamt 20,6 Millionen Euro zur Stärkung ihres Sachmittelhaushaltes erhalten hat. Mit dem erhöhten Mittelansatz sind weitere Beschaffungen und Projekte sowie der teilweise Ersatz der von Ihnen angesprochenen PCs möglich, die über fünf Jahre alt sind. Insgesamt haben wir bei der bayerischen Polizei 19 000 PCs. Weiter sind die Einführung biometrischer Verfahren, zum Beispiel Lesegeräte für elektronisch lesbare Pässe, neue Hard- und Software für die Kriminalstatistik und vieles andere mehr möglich.

Aus der Polizeireform ergeben sich Synergiegewinne. Planstellen – das ist auch unbestritten – werden nur zu einem geringen Teil eingespart. 420 aus dieser Reform gewonnene Stellen verbleiben bei der Polizei und werden für schutz- und kriminalpolizeiliche Basisarbeit wie den

Kriminaldauerdienst oder zur Verstärkung der Polizeinspektionen verwendet.

Frau Kollegin Schmitt-Bussinger, man muss doch zunächst einmal abwarten. Die Reform ist jetzt erst angelaufen; sie ist überhaupt noch nicht umgesetzt. Wenn sie umgesetzt ist, empfehle ich Ihnen, eine Bilanz zu ziehen.

Durch die Zentralisierung der Notruf- und Alarmierungstechnik bei den neuen Einsatzzentralen werden die Polizeiinspektionen entlastet. Dadurch wird Arbeitskapazität für die polizeiliche Basisarbeit freigesetzt. Mit dem künftigen dreistufigen Organisationsaufbau werden außerdem die Verwaltungsabläufe gestrafft und die Entscheidungswege verkürzt. Die Verantwortung der Inspektionsebene wird deutlich gestärkt.

Eine Modernisierung der bisher 29 Einsatzzentralen bei der Polizei mit der erforderlichen neuen Einsatztechnik hätte einen wesentlich höheren Finanzbedarf erfordert als für die nun 10 zentralisierten Einsatzzentralen. Wir wenden jetzt 30 Millionen Euro auf. Wenn wir das für 29 hätten machen müssen, hätten wir über 130 Millionen Euro gebraucht. In der jetzigen Haushaltslage wäre das nicht zu finanzieren gewesen.

Weitere 17 Millionen Euro Erhöhung können zum Ausgleich von Preissteigerungen wie Umsatzsteuererhöhung, Treibstoff und Energie verwendet werden. Im Haushaltsentwurf 2007/2008 kommen weitere 75 Millionen Euro – das hat Kollege Winter auch angesprochen – Ausgabemittel pro Jahr sowie eine Verpflichtungsermächtigung im Jahre 2007 über 492 Millionen Euro für die Einrichtung und den Betrieb des BOS-Digitalfunks hinzu. Nach der der Veranschlagung zugrundeliegenden Kostenschätzung aus dem Jahre 2005 beläuft sich der Anteil des Freistaates Bayern für den Aufbau des Digitalfunks bis zum Jahre 2010 und den Betrieb bis 2020 auf immerhin 567 Millionen Euro. In den Schätzkosten sind die Investitionskosten für die Systemtechnik in Höhe von 170,6 Millionen Euro sowie die Betriebskosten bis 2020 in Höhe von 347 Millionen Euro enthalten. Das heißt: Wir wenden ab dem Jahr 2009 jährlich 27 Millionen Euro dafür auf.

Die vom Freistaat Bayern zu tragenden Kosten für Leitstellen und für Endgeräte, für deren Installation sowie für den Abbau und die Entsorgung der Analogausstattung bei Polizei, Bergwacht, Wasserwacht und Katastrophenschutz in Höhe von 48,5 Millionen Euro sind dabei auch berücksichtigt. Bayern soll zu den Starter-Ländern des BOS-Digitalfunks gehören. In diesem Doppelhaushalt werden dafür die notwendigen finanziellen Rahmenbedingungen geschaffen.

Bayern – dazu stehe ich, Frau Kollegin Kamm – ist Marktführer bei der inneren Sicherheit.

(Beifall bei der CSU)

Wir haben die niedrigste Kriminalitätsbelastung, und wir haben vor allem die höchste Aufklärungsquote. Das müssen Sie, ob Sie wollen oder nicht, einfach zur Kenntnis nehmen.

Die DNA-Analyse ist der Fingerabdruck des 21. Jahrhunderts. Sie ist die erfolgversprechendste kriminaltechnische Methode der letzten Jahrzehnte.

Erste Vizepräsidentin Barbara Stamm: Herr Kollege, gestatten Sie eine Zwischenfrage des Kollegen Welnhöfer?

Henry Schramm (CSU): Immer.

Peter Welnhöfer (CSU): Herr Kollege, könnten Sie etwas langsamer sprechen, damit ich Sie besser verstehe und damit Ihr oberfränkischer Kollege Sie besser fotografieren kann?

(Heiterkeit)

Henry Schramm (CSU): Herr Kollege Welnhöfer, das könnte ich natürlich, aber ich habe nur siebeneinhalb Minuten. Ich habe mich auf meine heutige letzte Rede in diesem Parlament ordentlich vorbereitet und möchte Ihnen mein Wissen weitergeben. Ich werde mich aber bemühen.

(Beifall bei der CSU)

Die DNA-Analyse ist, wie gesagt, ein unverzichtbares Instrument. Wir stellen im nächsten Doppelhaushalt noch einmal 3,5 Millionen Euro dafür bereit.

Die Schleierfahndung, verdachts- und ereignisunabhängige Kontrollen, ist außerordentlich erfolgreich bei der Bekämpfung der grenzüberschreitenden Kriminalität. Ihre Verfassungsmäßigkeit wurde höchstrichterlich bestätigt. Durch den Einsatz automatisierter Kennzeichenerkennungssysteme wird die Effektivität weiter gesteigert. Auch hierfür werden mehr Mittel bereitgestellt. Für die automatisierte Kennzeichenerkennung haben wir die gesetzlichen Grundlagen geschaffen. Wir haben unserer Polizei bei der Bekämpfung der Kriminalität eben keine Fesseln angelegt, sondern wir haben die Regelungen durchgesetzt, damit optimale Verbrechensbekämpfung auch in Zukunft möglich ist.

Im Bereich der Einzelpläne 03 A und 03 B haben wir fast 50 000 Beschäftigte.

All diesen Menschen muss und will ich ein herzliches Dankeschön für die geleistete hervorragende Arbeit sagen. In diesen Dank schließe ich auch die vielen Ehrenamtlichen der Rettungsdienste, der Feuerwehren und der weiteren Organisationen ein. Meine sehr geehrten Damen und Herren, wir sagen aber nicht nur Dank, sondern werden auch in Zukunft verlässliche Partner sein.

Lieber Staatsminister Günther Beckstein, ein herzliches Dankeschön auch an Dich. Du bist in Bayern der Garant für innere Sicherheit. Ich sage es ganz ehrlich: Deutschland hätte Dich verdient, doch wir sind sehr froh, dass wir Dich haben.

(Beifall bei der CSU)

Danke schön auch an Dich, lieber Georg Schmid. Als Landesvorsitzender des Arbeitskreises – AK – „Innere Sicherheit“ hast Du immer wieder großen Einsatz gezeigt, wenn es um die Belange der Polizei ging. Auch die Kolleginnen und Kollegen danken Dir sehr herzlich dafür.

(Beifall bei der CSU)

Stellvertretend für alle Polizeibeamten möchte ich mich auch bei Herrn Ministerialdirigent Kindler und seiner gesamten Mannschaft bedanken. Wir wollen, dass unsere Polizistinnen und Polizisten ihren Dienst in einem Gefühl der Sicherheit erfüllen können. Deshalb ist es gut, dass es mehr Geld für die Erneuerung und den Austausch der Unterziehwesten gibt. Dafür werden weitere Millionenbeträge bereitgestellt.

Liebe Kolleginnen und Kollegen, reden Sie nicht immer die Polizeireform schlecht. Vorher war auch nicht alles in Ordnung. Es gab zum Beispiel unterschiedlich große Direktionen. Jetzt versuchen wir eine Verschlinkung und kehren damit von einem vierstufigen zu einem dreistufigen Aufbau zurück. Liebe Kolleginnen und Kollegen, wichtig ist, dass dort, wo bisher Polizei vorhanden war, auch zukünftig Polizei sein wird.

(Zurufe von den GRÜNEN)

Fragen Sie einmal in Ihren Stimmkreisen nach, ob jemand weiß, wo die Direktion und das Präsidium sind. Für die Menschen ist wichtig, dass dort, wo ihre Inspektion ist, auch zukünftig die Inspektion sein wird. Das ist bei der Polizeireform, wie wir sie im Freistaat Bayern durchführen, gewährleistet. Sicherheit ist Lebensqualität. Was das bedeutet, werden viele erst merken, wenn diese Sicherheit einmal nicht mehr vorhanden ist.

Liebe Frau Kollegin Schmitt-Bussinger. Sie haben heute die Polizeireform schlechtgeredet. Ich frage mich, warum wir von den Wählerinnen und Wählern immer wieder das Vertrauen bekommen und nicht Sie.

(Helga Schmitt-Bussinger (SPD): Noch!)

Gibt Ihnen das nicht zu denken?

(Beifall bei der CSU)

Meine sehr geehrten Damen und Herren, besonders erfreulich ist die Tatsache, dass es gelungen ist, in einer finanziell angespannten Situation zwei zusätzliche freie Tage für unsere Schichtdienstleistenden bei der Polizei und bei der Justiz zu bekommen. Ein Tag wird zum 1. Januar 2007 und ein weiterer Tag zum 1. Januar 2008 gewährt. Die Gestaltung und Berechnung dieser freien Tage wurde auch mit den Berufsvertretungen von Polizei und Justiz abgestimmt. Man kann immer mehr fordern, vor allem dann, wenn man nicht in die Gefahr gerät, das, was man gefordert hat, auch umsetzen zu müssen. Alles, was ausgegeben wird, muss auch erwirtschaftet werden. Auf Dauer kann man nur das ausgeben, was man einnimmt.

Ihre Anträge hätten Mehrkosten in Höhe von 52 Millionen Euro verursacht. Dafür war keine Deckung vorhanden.

(Johanna Werner-Muggendorfer (SPD): Und ob!)

Herr Maget hat vorhin gesagt, 2005 sei das Jahr mit dem höchsten Schuldenstand in Bayern gewesen. Er hat deshalb den Ministerpräsidenten kritisiert. Ihre Anträge gehen jedoch in eine ganz andere Richtung.

(Johanna Werner-Muggendorfer (SPD): Wir haben Deckungsvorschläge vorgelegt! Die haben euch aber nicht gepasst!)

– Sie müssen sich einmal entscheiden, was Sie wirklich wollen.

Bayern betreibt auf dem Gebiet der Sicherheit die richtige Politik. Prävention und Repression werden gleichermaßen betont. Liebe Kolleginnen und Kollegen, die Herausforderungen werden aber auch in der Zukunft nicht einfacher werden. Zu Ihren Änderungsanträgen bleibt zu sagen, dass wir sie nicht mittragen werden. 9000 Beförderungen können durchgeführt werden. Dies ist angesichts der finanziellen Herausforderungen eine beachtliche Zahl. Ein Antrag der Fraktion der GRÜNEN ist aber dennoch bemerkenswert: Sie fordern Polizei vor Ort statt Sicherheitswacht. Liebe Frau Kollegin Kamm, wie oft haben wir uns darüber unterhalten, dass wir aus Ihrer Sicht zuviel Polizeipräsenz haben? Sie haben im Ausschuss immer gesagt, dass in München bei der Sicherheitskonferenz zu viele Polizeibeamte eingesetzt würden. Jetzt sagen Sie: Wir brauchen mehr Polizei und weniger ehrenamtliches Engagement.

(Maria Scharfenberg (GRÜNE): Das ist doch etwas ganz anderes!)

Meine sehr geehrten Damen und Herren, wir können es Ihnen nicht recht machen und wir wollen es Ihnen auch gar nicht recht machen. Wir wollen es vielmehr richtig machen.

(Beifall bei der CSU)

Besonders enttäuscht war ich von der Aussage des Herrn Kollegen Eike Hallitzky, Mitglieder der Sicherheitswachten hätten sich öfter als Hilfssheriffs geriert. Das waren Einzelfälle. In meiner Heimatstadt Kulmbach gab es sehr viele positive Erfahrungen. Ich bin froh, dass es dort eine Sicherheitswacht gibt. Viele Kolleginnen und Kollegen in den Kommunen sehen das ähnlich. Wir wollen das wichtige Engagement der in der Sicherheitswacht tätigen Mitbürgerinnen und Mitbürger nicht herabwürdigen, sondern uns dafür ausdrücklich bedanken.

Erste Vizepräsidentin Barbara Stamm: Wir halten einmal die Uhr etwas an. Herr Kollege Schramm, gestatten Sie eine Zwischenfrage von Frau Kollegin Kamm?

Henry Schramm (CSU): Ja.

Christine Kamm (GRÜNE): Herr Kollege Schramm, sehen Sie einen Unterschied zwischen der Rolle der Polizei vor Ort und der Rolle der Polizei, die sich in einer Größenordnung von 4000 Beamten in München bei der Sicherheitskonferenz befunden hat?

Henry Schramm (CSU): Frau Kollegin Kamm, es ist doch ganz klar: Egal an welchem Ort und egal bei welcher Gelegenheit, wir wollen, dass die Bürgerinnen und Bürger in Bayern in Sicherheit leben können. Das ist unser Ziel. Daran werden wir auch in Zukunft arbeiten.

(Beifall bei der CSU)

Ich habe meine Zeit ein bisschen überzogen. Sehr geehrte Frau Präsidentin, sehr geehrter Herr Ausschussvorsitzender, dies war meine letzte Rede. Ich möchte die Gelegenheit nutzen, mich bei Ihnen allen sehr herzlich für die gute Zusammenarbeit, die häufig über die Fraktionsgrenzen hinweg stattfand, zu bedanken. Ich habe in diesem Hohen Haus sehr viele positive Erfahrungen gemacht. Ich war stolz darauf, meine Region hier vertreten zu dürfen. Ich bedanke mich ganz herzlich bei Ihnen allen, besonders bei meinem Ausschussvorsitzenden, Herrn Dr. Jakob Kreidl, bei der AK-Vorsitzenden Ursula Männle sowie bei meinen oberfränkischen Kollegen. Ich wünsche Ihnen weiterhin viel Kraft und viel Erfolg zum Wohle unseres Freistaates Bayern.

(Allgemeiner Beifall)

Erste Vizepräsidentin Barbara Stamm: Herr Kollege Schramm, ich darf mich ganz ganz herzlich bei Ihnen bedanken. Ich möchte aber die Bemerkung machen: Das war Ihre letzte Rede im Hohen Haus. Sie werden in Ihrem neuen Amt sicher noch viele Möglichkeiten haben, Reden zu halten. Ich bedanke mich auch bei Herrn Kollegen Welnhöfer, dass er dem Herrn Kollegen Meissner die Möglichkeit gegeben hat, von diesem Augenblick eine Aufnahme zu machen. Nächste Wortmeldung: Herr Kollege Wörner.

Ludwig Wörner (SPD): Frau Präsidentin, Kollegen und Kolleginnen! Ich darf zunächst ein herzliches Dankeschön an die Oberste Baubehörde – OBB – aussprechen, die es immer wieder versteht, mit dem wenigen, das sie hat, kreativ umzugehen.

(Beifall bei der SPD)

Die OBB hat nur die Möglichkeit, eine Mangelverwaltung zu betreiben. Meine Damen und Herren, wir verwalten Mängel. Hier geht es darum, Altbauten zu erhalten. 99 % unserer bayerischen Bausubstanz sind nun einmal Altbauten. 95 % unserer bayerischen Wohnungsbausubstanz sind in einem Zustand, bei dem wir darüber nachdenken müssen, wie es weitergeht. Wer hier nicht investiert, wer hier kein Geld in die Hand nimmt oder zumindest Fördermittel bereitstellt, die höher als die Mittel sind, die jetzt im Haushalt stehen, zerstört letztlich Hab und Gut. Er zerstört damit auch ein Stück Zukunft.

(Beifall bei der SPD)

Kolleginnen und Kollegen, wir alle führen die Demografie häufig im Munde und haben sie hoffentlich auch im Hinterkopf. Wer dies weiß und nicht noch mehr als bisher darauf setzt, Altbauten so zu ertüchtigen, dass Menschen ein Leben lang darin wohnen können, wird erleben, dass er nicht soviel Neubau betreiben kann, um für alte Menschen die Wohnverhältnisse zu schaffen, die sie benötigen. Kolleginnen und Kollegen, deshalb ist es wichtig, dass wir über Modellprojekte hinaus die Altbausanierung und die Modernisierung familiengerecht fördern. Wir brauchen ein generationengerechtes Wohnen. Die Unterstützung der Familienmitglieder untereinander muss stärker in den Vordergrund gestellt werden. Zu diesem Thema müsste eigentlich von der CSU mehr kommen.

Wir meinen, es ist dringend notwendig, dafür Sorge zu tragen, dass Familien – nicht in einer Wohnung, sondern getrennt – so nahe wie möglich beieinander wohnen können. Das wird in erster Linie durch die Idee der Genossenschaften gewährleistet. Ich würde mir wünschen, gemeinsam eine Linie zu finden, den Wohnungsbau-gesellschaften und Genossenschaften dieses altengerechte, generationengerechte Wohnen und Sanieren dieses Bestandes mehr als bisher zu ermöglichen und dies zu fördern. Ich nenne ein Beispiel: Nehmen Sie den Zugang zur Wohnung; das ist im Etagenwohnungsbau die entscheidende Frage. Dazu brauche ich einen Lift. Ein Lift schlägt heute bei konventioneller Bauweise als Außenlift mit mindestens 85 Cent pro Quadratmeter zu Buche. Dabei müssen Sie mindestens 50 % der Mittel von dem Betrieb oder der Genossenschaft einstellen. Eine solche Maßnahme hat Mietsteigerungen zur Folge und die tun weh, auch bei Genossenschaftswohnungen. Der nächste Schritt ist, dass die Aufwendungen von den Städten in irgendeiner Form wieder geholt werden, wenn wir die Maßnahmen nicht preisgünstig gestalten können; das könnte über Sozialabgaben in dem Sinne, dass jemandem etwas gegeben werden muss, der Fall sein. Um das zu ersparen, wäre es doch viel günstiger, wir würden einmal helfen, den Wohnungsbestand zu ertüchtigen und dann wäre Ruhe. Dann könnten die Menschen, ohne dass sie zu Bittstellern würden, in den Wohnungen weiterhin wohnen.

Wir glauben daher, dass es notwendig ist, gemeinsam mit Wohlfahrtsverbänden, Selbsthilfeorganisationen, Kommunen und den Genossenschaften ein lebenslanges Wohnen in der gewohnten Umgebung in den Mittelpunkt der Sanierung und des Baugeschehens zu stellen, um zu gewährleisten, dass sich Menschen lebenslang in ihrer gewohnten Umgebung wohl fühlen. Das hat auch etwas mit sozialer Sicherheit zu tun; das hat auch mit Sicherheit generell zu tun.

Wir wollen ein Weiteres: Wir sollten alles daran setzen, Kommunen in die Lage zu versetzen, ihren Bestand nicht verkaufen zu müssen, sondern diesen selbst zu erhalten, wie München das tut. Wir müssen daher dafür Sorge tragen, dass ein sicheres Wohnen in sozialen Umfeldern, die den Menschen entgegenkommen, gewährleistet wird. Wir dürfen nicht den Menschen quasi als neuen Sklaven derer sehen, die Wohnungen einschließ-lich der Menschen, die darin leben, verkaufen und damit Geschäfte betreiben. Wir – damit meine ich den Freistaat Bayern – sollten mit gutem Beispiel vorangehen und die

Kommunen so stärken, dass sie aus ihren Wohnungsbeständen nichts verkaufen müssen, sondern sie diesen ertüchtigen können. Der Freistaat Bayern soll mit gutem Beispiel vorangehen und seinen Wohnungsbestand in keinem Fall veräußern, sondern selbst sanieren und die Mieten damit so gestalten, dass sie bezahlbar sind, ohne dass Menschen zum Staat laufen und dort Bittsteller werden müssen.

(Beifall bei der SPD)

Erste Vizepräsidentin Barbara Stamm: Nächste Wortmeldung: Herr Kollege Obermeier.

Thomas Obermeier (CSU): Frau Präsidentin, Kolleginnen und Kollegen! Ich denke, man kann es an die Opposition in diesem Hause gerichtet nicht oft genug sagen: Dieser vorgelegte Haushaltsentwurf ist nachhaltig. Betrachtet man die Fachstimmen außerhalb Bayerns, so wird einem das immer wieder bestätigt. Die einzigen, die das immer noch nicht verstehen, sind die Politiker der SPD und der GRÜNEN in Bayern. Ich halte Ihnen aber zugute: Sie sind bei den Finanzen keine Fachpolitiker. Deshalb dauert es bei Ihnen wahrscheinlich etwas länger.

(Beifall bei der CSU)

Dieser ausgeglichene Haushalt zeigt allerdings auch, dass es trotzdem möglich ist, die notwendigen Aufgaben und Investitionen, vor allem beim Staatsstraßenbau, zu erfüllen. Ich verweise hier vor allem auf die 64,5 Millionen bzw. 64 Millionen für den Aus- und Umbau der Straßen, wobei es gelungen ist, ein neues Investitionsprogramm in der Größenordnung von 20 Millionen für den Straßenbau aufzulegen, um die Bürger in die Lage zu versetzen, die Mobilität, die von ihnen gefordert wird, zu erbringen. Für die Bestandserhaltung der Straßen werden pro Jahr 70 Millionen aufgelegt. Auch das entspricht einem Beschluss des Bayerischen Landtags. Auch für die Planung und Bauleitung stehen 25,5 Millionen pro Jahr zur Verfügung. Berücksichtigt man dann noch, dass im Rahmen des Bayerischen Gemeindeverkehrsfinanzierungsgesetzes – GVFG – eine Erhöhung der Förderung um 5 % ebenfalls in diesem Haus beschlossen wurde, so wird daraus eindeutig ersichtlich, dass wir von unseren Bürgern nicht nur Mobilität fordern, sondern auch die Grundlagen dafür legen, um die Mobilität zu gewährleisten.

Wenn ich schon beim GVFG bin, so muss ich mich kurz den GRÜNEN zuwenden, die sich immer als Hüter der Kommunen darstellen wollen: Wir haben bei den Mitteln für das GVFG eine Erhöhung um 5 % beantragt. Was machen die GRÜNEN? Die GRÜNEN sagen: Wir brauchen die Erhöhung um 5 % nicht. Wir lehnen diese ab. Wir weiten vielmehr die Fördertatbestände aus. – Das hätte zur Folge, dass die Kommunen unter dem Strich weniger bekämen, als sie vor dem Hintergrund der bestehenden Förderung bekommen.

Im Rahmen des Finanzausgleichsgesetzes – FAG –, über welches noch diskutiert wird, wird gefordert, aus dem Kommunalanteil an der Kfz-Steuer 60 Millionen zu entnehmen, um auf diese Weise weniger Ortsumfahrungen zu finanzieren. Jetzt fordern Sie mehr Geld für

die Staatsstraßen. Sie müssen sich überlegen, was Sie wollen. Komplett unverständlich wird es, wenn man die Beschlüsse des GRÜNEN-Bundesparteitages zu einer City-Maut in diese Überlegungen einbezieht. Nach diesen Beschlüssen sieht es so aus: Wir wollen eine City-Maut, die die Autos aus den Städten heraushält, wir wollen weniger Ortsumfahrungen, also die Autos rein in die Städte. – Sie sollten sich überlegen, was Sie wollen. Auf diese Art und Weise werden Sie sicherlich keine Politik für unsere Bürgerinnen und Bürger machen können.

(Beifall bei der CSU)

Erste Vizepräsidentin Barbara Stamm: Nun darf ich für die Staatsregierung Herrn Staatsminister Dr. Beckstein das Wort erteilen.

Staatsminister Dr. Günther Beckstein (Innenministerium): Frau Präsidentin, liebe Kolleginnen und Kollegen! Zunächst darf ich ein herzliches Dankeschön an Dich, lieber Kollege Georg Winter, und an Dich, lieber Thomas Obermeier, für die Beratung sagen. Ich sage auch einen besonderen Dank an „meinen“ Ausschuss, an den Kollegen Jakob Kreidl und seine Mitglieder, sowie den Kollegen Ach und Kupka. Ich sage in besonderer Weise ein herzliches Dankeschön an den Kollegen Henry Schramm. Es ist natürlich wunderschön, dass er in Kulmbach zum Oberbürgermeister gewählt worden ist, ich gestehe aber: Ich werde ihn persönlich hier im Landtag vermissen.

(Beifall bei der CSU)

Ich sage auch Ihnen, Frau Kollegin Schmitt-Bussinger, und dem Herrn Kollegen Wörner – ich bin da etwas großzügiger als Sie, Frau Schmitt-Bussinger – sowie allen Kolleginnen und Kollegen der Opposition ein herzliches Dankeschön. Ich bin seit über 30 Jahren im Parlament und bin ein leidenschaftlicher Parlamentarier, weil ich von der Grundüberlegung, durch Argument und Gegenargument, durch Rede und Gegenrede der richtigen Lösung ein Stück näher zu kommen, überzeugt bin. Deswegen versuche ich auch aus Ihren Beiträgen die Kritik, soweit ich sie für berechtigt halte, herauszufiltern. Ich werde das nicht immer an die große Glocke hängen, aber ich werde versuchen, bestehende Schwierigkeiten abzustellen, um auf diese Weise – das ist der Sinn des Parlamentarismus – der besten Lösung ein Stück näher zu kommen.

In diesem Sinne auch ein herzliches Dankeschön für Ihre Beratung. Ich werde im Laufe meines Beitrags darauf eingehen.

Frau Kollegin Kamm, Sie haben ausdrücklich im Zusammenhang mit dem Bayerischen Innenministerium die Tätigkeit in der Innenministerkonferenz sowie BOS angesprochen. Ich war in diesem Jahr Vorsitzender der Innenministerkonferenz. Ich denke, dieses Jahr war ein außerordentlich erfolgreiches Jahr für die Innenministerkonferenz. Bei der Frühjahrskonferenz haben wir das schwierige Thema Staatsangehörigkeit zu einem einstimmigen Beschluss gebracht. Bei der Sonderkonferenz haben wir die Antiterrordatei zu einer Einigung gebracht. Bei der Konferenz in Nürnberg haben wir neben den EU-Themen mit dem ersten Besuch eines EU-Kommissars bei einer

Landesinnenministerkonferenz das Bleiberecht zu einer einvernehmlichen Regelung geführt. Ich denke, es waren gute und richtige Konferenzen.

In diesem Zusammenhang sind auch meine Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter in außergewöhnlicher Weise gefordert worden. Ich glaube, wir konnten auf diesen Feldern letztlich Maßstäbe setzen.

Wir haben immer den Anspruch gehabt, Marktführer auf dem Gebiet der inneren Sicherheit zu sein. Sie kennen diesen Ausdruck. Das sind nicht nur Sprüche, sondern wir können es durch Zahlen belegen. Wir haben es im zurückliegenden Jahr bei der Sicherheitskonferenz im Winter, bei der Weltmeisterschaft, beim Papstbesuch und jetzt auch bei den aktuellen Amoklagen gezeigt.

Wir können diese Aussage auch mit der Kriminalstatistik belegen. Wir haben die niedrigste Kriminalitätsbelastung aller Länder und die höchste Aufklärungsquote. Wir können es aber auch mit Inhalten, so zum Beispiel mit der Bekämpfung des islamistischen Terrorismus belegen. Von uns sind die Arbeitsgruppe zur Aufklärung krimineller islamistischer Strukturen – AKIS – und die Arbeitsgruppe „Beschleunigte Identifizierung und Rückführung von Gefährdungen aus dem Bereich des islamistischen Terrorismus/Extremismus“ – BIRGiT – gegründet worden, die unter – manchmal anderem Namen – von den meisten anderen Ländern parallel eingerichtet wurden. Wir haben als erstes Land in Deutschland „Cybercops“ eingerichtet und versuchen jetzt, das zu koordinieren. Wir haben auch Maßnahmen wie die automatisierte Kennzeichenerfassung eingeführt, die jetzt übrigens auch auf europäischer Ebene Maßstab wird.

Bei der DNA-Analyse haben wir mit Abstand die meisten Einstellungen. Frau Kollegin Kamm hat es wohl eher kritisch gesehen. Ich sage, es ist ein Riesenerfolg, dass wir mit Abstand die meisten DNA-Sätze in die Datenbanken des Bundeskriminalamts und in die europäischen Datenbanken einstellen, denn damit ist klar, dass bei einem, der in Bayern eine Straftat begeht, die Wahrscheinlichkeit, dass er gefasst wird, in den nächsten Jahren weitaus größer ist, als wenn er in einem anderen Land etwas anstellt. Das baut unsere Marktführerschaft auf dem Gebiet der inneren Sicherheit aus. Dafür, glaube ich, haben wir auch die Voraussetzungen durch diesen Haushalt geschaffen.

Wir brauchen dafür Geld. Wir haben im Verhältnis wenig Geld zur Verfügung. Ich habe mit großem Interesse gehört, was zu Montgelas in seiner Eigenschaft als Finanzminister gesagt wurde, wie es von dir, lieber Georg Winter, angesprochen worden ist. Ich weiß nicht, ob unser Finanzminister deswegen schon die Flucht ergriffen hat. Er hat aber seinen Staatssekretär hier gelassen.

Wir haben knappe Mittel, aber ich glaube, dass wir damit zurande kommen. Wer Geld ohne Ende hat, kann immer alle Schwierigkeiten bestehen. Unsere Aufgabe ist es, mit knappen Ressourcen die beste Arbeit zu leisten. Ich habe es auch gestern beim Weihnachtsempfang für die Mitarbeiter der Polizei gesagt. Unser Anspruch ist, mit knappen Ressourcen beste Arbeit zu liefern. Wir haben dafür die Voraussetzungen geschaffen.

Zunächst zur Personalsituation. Wir haben im Jahr 2006 den höchsten Personalstand gehabt, den die bayerische Polizei jemals hatte. Wir hatten 31 178 Kräfte. Wir werden die Zahl der Beschäftigten in maßvoller Weise in den nächsten Jahren reduzieren. Zum Ende des Doppelhaushaltes schätzen wir, noch 30 879 Beamte zu haben. Das ist eine geringe Reduzierung. Wir haben die 42-Stunden-Woche. Ich bin der Fraktion dafür dankbar, dass wir mit zwei Tagen Zusatzurlaub für besonders belastete Beamte eine Lösung gefunden haben, wie sie von den Berufsvertretungen völlig übereinstimmend gefordert worden ist. Ich glaube, das war eine Initiative der Fraktion. Lieber Jakob Kreidl, lieber Kollege Peterke, ich sage dafür ein besonderes Dankeschön. Das ist aber auch etwas, was von der Polizei akzeptiert wird. Wir haben trotzdem eine Personalstärke, mit der wir die Herausforderungen bewältigen können.

Wir haben Hebungen bei den Planstellen vorgenommen. Frau Kollegin Schmitt-Bussinger, ich bitte um Verständnis dafür, dass ich das richtig stellen muss. Sie haben kritisiert, dass wir nur beim Personal im Bereich der B-Besoldung Hebungen vorgenommen hätten. Das ist eine krasse Fehldarstellung. Wir haben 1880 Hebungen schwerpunktmäßig im mittleren Dienst von A 8 nach A 9 und im gehobenen Dienst von A 10 nach A 11 vorgenommen. Wenn ich davon die Hebungen im Bereich der B-Besoldung abziehe, haben wir immer noch rund 1870 Hebungen. Deswegen können Sie nicht davon sprechen, dass nur im Bereich der B-Besoldung angehoben wird. Das ist eine grobe Verzerrung. So oberflächlich kann man nicht daherreden. Ich meine, Sie sollten das in Zukunft richtig stellen.

(Beifall bei der CSU)

Ich verstehe es auch nicht, weil Sie im Ausschuss den Hebungen ausdrücklich zugestimmt haben. Die SPD hat im Ausschuss auch den Hebungen im Bereich der B-Besoldung zugestimmt. Ich meine, diese Hebungen sind auch richtig. Wir haben Spitzenleute, die eine besondere Verantwortung haben, und die sollen wenigstens so bezahlt werden, wie die Leute in Verwaltungsbehörden auch.

Wir haben ab dieser Woche einen Landespolizeipräsidenten, der gleichzeitig Vorsitzender des Arbeitskreises II der Innenministerkonferenz ist. Herr Kollege Dupper, mir ist gesagt worden, dass Kollege Schieder, der sich zuvor so aufgeregt hat, ausdrücklich hinausgegangen ist, um nicht in Konflikt zu kommen. Dann ist auch seitens der SPD zugestimmt worden. Ich bin gespannt darauf, wie Sie abstimmen. Herr Kindler ist als Person zum Vorsitzenden des Arbeitskreises II der Innenministerkonferenz gewählt worden. Damit ist unbestritten, dass er als Person und nicht wie sonst üblich turnusgemäß die Rolle des Vertreters der Länderpolizeien auf deutscher und europäischer Ebene hat. Deshalb sollten wir nicht so kleinlich sein und es ihm gönnen, dass er wenigstens so besoldet wird, wie der Landespolizeipräsident in Baden-Württemberg oder der Polizeichef in Nordrhein-Westfalen.

(Beifall bei der CSU)

Ich sage, die Polizeipräsidenten verdienen es, dass sie genauso besoldet werden wie der Präsident des Bayerischen Landesamtes für Statistik und Datenverarbeitung oder der Präsident des Landesamtes für Finanzen. Deswegen trete ich dafür ein, dass der Stellenwert der Polizei in der Gesellschaft gehoben wird. Das heißt auch, dass wir die Leute im Vergleich mit der übrigen öffentlichen Verwaltung angemessen besolden. Das ist für die oberen Polizeibeamten genauso erforderlich wie für die Polizeibeamten an der Front. Dafür bin ich die ganze Zeit eingetreten. Dieser Haushalt ist deswegen auch insoweit richtig.

(Beifall bei der CSU)

Liebe Kolleginnen und Kollegen, der Haushalt ist natürlich auch von den Anforderungen geprägt, die im nächsten Jahr auf uns zukommen. Wir werden uns möglicherweise darauf einstellen müssen, dass die Grenzkontrollen in Richtung Osteuropa schneller wegfallen, als es von mir befürwortet wird. Ich war selber bei der Konferenz der Innen- und Justizminister auf europäischer Ebene in Brüssel. Auch ich bin von den Innenministern für diese Funktion als Person gewählt und vom Bundesrat bestellt worden, sodass ich auf dieser europäischen Ebene tätig bin. Man hat dort einen trickreichen Beschluss gefasst, der in seinen Voraussetzungen völlig in Ordnung ist. Wer aber die Usancen auf europäischer Ebene kennt, weiß, dass man schwerlich davon wekommt, wenn einmal ein Datum genannt ist. Dieses Datum ist der 1. Januar 2008.

Unter der Voraussetzung der Evaluierung, dass das Schengener Informationssystem, das SIS 1 für alle – auf europäischer Ebene heißt das auf gut bayerisch SIS one for all –, funktioniert und unter der Voraussetzung, dass im November oder Dezember der Beschluss in der europäischen Innenministerkonferenz gefasst wird, sollen die Grenzkontrollen am 31. Dezember 2007 bzw. am 1. Januar 2008 wegfallen. Wir müssen uns darauf einstellen, auch wenn es mir zu früh ist. Ich verhehle das nicht. Wir müssen uns aber darauf einstellen. Wir versuchen das auf die Weise zu lösen, dass wir prüfen, wie die Organisation an der Grenze zu erfolgen hat, ohne dass wir uns bereits jetzt auf einen festen Zeitpunkt festlegen. Wir werden ein Modulsystem schaffen, sodass zu einem Zeitpunkt X umgeschaltet werden kann.

Von besonderer Bedeutung ist dabei für uns, dass wir die Schleierfahndung, eine in Bayern erfundene Ausgleichsmaßnahme, massiv einsetzen. An der Südgrenze hat sich diese Maßnahme hervorragend bewährt. Sie ist auf europäische Ebenen allen Ländern empfohlen worden. Nachdem diese Maßnahme eine Zeitlang umstritten war, ist sie in ähnlicher Form allen empfohlen worden. Wir werden sie gemeinsam oder auch neben der Bundespolizei in Ostbayern einführen, um auf diese Weise in jedem Fall dafür zu sorgen, dass die Menschen in Bayern sicher leben und keine Angst davor haben müssen, dass aus politischen Gründen ihre Sicherheit zurückstehen muss.

Ich schaue jetzt den Herrn Staatssekretär im Finanzministerium an. Ich bin guter Dinge, dass wir im Zusammenhang mit dem Wegfall der Grenzkontrollen keine einzige Planstelle wegnehmen müssen. Das wäre aus

meiner Sicht nicht richtig, weil wir dafür sorgen müssen, dass anstelle der Grenzkontrollen die Schleierfahndung verdichtet wird, damit auf diese Weise die Qualität der polizeilichen Arbeit in Ostbayern auf jeden Fall gesichert bleibt.

Ich bin guter Dinge, dass die Fraktion mit der bewährten Freundlichkeit und Deutlichkeit die richtige Entscheidung trifft.

(Beifall bei der CSU)

In diesem Zusammenhang werden wir auch die Polizeiorganisationsreform angehen. Natürlich ist die Polizeiorganisationsreform ein wichtiges Ereignis. Frau Kollegin Schmitt-Bussinger, ich sage Ihnen vorher, dass Sie genauso wie bei der Schleierfahndung, die Sie vor drei oder vier Jahren noch attackiert haben –

(Helga Schmitt-Bussinger (SPD): Das habe ich nie!)

– Gut, das waren nicht Sie. Ich habe aber noch immer die Bemerkungen von Ihrem Kollegen Prof. Dr. Gantzer und anderen in Erinnerung. Ich freue mich, dass Sie eine engagierte Vertreterin der Schleierfahndung geworden sind.

(Helga Schmitt-Bussinger (SPD): Das war ich schon immer!)

– Ich freue mich, dass Sie das schon immer waren, und sage Ihnen vorher, dass spätestens Ihre Nachfolger in der SPD-Fraktion die Polizeiorganisationsreform mit derselben Begeisterung vertreten werden, mit der Sie heute die Schleierfahndung vertreten.

(Helga Schmitt-Bussinger (SPD): Das werden wir zu verhindern wissen!)

Die Bundespolizei geht im Moment auch durch eine Organisationsreform. Sie hat sich aus guten Gründen entschlossen, ebenfalls einen dreistufigen Aufbau einzuführen, weil es nach modernen Kriterien schwer erträglich ist, vier Ebenen zu haben. Ich bitte um Verständnis, dass ich sage, es nervt mich, wenn immer verschwiegen wird, dass die Einrichtung eines Kriminaldauerdienstes dringend erforderlich ist. Die Notwendigkeit kann jeder sehen. Wer den Kriminaldauerdienst nicht als Basisarbeit ansieht, hat null Ahnung von polizeilicher Arbeit.

(Beifall bei der CSU)

Für DNA-Tests fährt man zum Beispiel an einer Holzkante entlang, an der mit bloßem Auge nichts zu erkennen ist, an der aber winzige Zellen vorhanden sind, aus denen man eine qualifizierte Spur erarbeiten kann, womit die Identifizierung einer Person möglich ist. Das sachgemäße Vorgehen können nur Spezialisten gewährleisten. Deshalb war es mir ein zentrales Anliegen, den Kriminaldauerdienst flächendeckend einzuführen. Das ist ein Qualitätssprung in der Arbeit der Polizei. Ich habe mich gestern mit Herrn Jansen, dem Chef des Bundes Deutscher

Kriminalbeamter – BDK –, unterhalten, der gesagt hat, wir empfehlen allen anderen Ländern, es so zu machen wie Bayern und den Kriminaldauerdienst flächendeckend einzuführen. Das ist ein Riesensprung nach vorn.

Ich komme zur Zentralisierung der Einsatzzentralen. Jedem, der wie Sie, Frau Schmitt-Bussinger, sagt, die Reform werde teurer, und das mit den Kosten für die Einführung der Einsatzzentralen begründet, erkläre ich, Sie wollen die alten Einsatzzentralen aus den Sechzigerjahren bei der Polizei belassen. Andernfalls müssten Sie erläutern, wie Sie die Umrüstung der größeren Zahl der alten Einsatzzentralen finanzieren wollen. Herr Kollege Winter hat das Problem detailliert dargelegt. Darum muss ich sagen, ein bisschen ernsthafter sollten Sie schon diskutieren, jedenfalls dann, wenn Sie bei der Polizei in Nürnberg noch ernst genommen werden wollen.

(Beifall bei der CSU)

Ich lade Sie hier öffentlich ein: Besuchen Sie mit mir zusammen eine Personalversammlung in Nürnberg, und dann reden Sie über die Einsatzzentralen. Ich denke, dann haben wir schnell eine klare Linie. Wir müssen so ehrlich sein, dass wir sagen, wenn wir Hightech wollen, dann kostet das Geld. Entweder wir führen die Umrüstung von 29 Einsatzzentralen durch – dann kostet das 80 Millionen Euro –, oder wir konzentrieren uns auf wenige Einsatzzentralen.

Sie haben Kritik vorgebracht, die ich ernst nehme, aber zunächst möchte ich Ihnen die Gelegenheit geben, eine Frage zu stellen.

Erste Vizepräsidentin Barbara Stamm: Frau Kollegin Schmitt-Bussinger, bitte schön.

Helga Schmitt-Bussinger (SPD): Herr Staatsminister, stimmen Sie mir zu, dass die Einsatzzentrale in Ansbach ganz und gar nicht aus den Sechzigerjahren stammt? Stimmen Sie mir auch zu, dass hier modernste Technik auf Halde gelegt wird, obwohl sie voll funktionsfähig wäre?

Erste Vizepräsidentin Barbara Stamm: Herr Staatsminister, bitte.

Staatsminister Dr. Günther Beckstein (Innenministerium): Frau Kollegin, ich stimme Ihnen nicht zu, wenn Sie sagen, dass die Einsatzzentrale in Ansbach dieselbe Qualität hatte wie die neuen Einsatzzentralen in Würzburg und Nürnberg. Ich lade Sie ein, mit mir zusammen dort hinzugehen. Dann werden Ihnen das die Fachleute, mit denen Sie geredet haben und die versucht haben, Ihnen die Angelegenheit näherzubringen, genau erläutern.

Wir können in Ansbach keine virtuelle Übertragung mit mobilen Videokameras vornehmen. Wir können in Ansbach nicht auf die elektronischen Register der Verwaltungsbehörden zugreifen. Wir haben in Ansbach eine Technik, die über zehn Jahre alt ist. Es handelt sich bei Ansbach aber in der Tat um die letzte Direktion, die mit dieser Technik ausgestattet wurde. Wir sind jetzt, was

die Qualität betrifft, einen Sprung weiter. Sie sollten sich die neue Einsatzzentrale einmal ansehen.

(Helga Schmitt-Bussinger (SPD): Habe ich!)

– Entschuldigung, dann haben Sie nicht ordentlich aufgepasst. Die Aussage, dass wir mit der digitalen Übertragung von mobilen Videokameras eine neue Qualität der Einsatzführung haben, kann doch nicht ernsthaft bestritten werden. Das ist doch ein wesentlicher Fortschritt. Dass der Polizist in der Einsatzleitung über die virtuelle Übertragung unter Umständen so gestellt ist, als ob er vor Ort wäre, wird von jedem Einsatzleiter als Sprung nach vorn angesehen. Ich bitte um Nachsicht, dass ich es kritisiere, dass Sie das verschweigen, obwohl man es Ihnen gezeigt hat. Sie haben mich in einigen Punkten kritisiert, also darf ich auch deutlich sagen, dass das aus meiner Sicht nicht der Qualität Ihrer sonstigen Arbeit entspricht.

Ihren Hinweis, dass der Polizist in mittelfränkischen Inspektionen unter Umständen noch am Funk sitzt, nehme ich ernst. Ich werde dem nachgehen und das abstellen. Ich bin Ihnen dankbar, dass Sie das öffentlich dargestellt haben; denn es ist nicht der Sinn der Reform, dass wir quasi eine zweite Notrufstelle in der jeweiligen Inspektion haben. Das wird im Laufe der Zeit abgestellt werden, weil wir klar sagen, die Inspektionen draußen erhalten ihre Informationen.

Erste Vizepräsidentin Barbara Stamm: Herr Staatsminister, gestatten Sie eine Zwischenfrage der Frau Kollegin Kamm?

Staatsminister Dr. Günther Beckstein (Innenministerium): Ja, gern.

Erste Vizepräsidentin Barbara Stamm: Frau Kollegin, bitte schön.

Christine Kamm (GRÜNE): Herr Staatsminister, stimmen Sie mir zu, dass eine Modernisierung der Einsatzzentralen auch bei einem vierstufigen Organisationsaufbau möglich gewesen wäre und dass auch bei einer Fortführung des vierstufigen Organisationsaufbaus die Zahl der Direktionen hätte verringert werden können?

Erste Vizepräsidentin Barbara Stamm: Herr Staatsminister, bitte.

Staatsminister Dr. Günther Beckstein (Innenministerium): Frau Kollegin Kamm, ich stimme Ihnen zu, es wäre aber deutlich teurer gewesen als die Gesamtkosten der Reform einschließlich Umbauten. Wir haben das im Ausschuss detailliert dargelegt. Es gibt eine Berechnung, dass eine Modernisierung der bisherigen Einsatzzentralen teurer geworden wäre als die jetzt vorgesehene Vorgehensweise inklusive sämtlicher Umbaukosten. Wer das will, was Sie wollen, muss sagen, das wäre teurer geworden. Die Berechnung wurde schon im Einzelnen dargelegt; das kann jeder abfragen.

Der nächste Punkt, den ich ansprechen will, ist der Digitalfunk. Ich will in aller Klarheit sagen, die Situation ist

höchst unerfreulich. Herr Kollege Georg Schmid ist in dieser Woche bei den Verhandlungen in Berlin. Ich stehe nicht an, zu sagen, die eigentliche Fehlentscheidung ist von Otto Schily zu verantworten. Jeder weiß, dass ich mit ihm befreundet bin und ihn nicht in blinder Weise kritisiere. Tatsächlich war es aber eine schlimme Fehlentscheidung, dass er sich von allen Vereinbarungen des Bundes und der Länder entfernt hat und schlichtweg entschieden hat, der Auftrag geht ohne Ausschreibung und ohne Festlegung des Preises an die DB Telematik. Die Folge ist, dass wir jetzt darüber reden müssen, dass das Ganze unter Umständen 5,1 Milliarden Euro bis 5,7 Milliarden Euro kostet.

Wir Länder haben ohne jede Ausnahme gegen diese Verfahrensweise protestiert. Ich selbst sage: Wenn man ein Unternehmen beauftragt, ohne dass vorher über den Preis verhandelt worden ist, kann das nur schiefgehen. Wir haben das vorhergesagt, und prompt sind wir jetzt in der Situation. Das liegt aber alles in der Verantwortung des früheren Bundesinnenministers, der ohne jede Rücksprache mit den Ländern entschieden hat. Wir haben zwei Sonderkonferenzen der Minister gehabt, in denen wir in harter Weise mit ihm ins Gericht gegangen sind. Er hat gesagt, er habe das entschieden und so werde es gemacht. Er hat in anderen Bereichen auch in diskussionsfreundlicher Weise gehandelt, aber hier stehen wir nun vor einer Schwierigkeit.

Wir werden wahrscheinlich noch vor Weihnachten darüber entscheiden, ob der Auftrag an die DB Telematik geht oder ob neu ausgeschrieben werden muss. Es ist eine Hängepartie, deren Ausgang ich nicht kenne. Noch einmal: Die Verantwortung liegt ausschließlich beim früheren Bundesinnenminister, der hier eine schwere Fehlentscheidung getroffen hat.

Die Konsequenzen für den Rettungsdienst und die Feuerwehren würde ich Ihnen gerne einmal im Ausschuss darlegen. Ich glaube nicht, dass es sinnvoll ist, das in der großen Runde des Plenums zu besprechen.

Wir haben im zurückliegenden Jahr bei der Weltmeisterschaft und beim Papstbesuch quasi Großübungen des Katastrophenschutzes durchgeführt, der Gott sei Dank nicht ernsthaft zum Einsatz gekommen ist. Jeder, der sich auskennt, wird mir darin zustimmen, dass der Katastrophenschutz heute qualitativ besser ist als je zuvor. Solche großen Einsätze bringen natürlich einen Sprung nach vorne. Das habe ich bei mehreren Konferenzen in den letzten Tagen festgestellt. Ich bedanke mich bei allen, die dabei mitgeholfen haben.

Die große Aufgabe für das Jahr 2008 wird sein, im Nachtragshaushalt nach Wegen zu suchen, um die Gleichstellung von Helfern für den Katastrophenschutz zu ermöglichen. Das konnte ich nicht in diesem Haushalt verankern. Ich bin mir aber mit dem Finanzminister darin einig, dass darüber beim Nachtragshaushalt zu verhandeln ist. Lieber Kollege Jakob Kreidl, ich bitte herzlich darum, mir dabei Feuerschutz zu gewähren und mitzuhelfen, dass wir auch hier ein Stück weiter nach vorne kommen.

Meine lieben Kolleginnen und Kollegen, ich habe mich als Innenminister bei den jährlichen Verhandlungen zum Finanzausgleich immer als Anwalt der Kommunen verstanden. Ich stelle mit Freude fest, dass die Finanzsituation der Kommunen insgesamt günstig ist. Die Einnahmesituation ist jetzt besser als im Spitzenjahr 2001. Wir haben ein zweistelliges Wachstum gegenüber dem vergangenen Jahr. Deswegen sage ich öffentlich, dass man in guten Jahren sparen muss. Wir als Kommunalaufsicht werden deshalb sorgfältig darauf achten, dass die Haushalte den gesetzlichen Vorgaben entsprechen und dass nicht irgendwo rechtswidrig Schulden gemacht werden. Die Zeiten sind momentan gut, und in guten Zeiten müssen Rücklagen für schwierige Zeiten gebildet werden.

Wir haben den demografischen Faktor in den Finanzausgleich eingebracht, was mir insbesondere im Hinblick auf Nordostbayern, Oberfranken und Oberpfalz ein zentrales Anliegen war. Die Wirkungen sind zwar gut, aber nicht völlig ausreichend.

(Dr. Thomas Beyer (SPD): Nicht ausreichend!)

In den nächsten Monaten wird mit den kommunalen Spitzenverbänden, auch mit wissenschaftlicher Begleitung, zu eruieren sein, ob wir den demografischen Faktor weiter verstärken können und welche strukturellen Änderungen im Finanzausgleich möglich sind. Wir haben mit dem Gesetz zur Änderung des kommunalen Haushaltsrechts, das wir am 28.11.2006 verabschiedet haben, die Anwendung der Doppik ermöglicht, der doppelten Buchführung in Konten Soll und Haben. Damit haben wir die Voraussetzungen dafür geschaffen, dass jeder bei Entscheidungen den Ressourcenverbrauch richtig abschätzen kann. Wir sind also auch bei den Instrumenten gut aufgestellt.

Lassen Sie mich noch einige Bemerkungen zur Obersten Baubehörde machen. Aus den verteilten Unterlagen ersehen Sie, dass wir in den vergangenen Jahren auch hier eine große Reform hinter uns gebracht haben, die zwar mit gewissen Schwierigkeiten verbunden war, die wir aber gut erledigt haben. Sie hat dazu geführt, dass das Personal von 15 000 auf 11 000 Kräfte reduziert worden ist. Entsprechend angehoben wurde die Vergabequote. Das war eine wichtige Folgerung, um Ingenieurbüros, Architekturbüros und mittelständischen Freiberuflern Existenzmöglichkeiten zu geben. Ich halte es nicht für richtig, wenn man daran Kritik übt. Selbst wenn das im Einzelfall vielleicht manchmal teurer ist, muss man doch sehen, was es kostet, wenn man einen Mitarbeiter über 40 Jahre hinweg beschäftigt und anschließend die Pension zahlt. Auch dann, wenn man weniger Aufgaben hat, sind die Mitarbeiter da. Wir praktizieren das Modell der pulsierenden Verwaltung. Wir haben einen Kern von Mitarbeitern. Wenn wir wenige Aufträge haben, machen wir relativ viel selbst, und wenn wir viele Aufträge haben, geben wir vieles nach außen. Herr Poxleitner, ich bedanke mich ausdrücklich bei Ihnen und Ihrer Mannschaft dafür, dass das so vorbildlich funktioniert.

(Beifall bei der CSU)

Wir haben die Kosten-/Leistungs-Rechnung bei der Obersten Baubehörde vollständig eingeführt. Der Automatisierungsgrad nimmt zu. Als Beispiel nenne ich das System „STRADIVARI“, mit dessen Hilfe man den Straßenzustand in automatisierter Weise erforschen kann. Wenn man mit 50 oder 60 Stundenkilometern über Straßen fährt, kann deren Zustand in digitalisierter Form von der Obersten Baubehörde und auch von jedem Straßenbauamt erfasst werden. Das ist eine absolute Spitzenleistung. Für diese Leistung sage ich ein herzliches Dankeschön. Das ist ein absolutes Lieblingsprojekt von mir, das ich deswegen hier auch als Beispiel genannt habe.

(Beifall bei der CSU)

Ich sage auch ein Dankeschön für die Arbeit an der Bauordnung. Wir werden den Landtag in Kürze mit der letzten Phase der Modernisierung der Bauordnung beschäftigen. Wir wollen in allen Bereichen mit Ausnahme der Sonderbauten eine weitere Modernisierung und Vereinfachung. Das ist zwar leider nicht von vornherein als Vereinfachung zu erkennen, weil wir in vielen Fällen Kompromisse geschlossen und Wahlrechte eingeführt haben. Das ist aber ein Riesensprung nach vorne.

Meine Damen und Herren, Kollege Wörner hat die Wohnungsbau- und die Städtebauförderung angesprochen. Die Ansätze dafür in unserem Haushalt sind wohl unter allen Bundesländern am höchsten. Ich sage: Das ist richtig.

(Unruhe – Glocke des Präsidenten)

Ich lege hier offen, dass ich die Zweckbindung der Rückflussmittel der Wohnungsbauförderung etwas erweitert habe, um auch eine wohnungsbaunahe Städtebauförderung machen zu können. Damit konnten wir die Haushaltsmittel für diesen Bereich vollständig sichern. Dafür sage ich dem Finanzminister ein Dankeschön. Das stößt auf breite Zustimmung. Sowohl auf Kongressen der früher gemeinnützigen Wohnungsbauunternehmen als auch von der Kommunalpolitik sind diese Maßnahmen sehr gelobt worden. Die Tatsache, dass die gemeinnützigen Wohnungsbaugenossenschaften, denen Sie, Herr Kollege Wörner, nachtrauern, nicht mehr existieren, hat mit der Misswirtschaft durch den Genossenfilz der Neuen Heimat zu tun. Wir wollen aber die alten Schlachten hier nicht noch einmal schlagen.

Frau Kollegin Kamm, dass wir der Energieeinsparung im Hochbau erhebliches Gewicht beimessen, sehen Sie daran, dass wir versuchen, Modelle von Energie-Contracting intensiv auf den Weg zu bringen. Ich weiß allerdings, dass die Wirtschaft mit Worten sehr viel schneller ist als mit Angeboten. Die ersten Versuche waren nicht erfolgreich, weil wir keine Angebote hatten. Wir haben jetzt ein größeres Paket geschnürt und hoffen, zu einem Ergebnis zu kommen. Wir haben Energieberichte der Hochbauverwaltung. Ich bitte aber zu sehen, dass wir in Ressorts, wo wir nur die Verwaltung, aber nicht Auftraggeber sind, keine Schwerpunkte auf Neubau, Renovierung oder Energiemaßnahmen setzen können. Wir sind aber gern bereit, in diesen Fällen unsere Sachkunde einzubringen; das hebe ich hervor. Die Oberste Baubehörde hat eine gute Qualität.

Ich will noch einen letzten Punkt im Zusammenhang mit der Ausländerpolitik ansprechen; das richtet sich auch an Frau Kollegin Kamm. Wir haben in den vergangenen Jahren immer gesagt, dass wir die Zuwanderung reduzieren und die Integration verstärken wollen. Wir wollen, soweit es humanitär geboten ist, großzügig sein und gegenüber Missbrauch kleinlich. Dieser Überlegung sind wir immer gefolgt. Deswegen war es auch richtig, dass wir bei der Bleiberechtsregelung insofern eine Grenze eingezogen haben, als wir gesagt haben: Wir wollen denjenigen hier behalten, der Arbeit hat und der ohne sein Verschulden hiergeblieben ist,

(Zurufe von den GRÜNEN)

aber wir wollen denjenigen, der uns auf der Nase herumgetanzt ist oder nur von Sozialleistungen lebt, ohne dass das humanitär geboten wäre, nicht hier behalten.

(Zurufe der Abgeordneten Maria Scharfenberg (GRÜNE))

An die Adresse der GRÜNEN sage ich: Sie sollten erst einmal die Vollzugshinweise überprüfen, die wir hinausgegeben haben. Die Caritas hat sich dafür sehr bedankt. Ich war überrascht davon, dass sich Herr Frommer in Nürnberg positiv geäußert hat, wenn auch mit fälschlichem Hinweis auf den Nürnberger Oberbürgermeister, der überhaupt nichts dafür kann, welche Beschlüsse wir in der Innenministerkonferenz gefasst haben. 15 von 16 Innenministern wussten nicht einmal, dass Herr Maly einen anderen Standpunkt einnimmt als der Deutsche Städtetag. Uns wurde noch während der Sitzung, an der Herr Maly teilnahm, der Standpunkt des Städtetags übermittelt.

Wir haben Vollzugshinweise herausgegeben, die nach meiner Meinung zu einer vernünftigen Lösung führen, die humanitär großzügig ist, aber auch dafür sorgen wird, dass keine Einwanderung zulasten unserer Sozialkassen erfolgt. Meine Position unterscheidet sich deutlich von der bestimmter Kolleginnen und Kollegen der SPD auf Bundesebene. Bei den Landesministern will ich mich aber ausdrücklich bedanken; auch die Landesminister der SPD haben diesen Weg unterstützt, sonst hätten wir keinen einstimmigen Beschluss zu Wege gebracht.

(Beifall bei der CSU)

Meine lieben Kolleginnen und Kollegen, ich will schließen. Ich bitte um Nachsicht, dass ich meine Rede um einige Minuten kürze.

(Zurufe von der SPD: Oh!)

– Ich bitte um Entschuldigung. Normalerweise ist es so, dass man seine Redezeit ausschöpfen muss oder gar überzieht.

Ich will mich abschließend herzlich bedanken bei den etwa 38 000 Polizeibeamten und Polizeibeamtinnen sowie den Beschäftigten der Polizei, bei den fast 472 000 überwiegend ehrenamtlich tätigen Einsatzkräften bei

Feuerwehr, Rettungsdiensten, dem Zivil- und Katastrophenschutz, bei den über 250 000 Beschäftigten der inneren Verwaltung bei Staat und Kommunen, bei den rund 11 000 Beschäftigten der Staatsbauverwaltung einschließlich der fast 3500 Beschäftigten des Straßenbetriebsdienstes.

Ich will mich aber auch bei Kollegen Georg Schmid bedanken, mit dem ich eine außerordentlich gute und freundschaftliche Zusammenarbeit pflege.

(Beifall bei der CSU)

Es ist wirklich etwas Tolles, wenn man sich an der Spitze eines Ministeriums auf einen Freund verlassen kann.

Ich bedanke mich bei meinen Amtschefs, die sich in einer ganz außerordentlichen Weise einsetzen. Wenn man beispielsweise abends um 20 Uhr anruft, bekommt man sie in der Regel noch als Gesprächspartner. Für viele Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter aus der Führungsebene des Innenministeriums gilt dies ebenso. Ich sage ein Dankeschön an Herrn Kindler und an die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter meines Ministeriums. Ich weiß, dass ich alle sehr fordere. Ich weiß aber auch, dass Leute, die gefordert werden, gerne die Leistung für die Bürgerinnen und Bürger erbringen.

Ich sage ein Dankeschön an die zuständigen Ausschüsse des Landtags, den Innenausschuss, den Haushaltsausschuss und die weiteren Ausschüsse, dass sie den Haushalt so beraten haben, dass wir das notwendige Geld bekommen, um im nächsten Jahr unseren Vorsprung als Marktführer bei der inneren Sicherheit auszubauen.

(Anhaltender Beifall bei der CSU)

Erste Vizepräsidentin Barbara Stamm: Verehrte Kolleginnen und Kollegen, damit ist die Aussprache geschlossen. Wir kommen zur Abstimmung. Dazu werden die Tagesordnungspunkte wieder getrennt.

Ich lasse jetzt über den Tagesordnungspunkt 4 abstimmen. Der Abstimmung liegen der Entwurf des Haushaltsplans 2007/2008, Einzelplan 03 A für den Geschäftsbereich des Bayerischen Staatsministeriums des Innern, die Änderungsanträge auf den Drucksachen 15/6470 mit 15/6476 und 15/6484 mit 15/6488 sowie die Beschlussempfehlung des federführenden Ausschusses für Staatshaushalt und Finanzfragen auf Drucksache 15/6620 zugrunde. Der Einzelplan 03 A wird vom Ausschuss für Staatshaushalt und Finanzfragen zur unveränderten Annahme empfohlen. Wer dem Einzelplan 03 A seine Zustimmung geben will, den bitte ich, sich vom Platz zu erheben. – Das ist die CSU-Fraktion. Gegenstimmen bitte ich anzuzeigen. – Die SPD-Fraktion und die Fraktion des BÜNDNISSES 90/DIE GRÜNEN. Stimmenthaltungen? – Keine. Damit ist der Einzelplan 03 A angenommen.

Gemäß § 126 Absatz 6 der Geschäftsordnung für den Bayerischen Landtag gelten zugleich die vom Ausschuss

für Staatshaushalt und Finanzfragen zur Ablehnung vorgeschlagenen Änderungsanträge als abgelehnt.

(Unruhe – Glocke der Präsidentin)

Eine Liste dieser Änderungsanträge liegt Ihnen vor.

(siehe Anlage 2)

Unter Bezugnahme auf die Beschlussempfehlung des federführenden Ausschusses für Staatshaushalt und Finanzfragen auf Drucksache 15/6620 weise ich darauf hin, dass der Änderungsantrag auf Drucksache 15/6488 seine Erledigung gefunden hat. Das Hohe Haus nimmt hiervon zustimmend Kenntnis. Die Beratung des Einzelplans 03 A ist damit abgeschlossen.

Wir kommen jetzt zur Abstimmung über den Tagesordnungspunkt 5. Der Abstimmung liegen der Entwurf des Haushaltsplans 2007/2008, Einzelplan 03 B, die Änderungsanträge auf den Drucksachen 15/6477, 15/6478, 15/6493, 15/6495 und 15/6497 sowie die Beschlussempfehlung des federführenden Ausschusses für Staatshaushalt und Finanzfragen auf Drucksache 15/6678 zugrunde. Der Einzelplan 03 B wird vom Ausschuss für Staatshaushalt und Finanzfragen mit den in der Beschlussempfehlung auf Drucksache 15/6678 genannten Änderungen zur Annahme empfohlen. Wer dem Einzelplan 03 B mit den vom Haushaltsausschuss vorgeschlagenen Änderungen seine Zustimmung geben will, den bitte ich, sich vom Platz zu erheben. – Das ist die CSU-Fraktion. Gegenstimmen bitte ich anzuzeigen. – Die SPD-Fraktion und die Fraktion des BÜNDNISSES 90/DIE GRÜNEN. Stimmenthaltungen? – Keine. Damit ist der Einzelplan 03 B mit

den vom Ausschuss für Staatshaushalt und Finanzfragen vorgeschlagenen Änderungen angenommen.

Gemäß § 126 Absatz 6 der Geschäftsordnung für den Bayerischen Landtag gelten zugleich die vom Ausschuss für Staatshaushalt und Finanzfragen zur Ablehnung vorgeschlagenen Änderungsanträge als abgelehnt. Eine Liste dieser Änderungsanträge liegt Ihnen vor.

(siehe Anlage 3)

Außerdem schlägt der Ausschuss für Staatshaushalt und Finanzfragen folgende Beschlussfassung vor:

Das Staatsministerium der Finanzen wird ermächtigt, die aufgrund der beschlossenen Änderungen erforderlichen Berichtigungen, insbesondere in den Erläuterungen, der Übersicht über die Verpflichtungsermächtigungen und den sonstigen Anlagen beim endgültigen Ausdruck des Einzelplans vorzunehmen.

Wer dem zustimmen möchte, den bitte ich um das Handzeichen. – Die CSU-Fraktion und die SPD-Fraktion. Wer ist dagegen? – Stimmenthaltungen? – Bei Stimmenthaltung der Fraktion des BÜNDNISSES 90/DIE GRÜNEN ist das so beschlossen. Damit ist auch die Beratung des Einzelplans 03 B abgeschlossen.

Verehrte Kolleginnen und Kollegen, damit hätten wir unser Arbeitspensum für heute erfüllt. Heute findet der Parlamentarische Abend statt. Wir beginnen morgen früh pünktlich um 9 Uhr.

(Schluss: 16.08 Uhr)

Zu Tagesordnungspunkt 3

Aufstellung der im Ausschuss für Staatshaushalt und Finanzfragen zur Ablehnung empfohlenen Änderungsanträge zum Einzelplan 02:

- | | |
|--|---|
| <p>1. Änderungsantrag der Abgeordneten Jürgen Dupper, Peter Hufe, Dr. Hildegard Kronawitter u.a. SPD Haushaltsplan 2007/2008;
hier: Bayerische Filmförderung
(Kap. 02 03 TG 70 - 72)
(Drs. 15/6468)</p> <p>2. Änderungsantrag der Abgeordneten Jürgen Dupper, Peter Hufe, Dr. Hildegard Kronawitter u.a. SPD Haushaltsplan 2007/2008;
hier: Bayerische Medienförderung
(Kap. 02 03 TG 80 - 86)
(Drs. 15/6469)</p> <p>3. Änderungsantrag der Abgeordneten Margarete Bause, Dr. Sepp Dürr, Maria Scharfenberg u.a. und Fraktion BÜNDNIS 90 DIE GRÜNEN Haushaltsplan 2007/2008;
hier: Reduzierung des höheren Dienstes in der Staatskanzlei
(Kap. 02 01 Tit. 422 01)
(Drs. 15/6480)</p> | <p>4. Änderungsantrag der Abgeordneten Margarete Bause, Dr. Sepp Dürr, Maria Scharfenberg u.a. und Fraktion BÜNDNIS 90 DIE GRÜNEN Haushaltsplan 2007/2008;
hier: Kürzung der Mittel für Öffentlichkeitsarbeit der Staatskanzlei
(Kap. 02 03 Tit. 531 21, 535 01, 531 60)
(Drs. 15/6481)</p> <p>5. Änderungsantrag der Abgeordneten Margarete Bause, Dr. Sepp Dürr, Maria Scharfenberg u.a. und Fraktion BÜNDNIS 90 DIE GRÜNEN Haushaltsplan 2007/2008;
hier: Kürzung der Mittel für Orden und Ehrenzeichen
(Kap. 02 03 Tit. 540 01)
(Drs. 15/6482)</p> <p>6. Änderungsantrag der Abgeordneten Margarete Bause, Dr. Sepp Dürr, Maria Scharfenberg u.a. und Fraktion BÜNDNIS 90 DIE GRÜNEN Haushaltsplan 2007/2008;
hier: Effizienter Mitteleinsatz in der Filmförderung
(Kap. 02 03 TG 70 - 72 und TG 80 - 86 sowie Kap. 15 05)
(Drs. 15/6483)</p> |
|--|---|

Zu Tagesordnungspunkt 4

Aufstellung der im Ausschuss für Staatshaushalt und Finanzfragen zur Ablehnung empfohlenen Änderungsanträge zum Einzelplan 03 A:

1. Änderungsantrag der Abgeordneten Jürgen Dupper, Helga Schmitt-Bussinger u.a. SPD
Haushaltsplan 2007/2008;
hier: Verstärkungsmittel für die sächlichen Verwaltungsausgaben des Landesamts für Verfassungsschutz, des Landeskriminalamts, der Landespolizei, der Bereitschaftspolizei und des Polizeiverwaltungsamts
(Kap. 03 03 neue TG)
(Drs. 15/6470)
2. Änderungsantrag der Abgeordneten Jürgen Dupper, Helga Schmitt-Bussinger u.a. SPD
Haushaltsplan 2007/2008;
hier: Vollständige Ausschöpfung der Stellenobergrenze in der Besoldungsgruppe A 9 im mittleren Dienst im Polizeivollzugsdienst
(Kap. 03 17 bis Kap. 03 21 Tit. 422 01)
(Drs. 15/6471)
3. Änderungsantrag der Abgeordneten Jürgen Dupper, Helga Schmitt-Bussinger u.a. SPD
Haushaltsplan 2007/2008;
hier: Ausweitung der Stellen im mittleren Dienst in der Besoldungsgruppe A 9+AZ im Polizeivollzugsdienst
(Kap. 03 17 bis Kap. 03 21 Tit. 422 01)
(Drs. 15/6472)
4. Änderungsantrag der Abgeordneten Jürgen Dupper, Helga Schmitt-Bussinger u.a. SPD
Haushaltsplan 2007/2008;
hier: Vollständige Ausschöpfung der Stellenobergrenzen im gehobenen Dienst der Polizei
(Kap. 03 17 bis Kap. 03 21 Tit. 422 01)
(Drs. 15/6473)
5. Änderungsantrag der Abgeordneten Jürgen Dupper, Helga Schmitt-Bussinger u.a. SPD
Haushaltsplan 2007/2008;
hier: Vorsorgekuren
(Kap. 03 17 bis Kap. 03 20 neuer Titel)
(Drs. 15/6474)
6. Änderungsantrag der Abgeordneten Jürgen Dupper, Helga Schmitt-Bussinger u.a. SPD
Haushaltsplan 2007/2008;
hier: Sprachkurse
(Kap. 03 17 bis Kap. 03 20 neuer Titel)
(Drs. 15/6475)
7. Änderungsantrag der Abgeordneten Jürgen Dupper, Helga Schmitt-Bussinger u.a. SPD
Haushaltsplan 2007/2008;
hier: Polizeivollzugsbeamte in Ausbildung
(Kap. 03 20 Tit. 422 21)
(Drs. 15/6476)
8. Änderungsantrag der Abgeordneten Margarete Bause, Dr. Sepp Dürr, Maria Scharfenberg u.a. und Fraktion BÜNDNIS 90 DIE GRÜNEN
Haushaltsplan 2007/2008;
hier: Auflösung der zentralen Rückführungsstellen
(Kap. 03 08 Tit. 633 06)
(Drs. 15/6484)
9. Änderungsantrag der Abgeordneten Margarete Bause, Dr. Sepp Dürr, Maria Scharfenberg u.a. und Fraktion BÜNDNIS 90 DIE GRÜNEN
Haushaltsplan 2007/2008;
hier: Stellenplan der Polizei - Abbau des Beförderungsstaus
(Kap. 03 18 Tit. 422 01)
(Drs. 15/6485)
10. Änderungsantrag der Abgeordneten Margarete Bause, Dr. Sepp Dürr, Maria Scharfenberg u.a. und Fraktion BÜNDNIS 90 DIE GRÜNEN
Haushaltsplan 2007/2008;
hier: Polizei vor Ort statt Sicherheitswachen
(Kap. 03 18 TG 76)
(Drs. 15/6486)
11. Änderungsantrag der Abgeordneten Margarete Bause, Dr. Sepp Dürr, Maria Scharfenberg u.a. und Fraktion BÜNDNIS 90 DIE GRÜNEN
Haushaltsplan 2007/2008;
hier: Aufstockung der Einstellungszahlen bei den Polizeianwärterinnen und -anwärtern
(Kap. 03 20 Tit. 422 21)
(Drs. 15/6487)

Zu Tagesordnungspunkt 5

Aufstellung der im Ausschuss für Staatshaushalt und Finanzfragen zur Ablehnung empfohlenen Änderungsanträge zum Einzelplan 03 B:

1. Änderungsantrag der Abgeordneten Jürgen Dupper, Rainer Volkmann, Werner Schieder u.a. SPD
Haushaltsplan 2007/2008;
hier: Städtebauförderung stärken
(Kap. 03 65 TG 61 - 69)
(Drs. 15/6477)
2. Änderungsantrag der Abgeordneten Jürgen Dupper, Dr. Thomas Beyer, Werner Schieder u.a. SPD
Haushaltsplan 2007/2008;
hier: Um- und Ausbau sowie Bestandserhaltung der Staatsstraßen
(Kap. 03 80 Tit. 750 00)
(Drs. 15/6478)
3. Änderungsantrag der Abgeordneten Margarete Bause, Dr. Sepp Dürr, Maria Scharfenberg u.a. und Fraktion BÜNDNIS 90 DIE GRÜNEN
Haushaltsplan 2007/2008;
hier: Kürzung der Ausgaben bei den Autobahndirektionen
(Kap. 03 75 Tit. 775 71)
(Drs. 15/6493)
4. Änderungsantrag der Abgeordneten Margarete Bause, Dr. Sepp Dürr, Maria Scharfenberg u.a. und Fraktion BÜNDNIS 90 DIE GRÜNEN
Haushaltsplan 2007/2008;
hier: Erhöhung der Mittel für den Bau von Radwegen an Staatsstraßen
(Kap. 03 80 Tit. 750 00)
(Drs. 15/6495)
5. Änderungsantrag der Abgeordneten Margarete Bause, Dr. Sepp Dürr, Maria Scharfenberg u.a. und Fraktion BÜNDNIS 90 DIE GRÜNEN
Haushaltsplan 2007/2008;
hier: Kürzung und Umschichtung der Ausgaben im Staatsstraßenbau
(Kap. 03 80 Tit. 750 00)
(Drs. 15/6497)

Beschluss

des Bayerischen Landtags

Der Landtag hat in seiner heutigen öffentlichen Sitzung beraten und beschlossen:

Haushaltsplan 2007/2008; Einzelplan 04 für den Geschäftsbereich des Bayerischen Staatsministeriums der Justiz

Dem Einzelplan 04 wird unter Berücksichtigung der in der Beschlussempfehlung des Ausschusses für Staatshaushalt und Finanzfragen (Drs. 15/6822) genannten Änderung zugestimmt.

Das Staatsministerium der Finanzen wird ermächtigt, die aufgrund der beschlossenen Änderung erforderlichen Berichtigungen insbesondere in den Erläuterungen, der Übersicht über die Verpflichtungsermächtigungen und den sonstigen Anlagen beim endgültigen Ausdruck des Einzelplans vorzunehmen.

Der Präsident

I.V.

Barbara Stamm

I. Vizepräsidentin

Beschluss

des Bayerischen Landtags

Der Landtag hat in seiner heutigen öffentlichen Sitzung beraten und beschlossen:

Haushaltsplan 2007/2008; Einzelplan 05 für den Geschäftsbereich des Bayerischen Staatsministeriums für Unterricht und Kultus

Dem Einzelplan 05 wird unter Berücksichtigung der in der Beschlussempfehlung des Ausschusses für Staatshaushalt und Finanzfragen (Drs. 15/6936) genannten Änderungen zugestimmt.

Das Staatsministerium der Finanzen wird ermächtigt, die aufgrund der beschlossenen Änderungen erforderlichen Berichtigungen insbesondere in den Erläuterungen, der Übersicht über die Verpflichtungsermächtigungen und den sonstigen Anlagen beim endgültigen Ausdruck des Einzelplans vorzunehmen.

Der Präsident

I.V.

Barbara Stamm

I. Vizepräsidentin

Beschluss

des Bayerischen Landtags

Der Landtag hat in seiner heutigen öffentlichen Sitzung beraten und beschlossen:

Haushaltsplan 2007/2008; Einzelplan 07 für den Geschäftsbereich des Bayerischen Staatsministeriums für Wirtschaft, Infrastruktur, Verkehr und Technologie

Dem Einzelplan 07 wird unter Berücksichtigung der in der Beschlussempfehlung des Ausschusses für Staatshaushalt und Finanzfragen (Drs. 15/6934) genannten Änderungen zugestimmt.

Das Staatsministerium der Finanzen wird ermächtigt, die aufgrund der beschlossenen Änderungen erforderlichen Berichtigungen insbesondere in den Erläuterungen, der Übersicht über die Verpflichtungsermächtigungen und den sonstigen Anlagen beim endgültigen Ausdruck des Einzelplans vorzunehmen.

Der Präsident

I.V.

Barbara Stamm

I. Vizepräsidentin

Beschluss

des Bayerischen Landtags

Der Landtag hat in seiner heutigen öffentlichen Sitzung beraten und beschlossen:

Haushaltsplan 2007/2008; Einzelplan 08 für den Geschäftsbereich des Bayerischen Staatsministeriums für Landwirtschaft und Forsten

Dem Einzelplan 08 wird unter Berücksichtigung der in der Beschlussempfehlung des Ausschusses für Staatshaushalt und Finanzfragen (Drs. 15/6933) genannten Änderungen zugestimmt.

Das Staatsministerium der Finanzen wird ermächtigt, die aufgrund der beschlossenen Änderungen erforderlichen Berichtigungen insbesondere in den Erläuterungen, der Übersicht über die Verpflichtungsermächtigungen und den sonstigen Anlagen beim endgültigen Ausdruck des Einzelplans vorzunehmen.

Der Präsident

I.V.

Barbara Stamm

I. Vizepräsidentin

Beschluss

des Bayerischen Landtags

Der Landtag hat in seiner heutigen öffentlichen Sitzung beraten und beschlossen:

Haushaltsplan 2007/2008;

Einzelplan 15 für den Geschäftsbereich des Bayerischen Staatsministeriums für Wissenschaft, Forschung und Kunst

Dem Einzelplan 15 wird unter Berücksichtigung der in der Beschlussempfehlung des Ausschusses für Staatshaushalt und Finanzfragen (Drs. 15/6942) genannten Änderungen zugestimmt.

Das Staatsministerium der Finanzen wird ermächtigt, die aufgrund der beschlossenen Änderungen erforderlichen Berichtigungen insbesondere in den Erläuterungen, der Übersicht über die Verpflichtungsermächtigungen und den sonstigen Anlagen beim endgültigen Ausdruck des Einzelplans vorzunehmen.

Der Präsident

I.V.

Barbara Stamm

I. Vizepräsidentin

83. Sitzung

am Mittwoch, dem 13. Dezember 2006, 9.00 Uhr,
in München

Geschäftliches	6317	hierzu:	
Haushaltsplan 2007/2008; Einzelplan 04 für den Geschäftsbereich des Bayerischen Staatsministeriums der Justiz		Änderungsanträge von Abgeordneten der SPD-Fraktion (Drsn. 15/6661, 15/6697 mit 15/6699), Änderungsanträge der Fraktion des BÜNDNISSES 90/DIE GRÜNEN (Drsn. 15/6724 mit 15/6734), Änderungsanträge von Abgeordneten der CSU-Fraktion (Drsn. 15/6745 mit 15/6749)	
hierzu:		Beschlussempfehlung des Haushaltsausschusses (Drs. 15/6936)	
Änderungsanträge von Abgeordneten der SPD-Fraktion (Drsn. 15/6589 mit 15/6597), Änderungsanträge der Fraktion des BÜNDNISSES 90/DIE GRÜNEN (Drsn. 15/6601 mit 15/6606), Änderungsantrag von Abgeordneten der CSU-Fraktion (Drs. 15/6616)		Bernd Sibler (CSU)	6331
Beschlussempfehlung des Haushaltsausschusses (Drs. 15/6822)		Hans-Ulrich Pfaffmann (SPD)	6333, 6343
Dr. Helmut Müller (CSU)	6317	Berthold Rütth (CSU)	6335
Franz Schindler (SPD)	6318	Kathrin Sonnenholzner (SPD)	6335
Christine Stahl (GRÜNE)	6321, 6329	Simone Tolle (GRÜNE)	6336, 6342, 6346
Josef Zellmeier (CSU)	6323	Prof. Dr. Gerhard Waschler (CSU)	6339, 6342
Staatsministerin Dr. Beate Merk	6326	Staatsminister Siegfried Schneider	6343
Peter Welnhöfer (CSU)	6330	Beschluss	6348
Beschluss	6330	Ablehnung von Änderungsanträgen gem. § 126 Abs. 6 GeschO (s. a. Anlage 2)	6348
Ablehnung von Änderungsanträgen gem. § 126 Abs. 6 GeschO (s. a. Anlage 1)	6330	Berichtigungsermächtigung für das Finanzministerium	6348
Berichtigungsermächtigung für das Finanzministerium	6330	Erledigung der Änderungsanträge 15/6745 mit 15/6749	6348
Erledigung des Änderungs- antrags 15/6616	6330	Haushaltsplan 2007/2008; Einzelplan 07 für den Geschäftsbereich des Bayerischen Staatsministeriums für Wirtschaft, Infrastruktur, Verkehr und Technologie	
Haushaltsplan 2007/2008; Einzelplan 05 für den Geschäftsbereich des Bayerischen Staatsministeriums für Unterricht und Kultus		hierzu:	
		Änderungsanträge von Abgeordneten der SPD-Fraktion (Drsn. 15/6643 mit 15/6647), Änderungsantrag von Abgeordneten der CSU-Fraktion (Drs. 15/6680), Änderungsanträge der Fraktion des BÜNDNISSES 90/DIE GRÜNEN (Drsn. 15/6701 mit 15/6711)	

Beschlussempfehlung des Haushaltsausschusses (Drs. 15/6934)

Heinrich Traublinger (CSU)	6349
Dr. Thomas Beyer (SPD)	6351
Dr. Martin Runge (GRÜNE)	6354
Eberhard Rotter (CSU)	6357
Staatsminister Erwin Huber	6360
Dr. Christian Magerl (GRÜNE)	6365

Namentliche Abstimmung zum GRÜNEN-
Änderungsantrag 15/6704
(s. a. Anlage 3) 6366

Beschluss 6366

Ablehnung von Änderungsanträgen gem.
§ 126 Abs. 6 GeschO (s. a. Anlage 4) 6366

Berichtigungsermächtigung für das
Finanzministerium 6367

Erledigung des Änderungsantrags 15/6680 6367

Haushaltsplan 2007/2008; **Einzelplan 08** für den **Geschäftsbereich des Bayerischen Staatsministeriums für Landwirt- schaft und Forsten**

hierzu:

Änderungsanträge der Fraktion des BÜNDNIS-
SES 90/DIE GRÜNEN (Drsn. 15/6607 mit 15/6611),
Änderungsanträge von Abgeordneten der SPD-
Fraktion (Drsn. 15/6626 mit 15/6629)

Beschlussempfehlung des Haushaltsausschusses (Drs. 15/6933)

Kurt Eckstein (CSU)	6367
Heidi Lück (SPD)	6369
Adi Sprinkart (GRÜNE)	6371
Sepp Ranner (CSU)	6373
Dr. Christian Magerl (GRÜNE)	6376
Johann Neumeier (CSU)	6377
Staatsminister Josef Miller	6377

Beschluss 6382

Ablehnung von Änderungsanträgen gem.
§ 126 Abs. 6 GeschO (s. a. Anlage 5) 6382

Berichtigungsermächtigung für das
Finanzministerium 6382

Haushaltsplan 2007/2008; **Einzelplan 15** für den **Geschäftsbereich des Bayerischen Staatsministeriums für Wissen- schaft, Forschung und Kunst**

hierzu:

Änderungsantrag von Abgeordneten der SPD-
Fraktion (Drs. 15/6662),
Änderungsanträge der Fraktion des BÜNDNIS-
SES 90/DIE GRÜNEN (Drsn. 15/6735 mit 15/6740),
Änderungsanträge von Abgeordneten der CSU-
Fraktion (Drsn. 15/6750 mit 15/6754)

Beschlussempfehlung des Haushaltsausschusses (Drs. 15/6942)

Engelbert Kupka (CSU)	6382
Wolfgang Vogel (SPD)	6384
Ulrike Gote (GRÜNE)	6386
Dr. Ludwig Spaenle (CSU)	6389
Peter Hufe (SPD)	6391
Prof. Dr. Hans Gerhard Stockinger (CSU)	6392
Staatsminister Dr. Thomas Goppel	6394

Beschluss 6397

Ablehnung von Änderungsanträgen gem.
§ 126 Abs. 6 GeschO (s. a. Anlage 6) 6398

Berichtigungsermächtigung für das
Finanzministerium 6398

Erledigung der Änderungsanträge 15/6750
mit 15/6754 6398

Schluss der Sitzung 6398

(Beginn: 9.01 Uhr)

Präsident Alois Glück: Verehrte Kolleginnen und Kollegen! Ich eröffne die 83. Vollsitzung. Presse, Funk und Fernsehen sowie Fotografen haben um Aufnahmegenehmigung gebeten. Die Genehmigung wurde erteilt.

Ich rufe Tagesordnungspunkt 6 auf:

**Haushaltsplan 2007/2008;
Einzelplan 04 für den Geschäftsbereich des Bayerischen Staatsministeriums der Justiz**

hierzu:

**Änderungsanträge von Abgeordneten der SPD-Fraktion (Drsn. 15/6589 mit 15/6597),
Änderungsanträge der Fraktion des BÜNDNISSES 90/DIE GRÜNEN (Drsn. 15/6601 mit 15/6606),
Änderungsantrag von Abgeordneten der CSU-Fraktion (Drs. 15/6616)**

Im Ältestenrat wurde für die Aussprache eine Gesamtrededzeit von einer Stunde und 36 Minuten vereinbart. Davon entfallen auf die Fraktion der CSU 32, auf die SPD 17, auf BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN 15 Minuten. Die Rededzeit der Staatsregierung orientiert sich an der Rededzeit der stärksten Fraktion. Die Staatsregierung kann deshalb bis zu 32 Minuten sprechen, ohne dass sich dadurch die Rededzeit der Fraktionen verlängert.

Ich eröffne die Aussprache. Als Erster hat Herr Kollege Dr. Müller das Wort.

Dr. Helmut Müller (CSU): Herr Präsident, Hohes Haus! Frau Staatsministerin, ich werde mich weitestgehend auf die reinen Haushaltszahlen beschränken. Justizpolitische Ausführungen trägt für die CSU unser Kollege Zellmeier vor.

Der vorliegende und heute zu verabschiedende Entwurf des Einzelplans 04 für die Jahre 2007/08 bietet trotz der angespannten Stellen- und Personalsituation in vielen Bereichen der Justiz, wie sie uns auch aus den vier eingereichten Petitionen vor Augen geführt wurde, eine solide Grundlage für eine moderne, effektive und bürger-nahe Justiz in Bayern. Diese Aussage treffe ich so wie in den vergangenen Jahren unbeschadet der mir bekannten Engpässe mit voller Überzeugung. Es ist ein Haushalt der Kontinuität mit einigen durchaus beachtlichen punktuellen Verbesserungen. Insoweit können wir bei Zustimmung durch das Hohe Haus dem einen oder anderen Anliegen aus den Petitionen Rechnung tragen.

Die bereinigten Gesamtausgaben steigen 2007 gegenüber 2006 um 51,2 Millionen Euro auf 1,705 Milliarden Euro. Das ist eine Steigerung um 3,1 %. 2008 steigen sie um weitere 25,4 Millionen Euro auf dann 1,731 Milliarden Euro. Das ist ein Zuwachs um noch einmal 1,5 %. Die durchschnittliche Steigerung um 2,3 % gegenüber dem 1,8 %igen Zuwachs des Gesamthaushalts kann durchaus den hohen Stellenwert des Justizetats unterstreichen.

Die Einnahmen im Einzelplan 04 steigen im Jahr 2007 um 10,8 Millionen Euro auf 823,2 Millionen Euro. Das sind 13 %. 2008 steigen sie nochmals um 0,4 Millionen Euro auf dann 823,6 Millionen Euro. Das ist eine Steigerung um 0,05 %.

Die Einnahmendeckungsquote sinkt 2007 gegenüber dem Vorjahr von 49,1 auf nunmehr 48,3 % und 2008 auf 47,6 %. Dennoch bleibt der Justizetat der Einzelplan mit dem höchsten selbstverdienten Kostendeckungsbeitrag.

Im Rahmen des Programms „Investieren in Bayerns Zukunft“ sind im Einzelplan 04 in beiden Jahren für die Erstausrüstung der Justizvollzugsanstalten in Landshut und München – das ist bekanntermaßen ein PPP-Projekt, ein Projekt der Public Private Partnership – zusammen 7 Millionen Euro zusätzlich veranschlagt.

Ich werfe einen kurzen Blick auf den Personalhaushalt. Zunächst zu den Gerichten und Staatsanwaltschaften: Durch Umwandlung von 104 Stellen für Angestellte in Stellen für Staatsanwälte und Richter können insgesamt 50 neue, zusätzliche Planstellen der Besoldungsgruppe R 1 geschaffen werden. Dadurch kann der erhebliche Fehlbestand in diesem Bereich teilweise ausgeglichen werden.

Im Bereich des nichtrichterlichen/nichtstaatsanwaltschaftlichen Dienstes werden 57 gegenfinanzierte, also kostenneutrale Hebungen mit Gesamtkosten von jährlich 186 000 Euro realisiert.

Das Hebungsprogramm „Verwaltung 21“ mit jährlich 76 000 Euro wird im Bereich der Gerichte und Staatsanwaltschaften pro Jahr 27 bis 28 zusätzliche Beförderungsmöglichkeiten eröffnen.

Zum Justizvollzug: Für die Inbetriebnahme der neuen JVA Landshut und der neuen Frauenabteilung und Jugendarrestanstalt in München konnten insgesamt 64 neue kostenwirksame Stellen ausgebracht werden. Zudem konnten im Bereich des Jugendtherapiezentrum der JVA Neuburg-Herrenwörth 14 Beschäftigungsverhältnisse dauerhaft gesichert werden.

Der Justizvollzug wird vom Hebungskonzept „Innere Sicherheit“ erheblich profitieren. Rund die Hälfte der ursprünglich beantragten 655 Stellenhebungen, nämlich rund 325, wird realisiert werden können. Das ist ein Kostenvolumen von 900 000 Euro. Ich denke, das gibt den Vollzugsbediensteten einen gehörigen Motivations-schub.

Ein Wort zu den Projekten der Public Private Partnership: Haushaltsrechtlich spielt das PPP-Projekt Frauenabteilung und Jugendarrestanstalt der JVA München im kommenden Doppelhaushalt keine Rolle. Das Vorhaben wird privat vorfinanziert. Eine Rückzahlung in Raten wird erst ab Fertigstellung der Anstalt im Jahr 2009 erfolgen.

Hinzugekommen ist aber ein neues PPP-Projekt: der Neubau der JVA Augsburg. Mit 609 Haftplätzen soll es einschließlich der Vorfinanzierung und ausgewählter

Betreiberleistungen im Facility Management durch einen privaten Investor erfolgen. Die Gesamtbaukosten werden auf 85 Millionen Euro geschätzt. Für den Abschluss entsprechender Verträge findet sich bei Titel 823 11 eine Verpflichtungsermächtigung über 195 Millionen Euro.

Liebe Kolleginnen und Kollegen, weitere Zahlen und Einzelheiten des Etats, der im Haushaltsausschuss eingehend beraten worden ist, werde ich Ihnen ersparen. Vielmehr darf ich abschließend feststellen, dass im Hinblick auf den großen Unterschied zwischen dem Wünschbaren und dem Machbaren im Entwurf des Einzelplans 04 das finanziell noch Darstellbare ausgewiesen ist. Deshalb müssen die eingangs erwähnten Änderungsanträge der Opposition – neun von der SPD und sechs von BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN –, die in der Summe Mehrausgaben von 33,9 Millionen Euro im Jahr 2007 und von 34,86 Millionen Euro im Jahr 2008 mit sich bringen würden, zur Ablehnung empfohlen werden.

Namens der CSU-Fraktion bedanke ich mich bei Frau Staatsministerin Dr. Merk, bei ihren Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern im Justizministerium und bei allen Angehörigen des Ressorts im ganzen Land für ihren engagierten Einsatz in den vergangenen Jahren.

Ich bitte das Hohe Haus, wie vom Haushaltsausschuss – einschließlich des CSU-Antrags – empfohlen, um Zustimmung zum Einzelplan 04 für die Jahre 2007 und 2008.

(Beifall bei der CSU)

Präsident Alois Glück: Nächste Wortmeldung: Herr Kollege Schindler.

Franz Schindler (SPD): Herr Präsident, meine sehr verehrten Damen und Herren! Ich freue mich, dass das Ministerium fast stärker vertreten ist als das Hohe Haus. Das zeigt auch den Stellenwert dessen, worüber wir jetzt reden.

(Joachim Herrmann (CSU): Jedenfalls stärker als die SPD-Fraktion!)

– Ich beziehe alle Fraktionen in diese Schelte ein.

Herr Kollege Dr. Müller, im Haushaltsausschuss haben Sie den Haushalt des Justizministeriums noch etwas anders charakterisiert. Ich habe genau nachgelesen und mir auch berichten lassen, dass Sie damals davon gesprochen haben, dieser Haushalt sei ein Haushalt der Kontinuität, „aber ohne besondere Highlights“ – so haben Sie damals gesagt –, worauf die Frau Staatsministerin sich sofort gemeldet und gesagt hat, es gebe Highlights, und jetzt haben Sie sie auch gebracht. Insofern funktioniert die Kommunikation innerhalb der CSU-Fraktion durchaus.

(Joachim Herrmann (CSU): Diese Bestätigung nehmen wir gern zur Kenntnis!)

Es geht um die angesprochenen 50 neuen Stellen für Richter und Staatsanwälte und die zusätzlichen 74 Stellen im Strafvollzug. Na bravo!

Ich darf daran erinnern, dass wir – ich meine die SPD, aber insgesamt die Opposition – bei allen zurückliegenden Haushaltsberatungen die Schaffung weiterer Stellen für Richter und Staatsanwälte gefordert hatten, aber jedes Mal am Widerstand der CSU gescheitert sind. Nicht nur das: Die seit Jahren am Anschlag arbeitende Justiz ist von der CSU zu einem Konsolidierungsbeitrag von 65,8 Millionen Euro und zum Abbau von insgesamt 409 Stellen verdonnert worden. Allein durch die Anhebung der wöchentlichen Arbeitszeit fallen von 2005 bis 2008 insgesamt 76 Stellen für Richter und Staatsanwälte weg. Das entspricht der Personalstärke von etwa drei mittleren Amtsgerichten. Es ist also schon etwas gewagt, wenn jetzt die Umwandlung von Stellen für Proberichter – die sind ja auch dabei – und Angestelltenstellen in 50 Stellen für Richter und Staatsanwälte als Großtat dargestellt wird. Tatsächlich fehlen dann immer noch 26 Stellen, bezogen auf das Jahr 2005, und damals schon gab es einen Fehlbestand von etwa 600 Richterstellen, der auch jetzt und künftig noch andauert. Dazu kommt noch die Wiederbesetzungssperre, die zu einer eigentlich vermeidbaren Verlängerung von Verfahren führt.

Der Befund des Kollegen Dr. Müller, dass der jetzige Haushalt in der Kontinuität früherer Haushalte steht, stimmt also leider. Die Kontinuität liegt in der Mangelverwaltung.

(Beifall bei der SPD und bei den GRÜNEN)

Die Justiz muss weiterhin am Anschlag arbeiten. Das betrifft nicht nur Richter und Staatsanwälte, sondern auch Rechtspfleger, Mitarbeiter im mittleren und einfachen Dienst und auch Angestellte.

Es bleibt dabei, wie der Präsident des Oberlandesgerichts München und des Verfassungsgerichtshofs, Herr Dr. Huber, vor einem Jahr beklagt hat, dass allein in seinem Bezirk 153 Richter fehlen.

Ich erinnere auch an die Entscheidungen des Bundesverfassungsgerichts zum richterlichen Eildienst vom Dezember 2005 und vom September dieses Jahres sowie an den Hilferuf der Vorsitzenden Richter am Landgericht München wegen fehlender Mitarbeiter im Vorführungsdienst.

Meine sehr verehrten Damen und Herren, das alles müsste man mit Bedauern und achselzuckend hinnehmen, wenn die Not dazu zwingen würde, auch die Justiz schäbig zu behandeln, und wenn es sich bei der Justiz um irgendeinen Teil der Staatsverwaltung handeln würde, wie einige in der Staatskanzlei und im Finanzministerium wohl meinen. Es kann aber nicht hingenommen werden, weil die Justiz die dritte Gewalt im Staat ist und einen Anspruch darauf hat, entsprechend ihrer verfassungsrechtlichen Stellung ausgestattet zu werden,

(Beifall bei der SPD)

und zwar nicht um irgendwelche Standesprivilegien zu sichern, sondern um ihre Aufgabe, unabhängig Recht

zu sprechen und Rechtsschutz zu gewähren, erfüllen zu können.

Es stimmt leider, was das Bundesverfassungsgericht in einer Entscheidung vom November 2005 ausgeführt hat, dass es der Staat dann, wenn er der Überlastung der Gerichte nicht abhilft, hinnehmen und gegebenenfalls auch seinen Bürgerinnen und Bürgern erklären muss, dass mutmaßliche Straftäter auf freien Fuß gesetzt werden, sich der Strafverfolgung und Aburteilung entziehen oder erneut Straftaten von erheblichem Gewicht begehen. Ich weise darauf hin, dass wir dieses Problem schon mehrfach in diesem Haus diskutieren mussten. Das betrifft im Übrigen nicht nur Richter und Staatsanwälte, sondern auch die anderen Mitarbeiter im Bereich der Justiz und auch die Bewährungshelfer.

Meine sehr verehrten Damen und Herren, ich bin weit davon entfernt, die Justiz und alle ihre Repräsentanten generell zu idealisieren, und habe mich sehr geärgert, ja fast geschämt, als ein Vorsitzender Richter vor ein paar Monaten vor einem soeben verurteilten prominenten Straftäter geradezu einen Bückling gemacht hat.

(Beifall bei der SPD und bei den GRÜNEN)

Ich weiß, dass es auch bei der Justiz schwarze Schafe gibt, ich will die Beispiele nicht aufzählen. Dennoch: Dass die ordentliche Gerichtsbarkeit – und nur über diesen Teil der Rechtspflege reden wir beim Justizhaushalt – in Bayern, von einigen Ausreißern abgesehen, noch gut funktioniert, liegt nicht an der Fürsorge der Staatsregierung, sondern allein am Engagement und der Motivation der allermeisten Mitarbeiter,

(Beifall bei der SPD)

vom Justizwachtmeister bis zu den Präsidenten der Oberlandesgerichte, wofür ich auch im Namen meiner Fraktion ganz herzlichen Dank sagen möchte.

(Beifall des Abgeordneten Joachim Wahnschaffe (SPD))

Meine Damen und Herren, gestatten Sie mir, unabhängig vom Haushalt noch einige andere Themen anzusprechen, zunächst die sogenannten Deals in Strafsachen. Ich halte es für eine höchst gefährliche und bedenkliche Entwicklung, dass immer mehr Strafverfahren durch sogenannte Absprachen beendet werden, nicht deshalb, weil eine höhere Gerechtigkeit danach verlangt oder weil neue Konfliktlösungsmethoden auch im Strafrecht ausprobiert werden sollen, sondern ausschließlich deshalb, weil aufwendige Prozesse aus Personalmangel nicht mehr geführt werden können. Sie haben alle die Beispiele im Kopf, nehme ich an, zuletzt den Ackermann-Prozess, auch der Prozess um den Weidener Oberbürgermeister ist hier zu nennen, und ganz aktuell – ich weiß nicht, ob Sie es heute schon in der Zeitung gelesen haben – der Vorschlag, wie man den Hartz-Prozess abwickeln will, nämlich dadurch, dass der Anklagesatz verlesen wird und am nächsten Tag schon die Plädoyers gehalten werden.

(Johanna Werner-Muggendorfer (SPD): Ja, da schau her!)

Es stimmt leider, was der BGH in seiner Entscheidung vom Dezember 2005 festgestellt hat, dass es bei einer Vielzahl von großen Wirtschaftsstrafverfahren dazu kommt, dass eine dem Unrechtsgehalt adäquate Bestrafung allein deswegen nicht erfolgt, weil für die gebotene Aufklärung derart komplexer Sachverhalte keine ausreichenden justiziellen Ressourcen zur Verfügung stehen.

Dies ist bei aller sonstigen Fragwürdigkeit – ich verweise darauf, dass wir hier keine förmliche Beweiserhebung haben, dass die Öffentlichkeit nicht teilnehmen kann an der Herbeiführung der Entscheidung – auch ein Akt der Notwehr der Justiz.

(Beifall der Abgeordneten Johanna Werner-Muggendorfer (SPD))

Wichtiger, als Deals zu legalisieren, wie es die Große Koalition offensichtlich vorhat, und zum Normalfall werden zu lassen, wäre es, die Justiz in die Lage zu versetzen, Verfahren nach Recht und Gesetz und ohne Tricks zu entscheiden.

(Beifall bei der SPD und bei den GRÜNEN)

Wer einer Ausweitung der Absprachen im Strafprozess das Wort redet, leistet dem Ansehen der Justiz und des Rechtsstaats einen Bärendienst. Ein Freikaufen mittels Absprachen darf es ebenso wenig geben wie im anderen Extrem eine Fließbandjustiz, die nur noch Strafbefehle verschickt. Da hatten wir, meine ich, schon einmal eine höhere Stufe der Rechtskultur erreicht.

Meine sehr verehrten Damen und Herren, zum Strafvollzug noch einige Anmerkungen. Trotz 64 neuer Stellen für die Justizvollzugsanstalten München und Landshut wird es auch nach der Verabschiedung dieses Haushalts so bleiben, dass Bayern im Ländervergleich beim Strafvollzug einen der letzten Plätze, bezogen auf die Personalausstattung, behalten wird, dass mindestens 700 Stellen fehlen und keine ausreichenden personellen Ressourcen zur Verfügung stehen, um eine immer schwieriger werdende Klientel in den Anstalten vom ersten Tag an gezielt auf die Entlassung vorbereiten zu können. Zum Glück ist in Bayern nichts Ähnliches passiert wie in Nordrhein-Westfalen. Dennoch sind die Zustände auch bei uns alles andere als schon ideal.

(Beifall der Abgeordneten Johanna Werner-Muggendorfer (SPD))

Mehr als 40 % der Gefangenen sind in Gemeinschaftshäusern untergebracht, die Anstalten sind im Durchschnitt um fast zehn Prozent überbelegt. Es bilden sich angeblich mafiöse Strukturen heraus. Gefängnispfarrer beklagen sogar unmenschliche Zustände im Justizvollzug. Das mag übertrieben sein, aber dennoch ist es so, dass auch im bayerischen Strafvollzug noch vieles zu verbessern wäre, insbesondere was die Personalausstattung und die Schaffung von Haftplätzen anbelangt.

Die Mitarbeiter, die einen schwierigen Dienst verrichten und zum Teil jahrzehntelang auf eine Beförderung gewartet haben – jetzt kommen ja 325 Gott sei Dank in den

Genuss einer Beförderung –, sind nicht an der geschilderten Lage schuld, sondern bemühen sich redlich und auch erfolgreich, die schwierige Lage zu beherrschen.

Meine Damen und Herren, wie Sie wissen, ist dieser Landtag neuerdings für die Gestaltung des Strafvollzugs zuständig und aufgrund einer Vorgabe des Bundesverfassungsgerichtes verpflichtet, ein neues Jugendstrafvollzugsgesetz zu schaffen. Dennoch findet sich für diese bevorstehende Aufgabe in diesem Haushalt kein Euro.

Wir nehmen mit Genugtuung zur Kenntnis, dass sich Bayern offensichtlich nicht in die Reihe der Scharfmacher einreihen will und einen vergleichsweise moderaten Vorschlag für ein Bayerisches Strafvollzugsgesetz vorgelegt hat. Dennoch hat aber das Ministerium offensichtlich der Versuchung nicht widerstehen können, die bisherige Fundamentalnorm des Strafvollzugsgesetzes, dass die Resozialisierung das vorrangige Vollzugsziel ist, zu relativieren und die selbstverständliche Aufgabe des Vollzugs, nämlich die Allgemeinheit vor weiteren Straftaten zu schützen, an die erste Stelle zu setzen.

(Beifall bei der SPD)

Das kann jedoch allenfalls eine Aufgabe, nicht aber das Ziel des Strafvollzugs sein. Wäre es nämlich das Ziel des Strafvollzugs, hätte es überhaupt keinen Sinn, dass der Strafvollzug beim Justizministerium angesiedelt ist. Man könnte ihn dann auch beim Innenministerium ansiedeln.

Unabhängig hiervon wird es insbesondere beim Jugendstrafvollzug darauf ankommen, neben schönen Worten auch Geld zur Verfügung zu stellen, damit die jungen Gefangenen behandelt, notfalls erzogen und nicht nur sicher verwahrt und damit die Vorgaben des Bundesverfassungsgerichtes erfüllt werden können. Gerade im Interesse der inneren Sicherheit müssten jetzt eigentlich weitere Stellen für Anwärter für den Justizvollzugsdienst geschaffen und die Anwärter gezielt für den Jugendstrafvollzug ausgebildet werden.

Gestatten Sie mir auch noch einige wenige Anmerkungen zu den Beschlüssen der Justizministerkonferenz: Die Justizministerin ist in diesem Jahr Vorsitzende der Konferenz. Was haben wir nicht alles an Ankündigungen gehört? – Da war die Rede von der größten Justizreform seit der Schaffung des Gerichtsverfassungsgesetzes und von einer Jahrhundertreform. Es wird allmählich Zeit zu bilanzieren.

(Heiterkeit bei Abgeordneten der SPD)

Hierbei stellt man fest, dass es weitgehend bei Ankündigungen geblieben ist, und das ist, wie ich meine, auch gut so.

(Heiterkeit bei Abgeordneten der SPD)

Gut ist es, dass die Justizministerkonferenz zwar alles Mögliche vorschlagen kann, dass letztlich aber dann doch im Bundestag und im Bundesrat entschieden wer-

den muss. Mit uns jedenfalls wird es eine Privatisierung der Gerichtsvollzieher

(Beifall bei der SPD)

und eine Übertragung der Zuständigkeit der Nachlassgerichte erster Instanz auf die Notare nicht geben, ebenso wenig die vorgeschlagene radikale Verkürzung von Strafprozessen dadurch, dass man mehr als die Hälfte aller Verfahren im Strafbefehlswege erledigen will.

Ich weiß, dass sich die Mehrheit in diesem Haus auch von noch so guten Argumenten nicht überzeugen lässt.

(Joachim Wahnschaffe (SPD): Die sind beratungsresistent!)

Ich nehme aber zur Kenntnis, dass wenigstens Herr Dr. Müller und auch die Justizministerin es bedauern, dass sie unseren Anträgen, die in gewisser Weise doch nicht ganz falsch sind, sondern eine gewisse Berechtigung haben, nicht zustimmen können, weil es angeblich an den Finanzen fehlt. Es ist aber ärgerlich, dass die Mehrheit alles, was von der Staatskanzlei – das sage ich ganz bewusst – vorgegeben wird, nur noch wohlgefällig abnickt.

(Beifall bei der SPD)

Das war beim Bayerischen Obersten Landesgericht so, und das war bei der Schließung der Zweigstellen der Amtsgerichte so. Ein ehemaliges Mitglied dieses Hauses, Herr Dr. Gauweiler, hat gestern oder vorgestern in einer Zeitschrift heftig kritisiert, dass wir nachgerade eine Krise des Parlamentarismus erleben, weil nur noch ein kleiner Kern von Funktionsträgern aus der Exekutive alle Entscheidungen vorgibt und das Repräsentationsorgan Parlament diese im Regelfall bloß noch abnickt.

(Beifall bei der SPD)

Ich glaube, Dr. Gauweiler hat bei seiner Einschätzung die CSU-Fraktion hier im Hause im Blick gehabt.

(Zuruf des Abgeordneten Manfred Christ (CSU))

– Nur gelegentlich. Ich habe es schon gelesen, Herr Kollege Christ. Aber ich glaube, er hat auch hier Erfahrung gesammelt. Im Deutschen Bundestag ist es zu meinem großen Bedauern offensichtlich nicht besser. Ich habe es gelesen. Aber er hat mit der CSU-Fraktion hier im Hause seine Erfahrungen gemacht. Er hat im Übrigen die Abschaffung des Bayerischen Obersten Landesgerichtes genauso bedauert wie ich.

(Zuruf des Abgeordneten Manfred Ach (CSU) – Zuruf der Abgeordneten Johanna Werner-Mugendorfer (SPD))

– Ich freue mich, dass es mir gelungen ist, Sie in dieser frühen Stunde aufzuwecken.

Ich möchte noch darauf hinweisen, dass diese große, mächtige CSU-Fraktion nur gelegentlich auftrumpft, nämlich dann, wenn sich die Justizministerin nicht, wie das offensichtlich einige von Ihnen erwarten, als Reserveinnenministerin auführt und nicht scharfmacherische Parolen hinausposaunt. Ich möchte der Frau Ministerin nicht schaden, aber dennoch sagen,

(Zuruf des Abgeordneten Joachim Wahnschaffe (SPD))

dass wir es als wohltuend empfunden haben, als Sie nach den schrecklichen Morden in Amberg und Bayreuth besonnen und so reagiert haben, wie man es bei Kenntnis der Sach- und Rechtslage tun musste.

(Beifall bei der SPD)

Das Problem ist, dass das auch die CSU-Fraktion und ihr Vorsitzender genau wussten, aber dennoch keine Scheu hatten, angesichts der Woge der Empörung Stimmung zu machen. Hier zeigt sich, wozu es führt, wenn man wie die CSU-Fraktion die vorrangige Aufgabe der Rechtspolitik darin sieht, die innere Sicherheit zu gewährleisten, wie es in einem Prospekt der CSU-Fraktion heißt. Sie verstehen Rechts- und Justizpolitik allenfalls als Teil der Sicherheitspolitik,

(Joachim Wahnschaffe (SPD): So wie bei Kindesmisshandlung!)

nicht aber als den Versuch der Verwirklichung des Rechtsstaats.

(Beifall der Abgeordneten Johanna Werner-Muggendorfer (SPD))

Darunter wird die bayerische Justiz leider auch in Zukunft leiden müssen.

Abschließend möchte ich hier zu Protokoll geben, dass wir – ich rede von meiner Fraktion – die Abschaffung des Bayerischen Obersten Landesgerichts weiterhin für einen der größeren Fehler in dieser Periode ansehen

(Beifall bei der SPD)

und dass die Forderung nach Korrektur dieses Fehlers auf der Tagesordnung bleiben wird.

Jetzt gibt es keine Zwischenfrage mehr, weil ich am Ende meiner Ausführungen bin.

(Beifall bei der SPD)

Präsident Alois Glück: Nächste Rednerin: Frau Kollegin Stahl.

Christine Stahl (GRÜNE): Herr Präsident, meine Herren und Damen, einen wunderschönen guten Morgen!

(Joachim Wahnschaffe (SPD): Guten Morgen, Frau Lehrerin! So schön ist er auch wieder nicht!)

– Ich habe nicht gesagt: liebe Schülerinnen und Schüler! Aber meine Redezeit ist kurz, lassen wir deshalb das Geplänkel.

Wem der Schutz der Bürgerrechte wichtig ist, wem Rechtssicherheit und Gerechtigkeit von Bedeutung sind, wer Korruption bekämpfen will, darf die Justiz nicht schwächen. Rechtsstaatlichkeit hat ihren Preis, und der berechnet sich nicht nach der jeweiligen Haushaltslage. In Bayern erlebt die Justiz jedoch eine fortlaufende Schwächung; es begann mit der Abschaffung des Bayerischen Obersten Landesgerichts und ging mit der Schließung der wohnortnahen Amtsgerichtszweigstellen weiter. Für Letztere möchte ich feststellen, dass das angepeilte Einsparziel bis jetzt noch nicht erreicht, sondern um 1 723 330 Euro verfehlt worden ist. Aber wir haben noch ein paar Schließungen vor uns.

Die Staatsregierung ist aus Spargründen bereit, in den Privatisierungsschritt derjenigen Länder einzustimmen, die nicht begriffen haben, welche Bedeutung eine unabhängige Justiz als dritte eigenständige Kraft in unserem System der Gewaltenteilung hat.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Zur Unabhängigkeit gehört nun mal eine ausreichende finanzielle und personelle Ausstattung sowie – gemessen an der demokratischen Bedeutung –, dass wichtige Aufgabenbereiche nicht Stück für Stück herausgebrochen werden und nicht bloß ein Gerippe übrig bleibt. Ich denke hier an die angedachten Privatisierungen der Gerichtsvollzieher, an die Aufgabenverlagerung an die Notare. Ich lege es jedem ans Herz, die Beschlüsse der Justizministerkonferenz hierzu zu lesen.

Es geht uns nicht nur um die längeren Wege und Kosten, die den Bürgerinnen und Bürgern entstehen. Es stellt sich uns auch die Frage, wo die Grenzen dieser Aufgabenverlagerungen liegen. Es stellt sich auch die Frage, warum die eine Säule des Rechtsstaates – hier die Exekutive – auf die dritte Säule des Rechtsstaates folgenlos Zugriff nehmen darf. Ich bitte Sie, sich einmal umgekehrt vorzustellen: die Judikative, die Justiz, würde bei der Exekutive Eingriffe vornehmen. Das ist eigentlich ein unvorstellbarer Vorgang.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Ich halte das für eine äußerst bedenkliche Entwicklung, vor allem wenn es um die Privatisierung von Aufgaben geht, die mit hoheitlichen Rechten ausgestattet sind.

Ich denke hier an das Wohnungsbetreutungsrecht von Gerichtsvollziehern oder an Fälle, in denen das Sorgerecht durchgesetzt werden muss. Das alles sind Bereiche, in denen ich mir Private am Werk schwer vorstellen kann. Mir klingt in diesem Zusammenhang auch noch der Satz von Herrn Landtagspräsidenten Glück zum 200-jährigen Bestehen des Verbandes der Justizvollzugsbeamten im Ohr, der Privatisierungsüberlegungen bei den Strafvollzugsanstalten zum Inhalt hat. Dort hat es geheißen: Der Betrieb der JVA muss in staatlicher Hand bleiben. Ich frage mich schon, wie lange dieser Damm halten

wird. Ich behaupte: allenfalls diese Legislaturperiode. Ich denke an sogenannte Modellprojekte mit Public Private Partnership, die sich zunächst nur auf den Baubereich beziehen, mit denen aber der Weg ins Private geöffnet wird. Ich habe außerdem die Hoffnung, dass man sich den letzten ORH-Bericht genau ansieht, in dem auf den mäßigen Erfolg von Public-Private-Partnership-Projekten im Straßenbau eingegangen wird, und genau überlegt, was man tut.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Ich befürchte weiterhin, dass man sich in weitere Wettläufe begibt und sich zum Beispiel an Hessen messen lassen möchte, wo es bereits privatisierte Vorhaben gibt.

Sie mögen Kritikern entgegenhalten, dass die Justiz in diesem Doppelhaushalt nicht bluten muss, sondern im Gegenteil eine kleine Aufstockung erfuhr. Die Aufstockung in einem ohnehin kurz gehaltenen Bereich ist aber nicht üppig. Ich verweise auf die Ausführungen meines Kollegen. Anders kann ich mir, bezogen auf die nicht üppige Ausstattung, die anhaltenden Kritiken von Richtervereinen, Justizbediensteten und Anwälten bezüglich Ihrer Personal- und Finanzpolitik nicht erklären. So hat zum Beispiel die bayerische Justizgewerkschaft einen 11-Punkte-Katalog zum Doppelhaushalt 2007/2008 vorgelegt, der aus unserer Sicht in diesem Haushalt nur marginal Eingang gefunden hat.

(Beifall bei Abgeordneten der GRÜNEN)

Es bleibt bei unzähligen befristeten Arbeitsverhältnissen, die vor allem Frauen treffen; es bleibt bei der Wiederbesetzungssperre, es bleibt bei KW-Vermerken für dringend benötigte Stellen.

Einmalig war aus unserer Sicht, dass Vorsitzende Richter und Richterinnen am Münchner Landgericht einen Beschwerdebrief schreiben mussten, weil der Vorfürdienst so dünn besetzt war, dass Prozesse teilweise ausgesetzt werden mussten. Ich halte das für einen Skandal.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Das Justizministerium rühmt sich eines Stellenhebungskonzeptes als Reinvestition. Ich frage mich nur, wieso dann bei den Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern eine Beförderungswartezeit von 10 bis 21 Jahren anfällt.

Eine aktive, am Bedarf orientierte Personalplanung, die Sicherheit garantiert und von Arbeit, vor allem bei den Staatsanwaltschaften, entlasten soll, sieht aus unserer Sicht anders aus. Wie immer, wenn die Personaldecke dünn ist, wird in einzelnen Bereichen das Hohelied der Ehrenamtlichen gesungen. Frau Justizministerin Merk hat ja schon betont, wie sehr sie auf die ehrenamtliche Arbeit beispielsweise im Strafvollzug setzt. Man muss sich aber einmal ansehen, wie diese Arbeit gewertet und bewertet wird; denn das Hohelied zu singen ist das eine, zu zahlen ist das andere. Im Doppelhaushalt wurden nämlich die Zuschüsse für die Arbeit der Ehrenamtlichen in der Gefangenenpflege sogar gekürzt.

Weil wir gerade beim Strafvollzug sind, möchte ich nun auf diesen übergehen. Wie ist die Situation im Strafvollzug? Wenn wir genau hinsehen, müssen wir eine Reihe von Defiziten feststellen, die über die Defizite bei der Bezahlung der ehrenamtlichen Arbeit weit hinausgehen.

Wir haben eine Überbelegung. 12 800 Gefangene sitzen auf 11 700 Plätzen. Für die U-Haft bedeutet dies oft drei bis vier Gefangene pro Zelle. Ich möchte Ihnen einen kleinen Fall schildern, da ich glaube, dass an ihm die prekäre Situation besonders deutlich wird. Wir haben eine Acht-Mann-Zelle. Darin befinden sich auch zwei ältere Strafgefangene, die nachts schnarchen. Diese werden von den Jüngeren deswegen drangsaliert. Die Älteren wiederum können nachts nicht schlafen, weil die Jüngeren Radau machen. Ich meine, das sind Beispiele, die uns deutlich machen, dass sich die Situation in den Haftanstalten, allein was die Unterbringung anbelangt, ändern muss.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Die Ausgaben für die Sicherheit sind von 200 000 DM im Jahre 1993 auf 2,4 Millionen Euro im Jahr 2006 gestiegen. Beim Personal wird gespart. Wir wollen keinen reinen Verwahrverschluss, sondern einen Behandlungsvollzug – das wird ja auch immer wieder betont. Wenn aber die Ehrenamtlichen die Behandlung nicht weitgehend organisieren würden, hätten wir keine. Nur 44 % der Inhaftierten haben Arbeit. Zwar gibt es eine Reihe von Ausbildungsmöglichkeiten, ob aber die Abschlüsse erreicht werden, wird nicht überprüft. Besonders schwierig ist die Lage in der U-Haft. Dort haben wir 23 Stunden Einschluss, kaum Sportmöglichkeiten und keine Arbeit. Lockerungen werden restriktiv gewährt, obwohl Verstöße gerade einmal bei 0,09 bis 0,2 % liegen. Für die Entlassungsvorbereitung wäre dies wichtig.

Bei der Suchtbehandlung haben wir eine mangelhafte medizinische, psychologische und psychiatrische Versorgung. Leider kann ich aufgrund der Zeit nicht näher auf die Medikation, die psychiatrische Diagnostik etc. eingehen.

Bibliotheken sind ungenügend ausgestattet; die Straffälligenhilfe krebst am Existenzminimum dahin. 80 % der Jugendlichen mit Drogenproblemen werden nicht wirklich in eine Therapie übernommen, die Erfolg zeigt. Für uns sind diese Defizite nicht hinnehmbar.

Wir sind wie das Bundesverfassungsgericht der Meinung, dass Resozialisierung neben der Sicherheit einen gleichwertigen Stellenwert hat. Resozialisierung und Sicherheit schließen sich nicht gegenseitig aus – im Gegenteil: Resozialisierung bedeutet Sicherheit. Der Strafvollzug soll sowohl dem Sühnedenken gerecht werden als auch mit begleitenden Hilfen, zum Beispiel Bewährungshilfe, Entlassungsvorbereitung und Sozialarbeit, auf ein Leben ohne Strafe vorbereiten.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Mit dem jetzigen Strafvollzug erreichen Sie das notwendige Maß an Sicherheit nicht. Dazu produzieren Sie viel zu viele Rückfalltäterinnen und Rückfalltäter.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Nächstes Jahr soll es ein aus Ihrer Sicht verbessertes bayerisches Strafvollzugsrecht inklusive Jugendstrafvollzugs geben. Ich frage mich, für wen es verbessert wird: für Herrn Falthäuser, für die Gefangenen, oder für die Öffentlichkeit? Wenn Sie jetzt schon vor dem bestehenden Strafvollzug kapituliert haben, wie wollen Sie dann einen Vollzug finanzieren, der individuelle Behandlung und Lebensplanung umfasst?

Meine Herren und Damen, neben den vielfältigen klassischen Aufgaben der Justiz in Rechtsprechung und Strafvollzug übernehmen Gerichte mittlerweile eine wichtige Rolle als Regulativ gegenüber einer Politik, die Grundrechte von Bürgerinnen und Bürgern missachtet. Seit Beginn der großen Koalition erleben wir einen noch rasanteren Abbau von Bürgerrechten, beispielsweise in der inneren Sicherheit, oder wir müssen feststellen, dass die Sensibilität in Verbraucherschutzfragen, insbesondere beim Verbraucherdatenschutz verloren geht. Staatliche Kontrolle umfasst immer mehr Bereiche im Vorfeld von Kriminalitätsgeschehen. Der Staat wird immer häufiger präventiv tätig, obwohl die Kriminalitätsentwicklung dafür keine Anhaltspunkte für eine Verschärfung liefert.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Der Zugriff aufs Private wird alltäglich; alltäglich wird auch der Gewöhnungseffekt. Nicht einmal mehr Journalisten, Garanten der Meinungsfreiheit, oder Rechtsanwälte und ihre Mandanten sind vor Zugriffen geschützt – ich erinnere an den Vorgang El Masri. Wir erleben eine sukzessive Aufweichung rechtsstaatlicher Grundbedingungen. Neben dem Ausbau vorhandener Datensammlungen erleben wir den Aufbau gänzlich neuer, zum Beispiel bei den elektronischen Gesundheitskarten, die die Gesundheitsdaten von 80 Millionen Versicherten speichern und die von 2000 Krankenhäusern, 120 000 Arztpraxen, Zahnärzten, Apotheken und Krankenkassen benutzt werden sollen. Echte Kontrolle findet hier überhaupt nicht mehr statt. Deswegen muss leider immer häufiger auf eine gerichtliche Überprüfung zurückgegriffen werden.

Zu befürchten ist auch, dass neue Vorhaben wieder vor Gerichte führen. Ich denke hier an das angekündigte bayerische Versammlungsrecht, vormals bei der Justiz auf Bundesebene angesiedelt, jetzt – in Anführungszeichen – dank einer Föderalismusreform beim Innenminister gelandet. Das heißt: Versammlungsrecht wird zukünftig unter dem Aspekt Gefährdung für Sicherheit und Ordnung behandelt werden, nicht als Grundrecht. Ich befürchte, wir werden auch diesbezüglich wieder vor den Gerichten landen, wenn es um eine verfassungsgemäße Bewertung geht.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Als Hüterin von Grundrechten hat die Justiz daher eine enorm hohe Bedeutung. Diese Bedeutung schlägt sich in

Ihrem Haushaltsentwurf ebenfalls nicht nieder, so wenig wie die Honorierung der klassischen Arbeit. Wir werden ihn daher ablehnen.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Präsident Alois Glück: Der nächste Redner ist Herr Kollege Zellmeier.

Josef Zellmeier (CSU): Sehr geehrter Herr Präsident, Kolleginnen und Kollegen! Bevor ich Ihnen im Folgenden einen Überblick über die Schwerpunkte des Justizetats und unsere Bewertung dazu gebe, möchte ich ein paar Dinge ansprechen, die aus meiner Sicht elementar und wichtig sind. Sie sind wichtig für ein effektives und gut funktionierendes Justizsystem für den Wirtschaftsstandort Deutschland in einer globalisierten Welt.

(Joachim Wahnschaffe (SPD): Ist die Justiz für die Wirtschaft oder für die Menschen da?)

– Die Justiz ist natürlich für die Menschen da. Sie ist aber auch ein wichtiger Standortfaktor. Wir reden bei der Diskussion über den Standort Deutschland über die Höhe der Löhne, über die Höhe der Abgaben und der Steuern sowie über die Bürokratie. Wir reden aber nie darüber, dass ein funktionierendes Justizsystem wesentliche Voraussetzung für die Entfaltung von Bürgern und Unternehmen ist. Ich glaube, das sollten wir immer wieder betonen; denn nur ein funktionierendes Rechtssystem bietet den Menschen faire Chancen, sich zu entfalten. Das Eigentum und die Sicherheit der Bürgerinnen und Bürger müssen deshalb geschützt werden.

Liebe Kolleginnen und Kollegen aus dem Rechtsausschuss, wir waren erst kürzlich in Mexiko und haben dort mit den bayerischen Wirtschaftsvertretern gesprochen. Herr Kollege Schindler, Sie wissen vielleicht noch, dass ein bayerischer Wirtschaftsvertreter kurz nach seiner Ankunft in Mexiko überfallen und ausgeraubt wurde, und zwar nicht von Kriminellen, sondern von uniformierten Polizisten. Er hat gesagt, dass bis heute in dieser Sache nichts passiert sei.

(Joachim Wahnschaffe (SPD): Das soll einem Ministerpräsidenten auch schon einmal passiert sein!)

Sie sehen daran, wie wichtig es ist, dass gerade Unternehmer und Wirtschaftsvertreter wissen, dass die Justiz funktioniert und zum Beispiel der Diebstahl von Firmeneigentum bestraft oder der Erwerb von Firmengrundstücken möglichst zügig durchgeführt wird. Wichtig ist auch, dass die Korruption bekämpft wird, wie das in Bayern der Fall ist.

(Werner Schieder (SPD): Das sieht man bei Siemens!)

Ein effektives Rechtssystem setzt die notwendigen Rahmenbedingungen, damit sich Unternehmen ansiedeln, damit sie gedeihen und damit die Bürger in Sicherheit und Freiheit arbeiten und leben können. Unser über

Jahrzehnte erprobtes Rechtssystem hat international einen hervorragenden Ruf. Nicht von ungefähr war das deutsche Recht schon oft ein wichtiger Exportartikel. Es wurde nach der Wende in so manchem Staat Ost- und Mitteleuropas und auch in asiatischen Staaten übernommen. Ich denke zum Beispiel an Bulgarien, wo der Freistaat Bayern die Rechtsentwicklung hin zur EU betreut.

Zahlreiche internationale Rankings zeigen, dass Deutschland im Bereich der Rechtssicherheit ganz weit vorn liegt. In einem Ranking des „International Institute for Management Development“ aus dem Jahre 2004 belegt Deutschland bei der Rechtssicherheit von Personen und Eigentum weltweit den vierten Platz. Vor uns liegen nur noch Finnland, die Schweiz und Österreich.

(Joachim Wahnschaffe (SPD): Die werden wir auch noch einholen!)

– Mit Sicherheit. In Bayern haben wir sie bereits eingeholt. Anfang Januar hat die Heritage Foundation ihren berühmten Index of Economic Freedom veröffentlicht. Deutschland wird dort bezüglich der Finanzen und Steuern mit dem äußerst mittelmäßigen Wert von 3,5 bewertet. Beim Eigentum hingegen erzielen wir eine glatte Eins. Eigentum ist in Deutschland bestens gesichert. Die Verträge sind sicher, so die Experten aus Washington. Sowohl die Justiz als auch die Verwaltung arbeiten höchst professionell. Das Gerichtssystem ist dezentralisiert, spezialisiert und äußerst zuverlässig.

Kolleginnen und Kollegen, Deutschland kann sich beim Thema Rechtssicherheit weltweit sehen lassen. Innerhalb Deutschlands – wen würde es wundern – belegt Bayern den ersten Platz im Qualitätswettbewerb. Die durchschnittliche Verfahrensdauer beträgt 1,2 Monate bei der Staatsanwaltschaft und drei Monate bei den Amtsgerichten in Strafsachen. Das ist ein bundesweiter Rekord. Zivilverfahren werden von Amtsgerichten durchschnittlich in 3,8 und bei Landgerichten in 6 Monaten erledigt. Das ist ebenfalls ein bundesweiter Spitzenwert.

Gleichzeitig steht die Belastung der bayerischen Richter bundesweit an erster Stelle. Das wissen wir. Auch die bayerischen Staatsanwälte sind bundesweit gesehen überdurchschnittlich belastet. Hier besteht sicherlich in den nächsten Jahren Handlungsbedarf. Wir können aber nicht alles auf einmal machen; denn auch der ausgeglichene Haushalt ist ein wichtiges Ziel, dem sich alle unterordnen müssen. Nicht nur die Menge, sondern auch die Qualität der Arbeit stellen zunehmend höhere Anforderungen. Das grenzüberschreitende Geflecht der organisierten Kriminalität erfordert einen anderen Arbeitsinsatz als zum Beispiel ein Ladendiebstahl. Der Schadenersatzprozess eines geprellten Aktienkäufers stellt natürlich höhere Anforderungen als die Rückabwicklung eines Gebrauchtwagenkaufs.

Spezialkammern, wie sie etwa am Landgericht München I eingerichtet wurden, garantieren höchste Qualität und größtmögliche Schnelligkeit, auch bei schwierigsten Rechtsmaterien. Die hohe fachliche Qualifikation der bayerischen Richter und Staatsanwälte wird überall geachtet und geschätzt, gerade auch in den Kreisen

der Unternehmer. Kurzum: Zu Bayerns Attraktivität als Wirtschaftsstandort trägt auch die erstklassig arbeitende Justiz bei.

Sehr geehrter Herr Präsident, Hohes Haus, ich freue mich, dass die bereinigten Gesamtausgaben des Einzelplans 04 für den Geschäftsbereich des Justizministeriums gegenüber dem Vorjahr um 51 Millionen Euro angestiegen sind. Das sind 3,1 % im Haushaltsjahr 2007. Weitere 25 Millionen Euro kommen im Jahr 2008 hinzu. Dies unterstreicht, dass die Bayerische Staatsregierung der nachhaltigen Sicherung der hohen Qualität des bayerischen Justizwesens höchste Bedeutung einräumt.

Gleichzeitig – darüber freue ich mich – steigen die Einnahmen im Justizhaushalt. Aufgrund der hohen Ausgabensteigerungen wird die Einnahmedeckungsquote leicht auf rund 48 % absinken. Liebe Kolleginnen und Kollegen, trotzdem hat der Justizetat die höchste Einnahmedeckungsquote, den höchsten selbstverdienten Kostendeckungsbeitrag, ausgenommen natürlich die Finanzverwaltung und das Wirtschaftsministerium, wo entweder durch Steuern oder Zuschüsse des Bundes oder der EU sehr hohe Einnahmen zu verzeichnen sind. Wir ruhen uns aber nicht auf unseren Erfolgen aus. Wir investieren in die Justiz im Rahmen des Programms „Investieren in Bayerns Zukunft“. So sind im Einzelplan 04 in beiden Jahren für die Erstausrüstung der Justizvollzugsanstalten Landshut und München zusammen insgesamt rund 7 Millionen Euro zusätzlich veranschlagt.

Herr Kollege Schindler, auch beim Stellenplan tut sich etwas. Sie haben gesagt, dies sei zu wenig. Ich denke aber, wir unternehmen einen wichtigen Schritt. Mit den 50 neuen Stellen der Besoldungsgruppe R 1 kann ein Teil des Fehlbestandes ausgeglichen werden. Wesentlich sind auch die Hebungen. Es wird 57 gegenfinanzierte – also kostenneutrale – Hebungen geben sowie zusätzlich 27 bis 28 Beförderungen durch das Hebungsprogramm „Verwaltung 21“.

Außerdem wird die Staatsregierung unter dem Stichwort „Innere Sicherheit“ ein Hebungsprogramm in Höhe von insgesamt 300 000 Euro in den kommenden beiden Jahren auflegen. Ich denke, das darf man nicht verachten. Natürlich ist auch die Justiz für eine schlanke Verwaltung wesentlich. Auch hier müssen Stellen abgebaut werden, wo dies irgendwo vertretbar ist. So werden auch bei der Justiz rund 60 Stellen eingespart. Weitgehend ausgespart bleibt davon der höhere Dienst, weil wir dort bereits deutlich abgebaut haben. Vorher wurde bereits die Zahl von 76 Stellen genannt.

Ich möchte jetzt noch auf den Justizvollzug zu sprechen kommen. Für die Inbetriebnahme der neuen JVA Landshut, für die neue Frauenabteilung und für die Jugendarrestanstalt in München – beides PPP-Projekte – konnten insgesamt 64 neue kostenwirksame Stellen ausgebracht werden. Zudem konnten im Bereich des Jugendtherapie-zentrums der JVA Neuburg-Herrenwörth 14 dauerhafte Beschäftigungsverhältnisse gesichert werden.

Vom bereits erwähnten Hebungskonzept „Innere Sicherheit“ wird der Justizvollzug erheblich profitieren; denn

rund die Hälfte der beantragten 655 Stellenhebungen wird in diesem Bereich realisiert werden können. Dies bedeutet Kosten von 900 000 Euro. Das ist keine Kleinigkeit. Natürlich leistet auch der Justizvollzug einen Sparbeitrag; denn hier werden acht Stellen eingespart.

Nun zum Sachhaushalt: Ich kann Ihnen mitteilen, dass für den Betrieb der Gerichte und Staatsanwaltschaften im Doppelhaushalt, verglichen mit dem Sollnachtrag 2006, insgesamt 2,2 Millionen Euro mehr zur Verfügung stehen. Bei den Auslagen in Rechtssachen ist aufgrund der Entwicklung eine Erhöhung im Jahr 2007 um 13,9 Millionen auf insgesamt 255 Millionen und im Jahr 2008 um weitere 7 Millionen erforderlich. Seit dem Jahr 2005 sind die Vergütungen für Betreuer mittelloser Mündel deutlich angestiegen, und zwar um rund 20 Millionen auf 78,3 Millionen. Ich möchte anmerken, dass die eingeführte Pauschalierung ab 01.07.2005 leider zu keinem Rückgang der Betreuerkosten geführt hat.

Im Hochbau haben wir eine Entwicklung, wie wir sie auf vielen anderen Feldern kennen. Die zur Verfügung stehenden Haushaltsmittel müssen immer mehr für Sanierungen verwendet werden. Neubaumaßnahmen sind nur noch eingeschränkt möglich. Deshalb ist es besonders erfreulich, dass auf diesem Sektor die Mittel für das Jahr 2007 um 2,1 Millionen Euro auf 20,1 Millionen Euro angehoben werden können und auch im Jahr 2008 steigen werden.

Beim Justizvollzug wird das Budget um knapp 5,7 Millionen – das sind 11,5 % – erhöht. Die Budgeterhöhung im Jahr 2008 beträgt, wenn man sie hinzunimmt, insgesamt 12,4 % – eine wesentliche Steigerung. Dies ist vor allem auf die zwei neuen Anstalten zurückzuführen, nämlich Landshut und die Frauenabteilung sowie der Jugendarrest der JVA München, die ausgestattet werden müssen.

Die Erhöhung des allgemeinen Bauunterhalts beträgt immerhin 12,6 %; das sind 900 000 Euro. Damit können wir dem Verfall der Bausubstanz Einhalt gebieten, die natürlich durch die hohen Gefangenzahlen und das Alter der Gebäude sehr beansprucht ist. Auch bei den kleinen Baumaßnahmen der Arbeitsbetriebe haben wir eine Steigerung um 54 %; das sind 700 000 Euro. Beim Hochbau ergeben sich gegenüber dem Jahr 2006 Erhöhungen von 2 Millionen. Die Mittel werden etwa zur Hälfte für Neubauvorhaben – vor allem für die JVA Landshut –, im Übrigen für Sanierungen eingesetzt. Die Maßnahmen für die Aufrechterhaltung der Sicherheit und für Erweiterungen werden fortgesetzt.

Ich möchte auch die JVA Straubing erwähnen, in der eine Versorgungszentrale saniert und neu errichtet wird – insgesamt 18 Millionen Euro, wovon im Doppelhaushalt 7 Millionen Euro zum Tragen kommen. Auch in anderen Bereichen wird Public Private Partnership weiterhin fortgesetzt. Dies ist wichtig, um die Zahl der Plätze in den JVAen zu erhöhen. Das könnten wir nicht ohne private Finanzierungen. Hinzu kommt ein neues Projekt, nämlich Augsburg/Gablingen mit insgesamt 600 neuen Haftplätzen. So können wir erstmals auch Erfahrungen mit Privatfinanzierungen bei großen Justizvollzugsanstalten

sammeln. Der Mangel an Haftplätzen wird damit erheblich reduziert.

Mir ist es ein besonderes Anliegen, am Ende meiner Ausführungen allen Angehörigen der bayerischen Justizverwaltung besonders zu danken. Mein Dank gilt natürlich auch der Rechtsanwaltschaft, den Notaren und unserer bayerischen Polizei. Besonders danken möchte ich auch allen Mitbürgerinnen und Mitbürgern, die bei der Justiz ehrenamtlich mitarbeiten. Das ist kein Nachteil, wie es Frau Stahl gesagt hat, sondern ein großer Vorteil.

Im Bayerischen Landtag möchte ich besonders den Mitgliedern des Verfassungs- und Rechtsausschusses sowie den Mitgliedern des Haushaltsausschusses mit seinem Vorsitzenden Manfred Ach und meinem Mitberichterstatler Dr. Helmut Müller danken. Besonders danke ich auch unserer Justizministerin, dir liebe Beate, für deine besondere Arbeit. Du setzt die Prioritäten völlig richtig, und zwar beim Opferschutz und nicht beim Täterschutz.

(Beifall bei der CSU)

– Genau, das ist einen Applaus wert.

Dein juristischer Sachverstand, dein Organisationstalent und vor allem dein Charme tragen wesentlich dazu bei, unserem Justizsystem neue Impulse zu geben.

(Beifall bei der CSU)

Zum Schluss meiner Ausführungen will ich noch eine Neuerung erwähnen, die deutlich macht, wie wichtig uns eine funktionierende Justiz ist, und zwar die zusätzlichen freien Tage für den Ausgleich der Schichtarbeit. Wir sind immer bestrebt, die Arbeitsbedingungen unserer Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter möglichst gut zu gestalten. Das Können und das Engagement unserer Vollzugsbediensteten im Besonderen ist für uns äußerst wichtig. Ich freue mich deshalb, dass für unsere Polizei- und Justizbeamten eine Erhöhung der freien Tage zum Zwecke des Freizeitausgleichs möglich ist. Der mögliche Zusatzurlaub wird um zwei Tage erhöht. Das ist deshalb wichtig, weil Schichtdienstleistende gesundheitlich und familiär besonders belastet sind. Immerhin sind fast die Hälfte unserer Polizeibeamten, nämlich 17 000 von 36 000, Schichtdienstleistende, im Justizvollzug sind es 2800 von 5000 – das entspricht fast 60 % der Mitarbeiter.

Ich glaube, wir setzen hiermit Maßstäbe und machen deutlich, dass wir diese Belastung honorieren und schrittweise Verbesserungen einführen. Die großen organisatorischen und finanziellen Anstrengungen müssen wir immer wieder nach außen darstellen. Gerade was das Finanzielle anbelangt, setzten wir mit dem Doppelhaushalt 2007/2008 Maßstäbe. Die von der Opposition in ihren Anträgen geforderten weiteren Mittel würden den Rahmen des Haushalts sprengen und im Wesentlichen nicht die Verbesserungen erzielen, die wir für wichtig erachten. Die CSU wird deshalb die Anträge der Opposition ablehnen. Lediglich beim Bauunterhalt der Justizvollzugsanstalten – wir haben das beantragt und in der Fraktion beschlossen – soll eine Erhöhung des Ansatzes um 200.000 Euro jährlich erfolgen.

Ich bitte Sie um Zustimmung zum Entwurf des Justizhaushalts für die Jahre 2007 und 2008 in der Fassung der Beschlussempfehlung des Haushaltsausschusses, die den Änderungsantrag der CSU beinhaltet.

(Beifall bei der CSU)

Präsident Alois Glück: Das Wort hat Frau Staatsministerin Dr. Merk.

Staatsministerin Dr. Beate Merk (Justizministerium): Herr Präsident, Hohes Haus, guten Morgen! Der Justizhaushalt, über den wir heute sprechen, umfasst nur ein schmales Segment des gesamten Kuchens, keine 5 % der bayerischen Staatsausgaben. Ich freue mich, dass dennoch heute Morgen einige gekommen sind, um sehr ernsthaft über diesen Haushalt zu diskutieren, der es wirklich wert ist. Die Justiz leistet etwas, das für jeden modernen Staat unverzichtbar ist, etwas, das zum absoluten Kernbestand jedes Gemeinwesens gehört. Damit ist dieses kleine Segment auch ein sehr wichtiges Segment. Die Justiz ist Wahrerin des sozialen Friedens. Gemeinsam mit der Polizei sorgt sie für die innere Sicherheit. Sie ist für jedermann Garant dafür, dass er auf die Gesetze vertrauen kann, dass ihm sein Recht gewährt wird – sogar gegenüber dem Staat selbst – und dass er vor Missachtung dieses Rechts geschützt wird.

Deswegen sehe ich es als Anerkennung dieser zentralen Rolle an, dass der Haushaltsentwurf für die Jahre 2007 und 2008 für den Einzelplan 04 einige wichtige Verbesserungen, einige Highlights enthält – als Anerkennung nicht nur für mich, sondern als Anerkennung für unsere Justiz insgesamt. Natürlich kann und muss man immer mehr Stellen fordern. Natürlich hätten wir uns auch mehr Stellen gewünscht. Natürlich müssen wir aber auch einsehen, dass wir dem Ziel eines ausgeglichenen Haushalts eine gewisse Zurückhaltung schuldig sind und dass öffentliche Gelder nicht unbegrenzt verfügbar sind.

Der Entwurf zum Doppelhaushalt 2007/2008 sieht für uns – wir haben es gehört – 50 zusätzliche Stellen für Richter und Staatsanwälte vor – das sind Stellen, die wir dringend benötigen; das sind Stellen, mit denen zugleich der bei der Justiz bestehende Bedarf anerkannt wird,

und es sind Stellen, mit denen wir dem Haushalt nicht zusätzlich zur Last fallen; das muss man auch immer betonen; denn sie werden durch die Umwandlung von Überkapazitäten aus dem Unterstützungsbereich gewonnen.

Der Entwurf zum Doppelhaushalt enthält für uns außerdem umfangreiche Stellenhebungen in allen Bereichen und Besoldungsgruppen, über 300 zum Beispiel im Justizvollzug. Das ermöglicht uns eine nachhaltigere Personalentwicklung. Damit geben Sie uns mehr Chancen, engagierte Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter zu fördern und ihre Leistungen anzuerkennen. So können wir noch mehr Motivation wecken und den Menschen Mut machen, Verantwortung zu übernehmen.

Besonders wichtig sind mir schließlich die 64 neuen Planstellen für den Strafvollzug für die Anstaltsneubauten in

Landshut und in München. Außerdem erhalten wir Mittel, um bis zu 14 Bedienstete für das neue Therapiezentrum in der Jugendstrafanstalt Neuburg-Herrenwörth einstellen zu können. Diese Investition zur Betreuung der jungen Straftäter ist mir ganz wichtig.

Besonders wichtig ist für uns auch die Verpflichtungsermächtigung für das PPP-Projekt in Augsburg mit 600 Haftplätzen.

Der Wert des inneren Friedens lässt sich nicht in Geld aufwiegen, und er lässt sich auch nicht in Geld ausdrücken, noch nicht einmal über den Justizhaushalt. Aber wenn Sie den Justizhaushalt verabschieden, so wie er im Entwurf vorgesehen ist, meine Damen und Herren, setzen Sie damit trotzdem ein Zeichen. Sozialer Friede und innere Sicherheit sind nicht selbstverständlich. Das ist heute in Ihren Reden auch immer wieder angeklungen. Beides existiert, weil wir Menschen haben, die dafür arbeiten. Ein staatliches Gewaltmonopol kann nur bestehen, wo eine Institution für einen effektiven Ausgleich von Konflikten sorgt, und diese Institution ist die Justiz.

Richter, Staatsanwälte und gerade auch die Beschäftigten des Strafvollzugs sind es, die diese Leistungen erbringen. Ihnen dafür, soweit wir das können und es wirtschaftlich machbar ist, die notwendigen Mittel zu geben, muss uns der innere Friede und die Sicherheit der Menschen wert sein.

Meine Damen und Herren, ich möchte meinen Fokus auch deutlich auf den Strafvollzug richten, so wie Sie das in Ihren Reden auch getan haben. Der grauenvolle Mord in Siegburg zum Ende des Jahres hat den Blick der Öffentlichkeit auf die Welt hinter den Gefängnistoren gelenkt. Das ist wichtig und gut so. Es ist wichtig, dass diese Welt stärker in das Bewusstsein der Menschen tritt. Die innere Sicherheit hat für mich als Justizministerin oberste Priorität. Ihre Gewährung ist der Maßstab für unser Handeln. Wichtig ist mir aber auch, dass unsere Häftlinge in unseren Anstalten ordentlich untergebracht sind und dass sie vor allen Dingen zielgerichtet behandelt werden.

(Beifall des Abgeordneten Johann Neumeier (CSU) – Joachim Wahnschaffe (SPD): Das gilt auch für die Forensik, obwohl Sie da nicht zuständig sind!)

– Ja, da bin ich nicht zuständig, aber man kann darüber sprechen. Zur inneren Sicherheit gehört notwendigerweise die Sicherheit in den Anstalten. Das betrifft auch unsere Mitarbeiter selbst. Wir alle wissen, dass eine Beschneidung der Freiheit Aggressionen im Menschen fördert, und zwar bei jedem Menschen. Strafgefangene sind nun einmal Menschentypen, denen der Umgang mit der eigenen Aggression genauso wie mit fremder Aggression ganz besonders schwer fällt. So kann es im Strafvollzug immer wieder zu Gewalt unter Gefangenen kommen. Deswegen sind wir in unseren bayerischen Anstalten auch extrem sensibel für jedes Anzeichen dafür. Was tun wir alles, um in Bayern möglichst Fälle wie in Siegburg zu verhindern? – Das Wichtigste ist, dass wir unsere Gefan-

genen nicht aus den Augen lassen. Wir zeigen Präsenz. Jeder Rückzug des Personals würde dazu führen, dass sich Subkultur entwickeln kann.

Es wird sichergestellt, dass jeder Gefangene mindestens dreimal täglich von einem Bediensteten gesehen wird, sei es bei der Essensausgabe oder sei es bei gesonderten Kontrollen. Wenn bei den Kontrollgängen oder den Außenrunden Unruhen bemerkt werden, wenn Lärm bemerkt wird, wird dem selbstverständlich sofort nachgegangen. Diese Kontrollgänge sind vorgeschrieben; das heißt, sie erfolgen nicht bloß aus Zufall. Wird in einer Gemeinschaftszelle der Notruf betätigt, so nehmen die Beamten selbstverständlich vor Ort die Aufklärung wahr, und zwar auch dann, wenn die Hafträume mit einer Gegensprechanlage ausgestattet sind, wie wir es in den meisten bayerischen Haftanstalten haben.

Ich habe angeordnet, dass die Abklärung vor Ort in Zukunft in allen Anstalten unabhängig von der Situation geschieht. Außerdem haben wir in den Anstalten erfahrenes und hochqualifiziertes Personal. Da möchte ich auch einmal etwas Positives sagen. Wir sagen immer, der Justizvollzug sei unterbesetzt. Das ist richtig; wir haben ein knappes Personaltableau. Aber was wir ganz bestimmt nicht machen – das sage ich gezielt an Sie, Frau Abgeordnete Stahl –, ist, dass wir auf private Bedienstete übergehen. Hessen kann uns in diesem Fall kein Beispiel sein; denn genau das wollen wir nicht.

(Beifall des Abgeordneten Johann Neumeier (CSU))

Wenn wir schon knapp besetzt sind, dann müssen wir darauf vertrauen können, hochkompetentes, erfahrenes Personal zu haben, das ganz gezielt ausgebildet ist von Menschen, die unsere Strafanstalten von innen kennen und die in der Justizvollzugsschule in Straubing zwei Jahre Ausbildung genießen und wenn es um den Jugendvollzug geht, sogar drei Jahre. Das ist elementar wichtig.

(Beifall bei der CSU und bei der SPD)

Dann können sich die Beamten auch ein Bild von jedem Gefangenen machen; sie kennen seinen Hintergrund, und sie kennen ihn persönlich. Wenn im Einzelfall jemand als besonders gefährlich eingestuft wird, kommt er auch bei uns in eine Strafanstalt, die einen hohen Sicherheitsstandard gewährleistet. Auch das ist klar.

Erstverbüßer werden generell getrennt von den übrigen Gefangenen untergebracht, und in den Jugendstrafanstalten befinden sich rund drei Viertel aller Insassen in Einzelhafträumen. Das möchte ich auch einmal unterstreichen. Bei den Übrigen wird die im Bundes-Strafvollzugsgesetz zugelassene Maximalbelegung pro Zelle nur in ganz wenigen Fällen ausgeschöpft, dann nämlich, wenn es wirklich nicht anders geht. Generell kann man sagen: Wir dulden keine rechtsfreien Räume in unseren Anstalten; wir greifen konsequent durch, wenn etwas passiert. Das können unsere Bediensteten. Und ich muss eines dazusagen: Wenn man hier immer von Schabigkeitsredet, dann bedeutet doch die Tatsache, dass wir die gerings-

ten Haftkosten in Deutschland haben, noch lange nicht, dass die Qualität im Strafvollzug darunter leidet.

(Beifall des Abgeordneten Johann Neumeier (CSU))

Ganz im Gegenteil: Ich muss immer wieder darauf hinweisen, was wir alles in unseren Strafvollzugsanstalten tun. Der Begriff „Verwahrvollzug“ wird unserer bayerischen Haftanstalten schlichtweg nicht gerecht.

Noch einmal kurz zurück zur Sicherheit. Wir gehen immer wieder alle denkbaren Bereiche durch, um Schwachstellen zu finden. Wir nehmen auch alle Vorkommnisse, die irgendwo passieren, zum Anlass, um zu analysieren und zu untersuchen, was wir noch verbessern können. Wir haben zwischen den Anstalten wechselnde Sicherheitspartnerschaften ins Leben gerufen mit gegenseitigen Kontakten und Austauschmöglichkeiten, um Sensibilität für wirkliche Probleme noch stärker zu wecken.

(Zuruf von den GRÜNEN)

– Selbstverständlich bei den Bediensteten. Wir haben in fast allen großen Anstalten spezielle Sicherungsgruppen. So hat beispielsweise die Sicherungsgruppe Straubing in diesem Jahr 360 Haftraumkontrollen außerhalb der üblichen Dienstzeit durchgeführt. Das ist speziell geschultes Personal, das für die Sicherheit in den Anstalten enorm wichtig ist.

Ein Wort nun zur Unterbringung. Das war auch ein zentrales Problem in Siegburg: eine Gemeinschaftszelle unter Einschluss über längere Zeit. Wir haben in Bayern massiv gegengesteuert, damit solche Vorkommnisse vermieden werden. Aber wir können natürlich auch eines sagen: In jedem anderen Land gibt es wie in Bayern Überbelegung in den Haftzellen. Gefangene müssen auch bei uns teilweise gemeinsam untergebracht werden. Das ist so. Dabei muss man sehen, dass wir in vielen Fällen eine gemeinsame Unterbringung auch gezielt wollen, dann nämlich, wenn es sich um einen psychisch instabilen Gefangenen handelt, um den man Sorge haben muss. Wir haben immer wieder festgestellt: Wenn man einen solchen Menschen mit einem geeigneten Mitgefangenen zusammentut, hilft das. Dann stärkt das seine Psyche, und wenn er tatsächlich einmal in eine wackelige Situation geraten würde, wären diese Mitgefangenen da. Das darf man nicht unterschätzen.

Außerdem müssen wir uns darüber klar werden, dass wir vermehrt auch ausländische Gefangene bei uns haben, die es normalerweise gewohnt sind, in einer größeren Familie zu leben oder in einer größeren Gruppe und für die eine Einzelhaftzelle eine zusätzliche Strafe wäre, sodass man sich hier darum bemüht, solche Gefangene mit Gefangenen gleicher Herkunft zusammenzulegen. Es sind also in vielen Fällen die Gefangenen selbst, die eine gemeinsame Unterbringung wünschen.

Damit möchte ich aber nichts bagatellisieren. Es ist klar, dass auch wir unter der Raumnot leiden. Wir haben in Bayern immerhin mehr als die Hälfte der Erwachsenen in Einzelhafträumen untergebracht. Dieser Anteil könnte

noch höher werden, wenn wir versuchen würden, die Unterbringungssituation von einer Unterbringung in Gemeinschaftsräumen zu einer Unterbringung in Einzelhaftsräumen oder kleineren Gemeinschaftsräumen zu verändern.

Dazu haben wir in der Vergangenheit extreme Anstrengungen unternommen. Wir müssen auch berücksichtigen, dass wir seit 1991 einen extremen Anstieg der Zahl der Häftlinge haben. Die Zahl der Häftlinge ist um ein Drittel angestiegen. Das ist enorm. Seit dieser Zeit haben wir 1450 zusätzliche Haftplätze geschaffen. Wir haben 508 Millionen Euro in Baumaßnahmen investiert. Seit dem Jahr 2005 haben wir im Durchschnitt 13 000 Gefangene in Bayern. Im letzten Jahr haben 32 000 Gefangene unsere Anstalten durchlaufen. Damit haben wir einen wirklich extremen Zuwachs, mit dem kein Investitionsprogramm mithalten kann. Wichtig ist es, die Augen offenzuhalten und gegenzusteuern. Das tun wir auch.

Wenn wir über Nacht sämtliche Gemeinschaftszellen auflösen und sämtliche Gefangene in Einzelzellen unterbringen wollten, was in vielen Fällen – wie schon gesagt – gar nicht so sinnvoll ist, bräuchten wir auf einen Schlag 3000 neue Haftplätze. Das ist ein Viertel unseres Bestandes. Das würde Baukosten in Höhe von 585 Millionen Euro bedeuten. Dafür bräuchten wir auch 780 zusätzliche Planstellen. Dazu muss man schlichtweg sagen: Dieses Geld haben wir nicht. Wir werden aber im Rahmen unserer Möglichkeiten weiterhin alles tun, um die Raumsituation in den Anstalten zu verbessern.

Lassen Sie mich einen kurzen Schlenker zur ärztlichen und therapeutischen Versorgung von suchtkranken Gefangenen machen. Es wird immer wieder behauptet, diese Versorgung sei nicht ausreichend. Das muss ich schlichtweg ganz energisch zurückweisen. Es ist nicht so. Die ärztliche wie auch die therapeutische Betreuung ist ausreichend. Natürlich haben wir auch externe Betreuer. Uns wird wohl auch niemand vorschreiben wollen, dass alle Ärzte und Therapeuten in unserem Dienst stehen müssen. Dort, wo es sinnvoll ist, können diese Leistungen von außen ergänzt werden.

Ich möchte auch das Jugendstrafvollzugsgesetz kurz ansprechen. Vielleicht hat Sieburg dem einen oder anderen bewusst gemacht, wie wichtig es ist, was hinter Gittern geschieht. Resozialisierung ist der beste Schutz. Das sind keine leeren Worte. Das Jugendstrafvollzugsgesetz taucht deswegen noch nicht im Haushalt auf, weil das Gesetz erst im nächsten Jahr beraten wird. Wir werden es dann im Nachtragshaushalt vorfinden. Die Aussage ist nicht richtig, dass in unserem Gesetzentwurf die Sicherheit vor der Resozialisierung an die erste Stelle tritt. In unserem Gesetzentwurf steht etwas ganz anders: Sicherheit und Resozialisierung werden darin als gleichberechtigte Vollzugsziele erwähnt. Von Frau Stahl haben wir es heute schon gehört. Ich kann es immer nur wiederholen: Resozialisierung und Sicherheit sind untrennbar miteinander verbunden. Wenn ich einen resozialisierten Häftling entlassen kann, der nicht mehr straffällig wird, bedeutet das Sicherheit für unsere Gesellschaft. Aus diesem Grunde gehören diese beiden wichtigen Ziele auch zusammen. Wir alle wünschen uns, dass Haftgefangene, wenn sie entlassen werden, keine Straftaten mehr bege-

hen. Wenn wir das wollen, müssen wir auch wissen, dass wir dafür in unseren Gefängnissen eine ganze Menge tun müssen und dass unsere Gefängnisse gerade keine Verwahranstalten sein dürfen. Daran arbeiten wir in Bayern hart; das möchte ich hier auch sehr deutlich sagen.

In unseren Anstalten können Gefangene zum Beispiel ihren Schulabschluss nachholen, und zwar in großer Zahl. In unseren Anstalten erhalten die Gefangenen eine Berufsausbildung. In unseren Anstalten gibt es für Gefangene richtige und zielgerichtete Therapien. Da gibt es nicht bloß ein Schild mit der Aufschrift „Sozialtherapie“, sondern wir kümmern uns um die Gefangenen mit ihren jeweiligen Defiziten. Unsere Anstalten sorgen dafür, dass die Gefangenen an der Therapie teilnehmen, indem sie dazu motiviert werden. Wir hatten im letzten Jahr fast 200 Schulabschlüsse hinter Gittern. Wir hatten über 100 im Gefängnis erworbene Gesellenbriefe. Das heißt also, dass unsere Justizvollzugsanstalten in Bayern auch ein Ort sind, an dem die persönlichen und sozialen Defizite der Menschen hinter Gittern aufgearbeitet werden können.

(Beifall des Abgeordneten Johann Neumeier (CSU) – Jürgen Dupper (SPD): Das ist ja besser als in der Schule!)

Dabei sind wir frei von jeder Ideologie. Für viele junge Gefangene sind unsere Haftanstalten – das war für mich beeindruckend und gleichzeitig erschreckend – der erste Ort, an dem sie zum ersten Mal eine Tagesstruktur und einen Tagesablauf erleben. Sie müssen morgens früh aufstehen und dürfen nicht im Bett liegen bleiben. Sie haben etwas zu tun, egal ob sie lernen oder arbeiten. Sie sitzen nicht vor dem Fernseher, sondern treiben Sport. Team-sport ist dabei ein ganz wichtiges Wort.

Noch viel beeindruckender war für mich die Tatsache, dass unsere jungen Strafgefangenen gern in die Therapie gehen, und zwar auch in die Präventivtherapie, die ich vor Kurzem in Neuburg eingeführt habe. Nicht bestätigt wurde dabei unsere Angst, dass die jungen Täter fürchten, sie würden damit für die Zukunft stigmatisiert. Im Gegenteil, sie haben zu uns gesagt, dass sich zum ersten Mal jemand mit ihnen unterhält, der sie anhört und der sich um sie kümmert und mit ihnen gemeinsam einen Weg aus dem Schlamassel sucht. Wenn das die Einstellung ist, zeigt das, dass wir gerade bei unseren jungen Gefangenen mit Resozialisierung viel bewirken können. Deswegen ist das eine wichtige Aufgabe. Ich betone immer wieder, dass das hinter unseren Gefängnismauern geschieht und dass dort von allen unseren Bediensteten gemeinsam eine außerordentlich gute Arbeit geleistet wird.

(Beifall bei Abgeordneten der CSU)

Meine sehr geehrten Damen und Herren, auch das Thema Ehrenamt ist vorher erwähnt worden. Ich möchte nicht alles auf die Ehrenamtlichen abschieben, nur weil es dann günstiger wäre. Die Ehrenamtlichen arbeiten gern mit uns zusammen. Sie stehen mit uns in engem Kontakt. Sie haben ihre Strukturen oftmals so aufgebaut, dass sie auch Fachpersonal in ihren Kreisen beschäftigen. Resozi-

alisierung ist nicht nur eine Aufgabe des Staates, sondern ist selbstverständlich auch eine Aufgabe der Gesellschaft, wenn die Gefangenen aus dem Gefängnis entlassen werden. Das dokumentieren die ehrenamtlichen Entlassenenhilfen in einer ganz besonderen Weise. Dafür haben sie auch meine Hochachtung.

Dieses Thema möchte ich im Zusammenhang mit der Änderung des Strafvollzugsgesetzes ausbauen, weil die ehrenamtliche Arbeit ein wichtiger Teil der Sicherheit und der Resozialisierung ist. Wir wissen, dass ein Gefangener, der nach längerer Zeit aus dem Gefängnis entlassen wird und sich erstmals in der Gesellschaft wieder zurechtfinden muss, schnell ins Straucheln geraten kann. Dazu braucht er Begleitung und Unterstützung, damit er auf dem Weg in eine straffreie Zukunft bleiben kann.

Meine sehr geehrten Damen und Herren, Strafgefangene, die sich trotz aller Motivationsbemühungen unserer Mitarbeiter einer Resozialisierung verweigern und eine Therapie nicht mitmachen wollen, Strafgefangene, die auch im Gefängnis immer wieder durch Gewalttaten gegenüber ihren Mitgefangenen auffällig werden, Strafgefangene, die auch nach Vollverbüßung ihrer Strafe als gefährlich einzustufen sind, können wir natürlich nicht entlassen. Kein Mensch in der Bevölkerung würde es verstehen, wenn man einen solchen Menschen in die Freiheit entlässt. Hier muss schon sehr deutlich zwischen dem Bürgerrecht auf Freiheit und dem Recht der Bürger auf Sicherheit unterschieden werden. Hier gilt der Grundsatz, dass Opferschutz, auch der Schutz potenzieller Opfer, Vorrang vor Täterschutz hat. Danach werden wir auch in Zukunft handeln.

(Beifall bei der CSU)

Das gilt natürlich auch für die vorzeitige Haftentlassung von Gewalttätern. Mehrfachtäter und Täter, die körperliche Delikte gegen andere verüben, zum Beispiel Vergewaltigung, Sexualdelikte, versuchter Mord oder Mord, sind in aller Regel nicht diejenigen, die vorzeitig freigelassen werden können. Mit diesem Thema befassen wir uns momentan, und dabei sagen wir, im Rahmen und auf der Basis des Rechtsstaats müssen wir auch dafür Sorge tragen, dass unsere Bevölkerung, soweit wir es nur können, geschützt wird.

Herr Schindler, zum Deal muss ich mich nicht mehr äußern, das habe ich bereits getan. Ich muss allerdings dazusagen, dass meine Meinung auch in der Justiz umstritten ist, und zwar nicht nur aus Gründen der Kapazität. Das ist ein Thema, über das man sich trefflich streiten kann. Ich glaube, von mir ist dazu alles gesagt.

Meine sehr geehrten Damen und Herren, Hohes Haus, ich möchte zum Schluss allen Angehörigen der bayerischen Justiz für die großartige Arbeit danken. In diesen Dank möchte ich die Rechtsanwaltschaft, die Notarinnen und Notare sowie unsere grün gewandeten Kollegen von der Polizei einschließen. Besonders hervorheben möchte ich die Arbeit derjenigen, die sich ehrenamtlich bei der Justiz engagieren und die damit einen sehr wertvollen Beitrag für unsere Arbeit leisten und unsere Leistungsbilanz stärken.

Mein besonderer Dank gilt den Kolleginnen und Kollegen im Bayerischen Landtag für die Unterstützung der bayerischen Justiz. In erster Linie gilt dies für die Mitglieder des Ausschusses für Verfassungs-, Rechts- und Parlamentsfragen sowie des Petitionsausschusses. Wir haben eine sachliche, an der Arbeit der Justiz orientierte sowie die Arbeit der Justiz anerkennende Diskussion geführt, für die ich Ihnen sehr dankbar bin. Mein besonderer Dank gilt auch den Mitgliedern des Haushaltsausschusses, allen voran dem Vorsitzenden Manfred Ach und dem Berichterstatter Dr. Müller.

Im Interesse unserer gemeinsamen Sache, der Gewährleistung des Rechts im Freistaat Bayern, wünsche ich mir auch für die kommenden Jahre eine Fortsetzung der guten Zusammenarbeit. Ich bitte Sie deshalb herzlich um Zustimmung zum Entwurf des Justizhaushalts für die Jahre 2007 und 2008 und wünsche Ihnen allen frohe Festtage.

(Anhaltender Beifall bei der CSU)

Präsident Alois Glück: Das Wort hat für eine Minute und 45 Sekunden Frau Kollegin Stahl.

Christine Stahl (GRÜNE): Herr Präsident, meine Herren und Damen und vor allem Herr Kollege Zellmeier! Ich werde jetzt ganz uncharmant die Ausführungen von Frau Justizministerin Dr. Merk konterkarieren. Ich frage mich nicht nur als Juristin, sondern vor allem als Sozialarbeiterin, die ich auch bin, wieso die Wohlfahrtsverbände immer wieder die schwierige Situation beklagen, wenn doch in den Justizvollzugsanstalten alles halbwegs gut läuft. Ich frage mich, wieso sie beklagen, dass sie kaum Ansprechpartner finden, wenn es um die Organisation von Angeboten geht. Ich frage mich, wieso sie kritisieren, dass vieles von ihnen organisiert werden muss, weil es in der Justizvollzugsanstalt kaum Angebote für den Behandlungsvollzug gibt.

Dabei verlange ich noch nicht einmal, dass die Zellen alle in Einzelzellen umgebaut werden. Das ist wahrscheinlich wirklich nicht auf einen Schlag zu erreichen. Es sollten aber wenigstens die Räumlichkeiten für die Gruppenarbeit zumutbar gestaltet werden. Dass Familien sich in normalen Besuchsräumen ohne Spielmöglichkeiten für Kinder aufhalten müssen, sollte in Zukunft nicht mehr der Fall sein. Ich frage mich, wieso sich die Wohlfahrtsverbände darüber beklagen müssen, dass die Zuschüsse vonseiten der Justiz so spärlich fließen.

Die Behandlung von Drogenkranken ist sehr wohl ein großes Problem, weil die Medikation unsystematisch bis kaum erfolgt. Oft wird ein kalter Entzug durchgeführt. Es gibt keine durchgängige psychiatrische Diagnostik. Die Atteste zur Therapievermittlung werden von Anstaltsärzten erst nach Aufforderung durch den Kostenträger erstellt. Überhaupt haben wir Probleme betreffend die Kostenträger bei Maßnahmen in der Haft. Es gibt zum Beispiel Probleme bei der Finanzierung stationärer Maßnahmen der Jugendämter. Wir haben auch Probleme bei der Refinanzierung der Straffälligenhilfe usw., usw.

Meine Redezeit ist zu Ende. Ich danke Ihnen, kann Sie aber leider nicht charmant in die Weihnachtsferien entlassen.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Präsident Alois Glück: Nächste Wortmeldung: Herr Kollege Welnhöfer.

Peter Welnhöfer (CSU): Herr Präsident, meine Damen und Herren! Die CSU-Fraktion hat noch 7 Minuten und 54 Sekunden. Keine Angst, ich werde das nicht ausschöpfen. Herr Kollege Schindler, ich möchte nur eine Anmerkung machen, nachdem es leider nicht möglich war, eine Zwischenfrage zu stellen. Unter Bezugnahme auf eine Broschüre der CSU-Landtagsfraktion tun Sie so, als wären innere Sicherheit und Verwirklichung des Rechtsstaats ein Gegensatz. Meine Damen und Herren, ich sehe das ganz anders.

(Beifall bei der CSU)

Die Gewährleistung innerer Sicherheit und die Verwirklichung des Rechtsstaats sind gleichsam die beiden Seiten ein und derselben Medaille. Denn ohne innere Sicherheit gibt es keinen Rechtsstaat, und ohne Rechtsstaat gibt es nach unserem Staatsverständnis auch keine innere Sicherheit; denn die innere Sicherheit – oder die vermeintliche innere Sicherheit – totalitärer Staaten haben wir nicht und wollen wir nicht haben.

Meine sehr verehrten Damen und Herren, wer unter rechtsstaatlichen Verhältnissen leben will, braucht innere Sicherheit. Es gehört zu den vornehmsten Aufgaben der Justiz, die innere Sicherheit zu gewährleisten, und in diesem Sinn ist sie – auch – eine Säule der inneren Sicherheit.

(Beifall bei der CSU)

Präsident Alois Glück: Mir liegt keine weitere Wortmeldung vor. Damit ist die Aussprache geschlossen. Wir kommen zur Abstimmung. Der Abstimmung liegen der Entwurf des Haushaltsplans 2007/2008, Einzelplan 04, die Änderungsanträge auf den Drucksachen 15/6589 mit 15/6597, 15/6601 mit 15/6606 und 15/6616 sowie die Beschlussempfehlung des federführenden Ausschusses für Staatshaushalt und Finanzfragen auf Drucksache 15/6822 zugrunde.

Der Einzelplan 04 wird vom Ausschuss für Staatshaushalt und Finanzfragen mit der in der Beschlussempfehlung auf Drucksache 15/6822 genannten Änderung zur Annahme empfohlen.

Wer dem Einzelplan 04 in der vom federführenden Ausschuss empfohlenen Fassung seine Zustimmung geben will, den bitte ich, sich vom Platz zu erheben. – Das ist die CSU-Fraktion. Gegenstimmen? – Das sind die Fraktionen der SPD und des BÜNDNISSES 90/DIE GRÜNEN. Stimmenthaltungen? – Keine. Ersteres war die Mehrheit.

Damit ist Einzelplan 04 angenommen. Gemäß § 126 Absatz 6 der Geschäftsordnung gelten zugleich die vom Ausschuss für Staatshaushalt und Finanzfragen zur Ablehnung vorgeschlagenen Änderungsanträge als abgelehnt. Eine Liste dieser Änderungsanträge liegt Ihnen vor.

(siehe Anlage 1)

Außerdem schlägt der Ausschuss für Staatshaushalt und Finanzfragen noch folgende Beschlussfassung vor:

Das Staatsministerium der Finanzen wird ermächtigt, die aufgrund der beschlossenen Änderung erforderlichen Berichtigungen insbesondere in den Erläuterungen, der Übersicht über die Verpflichtungsermächtigungen und den sonstigen Anlagen beim endgültigen Ausdruck des Einzelplans vorzunehmen.

Wer dem zustimmen möchte, den bitte ich um das Handzeichen. – Das sind die CSU-Fraktion und Teile bzw. größere Teile der SPD-Fraktion. – Alle?

(Johanna Werner-Muggendorfer (SPD): Alle!)

– Ich weiß nicht, ob Sie bevollmächtigt sind, das zu erklären.

(Johanna Werner-Muggendorfer (SPD): Ich darf das sagen: Alle!)

– Also mit den Stimmen der CSU-Fraktion und der SPD-Fraktion. Gegenstimmen? – Keine. Stimmenthaltungen? – Die Fraktion des BÜNDNISSES 90/DIE GRÜNEN. Damit ist so beschlossen.

Unter Bezugnahme auf die Beschlussempfehlung des federführenden Ausschusses für Staatshaushalt und Finanzfragen auf Drucksache 15/6822 weise ich darauf hin, dass der Änderungsantrag auf Drucksache 15/6616 seine Erledigung gefunden hat. Das Hohe Haus nimmt hiervon Kenntnis.

Die Beratung des Einzelplans 04 ist abgeschlossen.

Ich rufe Tagesordnungspunkt 7 auf:

**Haushaltsplan 2007/2008;
Einzelplan 05 für den Geschäftsbereich des Bayerischen Staatsministeriums für Unterricht und Kultus**

hierzu:

**Änderungsanträge von Abgeordneten der SPD-Fraktion (Drsn. 15/6661, 15/6697 mit 15/6699),
Änderungsanträge der Fraktion des BÜNDNISSES 90/DIE GRÜNEN (Drsn. 15/6724 mit 15/6734),
Änderungsanträge von Abgeordneten der CSU-Fraktion (Drsn. 15/6745 mit 15/6749)**

Im Ältestenrat wurde für die Aussprache eine Gesamtrededzeit von einer Stunde und 57 Minuten vereinbart.

Davon entfallen auf die Fraktion der CSU 40 Minuten, auf die SPD-Fraktion 22 Minuten und auf die Fraktion des BÜNDNISSES 90/DIE GRÜNEN 15 Minuten. Die Redezeit der Staatsregierung orientiert sich an der Redezeit der stärksten Fraktion. Sie kann deshalb bis zu 40 Minuten sprechen. Das entspricht der üblichen Regelung.

Ich eröffne die Aussprache. Erste Wortmeldung: Herr Kollege Sibler.

Bernd Sibler (CSU): Herr Präsident, Kolleginnen und Kollegen! Der Einzelplan 05 für das Bayerische Staatsministerium für Unterricht und Kultus steigt im Jahr 2007 auf 8,4 Milliarden Euro, für das Jahr 2008 sind 8,5 Milliarden Euro vorgesehen. Damit ist der Einzelplan 05 der größte Einzelplan im Staatshaushalt. Bezogen auf das Soll des Jahres 2006 steigt der Einzelplan 05 für 2007 um 2,2 %, für das Jahr 2008 um 1,2 %. Bereinigt man diese Zahlen um die durchgeleiteten Mittel aus dem Investitionsprogramm „Zukunft Bildung und Betreuung“ – IZBB – des Bundes, so steigt der Etat für 2007 sogar um 2,8 % und für 2008 um 2,5 %. Bereinigt man diese weiterhin um die Mittel für Pensionen und Beihilfen, steigt der Etat immer noch deutlich an.

Diese beeindruckenden Zahlen machen deutlich, dass der Freistaat Bayern einen Schwerpunkt im Bereich der Bildung setzt. Zudem ist anzumerken, dass Bayern anhaltend hohe Schülerzahlen hat. Wir erreichen jedoch auch einen Höchststand bei den Lehrerkapazitäten. In Bayern sind noch nie so viele Unterrichtsstunden gehalten worden wie in den letzten Jahren. Zudem stellt der Freistaat weitere 784 echte Lehrerplanstellen zusätzlich in seinem Etat bereit, um die wachsenden Schülerzahlen an Gymnasien und Realschulen bewältigen zu können.

In der Tat ist es richtig, dass von den Volksschulen weitere Stellen an diese Schularten verlagert wurden. Bereits im Nachtragshaushalt hat man dies mit 412 Stellen aus dem Volksschulbereich getan. Demgegenüber steht jedoch ein Schülerrückgang von 15 200, was rechnerisch ein Minus von 735 Stellen bedeutet hätte. Es ist Kultusminister Siegfried Schneider zu verdanken, dass zunächst alle Stellen im Schulbereich verbleiben konnten.

(Zuruf von den GRÜNEN)

Die Differenz von 323 Stellen im Schuljahr 2006/2007 wird voll der Hauptschule zur Verbesserung der pädagogischen Situation belassen. Wir bauen damit die Ganztagschule aus, verbessern die individuelle Förderung und intensivieren die Sprachförderung. Trotz Rückgang der Schülerzahlen bleiben also mehr Planstellen bei der Volksschule, als rechnerisch hätten eingezogen werden können. Dieser Trend setzt sich für das Schuljahr 2007/2008 weiter fort.

Und was macht die Opposition? Bei den Haushaltsberatungen haben wir immer wieder das böse Wort von der Hauptschule als Restschule hören müssen.

(Karin Radermacher (SPD): So ist es doch auch ganz genau! – Thomas Mütze (GRÜNE): Ich habe es einmal gesagt, und dazu stehe ich!)

Sie schütten damit Öl ins Feuer und verstärken den Trend zur Abkehr von der Hauptschule. Viel besser wäre es, wenn Sie an konstruktiven Vorschlägen zur Verbesserung der Lage mitarbeiten würden.

(Beifall bei der CSU)

Ich erinnere an die Vorschläge von Minister Schneider zur Modularisierung und zur Schaffung eines stärkeren beruflichen Bezugs der Hauptschule. Sie sollten die Hauptschule nicht schlechtreden, und Sie sollten vor allem die Schülerinnen und Schüler dieser Schulart nicht diffamieren; denn immerhin besuchen 38 % der bayerischen Schülerschaft die Hauptschule.

Woher kommen die steigenden Schülerzahlen? – Wesentlicher Grund dafür ist die innerdeutsche Zuwanderung. Die Leute kommen nach Bayern, weil sie hier eine bessere Situation auch und gerade im schulischen Bereich vorfinden als in anderen Bundesländern. Das Stichwort „Pisa“ darf hier natürlich nicht fehlen. Bei den Stellungnahmen, die die Opposition gestern zur Lage in Bayern abgegeben hat, fühlt man sich gar an ein Entwicklungsland erinnert, wo es am Nötigsten fehlt. Ich glaube, ein Bundesland wie Berlin wäre sehr froh, wenn es sich nur mit solchen Problemen zu beschäftigen hätte, wie wir sie in Bayern haben.

(Beifall bei der CSU)

Zum Thema Berlin darf ich auch an die Rütli-Schule erinnern, deren Brief nicht einmal beantwortet wurde. In Berlin besuchen nur noch 7 % der Schülerinnen und Schüler die Hauptschule. Und was hört man von der Opposition? – Die CSU sei eine Provinzpartei.

(Simone Tolle (GRÜNE): Das stimmt doch auch!)

Ich bin sehr froh darüber, dass die CSU ab und zu eine Provinzpartei ist, wenn diese Bezeichnung aussagt, dass die CSU die Bedürfnisse der Menschen in diesem Land erreicht.

– An den GRÜNEN ist ja wohl das bayerischste die Namensänderung von „Dr. Josef Dürr“ in „Sepp“.

(Beifall des Abgeordneten Thomas Obermeier (CSU) – Hans Ulrich Pfaffmann (SPD): Das war jetzt aber sehr lustig!)

– Mindestens so lustig wie Sie, Herr Pfaffmann.

Wir müssen aber sicher weiterarbeiten an den großen Klassenstärken in der Realschule und an den Gymnasien. Wir müssen sie für die weiteren Jahre in den Blick nehmen.

Trotzdem sei auf die sehr guten Ergebnisse der bayerischen Schülerinnen und Schüler sowie deren Lehrkräfte bei der Pisa-Studie verwiesen, wenn Sie das auch nicht gerne hören; denn hier wird deutlich, dass allen Unkenrufen der Opposition zum Trotz das bayerische Schulsys-

tem leistungsfähig ist und den internationalen Vergleich wahrlich nicht zu scheuen braucht.

(Simone Tolle (GRÜNE): Das glauben aber auch nur Sie!)

Positive Akzente setzt der Etat auch im Bereich der Ganztagschulen, die maßvoll ausgebaut werden.

(Simone Tolle (GRÜNE): „Maßvoll“ ist aber hübsch formuliert!)

Hier hat insbesondere die CSU-Fraktion einen weiteren Ausbau herbeigeführt. Positiv und deutlich hervorheben möchte ich zudem, dass auch jenen Schulen geholfen wird, die bei den Mitteln des Investitionsprogramms „Zukunft Bildung und Betreuung“ – IZBB – bislang zu kurz gekommen sind. Im Etat ist im Kapitel 05 19 bei den Titeln 883 91 und 883 92 nachzulesen, dass zusätzliches Geld für die Gymnasien vorgesehen ist. Jene Gymnasien, die bislang nicht zum Zug gekommen sind, werden nach den gleichen Modalitäten wie beim IZBB-Programm aus Landesmitteln gefördert.

(Simone Tolle (GRÜNE): Das stimmt doch gar nicht!)

Für 2007 stehen 30 Millionen Euro, für 2008 stehen 28 Millionen Euro zur Verfügung. Wir erfüllen damit die Forderung des Bayerischen Philologenverbandes, der bei seiner Jahreshauptversammlung in Würzburg vor wenigen Tagen diese Forderung gestellt hat. Diese Forderung war allerdings schon erfüllt, als sie aufgestellt wurde.

Zudem werden wir über das Finanzausgleichsgesetz auch die anderen Schularten aus Landesmitteln für den Ausbau der Ganztagschule fördern. Wir werden hier einen Mindestansatz von 50 % der förderfähigen Kosten für Baumaßnahmen anbieten. Wichtig ist aber die Absenkung der Bagatelldgrenze von 100 000 Euro auf 10 000 Euro, weil damit auch viele kleinere Maßnahmen gerade an Volksschulen in den Genuss der Förderung kommen können.

Positiv für den Schulbereich wirkt sich ebenfalls eine Maßnahme aus dem Einzelplan 10 aus, nämlich die Aufstockung der Jugendsozialarbeit an Schulen. Hier werden wir in den beiden Haushaltsjahren 70 neue Stellen schaffen, damit wir wieder den ursprünglichen Zeitplan der Ausweitung erreichen. Gerade mit dieser Maßnahme werden wir auch die erzieherische Situation an den Hauptschulen deutlich verbessern können. Hier muss aber noch ein weiterer Ausbau stattfinden.

Zudem halte ich es für absolut richtig, dass man diese Arbeit im Sozialministerium ansiedelt. Als ehemaliger Kreisjugendring-Vorsitzender habe ich intensiv mit der Jugendsozialarbeit im Landkreis Deggendorf zusammengearbeitet. Dabei habe ich feststellen können, dass nur ein Miteinander und ein deutlich über die Schule hinausgehender Einsatz der Jugendsozialarbeiter einen ganzheitlichen Ansatz gerade im Interesse der Jugendlichen ermöglicht. Wir müssen in die Gesellschaft hinein arbeiten und dürfen nicht nur in der Schule bleiben. Deshalb ist

es richtig, dass wir Jugendsozialarbeit an Schulen haben und nicht nur die Schulsozialarbeit, wie die Opposition es gerne hätte.

(Dr. Sepp Dürr (GRÜNE): Ist das dein Lebenslauf?)

– Ich habe wenigstens einen, Herr Dürr.

Einen weiteren Akzent setzt die CSU-Fraktion im Bereich der Schulverwaltungskräfte. Gerade dadurch kann man Schulleitungen effektiv entlasten. Durch die Erhöhung der Leistungen im Härtefonds kommen wir auch den privaten Schulträgern ein Stück entgegen.

Zudem gehen wir mit dem Entwurf zum Doppelhaushalt einen wichtigen Schritt auf dem Weg zu einem zweiten Förderlehrerinstitut im südbayerischen Raum. Förderlehrer sind eine bayerische Besonderheit. Gerade mit ihnen kann man intensiv und individuell fördern. Ein Ausbau dieser Lehrergruppe scheint mir sehr sinnvoll, auch die Lage im südbayerischen Raum; denn der nordbayerische Raum ist durch das Institut in Bayreuth bestens versorgt.

Akzente setzen wir auch im Bereich der Sportförderung. Mit der Erhöhung der Mittel um 1,875 Millionen Euro – eine Initiative der CSU-Fraktion –

(Beifall bei der CSU)

erreichen wir genau die vom Bayerischen Landessportverband – BLSV – geforderte Summe von netto 15 Millionen Euro nach der Einführung der Vereinspauschale. Diese ist übrigens ein deutlicher Beitrag zur Entbürokratisierung und zur Vereinfachung des Antragsverfahrens, weil der Arbeitsaufwand für die Vereine deutlich geringer ausfällt.

Auch im Bereich der Jugendarbeit können wir mit der Erhöhung der Mittel um ein Million Euro einen positiven Akzent setzen. Damit können wir die sehr gute präventive Arbeit des Bayerischen Jugendringes – BJR – würdigen. Hier finden Jugendliche Heimat, werden an die Demokratie herangeführt und lernen außerschulisch sich selbst zu organisieren, Sozialkompetenzen eben. Wenn wir dem Bayerischen Jugendring beim Vollzug des Haushaltes noch etwas entgegenkommen könnten, wäre ich persönlich darüber alles andere als traurig. Bereits in den letzten Jahren konnten wir trotz Sparzwängen bei Themen wie der globalen Minderausgabe und Haushaltssperre immer wieder helfen.

Auch mit Mitteln des Kulturfonds und der Bayerischen Landesstiftung – wie eben erst in den letzten Tagen für die Aktion „Drei Tage Zeit für Helden“ – konnten wir dem BJR trotz Sparzwangs immer wieder helfen.

Erwähnen möchte ich zudem den investiven Bereich. Hier gibt es Probleme beim Bayerischen Jugendring. Mit Mitteln außerhalb des Haushalts könnten wir jedoch gut weiterhelfen, wie wir das in verschiedenen Bereichen immer wieder getan haben. Ich erinnere an das Beispiel der privaten Förderschulen.

Persönlich freut es mich, dass der Freistaat Bayern mit der Unterstützung des NS-Dokumentationszentrums in der Landeshauptstadt München ein Zeichen für historisches Bewusstsein setzt, zumal zurzeit diese aberwitzige Holocaust-Konferenz stattfindet.

Abschließend darf ich feststellen: Der Einzelplan 05 sichert eine akzeptable Grundversorgung an Bayerns Schulen. Bei den in der Höhe nicht dotierten Pflichtaufgaben setzen wir „Duftmarken“ zur Stärkung des Ehrenamtes. Ich darf Sie bitten, diesem Etat mit den von der CSU vorgeschlagenen Änderungen zuzustimmen.

(Beifall bei der CSU)

Zweiter Vizepräsident Prof. Dr. Peter Paul Gantzer:
Nächste Wortmeldung: Herr Kollege Hans-Ulrich Pfaffmann.

Hans-Ulrich Pfaffmann (SPD) (vom Redner nicht autorisiert): Herr Präsident, meine sehr geehrten Damen und Herren! Wir beraten heute einen Haushalt, der die Grundlage für die Bildungspolitik in den nächsten zwei Jahren legt. Wir beraten einen Haushalt – das möchte ich erwähnen –, der kurz vor der Landtagswahl 2008 entscheidend sein wird. Mit dem Haushalt wird die Entscheidung getroffen, ob das Bayerische Parlament eine Politik machen will für oder gegen gleiche Bildungschancen in diesem Land, für oder gegen eine möglichst individuelle Förderung der Schülerinnen und Schüler, für oder gegen die Vereinbarkeit von Familie und Beruf, für oder gegen den Erhalt der wohnortnahen Schule, kurz: für oder gegen die Zukunftschancen unserer Kinder in diesem Lande.

Liebe Kolleginnen und Kollegen der CSU, Ihrem Haushaltsentwurf kann ich attestieren: Sie entscheiden sich in allen Punkten gegen die Kinder und Familien in diesem Lande.

(Beifall bei der SPD – Zuruf des Abgeordneten Herbert Fischer (CSU))

Ich möchte hier ein paar Äußerungen des Herrn Ministerpräsidenten von gestern zitieren. Herr Dr. Stoiber hat gestern hier erklärt: „Wir werden die Hauptschulen gezielt stärker fördern.“

(Lachen bei der SPD)

Die Wahrheit sieht völlig anders aus. Die Wahrheit ist: Sie streichen 1660 Stellen bei Grund- und Hauptschulen in Bayern. Wenn Sie das nicht glauben, empfehle ich Ihnen die Quelle. Lesen Sie Ihren eigenen Haushaltsentwurf, Kapitel 05 12, Seite 308, Stellenplan – 1660 Stellen weniger in den Grund- und Hauptschulen. Darunter verstehen Sie also die Stärkung der Hauptschule.

Meine Damen und Herren der CSU, Sie hatten in den letzten 15 Jahren durch verschiedene bildungspolitische Maßnahmen wie Stundenkürzungen, Erhöhung der Klassenmindestgrößen, Reduzierung der Mobilen Reserven, Arbeitszeitkonto und Stellenstreichungen wegen Schülerrückgangs eine Kürzung von insgesamt 7864 Stellen zu

verantworten. Das also ist die Stärkung der Hauptschule, wie Sie sie verstehen. – Darauf können die Hauptschüler und ihre Eltern in diesem Land gerne verzichten.

(Beifall bei der SPD)

Sie werfen uns immer wieder vor, wir würden die Hauptschule schlechtreden. Ich darf Sie an Ihr eigenes Papier erinnern, das heute nicht mehr existieren darf und über dem steht: Die Hauptschule ist am Ende. Diese Meinung wird auch noch vernünftig begründet. Sie sind dafür verantwortlich, dass die Hauptschule an die Wand fährt – niemand anderer in diesem Lande.

(Beifall bei der SPD)

Das ist noch nicht das Ende der Fahnenstange, liebe Kolleginnen und Kollegen. Sie machen die Hauptschulen platt. Das passiert nicht nur durch das Zurückfahren der Ressourcen. Sie schließen auch weiterhin Standorte in Bayern. Sie haben 486 Grund- und Hauptschulen in den letzten Jahren geschlossen, davon überwiegend Teilhauptschulen. 41 Vollhauptschulen und Grundschulen wurden dichtgemacht. Soll das die Stärkung der Hauptschule sein? – So sieht die Stärkung aus, die der Ministerpräsident in diesem Hohen Hause verlauten lässt. Ich meine, was Sie mit den Hauptschulen veranstalten, ist ein bildungspolitischer Erdrutsch. Sie behaupten hier im Hause aber das Gegenteil.

(Beifall bei der SPD)

Sie haben die Hauptschulen in den letzten Jahren systematisch an die Wand gefahren. Die Einführung der R 6 war der Beginn des Endes der Hauptschulen. Das haben Sie zu verantworten, sonst niemand in diesem Lande. Sie haben in den letzten Jahren die Hauptschulen durch Sparmaßnahmen auf die unterste Ebene ihrer Möglichkeiten gebracht. Sie nehmen mit der gnadenlosen Selektion im zehnten Lebensjahr den Hauptschulen die Schülerinnen und Schüler, die bessere Möglichkeiten haben und andere mitziehen würden. Sie stehen zur Dreigliedrigkeit des Schulwesens, obwohl die ganze Welt um Sie herum bereits darüber diskutiert, das dreigliedrige Schulsystem abzuschaffen. Sie klatschen trotzdem dem dreigliedrigen Schulsystem Beifall. Ich sage: Sie wissen nicht, was Sie bildungspolitisch tun.

(Beifall bei der SPD)

Dr. Stoiber sagte gestern: „Wir wollen die beste Bildung für beste Chancen unserer Kinder“. Auch hier sieht die Wahrheit völlig anders aus: 10 % der Kinder in Bayern haben keinen Abschluss. 10 % der Kinder haben einen schlechten Schulabschluss. Das sind 20 % der Kinder in diesem Lande, denen Sie eine schlechte Zukunftsperspektive bieten. Diese Kinder haben nicht die besten Chancen, wie der Ministerpräsident das immer wieder glauben machen will, sondern sie haben die schlechtesten Chancen in diesem Lande. Das haben Sie zu verantworten, sonst niemand.

(Beifall bei der SPD)

Ich will Ihnen ein Beispiel sagen: In manchen Schulen schreiben die Schüler auf das Namensfeld des Heftes nicht mehr ihren Namen, sondern sie schreiben „loser“. Das ist Ergebnis der zynischen Politik, die Sie zu verantworten haben. Viele Schülerinnen und Schüler der Hauptschule fühlen sich als Verlierer der Gesellschaft, weil Sie nicht in der Lage sind, eine vernünftige Förderung und eine vernünftige Schulpolitik zu machen.

(Beifall bei der SPD)

Sie sagen stets mit Pathos – hauptsächlich ihr „grandioser“ Ministerpräsident –,

(Markus Sackmann (CSU): „Grandios“ ist richtig!)

Sie wollten der kommenden Generation keine Schulden hinterlassen. Das ist im Ansatz sicherlich ein guter Weg.

(Beifall bei Abgeordneten der CSU)

– Ja, hier dürfen Sie Beifall klatschen.

In Wahrheit hinterlassen Sie den Kindern und der Gesellschaft aber einen Berg sozialer Probleme. Was glauben Sie denn, was die 20 % Kinder ohne Ausbildung und Zukunftschancen in Bayern machen werden? – Sie werden der Sozialhilfe anheimfallen. Das kommt teurer, als heute vernünftig in die Schulen zu investieren.

(Beifall bei der SPD)

Sie haben die steigenden Sozialhilfekosten zu verantworten, wenn Sie weiterhin akzeptieren, dass 20 % der Schülerinnen und Schüler keine Zukunftsperspektive haben. Dr. Stoiber sagte gestern: „Der Maßstab für unsere Politik ist Generationengerechtigkeit und Chancengleichheit.“ Auch hier sieht die Wahrheit völlig anders aus. Ist es denn Chancengleichheit, meine Damen und Herren, wenn die Bildungs- und Zukunftschancen vom Geldbeutel der Eltern abhängen? – Das ist in Bayern so: Einführung des Büchergeldes, Einführung der Studiengebühren, hohe Kosten der Schule, die die Eltern heute schon zu tragen haben. Die Bildung wird immer mehr privatisiert und den Familien aufgedrückt. Das ist die Chancengleichheit, wie Sie sie verstehen. Eine solche Chancengleichheit wollen wir nicht.

Ein weiterer Punkt kommt hinzu. Nehmen Sie endlich zur Kenntnis, dass mittlerweile jedes dritte Kind in den dritten und vierten Grundschulklassen Nachhilfeunterricht von Studenten, Nachhilfelehrern und, wenn es nicht anders geht, von den Opas und Omas braucht, obwohl die Kinder erst im neunten Lebensjahr stehen. Sie machen eine zynische Politik. Leider kann sich nicht jeder Nachhilfe leisten. Diejenigen in den fünften und sechsten Jahrgangsstufen der Gymnasien, die sich keine Nachhilfe leisten können, fallen durch den Rost. Wollen Sie mir sagen, dass das Chancengleichheit wäre? – Nein, das ist eiskalte Politik auf dem Rücken der Kinder und der Familien.

(Beifall bei der SPD)

Sie machen Familien, Eltern, Großeltern, Brüder oder Schwestern zu Ersatzlehrern,

(Engelbert Kupka (CSU): Die Eltern haben das schon immer gemacht!)

weil Unterricht, lieber Herr Kupka, immer mehr nach Hause verlagert wird.

Die Kinder kommen nach Hause und haben den Stoff nicht verstanden, weil die Schule keine Zeit hat, den Kindern den Stoff vernünftig zu vermitteln. Was tun Sie aber mit den Kindern, denen die Eltern nicht helfen können? Was tun Sie mit diesen Kindern? – Diese Kinder fallen in Ihrem System durch den Rost. Ihr Bildungswesen ist ein Weg nach unten für diejenigen, die nicht so schnell mitkommen, die etwas langsamer sind, die entwicklungspsychologisch noch nicht so weit sind. All diese Kinder lassen Sie gnadenlos durch den Rost fallen. Das ist Ihre Bildungspolitik! So viel zum Thema Chancengerechtigkeit in Bayern.

Ist es vielleicht Chancengerechtigkeit, meine Damen und Herren, wenn man Kinder bereits im zehnten Lebensjahr aussortiert und in Schubladen steckt? Ist das Chancengerechtigkeit? Ist es gerecht, dass man ein Kind, wenn es eine Mathearbeit verhaut und dann eine schlechte Note im Übertrittszeugnis hat, nicht mehr aufs Gymnasium schicken kann? – Das hat nichts mit Chancengerechtigkeit zu tun. Das ist das politisch gewollte Lenken von Schülerströmen. Nichts anderes wollen Sie in diesem Lande.

(Beifall bei der SPD)

Das ist aber keine Politik für die Kinder, sondern eine Politik gegen die Kinder. Es ist eine Politik gegen die Familien und gegen die Zukunftschancen der Kinder. Ich sage Ihnen: Weg mit dem Büchergeld! Weg mit den Studiengebühren! Machen Sie endlich eine Politik, mit der jeder eine Chance hat, nicht nur die, die es sich in diesem Lande leisten können. Das ist der Weg, auf dem Sie sich bewegen, Kolleginnen und Kollegen von der CSU.

(Beifall bei der SPD – Engelbert Kupka (CSU): Sie werden doch nicht behaupten, dass irgendein Kind in diesem Land keine Bücher hat!)

– Lieber Herr Kollege Kupka, wir werden uns noch ausführlich über die Bildungspolitik unterhalten. Gestern hat Herr Stoiber hier erklärt: Wir wollen mehr Ganztagsangebote. – Guten Morgen, liebe CSU-Fraktion, guten Morgen, liebe Staatsregierung! Noch vor einigen Jahren haben Sie Ganztagsangebote strikt abgelehnt. Jetzt sind Sie, wohl auch aufgrund des Drucks einer internationalen und einer deutschen Bewegung, endlich zu dem Schluss gekommen, dass wir mehr Ganztagsangebote brauchen, und zwar nicht nur, um die Vereinbarkeit von Familie und Beruf zu verbessern, sondern auch, um die Pädagogik in den Schulen zu verbessern. Liebe Kolleginnen und Kollegen von der CSU, das haben Sie zwar erkannt, aber Sie tun leider gar nichts dafür. Mit Ihren Alibi-Ganztagsklassen kommen Sie auch keinen Schritt weiter. Soll ich Ihnen sagen, wie es geht, wenn Herr Stoiber sagt: Wir wollen

mehr Ganztagsklassen? – Das geht so: Wir machen zehn Ganztagsklassen für Hauptschulen und zehn Ganztagsklassen für Grundschulen, doch damit ist dann Schluss.

(Johanna Werner-Muggendorfer (SPD): Respekt!)

Das bedeutet, bei 5000 Schulen haben wir 20 Ganztagsklassen. Schämen Sie sich!

(Beifall bei der SPD)

Das ist aber noch nicht alles. Die Öffentlichkeit sollte nicht meinen, bei Ihnen wäre auch nur irgendetwas umsonst. Sie schaffen 20 Ganztagsklassen, und im Gegenzug kürzen Sie, sozusagen zur Strafe, weil Ganztagsklassen eingeführt wurden, die Lehrerstunden. Was also tun Sie? – Sie kürzen von zusätzlichen 19 Lehrerstunden für Ganztagsklassen 7, so dass nur 12 bleiben. Nichts ist bei Ihnen umsonst. Der Preis für 20 Ganztagsklassen ist: – die Kürzung von Lehrerstunden. Das ist Ihre Politik. Wie soll das funktionieren? – Jeder weiß, dass Ganztagsklassen mehr Personal brauchen. Sie geben dann als Ausgleich 5000 Euro ins Budget.

(Prof. Dr. Gerhard Waschler (CSU): Das stimmt doch nicht! Das ist doch nur die halbe Wahrheit!)

Das ist eine bürokratische Katastrophe; denn die Schulen wissen nicht, wie sie das Geld verwalten sollen. Hier stellt sich das gleiche Problem wie beim Büchergeld. Das aber ist Ihre Politik.

Zweiter Vizepräsident Prof. Dr. Peter Paul Gantzer: Herr Kollege Pfaffmann, gestatten Sie eine Zwischenfrage des Herrn Kollegen Rüth?

Hans-Ulrich Pfaffmann (SPD): Von Herrn Rüth immer. Herr Rüth hat im Ausschuss nämlich zu mir gesagt, meine Behauptung, es würden 1660 Lehrerplanstellen an den Grund- und Hauptschulen gekürzt, sei „erstunken und erlogen“.

(Maria Scharfenberg (GRÜNE): Was?)

Ich habe Ihnen, Herr Rüth, daraufhin gesagt, wo Sie das nachlesen können. Sie können aber gerne noch eine Frage stellen.

Berthold Rüth (CSU): Herr Präsident, ich habe eine Frage, denn mir scheint, dass es Herr Pfaffmann mit seinen Äußerungen nicht immer so ganz ernst meint. Hier nun meine Frage: Herr Pfaffmann, ist Ihnen bewusst, dass wir in Bayern an 700 Standorten offene Ganztagsangebote haben und dass wir darüber hinaus rund 100 gebundene Ganztagsangebote haben? Wissen Sie das, Herr Pfaffmann?

Hans-Ulrich Pfaffmann (SPD): Das ist mir bekannt. Sie versuchen immer, die Definitionen zu vermischen. Wir haben in der Tat viele Betreuungsplätze, aber ist Ihnen bekannt, dass die Betreuungsplätze zum großen Teil von

den Eltern bezahlt werden? Es ist also gar nicht Ihr Verdienst, dass wir die Plätze haben.

(Prof. Dr. Gerhard Waschler (CSU): Köstlich!)

Sie geben doch allenfalls einen kleinen Zuschuss, und damit hat sich für Sie dann die Sache.

Zweiter Vizepräsident Prof. Dr. Peter Paul Gantzer: Herr Kollege Pfaffmann, gestatten Sie eine Zwischenfrage von Frau Kollegin Tolle?

Hans-Ulrich Pfaffmann (SPD): Nein, jetzt mache ich hier weiter. Schauen wir mal, ob wir dann noch Zeit haben.

Liebe Kolleginnen und Kollegen, bei den Ganztags-schulen sieht es in Bayern zappenduster aus. Wir haben einen riesengroßen Bedarf, damit die Familien Beruf und Schule vereinbaren können, damit wir in den Schulen mehr Zeit haben, um den Kindern zu vermitteln, was notwendig ist. Wir brauchen deshalb bessere Angebote. Doch die Antwort von der CSU besteht in 20 Ganztagsklassen. Damit kommen Sie doch in Bayern nicht hin.

Zweiter Vizepräsident Prof. Dr. Peter Paul Gantzer: Herr Kollege Pfaffmann, gestatten Sie eine Zwischenfrage von Frau Kollegin Sonnenholzner?

Hans-Ulrich Pfaffmann (SPD): Bitte schön.

Kathrin Sonnenholzner (SPD): Herr Kollege Pfaffmann, haben Sie Herrn Kollegen Rüth und den anderen CSU-Mitgliedern des Ausschusses schon gesagt, dass diese Mittagsbetreuungsplätze nicht nur von den Eltern finanziert werden, sondern dass die meisten dieser Plätze seit Jahren von den Eltern zum Beispiel auch organisatorisch getragen werden? Sonst gäbe es sie nämlich gar nicht in diesem schönen Land.

Hans-Ulrich Pfaffmann (SPD): Frau Kollegin Sonnenholzner, das habe ich den CSU-Kolleginnen und -Kollegen im Ausschuss schon mehrmals gesagt. Doch es ist wie immer, die Wahrheiten hören sie nun einmal nicht gern.

Meine Damen und Herren, der Ministerpräsident hat gestern von einem Dreiklang gesprochen: „Sparen, reformieren, investieren.“ Ich möchte noch einmal darstellen, wie dieser Dreiklang bei näherer Betrachtung aussieht. Sparen – jawohl, das tut der Herr Ministerpräsident. Er spart an den Schulen, er spart an den Lehrerinnen und Lehrern, er spart zulasten der Kommunen und auf dem Rücken der Eltern. Der Herr Ministerpräsident privatisiert die Bildung. Das ist seine Definition von Sparen. Auf dieses Sparen können wir in diesem Land aber verzichten, Kolleginnen und Kollegen! Noch immer hat Bayern die größten Grundschulklassen im bundesdeutschen Ländervergleich und die drittgrößten im Hinblick auf die Schülerzahl. Die Ressourcen an unseren Schulen sind schlecht. So viel zum Verständnis von Sparen und zu dem, was der Ministerpräsident hier gestern zum Besten gegeben hat. Darauf können wir verzichten.

Reformieren will der Herr Ministerpräsident. Auch darauf können wir im Hinblick auf die Schulen verzichten. Die Schließung der Schulstandorte in großem Stil, die Einführung der R 6 und damit das Ende der Hauptschule, die Umwidmung des G 9 zum G 8, all das waren die großen Reformen der Bayerischen Staatsregierung. All diese Reformen haben Sie in den Sand gesetzt, liebe Kolleginnen und Kollegen von der CSU!

(Beifall bei der SPD)

Gehen Sie doch einmal in das achtjährige Gymnasium und reden Sie dort mit den Eltern. Sprechen Sie darüber, was in den fünften, sechsten und siebten Klassen abläuft. Sie werden sehen, was für eine Katastrophe Ihre Reform in diesem Land angerichtet hat. Ihre Reformwut ist noch nicht zu Ende, jetzt werden so genannte Kombiklassen eingeführt. Sie sparen bei den Kleinsten Lehrer ein, indem Sie Klassen zusammenlegen. Sie legen die ersten und zweiten Grundschulklassen zusammen und schaffen teilweise Klassen mit 29 Kindern in den ersten und zweiten Grundschulklassen. Wenn das Ihr Verständnis von der Förderung der Kleinsten ist, dann können wir darauf verzichten, meine Damen und Herren.

(Beifall bei der SPD)

Nun zum letzten Punkt, zum Investieren. Da muss ich schon einmal fragen: Wo investieren Sie, meine Damen und Herren von der CSU? – Sie werfen bei den Haushaltsdaten mit Nebelkerzen. Das haben wir eben wieder hören können. Es gibt eine Presseerklärung des Kultusministeriums vom 4. Dezember 2006, in der Sie von einer Steigerung der Ausgaben im Bildungshaushalt um 0,14 Prozent ohne Versorgung sprechen. Es gibt auch eine Haushaltsrede von Herrn Kultusminister Schneider im Haushaltsausschuss. Er sprach dort von einer Steigerung von 1,6 % ohne Versorgung. Einmal rechnen Sie die kirchlichen Ausgaben mit ein, einmal wieder nicht. Einmal rechnen Sie ohne den kommunalen Finanzausgleich und die dort vorgesehenen bildungspolitischen Ausgaben, dann rechnen Sie wieder mit diesen Ausgaben. Dann rechnen Sie die IZBB-Mittel hinein, dann rechnen Sie diese Mittel wieder heraus. Können Sie sich endlich einigen, auf welche Zahlen Sie sich festlegen wollen? Wenn Sie die Wahrheit wissen wollen, dann sage ich sie Ihnen gerne.

Sie haben bei den Ausgaben für Schulen ohne Versorgung im Jahr 2006 17,45 % vorgesehen. Für 2007 sehen Sie 17,3 % und für 2008 17,06 % vor. Das ist für den Bildungshaushalt eine Kürzung und keine Auswirkung um minus 0,39 %. Um diesen Betrag fahren Sie die Schulausgaben in diesem Land zurück, auch wenn Sie hier Nebelkerzen werfen, um diese bitteren Wahrheiten zu vernebeln und zu vertuschen.

Wenn Sie die Ausgaben allein des Jahres 2006 von 17,45 % des Gesamthaushalts bis 2008 um zwei Jahre fortgeschrieben hätten, das heißt bis zu dem Doppelhaushalt, den wir jetzt diskutieren, dann hätten Sie 195,6 Millionen Euro mehr in der Kasse. Das ist Ihr Sparbeitrag auf

dem Rücken unserer Kinder. Das ist die bittere Wahrheit, die wir zu diskutieren haben.

(Beifall bei der SPD)

Auf diesen Dreiklang „Sparen, reformieren, investieren“ auf dem Rücken unserer Kinder, unserer Familien und der Zukunft können wir gern verzichten. Das ist ein Dreiklang, der nach unten führt, ein Dreiklang der bildungspolitischen Rücksichtslosigkeit und nichts anderes.

Ich nenne weitere Konsequenzen aus diesem Bildungsdoppelhaushalt. Wir haben an den Realschulen weiterhin Klassen bis zu 38 Schülerinnen und Schüler. Dazu haben Sie überhaupt noch nichts gesagt. Wir haben an Gymnasien einen prognostizierten Unterrichtsausfall von 8 %. Das sagt der Bayerische Philologenverband. Geben Sie den Schulen und Eltern endlich eine Unterrichtsgarantie. Stundenplanunterricht muss gehalten werden und darf nicht ausfallen.

(Beifall bei der SPD)

Das müssen Sie politisch organisieren. Aber den dazu vorgelegten Antrag haben Sie auch schon abgelehnt.

Sie haben von Schulsozialarbeit gesprochen. Zur Lösung der Probleme an unseren Schulen fällt Ihnen nichts anderes ein, als Killerspiele zu verbieten. Sie reden von Werten an unseren Schulen. Um die Wertevermittlung an unseren Schulen zu organisieren und Werte zu unterrichten, brauchen wir Zeit, Lehrerinnen und Lehrer, Schulsozialarbeit und Fachleute. Genau das wollen Sie aber nicht finanzieren. Deswegen ist Ihr Gerede in diesem Hause nichts anderes als Vertuschen, Schönreden und Wegdiskutieren der Probleme, die wir haben.

(Zuruf von der CSU: Ihr Gerede ist dummes Zeug!)

Ich bedanke mich bei den Lehrerinnen und Lehrern, auch bei den Eltern für ihr Engagement. Die Eltern sind es, die die Probleme aufarbeiten müssen. Allerdings ist Ihr Dank heuchlerisch. Sie belasten unsere Lehrerinnen und Lehrer in diesem Lande, indem Sie ihnen die Ressourcen nicht bereitstellen. Deswegen meine ich, dass hier eine Umkehr notwendig ist. Wir wollen eine Politik unter der Überschrift: Kein Kind in diesem Land darf verloren gehen. Wir brauchen Investitionen in die Zukunft unserer Kinder und keinen Sparhaushalt in Sachen Bildung.

(Anhaltender Beifall bei der SPD)

Zweiter Vizepräsident Prof. Dr. Peter Paul Gantzer: Die nächste Wortmeldung kommt von Frau Kollegin Tolle.

Simone Tolle (GRÜNE): Sehr geehrter Herr Präsident, sehr geehrte Kolleginnen und Kollegen! Wir sprechen – das sage ich auch für die Zuhörer – über den Bildungshaushalt des Freistaats Bayern.

Aus dem Bildungsausschuss sind aufseiten der CSU zwei Mitglieder anwesend. Das finde ich beschämend.

(Zuruf von der SPD: Unerhört!)

Herr Kollege Sibler geht während der Debatte hinaus.

Der Ministerpräsident hat die Föderalismusreform, in der die Bildung für die einzelnen Länder eine große Stellung hat, sehr begrüßt. Der Stellenwert, den die Bildung bei der CSU hat, bemisst sich genau an der Präsenz, die Sie bei diesem Bildungshaushalt zeigen.

Ich habe gesagt, dass von der CSU nur zwei Mitglieder des Bildungsausschusses anwesend sind. Das sind Herr Kollege Waschler und Herr Kollege Rüth. Sie haben ansonsten zehn weitere Mitglieder. Da muss ich mich schon fragen, welchen Stellenwert Sie dem Bildungshaushalt beimessen. Ich finde dies traurig; denn Bildung ist eine Chance eines jeden Einzelnen. Bildung ist Verfassungsauftrag.

(Thomas Kreuzer (CSU): Von den GRÜNEN ist nur ein einziges Mitglied da!)

– Die GRÜNEN im Bildungsausschuss sind zu 100 % anwesend, Herr Kollege Kreuzer.

Wenn ich mir den Haushalt und die vielen Nebelkerzen, die Sie werfen, Herr Kollege Sibler, ansehe, dann muss ich überlegen, welche Überschrift man diesem Haushalt geben sollte. Dazu ist mir ein Wort des Apostels Paulus aus seinem Brief an die Kolosser eingefallen: „Gott gebe euch viel Kraft, damit ihr in allem Geduld und Ausdauer habt.“ Dies ist ein wichtiges Wort; denn mit diesem Haushalt ändert sich nicht viel. Eigentlich wird nur das vollzogen, was ich schon seit Jahren angemahnt habe. Sie haben nämlich für die Realschulen und Gymnasien jetzt endlich mehr Stellen bereitgestellt. Da kann ich aber nur sagen: Guten Morgen, das hätten Sie schon viel länger machen müssen.

Sie haben mit diesem Haushalt eingestanden, dass das, was ich seit Jahren gesagt habe, wahr ist, nämlich: Realschulen, Gymnasien und anderes, was Sie aus der Hüfte geschossen haben, brauchen eine gute Unterfütterung. Die haben Sie, wenn ich es für das G 8 sagen darf, endlich nachvollzogen. Wir haben in Gymnasien und Realschulen Klassenstärken von 28,8 oder 28,7. Was Sie jetzt machen, ist doch nur ein Tropfen auf den heißen Stein. Schauen wir einmal, wie sich das auswirkt.

Herr Minister Schneider, dazu, dass Sie nach drei Jahren endlich da angekommen sind, wo ich Sie schon lange haben wollte, möchte ich Sie herzlich beglückwünschen.

Bei Paulus heißt es, Herr Sibler: „Gott gebe euch viel Kraft, damit ihr in allem Geduld und Ausdauer habt.“ Das ist die Überschrift über Ihrem Haushalt. Es klingt vielleicht sehr nett. Aber die Leidtragenden waren und sind die Schüler und Lehrer, die Ihren rigiden Sparkurs aushalten und mit dem Mangel leben müssen und mussten und bei denen Sie viel Vertrauen verspielt haben.

Ich denke an gestern, an den personifizierten Anachronismus mit dem Namen Edmund Stoiber. Ich glaube, über die Jahre hinweg haben Sie eine Schulart vergessen. Die rückt Herr Stoiber jetzt in seinen Fokus. Das halte ich aber überhaupt nicht für gut; denn wenn der Ministerpräsident einmal etwas in seinen Fokus rückt, dann wird es wirklich schlimm. Jetzt kündigt der Ministerpräsident an, dass die Hauptschulen in den Fokus gerückt werden sollen.

Es ist schon seltsam, wie Sie Ihre Fokussierung ausgestalten. Im Haushalt werden im Bereich der Volksschule die Grund- und Hauptschule haushaltstechnisch gemeinsam abgebildet. Da werden 1652 Stellen gestrichen. Im letzten Doppelhaushalt haben Sie der Hauptschule 1200 Stellen genommen. Der BLLV hat gestern eine Liste mit Streichungen herumgeschickt und kommt seit 1998 auf 4984 Stellen, die Sie den Hauptschulen genommen haben. Ich möchte nicht in Ihrem Fokus stehen; denn das ist immer mit Stellenkürzungen gleichbedeutend.

Ich muss Ihnen schon die Frage stellen, wie es gehen soll, dass Sie etwas in den Fokus nehmen, wenn Sie gleichzeitig die dafür notwendigen Mittel abziehen. Dies ist eine sehr schwierige Sache. Für mich bedeutet das nichts anderes, als dass Sie die Hauptschule am ausgestreckten Arm verhungern lassen.

(Beifall bei den GRÜNEN und bei der SPD)

Des Weiteren möchte ich die Tatsache erwähnen, dass Sie rund 40 % der ursprünglichen Hauptschulen geschlossen haben. Das stand auch in diesem Papier des Bayerischen Lehrer- und Lehrerinnenverbandes – BLLV –, und wir haben in einer Aktuellen Stunde schon über die Schulen im ländlichen Raum geredet. Außerdem stand es in der Antwort auf meine Schriftliche Anfrage. Das ist kein Super-GAU, aber es ist ein GAU für die Hauptschulen, Herr Kollege Sibler. Dabei liegt die Krise der Hauptschulen seit Jahren auf der Hand. Wenn ich über Krisen und Probleme rede, geht es mir nicht darum, die Hauptschule schlechtzureden. Wir müssen aber die Probleme benennen, denn nur wenn wir ein Problem benennen, können wir es lösen.

Die „Süddeutsche Zeitung“ hat in ihrer gestrigen Ausgabe einige Dinge sehr treffend beschrieben. Dort steht:

Die Hauptschule ist ausgelaugt, denn sie ist zum Makel geworden, und niemand will sich als Verlierer abstempeln lassen.

Dort steht weiter, Herr Kollege Schramm:

Die Eltern werden die Hauptschule abschaffen, auch in Bayern.

Eltern wissen genau, dass die Hauptschule ihren Kindern keine Perspektive mehr bietet. Dies hat sich nun auch bis in den letzten Winkel des Bayerischen Waldes – und bis nach Kulmbach, Herr Schramm – herumgesprochen.

Ein paar Wochen vorher schrieb die SZ:

Das dialektische Verhältnis von Vergangenheit und Zukunft kann man an den Hauptschulen auf einen Satz bringen: Seit im Jahre 2000 entschieden wurde, dass die Realschulen eine 5. Klasse anbieten, haben die Hauptschüler endgültig keine Zukunft mehr.

Dort heißt es auch:

Die Hauptschule wird verenden, die Eltern können sich nicht formieren, die Schüler werden immer schwieriger, irgendwann kann man nicht mehr unterrichten.

Es gibt Schüler und Schülerinnen, Herr Kollege Freller, die der Herr Ministerpräsident gestern zitiert hat, wie die aus Schwabach. Ich hatte aber in den letzten Wochen auch Begegnungen. Eine war im Sommer, im September, in Dachau. Da war der Herr Kollege Thätter dabei. Da ist in einer Veranstaltung eine Hauptschülerin aufgestanden und hat gesagt: „Wir fühlen uns wie Menschen zweiter Klasse.“ Vor einigen Wochen waren Hauptschüler aus meinem Landkreis zu Besuch, und Herr Minister Sinner war dabei. Da ist ein Schüler aufgestanden und hat gesagt: „Wir fühlen uns minderwertig.“

Was meinen Sie, Herr Schneider, was diese Kinder denken, wenn sie den sogenannten neuen Dreiklang des Ministerpräsidenten hören, der da heißt: „Kinder – Bildung – Arbeitsplätze?“ Was, meinen Sie, denken die 30 % Jugendlichen, die keinen Ausbildungsplatz bekommen, von diesem Dreiklang?

Im vorhin erwähnten SZ-Artikel steht die Antwort darauf. Diese Kinder schreiben „Loser“ auf ihr Heft und nicht mehr ihren Namen.

(Maria Scharfenberg (GRÜNE): Genau!)

Verehrte Kolleginnen und Kollegen, wir dürfen es nicht weiter gestatten, so vielen Jugendlichen, die heute die Hauptschulen besuchen, von vornherein eine ungünstige oder aussichtslose Ausgangsposition am Ausbildungs- und Berufsmarkt und damit in der Gesellschaft zuzuweisen.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Selbst die jüngste Shell-Studie belegt, dass die Hauptschüler und Hauptschülerinnen sehr genau wissen, wie gering ihre Chancen auf dem Arbeitsmarkt und in der Gesellschaft sind.

Dazu kommt das demografische Problem. Dazu habe ich auch schon sehr viel in der Aktuellen Stunde gesagt. Die Schulen werden das Land verlassen, und mit den Schulen wird die Zukunft aus dem Dorf verschwinden. Der BLLV spricht in einer Pressemitteilung von gestern von einem Rückgang von 30 %. Ich kann Ihnen vier Landkreise in Unterfranken nennen – weil ich der Meinung bin, Unter-

franken wird als Erstes sehr schnell davon berührt sein, Herr Kollege Ach –:

(Maria Scharfenberg (GRÜNE): Oberpfalz auch!)

24,3 % Schüllerrückgang im Landkreis Rhön-Grabfeld, 20,4 % Aschaffenburg-Land, 21 % Miltenberg, 15,3 % Main-Spessart.

Und was tut die CSU-Fraktion? Ich erinnere mich sehr genau an die Ausschusssitzung vor zwei Wochen, in der es wieder um die Hauptschule ging. Sie leugnen diese Probleme. Ihr Verhalten erinnert mich immer an den Philosophenkongress von Bertold Brecht. Da treffen sich die Teilnehmer in einem Kloster, um die Frage zu entscheiden, ob es die Außenwelt wirklich gibt. Sie kommen aber zu keiner Antwort, weil eine Überschwemmung das Kloster mit sich reißt.

Wenn es nur um Sie ginge, Herr Kollege Waschler, dann wäre es vielleicht nicht schade. Aber Sie reißen mit Ihrer Verleugnungstaktik Schülerinnen und Schüler mit, und das finde ich beschämend.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Was tut der Minister? Der Minister kündigt ein zehntes Schuljahr an, wohlgemerkt, mit 1652 Lehrern und Lehrerinnen weniger. Sie machen im Frühjahr einen Kongress, und seit diesem Schuljahr gibt es 23 Modellversuche. Damit aber nicht genug, Herr Minister: In der „Main-Post“ vom 27. November lese ich von einem weiteren Modellversuch im kommenden Herbst,

(Zuruf des Abgeordneten Manfred Ach (CSU): Hervorragend!)

wo ausgewählte Hauptschulen nach einem veränderten Lehrplan und mit veränderter Methodik unterrichten. Herr Kollege Ach, ich halte das nicht für hervorragend, weil wir wissen, wie es geht. Wir brauchen keine Modellversuche mehr.

(Beifall bei den GRÜNEN – Maria Scharfenberg (GRÜNE): Eben! – Manfred Ach (CSU): Ihr wisst eh alles besser!)

Modellversuche verzögern nur die Entwicklung, und das heißt für mich: Die Hauptschule muss mindestens bis 2010 auf eine Lösung warten.

Ich frage Sie: Wie soll es funktionieren, eine einzügige Hauptschule in drei Zweige aufzuteilen, ohne dass Sie die Schulen zusammenlegen und die Schüler und Schülerinnen in der Gegend herumkarren und auf diesem Umweg die Teilhauptschule wieder einführen?

Ich prophezeie, dass außer ein paar Modellversuchen und einer weiteren Reduzierung nichts geschehen wird. Wenn der Ministerpräsident so etwas „Fokussierung“ nennt, dann kann es mir nur leidtun um jeden und jede, die in den Fokus des Ministerpräsidenten gerät.

Dass Sie die Hauptschüler und Hauptschülerinnen nicht weiter kümmern, zeigt auch die Tatsache, mit wie wenigen Sozialarbeiterinnen Sie diese Schule ausstatten. Für 1100 Hauptschulen werden wir – und das finde ich nicht glorreich, Herr Kollege Sibling – in zwei Jahren rund etwa 150 Sozialarbeiter und Sozialarbeiterinnen haben.

Ich will auch erwähnen, dass Sie bei der Zuweisung der IZBB-Mittel die Hauptschule benachteiligt haben. Sie haben damit das achtjährige Gymnasium finanziert. 60 % der Hauptschulen sind leer ausgegangen. Sie, Herr Kollege Sibling, sagen jetzt: Wir stellen etwas über FAG-Mittel bereit. Das finde ich überhaupt nicht glorreich, weil da die Kommunen 50 % selber zahlen müssen. Sie haben ganz offenkundig die Hauptschule nicht nur überhaupt benachteiligt, sondern auch bei der Zuweisung der IZBB-Mittel. Wenn Sie die Hauptschule stärken wollen, müsste Ihr Haushalt anders aussehen.

(Beifall bei den GRÜNEN – Maria Scharfenberg (GRÜNE): Genau!)

Dann müssten Sie die Stellen im Haushalt stehen lassen, damit man sich auf die individuelle Förderung konzentrieren kann.

Herr Minister, ich glaube gar nicht, dass das so schädlich ist. Wir haben eine große Pensionierungswelle, und wenn dann die Probleme gelöst sind, dann könnten Sie über die Pensionierung Stellen abfedern.

Die beste Stärkung der Hauptschule wäre ihre Abschaffung und die Errichtung einer Schule für alle.

(Beifall bei Abgeordneten der GRÜNEN)

Das hat mir auch ein Schüler gesagt: „Warum können nicht alle gemeinsam in eine Schule gehen?“

(Maria Scharfenberg (GRÜNE): Woanders geht es auch!)

Ich zitiere einen Schüler, denn nicht nur Sie vertreten Bayern, wir vertreten es auch. Das wäre für mich die Lösung, und wenn Sie immer nur Chancengerechtigkeit anführen, dann verweise ich Sie auf den bayerischen Bildungsbericht.

Meine Redezeit ist leider zu Ende. Herr Präsident, ich komme zum Schluss. Bildung ist ein Grundrecht, das durch die Bayerische Verfassung garantiert ist. Dafür müssen Sie Geld in die Hand nehmen. Wir brauchen zukunftsfähige Schulen, wir brauchen nicht nur Geld, sondern wir brauchen eine Reformdynamik in diesen Schulen, und wir brauchen vor allen Dingen, sehr geehrte Damen und Herren, ein Ministerium und auch Kollegen aus der CSU-Fraktion, die sich den Problemen stellen und sie nicht immer nur leugnen.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Der Wechsel müsste jetzt eingeleitet werden.

Wir müssen ein neues Haus bauen, weil das alte für die Herausforderungen dieser Zeit nicht mehr taugt. Dabei will ich es belassen. Ich verweise auf die Äußerungen meines Kollegen Mütze zu unseren Haushaltsanträgen. Ihr Haushalt ist beschämend. Er wird der Überschrift „Gott gebe euch viel Kraft, damit ihr an allem Geduld und Ausdauer habt“ gerecht.

(Unruhe – Glocke des Präsidenten)

Die Schülerinnen und Schüler können aber nicht mehr so lange warten.

(Anhaltender Beifall bei den GRÜNEN – Zuruf des Abgeordneten Manfred Ach (CSU))

Zweiter Vizepräsident Prof. Dr. Peter Paul Gantzer: Vielen Dank, Frau Kollegin. Nächste Wortmeldung: Herr Kollege Waschler.

Prof. Dr. Gerhard Waschler (CSU): Herr Präsident, verehrte Kolleginnen und Kollegen! Ich darf eingangs die von Frau Kollegin Tolle gemachte Unterstellung, die CSU-Fraktion führe eine Verleugnungstaktik, in aller Deutlichkeit zurückweisen.

(Beifall bei Abgeordneten der CSU – Hans-Ulrich Pfaffmann (SPD): Stimmt aber! – Zurufe von den GRÜNEN)

Frau Kollegin Tolle, Sie hätten statt Brecht eher Platon, nämlich das Höhlengleichnis, zitieren sollen; denn Sie beschreiben hier eine Situation, die den Personen im Höhlengleichnis ähnlich ist, die meinen, dass die Schatten der durch ein Feuer an der Wand abgebildeten Personen die Wirklichkeit wären. An dieser Wirklichkeit, die wir haben, gehen Sie meilenweit vorbei.

(Beifall bei der CSU – Zurufe von den GRÜNEN)

Sie zitieren Paulus, wonach man Kraft und Geduld braucht. Das ist in der Tat richtig, wenn man sich über die Wochen und Monate alle Unterstellungen, Vorhaltungen, fiktiven Zahlen und sonstigen Ergüsse der Opposition anhören muss.

(Zuruf von den GRÜNEN)

Ich werde das mit Fakten belegen und Ihnen auch sagen, weshalb gestern Herr Kollege Maget völlig an der Realität vorbei argumentiert hat, als er gemeint hat, wir hätten an unseren Schulen eine „verlorene Generation“.

(Zuruf von den GRÜNEN: Mein Gott!)

Hierzu kann ich nur fragen: Hat er sich da auf die Schule bezogen? Das kann wohl nicht sein, wie die Fakten zeigen. Aber möglicherweise hat er hier, rückblickend auf die Mitglieder seiner eigenen Fraktion, eine Analogie verwendet; vielleicht ist das die verlorene Generation. Jedenfalls sind es nicht unsere Schülerinnen und Schüler in Bayern.

(Beifall bei der CSU – Zurufe von den GRÜNEN)

Die Opposition verdreht permanent Tatsachen, ignoriert Fakten und vergleicht Äpfel mit Birnen.

Außerdem ist festzustellen, dass auch in den Ausschussberatungen – gerade auch hier wieder – in erheblichen Längen und unnötigen Wiederholungen in der Substanz überhaupt nichts Neues mehr aufgetischt wird. Ein Paradebeispiel hat leider Herr Kollege Pfaffmann wieder in einigen Punkten geliefert. Ich kann nicht alle Punkte herausgreifen, es mögen wenige für alle stehen. Er spricht von Ganztagsklassen von 10 plus 10 von 20 und unterschlägt dabei, dass es gebundene Ganztagsschulen sind. Er unterschlägt auch, lieber Manfred Ach, dass die Fraktion entschieden hat, das zu verdoppeln. Gebundene Ganztagsangebote, gebundene Ganztagsschulen sind teuer, weil sie mit den Jahrgangsstufen entsprechend hoch wachsen. Wir haben somit für die nächsten beiden Haushaltsjahre 20 plus 20. Herr Kollege Rütth hat es bereits richtig gestellt: Man darf in keiner Weise vergessen, dass die offenen Ganztagsangebote mit erheblichen Haushaltsmitteln unterstützt werden. Wir werden zum Ende der Legislaturperiode auch hier die vom Ministerpräsidenten 2003 angepeilte Zahl von 1000 erreichen. Bei den gebundenen werden wir, Herr Kollege Pfaffmann, wohl rund 110 erreichen können, wobei in der Regierungserklärung 100 angesetzt waren.

Ich betone noch einmal, völlig unterschlagen wurde hier auch – vielleicht unbewusst, deswegen ein klein wenig Nachhilfe, auch das muss manchmal sein –, dass der staatliche Anteil bei den offenen Angeboten pro Schüler und Jahr 753 Euro beträgt, wobei natürlich der kommunale Anteil in gleicher Höhe dazukommt und über Fördervereine und örtliche Institutionen der Rest ergänzt wird. Dies nur als Beispiel. Deswegen mein Zwischenruf: „Halbe Wahrheit!“ Herr Kollege Pfaffmann hat zwar richtig gesagt, dass jetzt die Stundenanzahl bei den gebundenen Ganztagsangeboten mit zwölf festgesetzt werde, aber den finanziellen Zuschlag in Höhe von 3000 Euro bei Grundschulen sowie die 6000 Euro bei den Hauptschulen hat er verschwiegen; ich frage nur, warum? Will man denn hier in der Öffentlichkeit und vor den Medien mit Nebelkerzen arbeiten? – Ich übernehme jetzt den Sprachgebrauch der SPD.

Aber da wird, wie gesagt, noch ganz anderes behauptet. Ich kann wiederum nur einige Beispiele nennen. Am 04.12. gab die SPD eine Pressekonferenz und behauptete, dass der Bildungshaushalt im Vergleich zum Gesamthaushalt ohne Versorgungslasten angeblich sinke; das ist heute von der Opposition nochmals gekommen. Man könnte also meinen, Sie haben sich hier mit den tatsächlichen Gegebenheiten beschäftigt. Aber das ist nicht der Fall. Die von der SPD genannten Zahlen zum Rückgang des Anteils am Einzelplan 05 am Gesamthaushalt sind nicht nachvollziehbar. Problematisch ist ein Vergleich ohne Versorgungsausgaben ohnehin; denn hierbei werden die Versorgungsleistungen der verbeamteten Lehrer einfach unterschlagen, und das kann es nicht sein. Denn es lässt sich sehr wohl eine Steigerung feststellen, wenn man die Schulausgaben im Einzelplan 05 ohne Versorgungslasten und Beihilfen mit dem Gesamthaushalt vergleicht. Wenn man redlich ist, gehört das dazu.

(Zuruf des Abgeordneten Hans-Ulrich Pfaffmann (SPD))

– Herr Kollege Pfaffmann, hören Sie doch hin, vielleicht hilft es Ihnen weiter! Gehen Sie doch, wenn Sie einem Missverständnis unterliegen, zum Kollegen Manfred Ach. Er hilft Ihnen gerne weiter, wenn bei Ihnen mit der Entzifferung des Haushalts Probleme bestehen; denn auch die Vergleichszahlen des Gesamthaushalts müssen dann um die Versorgungsleistungen bereinigt werden, damit kein verzerrtes Bild entsteht. Da dürfen nicht Äpfel mit Birnen verglichen werden.

(Beifall bei der CSU)

Ebenso redlich ist es – das ist dann auch teilweise geschehen –, die Vergleichszahlen des Gesamthaushalts um die durchlaufenden Posten zu bereinigen. Es gehört dann natürlich dazu, die Gesamtzahl für den Schulbereich um die IZBB-Bundesmittel zu bereinigen. Das hätte insgesamt zur Redlichkeit vonseiten der Opposition gehört. Dann ergibt sich ein völlig anderes Bild. Ich möchte zwar nicht zu viel mit Zahlen arbeiten, aber das ist hier einfach notwendig. Bereinigt man das nämlich entsprechend um die IZBB-Leistungen, dann haben der Einzelplan 05 im Jahr 2007 eine Steigerung um 2,8, der Gesamthaushalt um 2,1 %, im Jahr 2008 der Einzelplan 05 um 2,5 %, der Gesamthaushalt um 1,4 %. Auch hier ist bereits eine deutliche Steigerung zu verzeichnen.

Herr Kollege Pfaffmann, lassen Sie sich jetzt bloß nicht ablenken, jetzt kommen für Sie und für Ihre Fraktion ganz wichtige Dinge: Der Schulbereich an sich steigt um insgesamt jeweils 2,7 %.

(Zurufe von den GRÜNEN)

Aber damit nicht genug: Der Anteil der Schulausgaben im Einzelplan 05 am Gesamthaushalt, Herr Kollege Pfaffmann, steigt im Haushaltsjahr 2006 um 18,95 %, im Haushaltsjahr 2007 um 19,10 % und im Haushaltsjahr 2008 um 19,24 %. Das kann ich jetzt drehen und wenden, wie ich will. Mit den Maßgaben, die wir mit unseren Änderungsanträgen zur Verbesserung der Situation erreichen wollen, steigen diese Zahlen noch einmal. Kollege Manfred Ach als Vorsitzender des Haushaltsausschusses und des Haushaltsarbeitskreises, kann es belegen, selbst jeder Laie kann ablesen, dass 18,9, 19,1 und 19,2 % Steigerungen des Anteils der Schulausgaben im Einzelplan 05 am Gesamthaushalt sind. Wer kann da noch von sinkenden Einnahmen reden? Das ist also eine Merkwürdigkeit der besonderen Güte.

Eine weitere Merkwürdigkeit muss noch draufgesetzt werden. Dieses Mal muss ich ein klein wenig in die Geschichte zurückblenden, nämlich in das berühmte Sommerloch in diesem Jahr. Leider ist jetzt die Spitze des Haushaltsarbeitskreises der SPD nicht mehr anwesend.

(Zuruf von der SPD)

Zur besten Urlaubszeit wurde eine Pressemitteilung veröffentlicht, wonach in der Regierungszeit von Edmund Stoiber der Anteil der Ausgaben für den Bildungsbereich von 1993 bis 2006 deutlich gesunken sei. Man hat dann nachgerechnet und aufgrund der Fakten des Haushalts festgestellt, dass dies nicht nachgewiesen werden kann,

wenn man seriös nachfragt. Man musste auch feststellen, dass die SPD nur vergessen hatte, dass 1993 der Freistaat noch keine Zahlungen in den Länderfinanzausgleich geleistet hatte. Bereinigt man den Gesamthaushalt entsprechend, beträgt der Anteil der Schulen am Gesamthaushalt rund 21,4 %.

Eine weitere Besonderheit, ein kleines Sahnehäubchen, war in der Rechnung mit drinnen: Es wurde nämlich von der Opposition vermutlich auch vergessen, dass im Einzelplan 05 im Jahr 1993 noch die Leistungen an die Kindergärten und Kinderhorte enthalten waren. Diese Leistungen wurden vor einigen Jahren in den Einzelplan 10 umgesetzt. Ich kann also nur sagen: klassisches Eigentor und doch ein klarer Unfall im Umgang mit Vergleichen.

Da muss man wirklich aufpassen. Ein etwas schärferer Blick in den nächsten Wochen, Monaten und Jahren wäre sehr zielführend und würde die Presse und die Menschen im Lande, die das alles glauben, nicht unnötig verwirren.

Gestern und heute fand das nächste Stück in diesem Verdrehungstheater statt: Die permanente Behauptung, dass 1660 Lehrerstellen – die Opposition ist sich da nicht ganz einig; einmal wird von 1660, ein andermal von 1620 Lehrerstellen gesprochen – gestrichen werden. Richtig ist vielmehr – Herr Kollege Pfaffmann, passen Sie doch auf; es ist guter Wille, dies einmal endgültig richtig zu stellen, damit Sie wissen, wo Sie nachsehen können –

(Maria Scharfenberg (GRÜNE): Sie sind doch nicht der Oberlehrer!)

– Das hat mit Oberlehrer nichts zu tun. Das hat damit etwas zu tun, dass es hier um Fakten geht, und diese Fakten sollten ausgetauscht werden.

(Maria Scharfenberg (GRÜNE): Das sagen sie alle!)

Bei den 1620 Stellen geht es in der Tat um 972 Stellen, die im Vollzug des Haushaltes mit sogenannten KW-Vermerken versehen sind. Informieren Sie sich bitte beim Vorsitzenden des Haushaltsausschusses, was es mit KW-Vermerken auf sich hat. Das ist wirklich nicht so schwierig. Das ist laufender Haushaltsvollzug.

(Dr. Sepp Dürr (GRÜNE): Das ist wirklich unglaublich!)

– Herr Kollege Dürr, Ihre Zwischenrufe werden durch die Lautstärke nicht richtiger. Das ist auch für Sie dienlich; denn auch Ihre Fraktion behauptet dies permanent. 648 Stellen werden im neuen Doppelhaushalt an die Fachoberschulen, Berufsoberschulen bzw. an die Gymnasien umgesetzt. Die 972 vorhandenen zusammen mit den 648 genannten Stellen im System ergeben 1620 – Kollege Sibling hat dies schon völlig richtig dargestellt. Dazu kommen noch weitere Lehrkräfte mit Zeitverträgen. Rund 700 Lehrkräfte erhalten Zeitverträge. 90 Planstellen für Förderlehrer kommen ebenfalls hinzu. Alles das wird von Ihnen schlicht und ergreifend unterschlagen.

Ein kleines Kuriosum am Rande, das auch zum Einzelplan 05 gehört. Ich muss aber doch noch einmal kurz zurückblenden – ich bitte um Nachsicht. Es wird gesagt, dass etwas gestrichen wird. Tatsache ist, dass Schüler von der Hauptschule in die Realschule und ins Gymnasium gegangen sind. Man kann doch nicht einfach dort die Lehrer belassen, wo keine Schüler mehr sind. Dabei geht es nicht um ein Streichen, sondern die Schüler haben sich entsprechend orientiert. Lehrer sind zum Teil mitgegangen; ein signifikanter Teil ist zur Verbesserung der pädagogischen Situation an den Hauptschulen geblieben. Das darf nicht unter den Tisch fallen; wir als CSU-Fraktion lassen auch nicht zu, dass dies permanent behauptet wird.

(Beifall bei der CSU)

Ich komme zu einem weiteren Kuriosum, das den Einzelplan 05 betrifft. In einer Pressemitteilung der SPD-Fraktion von vor wenigen Tagen, am 05.12., wird gefeiert: Erhöhung der Übungsleiterpauschale von 1848 Euro auf 2100 Euro sowie Erhöhung der Befreiungsgrenze von der Körperschaft- und Gewerbesteuer von 30 678 Euro auf 35 000 Euro. Dies wird als SPD-Erfolg von Steinbrück gefeiert. In der Pressemitteilung steht, dass die SPD etwas tue, die CSU hingegen kürze. Das ist, mit Verlaub gesagt, der Gipfel. Das war eine gemeinsame Arbeitsgruppe. Vielleicht ist der SPD völlig entgangen, dass dies eine Koalitionsarbeitsgruppe war und dass in der Bundesregierung die SPD zusammen mit der Union und mit der CSU regiert.

(Johanna Werner-Muggendorfer (SPD): Lesen Sie doch einmal die CSU-Pressemitteilungen, was dort steht!)

Herr Staatsminister Faltlhauser hat diesen Vorschlag mit Nachdruck eingebracht. Nicht nur das – auch die bürokratischen Pläne zur Benachteiligung des Ehrenamtes einer Arbeitsgruppe, die vom SPD-geführten Ministerium eingesetzt wurde, sind nun endlich beerdigt. Man muss hier schon bei den Tatsachen bleiben.

(Johanna Werner-Muggendorfer (SPD): Was Sie immer tun!)

Ich kann angesichts dieser wenigen Punkte nur Folgendes feststellen. Vorhin wurde Paulus zitiert. Ich nehme gerne das Matthäus-Evangelium, Kapitel 12, Vers 36, zu Hilfe. Dort heißt es – bitte hören Sie doch hin; dort steht etwas, das man sich als Warnung von biblischem Charakter ins Stammbuch schreiben soll –: Ich sage euch aber, dass die Menschen Rechenschaft geben müssen am Tage des Gerichts, von jedem nichtsnutzigen Wort, das sie geredet haben. Das müsste die Opposition nachhaltig beachten.

(Beifall bei der CSU – Zurufe von der SPD)

Verehrte Kolleginnen und Kollegen, ich stelle fest: Das Motto des Ministerpräsidenten weist den Weg: Kinder, Bildung, Arbeitsplätze. Dieser Weg stimmt. Wir werden diesen Weg mit allen Kräften beschreiten. Ich danke Staatsminister Schneider dafür, dass er diesen Weg in bester Weise in engem Schulterschluss mit der CSU-Landtags-

fraktion, an der Spitze der Vorsitzende des Haushaltsausschusses, Manfred Ach, beschritten hat. Ich bedanke mich bei allen Kolleginnen und Kollegen des Bildungsarbeitskreises und allen Kolleginnen und Kollegen in der CSU-Fraktion, die geholfen haben, einen bedarfsgerechten Ausbau der Ganztagschule, die Sprachförderung, die Jugendsozialarbeit, die Ausfüllung und Belebung all der Reformvorhaben im schulischen Bereich zu gestalten. Ich möchte hier nicht ins Detail gehen. Wir haben uns nach Kräften und nach den Möglichkeiten des Haushaltes allen Problemen gestellt. Man kann uns in keiner Weise eine Ignoranz gegenüber unseren Aufgaben ins Stammbuch schreiben.

(Maria Scharfenberg (GRÜNE): Man muss die Aufgaben lösen!)

Der Ministerpräsident hat völlig richtig an die Opposition gewandt gesagt: Hören Sie endlich auf, die Hauptschule und die Schulen in Bayern permanent schlechtzureden.

(Beifall bei der CSU)

Der Ministerpräsident hat einen Brief aus einer siebten Klasse einer Hauptschule zitiert. In diesem Brief steht, dass man endlich aufhören solle, die Hauptschule schlechtzureden. Die Hauptschule hat dies nicht verdient. Dies ist auch ein Auftrag an die Opposition. Nehmen Sie endlich zur Kenntnis, dass es bei uns keine verlorene Generation gibt.

(Zuruf des Abgeordneten Hans-Ulrich Pfaffmann (SPD))

Die verlorene Generation macht höchstens permanent Zwischenrufe. Wir stehen nämlich im nationalen und internationalen Vergleich zum Leidwesen der Opposition, aber zum Wohl unserer Kinder wahrlich gut bis sehr gut da. Nehmen Sie zur Kenntnis, dass wir sehr wohl wissen, dass die Politik nur Rahmenbedingungen geben kann, und dass es wichtig ist, dass es von der Vorschule bis hin zu den Abschlüssen an den Landesuniversitäten und im gesamten beruflichen Bereich zu einem Zusammenwirken von Erziehern, Eltern und Lehrern kommen muss, dass die Verwaltung hierbei eine wichtige Rolle spielt und dass dies ein Zusammenwirken nach Kräften sein muss.

Verehrte Kolleginnen und Kollegen, nicht alles, was Sie permanent ins Feld führen, ist in Euro und Cent zu werten. Wenn ich „wertend“ sage, so gehört dazu auch die Fokussierung auf den Begriff „Werte“ dazu. Dazu gehören Höflichkeit, Zuverlässigkeit und Leistungsbereitschaft. Verehrte Kolleginnen und Kollegen von der Opposition, ich sage:

(Zurufe von der SPD)

Wenn man den Schülern diese Leistungsbereitschaft nahebringt, dann kann jeder etwas werden. Sie unterschlagen nämlich einen weiteren, ganz entscheidenden Punkt, nämlich die Durchlässigkeit. Ich danke deswegen dem Minister, der gesagt hat: kein Abschluss ohne Anschluss. Dies werden wir regelmäßig mit Leben erfüllen. Die SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, also die Opposition,

sagen permanent, das dreigliedrige Schulsystem möge abgeschafft werden. Überall dort, wo es dieses System nicht gibt, ist weitgehend Chaos eingekehrt. Das kann es nicht sein. Wir wollen verlässliche Rahmenbedingungen, deswegen ein eindeutiges Bekenntnis zum dreigliedrigen Schulwesen.

Erste Vizepräsidentin Barbara Stamm: Herr Kollege, gestatten Sie eine Zwischenfrage von Frau Kollegin Tolle?

Prof. Dr. Gerhard Waschler (CSU): Aber herzlich gerne, Frau Kollegin Tolle.

Erste Vizepräsidentin Barbara Stamm: Bitte schön, Frau Kollegin.

Simone Tolle (GRÜNE): Herr Kollege Waschler, Sie haben von Leistungsbereitschaft gesprochen. Das finde ich gut. Ich spreche jetzt von Vorbildern. Schauen Sie einmal bei Ihrer CSU in die Menge.

Erste Vizepräsidentin Barbara Stamm: Frau Kollegin, stellen Sie bitte eine Frage.

Simone Tolle (GRÜNE): Wie viel Leistungsbereitschaft zeigen denn die CSU-Mitglieder des Bildungsausschusses, wenn es beispielsweise in dieser Debatte um ihren Haushalt geht?

(Thomas Kreuzer (CSU): Bei uns sind vier Leute anwesend!)

Prof. Dr. Gerhard Waschler (CSU): Frau Kollegin Tolle, das ist das berühmte Problem: Man versucht, irgendwo ein Haar in der Suppe zu finden. Ich kann sagen: Mein Bildungsarbeitskreis ist der qualitativ hochwertigste, den man sich vorstellen kann. Das ist die beste Zusammenarbeit, und das sind die besten Ideen und die beste Bündelung, die wir insgesamt für das Wohl unserer Kinder in Bayern bekommen können. Insofern habe ich Ihre Frage beantwortet. Ein großer Dank von mir dafür, dass Sie sich um unsere Struktur sorgen, Frau Kollegin Tolle!

(Zurufe von den GRÜNEN – Glocke der Präsidentin)

Frau Kollegin Tolle, nehmen Sie sich selbst zum Vorbild. Ich spreche von den Schülerinnen und Schülern Bayerns. Hier geht es um die Beratung des Einzelplans 05, nicht um die Beratung Ihrer Probleme, wenn meine Kolleginnen und Kollegen aus der CSU-Fraktion nicht anwesend sind.

(Maria Scharfenberg (GRÜNE): Sie haben doch die Probleme!)

Verehrte Kolleginnen und Kollegen, die GRÜNEN reden permanent von Bildungsgerechtigkeit. Kollege Pfaffmann versucht immer wieder, die Klamotte aufzuführen, dass es in Bayern nicht gerecht zugehe.

Sehen Sie sich einmal die Auswertung des Pisa-Berichts an. Ich habe das bereits in der letzten Plenardebatte zitiert. Die Auswertung zeigt, dass die Mittel in Bayern gut und gerecht investiert sind. Herr Kollege Pfaffmann, Sie haben das Büchergeld als Kronzeugen für die Bildungsungerechtigkeit angeführt und behauptet, dass in Bayern Bildung vom Geldbeutel der Eltern abhinge. Ich halte das nicht für seriös. Gerade beim Büchergeld gibt es für sozial Schwächere Ausnahmen, die uns im Vollzug Schwierigkeiten bereiten und den Vorwurf einbringen, dies sei bürokratisch. Diese Bürokratie nehmen wir aber in Gottes Namen auf uns, damit wir keine soziale Sonderung bekommen. Das sollten Sie inzwischen gelernt haben.

Bayern wird bescheinigt, dass seine Bildung gut und gerecht sei. Herr Kollege Pfaffmann und Frau Kollegin Tolle, nehmen Sie bitte zur Kenntnis, dass wir uns in einem Punkt einig sind – ich hoffe es zumindest: Wir richten den Fokus auf die frühe Bildung; denn wenn wir in der frühen Bildung sowohl bei der Lernbereitschaft als auch bei der Entwicklung vieles korrigieren, was uns später Probleme bereiten würde, ist dies in jeder Hinsicht kindgerecht. Außerdem können wir noch etwas in Richtung Elternbildung tun. Wissenschaftliche Studien zeigen nämlich, dass Kinder, die keine entsprechende Förderung erhalten, sondern vor dem Fernseher ruhiggestellt werden, nicht mehr in vollem Umfang über ihre Entwicklungsmöglichkeiten verfügen.

Erste Vizepräsidentin Barbara Stamm: Herr Kollege, gestatten Sie eine weitere Zwischenfrage und zwar des Herrn Kollegen Pfaffmann?

Prof. Dr. Gerhard Waschler (CSU): Ja.

Hans-Ulrich Pfaffmann (SPD) (vom Redner nicht autorisiert): Herr Prof. Dr. Waschler, würden Sie die Einführung von Büchergeld und Studiengebühren im Hinblick auf das schmale Budget mancher Familien als gerecht bezeichnen?

Prof. Dr. Gerhard Waschler (CSU): Herr Kollege Pfaffmann, Sie haben jetzt zwei Punkte herausgenommen. Das ist Ihr gutes Recht. Ich stelle fest, dass wir im Parlament zu beiden Punkten bereits ausführlich diskutiert haben. Ich habe Ihre Unterstellung, dass das Büchergeld zu einer sozialen Sonderung führe, mit klaren Fakten zurückgewiesen. Eine Person, die aus sozialen Gründen durch das Büchergeld belastet würde, kommt in den Genuss eines Erlasses. Ein Bürger zahlt kein Büchergeld, wenn er das Geld nicht hat.

Sie wissen sehr genau, dass die Studiengebühren zu 100 % den Studierenden zugutekommen. Kein Student muss ein Studium aufgeben oder muss auf ein Studium verzichten, wenn er das Geld nicht hat. Dass damit ein Darlehen verbunden ist, das durch ein höheres Einkommen später kompensiert wird, ist eine völlig andere Baustelle. In beiden Punkten kann ich Ihnen argumentativ nicht zustimmen.

Erste Vizepräsidentin Barbara Stamm: Herr Kollege, gestatten Sie eine weitere Zwischenfrage?

Prof. Dr. Gerhard Waschler (CSU): Nein. Ich komme jetzt zum Ende. Verehrte Kolleginnen und Kollegen, in der Gesamtbewertung ergeben sich für mich zwei Möglichkeiten, die ich kurz vorstellen möchte: Die eine Möglichkeit ist, dass die Opposition all das ernst nimmt und tatsächlich Denk- und Rechenfehlern unterlegen ist. In diesem Fall wäre eine Nachschulung das Gebot der Stunde. Das ganze Gerede wäre in diesem Falle gerade noch verzeihlich. Die andere Möglichkeit wäre, dass die Opposition bewusst an den Tatsachen vorbeigeht und bewusst Fakten verdreht. In diesem Fall wäre die Folgerung schlimm; denn dann würde die Opposition die Menschen bewusst an der Nase herumführen, vielleicht nur um der schnellen Schlagzeile willen. Verehrte Kolleginnen und Kollegen, wir wählen den geraden Weg.

(Simone Tolle (GRÜNE): Den geraden Weg in die Deckung!)

Wir sagen, was machbar ist und was wir nach Kräften verbessern wollen und verbessern können. Dieser Einzelplan 05 ist zusammen mit unseren Änderungsanträgen ein Weg in die richtige Richtung. Wir laden die Opposition ein, uns auf diesem Weg zu begleiten. Wir tun dies nicht für uns, sondern zum Wohl unserer Kinder und für deren Bildung, damit sie auf ihrem Lebensweg bestens gerüstet sind.

(Beifall bei der CSU)

Erste Vizepräsidentin Barbara Stamm: Jetzt darf ich Herrn Staatsminister Schneider das Wort erteilen.

Staatsminister Siegfried Schneider (Kultusministerium): Frau Präsidentin, Kolleginnen und Kollegen, Hohes Haus! Ich habe keinen Bibelspruch parat, den ich als Motto über den Haushalt stellen könnte. Ich habe auch nicht extra nachgeschaut, und momentan fällt mir auch keiner ein, der passen würde. Ich möchte aber sagen: Wir haben einen entscheidenden Auftrag, nämlich die Schule von heute so zu gestalten, dass die jungen Menschen die Welt von morgen gut bewältigen können. Das ist unser Auftrag. Meine sehr verehrten Damen und Herren, liebe Kolleginnen und Kollegen, der Bildungshaushalt der Bayerischen Staatsregierung wird genau diesem Auftrag gerecht.

Wir orientieren uns dabei an zwei Leitgedanken: Der erste ist die Verantwortung für die Zukunft, die Verantwortung für die jungen Menschen. Der zweite Leitgedanke ist die Nachhaltigkeit; denn wir müssen sehen, dass wir alles, was wir ausgeben, im Rahmen des Möglichen über die Einnahmen des Staatshaushalts bezahlen müssen. Unser Ziel ist klar: Wir wollen den jungen Menschen die Startposition geben, die notwendig ist, damit sie ein eigenverantwortliches und selbstgestaltetes Leben führen können, dass sie in der Schule und im Beruf Erfolg haben, dass sie letztendlich befähigt werden, Zukunft in Bayern, aber auch Zukunft in Deutschland zu gestalten. Der Schlüssel dazu – das hat der Ministerpräsident gestern sehr deutlich gemacht – liegt in der Bildung.

Ich kann im Rahmen dieser Haushaltsrede nicht auf alle Teilbereiche eingehen. Ich werde mich aber an drei

Grundsätzen orientieren. Der erste Grundsatz lautet: Wir müssen alle Talente fördern. Der zweite Grundsatz lautet: Es darf keinen Abschluss ohne eine weitere Anschlussmöglichkeit geben. Der dritte Grundsatz lautet: Wir brauchen wieder Mut zur Erziehung und müssen das Erziehungshandeln unterstützen.

(Beifall bei der CSU)

Zum ersten Grundsatz: Wir müssen alle Talente umfassend fördern. Meine sehr verehrten Damen und Herren, jeder wird gebraucht, ob Forscher, ob Entwickler, ob Facharbeiter, ob Handwerker, ob Meister, ob Ingenieur, ob Unternehmer, ob Lehrer, ob Arzt oder Pfleger. Deshalb müssen wir allen jungen Menschen die Möglichkeit geben, ihre Begabungen und Talente zu entfalten; denn sie alle tragen dazu bei, dass die Zukunftsfähigkeit unserer Gesellschaft erhalten bleibt.

(Hans-Ulrich Pfaffmann (SPD): Stimmt!)

Es gibt Unterschiede in den Voraussetzungen, es gibt Unterschiede in den Talenten, und es gibt Unterschiede in den Begabungen. Deshalb müssen sich diese Begabungen und Talente ergänzen, gegenseitig anregen und gegenseitig anspornen. Es geht nicht darum, alle Schüler gleich zu machen, sondern es geht darum, jeden gemäß seinen eigenen Begabungen zu fördern und in seinen Möglichkeiten zu unterstützen.

(Beifall bei der CSU)

Deshalb war, ist und bleibt der Schwerpunkt der Bildungsarbeit der Staatsregierung und der CSU-Fraktion die individuelle Förderung.

(Unruhe)

Erste Vizepräsidentin Barbara Stamm: Herr Staatsminister, ich möchte Ihnen etwas mehr Ruhe verschaffen.

Staatsminister Siegfried Schneider (Kultusministerium): Die Ruhe tut auch meiner Stimme gut.

Wir beginnen damit bereits im Vorschulalter; denn in vielen Untersuchungen hat sich herausgestellt, dass eine möglichst frühe Förderung die unentbehrliche Basis für den späteren Bildungserfolg und den späteren Berufserfolg ist. Wir werden diese individuelle Förderung in der Schule systematisch fortführen. Wir haben sie bereits in allen Schularten, in allen Bildungsgängen und in allen Kompetenzstufen. Die Flexibilisierung bei der Einschulung ist ein Teilbereich. Das Prinzip der Individualisierung nimmt aber auch im Regelunterricht der Schularten durch den Einsatz moderner Methoden und durch differenziertes Lernen und Lehren einen wichtigen Raum ein.

In den Grund- und Hauptschulen sind zum Beispiel 1500 Förderlehrer im Einsatz. Diese gibt es so in keinem anderen Land Deutschlands. Manche Länder – zum Beispiel Berlin unter der SPD – beginnen jetzt, so etwas mit Ein-Euro-Jobs einzuführen. In Bayern sind 1500 Förderlehrer an Grund- und Hauptschulen vorhanden, um indi-

viduelle Förderangebote zu machen. In den Realschulen wird Förderunterricht im Rahmen des Wahlbudgets angeboten.

Wir haben dieses Modell seit zwei Jahren sehr erfolgreich an den Realschulen ausgebaut. Über 80 % der Schüler, die diesen Förderunterricht nach dem Zwischenzeugnis besuchen, bestehen diese Jahrgangsstufe und sind erfolgreich. Das ist Ausdruck der Individualisierung an den verschiedenen Schularten.

Am Gymnasium haben wir als Kernstück die Intensivierungsstunden. Uns wird von allen Seiten – von Schülern, Eltern und Lehrern – bestätigt, dass das ein wichtiger Beitrag ist, um das einzelne Kind zu unterstützen. Zentrales Thema der Hauptschulinitiative wird sein, das einzelne Kind individuell und in seinen Stärken zu sehen, es zu unterstützen und vorhandene Schwächen auszugleichen. In erster Linie wollen wir, dass jeder Schüler, der die Hauptschule verlässt, auch die Ausbildungsreife besitzt. Ich spreche bewusst von Ausbildungsreife, weil das umfassender ist. Es geht darum, dass die Kernkompetenzen in Deutsch und Mathematik gesichert sowie das Sozial- und Arbeitsverhalten gewährleistet sind.

Wir werden die Hauptschule noch stärker berufsorientiert ausbauen und müssen einen Schwerpunkt auf den Ausbau der Ganztagsangebote an den Schulen legen. Es wird nach wie vor die Möglichkeit geben, an der Hauptschule die Mittlere Reife zu machen. Wenn ich höre, die Hauptschüler seien Loser, so muss ich sagen: Etwa 20 % der Hauptschüler erwerben an der Hauptschule die Mittlere Reife und gehen ihren Weg weiter über die vielfältigen Bildungsmöglichkeiten, die wir anbieten.

Um dies zu unterstützen, habe ich in diesem Schuljahr einen Modellversuch der Modularisierung eingeführt. Das ist gar nicht einfach. Man kann auch nicht sagen, wir wüssten das alles und machen es nächstes Jahr einfach so. Sprechen Sie mit Vertretern der Schulen, die in der Modularisierung dabei sind, und Sie werden erfahren, wie viel Anstrengung es bedeutet und wie viel Organisation notwendig ist, um diese auf den Weg zu bringen. Ich möchte nicht, dass wir etwas starten, ohne die Sicherheit zu haben, dass dies für den Schüler besser wird und er dadurch erfolgreicher wird. Im nächsten Jahr werden keine Modellversuche eingeführt, Frau Kollegin Tolle, sondern es werden – ich habe das gesagt – Pilotschulen im nächsten Schuljahr beginnen, dies umzusetzen. Wir werden das Stück für Stück machen. Es geht dabei nicht um ein neues Modell, sondern vielmehr beginnen Pilotschulen, dies umzusetzen.

Zu diesem Thema der Hauptschulinitiative gehört die Frage, wie gute Bildungschancen im ländlichen Raum garantiert werden können. Der Schwerpunkt muss in einem qualitativ hochwertigen Angebot liegen. Wir müssen flexibel reagieren, auch mit Schulverbünden und Kooperationen, um möglichst viele Standorte im ländlichen Raum bei zurückgehenden Schülerzahlen zu gewährleisten. Die demografische Entwicklung ist nicht nur in Bayern sichtbar, sondern sie tritt in ganz Deutschland auf; sie ist weder das Verdienst der SPD noch durch die CSU verursacht, sondern sie ist eine Tatsache, mit der wir uns auseinandersetzen müssen.

Der Schwerpunkt bei der individuellen Förderung liegt in der Sprachförderung; denn mit der Sprachkompetenz steht und fällt der Bildungserfolg. Ich bin sehr dankbar, dass mittlerweile in der Politik von allen Seiten die Forderung, jedes Kind müsse Deutsch können, bevor es eingeschult wird, akzeptiert wird. Vor einigen Jahren haben wir mit Ihnen eine sehr schwierige Debatte darüber geführt.

(Beifall bei der CSU)

Da gab es noch das böse Wort von der Zwangsgermanisierung vonseiten der SPD. Heute wissen wir, dass Sprachförderung der Schlüssel zur gesellschaftlichen Integration, zu politischer Partizipation und zur Teilhabe an Schule und Beruf ist.

(Beifall bei der CSU)

Wir haben deshalb die Sprachförderangebote für Kinder mit Migrationshintergrund in den vergangenen Jahren systematisch ausgebaut. Ich erinnere an die Vorkurse Deutsch vor der Einschulung – 160 Stunden für altersgemäße Deutschförderung, davon 80 Stunden durch die Erzieherin und 80 Stunden durch die Grundschullehrkraft. Wir haben im laufenden Schuljahr über 1600 Kurse eingerichtet, über 13 700 Kinder werden im Kindergarten bereits jetzt unterstützt. Das entspricht einer Zunahme um mehr als Doppelte im Vergleich zum vergangenen Schuljahr. Damit erreichen wir nahezu flächendeckend auch die sprachliche Förderung aller Kinder mit Migrationshintergrund.

Wir müssen darauf achten, dass die Sprachförderung auch bei Kindern ohne Migrationshintergrund konsequent durchgeführt wird, weil wir auch bei deutschen Familien und deutschen Kindern spüren, dass die Sprachförderung nicht mehr so gewährleistet ist, wie es notwendig wäre. Wir führen die Sprachförderung in den Schulen weiter – Deutschförderklassen im laufenden Schuljahr 300, Übergangs- und Eingliederungsklassen 100 für ältere Kinder, die später nach Deutschland kommen, und wir haben Angebote für Deutschförderkurse im Umfang von circa 6000 in diesem Schuljahr.

Zur individuellen Förderung gehört auch der sehr konsequente Ausbau der Ganztagschulen. Wie rührend, fast putzig waren die Frage-Antwort-Spielchen – ich dachte fast, es sei abgesprochen gewesen –, wonach die Eltern bei offenen Ganztagsangeboten alles bezahlen müssten. Herr Pfaffmann, wie kommen Sie denn darauf? 80 % zahlen Staat und Kommunen, die Eltern finanzieren 20 %. Sie haben gesagt, die Eltern zahlten den Großteil. 80 % zahlen Staat und Kommunen für die offenen Ganztagschulen und genauso 80 % für die Mittagsbetreuung.

(Beifall bei der CSU)

Wir haben in Bayern etwa 700 offene Ganztagschulen. Wir sprechen ganz bewusst von offenen Ganztagschulen, weil die SPD-regierten Länder nur offene Angebote kennen; sie haben keine gebundenen in großem Umfang.

(Johanna Werner-Muggendorfer (SPD): Das stimmt doch gar nicht!)

Es sind in der Regel offene Ganztagschulen. Wir haben in Bayern 700, und wir haben alle Anträge genehmigt. Es gibt keinen einzigen Antrag in Bezug auf offene Ganztagschulen, der nicht genehmigt worden ist.

(Johanna Werner-Muggendorfer (SPD): Schulen oder Klassen?)

Unser Ziel ist es, diese im nächsten Jahr auf 1000 auszubauen, um sie an circa 1000 Schulen zu bekommen. Wir haben die gebundenen Ganztagschulen kontinuierlich ausgebaut und werden dies auch weiter tun. Schwerpunkt wird die Hauptschule sein, und zwar mit zwölf Stunden. Ich bitte, einen Blick über die Grenzen Bayerns zu werfen. Sie werden kaum ein Land finden, das eine höhere Ausstattung hat. zwölf Stunden sind das höchste, das angeboten wird, plus 6000 Euro. Sie können sich weit umschauen, bis Sie ein solches Angebot finden. Der Ausbau der Mittagsbetreuung wird so weitergeführt und der Modellversuch gebundene Ganztagsgrundschulen ist sehr erfolgreich. Ich bin der Fraktion sehr dankbar, dass die Fraktion noch ein Stück dazu gegeben hat, um dieses wichtige Tätigkeitsfeld ausbauen zu können.

(Beifall bei der CSU)

Auch zu IZBB eine kurze Berichtigung: In der Hauptschule wurde bisher jeder berücksichtigt, der einen entsprechenden Antrag gestellt hat, mit Ausnahme der Anträge im jetzigen Jahr, weil die Mittel zu Ende gegangen sind. Es war ein begrenztes Programm, das einmal zu Ende geht. Es wird – Sie werden das im Einzelplan 13 noch mitverfolgen können – ein Zusatzprogramm geben, das gerade für die Hauptschulen, für die Schulen in kommunaler Sachaufwandsträgerschaft greift, um eine angemessene Förderung zum Ausbau der Ganztagschulen zu gewährleisten.

Das zweite Thema, das mir in der Debatte viel zu kurz gekommen ist, ist der Grundsatz „Kein Abschluss ohne Anschluss“. Letztendlich ist die Durchlässigkeit das wichtige Pendant in einem gegliederten Schulwesen. Sie können nicht das gegliederte Schulwesen ohne die Durchlässigkeit betrachten. In Bayern können wir festhalten: Es gibt keinen Abschluss ohne Anschluss. Jeder, der eine Stufe erklommen hat, hat die Möglichkeit, auch weiterzugehen.

(Beifall bei der CSU)

Heute – auch das zur Feststellung – haben über 43 % der Hochschulzugangsberechtigten die Hochschulzugangsberechtigung außerhalb des Gymnasiums erworben. Sie sind also nicht nach der vierten Klasse an das Gymnasium gegangen und sind damit in Ihren Augen die Loser. Nein, sie sind einen anderen Weg gegangen, sei es über die Hauptschule, über die Wirtschaftsschule oder die Realschule.

(Beifall bei der CSU)

Erste Vizepräsidentin Barbara Stamm: Herr Staatsminister, gestatten Sie eine Zwischenfrage der Frau Kollegin Tolle?

Staatsminister Siegfried Schneider (Kultusministerium): Wenn Sie anschließend wieder ruhiger ist, gern.

Erste Vizepräsidentin Barbara Stamm: Bitte schön, Frau Kollegin.

Simone Tolle (GRÜNE): Herr Minister, gibt es Zahlen darüber, wie viel von den 43 % dieser Hochschulzugangsberechtigten aus der Hauptschule kommen, oder handelt es sich dabei nur um bloße Vermutungen?

Erste Vizepräsidentin Barbara Stamm: Herr Staatsminister, bitte.

Staatsminister Siegfried Schneider (Kultusministerium): Ich habe die Zahlen jetzt nicht präsent; ich werde Ihnen aber nachliefern, wie viele von der Hauptschule auf die Fachoberschule gehen und über die Fachoberschule die Möglichkeit haben, das Abitur zu machen.

(Simone Tolle (GRÜNE): Von den 43 %!)

Vom Prinzip der Durchlässigkeit her hat jeder Schüler, wenn er die Leistungsfähigkeit und den Leistungswillen hat, strukturell die Möglichkeit, das Abitur zu machen und an die Hochschule zu gehen und zu studieren. Nicht jeder hat allerdings das Zeug dazu. Auch das muss man ehrlich zugeben. Aber jeder hat die Möglichkeit, diesen Weg zu gehen. Und es ist unsere politische Verantwortung, jedem, egal welchen Weg er nach der vierten Klasse einschlägt, diese Möglichkeit zu eröffnen.

Erste Vizepräsidentin Barbara Stamm: Herr Staatsminister, gestatten Sie eine weitere Zwischenfrage, nämlich des Abgeordneten Dr. Goppel?

(Zurufe von den GRÜNEN und von der SPD)

Staatsminister Siegfried Schneider (Kultusministerium): Ich habe zwei Meldungen gesehen. Ich wollte eigentlich meine Rede beenden und lehne deshalb beide ab.

Mit der Einführung der beruflichen Oberschule wollen wir gerade diese beiden Säulen – Fachoberschule und Berufsoberschule – in den Köpfen der Menschen besser verankern. Auch in den Köpfen eines Teils der Lehrer muss verdeutlicht werden, dass dieser Weg über die Fachoberschule und über die Berufsoberschule gleichwertig ist.

Dem Haushaltsplan können Sie entnehmen, dass im Haushaltsjahr 2007 58 Stellen und im Haushaltsjahr 2008 68 Planstellen zusätzlich vorgesehen sind, um den Schulbesuch FOS 13 auszuweiten, um die Einführung einer Fremdsprache an der Fachoberschule zu gewährleisten sowie den Ausbau von BOS-13-Standorten zu ermöglichen. Es handelt sich dabei um insgesamt 126 Stellen, die gerade in diesem Bereich für die Durchlässigkeit sorgen sollen.

Wir werden auch die Zahl der Schulversuchsklassen von 20 auf 44 Standorte ausdehnen. Mein Ziel ist es, in den nächsten Jahren entsprechend der Nachfrage bedarfs-

gerecht eine 13. Klasse in Bayern mit anzubieten. Ich bin sehr froh, dass es mit diesem Haushalt auch gelingen wird, Förderangebote an den Fachoberschulen gerade für Schüler aus der Wirtschaftsschule und aus der Hauptschule zu ermöglichen.

Wir setzen damit ein Zeichen, die Bildungswege an den beruflichen Schulen, die zur Hochschulreife führen, auszuweiten. Sie sind keine zweite Wahl, sondern sie sind dem Gymnasium gleichwertig. Damit eröffnen wir mehr jungen Menschen den Zugang zur Hochschule, ohne das Niveau am Gymnasium absenken zu müssen.

(Beifall des Abgeordneten Prof. Dr. Gerhard Waschler (CSU))

Allerdings kann es nicht darum gehen, nur den Anteil an Abiturienten als einzigen Maßstab zu nehmen. Damit würden wir der Leistung der beruflichen Bildung alleine nicht gerecht; denn diese Leistungen sind enorm. Auch das duale System, das in den Debatten leider zu kurz gekommen ist,

(Johanna Werner-Muggendorfer (SPD): Wir haben nur 22 Minuten Redezeit im Gegensatz zu den 40 Minuten für die Staatsregierung!)

ist ein Exportschlager. Bei vielen Gesprächen mit ausländischen Gästen wird die Frage gestellt: Wie organisiert ihr die duale Ausbildung? Wie ist es bei euch möglich, dass dies im Verbund Staat und Betrieb, Staat und Unternehmen, geleistet wird?

(Johanna Werner-Muggendorfer (SPD): Da stimmen wir ja auch zu! Das kritisiert niemand!)

Deshalb ist es für mich ein großes Anliegen, das duale System in seiner Gesamtbedeutung in die Öffentlichkeit zu tragen – bis nach Europa. Wir haben derzeit auf europäischer Ebene eine Debatte zum europäischen Qualifikationsrahmen über die Vergleichbarkeit von schulischer und beruflicher Bildung. Bei uns ist der Abschluss der dualen Ausbildung die Sekundarstufe II. Wer einen Gesellenbrief gemacht hat, hat einen sehr, sehr wichtigen Abschluss.

(Beifall bei der CSU)

Wer den Meister oder den Techniker gemacht hat, hat einen Aufstiegsabschluss.

(Beifall bei der CSU – Johanna Werner-Muggendorfer (SPD): Das ist doch unstrittig!)

Diese Bedeutung des dualen Systems müssen wir auch auf europäischer Ebene einfordern. Da bitte ich um die Unterstützung auch der Opposition. Dass beruflich Qualifizierte sich auch mit akademisch Qualifizierten auf einer Stufe wiederfinden, ist unser gemeinsamer Auftrag.

(Beifall bei der CSU und der Abgeordneten Simone Tolle (GRÜNE))

Ich nutze an dieser Stelle die Gelegenheit, den Unternehmen und Betrieben meinen Dank auszusprechen.

(Engelbert Kupka (CSU): Ja!)

Auch in einer schwierigen Situation stellen sie Praktikumsplätze zur Verfügung für die Hauptschüler und zum Teil auch für die Realschüler. Es gibt auch immer mehr Gymnasiasten, die anknöpfen und fragen, ob sie im Betrieb ein Praktikum ableisten können. Gleichzeitig bemüht sich die Wirtschaft, die Zahl der Ausbildungsplätze zu steigern. Das ist auch einen großen Dank vonseiten der Bildungspolitik wert. Damit verbinden wir natürlich die Bitte, in diesem Bemühen nicht nachzulassen; denn schlussendlich stehen die Fachkräfte von morgen heute schon vor der Tür, und wir brauchen in den kommenden Jahren die Fachkräfte, damit wir unsere wirtschaftliche Leistungskraft erhalten und die sozialen Leistungen auch in Zukunft finanzieren können.

Liebe Kolleginnen und Kollegen, Garant für den Erfolg unserer Bemühungen sind unsere Lehrkräfte. Mit ihnen steht und fällt die Wirksamkeit unserer Weichenstellungen. Ich darf an dieser Stelle meinen Dank an die Lehrkräfte ausdrücken. Sie leisten die tägliche Unterrichts- und Erziehungsarbeit. Sie tun das mit großer Fachkompetenz, mit viel Engagement und im hohen Bewusstsein ihrer Verpflichtung gegenüber ihrem Auftrag. Herzlichen Dank an unsere Lehrkräfte!

(Beifall bei der CSU und des Abgeordneten Dr. Thomas Beyer (SPD))

Dieser Auftrag ist ganzheitlich und umfassend. Wir feiern dieses Jahr 60 Jahre Bayerische Verfassung. Deshalb möchte ich auch an dieser Stelle an den für mich wichtigen Artikel 131 der Bayerischen Verfassung erinnern. Dort wird in Absatz 1 gesagt, dass die Schulen nicht nur Wissen und Können zu vermitteln, sondern auch Herz und Charakter zu bilden haben. Damit das gelingt, brauchen wir wieder das Bekenntnis zur Erziehung, das Bekenntnis auch zu Tugenden und Werten und den Mut, diese Erziehung umzusetzen.

Wir brauchen Lehrkräfte, meine sehr geehrten Damen und Herren, die junge Menschen zum Lernen motivieren, aber ihnen auch die Grenzen aufzeigen. Wir brauchen Lehrkräfte, die für Werte einstehen und gleichzeitig die notwendige Autorität ausstrahlen. Wir brauchen Lehrkräfte, die auch die Tugenden vermitteln. Ich habe durchaus die Kommentare gehört, als Kollege Waschler einige davon aufgezählt hat. Es sind keine Sekundärtugenden. Sie sind nicht zweitrangig. Fleiß, Höflichkeit, Pünktlichkeit, Gewissenhaftigkeit, Anstrengungsbereitschaft, Disziplin, Selbstdisziplin – all das gehört zu einer umfassenden Bildung für junge Menschen.

(Beifall bei der CSU – Zuruf der Abgeordneten Simone Tolle (GRÜNE))

Die Lehrkräfte stehen also im Mittelpunkt einer erfolgreichen Unterrichts- und Erziehungsarbeit. Deshalb schaffen wir auch zusätzliche Planstellen. Im Doppelhaushalt finden Sie 784 völlig neue zusätzliche Lehrerplanstellen.

Aufgrund der demografischen Entwicklung – dazu hat Kollege Waschler Ihnen vieles bereits dargelegt – werden insgesamt 648 Stellen von den Volksschulen an die Gymnasien und die beruflichen Schulen umgewidmet. Außerdem werden wir 700 bisher befristete Zeitverträge verlängern können.

Frau Tolle hat angemerkt, dass wir jetzt endlich etwas für die Realschulen und Gymnasien täten. Nur zu Ihrer Information: Seit 1999, also mit der Reform der Realschule, sind an der Realschule neue Kapazitäten im Wert von 3355 zusätzlichen Planstellen geschaffen worden und am Gymnasium 3485. Das ist kein Einzelfall im Haushalt, sondern es wird kontinuierlich weitergeführt. Aber es ist ein besonderes Zeichen, wenn in dieser schwierigen Phase zusätzliche Planstellen erwirtschaftet werden konnten. Herzlichen Dank, Herr Ausschussvorsitzender!

Wir haben trotz zurückgehender Schülerzahlen an den Volksschulen einen Teil der Lehrkräfte dort belassen können. In diesem Schuljahr sind es 313 Lehrkräfte, die vor allem zur individuellen Förderung an unseren Hauptschulen verblieben sind. Jede Schulart hat dieses Budget gesondert ausgewiesen bekommen. Die Rückmeldungen der Schülämter und der Schulen vor Ort bestätigen, dass diese Stunden bestmöglich eingesetzt werden.

Ich bin sehr froh, dass es gelingt, ein zweites Förderlehrerinstitut im südbayerischen Raum einzurichten, um noch mehr qualifizierte Förderlehrer zu gewinnen. Damit werden wir die individuelle Förderung noch weiter unterstützen, die differenzierte Förderung, die Vermittlung von Lernkompetenzen, aber auch von berufsrelevanten Schlüsselpraktiken.

Für die Förderschulen sind 18 Stellen hinzugekommen. Dazu werden 90 Planstellen aus bisherigen Aushilfsmitteln geschaffen. Für die Realschulen gibt es 386 zusätzliche Stellen im Doppelhaushalt, für die Gymnasien 774 und für die beruflichen Schulen 175 zusätzliche Stellen.

Liebe Kolleginnen und Kollegen, der Doppelhaushalt 2007/2008 verbindet Investitionen in die Zukunft mit Verantwortung für die Zukunft. Er beweist erneut, dass Bildung in Bayern Priorität hat. Herr Kollege Waschler und Herr Kollege Pfaffmann haben Ihnen von den Debatten über die Steigerungen bereits berichtet. Eine Zahl ist ehrlich: Wenn Sie aus allen Haushalten die Pensionen herausrechnen und dann alle Haushaltstitel miteinander vergleichen, werden Sie feststellen, dass der Anteil des Schulhaushalts am Gesamthaushalt von 18,8 % auf 19,1 % und dann weiter auf 19,2 % steigt. Ihre Berichterstatterin im Haushaltsausschuss hat das bereits verstanden.

Investitionen in die Zukunft und Verantwortung für die Zukunft bedeuten, dass wir die jungen Menschen ernst nehmen, dass wir ihnen die Möglichkeiten eröffnen, die notwendig sind, damit sie ihr Leben selbst gestalten können. Wir haben in Bayern eine gute Ausgangsposition. Jede Studie, egal ob Pisa, Iglu oder Timms, bestätigt das. Wir werden daran weiterarbeiten, damit wir Bayern nach wie vor als das Bildungsland in der Bundesrepublik präsentieren können.

Ich danke dem Bayerischen Landtag für die bisherige Unterstützung. Ich danke den Mitgliedern des Haushaltsausschusses, allen voran dem Vorsitzenden, Herrn Kollegen Ach, und dem Berichterstatter, Herrn Kollegen Siblinger. Ich bedanke mich aber auch bei den beiden anderen Berichterstattern, bei Frau Radermacher und Herrn Mütze. Ich danke auch den Mitgliedern des Bildungsausschusses, allen voran Prof. Dr. Waschler als Vorsitzendem. Ich bitte den Landtag um Zustimmung zum Haushalt des Staatsministeriums für Unterricht und Kultus.

(Anhaltender Beifall bei der CSU)

Erste Vizepräsidentin Barbara Stamm: Verehrte Kolleginnen und Kollegen, mir liegen keine weiteren Wortmeldungen vor. Damit ist die Aussprache geschlossen. Wir kommen zur Abstimmung. Der Abstimmung liegen der Entwurf des Haushaltsplans 2007/2008, Einzelplan 05, die Änderungsanträge auf den Drucksachen 15/6661, 6697 mit 6699, 6724 mit 6734 und 6745 bis 6749 sowie die Beschlussempfehlung des federführenden Ausschusses für Staatshaushalt und Finanzfragen auf Drucksache 15/6936 zugrunde.

Der Einzelplan 05 wird vom Ausschuss für Staatshaushalt und Finanzfragen mit den in der Beschlussempfehlung auf Drucksache 15/6936 genannten Änderungen zur Annahme empfohlen. Wer dem Einzelplan 05 mit den vom federführenden Ausschuss für Staatshaushalt und Finanzfragen vorgenommenen Änderungen seine Zustimmung geben will, den bitte ich, sich vom Platz zu erheben. – Das ist die CSU-Fraktion. Gegenstimmen bitte ich auf die gleiche Weise anzuzeigen. – Die SPD-Fraktion und die Fraktion des BÜNDNISSES 90/DIE GRÜNEN. Stimmenthaltungen? – Keine.

Damit ist der Einzelplan 05 mit den vom Ausschuss für Staatshaushalt und Finanzfragen vorgeschlagenen Änderungen angenommen. Gemäß § 126 Absatz 6 der Geschäftsordnung gelten zugleich die vom Ausschuss für Staatshaushalt und Finanzfragen zur Ablehnung vorgeschlagenen Änderungsanträge als abgelehnt. Eine Liste dieser Änderungsanträge liegt Ihnen vor.

(siehe Anlage 2)

Außerdem schlägt der Ausschuss für Staatshaushalt und Finanzfragen folgende Beschlussfassung vor:

Das Staatsministerium der Finanzen wird ermächtigt, die aufgrund der beschlossenen Änderungen erforderlichen Berichtigungen insbesondere in den Erläuterungen, der Übersicht über die Verpflichtungsermächtigungen und den sonstigen Anlagen beim endgültigen Ausdruck des Einzelplans vorzunehmen.

Wer dem zustimmen möchte, den bitte ich um das Handzeichen. – Gegenstimmen? – Stimmenthaltungen? – Bei Stimmenthaltung der Fraktion des BÜNDNISSES 90/DIE GRÜNEN ist es so beschlossen.

Unter Bezugnahme auf die Beschlussempfehlung des federführenden Ausschusses für Staatshaushalt und

Finanzfragen auf Drucksache 15/6936 weise ich darauf hin, dass die Änderungsanträge auf den Drucksachen 15/6745 mit 15/6749 ihre Erledigung gefunden haben. Das Hohe Haus nimmt hiervon zustimmend Kenntnis. Damit ist die Beratung des Einzelplans 05 abgeschlossen.

Verehrte Kolleginnen und Kollegen, die Fraktionen sind darin übereingekommen, jetzt in die Mittagspause zu gehen. Die Mittagspause dauert, wie vorgesehen, bis 13.15 Uhr. Ich bitte Sie, sich wieder pünktlich einzufinden. Es geht dann weiter mit dem Einzelplan 07.

(Unterbrechung von 12.16 bis 13.15 Uhr)

Zweiter Vizepräsident Prof. Dr. Peter Paul Gantzer: Liebe Kolleginnen und Kollegen! Wir nehmen die Sitzung wieder auf. Ich rufe auf – –

(Maria Scharfenberg (GRÜNE): Herr Präsident, man hört Sie nicht!)

– Tut mir leid, bei mir ist angezeigt, dass es funktioniert. Entschuldigung. Ich wiederhole:

Ich rufe Tagesordnungspunkt 8 auf:

**Haushaltsplan 2007/2008;
Einzelplan 07 für den Geschäftsbereich des Bayerischen Staatsministeriums für Wirtschaft, Infrastruktur, Verkehr und Technologie**

hierzu:

**Änderungsanträge von Abgeordneten der SPD-Fraktion (Drsn. 15/6643 mit 15/6647),
Änderungsantrag von Abgeordneten der CSU-Fraktion (Drs. 15/6680),
Änderungsanträge der Fraktion des BÜNDNISSES 90/DIE GRÜNEN (Drsn. 15/6701 mit 15/6711)**

Im Ältestenrat wurde für die Aussprache eine Gesamtrededzeit von einer Stunde und 36 Minuten vereinbart. Davon entfallen auf die Fraktion der CSU 32 Minuten, auf die SPD-Fraktion 17 Minuten und auf die Fraktion des BÜNDNISSES 90/DIE GRÜNEN 15 Minuten. Die Rededzeit der Staatsregierung orientiert sich an der Rededzeit der stärksten Fraktion. Sie kann deshalb bis zu 32 Minuten sprechen, ohne dass sich dadurch die Rededzeit der Fraktionen verlängert.

(Dr. Christian Magerl (GRÜNE): Von der Staatsregierung ist niemand da!)

– Auf Zwischenruf wird festgehalten, dass die Staatsregierung nur durch den Staatsminister Sinner vertreten ist.

(Staatsminister Eberhard Sinner: Nur? – Zuruf des Abgeordneten Dr. Christian Magerl (GRÜNE))

– Heißt das, dass Ihnen Staatsminister Sinner nicht ausreicht?

(Dr. Christian Magerl (GRÜNE): Den Herrn Huber hätten wir schon gern!)

– Gut, ich kann es aber nicht ändern. Ich muss allerdings monieren – und das war schon seit ziemlich langer Zeit bekannt –, dass heute der Haushaltsplan 2007/2008, Einzelplan 07, ab 13.15 Uhr beraten wird. Ich bitte, das Thema bei der nächsten Ministerbesprechung zu behandeln.

(Zuruf von der CSU)

– Nein, das hat damit nichts zu tun. 13.15 Uhr ist Beginn. Es geht um einen Doppelhaushalt, und da sollte der Minister eigentlich hier sein.

Bevor ich die Aussprache eröffne, mache ich darauf aufmerksam, dass die Fraktion des BÜNDNISSES 90/DIE GRÜNEN Einzelabstimmung in namentlicher Form über den Änderungsantrag auf Drucksache 15/6704 beantragt hat. Das ist die Nummer 9 der aufgelegten Liste. Das bitte ich bekannt zu geben.

Ich eröffne nun die Aussprache. Erste Wortmeldung: Herr Kollege Traublinger.

Heinrich Traublinger (CSU): Herr Präsident, Hohes Haus! Liebe Kolleginnen und Kollegen, der Einzelplan 07 baut auf Bewährtem auf und setzt dieses fort, setzt aber auch neue Akzente, auf die ich noch im Einzelnen eingehen werde. Erfreulicherweise ist in diesem Zusammenhang festzustellen, dass wir heuer seit vielen Jahren zum ersten Mal wieder von einer boomenden Wirtschaft in Deutschland sprechen können. Das hat mehrere Ursachen. Ich bin davon überzeugt, die Opposition – insbesondere die SPD – wird dazu sagen, das liegt an der Großen Koalition und daran, dass in Berlin die Weichen richtig gestellt werden, was ich übrigens nicht in Abrede stelle. Entscheidend ist aber, was Bayern daraus macht.

(Dr. Thomas Beyer (SPD): Zu wenig!)

– Liebe Kolleginnen und Kollegen, was Bayern daraus macht, ist an den Wirtschaftsdaten abzulesen. Wenn Sie sich heute die Wirtschaftsdaten ansehen – –

(Dr. Thomas Beyer (SPD): Mittelmaß!)

– Ich sage Ihnen, was nicht Mittelmaß ist: Das reale Bruttoinlandsprodukt liegt in Bayern deutlich höher als in Deutschland insgesamt. Auch bei der Entwicklung der Zahl der Erwerbstätigen liegt Bayern mit einem Plus von 1 % bei den sozialversicherungspflichtigen Beschäftigungsverhältnissen deutlich vor Deutschland. Das macht übrigens in Bayern eine Steigerung um 70 000 Beschäftigungsverhältnisse aus. Bei uns konnte die Zahl der Arbeitslosen um 10,3 % gesenkt werden, im Bund um 6,8 %. Die Arbeitslosenquote liegt in Bayern bei 6,9 %, im Bund bei 10,9 %. Wenn das alles Mittelmaß ist, dann

sage ich Ihnen ganz ehrlich: Dann lebe ich gern im Mittelmaß.

Wir haben unsere Wirtschaftsentwicklung in den letzten Jahren ausschließlich auf den Export gestützt. Heuer können wir erstmals feststellen, dass die Binnenkonjunktur angesprungen ist. Das lässt sich an einer Reihe von Daten feststellen. Lassen Sie mich als ein Indiz für die Entwicklung des Binnenmarktes die Entwicklung im Handwerk aufzeigen. Im Handwerk gibt es derzeit ein nominales Plus von 4 %, was in etwa einem realen Plus von 2,5 % bis 2,6 % entspricht. Die Arbeitslosenzahl liegt in Bayern erstmals unter 400 000. Ich glaube, daran sieht man sehr deutlich, dass die bayerische Politik greift. Es wird im Bund zwar mittlerweile auch eine vernünftige Politik gemacht, aber – lassen Sie mich das deutlich sagen – in Bayern eine noch bessere.

Nachdem im Ausschuss im Rahmen der Haushaltsberatungen die Kritik geäußert wurde, dass Bayern nur auf die Boomregion München und Oberbayern setze, darf ich eine Pressemitteilung der Handwerkskammer für Oberfranken zitieren. Oberfranken meldet mit Datum von vor zwei Tagen einen Fachkräftemangel im Handwerk, nämlich 1800 offene Stellen. Ich glaube, an dieser Zahl wird deutlich, dass sich die Entwicklung in Bayern nicht auf die Boomregion München beschränkt, sondern dass es mit einer vernünftigen Strukturpolitik gelungen ist, das gesamte Land einzubeziehen. Insbesondere an die Adresse der GRÜNEN gerichtet, sage ich: Zu dieser vernünftigen Strukturpolitik zählt auch die Unterstützung des Flughafens Hof. Auch dies ist ein Thema, über das wir uns noch zu unterhalten haben.

Meine sehr verehrten Damen, meine Herren, wir haben damit eindeutig die richtigen Weichen gestellt. Der Bund hat das Richtige getan – Stichwort: Binnenmarkt – mit der Einführung der Absetzbarkeit von Handwerkerrechnungen und dem energetischen Sanierungsprogramm. Das will ich alles nicht in Abrede stellen.

Aber der entscheidende Punkt ist, dass wir in Bayern aufgrund der Politik, die wir hier machen, noch etwas draufgesetzt haben. Die Wirtschaftsdaten bestätigen uns.

Meine Damen und Herren, lassen Sie mich das anhand einiger Eckdaten, die aus dem Haushalt gegriffen sind, feststellen. Schon viele Jahre – ich erinnere mich an solche Diskussionen aus den letzten vier oder fünf Jahren – diskutieren wir über die Ethylen-Pipeline. Die GRÜNEN wollten sie aus den letzten Haushalten streichen und haben das auch den Medien gegenüber so dargestellt: Diese Pipeline kommt nie, weil Brüssel nicht zustimmen wird. Jetzt hat Brüssel zugestimmt, jetzt kommt sie, und damit sichern wir 25 000 Arbeitsplätze im bayerischen Chemiedreieck. Das ist bayerische Politik, nachhaltige Politik und erfolgreiche Politik.

Ein nächstes Beispiel ist der Transrapid. Auf das Thema Verkehrspolitik wird mein Kollege Rotter noch eingehen. Die Verpflichtungsermächtigung im Haushalt haben wir von 180 Millionen auf 300 Millionen Euro aufgestockt. Damit wollen wir ein Zeichen setzen, nachdem es Minister Huber gelungen ist, im Bund auch die Sicherheit dafür

zu bekommen und zu erreichen, dass sich der Bund hinter das Projekt stellt. Er sagt nicht: Das ist ein Thema Bayerns. Er macht vielmehr mittlerweile deutlich, dass der Transrapid auch ein Thema für die Bundesrepublik ist; dies wird in das entsprechende Gesetzgebungsverfahren münden.

Die Cluster-Politik ist der dritte Punkt. Auch sie ist aus unserer Sicht ein vernünftiger Weg, um gerade in Bayern, in einem Flächenstaat, eine Vernetzung zwischen Wissenschaft – Stichwort Hochschule – und Wirtschaft herzustellen und um so vor allem auch kleineren und mittleren Unternehmen, die keinen unmittelbaren Zugang zu Wissenschaft und Hochschule haben, durch eine Vernetzungsstrategie die Möglichkeit zu geben, an deren Wissen heranzukommen.

Meine sehr verehrten Damen und Herren, wenn Sie sich den Einzelplan 07 anschauen, werden Sie feststellen, dass die Schwerpunkte genau dort gesetzt werden, wo die Stärken Bayerns liegen, nämlich im Binnenmarkt, Stichwort: Handwerk und Berufsbildung. Gerade die Berufsbildung ist ein Bereich, mit dem wir punkten können. Bayern hat immer auf die berufliche Bildung gesetzt, und wir werden das auch in Zukunft tun.

Auch die Ansätze für die Gemeinschaftsaufgabe „Verbesserung der regionalen Wirtschaftsstruktur“ haben wir angehoben. Die Absicht, die Wirtschaft in Bayern zu stärken, zieht sich wie ein roter Faden – das hat mit Ihrer Partei nichts zu tun – durch unseren Wirtschaftshaushalt. Mit unserer Politik stärken wir neben der Exportwirtschaft auch den Binnenmarkt. Dazu hat vieles – das gestehe ich offen – der Bund beigetragen. Ich denke etwa an die Erbschaftsteuerreform. Aber woher kam der Anstoß? Vielleicht schaffen wir es tatsächlich, rückwirkend zum 1. Januar 2007 eine Erbschaftsteuerreform hinzubekommen. Die Probleme, die noch vorhanden sind, etwa die Betriebsübergaben auch in der Landwirtschaft, müssen noch gelöst werden. Die Initiative dazu ist von Bayern ausgegangen, nämlich vom ehemaligen bayerischen Wirtschaftsminister Otto Wiesheu. Dass diese Initiative jetzt zu einem positiven Ergebnis führt, ist dem amtierenden bayerischen Wirtschaftsminister zu verdanken.

Das ist auch deshalb ein wichtiger Punkt, weil es uns damit erstmals gelingt, einen, wenn man so will, leisen Zwang auf Betriebsinhaber auszuüben, die Unternehmen im Erbschaftsfall nicht zu versilbern und Kasse zu machen, sondern Arbeits- und Ausbildungsplätze zu sichern. Das ist vernünftige Politik, die ihren Ursprung in Bayern hat, auch wenn sie letztlich in ein Bundesgesetz mündet.

Ich komme zur Unternehmensteuerreform. Es war bayerische Initiative, dafür zu sorgen, dass entgegen der ursprünglichen Absicht des Bundesfinanzministers nicht nur die Körperschaften, sondern auch die Personenunternehmen entlastet werden, die Firmen in der Rechtsform der natürlichen Person. Hier braucht es die Entlastung. Die bisherige Splittung zwischen Einkommen- und Lohnsteuer auf der einen Seite und Körperschaftsteuer auf der anderen Seite ist jetzt aufgehoben. Wir bekommen de

facto eine Unternehmensteuerreform, die rechtsformneutral ist. Diese Dinge machen bayerische Politik aus.

(Beifall bei der CSU)

Die Eckdaten im bayerischen Wirtschaftshaushalt zeigen, dass all diese Dinge realisiert sind: all diese Änderungen haben gegriffen.

Das Mittelstandskreditprogramm ist der nächste Punkt, den ich dezidiert ansprechen möchte und bei dem wir uns übrigens quer durch alle Fraktionen einig sind. Es wird auf unseren Antrag hin von 25 Millionen um 2 Millionen je Haushaltsjahr aufgestockt.

(Zuruf des Abgeordneten Dr. Thomas Beyer (SPD))

Der ganz entscheidende Punkt ist der, dass es uns gelingen muss, das Programm ganzjährig offenzuhalten. Das ist aus unserer Sicht eine Selbstverständlichkeit. Wir stellen uns ganz klar hinter das Mittelstandskreditprogramm, nicht nur weil wir seit der Evaluierung wissen, welche hohe Zahl von Arbeits- und Ausbildungsplätzen und damit Wirtschaftskraft mit ihm verbunden ist, sondern weil das Mittelstandskreditprogramm eigentlich auch eine bayerische Wertmarke ist.

Meine Damen und Herren, wir werden in der Debatte auch über die Investitionsquote sprechen.

(Dr. Thomas Beyer (SPD): Oh ja!)

Die Investitionsquote ist ein Ausfluss des von uns, der CSU, gewollten ausgeglichenen Haushalts. Wir wollen mittelfristig selbstverständlich wieder eine Investitionsquote von 15 % erreichen.

Wir haben mit diesem Haushalt eine solide Basis vorgelegt. Ich darf an das erinnern, was ich eingangs sagte: Auf dieser Basis setzen wir Bewährtes, setzen wir erfolgreiche bayerische Politik fort, wir setzen aber auch neue Akzente. Lassen Sie mich zum Thema Cluster noch einmal feststellen: Die Cluster-Initiative, die mit 50 Millionen pro Jahr, je 10 Millionen im jetzigen Doppelhaushalt, dotiert ist, hat natürlich die Zielsetzung, Innovation gerade in kleinen und mittleren Unternehmen zu stärken. Damit wird auch der Standort Bayern gestärkt. Die konkrete Netzwerkarbeit, die jetzt mit 19 Clustern begonnen hat, lässt sich – das kann jetzt schon zu Beginn dieser Initiative sagen – sehr hoffnungsvoll an.

Diese Schwerpunkte – das Mittelstandskreditprogramm, der Fremdenverkehr, der ein ganz entscheidender Punkt letztlich für die bayerische Wirtschaft ist, der Transrapid, die Investitionen – lassen uns in Bayern zu Recht von einer positiven Situation reden, und zwar von einer noch positiveren Situation im Vergleich zu allen anderen Bundesländern.

Dies ist der Erfolg bayerischer Politik. Insbesondere die Entwicklung in Oberfranken zeigt, wie flächendeckend erfolgreich unsere Politik gelungen ist. 1800 offene Stel-

len alleine beim Handwerk sind signifikant für die gesamte Wirtschaft. Das lässt sich sehen. Wir sind heute in der Situation, dass wir in sogenannten strukturschwachen Gebieten freie Stellen aufgrund des Facharbeitermangels nicht mehr besetzen können. Wir sind mit unserer Wirtschaftsförderungspolitik auf dem richtigen Weg.

Meine sehr verehrten Damen und Herren, der Haushaltsausschuss hat dem Antrag der CSU, das Mittelstandskreditprogramm um zwei Millionen Euro aufzustocken, zugestimmt. Die Anträge der Fraktionen der SPD und des BÜNDNISSES 90/DIE GRÜNEN wurden abgelehnt. Ich bitte um Zustimmung in der Fassung des Haushaltsausschusses.

Ich möchte schließen mit einem herzlichen Dank, Herr Staatsminister, an Sie, aber insbesondere an die Damen und Herren Ihres Hauses, weil das, was als Erfolg verbucht werden kann, der Erfolg des gesamten Hauses ist.

(Beifall bei der CSU)

Zweiter Vizepräsident Prof. Dr. Peter Paul Gantzer: Nächste Wortmeldung: Herr Kollege Dr. Thomas Beyer.

Dr. Thomas Beyer (SPD): Herr Präsident, liebe Kolleginnen und Kollegen! Zunächst danke ich Herrn Kollegen Traublinger für die Einführung in das Thema und die sachliche Darstellung. Sie werden feststellen, dass in vielem Übereinstimmung besteht. Allerdings wurden Ihre Aussagen immer dort unkonkret oder unzutreffend, wo Sie über den Anteil des Freistaates Bayern geredet haben und besser über den Nichtanteil hätten reden müssen. Die Zahlen waren nicht so deutlich, dass die Öffentlichkeit umfassend informiert worden wäre.

Kurz zur Sprichwortkunde: Die Entstehung des Begriffs „Roter Faden“ hat natürlich seine Begründung.

Zu Anfang der Debatte war das Plenum seitens der Mitglieder des Wirtschaftsausschusses schlecht besucht – auch jetzt sind es nicht sehr viel mehr, auch wenn Kollege Pschierer seit Kurzem anwesend ist und Minister und Staatssekretär zu uns gestoßen sind. Mir tut das leid.

(Franz Josef Pschierer (CSU): Wo ist die stellvertretende Vorsitzende des Wirtschaftsausschusses?)

– Sie haben mich vor sich, Herr Kollege Pschierer, ich denke, damit ist der Platz gut besetzt.

(Herbert Ettengruber (CSU): Von der SPD sind auch nicht viele anwesend!)

Dass das Wirtschaftsministerium nicht von Anfang an an der Debatte teilnimmt, zeigt die Richtigkeit der Aussage, dass es das Ressort ist, das am meisten überschätzt wird. Das gilt für den Bund genauso wie für Bayern. Dabei rede ich gar nicht von den handelnden Personen, sondern vom Zuschnitt des Ministeriums und wie es sich im Einzelplan 07 darstellt.

Ihr Etat, Herr Staatsminister Huber, beläuft sich im kommenden Doppelhaushalt – sieht man von kleinen Zuschlägen des Bundes und der EU in der Nachschubliste ab – auf 1,56 bzw. 1,55 Milliarden Euro pro Jahr, auf 3,6 % des gesamten Haushaltes. Der Wirtschaftsetat schrumpft im Jahr 2007 um 46 Millionen Euro gegenüber 2006 und im Jahr 2008 noch einmal um 16 Millionen Euro. Wollte man den Bedeutungsverlust quantifizieren, beträgt dieser für das Haus Huber 62 Millionen Euro im Doppelhaushalt.

Die in diesem Jahr spürbare wirtschaftliche Aufwärtsentwicklung freut uns genauso wie Sie, Herr Kollege Traublinger. Wir stellen Sie in Deutschland wie in Bayern gleichermaßen fest. Ich betone insbesondere, dass wir froh und dankbar sind, dass sie sich auf dem Arbeitsmarkt niederschlägt. Das ist entscheidend. Bereits nach dem bisher Gesagten wird jedoch deutlich, Herr Staatsminister, dass das nichts mit Ihrer Politik zu tun haben kann. Ich würde Ihnen das gönnen. Damit hätte ich kein Problem. Aber die schlichte Faktenlage spricht dagegen, dass Sie sehr viel bewerkstelligen können. Die Arbeitslosenzahl in Deutschland konnte im Vergleich zum Vorjahresmonat um eine halbe Million reduziert werden; in Bayern um 70 000. Wenn der Aufschwung überhaupt mit einem Namen verbunden ist, dann mit dem des ehemaligen Bundeskanzlers Gerhard Schröder.

(Beifall bei der SPD)

Dass sich die jetzigen Akteure den Erfolg gerne an ihre Fahne heften, ist menschlich verständlich; historisch korrekt ist es nicht.

(Zurufe der Abgeordneten Manfred Ach (CSU) und Franz Josef Pschierer (CSU))

Die Große Koalition hat allerdings nicht den Fehler begangen, der 2004 in Bayern gemacht wurde, dass die Wirtschaft abgebremst wurde. Die Große Koalition hat den Haushalt 2006 – Maastrichtkriterien hin oder her – laufen lassen. Damit ist sie gut gefahren.

(Beifall bei der SPD)

Sie ist gut damit gefahren, indem sie mit den Programmen für Wachstum und Innovation zum Beispiel für das Handwerk und den Mittelstand echte Beschäftigung geschaffen hat. Der jetzige Aufschwung ist also – das ist heute entscheidend – nicht der Aufschwung des bayerischen Wirtschaftsministers.

Der bayerische Wirtschaftsminister hätte eine Menge zu tun. Er könnte die in wirtschaftlichen Fragen offenbar heillos überforderte CSU-Fraktion mit klaren Vorgaben bedienen. Wenn wir bei der SPD keinen Arbeitskreis „Hohn und Spott“ hätten, würden Sie sich um diesen Titel bewerben können. Wegen des Ladenschlusses haben sie das halbe Land der Lächerlichkeit preisgegeben. Beim Mittelstandsförderungsgesetz sind Sie nach dreieinhalb Jahren immer noch nicht sehr viel weiter mit der Beratung. Wegen der Pkw-Maut und des Wettmonopols streiten Sie innerhalb Ihrer vermeintlichen Führungsriege. Beim Antrag zum BaFin – Bundesanstalt für Finanzdienstleistungsaufsicht – vor wenigen Wochen kam es zur offenen Konfrontation.

Kollege Dr. Runge erinnert sich gerne daran. Wegen der Breitbandversorgung müssen CSU-Abgeordnete eine Initiative ergreifen; so war in der „Welt am Sonntag“ zu lesen, oder mit uns stimmen, weil das Ministerium untätig bleibt. Beim Transrapid stehen Sie vor dem Eingeständnis des Finanzierungsdesasters. Jetzt droht die Bahn mit einem Machtwort und macht endlich Druck. Herr Minister Huber, ich verstehe, dass das für Sie besonders bitter sein muss; denn wie bei der AEG wäre es wieder Ihr Vorgänger, der die Dinge gerichtet hätte. Ich bin interessiert, was Sie uns heute zu diesem Thema sagen werden.

Sie könnten viel zu den Grundwerten der sozialen Marktwirtschaft sagen, weil es innerhalb der CSU Klärungsbedarf gibt. Es gibt irrlichternde Aussagen des Generalsekretärs der CSU, wonach Wohlfahrt und Wohlstand für alle nicht mehr zu den Kernaufgaben der Staatlichkeit gehören. Das ist sehr interessant. Sie könnten darüber reden, wie es im Verfassungsjahr mit dem Ausstieg des Landes Bayern aus der Wirtschaftsfassung bestellt ist.

Was ist damit, dass die gesamte wirtschaftliche Tätigkeit als dem Gemeinwohl unterworfen gilt? – Bei Ihnen diktieren aktuelle, gewesene und bald gewesene Industrieführer dem Ministerpräsidenten die Versatzstücke einer ihnen genehmen Politik. Was ist mit dem Anspruch auf Ausbildung? – Zehntausende junger Menschen sind ohne Ausbildungsplatz oder befinden sich in der Warteschleife. Was ist mit dem Recht auf auskömmliche Arbeit? – Auch das ist ein Grundrecht der Bayerischen Verfassung. Ein Recht auf Arbeit kennt die CSU nur in Freising, nicht in Hof und nicht in Nürnberg-Muggenhof. Das werden wir immer wieder anprangern. Was ist mit den existenzsichernden Mindestlöhnen? – Diese verweigert die CSU genauso wie die Ausweitung des Tariftreuegesetzes, wie die Einbeziehung einer Ausbildungsleistung eines Unternehmens in die Vergabekriterien. Ich erinnere mich daran, dass mich Kollege Spitzner belehrt hat, das gehe nicht. Inzwischen hat das Bundesverfassungsgericht entschieden. Ich fordere Sie auf: Tun Sie das.

Vor allem aber wäre es die Aufgabe des bayerischen Wirtschaftsministers, dem Finanzminister und dem Ministerpräsidenten einen wirklichen Gestaltungshaushalt abzutrotzen. Wie sieht es damit aus? – Nimmt man von den 1,56 Milliarden Euro die Regionalisierungsmittel des Bundes und die sonstigen Bundes- und EU-Mittel weg, bleibt ein Betrag von 430 Millionen Euro, die der Freistaat Bayern für die Wirtschaft und damit für die Menschen in diesem Land in die Hand nimmt. 430 Millionen Euro macht der Landesanteil des Freistaates Bayern im Einzelplan 07 aus. Herr Minister Huber, bei aller Freundschaft: Dafür braucht man keinen Wirtschaftsminister mehr.

(Lachen bei der SPD)

Dieses Geld kann jeder gute Kreiskämmerer verwalten. Ich jedenfalls kenne einen, der das könnte.

(Manfred Ach (CSU): Übernehmen Sie sich nicht! Sie meinen sich selbst!)

Nun zu den Schwerpunkten, die Kollege Traublinger zwar angekündigt, aber nur gestreift hat. Die Clusterbildung ist

ihr Kernstück. Nach den Geldausgabewellen der High-Tech-Offensive ist das seit zwei Jahren der neue Ansatz. Seit 2006 ist er mit 10 Millionen Euro finanzpolitisch unterlegt. Die Grundsatzprobleme, auf die wir von Anfang an hingewiesen haben, bleiben. Mit dem Instrument unterstützen Sie in erster Linie die Großunternehmen. Ein Mittelständler sagte letztes Jahr zu mir, ich solle denen in München erklären, dass es Blödsinn sei, die F- und E-Abteilungen der Großfirmen zu unterstützen, während der Mittelstand nichts von der Clusterpolitik habe.

Wir haben von Anfang an darauf hingewiesen, dass Ihr Ansatz eine grundlegende Schwäche hat, weil Sie zwar von „Stärken stärken“ sprechen, Ihnen aber die regionalpolitische Ausrichtung fehlt. Das möchte ich ausdrücklich feststellen.

Bei der Hightech-Offensive haben wir gesehen: Profiteure solcher Aktionen sind, zumindest in den ersten zehn Jahren, immer die kapitalstarken Räume. Mit Ihrem Ansatz, auch wenn er gut gemeint ist, kommen Sie nicht weiter. Das müssten Sie eigentlich eingestehen, zumal es Ihnen inzwischen auch der DGB vorgerechnet und bestätigt hat. Wenn Sie immer die Starken stärker machen, dann werden Sie – wenn auch ungewollt – die regionalen Disparitäten immer größer machen. Dagegen muss etwas getan werden.

(Beifall der Abgeordneten Johanna Werner-Muggendorfer (SPD))

Kolleginnen und Kollegen, die CSU hat das auch endlich eingesehen. In der Nachschubliste findet sich, wenn auch etwas versteckt, der Hinweis, dass man die Cluster-Politik um eine regionale Säule ergänzen müsse. Wir sagen: Danke, jetzt gehen Sie in die richtige Richtung. Sie müssten dann aber auch zugeben, dass Ihr ursprünglicher Ansatz damit im Kern gescheitert ist, bevor die Sache überhaupt zum Laufen kam. Jetzt müssen Sie schon nachsteuern, hier tun Sie das zum Glück auch. Sonst sind Sie meist nicht in der Lage, einmal eingeschlagene, fehlleitende Pfade zu verlassen.

(Manfred Ach (CSU): Dazu brauchen wir Sie nicht!)

– Herr Ach, über Organisieren reden wir hier nicht, sonst müssten wir auch über Ihren Ausschuss reden. Das wollen wir hier aber heute nicht tun.

(Manfred Ach (CSU): Darüber können Sie gut reden! Da können Sie mir nicht das Wasser reichen!)

Sehr geehrte Damen und Herren, dazu passt auch, dass die neue Zeile ein Leertitel ist. Sie sagen jetzt zwar, man kann auch den Kommunen, den Städten, Märkten und Gemeinden für die Cluster-Bildung Geld geben, doch sie legen keinen einzigen Cent drauf. Deshalb ist das auch wieder nichts anderes als Täuschung.

Herr Traublinger, zur regionalen Wirtschaftsförderung: Das ist ja alles schön und gut, doch die Wirklichkeit ist anders, als Sie sie in Ihrem eleganten Darüberhinwegre-

den dargestellt haben. Wenn man die EU-Mittel nämlich wegnimmt, dann sehen wir, dass der Freistaat Bayern auch hier seine Mittel gekürzt hat. Der Freistaat kürzt die Mittel für die regionale Wirtschaftsförderung auf 75,7 Millionen Euro. Das ist zu wenig, dieser Betrag ist nicht genug, um die Herausforderungen in den strukturschwachen Räumen in Bayern auch nur im Ansatz zu meistern. Wir haben deshalb den Antrag gestellt, im regionalen Wirtschaftsförderungsprogramm den Betrag um 10 Millionen Euro zu erhöhen. Man könnte sogar noch wesentlich mehr fordern. Wir haben 10 Millionen gefordert. Sie haben den Antrag jedoch abgelehnt, wie Sie auch den richtigen Antrag der SPD abgelehnt haben, beim Mittelstandskreditprogramm 5 Millionen draufzulegen.

(Manfred Ach (CSU): Das meinen aber auch nur Sie, dass der Antrag richtig war!)

Auch hierzu nenne ich die Zahlen: 2002 hat das Mittelstandskreditprogramm 40,9 Millionen Euro umfasst. Seit 2006 stehen wir jetzt bei 25 Millionen Euro. Was hat Ihr Vorgänger, Herr Wiesheu, uns damals im Ausschuss gesagt, Herr Staatsminister Huber? – Er hat bei der Beratung des letzten Haushalts gesagt: Wir wollen in der schlechten Phase nicht nur Mitnahmeeffekte generieren, wir warten, bis der Aufschwung kommt; dann werden wir, in den Aufschwung hinein, beim Mittelstandskreditprogramm investieren, wir werden dieses Programm dann aufstocken. Jetzt haben wir Gott sei Dank den Aufschwung, doch die Geschichte und die CSU strafen Herrn Wiesheu Lügen: Es bleibt bei den 25 Millionen Euro.

(Dr. Sepp Dürr (GRÜNE): Der Aufschwung dauert halt!)

Herr Traublinger, die zwei Millionen Euro, die sind doch Augenauswischerei, die werden Ihnen doch hinten und vorn nicht reichen.

Rosstäuscherei betreiben Sie auch in der Verkehrspolitik; denn Sie wissen, dass die Mittel für die Personenbeförderung im Ausbildungsverkehr nicht reichen. Trotzdem setzen Sie diese so gering an, dass Sie sie aus Regionalisierungsmitteln auffüllen müssen. 40 Millionen Euro werden immerhin aus Regionalisierungsmitteln genommen. Diese Gelder missbrauchen Sie; denn es wäre die Aufgabe des Freistaats, den Ausbildungsverkehr sicherzustellen.

Fast schon tragisch wird es, wenn wir die erneuerbaren Energien ansehen. Im Jahr 2000 weist der Haushalt dafür 40 Millionen Euro auf. Im Haushalt 2007/2008 sind dafür 9,2 Millionen angesetzt. Das entspricht einer Absenkung auf ein Viertel. So also trotz die CSU dem Klimawandel? – Herzlich willkommen in der Realität!

(Beifall bei der SPD – Johanna Werner-Muggendorfer (SPD): Respekt!)

Die Mittel für den Schienenpersonennahverkehr im Ansatz 2007 sind das Herzstück des Haushalts. Dabei sind das Bundesmittel. Wir haben hier eine Streichung hinzunehmen, das wissen Sie alle, von 1,072 auf 1,005 Millionen Euro. Das heißt, es sind 67 Millionen Euro in diesem Jahr, und weitere 15 Millionen Euro werden 2008 gekürzt. Wir

haben den Antrag gestellt, die Kürzungen durch die Mehreinnahmen bei den Steuern auszugleichen. So hatte das der Ministerpräsident dieses Landes auch angekündigt. Doch auch diesen Antrag haben Sie abgelehnt. Ich habe schon einmal gesagt. Hier zeigt sich, was das Wort des Ministerpräsidenten in Bayern wert ist.

(Beifall bei der SPD)

Nach wie vor geben Sie etwa 80 % für Bestellungen aus, und wir werden auch weiterhin nachfragen, wie Sie die Zweckbindung einhalten. Wir haben das in der Vergangenheit schon getan, und immerhin wissen wir jetzt, was Sie auf der hohen Kante haben.

Zum Ausbildungsverkehr kann ich nur eines sagen: Ich habe den Betrag von 40 Millionen genannt. Sie zweckentfremden die Gelder. Das Gleiche tun Sie für Planungskosten beim Transrapid; denn, Herr Pschierer, wir haben uns jetzt darauf geeinigt, dass es sich nicht um ein innerörtliches Verkehrsmittel handelt.

(Manfred Ach (CSU): Warum reden Sie dann noch darüber?)

GVFG-Mittel sollen deshalb nicht zum Einsatz kommen. Wenn Sie dieses Projekt, entgegen aller Vernunft, doch in Angriff nehmen wollen, dann dürfen Sie keine Regionalisierungsmittel dafür verwenden.

Dann gibt es den Punkt „Streichung der ÖPNV-Investitionsmittel an die Kommunen“, es geht weiter um die privaten Verkehrsunternehmen und die Busförderung. Wenn Sie alles zusammennehmen, kürzen Sie in diesem Haushalt etwa 100 Millionen Euro bei einer Kürzung der Regionalisierungsmittel um 67 Millionen. Das heißt, Sie kürzen die Investitionsmittel noch mehr als die zur Begründung angeführten Regionalisierungsmittel des Bundes, wogegen wir gekämpft haben, anders als Sie. Der Landesverband der Omnibusunternehmer, nicht unbedingt eine Arbeitsgemeinschaft der SPD, sagt Ihnen, das führt zu einer rein rechnerischen Erhöhung der Tarife um 7,7 %. Was das in Bayern in der Fläche bedeutet, nachdem Sie durch die Zuweisungskürzungen um 37,5 Prozent 2004 schon manchen Bus gestrichen haben, muss ich Ihnen nicht erklären.

Aus diesem Überblick folgt: Sie legen einen Haushaltsentwurf vor, der nicht auf der Höhe der Zeit ist. Schlimmer aber – Sie begehen den historischen Fehler, die Investitionsquote abzusenken. Wir sagen, wir brauchen 15 %. Das sagt auch Herr Faltlhauser. Doch Sie machen das Gegenteil. Seit Herr Stoiber Ministerpräsident ist, hat sich die Investitionsquote halbiert auf 12,85 %. Die Landeshauptstadt hat hierzu im Vergleich eine Investitionsquote von 17,2 %.

(Zuruf des Abgeordneten Manfred Ach (CSU))

– Herr Ach, die Investitionsquote sinkt im Jahr 2008 auf 11,75 %, Sie sollten deshalb etwas ernsthafter bei der Sache sein. Unter Herrn Stoiber hat sich die Investitionsquote trotz der 7 Milliarden Euro aus den Privatisierungserlösen halbiert. Das ist ein Armutszeugnis!

(Beifall bei der SPD)

Trotz der erkennbaren Auswirkungen ändern Sie Ihr Handeln nicht. Draußen liegen die aktuellen Zahlen druckfrisch aus – vielen Dank, Herr Staatsminister Huber –, und die konjunkturellen Daten zeigen die Entwicklung im ersten Halbjahr 2006. In diesem Zeitraum ist das Wirtschaftswachstum in Bayern nicht überdurchschnittlich, verehrter Herr Kollege Traublinger. Mit 2,1 % liegen die Zahlen exakt im Bundesdurchschnitt der alten Länder, sie liegen sogar hinter manchem neuen Bundesland. Der Freistaat liegt auf Platz 5, und das bedeutet, der Freistaat ist wirtschaftspolitisch gesehen Mittelmaß.

(Zuruf des Abgeordneten Manfred Ach (CSU))

– Das sind die Zahlen, die der Minister in seiner Broschüre heute vorlegt. Nachdem Sie die Zahlen nicht lesen wollten, musste ich sie eben vortragen.

(Manfred Ach (CSU): Sie sollen richtig lesen, dann lesen Sie was Gescheites raus!)

Wir haben eine andere Politik vorgeschlagen und konkrete Vorschläge für Investitionen gemacht. 220 Millionen Euro sind – das wissen Sie, Herr Staatssekretär Meyer –, richtig finanziert. Es wurde hier etwas Falsches behauptet, wir fordern keinen einzigen Euro Neuverschuldung. Sie kennen den Gegenvorschlag, den wir gemacht haben. Herr Kollege Dupper wird ihn morgen vorstellen. Es geht um 220 Millionen Euro, die Sie nicht investieren, nicht in den Wohnungsbau fließen lassen, nicht in den Straßenbau, nicht in den öffentlichen Personennahverkehr, nicht in die Sportstätten, nicht in den Mittelstand, nicht in die Breitbandversorgung im ländlichen Raum, nicht in die Erhöhung der Mittel für den Hochwasserschutz, nicht in die regenerativen Energien, nicht in die Kläranlagen, nicht in die energetische Sanierung der öffentlichen Gebäude, nicht in die Schulhaussanierung, nicht in die maroden Universitätsbauten. All das könnten Sie mit uns zusammen tun. Ohne neue Kreditaufnahme würden Sie dann die Investitionsquote um 0,6 % steigern.

(Beifall bei der SPD)

Das ist zwar nicht sehr viel, aber es wäre ein deutlicher Schritt in die richtige Richtung. Das wäre eine Politik für mehr Arbeits- und für mehr Ausbildungsplätze, das wäre eine Politik für mehr Wachstum in Bayern. Ich fordere Sie deshalb heute noch einmal auf, gerade bei der Investitionsförderung umzudenken. Dazu gehört auch der Länderfinanzausgleich. Wir haben gestern konkrete Vorschläge gemacht, die allein eine Erhöhung der Investitionsquote in Bayern um 1,5 % bewirken würden. Ich fordere Sie auf, mit uns an einem Strang zu ziehen; denn so wird dieser Haushalt den wirtschaftspolitischen Möglichkeiten dieses schönen Landes nicht gerecht.

(Lebhafter Beifall bei der SPD)

Zweiter Vizepräsident Prof. Dr. Peter Paul Gantzer: Nächste Wortmeldung: Herr Kollege Dr. Runge.

Dr. Martin Runge (GRÜNE): Herr Präsident, meine Damen und Herren! Um die Ausführungen des Herrn Kollegen Dr. Beyer aufzugreifen: Dies hier ist ein kleiner

Haushalt. Zum großen Teil sind die Mittel, wie wir alle wissen, durchlaufende Mittel. Trotzdem widerspreche ich Ihnen, Herr Kollege Dr. Beyer. Wir sagen, das ist ein wichtiger Haushalt, ein wichtiges Ressort.

(Zuruf des Abgeordneten Dr. Thomas Beyer (SPD))

Dieser Haushalt umfasst bedeutende Aufgaben, und zwar die Wirtschaftspolitik, in erster Linie die Wirtschaftsförderung. Hinzu kommen der öffentliche Personennahverkehr, die Energiepolitik, die Technologiepolitik und neuerdings auch die Raumordnung und die Landesentwicklung. Das sind Gegenstände, die alle nicht gerade unwichtig sind.

(Zuruf des Abgeordneten Dr. Sepp Dürr (GRÜNE)
– Beifall der Abgeordneten Maria Scharfenberg (GRÜNE))

Wir konstatieren auch in der Amtsführung einige wohl-tuende Änderungen, zumindest verbaler Natur. Es ist betont worden, jetzt komme es zu einer Abkehr von der Staatswirtschaft und vom Interventionismus à la Stoiber und Wiesheu. Wir freuen uns natürlich, dass man aus der Erfahrung lernt. Was Staatswirtschaft und Interventionismus waren, haben wir ja alle hinreichend mitbekommen. Es waren Pleiten, Pech und Pannen, viel zu häufig aber auch eine Spezlwirtschaft und Filz.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Es ist also recht so, wenn Sie sagen, dass Sie so nicht weitermachen wollen.

Die neuen Instrumente klingen auch angenehmer: Allianz Bayern Innovativ mit den Bausteinen Cluster-Offensive, Regionalmanagement. Das klingt, Herr Minister Huber, schon viel besser, viel weniger hochtrabend als „Offensive Zukunft Bayern“ oder gar „Hightech-Offensive“. Allerdings wissen wir, dass es da jetzt um bedeutend weniger Geld geht.

Wir waren hocherfreut, Herr Minister, als wir unlängst lesen durften, Sie seien mit Leib und Seele Wirtschaftsminister. Wir erinnern uns noch mit Schaudern an die letzte Haushaltsrede Ihres Vorgängers vor ungefähr zwei Jahren. Da wurde alles lustlos vorgetragen. Wahrscheinlich war der Minister in Gedanken schon längst woanders. Es stimmt uns sehr hoffnungsfroh, dass es jetzt heißt – ich zitiere –:

Mein irdisches politisches Glück stellt das Wirtschaftsministerium dar. Wenn mir der Ministerpräsident die Wahlmöglichkeit ließe, würde ich ihn bitten, im Wirtschaftsministerium bleiben zu dürfen.

Hut ab vor dieser Festlegung! Das Ganze geht dann noch mit einer Selbstbenotung einher: eins bis zwei. Das lassen wir jetzt einfach mal so dahingestellt.

Wenn wir über Noten reden, Herr Minister, dann müssen wir feststellen, dass es wie überall jede Menge Ver-

besserungsbedarf gibt. Es gibt eine Menge von Feldern und Themen, bei denen wir von Ihnen mehr Einsatz fordern. Es geht zum einen um Einsatz inhaltlicher Art, zum anderen auch um Einsatz, der dazu dienen sollte, Ihre eigenen Leute zu überzeugen. Ich nenne das Stichwort Ladenschluss. Wir meinen, Herr Kollege Beyer, einem Wirtschaftsminister steht es gut an, sich für Öffnungen einzusetzen; denn der Wirtschaftsminister hat sich um die Belange der Wirtschaft zu kümmern. Das sind die Unternehmen, aber auch die Verbraucher. Es gibt andere Argumente, die man dagegenhalten kann. Aber bei dem Wirtschaftsminister sind die Dinge schon richtig aufgehoben.

Herr Minister, bevor Sie sich so weit aus dem Fenster lehnen und sagen: wenn die Länder das machen dürfen, dann machen wir das gleich anders und besser und viel toller, bevor Sie also den Mund so voll nehmen, hätten Sie sich einmal in der eigenen Fraktion vergewissern und für die entsprechenden Mehrheiten sorgen sollen.

Das Mittelstandsförderungsgesetz ist schon angesprochen worden. Das ist eine ganz irre Geschichte. Jahrzehntlang passierte gar nichts. Da mussten wir als kleinste Fraktion einen Gesetzentwurf vorlegen, weil sich einiges an den Rahmenbedingungen und Hintergründen geändert hatte. Wir mussten sagen: Kümmert euch um das Coaching, um die Betriebsübernahmen; sorgt dafür, dass die Wettbewerbsbedingungen für die Kleinen annähernd denen der Großen entsprechen, was die Finanzierung, die Forschungsförderung und vieles mehr anbelangt. Dazu hieß es aus dem Wirtschaftsministerium: Das brauchen wir nicht, das ist so. Aber nach einer Schamfrist wird ein eigener Gesetzentwurf vorgelegt. Mit diesem zieht man durch die Verbände und lässt sich feiern. Danach wird alles aber wieder in der Schublade versenkt, weil es der Innenminister nicht goutiert.

Was Sie jetzt vorgelegt haben, Herr Minister, ist in Ansätzen schon eine Verbesserung. Aber wir sagen weiterhin ganz klar, dass wichtige Punkte fehlen. Konkret führe ich an: Das Subsidiaritätsprinzip muss hinreichend und fassbar formuliert werden. Wir sagen weiter: Es muss eine drittsschützende Wirkung geben, wie sie schon in dem Gesetzentwurf Ihres Vorgängers zu lesen gewesen ist; dieser Gesetzentwurf ist dann ja in der Schublade verschwunden.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Hier gibt es tatsächlich noch großen Handlungsbedarf. Vieles ist nachzubessern.

Jetzt möchte ich kurz einige unserer Anträge streifen. Es gibt Anträge und Anliegen, bei denen wir nie zusammenfinden werden. Als Beispiel nenne ich den Transrapid, den Herr Traublinger wieder angesprochen hat. Unsere Argumente dagegen sind hinlänglich bekannt. Wir sagen: Er ist haushalts- und finanzpolitisch nicht zu verantworten. Zu behaupten, dass er zu einem verkehrspolitischen Nutzen führt, ist Unfug. Wir sagen auch, dass die industrie- und arbeitsmarktpolitischen Effekte bei Weitem überschätzt bzw. von interessierter Seite bewusst überzeichnet werden.

Ich möchte auf ein paar andere Argumente eingehen. Ich führe ein paar Streiflichter dazu an, was zuletzt diskutiert worden ist.

Wir sagen weiterhin: Es handelt sich nicht um ein Leuchtturmprojekt, wie es die Bundesregierung in der Koalitionsvereinbarung festgelegt hat, sondern – um mit einem Münchner Stadtrat zu sprechen – um ein Armleuchterprojekt, welches Ihrer Prunk- und Protzsucht entspringt.

Herr Minister Huber, Kollege Magerl hat mich gerade wieder darauf aufmerksam gemacht, dass gefragt werden muss, was bei Ihnen der Zeitraum „in Kürze“ bedeutet. Im März hatte Ihr Staatssekretär verkündet, die Finanzierung werde „in Kürze“ stehen. Viele Monate sind bei Ihnen wohl auch noch „in Kürze“. Aber wir wissen ja auch noch, wie es uns hier im alten Plenarsaal von dieser Stelle aus entgegengeschallt ist: Spätestens zur Fußballweltmeisterschaft 2006 sind wir im kommerziellen Regelbetrieb.

Es gibt eine riesige Finanzierungslücke. Herr Huber, Sie gehen zusammen mit Herrn Tiefensee an die Öffentlichkeit und sagen, es sei alles wunderbar und man nähere sich bei der Finanzierung an. Dem folgen Aufforderungen an die Industrie, die Bahn und die Flughafengesellschaft, sich endlich finanziell zu beteiligen bzw. solches zu signalisieren. Im Falle der Bahn wurde gesagt, sie möge mehr zahlen, als sie bisher signalisiert habe. Das zeigt, wie sehr Sie schwimmen und wie hilflos Sie sind.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Im Staatshaushalt finden wir jetzt einen Einnahmetitel. Für das Projekt Transrapid sollen Mittel vom Bund kommen. Da fragen wir uns schon: Wie steht es um den Streit und um die immerwährende Behauptung des Bundes, es handle sich um ein Landesprojekt, und um die Gegenbehauptung der Bayerischen Staatsregierung, es sei ein Bundesprojekt? Wenn es ein Bundesprojekt ist, wie Sie behaupten, warum finden wir dann hier einen Einnahmetitel bezüglich der Gelder, die der Bund dafür gibt? Dies sollten Sie zumindest herausstreichen.

Was die Sondermittel, Herr Minister Huber, betrifft – ich rede jetzt nicht über die Gelder vom Bund –, so sollten wir uns einmal die Mittel des Freistaates ansehen. Die CSU-Fraktion im Haushaltsausschuss hat das, was in dem Entwurf des Ministeriums stand, großzügig durch eine Verpflichtungsermächtigung auf 300 Millionen Euro aufgestockt. Das geht jetzt nicht mehr einseitig zulasten des Kapitels 07 07, damit man weniger angreifbar ist.

Herr Traublinger, der Freistaat könnte die Mittel in Höhe von 300 Millionen Euro für die Investitionen, wie sie jetzt benannt sind, auch für jede andere Aufgabe geben. Dann könnten diese Mittel in die Bildung fließen, in den Kindergarten fließen, in den Nahverkehr fließen, wo jetzt massiv gekürzt wird. Wir wünschen uns also sinnvollere und andere Verwendungszwecke.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Ich nenne weiter stichwortartig Gebiete, auf denen wir nie zueinanderfinden werden: Flughafen München II, Donau-

ausbau, Förderung der Kleinflughäfen. Ich erinnere an die jüngste Debatte zum Thema Hof, wo es um 31 Millionen Euro ging. Aber das ist nicht alles, worum es geht. Im Haushaltsplanentwurf findet sich auch die Formulierung zum Verkehrsdurchführungsvertrag zu der Strecke Frankfurt – Hof. Der Vertrag läuft Ende 2007 aus. Da haben wir für 2008 wieder eine Verpflichtungsermächtigung in Höhe von 5 Millionen Euro, damit der überaus wichtige Flug von Frankfurt nach Hof je Fluggast in spürbarer Höhe subventioniert werden kann.

Wir haben hier eine namentliche Abstimmung beantragt. Wir sagen, dass die Förderung des Nahluftverkehrs und des Flugwesens zu beenden ist. Schon der Begriff „Nahluftverkehr“ ist im Grunde etwas Anachronistisches. Der Grund, weshalb wir diesen Antrag herausgezogen haben, ist der folgende: Es ist schon ein komisches Spiel, vor Ort immer gegen die Regionalflughäfen und den Nahluftverkehr anzugehen, während man hier im Bayerischen Landtag für die Förderung der Nahflughäfen aus Steuergeldern stimmt. Deswegen bitten wir Sie nochmals, unserem Antrag, über den namentlich abgestimmt werden soll, zuzustimmen.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Denn was hier an Geldern fließt, ist massiv. Die Gelder fließen beispielsweise indirekt über die Kammern, über Beteiligungen oder in Form von Zuschüssen, die durch die Flughafengesellschaft München gegeben werden, aber auch aus dem Haushaltstitel, den wir aufgeführt haben. Mittlerweile ist die Staatsregierung, nachdem wir vor dem Verfassungsgerichtshof Erfolg hatten, genötigt, uns die einzelnen Summen bekannt zu geben.

Herr Kollege Pschierer, ich nenne einmal ein paar Beispiele. Augsburg hat in den letzten Jahren eineinhalb Millionen Euro bekommen. Bayreuth hat 900 000 Euro bekommen, Coburg 300 000 Euro, Eggenfelden 800 000 Euro. So geht diese Liste weiter. Es ist massiv mit Steuermitteln gefördert worden.

Dem wollen wir ein Ende bereiten.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Jetzt gehe ich noch kurz auf Anträge ein, von denen wir sagen: Da müsste eigentlich die Mehrheit mit uns sein. Das sind Anliegen, wo man nicht sagen kann: Da machen wir einen Dollpunkt und da streiten wir uns ganz fürchterlich, beispielsweise Breitbandinfrastruktur auch im ländlichen Raum. Dazu gibt es Anträge von der SPD, Anträge von uns. Sie können nicht zustimmen mit einer ganz tollen Begründung, Herr Traublinger. Sie sagen nämlich: Damit fördern wir die Deutsche Telekom. Da frage ich Sie: Was machen Sie denn mit dem Kabelgroschen, was machen Sie mit den regulären Geldern der Bayerischen Landeszentrale für neue Medien – BLM –?

(Beifall bei den GRÜNEN)

Das ist doch viel massiver und viel mehr auf das Unternehmen gerichtet.

Sie sagen, Sie können das nicht unterstützen, haben aber de facto für „Bayern online“ Millionen über Millionen vergeigen lassen. Das passt einfach nicht zusammen.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Zum Mittelstandskreditprogramm hat Sie Kollege Beyer dankenswerterweise schon mit Zitaten konfrontiert. Es war der Nachtragshaushalt 2004, wo es zu dieser Kürzung kam. Was hat der Minister damals gesagt? – Er hat gesagt: Die Mittel werden nicht abgegriffen, weil die Konjunktur schlecht läuft. – Er redet aber nicht nur hier im Landtag, sondern auch an anderer Stelle. Bei der Jahrespressekonferenz der LfA hat er etwas ganz anderes gesagt, nämlich: Wir mussten die Mittel bedauerlicherweise aus Spargründen kürzen. Das klingt schon etwas anders als hier im Hause. Aber er hat dazu gesagt: Wenn die Konjunktur anzieht, dann stocken wir auf.

Jetzt kommen Sie mit zweimal zwei Millionen Euro. Kolleginnen und Kollegen von der CSU, schließen Sie sich der SPD und uns an und erhöhen wenigstens um fünf Millionen Euro je Jahr. Wir haben von Ihnen gelesen, Herr Minister – wo sind Sie denn? Da hinten ist er –, es gebe zurzeit einen Run auf die Mittel. Wir sind alle dafür, das ist eine gute Einrichtung. Dann lasst uns doch diesen Run mit den Mitteln befriedigen, so wie es angekündigt worden ist.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Das regionale Wirtschaftsförderungsprogramm wollen wir wie die Kollegen erhöhen. Es ist ja massiv gekürzt worden, auch zu dem Zeitpunkt, den ich beim Mittelstandskreditprogramm schon genannt habe. Wir meinen, eine entsprechende Erhöhung – wir haben sie moderat beantragt – ist nur recht und billig. Und was sagen Sie, Herr Traublinger? Sie beziehen sich auf etwas mehr Gelder bei der Gemeinschaftsaufgabe – GA – und sagen – ich darf Sie aus dem Protokoll der Haushaltsausschusssitzung zitieren –:

Mit der Erhöhung der GA-Mittel um jedes Jahr 5,4 Millionen Euro sei die Stärkung der strukturschwachen Regionen gewährleistet.

Alle Kolleginnen und Kollegen, die aus strukturschwachen Regionen kommen, mögen dieses Zitat nachlesen. Mit den 5,4 Millionen Euro GA mehr sei also die Stärkung der strukturschwachen Regionen in Bayern gewährleistet.

Förderungen und Maßnahmen im Energiebereich: Da ist auch gekürzt worden. Wir haben den Antrag gestellt, die Mittel wieder zu erhöhen. Wie existenziell der Klimaschutz ist, wie wichtig Energieeffizienz und Energiesparen sind, das ist in den letzten Wochen und Monaten doch wirklich hinreichend kommuniziert worden. Was passiert? – Sie kürzen bei den Landesmitteln, sie greifen aber munter all das ab, was vom Bund kommt, und lassen sich dafür feiern. Das ist zum einen nicht redlich, zum anderen völlig verkehrt. Also folgen Sie auch da unseren Anträgen und unseren Anliegen.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Zum öffentlichen Personennahverkehr und den Regionalisierungsmitteln haben wiederum die SPD und die GRÜNEN massive Forderungen gestellt, dass der versprochene Ausgleich stattfindet. Herr Kollege Rotter, Sie sprechen noch dazu. Ich möchte Sie daran erinnern, als die Länder zum ersten Mal mit dem Begehren des Bundes konfrontiert wurden, bei den Regionalisierungsmitteln zu kürzen, da gab es einen Antrag, initiiert von Ministerpräsident Beck von Rheinland-Pfalz. Drei Länder sind dem nicht gefolgt, unter anderem Bayern. Bayern hat gesagt, es sei ein Gesamtpaket, dafür kriegen wir an anderer Stelle mehr, Mehrwertsteuer usw., und dieses Geld stecken wir dann in den Personennahverkehr.

Wir fordern ein, dass das jetzt auch geschieht,

(Beifall der Abgeordneten Maria Scharfenberg (GRÜNE) – Glocke des Präsidenten)

dass die Pendler und Pendlerinnen in Bayern eben nicht im Regen stehen müssen, in Wind und Wetter oder in überfüllten Zügen, sondern dass für ein hinreichendes Angebot gesorgt wird.

Ich muss zum Schluss kommen – das war Ihre Glocke? Ich hatte gedacht, Sie wollen die Kollegen ermahnen.

(Allgemeine Heiterkeit)

Es gibt noch viel zu tun, Herr Minister. Es gibt jede Menge Handlungsbedarf. Die regionalen Disparitäten sind riesengroß. Wir haben Lücken bei den Ausstellungsplätzen. Das LEP war ein Torso, wie Sie zugegeben haben, Sie wollen bald ein neues auflegen. Ich erinnere an den Streit bei der Zentralörtlichkeit, den Streit bei den Großmärkten. Note eins bis zwei habe ich eingangs angesprochen. Der Weg dorthin ist also noch lang. Wir unterstützen Sie aber gerne, wenn Sie so weit kommen wollen.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Zweiter Vizepräsident Prof. Dr. Peter Paul Gantzer: Vielen Dank, Herr Kollege Runge. Ein Tipp aus der Praxis: Ein Blick auf die Uhr fördert das Zeitgefühl. – Als Nächster hat Herr Kollege Rotter das Wort.

Eberhard Rotter (CSU): Herr Präsident, liebe Kolleginnen und Kollegen! Der Aufschwung in unserem Lande ist unbestreitbar. Gestritten wird allenfalls darüber, wer dafür die Verantwortung trägt.

(Joachim Wahnschaffe (SPD): Sie natürlich!)

Da kann ich nur schmunzeln, wenn der frühere Bundeskanzler jetzt auch diesen Aufschwung für sich reklamiert. Er hat schließlich Erfahrungen mit dem Reklamieren von Aufschwüngen. Als Kohl noch an der Regierung war, hat er im Vorfeld der Bundestagswahl 1998 auch schon gesagt: Das ist mein Aufschwung, der jetzt kommt. Und jetzt soll es wieder sein Aufschwung sein.

(Dr. Thomas Beyer (SPD): Die Geschichte gibt ihm recht!)

Aber während der sieben Jahre Schröder war nichts mit Aufschwung.

(Dr. Thomas Beyer (SPD): 2000!)

Da war Aufschwung, meine Damen und Herren.

(Beifall bei Abgeordneten der CSU)

Meine lieben Kolleginnen und Kollegen, die Stimmung in unserem Land ist deutlich schlechter als die Lage. Die Unternehmer haben wieder Vertrauen in den Standort gefasst und investieren kräftig. Die Arbeitslosenzahl in Deutschland ist um mehr als eine halbe Million zurückgegangen.

(Manfred Ach (CSU): So ist es!)

Im Übrigen liegen von den zehn Arbeitsagenturbezirken mit den niedrigsten Arbeitslosenquoten acht in Bayern, die übrigen beiden in Baden-Württemberg. Von diesen acht Arbeitsagenturbezirken ist die ganz große Mehrheit im ländlichen Raum.

(Dr. Thomas Beyer (SPD): Freising!)

Gar so schlimm scheint es dort also auch nicht zu sein. Die Strukturschwäche des ländlichen Raumes ist also weiß Gott nicht so tragisch, wie es von der Opposition immer wieder kolportiert wird.

Meine Damen und Herren, jeden Tag entstehen derzeit 1000 neue Arbeitsplätze in Deutschland. Noch vor einem Jahr wurden 1000 pro Tag abgebaut. Deutschland weist das stärkste Wirtschaftswachstum aller Industriestaaten auf, und das Konsumklima ist auf einem Höchststand seit November 2001. Der Freistaat Bayern ist sowohl beim Abbau der Arbeitslosigkeit als auch beim Beschäftigungszuwachs vorne mit dabei.

Der Dank für diese Erfolge, liebe Kolleginnen und Kollegen, gebührt zunächst einmal den Unternehmern, die umfassende Umstrukturierungen vorgenommen haben, insbesondere auch in klein- und mittelständischen Unternehmen.

(Joachim Wahnschaffe (SPD): Denken Sie an die Firma Siemens, an die Firma Infineon?)

– Das ist kein mittelständisches Unternehmen, Herr Kollege Wahnschaffe. Das sollten Sie eigentlich wissen. Von daher habe ich diese ganz besonders hervorgehoben. Aber der Dank gebührt ganz genauso auch den Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmern in unserem Lande, die nämlich Lohnzurückhaltung, teilweise gegen den Rat der Gewerkschaften, geübt haben im Interesse der Arbeitsplatzsicherung und des wirtschaftlichen Erfolges ihres Betriebes.

Mitentscheidend war natürlich auch das, was an guten wirtschaftlichen Rahmenbedingungen jetzt wiederum im Bund und im Freistaat Bayern schon seit Jahrzehnten vorgegeben wird. Dass daran natürlich auch die Poli-

tik des Freistaates ihren ganz wesentlichen Anteil hat, sieht man daran, dass weit über die Hälfte aller ausländischen Investitionen im Freistaat Bayern und hier wiederum im Großraum München erfolgen. Daran ist messbar und nachweisbar, dass für die Rahmenbedingungen im Standort Bayern sehr viel getan worden ist. Daher gebührt natürlich unserem Staatsminister Erwin Huber ein Glückwunsch,

(Beifall bei der CSU)

der die erfolgreiche Politik seines Vorgängers Otto Wiesheu fortgesetzt hat, genauso Staatssekretär Hans Spitzner und allen Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern des Ministeriums. Ebenso bedanke ich mich für die gute Zusammenarbeit, die das Parlament und insbesondere unser Ausschuss traditionell mit dem Hause pflegen.

Meine sehr geehrten Damen und Herren, die klein- und mittelständischen Unternehmen in Bayern werden effektiv unterstützt durch die Regionalförderung, durch die Mittelstandsförderung und die Technologieförderung. Durch Gelder der Europäischen Union erfolgt eine Mittelverstärkung, die vor allem in die Grenzgebiete zu Thüringen, Sachsen und Tschechien fließt. 330 Millionen Euro der sogenannten EFRE-Mittel der Europäischen Union erhält das Wirtschaftsministerium in den Jahren 2007 bis 2013.

Diese Finanzhilfen der EU ergänzen die weiterhin in erheblichem Umfang zur Verfügung gestellten Landesmittel, die unter anderem zur Verbesserung der regionalen Wirtschaftsstruktur und im Rahmen des Mittelstandskreditprogramms vergeben werden. Diese sehr stark nachgefragten Darlehen gehen überwiegend an kleine Unternehmen mit bis zu neun Beschäftigten. Erfreulich ist es, dass nun die Mittel für die Jahre 2007 und 2008, einem CSU-Antrag folgend, noch um 2 Millionen auf jetzt 27 Millionen Euro jährlich aufgestockt werden konnten. Dass die Opposition höhere Ansprüche stellt und etwas mehr will, erinnert mich an den alten Metzger, bei dem ich als Bub immer eingekauft habe und der auch bei jeder Bestellung gefragt hat: Darf es noch etwas mehr sein? Aber es muss natürlich auch finanzierbar sein. Dass die Richtung richtig ist und dass es notwendig ist, hier zusätzlich etwas zu tun, haben wir mit unserem Antrag nachgewiesen.

Für die Regionalförderung sieht der Doppelhaushalt gegenüber 2006 insgesamt 9 Millionen Euro pro Jahr mehr vor. Das verteilt sich wie folgt: 2,5 Millionen Euro pro annum mehr für das regionale Wirtschaftsförderungsprogramm, für die Gemeinschaftsaufgabe „Verbesserung der regionalen Wirtschaftsstruktur“ 5,4 Millionen Euro pro annum mehr, schließlich für die Förderung der Tourismus-Infrastruktur 1,1 Millionen Euro pro Jahr. Hinzu kommt, dass wir aus Gewinnen der Landesanstalt für Aufbaufinanzierung für den Tourismus ein Kreditprogramm auflegen werden, um – ich zitiere Erwin Huber – „den Charme der Sechziger- und Siebzigerjahre aus unseren Beherbergungsbetrieben herauszubekommen“. Ich hoffe, dass in Schwaben und Oberbayern insbesondere dieses Programm stark in Anspruch genommen wird.

Die in der Koalitionsvereinbarung genannte Kürzung der Regionalisierungsmittel hat uns natürlich große Sorgen gemacht. Gerade auch durch den Einsatz Bayerns und unseres Wirtschaftsministers konnten zwar die Einschnitte um insgesamt 500 Millionen Euro reduziert werden,

(Zuruf des Abgeordneten Dr. Thomas Beyer (SPD))

aber sie waren dennoch schmerzlich. Was Ihre Forderung betrifft, dass die Mehreinnahmen bei der Mehrwertsteuer dafür verwendet werden sollten, müssen Sie schon so ehrlich sein und sagen, dass Sie diese Mehreinnahmen in anderen Anträgen und Haushalten des Freistaats Bayern ohnehin schon längst verfrühstückt haben. Ich nehme an, dass auch zu Ihnen in die Sprechstunden Lehrer, Eltern und Studenten kommen, die in Schulen und Hochschulen natürlich einen Mittelmehreinsatz fordern, sodass wir mit den Mehreinnahmen bei der Mehrwertsteuer natürlich nicht die weggefallenen Regionalisierungsmittel ausgleichen können, was ich persönlich bedauere.

Die Aussetzung der Busförderung in den Jahren 2007 und 2008 empfinde auch ich als nicht sehr erfreulich; das ist überhaupt keine Frage. Aber es handelt sich zunächst einmal um eine Aussetzung. Wir sollten natürlich alles dafür tun, dass wir auf diesem Gebiet in den folgenden Jahren wieder Fördermittel einsetzen können.

Als besonders positiv möchte ich im Umgang mit der Kürzung der Regionalisierungsmittel hervorheben, dass auf diesem Gebiet keine Abbestellungen erfolgt sind, dass wir den Bayerntakt so fortsetzen, wie er sich seit zehn Jahren zu einem Erfolgsmodell entwickelt hat, und dass wir im Gegensatz zu anderen Bundesländern – leider auch im Gegensatz zu Baden-Württemberg, unserem unmittelbaren Nachbarland – nicht weniger Verkehr auf der Schiene bestellen und finanzieren, sondern mehr Verkehr. Allein im kommenden Jahr werden auf der Schiene zusätzlich 800 000 Kilometer gefahren werden.

In diesem Bereich wollen wir vor allem durch Kostensenkungen infolge verstärkten Wettbewerbs und durch Ausschreibungen Einsparungen erzielen. Allerdings darf das natürlich nicht zu Serviceeinschränkungen führen, die auch mir nicht gefallen.

(Dr. Thomas Beyer (SPD): Zugbegleiterabbau!)

– Herr Kollege Dr. Beyer, weniger Zugbegleiter, genau darauf möchte ich hinaus. Im nächsten Jahr soll es 5 % weniger Zugbegleiter geben. Das bedeutet ein Defizit an Sicherheit; das bedeutet fehlende Ansprechpartner im Zug. Hinzu kommt, dass künftig im Zug kein Fahrscheinverkauf mehr stattfinden soll. Wer weiß, wie häufig Automaten gestört sind und dass es immer noch sehr viele Bahnbenutzer gibt, die ihre Fahrkarte nicht im Internet kaufen, kann sich vorstellen, dass hier die DB Regio alles andere als eine praktikable Maßnahme ergreift.

(Beifall des Abgeordneten Dr. Thomas Beyer (SPD))

Private Betreiber machen es der DB Regio vor, wie man das besser lösen kann. Beispielsweise können Sie im ALEX, im Allgäu Express zwischen München und Oberstdorf, ohne Mehrkosten nachlösen. Auch ist dieser Zug nach wie vor mit zwei Zugbegleitern besetzt. Das ist also machbar. Wir dürfen die DB Regio und die Betreiber sich nicht darauf hinausreden lassen, dass sie aus Kostengründen zu dieser Maßnahme gezwungen seien.

(Beifall des Abgeordneten Dr. Thomas Beyer (SPD))

Die Überschüsse, die die DB AG erzielte, stammen im Wesentlichen aus dem Regio-Bereich. Daher kann auf diesem Gebiet eine angemessene Qualität geboten werden.

(Dr. Thomas Beyer (SPD): Sehr gut, Herr Kollege!)

Die Qualität ist auch im Busverkehr nicht gerade optimal, dies gilt vor allem für Schulbusse. Wir sollten auf die Aufgabenträger und natürlich auch auf die durchführenden Unternehmen einwirken, dass sie auch Schüler als normale Fahrgäste und Kunden betrachten, nicht nur als Beförderungsfälle. Wir geben auch für diesen Bereich sehr viel Geld aus. Daher sollten wir auch überprüfen und wissen, was draußen damit gemacht wird.

Als positiv möchte ich erwähnen, dass wir die allgemeinen ÖPNV-Zuweisungen in den Jahren 2007 und 2008 um je 4 Millionen Euro erhöhen konnten.

Unerfreulich ist die lange Dauer vieler Investitionsvorhaben in die Schiene und in die Straße. Der schleppende Ausbau der Infrastruktur behindert die Wirtschaft und die Mobilität der Bürgerinnen und Bürger. Die Mittel für den Staatsstraßenbau konnten wir durch einen Antrag der CSU-Fraktion nun um jeweils 5 Millionen Euro pro Jahr erhöhen – das haben wir gestern beim Haushalt des Innenministers gehört –, sodass wir in den Jahren 2007 und 2008 jeweils 141 Millionen Euro zur Verfügung haben werden. Diese Mittel werden im Wesentlichen der Bestandserhaltung und dem Neubau von Ortsumfahrungen zugutekommen.

Beim Ausbau des Schienennetzes erleben wir immer wieder Verzögerungen und die Nichteinhaltung von Zeitplänen; hierfür einige Beispiele, jedoch ohne Anspruch auf Vollständigkeit: Das „Neitech-Projekt Allgäu“ sollte 2001 fertig gestellt sein. Derzeit ist die erste Stufe dieses Projekts im Bau, und es wird, wenn wir Glück haben, Ende des nächsten Jahres fertig sein. Hinsichtlich der zweiten Stufe sind noch nicht einmal detaillierte Planungen erfolgt. Ich verweise auch auf das Ausbauprogramm der S-Bahnen in München und Nürnberg. Auch da hinkt die Realität den ursprünglichen Planungen weit hinterher. Gleiches gilt für den Regio-Schientakt Augsburg und für die Schienenanbindung des Flughafens München. Hier haben wir zum einen den Erdinger Ringschluss und die Walpertskirchener Spange, zum anderen den Ausbau zwischen Erding und München-Ost. Noch vor eineinhalb Jahren hat uns Otto Wiesheu im Ausschuss erklärt, er gehe davon aus, dass diese Projekte im Jahr 2010 beenden

seien. Mittlerweile sind wir froh, wenn wir bis dahin mit dem Bauen beginnen können. Dies zeigt natürlich, dass wir dafür zu wenig Mittel zur Verfügung haben. Auch ich wünsche mir insofern einen Nachtragsetat, damit wir künftig die Investitionsquote wieder erhöhen und das hier notwendige Geld effektiv einsetzen können.

Von 2006 bis 2010 sind für Aus- und Neubaumaßnahmen durch den Bund lediglich 4,1 Milliarden Euro für den Schienenbereich vorgesehen. Dies reicht natürlich bei Weitem nicht aus, um auch nur die dringendsten Ausbauprojekte des Bundesverkehrswegeplans voranzubringen.

Positiv zu vermelden ist, dass sich bei der Anbindung des Chemiedreiecks endlich etwas bewegt. Auch in Bezug auf die Güterzugumfahrung Fürth haben wir positive Signale bekommen, um hier den Eisenbahnknoten Nürnberg – Fürth entflechten zu können. Auch für die Elektrifizierung der Strecke München – Memmingen – Lindau zeichnet sich eine Lösung ab, zumal hier der Nutzen-Kosten-Faktor 1,9 beträgt, was für ein entsprechendes Projekt sehr hoch ist, und das ohne die von der Schweiz angebotenen Vorfinanzierungsmittel in Höhe von 75 Millionen Schweizer Franken. Es geht hier darum, die Finanzierungsverhandlungen zwischen dem Freistaat Bayern, dem Bund und der DB AG alsbald zu beenden, um in die Planung und in den Bau einzusteigen; denn es handelt sich hier um eine äußerst wichtige Anbindung an die neue Eisenbahn-Alpentransversale der Schweiz. Wir wissen, dass neben dem Ost-West-Verkehr insbesondere auch der die Alpen querende Verkehr in den nächsten Jahren sehr stark zunehmen wird.

Bayern ist als bedeutendes Transitland Schnittpunkt der transeuropäischen Netze Paris – Stuttgart – München – Wien – Budapest/Bratislava und Berlin – München – Verona – Neapel – Palermo. Wir müssen dafür Sorge tragen, dass im Freistaat Bayern keine Engstellen zwischen Augsburg und Stuttgart bzw. zwischen München und Kufstein entstehen und daher auch gegenüber der Bahn und dem Bund immer wieder anmahnen, die notwendigen Mittel zur Verfügung zu stellen. Die von der EU-Osterweiterung besonders betroffenen Verkehrsverbindungen müssen für das zusammenwachsende Europa fitgemacht werden.

Liebe Kolleginnen und Kollegen, nachdem meine Vorredner auch auf den Transrapid eingegangen sind, auch von mir einige Sätze dazu. Wir sehen ihn nach wie vor als ideales Verkehrsmittel zur Verbesserung der Flughafenanbindung in München an.

(Maria Scharfenberg (GRÜNE): Das haben wir uns gedacht!)

– Ja, sehen Sie; jetzt habe ich Sie nicht überraschen können. Auch Sie haben mich mit Ihren Anträgen nicht überraschen können, die wir ablehnen werden. Von daher also: Warum machen wir überhaupt dieses Spiel, wenn wir ohnehin schon vorher wissen, dass es keinen Wert hat? Von den GRÜNEN sind drei oder vier getrennte Anträge gestellt worden.

Wir sehen im Transrapid nach wie vor eine hoheverkehrliche Bedeutung angesichts des in den nächsten Jahren starken Wachstums des Flughafens. Die derzeitige Anbindung an den Münchner Hauptbahnhof ist nicht ausreichend. Mit dem Transrapid können wir die Reisezeit von derzeit über 40 Minuten auf 10 Minuten verkürzen und haben damit eine hohe Attraktivität und erhebliche zeitliche Vorteile für Reisende, die insbesondere als Umsteiger aus Nürnberg, Ingolstadt, aus Ulm, Augsburg, aus Lindau, Kempten, aus Garmisch und aus Rosenheim am Münchner Hauptbahnhof ankommen.

(Zurufe von den GRÜNEN)

– Regen Sie sich wieder ab! Die Verkehrsprognosen für das Jahr 2020 gehen davon aus, dass rund 8 Millionen Personen pro Jahr den Transrapid nutzen werden, davon rund 3 Millionen Umsteiger vom Auto. Neben dieserverkehrlichen Bedeutung hat der Transrapid natürlich auch eine industriepolitische Bedeutung. Das ist im Koalitionsvertrag von CDU/CSU und SPD ja auch explizit festgelegt: hoher technischer Innovationsgrad und Potenzial für den Export und von daher ein Symbol für die technologische Leistungsfähigkeit Deutschlands.

Zweiter Vizepräsident Prof. Dr. Peter Paul Gantzer: Herr Kollege Rotter, gestatten Sie eine Zwischenfrage des Kollegen Volkmann?

Eberhard Rotter (CSU): Nein, meine Redezeit ist demnächst zu Ende. Er kann sich dann zu Wort melden.

Bei den Finanzierungsverhandlungen mit dem Bund ist im November ein wichtiger Schritt nach vorne gemacht worden. Es handelt sich um ein Projekt in gemeinsamer Verantwortung von Bund und Freistaat. Der Bund wird hierfür ein Gesetz erlassen, und der Freistaat Bayern hat bei der Finanzierungszusage seinen Anteil auf 300 Millionen Euro erhöht; der Bund wird seinen Anteil auf 925 Millionen Euro, sprich: die Hälfte der veranschlagten Kosten erhöhen.

Ganz entscheidend für die Zustimmung zum Transrapid ist für mich persönlich und auch für meine Fraktion, dass Bayern keine Regionalisierungsmittel und keine GVFG-Mittel für den Transrapid einsetzen wird. Dies ist in diesem Haushalt auch deutlich klargestellt.

(Beifall bei der SPD – Dr. Thomas Beyer (SPD):
Nachdem wir gebohrt haben!)

– Nein, das war nicht Ihr Bohren, sondern das war von Anfang an unsere Überzeugung.

Die Alternative Express-S-Bahn, die unter dem Stichwort „MEx“ bekannt ist, würde nämlich genau das hervorrufen, was Sie dem Transrapid immer vorhalten: Die dafür notwendigen Mittel müssten aus den Regionalisierungsmitteln und aus den GVFG-Mitteln genommen werden, also aus den Nahverkehrsmitteln, die der Bund gemäß § 8 Absatz 2 des Schienenwegeausbaugesetzes zur Verfügung stellt. Von daher ist nur mit dem Transrapid sichergestellt, dass uns die übrigen Nahverkehrsmittel für die Ballungsräume und auch für das Land erhalten bleiben.

Meine sehr geehrten Damen und Herren, ich komme zum Schluss. Der Verkehrswegeausbau ist für die Wirtschaft und für die Menschen in unserem Lande von erheblicher Bedeutung. Viele Milliarden Euro gehen Jahr für Jahr im Stau verloren. Verkehrsadern sind Lebensadern für die Wirtschaft. Sorgen wir für die nötigen Mittel, um den Bestand zu erhalten und ergänzende Ausbauten und Kapazitätserweiterungen zur Verfügung zu haben. Dem trägt dieser Doppelhaushalt Rechnung. Ich bitte um Zustimmung.

(Beifall bei der CSU)

Zweiter Vizepräsident Prof. Dr. Peter Paul Gantzer: Nächste Wortmeldung: Herr Staatsminister Huber, wenn er uns die Ehre geben würde.

(Dr. Christian Magerl (GRÜNE): Er geht nur widerwillig ans Rednerpult!)

Staatsminister Erwin Huber (Wirtschaftsministerium): Herr Präsident, meine sehr verehrten Damen und Herren! Das ist der erste Doppelhaushalt, den ich dem Hohen Hause in meiner Eigenschaft als Wirtschaftsminister vorlegen darf. Ich möchte mich zunächst für die sehr pragmatische, kompetente und gute Beratung im Haushaltsausschuss bedanken. Ich bedanke mich bei den Berichterstattern und beim Haushaltsausschuss insgesamt. Eines ist klar, meine Damen und Herren: Das ist zwar kein üppiger, großer Haushalt, weil er keinen Verwaltungshaushalt darstellt, dieser Haushalt ist aber für die wirtschaftliche Entwicklung Bayerns, für die Infrastruktur, für die Technologie und deshalb für die Arbeitsplätze wichtig. Dieser Haushalt gibt uns Möglichkeiten, die wirtschaftliche Entwicklung auch im nächsten Jahr weiter fortzusetzen.

Meine sehr verehrten Damen und Herren, von den Kollegen Traublinger und Rotter ist gesagt worden – ich bedanke mich auch für die hervorragende Berichterstattung –: Wir haben im Jahr 2006 einen Wirtschaftsaufschwung in Deutschland, besonders in Bayern, der weit über die Erwartungen hinausgeht. Wir werden in Bayern ein Wachstum von rund 2,5 % haben. Wir haben – das ist ganz erfreulich – diesen Aufschwung nicht nur im Bereich der Exporte, sondern dieser Aufschwung geht erfreulicherweise quer durch die gesamte Wirtschaft. Wir haben einen Boom bei den Exporten. Wir haben erfreulicherweise nach elf mageren Jahren in der Bauwirtschaft eine deutliche Erholung. In einzelnen Bereichen der Bauwirtschaft bekommt man im Moment die Rohstoffe nicht mehr, die man einsetzen könnte. Wir haben bei der Industrie eine Wende zum Besseren, und wir haben erfreulicherweise auch beim Handwerk ein Umsatzplus von 4 %. Wir haben also ein Wirtschaftswachstum, das quer durchgeht, das erfreulich ist und das auch einen guten Ausblick auf das Jahr 2007 ermöglicht.

Meine sehr verehrten Damen und Herren, das ist ein Wirtschaftswachstum, das eben nicht der Statistik dient oder für die bunten Prospekte da ist, sondern das bei den Menschen ankommt. Wir haben im November 2006 in Bayern rund 70 000 Arbeitsplätze mehr als im Vorjahr gehabt. Das heißt, dass 70 000 Menschen zusätzlich einen Arbeitsplatz haben. Wir haben erfreulicherweise im

ganzen Land ein gutes Angebot an Ausbildungsplätzen. In diesem Zusammenhang möchte ich – ich nehme an, auch in Ihrer aller Namen – vor allem den mittelständischen Unternehmen, den Handwerkern herzlich danken für die Ausweitung des Angebots an Ausbildungsplätzen. Das ist ein Ausdruck sozialer Verantwortung gerade des Mittelstandes, meine Damen und Herren.

(Beifall bei der CSU – Zuruf des Abgeordneten Dr. Thomas Beyer (SPD))

Wir sollten gerade diese Ausbildungsbereitschaft des Mittelstandes und des Handwerks weiter stärken. Das Angebot an Ausbildungsplätzen geht über den Bedarf der nächsten Jahre hinaus. Dort wird auch auf Vorrat und aus sozialer Verantwortung ausgebildet. Das ist außerordentlich positiv.

Herr Kollege Beyer, ich würde Ihnen empfehlen, die Lachnummer, diesen Aufschwung dem gescheiterten Bundeskanzler Schröder zuzuschreiben, nicht mehr zu bringen.

(Beifall bei der CSU – Dr. Thomas Beyer (SPD): Die Geschichte gibt einem eben recht!)

Ich könnte im Gegenzug sagen: Huber kam, und mit der Wirtschaft ging es aufwärts.

(Beifall bei der CSU – Zurufe von der CSU: Bravo!)

Ich habe nicht gesagt, dass das eine unmittelbare Kausalität ist. Widerlegen können Sie das aber auch nicht. In diesem Sinne hoffe ich, dass wir gemeinsam die Weichen so stellen, dass es auch in der Zukunft weitergeht.

Meine Damen und Herren, besonders freut mich, dass wir in diesem Jahr wiederum eine Stärkung der Exportfolge haben werden. Wir haben bei der Industrie eine Exportquote von etwa 47 %. Erfreulich ist, dass wir in der Zwischenzeit auch beim Mittelstand eine Exportquote von nahezu 30 % haben. Das heißt, auch die kleinen und mittleren Unternehmen sind zunehmend auf den europäischen und den Weltmärkten erfolgreich. Wir geben durch unsere Außenwirtschaftspolitik auch entsprechende Unterstützung.

Meine Damen und Herren, mein Eindruck ist, dass die deutsche Wirtschaft am Ende dieses Jahres selbstbewusster in diesen globalen Wettbewerb geht als in den vergangenen Jahren. Wir konnten die Standortqualität in Bayern deutlich verbessern. Ich bin stolz darauf, dass es gerade in den letzten Wochen wichtige Investitionsentscheidungen ausländischer Unternehmen für den Standort Bayern gab. So hat zum Beispiel das österreichische Unternehmen OMV angekündigt, im Chemiedreieck bis zum Jahr 2010 Investitionen in einer Größenordnung von 1,3 Milliarden Euro vorzunehmen. Das ist ein überzeugender Beweis für die Qualität des Standortes Bayern.

Der finnische Papierkonzern Myllykoski wird eine Papierfabrik mit einem Investitionsvolumen von 500 Millionen Euro bauen. Der Konzern hat ursprünglich einen Stand-

ort in Tschechien gewählt. Wir sind ins Rennen gegangen und haben die Standortqualität, die Rechtssicherheit, die Verkehrsbedingungen, die Energieversorgung, die Rohstoffversorgung und insgesamt die Stabilität Bayerns in die Waagschale geworfen. Wir haben dann knapp vor einem tschechischen Standort das Rennen gemacht. Diese 500 Millionen Euro werden im östlichen Bayern eingesetzt. Diese zwei ausländischen Konzerne haben nicht nach Standortpatriotismus entschieden. Sie sind nach Bayern gegangen, weil wir die besseren Bedingungen stellen. Meine Damen und Herren, ich ersehe daraus, dass die langjährige Arbeit der Staatsregierung mit dem Ziel, den Standort für den internationalen Wettbewerb zu rüsten, bereits heute Erfolge zeitigt.

(Beifall bei der CSU)

Das sind nur zwei Beispiele. Es gibt eine Reihe weiterer Beispiele dafür, dass Unternehmen nach Bayern zurückkehren. Offenbar gab es in den vergangenen Jahren bei Entscheidungen, bei denen hauptsächlich Zahlen, Fakten und Daten eine Rolle spielen sollten, die Grundstimmung, man müsse in Tschechien oder in Osteuropa investieren. Das ist auch nicht völlig falsch; denn um diese Märkte zu bedienen, muss man dort gelegentlich investieren. Die Verlagerungen von Produktionen nach Osten waren aber mehr oder weniger ein Mainstream. Mancher hat gedacht, wenn er hier nicht dabei ist, hätte er keine Chance mehr.

Heute erleben wir, dass immer mehr Mittelständler wieder zurückkommen, dass sie Investitionen und Fabrikationen aus Osteuropa zurückführen und wieder auf den Standort Bayern setzen. Das ist für mich – über alle Zahlen hinweg – ein unwiderleglicher Beweis dafür, dass wir attraktiv und im weltweiten Wettbewerb erfolgreich sind. Die hohe Qualifizierung unserer Menschen und die höhere Flexibilität, die wir heute haben, bieten gute Chancen für die Zukunft. Wir sollten das Jammern über den Wirtschaftsstandort beenden und stattdessen zu Entscheidungen kommen.

(Beifall bei der CSU – Dr. Christian Magerl (GRÜNE): Wer war denn immer am Jammern?)

Wir brauchen auch gute Verkehrsverbindungen. Meine Damen und Herren, die Politik der GRÜNEN, neue Technologien schlichtweg abzulehnen und alle Verkehrsinvestitionen zu bekämpfen, führt uns mit Sicherheit nicht in die Zukunft.

(Beifall bei der CSU)

Meine Damen und Herren, ich möchte Ihnen die Wirtschaftspolitik der nächsten Jahre, wie sie mir vorschwebt, skizzieren. Als Erstes möchte ich das innovative Bayern herausstellen. Um in einem Hochpreisland wettbewerbsfähig zu sein, müssen wir bei den Produkten und bei den Prozessen besser und schneller als die Wettbewerber sein. Das ist leicht gesagt und schwer umgesetzt. Ich sehe aber nicht nur bei den großen Unternehmen, sondern auch beim Mittelstand, dass die Investitionsbereitschaft, die Anpassung an den technischen Fortschritt und die Flexibilisierung, zum Beispiel bei der Arbeitszeit, zunehmen.

Die Staatsregierung wird diese Innovationsfähigkeit des Landes weiter unterstützen und fördern. Die „Offensive Zukunft Bayern“ und die „Hightech-Offensive“ haben uns ein großes Stück und einen gewaltigen Sprung nach vorne gebracht. Ein Satz zum Wissenschaftsminister: Bayern hätte nicht zwei von drei Elite-Universitäten in Deutschland, wenn diese Initiative nicht gewesen wäre.

(Beifall bei der CSU)

Damit kann man weltweit punkten. Wir werden diese Innovationsfähigkeit durch die Clusterinitiative „Allianz Bayern Innovativ“ weiter stärken, die Sie im Prinzip mittragen. Ich bedanke mich, dass dafür rund 50 Millionen Euro zur Verfügung gestellt werden. Wir werden diese Initiative nutzen, um dem Mittelstand im ganzen Land die Möglichkeit zu geben, an den Forschungsergebnissen und am Technologietransfer teilzunehmen. Herr Kollege Dr. Beyer, der Mittelständler, den Sie genannt haben, hat keine Ahnung von der Clusterinitiative. Ich empfehle Ihnen: Fragen Sie lieber den Huber als irgendeinen rückständigen Mittelständler.

(Zurufe von der SPD: Der alte Huber! – Rückständiger Mittelständler, das muss man sich merken!)

– Wer Herrn Dr. Beyer etwas Falsches sagt, kann nur rückständig sein.

Die genannten 50 Millionen Euro waren nie für die Eröffnung von Forschungs- und Entwicklungstöpfen gedacht. Dieses Geld geht in den Prozess der Vernetzung. Im Moment haben wir etwa 2600 Unternehmen nach einem Dreivierteljahr. Das ist ein gutes Ergebnis. Unser Ziel ist, im Endausbau etwa 10 000 Unternehmen in Bayern zur Mitwirkung an der Clusterinitiative, an diesen 19 Clustern, zu bewegen.

Ich füge hinzu: Die großen Unternehmen in den Ballungszentren – ich nenne nur München oder Nürnberg – haben kein Problem mit der Zusammenarbeit mit Universitäten und Fachhochschulen. Der kleine Mittelständler aus dem flachen Land kommt jedoch in der Regel gar nicht in die Forschungszentren der Universitäten hinein. Diesem kleinen Mittelständler müssen wir die Türe öffnen.

Die Clusteroffensive war von Anfang an darauf angelegt, dem Mittelstand Chancen zu geben und die Möglichkeiten des ländlichen Raums zu fördern, weil dies in Ballungsgebieten und bei Global Playern nicht nötig ist. Dies ist ein Angebot zu einer großen Offensive der Innovation für den Mittelstand in Bayern.

Hinsichtlich der zweiten Säule hatten wir von Anfang an vor, der Kommunalpolitik ein Angebot zu machen. Wir bieten dem Landkreistag und den Landräten ein Regionalmanagement an. Wir wollen regionale Konzepte ausarbeiten, um – wie man das so sagt – endogene Potenziale zu schöpfen.

Als zweiten Punkt möchte ich den Mittelstand und das Handwerk ansprechen. Meine Damen und Herren, Sie wissen, dass etwa zwei Drittel der Arbeitsplätze – es sind

sogar fast drei Viertel der Arbeitsplätze – bei den mittelständischen Unternehmen sind. Die Global Player und der Mittelstand stehen jedoch nicht gegeneinander; vielmehr gibt es zahlreiche Verflechtungen. Ich möchte die Leistungen der mittelständischen Unternehmen in besonderer Weise würdigen; denn sie sind es, die in schwierigen Jahren Arbeitsplätze gehalten und Arbeitsplätze geschaffen haben. Der Mittelstand ist das Rückgrat der Arbeitsplätze in Bayern. Ich habe seine Ausbildungsleistung gewürdigt.

Ich bedanke mich dafür, dass der Haushaltsausschuss für die Mittelstandsförderungen die Gelder für das Mittelstandskreditprogramm – MKP – für die Jahre 2007 und 2008 erhöht hat. Wir können diese Gelder für die Mittelstandsförderung sehr gut gebrauchen. Meine Damen und Herren von der Opposition, Sie haben kritisiert, dass wir diese Mittel in der Vergangenheit abgebaut hätten. Ich muss Sie darauf hinweisen, dass kein Antrag, der bei der Landesanstalt für Aufbaufinanzierung – LfA – eingegangen ist, deshalb abgelehnt wurde. Natürlich hat die Investitionstätigkeit in dieser Zeit wirtschaftlicher Schwäche und konjunkturellen Abschwungs abgenommen. In diesem Jahr hat die Anzahl der bei der LfA eingegangenen Anträge jedoch um mehr als 50 % zugenommen. Auch die Darlehensvolumina sind um mehr als 50 % gestiegen. Wir können dieses Programm selbstverständlich das ganze Jahr aufrechterhalten.

Das zeugt davon, dass der Mittelstand Zuversicht gewonnen hat und dass er wieder investiert. Wir werden ihn selbstverständlich dabei begleiten. Ich glaube aber, wir müssen noch mehr tun, um die Eigenkapitalbasis des Mittelstandes zu stärken. Deswegen hat Bayern gesagt: Wenn es zu einer Unternehmensteuerreform kommt, dann muss eine starke Mittelstandskomponente hinein. Der der SPD angehörende Finanzminister in Berlin hat einen Entwurf vorgelegt, der zuerst nur die Kapitalgesellschaften begünstigt hat, während er für die Kleinen nichts übrig gehabt hat. Es war die Leistung Bayerns, dass diese Komponente mit hineinkommt.

(Beifall bei der CSU)

Wir werden diese Mittelstandsförderung auch in der Zukunft fortsetzen. Ich glaube, dass der Gesetzentwurf, der dem Hohen Hause zur parlamentarischen Beratung vorliegt, eine gute Grundlage dafür ist. Wenn das Hohe Haus den einen oder anderen Punkt weiter verbessert, kann ich das nur begrüßen.

Ich möchte als besondere Chance den Tourismus herausstellen. Ich habe den Eindruck, dass diese Branche unterbewertet ist. Man muss sich vor Augen halten – Bayern ist das Tourismusland Nummer 1 in Deutschland –, dass mehr als 300 000 Arbeitsplätze vom Tourismus abhängen und dies zusammen mehr ausmacht als die Arbeitsplätze bei der Automobilproduktion und bei den Zulieferern. Bayern hat natürlich gute Chancen, seine Position weiter auszubauen, obwohl wir in einem weltweiten Wettbewerb stehen. Ich kann nicht verstehen, wie man zu einem Preis von 19 Euro, 29 Euro oder 39 Euro nach Mallorca oder sonst wohin fliegen kann, ich will damit aber nur die Wettbewerbssituation darstellen. Wir haben gute Karten.

Die Zahl der Ankünfte steigt, bei den Übernachtungen geht es manchmal etwas zurück, weil die Aufenthaltsdauer kürzer ist, aber wir werden einen deutlichen Schub beim Winter- und Sommertourismus geben. Ich darf dem Hohen Haus mitteilen, dass die Staatsregierung am Montag beschlossen hat, aus Geldern unseres Haushalts und des Haushalts der LfA ein Sonderförderprogramm mit zinsverbilligten Darlehen in der Größenordnung von 100 Millionen Euro für die nächsten drei Jahre aufzulegen, um Modernisierungen und Investitionen bei der Hotellerie durchzuführen.

(Beifall bei der CSU)

Ich sehe unser Land dabei in einem Wettbewerb mit Österreich, glaube aber, dass wir sehr gute Chancen haben. Wir werden auch die Skiweltmeisterschaft 2011 in Garmisch-Partenkirchen dazu nutzen, Garmisch zu einem der besten Wintersportstandorte der ganzen Alpen zu machen. Ich werde am Donnerstag und am Freitag bei der Eröffnung von Beschneiungsanlagen in Oberfranken und Oberbayern sein, weil ich meine, wer den Wintertourismus will, muss auch den Mut zu Investitionen haben.

(Beifall bei der CSU)

Man sieht auch: Die GRÜNEN sind im grünen Abseits, so wie wir es von Ihnen gewohnt sind.

(Beifall bei der CSU – Zurufe von den GRÜNEN)

– Sie werden ja wohl nicht das Skifahren verbieten wollen. Ich traue Ihnen zwar alles zu, aber das glaube ich doch nicht. Ich bitte Sie, einmal unter ökologischen Gesichtspunkten zu überlegen, ob es nicht vielleicht vorteilhaft ist, am Tegernsee, Spitzingsee oder auch im Allgäu Beschneiungsanlagen zu bauen, um zu vermeiden, dass die Menschen nach Südtirol fahren, wo sie mit einer Wahrscheinlichkeit von 60 % beschneite Pisten vorfinden. Ich meine, wer eine ökologische Bilanz zieht, muss ein klares Ja zum Standort Bayern sagen.

(Beifall bei der CSU)

Ich möchte als weiteren Punkt das Themenfeld Industriestandorte herausgreifen. Es gab in der Wissenschaft und bei den Medien in den letzten Jahren ein Schlagwort: Die Zukunft ist die wissensbasierte Dienstleistungsgesellschaft. Viele reden das nach, obwohl ich glaube, dass das nicht sehr durchdacht ist. Natürlich werden wir die Chancen des Dienstleistungsbereichs nutzen, wer aber einen Dualismus darstellt und sagt, die Zukunft sei die Dienstleistung, während wir die Produktion und Industrielleistung nicht bräuchten, der unterliegt einem verhängnisvollen Irrtum. Wir müssen ein attraktiver Produktionsstandort bleiben. Wer meint, von Blaupausen leben zu können, muss wissen: Wer nicht produziert, wird auch bald keine Blaupausen mehr machen können.

(Beifall bei der CSU)

Die Forschung folgt der Produktion. Hierfür gibt es gute Beispiele. Wir sollten – die Vereinigten Staaten von Ame-

rika haben eine geringere Industriedichte und einen höheren Dienstleistungsgrad – uns die Vereinigten Staaten nicht zum Vorbild nehmen und die Industrie weiter zurückfahren. Wer bei den Industrieprodukten wettbewerbsfähig ist, der hat eine bessere Zukunft. Deshalb sage ich Ihnen zu: Ich werde in meiner Arbeit alles daransetzen, dass auch der Produktionsstandort Bayern auf allen Produktionsfeldern – Automobil, Chemie oder auf anderen Feldern – wettbewerbsfähig bleibt, denn nur dann werden wir vor- und nachgelagert die zukunfts-trächtigen Arbeitsplätze bei uns haben.

(Beifall bei der CSU)

Deshalb ist es erfreulich, dass beispielsweise ein DAX-Unternehmen wie Linde sein Hauptquartier von Wiesbaden nach München verlegt. Der Freistaat Bayern ist das Land mit den meisten DAX-Unternehmen. Ich möchte den Industrieunternehmen sagen: Die Staatsregierung ist ein verlässlicher Partner für die Zukunft.

Ich möchte auch deutlich machen, dass diese Entwicklung nicht nur den Ballungsräumen zugutekommen darf, sondern auch dem gesamten ländlichen Raum zugutekommen muss. Die Staatsregierung und die CSU-Landtagsfraktion arbeiten an weiteren Programmen und Konzepten für den ländlichen Raum. Ich freue mich, dass wir in den Jahren 2007 bis 2013 deutlich mehr als in den letzten Jahren für die Regionalförderung tun können. Es stehen uns aus dem EFRE-Programm – europäische Mittel – mehr als 570 Millionen in diesem Zeitraum zur Verfügung. Das ist eine Steigerung um mehr als 10 %, nahezu 15 % gegenüber der letzten Haushaltsperiode der Europäischen Union. Wir können die Gemeinschaftsaufgabe weiterführen. Wir haben das Gebiet der Gemeinschaftsaufgabe in Ostbayern ausdehnen können. Wir haben 11 % der Gemeinschaftsaufgabe in der Zukunft, und das wird eine deutliche Stärkung der ländlichen Räume bewirken. Wir lassen auch das Grenzland beim Strukturwandel vor dem Hintergrund des Fördergefälles in Bezug auf den Osten nicht im Stich.

(Beifall bei der CSU)

Sehr erfreulich ist, dass Oberfranken bei der Erholung des Arbeitsmarktes einen großen Sprung nach vorne gemacht hat. Wenn man gelegentlich sagt, in Bayern gebe es Unterschiede, dann darf man nicht vergessen: Es wird auf der ganzen Welt kein einziges Land geben, welches eine völlig homogene wirtschaftliche Situation aufweist. Eine solche Annahme wäre auch weltfremd. Dass die Gebiete mit den größten Schwierigkeiten wie Oberfranken und die nördliche Oberpfalz bei der Arbeitslosigkeit unter dem Bundesdurchschnitt West liegen, bringt zum Ausdruck, dass in den letzten Jahrzehnten mit Zähigkeit und Können sowie unter schwierigen Bedingungen die wirtschaftliche Entwicklung vorangebracht wurde. Wir werden diesen Kampf für die Stärkung der peripheren Räume auch in den nächsten Jahren fortsetzen.

Was die sogenannten Datenautobahnen angeht: Wir haben der Telekom deutlich gesagt: Wenn wir beispielsweise der Änderung des Telekommunikationsgesetzes am Freitag im Bundesrat zustimmen, verbinden wir damit

die Erwartung, dass ein gewisser Teil des Wettbewerbsvorteils, den die Telekom hat, auch für Investitionen in das DSL – Digital Subscriber Line – in ganz Bayern zugutekommt. Unser Ziel ist, dass es ein schnelles und breitbandiges Internet in allen Landesteilen gibt.

(Beifall bei der CSU)

Dabei ist die Telekom gefordert. Kabel Deutschland wird modernisieren und ausbauen. Die Bundesnetzagentur hat die Frequenzen bei den Funkmöglichkeiten ausgeschrieben. Wir werden dies in besonderer Weise nutzen. Das Gleiche gilt für die Satelliten. Ich kündige Ihnen an, dass ich den nächsten Monaten ein breit gefächertes Angebot für schnelles Internet in ganz Bayern darstellen werde.

Ein gewaltiges Problem für die wirtschaftliche Entwicklung stellen die Energiepolitik und die Energiepreise dar. Wir haben nach Italien die zweithöchsten Strompreise in Europa.

(Zurufe von den GRÜNEN)

Beim Gas und bei anderen Energiequellen droht entweder eine starke Abhängigkeit vom Ausland oder eben auch ein starker Preisdruck nach oben. Deshalb muss es unser Ziel sein, im Bereich der Energiepreise ein für die Wirtschaft, aber auch für die Haushalte in Bayern finanzierbares Angebot zu machen. Das ist selbstverständlich.

In diesem Zusammenhang sage ich zur linken Seite des Hohen Hauses: Wer niedrige Strompreise fordert und zugleich aus der Kernenergie aussteigt, tut selber einen gewaltigen Schritt, um die Strompreise in die Höhe zu jagen.

(Beifall bei der CSU – Zurufe von den GRÜNEN)

Aus der Kernenergie gewinnen wir ganz eindeutig den preisgünstigsten Strom, den wir anbieten können. Daran besteht kein Zweifel.

(Widerspruch bei den GRÜNEN)

Wer aus der Kernenergie aussteigt, wird in Zukunft schmutzigen und teuren Strom haben.

(Dr. Christian Magerl (GRÜNE): Und was ist mit der Endlagerung? – Weitere Zurufe von den GRÜNEN)

– Ich weiß schon, das ist bei Ihnen eine Glaubensfrage, und da hört das Denken auf.

(Johanna Werner-Muggendorfer (SPD): Es ist eine Überlebensfrage!)

Die Alternative wäre, die Kernkraftwerke durch Kohle- oder Gaswerke zu ersetzen, da die regenerativen Energien, die wir fördern und unterstützen, nur einen Teil des Bedarfs auffangen können.

(Maria Scharfenberg (GRÜNE): Wie ist das mit dem Müllproblem?)

Meine Damen und Herren, ich will Ihnen nur zwei Zahlen bringen. Es wird darüber gestritten, ob man die CO₂-Belastung in Deutschland um 10 oder 12 Millionen Tonnen reduzieren kann. Es wird darüber gestritten, ob wir vielleicht noch die eine oder andere zusätzliche Tonne reduzieren können. Wer aus der Kernenergie aussteigt, riskiert eine zusätzliche CO₂-Emission von 150 Millionen Tonnen. Wer da aussteigt, macht wirklich ein Schurkenstück zulasten des Klimas nicht nur in Deutschland, sondern auch in der ganzen Welt.

(Beifall bei der CSU – Widerspruch bei den GRÜNEN)

Wenn Sie mir nun die Stichworte zurufen, Müll-Problematik, abgebrannte Brennelemente und dergleichen mehr, dann nur der Hinweis: Der Salzstock in Gorleben ist fertig, lediglich Umweltminister Gabriel ist nicht in der Lage, dort etwas politisch umzusetzen.

(Beifall bei der CSU – Anhaltende Zurufe von der SPD und von den GRÜNEN)

Lassen Sie mich in den paar Minuten Redezeit, die ich noch habe, etwas zur Verkehrspolitik sagen. Darauf warten Sie doch schon ganz gespannt. Ich bin ja nun auch für die Schiene zuständig. Dazu darf ich Ihnen, Kollege Beyer, gleich sagen, dass in den Zahlen, die Sie zur Busförderung genannt haben, ein Verdreher enthalten war. Ich möchte das kurz richtig stellen. Was die Regionalisierungsmittel angeht, haben wir bei den Mitteln, die wir vom Bund bekommen, einen Rückgang von 150 Millionen und nicht von 67 Millionen. Schauen Sie einmal in den Haushalt hinein. Wir kürzen in der Tat und setzen in den zwei Jahren die Busförderung aus. Und wenn Sie nun die Busförderung zum Zentrum Ihrer Argumentation machen, darf ich Sie daran erinnern, dass lediglich vier Länder in Deutschland eine Busförderung betreiben.

(Zuruf von den GRÜNEN)

Ich möchte dem Hohen Haus mitteilen, dass ich das Angebot trotz der Kürzung der Regionalisierungsmittel im Bereich des Schienenpersonennahverkehrs verbessern kann. Überall dort, wo wir neu ausschreiben, sei es das Regionalnetz Augsburg, das Regionalnetz Würzburg oder das Regionalnetz Regensburg – Passau wird in Kürze vergeben –, verbessern wir das Angebot. Wir intensivieren die Takte, und wir werden durch den Wettbewerb mit gleichen Preisen oder sogar mit niedrigeren Preisen ein besseres Angebot bekommen.

(Manfred Ach (CSU): Sehr gut!)

Ich sage dem Hohen Haus zu: Mein persönliches Anliegen ist, einen attraktiven Personennahverkehr in allen Landesteilen zu bekommen.

(Beifall bei der CSU)

Aber wir brauchen natürlich auch die großen Verbindungen. Es ist ganz eindeutig so, dass der Flughafen München an seinen Kapazitätsgrenzen angelangt ist.

(Dr. Christian Magerl (GRÜNE): Stimmt nicht!)

– Herr Magerl, Sie sind bei jeder Prognose des Flughafens immer falsch gelegen; warum sollten wir Ihnen denn jetzt glauben?

(Beifall bei der CSU)

Wir sind jetzt bei rund 30 Millionen Passagieren. Die Landebahnen schaffen im Grund nicht mehr.

(Dr. Sepp Dürr (GRÜNE): Und was hält das Klima aus?)

Wir haben folgende Alternative: Entweder wird dieser Magnet für die wirtschaftliche Entwicklung in ganz Bayern weiter ausgebaut – ich erinnere nur daran: Frankfurt baut, und Berlin baut auch –, oder aber wir bremsen die wirtschaftliche Entwicklung, und zwar nicht nur in Freising oder Erding, sondern in ganz Bayern; denn der internationale Flughafen von München ist heute ein so gewaltiges Plus für die auf Export angelegte Wirtschaft, dass wir ohne diesen Flughafen diese Entwicklung so nicht hätten.

(Beifall bei der CSU)

Das ist die Alternative: Entweder wir wollen weiterhin wirtschaftliches Wachstum, moderne Industrie, moderne Wirtschaft und Arbeitsplätze, oder wir bremsen uns ein. Ich bin der Überzeugung, ein Leben und Überleben irgendwo versteckt in einer Nische, kann keine Zukunft dieses Landes sein.

(Beifall bei der CSU)

Natürlich hat der Flughafen einen Nachteil; er hat keinen Anschluss an die Fernbahn.

(Ludwig Wörner (SPD): Wer ist daran schuld?)

– Mit Sicherheit nicht die, die ihn gebaut haben. Wenn es nach Ihnen gegangen wäre, gäbe es den Flughafen gar nicht.

(Beifall bei der CSU)

Es müssen hier also weitere Maßnahmen hinzukommen. Ich nenne nur den Erdinger Ringschluss. Dazu habe ich den Planungsauftrag gegeben. Leider dauern Planungen und Genehmigungen etwa vier Jahre; wir wollen den Erdinger Ringschluss einschließlich der Walpertskirchner Spange. Ich bin auch ein Befürworter der Marzlinger Spange, weil ich glaube, Ostbayern braucht eine direkte Anbindung an den Flughafen.

(Beifall bei der CSU – Zuruf des Abgeordneten Joachim Wahnschaffe (SPD))

Ich bin auch ein ganz entschiedener Befürworter des Transrapid. Der Transrapid ist ein hochattraktives und zukunftsträchtiges Transport- und Verkehrsmittel und trägt darüber hinaus zum besonderen Glanz des Tech-

nologiestandortes Bayern bei. Wer den Transrapid nicht fahren lassen möchte, muss die Express-S-Bahn bauen.

(Zurufe von den GRÜNEN)

Aber diese Express-S-Bahn geht voll in die Regionalisierungsmittel und in das Gemeindeverkehrsfinanzierungsgesetz – GVFG – ein. Sie schadet den anderen Verkehrsprojekten in Bayern im Gegensatz zum Transrapid.

(Beifall bei der CSU)

Den Münchnern, auch denen von der SPD, sage ich jetzt noch eines. Wenn Sie die zweite Stammstrecke wollen, die München langfristig auch braucht, dann dürfen Sie nicht glauben, dass Bayern und der Bund gleichzeitig zwei S-Bahn-Projekte in München finanzieren können. Der Transrapid, der aus Sondermitteln finanziert wird, ist die einzige Chance, die großen Verkehrsprobleme vom Flughafen nach München zu lösen. Wir sind uns mit dem Bund einig, dass dies ein Projekt in gemeinsamer Verantwortung ist. Wir wollen bis etwa Februar die Finanzierungsprobleme klären. Damit hoffe ich, im Jahre 2008 mit dem Bau beginnen zu können.

Lassen Sie mich zusammenfassen. Die Wirtschaft in Bayern läuft gut. Wir werden die wirtschaftliche Entwicklung weiter fördern. Bayern soll das Chancenland Nummer 1 in Deutschland sein und bleiben. Wir wollen die Innovationsfähigkeit weiter stärken. Wir wollen Unternehmerland sein, und wir wollen Gründerland sein, weil das das Beste für die Menschen ist. Deshalb bitte ich um Zustimmung zu diesem Einzelplan.

(Anhaltender Beifall bei der CSU)

Erste Vizepräsidentin Barbara Stamm: Nachdem Herr Staatsminister zwar nur ganz knapp, aber doch überzogen hat, können die Fraktionen natürlich darauf bestehen, dass sie diese Zeit zusätzlich bekommen. Ich bitte, mir die Überziehung anzuzeigen. – Eine Minute und 50 Sekunden hat Herr Staatsminister überzogen. Das ist aber nicht weiter schlimm.

(Wortmeldung des Abgeordneten Christian Magerl (GRÜNE))

– Lieber Herr Kollege Magerl, ich bitte Sie, Ihre Zeit einzuhalten. Ich hatte vorhin zwar keine Sitzungsleitung, aber die GRÜNEN haben auch schon fast eine Minute überzogen.

(Dr. Christian Magerl (GRÜNE): Das war aber nicht ich! – Widerspruch bei der CSU)

Dr. Christian Magerl (GRÜNE): Frau Präsidentin, Hohes Haus! Jetzt heißt es einteilen. – Herr Staatsminister Huber, ich möchte noch ein bisschen auf den Verkehrsteil eingehen. Sie sind absolut auf dem Irrweg. Sie erkennen die Zeichen der Zeit überhaupt nicht.

(Beifall bei den GRÜNEN – Widerspruch bei der CSU)

Schauen Sie sich doch die neuesten Prognosen an. Die Energie gehört auch zu diesem Haushalt. Am letzten Freitag war im Wirtschaftsteil der „Süddeutschen Zeitung“ ein großes Interview mit einem Berater der amerikanischen Regierung, der fernab jeglicher grüner Umtriebe ist. Er hat klar gesagt, dass er 2010 den Ölpreis bei 200 Dollar pro Fass sieht. Das bedeutet, dass Sie für die Verkehrspolitik die Weichen völlig anders stellen müssen,

(Beifall bei den GRÜNEN)

nicht für eine dritte Startbahn, nicht für den Transrapid, nicht – auch wenn es in einen anderen Bereich hineingehört – für den riesigen Ausbau des Straßennetzes. Wir brauchen die Busförderung. Wir brauchen den Umweltverbund. Wir brauchen den Ausbau des öffentlichen Personennahverkehrs,

(Beifall bei den GRÜNEN – Thomas Kreuzer (CSU): Und Fahrradwege!)

und da sind Sie völlig auf dem Irrweg. Sie fahren dieses Land verkehrs- und energiepolitisch an die Wand.

(Thomas Kreuzer (CSU): Fahrrad- und Wanderwege!)

Sie sagen, wir hätten bei den Prognosen immer falsch gelegen. Ich kann Ihnen genau sagen, wo Sie völlig falsch liegen.

(Manfred Ach (CSU): Das halte ich für ein Gerücht, Herr Kollege!)

Sie liegen diesmal wieder falsch. Sie werden es sehen. Das sind keine Gerüchte. Regen Sie sich nicht auf, Herr Kollege. Ich habe die Sachen nicht dabei.

(Manfred Ach (CSU): Ich will es schwarz auf weiß sehen!)

Ich kann es Ihnen aber schriftlich belegen. Sie sind hier völlig auf dem Irrweg. Kehren Sie um und stimmen Sie insbesondere bezüglich der Luftfahrt unseren Anträgen zu. Das ist der richtige Weg. Kehren Sie um!

(Beifall bei den GRÜNEN)

Erste Vizepräsidentin Barbara Stamm: Von der SPD-Fraktion wird mir signalisiert, dass Herr Dr. Beyer auf seine Wortmeldung verzichtet.

(Beifall bei der CSU – Manfred Ach (CSU): Das ist lobenswert! – Dr. Thomas Beyer (SPD): Es ist schon alles gesagt!)

Damit liegen mir keine weiteren Wortmeldungen vor. Die Aussprache ist geschlossen.

Wir kommen zur Abstimmung. Der Abstimmung liegen der Entwurf des Haushaltsplans 2007/2008, Einzelplan 07, die Änderungsanträge auf den Drucksachen 15/6643

mit 6647, 6680 und 6701 mit 6711 sowie die Beschlussempfehlung des federführenden Ausschusses für Staatshaushalt und Finanzfragen auf Drucksache 15/6934 zugrunde.

Vorweg lasse ich über den zur Ablehnung empfohlenen Änderungsantrag der Fraktion des BÜNDNISSES 90/DIE GRÜNEN – „Förderung des Nahluftverkehrs und des Flugwesens beenden“ – auf Drucksache 15/6704 in der beantragten namentlichen Form abstimmen. Für die Stimmabgabe sind Urnen auf beiden Seiten des Sitzungssaals und auf dem Stenografentisch bereitgestellt. Mit der Stimmabgabe kann begonnen werden. Es stehen fünf Minuten zur Verfügung.

(Namentliche Abstimmung von 15.04 bis 15.09 Uhr)

Liebe Kolleginnen und Kollegen, die Stimmabgabe ist abgeschlossen! Ich unterbreche die Sitzung, bis gezählt ist, ich bitte Sie aber hierzubleiben, weil wir dann noch über den Einzelplan 07 endgültig beschließen müssen.

(Unterbrechung von 15.09 bis 15.13 Uhr)

Ich bitte, Platz zu nehmen, damit ich die Sitzung wieder aufnehmen kann.

(Unruhe – Glocke der Präsidentin)

Ich bitte, Platz zu nehmen.

Ich gebe nun das Ergebnis der namentlichen Abstimmung zum Änderungsantrag auf Drucksache 15/6704 bekannt. Mit Ja haben 17 Abgeordnete gestimmt, mit Nein 131 Abgeordnete. Damit ist dieser Änderungsantrag abgelehnt.

(Abstimmungsliste siehe Anlage 3)

Wir kommen nun zur Abstimmung über den Einzelplan 07. Der Einzelplan 07 wird vom Ausschuss für Staatshaushalt und Finanzfragen mit den in der Beschlussempfehlung auf Drucksache 15/6934 genannten Änderungen zur Annahme empfohlen.

Wer dem Einzelplan 07 mit den vom federführenden Ausschuss für Staatshaushalt und Finanzfragen vorgeschlagenen Änderungen seine Zustimmung geben will, den bitte ich, sich vom Platz zu erheben. – Das ist die CSU-Fraktion. Gegenstimmen bitte ich auf die gleiche Weise anzuzeigen. – Das sind die SPD-Fraktion und die Fraktion des BÜNDNISSES 90/DIE GRÜNEN. Stimmenthaltungen? – Keine. Damit ist der Einzelplan 07 mit den vom Ausschuss für Staatshaushalt und Finanzfragen vorgeschlagenen Änderungen angenommen.

Die vom Ausschuss für Staatshaushalt und Finanzfragen zur Ablehnung vorgeschlagenen Änderungsanträge – soweit über sie nicht einzeln abgestimmt worden ist – gelten gemäß § 126 Absatz 6 der Geschäftsordnung

zugleich als abgelehnt. Eine Liste dieser Änderungsanträge liegt Ihnen vor.

(siehe Anlage 4)

Außerdem schlägt der Ausschuss für Staatshaushalt und Finanzfragen noch folgende Beschlussfassung vor:

Das Staatsministerium der Finanzen wird ermächtigt, die aufgrund der beschlossenen Änderungen erforderlichen Berichtigungen insbesondere in den Erläuterungen, der Übersicht über die Verpflichtungsermächtigungen und den sonstigen Anlagen beim endgültigen Ausdruck des Einzelplans vorzunehmen.

Wer dem zustimmen möchte, den bitte ich um das Handzeichen. Das sind die CSU-Fraktion und die SPD-Fraktion. Wer ist dagegen? – Niemand. Stimmenthaltungen? – Bei Stimmenthaltung der Fraktion des BÜNDNISSES 90/DIE GRÜNEN so beschlossen.

Unter Bezugnahme auf die Beschlussempfehlung des federführenden Ausschusses für Staatshaushalt und Finanzfragen – Drucksache 15/6934 – weise ich darauf hin, dass der Änderungsantrag auf Drucksache 15/6680 seine Erledigung gefunden hat. Das Hohe Haus nimmt hiervon zustimmend Kenntnis.

Verehrte Kolleginnen und Kollegen, damit ist die Beratung des Einzelplans 07 abgeschlossen.

Ich rufe Tagesordnungspunkt 9 auf:

**Haushaltsplan 2007/2008;
Einzelplan 08 für den Geschäftsbereich des Bayerischen Staatsministeriums für Landwirtschaft und Forsten**

hierzu:

**Änderungsanträge der Fraktion des BÜNDNISSES 90/DIE GRÜNEN (Drsn. 15/6607 mit 15/6611),
Änderungsanträge von Abgeordneten der SPD-Fraktion (Drsn. 15/6626 mit 15/6629)**

Im Ältestenrat wurde für die Aussprache eine Gesamtrededzeit von einer Stunde und 36 Minuten vereinbart. Davon entfallen auf die Fraktion der CSU 32 Minuten, auf die SPD-Fraktion 17 Minuten und auf die Fraktion des BÜNDNISSES 90/DIE GRÜNEN 15 Minuten. Die Rededzeit der Staatsregierung orientiert sich an der Rededzeit der stärksten Fraktion. Deshalb sind hier 32 Minuten vorgesehen.

Ich eröffne die Aussprache. Als erstem Redner darf ich Herrn Kollegen Eckstein das Wort erteilen. Bitte schön, Herr Kollege.

(Unruhe – Glocke der Präsidentin)

Kurt Eckstein (CSU): Sehr geehrte Frau Präsidentin, liebe Kolleginnen und Kollegen! Als Folge der Forstreform und der daraus entstandenen Ämter für Landwirtschaft

und Forsten wurden im Doppelhaushalt 2007/2008 die beiden ehemals selbstständigen Haushalte 08 und 09 zusammengelegt, um die sich abzeichnenden Probleme zweier Haushalte in einem Haus abzuwenden. Die Kapitel der gemeinsamen Verwaltung werden zusammengelegt, um die Verwaltungsaufgaben einheitlich darstellen zu können. Die Fach- und Förderkapitel bleiben dagegen wie bisher getrennt in eigener Zuständigkeit. Die Gesamtausgaben im neuen Einzelplan 08 erhöhen sich um die Summe des Forsthaushalts.

Liebe Kolleginnen und Kollegen, obwohl auch dieser Doppelhaushalt wieder ohne Neuverschuldung auskommt, gehen die Probleme, die es im Landwirtschaftshaushalt in diesem Jahr gibt, nicht von Bayern, sondern von der EU aus. Wie bekannt und schon häufig beklagt, werden die Mittel der zweiten Säule von der EU in der neuen Programmplanungsperiode 2007 bis 2013 gekürzt. Diese Kürzungen wirken sich in unserem Haushalt sehr negativ aus, und zwar im Jahr 2007 mit minus 80 Millionen Euro und im Jahr 2008 mit minus 85 Millionen Euro.

Natürlich wurde von der Opposition und auch von anderen sofort gefordert, dass Bayern die Kürzungen aus Landesmitteln ausgleichen solle. Dass dies für den gesamten Betrag nicht möglich ist, war klar, wenn der Gesamthaushalt nicht aus den Fugen geraten soll; denn es wird von der EU auch in anderen Haushalten eingespart, und auch dort wäre sofort die Forderung nach einem hundertprozentigen Ausgleich gekommen.

Durch intensive Verhandlungen mit dem Ministerpräsidenten und dem Finanzminister und durch den Einsatz und mit der Unterstützung vieler Kolleginnen und Kollegen – ich nenne hier nur den Vorsitzenden des Landwirtschaftsausschusses, Herrn Brunner, und unseren Ausschussvorsitzenden Manfred Ach sowie den Kollegen Kupka – ist es gelungen, hier Verbesserungen zu schaffen. In den Haushaltsentwurf des Finanzministers wurden schon neue Mittel eingestellt, und – was in keinem anderen Bundesland der Fall ist – die Kofinanzierungsmittel von 107 Millionen Euro wurden im Landwirtschaftshaushalt belassen.

(Beifall bei der CSU)

Wie gesagt, das ist nur in Bayern der Fall. Alle anderen Bundesländer kürzen die Kofinanzierungsmittel.

Ferner werden im Entwurf für die einzelbetriebliche Förderung pro Jahr 20 Millionen Euro neu bereitgestellt, für die Dorferneuerung werden jährlich Mittel in Höhe von 5 Millionen Euro zur Verfügung gestellt.

(Beifall bei der CSU)

Auf Antrag der CSU-Fraktion werden im Haushaltsjahr 2007 zusätzlich 15 Millionen, im Haushaltsjahr 2008 weitere 4,5 Millionen neue Mittel zur Verfügung gestellt. Das ist eine Kraftanstrengung, zumal man dazurechnen muss, dass im Einzelplan 12 3,6 Millionen mehr für Landschaftspflege und Vertragsnaturschutz bereitgestellt werden.

(Beifall bei der CSU)

Da kann man durchaus von einem Kraftakt der CSU-Landtagsfraktion und der Staatsregierung zum Wohle der Landwirtschaft sprechen. Im Haushalt 07 werden damit insgesamt 40 Millionen Euro frische Landesmittel bereitgestellt. Das ist ein Erfolg, auf den wir stolz sein können. Ich bedanke mich ausdrücklich bei meiner Fraktion dafür, dass sie diese Vorschläge mitgetragen hat.

Meine sehr verehrten Damen und Herren, liebe Kolleginnen und Kollegen, dass aber die dann noch fehlenden 40 Millionen aus der Kürzung der EU zu Umgestaltungen von Programmen führen werden, ist leider nicht zu verhindern. Besonders schmerzlich ist, dass sich die Kürzungen der EU direkt auf die Einkommen der Landwirte auswirken werden, was bei den Kürzungen, die wir im Bereich der Landwirtschaft natürlich auch vornehmen mussten, bei unseren Sparhaushalten, nie der Fall war. Wir haben es immer geschafft, die Direktzahlungen außen vor zu lassen. Die veränderte Programmplanung muss so gestaltet werden, dass die Einsparungen auf alle Bereiche gerecht verteilt werden. Das wird noch eine große Aufgabe für das Ministerium, aber auch für uns alle werden, um auch weiterhin eine flächendeckende Landbewirtschaftung in Bayern zu gewährleisten. Denn wir sind uns, glaube ich, alle in der Auffassung einig: Die preiswerteste Landschaftspflege wird durch Landwirte garantiert.

(Beifall bei der CSU)

Jede Gemeinde, die, aus welchen Gründen auch immer, die Landschaftspflege von ihrem Bauhof erledigen lassen muss, wird das gerne bestätigen. Die Meisterung dieses Problems wird sicherlich nicht leicht werden. Aber davon zu sprechen, dass die Kulturlandschaft in Bayern massiv bedroht sei und der Untergang der Öko-Landwirtschaft bevorstehe, wie es der Bund Naturschutz und seine Hilfstuppen

(Heidi Lück (SPD): Wir sind keine Hilfstuppen!)

tun, ist überzogen. Ich warne, vor allem in Richtung der Opposition, sehr nachdrücklich davor, wieder mit der Unterscheidung zwischen großen und kleinen Betrieben zu beginnen. Wir hatten diese Unterscheidung schon mal nach dem Muster: hie die Guten, hie die Bösen. Bayern braucht nämlich für die Erhaltung der Kulturlandschaft, wenn sie flächendeckend bleiben soll, ein festes Gerüst von starken und leistungsfähigen – ich sage ausdrücklich nicht „großen“ – Vollerwerbsbetrieben, umgeben von einem leistungsfähigen Netz von Zu- und Nebenerwerbsbetrieben, die aber auch einen Anspruch auf Gewinnerzielung aus der landwirtschaftlichen Tätigkeit haben. Mit einer reinen Hobby- oder Nostalgielandwirtschaft werden wir die gesteckten Ziele nicht erreichen.

(Beifall bei der CSU)

Wir haben das Zahlenwerk im Haushaltsausschuss sehr ausführlich beraten. Darum will ich hier nur einige wichtige Zahlen nennen. Die bereinigten Gesamtausgaben im Jahr 2007 belaufen sich auf rund 1,2 Milliarden Euro. Das bedeutet gegenüber dem Haushaltsjahr 2006 eine Minderung von 3 %. Das ist genau die Kürzung, die uns die EU verordnet hat. Im Haushalt 2008 wird der Ansatz wieder

auf etwas über 1,9 Milliarden Euro ansteigen. Zusätzlich werden pro Jahr 990 Millionen Euro an Direktzahlungen der EU in der ersten Säule an die bayerische Landwirtschaft ausbezahlt. Wie bereits aufgeführt werden die EU-Mittel von 250 Millionen Euro auf 191 Millionen Euro im Jahr 2007 und auf 182 Millionen Euro im Jahr 2008 sinken. Davon stehen 170 bzw. 165 Millionen Euro für das neue Programm ELER zur Verfügung, und das LEADER-Programm ist mit 13,6 Millionen Euro ausgestattet. Die Mittel für die Gemeinschaftsaufgabe „Verbesserung der Agrarstruktur und des Küstenschutzes“ – GAK –, die von Bund und Land im Verhältnis 60 zu 40 finanziert werden, sinken leicht um 1 Million Euro. Die GAK-Mittel entfallen – hier nenne ich nur die wichtigsten Posten – auf das einzelbetriebliche Förderungsprogramm, auf Flurordnung und Dorferneuerung, auf die Ausgleichszulage für benachteiligte Gebiete. Hier will ich darauf hinweisen, dass Bayern eines der wenigen, eines der letzten Länder ist, die das bezahlt. In dieser Höhe wird es nirgends bezahlt.

(Beifall bei der CSU)

In Kapitel 08 03/08 05 sind die sonstigen Förderprogramme mit 226 Millionen Euro eingestellt.

Ich komme zum Forst im neuen Einzelplan 08. Die Zusammenführung der beiden Haushalte war eine sinnvolle und konsequente Schlussfolgerung aus der Verwaltungsreform. Die Ämter für Land- und Forstwirtschaft vor Ort hätten unnötige Reibungspunkte und Doppelarbeit bekommen, wenn in einem einzigen Amt zwei Haushalte hätten geführt werden müssen. Auch die Zusammenarbeit zwischen diesen beiden Abteilungen ist vor Ort wesentlich besser, als gemeinhin dargestellt wird. In dieser Frage ist es, wie es oft im Leben ist: Wenn etwas ruhig und gut verläuft, wird nicht darüber gesprochen. Wenn aber irgendwo Schwierigkeiten auftreten, werden sie aufgebauscht, um die Reform in ein schlechtes Licht zu rücken. Wenn man nachfragt, ergibt sich oft, dass die Probleme häufig im persönlichen Bereich und in Reibungen von Personen begründet sind. Alles in allem ist die Reform auf einem guten Weg.

Ich bedanke mich ausdrücklich im Namen der CSU-Landtagsfraktion bei allen Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern im Forstbetrieb und im hoheitlichen Bereich für die Erfüllung der sicher nicht leichten Aufgabe.

(Beifall bei der CSU)

Ich bitte Sie, Herr Minister Miller, diesen Dank weiterzugeben.

Ich warne aber davor, die erreichte Zweistufigkeit durch organisatorische Maßnahmen wieder zu unterlaufen. Wir werden dies sehr sorgfältig beobachten.

(Beifall bei der CSU)

Aufgrund der gestiegenen Holzpreise und der Steigerung des Absatzes ist es möglich geworden, die geplanten Einnahmen und auch die Gewinnablieferung zu erhöhen. Die teilweise Verwendung dieser Beträge außerhalb des

Forstes kann unter den gegebenen Umständen verantwortet werden, sollte aber nicht zur Regel werden.

(Beifall bei der CSU)

Im Entwurf des Doppelhaushalts der Staatsregierung bewegte sich die Förderung des Privat- und Körperschaftswaldes mit 18,5 Millionen Euro auf dem gleichen Niveau wie 2006. Angesichts der aktuellen Borkenkäfersituation und der dadurch notwendigen Wiederaufforstungsmaßnahmen sind zusätzliche Mittel erforderlich. Darum hat die CSU-Fraktion in diesem Bereich für das Jahr 2007 eine Erhöhung um 5 Millionen Euro vorgesehen, im Jahr 2008 ist eine Erhöhung von 2 Millionen beantragt und vom Haushaltsausschuss beschlossen worden. Auch dafür gilt mein herzlicher Dank der Fraktion.

In den neuen forstlichen Förderrichtlinien wird der waldbauliche Schwerpunkt auf den vorbeugenden Waldumbau gesetzt. Ziel sind weniger schädlingsanfällige Mischwälder und die Verjüngung und der Umbau von Schutzwäldern. Um die im Rahmen des Waldpaktes getroffenen Zusagen halten zu können, wird der Ansatz für die Förderung der forstlichen Zusammenschlüsse um 900 000 auf jährlich 3 Millionen Euro erhöht.

(Beifall bei der CSU)

Gleichzeitig wird als neuer Schwerpunkt der Abschluss von Waldpflegeverträgen festgelegt. Mit den Mitteln kann eine Förderung in den Fällen erfolgen, in denen forstliche Zusammenschlüsse bei der Zusammenfassung des Holzes aus kleineren Strukturen höhere Kosten zu tragen haben. Dies ist umso notwendiger, als wir in Bayern sehr viel zersplitterten Waldbesitz im Privatbereich haben.

Die Änderungsanträge der Opposition haben wir im Ausschuss sehr ausführlich behandelt. Einige dieser Änderungsanträge waren mit unseren Vorstellungen überhaupt nicht vereinbar, andere waren in der Tendenz unserem Änderungsantrag sehr ähnlich. Leider wurden aber Beträge in einer Höhe gefordert, die wir mit Blick auf den Gesamthaushalt nicht vertreten konnten. Darum mussten wir auch diese Anträge ablehnen.

(Zuruf der Abgeordneten Heidi Lück (SPD))

Auch der vorliegende Doppelhaushalt zeigt wieder einmal, dass sich die bayerische Landwirtschaft auf die Staatsregierung und auf die CSU-Landtagsfraktion verlassen kann, auch in sehr schwierigen Zeiten.

(Beifall bei der CSU – Heidi Lück (SPD): Von wegen!)

Abschließend möchte ich mich recht herzlich bei Herrn Staatsminister Miller und all seinen Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern im Ministerium für die Erstellung des Haushalts bedanken. Mein Dank gilt allen, die für die bayerischen Bäuerinnen und Bauern tätig sind, in der Landesanstalt, in der Staatlichen Führungsakademie für Ernährung, Landwirtschaft und Forsten – FÜAK – und in den Ämtern für Landwirtschaft und Forsten vor Ort, für die

gute Beratung und Betreuung der Betriebe. Im Namen der CSU-Fraktion kann ich signalisieren, dass wir dem Einzelplan 08 für Landwirtschaft und Forsten zustimmen werden.

(Beifall bei der CSU)

Erste Vizepräsidentin Barbara Stamm: Nächste Wortmeldung: Frau Kollegin Lück. Bitte schön.

Heidi Lück (SPD): Frau Präsidentin, werte Kollegen, werte Kolleginnen! In einem kann ich mich meinem Vorredner anschließen, und zwar dem Dank an die Mitarbeiter und Mitarbeiterinnen der Forstverwaltung und der Landwirtschaftsverwaltung.

(Markus Sackmann (CSU): Das ist ein guter Beginn!)

Kolleginnen und Kollegen von der CSU, Sie haben – meist gegen uns – viele Entscheidungen getroffen, die die Zukunft der Landwirtschaft und der ländlichen Räume betreffen, was leider hauptsächlich unter dem Gesichtspunkt des Sparens passierte. Sie reichen von den Entscheidungen zur Zerschlagung des Staatsforstes, von der Verwaltungsreform, der Schleifung der Abteilung Landwirtschaft in den Bezirksregierungen über ein auf reine Wirtschaftlichkeit ausgerichtetes Landesentwicklungsprogramm – LEP – bis hin zum Agrarwirtschaftsgesetz, dem Bleigürtel, den Sie als Freischwimmlilfe für Landwirte und Selbsthilfeeinrichtungen darstellen. Wer behauptet, dass das alles für Bayern und für die Betroffenen zufriedenstellend gelaufen sei, müsste eigentlich sofort zum Beichten gehen.

(Beifall bei der SPD – Zurufe von der CSU)

Wenn auch der massive öffentliche Aufschrei fehlt, so erreichen mich – und ich denke, auch Sie alle – täglich massenhaft Briefe und Mails mit Beschwerden gegen die getroffenen Entscheidungen. Oberflächlich betrachtet könnte man meinen, dass Sie im Grunde recht haben, wenn Sie sowohl die Landwirtschaft als auch die Forstwirtschaft als pure Stiefkinder behandeln, weil diese trotzdem permanent um Ihr Wohlwollen buhlen und sich schon sehr darüber freuen, wenn die Ohrfeige mal nicht so heftig ausfällt. Das Dilemma der Landwirtschaft, Herr Minister Miller, resultiert nicht aus diesem Jahr oder aus Ihrer Amtszeit. Nein, die Kurve für den Landwirtschaftshaushalt geht, seit Herr Dr. Stoiber Ministerpräsident ist, permanent nach unten.

(Unruhe – Glocke der Präsidentin)

Während zwischen 2006 und 2008 der bayerische Gesamthaushalt um über 4 % wächst, sinken die Mitteln im Agrar- und Forsthaushalt um 3,1 %, von 2006 auf 2007 sogar um 3,3 %, und – wer möchte es nicht glauben? – es wird im Wahljahr 2008 wieder ein klein wenig aufgebessert auf insgesamt 3,1 %. Es wird ein bisschen zugegeben. Das ist üblich. Im Wahljahr muss man ein paar Geschenke verteilen.

Das Finanzvolumen des Einzelplans 08/09 betrug 1994 noch 5,53 % des Gesamthaushalts, während es 2008 gerade noch 3,28 % sind. Das sollten Sie, Herr Ministerpräsident Dr. Stoiber und Staatsminister Miller, den Bauern sagen, wenn Sie draußen Ihre „großartigen“ Reden schwingen.

Ihr besonderes Anliegen bei der Verwaltungsreform war der Personalabbau. Im Landwirtschaftsbereich wird vor allem in den unteren Rängen gestrichen. Der Wasserkopf bleibt. Die überzähligen Ministerien bleiben auch. Dort könnte man wirklich massiv einsparen.

Das Landwirtschaftsministerium selbst ist mit 3,07 Stellen, das sind 1,1 %, dabei. Zur Sache geht es dann bei den nachgeordneten Behörden: ein Minus von 3,2 % bei den Ämtern für Land- und Forstwirtschaft und den Fachschulen, minus 4,6 % beim Landesamt für Landwirtschaft und vor allem ein Minus von 5 % bei den Ämtern für Ländliche Entwicklung, obwohl Ihnen die doch angeblich so sehr am Herzen liegen.

Im Übrigen zeigt sich das auch in dem vor Kurzem verabschiedeten Bayerischen Agrarwirtschaftsgesetz. Unter dem Motto „Bürokratieabbau“ propagieren Sie ein schlankes Gesetz, das aber vor Unverbindlichkeiten strotzt. Zusagen werden, wenn überhaupt, in der Erläuterung verklausuliert, damit sich später wirklich niemand sicher darauf berufen kann.

Bürokratieabbau wird lautstark propagiert. Das Gegenteil wird – zumindest bei den Bildungseinrichtungen und Selbsthilfeorganisationen – erreicht. Aber auch das ist nicht neu. Der Bayerische Bauernverband – BBV –, der nicht verdächtig ist, CSU-feindlich zu sein, hat errechnet, dass die Bürokratie unsere Bauern in Deutschland jährlich 800 Millionen Euro kostet und dass einzig in Bayern EU-Vorgaben nicht zu 100 %, sondern meist zu 200 % umgesetzt werden, während sich die anderen Länder mit 80 % bis 100 % zufriedengeben.

(Zuruf des Abgeordneten Sepp Ranner (CSU))

– In Bayern, Herr Kollege Ranner.

Sie propagieren mehr Eigenständigkeit und Unabhängigkeit. Zu welchem Preis die Bauern sich diese bei der dann ausgegliederten Beratung erkaufen müssen, lassen Sie offen. Anstatt ein ordentliches Gesetz zu machen, packen Sie alles in Verwaltungsverordnungen. Diese sind erfahrungsgemäß nicht so dünn wie Ihr Gesetz, sondern einen Meter hoch. Das ist schlimm. Ich sage den Kolleginnen und Kollegen der CSU noch einmal deutlich: Wir sind außen vor, weil das eine reine Verwaltungssache ist und Sie dies mit aller Macht so belassen wollten. So leicht, wer te Kolleginnen und Kollegen von der CSU, lassen Sie sich entmachten.

Herr Minister Miller, um an den legendären Minister Eisenmann anzuknüpfen, hätten Sie Nägel mit Köpfen machen und etwas mehr auf uns hören müssen. Das fängt beim guten Titel, der den ländlichen Raum umfasst, an. Im Gesetz ist dann leider davon überhaupt nichts mehr zu lesen. Ländlicher Raum ist aber mehr als nur Landwirt-

schaft, wenn diese auch das Rückgrat des ländlichen Raums ist.

(Beifall bei der SPD)

Damit fehlen zentrale Ansätze wie bessere Bildungs- und Betreuungsangebote, Sicherung des öffentlichen Verkehrs, neue Einkommensmöglichkeiten beim Fremdenverkehr, Handwerk, Kunsthandwerk, Energieerzeugung und Dienstleistungen. Die unselige Entwicklung aus dem Landesentwicklungsprogramm setzt sich im Agrarwirtschaftsgesetz und jetzt leider auch im Haushalt fort. Obgleich – ich sage es zum wiederholten Male – es keine EU-Vorgabe gibt, konnten Sie sich nicht dazu durchringen, eine Grundförderung für die Bildungseinrichtungen im ländlichen Raum festzuschreiben. Das bedeutet, dass zum verstärkten Bürokratieaufwand auch noch die Finanzierungsunsicherheit speziell für das Personal kommt, ganz zu schweigen von den fehlenden Möglichkeiten für längerfristige Planungen und Projekte. Es ist überhaupt nicht nachvollziehbar, dass Sie angesichts der Fakten neben dem BBV nicht auch die anderen wichtigen Ständesvertretungen wie Landesvereinigung für den ökologischen Landbau in Bayern – LVÖ – und Arbeitsgemeinschaft bäuerliche Landwirtschaft e. V. – ABL – in das Gesetz einbezogen haben. Total unangemessen ist Ihre Weigerung, die Forstwirtschaft nicht einzufügen. Hoffentlich ist daraus und im Blick auf das Gespräch mit der Staatlichen Führungsakademie für Ernährung, Landwirtschaft und Forsten – FÜAK – nicht zu schließen, dass die Forstwirtschaft insgesamt aus Ihrem politischen Blickfeld verschwindet, sozusagen vollkommen in der Landwirtschaft aufgeht.

Außerdem stellt sich mir die Frage, ob die CSU außer Placebos überhaupt noch etwas für unsere Heimat übrig hat.

(Beifall bei der SPD)

Einer der wichtigsten Bereiche in der Förderkulisse der Landwirtschaft Bayerns waren und sind die Programme der zweiten Säule, eben der bayerische Weg, den Minister Eisenmann seinerzeit mit uns gemeinsam begründete. Stolz konnten wir darauf verweisen, dass speziell die Kulturlandschaftsprogramme und die Ausgleichszulagen in benachteiligten Gebieten unser Bayern so erhalten haben, wie wir es lieben, und zwar durch eine kleinteilige, bäuerliche, flächendeckende Landbewirtschaftung.

Obgleich gerade der Ministerpräsident immer darauf gepocht hat, dass mehr Selbstständigkeit und mehr Eigenverantwortung von der EU auf die Länder übertragen werden müssen, knickt er schon beim ersten Schritt der EU – in diese für ihn richtige Richtung – ein. Wieder einmal sind es die anderen, die schuld sind, wenn wir den Haushalt nicht in einer für Bayern gerechten Weise gestalten. Immer sind es die anderen. Dabei hätten wir die fehlenden EU-Mittel in Höhe von 80 Millionen Euro jährlich aus den Geldern aufstocken können, die aus Berlin aufgrund der höheren Steuereinnahmen fließen. So aber lässt die CSU diejenigen, die für das Gesicht Bayerns sorgen, am ausgestreckten Arm verhungern. Es ist ungehörig, was Sie hier tun. Im Haushalt sind für

das Kulap, das Kulturlandschaftsprogramm, lediglich die Mittel eingestellt, die notwendig sind, um die Altverträge zu bedienen. Für neue Verträge ist kein Geld da. Ihre Vorstellung, zum Ausgleich rückwirkend die Altverträge bis zu 20 % zu kürzen, ist für mich eine Vertragsverletzung, für die jedermann vor den Kadi käme.

(Beifall des Abgeordneten Ludwig Wörner (SPD))

Die offensichtlich intern gegebenen Zusagen, im Nachtragshaushalt 2007 eine Erhöhung der Ausgleichszulage zu gewähren, ist für mich eine Frechheit, nichts anderes als ein Wahlversprechen. Wenn die finanziellen Mittel da sind, dann soll der Finanzminister – er ist leider nicht da, offensichtlich interessiert ihn das Thema nicht – das Geld rausrücken, und zwar jetzt und nicht zum Wahlkampf.

(Beifall bei der SPD)

Anders herum gesagt: Wenn es so leicht geht, rückwirkend Verträge zu verändern, warum verändern Sie dann die Verträge mit der Klausner-Gruppe nicht rückwirkend? Da könnten Sie die nötigen Millionen locker für diejenigen hereinbekommen, die auf diese Programme angewiesen sind. Sie können doch nicht laufend mit stolz geschwellter Brust rumlaufen und die tolle Leistung dieser Menschen, unsere Bauern loben, doch wenn es zum Schwur kommt, die Leute über den Löffel balbieren! Genau das tun Sie nämlich in dem festen Glauben, dass es sich hier um so treue CSU-Wähler handelt, dass diese durch nichts zu erschüttern und durch nichts zu verprellen sind. Ich sage Ihnen, auch die Landwirte werden die durchsichtigen Manöver irgendwann durchschauen. Die bisherigen Reaktionen der Politikverdrossenheit sind für mich einzig und allein auf solche Machenschaften zurückzuführen.

(Zurufe von der CSU)

Wir wissen um den Erhalt der Kulturlandschaft und um den Erhalt unserer Almen und Alpen. Wir wissen, dass das nicht zum Nulltarif zu haben ist. Wir kämpfen deshalb für eine gerechte Verteilung der Gelder. Wir kämpfen, Sie tun das aber nicht.

(Beifall bei der SPD)

Die Investitionen für den Erhalt unserer Natur, für den Erhalt unserer ländlichen Räume sind Investitionen in unsere Gesamtgesellschaft.

Sehr verehrte Kolleginnen und Kollegen, zum Staatsforst kann ich nur sagen: Es war schon unglaublich, mit welcher Unsensibilität die Staatsforsten in wirklich jedes Fettnäpfchen getreten sind. Das fing an bei der Betretungsgebühr und ging bis zur Reviervergrößerung:

(Ludwig Wörner (SPD): Bis zum Opferstock!)

Kein Feld wurde ausgelassen, um die Ängste der Forstformgegner am Leben zu erhalten. Erst politische Macht Worte konnten diesem Treiben Einhalt gebieten. Dank der hervorragenden Holzpreise sind die Staatsforsten

zumindest wirtschaftlich gut gestartet und haben überraschend große Gewinne eingefahren. Das haben sie allerdings auch deswegen, weil sie sich einer Menge Personal entledigen konnten, doch darüber sprechen wir nicht. Zu meinem Leidwesen wurden diese Gewinne nicht, wie das zu hoffen und auch nötig gewesen wäre, der notleidenden Forstverwaltung gegeben. Nein, das Geld hat Finanzminister Faltlhauser eingesteckt, während die Forstverwaltung an den Fingern saugen konnte.

(Beifall bei der SPD)

Es gab nicht nur keine der notwendigen Umschulungen, auch die Fortbildungskurse für die Waldbauern konnten wegen mangelnder Ressourcen und fehlender staatlicher Geräte oft nur eingeschränkt und dann auch noch nur mit den eigenen Geräten abgehalten werden. Wenn Sie das von den Förstern verlangen, warum verlangen Sie dann nicht das Gleiche von den Ministern? – Die Kabinettsmitglieder könnten ihre Schreibtische und Schränke doch auch selbst mitbringen. Wenn Sie den Ämtern für Land- und Forstwirtschaft die nötige Grundausstattung verweigern, auch wenn es sich dabei nur um rund 10 000 Euro handelt, dann könnte man durchaus solche Forderungen in den Raum stellen.

Abgesehen davon ist das Geld für die notwendigen Waldumbaumaßnahmen nicht vorhanden, weil das vorhandene Geld lediglich für Wiederaufforstungen nach Kalamitäten, nach Windwürfen und nach Übergriffen von Borkenkäfern gereicht hat. So ist das leider. Der Waldschadensbericht zeigt, dass dieses Vorgehen insbesondere im Hinblick auf die notwendige Sanierung der Alpenschutzwälder mehr als fahrlässig ist. Auch wenn Sie immer wieder hier und dort etwas nachbessern, setzen Sie unterm Strich im Haushalt für Land- und Forstwirtschaft auf Einsparungen, koste es, was es wolle. Sie tun das ohne die notwendige Schwerpunktbildung, die den Bauern, der Natur und somit der ganzen Gesellschaft dienen würde.

Wir lehnen den Haushalt deshalb ab, weil Sie mit diesem Haushalt die Zukunft Bayerns ganz sicher nicht gewinnen werden.

(Anhaltender Beifall bei der SPD)

Erste Vizepräsidentin Barbara Stamm: Herr Kollege Sprinkart steht schon bereit. Bitte schön.

Adi Sprinkart (GRÜNE): Frau Präsidentin, ich wollte den Beifall für meine Kollegin nicht abwürgen. – Frau Präsidentin, Kolleginnen und Kollegen! Zunächst, vor meinen Ausführungen, möchte ich mich bei den Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern des Landwirtschaftsministeriums für die Erstellung des Haushalts bedanken.

Dieser Haushalt spiegelt die Neuausrichtung der bayerischen Agrarpolitik, die sich schon im Agrarwirtschaftsgesetz in Grundzügen abzeichnete, wider. Die Neuausrichtung ist auf Wachstum und auf Intensivierung gestellt. Kürzungen bei den EU-Mitteln für ländliche Entwicklung, Herr Kollege Eckstein, sind im Übrigen nicht durch die EU-Kommission erfolgt, sondern es handelt sich hier um das Ergebnis des EU-Gipfels im Dezember letzten Jah-

res, als unsere Bundeskanzlerin Merkel es fertig brachte, so zu verhandeln, dass wir diese Kürzungen bekamen. Das geschah ganz im Gegensatz zu den Österreichern und zu sieben anderen Staaten. Diese Länder haben zunächst ihre zweite Säule festschreiben lassen, bevor der gekürzte Rest verteilt wurde.

(Beifall bei den GRÜNEN – Unruhe bei der CSU)

Das zeigt uns, dass die Landwirtschaft gerade in einer CDU/CSU-regierten Bundesregierung, mit einem Landwirtschaftsminister und Staatssekretär von der CSU einen deutlich geringeren Stellenwert hat, als man immer vorgibt. Die Landwirtschaft hat aber ganz sicher einen geringeren Stellenwert als bei dem immer wieder zitierten Nachbarn Österreich.

(Beifall bei den GRÜNEN – Zurufe von der CSU:
Und was war bei Künast? – Unruhe bei der CSU)

– Sie werden mir erst beweisen müssen, dass den Landwirten unter der rot-grünen Regierung so viel Geld gestohlen wurde wie jetzt in diesem Haushalt. Wenn Sie mir das vorrechnen können, dann sind Sie gut.

(Lebhafter Beifall bei den GRÜNEN)

Ich will sehr wohl anerkennen, dass Bayern einen Teil der Defizite aus Landesmitteln aufgestockt hat. Die Art und Weise der Aufstockung allerdings und auch die Verteilung der Mittel kann unsere Zustimmung nicht finden. Sie haben 20 Millionen Euro für Investitionsförderung und 15 Millionen Euro für das Kulap zusätzlich bereitgestellt. Für die Investitionsförderung wird also künftig fast genauso viel Geld bereitgestellt wie für das Kulap. Doch während nur 1 % der bayerischen Bauern von der Investitionsförderung erreicht wird, profitieren über 60 % der Betriebe vom Kulturlandschaftsprogramm. Nun werden Sie argumentieren: Wir müssen die Betriebe durch Neuinvestitionen wettbewerbsfähig machen. – Wenn das so wäre, könnte ich dem nichts entgegenhalten. Tatsache ist aber: Auch nach diesen Investitionen erhalten diese Betriebe die gleichen Fördermittel aus der ersten und aus der zweiten Säule wie die Betriebe, die nicht investiert haben und die nicht wettbewerbsfähig gemacht wurden. Das ist doch ein Missverhältnis, das kann so nicht sein.

Ganz im Gegenteil, diese Betriebe, mit staatlichen Mitteln durchrationalisiert, machen doch die Preise. Und der Rest der Bauern kann schauen, wie er damit zurechtkommt.

Sie fördern mit der Investitionsförderung in der neuen Förderperiode auch die Bestandsaufstockung bei Schweinemastbetrieben. Bisher waren diese Betriebe nicht förderungsfähig. Jetzt ist es in das Ermessen der Länder gestellt. Bayern hat sich bewusst dazu bereit erklärt, diese Aufstockung zu fördern. Im „Landwirtschaftlichen Wochenblatt“ lese ich, dass der Landkreis Landshut eine Schweinedichte wie Vechta hat. Das hat aber nichts mehr mit bäuerlicher Landwirtschaft zu tun; denn da sind wir auf dem besten Wege in die agrarindustrielle Produktion.

Wir wollen die 20 Millionen Euro lieber im Kulap sehen. Würde die Aufstockung der Schweinemastbetriebe wie in Nordrhein-Westfalen und Niedersachsen von der Förderung ausgenommen, dann würde den Milchviehbetrieben unter dem Strich trotz der Umschichtung deutlich mehr bleiben.

Herr Kollege Eckstein, Sie haben davon gesprochen, dass Sie die Mindereinnahmen oder die Kürzungen gerecht verteilen wollen. Davon kann ich leider überhaupt nichts erkennen. Die Verlierer der Kürzungsmaßnahmen sind eindeutig die Bio- und Grünlandbetriebe, vor allem in den benachteiligten Gebieten. Die Kürzungen pro Hektar liegen zwischen 105 und 205 Euro. Das heißt, dem durchschnittlichen Betrieb im Berggebiet mit 33 Hektar – das können Sie dem Agrarbericht entnehmen – fehlen ab dem nächsten Jahr zwischen 3500 und 6700 Euro pro Jahr. Diesen Betrieben brechen demnach im Durchschnitt 30 % der Beihilfen oder 20 % des Gewinns weg. Ist das die Art und Weise, wie Sie diese Betriebe wettbewerbsfähig machen wollen, wie Sie sie für die zunehmende Globalisierung stärken wollen, wie es im Agrarwirtschaftsgesetz heißt? Genau das Gegenteil ist der Fall.

Wissen Sie, was die größte Dreistigkeit ist? – Dass der Landwirtschaftsminister sagt, bei der Bewertung der Kürzungen dürfe man die Direktzahlungen der ersten Säule nicht außer Acht lassen, seit dem letzten Jahr werde Grünland mit fast 90 Euro gefördert. Im Klartext heißt das: Was Renate Künast mit Hilfe der anderen Landwirtschaftsminister den Grünlandbetrieben im letzten Jahr gegeben hat, stehlen Sie ihnen, Herr Miller, in trauter Eintracht mit der CSU-Fraktion in diesem Jahr wieder. Das ist Ihre Agrarpolitik; das muss man ganz klar sagen.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Sowohl Sie, Herr Minister Miller, als auch die CSU waren von Anfang an dagegen, den Wettbewerbsnachteil der Milcherzeuger an den Grünlandstandorten gegenüber den Kollegen an den Maisstandorten zu reduzieren. Einen Ausgleich stellen nämlich die 90 Euro bei Weitem nicht dar. Aber auf diese Tour setzen Sie das wieder durch.

Wissen Sie, was das Schlimmste ist? – Die Grünlandbetriebe lassen sich das ganz offensichtlich auch noch gefallen. Einzig die Alm- und Alpwirtschaft kommt einigermaßen ungeschoren davon. Dort wird weder die Ausgleichszulage noch die Grünlandprämie angetastet. Aber vielleicht hat es sich auch schon bei Ihnen herumgesprochen, dass ohne funktionierende Talbetriebe die Alpwirtschaft auch mit höchsten Fördersätzen keine Zukunft hat.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Lassen Sie mich noch etwas zur Deckelung beim Kulap sagen; auch das macht deutlich, wohin die Reise geht. Beim Kulap, also dort, wo die Bauern das Geld für konkrete Leistungen bekommen, wird gedeckelt. In der ersten Säule dagegen, wo die Bauern wesentlich höhere Summen – wiederum nach dem Willen der Mehrheitsfraktion dieses Hauses – auch für einmaliges jährliches Mulchen bekommen, wobei der Beitrag zur Landeskultur in diesem

Fall wohl mehr als fraglich ist, widersetzen Sie sich mit aller Gewalt jeder Deckelung. Sie sind nicht einmal bereit, über die Höhe der Kappungsgrenzen zu diskutieren.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Nächstes Beispiel. Vor einigen Jahren haben Sie die Ausgleichszulage in die Gunstlagen ausgedehnt. Jetzt wird aber überall wieder gleichmäßig gekürzt, ausgenommen die Alpen. Zudem wird bei den Betrieben, wo bisher Härtefallregelungen angewandt wurden, weil sie bei der letzten Ausdehnung über 200 Euro weniger bekommen haben, ab nächstem Jahr gestrichen.

Wenn Sie einmal sehen wollen, wie man die zweite Säule als das Instrument zur Erhaltung der Landschaft, zur artgerechten Tierhaltung und vor allem zur Erhaltung der bäuerlichen Struktur einsetzen kann, dann sollten Sie sich einmal anschauen, was die Kollegen in Österreich machen. Bei der Ausgleichszulage gibt es eine Degression ab 60 Hektar. Die Prämien für landeskulturelle Leistungen sind differenzierter, umfassender und in der Summe deutlich höher als bei uns. Da gibt es Prämien für artgerechte Tierhaltung und sogar für silagefreie Milcherzeugung. Da spürt man den Willen, die Betriebe in den benachteiligten Gebieten zu erhalten. Diesen Willen spürt man in Bayern leider nicht.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Lassen Sie mich zum Schluss noch eine Anmerkung zum Erschwerenausgleich für die Almen und Alpen ohne Zufahrt machen. Was ich dem Protokoll des Haushaltsausschusses entnehmen konnte, war eine Diskussion – wenn eine solche überhaupt stattfand – auf erbärmlichem Niveau. Es freut mich, dass der Alpwirtschaftliche Verein Oberbayern mit seinen Forderungen, nicht erschlossenen Alpen eine höhere Ausgleichszulage zu zahlen, in die gleiche Richtung stößt wie wir. Ich hoffe, dass Sie mit diesem Vorstoß etwas korrekter umgehen als mit unserem Antrag.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Zuallerletzt etwas zum Agrarwirtschaftsgesetz. Wir haben gefordert, dass wir zeitnah informiert werden. Herr Minister, Sie haben uns zugesagt, dass Sie dies machen. In dem Gesetz konnten wir es nicht verankern. Aber zu dem Beamtenengesetz haben wir heute den Bericht erhalten, bevor er ins Kabinett geht.

Die Richtlinien zur Ausgestaltung des Agrarwirtschaftsgesetzes, Herr Landwirtschaftsminister, konnte ich letzte Woche im „Landwirtschaftlichen Wochenblatt“ nachlesen. Dazu habe ich in diesem Haus von Ihnen leider nichts erfahren. Das sind die feinen Unterschiede. Sie wollen uns nicht informieren. Sie wollen Ihr eigenes Süppchen kochen.

Einem Agrarhaushalt, wie er hier vorgelegt worden ist, können wir auf keinen Fall zustimmen.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Erste Vizepräsidentin Barbara Stamm: Als Nächster hat Herr Kollege Ranner das Wort.

Sepp Ranner (CSU): Verehrte Frau Präsidentin! Meine lieben Kolleginnen und Kollegen, meine sehr verehrten Damen und Herren! Frau Lück hat zum Etat leider Gottes sehr wenig ausgeführt. Es war sehr oberflächlich. Ich bedauere sehr, dass sie nicht tiefer eingestiegen ist. Im Ausschuss war das um einiges besser.

(Zurufe: Sie müssen lauter sprechen!)

– Kolleginnen und Kollegen, Lautstärke bedeutet nicht Qualität.

Die Agrarpolitik steht an einem Wendepunkt, und zwar hier und heute auch in Bayern. Wir haben eine ganz andere Situation als noch vor 60 Jahren: Nachwachsende Rohstoffe zur Energieerzeugung werden ein Konkurrent zur Nahrungsmittelproduktion. Das ist eine Erscheinung nicht nur in Bayern, sondern in Deutschland sowie international und global. Dies wird durch die Entwicklung der Weltbevölkerung noch verstärkt. In 50 Jahren werden wir 9,2 Milliarden Menschen haben, davon allein 5 Milliarden im asiatischen Raum. Täglich wächst die Menschheit um die Stadt Augsburg. In einem Jahr sind das 80 Millionen Menschen.

Die zweite Erscheinung ist der Energiehunger. Er ist kaum zu stillen. Eine Untersuchung eines internationalen Instituts hat ergeben, dass wir bei Milch bis zum Jahr 2030 ein Nachfrageplus von 213 % haben werden.

Das sollte dem Milchstandort Nummer 1 in der Bundesrepublik, nämlich Bayern, zu denken geben. Beim Fleisch werden wir ein Nachfrageplus von 200 % haben. Das sind Dinge, die wir an einem solchen Tag wie heute auch ins Kalkül ziehen und darüber nachdenken müssen: Was sind die globalen Situationen? Wir leben doch nicht allein in einem Glashaus, sondern wir sind global verflochten. Der Energiehunger der Welt wächst und wird zum Konkurrenten für die Nahrungsmittel.

Erste Vizepräsidentin Barbara Stamm: Herr Kollege Ranner, gestatten Sie eine Zwischenfrage der Frau Kollegin Lück?

Sepp Ranner (CSU): Nein, nichts da. Das geht von meiner Zeit ab.

(Heiterkeit bei Abgeordneten der SPD)

Das ist schade um die Zeit.

(Dr. Thomas Beyer (SPD): 16 Minuten!)

– Dann werde ich nicht fertig.

Die Amerikaner sind dabei, Mega-Bioethanolanlagen zu errichten. Sie wollen bis zum Jahr 2015 – das steht gleich vor der Türe – 20 % ihres Sprits vom Acker holen. Das heißt, Amerika ist bis zum Jahr 2015 kein Agrarexporteur mehr. Sie werden ihre eigenen Produkte in Bioethanol

verwandeln, und die Welternährungssituation wird sich dramatisch verändern.

(Zuruf der Abgeordneten Gudrun Peters (SPD))

– Ich kann es noch lauter, wenn Sie meinen.

(Maria Scharfenberg (GRÜNE): Thema verfehlt!
– Glocke der Präsidentin)

Hier bei uns in Bayern – und da möchte ich an die Handelsketten und Molkereien appellieren – werden, wenn sich in Sachen Milchpreis nicht bald etwas tut, die Kuhställe leer, und es gibt Biogasanlagen. Die Bauern werden vom Ernährungsproduzenten zum Energieproduzenten. Wir haben Regionen, zum Beispiel Niedersachsen, in denen schon 12 % des Stroms aus der Landwirtschaft kommen. Das ist auch ein Thema, das man ins Auge fassen muss.

Wenn wir schon von der globalen Ernährungslage reden, die sich direkt auf uns durchschlägt, müssen wir wissen, dass die künftig fünf Milliarden Menschen im asiatischen Raum in Zukunft Schweinefleisch und Geflügel essen werden. Das heißt, die Menge wird um ein Drittel, zwei Drittel verringert.

(Zuruf der Abgeordneten Heidi Lück (SPD))

– Frau Kollegin Lück, Sie täuschen sich. Sie können mich nicht stören, höchstens dreinschreien. Da haben Sie Pech gehabt.

(Heidi Lück (SPD): Will ich gar nicht!)

Ein weiterer Punkt, der zu denken geben sollte – das habe ich erst gestern gelesen –: Ein Grad Welterwärmung bringt 10 % weniger Ertrag global. Das sind die Rahmenbedingungen, in denen sich die bayerische Agrarpolitik bewegt. Das ist das, was wir brauchen. Hunger in der Welt kann man nicht mit Umverteilen allein beseitigen, sondern durch Investitionen in die Landwirtschaft. Das tun wir in Bayern. Das macht unser Minister.

(Maria Scharfenberg (GRÜNE): Ha, ha, ha!)

Das machen wir, die CSU, und niemand anderer.

(Beifall bei Abgeordneten der CSU)

Ihr aber verweigert euch, nein, die GRÜNEN wollen mit dem Agrarwirtschaftsgesetz keine moderne Landwirtschaft, sondern wollen zurück zur Steinzeit. Das ist auch eine Politik.

(Lachen der Abgeordneten Maria Scharfenberg (GRÜNE))

Das ist eure Politik.

(Beifall bei Abgeordneten der CSU)

Diese große Herausforderung, vor der wir stehen, ist für uns Chance und Auftrag für den Agrarstandort Bayern. Das wird politisch begleitet durch die WTO: Liberalisierung mit eklatanter Wettbewerbsverzerrung, Kinderarbeit, Umweltzerstörung etc., kein Verbraucherschutz, nichts. Mit denen sollen wir in Wettbewerb treten. Da müssen wir schon geschlossen vorwärtsgen – dazu könnt ihr auch in Berlin etwas tun. Dazu seid ihr aufgerufen.

(Lachen bei den GRÜNEN)

Ein weiterer Punkt ist die Entkoppelung. Die Agrarreform macht uns natürlich schon zu schaffen, das war auch vorher die Aussage des Herrn Kollegen Sprinkart mit seiner zweiten Säule. Er will offenbar dafür, dass, wenn ich als Milchbauer sieben Cent weniger bekomme und dann 1,6, 2,6 und 3,55 Ausgleich bekomme mit 5 % Modulationsabzug, dieser Verlust – das sind auf meinem Hof einige tausend Euro – in eine zweite Säule fließt, die die Bürgermeister für Dorferneuerung usw. bekommen. Da machen wir nicht mit. Das steht denen zu, die den Verlust haben, auch im Allgäu und auch in Schwaben.

(Christine Stahl (GRÜNE): Jetzt wissen wir, für wen der Haushalt gemacht wird!)

Diese Herausforderung, meine Damen und Herren, ist für uns auch eine Chance. Der Freistaat Bayern gibt die Antwort, der Herr Staatsminister und die CSU-Fraktion geben die Antwort darauf.

(Heidi Lück (SPD): Die Antwort passt nicht!)

Wir tragen nach wie vor das Leitbild einer bäuerlichen Landwirtschaft auf unserer Fahne

(Heidi Lück (SPD): Nein!)

und keiner industriellen.

(Heidi Lück (SPD): Da hat sich was geändert!)

Dazu zählen natürlich Ausgleichs- oder Hilfsmaßnahmen. Nach Professor Schön in Weihenstephan haben wir in Bayern allein durch die Strukturverschiedenheit, die Größenordnung usw. ein Defizit pro Hektar von 250 Euro. Das muss man natürlich, so gut es geht, ausgleichen, das ist selbstverständlich. Darum brauchen wir das Investitionsprogramm, weil dieses Defizit nicht zu erwirtschaften ist. Ihr seid dagegen. Ich muss sagen: Wer das tut, der ist gegen die Bauern.

(Beifall bei der CSU)

Er ist gegen die Praktiker, die die Landwirtschaft ausüben.

Nächster Punkt ist Forschung und Bildung, ein ganz entscheidender Faktor. Bayern muss in allen Bereichen bis hin zur Gentechnik die Wissensführerschaft behalten – das vertrete natürlich auch ich –, bis hin zu Weihenstephan. Die Anwendungswissenschaften müssen genauso aufrechterhalten werden wie die Grundlagenwissen-

schaft. Das räumen wir ein, das ist ein ganz entscheidender Punkt.

(Maria Scharfenberg (GRÜNE): Aber keine Gentechnik!)

Der nächste Punkt ist Absatzförderung. Wir erleben, dass – gegen alle Unkenrufe und alle Fehleinschätzungen – die neuen Ostländer Agrarimportländer sind. Wenn unser Herr Staatsminister diese Länder bereist als Botschafter bayerischer Agrarprodukte, dann können wir eigentlich nur dankbar sein. Das ist der richtige Weg, unsere Exporte zu sichern, unsere Stellung als Agrarregion. Wir sind eine Gunstproduktionsregion – Rio hat das bestätigt – in Europa. Man kann nicht von Überschüssen reden – das ist ein dummes Gerede –, wenn man die optimalen Produktionsbedingungen hat. Die Absatzförderung ist also ein ganz wichtiger Punkt.

Ich habe vorhin noch etwas vergessen, was die Strukturen anbelangt. In „top agrar“ war ein Artikel über sechs junge Landwirte, die sich zusammengeschlossen haben und ihre Flächen mit Pachtbereinigung bereinigt haben – mit dem Ergebnis, dass sie pro Hektar 80 Euro und 3,5 Arbeitsstunden eingespart haben. Man sieht also, dass wir damit auf dem richtigen Weg sind. Deshalb muss die Flurbereinigung weiterhin gefördert werden und ihren Rang behalten, um den Standort zu sichern.

Nachwachsende Rohstoffe: Ob es Holz, Biogas, Bioethanol, Isolierstoffe oder Werkstoffe sind, darf ich nach wie vor ganz bescheiden sagen – wir sind nicht gerade die Sprüchemacher,

(Maria Scharfenberg (GRÜNE): Manchmal schon!)

wir brauchen auch nicht einmal Sprüche zu machen, sondern es ist so –: Bayern ist, was nachwachsende Rohstoffe anbelangt, der Standort Nummer eins in Deutschland. Das ist belegbar.

(Susann Biedefeld (SPD): Beim Gammelfleisch Standort Nummer eins!)

Ein weiterer Punkt, meine sehr verehrten Damen und Herren, der für uns wichtig ist, ist die soziale Abfederung des Strukturwandels. Es ist schon seit Hanns Seidel unsere Politik – und diese hat sich über alle Ministerpräsidenten fortgesetzt –, im ländlichen Raum Arbeitsplätze zu schaffen, nicht zu verweigern, wie es die GRÜNEN machen, sondern Arbeitsplätze für die Zukunft zu schaffen. Das ist unsere Politik. Damit wird auch der Strukturwandel positiv begleitet und die soziale Abfederung gesichert.

Ein weiterer Punkt: die Selbsthilfeeinrichtungen. Es war unser von allen – damals habt ihr noch mitgemacht – geschätzter Dr. Hans Eisenmann, der anno 70 das Landwirtschaftsgesetz gemacht hat. Jetzt hat unser Staatsminister Miller mit unserem Ausschuss, lieber Helmut Brunner, gemeinsam in knallharter Arbeit – und ihr habt auch

mitgetan, so ist es nicht, es waren auch ein paar gute Gedanken dabei, das geben wir zu –

(Heidi Lück (SPD): Die Ihr leider nicht aufgegriffen habt!)

das neue Agrarwirtschaftsgesetz gemacht. Wir haben dieses historische Werk des Hans Eisenmann, das eigentlich an die Gedanken von Raiffeisen anknüpft, auf die Ist-Zeit transformiert und für die Selbsthilfeorganisationen eine Zukunft geschaffen,

(Heidi Lück (SPD): Welche? – Susann Biedefeld (SPD): Für die Raiffeisenbanken!)

ob das die TWG ist, ob es die LKP, LKV ist, ob es die Dorfhelferinnen sind, ob es die Landvolksschulen sind. Eines möchte ich vor allem im Blick auf die linke Seite sagen:

(Maria Scharfenberg (GRÜNE): Von wo aus gesehen?)

– Ich schaue schon hin zu euch. Diese Selbsthilfeorganisationen haben mit den höchsten Wirkungsgrad. Von jedem Euro, den sie einsetzen, haben sie einen Wirkungsgrad von weit über zwei, drei – das kann man hochrechnen. Der Wirkungsgrad in diesem Bereich ist sehr hoch, und ich bin dem Haushaltsausschussvorsitzenden sehr dankbar – und freue mich, dass du wieder genesen bist, Manfred Ach – und dem Kollegen Kupka, dass ihr gemeinsam erkannt habt, welchen Wert das für die Zukunft der Landwirtschaft hat.

Ein herzliches Vergelt's Gott für eure Arbeit. Landwirtschaft ist weit mehr als Nahrungsmittelproduktion.

(Maria Scharfenberg (GRÜNE): Lebensmittel!)

– Ich brauche keine Nachhilfe, ich kenne mich aus. Aber sie ist weit mehr als Lebensmittel- und Nahrungsmittelproduktion. Die Multifunktion, die kein marktfähiges, quantifizierbares Produkt ist, kann man nicht wie beispielsweise Weizen oder Kartoffel verkaufen; sie muss eingerechnet werden.

Meine lieben Kollegen von der CSU, es ist interessant, dass fast alle Länder, die früher von der SPD regiert wurden, in diesem Bereich nichts gehabt haben; Niedersachsen etwa hat null, kein Kulturlandschaftsprogramm gehabt. Ein solches Programm gibt es nur in den schwarzen Ländern, und das sind Baden-Württemberg, Sachsen und Bayern. Alle anderen, früher von der SPD geführten Länder haben in diesem Bereich nichts. Und da wollen Sie uns etwas vorhalten? Das ist Heuchelei. Das ist ein scheinheiliges Geschwätz, nicht mehr.

(Beifall bei der CSU – Zurufe von den GRÜNEN – Zuruf der Abgeordneten Heidi Lück (SPD))

Dass in Bayern 55 000 Bauern nach dem Kulap gefördert werden und 90 000 Bauern eine Ausgleichszulage erhalten, ist ein Signal und die Bilanz einer erfolgreichen

Politik für diesen Bereich „multifunktionelle Leistungen der Landwirtschaft“. Deshalb verfolgen wir das weiter. Es kann aber nicht so sein, dass man mir den Milchausgleich nimmt, ihn anderen Bereichen gibt und damit den Veredler ruiniert. Das ist euer Ziel, da habt ihr natürlich eine ganz andere Vorstellung als wir.

(Zuruf der Abgeordneten Heidi Lück (SPD))

Ich komme langsam zum Schluss, nämlich zu einem ganz entscheidenden Punkt, die Qualitätsstandards. Da liegen wir, glaube ich, nicht auseinander. Ich weiß als praktizierender Milcherzeuger, wie wir jahrzehntelang beim Export im Vorteil waren, weil unsere Qualitäten weit höher als die der Holländer oder Franzosen lagen. Wir haben in Italien wegen der Qualität die Geschäfte gemacht. Und in diesem Punkt werden wir uns nicht dividieren lassen. Auch da haben wir in den letzten 60 Jahren in der Milchwirtschaft wegen unserer Qualitätssicherungssysteme keine Auffälligkeiten gehabt. Auch das sollte man in diesem Zusammenhang einmal sagen. Das ist ein ganz wichtiger Bereich.

Wir brauchen eine zukunftsfähige Landwirtschaft. Der Agrarstandort Bayern ist zu sichern.

(Zuruf der Abgeordneten Heidi Lück (SPD))

Das ist zentrale Aufgabe aller Politiker. Die Landwirtschaft sichert ungefähr 600 000 bis 700 000 Arbeitsplätze im Ernährungsgewerbe; Wert 30 Milliarden Euro. Ich möchte wiederholen – ich habe mir das extra aufgeschrieben: Man sollte wirklich an die Handelsketten appellieren, dass sie verantwortungsbewusst handeln, um den Bauern für ihre Produkte den gerechten Lohn zu geben. Da bin ich mit einigen von euch sicher auf der gleichen Schiene.

Meine lieben Freunde, wenn ich die Anträge der Opposition anschau, muss ich sagen,

(Zuruf der Abgeordneten Heidi Lück (SPD))

der Antrag der GRÜNEN zum Kulap ist kontraproduktiv, weil die Umweltleistung ohne produzierende Bauern nicht möglich ist. Dazu, die Almwegförderung zugunsten anderer Bereiche einzustellen, muss ich sagen: Wer das sagt, soll einmal einen Almbauern machen. Der braucht das nur einmal mit einem Rucksack praktizieren und eine Alm bewirtschaften! Was man da von uns fordert, ist Steinzeitlandwirtschaft.

Ich möchte vor allem die Damen und Herren der Opposition bitten – bei der CSU ist das Zehnerl schon lange gefallen –, nach dem Motto des berühmten Benediktinerabtes Odilo Lechner zu verfahren: Visionen und Träume schaffen Zukunft. Lassen wir uns nicht von dem Streben über alle Parteien hinweg eingrenzen, sondern Visionen und Zukunft entwickeln für unsere Bauern und für den ländlichen Raum, Visionen und Zukunft entwickeln, die den Bauern den Sauerstoff für sie als Unternehmer geben.

(Heidi Lück (SPD): Das tun wir ja, wenn Ihr mitmachen würdet!)

Es geht nicht darum, den Bauern einzugrenzen, wie ihr es immer wollt, dass hinter jedem Bauern ein Kontrolleur stehen muss, sondern es geht um die Eigenverantwortung und um den Sauerstoff für den Unternehmer. Dann haben wir unseren Auftrag erfüllt. Geben wir unseren bäuerlichen Familienbetrieben den rechten Stellenwert in dieser Gesellschaft!

(Anhaltender Beifall bei der CSU)

Erste Vizepräsidentin Barbara Stamm: Nächste Wortmeldung: Herr Kollege Dr. Magerl.

Dr. Christian Magerl (GRÜNE): Frau Präsidentin, Kolleginnen und Kollegen! Es fällt mir jetzt natürlich schwer, nach dem Kollegen Ranner zu reden. Das war in den Anfängen mehr eine Wahlrede für die UNO denn ein Beitrag zum bayerischen Staatshaushalt. Aber eines gestatte ich mir schon zu sagen: Sie reden hier vom unendlichen Energiehunger; das sehe natürlich auch ich so. Aber jetzt weiß ich endlich, warum Sie eine dritte Startbahn brauchen: damit wir noch ein bisserl mehr Energie hinauspulvern können.

(Thomas Kreuzer (CSU): Und jetzt zum Transrapid, oder wie sieht es aus?)

Aber nun einige Punkte zu den Wäldern im Freistaat Bayern, nachdem gerade dieser Bereich uns GRÜNEN besonders am Herzen liegt. Dieser Bereich sollte bei einer Beratung zum Staatshaushalt für Landwirtschaft und Forsten nicht zu kurz kommen.

Wo stehen wir auf diesem Sektor? Wir haben im Moment einen außerordentlich guten Holzpreis. Infolgedessen hat das Unternehmen Bayerische Staatsforsten zumindest auf diesem Sektor Glück gehabt und im ersten Betriebsjahr einen Gewinn erzielt. Aber ich bin absolut sicher: Auch ohne die Organisationsreform mit dem alten Konzept der Bayerischen Staatsforsten hätte man den gleichen Gewinn gehabt, vielleicht sogar noch mehr.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Der Preis wird weiter steigen. Daher gestatten Sie mir aktuell die erste Anmerkung. Man fragt sich deshalb schon, warum mit einem österreichischen Großunternehmen, nämlich der Firma Klausner, ein Vertrag mit einer Laufzeit von zehn Jahren und einem festgeschriebenen Preis geschlossen wird. Das ist, haushaltspolitisch betrachtet, fast schon Irrsinn.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Da hätte eine Gleitklausel hineingehört. Hier 56 Euro pro Festmeter festzuschreiben, das kann ich nicht verstehen. Man hat dies wohl auch im Ministerium irgendwann gemerkt und ein Rechtsgutachten eingeholt. Das hätte man vielleicht davor einholen sollen, aber nicht nach Abschluss des Vertrags.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Die Nachfrage nach Holz ist außerordentlich gut. Die momentane Situation ist wirtschaftlich alles andere als erfreulich. Gerade die Staatsforsten liefern sehr viel Holz an Großunternehmen und Großsägereien, während mittelständische Unternehmen und Sägereien, die Hackschnitzel brauchen, in Bayern leer ausgehen. Das muss sich in meinen Augen ändern. Das darf also nicht dazu führen, dass die Staatsforsten mit einigen wenigen Unternehmen Großverträge abschließen und das kleine und mittelständische Gewerbe letztendlich in erhebliche Nöte kommt.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Kollegen von der CSU, ich gehe davon aus, dass auch Sie diese Anrufe und Bedürfnisse kennen. Da sollten wir uns gemeinsam einer Aufgabe zuwenden, die dringend ist und mit Blick auf den Haushalt viel zu kurz kommt. Nachdem im Staatsforst in Zukunft nicht viel mehr eingeschlagen werden kann, müssen wir speziell die Vorräte in den kleinen Privatwäldern aktivieren; denn wir müssen dieses Land mit Holz versorgen. Dieser Aufgabe müssen wir uns daher künftig stellen.

Ein weiteres Problem, vor dem wir stehen, ist nach wie vor das Waldsterben, das mehr oder weniger auf Rekordniveau ist. Ich musste vor wenigen Wochen erfahren, dass es sich dabei um den drittschlechtesten Wert handelt, der im letzten Jahr ermittelt worden ist. Hier zeigt sich weniger die falsche Forstpolitik denn die falsche Verkehrspolitik der Minister Beckstein und Huber und die Auswirkungen dieser Verkehrspolitik.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Wir haben, wie das Vegetationsgutachten gezeigt hat, einen viel zu hohen Verbiss, der zudem angestiegen ist. Es ist eine Schande, dass die Abschussquoten von den Jägern nicht erfüllt werden, dass stattdessen der Präsident des Landesjagdverbandes gegen das Vegetationsgutachten polemisiert und den Grundsatz „Wald vor Wild“ aushöhlen möchte.

Sie sollten sich vielleicht diesbezüglich besser – ich zitiere ihn selten – an Herrn Sonnleitner orientieren, der genauso wie wir heftige Kritik an den Jägern und an der Nichterfüllung der Abschusspläne geübt hat.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Wir haben – auch das ist nicht eine Sache der Forstpolitik, sondern der Verkehrs- und Energiepolitik – einen dramatischen Klimawandel, der auch dramatische Folgen für unsere Wälder haben wird. Ich nenne nur den Borkenkäfer. In den Wäldern wird das eine Artenveränderung mit sich bringen. Dringend erforderlich ist, wesentlich mehr Mittel für den Waldbau zu verwenden als in der Vergangenheit. Ich schaue mir die neue schöne Broschüre an, die wir heute von den Staatsforsten verteilt bekommen haben. Als Ziel beim Umbau bei der Fichte wird ein Rückgang von 46 auf 40 % genannt. Das ist mir viel zu wenig. Da sind Sie noch viel zu lahm. Das muss beschleunigt werden.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Da müssen Sie wesentlich mehr Anstrengungen als in der Vergangenheit unternehmen, als dies heute der Fall ist.

Meine Redezeit ist fast zu Ende. Ich möchte an dieser Stelle auch unseren Mitgliedern im Haushaltsausschuss, den Kollegen Mütze und Hallitzky, ganz herzlich für ihre Arbeit danken. Ich bitte Sie um Zustimmung zu unseren Anträgen.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Erste Vizepräsidentin Barbara Stamm: Die CSU hat noch eine Redezeit von einer guten Minute. Bitte schön, Herr Kollege Johann Neumeier.

Johann Neumeier (CSU): Frau Präsidentin, meine liebe Kolleginnen, meine lieben Kollegen! Ich möchte auf eine Kritik eingehen, die Herr Kollege Sprinkart an der Arbeit des Haushaltsausschusses angebracht hat. Er hat die Beratungen im Haushaltsausschuss als „erbärmlich“ bezeichnet. Ich möchte dies zurückweisen.

(Beifall bei der CSU)

Bei uns finden keine erbärmlichen Beratungen statt, sondern nur sachlich begründete Beratungen.

Er hat auf einen Antrag der GRÜNEN Bezug genommen, der zum Inhalt hatte, dass Mittel für den Almwegebau umgeschichtet werden sollen und dass gänzlich auf den Almwegebau verzichtet wird. Wir haben diesen Antrag aus gutem Grund abgelehnt. Ich war Berichterstatter. Die Begründung war, dass die Maßnahmen zum Almwegebau zur Sicherung unserer Almen notwendig sind, dass die Erschließung der Almen für deren Wirtschaftlichkeit notwendig ist und dass dadurch die Lebensbedingungen der Hirten wesentlich verbessert werden. Deshalb haben wir den Antrag abgelehnt.

Ich unterstütze auch persönlich die Initiative des Almwirtschaftlichen Vereins Oberbayern zur Besserstellung der Almen, wenn Almen nicht erschlossen werden können, obwohl sie von den Bauern erschlossen werden sollen, die GRÜNEN aber dagegen sind. In diesem Falle unterstütze ich die Initiative des Almwirtschaftlichen Vereins.

(Beifall bei der CSU – Peter Hufe (SPD): Das diene der Klarstellung!)

Erste Vizepräsidentin Barbara Stamm: Jetzt darf ich Ihnen, Herr Staatsminister Miller, das Wort geben. Bitte schön, Herr Staatsminister.

Staatsminister Josef Miller (Landwirtschaftsministerium): Frau Präsidentin, Kolleginnen und Kollegen, meine sehr geehrten Damen und Herren! Ich bedanke mich ausdrücklich für die sehr sorgfältige, intensive Beratung im Haushaltsausschuss. Dieser Haushalt fällt in eine Zeit, in der sich die Zeichen für die Landwirtschaft und für die Forstwirtschaft grundlegend verändert haben. Auf den Weltmärkten werden derzeit keine Überschüsse mehr produziert, weder bei Nahrungsmitteln noch bei Holz. Die Märkte sind als Nachfragemärkte gekennzeichnet. Da hat

es sich schon gelohnt, meine sehr geehrten Damen und Herren, dass wir die Landwirtschaft und die Forstwirtschaft zu keiner Zeit abgeschieden, die Mittel nicht drastisch reduziert oder eingestellt haben, wie das in anderen Bundesländern der Fall war. Ich danke ganz besonders Josef Ranner, der es als Landwirt versteht, in Generationen zu denken, was ich eigentlich auch von anderen erwartet hätte. Den Hinweis, dass seine Reden eher in die UNO als hierher gehören, weise ich entschieden zurück.

(Beifall bei der CSU)

Wer nämlich in die Zukunft schaut,

(Zurufe von der SPD – Glocke der Präsidentin)

wird feststellen, dass heutzutage nahezu alle Zukunftsforscher sagen: Die drei großen Probleme sind Wasser, Energie und Lebensmittel.

(Dr. Sepp Dürr (GRÜNE): Klima!)

Bei Wasser ist die Landwirtschaft beteiligt, bei Energie – das hat etwas mit Klima zu tun – können die Landwirtschaft und die Forstwirtschaft einen wichtigen Beitrag leisten, bei den Lebensmitteln ohnehin.

Unsere Antwort auf diese neuen Herausforderungen ist erstens das bayerische Agrarwirtschaftsgesetz, zweitens die Programmplanung, die jetzt für sechs Jahre beschlossen wurde, und drittens der Haushalt, den wir heute beschließen.

(Zuruf der Abgeordneten Heidi Lück (SPD))

– Frau Lück, Sie sollten aufpassen; denn Sie sind bereits beratungsresistent.

(Beifall bei der CSU – Thomas Kreuzer (CSU): Da nützt aufpassen auch nichts!)

Das ist schlimm. Sie haben beim Agrarwirtschaftsgesetz schon gesagt, dass der ländliche Raum im Landwirtschaftsförderungsgesetz eigens aufgeführt sei. Dem ist leider nicht so. Mit dem Agrarwirtschaftsgesetz ist der ländliche Raum erstmals in ein Agrargesetz aufgenommen worden.

(Beifall bei der CSU – Zuruf der Abgeordneten Heidi Lück (SPD))

Weiter stellen Sie immer wieder fest, dass die Haushalte im Landwirtschaftsförderungsgesetz festgelegt würden. – Nein, die Haushalte werden alle zwei Jahre vom Landtag neu beschlossen und die Mittel dafür bereitgestellt. Sie haben gesagt, dass der Haushalt Landesmittel einspart. Das stimmt einfach nicht. Die Landesmittel wurden um 41,7 Millionen Euro bzw. um 5,4 % erhöht, bei landwirtschaftlichen Förderprogrammen um 37,1 Millionen Euro bzw. um 21 % gegenüber dem Vorjahr erhöht, beim Forst

um 7,4 Millionen Euro bzw. um 31 %. Die Haushaltsmittel sind gestiegen.

(Zuruf der Abgeordneten Heidi Lück (SPD))

Es geht um den Landeshaushalt. Früher ist der Gesamthaushalt nicht, so wie Sie es dargestellt haben, gefallen, sondern die EU hat die Mittel erhöht, was dieses Mal eben nicht der Fall ist.

Es ist schon herausgestellt worden, dass im Haushalt die Landesmittel mit 107,5 Millionen Euro in voller Höhe erhalten werden. Darüber hinaus fließen nach wie vor 30 % der Mittel, die von Brüssel in die alten Bundesländer gehen, nach Bayern. Darauf bin ich stolz, und darauf halte ich auch weiterhin großartige Reden. Ich bedanke mich für Ihr Kompliment zu meinen Reden.

(Beifall bei der CSU)

Meine sehr geehrten Damen und Herren, Kolleginnen und Kollegen, dies zeigt, dass wir entschlossen handeln und dass wir auf die Zukunft der Landwirtschaft setzen. Diese drei Maßnahmen geben ein deutliches Signal, dass Bayern in Deutschland auch weiterhin die Nummer 1 als Agrarstandort bleibt, damit die wichtigen Aufgaben für die Gesellschaft erfüllt werden können. Die Förderpolitik kommt nicht allein den Landwirten zugute, sondern die Förderpolitik kommt allen Bürgerinnen und Bürgern unseres Landes zugute. Lebensmittel erzeugen und Lebensraum gestalten sind Aufgaben der Agrarpolitik und dienen allen Menschen. Wir nehmen unsere Verantwortung ernst.

(Beifall bei der CSU)

Frau Lück, ich weiß nicht, ob Sie hinsichtlich des Beichtens auf Ihrem Zettel die Namen verwechselt haben. Es könnte auch sein, dass Sie Kollegen Sprinkart gemeint haben.

(Heidi Lück (SPD): Sicher nicht!)

Kollege Sprinkart behauptet, dass man in Brüssel Mittel eingespart hat. Man hat in Brüssel keine Mittel eingespart, sondern die Nettozahlungen Deutschlands erhöhen sich von 2007 bis 2013,

(Dr. Sepp Dürr (GRÜNE): Sie finden das gut! Sie haben es bejubelt!)

nämlich von 24 Milliarden auf 28 Milliarden Euro. Die GRÜNEN und die Roten waren in der Berliner Koalition dafür, dass die Beitragszahlungen Deutschlands nach Brüssel gesenkt werden.

(Dr. Sepp Dürr (GRÜNE): Sie haben das bejubelt!)

Das ist Faktum. Sie waren dafür, dass das gesenkt wird. Frau Lück, wenn Sie als jemand, der im Agrarausschuss ist, sagen, dass im Land- und Forstwirtschaftsministerium Wasserköpfe geschaffen wurden, muss ich Sie fragen:

Haben Sie denn nicht mitbekommen, dass der Bereich Forstwirtschaft abgeschafft wurde?

Die Stelle eines Ministerialdirektors und der Bereich Forstwirtschaft wurden abgeschafft. Eine Abteilung wurde aufgegeben, 32 Leitende Forstdirektoren und 21 Leitende Landwirtschaftsdirektoren wurden abgebaut. Haben Sie das nicht mitbekommen? Kein Ministerium hat solche Einschnitte durchgeführt. Sie sollten das zur Kenntnis nehmen und nicht wider besseres Wissen das Gegenteil behaupten.

(Beifall bei der CSU)

Nun komme ich zu Ihrem Versuch, den Leuten glaubhaft zu machen, die Forstwirtschaft – die Sie gegen die Landwirtschaft ausspielen wollen – käme im Agrarwirtschaftsgesetz zu kurz. Ist Ihnen denn nicht bekannt, dass wir vor einigen Jahren ein eigenes Waldgesetz geschaffen haben? Da waren Sie doch dabei. Im Waldgesetz sind diese Dinge geregelt. Warum erzählen Sie hier solche Unwahrheiten – hätte ich beinahe gesagt. Sie verwirren mit Ihren Beiträgen, weil dadurch der Eindruck erweckt wird, die Forstwirtschaft wäre nicht angemessen berücksichtigt worden.

Erste Vizepräsidentin Barbara Stamm: Herr Staatsminister, ich habe zwei Zwischenfragen, einmal von Frau Kollegin Lück und einmal von Herrn Kollegen Sprinkart. Lassen Sie diese Fragen zu?

Staatsminister Josef Miller (Landwirtschaftsministerium): Wenn diese Fragen nicht von meiner Redezeit weggehen, ja, ansonsten nicht.

Erste Vizepräsidentin Barbara Stamm: Herr Staatsminister, die Fragen würden von Ihrer Redezeit abgehen.

Staatsminister Josef Miller (Landwirtschaftsministerium): Dann kann ich die Fragen nicht zulassen.

(Heidi Lück (SPD): Das ist aber schade!)

Was sind unsere Ziele? – Wir wollen die Möglichkeit der Erzeugung hochwertiger Lebensmittel durch eine leistungsfähige Land- und Ernährungswirtschaft weiter ausbauen; denn hier geht es um Arbeitsplätze im ländlichen Raum. Die Landwirtschaft und die Ernährungswirtschaft zusammen stehen an dritter Stelle der Wirtschaftssektoren mit einem Umsatz von 33 Milliarden Euro und beschäftigen über 400 000 Arbeitskräfte. Die Land- und Ernährungswirtschaft ist damit der größte Arbeitgeber in unserem Land. Das muss auch so bleiben.

(Beifall bei der CSU)

Zur Gestaltung unseres Lebensraums durch eine flächendeckende Landbewirtschaftung: Schauen Sie nach Frankreich. Schauen Sie nach Baden-Württemberg. Schauen Sie nach Tirol. Dort gibt es große Probleme, die flächendeckende Landbewirtschaftung aufrechtzuerhalten. Liebe Kolleginnen und Kollegen, bei uns ist die flächendeckende Landbewirtschaftung durch unsere

Programme gewährleistet. Ich sage Ihnen: Sie wird auch in Zukunft durch unsere weitsichtige Förderpolitik, die ihresgleichen in der Bundesrepublik Deutschland sucht, gewährleistet sein. Wir sind damit entweder an der Spitze oder zusammen mit Baden-Württemberg in der Spitzengruppe. Unter den zweiten Platz sind wir bisher nicht gefallen. Ich möchte das ganz deutlich zum Ausdruck bringen.

(Heidi Lück (SPD): Das waren wir bisher!)

Unsere wichtigste Aufgabe – ich knüpfe hier bei Herrn Kollegen Ranner an – ist die Bewahrung der natürlichen Lebensgrundlagen. Wir müssen den Boden fruchtbar erhalten, die Luft sauber halten und die Qualität des Wassers erhalten. Das sind wichtige Voraussetzungen für die Landbewirtschaftung.

(Maria Scharfenberg (GRÜNE): Und was haben Sie für das Klima übrig?)

– Wir setzen wie kein anderes Land auf nachwachsende Rohstoffe. Wir haben damit angefangen, als dies von anderen Parteien noch abgelehnt wurde. Schon damals haben wir uns für nachwachsende Rohstoffe eingesetzt. Wir haben bisher 216 Millionen Euro, davon 176 Millionen Euro an Landesmitteln, zur Verfügung gestellt. Dafür bedanke ich mich ganz besonders.

(Beifall bei der CSU)

Wo setzen wir in unserer Agrarpolitik Schwerpunkte? – Die Bildung ist die wichtigste Zukunftsinvestition für die Erhaltung der Wettbewerbsfähigkeit. Sie ist aber auch der Schlüssel zum verantwortungsvollen Umgang mit Umwelt und Natur. Dank der Unterstützung des Landtages war es möglich, ein vielfältiges und bedarfsorientiertes Bildungssystem für unsere Bäuerinnen und Bauern aufzubauen, das bundesweit einmalig ist und um das wir in allen Bundesländern beneidet werden. Heute kommt jeder zweite Landwirtschaftsmeister der Bundesrepublik Deutschland aus Bayern. Darauf sind wir zu Recht stolz.

(Beifall bei der CSU)

Mit dem neuen Agrarwirtschaftsgesetz haben wir die Voraussetzung für die Weiterführung der Beratung zusammen mit der Verbundberatung geschaffen. Frau Kollegin Lück, Sie sagten, die Beratung sei abgeschafft bzw. reduziert worden. Ich sage Ihnen: Die Beratung wird im Zusammenhang mit der Verbundberatung auf neue Füße gestellt. Sie ist nämlich ein wesentlicher Faktor für die Sicherung der Wettbewerbsfähigkeit unserer klein strukturierten Landwirtschaft. Hier gehen wir neue und – das sage ich Ihnen voraus – erfolgreiche Wege.

(Heidi Lück (SPD): Das wird nicht kostenlos sein!)

Entscheidend ist: Wir verfügen auf dem Agrarsektor über Landesanstalten – drei an der Zahl. Dort wird eine breit gefächerte fachspezifische und angewandte Forschung betrieben. Unser Ziel ist es, Innovationsvorsprünge durch

Forschung zu sichern und neu zu erarbeiten. Wir müssen den anderen dort voraus sein, wo wir teurer sind. Wir müssen dort besser sein, wo die anderen billiger sind. Obwohl wir Sparmaßnahmen durchführen mussten, haben wir unsere Lehr-, Versuchs- und Fachzentren ausgebaut und auf den neuesten Stand gebracht. Zwei dieser Zentren müssen noch nachgerüstet werden. Meine lieben Kolleginnen und Kollegen, in dieser Zeit Investitionen zu tätigen, ist eine große Leistung. Wo andere Bundesländer ihre Fachzentren geschlossen haben, haben wir sie aufgebaut. Das ist ein deutliches Zeichen für die Zukunft unserer Landwirtschaft.

(Beifall bei der CSU)

Die Selbsthilfeeinrichtungen sind ein Markenzeichen bayerischer Agrarpolitik. Sie werden durch das Agrarwirtschaftsgesetz auf eine neue Grundlage gestellt. Ich erwarte, dass die Selbsthilfeeinrichtungen künftig ein noch wichtigerer Partner in der Beratung sein werden, damit wir die Potenziale, die wir in unserer Landwirtschaft haben, noch besser ausschöpfen können. Wenn wir die Einkommen, die im letzten Viertel und im ersten Viertel der Betriebe erzielt wurden, vergleichen, stellen wir fest, dass da und dort noch Reserven vorhanden sind. Die Selbsthilfeeinrichtungen sind hier gefordert, in der Beratung mitzuhelfen. Ich glaube, das wird sich lohnen.

(Beifall bei der CSU)

Nun zum bayerischen Zukunftsprogramm: Wir haben in der Zeit von 2007 bis 2013 rund drei Milliarden Euro – das sind pro Jahr 470 Millionen Euro – für die Maßnahmen der zweiten Säule zur Verfügung gestellt. Dies ist ein wichtiger Beitrag zur Steigerung der Wettbewerbsfähigkeit. Für die einzelbetriebliche Investitionsförderung stehen im nächsten Jahr 58 Millionen Euro zur Verfügung. Das ist eine Steigerung um knapp 40 % gegenüber 2006.

Herr Kollege Sprinkart, Sie sagten, dass dieser Betrag höher als die Förderung aus dem Kulturlandschaftsprogramm und der Ausgleichszulage wäre. Als stellvertretender Ausschussvorsitzender sagen Sie das wider besseres Wissen. Wir haben die Mittel für das Kulturlandschaftsprogramm von 1988 bis 2000 von 20 Millionen Euro auf 200 Millionen Euro erhöht. Im nächsten Jahr werden für das Kulturlandschaftsprogramm 160 Millionen Euro zur Verfügung stehen. Das ist fast dreimal so viel wie bei der Agrarförderung.

(Beifall bei der CSU)

109 Millionen Euro stehen künftig für die Ausgleichszulage zur Verfügung. Ich habe immer geglaubt, dass sich auch die GRÜNEN für Nachhaltigkeit einsetzen. Was würde es nützen, wenn wir nur über die Ausgleichszulage und über das Kulturlandschaftsprogramm fördern und Investitionen unterlassen würden? Die Landwirte müssen wettbewerbsfähig sein. Sie müssen ihre Betriebe modernisieren. Wir müssen den Strukturwandel abfedern. Dazu brauchen wir Investitionen. Wir brauchen eine Investitionsförderung für die Nachhaltigkeit der Landwirtschaft auch in den von der Natur benachteiligten Gebieten.

(Beifall bei der CSU)

Zur Steigerung der Wettbewerbsfähigkeit. Herr Kollege Sprinkart, es ist unerhört, wenn Sie behaupten, wir würden in der ersten Säule das wegnehmen, was Frau Künast dazu gegeben hätte.

(Demonstrativer Beifall des Abgeordneten Dr. Sepp Dürr (GRÜNE))

Wenn es nach Frau Künast gegangen wäre, wären die Sonderförderungen für die Milcherzeuger und die Fleischerzeuger bereits nächstes Jahr zurückgebaut worden. Wenn es nach Frau Künast gegangen wäre, wäre 2007 bereits die Förderung für die Bauern in unseren Grünlandgebieten zurückgenommen. Das Gegenteil ist der Fall. Heute kommen Sie daher und wenden sich gegen die Deckelung, die wir vornehmen.

(Dr. Sepp Dürr (GRÜNE): Wir waren schon da!)

Frau Künast hätte es in der Hand gehabt, in der ersten Säule eine Begrenzung vorzunehmen, wenn sie das gewollt hätte. Herr Fischler hat das vorgeschlagen. Sie hat sich widersetzt. Wir handeln dort, wo wir selbst handeln können. Wir haben die Förderung im Kulap auf 35 000 Euro für Betriebe bis zu 190 Hektar begrenzt, und da fragen Sie, was wir für die kleinen Betriebe tun.

Ich muss mich fragen, wie Ihr agrarpolitisches Leitbild aussieht, für wen Sie sich einsetzen.

(Beifall bei der CSU)

Wir meinen, bei 190 Hektar kann die Förderung gedeckelt werden.

Was tun wir für die Kleinbetriebe? – eine eigene Ausbildung „BiLa“ – Bildungsprogramm Landwirt –. Wir haben keine Förderschwellen mehr. Wir haben sozialverträgliche Mindestbeträge und Förderobergrenzen eingeführt, um die kleineren Betriebe stärken zu können. Uns ging es um höhere Freibeträge – anstelle von 5000 Euro wollten wir 10 000 Euro bei der ersten Säule. Wir hätten nichts dagegen, wenn es bei einer bestimmten Höhe zu einer Deckelung käme. Ich sage es noch einmal: Wir sind mit gutem Beispiel vorangegangen. Wenn Sie behaupten, wir würden kürzen und keine Antragstellungen beim Kulturlandschaftsprogramm zulassen, dann muss ich feststellen, dass das schlichtweg nicht stimmt. Wir kürzen nur um die Anreizkomponente von 20 %, die in der folgenden Programmplanungsperiode nicht mehr möglich ist. Die Mittel, die zum Ausgleich der Leistungen nötig sind, werden auch weiter gewährt. Das wollte ich nur noch einmal deutlich machen.

Wir haben großes Interesse daran, am Agrarexport weiter beteiligt zu sein und diesen auszubauen, weil bei uns die Bevölkerung stagniert. Wir haben wachsende Weltmärkte mit einem großen Aufnahmevermögen, und wir sind sehr erfolgreich. Es ist in diesen Tagen schon dargestellt worden, dass wir mehr in die neuen Mitgliedstaaten der Europäischen Union exportieren, als wir von dort importieren. Wir exportieren mehr Käse nach Frankreich, als wir von dort importieren. Das Agrarland Bayern hat einen positiven Exportsaldo. Unser Ziel ist es, nicht nur das Spezi-

alitätenland in Deutschland zu bleiben, sondern unsere Stellung weiter auszubauen. 50 % des Agrarexportes aus Bayern gehen in die Genussländer Österreich, Italien und Frankreich. Darauf sind wir stolz. Diese Tatsache zeigt, dass unsere Land- und Ernährungswirtschaft hervorragend mithalten kann.

(Beifall bei der CSU – Zuruf von den GRÜNEN: Gammelfleisch!)

Ich darf nun auf den ländlichen Raum eingehen, der im Agrarwirtschaftsgesetz berücksichtigt ist. Wir haben bei der Dorferneuerung die Mittel nicht gekürzt, sondern aufgestockt. Wir haben bei Leader um 9 Millionen erhöht. Für uns sind nachwachsende Rohstoffe ein wichtiger Faktor. Bayern hat inzwischen 1300 Biogasanlagen. Wir sind hiermit im bundesdeutschen Vergleich Spitze. Jede zweite Anlage steht in Bayern. Entscheidend ist, dass diese Anlagen zur Verbesserung der CO₂-Bilanz beitragen. Bayern erzeugt inzwischen 4,4 % der Primärenergie aus Biomasse. Im Bund sind es 3,3 %. Damit werden 2,5 Millionen Liter Heizöl ersetzt und 6,8 Millionen Tonnen Kohlendioxid eingespart. Das ist ein ganz entscheidender Faktor.

Zum Klimaschutz wird die Landwirtschaft weiterhin einen Beitrag leisten, weil die Bildung von Öl, Kohle und Gas aus Pflanzen in Millionen von Jahren erfolgt ist, während heute in wenigen Tagen große Mengen Gas verbraucht werden. Es wird auch ermöglicht, dass sich durch die steigende Nachfrage nach nachwachsenden Rohstoffen die Preise für Agrarprodukte erhöhen und sich so die Einkommenssituation für die Landwirte positiv gestaltet. Bayern ist Vorbild und Vorreiter. Wir werden auf diesem Feld nicht einsparen, sondern wir werden die Maßnahmen im Interesse der Einkommen der Bauern ausbauen. Wir werden dies auch tun, um einen Beitrag zur Energieversorgung, zur Exportunabhängigkeit und für unsere Natur sowie für den Klimaschutz zu leisten. Dabei lassen wir uns von anderen nicht übertreffen.

(Beifall bei der CSU)

Nun noch ein Wort zum Forst: Herr Magerl, wenn Sie die Gegebenheiten des Vertragsabschlusses mit der Firma Klausner kritisieren, dann dürfen Sie die Situation 2005 nicht außer Acht lassen. Seit 1999 sind die Holzpreise dramatisch gesunken, die Beschäftigungszahlen gingen massiv zurück, moderne und leistungsfähige Anlagen entstanden überall, aber nicht in Bayern.

(Maria Scharfenberg (GRÜNE): Da macht man das nicht über 10 Jahre!)

Drei Millionen Festmeter Holz wurden von Bayern außer Landes transportiert und verarbeitet. Der mit der Firma Klausner vereinbarte Durchschnittspreis mit der Verpflichtung zur Abnahme von Holz auch aus Sturmwürfen und Borkenkäferbefall lag seinerzeit über dem Preisniveau der vorangegangenen Jahre und war absolut marktkonform. Wir hatten auch vorher eine Anwaltskanzlei eingeschaltet, nämlich die renommierte Anwaltskanzlei Freshfields, Bruckhaus und Deringer. Die Preisgestaltung hat auch einer Nachprüfung durch die EU-Kommission in Brüs-

sel standgehalten. Das vom Sägewerksverband wegen Wettbewerbsverzerrung erbetene Untersuchungsverfahren wurde nach eingehender Prüfung eingestellt. Das ist die Situation. Dass anschließend innerhalb kürzester Zeit nach einem massiven Preisabfall – früher sind die Preise immer langsam angestiegen – die Preise rapide angestiegen sind, konnte so nicht vorausgesehen werden. Diese Preise wären so auch nicht möglich gewesen, aber es gibt natürlich Anpassungskomponenten.

(Maria Scharfenberg (GRÜNE): Können Sie die Komponenten nennen?)

Es war wichtig, dass sich der Staatsbetrieb abgesichert hat, um bei einem weiteren Sinken der Preise versichert zu sein, insbesondere hinsichtlich der Abnahme von Schadholz. Die Bayerischen Staatsforsten sind in Verhandlungen mit Klausner. Ziel ist es, den Vertrag, auf dessen Grundlage bisher noch kein Holz geliefert wurde, auf ein entsprechendes Marktniveau umzustellen und nachzuverhandeln. Ich bin zuversichtlich, dass das letztendlich auch gelingt.

Zur Förderung nur noch ein paar Zahlen: Die Forstförderung hat massiv zugenommen. Im Haushalt ist ein Anstieg um 13 bzw. 10 Millionen Euro auf 28 Millionen bzw. 25 Millionen Euro zu verzeichnen – ein Anstieg um 23 %, bei einem Vergleich mit dem Zeitraum 2005 bis 2007 ein Anstieg um 50 %. Zu sagen, es würde zu wenig getan, stimmt nicht. Wir wissen nicht, was in den nächsten Jahren auf uns zukommt. Aber die Beiträge zur Vorsorge sind massiv erhöht worden.

Zwei Aufgaben sind wichtig, denen wir nachkommen wollen. Die erste Aufgabe ist der Umbau von Monokultur in stabile Mischwälder, und die zweite Aufgabe ist die Mobilisierung von Holz aus den Privatwäldern. Die Staatsforsten haben nur ein Drittel des Holzbestandes, die Hälfte liegt in den Privatwäldern. Solange der Preis noch ansteigt, sind die Privatwaldbesitzer oft nicht zum Holzeinschlag bereit. Dieses Holz zu mobilisieren, ist ein wichtiger Auftrag.

Ich darf zum Abschluss kommen: Ich möchte mich ganz herzlich bei unseren Mitarbeitern in den einzelnen Ämtern, die viele Reformen – ich habe es schon gesagt – mitmachen mussten, die neue Aufgaben bekommen haben und zum Teil Fördermaßnahmen in einem Umfang bearbeiten müssen, wie das bisher noch nicht der Fall war, bedanken. In der ersten Säule wird am 27. Dezember rund eine Milliarde Euro ausbezahlt. Als nächstes Land in der Rangliste erscheint Niedersachsen mit 870 Millionen Euro. Noch darunter liegt Baden-Württemberg mit 550 Millionen Euro. Ich möchte mich auch bei den Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern der Land-, Forst- und Flurbereinigungsverwaltungen bedanken. Ein herzliches Dankeschön, weil sie großartige Arbeit leisten.

(Beifall bei der CSU)

Ich möchte mich aber auch bei den Mitgliedern des Ausschusses sowie des Arbeitskreises, den Berichterstattern und auch ganz herzlich bei der CSU-Fraktion bedanken, die durch den vorliegenden Haushaltsentwurf beweist,

dass sie hinter den Bauern und den Waldbesitzern steht und für den ländlichen Raum und damit auch für die Zukunft unseres Landes eintritt. Herzlichen Dank!

(Anhaltender Beifall bei der CSU)

Präsident Alois Glück: Weitere Wortmeldungen liegen mir nicht vor. Damit ist die Aussprache geschlossen.

Wir kommen zur Abstimmung. Der Abstimmung liegen der Entwurf des Haushaltsplans 2007/2008, Einzelplan 08 sowie die Änderungsanträge auf den Drucksachen 15/6607 mit 15/6611 und 15/6626 mit 15/6629 sowie die Beschlussempfehlung des federführenden Ausschusses für Staatshaushalt und Finanzfragen auf der Drucksache 15/6933 zugrunde.

Der Einzelplan 08 wird vom Ausschuss für Staatshaushalt und Finanzfragen mit den in der Beschlussempfehlung auf Drucksache 15/6933 genannten Änderungen zur Annahme empfohlen. Wer dem Einzelplan 08 mit den vom federführenden Ausschuss für Staatshaushalt und Finanzfragen vorgeschlagenen Änderungen seine Zustimmung geben will, den bitte ich, sich vom Platz zu erheben. – Das ist die CSU-Fraktion. Gegenstimmen? – Fraktionen der SPD und des BÜNDNISSES 90/DIE GRÜNEN. Stimmenthaltungen? – Keine. Damit ist der Einzelplan 08 mit den vom Ausschuss für Staatshaushalt und Finanzfragen vorgeschlagenen Änderungen angenommen.

Gemäß § 126 Absatz 6 der Geschäftsordnung gelten zugleich die vom Ausschuss für Staatshaushalt und Finanzfragen zur Ablehnung vorgeschlagenen Änderungsanträge als abgelehnt. Eine Liste dieser Änderungsanträge liegt Ihnen vor.

(siehe Anlage 5)

Außerdem schlägt der Ausschuss für Staatshaushalt und Finanzfragen noch folgende Beschlussfassung vor:

Das Staatsministerium der Finanzen wird ermächtigt, die aufgrund der beschlossenen Änderungen erforderlichen Berichtigungen insbesondere in den Erläuterungen, der Übersicht über die Verpflichtungsermächtigungen und den sonstigen Anlagen beim endgültigen Ausdruck des Einzelplans vorzunehmen.

Wer dem zustimmen möchte, den bitte ich um das Handzeichen. Das ist wiederum die Fraktion der CSU. Gegenstimmen? – Niemand. Stimmenthaltungen? Die Fraktionen der SPD und des BÜNDNISSES 90/DIE GRÜNEN.

(Johanna Werner-Muggendorfer (SPD): Bei den Ermächtigungen stimmen wir immer zu!)

– Entschuldigung. Die SPD stimmt zu. Ich frage also noch einmal: Gegenstimmen? – Keine. Stimmenthaltungen? – BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN. Die Beratung des Einzelplans 08 ist damit abgeschlossen.

Ich rufe Tagesordnungspunkt 10 auf:

**Haushaltsplan 2007/2008;
Einzelplan 15 für den Geschäftsbereich des Bayerischen Staatsministeriums für Wissenschaft, Forschung und Kunst**

hierzu:

**Änderungsantrag von Abgeordneten der SPD-Fraktion (Drs. 15/6662),
Änderungsanträge der Fraktion des BÜNDNISSES 90/DIE GRÜNEN (Drsn. 15/6735 mit 15/6740),
Änderungsanträge von Abgeordneten der CSU-Fraktion (Drsn. 15/6750 mit 15/6754)**

Im Ältestenrat wurde für die Aussprache eine Gesamtrededzeit von einer Stunde und 36 Minuten vereinbart. Davon entfallen auf die Fraktion der CSU 32 Minuten, auf die SPD-Fraktion 17 Minuten und auf die Fraktion des BÜNDNISSES 90/DIE GRÜNEN 15 Minuten. Die übliche Regelung für die Staatsregierung ist bekannt. Ich eröffne die Aussprache. Als Erster hat Herr Kollege Kupka das Wort.

Engelbert Kupka (CSU): Herr Präsident, meine sehr geehrten Damen und Herren! Wissenschaft, Forschung, Kunst und Kultur sind seit jeher besondere Schwerpunkte bayerischer Politik. Sie haben immer wieder starke Akzente in den Haushalten gefunden. Im zurückliegenden Doppelhaushalt 2005/2006 hatten wir Zuwächse von 4,4 bzw. 2,4 %. Für den vorliegenden Doppelhaushalt können wir erneute Zuwächse verzeichnen. Für 2007 sind es 1,7 % oder 70,3 Millionen Euro, und für 2008 sind es 1,3 % oder 57,2 Millionen Euro. Damit beläuft sich der Gesamtetat auf 4,328 Milliarden Euro im Jahr 2007 und auf 4,385 Milliarden Euro im Jahr 2008.

Das ergibt von 2005 bis 2008 Zuwächse von insgesamt circa 10 %. Der größte Teil entfällt auf den Bereich Wissenschaft und Forschung, also auf die Hochschulen. In Zahlen ausgedrückt sind das 34 Millionen Euro im Jahr 2007 und 73 Millionen Euro im Jahr 2008. Das sind die Zahlen ohne die den Hochschulen selbst und allein für Forschung und Lehre zustehenden Studiengebühren in Höhe von circa 150 Millionen Euro und ohne Versorgungsausgaben in Höhe von 236 Millionen Euro, die aus systematischen Gründen erstmals dem Hochschuletat zugerechnet werden.

Es gibt auch noch kleinere Korrekturen von 19,4 Millionen Euro, die Ausgabesteigerungen aus Einnahmekoppelungen betreffen.

Der Doppelhaushalt 2007/2008 sieht zudem 150 neue Stellen im Hochschulbereich vor. Das ist, so meinen wir, der notwendige Einstieg in eine Finanzierung, die die Hochschulen benötigen, um die wachsenden Studierendenzahlen bewältigen zu können. Es handelt sich bei diesen 150 Stellen um sogenannte ungeschlüsselte Stellen. Das heißt, sie sind nur an Mittelkontingente gebunden; je nach Wertigkeit können also auch mehr als 150 Stellen geschaffen werden. Auf die Fachhochschulen müssen zudem mindestens 73 dieser Stellen entfallen.

Diese nachhaltige Förderung hat dazu geführt, dass die Qualität der bayerischen Hochschulen auch in der Wirtschaft sehr anerkannt ist. Ich meine damit nicht nur die Einwerbung von Drittmitteln; die Wirtschaft finanziert 74 Stellen für Stiftungsprofessuren.

Ein ganz besonderes Qualitätszeichen aber haben unsere Hochschulen durch die Exzellenzinitiative erhalten. Zwei Münchner Universitäten konnten sich in der dritten Förderlinie mit ihren Anträgen zu Zukunftskonzepten durchsetzen. Bei der ersten und zweiten Förderlinie gehen fünf Exzellenzcluster und vier Graduiertenschulen an bayerische Universitäten; das ist eine hervorragende und ausgezeichnete Leistung, zu der man nur gratulieren kann. Wir rechnen mit einem jährlichen finanziellen Volumen von insgesamt knapp 70 Millionen Euro für die elf erfolgreichen bayerischen Anträge. Ein Drittel der bundesweit in der ersten Runde insgesamt bewilligten Fördersumme geht an Bayern.

Die Rahmenbedingungen für diese exzellente Leistung haben wir sicherlich durch unsere bayerische Wirtschaftsförderung über Jahre hinweg gelegt. Aber ein ganz besonderes Verdienst haben neben dem Minister und seinen Mitarbeitern und Mitarbeiterinnen im Ministerium die Hochschulen selbst. Der Präsident der TU München und der Rektor der LMU haben mit ihren Professoren und ihren Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern sowie den Studenten herausragende Leistungen erbracht. Das gilt auch für die Universität Würzburg. Dafür möchten wir an dieser Stelle einen herzlichen Dank und die Anerkennung dieses Hohen Hauses aussprechen.

(Beifall bei der CSU)

Liebe Kolleginnen und Kollegen, ich war dabei, als Professor Herrmann mit seiner Crew diese Exzellenzinitiative in einem Fachseminar etwas gefeiert hat, und darf Ihnen sagen: Erst bei solchen Gesprächen wird einem klar, welche Qualitäten notwendig sind, um überhaupt ein solches Antragsverfahren erfolgreich bestreiten zu können. Es ist hier eine außerordentliche Leistung zustande gebracht worden. Wir sind überzeugt, dass die anderen Universitäten das nächste Mal auch mitziehen werden. In diesem Zusammenhang gehört auch die Eliteförderung nach dem Eliteförderungsgesetz genannt. Hierfür stehen Mittel in Höhe von 8,7 Millionen Euro bereit. Im Zuge des Ausbaus des Elitenetzwerks werden zusätzliche Mittel investiert, die nicht zulasten der Breitenförderung gehen. Im Stellenplan 2007/2008 sind deshalb weitere 115 Stellen durch eine Umsetzung angesetzt worden, sodass nunmehr 222 Stellen bereitstehen.

Weiter zu erwähnen ist das Innovationsbündnis. Von den Universitäten wurden 600 Stellen für dieses Bündnis eingebracht, von den Fachhochschulen 30. Der Staat gibt weitere 140 dazu.

An Sachmitteln werden für den Innovationsfonds insgesamt 2,3 Millionen Euro im Jahre 2007 und 3,5 Millionen Euro im Jahre 2008 zur Verfügung gestellt.

Die Einzelheiten werden dann noch mein Kollege Ludwig Spaenle und andere ansprechen.

Neben der Förderung der Wissenschaft ist natürlich der zweite Schwerpunkt im Einzelplan 15 der Bereich Kunst und Kultur. Die Ausgaben für diesen Bereich einschließlich der Umfinanzierung von derzeit 407 Millionen Euro auf 412,7 Millionen Euro im Jahr 2007 und 417,9 Millionen im Jahr 2008 sprechen eine deutliche Sprache. Die Ausgaben werden in diesem Bereich auf hohem Niveau weitergeführt. Ein besonderes Highlight wird dabei sicherlich die für Frühjahr 2008 geplante Eröffnung des Brandhorst-Museums sein; das ist eine Sammlung im Wert von 100 Millionen Euro. Dieses Brandhorst-Museum wird weit über München hinaus auf ganz Bayern ausstrahlen.

Bei den staatlichen und nichtstaatlichen Theatern und den Bamberger Symphonikern wurden die tarifvertraglichen Anpassungen fortgesetzt, sodass es hier nicht zu erneuten Schwierigkeiten kommen kann.

Bei den Sing- und Musikschulen ist eine Erhöhung von 170 000 Euro vorgesehen; Zuwächse sind ferner eingeplant für das Staatstheater Nürnberg und das Textilmuseum in Augsburg.

Zur Bodendenkmalpflege ist zu berichten, dass hier eine Erhöhung um 340 000 Euro erfolgt. Das Geld ist hauptsächlich für das Projekt Limes vorgesehen. Bei der Bodendenkmalpflege sind die Mittel um 500 000 Euro aufgestockt worden.

Zum Einzelplan 15 gab es eine ganze Reihe von Anträgen, die wir im Haushaltsausschuss behandelt haben. SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN haben Anträge mit einem Gesamtvolumen von 780 000 Millionen Euro eingereicht, die nur über neue Schulden hätten finanziert werden können, was natürlich einen Verstoß gegen Artikel 18 der Bayerischen Haushaltsordnung dargestellt hätte. Diese Anträge wurden gegen die Stimmen der SPD und des BÜNDNISSES 90/DIE GRÜNEN abgelehnt.

Die CSU hat ebenfalls fünf Anträge eingebracht, die allerdings alle eine Deckung vorwiesen. Ich darf die Anträge nur kurz erwähnen:

175 000 Euro wurden für beide Jahre für die Frauenförderung in Forschung und Lehre bereitgestellt. Jeweils 400 000 Euro für 2007 und 2008 wurden für Maßnahmen am UNESCO-Weltkulturerbe Limes bereitgestellt. Jeweils 1 Million wurde zur Erhaltung und Sanierung von Kunst- und Geschichtsdenkmälern beantragt. 200 000 Euro für beide Jahre wurden zur Förderung nichtstaatlicher Museen und 200 000 Euro für die bayerische Staatsbibliothek beantragt, welche damit ihren Bestand aufstocken kann. Wie gesagt, für diese Anträge lagen entsprechende Deckungsvorschläge vor. Sie wurden deshalb auch im Haushaltsausschuss positiv verabschiedet.

Ich möchte an dieser Stelle dem Minister und seinem gesamten Haus einen herzlichen Dank nicht nur für die Arbeit im Zusammenhang mit der Aufstellung des Haushaltsplans, sondern auch für die Arbeit in der Vergangenheit sagen. Wir sind wirklich in einer Situation, die weit über Bayern hinaus Beachtung findet. Wir können uns mit unseren Leistungen sehen lassen. Wir sind sicher, dass wir mit dem neuen Doppelhaushalt auf diesem Sektor

Zeichen gesetzt haben, die weit in die Zukunft reichen. Ich bitte deshalb das Hohe Haus, dem Einzelplan 15 in der vom Haushaltsausschuss beschlossenen Fassung zuzustimmen.

(Beifall bei der CSU)

Präsident Alois Glück: Nächster Redner: Herr Kollege Vogel.

Wolfgang Vogel (SPD): Herr Präsident, meine lieben Kolleginnen und Kollegen! Ich werde mich bei meinen Ausführungen auf den Wissenschaftsbereich konzentrieren.

(Zuruf des Abgeordneten Dr. Ludwig Spaenle (CSU))

– Lieber Ludwig Spaenle, warte halt erst einmal ab, was ich sage, und schrei dann dazwischen, dann wird es vielleicht substanzieller. Mein Fraktionskollege Peter Hufe wird später zu Kunst und Kultur Stellung nehmen.

Lieber Herr Kollege Kupka, die Kollegin Radermacher hat es Ihnen schon im Haushaltsausschuss gesagt. Es wird nicht richtiger, wenn Sie die Anträge der SPD und der GRÜNEN zusammenzählen, in einen Topf werfen und dann insgesamt - -

(Engelbert Kupka (CSU): Aber die Summe stimmt!)

– Die Summe sagt aber nichts aus, Herr Kupka. – Die SPD hat für 63 Millionen Euro Anträge eingebracht, und wir haben für diese 63 Millionen auch Deckungsvorschläge gemacht. Sie folgen unserer Haushaltssystematik nicht, aber wir wissen sehr wohl, was wir machen.

(Beifall bei der SPD)

Dass Sie unseren Anträgen nicht zustimmen, ist Ihr gutes Recht, aber unser Recht ist es auch, dass Sie mit den Zahlen redlicher umgehen.

(Engelbert Kupka (CSU): Deckungsvorschläge habt Ihr aber nicht vorgelegt! – Johanna Werner-Muggendorfer (SPD): Doch! – Engelbert Kupka (CSU): Für die 126 Millionen aber nicht!)

Herr Kollege Dupper hat Ihnen am Anfang gesagt, was genau wir alles vorhaben.

Herr Kupka, ich hätte mir überhaupt gewünscht, dass der erste Redebeitrag der die Regierung tragenden Fraktion etwas mehr von der hochschulpolitischen Realität geprägt gewesen wäre und nicht von haushaltspolitischen Schönfärbereien.

(Beifall bei der SPD)

Sie reden von Zuwächsen, aber es wird einiges dazu zu sagen sein, wohin diese Zuwächse gegangen sind. Sie flüchten sich die ganze Zeit mit dem berechtigten Lob für

Eliteuniversitäten über die hochschulpolitische Alltagsrealität hinweg. Die Realität an unseren Hochschulen sieht anders aus, als Sie es bei einem Empfang von irgendwelchen Exzellenzclustern erleben. Darüber müssen wir heute reden, wenn wir über diesen Haushalt reden. Dieser Hochschulhaushalt ist in Anbetracht der Aufgaben, vor denen die Hochschulen stehen, gelinde gesagt, ein Armutszeugnis.

Deswegen möchte ich mit einem Zitat des Historikers Golo Mann beginnen – Herr Goppel, das ist an Ihre Adresse gerichtet: „Es ist eine alte Erfahrung, dass jemand einen falschen Weg, den er schon lange gegangen ist, auch zu Ende gehen wird“. Herr Goppel, leider gehen Sie diesen Weg zu Ende, und wir sind es leid, immer wieder in Sonntagsreden das hohe Lob der bayerischen Hochschullandschaft zu hören.

(Prof. Dr. Hans Gerhard Stockinger (CSU): Heute gibt es die Sonntagsrede schon am Mittwoch!)

Im Alltag erleben wir, dass es ganz anders aussieht. Die Hochschulen und die dort Lehrenden und Studierenden erfahren eine ganz andere Alltagsrealität.

Unterfinanzierte und überlastete Hochschulen schicken Sie in eine von dramatisch anwachsenden Studierendenzahlen gekennzeichnete Zukunft. Sie umgeben damit die Universitäten und Fachhochschulen mit einem Hauch von Autonomie, der angesichts der dramatischen Lage lediglich zur autonomen Mangelverwaltung zwingt. Elite- und Exzellenzförderung verkommen zu Alibiveranstaltungen, weil die akademische Breitenausbildung, aus der heraus sich eben Spitzenleistungen entwickeln können, nur noch dank des enormen Einsatzes der Lehrenden und Lernenden erfolgt. Das ist ein fataler hochschulpolitischer Kurs. Das ist Ihr fataler Kurs, Herr Goppel.

(Beifall bei der SPD)

Obendrauf gibt es dann ein marktkonformes Sahnehäubchen aus Innovationsbündnis, Exzellenzoffensive und Hochschulgesetzgebung, was nur denjenigen Menschen schmecken wird, die mit dem Humboldtschen Wissenschaftsbegriff wenig anzufangen wissen. Für sie kann Wissenschaft und Forschung nur noch unter Marktbedingungen bestehen. Zudem dürfen die Studierenden nur gegen die Bezahlung von Studienbeiträgen die Veranstaltungen besuchen, und zwar mit fragwürdigem Nutzen für ihr Weiterkommen, aber wegen der schwarzen Null zur Freude des Finanzministeriums.

(Beifall bei der SPD)

Diesen Kurs halten Sie konsequent ein, und dabei unterliegen Sie einer fatalen Selbsttäuschung. Wider besseres Wissen und weil Ihnen angesichts der Misere nichts anders übrig bleibt, behaupten Sie kontinuierlich, die Hochschulen in Bayern wären auf einem guten Weg, sie wären bestens ausgerüstet und optimal aufgestellt für die Zukunft. Die an den Hochschulen Arbeitenden machen hervorragende Arbeit, aber Sie lassen sie damit allein, und Sie machen sich, uns und den Betroffenen etwas vor.

In der Wissenschaft bezeichnet man dieses Phänomen als kognitive Dissonanz.

(Beifall bei der SPD – Engelbert Kupka (CSU): Da müssen Sie einmal mit den Universitäten selber reden!)

– Sehr wohl, Herr Kupka. Ich rede vielleicht häufiger mit den Universitäten, nämlich dort, wo unterrichtet wird und wo geforscht wird, und nicht bloß bei Empfängen. Ihr falscher Weg wird auch nicht dadurch richtig, dass Sie ihn tagtäglich wiederholen und dabei immer wieder vor- und zurücktrampeln.

Die Universitäten und Fachhochschulen stehen mit dem Rücken zur Wand. Das Land erwartet von Ihnen endlich konkrete Vorschläge für die Bewältigung des bevorstehenden Ansturms junger Menschen. Die Wirtschaftsinstitute schlagen Alarm, weil zu wenig Absolventinnen und Absolventen ausgebildet werden. Es droht ein Fachkräftemangel. Die Innovationskraft schwindet, wenn nicht endlich gegengesteuert wird.

Trotz aller Ankündigungen und Vertröstungen, die bayerischen Hochschulen würden bei den aktuellen Haushaltsberatungen besonders berücksichtigt, werden die Hochschulen mit dem vorliegenden Haushaltsplan erneut enttäuscht. Herr Kupka, das ist die Wahrheit: Der Wissenschaftshaushalt wächst im Vergleich zu den anderen Haushalten nur unterdurchschnittlich. Herr Goppel hat uns diese Zahlen auch vorgerechnet. Man muss nur die Einnahmen aus den Studienbeiträgen und die Versorgungsleistungen abziehen.

Angesichts dieser Herausforderungen hätte es Ihnen, Herr Goppel, aber gelingen müssen, Ihrem Kollegen Falthausen deutlich zu machen, dass Hochschulen und Wissenschaft ein zentraler Schwerpunkt der Landespolitik sind und deshalb ihre Finanzierung deutlich aufgestockt werden muss. Die Hochschulen haben Vorleistungen erbracht, nämlich eine Erhöhung des Lehrdeputats um 12,5 % für Professorinnen und Professoren sowie eine Erhöhung des Lehrdeputats um 25 % für die Assistentinnen und Assistenten. Alles das wird von Ihnen nicht gegengerechnet. Hier kommt keine Gegenleistung mehr. Die Selbstverpflichtung der Fachhochschulen zur Erhöhung der Studienplätze um 10 % und all diese Anstrengungen bleiben ohne Gegenleistung. Wir von der SPD-Landtagsfraktion fordern deshalb eine deutliche Aufstockung der Ressourcen; denn ohne die erforderlichen Mittel werden unsere Hochschulen in den kommenden Jahren arbeitsunfähig sein.

(Beifall bei der SPD)

Auf der Strecke bleiben die Studierenden. Auf der Strecke bleibt die Qualität der Lehre. Die Rechnung geht für die Studierenden nicht auf. Bei wachsenden Studierendenzahlen, bei zusätzlichen Aufgaben für die Hochschulen und bei einem minimalen Anwachsen des Wissenschaftsetats bleibt für die Verbesserung der Lehre fast überhaupt nichts übrig. So erfreulich zugegebenermaßen die Erfolge der bayerischen Universitäten bei der Auslegung der Exzellenzinitiative sind, umso deutlicher werden

dadurch die schwierigen, sich verschlechternden Studienbedingungen für die große Mehrheit wahrzunehmen sein.

Eine Tageszeitung hat vor Kurzem nicht zu Unrecht getitelt: Das Elend der Massen.

(Heiterkeit und Zurufe von der CSU – Engelbert Kupka (CSU): Worüber reden Sie eigentlich?)

Dafür seid Ihr verantwortlich.

(Dr. Ludwig Spaenle (CSU): Ich habe jetzt nicht an unsere Massen gedacht, sondern an die Massen der Studierenden an den Hochschulen!)

Die Zahl der Erstsemester an der TU wird nach einer Prognose zum Beispiel von derzeit 5800 auf bis zu 8000 in den nächsten fünf Jahren ansteigen. Der Präsident der Technischen Universität München, Herr Herrmann, hat an dieser Stelle circa 1000 neue Planstellen gefordert, die rechtzeitig geschaffen werden müssen. Wo sind sie denn? Die Universität München stellt fest, dass sich das Defizit von jährlich 70 Millionen Euro infolge der Entwicklung der Studierendenzahlen auf 185 Millionen Euro im Jahr 2016 erhöhen wird. Wie wird denn das alles im Haushalt berücksichtigt? Es fehlen die Hörsäle, es fehlen die Dozenten. Mehr als hundert Studierende sitzen in einem Seminar. Grundseminare können wegen Überbelegung nicht mehr gewählt werden. Pflichtveranstaltungen werden von Lehrbeauftragten abgehalten, die dafür nur einige hundert Euro pro Semester bekommen.

Die Prognosen der Hochschulen an dieser Stelle sind eindeutig. Wenn man die Abiturienten des Doppeljahrgangs 2010/2011 einbezieht, muss man feststellen: Die Hochschulen können diese Aufgaben nicht mehr aus eigener Kraft bewältigen. Man befürchtet, dass man ganze Fakultäten schließen muss. Wenn man dann noch einbezieht – im Hochschulausschuss tun wir das auch oft genug –, dass die Umstellung auf Bachelor- und Masterstudiengänge weitere Kapazitäten bindet, frage ich: Wo wird das in diesem Haushalt berücksichtigt?

Es kommt noch schlimmer. Die staatlichen Mittel für den Bauunterhalt und für Reinvestitionen sind defizitär. Dies führt dazu, dass die Substanz der Gebäude, Einrichtungen und Geräte vielfach verkommt. Die „Universität Bayern e. V.“ hat in ihrer „Eichstätter Erklärung“ geschrieben: Der aufgestaute Erhaltungsaufwand ist kaum mehr zu beziffern, geht aber in die Milliarden Euro und wird sichtbarer und greifbarer. – Es muss Ihnen doch wie ein Schlag ins Gesicht vorgekommen sein, als der Bayerische Oberste Rechnungshof in der letzten Woche veröffentlicht hat: Er sieht den Zustand der Bausubstanz an der Universität Regensburg als Ergebnis einer jahrelangen Vernachlässigung des Bauunterhalts.

Am Ende dieses falschen Weges stehen jetzt beispielsweise in Regensburg – und das steht für die gesamte bayerische Hochschullandschaft – baufällige Zugangstreppen zum Universitätsgebäude, die gesperrt oder ohne Ersatz abgerissen werden müssen. Fakt ist: Die Fassaden des vierzig Jahre alten Stahlbetonbaus sind brüchig

und müssen renoviert werden. Auch diese Problematik, Herr Goppel, findet im Haushalt keinen Niederschlag.

(Beifall bei der SPD)

Wenn man durch die Uni Regensburg geht – nicht beim Empfang, Herr Kupka, sondern wenn man einfach durch die Flure geht –, kann man angesichts fallender Decken und Betonteile ganz persönlich erfahren, wie niederschmetternd die Hochschulpolitik in Bayern ist.

(Beifall bei der SPD)

An dieser Stelle könnte man noch auf viele andere Punkte eingehen. So wurde versprochen, dass die im Kürzungshaushalt 2004 gekürzten Titelgruppen 73, 76 und 79 wieder aufgestockt werden. Passiert ist aber nichts. Es gäbe eine Reihe weiterer Beispiele. Darauf haben wir mit unseren Anträgen reagiert. Sie wissen: Diese Anträge sind gedeckt. Angesichts von 2,3 Milliarden Euro wären auch andere hochschulpolitische Wege denkbar. Die Mehrheit ist unseren Vorschlägen nicht gefolgt. Aber ich habe eingangs schon gesagt: Sie halten sich verbissen an das Motto von Golo Mann; Sie müssen diesen falschen Weg leider Gottes weitergehen. Die Studierenden in Bayern, die Lehrenden und die Lernenden leiden darunter. – Ich danke für Ihre Aufmerksamkeit oder Nichtaufmerksamkeit.

(Beifall bei der SPD)

Präsident Alois Glück: Nächste Rednerin: Frau Kollegin Gote.

Ulrike Gote (GRÜNE): Herr Präsident, sehr geehrte Kolleginnen und Kollegen, Herr Staatsminister! Der Ministerpräsident hat in seiner gestrigen Rede Bayern vollmundig zum Chancenland ausgerufen.

(Beifall bei Abgeordneten der CSU)

– Klatschen Sie nicht zu früh. Doch wie sieht es wirklich aus mit den Chancen im Hochschul- und Wissenschaftsland Bayern? Wie sieht es aus mit den Chancen für junge Menschen in diesem „Chancenland“? Eröffnen Sie Chancen, mehr den Chancen für die jungen Leute? – Genau das tun Sie nicht.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Sie arbeiten seit Jahren daran, die Chancen junger Menschen auf eine akademische Ausbildung in Bayern zu verschlechtern. Seit Herr Stoiber Ministerpräsident ist, sind die Ausgaben für Wissenschaft und Forschung in Relation zum Gesamtvolumen des Staatshaushaltes stetig gesunken, und das bei stetig steigendem Bruttoinlandsprodukt. Noch nicht einmal ein Prozent des Bruttoinlandsprodukts ist dieser Regierung das Zukunftsfeld Hochschulen wert. Wenn es Ihnen ernst ist mit dem „Chancenland“ Bayern, warum investieren Sie dann nicht in dieses Zukunftsfeld?

(Beifall bei den GRÜNEN und bei der SPD)

Obwohl Sie jetzt, zwei Jahre vor der nächsten Landtagswahl, das Füllhorn in verschiedenen Bereichen auffüllen, um es dann termingerecht über das Land zu entleeren, sparen Sie noch immer bei den Hochschulen. Ich habe mir die Rede des Ministerpräsidenten gestern genau angehört. Er hat dort nicht erklärt, wie er die Hochschulen über das Jahr 2010 hinaus ausstatten will, damit sie die Herausforderungen der hoffentlich steigenden Studierendenzahlen bewältigen können.

(Zuruf der Abgeordneten Margarete Bause (GRÜNE))

– Du hast recht, Margarete; darüber müssen wir uns eigentlich gar nicht mehr wundern; denn dann wird er sich sicher mehr für den finanziellen Rahmen seines Ruhestandes interessieren als für den der Hochschule.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Sie geben unseren Hochschulen nicht die Mittel, die sie brauchen, um im internationalen Wettbewerb bestehen zu können, um in großer Breite zu Spitzenleistungen zu kommen. Zwei Eliteuniversitäten sind nicht genug für Bayern, Herr Kollege Kupka.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Ich warne Sie, sich auf diesem Erfolg auszuruhen. Für das Ziel, die vielen jungen begabten Menschen in Bayern und an den bayerischen Hochschulen zu fördern, geben Sie nicht genug Geld in diesen Haushalt. Sie geben nicht genug Geld, um endlich eine der am meisten vernachlässigten Zukunftsressourcen, nämlich die jungen Frauen, die Wissenschaftlerinnen an unseren Hochschulen, angemessen zu fördern. Da hilft auch die nachgeschobene Erhöhung nichts. Sie ist nur ein Tropfen auf den heißen Stein.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Sie geben nicht genug Geld, im Gegenteil, Sie kürzen sogar noch in diesem Bereich um ausländische Studierende, Nachwuchswissenschaftler/innen und Professor/innen anzulocken. Sie geben nicht genug Geld, um mehr junge Menschen eines Jahrgangs an den Hochschulen auszubilden, um die Lehre signifikant zu verbessern und die Betreuungsrelationen zu verbessern. Das alles wäre dringend nötig, wenn der Bologna-Prozess ein Erfolg werden soll. Sie geben nicht genug Geld, um die Bibliotheken, Labors und Rechenzentren vernünftig auszustatten. Sie geben nicht genug, um wenigstens den Bestand der Gebäudesubstanz zu sichern, geschweige denn ordentlich zu sanieren und zu modernisieren.

(Zuruf des Abgeordneten Bernd Sibler (CSU))

– Das können Sie sich ruhig anhören, Herr Sibler. Das hat Ihnen der Rechnungshof schön vorgerechnet.

(Beifall bei den GRÜNEN und bei der SPD)

Oftmals wissen die Hochschulen nicht, wie sie die Reinigungskräfte und die Stromrechnung bezahlen sollen.

Kolleginnen und Kollegen von der CSU, das alles habe ich Ihnen schon mindestens einmal, schon mehrfach gesagt. Hier von diesem Redepult aus habe ich Ihnen diese Situation an unseren Hochschulen schon mehrfach vor Augen geführt, für die Sie die Verantwortung tragen.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Wenn Sie das alles nicht mehr hören können oder hören wollen, dann ändern Sie doch etwas.

(Beifall bei den GRÜNEN – Zuruf des Abgeordneten Franz Josef Pschierer (CSU))

Doch das tun Sie erklärtermaßen nicht, denn wie hat der Finanzminister seine Einbringungsrede zu diesem Doppelhaushalt überschrieben? – Er sagte „Kurs halten“. Da ist er ehrlich. „Augen zu und durch“ müsste das Motto mit Blick auf den Einzelplan, den wir im Moment diskutieren, eher lauten. Sie haben ein neues Programm angekündigt, das Programm „Investieren in Bayerns Zukunft“. Darin sollen vier Zukunftsfelder bearbeitet werden. Eines davon sollen ja die Hochschulen sein. Was Sie allerdings versprechen, kann mit Blick auf die katastrophale Unterfinanzierung der Hochschulen nur ein kleiner Anfang sein. Ein Beispiel dazu: Sie kündigen mit Ihrem Programm „Investieren in Bayerns Zukunft“ zusätzliche Investitionen in den Hochschulbau in Höhe von 140 Millionen Euro an. Das klingt nach viel Geld. Für einen Normalsterblichen ist das sehr viel Geld. Dem steht aber ein Sanierungsbedarf allein an der Uni Regensburg, an einer einzigen Hochschule in Bayern, von mindestens 388 Millionen Euro gegenüber. Ich sage das nur damit wir wissen, über welche Größenordnung wir hier reden und reden müssen.

(Beifall bei den GRÜNEN und bei der SPD)

Der Rechnungshof hat Ihnen in diesem Jahr auch sehr schön vorgerechnet, wie unvernünftig das jahrelange Sparen in diesem Bereich war. Sie haben nicht in den Gebäudeunterhalt und nicht in diese Gebäudesanierung investiert. Jetzt wird es in Zukunft in den nächsten Jahren sehr viel teurer werden. Ich bin gespannt, wie wir uns das dann leisten können.

Der Präsident der Technischen Universität München, einer der Ihren – Sie wollten ihn sogar mal zum Wissenschaftsminister machen –, mahnte kürzlich öffentlich: Falls die staatlichen Hochschuletats auf dem schon heute zu niedrigen Niveau eingefroren bleiben, wird sich auch das Bildungs- und Hightech-Land Bayern aus dem internationalen Wettbewerb verabschieden.

Das sagt der Präsident einer der beiden Eliteuniversitäten in Bayern. Die TU verzeichnet bereits seit 1991 ein jährliches Finanzierungsdefizit von 70 Millionen Euro, das sich bis 2016 auf jährlich 185 Millionen Euro erhöhen wird. Der Hochschuletat wächst entgegen aller Sonntagsreden, die wir hier und in öffentlichen Erklärungen gehört haben, unterdurchschnittlich in dem Doppelhaushalt.

(Beifall bei den GRÜNEN und bei der SPD)

Im Klartext heißt das: Sie setzen auch in diesem Doppelhaushalt den Rückzug aus der staatlichen Finanzierung fort. Das belegen die Kennziffern des Haushalts, auch wenn Sie nicht müde werden, öffentlich etwas anderes zu behaupten.

Noch einmal, damit Sie das eben Gesagte in Ruhe durchdenken können: Wir befinden uns im Jahr zwei nach Mittelstraß, den Sie sonst gerne zum Kronzeugen machen. Welche finanziellen Konsequenzen haben Sie aus dem Bericht und der Analyse der Mittelstraß-Kommission gezogen? – Dort wurde nämlich mit Blick auf die finanzielle Misere der deutschen Hochschulen ein Vergleich zwischen der Eidgenössischen Technischen Hochschule Zürich – ETH Zürich – und der Technischen Universität München – TU München – gezogen. So ist das Verhältnis von Studierenden pro Professor an der ETH Zürich mit 35 deutlich günstiger als an der TU München mit 44 Studierenden pro Professorenstelle. Zudem stehen an der ETH Zürich mit 57 310 Euro pro Studierenden fast dreimal mehr Mittel zur Verfügung als an der TU München mit nur 20 540 Euro pro Studierenden. Pro Professorenstelle beträgt der Faktor im Vergleich rund 2,2. Wer behauptet, Bildung habe in Bayern oberste Priorität, ignoriert die Fakten des Haushalts – um es freundlich zu sagen.

(Beifall bei den GRÜNEN – Zuruf des Abgeordneten Engelbert Kupka (CSU))

– Ja, Herr Kupka, das ist noch freundlich ausgedrückt. Ich könnte auch sagen: Der lügt.

Im „Chancenland“ Bayern schrumpfen die Chancen der Hochschulen.

(Engelbert Kupka (CSU): Erst habt Ihr die Haupt-schulen niedergemacht, jetzt kommen die Hoch-schulen dran!)

Wir haben deshalb ein echtes Sonderprogramm für die Hochschulen gefordert, mit dem in den nächsten sechs Jahren 2 Milliarden Euro in die Hochschulen investiert würden, beginnend mit je 300 Millionen Euro in den kommenden zwei Jahren. Das würde näherungsweise dem tatsächlichen Finanzbedarf entsprechen, ohne dass damit große Sprünge gemacht werden könnten. Sie werfen uns vor, das wäre nicht deckungsfähig. Darüber kann ich nur lachen. Ich muss mir nur einige Großprojekte ansehen, für die Sie das Geld hinauswerfen, dann weiß ich, wo das Geld herkommen könnte.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Man muss nur im Haushalt die Prioritäten richtig setzen. Wir haben heute einige Einzelpläne durchexerziert. Sie haben von uns gehört, wo man kürzen könnte und welche anderen Prioritäten wir setzen würden.

(Engelbert Kupka (CSU): Sie haben bisher alles mit dem Forschungsreaktor finanziert, das ist jetzt vorbei!)

– Herr Kollege Kupka, der Forschungsreaktor ist ein prima Beispiel. Auch dafür haben Sie viel Geld zum Fenster hinausgeworfen.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Lassen Sie uns nun die Perspektive wechseln und aus der Sicht der Betroffenen, der Studierenden und derer, die es werden wollen, auf die Hochschullandschaft in diesem angeblichen „Chancenland“ Bayern blicken.

(Franz Josef Pschierer (CSU): Was heißt hier „angeblich“!)

Bayern ist nicht das Land, in dem sich Leistung lohnt.

(Beifall bei den GRÜNEN und bei Abgeordneten der SPD – Zurufe von der CSU)

Wir haben bereits gestern vom Kollegen Dürr gehört, wie schlecht es um die Chancengerechtigkeit, die Bildungsgerechtigkeit in diesem Land bestellt ist.

(Engelbert Kupka (CSU): Fernab der Realität!)

Wir haben es heute in der Diskussion um den Einzelplan 05 gehört. Das Prinzip der Bildungsungerechtigkeit setzt sich bei den akademischen Bildungschancen fort. An unseren Hochschulen – das werde ich Ihnen bei jeder Gelegenheit noch einmal sagen –

(Engelbert Kupka (CSU): Durch Wiederholen wird das nicht richtiger!)

– Die Aussagen sind richtig, Herr Kollege Kupka. Auch Ihr Dazwischenrufen kann die Statistiken des Deutschen Studentenwerks nicht verändern. Das sind harte Zahlen.

(Beifall bei den GRÜNEN)

An unseren Hochschulen studieren die Kinder der Reichen und Privilegierten. Vier Fünftel von ihnen studieren. Von hundert Kindern aus der sozialen Herkunftsgruppe „Hoch“ studieren 81 Kinder. Von hundert Kindern aus der Herkunftsgruppe „Niedrig“ sind es nur 11 Kinder. Diese Situation verschärft sich in Bayern. Dazu ist Ihr Stirnrundeln angebracht, Herr Kollege Spaenle.

(Beifall bei den GRÜNEN und bei Abgeordneten der SPD)

Wann ziehen Sie endlich Konsequenzen aus dieser Tatsache? Wann erkennen Sie endlich, dass dies der Auftrag an Ihre Hochschulpolitik ist? – Das zu ändern, ist der Auftrag. Es ist Ihre Aufgabe, aus der Verantwortung für die gesamte Gesellschaft und die Menschen in Bayern für mehr Gerechtigkeit zu sorgen.

Mittlerweile und aus der Reaktion heute muss ich erleben – und ich bin mittlerweile davon überzeugt –, dass Sie daran gar nichts ändern wollen. Akademische Bildungsangebote sind in Bayern ein knappes Gut. Sie tun alles

dazu, dieses wertvolle Gut noch weiter zu verknappen. Sie beteuern, dass wir mehr Akademiker und Akademikerinnen in diesem Land bräuchten, um der Herausforderung der Zukunft gewachsen zu sein. Sie wissen, dass jetzt und nicht erst in ferner Zukunft die geburtenstarken Jahrgänge an die Hochschulen und auf den Ausbildungsmarkt drängen. Sie haben völlig unüberlegt und in chaotischer Weise die Schulzeit verkürzt und das G 8 eingeführt. Damit haben Sie die Hochschulen mit einer Herausforderung konfrontiert, die Sie mit den Mitteln, die Sie ihnen zur Verfügung stellen, nicht bewältigen können.

(Beifall bei den GRÜNEN und bei Abgeordneten der SPD)

Sie haben bis heute keine Idee, wie Sie die Folgen des G 8 an den Hochschulen auffangen wollen. Sie haben keine Idee, keinen Plan und erst recht kein Geld.

(Beifall bei den GRÜNEN – Zuruf des Abgeordneten Herbert Ettengruber (CSU))

– Das ist gut, Herr Ettengruber. Nicht wahr, das ist richtig gut. Ich habe mir das selbst aufgeschrieben.

Sie haben mit der Föderalismusreform die Politik für Hochschulen, Forschung und Wissenschaft in Deutschland und eben auch im „Chancenland“ Bayern geschwächt. Sie haben einen Hochschulpakt ausgehandelt, der völlig unzureichend ist und nicht ansatzweise die Mittel bereitstellt, die wir in den nächsten Jahren brauchen würden. Das alles trifft die jungen Menschen in Bayern unmittelbar. Die Chancen auf eine gute akademische Ausbildung in Bayern sinken. Die Zugangsmöglichkeiten zur Hochschulbildung verringern sich. In den nächsten Jahren werden wahrscheinlich alle Studienfächer mit Zugangsbeschränkungen belegt werden. Hinzu kommt, dass die Abiturientinnen und Abiturienten die Realschüler und Hauptschüler auf dem Ausbildungsmarkt verdrängen werden. Da wagen Sie, vom „Chancenland“ Bayern zu sprechen.

(Beifall bei den GRÜNEN und bei Abgeordneten der SPD)

Es kommt noch schlimmer.

(Engelbert Kupka (CSU): Schlimmer kann es nicht kommen!)

In dieser Situation wagen Sie es auch, ab dem kommenden Jahr die Studierenden mit Studiengebühren abzukassieren. Sie sollen zahlen, wozu sie nicht bereit sind.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Glauben Sie, dass Studiengebühren ein geeignetes Instrument sind, um die Chancen im „Chancenland“ Bayern zu erhöhen? – Nein, Sie werden die Bildungsungerechtigkeit, die Chancenungleichheit weiter verschärfen. Sie verschlechtern die Situation derer, die es schon schwer genug haben. Die Studiengebühren treffen Studierende

aus sozial schwächeren Familien ungleich härter als die mit finanzkräftigem Hintergrund.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Sie müssen die Schulden, die ihnen die Kredite aufbürden, die Sie als sozialen Ausgleich verkaufen, beim Start in das Berufsleben und wahrscheinlich häufig in der Familiengründungsphase zurückzahlen, genau dann, wenn der Finanzbedarf der jungen Menschen am größten ist.

(Engelbert Kupka (CSU): Das stimmt doch nicht!)

– Doch, das stimmt, Herr Kupka. Lesen Sie Ihre Regeln.

Das belastet besonders junge Frauen. Diese belastet das sogar noch stärker als junge Männer. Erfahrungen aus Australien zeigen zum Beispiel, dass Frauen viel länger an den Schulden abtragen, weil sie beschämenderweise bei gleicher Leistung immer noch weniger verdienen als die Männer. Die Studiengebühren machen für viele ausländische Studierende ein Studium in Bayern unmöglich. All dies zeigt: Sie bauen Chancen im „Chancenland“ Bayern ab.

(Beifall bei den GRÜNEN und bei Abgeordneten der SPD)

Im Hochschulbereich machen Sie eine Politik gegen die Zukunft des Landes.

Lassen Sie mich abschließend noch wenige Worte zur Kulturpolitik sagen, die auch in diesem Haushalt stattfindet und die es verdient hätte, dass man länger darüber spricht.

(Thomas Kreuzer (CSU): 50 Sekunden!)

– Sie haben recht, Herr Kreuzer. Sie könnten mir aber etwas Zeit einräumen.

Mit den seit Jahren im Bereich des Denkmalschutzes anhaltenden Kürzungen richten Sie im Kulturstaat Bayern volkswirtschaftlichen und kulturpolitischen Schaden an.

(Beifall bei den GRÜNEN und bei Abgeordneten der SPD)

Die leichte Erhöhung der Denkmalschutzmittel kann dies nicht heilen. Wir werden uns auch in Zukunft dafür einsetzen, dass Bayern mehr in den Erhalt und die Pflege seiner Kulturgüter investiert, das nicht zuletzt deshalb, weil das eine gute wirtschaftliche Investition mit hoher Rendite ist.

Kolleginnen und Kollegen, weil Sie Ihrem selbstgesetzten Anspruch, Bayerns Zukunft zu gestalten und die Chancen im „Chancenland“ Bayern zu mehren, mit diesem Haushaltsplan nicht gerecht werden, lehnen wir den Einzelplan ab.

(Anhaltender Beifall bei den GRÜNEN und bei Abgeordneten der SPD)

Präsident Alois Glück: Nächste Wortmeldung: Herr Kollege Dr. Spaenle.

Dr. Ludwig Spaenle (CSU) (vom Redner nicht autorisiert): Herr Präsident, verehrte Kolleginnen und Kollegen! Frau Kollegin Gote, ideologisch motiviertes Keifen macht die Situation und auch die Glaubhaftigkeit Ihrer Ausführungen nicht besser.

(Beifall bei der CSU – Unruhe bei den GRÜNEN)

Das Schlechtreden des Wissenschaftsstandortes Bayern kann und wird nicht gelingen. Berechtigte Sorgen und Einwände, wie sie durchaus vorgetragen wurden, sind ernst zu nehmen und für eine verantwortliche Wissenschaftspolitik ein wichtiger Hinweis.

(Dr. Sepp Dürr (GRÜNE): Gut, dass Sie das nicht entscheiden!)

– Sudelsepp, jetzt geht das schon wieder los. Du lernst es nicht, aber du hast den Orden. Einmalig.

(Dr. Sepp Dürr (GRÜNE): Das ist doch kein parlamentarischer Ausdruck!)

Dein Umfang an Dezibel macht die intellektuelle Dünne nicht besser.

(Heiterkeit und Beifall bei der CSU)

Ich kenne den Anfang meiner Rede, ich kann auch zwanzigmal beginnen. Also: Wissenschaftspolitik am Standort Bayern ist einer der wichtigsten Faktoren für die Zukunftschancen und für die erfolgreiche Politik, die im Freistaat Bayern in den letzten Jahrzehnten gestaltet werden konnte. Sie gestatten mir einen letzten kurzen Hinweis auf den Erfolg der bayerischen Universitäten und Fachhochschulen – ich darf das betonen – in der Exzellenzinitiative und bei anderen, vergleichbaren bundesweiten Wettbewerben. Dies ist der signifikanteste Erfolgsnachweis für Wissenschaftspolitik am Standort Bayern, und zwar nicht nur in den Spitzen, sondern für die hervorragende Qualität der grundständigen akademischen Ausbildung an den bayerischen Hochschulen.

(Beifall des Abgeordneten Engelbert Kupka (CSU))

Das ist der entscheidende Moment: Die Spitze wird nur dort erreicht, wo wir eine breite, grundständige, tragfähige, leistungsfähige und leistungsorientierte akademische Ausbildung gestalten können.

Lieber Herr Kollege Vogel, es ist völlig unbestritten, dass wir dauerhaft mehr Geld im akademischen Ausbildungssystem, gleich welcher Hochschulgattung, brauchen. Das ist ganz eindeutig.

(Wolfgang Vogel (SPD): Wann fangen wir an?)

– Wir fangen mit diesem Doppelhaushalt an.

(Zuruf des Abgeordneten Wolfgang Vogel (SPD))

– Ich habe mich auf die Anmerkung zu deiner physischen Masse, nicht zu deiner psychischen beschränkt, und ich habe das auf mich selbst bezogen. Mit dem Innovationspakt und den drei Offensiven der vergangenen 12 Jahre haben wir ganz hervorragende Grundlagen für die weitere Entwicklung des Wissenschafts- und Forschungsstandorts Bayern geschaffen. Wir haben in den kommenden Jahren drei strategische Kernaufgaben zu bewältigen. Erstens. Aus der Exzellenzinitiative heraus haben wir gelernt, dass die strategische Kooperation der außeruniversitären Forschung mit der universitären Forschung alle Hochschulgattungen einbeziehen muss. Die Fachhochschule München ist die einzige Fachhochschule in der Bundesrepublik, die mit einem erfolgreichen Modell – wie die Ludwig-Maximilians-Universität München und die Technische Universität München – in der Exzellenzinitiative gewinnen konnte. Diese Erfolgsstrategie in der angewandten Forschung und in der Grundlagenforschung müssen wir konsequent weitergehen. Standortübergreifend müssen wir das auch weiterentwickeln.

Zweitens. Wir haben in den kommenden 12 bis 14 Jahren die große Herausforderung hoher Studierendenzahlen als Chance zu bewältigen. Ich sage das sehr bewusst: als Chance zu bewältigen. Dabei ist das schwierigste Element der doppelte Abiturjahrgang im Jahr 2012, gefolgt von den auf hohem Niveau verharrenden Studierendenzahlen bis zum Jahr 2020. Danach folgt gnadenlos der demografische Abschwung, der auch für die Folgen der akademischen Ausbildung gilt und für die langfristige Zurverfügungstellung von akademischen Arbeitskräften. Der Bedarf an akademisch vorgebildeten Arbeitskräften absolut und pro Jahrgang wird zunehmen. Das gilt auch für das Flächenland Bayern. Wir müssen deshalb im Wettbewerb der Politiken die Bewältigung der adäquaten akademischen Ausbildung dieser großen Studierendenzahl prioritär sicherstellen.

Dafür sind die Weichen gestellt. Das entscheidende Instrument hierfür war der Innovationspakt mit einer auf mittlere Frist gesicherten finanziellen unteren Linie für die Hochschulen mit einer leistungsbezogenen Zuwachsoption. Eine solche Konfiguration für die Hochschulen gibt es in keinem anderen Land der Bundesrepublik Deutschland. Es ist ein erstes wichtiges Zeichen durch die Zurverfügungstellung eines deutlich erkennbaren Stellenzuwachses gesetzt, der – entsprechend der strategischen Zielsetzung eines Zuwachses der Fachhochschulen für 40 % eines akademischen Jahrgangs – zu gleichen Teilen an Universitäten und Fachhochschulen geht.

An dieser Stelle sage ich auch sehr deutlich – und hier ist der Hochschulpakt ein erstes wichtiges Signal des neuen Zusammenspiels von Bund und Ländern in der Hochschulpolitik –: Wir müssen größte Kraftanstrengungen unternehmen, um die hohen Studierendenzahlen bewältigen zu können. Das muss zum Teil im System geschehen, beispielsweise durch Synergien, es wird aber auch, und das sage ich ebenfalls sehr deutlich, in einer Prioritätensetzung zwischen den verschiedenen Politik-

feldern geschehen, wenn zusätzliche Stellen und Mittel in erheblichem Maße erforderlich werden. Wir können das mit der Nachhaltigkeit einer verantwortungsvollen Haushaltspolitik in Einklang bringen, wenn wir von einem erweiterten Nachhaltigkeitsbegriff für eine gewisse Zeit – wir haben einen Zeithorizont bis zum Jahr 2020 – ausgehen. Wir haben das Instrumentarium der sogenannten KW-Stellen, die durch eine Selbstbindung des Gesetzgebers befristet sind. So können wir zusätzliche Mittel zur Verfügung stellen, um die Ressource Humankapital der letzten geburtenstarken Jahrgänge hervorragend akademisch auszubilden. Diese Priorität wird die größte Herausforderung für die kommenden Jahre in der Hochschulpolitik darstellen, und sie wird mit diesem Doppelhaushalt eingeleitet.

Drittens. Eine Frage, die in der Tat hohe gesellschaftspolitische Sensibilität erfordert und einen gesellschaftspolitischen Paradigmenwechsel darstellt, ist die materiell wirksame Einführung von Studienbeiträgen ab dem kommenden Sommersemester. Angesichts der Zahlen, die Herr Kollege Kupka genannt hat – an dieser Stelle darf ich unserem Herrn Staatsminister für die sensible Einbindung der Frage danken, wie auch für sein Engagement in dieser Frage –,

(Beifall bei der CSU)

halten wir es für wissenschaftspolitisch geboten und für gesellschaftspolitisch verantwortbar, unter den gegebenen Bedingungen Studiengebühren in Bayern zu erheben. Ich darf die Zahlen noch einmal ins Gedächtnis rufen: Die für Forschung und Lehre zur Verfügung stehenden Mittel, die nicht stellige gebunden sind, belaufen sich auf etwa 100 Millionen Euro im Staatshaushalt. Wir werden durch die Studienbeiträge netto den Studierenden und der Lehre etwa die Summe von 150 Millionen Euro zur Verfügung stellen können. Das bedeutet, dass wir in der wichtigsten Frage, der Ressourcenbildung am Standort Bayern, durch die Regelungen des Innovationspaktes die Mittel aus den Studiengebühren ausschließlich den Hochschulen und ausschließlich zum Zwecke der Lehre zur Verfügung stellen, und zwar unter Mitwirkung der Studierenden bei der Entwicklung der Parameter. Und nun kommt etwas ganz Entscheidendes: Die Hochschulen haben hierüber öffentlich und nachvollziehbar Rechnung zu legen. Das sind die Voraussetzungen, die wir selbst definiert haben, die bei der Erhebung von Studiengebühren erfüllt werden müssen. Die wissenschaftspolitische Gebotenheit bei der Einführung von Studienbeiträgen kann so glaubhaft nachvollzogen werden.

(Wolfgang Vogel (SPD): Tiefgarage Passau!)

Die Frage der sozialpolitischen Verträglichkeit oder der sozialen Verdrängungswirkung ist in der Hochschulpolitik eine ganz ernst zu nehmende Frage. Wir sind mit den gebotenen Möglichkeiten, insbesondere durch das gefundene Kreditmodell, das unabhängig vom jeweiligen persönlichen und elterlichen Einkommen angewendet werden kann und Rückzahlungsmöglichkeiten eröffnet, die auf bis zu 25 Jahre gestaffelt werden können, abhängig von der persönlichen Einkommenssituation, sehr gut aufgestellt. Ich brauche das nicht näher zu erläutern.

Damit treffen die Bedenken, die Frau Kollegin Gote hier insbesondere im Hinblick auf die weiblichen Studierenden vorgetragen hat, nicht zu. Wir können auch die Frage nach der sozialpolitisch gebotenen Sensibilität mit Ja beantworten. Wir können also diesen wichtigen Schritt einer gesellschaftspolitischen Veränderung großen Ausmaßes gehen.

Die Frage des weiblichen akademischen Nachwuchses ist in der Tat eine drängende. Wir haben hier im Hochschulrecht wesentliche Neugestaltungen vorgenommen. Wir stehen vor der Tatsache, dass die Mittel des Bundes-Länder-Programms in Höhe von vier Millionen Euro zum Jahresende auslaufen. Die Mittel stehen derzeit noch zur Verfügung, um die laufenden Stipendien und andere Fördermaßnahmen abzufinanzieren. Im Moment sind wir nicht in der Lage, den Ausfall der Bundesmittel in vollem Umfang oder auch nur annähernd zu kompensieren. Die vorliegenden Änderungsanträge sind deshalb eine Möglichkeit, um hier ein wichtiges Zeichen zu setzen. Wir stehen im intensiven Dialog mit den Vertretern der Frauenbeauftragten, um positive Lösungsansätze zu finden. Uns ist ganz wichtig, dass wir, gemeinsam mit dem Herrn Staatsminister, die Möglichkeiten des Hochschulpaktes in Bayern aufgreifen werden und sie mit der Frage der Priorisierung des weiblichen akademischen Nachwuchses verknüpfen. Das ist ein wichtiger strategischer Ansatz, bei dem wir dem Herrn Staatsminister unsere volle Unterstützung zusagen wollen.

Lassen Sie mich einige Worte zur Kulturpolitik sagen. Kulturpolitik im Freistaat Bayern ist Standortpolitik. Das gilt für die großen Zentren und in der Region. Einige Projekte sind angesprochen worden, etwa das Museum Brandhorst oder das Textilmuseum in Augsburg. Dies ist eine der letzten großen Investitionsmaßnahmen des Freistaates Bayern mit einer entsprechenden staatlichen Trägerschaft.

Ich sage noch etwas zum Denkmalschutz. Was Frau Kollegin Gote so abtut, ist ein sehr wichtiges Moment. Wir wissen um die besondere ökonomische Wirksamkeit und die Dimension, die die Denkmalpflege hat. Es handelt sich um ein unmittelbar mittelstandswirksames Instrument, bei dem eine Investitionskette im Verhältnis bis zu 1 zu 15 pro eingesetztem staatlichen Euro gegeben ist.

Wir sind sehr froh – den Kollegen in der Landtagsfraktion und den Kollegen im Haushaltsausschuss bin ich persönlich dankbar –, dass wir die Ansätze für die Bau- und Denkmalpflege deutlich nach oben fahren konnten. Ich darf schon jetzt sehr nachdrücklich unterstreichen, dass wir die Zusage, die mit der Zuerkennung des Titels „UNESCO-Weltkulturerbe Limes“ durch die Bayerische Staatsregierung und die CSU-Fraktion an verschiedenen Stellen gemacht wurde, mit deutlichen investiven Möglichkeiten begleiten und an die Entwicklung des Limes als Weltkulturerbe in Bayern herangehen. Wir wollen da mit einer Bruttoinvestitionssumme von 1,2 Millionen Euro im Staatshaushalt Wort halten, wobei die Möglichkeiten von Landesstiftungen nicht eingerechnet sind.

Wir dürfen für das kommende Jahr einen starken Akzent auf die Präsenz der staatlichen Kulturpolitik in der Region

setzen. Ich weise auf die positiven Beispiele der Überarbeitung von regionalen Zweigmuseen des Freistaates Bayern hin, ob das Neuburg an der Donau oder das Neue Schloss in Bayreuth oder andere Initiativen sind. Wir wollen hier einen starken Akzent setzen, die kulturpolitische Verantwortung von Kommunen und Freistaat im gesamten Land präsent zu machen.

Ich darf an die aus meiner Sicht sehr positive Entscheidung der Bayerischen Staatsregierung von gestern bzw. an die Ankündigung des Ministerpräsidenten erinnern, dass die konservatorisch sensiblen Objekte aus dem Bamberger Dom für das entsprechende Jubiläum zur Verfügung gestellt werden. Das ist ein ganz wichtiges Signal. Auf diesem Weg sollten wir konsequent weitergehen, ohne – das sage ich sehr deutlich – die Bedeutung der großen Sammlungen des überregional und weltweit ausstrahlenden Standorts München und anderer Standorte zu schwächen.

Insgesamt werden die Hochschulpolitik und die Kulturpolitik im Freistaat Bayern den großen Herausforderungen – ich sage es noch einmal: erstens Fortentwicklung der Forschungs- und Entwicklungskapazitäten im weltweiten Wettbewerb, zweitens Bewältigung der großen Studierendenzahlen in den kommenden 15 Jahren, drittens eine dem Standort und dem Ruf des Kulturstaates Bayern entsprechende Kulturpolitik – durch nachhaltige Investitionsentscheidungen und Haushaltsschwerpunkte gerecht.

Ich bitte um Zustimmung.

(Beifall bei der CSU)

Zweiter Vizepräsident Prof. Dr. Peter Paul Gantzer: Die nächste Wortmeldung kommt vom Kollegen Peter Hufe.

Peter Hufe (SPD): Herr Präsident, liebe Kolleginnen und Kollegen! Mir bleiben fünf Minuten für die Kultur. Angesichts der Tatsache, dass der Transrapid vom Hauptbahnhof bis zum Flughafen zehn Minuten braucht, sind fünf Minuten nicht besonders viel. Ich will es einmal unterteilen: Bis Fröttmaning werde ich Kritik üben, und auf dem Rest der Strecke – vielleicht bis Garching – werde ich Anregungen zu geben versuchen.

Der Ministerpräsident hat eine kulturlose Haushaltsrede gehalten. Ich habe in seiner Rede kein Wort zur Kultur vernommen; ich habe es nachgelesen. Auch in der Clusterpolitik der Staatsregierung ist nirgends ein Kulturcluster zu erkennen. Wir haben 19 Cluster, aber in der praktischen Politik gibt es kein Kulturcluster. Wir haben wohl Mediencluster. Die Kulturpolitik der Staatsregierung erschöpft sich darin, dass sie jetzt ein neues Museum Brandhorst baut. Das ist wunderbar. Die Stiftung ist dem Freistaat Bayern geschenkt worden. Aber wir geben eine Menge Steuergelder dafür aus, auch für die Betriebskosten. Dieses Geld kriegen wir nicht von anderswoher. Wir müssen es aus unserem Etat aufbringen. Es hilft uns nicht weiter, dass in allen anderen Bereichen der Kulturpolitik gekürzt wird.

Wir müssen in der lebendigen Kulturpolitik mehr unternehmen. Die Sing- und Musikschulen darben. Jetzt wird

ihnen ein Trostpflaster gegeben. Aber 170 000 Euro sind weit weg von dem, was wir uns alle einmal vorgenommen hatten: mindestens 25 % der Lehrpersonalkosten zu tragen. Wir sind erst in der Größenordnung zwischen 8 und 9 %.

Ich sehe keinerlei Konzepte, gerade im Bereich der kulturellen Nachwuchsförderung Akzente zu setzen. Ältere Menschen müssten in die kulturelle Wertevermittlung einbezogen werden. Und wo sind die Konzepte, bildungsferne Schichten an die Kultur, an Theater und Museen heranzuführen? All das ist nicht erkennbar. Wir spielen in der Champions League. Wir stecken in die Münchener Staatsoper gemäß letztem Rechnungshofbericht pro Aufführung 157 000 Euro, aber wir vernachlässigen die Regionalliga.

Kultur ist aber Grundlage unserer politischen Ordnung. Wir haben hier einmal eine Debatte über „Popetown“ geführt. Ich weiß nicht, wer sich daran noch erinnern kann. Es war eine Debatte mit dem Kollegen Herrmann. Da haben wir über Wertevermittlung gesprochen. Kultur ist die Grundlage jeden politischen Handelns und jeder politischen Gesellschaft. Das ist in diesem Haushalt aber nicht erkennbar. Ich würde mich freuen, wenn wir die Haushaltsdebatte – der Herr Staatsminister kommt noch dran – zum Anlass nehmen, uns über den gemeinschaftsstiftenden Sinn der Kultur auszutauschen und einig zu werden.

Dabei sollten wir auch überlegen: Was machen wir mit unserer neu gewonnenen Freiheit? Wir haben sehr begrüßt, dass wir eine Föderalismusreform beschlossen haben. Aber wo sind denn die Ansätze in der Kulturpolitik? Es muss doch gesagt werden, dass die Landtage auf diesem Gebiet nun mehr Verantwortung haben. Auch die Staatsregierung hat mehr Verantwortung. Wo sind die Vorschläge dazu, dass wir in Europa jetzt eine größere Rolle spielen? Die Länder müssen für ihre Anliegen die Kulturbefugnisse selbst bestimmen. Ich sehe von den neuen Freiheiten im Blick der Föderalismusreform bei der Kultur aber wenig.

Meine fünf Minuten laufen mir davon. Wir haben Fröttmanning schon lange verlassen. Wir kommen jetzt auf Garching-Nord zu. Ich habe noch eine Minute. Da möchte ich auf den Ausgangspunkt zurückkommen und die kulturlose Rede des Ministerpräsidenten in Beziehung zum Denkmalschutz setzen. Kollege Spaenle hat schon angesprochen, dass wir dafür jetzt 400 000 Euro bekommen. Wie viel fehlen uns denn, Herr Denkmalratsvorsitzender? Ein hoher zweistelliger Millionenbetrag ist in der Denkmalpflege gekürzt worden, und jetzt werden die 400 000 Euro als die große Errungenschaft des Haushalts gefeiert. Das ist zu wenig. Vielleicht stimmt das Verhältnis von 1 zu 15. Ich glaube mich sicher erinnern zu können, dass in der Größenordnung von 20 Millionen Euro gekürzt worden ist. Da könnten wir einen wahren Investitionsboom auslösen.

Der Ministerpräsident hat ex cathedra verkündet, dass der Bamberger Domschatz nach Bamberg zurückkommt. Es ist schön, dass er zusammen mit seinem Kabinett unserem Antrag gefolgt ist. Der Kollege Aloisius Raben-

stein hat der Staatsregierung irgendwie diese Weisheit mitgegeben.

Diejenigen Schwerpunkte, die wir im Haushalt für die Kulturpolitik zumindest in kleinen Teilen gesetzt haben, nämlich die Erhöhung der Mittel für die Sing- und Musikschulen und die Erhöhung der Mittel für die Denkmalpflege, lassen mich sagen: Ich würde mich freuen, wenn die Staatsregierung nicht nur in ihrer verbalen, sondern auch in ihrer praktischen Politik dazu überginge, nicht allein Verehrungsdeponien wie die Sammlung Brandhorst zu fördern, sondern endlich auch den lebenden Künstlerinnen und Künstlern und der kulturellen Bildung einen größeren Stellenwert einzuräumen.

(Beifall bei der SPD)

Zweiter Vizepräsident Prof. Dr. Peter Paul Gantzer: Als Nächster hat sich Herr Kollege Stockinger zu Wort gemeldet.

Prof. Dr. Hans Gerhard Stockinger (CSU): Herr Präsident, Hohes Haus! Kolleginnen und Kollegen von der Opposition, als ich in Schweinfurt im Stadtrat in der Opposition war, habe ich ähnlich geredet wie Sie. Ich habe auch immer das Geld ausgegeben, das man nicht hatte. Es ist das Vorrecht der Opposition, dies zu tun.

(Wolfgang Vogel (SPD): Kollege Spaenle hat mehr Geld gefordert!)

Die in der Verantwortung Stehenden müssen verantwortlich mit den zur Verfügung stehenden Mitteln umgehen, und ich denke, dass der vorgelegte Haushaltsentwurf im Einzelplan 15 ein Beweis dafür ist.

Kollege Vogel, ich bemühe mich, jetzt keine Sonntagsrede zu halten. Es ist Mittwoch, und der Inhalt von Sonntagsreden ist Ihnen bekannt. Was ich jetzt sage, wird vielleicht auch für Sie etwas Neues sein.

Das Jahr 2006 ist für die bayerischen Hochschulen in mehrerlei Hinsicht ein bedeutsames Jahr gewesen. Wir haben in Bayern ein neues, zukunftsweisendes Hochschulrecht verabschiedet, in dem wir den Hochschulen mehr Verantwortung gegeben haben. Wir haben die Zielvereinbarungen zwischen den Universitäten, Fachhochschulen und dem Ministerium unterzeichnet. Wir haben Studienbeiträge eingeführt. Wir haben ein herausragendes Abschneiden bayerischer Hochschulen bei der Exzellenzinitiative des Bundes zu verzeichnen gehabt. Wir haben mit der Föderalismusreform mehr Gestaltungsmöglichkeiten im Hochschulbereich in Bayern erhalten, und wir haben die Zustimmung zum Staatsvertrag über die Vergabe von Studienplätzen gegeben und werden sie aktuell in gesetzliche Vorlagen umsetzen. Allein diese hochschulpolitischen Highlights zeigen, wie aktuell Hochschulpolitik in Bayern gestaltet wird und wie hautnah an den gegebenen Bedürfnissen in diesem Haus reagiert wird.

Der vorgelegte Haushaltsentwurf setzt unter den gegebenen finanzpolitischen Rahmenbedingungen einen deutlichen Investitionsschwerpunkt bei Bildung, Wissenschaft

und Forschung. Die Steigerungsraten des Einzelplans 15 für 2007 und 2008 liegen bei 1,7 % für 2007 und nochmals zusätzlich 1,3 % für 2008. Der Kollege Kupka hat darauf bereits hingewiesen. Diese Entwicklung trotz eines zum zweiten Mal vorgelegten ausgeglichenen Haushalts erfüllt uns doch – und ich meine, zu Recht – mit Stolz.

Trotz dieses – ich sage es noch einmal – nicht selbstverständlichen Zuwachses im Einzelplan 15 können wir uns aber nicht selbstzufrieden zurücklehnen, sondern wir müssen uns in den nächsten Jahren verstärkt darum bemühen, die finanziellen Rahmenbedingungen unserer Hochschulen weiter zu verbessern; denn sie müssen in der Lage sein, den steigenden Studierendenberg, der vor uns steht, zu bewältigen.

Der größte Teil der Zuwächse im Haushalt entfällt natürlich auf den Bereich Wissenschaft und Forschung. Darin sind auch die Mittel für zunächst einmal 150 neue Stellen im Hochschulbereich enthalten. Diese neuen Stellen betrachten wir als Einstieg in die Finanzierung, die die Hochschulen benötigen: durch die geburtenstarken Jahrgänge in den nächsten Jahren, durch unser Ziel, die Akademikerquote zu erhöhen, und – darauf lege ich besonderen Wert – durch die gezielte Vorbereitung auf den doppelten Abiturientenjahrgang infolge der Einführung des G 8, der 2012/2013 auf uns zukommt. Im darauf folgenden Doppelhaushalt sind dafür große finanzielle Anstrengungen nötig. Ich sage bereits hier und heute, dass Vorstellungen, diesen Berg von Studierenden durch die Erhöhung von Deputaten der Lehrenden zu bewältigen, absolut kein taugliches Mittel darstellen. Wir werden in die Kasse greifen müssen, um die dann notwendigen Voraussetzungen auch zu erfüllen.

(Margarete Bause (GRÜNE): Heben Sie das dem Herrn Kupka auch schon gesagt?)

Dann werden wir mit unseren bayerischen Hochschulen weiterhin so erfolgreich sein. Dass zwei Münchner, zwei bayerische Universitäten bei insgesamt drei geförderten bei der Exzellenzinitiative des Bundes vorne liegen, zeigt ein fast peinliches Nord-Süd-Gefälle unserer deutschen Hochschullandschaft. Hätte der Bund nicht nur drei, sondern fünf oder sechs Hochschulen, wie ursprünglich geplant, in seine Exzellenzinitiative aufgenommen, dann wären zwei weitere bayerische Universitäten, nämlich Würzburg und Erlangen-Nürnberg, dazugekommen – ein noch deutlicherer Beweis für die Potenz unserer Hochschulen, die vom Kollegen Vogel vielleicht in dieser Deutlichkeit noch nicht gesehen wird.

(Wolfgang Vogel (SPD): Doch!)

Das neue bayerische Hochschulrecht will ich an dieser Stelle auch noch einmal ganz kurz streifen. Die Eckpunkte dieses seit Juni dieses Jahres in Kraft befindlichen Gesetzes sind insbesondere ein Mehr an Selbstverantwortung der Hochschulen für die Qualitätssicherung und Profilbildung sowie die Weiterentwicklung der Hochschulorgane. Das geht sogar so weit, dass eine Absicht derer, die das Gesetz verabschiedet haben, die Amtszeit des Präsidenten oder des Rektors einer Universität nicht auf Lebenszeit bzw. unbegrenzte Zeit zu verlängern, jetzt bereits

von der Technischen Universität München konterkariert wurde, indem sie kraft ihrer eigenen Autonomie gesagt hat: Unser Präsident darf auch über die vom Gesetzgeber vorgesehene Zeit hinaus im Amt bleiben – ein beachtenswerter Schritt der Hochschule. Wir werden einmal sehen, wie es weitergeht und wie andere Hochschulen von solchen Möglichkeiten Gebrauch machen und ob sich solche Möglichkeiten dann tatsächlich auch bewähren.

Wir haben in diesem Jahr – ich habe es eingangs schon erwähnt – Studienbeiträge eingeführt. Wir stehen dazu. Kollege Kupka und insbesondere Kollege Spaenle haben hierzu bereits Stellung bezogen. Ich kann allen jungen Studierenden nur empfehlen, die zur Verfügung gestellten Studienbeitragsdarlehen in Anspruch zu nehmen; denn sie sind quasi eine Rückversicherung einer ordentlichen Berufsausbildung, die wirklich nur dann zurückgezahlt werden müssen, wenn a) ein Beruf und b) ein Mindesteinkommen vorhanden sind, sodass die Not, die hier gezeichnet wurde, durchaus etwas übertrieben dargestellt wird. Meinen Kindern werde ich auf jeden Fall die Inanspruchnahme eines solchen Studienbeitragsdarlehens empfehlen.

(Margarete Bause (GRÜNE): Ihre Kinder haben das Problem nicht!)

– Die haben natürlich das Problem. Sie müssen das Geld auch auftreiben.

Wir haben die Föderalismusreform nach langen Diskussionen endlich durchgesetzt. Wir profitieren in Bayern insbesondere im Bereich der Hochschullandschaft davon. Wir haben die Rahmengesetzgebung des Bundes abgeschafft – das Hochschulrahmengesetz gehört demnächst der Vergangenheit an –, und wir haben neue Gestaltungsmöglichkeiten für uns. Insbesondere haben wir keine Mischfinanzierungen mehr, wie sie in der Vergangenheit bestanden.

Auch das jetzt in der Debatte befindliche Gesetz zur Vergabe der Studienplätze, das Hochschulauswahlverfahren, ist ein weiterer Bereich zur Stärkung unserer Hochschulen. Künftig können 20 % der Studienplätze nach der Abiturnote, 20 % nach der Wartezeit und 60 % durch die Hochschulen selbst vergeben werden. Wir erachten – ich habe das an dieser Stelle schon mehrfach betont – dies als einen wichtigen Weg in die Richtung eines vernünftig zu gestaltenden, erfolgreichen Studiums.

Bisher haben die Hochschulen von der Auswahlmöglichkeit noch nicht oder nicht ausreichend Gebrauch gemacht. Ich habe mir sogar erzählen lassen, dass eine Fakultät einer bayerischen Hochschule daran denkt, wegen der Auswahlverfahren eine Klage gegen den Freistaat anzustreben, weil die Herren Professoren meinen, sie hätten dafür keine Zeit. Sie berufen sich auf ihre Lehrfreiheit, die Artikel 5 des Grundgesetzes vorsieht. Diesen Herren Professoren, diesen Kolleginnen und Kollegen, müssen wir aber entgegenhalten, dass die Lehrfreiheit keine Einbahnstraße ist, sondern dass sie an der beamtenrechtlichen Lehrverpflichtung, die jeder Hochschullehrer mit Übergabe seiner Urkunde erhalten hat, natürlich ihre Grenzen findet. Ich bin sehr gespannt, wie sich das

Bayerische Verfassungsgericht, so die Klage wirklich weiterverfolgt wird, auslassen wird.

Auch Bologna ist ein nicht zu vergessendes und nicht zu vernachlässigendes Stichwort. Wir müssen sehen, wie wir damit zurechtkommen. Ich kann nur warnen, Bologna in absoluter Vollkommenheit umzusetzen. Andere europäische Staaten zeigen uns, dass es wohl etwas besser ist, wenn wir mit den Vorschriften von Bologna nicht ganz so konsequent umgehen, wie es üblicherweise eine deutsche Eigenart ist, wenn es um die Umsetzung europäischer Regelungen geht.

Kolleginnen und Kollegen, ich bitte Sie um Zustimmung zu diesem Haushalt, damit unsere Hochschulen in Bayern die Arbeit für Bayerns Zukunft weiter so erfolgreich gestalten können wie bisher und Qualität und Exzellenz noch gesteigert werden können. Auf dem besten Wege dazu sind unsere Hochschulen gemeinsam mit uns in der Politik.

(Beifall bei der CSU)

Zweiter Vizepräsident Prof. Dr. Peter Paul Gantzer: Jetzt hat Herr Staatsminister Dr. Goppel das Wort.

Staatsminister Dr. Thomas Goppel (Wissenschaftsministerium): Herr Vizepräsident, Hohes Haus! Vielen herzlichen Dank für die Beratungen zu unserem Einzelplan 15!

Am Anfang meiner Antwort darf der Dank stehen. Er gilt all denjenigen, die mit diesem Haushalt ihre Mühe gehabt haben oder noch haben werden, und er gilt all denjenigen, die letztendlich mit ihren Namen für die Zuwächse des Einzelplans 15 stehen. Ich will mich beim Kollegen Manfred Ach, bei dem gesamten Haushaltsausschuss und bei Berichterstatter Kupka bedanken. Ich will mich ganz herzlich bedanken beim Kollegen Spaenle und bei den Mitgliedern des Hochschulausschusses. Ich will dabei die Kollegen der GRÜNEN nicht vergessen, weil viele der Diskussionen vorausgehen mussten, damit wir uns an der einen oder anderen Stelle zusammenraufen konnten. Die gedankliche Auseinandersetzung mit der Argumentation aus anderen Ländern, übertragen auf bayerische Verhältnisse, tut gelegentlich ganz gut; denn wenn ich all die heute aufgezählten Daten darüber zusammenzähle, wie schlecht es uns geht, und dann jeweils die Daten anderer Länder, in denen die SPD und die GRÜNEN – vornehmlich allerdings die SPD – das Sagen haben, dagegenstelle, stelle ich fest, dass wir im Vergleich dazu noch in einem als Paradies zu bezeichnenden Gelände unterwegs sind. Ab und zu sollte man daran interessiert sein.

(Beifall bei der CSU)

Herr Kollege Vogel, das ist das Einzige, das ich ansprechen will; denn es bleibt nicht viel Zeit, um sich mit jeder einzelnen Argumentation auseinanderzusetzen, die schnell dahingesagt ist. Sie haben uns kognitive Dissonanz vorgeworfen. Sie ist mir allemal lieber als affektive Ignoranz.

(Beifall des Abgeordneten Manfred Ach (CSU))

Wenn man schon mit solchen Begriffen operiert, muss man sie gegeneinander setzen. Affektive Ignoranz ist sofort belegt. Wenn die Realität anders aussieht als das, was Sie schildern, ist das affektive Ignoranz, unabhängig davon, dass Ihre Vermutungen darin eine große Rolle spielen.

(Wolfgang Vogel (SPD): Das sind Zitate!)

Da hat jemand seine inneren Bewegungen und Bemühungen ganz weit nach vorne geschoben, ohne darauf zu achten, dass auch die Realität eine Rolle spielt.

Lassen Sie mich nur ein Datum anführen: In Rheinland-Pfalz gibt es ein paar Studienplätze mehr als bei uns. Dafür lassen sich die Herrschaften von Herrn Schleicher und anderen der OECD im Vergleich zu Pisa feiern. Wenn Sie nachsehen, wie die Studienplätze ausgestattet und eingerichtet sind, stellen Sie fest, dass bayerische und baden-württembergische Studienplätze je Studienplatz ein Ausrüstungsplus zwischen 1500 und 2000 Euro verzeichnen. Es ist kein Wunder, dass dann im Ergebnis der Wettbewerbe die Baden-Württemberger und die Bayern besser abschneiden als der Rest, weil wir uns darum kümmern, dass das, was wir vorhalten, wirklich Qualitätsansprüchen genügt, und nicht nur Einrichtungen geschaffen sind. Das ist ein echtes Problem, und dieses will ich auch nicht abgeben. Ich möchte immer zuerst für alles, was ich einrichte, Qualität, und mich nicht dafür verantworten müssen, dass die Qualität Abschlüsse hinnehmen musste.

Dann lassen Sie den Vergleich stehen zwischen der ETH Zürich, die Sie ebenso wie Frau Kollegin Gote gerne im Mund führen, und der Technischen Universität. Die ETH Zürich ist eine Sonderuniversität der Schweizer, die – im Gegensatz zu anderen Hochschulen – der Bund finanziert, die sich noch nie mit unseren Hochschulen verglichen hat. Das lassen Sie immer schön weg. Das ist so etwas wie die Harvard der Schweiz, in die das ganze Geld fließt. Aber wenn Sie die Harvard mit uns vergleichen, können wir gleich zusperrern. Dafür schneiden alle unsere Hochschulen, bis hin zu kleinen Universitäten in Passau, Bamberg und in Eichstätt – auch die Privaten – sehr viel besser ab als der Durchschnitt der amerikanischen Universitäten, ohne die paar Privaten, die viel Geld kosten. So kann man nicht vergleichen. Man darf fragen, was uns noch fehlt; einverstanden, da bin ich dabei. Wir können gerne miteinander in dieser Defizitbeschreibung sehen, wo wir Schritt für Schritt Neues in Szene setzen und weitergehen.

Frau Kollegin Gote, Sie haben bei den Universitäten von 1 % am Bruttoinlandsprodukt gesprochen. Wir haben im Haushalt in den Jahren 1991 bis 2006 unverändert 5 % für die Universitäten zur Verfügung gestellt, egal ob der Haushalt gestiegen oder gesunken ist, denn Sie sagen, es sei gestrichen worden. Ich habe die Zahlen vorliegen und werde sie Ihnen nachher gerne geben. Dass Sie andere Zahlen nehmen, ist Ihr gutes Recht, aber in der Realität beträgt der Anteil 5 %, und das spricht für die Qualität der Arbeit der Kollegen im einschlägigen Ausschuss.

(Beifall bei der CSU)

Bei allen Aufgaben, die noch vor uns liegen, sollten wir uns einen Augenblick Zeit nehmen und festhalten, wo wir stehen. Im Ranking der Deutschen Forschungsgemeinschaft – DFG – liegen wir mit vier großen bayerischen Universitäten unter den Top ten in Deutschland. Drei von zehn Leibniz-Preisträgern kommen schon im dritten Jahr hintereinander aus Bayern; übrigens herzlichen Glückwunsch! Das haben wir von hier aus noch nicht getan.

Ich muss auch die Exzellenzinitiative ansprechen, weil wir bei jeder Wortmeldung von Ihnen das Gefühl haben, Sie hören nicht zu. Herr Vogel, ich bin Ihrer Meinung: Unsere Universitäten leisten Glanzendes und sind, gemessen an dem, was sie an Ausstattung haben, sogar weitaus überdurchschnittlich gut. Das spricht aber dafür, dass wir an der Universität ein Klima haben, das den Einsatz lohnt; denn andere sind unterdurchschnittlich schlecht. Diese Erfolge führt der Präsident der Deutschen Forschungsgemeinschaft, Herr Kollege Winnacker, auf unsere jahrzehntelangen Anstrengungen zurück, die wirtschaftliche und wissenschaftliche Infrastruktur in Bayern flächendeckend auszubauen. Das widerspricht Ihren Behauptungen; denn Sie beide haben vorhin gesagt, wir täten nichts dafür. Wenn das der Präsident der DFG sagt, nehme ich das ernster als die abendlichen Ausführungen von Frau Gote. Ich bitte dafür um Nachsicht. Vor diesem Hintergrund diskutieren wir mit Ihnen gerne über unseren aktuellen Haushalt.

Auch mit dem vorliegenden Doppelhaushalt stehen wir im Verhältnis gut da. Wir haben zwar nur Steigerungen um die berühmten 1,7 und 1,4 %. Aber wir liegen mit 4,4 Milliarden Euro im Gesamthaushalt im Vergleich zu anderen Ländern durchaus an ansehnlicher Stelle, wobei die Kultur enthalten ist. Es ist zwar nicht Ihr Wunsch, uns mit anderen zu vergleichen, sondern eigene Rechnungen aufzumachen – das steht Ihnen auch frei –, aber dieser Vergleich muss sein, weil er die einzige Messlatte dafür ist, um zu sehen, ob wir uns im Rahmen der Möglichkeiten der deutschen Länder ordentlich voranbewegen.

Der Oberste Rechnungshof hat auf den Handlungsbedarf im Hochschulbau aufmerksam gemacht. Ich will Ihnen ausdrücklich sagen, dass wir gemeinsam mit der Obersten Baubehörde den Problemen schrittweise zu Leibe rücken wollen. Ich gebe zu, wir haben dort in den zurückliegenden Jahren sicherlich Lücken entstehen lassen, die jetzt einen Mehraufwand nach sich ziehen werden. Ich bin ganz dankbar dafür, dass der eine oder andere aus dem Außenbereich daran erinnert, weil wir gemeinsam allzu schnell vergessen, dass da etwas erledigt werden muss.

Auf der Agenda steht noch vieles: Wir wollen und müssen die Akademikerquote deutlich erhöhen. Wir müssen die Chance nutzen, die sich für die Gesellschaft und Wirtschaft in steigenden Studierendenzahlen zeigt. Wir brauchen möglichst viele gut ausgebildete junge Leute, und dafür – ich sage es noch einmal – müssen die Universitäten gut ausgestattet sein, damit wir bei dem, was weltweites Wissen verlangt, entsprechend konkurrieren können.

Die derzeitigen Ressourcen und Kapazitäten reichen noch nicht. Wir müssen in den nächsten Jahren die finanziellen Rahmenbedingungen unserer Hochschulen stark verbessern. Deshalb werden wir uns im Nachtragshaushalt darum kümmern müssen, dass die Bewilligung zusätzlich notwendig werdender Mittel und Stellen auch erfolgt. Herr Kollege Stockinger hat darauf hingewiesen. Entsprechende Gespräche sind bei uns, in der Fraktion und in der Öffentlichkeit geführt worden. Ich bin Kollegem Faltlhauser mit Kollegen Schneider entgegengekommen, weil wir in diesem Jahr nach Ihrer Äußerung in ein paar Bereichen im Kultushaushalt erhebliche Zusatzfinanzierungen notwendig hatten. Ich habe ausdrücklich gesagt: An dieser Stelle wollen wir jetzt gemeinsam Zusätzliches tun, um in späteren Jahren umgekehrt das eine oder andere umschichten zu können.

Der größte Teil der Zuwächse im Staatshaushalt entfällt auf unseren Bereich, nämlich mit 73 Millionen Euro auf den Bereich der Hochschulen. Die 150 Stellen, die halbiert werden, sind genannt worden. Dass sie den Fachhochschulen genauso zugute kommen, liegt nicht nur am Umrüstungsprozess Bachelor/Master, der aber dazu beitragen wird, dass wir an den Fachhochschulen in Zukunft manche zusätzliche Grundausbildung unterbringen können. Unsere Universitäten und Fachhochschulen entwickeln sich dynamisch. Das neue Hochschulgesetz gibt dafür Freiräume, jedoch nicht wie in anderen Ländern, sondern die Möglichkeit, selber mit neuen Ideen auch ganz andere Entwicklungsmöglichkeiten einzuschlagen.

Die Eigenverantwortung der Hochschulen wird betont. Das schließt die Möglichkeit ein, die Hochschulhaushalte als Globalhaushalte zu gestalten. Bis jetzt machen davon allerdings nur die Technische Universität und die FH München Gebrauch. Was dabei möglich ist, zeigt das Beispiel der Fachhochschulen; deren Haushaltskapitel benötigt zum Beispiel nur noch 16 statt 120 Einzeltitel. Das heißt, wenn der Freiraum genutzt wird, geht unglaublich viel. Sie sprechen den Hochschulen diese Möglichkeiten ab. Die Fachhochschule belegt, dass wir mit unserem Entgegenkommen weitgehend auf dem richtigen Weg sind.

Von den Zielvereinbarungen, der Schaffung zusätzlicher Lehrkapazitäten, die dadurch gegeben worden sind, will ich nur einmal kurz reden; denn ich will – von dieser Stelle natürlich auch den Finanzminister – daran erinnern, dass die erste Hauptleistung für den Zuwachs an Studierendenzahlen von den Lehrenden an unseren Hochschulen selbst schon erbracht ist und dass wir daher die entsprechende Vorleistung eingebracht haben.

Wir haben uns bei der Änderung der entsprechenden Lehrkapazitäten aus der Detailsteuerung zurückgezogen – etwas, das dem Finanzminister besonders schwer gefallen ist und wofür ich mich ganz besonders bedanken will; denn Hochschullehrer, die Freiräume haben, arbeiten lieber, als wenn sie ständig, in jeder Minute gegängelt werden.

Dazu gehört auch, dass schwächere Bereiche an den Hochschulen jetzt abgebaut und durch stärkere ersetzt werden. Von den Universitäten werden in diesem Prozess 600 Stellen und von den Fachhochschulen 30 Stellen in

einen Innovationsfonds gegeben, den wir mit 140 Stellen aufstocken, sodass bei der Stellenhinausgabe in die stärkeren Bereiche jede fünfte Stelle eine zusätzliche Stelle ist.

Über die Studienbeiträge haben Sie selbst so viel gesprochen, dass ich es weglassen will, da ich dem Herrn Vizepräsidenten versprochen habe, so pünktlich fertig zu werden, dass wir über den Haushalt abstimmen können und nicht morgen früh damit noch einmal beginnen müssen – nur deshalb. Zum Thema Studienbeiträge gibt es eine Menge zu sagen. Eines will ich Ihnen allerdings nicht ersparen: Die Studierenden an all unseren Hochschulen, egal wo ich hinkomme – es gibt immer Fachbereiche, in denen die Unruhe größer ist als anderswo; keine Frage –, sind bereit, eine solche Aufmörtelung der Mittel für den Betrieb der Lehre an der Hochschule zu akzeptieren, wenn sie wissen, dass das nicht in den eigentlichen Finanzierungsbedarf fließt. Wir sollten zusammenhelfen, eine vernünftige Entwicklung einzuleiten. Jenseits von Pro und Contra muss man darüber sprechen. Ich gehe im Januar zu drei Hochschulen; ich werde mir die Vorbereitungen ansehen.

(Zuruf von der SPD: Passau!)

Im Sommersemester werde ich mir an drei Hochschulen ansehen, was herauskommt. Ich will jedes Semester an drei Hochschulen prüfen, ob das vernünftig läuft. Das ist bereits gemeinsam ausgemacht.

Die Stiftungsprofessuren will ich nennen, da auch sie dazu beitragen, dass wir eine größere Kapazität haben.

Verehrte Kolleginnen und Kollegen, wir streiten beim Ausbau natürlich nicht nur um die Lehre, sondern auch um die Forschung. Wir können auch in der Großen Koalition zusammenhelfen – ich spreche die Kolleginnen und Kollegen der SPD an –, dass der Hochleistungsrechner, der jetzt nachgerüstet werden muss und der im europäischen Wettbewerb bestehen soll, nicht nur in Jülich oder in Stuttgart, sondern genauso gut auch in München und damit in einem Trio eingesetzt wird und damit unseren Hochschulen zusätzlich einen höheren Stellenwert zuordnet.

Wir brauchen in den nächsten Jahren die Einführung weiterer Anforderungen, die eben gerade dort, wo die Rechnungen aufgestellt werden, zusätzliche Qualität bringen. Frau Gote hat sich vorhin darüber beschwert, dass auswärtige Studierende nicht zu uns kämen. Die erste Voraussetzung sind Wissenschaftler verschiedenster Disziplinen, die den besten Supercomputer für die Forschung brauchen. Diese kommen nur zu uns, wenn wir entsprechende Leistungen nachweisen. München I und II, TUM und LMU, sind beste Garanten dafür, dass sich Herausragendes leistende Wissenschaftler aus aller Welt bei uns bewerben. Die drei Leibniz-Preisträger der vergangenen drei Jahre sind der Beweis, dass das nicht erfunden, sondern Tatsache ist.

Meine Damen und Herren, lassen Sie mich in den letzten Minuten etwas zum Thema Kunst und Kultur sagen, weil ich das für sehr wichtig halte. Ich darf Kollegen Hufe daran

erinnern, dass uns der Herr Ministerpräsident in seiner – wie haben Sie gesagt?, kulturlosen – Regierungserklärung intensiv erklärt hat, dass die Staatsregierung dort, wo international Qualität in den einzelnen Standorten Bayerns bei der Kultur da ist, darauf achtet, dass dies an den einzelnen Standorten auch gezeigt werden kann. Das ist ein Thema, das den Landtag mehr als andere beschäftigt hat. In den letzten Jahren haben wir dank Kulturfonds 500 Millionen Euro mit möglichen Abschöpfungen, dank der Gründung von Museen in den letzten Jahren, die jetzt gerade fertig geworden oder nicht fertig sind, dank der Entwicklung der in diesem Bereich geschöpften und in ihn gestoßenen Mittel eine Zahl von Museen eröffnet und eine Summe von Entwicklungen eingeleitet wie in keinem anderen Land. Während in anderen Ländern Theater geschlossen wurden, Orchester abgezogen wurden, habe ich in den letzten drei Jahren keinen Anlass gegeben, irgendein Theater zu schließen, keinen Anlass gegeben, irgendein Orchester zu schließen.

(Beifall bei der CSU)

Ich habe die Musikschulen mit einer Million Euro zusätzlich ausgestattet, nicht in diesem Jahr, sondern seit 2003. Ich habe dafür gesorgt, dass sie weiter gesichert werden. Ich habe mich bemüht, dass der Kulturfonds noch übrig bleibt. Letzte Woche haben Sie, Frau Kollegin Gote, und die GRÜNEN damit angefangen, im Kulturfonds wieder eine Million Euro mit gesperrten Mitteln aus dem anderen Bereich festzumachen. Wir haben im Kulturfonds Beweglichkeit, damit dieses Land eben nicht kulturlos ist. Der Ministerpräsident muss nicht alles selbst machen. Das machen wir gemeinsam. Sie mahnen immer alles an nur einer Stelle an, um sich dann darüber zu beschweren, dass sich die zuständigen Minister um ihr Zeug nicht kümmern. Ich kümmere mich mit Nachhalt. Dazu braucht der Ministerpräsident keine Ausführungen zu machen; denn wir beide haben oft genug Einvernehmen, wenn es darum geht, die Mittel in der Blasmusik und anderswo einzuziehen und einzusetzen. Sie wissen sehr wohl, wo sie da zusammenkommen.

(Lachen der Abgeordneten Johanna Werner-Muggendorfer (SPD))

– Einziehen ist völlig in Ordnung, verehrte Frau Muggendorfer. Einziehen heißt: Zunächst muss ich Mittel an einer Stelle konzentrieren; dann kann ich sie ausgeben. Die Reihenfolge, in der ich die Verben gebraucht habe, zeigt, dass es das Lachen nicht bräuchte, wenn Sie vorher nachdenken würden.

Gleiches gilt für das Angebot von Kunst und Kultur. Sie wissen aber um die schwierige Lage bei unserer Haushaltsaufstellung. Angesichts der Prioritäten für Bildung, Wissenschaft und Innovation haben wir in den Kultur-etat notwendigerweise eine Selbstbeschränkung aufnehmen müssen. Sie haben zusammen mit uns beschlossen, dass die Hochschulen und Fachhochschulen von Sparmaßnahmen in reduziertem Umfang betroffen und ab 2004 ausgenommen werden. Vor diesem Hintergrund haben wir, wie ich meine, den Spagat ordentlich hinbekommen.

Ich komme zu den reinen Zahlen. Die Ausgaben für Kunst und Kultur steigen von 407 Millionen Euro im Jahre 2006 auf 413 Millionen Euro im Jahre 2007 und auf 418 Millionen Euro im Jahre 2008. Das ist ein Plus von fast 11 Millionen Euro bzw. 2,7 %, also doppelt so viel. Das heißt: Wir holen ein Stück der früheren Einsparung wieder auf. Allerdings müssen wir weiterhin Augenmaß bewahren. Die Zuwächse des Doppelhaushaltes sind nämlich so verteilt, dass sie im ganzen Land gespürt werden. Wir gestalten die Kulturpolitik weiter konsequent regional und dezentral. Die Bamberger Symphoniker profitieren davon, ebenfalls alle staatlichen und nichtstaatlichen Theater sowie auch die Denkmalpflege. Ich darf dies mit einem Kompliment an die Kollegen in der CSU-Fraktion, lieber Ludwig Spaenle, festhalten.

– Nein, ich lasse keine Zwischenfrage zu, weil der Herr Vizepräsident meine Redezeit auf 25 Minuten begrenzt sehen möchte.

Bei der Denkmalpflege mussten wir im Nachtragshaushalt 2006 3 Millionen Euro sparen, weil ein weiterer Einzug stattgefunden hat. In diesem Haushalt stellen wir nun aufgrund des Beschlusses der Fraktion 2,4 Millionen Euro, also mehr als die Hälfte, wieder ein. Das heißt, wir kommen nahezu auf den alten Betrag. Von einer wirklichen Einschränkung kann daher nicht die Rede sein. Dass noch ordentliche Einschränkungen von früher aufzufangen sind, wissen wir alle, und dass in der Denkmalpflege mehr private Mittel als anderswo zu initialisieren sind, wenn wir selbst die Mittel erhöhen, wissen wir auch.

Zuwächse sind auch für das Staatstheater in Nürnberg geplant, um die paritätische Finanzierung zu erreichen. Ich erinnere auch an das Textilmuseum in Augsburg. Ich möchte auch gerne den Begriff – wie hieß es bei Ihnen so schön, Herr Kollege Hufe; das muss ich mir noch einmal ansehen; das war ein unglaublicher Begriff – „Verehrungsdeponie“ Brandhorst aufgreifen. Ich habe noch nie gehört, dass Sie von einer verehrungslosen Deponie gesprochen haben, wenn Sie den Domschatz nach Bamberg bringen wollen. Bei Brandhorst gilt dasselbe. Entweder wir machen etwas im Sinne einer Kulturerweiterung und dessen, was wir da insgesamt anzubieten haben, oder nicht. Nicht Sie entscheiden nach Belieben, wann Kultur beginnt. Dies überlassen wir den Bayern; denn wir gängeln niemanden.

Zur Frage des Domschatzes will ich Ihnen ausdrücklich sagen: Der Besitzer, das Haus Wittelsbach muss gefragt werden. Das hat der Herr Ministerpräsident gestern betont, und ich unterstreiche das. Ich freue mich, dass wir im Zusammenwirken mit dem Erzbischof und Herzog Franz womöglich nächste Woche eine Lösung finden, die akzeptabel ist. Gehen Sie aber nicht davon aus, dass ohne eine Beratung auch über die Qualität der Stücke, die wandern, jetzt schon festgelegt wäre, was dort hingeschickt wird. Sie fangen schon an, Dinge zu verteilen, von denen Sie noch gar nicht wissen, ob sie auf die Reise geschickt werden können. Da wäre ich vorsichtig.

Meine Damen und Herren, so bleibt lediglich das Ceterum censeo aller Haushaltsreden: Natürlich hätte ich mir als zuständiger Minister erheblich mehr gewünscht.

Gleichzeitig bin ich aber mit der gesamten Staatsregierung einig: Neben der Finanzierung wichtiger Schwerpunkte bleibt auch das Ziel des ausgeglichenen Haushalts unverändert. Wir wollen schließlich auch in Zukunft Schwerpunkte setzen. Dieser Haushalt setzt im Schulbereich eine Priorität – ich sage das noch einmal. Wir erwarten eine Umkehr, beginnend mit dem Jahr 2008.

Meine Damen und Herren, lassen Sie mich noch eine Anmerkung machen, weil dieser Punkt in den Reden der Oppositionsvertreter eine Rolle gespielt hat und auch von Herrn Kollegen Dr. Spaenle aufgegriffen wurde. Ich spreche von der Frauenförderung. Wir haben in den letzten beiden Jahren von dem Kapital, das wir vorgehalten hatten, etwas übrig behalten, weil die Bundesmittel nicht mehr in dem Maße ausgereicht worden sind. Zwei Millionen Euro bleiben uns übrig, um die Frauenförderung noch einmal zu steigern. Ich bedanke mich bei Herrn Kollegen Ach, beim Haushaltsausschuss, bei unseren Kollegen und nicht zuletzt beim Finanzminister dafür, dass diese Mittel nicht eingezogen wurden, sondern in diesem Titel dafür verwendet werden, einen Nachholbedarf zu decken.

Ich möchte ausdrücklich sagen: Ich tue alles, um die Benachteiligung der Frauen zu beseitigen. Ich stelle aber auch fest: Wenn sich jemand an unseren Hochschulen selbst zu behindern weiß, sind es die Damen. Es ist an der Zeit, dass wir unseren Teil dazu beitragen, nüchterner und abstandsfröhlicher an die Dinge heranzugehen. Man sollte sich nicht gegenseitig behindern. Ich bedanke mich für die Beratungen zum Haushalt und für manche Hilfestellung gerade meiner Kollegen aus der CSU-Fraktion. Ich bitte Sie um Ihre Zustimmung.

(Beifall bei der CSU)

Zweiter Vizepräsident Prof. Dr. Peter Paul Gantzer: Liebe Kolleginnen und Kollegen, es liegen keine weiteren Wortmeldungen mehr vor. Damit ist die Aussprache geschlossen. Wir kommen zur Abstimmung. Der Abstimmung liegen der Entwurf des Haushaltsplans 2007/2008 – Einzelplan 15 –, die Änderungsanträge auf den Drucksachen 15/6662, 15/6735 mit 15/6740 und 15/6750 mit 15/6754 sowie die Beschlussempfehlung des federführenden Ausschusses für Staatshaushalt und Finanzfragen auf Drucksache 15/6942 zugrunde.

Der Einzelplan 15 wird vom Ausschuss für Staatshaushalt und Finanzfragen mit den in der Beschlussempfehlung auf Drucksache 15/6942 genannten Änderungen zur Annahme empfohlen. Wer dem Einzelplan 15 mit dem vom federführenden Ausschuss für Staatshaushalt und Finanzfragen vorgeschlagenen Änderungen seine Zustimmung geben will, den bitte ich, sich vom Platz zu erheben. – Gegenstimmen bitte ich, auf die gleiche Weise anzuzeigen. – Gibt es Stimmenthaltungen? – Damit ist der Einzelplan 15 mit den Stimmen der CSU-Fraktion gegen die Stimmen der beiden anderen Fraktionen mit den vom Ausschuss für Staatshaushalt und Finanzfragen vorgeschlagenen Änderungen angenommen.

Gemäß § 126 Absatz 6 der Geschäftsordnung gelten zugleich die vom Ausschuss für Staatshaushalt und Finanzfragen zur Ablehnung vorgeschlagenen Änderungsanträge als abgelehnt. Eine Liste dieser Änderungsanträge liegt Ihnen vor.

(siehe Anlage 6)

Außerdem schlägt der Ausschuss für Staatshaushalt und Finanzfragen noch folgende Beschlussfassung vor:

Das Staatsministerium der Finanzen wird ermächtigt, die aufgrund der beschlossenen Änderungen erforderlichen Berichtigungen, insbesondere in den Erläuterungen, der Übersicht über die Verpflichtungsermächtigungen und den sonstigen Anlagen beim endgültigen Ausdruck des Einzelplans vorzunehmen.

Wer dem zustimmen möchte, den bitte ich um das Handzeichen. – Gegenstimmen? – Enthaltungen? – Bei Enthaltung der Fraktion des BÜNDNISSES 90/DIE GRÜNEN ist das so beschlossen.

Unter Bezugnahme auf die Beschlussempfehlung des federführenden Ausschusses für Staatshaushalt und Finanzfragen auf Drucksache 15/6942 weise ich darauf hin, dass die Änderungsanträge auf den Drucksachen 15/6750 bis 15/6754 ihre Erledigung gefunden haben. Wir nehmen davon Kenntnis.

Damit ist die Beratung des Einzelplans 15 abgeschlossen. Wir sind für heute am Ende der Tagesordnung. Ich wünsche Ihnen noch schöne Weihnachtsfeiern, wo auch immer.

(Schluss: 18.23 Uhr)

Zu Tagesordnungspunkt 6

Aufstellung der im Ausschuss für Staatshaushalt und Finanzfragen zur Ablehnung empfohlenen Änderungsanträge zum Einzelplan 04:

1. Änderungsantrag der Abgeordneten Jürgen Dupper, Franz Schindler u.a. SPD
Haushaltsplan 2007/2008;
hier: Stellenplan der Gerichte und Staatsanwaltschaften:
 - Richter/Richterinnen an Amtsgerichten und Landgerichten
 - Staatsanwälte/Staatsanwältinnen
(Kap. 04 04 Tit. 422 01)(Drs. 15/6589)
2. Änderungsantrag der Abgeordneten Jürgen Dupper, Franz Schindler u.a. SPD
Haushaltsplan 2007/2008;
hier: Stellenplan der Gerichte und Staatsanwaltschaften:
 - Rechtspfleger
(Kap. 04 04 Tit. 422 01)(Drs. 15/6590)
3. Änderungsantrag der Abgeordneten Jürgen Dupper, Franz Schindler u.a. SPD
Haushaltsplan 2007/2008;
hier: Stellenplan der Gerichte und Staatsanwaltschaften:
 - Mittlerer und einfacher Dienst
 - Beamte auf Widerruf im Vorbereitungsdienst (Justizsekretäranwärter/Justizsekretäranwärterinnen)
(Kap. 04 04 Tit. 422 21)
 - Justizwachtmeister
(Kap. 04 04 Tit. 422 01)(Drs. 15/6591)
4. Änderungsantrag der Abgeordneten Jürgen Dupper, Franz Schindler u.a. SPD
Haushaltsplan 2007/2008;
hier: Stellenplan der Gerichte und Staatsanwaltschaften:
 - Bewährungshelfer/Bewährungshelferinnen
(Kap. 04 04 Tit. 422 01 und 425 01)(Drs. 15/6592)
5. Änderungsantrag der Abgeordneten Jürgen Dupper, Franz Schindler u.a. SPD
Haushaltsplan 2007/2008;
hier: Stellenplan der Gerichte und Staatsanwaltschaften:
 - Angestellte
(Kap. 04 04 Tit. 425 01)(Drs. 15/6593)
6. Änderungsantrag der Abgeordneten Jürgen Dupper, Franz Schindler u.a. SPD
Haushaltsplan 2007/2008;
hier: Stellenplan der Justizvollzugsanstalten:
 - Beamte auf Widerruf im Vorbereitungsdienst
(Kap. 04 05 Tit. 422 21)
 - Stellenobergrenzen; Aufstiegsstellen
BesGr. A 10 und BesGr. A 11
(Kap. 04 05 Tit. 422 01)(Drs. 15/6594)
7. Änderungsantrag der Abgeordneten Jürgen Dupper, Franz Schindler u.a. SPD
Haushaltsplan 2007/2008;
hier: Täter-Opfer-Ausgleich u.a.
(Kap. 04 04 Tit. 684 01)
(Drs. 15/6595)
8. Änderungsantrag der Abgeordneten Jürgen Dupper, Franz Schindler u.a. SPD
Haushaltsplan 2007/2008;
hier: „Schwitzen statt Sitzen“
(Kap. 04 05 Tit. 546 71)
(Drs. 15/6596)
9. Änderungsantrag der Abgeordneten Jürgen Dupper, Franz Schindler u.a. SPD
Haushaltsplan 2007/2008;
hier: Straftentlassenenhilfe
(Kap. 04 05 Tit. 681 02)
(Drs. 15/6597)
10. Änderungsantrag der Abgeordneten Margarete Bause, Dr. Sepp Dürr, Maria Scharfenberg u.a. und Fraktion BÜNDNIS 90 DIE GRÜNEN
Haushaltsplan 2007/2008;

- hier: Zusätzliche Stellen für Bewährungshelfer und Bewährungshelferinnen
(Kap. 04 04 Tit. 425 01)
(Drs. 15/6601)
11. Änderungsantrag der Abgeordneten Margarete Bause, Dr. Sepp Dürr, Maria Scharfenberg u.a. und Fraktion BÜNDNIS 90 DIE GRÜNEN
Haushaltsplan 2007/2008;
hier: Umzugs- und Verlegungskosten von Dienststellen einsparen
(Kap. 04 04 Tit. 532 11)
(Drs. 15/6602)
12. Änderungsantrag der Abgeordneten Margarete Bause, Dr. Sepp Dürr, Maria Scharfenberg u.a. und Fraktion BÜNDNIS 90 DIE GRÜNEN
Haushaltsplan 2007/2008;
hier: Mittel für Vergabe von Aufträgen für Datenerfassung, Softwareentwicklung u.ä. kürzen
(Kap. 04 04 Tit. 534 99)
(Drs. 15/6603)
13. Änderungsantrag der Abgeordneten Margarete Bause, Dr. Sepp Dürr, Maria Scharfenberg u.a. und Fraktion BÜNDNIS 90 DIE GRÜNEN
Haushaltsplan 2007/2008;
hier: Zusätzliche Mittel für die Gefangenennpflege
(Kap. 04 05 Tit. 514 71)
(Drs. 15/6604)
14. Änderungsantrag der Abgeordneten Margarete Bause, Dr. Sepp Dürr, Maria Scharfenberg u.a. und Fraktion BÜNDNIS 90 DIE GRÜNEN
Haushaltsplan 2007/2008;
hier: Zusätzliche Mittel für die Gefangenennpflege
(Kap. 04 05 Tit. 538 71)
(Drs. 15/6605)
15. Änderungsantrag der Abgeordneten Margarete Bause, Dr. Sepp Dürr, Maria Scharfenberg u.a. und Fraktion BÜNDNIS 90 DIE GRÜNEN
Haushaltsplan 2007/2008;
hier: Arbeitsentgelte anpassen
(Kap. 04 05 Tit. 681 72)
(Drs. 15/6606)

Zu Tagesordnungspunkt 7

Aufstellung der im Ausschuss für Staatshaushalt und Finanzfragen zur Ablehnung empfohlenen Änderungsanträge zum Einzelplan 05:

1. Änderungsantrag der Abgeordneten Jürgen Dupper, Hans-Ulrich Pfaffmann, Karin Radermacher u.a. SPD Haushaltsplan 2007/2008;
hier: Bildungsmilliarde: Für ein gescheitertes Bayern - Keiner darf verloren gehen
 - Wohnortnahe Schule
 - Mehr pädagogisches Personal und Verwaltungspersonal an Schulen, bessere individuelle Förderung, kleinere Klassen
 - Integration in den Schulen verbessern
 - Flächendeckende Einführung von Ganztagschulen
 - Sonderinvestitionsprogramm Ganztagschulen
 - Sonderinvestitionsprogramm Schulhaussanierung
 - Entlastung der Kommunen durch vollen Ersatz der Lehrpersonalkosten
 - Innovationsfonds für innere Schulentwicklung
 - Wiedereinführung der Lernmittelfreiheit
 - Lebenslanges Lernen realisieren
(Kap. 05 03 bis 05 19 und neues Kapitel Wohnortnahe Schule sowie nachrichtlich Kap. 13 10)(Drs. 15/6661)
2. Änderungsantrag der Abgeordneten Jürgen Dupper, Willi Leichtle, Karin Radermacher u.a. SPD Haushaltsplan 2007/2008;
hier: Schulsport
(Kap. 05 04 Tit. 427 11)
(Drs. 15/6697)
3. Änderungsantrag der Abgeordneten Jürgen Dupper, Willi Leichtle, Karin Radermacher u.a. SPD Haushaltsplan 2007/2008;
hier: Vereinspauschale
(Kap. 05 04 Tit. 685 91)
(Drs. 15/6698)
4. Änderungsantrag der Abgeordneten Jürgen Dupper, Willi Leichtle, Karin Radermacher u.a. SPD Haushaltsplan 2007/2008;
hier: Den vereinseigenen Sportstättenbau stärken
(Kap. 05 04 Tit. 893 91)
(Drs. 15/6699)
5. Änderungsantrag der Abgeordneten Margarete Bause, Dr. Sepp Dürr, Maria Scharfenberg u.a. und Fraktion BÜNDNIS 90 DIE GRÜNEN Haushaltsplan 2007/2008;
hier: Prävention und Integration durch außerschulische und schulbezogene Jugendarbeit
(Kap. 05 04 TG 89)
(Drs. 15/6724)
6. Änderungsantrag der Abgeordneten Margarete Bause, Dr. Sepp Dürr, Maria Scharfenberg u.a. und Fraktion BÜNDNIS 90 DIE GRÜNEN Haushaltsplan 2007/2008;
hier: Schulsozialarbeit ausbauen
(Kap. 05 04 neue TG)
(Drs. 15/6725)
7. Änderungsantrag der Abgeordneten Margarete Bause, Dr. Sepp Dürr, Maria Scharfenberg u.a. und Fraktion BÜNDNIS 90 DIE GRÜNEN Haushaltsplan 2007/2008;
hier: Förderung des Breitensports statt Förderung von Schneekanonen
(Kap. 05 04 TG 91 Tit. 893 91 sowie Tit. 684 91)
(Drs. 15/6726)
8. Änderungsantrag der Abgeordneten Margarete Bause, Dr. Sepp Dürr, Maria Scharfenberg u.a. und Fraktion BÜNDNIS 90 DIE GRÜNEN Haushaltsplan 2007/2008;
hier: Fördern statt kürzen, Stellabbau in Grund- und Hauptschule stoppen
(Kap. 05 12 Tit. 422 01 und Tit. 425 02)
(Drs. 15/6727)
9. Änderungsantrag der Abgeordneten Margarete Bause, Dr. Sepp Dürr, Maria Scharfenberg u.a. und Fraktion BÜNDNIS 90 DIE GRÜNEN Haushaltsplan 2007/2008;
hier: Förderschulen und mobile sonderpädagogische Dienste stärken
(Kap. 05 13 Tit. 422 01 und Tit. 425 02)
(Drs. 15/6728)

- | | |
|---|--|
| <p>10. Änderungsantrag der Abgeordneten Margarete Bause, Dr. Sepp Dürr, Maria Scharfenberg u.a. und Fraktion BÜNDNIS 90 DIE GRÜNEN
Haushaltsplan 2007/2008;
hier: Zusätzliche Stellen für Schulpsychologinnen und -psychologen
(Kap. 05 12 Tit. 425 12)
(Drs. 15/6729)</p> <p>11. Änderungsantrag der Abgeordneten Margarete Bause, Dr. Sepp Dürr, Maria Scharfenberg u.a. und Fraktion BÜNDNIS 90 DIE GRÜNEN
Haushaltsplan 2007/2008;
hier: Fördern statt kürzen, Stellenabbau im Berufsschulbereich stoppen
(Kap. 05 15)
(Drs. 15/6730)</p> <p>12. Änderungsantrag der Abgeordneten Margarete Bause, Dr. Sepp Dürr, Maria Scharfenberg u.a. und Fraktion BÜNDNIS 90 DIE GRÜNEN
Haushaltsplan 2007/2008;
hier: Riesen Klassen in den Realschulen durch mehr Lehrerinnen und Lehrer verkleinern
(Kap. 05 18 Tit. 422 01 und Tit. 425 02)
(Drs. 15/6731)</p> <p>13. Änderungsantrag der Abgeordneten Margarete Bause, Dr. Sepp Dürr, Maria Scharfenberg u.a. und Fraktion BÜNDNIS 90 DIE GRÜNEN
Haushaltsplan 2007/2008;</p> | <p>hier: Riesen Klassen im Gymnasium durch mehr Lehrerinnen und Lehrer verkleinern
(Kap. 05 19 Tit. 422 01 und Tit. 425 02)
(Drs. 15/6732)</p> <p>14. Änderungsantrag der Abgeordneten Margarete Bause, Dr. Sepp Dürr, Maria Scharfenberg u.a. und Fraktion BÜNDNIS 90 DIE GRÜNEN
Haushaltsplan 2007/2008;
hier: Den demografischen Wandel aktiv gestalten, Schulsystem an den Parametern „soziale Gerechtigkeit und Integration von Migrantinnen und Migranten“ ausrichten
Staatsinstitut für Schulpädagogik und Bildungsforschung
(Kap. 05 30 TG 80, neue TG)
(Drs. 15/6733)</p> <p>15. Änderungsantrag der Abgeordneten Margarete Bause, Dr. Sepp Dürr, Maria Scharfenberg u.a. und Fraktion BÜNDNIS 90 DIE GRÜNEN
Haushaltsplan 2007/2008;
hier: Lehrerfortbildungen intensivieren Akademie für Lehrerfortbildung und Personalführung Dillingen a.d. Donau
(Kap. 05 32)
(Drs. 15/6734)</p> |
|---|--|

Abstimmungsliste

zur namentlichen Abstimmung am 13.12.2006 zum Änderungsantrag auf Drs. 15/6704 zum Einzelplan 07
(Tagesordnungspunkt 8)

Name	Ja	Nein	Enthalte mich
Ach Manfred		X	
Ackermann Renate	X		
Babel Günther		X	
Bause Margarete	X		
Dr. Beckstein Günther			
Dr. Bernhard Otmar			
Dr. Beyer Thomas		X	
Biechl Annemarie		X	
Biedefeld Susann		X	
Bocklet Reinhold		X	
Boutter Rainer		X	
Breitschwert Klaus Dieter		X	
Brunner Helmut		X	
Christ Manfred		X	
Deml Marianne		X	
Dodell Renate		X	
Dr. Döhler Karl		X	
Donhauser Heinz		X	
Dr. Dürr Sepp	X		
Dupper Jürgen			
Eck Gerhard		X	
Eckstein Kurt		X	
Eisenreich Georg			
Ettengruber Herbert		X	
Prof. Dr. Eykman Walter		X	
Prof. Dr. Faltlhauser Kurt			
Dr. Fickler Ingrid		X	
Fischer Herbert		X	
Dr. Förster Linus		X	
Freller Karl			
Gabsteiger Günter		X	
Prof. Dr. Gantzer Peter Paul		X	
Glück Alois		X	
Goderbauer Gertraud		X	
Görlitz Erika		X	
Götz Christa		X	
Dr. Goppel Thomas		X	
Gote Ulrike	X		
Guckert Helmut		X	
Guttenberger Petra			

Name	Ja	Nein	Enthalte mich
Haderthauer Christine		X	
Haedke Joachim		X	
Hallitzky Eike	X		
Heckner Ingrid		X	
Heike Jürgen W.			
Herold Hans		X	
Herrmann Joachim			
Hintersberger Johannes		X	
Hoderlein Wolfgang		X	
Hohlmeier Monika		X	
Huber Erwin		X	
Dr. Huber Marcel		X	
Dr. Hünnerkopf Otto		X	
Hufe Peter		X	
Huml Melanie		X	
Imhof Hermann		X	
Dr. Kaiser Heinz		X	
Kamm Christine	X		
Kaul Henning		X	
Kern Anton		X	
Kiesel Robert		X	
Kobler Konrad			
König Alexander		X	
Kränzle Bernd		X	
Dr. Kreidl Jakob		X	
Kreuzer Thomas		X	
Dr. Kronawitter Hildegard			
Kupka Engelbert		X	
Kustner Franz		X	
Leichtle Willi		X	
Graf von und zu Lerchenfeld Philipp		X	
Lochner-Fischer Monica			
Lück Heidi		X	
Prof. Männle Ursula		X	
Dr. Magerl Christian	X		
Maget Franz			
Matschl Christa			
Meißner Christian		X	
Memmel Hermann		X	
Meyer Franz		X	
Miller Josef		X	

Name	Ja	Nein	Enthalte mich
Dr. Müller Helmut			
Müller Herbert			
Mütze Thomas	X		
Naaß Christa		X	
Nadler Walter		X	
Narnhammer Bärbel	X		
Neumeier Johann		X	
Neumeyer Martin		X	
Nöth Eduard		X	
Obermeier Thomas		X	
Pachner Reinhard			
Paulig Ruth	X		
Peterke Rudolf		X	
Peters Gudrun		X	
Pfaffmann Hans-Ulrich		X	
Plattner Edeltraud		X	
Pongratz Ingeborg			
Pranghofer Karin		X	
Pschierer Franz Josef		X	
Dr. Rabenstein Christoph		X	
Radermacher Karin			
Rambold Hans			
Ranner Sepp		X	
Richter Roland		X	
Ritter Florian		X	
Freiherr von Rotenhan Sebastian			
Rotter Eberhard		X	
Rubenbauer Herbert			
Rudrof Heinrich		X	
Rüth Berthold		X	
Rütting Barbara	X		
Dr. Runge Martin	X		
Rupp Adelheid		X	
Sackmann Markus		X	
Sailer Martin		X	
Sauter Alfred		X	
Scharf-Gerlspeck Ulrike		X	
Scharfenberg Maria	X		
Schieder Werner		X	
Schindler Franz		X	
Schmid Berta		X	
Schmid Georg			
Schmid Peter			
Schmitt-Bussinger Helga		X	
Dr. Schnappauf Werner			
Schneider Siegfried			
Schorer Angelika		X	
Schramm Henry		X	
Schuster Stefan		X	
Schwimmer Jakob		X	

Name	Ja	Nein	Enthalte mich
Sem Reserl		X	
Sibler Bernd		X	
Sinner Eberhard			
Dr. Söder Markus			
Sonnenholzner Kathrin	X		
Dr. Spaenle Ludwig		X	
Spitzner Hans		X	
Sprinkart Adi	X		
Stahl Christine	X		
Stahl Georg		X	
Stamm Barbara		X	
Steiger Christa		X	
Stewens Christa			
Stierstorfer Sylvia		X	
Prof. Dr. Stockinger Hans Gerhard		X	
Stöttner Klaus		X	
Dr. Stoiber Edmund			
Strehle Max		X	
Strobl Reinhold		X	
Ströbel Jürgen			
Dr. Strohmayer Simone		X	
Thätter Blasius		X	
Tolle Simone	X		
Traublinger Heinrich		X	
Unterländer Joachim		X	
Prof. Dr. Vocke Jürgen		X	
Vogel Wolfgang		X	
Volkmann Rainer		X	
Wägemann Gerhard		X	
Wahnschaffe Joachim		X	
Prof. Dr. Waschler Gerhard		X	
Weichenrieder Max		X	
Weidenbusch Ernst		X	
Weikert Angelika		X	
Weinberger Helga		X	
Dr. Weiß Bernd		X	
Dr. Weiß Manfred		X	
Weinhofer Peter		X	
Werner Hans Joachim		X	
Werner-Muggendorfer Johanna		X	
Winter Georg		X	
Winter Peter		X	
Wörner Ludwig		X	
Wolfrum Klaus			
Zeitler Otto		X	
Zeller Alfons		X	
Zellmeier Josef		X	
Zengerle Josef		X	
Dr. Zimmermann Thomas		X	
Gesamtsumme	17	131	0

Zu Tagesordnungspunkt 8

Aufstellung der im Ausschuss für Staatshaushalt und Finanzfragen zur Ablehnung empfohlenen Änderungsanträge zum Einzelplan 07:

1. Änderungsantrag der Abgeordneten Jürgen Dupper, Dr. Hildegard Kronawitter, Werner Schieder u.a. SPD Haushaltsplan 2007/2008;
hier: Einmalzinszuschüsse für das Mittelstandskreditprogramm
(Kap. 07 04 Tit. 891 01)
(Drs. 15/6643)
2. Änderungsantrag der Abgeordneten Jürgen Dupper, Werner Schieder, Dr. Hildegard Kronawitter u.a. SPD Haushaltsplan 2007/2008;
hier: Regionales Wirtschaftsförderprogramm
(Kap. 07 04 TG 72)
(Drs. 15/6644)
3. Änderungsantrag der Abgeordneten Jürgen Dupper, Dr. Thomas Beyer, Werner Schieder u.a. SPD Haushaltsplan 2007/2008;
hier: Zuschüsse zur Errichtung der Magnetschnellbahn
(Kap. 07 05 Tit. 892 01)
(Drs. 15/6645)
4. Änderungsantrag der Abgeordneten Jürgen Dupper, Susann Biedefeld, Ludwig Wörner u.a. SPD Haushaltsplan 2007/2008;
hier: Zuschüsse und sonstige Ausgaben zur Abdeckung der Risiken bei Fehlbohrungen bei der Nutzung von Erdwärme
(Kap. 07 05 Tit. 892 76)
(Drs. 15/6646)
5. Änderungsantrag der Abgeordneten Jürgen Dupper, Susann Biedefeld, Ludwig Wörner u.a. SPD Haushaltsplan 2007/2008;
hier: Unterstützung der Kommunen bei der Einrichtung und beim laufenden Betrieb von Energieagenturen bzw. Energie-Projektmanagern
(Kap. 07 05 neue TG)
(Drs. 15/6647)
6. Änderungsantrag der Abgeordneten Margarete Bause, Dr. Sepp Dürr, Maria Scharfenberg u.a. und Fraktion BÜNDNIS 90 DIE GRÜNEN Haushaltsplan 2007/2008;
hier: Förderung des Ausbaus der Breitbandinfrastruktur – Datenautobahn in ganz Bayern
(Kap. 07 03 neuer Titel, Kap. 13 04 TG 53)
(Drs. 15/6701)
7. Änderungsantrag der Abgeordneten Margarete Bause, Dr. Sepp Dürr, Maria Scharfenberg u.a. und Fraktion BÜNDNIS 90 DIE GRÜNEN Haushaltsplan 2007/2008;
hier: Erhöhung der Einmalzinszuschüsse an die Bayerische Landesanstalt für Aufbaufinanzierung zur Ausreichung von zinsgünstigen Darlehen im Rahmen des Bayerischen Mittelstandskreditprogramms und zur Finanzierung von sonstigen im staatlichen Interesse gelegenen besonders förderungswürdigen Maßnahmen
(Kap. 07 04 Tit. 891 01)
(Drs. 15/6702)
8. Änderungsantrag der Abgeordneten Margarete Bause, Dr. Sepp Dürr, Maria Scharfenberg u.a. und Fraktion BÜNDNIS 90 DIE GRÜNEN Haushaltsplan 2007/2008;
hier: Regionales Wirtschaftsförderungsprogramm
(Kap. 07 04 TG 72)
(Drs. 15/6703)
9. Änderungsantrag der Abgeordneten Margarete Bause, Dr. Sepp Dürr, Maria Scharfenberg u.a. und Fraktion BÜNDNIS 90 DIE GRÜNEN Haushaltsplan 2007/2008;
hier: Förderung des Nahluftverkehrs und des Flugwesens beenden
(Kap. 07 05 TG 74)
(Drs. 15/6704)

- | | |
|--|---|
| <p>10. Änderungsantrag der Abgeordneten Margarete Bause, Dr. Sepp Dürr, Maria Scharfenberg u.a. und Fraktion BÜNDNIS 90 DIE GRÜNEN
Haushaltsplan 2007/2008;
hier: Förderung von Maßnahmen im Energiebereich
(Kap. 07 05 TG 75 - 76)
(Drs. 15/6705)</p> <p>11. Änderungsantrag der Abgeordneten Margarete Bause, Dr. Sepp Dürr, Maria Scharfenberg u.a. und Fraktion BÜNDNIS 90 DIE GRÜNEN
Haushaltsplan 2007/2008;
hier: Streichung der Zuschüsse zur Errichtung der Magnetschnellbahn zum Flughafen München
(Kap. 07 05 Tit. 892 01)
(Drs. 15/6706)</p> <p>12. Änderungsantrag der Abgeordneten Margarete Bause, Dr. Sepp Dürr, Maria Scharfenberg u.a. und Fraktion BÜNDNIS 90 DIE GRÜNEN
Haushaltsplan 2007/2008;
hier: Streichung des Einnahmetitels für das Projekt Magnetschnellbahn
(Kap. 07 07 Tit. 231 03)
(Drs. 15/6707)</p> <p>13. Änderungsantrag der Abgeordneten Margarete Bause, Dr. Sepp Dürr, Maria Scharfenberg u.a. und Fraktion BÜNDNIS 90 DIE GRÜNEN
Haushaltsplan 2007/2008;
hier: Keine Personalausgaben für ein sog. „Kernkompetenzteam für die Begleitung des Magnetschnellbahnprojekts“ aus den Regionalisierungsmitteln
(Kap. 07 07 Tit. 425 11)
(Drs. 15/6708)</p> | <p>14. Änderungsantrag der Abgeordneten Margarete Bause, Dr. Sepp Dürr, Maria Scharfenberg u.a. und Fraktion BÜNDNIS 90 DIE GRÜNEN
Haushaltsplan 2007/2008;
hier: Streichung der Leistungen für das Magnetbahnprojekt zum Flughafen München
(Kap. 07 07 Tit. 682 06)
(Drs. 15/6709)</p> <p>15. Änderungsantrag der Abgeordneten Margarete Bause, Dr. Sepp Dürr, Maria Scharfenberg u.a. und Fraktion BÜNDNIS 90 DIE GRÜNEN
Haushaltsplan 2007/2008;
hier: Leistungen an die BEG für Zugbestellungen
(Kap. 07 07 Tit. 682 03)
(Drs. 15/6710)</p> <p>16. Änderungsantrag der Abgeordneten Margarete Bause, Dr. Sepp Dürr, Maria Scharfenberg u.a. und Fraktion BÜNDNIS 90 DIE GRÜNEN
Haushaltsplan 2007/2008;
hier: Erhöhung der Mittel für den öffentlichen Personennahverkehr
(Kap. 07 07 Tit. 883 01 und Kap. 07 07 Tit. 883 02 und Kap. 07 07 Tit. 892 05)
(Drs. 15/6711)</p> |
|--|---|

Zu Tagesordnungspunkt 9

Aufstellung der im Ausschuss für Staatshaushalt und Finanzfragen zur Ablehnung empfohlenen Änderungsanträge zum Einzelplan 08:

1. Änderungsantrag der Abgeordneten Margarete Bause, Dr. Sepp Dürr, Maria Scharfenberg u.a. und Fraktion BÜNDNIS 90 DIE GRÜNEN
Haushaltsplan 2007/2008;
hier: Streichung der Vergütung an Banken zur Abwicklung der Agrarförderung
(Kap. 08 03 Tit. 547 03)
(Drs. 15/6607)
2. Änderungsantrag der Abgeordneten Margarete Bause, Dr. Sepp Dürr, Maria Scharfenberg u.a. und Fraktion BÜNDNIS 90 DIE GRÜNEN
Haushaltsplan 2007/2008;
hier: Erhöhung der Mittel für das Kulturlandschaftsprogramm statt einzelbetrieblicher Investitionsförderung und Dorferneuerung
(Kap. 08 03 TG 72 - 74)
(Drs. 15/6608)
3. Änderungsantrag der Abgeordneten Margarete Bause, Dr. Sepp Dürr, Maria Scharfenberg u.a. und Fraktion BÜNDNIS 90 DIE GRÜNEN
Haushaltsplan 2007/2008;
hier: Umwidmung der Mittel für den Bau von Alm- und Alpwegen
(Kap. 08 03 TG 87, Kap. 08 04 TG 70 - 71)
(Drs. 15/6609)
4. Änderungsantrag der Abgeordneten Margarete Bause, Dr. Sepp Dürr, Maria Scharfenberg u.a. und Fraktion BÜNDNIS 90 DIE GRÜNEN
Haushaltsplan 2007/2008;
hier: Erhöhung der Mittel zur Schutzwaldsanierung
(Kap. 08 05 Tit. 682 01)
(Drs. 15/6610)
5. Änderungsantrag der Abgeordneten Margarete Bause, Dr. Sepp Dürr, Maria Scharfenberg u.a. und Fraktion BÜNDNIS 90 DIE GRÜNEN
Haushaltsplan 2007/2008;
hier: Umsetzung von Stellen aus der Staatlichen Führungsakademie für Ernährung, Landwirtschaft und Forsten in die Ämter für Landwirtschaft und Forsten
(Kap. 08 40 und Kap. 08 42 Tit. 422 01)
(Drs. 15/6611)
6. Änderungsantrag der Abgeordneten Jürgen Dupper, Heidi Lück, Klaus Wolfrum u.a. SPD
Haushaltsplan 2007/2008;
hier: Teilweiser Ausgleich wegfallender EU-Mittel beim Kulturlandschaftsprogramm durch Landesmittel
(Kap. 08 03 Tit. 683 72)
(Drs. 15/6626)
7. Änderungsantrag der Abgeordneten Jürgen Dupper, Susann Biedefeld, Heidi Lück u.a. SPD
Haushaltsplan 2007/2008;
hier: Mittel für das Gesamtkonzept „Nachwachsende Rohstoffe“ verstärken
(Kap. 08 03 Tit. 892 54)
(Drs. 15/6627)
8. Änderungsantrag der Abgeordneten Jürgen Dupper, Heidi Lück, Klaus Wolfrum u.a. SPD
Haushaltsplan 2007/2008;
hier: Teilweiser Ausgleich wegfallender EU-Mittel bei der Ausgleichszulage durch Landesmittel
(Kap. 08 03 neue TG)
(Drs. 15/6628)
9. Änderungsantrag der Abgeordneten Jürgen Dupper, Heidi Lück, Klaus Wolfrum u.a. SPD
Haushaltsplan 2007/2008;
hier: Sicherung der Gewinnablieferung der Bayerischen Staatsforsten AöR für die Arbeitsfähigkeit der Forstverwaltung
(Kap. 08 05 Tit. 121 11)
(Drs. 15/6629)

Zu Tagesordnungspunkt 10

Aufstellung der im Ausschuss für Staatshaushalt und Finanzfragen zur Ablehnung empfohlenen Änderungsanträge zum Einzelplan 15:

1. Änderungsantrag der Abgeordneten Jürgen Dupper, Wolfgang Vogel, Karin Radermacher u.a. SPD
Haushaltsplan 2007/2008;
hier: Sicherung des Studien-, Wissenschafts- und Kulturstandorts Bayern
(Epl. 15)
(Drs. 15/6662)
2. Änderungsantrag der Abgeordneten Margarete Bause, Dr. Sepp Dürr, Maria Scharfenberg u.a. und Fraktion BÜNDNIS 90 DIE GRÜNEN
Haushaltsplan 2007/2008;
hier: Zuschuss zu den Kosten der geplanten Bay-FORgGmbH nicht zu Lasten der Hochschulen
(Kap. 15 06 Tit. 686 10)
(Drs. 15/6735)
3. Änderungsantrag der Abgeordneten Margarete Bause, Dr. Sepp Dürr, Maria Scharfenberg u.a. und Fraktion BÜNDNIS 90 DIE GRÜNEN
Haushaltsplan 2007/2008;
hier: Erhöhung der Zuschüsse an die bayerischen Studentenwerke
(Kap. 15 06 Tit. 686 05)
(Drs. 15/6736)
4. Änderungsantrag der Abgeordneten Margarete Bause, Dr. Sepp Dürr, Maria Scharfenberg u.a. und Fraktion BÜNDNIS 90 DIE GRÜNEN
Haushaltsplan 2007/2008;
hier: Internationalisierung der Hochschulen fördern – Ausgleich für entgangene Einnahmen durch Erlass von Studienbeiträgen für Studierende aus Entwicklungsländern
(Kap. 15 06 TG 81)
(Drs. 15/6737)
5. Änderungsantrag der Abgeordneten Margarete Bause, Dr. Sepp Dürr, Maria Scharfenberg u.a. und Fraktion BÜNDNIS 90 DIE GRÜNEN
Haushaltsplan 2007/2008;
hier: Sonderprogramm zum Ausbau der bayerischen Hochschulen
(Kap. 15 06, neue TG 100 Ausbau der bayerischen Hochschulen bis 2012)
(Drs. 15/6738)
6. Änderungsantrag der Abgeordneten Margarete Bause, Dr. Sepp Dürr, Maria Scharfenberg u.a. und Fraktion BÜNDNIS 90 DIE GRÜNEN
Haushaltsplan 2007/2008;
hier: Erhöhung der Mittel für die Bodendenkmalpflege
(Kap. 15 74 TG 74)
(Drs. 15/6739)
7. Änderungsantrag der Abgeordneten Margarete Bause, Dr. Sepp Dürr, Maria Scharfenberg u.a. und Fraktion BÜNDNIS 90 DIE GRÜNEN
Haushaltsplan 2007/2008;
hier: Erhöhung der Mittel für die Denkmalpflege
(Kap. 15 74 TG 75)
(Drs. 15/6740)

Beschluss

des Bayerischen Landtags

Der Landtag hat in seiner heutigen öffentlichen Sitzung beraten und beschlossen:

Haushaltsplan 2007/2008; Einzelplan 06 für den Geschäftsbereich des Bayerischen Staatsministeriums der Finanzen

Dem Einzelplan 06 wird unter Berücksichtigung der in der Beschlussempfehlung des Ausschusses für Staatshaushalt und Finanzfragen (Drs. 15/6677) genannten Änderungen zugestimmt.

Das Staatsministerium der Finanzen wird ermächtigt, die aufgrund der beschlossenen Änderungen erforderlichen Berichtigungen insbesondere in den Erläuterungen, der Übersicht über die Verpflichtungsermächtigungen und den sonstigen Anlagen beim endgültigen Ausdruck des Einzelplans vorzunehmen.

Der Präsident

I.V.

Barbara Stamm

I. Vizepräsidentin

Beschluss

des Bayerischen Landtags

Der Landtag hat in seiner heutigen öffentlichen Sitzung beraten und beschlossen:

Haushaltsplan 2007/2008;

Einzelplan 12 für den Geschäftsbereich des Bayerischen Staatsministeriums für Umwelt, Gesundheit und Verbraucherschutz

Dem Einzelplan 12 wird unter Berücksichtigung der in der Beschlussempfehlung des Ausschusses für Staatshaushalt und Finanzfragen (Drs. 15/7044) genannten Änderungen zugestimmt.

Das Staatsministerium der Finanzen wird ermächtigt, die aufgrund der beschlossenen Änderungen erforderlichen Berichtigungen insbesondere in den Erläuterungen, der Übersicht über die Verpflichtungsermächtigungen und den sonstigen Anlagen beim endgültigen Ausdruck des Einzelplans vorzunehmen.

Der Präsident

I.V.

Barbara Stamm

I. Vizepräsidentin

Beschluss

des Bayerischen Landtags

Der Landtag hat in seiner heutigen öffentlichen Sitzung beraten und beschlossen:

Haushaltsplan 2007/2008;

Einzelplan 10 für den Geschäftsbereich des Bayerischen Staatsministeriums für Arbeit und Sozialordnung, Familie und Frauen

Dem Einzelplan 10 wird unter Berücksichtigung der in der Beschlussempfehlung des Ausschusses für Staatshaushalt und Finanzfragen (Drs. 15/6935) genannten Änderungen zugestimmt.

Das Staatsministerium der Finanzen wird ermächtigt, die aufgrund der beschlossenen Änderungen erforderlichen Berichtigungen insbesondere in den Erläuterungen, der Übersicht über die Verpflichtungsermächtigungen und den sonstigen Anlagen beim endgültigen Ausdruck des Einzelplans vorzunehmen.

Der Präsident

I.V.

Barbara Stamm

I. Vizepräsidentin

Beschluss

des Bayerischen Landtags

Der Landtag hat in seiner heutigen öffentlichen Sitzung beraten und beschlossen:

Haushaltsplan 2007/2008;

Einzelplan 13 für den Geschäftsbereich Allgemeine Finanzverwaltung

Dem Einzelplan 13 wird unter Berücksichtigung der in der Beschlussempfehlung des Ausschusses für Staatshaushalt und Finanzfragen (Drs. 15/7047) genannten Änderungen zugestimmt.

Das Staatsministerium der Finanzen wird ermächtigt,

- a) den Ansatz bei Kap. 13 03 Tit. 546 49 (Vermischte Ausgaben und zum Ausgleich des Haushaltsplans) entsprechend anzupassen.
- b) die aufgrund der beschlossenen Änderungen erforderlichen Berichtigungen insbesondere in den Erläuterungen, der Übersicht über die Verpflichtungsermächtigungen und den sonstigen Anlagen beim endgültigen Ausdruck des Einzelplans vorzunehmen.

Der Präsident

I.V.

Barbara Stamm

I. Vizepräsidentin

Beschluss

des Bayerischen Landtags

Der Landtag hat in seiner heutigen öffentlichen Sitzung beraten und beschlossen:

Gesetzentwurf der Staatsregierung

Drs. 15/6309, 15/7052

**Gesetz über die Feststellung des Haushaltsplans des Freistaates Bayern für die Haushaltsjahre 2007 und 2008
(Haushaltsgesetz - HG - 2007/2008)**

Der Präsident

I.V.

Barbara Stamm

I. Vizepräsidentin

630–2–16–F**Gesetz über die Feststellung des Haushaltsplans
des Freistaates Bayern für die Haushaltsjahre 2007 und 2008
(Haushaltsgesetz – HG – 2007/2008)****Art. 1****Feststellung des Haushaltsplans**

Der diesem Gesetz als **Anlage** beigefügte Haushaltsplan des Freistaates Bayern für die Haushaltsjahre 2007 und 2008 wird in Einnahmen und Ausgaben auf 35 986 783 000 € für das Haushaltsjahr 2007 und 36 371 498 700 € für das Haushaltsjahr 2008 festgestellt.

Art. 2**Kreditermächtigungen**

(1) Das Staatsministerium der Finanzen wird ermächtigt, zur Deckung von Ausgaben für Investitionen folgende Kredite am Kreditmarkt aufzunehmen:

1. im Haushaltsjahr 2007 bis zur Höhe von Null €,
2. im Haushaltsjahr 2008 bis zur Höhe von Null €,
3. die in den vorausgegangenen Haushaltsjahren genehmigten Kreditmittel, soweit sie bis zum Ablauf des Haushaltsjahres 2006 nicht aufgenommen wurden und zur Deckung noch benötigt werden.

(2) ¹Das Staatsministerium der Finanzen wird ermächtigt, zweckgebundene Darlehen aus Mitteln des Bundes, die zur Förderung des Städtebaus gewährt werden, bis zu folgender Höhe aufzunehmen:

1. im Haushaltsjahr 2007 bis zur Höhe von 300 000 €,
2. im Haushaltsjahr 2008 bis zur Höhe von 200 000 €.

²Diese Ermächtigung erhöht oder vermindert sich insoweit, als die zur Verfügung gestellten zweckgebundenen Darlehen die im Haushalt veranschlagten Beträge überschreiten oder hinter ihnen zurückbleiben.

(3) ¹Die Kreditermächtigung des Abs. 1 erhöht sich um die Beträge, die im betreffenden Haushaltsjahr zur Tilgung von Krediten am Kreditmarkt sowie zur Kursstützung von Staatsanleihen erforderlich sind; sie erhöht sich ferner um die Beträge, die zur Umfinanzierung von Krediten auf Grund längerer Laufzeiten oder sonstiger günstigerer Bedingungen notwendig werden. ²Das Staatsministerium der Finanzen darf im Rahmen von Kreditfinanzierungen ergänzende Vereinbarungen treffen, die der Steuerung von Zinsänderungsrisiken sowie der Erzielung günstiger Konditionen bei neuen Krediten und bestehenden Schulden dienen.

(4) ¹Das Staatsministerium der Finanzen wird ermächtigt, ab November eines Haushaltsjahres im Vorgriff auf die Kreditermächtigung des nächsten Haushaltsjahres Kredite bis zur Höhe von zwei v. H. des in Art. 1 für das laufende Jahr festgestellten Betrags aufzunehmen. ²Die danach aufgenommenen Kredite sind auf die Kreditermächtigung des nächsten Haushaltsjahres anzurechnen.

(5) ¹Das Staatsministerium der Finanzen wird ermächtigt, zur vorübergehenden Verstärkung der Betriebsmittel des Staates Kassenverstärkungskredite bis zur Höhe von acht v. H. des festgestellten Haushaltsvolumens aufzunehmen. ²Über diesen Betrag hinaus kann das Staatsministerium der Finanzen weitere Kassenverstärkungskredite aufnehmen, soweit es von der Kreditermächtigung nach Abs. 1 keinen Gebrauch macht.

Art. 3 **Konjunkturpolitisch bedingte Maßnahmen**

(1) Die Staatsregierung kann bei einer allgemeinen Abschwächung der Wirtschaftstätigkeit gemäß § 6 Abs. 2 in Verbindung mit § 14 des Gesetzes zur Förderung der Stabilität und des Wachstums der Wirtschaft zusätzliche Ausgaben beschließen, wenn und soweit hierfür zusätzliche Finanzhilfen des Bundes gemäß Art. 104a Abs. 4 des Grundgesetzes zur Abwehr einer Störung des gesamtwirtschaftlichen Gleichgewichts zur Verfügung stehen.

(2) Soweit die in Abs. 1 genannten Mittel zur Leistung von zusätzlichen Ausgaben gemäß § 6 Abs. 2 des Gesetzes zur Förderung der Stabilität und des Wachstums der Wirtschaft nicht ausreichen, wird das Staatsministerium der Finanzen ermächtigt, über die in Art. 2 erteilten Kreditermächtigungen hinaus Kredite bis zur Höhe von 100 000 000 € aufzunehmen.

(3) ¹Im Fall einer die volkswirtschaftliche Leistungsfähigkeit übersteigenden Nachfrageausweitung kann die Staatsregierung das Staatsministerium der Finanzen ermächtigen, die Verfügung über bestimmte Ausgabemittel, den Beginn von Baumaßnahmen und das Eingehen von Verpflichtungen zu Lasten künftiger Haushaltsjahre von seiner Einwilligung abhängig zu machen. ²Das Staatsministerium der Finanzen hat die dadurch nach Ablauf eines Haushaltsjahres frei gewordenen Mittel, soweit sie nicht zur Verminderung des Kreditbedarfs verwendet werden können, einer Ausgleichsrücklage zuzuführen.

Art. 4 **Haushaltswirtschaftliche Sperren**

(1) Die Staatsregierung kann das Staatsministerium der Finanzen, unbeschadet seiner Befugnisse gemäß Art. 41 BayHO, ermächtigen, im Benehmen mit dem Ausschuss für Staatshaushalt und Finanzfragen des Landtags zur Erwirtschaftung der bei Kapitel 13 03 Titel 972 01 veranschlagten Minderausgabe die Ausgabemittel im erforderlichen Umfang zu kürzen oder zu sperren.

(2) Nach Abs. 1 und nach Art. 41 BayHO gesperrte Beträge sind in der Haushaltsrechnung als Minderausgabe nachzuweisen.

(3) Daneben sind aus Bundesmitteln finanzierte Ausgaben zu sperren, soweit auf Grund von Etatentscheidungen des Bundes absehbar ist, dass gegenüber den Ansätzen im Haushaltsplan geringere Bundesmittel eingehen werden.

Art. 5 *(entfallen)*

Art. 6**Bewirtschaftung der Personalausgaben, Stellenbesetzung**

(1) ¹Bei der Bewirtschaftung der Personalausgaben sind die Verwaltungen an die Stellenpläne für planmäßige Beamte und Richter (Titel 422 01 bis 422 06), Beamte auf Zeit, Beamte zur Anstellung und Richter auf Probe (Titel 422 11 bis 422 15), Beamte auf Widerruf im Vorbereitungsdienst (Titel 422 21 bis 422 25), abgeordnete Beamte und Richter (Titel 422 31 bis 422 35), Angestellte (Titel 425 01 bis 425 06) und Arbeitnehmer (Titel 428 01 bis 428 07) sowie an die Stellenpläne für Arbeiter, soweit sie bei Titel 426 20 bis 426 25 veranschlagt sind, gebunden; mit Zustimmung des Staatsministeriums der Finanzen erstreckt sich die Bindung auch auf die Titel 425 07 (Vergütungen der Angestellten [Stellenbesetzung gemäß Nr. 3.14 DBestHG]) und 426 27 (Löhne der Arbeiter [Stellenbesetzung gemäß Nr. 3.14 DBestHG]). ²Bei der Bewirtschaftung der Stellenpläne und der Personalausgaben sind die Nrn. 2 und 3 der Durchführungsbestimmungen verbindlich zu beachten.

(2) ¹Die im Haushaltsplan 2007 neu ausgebrachten Stellen für Beamte, Richter, Angestellte und Arbeiter dürfen nicht vor dem 1. Oktober 2007 und die im Haushaltsplan 2008 neu ausgebrachten Stellen nicht vor dem 1. Oktober 2008 besetzt werden; das Staatsministerium der Finanzen kann in besonderen Einzelfällen Ausnahmen zulassen. ²Frei werdende Stellen für Beamte, Richter, Angestellte und Arbeiter dürfen frühestens nach Ablauf von zwölf Monaten vom Tag des Freiwerdens an besetzt werden; dies gilt auch für Stellen in Titelgruppen und für Verwaltungsarbeiter, die nicht der Stellenbindung unterliegen; für institutionell geförderte Zuwendungsempfänger gelten die Stellenwiederbesetzungssperren sinngemäß. ³Satz 2 gilt nicht bei einer Neueinstellung eines schwerbehinderten Menschen. ⁴Die zuständige oberste Dienstbehörde kann im Einvernehmen mit dem Staatsministerium der Finanzen in besonderen Fällen Ausnahmen von Satz 2 zulassen. ⁵Art. 49 Abs. 2 Satz 2 BayHO (Art. 4 Sätze 1 und 2 BayBesG) wird nicht angewendet. ⁶Abweichend von Art. 50 Abs. 1 Satz 2 BayHO können in den Haushaltsjahren 2007 und 2008 kw-Vermerke, die im Rahmen der Neugliederung der Geschäftsbereiche oder der Verwaltungsreform auszubringen sind, mit einer zeitlichen Einschränkung versehen werden.

(3) Wird einem Bediensteten Elternzeit gewährt, kann zur Überbrückung eines unabweisbaren Aushilfsbedarfs das ganz oder teilweise freie Stellengehalt der betreffenden Stelle für die Beschäftigung von Aushilfskräften verwendet werden.

(4) ¹In den Kapiteln 15 06 bis 15 27, 15 32 bis 15 48 sowie in den Kapiteln 15 60 bis 15 64 können die Hochschulen und das Elitenetzwerk Bayern innerhalb ihres jeweiligen Kapitels die Wertigkeiten der ausgebrachten (Plan-) Stellen für Forschung und Lehre neu festsetzen, soweit sie frei sind oder frei werden und ein unabweisbarer Bedarf hierfür besteht. ²Veränderungen im Bereich der (Plan-) Stellen für die Hochschulverwaltung bedürfen der vorherigen Zustimmung durch das Staatsministerium der Finanzen. ³Aus den abweichend vom Stellenplan neu festgesetzten Wertigkeiten dürfen sich keine höheren Personalkosten ergeben, als es dem Gegenwert der umgewandelten Stellen entspricht. ⁴Im Benehmen mit der jeweiligen Hochschule können Stellen nach Kapitel 15 28 bzw. 15 49 umgesetzt und vom Staatsministerium für Wissenschaft, Forschung und Kunst den vorgenannten Kapiteln zur Abdeckung eines unabweisbaren Personalbedarfs zugewiesen werden. ⁵Hierbei können die Stellenwertigkeiten kostenneutral neu festgelegt werden.

(5) ¹Sind im Vollzug des Art. 33 Abs. 1 des Gesetzes über kommunale Wahlbeamte Beamte oder Arbeitnehmer in den Staatsdienst zu übernehmen, so gelten die dafür erforderlichen (Plan-) Stellen zusätzlich in der entsprechenden Wertigkeit für die Dauer von zwei Jahren als im Staatshaushalt bewilligt. ²Nach diesem Zeitraum sind diese Beschäftigten in andere geeignete, freie und besetzbare (Plan-) Stellen einzuweisen.

³Soweit bei der entsprechenden Verwaltung hierfür keine geeigneten (Plan-) Stellen zur Verfügung stehen, gelten Leerstellen der entsprechenden Wertigkeit als bewilligt; Art. 50 Abs. 5 BayHO ist entsprechend anzuwenden.

(6) ¹Im Rahmen des Bayerischen Genomforschungsnetzwerks und zur Einrichtung von Projekten in den drei Förderlinien im Rahmen der Exzellenzinitiative wird das Staatsministerium der Finanzen zur Schaffung von Planstellen und Stellen für Arbeitnehmer ermächtigt. ²Die Stellen erhalten den Vermerk „kw mit Auslaufen der Finanzierung“.

(7) ¹Das Staatsministerium der Finanzen wird zur Schaffung von Planstellen und Stellen für Arbeitnehmer aus Zuwendungen Dritter und aus Studienbeiträgen bis zu 75 v. H. des Beitragsaufkommens ermächtigt. ²Diese Stellen dürfen nur so lange in Anspruch genommen werden, als die Personalaufwendungen (im Fall von Planstellen grundsätzlich mit Versorgungszuschlag) aus Studienbeiträgen finanziert werden können oder von dritter Seite erstattet werden und die Anschlussfinanzierung gesichert ist. ³Auf diesen Stellen geführtes Lehrpersonal hat grundsätzlich die volle Lehrverpflichtung zu erbringen.

(8) Der Besoldungsdurchschnitt gemäß § 2 des Gesetzes zur Änderung besoldungsrechtlicher und anderer Vorschriften vom 7. Dezember 2004 (GVBl S. 491, BayRS 2032-1-1-F) und Art. 26 Abs. 2 BayBesG darf im Vollzug bis zu drei v. H. gegen kassemäßigen Ausgleich im laufenden Haushaltsjahr überschritten werden.

(9) Das Staatsministerium der Finanzen wird ermächtigt, im Stellenplan der Schulkapitel der Jahre 2007/2008 Hebungen von (Plan-) Stellen im Umfang von bis zu 75 000 € vorzunehmen. Die vorgenommenen Hebungen sind im Stellenplan des Doppelhaushalts 2009/2010 nachzuweisen.

(10) ¹Das Staatsministerium der Finanzen wird ermächtigt, im Einvernehmen mit dem Ausschuss für Staatshaushalt und Finanzfragen des Landtags die auf Grund des neuen Tarifvertrags für Arbeitnehmer notwendigen Stellenumwandlungen im Stellenplan im Rahmen einer gesonderten Stellenplanüberleitung vorzunehmen. ²In der Stellenplanüberleitung kann unbeschadet der tatsächlichen Verbuchung der Personalausgaben auf den Titeln, die durch den Haushaltsplan vorgegeben sind, eine neue Titelstruktur für künftige Haushaltspläne vorgegeben werden.

(11) Das Staatsministerium der Finanzen wird ermächtigt, im Einvernehmen mit dem Ausschuss für Staatshaushalt und Finanzfragen des Landtags im Rahmen einer gesonderten Stellenplanüberleitung die Amtsbezeichnungen im Stellenplan auf die besoldungsgesetzlichen Amtsbezeichnungen bzw. Grundamtsbezeichnungen zu reduzieren und die zugehörigen Stellenzahlen zusammenzufassen.

(12) Das Staatsministerium der Finanzen wird ermächtigt, für den Wechsel von bis zu 150 Beschäftigten aus den Verwaltungsreformbereichen in den Schuldienst im Einvernehmen mit den zuständigen obersten Dienstbehörden die entsprechenden Stellen aus den Einzelplänen 02 bis 10, 12 und 15 in die Schulkapitel 05 12 bis 05 19 umzusetzen und im Regelfall in das jeweilige Eingangsamt der neuen Laufbahn umzuwandeln. Kostenwirksame Umwandlungen sind im Einzelplan 05 gegenzufinanzieren. Die Hälfte der Stellen erhält den Vermerk „kw zum 01.09.2010“, die andere Hälfte erhält den Vermerk „kw zum 01.09.2011“.

Art. 6a

Sperre frei werdender Stellen bis 1997

(entfallen)

Art. 6b **Sperre frei werdender Stellen ab 2005**

(1) In den Jahren 2005 bis 2019 sind 9 000 frei werdende Stellen für Beamte, Richter, Angestellte und Arbeiter zu sperren (einschließlich der Stellen bei Titel 426 01 und der Stellen bei Titelgruppen der Einzelpläne 03B und 12), und zwar je 750 Stellen in den Jahren 2005 bis 2008, je 600 Stellen in den Jahren 2009 bis 2013 und je 500 Stellen in den Jahren 2014 bis 2019. Die Jahresraten können unbegrenzt überschritten, jedoch jeweils nur um bis zu 75 Stellen unterschritten werden. Die Gesamtunterschreitung darf zu keinem Zeitpunkt mehr als 450 Stellen betragen. Sie muss spätestens im Jahr 2019 ausgeglichen werden. In die Sperre nicht einbezogen werden Stellen für Beamte auf Widerruf im Vorbereitungsdienst und Auszubildende, Stellen der Regionalträger der gesetzlichen Rentenversicherung sowie Leerstellen, Stellen für abgeordnete Beamte und Ersatzstellen.

(2) Der Ausschuss für Staatshaushalt und Finanzfragen des Landtags verteilt die Sperre nach Vorlage eines Berichts der Staatsregierung auf die Einzelpläne; der Bericht ist für jedes Jahr gesondert bis spätestens 1. April vorzulegen.

(3) Werden bei einer Wirtschaftlichkeitsuntersuchung durch einen externen Berater im Abschlussbericht Möglichkeiten für einen Stellenabbau aufgezeigt, darf in den untersuchten Bereichen bis zu einer Entscheidung der Staatsregierung über die Umsetzung der Untersuchungsergebnisse nur jede dritte frei werdende Stelle wiederbesetzt werden.

(4) ¹Das Staatsministerium der Finanzen wird ermächtigt, nähere Bestimmungen zum Vollzug der Stellensperre zu erlassen. ²Hierbei sind Festlegungen über die Einhaltung der Stellenobergrenzen zu treffen.

(5) Die nach den Abs. 1 und 2 gesperrten Stellen sind in den nachfolgenden Haushaltsplänen einzuziehen.

Art. 6c **Beschäftigung schwerbehinderter Menschen**

(1) ¹In den Jahren 2007 und 2008 sind jeweils 150 freie und frei werdende Stellen gesperrt und der Einstellung zusätzlicher schwerbehinderter Menschen vorbehalten, wobei eine Übererfüllung der Quote des Vorjahres auf die Quote des Jahres 2007 bzw. des Jahres 2008 angerechnet werden kann. ²Die Stellensperre verteilt sich auf die Ressorts im Verhältnis ihres Anteils an den nach dem Teil 2 des SGB IX maßgeblichen Arbeitsplätzen des Freistaates Bayern. ³Als Stellen im Sinn des Satzes 1 gelten alle Arbeitsplätze im Sinn des Teils 2 des SGB IX.

(2) ¹Können nach Abs. 1 gesperrte Stellen nicht mit neu eingestellten schwerbehinderten Menschen besetzt werden, so werden in entsprechendem Umfang Stellen, für die gemäß Art. 6 Abs. 1 Stellenbindung besteht, nach Kap. 13 03 Tit. 422 05 umgesetzt. ²Sie sind grundsätzlich entsprechend dem Stellenbestand des jeweiligen Ressorts auf die Laufbahngruppen zu verteilen. ³Das Staatsministerium der Finanzen weist die Stellen auf Antrag anderen Verwaltungen für die Neueinstellung schwerbehinderter Menschen zu. ⁴Es kann die Amtsbezeichnungen und Wertigkeiten bei unveränderter Stellenzahl kostenneutral ändern.

(3) ¹Die Einzelheiten regelt das Staatsministerium der Finanzen im Einvernehmen mit dem Staatsministerium für Arbeit und Sozialordnung, Familie und Frauen. ²Art. 6b bleibt unberührt.

Art. 6d
Ersatzstellen bei Altersteilzeit,
begrenzter Dienstfähigkeit und bei Arbeitszeitmodellen

(1) Das Staatsministerium der Finanzen wird ermächtigt, Stellen auszubringen, wenn Beamten die Arbeitszeit entsprechend Art. 56a und 59 Abs. 4 BayBG (begrenzte Dienstfähigkeit) herabgesetzt wird oder Teilzeitbeschäftigung nach Art. 80d Abs. 1 bis 4 BayBG (Altersteilzeit) bewilligt worden ist und jeweils ein Bedarf besteht, die durch die Herabsetzung der Arbeitszeit bzw. durch die Gewährung von Altersteilzeitbeschäftigung entstehenden personellen Kapazitätsverluste zu ersetzen (Ersatzstellen).

(2) ¹Als Ausgleich für einen begrenzt dienstfähigen Beamten kann für die Dauer der begrenzten Dienstfähigkeit eine Ersatzstelle in der gleichen Wertigkeit ausgebracht werden. ²Die Ersatzstelle fällt mit dem Ende der begrenzten Dienstfähigkeit weg. ³Die Ausbringung der Ersatzstelle ist auf den dem Gehaltsbruchteil entsprechenden Stellenbruchteil beschränkt, der sich aus der Differenz der Dienstbezüge gemäß § 6 Abs. 1 BBesG und den nach § 72a BBesG zu zahlenden Bezügen ergibt. ⁴Ändert sich der Umfang der begrenzten Dienstfähigkeit, ändert sich der Stellenbruchteil entsprechend. ⁵Wird der Beamte während der begrenzten Dienstfähigkeit befördert, ändert sich die Wertigkeit des Stellenbruchteils entsprechend.

(3) ¹Als Ausgleich für einen Beamten in Altersteilzeit kann in den Fällen des Art. 80d Abs. 2 Satz 1 Nr. 1 BayBG (Teilzeitmodell) mit Beginn der Altersteilzeitbeschäftigung, in den Fällen des Art. 80d Abs. 2 Satz 1 Nr. 2 BayBG (Blockmodell) mit Beginn der Freistellungsphase jeweils bis zum Ende der Altersteilzeitbeschäftigung eine Ersatzstelle im Eingangsamt der jeweiligen Laufbahn ausgebracht werden. ²In Laufbahnen, in denen der Vorbereitungsdienst nicht allgemeine Ausbildungsstätte im Sinn des Art. 12 Abs. 1 Grundgesetz ist, muss, soweit möglich, die Ersatzstelle zunächst während der regelmäßigen Dauer des Vorbereitungsdienstes von einem Beamten auf Widerruf im Vorbereitungsdienst besetzt werden. ³Die Ersatzstelle fällt mit Ablauf der Altersteilzeitbeschäftigung weg. ⁴Die Ausbringung der Ersatzstelle ist im Fall des Blockmodells auf den durchschnittlichen Stellenbruchteil, im Fall des Teilzeitmodells auf die Hälfte des durchschnittlichen Stellenbruchteils beschränkt. ⁵Der durchschnittliche Stellenbruchteil entspricht dem durchschnittlichen Gehaltsbruchteil der letzten fünf Jahre vor Beginn der Altersteilzeitbeschäftigung. ⁶Weicht auf Grund von Rundungen die der Gewährung von Altersteilzeit tatsächlich zu Grunde gelegte hälftige durchschnittlich geleistete Arbeitszeit in den letzten fünf Jahren vor Beginn der Altersteilzeit von der rechnerischen hälftigen durchschnittlich geleisteten Arbeitszeit im Sinn des Art. 80d Abs. 1 Satz 1 BayBG ab, ist der durchschnittliche Stellenbruchteil entsprechend zu korrigieren.

(4) ¹Der Unterschied zwischen dem durch den Beamten in Altersteilzeit ohnehin belegten Stellenanteil und dem durchschnittlichen Stellenbruchteil im Sinn des Abs. 3 Satz 5 ist bis zum Wegfall der Ersatzstelle gesperrt. ²Im Anschluss daran kann der durchschnittliche Stellenbruchteil nach Ablauf der Wiederbesetzungssperre (Art. 6 Abs. 2) wieder besetzt werden.

(5) Für Lehrer an öffentlichen Schulen ist für jeden Altersteilzeitfall, bei dem eine Ersatzstelle ausgebracht wird, ein Bruchteil von $\frac{1}{18}$ einer Planstelle in der entsprechenden Laufbahngruppe zu sperren, wenn der Beginn der Altersteilzeitbeschäftigung vor dem 1. Januar 2004 liegt; beginnt die Altersteilzeitbeschäftigung nach dem 31. Dezember 2003 beträgt die Sperre $\frac{1}{12}$.

(6) ¹Abs. 1 bis 4 gelten für die Altersdiensttermäßigung bei Richtern (Art. 8c BayRiG) und für die begrenzte Dienstfähigkeit bei Richtern (Art. 78a BayRiG) entsprechend. ²Der durchschnittliche Stellenbruchteil im Sinn des Abs. 3 Satz 5 ist in den Fällen des Art. 8c Abs. 2 Nr. 1 BayRiG (Teilzeitmodell) und in den Fällen des Art. 8c Abs. 2 Nr. 2 BayRiG (Blockmodell) in jedem Fall 1,0. ³In den Fällen des Art. 8c Abs. 3 Satz 1 BayRiG (modifiziertes Blockmodell) entspricht der durchschnittliche Stellenbruchteil dem durchschnittlichen Gehaltsbruchteil der letzten fünf Jahre vor Beginn der Altersdiensttermäßigung, höchstens jedoch dem durchschnittlichen Gehaltsbruchteil der letzten zwei Jahre vor Beginn der Altersdiensttermäßigung. ⁴Die Ausbringung der Ersatzstelle ist in den Fällen des modifizierten Blockmodells zeitlich auf die Freistellungsphase und im Umfang auf den durchschnittlichen Stellenbruchteil beschränkt. ⁵Ist in den Fällen des modifizierten Blockmodells die Differenz aus dem fiktiven Stellenbruchteil, der dem während der Arbeitsphase durchschnittlich geleisteten tatsächlichen Dienst-Anteil entspricht, und dem durchschnittlichen Stellenbruchteil größer als Null, ist diese Differenz vorrangig während der Arbeitsphase wertmäßig zu sperren.

(7) ¹Das Staatsministerium der Finanzen wird ermächtigt, bei Arbeitszeitmodellen mit einer längerfristigen ungleichmäßigen Verteilung der regelmäßigen Arbeitszeit, die zu einer zeitweisen völligen Freistellung von der Arbeitsleistung (Freistellungsphase) führen, für die Dauer der Freistellungsphase eine Ersatzstelle auszubringen. ²Die Ersatzstelle wird in der Wertigkeit des Bediensteten ausgebracht, der das Arbeitszeitmodell in Anspruch nimmt. ³Der Umfang der Ersatzstelle ist auf den Stellenbruchteil begrenzt, der dem während des Arbeitszeitmodells außerhalb der Freistellungsphase durchschnittlich geleisteten tatsächlichen Arbeitszeitanteil entspricht. ⁴Die Ersatzstelle kann nur mit einem bis zur Beendigung der Freistellung zeitlich befristet beschäftigten Bediensteten besetzt werden. ⁵Auf einer für einen Beamten oder Richter ausgebrachten Ersatzstelle kann stattdessen ein Beamter oder Richter im Eingangsamts der jeweiligen Laufbahn beschäftigt werden, sofern nach dem Wegfall der Ersatzstelle eine sofortige Übernahme dieses Beamten auf anderweitig frei werdenden, besetzbaren Planstellen gesichert ist. ⁶Zum Ausgleich für die Ersatzstelle ist die Stelle des Bediensteten, der das Arbeitszeitmodell in Anspruch nimmt, während der Gesamtdauer des Arbeitszeitmodells in Höhe des Unterschieds zwischen dem durch den Bediensteten ohnehin belegten Stellenanteil und dem Stellenanteil, der dem außerhalb der Freistellungsphase durchschnittlich geleisteten tatsächlichen Arbeitszeitanteil entspricht, zu sperren. ⁷Eine geplante Inanspruchnahme von Ersatzstellen im Rahmen von Arbeitszeitmodellen ist dem Staatsministerium der Finanzen vor der Genehmigung der Arbeitszeitmodelle anzuzeigen.

(8) ¹Über den weiteren Verbleib der nach den Abs. 1 bis 7 ausgebrachten Stellen ist im nächsten Haushaltsplan zu bestimmen. ²Das Staatsministerium der Finanzen wird ermächtigt, in besonderen Fällen Ausnahmen zuzulassen sowie nähere Bestimmungen zum Vollzug zu erlassen.

Art. 6e

Sperre frei werdender Stellen im Rahmen der Verlängerung der Arbeitszeit und der Unterrichtspflichtzeit

(1) ¹Im Rahmen der Verlängerung der Arbeitszeit der Beamten, der entsprechenden Umsetzung auf das richterliche Personal und der Erhöhung der Unterrichtspflichtzeit der Lehrer sind insgesamt 4 640 frei werdende Stellen für planmäßige Beamte, Richter und andere Stellen für Beamte zu sperren (6e-Sperre). ²In die 6e-Sperre können vergleichbare Stellen für Arbeitnehmer einbezogen werden. ³In die 6e-Sperre nicht einbezogen werden Stellen der Regionalträger der gesetzlichen Rentenversicherung, der staatlichen Hochschulen, der staatlichen Kliniken und Krankenhäuser sowie Leerstellen, Stellen für abgeordnete Beamte und Ersatzstellen. ⁴In die 6e-Sperre sollen die Stellen für Beamte auf Widerruf im Vorbereitungsdienst nicht einbezogen werden.

(2) ¹Die 6e-Sperre verteilt sich wie folgt auf die Einzelpläne (Sperrekontingente), wobei bei Stellenumsetzungen zwischen den Einzelplänen entsprechende anteilige Sperrekontingente auf die aufnehmende Verwaltung übergehen können:

Einzelplan	Sperrekontingente	Einzelplan	Sperrekontingente
02	5	08	96
03A	1 098	09	54
03B	65	10	61
04	394	12	86
05	2 105	15	24
06	640		
07	12	Summe	4 640

²Das Staatsministerium der Finanzen wird ermächtigt, an Hand der derzeitigen Stellenstruktur die Sperrekontingente in monetäre oder vergleichbare Einheiten umzurechnen und entsprechend dieser Einheiten die 6e-Sperre zu vollziehen. ³Die 6e-Sperre sowie die Sperrekontingente können daher von den in Abs. 1 und Abs. 2 Satz 1 genannten absoluten Zahlen abweichen.

(3) Die nach den Abs. 1 und 2 gesperrten Planstellen sind in den nachfolgenden Haushaltsplänen einzuziehen.

(4) Das Staatsministerium der Finanzen wird ermächtigt, nähere Bestimmungen zum Vollzug der 6e-Sperre und Sperrekontingente zu erlassen. Art. 6b und 6c bleiben unberührt.

Art. 7

Übertragung von Ausgaben

(1) Ausgabereste und Haushaltsvorgriffe können mit Einwilligung des Staatsministeriums der Finanzen auf für gleiche Zwecke, aber mit anderer Bezeichnung und Titelnummer, im Haushaltsplan vorgesehene Titel übertragen werden.

(2) Das Staatsministerium der Finanzen kann unbeschadet der Regelung in Art. 45 Abs. 3 BayHO unverbrauchte Mittel aus übertragbaren Ausgabebewilligungen der Haushaltspläne 2007 und 2008 einziehen, soweit dies zur Vermeidung oder Verminderung eines Fehlbetrags erforderlich ist.

(3) Abs. 2 gilt nicht für übertragbare Ausgabebewilligungen, soweit bei diesen Ansätzen zweckgebundene Einnahmen (Art. 8 Nr. 1 BayHO) ihrem Verwendungszweck noch nicht zugeführt wurden.

Art. 8

Sonstige Ermächtigungen und Regelungen

(1) Die in Art. 4 Abs. 4 des Haushaltsgesetzes 1971/1972, Art. 8 Abs. 2 des Haushaltsgesetzes 1977/1978, Art. 8 Abs. 2, 4 und 6 des Haushaltsgesetzes 1979/1980, Art. 8 Abs. 2 und 4 des Haushaltsgesetzes 1981/1982, § 2 des Nachtragshaushaltsgesetzes 1988, Art. 8 Abs. 3 des Haushaltsgesetzes 1993/1994, Art. 8 Abs. 7 des Haushaltsgesetzes 1995/1996, Art. 8 Abs. 5 des Haushaltsgesetzes 1997/1998, Art. 8 Abs. 4 des Haushaltsgesetzes 1999/2000 in der Fassung des Nachtragshaushaltsgesetzes 2000 und Art. 8 Abs. 2 und 5 des Haushaltsgesetzes 2001/2002 in der Fassung des 2. Nachtragshaushaltsgesetzes 2002, Art. 8 Abs. 5, 7, 8 und 9 Nrn. 1 und 2 des Haushaltsgesetzes 2003/2004 in der Fassung des Nachtragshaushaltsgesetzes 2004 und Art. 8 Abs. 4 bis 6, 8 und 9 des Haushaltsgesetzes 2005/2006 getroffenen Regelungen und Ermächtigungen gelten weiter.

(2) Das Staatsministerium der Finanzen wird ermächtigt, für Vorhaben zur Durchführung von Energieeinsparmaßnahmen in bestehenden staatlichen Gebäuden dem Abschluss von Performance-Contracting-Verträgen mit einem Gesamtvolumen von bis zu 5 Mio. € jährlich zuzustimmen, wenn sämtliche entstehenden Kosten (einschließlich Zins- und Tilgungsaufwand) innerhalb einer Vertragslaufzeit von maximal zehn Jahren aus den erwarteten Energieeinsparungen getragen werden können und die Wirtschaftlichkeit gewährleistet ist. Dabei kann eine einwendungs- und einredefreie Forfaitierung der Grundvergütung bis zu einem Anteil von höchstens 50 v. H. zugelassen werden. Ist der Anteil der laufenden Zahlungsverpflichtungen, der auf die getätigten Investitionen des Contractors in technische Geräte, Anlagen und Sachen entfällt, geringer, gilt der niedrigere Vorhundertwert.

(3) Die Staatskanzlei wird ermächtigt, mit Zustimmung des Staatsministeriums der Finanzen eine Bürgschaft gegenüber dem Bund zur anteiligen, nachrangigen Absicherung der Mietgarantie des Bundes für die „New Town“ in der Stadt Eschenbach i.d.OPf. für die Jahre 11 bis 20 von ihrer Bezugsfertigkeit an in Höhe von bis zu 83 Mio. € (maximal der Hälfte der Mietgarantiesumme des Bundes) für den Fall zu übernehmen, als und soweit die Regierung der Vereinigten Staaten von Amerika in Folge eines Abzugs ihrer Truppen vom Standort Grafenwöhr den Bund von dessen Mietgarantie gegenüber den Eigentümern der Mietobjekte nicht freistellt.

(4) Das Staatsministerium der Finanzen wird ermächtigt, der Stadibau-Gesellschaft für den Staatsbedienstetenwohnungsbau in Bayern mbH ein auf die Dauer von 60 Jahren befristetes unentgeltliches Erbbaurecht an den staatseigenen Grundstücken Flst. Nrn. 472/445 zu 0,2242 ha und 472/448 zu 0,0008 ha sowie Teilflächen im Ausmaß von ca. 0,7404 ha aus dem Grundstück Flst. Nr. 472/306 und ca. 0,0339 ha aus dem Grundstück Flst. Nr. 472/96, sämtliche Gemarkung Schwabing, einzuräumen und die für diese Wohnnutzung erforderlichen Dienstbarkeiten und Reallasten zugunsten der Landeshauptstadt München unentgeltlich zu bestellen.

(5) Das Staatsministerium der Finanzen wird ermächtigt,

1. zum Bau eines weiteren Abschnitts der Flughafentangente Ost im Zuge der Staatsstraße 2580 (vgl. Kap. 03 80 Tit. 823 35),
2. zum Ausbau der Staatsstraße 2273 Bergrheinfeld – Grafenrheinfeld mit Mainbrücke (vgl. Kap. 03 80 Tit. 823 38),
3. zur Erneuerung der Mainbrücke Segnitz – Staatsstraße 2273 (vgl. Kap. 03 80 Tit. 823 39),
4. zur Erneuerung der Mainbrücke Volkach – Staatsstraße 2260 (vgl. Kap. 03 80 Tit. 823 40),
5. zur Erneuerung der Mainbrücke Klingenberg – Staatsstraße 3259 (vgl. Kap. 03 80 Tit. 823 41),
6. zur Realisierung eines Neubaus einer Justizvollzugsanstalt in Augsburg (vgl. Kap. 04 05 Tit. 823 11) und
7. zur Errichtung eines Erweiterungsbaus für das Staatliche Bauamt Weilheim (vgl. Kap. 03 80 Tit. 823 37)

im Weg einer „Public Private Partnership“ dem Abschluss von Verträgen des Freistaates Bayern zuzustimmen, die auch eine einwendungs- und einredefreie Forfaitierung der Ratenzahlungsforderung vorsehen können.

(6) Das Staatsministerium der Finanzen wird ermächtigt, mit Einwilligung des Ausschusses für Staatshaushalt und Finanzfragen, der Landeshauptstadt München ein Grundstück zur Errichtung eines NS-Dokumentationszentrums unentgeltlich zur Verfügung zu stellen, welches sich an der historischen Fundamentfläche des ehemaligen „Braunen Hauses“ zuzüglich des notwendigen Umgriffs für eventuell darüber hinaus reichende unterirdische Bereiche sowie Außenanlagen orientiert und einen Anteil am Grundstück Flst. Nr. 5469/1 sowie gegebenenfalls einen Anteil des Grundstücks Flst. Nr. 5484, Gemarkung München, Sektion 3 umfasst.

(7) Das Staatsministerium der Finanzen wird ermächtigt, das gesamte im Betriebsvermögen des Staatsbetriebs Bayerische Landeskraftwerke bilanzierte Anlagevermögen in das Betriebsvermögen der Landeskraftwerke GmbH auszugliedern.

Art. 9 Grundstockmaßnahmen

Aus dem Grundstock der allgemeinen Landesverwaltung erfolgt im Haushaltsjahr 2008 eine rückzahlbare Ablieferung an den Haushalt bis zur Höhe von 171 100 000 €. Die Mittel sind spätestens im Haushaltsjahr 2014 an den Grundstock der allgemeinen Landesverwaltung zurückzuführen.

Art. 10 Änderung des Bayerischen Besoldungsgesetzes und Überleitung

(1) Das Bayerische Besoldungsgesetz (BayBesG) in der Fassung der Bekanntmachung vom 30. August 2001 (GVBl S. 458, BayRS 2032-1-1-F), zuletzt geändert durch § 2 des Gesetzes vom 8. Dezember 2006 (GVBl S. 987), wird wie folgt geändert:

1. In Art. 32 Abs. 9 Satz 2 wird die Zahl „2006“ durch die Zahl „2007“ ersetzt.
2. Anlage 1 – Bayerische Besoldungsordnungen – wird wie folgt geändert:
 - a) In der Besoldungsordnung A Besoldungsgruppe A 16 wird das Amt „Direktor/Direktorin bei der Staatsbibliothek⁶⁾“ mit der Funktionsbezeichnung „– als der Stellvertreter des Generaldirektors –“ gestrichen und Fußnote 6 aufgehoben.
 - b) Die Besoldungsordnung B wird wie folgt geändert:
 - aa) In der Besoldungsgruppe B 2 wird nach der Funktionsbezeichnung „– als Mitglied des Direktoriums –“ des Amtes „Direktor/Direktorin bei der Landesgewerbeanstalt Bayern“ das Amt „Direktor/Direktorin bei der Staatsbibliothek“ mit der Funktionsbezeichnung „– als der Stellvertreter des Generaldirektors –“ eingefügt. Bei dem Amt „Polizeivizepräsident, Polizeivizepräsidentin“ werden die Funktionsbezeichnung „– als der ständige Vertreter des Leiters des Polizeipräsidiums Oberbayern –“ gestrichen und folgende Funktionsbezeichnungen angefügt:
 - „– als der ständige Vertreter des Leiters des Polizeipräsidiums Niederbayern –
 - als der ständige Vertreter des Leiters des Polizeipräsidiums Oberbayern Nord –
 - als der ständige Vertreter des Leiters des Polizeipräsidiums Oberbayern Süd –
 - als der ständige Vertreter des Leiters des Polizeipräsidiums Oberfranken –
 - als der ständige Vertreter des Leiters des Polizeipräsidiums Oberpfalz –
 - als der ständige Vertreter des Leiters des Polizeipräsidiums Schwaben Nord –
 - als der ständige Vertreter des Leiters des Polizeipräsidiums Schwaben Süd/West –
 - als der ständige Vertreter des Leiters des Polizeipräsidiums Unterfranken –“.

- bb) In der Besoldungsgruppe B 3 wird das Amt „Polizeipräsident, Polizeipräsidentin“ mit der Funktionsbezeichnung „– als Leiter der Polizeipräsidien Oberfranken, Schwaben –“ gestrichen.
 - cc) In der Besoldungsgruppe B 4 werden bei dem Amt „Polizeipräsident, Polizeipräsidentin“ in der Funktionsbezeichnung „– als Leiter der Polizeipräsidien Niederbayern/Oberpfalz, Oberbayern, Unterfranken –“ die Worte „Niederbayern/Oberpfalz, Oberbayern,“ durch die Worte „Niederbayern, Oberbayern Nord, Oberbayern Süd, Oberfranken, Oberpfalz, Schwaben Nord, Schwaben Süd/West,“ ersetzt.
 - dd) In der Besoldungsgruppe B 8 wird nach dem Amt „Geschäftsführendes Vorstandsmitglied/Geschäftsführendes Präsidialmitglied eines kommunalen Spitzenverbands (Bayerischer Gemeindetag, Bayerischer Landkreistag, Bayerischer Städtetag, Verband der bayerischen Bezirke – Körperschaften des öffentlichen Rechts –), soweit nicht in Besoldungsgruppe B 6 oder B 7“ das Amt „Landespolizeipräsident/Landespolizeipräsidentin“ mit der Funktionsbezeichnung „– als Abteilungsleiter für Öffentliche Sicherheit und Ordnung im Staatsministerium des Innern –“ angefügt.
3. Der Anhang zu den Besoldungsordnungen – Teil 1 Künftig wegfallende Ämter und Amtsbezeichnungen – in Anlage 1 wird wie folgt geändert:
- a) In der Besoldungsgruppe B 2 kw wird nach dem Amt „Kanzler/Kanzlerin der Universität Bayreuth“ das Amt „Polizeivizepräsident, Polizeivizepräsidentin“ mit der Funktionsbezeichnung „– als der ständige Vertreter des Leiters des Polizeipräsidiums Oberbayern –“ eingefügt.
 - b) In der Besoldungsgruppe B 3 kw wird nach dem Amt „Forstpräsident/Forstpräsidentin“ das Amt „Polizeipräsident, Polizeipräsidentin“ mit der Funktionsbezeichnung „– als Leiter der Polizeipräsidien Oberfranken, Schwaben –“ eingefügt.
 - c) In der Besoldungsgruppe B 4 kw wird nach dem Amt „Direktor/Direktorin des Bayerischen Gemeindeunfallversicherungsverbands²⁾“ das Amt „Polizeipräsident, Polizeipräsidentin“ mit der Funktionsbezeichnung „– als Leiter der Polizeipräsidien Niederbayern/Oberpfalz, Oberbayern –“ eingefügt.
- (2) Der von der Änderung der Einstufung in Abs. 1 Nr. 2 Buchst. b Doppelbuchst. dd betroffene Beamte ist in das neue Amt übergeleitet.

Art. 11

Änderung des Gesetzes zur Ausführung des Sozialgesetzbuches

In das Gesetz zur Ausführung des Sozialgesetzbuches – AGSGB – (BayRS 86-7-A), zuletzt geändert durch Gesetz vom 10. Juli 2006 (GVBl S. 356), wird nach Art. 6 folgender Art. 6a eingefügt:

„Art. 6a

**Beamte und Beamtinnen
bei den Regionalträgern der Deutschen Rentenversicherung**

¹Die Beamten und Beamtinnen bei den landesunmittelbaren Regionalträgern der Deutschen Rentenversicherung sind Beamte und Beamtinnen der jeweiligen Körperschaft. ²Die Regionalträger besitzen damit uneingeschränkte Dienstherrnfähigkeit im Sinn des § 121 des Beamtenrechtsrahmengesetzes (§ 144 Abs. 1 und 2 SGB VI).“

Art. 12**Übergang der Beamtenverhältnisse der bei den Regionalträgern der Deutschen Rentenversicherung tätigen Beamten und Beamtinnen des Freistaates Bayern**

(1) ¹Mit dem Zeitpunkt des Inkrafttretens des Art. 11 treten die bei den Regionalträgern der Deutschen Rentenversicherung beschäftigten Beamten und Beamtinnen des Freistaates Bayern in den Dienst des jeweiligen Regionalträgers über (Dienstherrenwechsel), ohne dass es einer Versetzung bedarf. ²§ 129 Abs. 1 und 2 des Beamtenrechtsrahmengesetzes gilt entsprechend.

(2) Die Rechtsverhältnisse der zu diesem Zeitpunkt vorhandenen, ehemals bei einem Regionalträger der Deutschen Rentenversicherung beschäftigten Versorgungsempfänger des Freistaates Bayern bleiben unberührt.

Art. 13**Änderung des Bayerischen Landesbank-Gesetzes**

In Art. 12 Satz 5 des Gesetzes über die Bayerische Landesbank (Bayerisches Landesbank-Gesetz – BayLBG) in der Fassung der Bekanntmachung vom 1. Februar 2003 (GVBl S. 54, ber. S. 316, BayRS 762-6-F), zuletzt geändert durch Gesetz vom 9. Juni 2005 (GVBl S. 180) werden die Jahreszahlen „2002 bis 2005“ durch die Jahreszahlen „2002 bis 2007“ ersetzt.

Art. 14**Änderung des Gesetzes über die Verwendung der Rückflüsse aus Darlehen des Freistaates Bayern zur Förderung des Wohnungsbaues**

Art. 1 Abs. 1 des Gesetzes über die Verwendung der Rückflüsse aus Darlehen des Freistaates Bayern zur Förderung des Wohnungsbaues (BayRS 2330-6-I), zuletzt geändert durch § 3 des Gesetzes vom 25. Juli 2002 (GVBl S. 329), erhält folgende Fassung:

„(1) Die Rückflüsse aus Darlehen, die der Freistaat Bayern zur Wohnungsbau- bzw. Wohnraumförderung gewährt hat und die mit dieser Zweckbestimmung künftig gewährt werden, sind laufend für Maßnahmen vorrangig der Wohnraumförderung zu verwenden. Sie können auch im Rahmen der Städtebauförderung für Maßnahmen eingesetzt werden, die der Verbesserung der Wohnverhältnisse dienen.“

Art. 15**Änderung des Staatsschuldbuchgesetzes**

Art. 3 des Gesetzes über das Staatsschuldbuch des Freistaates Bayern (Staatsschuldbuchgesetz) in der Fassung der Bekanntmachung vom 30. März 2003 (GVBl S. 302, BayRS 650-4-F), geändert durch Art. 10 des Gesetzes vom 26. Juli 2005 (GVBl S. 287), wird wie folgt geändert:

1. In der Überschrift wird das Wort „Bundeswertpapierverwaltungsgesetzes“ durch das Wort „Bundesschuldenwesengesetzes“ ersetzt.
2. In Abs. 1 werden die Worte „§§ 8 bis 10 Bundeswertpapierverwaltungsgesetz (BWpVerwG) vom 11. Dezember 2001 (BGBl I S. 3519)“ durch die Worte „§§ 6 bis 8 Bundesschuldenwesengesetz (BSchuWG) vom 12. Juli 2006 (BGBl I S. 1466)“ ersetzt.
3. In Abs. 2 werden die Worte „der Bundeswertpapierverwaltung“ und „das Landesamt für Finanzen – Staatsschuldenverwaltung –“ gestrichen.

Art. 16 **Änderung des Bayerischen Jagdgesetzes**

Art. 52 des Bayerischen Jagdgesetzes – BayJG – (BayRS 792-1-L), zuletzt geändert durch § 3 des Gesetzes vom 26. Juli 2005 (GVBl S. 274), wird wie folgt geändert:

1. Abs. 2 Nr. 1 wird aufgehoben.
2. Abs. 4 wird wie folgt geändert:
 - a) Der bisherige Wortlaut wird Satz 1.
 - b) Es wird folgender Satz 2 angefügt:

„²Die oberste Jagdbehörde bestimmt durch Rechtsverordnung das für die Abnahme der Jäger- und Falknerprüfung nach § 15 Abs. 5 Satz 1 und Abs. 7 Satz 1 des Bundesjagdgesetzes zuständige Amt für Landwirtschaft und Forsten.“

Art. 17 **Änderung der Urlaubsverordnung**

Die Verordnung über den Urlaub der bayerischen Beamten und Richter (Urlaubsverordnung – UrlV) vom 24. Juni 1997 (GVBl S. 173, ber. S. 486, BayRS 2030-2-25-F), zuletzt geändert durch § 17 des Gesetzes vom 24. Dezember 2005 (GVBl S. 665), wird wie folgt geändert:

1. In der Inhaltsübersicht erhält § 26 folgende Fassung:

„§ 26 Inkrafttreten, Außerkrafttreten, Übergangsregelung“
2. § 7 wird wie folgt geändert:
 - a) In Abs. 2 Satz 1, Abs. 3 und 4 werden die Worte „1 Arbeitstag“ jeweils durch die Worte „3 Arbeitstage“, die Worte „2 Arbeitstage“ jeweils durch die Worte „4 Arbeitstage“, die Worte „3 Arbeitstage“ jeweils durch die Worte „5 Arbeitstage“ und die Worte „4 Arbeitstage“ jeweils durch die Worte „6 Arbeitstage“ ersetzt.
 - b) Es wird folgender neuer Abs. 5 eingefügt:

„(5) ¹Bei Polizeivollzugsbeamten ist der Zusatzurlaub abweichend von den Abs. 1 bis 4 ausschließlich auf der Grundlage der tatsächlich geleisteten Nachtdienststunden zu ermitteln. ²Hiernach erhalten Beamte im Sinn des Satzes 1 bei einer Dienstleistung im Kalenderjahr von mindestens

110 Nachtdienststunden	1 Arbeitstag
200 Nachtdienststunden	2 Arbeitstage
290 Nachtdienststunden	3 Arbeitstage
370 Nachtdienststunden	4 Arbeitstage
440 Nachtdienststunden	5 Arbeitstage
500 Nachtdienststunden	6 Arbeitstage

Zusatzurlaub im Urlaubsjahr.“
 - c) Die bisherigen Abs. 5 bis 8 werden Abs. 6 bis 9 und wie folgt geändert:
 - aa) In Abs. 6 werden die Worte „Absätze 3 und 4“ durch die Worte „Abs. 3 bis 5“ ersetzt.
 - bb) In Abs. 7 Sätze 1 und 2 wird die Zahl „4“ jeweils durch die Zahl „5“, das Wort „vier“ durch das Wort „sechs“ und die Zahl „7“ durch die Zahl „8“ ersetzt.
 - cc) In Abs. 9 Sätze 1 und 2 wird die Zahl „7“ jeweils durch die Zahl „8“ ersetzt.

3. In § 8 Satz 1 wird das Wort „fünf“ durch das Wort „sieben“ ersetzt.
4. § 26 wird wie folgt geändert:
 - a) Die Überschrift erhält folgende Fassung:
„Inkrafttreten, Außerkrafttreten, Übergangsregelung“
 - b) Es wird folgender Abs. 3 angefügt:
„(3) Im Kalenderjahr 2007 gilt § 7 mit folgenden Maßgaben:
 1. Der Zusatzurlaub für Schichtdienst nach den Abs. 2 bis 4 vermindert sich jeweils um einen Arbeitstag.
 2. Der Zusatzurlaub nach Abs. 5 beträgt bei einer Dienstleistung im Kalenderjahr 2006 von mindestens

110 Nachtdienststunden	1 Arbeitstag
220 Nachtdienststunden	2 Arbeitstage
320 Nachtdienststunden	3 Arbeitstage
410 Nachtdienststunden	4 Arbeitstage
500 Nachtdienststunden	5 Arbeitstage

im Urlaubsjahr.“

Art. 18

Durchführungsbestimmungen

¹Für die Ausführung des Haushaltsplans und die Aufstellung der Haushaltsrechnung gelten neben den allgemeinen haushaltsrechtlichen Vorschriften die Durchführungsbestimmungen zu diesem Gesetz (**Anlage** DBestHG 2007/2008). ²Im Übrigen erlässt das Staatsministerium der Finanzen die zur Ausführung dieses Gesetzes erforderlichen Anordnungen.

Art. 19

Ergänzende haushaltsrechtliche Regelungen für Arbeitnehmer

¹Die in diesem Gesetz, der Bayerischen Haushaltsordnung, den Durchführungsbestimmungen zum Haushaltsgesetz sowie in anderen haushaltsrechtlichen Bestimmungen getroffenen Regelungen für Angestellte und Arbeiter gelten für Arbeitnehmer entsprechend. ²Die Verbuchung der Entgelte der Arbeitnehmer erfolgt unbeschadet des einheitlichen Arbeitnehmer-Begriffs und unbeschadet von Art. 6 Abs. 10 (Stellenplanüberleitung) auf den Titeln, die zur Verbuchung der Vergütungen der Angestellten und der Löhne der Arbeiter im Haushaltsplan vorgesehen sind. ³Für die in den Haushaltsjahren 2007 und 2008 neu eingestellten Arbeitnehmer, deren Stellen der Stellenbindung des Art. 6 Abs. 1 unterliegen, sind für die Verbuchung der Entgelte vorrangig die für Angestellte ausgebrachten Titel zu verwenden.

Art. 20

Inkrafttreten, Geltungsdauer

- (1) Dieses Gesetz tritt am 1. Januar 2007 in Kraft.
- (2) Abweichend von Abs. 1 treten Art. 11 und 12 am 31. Dezember 2006 in Kraft.
- (3) Die Bestimmungen dieses Gesetzes gelten, soweit in Satz 2 nichts anderes bestimmt ist, bis zum Tag der Verkündung des Haushaltsgesetzes des folgenden Haushaltsjahres weiter. Art. 9 bis 17 gelten unbefristet.

Haushaltsplan des Freistaates Bayern für die Haushaltsjahre 2007 und 2008

G e s a m t p l a n

Teil I:	Haushaltsübersicht einschließlich Übersicht über die Verpflichtungsermächtigungen
Teil II:	Finanzierungsübersicht
Teil III:	Kreditfinanzierungsplan

Ab dem Doppelhaushalt 2007/2008 werden infolge der Verwaltungsreform die bisherigen **Einzelpläne 08 (Landwirtschaft) und 09 (Forsten) verschmolzen**.

Zur Erfüllung der Aufgaben im Bereich Medienansiedlung wurden ab dem Haushaltsjahr 2006 Haushaltsmittel in Höhe von insgesamt 445.000 € (brutto) gemäß

Art. 50 Abs. 1 BayHO nach Kapitel 07 03 Titel 686 23 umgesetzt und zwar

- a) der gesamte Ansatz für die institutionelle Förderung bei Kapitel 02 03 Titel 686 86 in Höhe von 295.000 €,
- b) ein Bruttobetrag von 150.000 € für die Projektförderung aus Kapitel 02 03 Titel 893 86.

Gesamtplan

Einzel- plan	B e z e i c h n u n g	Einnahmen		
		Betrag für 2007	Betrag für 2006	gegenüber 2006 mehr (+) weniger (-)
		Tsd. EUR	Tsd. EUR	Tsd. EUR
1	2	3	4	5
01	Landtag	264,0	236,0	+28,0
02	Ministerpräsident und Staatskanzlei	667,5	757,2	-89,7
03	Staatsministerium des Innern	744.345,1	694.144,9	+50.200,2
04	Staatsministerium der Justiz	823.155,3	812.406,8	+10.748,5
05	Staatsministerium für Unterricht und Kultus	150.615,1	179.187,1	-28.572,0
06	Staatsministerium der Finanzen	339.241,6	354.189,1	-14.947,5
07	Staatsministerium für Wirtschaft, Infrastruktur, Verkehr und Technologie	1.231.548,1	1.236.661,3	-5.113,2
08	Staatsministerium für Landwirtschaft und Forsten	370.669,6	436.758,2	-66.088,6
10	Staatsministerium für Arbeit und Sozialordnung, Familie und Frauen	508.397,5	536.879,5	-28.482,0
11	Bayerischer Oberster Rechnungshof	8,5	18,6	-10,1
12	Staatsministerium für Umwelt, Gesundheit und Verbraucherschutz	190.529,3	182.431,1	+8.098,2
13	Allgemeine Finanzverwaltung	30.560.413,7	29.811.130,9	+749.282,8
15	Staatsministerium für Wissenschaft, Forschung und Kunst	1.066.927,7 ^{*)}	897.132,1	+169.795,6 ^{*)}
	Summe	35.986.783,0	35.141.932,8	+844.850,2

^{*)} einschließlich der 2007 erstmals veranschlagten Studienbeiträge, die von den Hochschulen als Körperschaftsangelegenheit erhoben und zweckgebunden zur Verbesserung der Lehre zur Verfügung gestellt werden, sowie der Auswirkungen aus der systematischen Umstellung der Veranschlagungsweise.

Ausgaben			+ Überschuss / - Zuschuss			
Betrag für 2007	Betrag für 2006	gegenüber 2006 mehr (+) weniger (-)	Betrag für 2007	Betrag für 2006	Verpflichtungs- ermächtigungen 2007	Einzel- plan
Tsd. EUR	Tsd. EUR	Tsd. EUR	Tsd. EUR	Tsd. EUR	Tsd. EUR	
6	7	8	9	10	11	12
81.135,8	79.161,5	+1.974,3	-80.871,8	-78.925,5	3.230,0	01
63.189,4	63.331,6	-142,2	-62.521,9	-62.574,4	4.330,0	02
4.232.808,5	4.098.261,4	+134.547,1	-3.488.463,4	-3.404.116,5	1.037.259,1	03
1.700.869,3	1.649.875,6	+50.993,7	-877.714,0	-837.468,8	261.952,0	04
8.361.590,2	8.177.565,2	+184.025,0	-8.210.975,1	-7.998.378,1	36.740,3	05
1.625.392,0	1.611.022,8	+14.369,2	-1.286.150,4	-1.256.833,7	47.000,0	06
1.617.190,9	1.610.172,9	+7.018,0	-385.642,8	-373.511,6	1.256.123,0	07
1.200.491,5	1.225.281,3	-24.789,8	-829.821,9	-788.523,1	202.085,0	08
2.048.556,3	2.080.223,0	-31.666,7	-1.540.158,8	-1.543.343,5	88.200,0	10
31.190,2	30.869,7	+320,5	-31.181,7	-30.851,1	-	11
841.716,2	825.388,4	+16.327,8	-651.186,9	-642.957,3	113.570,0	12
9.712.569,4	9.490.766,8	+221.802,6	+20.847.844,3	+20.320.364,1	369.600,0	13
4.470.083,3 ^{*)}	4.200.012,6	+270.070,7 ^{*)}	-3.403.155,6	-3.302.880,5	387.912,0	15
35.986.783,0	35.141.932,8	+844.850,2	-	-	3.808.001,4	

Gesamtplan

Einzelplan	Bezeichnung	Einnahmen		
		Betrag für 2008	Betrag für 2007	gegenüber 2007 mehr (+) weniger (-)
		Tsd. EUR	Tsd. EUR	Tsd. EUR
1	2	3	4	5
01	Landtag	265,0	264,0	+1,0
02	Ministerpräsident und Staatskanzlei	667,5	667,5	-
03	Staatsministerium des Innern	735.669,7	744.345,1	-8.675,4
04	Staatsministerium der Justiz	823.555,3	823.155,3	+400,0
05	Staatsministerium für Unterricht und Kultus	38.428,4	150.615,1	-112.186,7
06	Staatsministerium der Finanzen	336.006,5	339.241,6	-3.235,1
07	Staatsministerium für Wirtschaft, Infrastruktur, Verkehr und Technologie	1.208.968,8	1.231.548,1	-22.579,3
08	Staatsministerium für Landwirtschaft und Forsten	352.608,4	370.669,6	-18.061,2
10	Staatsministerium für Arbeit und Sozialordnung, Familie und Frauen	507.873,5	508.397,5	-524,0
11	Bayerischer Oberster Rechnungshof	8,5	8,5	-
12	Staatsministerium für Umwelt, Gesundheit und Verbraucherschutz	182.209,7	190.529,3	-8.319,6
13	Allgemeine Finanzverwaltung	31.118.844,8	30.560.413,7	+558.431,1
15	Staatsministerium für Wissenschaft, Forschung und Kunst	1.066.392,6 ^{*)}	1.066.927,7 ^{*)}	-535,1
	Summe	36.371.498,7	35.986.783,0	+384.715,7

^{*)} einschließlich der 2007 erstmals veranschlagten Studienbeiträge, die von den Hochschulen als Körperschaftsangelegenheit erhoben und zweckgebunden zur Verbesserung der Lehre zur Verfügung gestellt werden, sowie der Auswirkungen aus der systematischen Umstellung der Veranschlagungsweise.

Teil I: Haushaltsübersicht 2008

Ausgaben			+ Überschuss / - Zuschuss			
Betrag für 2008 Tsd. EUR	Betrag für 2007 Tsd. EUR	gegenüber 2007 mehr (+) weniger (-) Tsd. EUR	Betrag für 2008 Tsd. EUR	Betrag für 2007 Tsd. EUR	Verpflichtungs- ermächtigungen 2008 Tsd. EUR	Einzel- plan
6	7	8	9	10	11	12
83.131,4	81.135,8	+1.995,6	-82.866,4	-80.871,8	1.200,0	01
63.931,3	63.189,4	+741,9	-63.263,8	-62.521,9	4.330,0	02
4.276.536,6	4.232.808,5	+43.728,1	-3.540.866,9	-3.488.463,4	486.340,9	03
1.729.756,7	1.700.869,3	+28.887,4	-906.201,4	-877.714,0	141.453,0	04
8.463.619,6	8.361.590,2	+102.029,4	-8.425.191,2	-8.210.975,1	26.640,3	05
1.644.640,7	1.625.392,0	+19.248,7	-1.308.634,2	-1.286.150,4	47.700,0	06
1.601.205,3	1.617.190,9	-15.985,6	-392.236,5	-385.642,8	671.210,0	07
1.193.362,2	1.200.491,5	-7.129,3	-840.753,8	-829.821,9	260.135,0	08
2.065.912,3	2.048.556,3	+17.356,0	-1.558.038,8	-1.540.158,8	84.375,0	10
31.142,7	31.190,2	-47,5	-31.134,2	-31.181,7	-	11
836.597,1	841.716,2	-5.119,1	-654.387,4	-651.186,9	86.500,0	12
9.846.772,2	9.712.569,4	+134.202,8	+21.272.072,6	+20.847.844,3	322.800,0	13
4.534.890,6 ^{*)}	4.470.083,3 ^{*)}	+64.807,3	-3.468.498,0	-3.403.155,6	355.810,0	15
36.371.498,7	35.986.783,0	+384.715,7	-	-	2.488.494,2	

Gesamtplan

Teil II: Finanzierungsübersicht für die Haushaltsjahre 2007 und 2008A. Ermittlung des Finanzierungssaldos

	Betrag für 2007 Tsd. EUR	Betrag für 2008 Tsd. EUR	Betrag für 2006 Tsd. EUR
1. Ausgaben (ohne Ausgaben zur Schuldentilgung am Kreditmarkt, Zuführungen an Rücklagen und Ausgaben zur Deckung eines Fehlbetrages)	35.774.193,8	36.317.898,2	35.002.094,3
2. Einnahmen (ohne Einnahmen aus Krediten vom Kreditmarkt, Entnahmen aus Rücklagen, Einnahmen aus Überschüssen)	35.690.251,8	35.799.607,5	34.282.694,5
3. Finanzierungssaldo (Nr. 1 abzüglich Nr. 2)	83.942,0	518.290,7	719.399,8

B. Zusammensetzung des Finanzierungssaldos

1. Netto-Neuverschuldung am Kreditmarkt			
1.1 Einnahmen aus Krediten vom Kreditmarkt	2.608.349,0	3.003.915,0	2.641.497,0
1.2 Ausgaben zur Schuldentilgung			
1.2.1 für Kreditmarktmittel (einschließlich Marktpflege)	2.608.349,0	3.003.915,0	2.641.497,0
1.2.2 für Ausgleichsforderungen	-	-	-
<u>1.3 Nettokreditaufnahme am Kreditmarkt (Nr. 1.1 abzüglich Nr. 1.2)</u>	-	-	-

2. Abwicklung der Rechnungsergebnisse aus Vorjahren

2.1 Einnahmen aus Überschüssen	-	-	-
2.2 Ausgaben zur Deckung von Fehlbeträgen	-	-	-

3. Rücklagenbewegung

3.1 Entnahmen aus Rücklagen, Fonds und Stöcken	296.531,2	571.891,2	859.238,3
3.2 Zuführungen an Rücklagen, Fonds und Stöcke	212.589,2	53.600,5	139.838,5
3.3 Saldo (Nr. 3.1 abzüglich Nr. 3.2)	83.942,0	518.290,7	719.399,8

4. Finanzierungssaldo (aus 1.3 und 3.3)

	83.942,0	518.290,7	719.399,8
--	----------	-----------	-----------

Teil III: Kreditfinanzierungsplan für die Haushaltsjahre 2007 und 20081. Kredite am Kreditmarkt

1.1 Einnahmen aus Krediten vom Kreditmarkt	2.608.349,0	3.003.915,0	2.641.497,0
1.2 Ausgaben zur Schuldentilgung			
1.2.1 für Kreditmarktmittel (einschließlich Marktpflege)	2.608.349,0	3.003.915,0	2.641.497,0
1.2.2 für Ausgleichsforderungen	-	-	-
1.3 Saldo (Nr. 1.1 abzüglich Nr. 1.2)	-	-	-

2. Kredite im öffentlichen Bereich

2.1 Einnahmen aus zweckbestimmten Krediten von Gebietskörperschaften u.Ä.	300,0	200,0	7.150,0
2.2 Ausgaben zur Schuldentilgung bei Gebietskörperschaften u.Ä.	68.000,0	54.000,0	72.900,0
2.3 Nettokreditaufnahme (Nr. 2.1 abzüglich Nr. 2.2)	-67.700,0	-53.800,0	-65.750,0

3. Kreditaufnahmen insgesamt

3.1 Bruttokreditaufnahme (Nr. 1.1 und Nr. 2.1)	2.608.649,0	3.004.115,0	2.648.647,0
3.2 Ausgaben zur Schuldentilgung (Nr. 1.2 und Nr. 2.2)	2.676.349,0	3.057.915,0	2.714.397,0
3.3 Nettokreditaufnahme (Nr. 1.3 und Nr. 2.3)	-67.700,0	-53.800,0	-65.750,0

4. Rückzahlbare Ablieferung des Grundstocks (Art. 9 HG)

	-	171.100,0	760.000,0
--	---	-----------	-----------

**Durchführungsbestimmungen
zum Haushaltsgesetz 2007/2008
(DBestHG 2007/2008)**

1. Deckungsfähigkeit

- 1.1 Soweit nicht Nr. 12.1 zur Anwendung kommt, sind innerhalb der einzelnen Haushaltskapitel gegenseitig deckungsfähig die Mittel der Titel
- 1.1.1 517 01 Bewirtschaftung der Grundstücke, Gebäude und Räume,
517 05 Bewirtschaftung durch Heizung, Beleuchtung und elektrische Kraft und
518 0. Mieten und Pachten für Grundstücke, Gebäude und Räume,
- 1.1.2 514 0. Haltung von Dienstfahrzeugen und
527 0. Reisekostenvergütungen für Dienstreisen,
- 1.1.3 531 1. Fachveröffentlichungen und
531 2. Sonstige Veröffentlichungen.
- 1.2 Innerhalb desselben Einzelplans sind die Mittel der Titel 519 0. (Unterhaltung der Grundstücke und baulichen Anlagen), 701 0. (kleine Neu-, Um- und Erweiterungsbauten) und 702 0. (grundlegende Erneuerung und Sanierung von Kanal-, Schachtbau- und Abwasseranlagen) gegenseitig deckungsfähig.
- 1.3 Innerhalb desselben Einzelplans können die Titelgruppen 97 (eGovernment) aus den Ansätzen der Hauptgruppe 5 und der Obergruppen 81 und 82 aller Kapitel verstärkt werden.
- 1.4 ¹Mit Einwilligung der zuständigen obersten Staatsbehörde können die bei den einzelnen Titeln der Anlagen S (staatlicher Hochbau) veranschlagten Ausgaben und Verpflichtungsermächtigungen nach dem Baufortschritt verstärkt werden, wenn der Mehrbetrag innerhalb der Hochbauausgaben bzw. -verpflichtungsermächtigungen desselben Einzelplans eingespart wird; dem Staatsministerium der Finanzen ist jeweils ein Abdruck des entsprechenden Einwilligungsschreibens der zuständigen obersten Staatsbehörde zuzuleiten. ²Die danach zulässige gegenseitige Deckung darf nicht zu einer Abweichung von den den einzelnen Bauvorhaben zugrunde liegenden Unterlagen gemäß Art. 24 bzw. 54 BayHO oder zu einer Überschreitung der festgesetzten Gesamtkosten der einzelnen Maßnahmen führen. ³Bei grundstockfinanzierten Ansätzen ist eine Umschichtung nur zu Gunsten grundstockkonformer Hochbaumaßnahmen zulässig; das Nähere regelt das Staatsministerium der Finanzen.
- 1.5 Die Titel
517 31 Bewirtschaftung der Grundstücke, Gebäude und Räume (soweit die Bewirtschaftung durch andere Dienststellen erfolgt),
517 35 Bewirtschaftung durch Heizung, Beleuchtung und elektrische Kraft (soweit die Bewirtschaftung durch andere Dienststellen erfolgt) und
518 31 Mieten und Pachten für Grundstücke, Gebäude und Räume (soweit die Bewirtschaftung durch andere Dienststellen erfolgt),
sind über die Einzelpläne hinweg einseitig deckungsfähig zu Lasten der in Nr. 1.1.1 genannten Titel der jeweils Grundbesitz bewirtschaftenden Dienststelle.
- 1.6 Im Übrigen ergibt sich die Deckungsfähigkeit von Ausgabemitteln aus den im Haushaltsplan enthaltenen Vermerken.

2. Bewirtschaftung der Personalausgaben

- 2.1 ¹Bei der Bewirtschaftung der Personalausgaben sind die Verwaltungen an die in Art. 6 Abs. 1 des Haushaltsgesetzes genannten Stellenpläne unter Beachtung der Nr. 3 gebunden. ²Soweit keine Stellenbindung besteht, richtet sich die Bewirtschaftung grundsätzlich nach den veranschlagten Haushaltsbeträgen; dabei können innerhalb der einzelnen Kapitel die Erstattungsleistungen der Bundesagentur für Arbeit nach dem Altersteilzeitgesetz entsprechend dem Entstehungsgrund den betroffenen Haushaltsansätzen zugeführt werden.

- 2.2 ¹Die in einem Einzelplan bei den in Art. 6 Abs. 1 des Haushaltsgesetzes genannten Titeln veranschlagten Mittel für Personalausgaben (einschließlich Titel 421 0.) dürfen – insoweit in Abweichung von Art. 45 Abs. 1 BayHO – bei der Ausführung des Haushaltsplans zu einer Summe zusammengefasst und innerhalb des Einzelplans gemeinsam bewirtschaftet werden; dies gilt mit Zustimmung des Staatsministeriums der Finanzen auch für die Titel 425 07 und 426 27. ²Soweit bei den in die gemeinsame Bewirtschaftung einbezogenen Ansätzen außerplanmäßige Ausgaben und bei den nicht in die gemeinsame Bewirtschaftung einbezogenen Ansätzen über- und außerplanmäßige Ausgaben erforderlich werden, gilt die Einwilligung des Staatsministeriums der Finanzen hierzu allgemein als erteilt, wenn die über- und außerplanmäßigen Ausgaben ausschließlich auf Stellenbesetzungen nach Nrn. 3.1 und 3.2 zurückzuführen sind.
- 2.3 Für Beamte und Angestellte, bei denen gemäß Art. 6 Abs. 1 des Haushaltsgesetzes eine Stellenbindung besteht, darf Mehrarbeit (Überstunden), für die eine Vergütung zu zahlen ist, nur angeordnet werden, wenn bei Titel 422 41 bis 422 42 (Mehrarbeitsvergütungen für Beamte) oder Titel 425 41 bis 425 43 (Überstundenvergütungen für Angestellte) ausreichende Mittel zur Verfügung gestellt sind.

3. Besetzung von Planstellen und Stellen

Für die Besetzung von Planstellen und Stellen gelten Art. 6 des Haushaltsgesetzes, Art. 47, 49 und 50 BayHO sowie die zu diesen Bestimmungen erlassenen Verwaltungsvorschriften unter Beachtung der nachstehenden Bestimmungen.

- 3.1 Innerhalb der einzelnen Haushaltskapitel können, soweit und solange dienstliche Bedürfnisse es erfordern, im Bedarfsfall freie und besetzbare Stellen wie folgt besetzt werden:
- 3.1.1 Stellen für planmäßige Beamte oder Richter (Titel 422 0.)
durch Beamte auf Zeit, Beamte zur Anstellung und dergleichen (Titel 422 1.) und abgeordnete Beamte oder Richter (Titel 422 3.),
durch Angestellte (Titel 425 0.) oder Angestellte für sonstige Hilfsleistungen und dergleichen (Titel 425 1.),
durch Arbeiter (Titel 426 0. bis 426 2.) und
durch Arbeitnehmer (Titel 428 30).
- 3.1.2 Stellen für Angestellte (Titel 425 0.)
durch Angestellte für sonstige Hilfsleistungen und dergleichen (Titel 425 1.) und
durch Arbeiter (Titel 426 0. bis 426 2.).
- 3.2 ¹Die in Nr. 3.1 genannten Stellenbesetzungen dürfen nur innerhalb der Gruppen des höheren, des gehobenen, des mittleren und des einfachen Dienstes mit Beschäftigten aus Stellen gleicher Art (Laufbahn) und gleicher oder niedrigerer Besoldungs-, Vergütungs- oder Lohngruppen vorgenommen werden; abweichend hiervon können Aushilfsangestellte oder Aushilfsarbeiter im Einzelfall über die Grenzen der Laufbahngruppen hinweg auf Stellen höherer Wertigkeit verrechnet werden. ²Soweit gemäß Nr. 3.1 und Nr. 3.2 Satz 1 Stellen der Titel 422 0. und 425 0. durch Angestellte für sonstige Hilfsleistungen und dergleichen (Titel 425 1.) oder durch Arbeiter, für die keine Stellenbindung besteht (Titel 426 0. und 426 1.), besetzt werden, sind die Ausgaben bei besonderen Titeln (425 15, 425 16 oder 426 05) nachzuweisen; bei der Inanspruchnahme des freien Stellengehalts zur Überbrückung von Elternzeit gemäß Art. 6 Abs. 3 des Haushaltsgesetzes sind die Ausgaben bei Titel 425 17 bzw. 426 17 nachzuweisen. ³Soweit gemäß Nr. 3.1 Stellen der Titel 422 0. durch Arbeitnehmer (Titel 428 30) besetzt werden, sind die Ausgaben bei Titel 428 07 nachzuweisen.
- 3.3 Abweichend von Nr. 3.2 Satz 1 kann in folgenden Fällen eine Verrechnung über die Laufbahnen hinweg erfolgen:
- 3.3.1 Innerhalb einer Laufbahngruppe ist eine Verrechnung über die Laufbahnen hinweg möglich, wenn für die Stellen jeweils identische Stellenobergrenzen gelten oder für die in Anspruch genommene Stelle ungünstigere Stellenobergrenzen gelten.
- 3.3.2 Beamte auf Widerruf im Vorbereitungsdienst in der Laufbahn des gehobenen technischen Verwaltungsinformatikdienstes können auf Stellen für Beamte auf Widerruf im Vorbereitungsdienst (Titel 422 21 bis 422 25) anderer Laufbahnen des gehobenen Dienstes verrechnet werden.

- 3.4 Abweichend von Nr. 3.2 Satz 1 kann in folgenden Fällen eine Verrechnung über die Laufbahngruppen hinweg erfolgen:
- 3.4.1 ¹Stellen des Eingangsamts oder des ersten Beförderungsamts einer Laufbahn dürfen mit Beamten der nächstniedrigeren Laufbahn besetzt werden, wenn sich diese im Aufstiegsverfahren befinden. ²Satz 1 gilt nicht für die erstmalige Übertragung eines Spitzenamts des einfachen Dienstes der BesGr A 6 sowie eines mit einer Amtszulage ausgestatteten Spitzenamts der BesGr A 6, A 9 oder A 13.
- 3.4.2 Stellen, die im Stellenplan ausdrücklich für den Aufstieg für besondere Verwendungen gemäß § 37a Laufbahnverordnung (LbV) vorbehalten sind, können bis zu 24 Monate vor der vorgeschriebenen Einführung (§ 37a Abs. 4 LbV) mit Beamten des mittleren Dienstes besetzt werden, die für diesen Aufstieg vorgesehen sind.
- 3.4.3 Stellen für Beamte auf Widerruf im Vorbereitungsdienst (Titel 422 21 bis 422 25) für eine Laufbahn des gehobenen Dienstes dürfen mit Beamten auf Widerruf im Vorbereitungsdienst für eine Laufbahn des mittleren Dienstes besetzt werden.
- 3.4.4 ¹Planstellen in den Laufbahnen des mittleren nichttechnischen Dienstes für besondere Dienstleistungsbereiche (Verwaltungs-, Vermessungs-, Museums- und Justizbetriebsdienst) dürfen mit Beamten des einfachen Dienstes besetzt werden. ²Beamte in diesen Laufbahnen dürfen nicht auf anderen Stellen des mittleren Dienstes geführt werden und können höchstens ein Amt der BesGr A 8 erreichen. Die Ämter der BesGr A 8 sind besonderen, herausgehobenen Leitungsfunktionen vorbehalten.
- 3.5 ¹Bis auf weiteres darf bei besonderem Bedarf mit Einwilligung der zuständigen obersten Dienstbehörde ein Beamter auf Widerruf im Vorbereitungsdienst vorübergehend auf einer Stelle für einen Beamten zur Anstellung verrechnet werden; mit Einwilligung des Staatsministeriums der Finanzen gilt dies auch für die vorübergehende Verrechnung auf Stellen für planmäßige Beamte. ²In Laufbahnen, in denen der Vorbereitungsdienst nicht allgemeine Ausbildungsstätte im Sinn des Art. 12 Abs. 1 Grundgesetz ist, dürfen mit Zustimmung des Staatsministeriums der Finanzen auf Stellen für Beamte auf Widerruf im Vorbereitungsdienst bzw. auf Stellen für Polizeivollzugsbeamte in Ausbildung (Titel 422 21 bis 422 26) vorübergehend Beamte zur Anstellung bzw. Polizeivollzugsbeamte im Eingangsamt derselben Laufbahngruppe verrechnet werden, wenn und soweit die Ernennung zu Beamten zur Anstellung bzw. die Anstellung von Polizeivollzugsbeamten auf Grund der haushaltsrechtlichen Stellensperren nicht möglich wäre. ³Die Zustimmung des Staatsministeriums der Finanzen ist nicht erforderlich, wenn die dadurch entstehenden Mehrkosten an geeigneter Stelle bei den Personalausgaben des entsprechenden Einzelplans zusätzlich eingespart werden. ⁴Satz 2 gilt entsprechend für die Verrechnung von planmäßigen Beamten im Eingangsamt ihrer Laufbahn auf Stellen für Beamte zur Anstellung (Titel 422 11) derselben Laufbahngruppe, wobei die Zustimmung des Staatsministeriums der Finanzen hier nicht erforderlich ist. ⁵Bei Wegfall des im Beamtenrecht geregelten Instituts der Anstellung können planmäßige Beamte im Eingangsamt ihrer Laufbahn in den Haushaltsjahren 2007 und 2008 auf Stellen für Beamte zur Anstellung (Titel 422 11) derselben Laufbahngruppe verrechnet werden.
- 3.6 ¹Angestellte, die auf Grund tariflicher Bestimmungen wegen Zeitablaufs, Dauer der Berufsausübung oder Bewährung in eine höhere Vergütungsgruppe eingestuft sind, dürfen erforderlichenfalls auf Stellen der nächstniedrigeren Vergütungsgruppe verrechnet werden. ²Das gleiche gilt für Angestellte im Schreib- und Fernschreibdienst bei Nachweis der entsprechenden schreibtechnischen Fähigkeiten sowie ferner für Angestellte, die gemäß Nr. 3.1 auf Stellen für planmäßige Beamte geführt werden, mit der Maßgabe, dass die Verrechnung auf Stellen der nächstniedrigeren Besoldungsgruppe für die Zeit bis zur Verkündung des nächsten Haushaltsgesetzes zulässig ist. ³In der Aufzeichnung über die Stellenbesetzung (VV Nr. 5.2 zu Art. 49 BayHO) ist die höhere Eingruppierung unter Hinweis auf den entsprechenden Tarifvertrag besonders zu vermerken. ⁴Für eine Stellenbesetzung als Folge einer Aufgabenabschichtung gilt Nr. 3.11 entsprechend.
- 3.7 ¹Von den Stellenplänen für tarifliche Angestellte darf im Übrigen vorübergehend nur dann abgewichen werden, wenn Höhergruppierungen von Angestellten auf Grund für den Freistaat Bayern verbindlicher, im Lauf des Haushaltsjahres in Kraft tretender neuer Tarifverträge durchzuführen sind. ²Nach Möglichkeit sind hierfür jedoch besetzbare freie Stellen zu verwenden. ³In der Aufzeichnung über die Stellenbesetzung (VV Nr. 5.2 zu Art. 49 BayHO) ist die höhere Eingruppierung unter Hinweis auf den entsprechenden Tarifvertrag zu vermerken.

- 3.8 Soweit die Stellenpläne für Arbeiter gemäß Art. 6 Abs. 1 des Haushaltsgesetzes bindend sind (Stellen der Titel 426 20 bis 426 25, gegebenenfalls 426 27), gelten die Nrn. 3.6 und 3.7 sinngemäß.
- 3.9 Besondere Regelungen für den Hochschulbereich:
- 3.9.1 Als Stellen gleicher Art im Sinn der Nr. 3.2 Satz 1 gelten vorbehaltlich der Nr. 3.9.3 auch
- Stellen der Besoldungsordnung W,
 - Stellen der Akademischen Räte und der Akademischen Räte – als Lehrkräfte für besondere Aufgaben an einer Hochschule.
- 3.9.2 ¹Wissenschaftliche Mitarbeiter im Sinn des Art. 22 BayHSchPG können auch auf gleich- oder höherwertigen Stellen in der Laufbahn der Akademischen Räte (ohne Lehrkräfte für besondere Aufgaben an einer Hochschule) sowie auf Stellen für Professoren verrechnet werden. ²Akademische Oberräte auf Zeit (BesGr A 14) können auf Stellen in der Laufbahn der Akademischen Räte (ohne Lehrkräfte für besondere Aufgaben an einer Hochschule) der BesGr A 15 oder A 16 sowie auf Stellen für Professoren verrechnet werden.
- 3.9.3 ¹Inhaber von Ämtern der Laufbahn des Akademischen Rats (ausschließlich der Lehrkräfte für besondere Aufgaben an einer Hochschule) sowie Wissenschaftliche Mitarbeiter können nicht auf Stellen, die für Lehrkräfte für besondere Aufgaben an einer Hochschule ausgewiesen sind, verrechnet werden. ²Dies gilt nicht für Beamte der Laufbahn der Akademischen Räte, die mit einer Lehrverpflichtung von mehr als acht Lehrveranstaltungsstunden aus Ämtern der alten Personalstruktur übernommen wurden.
- 3.9.4 ¹Akademische Räte (einschließlich der Lehrkräfte für besondere Aufgaben an einer Hochschule) der BesGr A 13 sowie Akademische Oberräte (einschließlich der Lehrkräfte für besondere Aufgaben an einer Hochschule) der BesGr A 14 können auch auf Stellen für Professoren verrechnet werden. ²Akademische Direktoren (einschließlich der Lehrkräfte für besondere Aufgaben an einer Hochschule) der BesGr A 15 können auf Stellen für Professoren der BesGr W 2 und W 3 verrechnet werden.
- 3.9.5 Stellen für Akademische Räte auf Zeit (BesGr A 13) und Akademische Oberräte auf Zeit (BesGr A 14) dürfen mit entsprechend eingestuftem Arbeitnehmern sowie Wissenschaftlichen Mitarbeitern mit einem Bachelor-Abschluss besetzt werden, wenn deren Arbeitsverhältnis den für Wissenschaftliche Mitarbeiter geltenden Bestimmungen (Art. 22 BayHSchPG) entsprechend befristet ist, sowie mit Ärzten, die in einem befristeten Angestelltenverhältnis zur Erlangung der Gebietsarztanerkennung beschäftigt werden.
- 3.9.6 Stellen der VergGr IIa dürfen mit Wissenschaftlichen Mitarbeitern im Angestelltenverhältnis im Sinn des Art. 22 Abs. 2 Satz 1 BayHSchPG besetzt werden, die einen Bachelor-Abschluss erworben haben.
- 3.9.7 Künstlerische Mitarbeiter werden bei der Stellenverrechnung wie Wissenschaftliche Mitarbeiter behandelt.
- 3.10 Besondere Regelungen für den Richterbereich:
- Auf Stellen für Richter der BesGr R 2 können auch Richter kraft Auftrags der BesGr A 13 bis A 16, auf Stellen für Richter der BesGr R 1 auch Richter kraft Auftrags der BesGr A 13 bis A 15 verrechnet werden.
- 3.11 Soweit es auf Grund von Aufgabenabschichtungen notwendig ist, dürfen Planstellen mit Beamten im Eingangsamt einer niedrigeren Laufbahngruppe besetzt werden; sie sind im Stellenplan des nächsten Haushaltsplans umzuwandeln.
- 3.12 Im Übrigen sind Abweichungen bei der Stellenbesetzung nur in besonderen unvorhergesehenen und unabweisbaren Einzelfällen mit Zustimmung des Staatsministeriums der Finanzen kostenneutral möglich.
- 3.13 ¹Stellen, die auf Grund von Feststellungen der Rechnungsprüfung nicht oder nicht in der veranschlagten Wertigkeit erforderlich sind, sind in die Verhandlungen zur Aufstellung des Haushaltsplans einzubeziehen. ²Art. 50 Abs. 1 BayHO bleibt unberührt.
- 3.14 Das Staatsministerium der Finanzen wird ermächtigt, zur Vorbereitung einer Einführung eines Arbeitnehmer-Budgets bei der Besetzung von Stellen für planmäßige Beamte und Richter, die gemäß Nr. 2.1 Satz 1 und Nr. 2.2 Satz 1 der gemeinsamen Bewirtschaftung unterliegen, mit Arbeitnehmern zu bestimmen, dass Vergütungen und Löhne abweichend auf den Titeln 425 07 und 426 27

gebucht werden können. Die Ermächtigung ist grundsätzlich einheitlich für einen Einzelplan auszuüben. Auf über- oder außerplanmäßige Ausgaben, die sich auf Grund der nach Satz 1 abweichenden Buchung ergeben, ist Art. 37 BayHO nicht anzuwenden; außerplanmäßige Ausgaben sind jedoch in der Haushaltsrechnung als solche zu bezeichnen.

- 3.15 Im Rahmen der Pilotierung des Arbeitnehmer-Budgets kann das Staatsministerium der Finanzen im Einvernehmen mit dem Bayerischen Obersten Rechnungshof einen von den Durchführungsbestimmungen zum Haushaltsgesetz (DBestHG), den Verwaltungsvorschriften zur Bayerischen Haushaltsordnung (VV-BayHO) und den Bestimmungen für die Auszahlung und den rechnungsmäßigen Nachweis der Besoldung und Vergütung bei Versetzung, Abordnung und Zuweisung (VANBest) abweichenden Nachweis der Entgeltzahlungen bestimmen.

4. Besondere Personalausgaben, Billigkeitsleistungen

- 4.1 Aus Mitteln für Dienstbezüge und dergleichen dürfen Fahrkostenzuschüsse für die regelmäßigen Fahrten zwischen Wohnung und Dienststätte nach Maßgabe der Fahrkostenzuschuss-Bekanntmachung – FkzBek – vom 15. November 2001 (FMBl 2002 S. 69) in der jeweils geltenden Fassung einschließlich der darauf entfallenden Pauschalsteuern gewährt werden.

- 4.2 Aus Mitteln der Titel 546 49 (Vermischte Verwaltungsausgaben) können auch die Ausgaben geleistet werden:

- 4.2.1 für die Übernahme von Kosten des Rechtsschutzes für Bedienstete des Freistaates Bayern (VV Nr. 2 zu Art. 86 BayBG),

- 4.2.2 für die Kosten der amtsärztlichen Untersuchung von Beamten und Bewerbern, von Lehrkräften kirchlicher Genossenschaften, die auf Grund von Abstellungsverträgen im öffentlichen Volksschuldienst und Sondervolksschuldienst tätig sind, von Geistlichen und Laienkatecheten, die an öffentlichen Volksschulen, Sondervolksschulen und staatlichen Berufsschulen Religionsunterricht erteilen, sowie für die Kosten einer von der Ernennungsbehörde angeordneten klinischen oder fachärztlichen Untersuchung,

- 4.2.3 soweit Mittel nicht gesondert veranschlagt sind, für den Sachschadenersatz ehrenamtlicher Richter und ehrenamtlicher Mitglieder von bei Staatsbehörden gebildeten Ausschüssen (analog Nrn. 2 und 3 der Sachschadenersatzrichtlinien (SachSchRL), Teil 9 Abschnitt 2 der BayVV-Versorgung vom 4. Dezember 2002, Beilage zum StAnz Nr. 5/2003 in der jeweils geltenden Fassung),

- 4.2.4 für die Erstattung von Auslagen bei Vorstellungsreisen nach den geltenden Bestimmungen des Staatsministeriums der Finanzen.

- 4.3 ¹Den zur Ausbildung zugewiesenen Beamten (Art. 23 Abs. 2 BayRKG) werden die bei den staatlichen Lehreinrichtungen verfügbaren Unterkünfte unentgeltlich überlassen; Lehreinrichtungen im Sinn dieser Vorschrift sind solche, die ausschließlich oder nahezu ausschließlich Bildungsaufgaben für die Beschäftigten des öffentlichen Dienstes wahrnehmen. ²Studierenden der Fachhochschule für öffentliche Verwaltung und Rechtspflege in Bayern, die im Einzugsgebiet des Dienstortes (der Lehreinrichtung) wohnen (§ 1 Abs. 3 Satz 2 BayTGV, Art. 2 Abs. 6 BayUKG) und nicht schwerbehindert sind, werden keine Unterkünfte überlassen. ³Wenn im Einzelfall durch den Verzicht auf die unentgeltliche Unterbringung höhere Anmietkosten eingespart werden, kann auf Antrag anstatt der unentgeltlichen Unterkunft ein Fahrtkostenzuschuss gewährt werden. ⁴Eine geschlossene Unterbringung (§ 8 Abs. 4 Satz 2 BayTGV) wird nicht begründet. ⁵Art. 132 BayBG bleibt unberührt.

- 4.4 ¹Zur Gewährung von Prämien nach den Richtlinien zum Vorschlagswesen in der bayerischen Staatsverwaltung können die Ansätze bei Titel 459 1.

a) zu Lasten der Einnahmen bei den Obergruppen 12 und 13 ohne Gruppe 133, der Gruppe 111 und der Titel 119 01 und 119 49,

b) zu Lasten der Ansätze bei den Obergruppen 51 bis 54 und 81 bis 82

verstärkt werden. ²Die Ansätze bei Titel 459 1. dürfen nur insoweit verstärkt werden, als sich bei den deckungsfähigen Titeln im Jahr der Prämienzahlung und im darauf folgenden Jahr des prämierten Vorschlags Mehreinnahmen bzw. Einsparungen in mindestens der gleichen Höhe ergeben.

³Soweit die Mehreinnahmen bzw. Einsparungen bei den in Satz 1 genannten Titeln anderer Einzelpläne entstehen, ist für die Verstärkung des Titels 459 1. die Einwilligung der obersten Staatsbehörde erforderlich, die für den anderen Einzelplan zuständig ist.

- 4.5

¹Aus Mitteln für Dienstbezüge und dergleichen kann auf Antrag des Beamten, der im Laufe des Kalenderjahres vom Arbeiterverhältnis in das Beamtenverhältnis übernommen wurde und der aus dem Arbeiterverhältnis Anspruch auf eine Jahressonderzahlung hatte, eine einmalige außertarifliche Leistung gewährt werden. Entsprechendes gilt, wenn ein Beschäftigter während des Kalenderjahres von einem TV-L-Arbeitsverhältnis in ein Arbeitsverhältnis mit Bezügen nach Besoldungsrecht wechselt. Die außertarifliche Leistung beträgt für die Beschäftigten in den Entgeltgruppen E 1 bis E 11 sowie Kr. 3 a bis Kr. 11 b bis zu 70 v. H., für die übrigen Beschäftigten bis zu 65 v. H. des dem Beschäftigten in den Kalendermonaten Juli, August und September durchschnittlich gezahlten monatlichen Entgelts (mit Ausnahme der im Dienstplan vorgesehenen Überstunden, Leistungszulagen, Leistungs- und Erfolgsprämien). Für Beschäftigte, die am 30. September bereits im Beamtenverhältnis bzw. in einem Arbeitsverhältnis mit Bezügen nach Besoldungsrecht standen, treten an die Stelle des Bemessungszeitraums nach Satz 3 die letzten drei Kalendermonate vor der Übernahme in das Beamtenverhältnis. Die außertarifliche Leistung vermindert sich um ein Zwölftel für jeden Kalendermonat, für den der Beschäftigte kein Entgelt aus dem Arbeitsverhältnis erhalten hat. Die außertarifliche Leistung ist zu Lasten der Haushaltsstelle zu leisten, auf der der Beamte vor der Übernahme in das Beamtenverhältnis geführt wurde.

5. Prüfungskosten, Personalausgaben aus anderen Haushaltsansätzen

- 5.1 Aus Mitteln der Titel 459 0. (Prüfungsvergütungen) sind auch sämtliche mit der Prüfung zusammenhängenden sächlichen Verwaltungsausgaben einschließlich der Reisekosten der mit der Durchführung der Prüfung beauftragten Prüfer und Prüfungshelfer zu bestreiten.
- 5.2 Soweit Vergütungen und Löhne für Staatsbeschäftigte aus anderen als Personalausgabenansätzen oder aus Titelgruppen zu leisten sind, sind auch die sonstigen Ausgaben (Beihilfen, Unterstützungen, Trennungsgelder, Übergangsgelder und dergleichen) bei diesen Ansätzen zu leisten.

6. Anlagen zum Haushaltsplan

- 6.1 Soweit in Zweckbestimmungen für mehrere mit einem Gesamtbetrag veranschlagte Maßnahmen auf Anlagen zu den Einzelplänen verwiesen ist, sind die in diesen Anlagen aufgeführten Einzelzwecke mit ihren Beträgen ebenso bindend, wie wenn diese Beträge bei den Zweckbestimmungen einzeln aufgeführt wären, es sei denn, dass in den Anlagen etwas anderes bestimmt ist.
- 6.2 ¹Soweit bei Titeln der Anlage S (staatlicher Hochbau) Ausgaben oder Verpflichtungsermächtigungen wegen Fehlens der in Art. 24 Abs. 1 BayHO bezeichneten Unterlagen als gesperrt oder als Planungstitel bezeichnet sind, bedarf die Leistung von Ausgaben oder die Inanspruchnahme von Verpflichtungsermächtigungen der Einwilligung des Ausschusses für Staatshaushalt und Finanzfragen des Landtags. ²Dies gilt nicht für die Leistung von Ausgaben und Inanspruchnahme von Verpflichtungsermächtigungen für die Erstellung der Planungsunterlagen nach Art. 24 Abs. 1 BayHO bzw., soweit es sich um Neubaumaßnahmen bis 5 000 000 € oder um Sanierungs-, Instandsetzungs- und Umbaumaßnahmen handelt, auch von Planungsunterlagen nach Art. 54 Abs. 1 BayHO. ³Das Staatsministerium der Finanzen wird ermächtigt, für die Erstellung der Planungsunterlagen von Neubauten bis 5 000 000 € nähere Anordnungen zu erlassen.

7. Ausnahmen vom Bruttonachweis

¹Ausnahmen vom Bruttonachweis der Einnahmen und Ausgaben sind nach Maßgabe der VV Nr. 3 zu Art. 35 BayHO zugelassen oder vorgeschrieben. ²Darüber hinaus gilt Folgendes:

- 7.1 ¹Einnahmen aus der Anfertigung von Fotokopien durch Dritte und aus Rabatten für bereits gezahlte Ausgaben dürfen von der Ausgabe abgesetzt werden. ²Erstattungen von Reisekosten durch Dritte und pauschale Rabatte für bereits gezahlte Fahrtkosten dürfen von der Ausgabe abgesetzt werden.
- 7.2 Schadenersatzleistungen und Zahlungen an Stelle von Garantieleistungen Dritter dürfen stets, also auch nach Abschluss der Bücher, insoweit von der Ausgabe abgesetzt werden, als sie zur Instandsetzung oder Ersatzbeschaffung bestimmt sind.
- 7.3 Zurückgezahlte Zuwendungen dürfen von der Ausgabe abgesetzt werden, soweit sie
 - 7.3.1 noch während des gleichen Jahres, in dem sie ausgezahlt wurden, zurückgezahlt werden oder
 - 7.3.2 im Rahmen von gemeinschaftlichen Finanzierungen zwischen dem Bund und dem Land (insbesondere bei den Gemeinschaftsaufgaben) gewährt wurden und der Bund dies zulässt.

8. Kosten der Planung und Bauüberwachung (PB-Mittel)

8.1 Aus den Ausgabemitteln für Baumaßnahmen des staatlichen Hochbaus (Obergruppen 71 bis 74) sind auch die Kosten für die Planung und Bauüberwachung zu bestreiten.

8.1.1 ¹Ist die Planung und Bauüberwachung der staatlichen Bauverwaltung übertragen, so erhält sie folgende Kostenanteile:

bei einer anrechnungsfähigen Herstellungssumme bis 1 500 000 €
5,5 v. H.,

bei einer anrechnungsfähigen Herstellungssumme über 1 500 000 €
5 v. H.

²Bei Umbauten und Modernisierungen erhöhen sich diese Sätze je nach Schwierigkeit um 20 bis 33 v. H. ³Die festgelegten Vomhundertsätze können erforderlichenfalls in begründeten Einzelfällen mit Einwilligung des Staatsministeriums der Finanzen bis auf höchstens 5,75 v. H. erhöht werden.

⁴Die anrechnungsfähige Herstellungssumme bemisst sich nach der Haushaltsunterlage-Bau (zuzüglich von Nachträgen, die auf Lohn- und Stoffpreissteigerungen beruhen), es sei denn, dass die tatsächliche Herstellungssumme niedriger ist; das Staatsministerium der Finanzen kann in besonderen Fällen Ausnahmen zulassen.

8.1.2 ¹Sind für die Planung und Bauüberwachung von Gebäuden und Freianlagen freiberuflich tätige Architekten nach den Teilen I bis III der Honorarordnung für Architekten und Ingenieure in der Fassung der Bekanntmachung vom 4. März 1991 (BGBl I S. 533), zuletzt geändert durch Art. 5 des Gesetzes vom 10. November 2001 (BGBl I S. 2992), eingeschaltet, so sind die vertraglich vereinbarten Honorare sowie die Nebenkosten des Architekten – § 7 der Honorarordnung für Architekten und Ingenieure – aus den Bauausgabemitteln – Kostengruppe 730 der Kostenberechnung nach DIN 276 – zu bestreiten. ²Für die Anwendung der Honorarordnung für Architekten und Ingenieure gelten die von der Obersten Baubehörde im Staatsministerium des Innern im Einvernehmen mit dem Staatsministerium der Finanzen eingeführten Vertragsmuster und die Hinweise zu den Vertragsmustern. ³Für Leistungen, die dabei nicht von freiberuflich tätigen Architekten, sondern von der staatlichen Bauverwaltung zu erbringen sind, können von dieser

- für Planungsleistungen im Sinn der Leistungsphasen 1 bis 7 und 9 des § 15 der Honorarordnung für Architekten und Ingenieure 1 v. H. der anrechenbaren Herstellungssumme
- für die Bauüberwachung im Sinn der Leistungsphase 8 des § 15 der Honorarordnung für Architekten und Ingenieure 0,45 v. H. der anrechenbaren Herstellungssumme

in Anspruch genommen werden. ⁴Bei Leistungen, die von freiberuflich tätigen Architekten nur anteilig erbracht werden, errechnet sich der Anteil der staatlichen Bauverwaltung aus den Staffelsätzen der Nr. 8.1.1 nach dem Leistungsbild des § 15 der Honorarordnung für Architekten und Ingenieure.

8.1.3 Beim Klinikum Regensburg (Kap. 15 22 Tit. 747 55) erhält die staatliche Bauverwaltung für die Planung und Bauüberwachung im Sinn von Nr. 8.1.1 Satz 1 einen Kostenanteil in Höhe von 5,25 v. H. der anrechnungsfähigen Herstellungssumme bzw., soweit nur Leistungen im Sinn von Nr. 8.1.2 Satz 3 erbracht werden, einen Kostenanteil in Höhe von 1,61 v. H. der anrechnungsfähigen Herstellungssumme.

8.2 Die Kosten für die Einschaltung freiberuflich tätiger Ingenieure als Sonderfachleute für fachliche Fragen sind bei den Baunebenkosten – Kostengruppe 730 und 740 der Kostenberechnung nach DIN 276 – zu veranschlagen und zu verausgaben.

8.3 Aus den Mitteln zur Bestreitung der Kosten der Planung und Bauüberwachung dürfen gedeckt werden

8.3.1 die Vergütungen und sonstigen personalbezogenen Ausgaben der zusätzlich verwendeten Dienstkräfte,

8.3.2 die Ausgaben für Fachliteratur und fachgebundene Verbrauchsgüter,

8.3.3 die Ausgaben für Bauleitungen und für Ausschreibungen im Vergabeverfahren.

9. Zweckgebundene Einnahmen

¹Zweckgebundene Einnahmen (Art. 8 Nr. 1 BayHO) sind, auch wenn sie nicht oder nicht in voller Höhe veranschlagt sind, bei den zutreffenden Einnahmetiteln zu vereinnahmen und die hierdurch etwa erforderlich werdenden zusätzlichen Ausgaben bei den Ausgabebetiteln zu verausgaben. ²Auf hiernach sich ergebende über- oder außerplanmäßige Ausgaben ist Art. 37 BayHO nicht anzuwenden; außerplanmäßige Einnahmen und Ausgaben sind jedoch in der Haushaltsrechnung als solche zu bezeichnen. ³Nicht verausgabte zweckgebundene Einnahmen dürfen in der Haushaltsrechnung als Ausgabereste nachgewiesen werden.

10. Veräußerungen von Erzeugnissen betrieblicher Einrichtungen

¹An Beamte, Angestellte und Arbeiter dürfen, soweit im Haushaltsplan nichts anderes bestimmt ist, widerruflich die für den eigenen Verbrauch benötigten Erzeugnisse der betrieblichen Einrichtungen ihrer unmittelbaren Beschäftigungsdienststelle mit einer Ermäßigung bis zu 20 v. H. des ortsüblichen Kleinverkaufspreises abgegeben werden; ausgenommen hiervon sind Beschäftigte, deren Arbeitszeit weniger als die Hälfte der regelmäßigen Arbeitszeit beträgt. ²Satz 1 gilt auch für Ruhegehaltsempfänger und Rentner, soweit sie bis zum Eintritt in den Ruhestand und dergleichen bei der entsprechenden betrieblichen Einrichtung beschäftigt waren. ³Landwirtschaftliche Betriebe dürfen ihre Erzeugnisse, bei denen ein Kleinverkaufspreis nicht feststellbar ist, an Betriebsangehörige mit einer Ermäßigung bis zu 10 v. H. des Ab-Hof-Verkaufspreises abgeben; für die Abgabe von Milch ist der Molkereipreis des Vormonats ohne Ermäßigung maßgebend. ⁴Tarifvertragliche Bestimmungen bleiben unberührt. ⁵Einer Einwilligung nach Art. 57 BayHO bedarf es in diesen Fällen nicht.

11. Weitergabe von Zuwendungen

Die Gewährung von Zuwendungen kann durch das zuständige Staatsministerium über die in Art. 44 Abs. 3 BayHO genannten juristischen Personen des privaten Rechts hinaus auch auf Körperschaften und Anstalten des öffentlichen Rechts übertragen werden.

12. Dezentrale Budgetverantwortung

12.1 Erweiterte gegenseitige Deckungsfähigkeit

¹Zur Steigerung der Wirtschaftlichkeit und Leistungsfähigkeit sind jeweils innerhalb der einzelnen Kapitel (unter Einbeziehung der entsprechenden Verwaltungsbetriebsmittel in den Sammelkapiteln und Allgemeinen Bewilligungen sowie der zentral veranschlagten Ansätze) der Einzelpläne 01 bis 12 und 15

- die Ansätze für Personalausgaben der Titel 422 41 und 422 42, 425 11, 425 12, 425 41 bis 425 43, 425 66, 425 99, 426 01, 426 11, 426 12, 427 01, 427 41, 427 99, 428 30, der Gruppe 429, der Titel 453 01, 459 0., 459 1. und 459 49,
- die Ansätze für sächliche Verwaltungsausgaben der Obergruppen 51 bis 54 mit Ausnahme der Gruppe 529, der Titel 517 31, 517 35, 518 31, 527 2., 531 2., 532 0. sowie der Gruppe 549 und
- die Ansätze für Sachinvestitionen der Obergruppen 81 und 82

nach näherer Maßgabe der folgenden Nrn. gegenseitig deckungsfähig. ²Eine Deckung aus Ansätzen, die bereits selbst zu Lasten anderer Ansätze verstärkt wurden (Kettenverstärkung), ist nicht möglich.

12.2 Verstärkung aus dem Stellingehalt gebundener Stellen

Innerhalb eines Kapitels kann das durchschnittliche Stellingehalt einer frei gewordenen und besetzbaren Stelle zur Verstärkung der in Nr. 12.1 genannten Ansätze unter folgender Maßgabe verwendet werden:

- 12.2.1** ¹Die Stelle muss über die Wiederbesetzungssperre hinaus mindestens ein Jahr lang freigehalten werden; Art. 6 Abs. 2 Satz 4 Haushaltsgesetz findet keine Anwendung. ²Die Verwendung der Stellingehälter für eine Verstärkung kann somit erst nach Ablauf der gesetzlichen Wiederbesetzungssperre erfolgen.

- 12.2.2 Für jeden vollen Monat, für den die Stelle dann über den haushaltsrechtlich vorgeschriebenen oder von der Staatsregierung beschlossenen Stelleneinzug hinaus gezielt freigehalten wird, können entweder
- ¹/₁₂ aus 75 v. H. des durchschnittlichen Stellengehalts zur Verstärkung der Ansätze für Sachinvestitionen der Obergruppen 81 und 82 oder
 - ¹/₁₂ aus 50 v. H. des durchschnittlichen Stellengehalts zur Verstärkung für sächliche Verwaltungsausgaben verwendet werden.
- 12.2.3 Mit dem Zeitpunkt der Wiederbesetzung der Stelle endet die Verstärkungsmöglichkeit der Nr. 12.2.
- 12.3 Deckungsfähigkeit der in Nr. 12.1 genannten Personalausgaben
- 12.3.1 ¹Einsparungen bei den in Nr. 12.1 genannten Ansätzen dürfen nur dann für die Begründung zusätzlicher Dienst- und Arbeitsverhältnisse verwendet werden, wenn das jeweilige Dienst- bzw. Arbeitsverhältnis auf längstens sechs Monate oder die Dauer einer jahreszeitlich bedingten Saison – ohne Kettenverlängerung – zeitlich befristet ist (Aushilfskräfte). ²Die Einschränkungen des Satzes 1 gelten nicht, soweit lediglich der bei Altersteilzeit von Arbeitnehmern auftretende Kapazitätsverlust ausgeglichen wird.
- 12.3.2 Einsparungen bei den Titeln 425 11, 426 01 und 426 11 dürfen nur bei mindestens einjährigem Freihalten der Beschäftigungsmöglichkeit zur Deckung von Ausgaben für sächliche Verwaltungsausgaben und Sachinvestitionen der in Nr. 12.1 genannten Ansätze herangezogen werden; hinsichtlich Titel 426 01 gilt dies nur bei Einsparungen über den haushaltsrechtlich vorgeschriebenen oder von der Staatsregierung beschlossenen Stelleneinzug hinaus.
- 12.3.3 Die Deckungsfähigkeit nach Nr. 12.1 der Titel 422 41, 422 42 und 425 41 bis 425 43 darf nur einseitig zu Lasten dieser Titel in Anspruch genommen werden. Die gegenseitige Deckungsfähigkeit nach Nr. 12.1 dieser Titel untereinander bleibt unberührt.
- 12.4 Bauunterhalt
- ¹Die Deckungsfähigkeit nach Nr. 12.1 für Titel der Gruppe 519 darf nur einseitig zu Gunsten der Titel dieser Gruppe in Anspruch genommen werden. ²Nr. 1.2 bleibt unberührt.
- 12.5 Koppelung mit Einnahmen
- ¹Mehr- oder Mindereinnahmen von bis zu 10 v. H. der Summe der Obergruppen 12 und 13 ohne Gruppe 133, der Gruppe 111 sowie der Titel 119 01 und 119 49 eines Kapitels, die im Vollzug erwirtschaftet werden, erhöhen oder vermindern die Ausgabebefugnis der in Nr. 12.1 genannten Ansätze des entsprechenden Kapitels zur Hälfte. ²Dies gilt nicht bei Titeln, die mit Ausgabeansätzen gekoppelt sind.
- 12.6 Übertragbarkeit, zeitliche Bindung
- 12.6.1 Übertragbarkeit
- Die in Nr. 12.1 genannten Ausgaben sind zur Förderung der wirtschaftlichen und sparsamen Bewirtschaftung übertragbar.
- 12.6.2 Zeitliche Bindung
- Das Staatsministerium der Finanzen wird ermächtigt, im Rahmen seiner Befugnisse nach Art. 45 Abs. 3 BayHO bei den in Nr. 12.1 genannten Titeln bereits vor Ablauf des Haushaltsjahres für einen Teil der zu erwartenden Ausgabereste die Einwilligung zur Übertragung und Inanspruchnahme allgemein zu erteilen.
- 12.7 Einzelregelungen
- Die in den Nrn. 12.1 bis 12.6 getroffenen Regelungen finden keine Anwendung, soweit in den Einzelplänen in den Vorbemerkungen zum Geltungsbereich der Regelungen zur dezentralen Budgetverantwortung einzelne Bereiche ausdrücklich ausgenommen sind; sie finden zusätzlich Anwendung, soweit dort einzelne Bereiche ausdrücklich einbezogen sind.
- 12.8 Berichtspflicht
- Mehrausgaben bei einem Titel, die im Rahmen der Nrn. 12.1 und 12.7 aus Einsparungen bzw. Mehreinnahmen geleistet werden, sind dem Landtag jährlich mitzuteilen, wenn sie einen Betrag von 500 000 € übersteigen.

84. Sitzung

am Donnerstag, dem 14. Dezember 2006, 9.00 Uhr,
in München

Geschäftliches	6414	hierzu:	
Haushaltsplan 2007/2008; Einzelplan 06 für den Geschäftsbereich des Bayerischen Staatsministeriums der Finanzen		Änderungsanträge der Fraktion des BÜNDNISSES 90/DIE GRÜNEN (Drsn. 15/6867 mit 15/6871), Änderungsanträge von Abgeordneten der SPD-Fraktion (Drsn. 15/6886 mit 15/6891), Änderungsanträge von Abgeordneten der CSU-Fraktion (Drsn. 15/6925 und 15/6926)	
hierzu:		Beschlussempfehlung des Haushaltsausschusses (Drsn. 15/7044)	
Änderungsantrag von Abgeordneten der CSU-Fraktion (Drsn. 15/6451), Änderungsanträge von Abgeordneten der SPD-Fraktion (Drsn. 15/6466 und 15/6467), Änderungsantrag der Fraktion des BÜNDNISSES 90/DIE GRÜNEN (Drsn. 15/6479)		Markus Sackmann (CSU)	6427
		Ludwig Wörner (SPD)	6428, 6438
		Ruth Paulig (GRÜNE)	6431
		Henning Kaul (CSU)	6434
		Staatsminister Dr. Werner Schnappauf	6438
Beschlussempfehlung des Haushaltsausschusses (Drsn. 15/6677)		Beschluss	6442
Herbert Fischer (CSU)	6414	Ablehnung von Änderungsanträgen gem. § 126 Abs. 6 GeschO (s. a. Anlage 2)	6442, 6491
Werner Schieder (SPD)	6416, 6425	Berichtigungsermächtigung für das Finanzministerium	6442
Eike Hallitzky (GRÜNE)	6419	Erledigung der Änderungsanträge 15/6925 und 15/6926	6442
Staatsminister			
Prof. Dr. Kurt Faltlhauser	6422, 6425		
Beschluss	6426		
Ablehnung von Änderungsanträgen gem. § 126 Abs. 6 GeschO (s. a. Anlage 1)	6426, 6489		
Berichtigungsermächtigung für das Finanzministerium	6426		
Erledigung des Änderungsantrags 15/6451	6427		
Haushaltsplan 2007/2008; Einzelplan 12 für den Geschäftsbereich des Bayerischen Staatsministeriums für Umwelt, Gesundheit und Verbraucherschutz		hierzu:	
		Änderungsanträge von Abgeordneten der SPD-Fraktion (Drsn. 15/6649 mit 15/6660 und 15/6679), Änderungsanträge der Fraktion des BÜNDNISSES 90/DIE GRÜNEN (Drsn. 15/6712 mit 15/6722),	

Änderungsanträge von Abgeordneten der CSU-Fraktion (Drsn. 15/6741 mit 15/6744)

Beschlussempfehlung des Haushaltsausschusses (Drs. 15/6935)

Joachim Unterländer (CSU)	6443
Joachim Wahnschaffe (SPD)	6446, 6451
Renate Ackermann (GRÜNE)	6448
Monika Hohlmeier (CSU)	6451
Staatsministerin Christa Stewens	6453

Persönliche Erklärung gem. § 112 GeschO Dr. Sepp Dürr (GRÜNE)	6457
--	------

Namentliche Abstimmung zum GRÜNEN-Änderungsantrag 15/6714 (s. a. Anlage 3) .. 6458, 6493

Namentliche Abstimmung zum GRÜNEN-Änderungsantrag 15/6719 (s. a. Anlage 4) .. 6458, 6495

Beschluss zum Einzelplan 10 6458 |

Ablehnung von Änderungsanträgen gem.
§ 126 Abs. 6 GeschO (s. a. Anlage 5) 6458, 6497 |

Berichtigungsermächtigung für das
Finanzministerium 6458 |

Erledigung der Änderungsanträge 15/6741
mit 15/6744 6458 |

Gesetzentwurf der Staatsregierung
zur **Änderung des Finanzausgleichsgesetzes
und der Verordnung zur Durchführung des Ge-
setzes über den Finanzausgleich zwischen
Staat, Gemeinden und Gemeindeverbänden
(Finanzausgleichsänderungsgesetz 2007)**
(Drs. 15/6308)
– Zweite Lesung –

hierzu:

Änderungsantrag der Fraktion des BÜNDNISSES
90/DIE GRÜNEN (Drs. 15/6878),
Änderungsantrag der Abg. Manfred Ach, Erika
Görlitz, Kurt Eckstein u. a. (CSU) (Drs. 15/7079)

Beschlussempfehlung des Haushaltsausschusses
(Drs. 15/7051)

und

Haushaltsplan 2007/20008;
Einzelplan 13 Allgemeine Finanzverwaltung

hierzu:

Änderungsanträge von Abgeordneten der SPD-
Fraktion (Drsn. 15/6815 mit 15/6818, 15/6881,
15/6927 und 15/6928),
Änderungsanträge der Fraktion des BÜNDNISSES
90/DIE GRÜNEN (Drsn. 15/6872 mit 15/6876 und
15/6930),

Änderungsanträge von Abgeordneten der CSU-Fraktion (Drsn. 15/6880 und 15/6919)

Beschlussempfehlung des Haushaltsausschusses
(Drs. 15/7047)

und

Gesetzentwurf der Staatsregierung
über die **Feststellung des Haushaltsplans des
Freistaates Bayern für die Haushaltsjahre 2007
und 2008 (Haushaltsgesetz – HG – 2007/2008)**
(Drs. 15/6309)
– Zweite Lesung –

hierzu:

Änderungsantrag der Fraktion des BÜNDNISSES
90/DIE GRÜNEN (Drs. 15/6879),
Änderungsantrag von Abgeordneten der SPD-
Fraktion (Drs. 15/6929),
Änderungsantrag der Abg. Joachim Herrmann,
Manfred Ach, Dr. Jakob Kreidl u. a. (CSU) (Drs.
15/7056)

Beschlussempfehlung des Haushaltsausschusses
(Drs. 15/7052)

Manfred Ach (CSU)	6459
Jürgen Dupper (SPD)	6466
Thomas Mütze (GRÜNE)	6469
Helga Schmitt-Bussinger (SPD)	6473
Erika Görlitz (CSU)	6474
Staatsminister Prof. Dr. Kurt Faltlhauser	6474
Franz Maget (SPD)	6481
Christine Kamm (GRÜNE)	6481

Beschluss zum GRÜNEN-Änderungs-
antrag 15/6878 6482 |

Beschluss zum Regierungsentwurf 15/6308 –
Finanzausgleichsänderungsgesetz 2007 –
in Zweiter Lesung 6482 |

Schlussabstimmung zum Regierungsentwurf
15/6308 – Finanzausgleichsänderungs-
gesetz 2007 6482 |

Erledigung des Änderungs-
antrags 15/7079 6482 |

Beschluss zum Einzelplan 13 6483 |

Ablehnung von Änderungsanträgen gem.
§ 126 Abs. 6 GeschO (s. a. Anlage 6) 6483, 6499 |

Anpassungs- und Berichtigungsermäch-
tigung für das Finanzministerium
gem. Drs. 15/7047 Nr. 3 6483 |

Erledigung der Änderungsanträge 15/6816,
15/6880, 15/6881 und 15/6919 6483 |

Beschluss zum GRÜNEN-Änderungs-
antrag 15/6879 6483 |

Beschluss zum SPD-Änderungs-
antrag 15/6929 6483

Beschluss zum Regierungsentwurf 15/6309
– Haushaltsgesetz 2007/2008 –
in Zweiter Lesung 6483

Schlussabstimmung zum Regierungs-
entwurf 15/6309 – Haushalts-
gesetz 2007/2008 6483

Erledigung des CSU-Änderungs-
antrag 15/7056 6483

Weihnachts- und Neujahrswünsche

Präsident Alois Glück 6484, 6488
Johanna Werner-Muggendorfer (SPD) 6485
Stellvertretender Ministerpräsident
Dr. Günther Beckstein 6487

Schluss der Sitzung 6488

(Beginn: 09.01 Uhr)

Präsident Alois Glück: Sehr verehrte Kolleginnen und Kollegen! Ich wünsche einen guten Morgen. Ich eröffne die 84. Vollsitzung des Bayerischen Landtags. Presse, Funk und Fernsehen sowie Fotografen haben um Aufnahme genehmigung gebeten. Sie ist erteilt.

Ich rufe Tagesordnung 11 auf:

**Haushaltsplan 2007/2008;
Einzelplan 06 für den Geschäftsbereich des Bayerischen Staatsministeriums der Finanzen**

hierzu:

**Änderungsantrag von Abgeordneten der CSU-Fraktion (Drs. 15/6451),
Änderungsanträge von Abgeordneten der SPD-Fraktion (Drsn. 15/6466 und 15/6467),
Änderungsantrag der Fraktion des BÜNDNISSES 90/DIE GRÜNEN (Drs. 15/6479)**

Im Ältestenrat wurde für die Aussprache eine Gesamtredezeit von einer Stunde und 36 Minuten vereinbart. In der Verteilung ergibt das für die CSU 32 Minuten, für die SPD-Fraktion 17 Minuten und für das BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN 15 Minuten. Die Regelung für die Staatsregierung ist bekannt.

Ich eröffne die Aussprache. Erste Wortmeldung: Herr Kollege Fischer.

Herbert Fischer (CSU): Herr Präsident, lieber Herr Finanzminister, meine verehrten Kolleginnen und Kollegen! Zunächst ein paar Vorbemerkungen zu dem grundsätzlichen Thema Haushalt ohne Neuverschuldung: Die Diskussionsbeiträge der Opposition in den Ausschüssen und im Plenum zum Doppelhaushalt unterstreichen die Feststellung, die wir jedes Mal bei den Diskussionen über die Einzelpläne treffen müssen, dass nur die CSU zu einem Haushalt ohne Neuverschuldung steht. Mit der Opposition hätten wir nicht einen Haushalt ohne Neuverschuldung, sondern einen Haushalt mit neuer Verschuldung mit allen negativen Konsequenzen daraus erreicht.

Herr Maget, SPD, hat am Dienstag zugestanden, dass die wirtschaftliche Situation Bayerns besser als die aller anderen Bundesländer ist. Das hat natürlich mit den politischen Vorgaben der Bayerischen Staatsregierung und der CSU-Landtagsfraktion zu tun. Wenn der Kollege Maget meint, Bayern könnte noch besser sein, dann geht das nicht mit der bayerischen SPD und der Opposition im Bayerischen Landtag. Um unsere Spitzenstellung zu halten und weiter auszubauen, brauchen wir genügend politischen Gestaltungsspielraum, den wir nicht durch einen überschuldeten Haushalt bekommen, sondern wozu ein ausgeglichener Haushalt notwendig ist. Jeder Ländervergleich bestätigt uns: Je niedriger die Staatsschulden in den Bundesländern sind, desto höher sind dort das Wirtschaftswachstum und die Investitionsquote und desto niedriger die Arbeitslosenzahlen. Je höher die Schulden, desto schlechter sind dann das Wachstum sowie andere Daten.

Vom Kollegen Dürr von den GRÜNEN kam die Aussage, wir belasteten die nachkommenden Generationen mit Folgekosten, weil wir haushaltsmäßig zu wenig ausgegeben hätten und ausgäben. Dazu muss ich den GRÜNEN sagen: Eine hemmungslose Schuldenpolitik belastet die nächsten Generationen, weil sie diese Schuldenlasten übertragen bekommen. Außerdem – das geht die ganze Opposition im Bayerischen Landtag an, die hier alles schlecht reden will –: Der Wirtschaftsstandort Bayern wird nur durch positive Ergebnisse auf allen Politikfeldern begünstigt – sei es Bildungspolitik, Wissenschaftspolitik, Hochschulpolitik oder Sozialpolitik. Wenn es in den jeweiligen Einzelplänen nicht laufen würde, wäre es um den Wirtschaftsstandort Bayern schlecht bestellt.

Bayern hat mit dem Haushalt ohne Neuverschuldung rechtzeitig die richtigen Zeichen gesetzt. Andere Bundesländer folgen dem Beispiel Bayerns, mit Ausnahme Berlins sowie der Opposition im Bayerischen Landtag. Nachdem wir aber in Berlin gemeinsam eine Große Koalition gebildet haben, stellt sich vielleicht bei der SPD ein Umdenken ein; das hoffen wir zumindest. Wir haben in Bayern vor zwei Jahren mit den Sparmaßnahmen keinen Rückwärtsgang eingelegt, wie der SPD-Haushaltskollege Schieder im Haushaltsausschuss vor zwei Jahren gemeint hat. Sonst wäre Bayern nicht ein so erfolgreiches Land, wie auch Herr Kollege Maget bestätigt hatte. Es ging der Staatsregierung nicht um einen Haushalt ohne Neuverschuldung um jeden Preis, Herr Kollege, sondern um die notwendigen Gestaltungsspielräume auch für die kommenden Jahre sowie um unsere Verantwortung gegenüber der nächsten Generation.

Nun zum Einzelplan 06: Der Einzelplan 06 für den Doppelhaushalt 2007/2008 hat ein bereinigtes Ausgabevolumen von 1,63 Milliarden Euro für 2007 und 1,65 Milliarden Euro für 2008. Das sind Steigerungsraten von durchschnittlich 0,85 % für das nächste Jahr und 0,7 % für das Jahr 2008. Der Ausgabenzuwachs liegt deutlich unter dem Durchschnitt der Steigerungsrate des Gesamthaushalts. Damit leistet auch dieser Einzelplan einen wichtigen Beitrag zur Sicherung des Haushalts ohne Neuverschuldung.

Der Einzelplan 06 ist ein klassischer Verwaltungshaushalt. Er wird von den Personalausgaben dominiert, einschließlich der Versorgungs- und Beihilfeausgaben sind das rund 1,3 Milliarden Euro, das entspricht 79 % der Gesamtausgaben des Einzelplans. Damit wird deutlich, dass sich gerade bei Verwaltungshaushalten in besonderem Maße die personalintensive Struktur auswirkt. Schon geringfügige Tarifierhöhungen führen zwangsläufig zu Kostensteigerungen. Kostensenkungen beim Personal können, wenn der Service für die Bürgerinnen und Bürger auf einem hohen Niveau gehalten oder sogar verbessert werden soll, nur durch eine Überarbeitung der Organisationsstrukturen und durch das Ausnutzen von Rationalisierungspotentialen erreicht werden. Die Verwaltungsorganisation wurde in den letzten Jahren auf einigen Feldern grundlegend modernisiert. Ich erwähne im Rahmen des Einzelplans 06 nur die Gründung der Landesämter für Steuern, für Finanzen sowie für Vermessung und Geoinformation. Auf vielen Feldern wird das Personal durch den Einsatz moderner Techniken entlastet. Trotz der hohen Personalausgabenquote beantragt die Opposition mehr Ausgaben beim Personal.

Aufgrund der Haushaltssituation können kostenwirksame neue Stellen nicht ohne Weiteres ausgebracht werden. In diesem Einzelplan ergeben die vorgesehenen Hebungen insgesamt 872 zusätzliche Beförderungsmöglichkeiten, davon 673 bei den Finanzämtern, und unter anderem 145 in der Vermessungsverwaltung.

Wenn von der Opposition darauf hingewiesen wird, in den letzten Jahren sei beim Personal nur wenig getan worden, so darf ich das richtig stellen, denn allein in den letzten sieben Jahren wurden 5450 zusätzliche Beförderungsmöglichkeiten, z. B. in der Steuerverwaltung, geschaffen. Es kommen dann über 600 noch hinzu. Durch die vorgesehenen Hebungen werden in den beiden Verwaltungen vor allem die Beförderungsaussichten für Beamte des mittleren und gehobenen Dienstes verbessert. Dies entspricht auch einer Forderung der Finanzgewerkschaft. Durch die zusätzlichen Hebungen, die in diesem Einzelplan festgeschrieben sind, können auch Wartezeiten für Beförderungen verkürzt werden, z. B. die Wartezeit für eine Beförderung in die Besoldungsgruppe A 8 – bisher über 11 Jahre, dann vielleicht zwischen 7 und 10 Jahren – oder die Wartezeit für eine Beförderung in die Besoldungsgruppe A 11 – bisher bis zu 18 Jahren, dann wird sie wohl zwischen 7 und 12 Jahren liegen.

Noch eine Anmerkung zu den Anwärter- und Ausbildungsstellen:

Die Fraktionen der SPD und des BÜNDNISSES 90/DIE GRÜNEN verlangen in einem Änderungsantrag zusätzliche Anwärterstellen, weil ihrer Ansicht nach die Ausbildungszahlen seit 2004 zurückgegangen sind. Richtig ist, dass die Einstellungszahlen 2004 und 2005 zwar verringert wurden, dass sie aber für 2006 und 2007 wieder erhöht wurden. 2006 wurden im gehobenen Dienst 150 und im mittleren Dienst 79 Anwärterinnen und Anwärter eingestellt. Ebenso viele sind für 2007 vorgesehen. In den weiteren Jahren werden je nach Bedarf Auszubildende eingestellt. Die sogenannte Bedarfsausbildung, welche die Grundlage für die Einstellung ist, hat sich über viele Jahre bewährt. Sie ist für den Dienstherrn wie auch für die Auszubildenden eine wichtige Planungsgrundlage.

Kollege Schieder von der SPD, der selbst aus der Steuerverwaltung kommt, thematisierte in der Ausschusssitzung die Personalsituation in der Steuerverwaltung. Er bemängelte, dass zu wenig Personal in der Steuerverwaltung zu wenig Steuern einbringe. In meinen Gesprächen mit dem für mich zuständigen Finanzamt konnte ich zunächst einmal den Eindruck gewinnen, dass sich die Steuerverwaltung in den letzten Jahren positiv entwickelt hat. Richtig ist, dass es an manchen Stellen einen gestiegenen Arbeitsanfall gibt. Richtig ist aber auch, dass an anderen Stellen der Arbeitsanfall zurückgegangen ist, so zum Beispiel in den Lohnsteuerarbeitgeberstellen, in der Finanzkasse, in der Bewertung, in der Grunderwerbsteuerstelle, in der Datenerfassung oder in der Schreibkanzlei. Dagegen kann man feststellen, dass die Fallzahlen in der Veranlagungsstelle oder in der Vollstreckungsstelle gestiegen sind. Dieser gestiegene Arbeitsanfall kann aber nicht einfach zu mehr Personaleinstellungen führen. Natürlich muss man dieser Fallzahlsteigerung mit Personalumschichtungen, mit organisatorischen

Maßnahmen und einer verbesserten Automationsunterstützung begegnen. Für die Ausstattung der Finanzämter mit modernster Informationstechnologie und für die Einführung neuer EDV-Verfahren wurden in den letzten fünf Jahren an die 100 Millionen Euro investiert.

Die Steuerverwaltung arbeitet mit Hochdruck an einem elektronischen Managementrisikosystem. Eine infolgedessen weitgehend maschinelle Bearbeitung der Steuererklärungen führt dazu, dass einfache und unriskante Fälle maschinell bearbeitet werden können. Wenn die Steuerverwaltung von einfachen Tätigkeiten entlastet wird, bleibt mehr Zeit für die Prüfung der maschinell ausgewählten risikobehafteten Fälle. In den Arbeitnehmerstellen funktioniert dieses System offensichtlich schon sehr erfolgreich.

Dann darf ich noch kurz auf das nicht nur bayerische Problem der Bekämpfung des Umsatzsteuerbetrugs eingehen. Im Auftrag unseres Finanzministers hat die bayerische Steuerverwaltung ein Gesamtkonzept zur schlagkräftigeren Bekämpfung des Umsatzsteuerbetrugs erarbeitet, das in der schriftlichen Antwort der Staatsregierung vom 22. September auf eine Anfrage des Kollegen Mütze des BÜNDNISSES 90/DIE GRÜNEN berichtet wurde. In dieser Antwort konnte der Finanzminister darauf hinweisen, dass das Konzept von Spezialisten in der Finanzverwaltung entwickelt wurde, die eine jahrelange Erfahrung aus der Praxis mitbringen. Gedanke dieser neuen Konzeption ist, dass alle Stellen, die mit Umsatzsteuerbetrug in Berührung kommen, effizient miteinander vernetzt werden. Im Übrigen ist in der Beantwortung der Frage ausgeführt, dass geplant ist, die Finanzämter in den Bereichen Umsatzsteuervoranmeldung und Umsatzsteuersonderprüfung personell zu verstärken.

Ich erwähne nur ganz kurz die Personalausstattung der Außendienste. Bei der Betriebsprüfung, der Steuerfahndung, der Umsatzsteuerprüfung und der betriebsnahen Veranlagung ist in den letzten Jahren personell aufgestockt worden. 1998 waren es noch rund 2950 Vollzeitkräfte, Ende 2006 sind es bereits rund 3120 Vollzeitkräfte. Weitere personelle Verstärkungen der Außendienste sind vereinbart.

Durch die Arbeitszeitverlängerung haben wir in der Steuerverwaltung seit 1. September 2004 eine Arbeitszeitkapazität von rund 485 Stellen gewonnen. Jeder kann sich ausrechnen, was ohne diesen Arbeitszeitkapazitätsgewinn bei den Personalkosten passiert wäre. Natürlich muss die Personalbedarfsberechnung aktualisiert werden, wobei die Arbeitszeitverlängerung, die bisher vollzogenen organisatorischen Änderungen bzw. die arbeitserleichternden technischen Erneuerungen berücksichtigt werden müssen.

Inzwischen liegt auch der Bericht des Obersten Rechnungshofes vor, der sich im Wesentlichen auf Vorgänge im Jahr 2004 bezieht. Darüber wird im Ausschuss diskutiert werden. Der ORH-Bericht wird sicherlich nicht nur zur Kenntnis genommen werden, sondern er ist eine Grundlage für die weitere Arbeit. Er enthält Anregungen, mit denen wir uns natürlich auseinandersetzen müssen.

Wir setzen uns auch mit dem Kollegen Schieder auseinander, wenn er uns Vorschläge macht.

Weiter möchte ich noch auf verschiedene Einnahmen und Ausgaben des Einzelplans eingehen. Zum Beispiel gibt es bei der Schlösserverwaltung auf der Einnahmenseite gegenüber 2006 keine wesentlichen Veränderungen. Aufgrund der schwachen Entwicklung auf dem Bausektor zeichnet sich eine rückläufige Entwicklung der Einnahmen der Vermessungsverwaltung ab, sodass im Jahr 2007 die Einnahmen um 4,3 % sinken werden. Dieses Niveau wird auch im Jahr 2008 beibehalten werden. Ich hoffe natürlich, dass der Finanzminister damit nicht Recht hat. Ich komme selber aus einem Landkreis, der sehr stark von der Bauwirtschaft geprägt ist. Ich wünsche mir natürlich, dass die Entwicklung auf dem Bausektor wieder einen positiven Verlauf nimmt.

Die Einnahmen im Einzelplan 06 sinken im Jahr 2007 insgesamt um 15 Millionen Euro auf 339,2 Millionen Euro und im Jahr 2008 um weitere 3,2 Millionen Euro auf 336 Millionen Euro. Bei den Bauausgaben verweise ich auf die angesetzten 55 Millionen Euro für die Jahre 2007 und 2008, die weiterhin wichtige Impulse für die Bauwirtschaft geben sollen.

Das Hauptaugenmerk der Sach- und Investitionsausgaben liegt, wie ich bereits erwähnt habe, auf den EDV-Ausgaben. Hierfür sind im Doppelhaushalt rund 126 Millionen Euro eingestellt, das sind rund 29 % der Sach- und Investitionsausgaben in Höhe von insgesamt 432 Millionen Euro. Das Landesamt für Vermessung und Geoinformation und der Vermessungsdienst erproben in den Doppelhaushaltsjahren als zusätzliches Informations- und Steigerungsinstrument den produkt- und leistungsorientierten Haushalt. Die dafür notwendigen Kosten sind im Haushalt ausgewiesen.

Bei den Beratungen im Haushaltsausschuss habe ich gesagt, dass für mich dieser Einzelplan eine besondere Bedeutung hat. Ich habe damit gemeint, dass der Finanzminister – da schließe ich auch seinen Staatssekretär ein – einen ganz entscheidenden Anteil daran hat, dass Bayern in so kurzer Zeit den Haushalt ohne Neuverschuldung erreicht hat und dass dies auch in den nächsten Doppelhaushaltsjahren so weitergeführt werden kann. Dafür, Herr Finanzminister und Herr Staatssekretär herzlichen Dank! Der Dank gilt allen Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern des Finanzministeriums, die mit ihrer Arbeit die positive Entwicklung möglich gemacht haben.

(Beifall bei der CSU)

Ich darf natürlich auch all den Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern danken, die in den dem Finanzministerium zugeordneten Verwaltungsbehörden tätig sind.

Sie leisten alle miteinander eine hervorragende Arbeit. Von vielen Finanzamtsdirektoren, bei denen ich nachgefragt habe, wurde mir bestätigt, dass die Mitarbeiter bei ihrer Arbeit sehr motiviert sind. Die Meinung trifft nicht zu, dass sie griesgrämig an ihrem Arbeitsplatz säßen. Sie leisten vielmehr eine sehr gute Arbeit. Dadurch existiert

ein exzellenter Service; das muss man einmal herausstellen.

Dank sage ich auch allen Kolleginnen und Kollegen im Haushaltsausschuss. Dies sage ich nicht nur den Mitgliedern meiner Fraktion, sondern auch den anderen Kolleginnen und Kollegen. Denn wir haben auch über die Fraktionsgrenzen hinweg immer wieder gut zusammengearbeitet.

Die CSU-Fraktion wird dem Einzelplan heute natürlich ihre Zustimmung geben. Sie wird auch die Voten des Haushaltsausschusses zu den Änderungsanträgen bestätigen. Die Änderungsanträge der Opposition werden von uns abgelehnt, da sie unseren Haushaltsgrundsätzen nicht entsprechen.

(Beifall bei der CSU)

Präsident Alois Glück: Der nächste Redner ist Herr Kollege Schieder.

Werner Schieder (SPD): Herr Präsident, Herr Staatsminister, Herr Staatssekretär, verehrte Kolleginnen und Kollegen! Ich muss meine begrenzte Redezeit etwas einteilen. Natürlich muss ich auch einiges zu dem sagen, was Herr Kollege Fischer hier tunlichst verschwiegen hat. Es gibt da nämlich einige Probleme.

Trotzdem beginne ich mit einem Wort des Dankes. Ich danke den Beschäftigten im Bereich des Staatsministeriums der Finanzen, insbesondere den Beschäftigten in der Schlösser- und Seenverwaltung, in der Vermessungsverwaltung und der Steuerverwaltung. Den Beschäftigten verdanken wir, dass in diesen Verwaltungsteilen gute Arbeit geleistet wird. Wenn ich später in meinen Ausführungen darauf hinweisen werde, dass die Steuerverwaltung am Rande der Funktionsfähigkeit arbeitet, so muss ich schon jetzt sagen, dass dies nicht das Verschulden der Beschäftigten ist; dies liegt vielmehr an der politischen Führung, die die notwendigen Rahmenbedingungen nicht bereitstellt.

(Beifall bei der SPD)

Ich will bei der politischen Bewertung des Einzelplans 06 insbesondere auf die Einnahmenseite des Staates eingehen, nachdem in allen anderen Einzelplänen im Wesentlichen über Ausgaben, Defizite und Problembewältigungen gesprochen wird. Die Einnahmenseite verdient eine besondere Aufmerksamkeit. Da nehme ich ein Wort von Ihnen, Herr Kollege Fischer, auf: Der Gestaltungsspielraum der Politik, den wir brauchen, hängt letztendlich natürlich von der Einnahmenseite ab. Denn mittel- und längerfristig ist niemand für eine dauerhafte Verschuldung. Die Einnahmenseite bietet zunächst einmal die Grundlage dafür, was politisch gestaltet wird.

Ich werbe hier wie schon seit längerer Zeit um das Verständnis für eine These, die ich kurz begründen will. Die These lautet: Der Staat, insbesondere der Freistaat Bayern, hat nicht ein Ausgabe-, sondern ein Einnahmeproblem.

Der Freistaat Bayern hat kein Ausgabeproblem in dem Sinne, dass wir zu viel oder immer mehr ausgeben. Dazu gebe ich die folgenden Hinweise. Wenn wir prüfen, ob der Staat zu viel oder zu wenig ausgibt, muss der letzte Maßstab immer die Wirtschaftsleistung sein. Das ist das Potenzial des eigenen Landes. Dabei messen wir uns nicht zum Beispiel an Mecklenburg-Vorpommern oder woran auch immer, sondern an dem Potenzial der eigenen Wirtschaftsleistung. Deswegen ist das Bruttoinlandsprodukt die letzte Maßgröße zur Beurteilung der Frage, ob zu viel oder zu wenig ausgegeben wird.

Ich möchte bei der Gelegenheit auf Folgendes hinweisen. Der Freistaat Bayern gibt heute, gemessen an der Wirtschaftsleistung, 4 Milliarden Euro weniger aus als noch vor gut zehn Jahren. Das ist eine wahnsinnig große Summe, die man sich einmal vor Augen halten muss. Ich habe dazu im Haushaltsausschuss schon Näheres vorgebracht. Die Details stehen Ihnen zur Verfügung. Im Augenblick kann ich Ihnen die Berechnungen aber nicht zeigen. Die 4 Milliarden Euro sind 1 % des bayerischen Bruttoinlandsprodukts. Also: Der Freistaat Bayern gibt jetzt 4 Milliarden Euro weniger aus als noch vor zehn Jahren, gemessen an der bayerischen Wirtschaftsleistung.

In dem Zusammenhang nenne ich eine weitere Tatsache. Kein Flächenland West gibt – im Verhältnis zur Wirtschaftsleistung – so wenig für Personal aus wie der Freistaat Bayern. Darauf habe ich auch in den vergangenen Jahren schon immer wieder hingewiesen. Jetzt kann man das erfreulicherweise auch im ORH-Bericht nachlesen. Lesen Sie es dort einmal nach, und beschäftigen Sie sich damit.

Da ist es kein Wunder, dass wir bei der Justiz, bei Staatsanwälten, bei Richtern, in der Steuerverwaltung, bei Lehrern, Hochschulen und in vielen anderen Bereichen so massive Probleme haben. Es ist kein Wunder, sondern die Folge der geringen Personalausgaben.

Wie ich sagte, hat der Staat kein Ausgabeproblem. Von überbordenden Staatsausgaben kann nicht die Rede sein. Das Gegenteil ist richtig.

Ich sagte aber: Der Freistaat Bayern hat vornehmlich ein Einnahmeproblem. Das hängt natürlich mit der Konjunktur- und Steuerpolitik der letzten Jahre zusammen. Es würde zu weit führen, dies im Detail darzulegen. Aber auf folgende Punkte muss ich hinweisen.

Erstens spreche ich zur aktuellen Lage der Unternehmenssteuerreform, zweitens zum Vorsteuerbetrug und drittens zu massiven Steuerausfällen durch Personalmangel in der Steuerverwaltung.

Zunächst zur Unternehmenssteuerreform. Der Finanzminister hat im Doppelhaushalt 2007/08 für 2008 allein bei der Körperschaftsteuer 600 Millionen Euro Mindereinnahmen wegen der Unternehmenssteuerreform angesetzt. Diesen Betrag will ich in Erinnerung rufen. Herr Staatsminister, ich kritisiere nicht die Formalie, dass Sie diesen Betrag angesetzt haben, nachdem das aus Berlin so avisiert worden ist. Was ich kritisiere, ist das politische Vorhaben, vor allem auf Druck der Union bei den Unter-

nehmenssteuern zu weiteren massiven Entlastungen zu kommen, nachdem schon in der Vergangenheit solche Entlastungen geschehen sind. Das halten wir für falsch, das ist nicht vertretbar.

Die Bürger verstehen nicht, warum ihnen Mehrwertsteuer oder – speziell in Bayern – Büchergeld und Studiengebühren abverlangt werden, während auf der anderen Seite Milliarden für weitere Unternehmenssteuerentlastungen bereitstehen. Das ist nicht gerecht.

Ich komme zum zweiten Stichwort: Vorsteuerbetrug. Wir wissen seit Jahren, dass es in Deutschland da um eine Größenordnung von vielleicht 16 Milliarden Euro insgesamt geht; das sind Vorsteuer- und Umsatzsteuerbetrug insgesamt. Auf Bayern entfällt davon, vorsichtig geschätzt, 1 Milliarde Euro. Das heißt auf Deutsch: Im bayerischen Haushalt fehlt 1 Milliarde Euro an Steuereinnahmen zur Erledigung dringender Aufgaben. In den letzten Tagen ist von uns ja einiges darüber gesagt worden, wo die Bedarfe liegen.

Da ist natürlich konsequentes Handeln statt jahrelanger Untätigkeit angesagt. Der Finanzminister hat das Problem jahrelang vor sich hergeschoben. Er trägt Mitverantwortung dafür, dass Bayern in diesem Punkt zu wenig Steuereinnahmen hat und damit der Freistaat zu wenig leistungsfähig ist.

Herr Staatsminister, der Verweis auf einen Systemwechsel entspricht nicht dem richtigen Weg, jedenfalls für eine überschaubare Zeit. Der Verweis auf einen Systemwechsel ist eine Vertröstung auf lange Jahre und heißt nichts anderes, als dass man das Problem auf die lange Bank schiebt.

Letztlich – darauf darf ich noch einmal hinweisen – hängt es nicht so sehr vom System ab. In jedem System gibt es massive Betrugsanfälligkeiten, wenn die konkrete gesetzliche Ausgestaltung nicht optimiert und mit einer gewissen Strenge ausgestattet ist. Deswegen halte ich es für dringend erforderlich, dass auch schon im jetzigen Umsatzsteuerrecht die Möglichkeiten genutzt werden, dem Vorsteuerbetrug präventiv entgegenzutreten. Ich habe das im Haushaltsausschuss näher ausgeführt und verweise nur noch mal auf die Vorschrift des § 6 a Absatz 4 des Umsatzsteuergesetzes, mit der Unternehmer, die sich am Vorsteuerbetrug beteiligen, praktisch auch noch eine Schutzvorschrift bekommen und der Staat erst hinterher versuchen muss, das Geld wieder hereinzubekommen. Gegen diese Betrügereien ist eine gewisse gesetzliche Strenge notwendig, denn es handelt sich für den Freistaat Bayern immerhin um eine Milliardengröße, und das kann man nicht einfach leichtfertig behandeln, meine Damen und Herren.

(Beifall bei Abgeordneten der SPD)

Ich will, meine Damen und Herren und Herr Staatsminister, ausdrücklich anerkennen, dass Sie seit einem Jahr nach langem Drängen – wir haben immer wieder darauf hingewiesen – einige Verwaltungsmaßnahmen in die Wege geleitet haben. Das begrüßen wir. Ich sage aber auch: Das, was Sie bisher unternommen haben, ist völlig

unzureichend. Der entscheidende Punkt, den Sie nicht angehen wollen, ist der, dass Sie für solche zusätzlichen Aufgaben und Herausforderungen auch das notwendige zusätzliche Personal bereitstellen müssen. Ohne das ist das letztlich das Papier nicht wert, auf dem es steht, meine Damen und Herren. Das ist das Wichtigste.

(Beifall der Abgeordneten Johanna Werner-Muggendorfer (SPD))

Ich muss noch einmal deutlich machen, meine Damen und Herren: Wenn Sie das Allerweltsargument bei Anträgen der Opposition, speziell der SPD-Fraktion, benutzen: „Wir haben kein Geld“, dann lasse ich das solange nicht gelten, wie Sie nicht entschieden dafür sorgen, dass auch die notwendigen Steuereinnahmen hereinkommen.

(Beifall bei Abgeordneten der SPD)

Drittens will ich einige Anmerkungen zu dem Problem machen, dass wir leider erhebliche Steuerausfälle im Haushalt des Freistaats Bayern deswegen haben, weil, wie ich schon eingangs sagte, die Steuerverwaltung am Rande ihrer Funktionsfähigkeit arbeitet, was in einem erheblichen Personalmangel begründet ist, den Sie, Herr Staatsminister und die CSU-Fraktion, in den letzten Jahren durch einen massiven Stellenabbau auch bei der Steuerverwaltung noch zusätzlich verschärft haben.

Im neuen ORH-Bericht wird man darüber belehrt, dass alleine bei der Einkunftsart „Einkünfte aus Vermietung und Verpachtung“ „vorsichtig geschätzt“, wie der ORH sagt, dem Freistaat Bayern jährlich 150 Millionen Euro an Einnahmen entgehen, weil diese Einkunftsart nicht ordentlich überprüft wird, seitens der Finanzämter mangels Personal nicht ordentlich überprüft werden kann. 150 Millionen Euro, meine Damen und Herren, das ist ziemlich genau der Betrag, den die Studiengebühren einbringen sollen.

(Beifall bei Abgeordneten der SPD – Johanna Werner-Muggendorfer (SPD): Zum Beispiel!)

Ich sage: Es ist nicht erforderlich, von den Eltern der Studierenden Studiengebühren zu verlangen. Tun Sie aufseiten der Steuerverwaltung das Notwendige, um genau diesen Betrag auf der Einnahmeseite hereinzuwirtschaften, meine Damen und Herren. Das ist der Punkt.

(Beifall bei Abgeordneten der SPD)

Wenn man die ORH-Berichte der letzten Jahre anschaut, in denen sich auffälligerweise die Beanstandungen gegenüber Ihrem Hause häufen, dann sieht man Folgendes: Umsatzsteuersonderprüfung – zu wenig Personal, zu wenig Prüfungen, Bayern ist Schlusslicht beim Prüfungsturnus. Massive Steuerausfälle sind die Folge. Betriebsnahe Veranlagung: personelle Unterbesetzung, massive Steuerausfälle sind in diesem Bereich die Folge. Betriebsprüfung: Es ist richtig, Herr Kollege Fischer, dass 1998 und in den Folgejahren der Versuch gemacht worden ist, personelle Aufstockungen durchzuführen. In den letzten Jahren sind diese Versuche vollständig zum Stillstand gekommen. Wir haben schon seit Längerem

eine massive Unterbesetzung in der Betriebsprüfung. Ich höre immer: Bayern ist vorne. Meine Damen und Herren, Bayern ist Schlusslicht beim Prüfungsturnus der Betriebe in der Bundesrepublik Deutschland.

(Beifall bei Abgeordneten der SPD)

Das muss man sich vor Augen halten. Das hat massive Steuerausfälle zur Folge, nachzulesen in den letzten Jahren in den ORH-Berichten. Veranlagung, Stellen der Finanzämter: Personell zu wenig ausgestattet; die Folge: Steuerausfälle in den verschiedenen Bereichen. Sie können das alles nachlesen. Vollstreckungsstellen; personell unterausgestattet. Die Folge: Die notwendige Beitreibung kann nicht erfolgen.

Die Ursache all dieser Probleme ist der massive Personalabbau der letzten Jahre, den Sie betrieben haben, statt das Personal so aufzubauen, dass die Verwaltung wieder funktionsfähig wird und dass wir die notwendigen Einnahmen an dieser Stelle auch organisieren können. Meine Damen und Herren, ich verweise auf das Schreiben des Bayerischen Landesamts für Steuern – man muss ja nicht das glauben, was ich erzähle. In dem Schreiben des Landesamts für Steuern an das Haus des Finanzministers heißt es:

Die in den letzten Jahren vorgenommenen Personaleinsparungen haben zu einer weiteren Erhöhung der Arbeitsbelastung und zu einer Erhöhung des Durchschnittsalters der Beschäftigten geführt. Der gestiegene Arbeitsanfall kann durch organisatorische Maßnahmen und verstärkte EDV-Unterstützung nicht mehr ausgeglichen werden.

Es wird dargestellt, dass alleine zum Zuteilungssoll eine Unterbesetzung von round-about 8 % besteht, wobei man wissen muss, dass das Zuteilungssoll schon eine Unterbesetzung von weit über 10 % bedeutet. Wir haben also, gemessen an der bundesweit gültigen Personalbedarfsberechnung, in der Steuerverwaltung eine Unterbesetzung von nahezu 20 %. Eigentlich müsste der Finanzminister ein Fünftel der bayerischen Finanzämter schließen, wenn er die anderen ordentlich ausstatten wollte.

Ich sage noch einmal, meine Damen und Herren: Es ist ja vielleicht nicht so bedeutend, was ich zu diesem Punkt meine. Ich will mich nicht überschätzen. Aber ich nehme als Kronzeugen die Vorsteher, die bei ihren Tagungen dem Finanzminister sagen, wie die Lage ist. Die Vorsteher, Herr Kollege Fischer, sagen das auch öffentlich. Ich kann Ihnen die in den letzten zwei Jahren gesammelten Zeitungsartikel geben, wie viele Vorsteher sich öffentlich geäußert haben, dass das nicht mehr zu bewältigen ist und eben zu massiven Steuerausfällen führt.

(Beifall bei Abgeordneten der SPD)

Es sagen die Vorsteher, es sagt die bayerische Finanzgewerkschaft – das sind Praktiker –, es sagen die Vertreter der Gewerkschaft ver.di in diesem Bereich, es sagen die Personalvertretungen unisono, es sagt der ORH, es

sagen die Eingaben, die seit Jahren eingehen, und es sagen die Kolleginnen und Kollegen, wenn man mit ihnen redet, alle das Gleiche: Das Problem ist so, wie ich es kurz beschrieben habe. Meine Damen und Herren, alle sagen: Der Schnee ist weiß, nur die Schwarzen hier behaupten: Der Schnee ist schwarz. Das ist das Problem, das wir in diesem Punkt haben.

(Beifall bei Abgeordneten der SPD)

Ich fordere Sie erneut auf, dass Sie diese verheerende Politik des Personalabbaus in der Verwaltung, die die Einnahmen für die Ausgabe-seite organisieren soll, endlich beenden und zu einem vernünftigen Personal-aufbau kommen. Nur so sind wir in der Lage, den Gestaltungs-spielraum, den die bayerischen Potenziale geben, auch zu nutzen. Das ist notwendig für ein besseres, für ein sozialeres, für ein gerechteres, im Übrigen auch für ein wirtschaftlich erfolgreicher Bayern. Dazu sind die Möglichkeiten bei weitem nicht ausgeschöpft. Das tun Sie bisher nicht, meine Damen und Herren von der CSU und Herr Staatsminister. Deswegen müssen wir den Einzelplan 06 ablehnen, weil er ein weiteres Mal in die falsche Richtung führt und nicht beiträgt zu einer wirklichen Lösung der Probleme, die wir in diesen Tagen hier miteinander besprechen.

(Beifall der Abgeordneten Johanna Werner-Mugendorfer (SPD))

Meine Damen und Herren, ich bedanke mich für die Aufmerksamkeit.

(Beifall bei der SPD)

Präsident Alois Glück: Nächste Wortmeldung Herr Kollege Hallitzky.

Eike Hallitzky (GRÜNE): Sehr geehrter Herr Präsident, liebe Kolleginnen und Kollegen! Wenn man den Kolleginnen und Kollegen auf der rechten Seite so lauscht – auch Kollege Fischer hat das eben getan –, könnte man den Eindruck gewinnen, Finanzminister Faltlhauser sei der größte Finanzminister aller Zeiten.

(Anhaltender Beifall bei der CSU – Zurufe von der CSU: Bravo!)

– Ich gebe euch eine halbe Minute, danach geht es von meiner Redezeit nicht mehr ab.

Liebe Kolleginnen und Kollegen von der CSU, die Wahrheit ist aber eine ganz andere. Die Wahrheit ist, dass hier nicht der größte Finanzminister aller Zeiten proklamiert und abgefeiert wird, sondern dass Sie die größte Legendenbildung der bayerischen Finanzgeschichte betreiben.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Ein guter Finanzminister hat vor allem zwei Dinge zu leisten: Zum einen muss er den Kurs einer stetigen Haushaltsführung und dabei langfristig das Ziel verfolgen, dass die Einnahmen und die Ausgaben des Staates im Gleich-

gewicht sind. Zum anderen ist er dafür verantwortlich, dass der Staat die ihm rechtlich zustehenden Steuern auch tatsächlich erhebt und eintreibt. Herr Minister, beides leisten Sie nicht.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Deshalb ist dieser Etatentwurf überhaupt kein Grund, dem bayerischen Finanzminister einen Lorbeerkrantz zu flechten,

(Zuruf von der CSU: Doch!)

sondern er ist für mich Anlass – und er sollte auch für Sie, liebe Kolleginnen und Kollegen von der Regierungsfraktion Anlass sein –, nüchtern Bilanz zu ziehen:

Erstens: Der Finanzminister ist seit Jahren nicht in der Lage, eine stetige Haushaltsführung zu betreiben. Was Sie in der Öffentlichkeit als harmonischen Dreiklang aus Sparen, Reformieren und Investieren verkaufen, ist nichts weiter als eine finanzpolitische Disharmonie von Sparen und Prassen im Zeitablauf der Wahlen.

(Maria Scharfenberg (GRÜNE): Genau!)

Ob wir ein Wahljahr haben oder nicht, das lässt sich mit einem ganz einfachen Blick auf das Ausgabegebaren dieser Staatsregierung feststellen. Der erste gescheiterte Fluchtversuch von Herrn Stoiber von München nach Berlin wurde von Ihnen, Herr Faltlhauser, mit einer exorbitanten Haushaltssteigerung im Jahr 2002 zum Zwecke üppiger Wahlgeschenke genutzt. Diese Fluchthilfe mag man irgendwie verstehen, finanzpolitisch war es eine reine Verschwendung knapper Ressourcen.

(Beifall bei den GRÜNEN)

2003 war dann Landtagswahl. Daher blieb es bei den stark überhöhten Staatsausgaben; Boomzeit wegen der Wahlen. Was nach der Wahl im Jahr 2003 passierte, wissen wir alle: fiskalische Vollbremsung, die ohne Rücksicht im Wesentlichen bei den sozial Schwachen das wieder einsammelte, was zuvor die Finanzpolitik anderen an Geschenken gemacht hatte. Der bayerischen Bevölkerung erzählten Sie, dass die sozialpolitische Vollbremsung finanzpolitisch notwendig gewesen sei. Heute stellt sich die Frage: notwendig wofür? Dafür, dass Sie bereits heute wieder ankündigen, rechtzeitig vor der nächsten Wahl wieder zu prassen? Dafür, dass Sie wieder einmal im Wahljahr Geschenke ankündigen, wie einige bayerische Medien mit „Geschenke im Wahljahr“ völlig zu Recht, kurz und knapp nach der Rede des Ministerpräsidenten titelten? Dafür, dass Sie, wie in der „Abendzeitung“ steht, ein neues Füllhorn über das Volk ausschütten? Erwarten Sie von uns im Ernst Lob dafür, dass in Bayern viele Menschen am unteren Ende der Sozialpyramide, die die Kahl-schläge von 2004 bitter trafen und bis heute treffen, für Ihre Wahlgeschenke im Jahr 2008 bluten mussten und müssen?

Geld für Notwendiges fehlt noch in diesem Jahr; ich erinnere beispielsweise an die Debatte zur Schulsozialarbeit. Und nicht wenige Minister trösteten uns bei den Beratungen im Haushaltsausschuss mit den Worten: Das

werden wir wohl auf den Nachtragshaushalt vertagen müssen. Der Nachtragshaushalt 2008 ist dann der Wahlhaushalt. Dahinter steckt der politische Schweinezyklus wie im Lehrbuch: Nach der Wahl Einschnitte, vor der Wahl Wohltaten“. So beschreibt der „Münchner Merkur“ treffend Ihre Planspiele für 2008.

(Maria Scharfenberg (GRÜNE): So gewinnt man Wahlen!)

Meine lieben Kolleginnen und Kollegen, ich sage Ihnen, und ich sage auch Dir, liebe Maria: Dieser sogenannte Masterplan für die Macht wird diesmal nicht aufgehen.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Die Menschen in Bayern werden sich nicht ein zweites Mal von Ihren Schweinezyklen hinters Licht führen lassen.

(Maria Scharfenberg (GRÜNE): Hoffentlich!)

Vielleicht werden sie bei der nächsten Wahl nicht alle Grün wählen, obwohl ich das jedem mit gutem Gewissen empfehlen könnte.

(Beifall bei den GRÜNEN – Lachen bei Abgeordneten der CSU)

Die CSU-Politik ist nach bloßen wahltaktischen Interessen ausgerichtet; lesen Sie die Berichte der Medien. Das werden viele Bayerinnen und Bayern nicht mehr wählen, da dürfen Sie sich sicher sein, ich bin es mir auch.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Sehr geehrter Herr Finanzminister, Ihre unstetige Finanzpolitik ist langfristig ein Schaden für Bayern. Anstatt mäßigend auf konjunkturelle Schwankungen einzuwirken, verstärken Sie diese noch. Das schadet den Menschen und das schadet der Wirtschaft in diesem Land. Für diese Politik gibt es von den GRÜNEN keine Zustimmung.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Wie wenig nachhaltig und stetig Ihre Finanzpolitik ist, zeigt jedem, der es wissen will, der gewaltige Widerhall, den der diesjährige Bericht des Obersten Rechnungshofes in den bayerischen Medien fand. Kollege Schieder hat dies dankenswerterweise schon angesprochen. Ich zitiere einige Überschriften daraus: „Staat lässt Bauten verkommen“, „Rüge für Bayerns Finanzpolitik“, „Falsch gespart“, „Wo Doktoren mit Klebeband auf undichten Dächern herumturnen“. Allein der Sanierungsbedarf für die Uni Regensburg liegt mittlerweile bei 400 Millionen Euro. Ihre Politik des Verzichts auf den Erhalt von Bausubstanz, von bayerischen Werten, von Substanz im Namen der Haushaltsdisziplin ist eine klassische Milchmädchenrechnung – diese Aussage stimmt vielleicht in einem Punkt nicht, weil es nämlich eine Beleidigung der Milchmädchen ist.

(Beifall bei den GRÜNEN)

„Was nützt es dem Steuerzahler, wenn beim Unterhalt staatlicher Gebäude heute gespart wird und die Sanierung in einigen Jahren das Doppelte und Dreifache kostet?“, fragt die „Augsburger Allgemeine“ und liefert die Antwort gleich mit.

(Zuruf des Abgeordneten Ludwig Wörner (SPD))

„Die Antwort ist klar: Es nutzt gar nichts“. Ich wüsste nicht, was man dieser Aussage des Journalisten der „Augsburger Allgemeinen“ entgegensetzen könnte; denn diese Aussage ist wahr.

Liebe Staatsregierung, anstatt sonntäglich von finanzpolitischer Verantwortung für die kommende Generation zu reden, sollten Sie lieber wochentags nach dieser Prämisse handeln. Doch was machen Sie? Siebürden lieber der Jugend noch weitere Lasten auf. Die GRÜNEN haben Sie gebetsmühlenartig gebeten, sich der Ausweitung sogenannter PPP oder ÖPP – Öffentlich Privater Partnerschaften – entgegenzustellen. Bereits die ersten beiden größeren Projekte dürften Ihnen gezeigt haben, dass wir in unserer kritischen Einschätzung so falsch nicht liegen. Kostenvorteile durch PPP dürften eher die große Ausnahme sein und bleiben. Die Konstruktion von PPP oder ÖPP verursacht aber langfristig erhebliche finanzielle Verbindlichkeiten, die künftige Haushalte schwer belasten.

(Beifall bei den GRÜNEN)

„Kaufe heute, zahle später“, ist für Konsumenten ein einfacher Weg, sich etwas zu kaufen, das man sich heute nicht leisten kann. „Kaufe heute, zahle später“, ist aber auch für viele und für immer mehr Menschen ein genial einfacher Weg in die Privatinsolvenz.

Sehr geehrter Herr Finanzminister, diese Erkenntnis sollten wir auch für unser staatliches Ausgabeverhalten berücksichtigen.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Die künftigen Haushalte bereits heute zu verbraten, um damit zusätzliche Bauvorhaben durchzusetzen, ist gegenüber der kommenden Generation, die sie dann bezahlen muss, unverantwortlich. Das gilt auch dann, wenn Sie die Haushalte nicht mehr zu verantworten haben.

(Maria Scharfenberg (GRÜNE): So viel zum Thema „Nachhaltigkeit“!)

Der Staat braucht Einnahmen. Und die Mittel, die wir je nach Fraktion zur Gestaltung unserer Politik brauchen, müssen beschafft werden, sonst geht nichts. Gerade deshalb ist es die zentrale Aufgabe des Finanzministers, diese Einnahmen auch tatsächlich zu erheben. Damit wären wir beim nächsten Thema, dem Steuervollzug oder besser: den gravierenden Mängeln im Steuervollzug.

Ich würde Ihnen gerne für die in Bayern gestiegenen Staatseinnahmen danken, aber das geht leider nicht; denn es wagt in diesem Land zu Recht niemand zu behaupten, die für 2007 und 2008 zu erwartende verbesserte Ein-

nahmesituation hätte irgend etwas mit einer – sagen wir einmal – geglückten Reformpolitik von Schwarz-Rot im Bund zu tun. Was da stattfindet, wird uns täglich vorgeführt. Die verbesserte Wirtschaftslage hat vielmehr ein wenig mit Gesetzesvorhaben unter Rot-Grün zu tun, die bei uns auch durchaus umstritten waren. Das wissen Sie auch. Und sie hat vor allem mit der weltwirtschaftlichen Konjunkturerholung zu tun.

Sie setzen da noch eines drauf – dafür sind Sie mitverantwortlich: Jetzt gehen Sie mit einer Mehrwertsteuererhöhung, mit der größten Steuererhöhung, die dieses Land je erlebt hat, wiederum den leichten Weg. Gerade die Mehrwertsteuererhöhung belastet vor allem – nicht nur, aber vor allem – die kleinen Leute und entbindet Sie, Herr Minister, augenscheinlich davon, bei jenen für eine umfassende Steuereintreibung zu sorgen, die landläufig nicht zum Prekariat zu rechnen sind. Jährlich verzichten Sie wesentlich darauf, mehrere einhundert Millionen Euro – wenn nicht sogar über eine Milliarde Euro, denn die Zahlen schwanken – einzutreiben, die dem Land Bayern zustehen. Mehrere einhundert Millionen Euro, das sind keine Peanuts, sondern das werten wir als eine geradezu skandalöse Missachtung Ihrer finanzpolitischen Verantwortung, Herr Minister.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Wir diskutieren seit Jahren im Rahmen der ORH-Berichte die verschiedensten organisatorischen Notwendigkeiten des Finanzministeriums, um die gravierenden Schief-lagen Ihrer Steuerpolitik wieder ins Lot zu bringen. Ich denke nur an die aktuelle Kritik an der Besteuerung von Einkünften aus Vermietung und Verpachtung. Ich denke daran, dass Sie gerade die Körperschaften bei der Lohn-steueraußenprüfung zu wohlwollend behandeln, und ich denke an die zu geringe Zahl von Betriebsprüfern und von Umsatzsteuersonderprüfungen.

Dass Sie nun mit einigen Jahren Verzögerung pünktlich zu den Beratungen zum Doppelhaushalt organisatorische Maßnahmen zur Bekämpfung des Umsatzsteuerbetruges innerhalb des bestehenden Systems vorgelegt haben, ist schon einmal ein gutes Zeichen. Die Opposition hat das lange genug gefordert. Ein schlechter Witz ist aber, dass die Finanzämter sich das Personal hierfür aus ihren eigenen Rippen herauschneiden sollen.

Natürlich ist niemand so blauäugig zu vermuten, die Umsatzsteuersonderprüfer liefen auf der Straße herum und die könnten wir dann nehmen; nein, sie sind nur in den Finanzämtern zu finden. Aber dafür müssen Sie dann in den Finanzämtern einen Ausgleich schaffen. Diesen Personalbedarf müssen Sie ausgleichen.

Damit sind wir bei einem zentralen Punkt angekommen, nämlich bei der gnadenlosen Unterbesetzung der baye-rischen Steuerverwaltung. Sie hat dramatische Züge angenommen. Es ist nicht von der Hand zu weisen, dass viele Experten wie auch der Bundesrechnungshof sagen: Wir müssen zu einer bundeseinheitlichen Steuerverwal-tung kommen, weil nur so ein einheitlicher Steuervollzug und höhere Steuereinnahmen zu verwirklichen sind. Viele Interessengegensätze würden dadurch wegfallen, vor

allen Dingen der zentrale Interessengegensatz, dass die Länder für die Finanzbeamten zahlen müssen, die Ein-nahmen aber über die Verbundsteuern oder über den Länderfinanzausgleich zu einem erheblichen Teil beim Bund oder bei anderen Ländern ankommen. Deswegen besteht eine gewisse Rationalität, dass jedes Bundes-land viel zu wenig Steuerbeamte beschäftigt.

Sie, Herr Minister Faltlhauser, wollen diese bundesein-heitliche Steuerverwaltung nicht. Wenn Sie sie nicht wollen – diese Position ist okay –, müssen Sie aber dafür sorgen, dass Bayern seinen Teil leistet, um eine personell ausreichend ausgestattete und motivierte Finanzverwal-tung zu haben.

Die Wirklichkeit in der Finanzverwaltung sieht trostlos aus; wir haben eine gravierende Unterausstattung. Sie ermitteln doch mittlerweile den Fehlbestand schon gar nicht mehr, der inzwischen auf rund 20 % zu schätzen ist. Zudem werden die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter in der Regel niedriger entlohnt, als es ihrer Tätigkeit ent-spricht und der Beförderungsstau ist legendär.

Damit erfüllen Sie drei zentrale Aufgaben, die Sie als Leiter der Finanzverwaltung haben, nicht: Mitarbeitermotivation, Steuergerechtigkeit und Einnahmenbeschaffung.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Die negativen Folgen für die Mitarbeitermotivation sind klar. Bezüglich der Steuergerechtigkeit ist zu sagen: Eine ordnungsgemäße Besteuerung ist kaum mehr möglich, wenn die – wie im ORH-Bericht zu lesen war – notwen-dige Überprüfung nicht mehr nach Maßgabe der Gesetze, sondern nur noch im Rahmen einer gewichteten Arbeits-weise erfolgen kann. Damit ist die gleichmäßige Festset-zung und Erhebung nicht mehr gewährleistet. Die Steuer-gerechtigkeit bleibt auf der Strecke und das ist eine große Gefahr für die Steuerehrlichkeit in diesem Lande.

Vor allem aber muss Bayern die Folgen dieser Politik teuer bezahlen mit einem Steuerausfall, der sich zwis-chen Hunderten von Millionen und einer Milliarde sum-miert. Darüber haben wir schon mehrfach geredet.

Ich erinnere mich noch gut an die Debatte zum Doppel-haushalt 2005/2006. Damals verlieh der von mir persön-lich sehr hoch geschätzte Staatssekretär Franz Meyer seiner Freude darüber Ausdruck, dass auch der Einzel-plan 06 mit seinen Einsparungen seinen Beitrag zum ausgeglichenen Haushalt leiste. Liebe Kolleginnen und Kollegen, diese Sichtweise ist schlicht absurd. Genau umgekehrt wird ein Schuh daraus. Zusätzliche Beamte in den Finanzämtern würden ein Vielfaches der damit ver-bundenen Personalkosten in die Staatskassen spülen.

(Maria Scharfenberg (GRÜNE): Genau! Das würde sich lohnen!)

Bei diesen Steuereinnahmen dürfte es übrigens im Schnitt auch nicht die Schwächsten der Gesellschaft treffen.

(Beifall der Abgeordneten Maria Scharfenberg (GRÜNE))

Deshalb ist das, was Sie, sehr geehrter Herr Minister, mit Ihrer Stellenknappheitspolitik betreiben, im Ergebnis keine Einsparung, sondern eine massive Verschwendung von dem Staat zustehenden Steuereinnahmen. Diese Politik können und wollen die GRÜNEN in Bayern nicht mittragen.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Liebe Kolleginnen und Kollegen, lassen Sie mich langsam zum Schluss kommen. Minister Faltlhauser sieht sich durchaus mit einem gewissen Stolz und einer gewissen Eleganz in der Tradition des Grafen Montgelas. Diesem seinem Vorgänger hat der Haushaltsausschuss gegen unseren Willen ein kostspieliges Denkmal in München gesetzt. Das Schloss eines Montgelaserben wollte Minister Faltlhauser für den Freistaat erwerben; eine überflüssige Geldausgabe, die wir bisher verhindern konnten. Seine Aktentasche trägt er mit Freude.

(Heiterkeit bei den GRÜNEN)

Nachdem der heutige Etat vermutlich der letzte Doppelhaushalt ist, den Sie, Herr Minister Faltlhauser, als Finanzminister zu verantworten haben, liegt es nahe, abschließend in meiner Rede eine kleine Analogie zu Ihrem Vorbild zu ziehen, eine Analogie, von der das Hohe Haus dankenswerterweise durch den Redebeitrag eines CSU-Kollegen in dieser Debatte erfahren hat. Bei der Bewertung der Leistungen des Grafen Montgelas als Außen-, Innen- und Finanzminister stellte dessen Frau Ernestine fest: Als Innen- und Außenminister war er brillant bis gut, als Finanzminister – so Gattin Ernestine Montgelas – „verdient er, gehenkt zu werden“.

(Heiterkeit bei den GRÜNEN)

Lieber Herr Minister Faltlhauser, ich freue mich, Sie heute in guter Gesundheit hier zu sehen. Ihren Etat lehnen wir aber aus guten Gründen ab.

(Anhaltender Beifall bei den GRÜNEN)

Präsident Alois Glück: Das Wort hat Herr Staatsminister Prof. Dr. Faltlhauser.

(Maria Scharfenberg (GRÜNE): Was sagt denn Ihre Frau dazu?)

Staatsminister Prof. Dr. Kurt Faltlhauser (Finanzministerium): Herr Präsident, meine lieben Kolleginnen und Kollegen! Ich darf zunächst meinen herzlichen Dank denjenigen aussprechen, die diesen Haushaltsentwurf im Finanzausschuss zu bearbeiten hatten, an der Spitze dem Vorsitzenden des Haushaltsausschusses und hier und heute in besonderer Weise dem Berichterstatter Kollegen Herbert Fischer, der den Haushalt des Finanzministers kritisch und gleichzeitig konstruktiv mit aller Präzision verfolgt.

Ich bedanke mich auch bei den Mitarbeitern meines Amtsbereiches sowohl draußen in den Finanzämtern als auch im Landesamt für Steuern und im Landesamt für

Finanzen bis hin zum Finanzministerium für ihre engagierte Arbeit. Im Finanzministerium beispielsweise arbeiten sie im Gegensatz zur Auffassung vieler in der Öffentlichkeit und in den Medien weit über die 42-Stunden-Woche hinaus. Wenn Sie am Odeonsplatz vorbeifahren, werden sie auch um 7.00 Uhr abends noch viele Lichter brennen sehen. Daran erkennen Sie den Einsatz der Beamten für die Finanz- und Steuerpolitik in Bayern. Dafür gebührt ihnen auch von diesem Hohen Hause her Dank und Anerkennung.

(Beifall bei der CSU und bei der SPD)

Als ich Herrn Hallitzky gerade gehört habe, habe ich mich gefragt, welche Realitätswahrnehmung der Kollege eigentlich hat. Wir können feststellen, dass in allen Bereichen der Haushaltsstruktur, bei allen Kennzahlen, die es irgendwo gibt, Bayern nicht nur vorn liegt, sondern sogar mit Abstand an der Spitze steht. Das ist beispiellos im Vergleich zu allen anderen Bundesländern und auch im Vergleich zum Bund. Es gibt überhaupt niemanden, keinen einzigen Experten, der diese Haushaltspolitik ernsthaft kritisiert. Wie kommen Sie zu derart pauschalen Rundumschlägen, Herr Kollege Hallitzky?

(Margarete Bause (GRÜNE): Weil er recht hat!)

Wir sind das einzige Bundesland mit einer Null in der Nettoneuverschuldung und dieser Doppelhaushalt führt dies zwei Jahre fort; daran gibt es keine Zweifel und keine Gegenargumente. Wir haben auch die geringste Pro-Kopf-Verschuldung mit etwas mehr als 1800 Euro und eine vergleichsweise geringe Zinsausgabenquote von 2,9 %. In Nordrhein-Westfalen sind es rund 10 % und im Bund rund 15 %.

Natürlich ist mir unsere Investitionsquote zu niedrig; das habe ich schon x-mal erklärt. Aber sie ist in der Bundesrepublik Deutschland immer noch mit Abstand die höchste Quote in den Flächenländern West. Deshalb können wir mit dieser Investitionsquote unsere Straßen und Häuser am besten instand halten, wenn auch nicht so, wie wir es uns wünschen würden, aber wenn Sie die Steuereinnahmen der letzten fünf Jahre betrachten, müssen Sie feststellen, dass dann, wenn man keine höheren Einnahmen hat, auch keine entsprechend großzügigen Ausgaben getätigt werden können.

Von welchem Land reden Sie hier eigentlich, Herr Hallitzky? Wo leben Sie eigentlich?

(Beifall bei der CSU)

Dieses Land und dieses Hohe Haus können stolz sein auf die Haushaltspolitik des Landes Bayern; das ist die Realität.

(Beifall bei der CSU)

Peinlich wird es dann, wenn ein GRÜNER kritisiert. Sie waren doch in vielen Länderregierungen mit dabei; Gott sei Dank sind Sie jetzt in keinem Land mehr an der Regierung. Aber da, wo Sie dabei waren, ist Pleite hinterlassen

worden. Nordrhein-Westfalen ist pleite, Schleswig-Holstein ist pleite und Niedersachsen haben Sie haushaltsmäßig ebenso pleite hinterlassen.

(Beifall bei der CSU)

Überall wo Sie Haushaltspolitik gemacht haben, haben Sie verbrannte Erde hinterlassen.

(Beifall bei der CSU)

Und da stellen Sie sich nun hier hin und sagen, Bayern mache eine schlechte Haushaltspolitik. Das ist ein Skandal.

(Beifall bei der CSU – Johanna Werner-Muggendorfer (SPD): Das hat ihn wohl tief getroffen!)

Sie reden von konstanter Politik und Schweinezykluspolitik. Darf ich Ihnen einmal die Fakten nennen? – Nehmen Sie doch wenigstens Zahlen zur Kenntnis. Sie sagen, dass wir in Jahren mit Landtagswahlen mehr ausgegeben haben, um Wähler zu kaufen. Das ist doch Ihr Argument. Die Steigerungsrate der Landeshaushalte in der Bundesrepublik Deutschland ohne Bayern lag im Jahr 2003, dem Wahljahr, bei 1,4 %. Wir in Bayern hatten eine Steigerung von 1,2 %. Ich frage Sie, wo ist da ein Schweinezyklus, um dem Wähler zu imponieren? – Ich sehe ihn nicht.

Im Jahr 2004, also ein Jahr danach, hatten die übrigen Länder zusammengenommen ein Minus von 0,9 %. Sie wissen, das Jahr 2004 war besonders drastisch. Wir hatten ein Minus von 1,2 %. Wir haben also hinterher gespart. Meine Damen und Herren, da ist kein Schweinezyklus erkennbar, sondern Konstanz. Die wesentliche Konstante unserer Haushaltspolitik ist der ausgeglichene Haushalt.

Kommunen, Länder und der Bund sind nach § 51 a des Haushaltsgrundsatzgesetzes heute schon verpflichtet, einen ausgeglichenen Haushalt anzustreben. Ich kann nur sagen, die anderen bemühen sich strebend, erreicht hat ihn keiner, im Übrigen auch Sachsen nicht. Das darf ich schon sagen; denn bei Subventionen von 6,4 Milliarden Euro kann man nicht von einem ausgeglichenen Haushalt sprechen. Alle streben noch nach dem ausgeglichenen Haushalt; wir haben ihn in diesem Jahr erreicht. In den Jahren 2007 und 2008 werden wir diesen ausgeglichenen Haushalt ebenfalls erreichen.

(Beifall bei der CSU)

Lassen Sie mich nun auf das Thema eingehen, das die beiden Redner von der Opposition aufgegriffen haben, nämlich die Steuerverwaltung und die Steuereinnahmen. Eine effektive Steuerverwaltung ist eingespannt in ein Viereck von Kriterien. Das eine ist das Steuerrecht – zugegebenermaßen zu kompliziert und zu schnell wechselnd; das andere ist die Technik der Steuererfassung mit Geräten und Software. Das dritte Kriterium ist die Bearbeitungsorganisation, das vierte die Personalausstattung.

Der hier wiederholt von Ihnen zitierte Bundesrechnungshof stellt ausdrücklich fest, dass eine schlichte Verdoppelung des Personals das Problem nicht löst. Das heißt, Sie brauchen einen komplexen Ansatz mit technischer Ausstattung und insbesondere guter Bearbeitungsorganisation. Hier müssen Sie ansetzen. Hierzu möchte ich einiges feststellen: Wir haben durch die Arbeitszeitverlängerung auf 42 Stunden einen Kapazitätsgewinn bei der Steuerverwaltung von 460 Stellen erzielt. Also von wegen Abbau: Durch diese Anhebung haben wir allein einen Kapazitätsgewinn von 460 Stellen erzielt. Gleichzeitig haben wir 2004/2005 180 zusätzliche Anwärter eingestellt.

Meine Damen und Herren, wir haben insbesondere in meiner Amtszeit – weil Sie mich persönlich angreifen – schwerpunktmäßig das ausgebaut, was Sie immer gefordert haben – wenn ich mich richtig erinnere –, nämlich den Außendienst und die Außenprüfung. Die Außenprüfung geht dorthin, wo am meisten zu holen ist. Im Jahr 1998 hatten wir noch 2950 Vollzeitkräfte im Außendienst. Ende des Jahres 2006 sind es 3120 – eine deutliche Anhebung. Auch in den übrigen Bereichen, die viel Geld einbringen wie zum Beispiel die Steuerfahndung, haben wir das Personal massiv aufgestockt und werden dies im Rahmen unserer Möglichkeiten weiter tun. Wir brauchen dort hoch qualifizierte Kräfte, deren Zahl wir weiter aufstocken werden.

Meine Damen und Herren, natürlich kann man immer sagen, wir brauchen mehr Personal, aber das, was ich gerade von Herrn Schieder gehört habe, ist erstaunlich. Herr Schieder sagt, wir würden in Bayern gemessen an der Wirtschaftskraft im Vergleich mit anderen Ländern mit Abstand am wenigsten für das Personal ausgeben. Dazu eine grundsätzliche Bemerkung: Wenn Sie feststellen, dass das Volumen des Staatshaushalts gegenüber dem Bruttoinlandsprodukt des Freistaates Bayern in der Relation zurückgeht, dann darf ich Sie aufklären: Das ist Ziel der CSU-Fraktion und der Union insgesamt. Wir wollen den Staatsanteil zurückführen. Ich habe noch gut in Erinnerung, dass viele Vertreter der SPD im Bundestag genau dieses ebenfalls gefordert haben. Man will weniger Staat, was bedeutet, der Staatsanteil, der schon einmal bei annähernd 50 % lag, wird zurückgeführt. Das heißt, wenn die Wirtschaftskraft in Bayern steigt und gleichzeitig der Staatsanteil zurückgeht, wird ein Ziel realisiert, das wir immer verfolgt haben.

Sie sagen, wir würden zu wenig Personal einstellen. Wenn ich zusammenzähle, was Sie in verschiedenen Bereichen an Personalaufstockungen regelmäßig und leierhaft wiederholt fordern, dann hätten wir heute nicht einen Personalanteil von 43 % bis 44 %, sondern – wie wir überschlägig berechnet haben – einen Personalanteil von rund 60 %. Wollen Sie das? Wollen Sie von 100 Euro 60 Euro von vornherein für Personal festlegen? – Wir wollen das nicht.

(Beifall bei der CSU)

Wir wollen die Beweglichkeit des Staatshaushalts auch zugunsten der jungen Kollegen hier im Hause für die nächsten 10 bis 20 Jahre aufrechterhalten. Sie sollen

Gestaltungsmöglichkeiten haben. Ich halte es für unverantwortlich, den Haushalt mit Festlegungen betreffend Zinsen und Personal zunehmend einzuzementieren; denn irgendwann können Sie nichts mehr gestalten.

Gleichzeitig beklagen Sie von der Opposition an diesem Pult, dass die Investitionsquote zu niedrig sei. Das sage ich auch; auch mir ist sie zu niedrig. Wir wollen und werden sie wieder steigern. Wenn Sie aber gleichzeitig mehr Personal fordern, werden Sie das nie erreichen. Dann wird die Investitionsquote weiter nach unten gehen. Sie werden sich also einmal überlegen müssen, was Sie tatsächlich wollen.

Die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter der Steuerverwaltung sind ohne Zweifel außergewöhnlich fleißig und haben punktuell besondere Belastungen zu tragen. Deshalb haben wir in diesem Doppelhaushalt einen Akzent auf die Mehrung der Stellenhebungen gesetzt. Wir haben in diesem Doppelhaushalt zusätzlich 898 Hebungen vorgesehen. Herr Schieder, sehen Sie sich das einmal an. Ich glaube, dieses Hebungsprogramm kann sich sehen lassen. Insbesondere in den Besoldungsgruppen A 8 und A 11 wird ein Schub von Beförderungen möglich sein, und Beförderungen geben bekanntlich Motivation. Mir haben die Hauptpersonalräte und die Personalräte vor Ort gesagt – ich würde Ihnen empfehlen, solche Gespräche ebenfalls zu führen –, dass sie mit diesen Hebungen in hohem Maße zufrieden sind. Sie haben Danke schön gesagt und keine weitere Kritik geübt.

Ich darf nun eine Bemerkung zu dem anbringen, was Sie bezüglich des Obersten Rechnungshofs in Bayern vorgetragen haben. Der Oberste Rechnungshof hat hinsichtlich der Steuerverwaltung vor allem kritisiert – das ist der Hauptpunkt –, dass wir bei der Veranlagung bezüglich Vermietung und Verpachtung zu viel Geld durch die Finger rinnen lassen. Kühnerweise hat der Oberste Rechnungshof den Betrag sogar auf 150 Millionen Euro hochgerechnet. Ich würde mich so etwas nicht trauen. Der Rechnungshof ist mutig. Wir haben den Punkt genau geprüft und sind dabei, ihn aufzugreifen. An einer elektronischen AfA-Tabelle wird bereits gearbeitet.

Die Angelegenheit ist allerdings nicht ganz einfach. Die Realisierung erfolgt im Rahmen eines Gesamtkonzepts. Für die Einkünfte aus Vermietung und Verpachtung wurde ein maschinelles Risikomanagementsystem entwickelt, das ab 2007 getestet und anschließend schnell eingeführt wird.

An dieser Stelle hat der Rechnungshof zu Recht Hinweise gegeben, und wir reagieren. Wir werden das weiter fortsetzen. Es hat schließlich keinen Wert, zu sagen: Alles ist toll. Wir sind bei der Verbesserung unserer Steuerverwaltung und der Techniken, die dort angewendet werden, in Bewegung.

Stets pauschal Personalaufstockungen zu fordern, ist Ausdruck von Fantasielosigkeit. Wir haben bei den Finanzämtern mittlerweile 90 % der Arbeitsabläufe automatisiert. Das ist ein entscheidender Punkt. In den letzten fünf Jahren haben wir 100 Millionen Euro alleine in die EDV-Ausstattung der Steuerverwaltung investiert. Für die

Verkabelung haben wir weitere 120 Millionen Euro aufgewandt. Alle, die das beurteilen können, sagen, dass die bayerische Steuerverwaltung zu den effektivsten in der Bundesrepublik Deutschland gehört.

(Werner Schieder (SPD): Warum sind Sie dann Schlusslicht in den Statistiken?)

– Ich komme gleich dazu. Ich weiß, dass Sie eine große Begabung haben, Statistiken falsch zu lesen. Deshalb werde ich die Statistik hier noch vortragen.

(Beifall bei der CSU)

Wir haben bei den Großbetrieben, deren Prüfung mehr als 70 % der gesamten Ergebnisse bringt – das ist das Wichtigste, die großen Betriebe müssen geprüft werden, das ist auch sicherlich in Ihrem ideologischen Sinne –, eine Prüfungsquote weit über dem Bundesdurchschnitt.

(Werner Schieder (SPD): Da sind Sie auch Schlusslicht!)

– Herr Kollege, ich darf Ihnen die Zahlen vorlesen. Im Jahr 2005 war der Prüfungsturnus bei den Großbetrieben in Bayern bei 3,8 und im Bund insgesamt bei 4,2. Das ist ein riesiger Abstand. Wir haben hier einen sehr engen Turnus. Wenn Sie den Rechnungshofbericht lesen, werden Sie auch feststellen, dass Bayern nicht kritisiert wird – im Gegenteil. Es wird sehr kursorisch gesagt, es gibt Länder, die einen zu laschen Prüfungsturnus aufweisen. Die Länder wurden nicht namentlich genannt. Ich darf Ihnen aber sagen: Das sind die Länder, die über Jahrzehnte von der sozialdemokratischen Partei regiert wurden. Das ist wieder das Gleiche, was ich vorher schon gesagt habe. An Ihrer Stelle würde ich hier nicht so mutig auftreten.

Um das Problem in den Griff zu bekommen und effektiv und schnell ein Maximum an Steuern einzutreiben, brauchen wir vor allem ein vernünftiges Risikomanagement. Das heißt vereinfacht, dass man die Fälle, wo nicht so viel zu gewinnen ist, wo möglicherweise nur Details korrigiert werden müssen, mechanisch und schematisch behandelt und die Arbeitszeit und Prüfungsintensität dort einsetzt, wo es sich rentiert. Dieses Risikomanagementsystem wird nicht nur von Bayern, sondern auch von den übrigen Bundesländern ausgearbeitet. Wir sind dabei weitgehend federführend.

(Lachen des Abgeordneten Werner Schieder (SPD))

Einfache und unriskante Fälle werden maschinell veranlagt. Schwierige und fiskalisch risikobehaftete Fälle – diese lassen sich relativ leicht kennzeichnen – werden ausgesteuert und dann sorgfältig von Hand geprüft. In Bayern ist zur Veranlagung von Arbeitnehmern bereits flächendeckend ein maschinelles Risikomanagementsystem im Einsatz. Ich rede also nicht von Zukunftsperspektiven, sondern das machen wir bereits. Für die Einnahmen- und Überschussrechnung wurde ein Risikofilter realisiert, der seit Mitte 2006 bei fünf Finanzämtern getestet wird, und für die Einkünfte aus Vermietung und Verpachtung wird

gerade ein Risikofilter entwickelt, der im nächsten Jahr bei einigen Finanzämtern pilotiert wird. Ich habe es schon gesagt: Wir setzen hier an, um der Kritik des Rechnungshofes Rechnung zu tragen.

Lassen Sie mich noch etwas zum Umsatzsteuerbetrug sagen. Ich staune besonders darüber, wenn Sie sagen, ich hätte etwas versäumt usw. Anhand der Protokolle der Finanzministerkonferenz ist nachweisbar, dass ich seit mehr als sieben Jahren in der Finanzministerkonferenz – die ich praktisch nie geschwänzt habe, nur zweimal war ich nicht anwesend; die Finanzministerkonferenz findet jeden Monat statt, das ist die eigentliche politische Länderministerkonferenz, sie ist immer politisch besetzt – immer wieder verstärkte Maßnahmen zur Bekämpfung des Umsatzsteuerbetrugs gefordert habe, unter anderem den Systemwechsel. Ein Minister hat dies blockiert, weil er die Notwendigkeit nicht zur Kenntnis genommen hat. Alle Spitzenbeamten des Bundesfinanzministeriums werden Ihnen das bestätigen können. Minister Eichel wollte nicht; warum, weiß ich nicht. Er hat das Thema nicht zur Kenntnis genommen, sondern zur Seite geschoben. Kaum war Steinbrück, der vorher ebenfalls Länderfinanzminister war – ihm war das Problem voll bewusst –, Bundesfinanzminister, wurde das Thema aufgegriffen. Es gibt eine zeitliche Verzögerung von sechs Jahren, die ein SPD-Bundesfinanzminister zu verantworten hat, lieber Herr Kollege, nicht der bayerische Finanzminister Faltlhauser.

(Beifall bei der CSU)

Ohne den von mir hoch geschätzten ehemaligen Kollegen Mittler und mich wäre auf diesem Gebiet überhaupt nichts gelaufen. Wir haben nur deshalb einen entsprechenden Antrag nach Artikel 27 in Brüssel gestellt, weil wir das zu zweit durchgesetzt haben. Die anderen Länder sind uns gefolgt. Ich begrüße ausdrücklich, dass der Bundesfinanzminister Steinbrück seinerseits, um die Systemveränderung durchzusetzen, im nächsten Halbjahr eine Reihe von Steuerfragen, die die Europäische Kommission und die anderen EU-Länder angehen wollen, sammelt und sagt: Wenn Ihr Euch nicht bewegt, dann bewege ich mich auch nicht. Das ist ein Druckmittel, das man beim Einstimmigkeitsprinzip hat.

Zweiter Vizepräsident Prof. Dr. Peter Paul Gantzer: Herr Minister, gestatten Sie eine Zwischenfrage des Kollegen Schieder?

Staatsminister Prof. Dr. Kurt Faltlhauser: Ja.

Werner Schieder (SPD): Herr Staatsminister, vorausgeschickt, dass ich in der Frage eines Systemwechsels leidenschaftslos bin, würden Sie mir angesichts der Information, die wir auch im Ausschuss über ein anderes System hatten, zugestehen, dass es in jedem System von Haus aus massive Betrugsanfälligkeiten gibt und es auf die optimierte Ausgestaltung in der Einzelgesetzgebung ankommt? – Sie trösten uns hier wieder auf Jahre, ohne dass man überhaupt weiß, wie denn die Einzelgestaltung aussehen wird. Ihre Kollegen von der CSU haben sich im Ausschuss schon gegen Haftungsvorschriften und ähnliches gewehrt. Damit treten wir auf der Stelle.

Staatsminister Prof. Dr. Kurt Faltlhauser (Finanzministerium): Das Umsatzsteuerbetrugsproblem muss man sehr genau und fachkundig betrachten, Herr Kollege. Dazu gibt es mittlerweile eine Reihe von Gutachten und Stellungnahmen, insbesondere von Schönberger und Partner. Dabei teilen wir die Auffassung, dass der größte Schaden durch Umsatzsteuerbetrug von der Schwarzarbeit herrührt. Das ist aber keine umsatzsteuerpolitische, sondern eine arbeitsmarktpolitische Thematik. Weitere Ausfälle rühren von Insolvenzen, etwa mit 5 Milliarden Euro. Die Steuerausfälle aufgrund von Schwarzarbeit dürften 7 bis 8 Milliarden Euro ausmachen. Durch Karussellgeschäfte gehen schätzungsweise 4 bis 5 Milliarden Euro verloren. Durch einen Systemwechsel könnten Sie, wenn Sie den Vorsteuerabzug beiseite lassen, die Insolvenzausfälle und den Karussellbetrug bekämpfen. Das heißt, es geht hier um eine Größenordnung von 9 bis 10 %. Dass bei einem neuen System möglicherweise Betrugsmöglichkeiten vorhanden sind, gestehe ich zu. Aber die meisten Betrugsmöglichkeiten bestehen beim Vorsteuerabzug. Das wissen Sie, das haben wir intensiv diskutiert. Das sollte man im System verhindern.

Wir machen aber eine Reihe von anderen Dingen. Sie fordern immer wieder, dass wir organisatorisch beim bestehenden System vorankommen sollten. Wir haben bereits eine ganze Reihe von Maßnahmen umgesetzt: Erstens, die Errichtung einer Zentralstelle für Unternehmensneugründungen in allen Finanzämtern. Das ist der entscheidende Punkt; ich muss erkennen, wo Unternehmen nur gegründet werden, um zu betrügen. Zweitens, die Einführung eines Risikomanagementsystems nur für die Umsatzsteuer. Drittens, die Installation eines Sachgebietsleiters als Risikomanager in jedem Finanzamt. Viertens, die Neuausrichtung der Prüfungsdienste durch Einrichtung von kombinierten Prüfungssachgebieten. Fünftens, die Bildung eines Zentralkomitees für Umsatzsteuerbetrugsbekämpfung auf Landesebene. Das ist ein ganzer Kranz von Maßnahmen.

(Unruhe – Glocke des Präsidenten)

Vergleichen Sie das bitte mit dem, was andere Länder machen. Wir gehen hiermit sehr weit. Wir betreiben eine umfassende organisatorische Umstellung, um den Umsatzsteuerbetrug zu bekämpfen. Wir haben auch die Kräfte dafür verstärkt. Die Zahl der Stellen zur Bekämpfung des Umsatzsteuerbetrugs wurde um 120 aufgestockt. Ich meine, das ist eine ganze Menge. Ihr Vorwurf, wir würden zu wenig gegen den Umsatzsteuerbetrug unternehmen, läuft völlig ins Leere, sowohl was die Systemumstellung betrifft, als auch was die administrative Bewältigung angeht.

Lassen Sie mich noch einmal etwas zum Bundesrechnungshof sagen, weil mir das doch am Herzen liegt. Der Präsident des Bundesrechnungshofes meinte wiederholt, mit etwas lässig-großtuerischer Geste sagen zu müssen: Wir brauchen eine Bundessteuerverwaltung. Ich aber sage: Auf die Reichssteuerverwaltung, die wir unseligerweise einmal hatten, können wir verzichten.

(Beifall bei der CSU)

Wir haben eine große flächendeckende Administration in der Bundesrepublik Deutschland über alle Ländergrenzen hinweg – das ist die Arbeitsverwaltung. Jetzt frage ich Sie: Haben wir bei dieser flächendeckenden Verwaltung den Eindruck, dass sie in den vergangenen Jahrzehnten hervorragend gearbeitet hat? – Ich glaube es nicht, meine Damen und Herren. Die Beweise liegen auf dem Tisch. Eine Bundesverwaltung ist einfach zu überzogen; das sind zu viele Leute. Oder meinen Sie, dass man 680 Finanzämter, 120 000 Beschäftigte und 29 Millionen Steuerfälle bundesweit so ohne weiteres zentral steuern kann? – Ich glaube es nicht.

Meiner Ansicht nach müssen wir die Steuerverwaltung im Wettbewerb und in Abstimmung mit den Ländern voranbringen. Insbesondere bei der Software haben wir außergewöhnliche Fortschritte. Das darf ich doch in Erinnerung rufen. Ich habe als erster Finanzminister bereits im Jahre 1998 gesagt: Das, was wir da mit Fiskus, mit dem Konzept eines großen Software-Unternehmens für alles in der Steuerverwaltung machen, wird nicht gut gehen. Wir haben dann den Handelnden gesagt: Wir geben euch noch ein Jahr Frist, und dann steigen wir aus. Wir sind ausgestiegen. Wir haben uns nicht an der GmbH beteiligt. Deshalb sind wir nicht an einem Verlust beteiligt gewesen, den wir, wenn man alles zusammenrechnet, auf insgesamt 700 Millionen Euro schätzen. Bei diesem Unsinn hat Bayern über viele Jahre nicht mitgemacht.

(Beifall bei der CSU)

Diejenigen, die das vor allem betrieben haben, waren in der nordrhein-westfälischen sozialdemokratischen Führung. Sie haben gesagt: Das ist das, was wir brauchen. Aufsichtsratsvorsitzender war der Staatssekretär im nordrhein-westfälischen Finanzministerium; er hat dies heftig verteidigt und hat von Jahr zu Jahr 100 Millionen Euro an Kosten zusätzlich verursacht. Wir haben da nicht mitgemacht.

Jetzt haben wir ein System, das von uns im Wesentlichen mit vorangebracht und von uns auch wesentlich mitgestaltet wurde. Vier Länder machen das. Ich darf sagen: Wir haben die meisten Lasten. Das bindet auch einen Haufen Personal. Das Konsensmodell geht gut voran, nachdem unser altes System, das sogenannte EOS – Sie als einer, der innerhalb der Steuerverwaltung Verantwortung getragen hat, müssen es doch kennen – aus Bayern von mittlerweile elf Ländern übernommen worden ist. Stück für Stück kommt immer noch ein neues Land hinzu und sagt: Wir machen es so wie die Bayern. Das heißt: Die Kreativität und die Arbeit des Freistaates Bayern wird zunehmend auch von anderen Ländern anerkannt und übernommen, meine Damen und Herren.

Ich will ein Fazit ziehen: Es ist eine Verpflichtung – insofern haben Sie recht – für uns, zu versuchen, durch administrative Tätigkeit maximale Steuereinnahmen zu bekommen. Geld darf uns aufgrund von administrativen Defiziten nicht durch die Finger rinnen. Das, was in Bayern insbesondere in den letzten Jahren gemacht wurde – bei der Ausstattung mit Hardware und Software, bei der Personalsteuerung, wo wird Personal eingesetzt –, hat zu optimalen Ergebnissen geführt, die sich in der ganzen Bun-

desrepublik Deutschland weiß Gott sehen lassen können. Dadurch haben wir auch gute Steuereinnahmen. Mit diesen Steuereinnahmen, wenn sie weiterhin sprudeln, was ich hoffe, werden wir Akzente setzen. Diese Akzente werden wir möglicherweise im Nachtragshaushalt setzen. Das hat nichts mit inkonstanter Haushaltspolitik zu tun, sondern das hat etwas damit zu tun, dass die Bürger, wenn die Steuern tatsächlich auf dem Tisch liegen, einen Anspruch darauf haben, dass wir damit gezielt und vernünftig etwas anfangen. Dies werden wir auch weiterhin auf der Basis eines grundsoliden Haushaltes tun, auf den Sie genauso stolz sein können wie wir.

(Joachim Herrmann (CSU): Wir sind stolz auf unseren Finanzminister! – Lang anhaltender Beifall bei der CSU)

Zweiter Vizepräsident Prof. Dr. Peter Paul Gantzer: Es liegen mir keine weiteren Wortmeldungen mehr vor. Damit ist die Aussprache geschlossen.

Wir kommen zur Abstimmung. Der Abstimmung liegen der Entwurf des Haushaltsplanes 2007/2008, Einzelplan 06, die Änderungsanträge auf den Drucksachen 15/6451, 15/6466, 15/6467 und 15/6479 sowie die Beschlussempfehlung des federführenden Ausschusses für Staatshaushalt und Finanzfragen auf Drucksache 15/6677 zugrunde. Der Einzelplan 06 wird vom Ausschuss für Staatshaushalt und Finanzfragen mit den in der Beschlussempfehlung auf Drucksache 15/6677 genannten Änderungen zur Annahme empfohlen. Wer dem Einzelplan 06 mit den vom federführenden Ausschuss für Staatshaushalt und Finanzfragen vorgeschlagenen Änderungen seine Zustimmung geben will, den bitte ich, sich vom Platz zu erheben. – Gegenstimmen? – Enthaltungen? – Dann ist der Einzelplan 06 mit den vom Ausschuss für Staatshaushalt und Finanzfragen vorgeschlagenen Änderungen mit den Stimmen der CSU-Fraktion gegen die Stimmen der beiden anderen Fraktionen angenommen.

Gemäß § 126 Absatz 6 der Geschäftsordnung gelten zugleich die vom Ausschuss für Staatshaushalt und Finanzfragen zur Ablehnung vorgeschlagenen Änderungsanträge als abgelehnt. Die Liste der Änderungsanträge liegt Ihnen vor.

(siehe Anlage 1)

Außerdem schlägt der Ausschuss für Staatshaushalt und Finanzfragen noch folgende Beschlussfassung vor:

Das Staatsministerium der Finanzen wird ermächtigt, die aufgrund der beschlossenen Änderungen erforderlichen Berichtigungen insbesondere in den Erläuterungen, der Übersicht über die Verpflichtungsermächtigungen und den sonstigen Anlagen beim endgültigen Ausdruck des Einzelplans vorzunehmen.

Wer dem zustimmen möchte, den bitte ich um das Handzeichen. – Gegenprobe! – Enthaltungen? – Bei Enthaltung der Fraktion des BÜNDNISSES 90/DIE GRÜNEN so beschlossen.

Unter Bezugnahme auf die Beschlussempfehlung des federführenden Ausschusses für Staatshaushalt und Finanzfragen auf Drucksache 15/6677 weise ich darauf hin, dass der Änderungsantrag auf Drucksache 15/6451 seine Erledigung gefunden hat. Wir nehmen davon Kenntnis. Damit ist die Beratung des Einzelplanes 06 abgeschlossen.

(Unruhe – Glocke des Präsidenten)

Ich rufe Tagesordnungspunkt 12 auf:

**Haushaltsplan 2007/2008;
Einzelplan 12 für den Geschäftsbereich des Bayerischen Staatsministeriums für Umwelt, Gesundheit und Verbraucherschutz**

hierzu:

**Änderungsanträge der Fraktion des BÜNDNISSES 90/DIE GRÜNEN (Drsn. 15/6867 mit 15/6871),
Änderungsanträge von Abgeordneten der SPD-Fraktion (Drsn. 15/6886 mit 15/6891),
Änderungsanträge von Abgeordneten der CSU-Fraktion (Drsn. 15/6925 und 15/6926)**

Im Ältestenrat wurde für die Aussprache eine Gesamtrededzeit von einer Stunde und 36 Minuten vereinbart. Davon entfallen auf die Fraktion der CSU 32 Minuten, auf die SPD-Fraktion 17 Minuten und auf die Fraktion des BÜNDNISSES 90/DIE GRÜNEN 15 Minuten. Die Rededzeit der Staatsregierung orientiert sich an der Rededzeit der stärksten Fraktion. Sie kann deshalb bis zu 32 Minuten sprechen, ohne dass sich dadurch die Rededzeiten der Fraktionen verlängern.

Ich eröffne die Aussprache. Erste Wortmeldung: Herr Kollege Sackmann. Ich darf bitten, die Gespräche an der Regierungsbank einzustellen.

Markus Sackmann (CSU): Herr Präsident, liebe Kolleginnen und Kollegen! Tagesordnungspunkt 12 – Einzelplan 12, Zu zwölf Schwerpunkten möchte ich heute Stellung nehmen. Ich glaube, am Haushalt des Herrn Staatsministers Schnappauf kann man schon sehen, dass die Staatsregierung und die CSU in den letzten Jahrzehnten und gerade jetzt wieder für die Ökologie, für den Umweltschutz und damit für unsere intakte Umwelt im Freistaat Bayern eine große Menge Geld in die Hand nehmen. Ich stelle einen Vergleich mit anderen Bundesländern an. Baden-Württemberg gibt beispielsweise 34 Euro pro Kopf für den Umweltschutz aus, Nordrhein-Westfalen 22 Euro, der Freistaat Bayern 47 Euro. Das ist mehr als das Doppelte dessen, was das große Flächenland Nordrhein-Westfalen ausgibt. Das sind Zahlen, die beeindruckend.

(Beifall bei der CSU)

Liebe Kolleginnen und Kollegen, insgesamt sind in Bayern für den Umweltschutz in den verschiedenen Haushalten rund 600 Millionen ausgebracht.

Ich möchte jetzt zwölf Schwerpunkte herausheben:

Der erste wichtige Punkt ist der Hochwasserschutz, über den wir im Parlament schon sehr viel diskutiert haben. Nach dem Programm der Staatsregierung wird der Freistaat Bayern bis zum Jahr 2020 jedes Jahr hohe Mittel einplanen, um den Hochwasserschutz voranzubringen. Wir haben ausgerechnet, dass bis 2020 für den Hochwasserschutz jährlich etwa 115 Millionen Euro nötig sind. Wir können uns glücklich schätzen, dass wir bereits im Jahr 2006, aber auch in den Jahren 2007 und 2008 insgesamt 150 Millionen Euro für den Hochwasserschutz eingeplant haben. Sie wissen, dass diese Gelder aus Europa, aus dem Bund und auch aus dem Freistaat Bayern stammen, der davon immerhin 77 Millionen Euro trägt.

Mit 150 Millionen Euro kommen wir unserem Ziel näher und können bis zum Jahr 2020 einen entsprechenden Hochwasserschutz für unser Land einrichten. Meine lieben Kolleginnen und Kollegen, ich sage das deswegen, weil noch vor wenigen Monaten Kolleginnen und Kollegen von der SPD und von den GRÜNEN an dieser Stelle bezweifelt haben, dass wir dieses unser Versprechen einhalten werden. Diese 150 Millionen Euro sind im Haushalt nunmehr eingeplant. Das muss entsprechend gewürdigt werden.

Zum zweiten Punkt. Wir werden auch weiterhin Wasserversorgungsanlagen und Abwasserentsorgungsanlagen fördern. Dafür werden rund 135 Millionen Euro zur Verfügung gestellt. Vergleichen Sie bitte unsere Situation mit der Situation in anderen Bundesländern. Andere Bundesländer können sich in diesem Bereich gar nichts oder nur noch sehr wenig leisten. Wir haben dafür Mittel zur Verfügung gestellt.

Mein dritter Punkt sind die Kleinkläranlagen. Darauf möchte ich eingehen, weil es unter anderem eine Initiative meines früheren Kollegen Walter Hofmann von der CSU-Fraktion war, den Bau von Kleinkläranlagen zu unterstützen. Hier musste viel Überzeugungsarbeit geleistet werden, gerade auch aus dem Umweltarbeitskreis der CSU heraus. Für die Kleinkläranlagen werden im Stammhaushalt 16 Millionen Euro bzw. 13 Millionen Euro zur Verfügung gestellt. Das ist sehr erfreulich. Damit können die Abfinanzierungszeiten reduziert und die Bürgerinnen und Bürger bedient werden. Ich bin der CSU-Fraktion sehr dankbar, dass sie aus ihrer Reserve noch einmal zwei Millionen Euro für die Kleinkläranlagen draufgelegt hat.

Zu diesen beiden Punkten möchte ich eine Bemerkung machen: Ich habe wenig Verständnis dafür, dass gerade die GRÜNEN in diesem Bereich gegen den ländlichen Raum agieren. Die GRÜNEN wollten für Wasser- und Abwasseranlagen sowie für die Kleinkläranlagen weniger staatliches Geld in die Hand nehmen und damit die Bürger mehr belasten. Dies würde den ländlichen Raum und nicht die Städte treffen.

Mein vierter Punkt ist der Naturschutz und die Landschaftspflege. Meine lieben Kolleginnen und Kollegen, hier bestand im Rahmen der Haushaltsaufstellung ein großes

Problem, weil wir aus Europa weniger Mittel bekommen haben. Sie kennen die Zahlen: Wir werden rund 80 Millionen Euro weniger aus Europa bekommen. Das schlägt auch in diesem Haushalt durch. Unsere Fraktion hat dankenswerterweise eine Aufstockung dieser Mittel beantragt. Ich bitte Sie, diese CSU-Anträge anschließend zu unterstützen. Für den Naturschutz und die Landschaftspflege sollen dennoch pro Jahr noch einmal 1,8 Millionen Euro zusätzlich ausgegeben werden. Damit hätten wir die fehlenden Mittel weitgehend ausgeglichen und die erfolgreiche Arbeit könnte fortgesetzt werden. Lieber Herr Kollege Henning Kaul, das ist ein gemeinsames Anliegen von uns.

Mein fünfter Punkt betrifft die Fachmittel im Umweltbereich. Ich denke dabei zum Beispiel an den Bodenschutz, die Altlasten und die Abfallwirtschaft. Als Oberpfälzer erwähne ich aber vor allem auch die eingepplanten Mittel für die neue Maxhütte und den Schlackenberg. Dafür sind Verpflichtungsermächtigungen in Höhe von inzwischen 23 Millionen Euro mit der Nachschubliste enthalten.

Der sechste Punkt betrifft die Umweltbildung. Dieser Punkt wird über die Fraktionsgrenzen hinweg als wichtig angesehen und stellt ein besonderes Anliegen der beiden Berichterstatter der SPD und der CSU dar. Lieber Herr Kollege Wolfrum, wir haben in diesem Haushalt die Mittel für die Umweltbildung aufgestockt. Dadurch können für junge Leute insgesamt 25 zusätzliche ökologische Jahre angeboten werden. Jeder, der sich einmal mit dieser Materie beschäftigt hat, weiß, was ein solches Jahr für junge Menschen bedeutet. Darüber hinaus können drei neue Umweltstationen eingerichtet werden, nämlich in Helmbrechts, in Bamberg und in Augsburg. Wir haben außerdem vereinbart – hier war Herr Kollege Sibler tätig –, dass beim Haushaltsvollzug des Einzelplans 05 – also des Schulhaushalts – zusätzliche Mittel für die Umweltbildung im Haushalt bereitgestellt werden. Herr Kollege Wolfrum, das war vor allem Ihr Anliegen. Herr Kollege Manfred Ach hat uns als Haushaltsausschuss-Vorsitzender entsprechend unterstützt. Ich möchte das an dieser Stelle deutlich machen.

Der siebte Punkt ist der Verbraucherschutz. Hierfür sind 65 zusätzliche Planstellen vorgesehen, um das neue Konzept der Staatsregierung im Bereich des Verbraucherschutzes umzusetzen. Herr Staatsminister, ich gehe davon aus, dass Sie darauf näher eingehen werden. Wir werden Sie unterstützen und diese Stellen zur Verfügung stellen.

Der achte Punkt betrifft das ehrenamtliche Engagement im Verbraucherschutz. Wir haben die entsprechenden Mittel geringfügig erhöht. Wir haben in der Ausschusssitzung an die Staatsregierung appelliert, dass den Verbraucherverbänden beim Haushaltsvollzug flexibel geholfen werden soll, gerade weil hier sehr viel ehrenamtliches Engagement vorhanden ist.

Mit dem neunten Punkt komme ich bereits zum Gesundheitsbereich. Hier sind vor allem die Aids-Beratung und die Aids-Bekämpfung zu nennen. Hierfür wurden wenige zusätzliche Mittel eingeräumt, um die Personalkosten aufzufangen. Meine lieben Kolleginnen und Kollegen,

wir sollten dieses Thema nicht unterschätzen, sondern immer wieder deutlich machen: Aids ist nach wie vor eine Bedrohung und ein wichtiges Thema. Deshalb bitte ich auch hier darum, den Aids-Beratungsstellen flexibel zu helfen – zum Beispiel, wenn Projekte anstehen –, und ihnen beim Haushaltsvollzug unter die Arme zu greifen.

Der zehnte Punkt betrifft die Gefahr einer Influenza-Pandemie. Für deren Bekämpfung sind zusätzliche Mittel von 700 Millionen Euro vorgesehen. Damit können nicht nur 15 % sondern 20 % der Bevölkerung mit Medikamenten versorgt werden. Dies war der Staatsregierung ein besonders wichtiges Anliegen.

Ich komme damit zum elften Punkt, der sich auf die Fonds bezieht. Natürlich sind diese Fonds wegen des derzeitigen Zinsniveaus nicht so hoch, wie das früher einmal war. Wir haben damit aber die Möglichkeit, aus dem Naturschutzfonds, dem Umweltfonds und dem Altlastensanierungsfonds zielgerichtet Gelder auszugeben und helfend tätig zu sein.

Nun zum zwölften Punkt. Interessant ist, dass dieser Haushalt von vielen Investitionen geprägt ist. 33 % des heute vorgelegten Haushalts betrifft die Investitionen. Dies hilft der Wirtschaft und den Menschen vor Ort. Ein besonderer Punkt – der auch schon für Schlagzeilen gesorgt hat – ist dabei das Haus der Berge, für das die Planungen weitergeführt werden können. Selbst die Kolleginnen und Kollegen von der SPD haben die im Ausschuss vorgelegten Ideen gelobt. Wir werden dieses Projekt auch in den nächsten beiden Jahren intensiv begleiten.

Liebe Kolleginnen und Kollegen, meine Damen und Herren, ich bitte um Annahme dieses Haushalts und um Zustimmung zu den Änderungsanträgen der CSU.

(Beifall bei der CSU)

Zweiter Vizepräsident Prof. Dr. Peter Paul Gantzer:
Nächste Wortmeldung: Herr Kollege Ludwig Wörner.

Ludwig Wörner (SPD): Herr Präsident, Kolleginnen und Kollegen! Lassen Sie mich zunächst eine Vorbemerkung machen. Der Ministerpräsident hat in seiner Haushaltsrede kein Wort über die Umwelt verloren. Er hat auch kein Wort zum Verbraucherschutz gesagt.

(Manfred Ach (CSU): Weil es gut läuft!)

Heute spricht ein Abgeordneter zum Thema Umwelt- und Verbraucherschutz, der nicht im Umweltausschuss ist. Dagegen ist nichts zu sagen, aber man reibt sich schon die Augen.

(Manfred Ach (CSU): Der Kollege Kaul ist auch da!)

Könnte es sein, dass die für die Umwelt Zuständigen in der CSU-Fraktion alle Hoffnungen fahren ließen und ihrem Minister – wenn man den Haushalt näher ansieht – ein Zeugnis ausstellen, das alles andere als gut ist? Die Signale, wenn ich sie richtig deute, lauten: Man wendet sich offensichtlich mit Grausen ab.

Herr Kollege Sackmann, Sie mussten tief in die Statistik-Kiste greifen, um nicht sagen zu müssen, dass der Umwelthaushalt nur um 1,5 % gestiegen ist. Das ist die schwächste Steigerung von allen Haushaltsposten. Das müssen wir zur Kenntnis nehmen. Wir wissen, dass alleine die Klimapolitik, bei der es inzwischen fünf Minuten nach zwölf ist, einen erheblich anderen Ansatz verlangen würde als den, der jetzt im Haushalt steht.

(Henning Kaul (CSU): Das ist Ihre Meinung!)

Sie wissen ganz genau, dass Klimapolitik nicht ohne Geld zu machen ist. Herr Kollege Kaul, Sie hätten zu diesem Thema sprechen können. Sie haben es aber nicht getan.

(Beifall bei der SPD)

Wir können uns über dieses Thema gerne noch unterhalten.

(Henning Kaul (CSU): Herr Kollege, Ihre Prioritäten sind nicht meine!)

Ich darf Ihnen ein Zweites sagen:

Wir freuen uns darüber, dass der Hochwasserschutz die zugesagten Mittel erhält.

(Markus Sackmann (CSU): Da schau her!)

– Wir freuen uns darüber. Das war eine gemeinsame Anstrengung aller. Wir haben bei vielen Hochwasserkonferenzen gemeinsam den Druck erzeugt, der notwendig war, um diese Mittel zu erhalten. Bei einem kann ich Ihnen allerdings nicht Recht geben, Herr Kollege Sackmann, und zwar beim Wasser und beim Abwasser: Wer erst den Haushalt gegen Null fährt, die Mittel kürzt, die Gemeinden im Regen stehen lässt, und jetzt geringfügig nachholt, der soll sich, bitte schön, nicht loben.

(Beifall der Abgeordneten Susann Biedefeld (SPD) – Manfred Ach (CSU): Auf Null? Seit wann auf Null? Sehen Sie sich die Zahlen der letzten zehn Jahre mal genauer an!)

Jetzt bin ich wieder bei Ihnen, wenn es darum geht, Kleinkläranlagen zu fördern. Herr Kollege Sackmann, ich habe allerdings schon die Bitte, dass Sie das auch Ihren Kommunalpolitikern sagen, die Kleinkläranlagen permanent überall torpedieren, wo sie nur können.

(Zuruf des Abgeordneten Henning Kaul (CSU))

– Herr Kollege Kaul, Sie wissen genau, wo die Schwächen liegen. Wir können die Sache gemeinsam ganz gut bewältigen, wenn wir in Zukunft dafür Sorge tragen, dass die Mittel, die jetzt bereit stehen, richtig eingesetzt werden. Die notwendige Überzeugungsarbeit muss aber auf kommunaler Ebene geleistet werden.

(Beifall der Abgeordneten Susann Biedefeld (SPD))

Uns freut, dass wir es dank Klaus Wolfrum und auch dank Ihnen geschafft haben, das ökologische Jahr und die Umweltstationen zu stärken. Das ist eine gute Investition in die Zukunft und für unsere Jugend.

(Beifall der Abgeordneten Susann Biedefeld (SPD))

Das ist wichtig und auch richtig, hier sollten wir weitermachen. Wir müssen aber auch darüber reden, dass wir beim Klimaschutz Defizite haben. Wir nehmen zu wenig Geld in die Hand, um zum Beispiel die Altbau-sanierung stärker voranzutreiben. Dabei wäre das dringend notwendig und geboten, Kolleginnen und Kollegen. Im Übrigen wundere ich mich, dass der Wirtschaftsausschuss nicht stärker hinter diesem Thema her ist, denn jeder Euro, der in die Sanierung fließt, bringt sieben Euro in der Wirtschaft. Es wäre spannend, dieses Geld zu nutzen. Außerdem kommt noch Folgendes hinzu: Jeder Euro, den wir in den Klimaschutz, sprich Sanierung der Altbauten, stecken, führt dazu, dass wir weniger Energie verbrauchen und importieren müssen. Dann würde auch weniger Geld für Energieimporte ins Ausland fließen. Hier haben wir also noch sehr wohl Hausaufgaben zu machen, die Sie vernachlässigen.

Im Übrigen sollten wir auch Geothermie stärker fördern, als das bisher der Fall war. Wir brauchen beispielsweise die Absicherung von Bohrrisiken. Sie wissen ganz genau, dass die Bohrungen heute mit Geräten gemacht werden, die eigentlich für die Erkundung von Erdöl und Erdgas konstruiert sind. Das führt bei Geothermie-Bohrungen immer wieder zu Problemen. Die Risiken, die dadurch bei den Kommunen und Gemeinden entstehen, die solche Bohrungen vornehmen, sollten wir bis zu einem gewissen Teil abdecken, um sicherzugehen, dass nichts passiert.

(Beifall der Abgeordneten Susann Biedefeld (SPD))

Wir hätten uns auch eine stärkere Förderung der Energiegewinnung aus Biomasse gewünscht, um ein zweites Standbein für die Landwirte sicherzustellen. Wir hätten auch gewollt, dass die Möglichkeiten der regenerativen Energien stärker ausgeschöpft werden als bisher. Schließlich vermissen wir nach wie vor Energieagenturen in großen Landesteilen, die sicherstellen, dass vor Ort gut beraten wird. Bereits vor Baubeginn muss den Bürgerinnen und Bürgern gesagt werden, wie sie Energie sparen können und wie die eingesetzte Energie richtig eingesetzt wird. Wir hätten uns gewünscht, dass hierfür die notwendigen Mittel zur Verfügung gestellt werden.

(Beifall der Abgeordneten Susann Biedefeld (SPD))

Wir kommen zu einem anderen, schwierigen Thema, Kolleginnen und Kollegen. Wenn wir die Haushaltstitel Veterinärverwaltung, Tierseuchenbekämpfung und Gesundheitswesen ansehen, dann ist festzustellen, dass gerade diese Haushaltstitel mit einem Minus versehen sind. Aus-

gerechnet dort, wo die größten Schwächen bestehen, wie wir in den letzten eineinhalb Jahren erfahren mussten, beginnen Sie zu knapsen. Das verstehe, wer will. Ernährung und Verbraucherschutz: minus 20 %.

(Unruhe bei der CSU)

– Das sind Ihre Zahlen. Sehen wir uns andere Haushalts-titel an: Gewerbeaufsicht und Arbeitsschutz, Schutz-rechte für Arbeitnehmer, Sicherung von Gesundheit. Hier gehen Sie um 7 % nach unten. Bei der Veterinär-verwaltung gehen die Ausgaben um 1,4 % zurück. Für Naturschutz und Landschaftspflege stehen künftig 5 % weniger zur Verfügung.

Wir stellen auch fest, dass der notwenige Personal-aufbau in den Landesämtern, der sich in erster Linie mit Lebensmittel- und Verbraucherschutz befasst, nur durch Umschichtungen einigermaßen stabil gehalten werden kann. Über Neueinstellungen, würden wir uns freuen. Die will ich aber erst einmal sehen, bevor ich daran glauben kann. Im Moment besteht der Haushalt nämlich in erster Linie aus Umschichtungen. Wir glauben hingegen, es wäre notwendig, gerade hier kräftig nachzulegen. Der Haushalt wäre hier zu optimieren, denn es kann doch nicht sein, dass wir zwar verschiedene Laborstandorte haben, dass aber Fahrer eingespart wurden, und dass deshalb Proben, die auf ihre Gesundheitsgefährdung hin überprüft werden sollen, eine Woche liegengelassen werden, weil der Fahrer eben nur einmal pro Woche vor-beikommt.

(Johanna Werner-Muggendorfer (SPD): Respekt!)

Das ist ein ganz banales Beispiel dafür, wo am falschen Ort gespart wird.

(Beifall bei der SPD)

Meine Damen und Herren, wer sich an solchen Stellen Sparsamkeit erlaubt, der muss sich nicht wundern, wenn ihm Teile der Lebensmittelüberwachung immer wieder um die Ohren fliegen. Das ist wahrhaftig kein Wunder.

(Maria Scharfenberg (GRÜNE): Dabei kommt nichts Gescheites heraus!)

Ein weiteres Thema: Wir wollen, dass Bayern wieder zur „Schmankerlecke“ wird.

(Beifall bei der SPD und bei den GRÜNEN)

Wir wollen, dass Bayern eine gesicherte Wasser- und Abwasserversorgung hat. Das muss ein zentrales Thema sein. Wir sollten die Wasserversorgung kleinteilig haben, denn die Kleinteiligkeit der bayerischen Wasserversorgung ist Garant dafür, dass Wasser hohe Qualität behält. Wasser kann dann nicht so leicht zum Handelsobjekt werden, und das gilt es zu stärken. Nicht die großteiligen Anlagen sind wichtig, sondern die Bewahrung der Klein-teiligkeit, die es bisher in Bayern gibt. Dazu aber wird Geld gebraucht. Das ist der eine Teil der „Schmankerlecke“.

Der andere Teil: Wir müssen den Verbraucherschutz mehr stärken, als das bisher der Fall war.

(Zuruf des Abgeordneten Markus Sackmann (CSU))

Das geht nicht nur, indem Personal aufgestockt wird, sondern was hier fehlt, das ist der Mut zu einer Neuorga-nisation. Herr Minister, was Sie bisher angeboten haben, ist hierfür zu wenig. Man muss da schon einmal den Mut haben, gegenüber den Landräten und auch anderen gegenüber zu sagen, wie man das besser neu organisiert. Sie kennen unser Papier, das ist seit 2001 auf dem Tisch. Sie hätten sich viel Ärger sparen können, wenn Sie uns damals zugestimmt hätten.

(Beifall bei der SPD)

Jetzt haben Sie den Ärger am Hals, und Sie dürfen ihn allein ausbaden, wie man sieht. Man lässt Sie im Stich, wenn ich das richtig sehe.

Meine Damen und Herren, ein weiteres Thema, das die Bevölkerung in Bayern umtreibt: Wir wollen in Bayern keine Nahrungsmittel mit Gentechnik produzieren. Wir wollen in Bayern gentechnikfreie Nahrungsmittel haben. Wir brauchen dieses Zeug nicht. Unsere Landwirte haben bisher tolle Produkte erzeugt, und das sollen sie auch weiterhin tun. Wir sagen: Bayern muss frei von gentech-nischem Anbau bleiben. Wir müssen dafür Sorge tragen, dass das gentechnikverseuchte Saatgut sich nicht über Aussamungen überallhin verbreitet, wie das beispiels-weise in Spanien der Fall ist. Sonst gibt es nämlich keinen Weg mehr zurück. Die Frage ist, ob wir das gemeinsam hinbekommen, diesem Ziel muss unsere gemeinsame Anstrengung gelten.

(Beifall der Abgeordneten Susann Biedefeld (SPD))

Wir bitten Sie, dafür Sorge zu tragen, dass diese Teile die entsprechende Bedeutung bekommen. Es ist ganz span-nend, dass einige „Lautsprecher“ Ihrer Partei, zumindest der „Lautsprecher des Ministerpräsidenten“, Herr Söder – leider ist er im Moment nicht da –, plötzlich Umwelt- und Naturschutz für sich entdecken.

(Dr. Marcel Huber (CSU): Ist das ein Fehler?)

– Nein, das ist kein Fehler, aber wenn Herr Söder über Umwelt und Naturschutz redet, dann kommt bei mir gleich der Verdacht auf, dass er meint, er muss Kernkraft-werke zu Biotopen erklären, damit er sie möglichst lange erhalten kann.

(Beifall bei der SPD – Allgemeine Heiterkeit)

Das ist die große Gefahr dabei. Wir müssen darüber reden, wie wir damit umgehen.

(Christian Meißner (CSU): Das ist ein guter Gedanke!)

– Ich habe befürchtet, Herr Kollege Meißner, dass Sie das so sehen. Sie werden sich aber Ihren Schnabel dabei verbiegen, denn die bayerische Bevölkerung hat das Thema Kernkraftwerke längst abgeschrieben. Die bayerische Bevölkerung will die Kernkraftwerke längst loswerden, genau wie wir.

(Zuruf des Abgeordneten Günther Babel (CSU))

– Natürlich sind wir das gewesen, Herr Kollege. Darf ich Sie daran erinnern, dass die bayerische Bevölkerung erheblich klüger ist als die Bayerische Staatsregierung? – Andernfalls wären in Bayern nämlich nicht die meisten Mittel für regenerative Energien verbaut worden, Mittel, die im Übrigen von einer rot-grünen Regierung zur Verfügung gestellt wurden.

Deswegen sind wir bei den regenerativen Energien zwar sehr weit, aber noch nicht weit genug.

(Beifall bei Abgeordneten der SPD)

Kolleginnen und Kollegen, lassen Sie uns von der Kernenergie Abschied nehmen und nicht daran festhalten; lassen Sie uns von einer Technik Abschied nehmen, die längst veraltet ist, die mit vielen Milliarden entwickelt wurde und mit vielen Milliarden beerdigt werden muss.

(Beifall bei der SPD)

Das darf man nicht vergessen. Ihre Aussage, das sei immer noch die günstigste Art, um Energie zu erzeugen, ist eine Lebenslüge der Kernenergie, der Sie aufsitzen. Sie wissen genauso gut wie wir, dass die Kosten für die Forschung für die Kernenergie, um sie überhaupt erst einsetzen zu können, und die Kosten für die Entsorgung der Kernenergie, die uns noch ein paar Millionen Jahre beschäftigen wird, dafür sorgen, dass die Kernenergie erheblich teurer ist als der Voltaik-Strom. Das können Sie in jedem vernünftigen Bericht nachlesen.

Deswegen ist es richtig und gut, dass wir darauf setzen, mit regenerativen Energien und Einsparpotenzial von einem irrsinnigen Energiemix in Bayern Abschied nehmen zu können. Wir haben eigentlich gar keinen Mix, sondern der absolute Schwerpunkt ist die Kernenergie. Der Begriff „Mix“ ist irreführend: Das ist ein zementiertes, auf Kernenergie aufgebautes System, das uns zum Verhängnis werden kann. Wir können alle nur hoffen, dass das nicht eintritt, aber es wäre fatal, wenn das schiefginge.

(Beifall bei der SPD)

Meine Damen und Herren, Kolleginnen und Kollegen, wenn wir uns darauf verständigen könnten, für Gentechnik, Wasserversorgung und Energie in Zukunft andere Haushaltsansätze vorzusehen als in diesem Haushalt, dann hätten wir keine Sorgen mehr. Dann könnten wir in Bayern die CO₂-Ziele, die wir uns selbst gesetzt haben, leicht erreichen und könnten dafür sorgen, dass die Zukunft unserer Kinder, über die immer sehr viel geredet wird, etwas sicherer wäre, als das bisher der Fall ist.

Meine Damen und Herren, was nützt Ihnen denn eine gute, florierende Wirtschaft, wenn die Lebensgrundlagen wie sauberes Wasser, gute Luft und guter Boden fehlen? – Dann nützt Ihnen das alles nichts; dann haben wir keine Existenzgrundlagen mehr. Unter diesem Aspekt ist dieser Haushalt dürftig. Deshalb hat der Herr Ministerpräsident – etwas verschämt – gleich gar nichts dazu gesagt. Dieser Haushalt ist dürftig. Er hätte wesentlich höher ausfallen müssen, wenn es nach unseren Wünschen gegangen wäre.

Sie hätten jetzt noch Gelegenheit, unseren Anträgen zuzustimmen. Tun Sie das doch; dann könnten wir gemeinsam dem Haushalt zustimmen.

Zweiter Vizepräsident Prof. Dr. Peter Paul Gantzer: Herr Kollege, gestatten Sie eine Zwischenfrage?

Ludwig Wörner (SPD): Nein, ich habe nur noch sehr wenig Redezeit. Das geht leider nicht.

(Johanna Werner-Muggendorfer (SPD): Die CSU hat sehr viel mehr Redezeit als wir!)

Wir könnten sicherstellen, dass die Zukunft Bayerns, eines tollen Landes, besser sein wird, als das bislang der Fall ist. Wir könnten den CO₂-Ausstoß deutlich reduzieren. Wir könnten die Lebensgrundlagen sichern und fortentwickeln. Mit Ihrem Haushalt werden Sie das aber nicht schaffen. Sie, meine Damen und Herren von der CSU, lassen mit diesem Haushalt die Verbraucherinnen und Verbraucher und die Produzenten, unsere Landwirte, schmachlich im Stich.

(Beifall bei der SPD und bei Abgeordneten der GRÜNEN – Manfred Ach (CSU): Sie haben doch null Ahnung! Ein Städter hat vom Land keine Ahnung!)

Zweiter Vizepräsident Prof. Dr. Peter Paul Gantzer: Herr Kollege, vielen Dank. Nächste Wortmeldung: Frau Kollegin Paulig.

Ruth Paulig (GRÜNE): Kolleginnen und Kollegen, Herr Präsident! Umweltpolitik ist mehr als Sonntagsreden, ist mehr, als dieser Haushalt bietet, mehr als dieses Umweltministerium bietet.

(Beifall bei den GRÜNEN und bei Abgeordneten der SPD)

In der Tat fällt es auf, dass zu den Fachhaushalten nicht mehr die Sachpolitiker, sondern nur noch die Haushaltspolitiker sprechen. Wo bleiben denn Ihr Interesse für die Sachpolitik und Ihr Einsatz für eine Verbesserung?

(Markus Sackmann (CSU): 23 Minuten haben wir noch!)

– Ich habe noch 14,3 Minuten.

(Christian Meißner (CSU): Jetzt schon nicht mehr!)

Bayern als Musterland und Ihr Umweltminister, Kolleginnen und Kollegen der CSU, als Musterschüler, macht fast jede Woche mit neuen Stürzen in Fallgruben von sich reden. Ich will jetzt nicht auf alle Haushaltsdetails eingehen, sondern nur darauf, was bayerische Umweltpolitik kennzeichnet.

Das Umweltministerium betätigt sich als Reparaturbetrieb. Da geht es darum, Gammelfleischhändler dingfest zu machen, Altlasten zu sanieren – Sondermüll aus Italien wird jetzt wieder eingelassen –, die GSB – die Sonderabfall-Entsorgung Bayern GmbH – auf Kosten der Steuerzahler vor der Pleite zu retten, ein absolut striktes freiwilliges Rauchverbot überall auszusprechen, den Bären willkommen zu heißen und wenige Tage später die Abschlussschussverfügung wegen öffentlicher Sicherheit zu erlassen, das Vogelgrippevirus zu erledigen, ehe es angekommen ist, und dann geht es auch darum, falsch gesetzte Dübel in Atomkraftwerken erst dann auszutauschen, wenn das in die Profitinteressen der Betreiber passt.

(Manfred Ach (CSU): Da sehen Sie, wie viele Aufgaben dieser Mann hat!)

Das bayerische Umweltministerium steht für eine Verzögerung der EU-Umweltgesetze. Das ist für das Musterland Bayern wahrlich eine schlechte Bilanz. Jahrelang wird gegen eine sachgerechte FFH- und Vogelschutzgebietsausweisung gekämpft, zwei Jahre lang gegen die Umweltinformationsrichtlinie, gegen eine sachgerechte Umweltverträglichkeitsprüfung, gegen bessere Luftqualität durch Feinstaubminderung oder gegen die Umsetzung der ersten Schritte der Wasserrahmenrichtlinie bei der Donau. Fürwahr, diese Bilanz des bayerischen Umweltministeriums kann sich sehen lassen.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Bayerische Umweltpolitik in diesem Haus steht für unwirksame Pakte. Ich nenne das Klimabündnis. Nach über zwei Jahren gelingt es, jetzt möglicherweise die Kirchen ins Bündnis zu holen. Das wollte man eigentlich schon vor den Wahlen machen. Wenn man genau hinschaut: Wer geht in diesem neuen Bündnis mit den Kirchen Verpflichtungen ein, die Gebäude zu sanieren? – Das sind die Kirchen, das ist nicht der Freistaat.

Nach dem Umweltpakt – das haben wir erst jetzt wieder gelesen – sollen die Banken 5 % ihres Energieverbrauchs bis 2010 einsparen. Ich bitte Sie: Das ist fürwahr eine Leistung. Hoffentlich nimmt sich kein anderes Unternehmen dies zum Vorbild. Am gleichen Tag kommt eine Pressemeldung aus dem Landesamt für Umweltschutz, dem LfU: 20 bis 40 % Einsparungen sind kein Problem. So sieht es aus!

(Zuruf des Abgeordneten Christian Meißner (CSU))

Schauen wir auf andere Betriebe des Umweltpaktes, zum Beispiel auf die SKW Münchsmünster oder auf die Firma Dyneon. Das sind vorbildliche Betriebe des Umweltpaktes, denen es gelingt, die Donau mit PCB oder die Alz mit Tensiden anzureichern.

Das Bündnis zum Flächensparen – auch Sie kennen es – soll die Böden schützen. Bei jedem neuen Gewerbegebiet aber knicken Innenministerium und Umweltministerium vor der Planungshoheit der Kommunen ein. So sieht es aus. Die Gewerbegebiete vermehren sich landauf, landab in Bayern.

(Beifall bei den GRÜNEN und bei Abgeordneten der SPD)

Nicht zuletzt weise ich auf den Mobilfunkpakt hin. Zu diesem Pakt gibt es in fast jeder Umweltausschusssitzung zahlreiche Petitionen. Erst gestern hat meine Kollegin Barbara Rütting mit Bürgern und Bürgerinnen aus Bernau und Oberammergau 2000 Unterschriften gegen diese Politik der Betreiber abgegeben, die Sie angeblich mit dem Mobilfunkpakt steuern wollen.

Wie sieht es aus im Umweltausschuss? – Jede Petition wird mit Textbausteinen von der CSU für erledigt erklärt.

Dies alles ist in eine wunderbare Propagandaabteilung im Umweltministerium eingebettet, für die viele Millionen Euro vorgesehen sind. Die große Propagandakampagne hieß einmal „Bayern aktiv“, jetzt heißt sie „Gesund. Leben. Bayern“. Wahrscheinlich gab es nicht so viele Aktivitäten. Die mündigen Bayern wissen aber aus Fachmagazinen, aus der Werbung und letztlich aus der „Apothekenrundschau“, dass gesunde Ernährung, Bewegung und vernünftige Lebensführung wichtig sind. Dazu braucht man keine mit viel Geld ausgestattete Propagandaabteilung eines Umweltministeriums. Wenn sich das Ministerium schon mit Ernährung beschäftigt, dann zeigen Sie doch endlich einmal klar, Herr Umweltminister, dass Bioobst und Biogemüse mit Pestiziden deutlich weniger belastet sind – um das 150-fache weniger – als konventionelle Produkte. Sagen Sie das doch einmal der Bevölkerung!

(Beifall bei den GRÜNEN und bei Abgeordneten der SPD)

Wahrscheinlich passt das nicht in Ihr CSU-Bauernverbands-Weltbild.

(Christian Meißner (CSU): Sie müssen erst noch richtig in Fahrt kommen!)

– Herr Meißner, ich hebe mir noch einige Minuten Redezeit auf. Wenn Sie dann geredet haben, bin ich richtig in Fahrt. – Umweltpolitik muss mehr sein als Sonntagsreden. Reparaturpolitik, Verzögerungstaktik, Pakte und Propaganda sind nicht genug. Ob eine Umweltpolitik verantwortlich ist, bemisst sich beispielsweise vorrangig am Handeln für den Klimaschutz. Das ist die größte umweltpolitische Herausforderung, jetzt und für die kommenden Jahrzehnte.

Was aber tut der Umweltminister, um diesem Auftrag gerecht zu werden? Nichts. Klimaschutz ist eine aktuelle Querschnittsaufgabe. Wo beispielsweise bleibt der Widerstand eines Umweltministers, der wirklich wunderbare Sonntagsreden halten kann, wenn der Klimaschutz

im Landesentwicklungsprogramm in vier Zeilen für erledigt erklärt wird?

(Beifall bei den GRÜNEN)

Wo bleibt sein Einsatz gegen den Ausbau der Flughäfen in Bayern, für eine angemessene Besteuerung des Flugbenzins oder die Einbeziehung des Flugverkehrs in einen wirksamen Emissionshandel? – Fehlanzeige. Wo bleibt sein Einsatz gegen Straßenbauorgien und für konsequente Verbesserungen im öffentlichen Verkehr? Wo bleibt sein Einsatz für spritsparende Autos der bayerischen Automobilindustrie? – Fehlanzeige. Die zügige Sanierung der öffentlichen Gebäude steht jetzt noch als Ziel im Haushalt 03 B. Dort ist auch als weitreichende Anpassungsstrategie das Förderprogramm für Sandsack-Abfüllanlagen zu finden. Das nenne ich eine wunderbare Anpassungsstrategie.

Der technische Hochwasserschutz wird mit Finanzmitteln von EU, Freistaat und Kommunen vorangebracht. Das ist gut so, aber wo bleibt der flächendeckende natürliche Hochwasserschutz mit Auwäldern, mit Retentionsflächen und Gewässerrandstreifen? Erst kürzlich haben Sie dies abgelehnt. Wo bleibt eine Bodenbearbeitung in der Landwirtschaft, die die Wasseraufnahme sichert und verbessert. Wo bleibt der Einsatz eines Umweltministers für den Schutz des Bergwaldes oder gegen die konkrete Flächenversiegelung? – Fehlanzeige. Verantwortliche Umweltpolitik, verantwortliche Klimaschutzpolitik – dieser Haushalt steht leider genau für das Gegenteil. Wer wird jetzt in die Minderung der Treibhausgase investieren? Der Gesamthaushalt der CSU lässt diesen Weitblick vermissen. Ein Wirtschaftsminister geht sogar diese Woche noch zweimal zur Eröffnung von Schneekanonenanlagen – in der Tat eine zukunftsweisende Investition für die Kommunen. Selbst die OECD sagt inzwischen, dass die Schneelagen in Bayern rapide abschmelzen werden. Da helfen dann auch keine Schneekanonen mehr, Herr Huber. Zukunftsfähige Tourismuskonzepte dagegen bleiben auf der Strecke. Spätestens seit dem Bericht des ehemaligen Weltbankökonomens Nicolas Stern dürfte bekannt sein: Klimaschutz spart Kohle und Uran.

Sie kommen immer wieder mit Ihrer Atomenergie. Derzeit haben wir weltweit einen Anteil von 2,5 % am Energieverbrauch. Selbst wenn Sie einige 100 Atomkraftwerke – plus 40 %, einige werden abgeschaltet, neue müssen gebaut werden, nicht finanzierbar und nicht durchsetzbar – dazu bauen würden, so die IEA, die Internationale Energieagentur, dann würde der Anteil am Endenergieverbrauch gerade mal von 2,5 % auf 2,9 % bis zum Jahr 2030 steigen. Damit wollen Sie das Klima retten und wir haben den Atommüll und wissen nicht wohin damit.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Einsparpotentiale liegen heute bereits im Umfang von bis zu 80 % bei Strom und Wärme.

Insgesamt lässt sich feststellen: Umweltpolitik hat in dieser CSU eine extrem geringe Wertigkeit. Die Rede des Ministerpräsidenten hat es gezeigt: kein Wort zur Umwelt, zu Ökologie und Klimaschutz. Das kam darin nicht vor.

Der Umweltminister kann einem dabei in der Tat fast Leid tun. Wie soll er sich auf die Hinterfüße stellen, wenn der Chef die Aufgaben der Zeit nicht erkennt?

(Beifall bei den GRÜNEN)

Fast könnte einem dieser Musterschüler und Medienstreber – ich darf das einmal sagen – bedauernswert erscheinen. Es ist die Tragik des Musterschülers, die Substanz des Handelns wird ihm von dieser CSU-Staatsregierung strikt verweigert. Da hilft es dann auch wenig, wenn ein ungeliebter Söder sich das grüne Mäntelchen umhängt oder eine Junge Union weit entfernt in Brüssel die CO₂-Steuer fordert, während gleichzeitig mit einer unsinnigen Pkw-Maut das Vielfahren belohnt werden soll. Leid tun können einem auch die qualifizierten Mitarbeiter der Fachbehörden und des Ministeriums. Fachliche Zusammenarbeit soll gebündelt werden und gleichzeitig wird das Landesamt für Umweltschutz zerschlagen und in Teilbereichen nach Hof verlagert. Es wird umgesiedelt, Familien werden belastet, Laboreinrichtungen und Gebäude verschleibt, Arbeitsbedingungen verschlechtert und eine Kosten-Nutzen-Analyse liegt bis heute nicht vor.

Erste Vizepräsidentin Barbara Stamm: Frau Kollegin, gestatten Sie eine Zwischenfrage des Kollegen Meißner?

Ruth Paulig (GRÜNE): Nein, meine Redezeit ist ausgesprochen knapp.

Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern in den Ministerien und in den Fachbehörden gilt heute ausdrücklich mein Dank. Wir haben hochqualifizierte Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter in den Fachbehörden und im Haus, aber sie sind einem Stress bis zum Umfallen ausgesetzt. Sie stehen unter einem enormen politischen Druck und dürfen nicht so, wie sie wollen. Angesichts dieser Lage ein kleiner Tipp für Sie, Herr Staatsminister: Sie könnten den Stress deutlich reduzieren, wenn Sie manchmal unsinnige Termine in Oberfranken wegfallen lassen würden.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Wir GRÜNEN stehen für den Weg in die Zukunft. Bis 2020 muss der Ausstoß klimaschädlicher Gase um 40 % reduziert werden, bis 2050 in den Industriestaaten um 80 %. Dann besteht die Chance, den Temperaturanstieg auf 2° C zu begrenzen. Wir liegen jetzt in Süddeutschland schon bei 1,2° C – mehr als der weltweite Durchschnitt – und Sie kennen die Auswirkungen, wenn der Temperaturanstieg zunimmt. Wir GRÜNEN fordern daher eine Kehrtwende in der Verkehrspolitik, Einsparungen und eine höhere Effizienz von Energie, den Ausbau der erneuerbaren Energien und Handeln statt Sonntagsreden.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Jede politische Entscheidung, jede Investition des Freistaates muss auf ihre Klimarelevanz geprüft werden. Klimaschutz muss bei allen politischen Entscheidungen dieses Hauses gestärkt werden. Das bedeutet, wir brauchen einen grundsätzlichen Politikwechsel in Bayern, der

den Zukunftsaufgaben gerecht wird. Dieser Umwelthaushalt tut es nicht.

(Beifall bei den GRÜNEN)

An dieser Stelle sei es mir gestattet, unseren Haushaltspolitikern Thomas Mütze und Eike Hallitzky für ihren großen Einsatz für notwendige Änderungen in diesem Haushalt zu danken. Die CSU hat es leider immer nur geschafft, vernünftige Anträge abzulehnen.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Lassen Sie mich noch ganz kurz – mir bleiben nur noch ein paar Minuten – zur Kehrtwende in der Verkehrspolitik sagen: Klimagerechtigkeit bedeutet nicht neue Straße und neue Startbahnen auf Flughäfen, sondern tatsächlich Reduktion und Ausbau des öffentlichen Verkehrs, denn anderenfalls stärken wir nur die Abwanderungstendenzen auf Kosten der Region.

(Zuruf des Abgeordneten Christian Meißner (CSU))

– Das ist in der Tat so.

BMW beispielsweise. – Zur Automobilindustrie –: Wir brauchen eine Reduktion des CO₂-Ausstoßes. Dieser liegt weit über der Selbstverpflichtung von 140 Gramm CO₂ pro Kilometer, und zwar BMW bei 190 Gramm und Audi bei circa 180 Gramm. Diese Firmen haben bis heute nicht begriffen, dass Investitionen in die Umwelt und Reduktion von Energie und Rohstoffen wichtig sind. Solche Produkte sind die Entwicklungen für den heutigen und künftigen Markt. In solche Produkte muss in Bayern investiert werden. Sie tun leider immer noch das Gegenteil, und zwar sowohl in der Industrie als auch bei der Festlegung dieses Haushalts.

Dass es sich rechnet, können Sie am Ausbau der erneuerbaren Energie sehen, die tatsächlich die Weltmärkte erobern, was sich an der Börse ebenfalls positiv niederschlägt.

(Maria Scharfenberg (GRÜNE): Gegen den Widerstand der CSU!)

Es gibt zu den erneuerbaren Energien und deren Ausbau vieles zu sagen; ich möchte noch kurz darauf eingehen: Sie haben das Gesetz immer abgelehnt. Jetzt gehen Sie zu den Terminen, wenn Anlagen für erneuerbare Energien eingeweiht werden. Und für 2007 wollen Sie das Gesetz abwürgen. Ich sagen Ihnen: Das geht auf Kosten der Arbeitsplätze in der Region. Dieses Gesetz über erneuerbare Energien, das EEG, hat 170 000 neue Arbeitsplätze geschaffen.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Es ruft jährliche Investitionen im Umfang von mehreren Milliarden hervor. Davon profitiert der Mittelstand; das ist ein Mittelstandsförderprogramm und Sie wollen es kaputt machen. Das Gesetz steht auch für eine hohe Ausbil-

dungsquote von Jugendlichen in den entsprechenden Betrieben. Setzen Sie sich für eine vernünftige und zukunftsorientierte Weiterentwicklung ein und würgen Sie das EEG nicht ab.

Noch etwas: Wenn Sie sich die Energieerzeugung aus Biomasse vor Augen führen, dann erkennen Sie, dass sich ein neues Problemfeld auftut. Palmöl soll hier auf Kosten des Tropen- oder Regenwaldes eingeführt werden, um den Einsatz von Biomasse voranzubringen. Denken Sie daran, Biomasse macht dann Sinn, wenn sie umweltfreundlich in Bayern erzeugt wird. Treten Sie ein gegen umweltzerstörende Importe aus der ganzen Welt.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Abschließend: Handeln statt Sonntagsreden. Das wünschen wir uns alle in unserer Fraktion und ich glaube, das wünschen auch Sie sich im Geheimen, wenn Sie sich trauen dürften. Handeln statt Sonntagsreden – das braucht Bayern in diesem Land zum Wohl der Lebensqualität und aus globaler Verantwortung. Die Haushalte der Bayerischen Staatsregierung haben leider das Gegenteil aufgezeigt. Aus diesem Grund: Ablehnung.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Erste Vizepräsidentin Barbara Stamm: Nächste Wortmeldung: Herr Kollege Kaul.

(Christian Meißner (CSU): Fragen Sie nach den Geheimnissen der Maut!)

Henning Kaul (CSU): Verehrte Frau Präsidentin! Werte Kolleginnen und Kollegen hier im Saal und an den Lautsprechern!

(Heiterkeit und Beifall bei der CSU)

– Ich wollte damit nur klarmachen, dass mir jetzt natürlich 180 Abgeordnete lauschen.

Erste Vizepräsidentin Barbara Stamm: Noch besser wäre es aber, wenn sie hier wären, Herr Kollege.

(Christian Meißner (CSU): Die Hoffnung stirbt zuletzt! – Susann Biedefeld (SPD): Woher wissen Sie, dass Ihnen 180 Abgeordnete lauschen?)

Henning Kaul (CSU): Wenn man den Worten des Kollegen Wörner und der Kollegin Paulig gelauscht hat, wundert man sich, dass bei uns überhaupt noch Pflanzen wachsen,

(Maria Scharfenberg (GRÜNE): Ach Gotte!)

dass wir nicht schon kohortenweise vergiftet worden sind durch die Lebensmittel, die in unseren Regalen liegen,

(Maria Scharfenberg (GRÜNE): Was denken Sie, wie viel Gift Sie in sich tragen? – Manfred Ach (CSU): Jeder trägt Gift in sich!)

und dass unsere Mitbewohner hier in Bayern, unsere Tiere, nicht schon längst ausgestorben sind. Frau Kollegin Paulig, wir müssen uns schon darüber wundern, dass Bayern trotz allen Betons, den wir hier in Bayern nutzen, immer noch ein schönes, grünes und buntes Land ist.

(Beifall bei der CSU – Maria Scharfenberg (GRÜNE): Vor allem grün!)

Liebe Kolleginnen und Kollegen, neben diesen verzerrten Wahrnehmungen, die wir eben gehört haben, neben der durch die Opposition verzerrt dargestellten Realität können wir beim Thema Umwelt Gott sei Dank noch einige Erfolge benennen. Sonst wäre Bayern nicht so schön und lebenswert, wie es tatsächlich ist.

(Beifall bei der CSU – Ludwig Wörner (SPD): Und wie viele Misserfolge gibt es?)

Ich werde diese Haushaltsdebatte nicht dazu nutzen, um im kleinen Rautenmuster auf das einzugehen, was Sie, Herr Kollege, vorgetragen haben. Ich glaube, werte Kolleginnen und Kollegen von der Opposition, wir haben über das, was Sie hier vorgetragen haben, im Umweltausschuss so ausführlich diskutiert, dass es einer Haushaltsdebatte würdiger wäre, wenn Sie etwas Grundsätzliches gesagt hätten.

(Beifall des Abgeordneten Manfred Ach (CSU))

Kollege Markus Sackmann hat die vielfältigen Aufgaben, die das Ministerium für Umwelt, Gesundheit und Verbraucherschutz zu bewältigen hat, aufgezeigt.

(Susann Biedefeld (SPD): Die es nicht bewältigen kann! – Ludwig Wörner (SPD): „Zu bewältigen hätte“ müssen Sie sagen!)

Er hat auch begründet, dass wir die Mittel nicht zurückgeführt haben, sondern sie zumindest in der bisherigen Höhe beibehalten oder sogar erhöht haben.

(Maria Scharfenberg (GRÜNE): Nachdem sie vorher reduziert wurden!)

Werte Kolleginnen und Kollegen, ich möchte Sie darum bitten, mir in einigen grundsätzlichen Gedanken zu folgen. Ich glaube, wir können froh darüber sein, verehrter Herr Kollege Wörner, dass die Vorgänge in der uns umgebenden Natur Prozesse sind, die wir messen können und die wir auch für die Nachwelt dokumentieren können, um festzustellen, wo wir besser geworden sind.

(Maria Scharfenberg (GRÜNE): Und welche Konsequenzen ziehen Sie daraus?)

Bei der Bewertung dieser Daten hat die Opposition natürlich noch das Recht, einseitig Kritik am Politikansatz und am Politikvollzug der Regierung zu üben. Die Mehrheitsfraktion mit der von ihr getragenen Regierung hat aber natürlich auch das Recht, ihre Erfolge darzustellen und in Relation zu dem zu setzen, was noch getan werden

muss. Das hat, glaube ich, mit Schönreden nichts zu tun. Beides gehört zu einer Bilanz, und deswegen möchte ich mich mit dem anderen Thema, mit den Erfolgen befassen. Wir müssen mit einer solchen Bilanz nicht nur vor uns selbst Rechenschaft ablegen, sondern wir haben auch die Erfolge derer zu würdigen, die in der Verwaltung und vor Ort tatsächlich für die Verwirklichung der Vorgaben der Politik sorgen.

Wer gestern früh dabei war, wird es mir bestätigen. Kirchenrat Breit hat uns bei der Morgenandacht im Raum der Stille das Bibelwort mit auf den Weg gegeben – ich zitiere: „Suchet das Gute und nicht das Böse, auf dass ihr leben könnt.“ Unsere frühere Bundesumweltministerin und jetzige Bundeskanzlerin Angela Merkel hat sich 1997 so ausgedrückt: „Wir sind nicht zur Traurigkeit verpflichtet.“ Wenn man Sie von der Opposition gehört hat, müsste man eigentlich traurig sein. Ich füge hinzu, dass wir deshalb öfter über Erfolge reden und uns darüber auch freuen sollten.

(Beifall bei Abgeordneten der CSU – Ludwig Wörner (SPD): Über Fehler hinwegtäuschen!)

Peter Hahne, dem heute Morgen viele Kollegen zuhören konnten, hat uns darauf aufmerksam gemacht, dass die Worte „Angst“ und „Zukunftsangst“ im angelsächsischen Raum überhaupt nicht vorkommen, sondern dass diese Worte dort als Lehnwörter verwendet werden. Wissen Sie, was „heillose Angst“ in Amerika heißt? „German Angst“! Wenn man die Opposition hier gehört hat, braucht man sich nicht darüber zu wundern, dass dem so ist.

Werte Kolleginnen und Kollegen, alle Berichte, die wir im Umweltausschuss zu den Themen – jetzt kommt das große Spektrum dieses Ministeriums – Wasserqualität, Bodenzustand, Lebensmittelkontrolle, Luftqualität, spezifischer Energieverbrauch, Abfallwirtschaft, Biotop- und Artenschutz, Wasserverbrauch, Klimaschutz, Hochwasserschutz, Flächenmanagement, Internet mit den Problemen des Spam, Umweltpakt, Landesanstalt für Gesundheit und Lebensmittelsicherheit, Vogelgrippe, Gesundheitsinitiative, Gesund leben in Bayern, Wasser Rahmenrichtlinie, Gentechnik und Mobilfunk angefordert haben,

(Christian Meißner (CSU): Da sieht man, wie tüchtig wir sind!)

zeigen, welche unglaubliche Themenvielfalt dieses Haus zu bewältigen hat. Wenn man die Bilanz nachliest – Herr Kollege Wörner, wir haben uns mit diesen Themen ausführlicher auseinandergesetzt –, kann man ohne Ausnahme sagen, dass unsere Politik wirksam gegriffen hat. Wir haben die Phase der Reparatur von Schäden, hervorgerufen durch früheres Fehlverhalten und aus Unkenntnis der Dinge, hinter uns. Frau Paulig, nehmen Sie das endlich zur Kenntnis. Wir wissen heute mehr über den Zustand unserer Umwelt als jede Generation vor uns.

(Ludwig Wörner (SPD): Und was machen wir daraus? – Engelberg Kupka (CSU): Lange Reden, Herr Kollege Wörner!)

Deswegen ist es unser zentrales Anliegen, heute und morgen Vorsorge zu treffen. Das machen wir schon, Herr Kollege Wörner, nur Sie haben es noch nicht zur Kenntnis genommen. Wir in der CSU-Fraktion arbeiten weiter am Ausbau der Vorsorge, auch wenn Sie diesen Weg nicht mit uns gehen. Denn Vorsorge ist langfristig billiger als Reparatur. Seit Jahren bauen wir den verordneten Umweltschutz, den Sie von der Opposition so propagieren, um zum freiwilligen Schutz unserer natürlichen Lebensgrundlagen.

(Ludwig Wörner (SPD): Mit dem Erfolg, dass es immer mehr Skandale gibt! – Maria Scharfenberg (GRÜNE): Gammelfleischskandal!)

Das ist nur möglich durch ständige Dialoge zwischen allen Beteiligten. Wir nehmen dabei das gewachsene Umweltbewusstsein unserer Bürger und der Verantwortlichen in Wirtschaft und Verwaltung mit auf. Wir bauen die Umweltkompetenzen der Fachleute in Wirtschaft und Umweltverbänden in unsere Maßnahmen mit ein. Wir bündeln alle diese Möglichkeiten zum Vorteil unserer Umwelt in Ökoaudits, Umweltforen, Umweltpakts, und die dabei erzielten Erfolge geben uns Recht.

Andere Länder, die uns beobachten, kopieren diesen Weg der Kooperation statt des Weges der Konfrontation, den Sie von der Opposition immer wieder fordern. Einige Beispiele dafür: Für viele Wirtschaftsunternehmen sind die jährlichen Umweltberichte mittlerweile genauso wichtig geworden wie die Bilanzberichte. Sie wissen mittlerweile – das haben Sie sicher schon festgestellt –, dass unsere Aktiengesellschaften nicht nur nach ökonomischen und sozialen Komponenten bewertet werden, sondern dass sie auch danach bewertet werden, wie sie mit der Umwelt umgehen.

(Maria Scharfenberg (GRÜNE): Was tun Sie gegen die Klimaveränderung?)

– Sehen Sie, jetzt werden Sie schon wieder so kleinkariert. Gerade habe ich versucht, einen anderen Ansatz zu wählen.

Bayerische Firmen handeln längst nach der Maxime, dass das, was ökologisch falsch ist, auf Dauer auch ökonomisch unsinnig ist.

(Ruth Paulig (GRÜNE): Feinstaubfilter!)

Die Grundlagen für dieses Verhalten legen wir in den Lehrplänen unserer Schulen. Unsere exzellenten Fachhochschulen und Universitäten, verehrter Herr Wissenschaftsminister Goppel, widmen sich in einigen Fachbereichen dem Nachhaltigkeitsgedanken, und sie bilden Spitzenkräfte aus. Die Erfolge unserer Umweltschutzbemühungen sind ohne Hochtechnologieforschung und angewandte Technik auf höchstem Niveau nicht möglich. Bayerische Firmen sind mittlerweile mit solchen technologischen Angeboten zum Schutz der Umwelt weltweit führend. Wir konnten Mitte des Jahres auch mit Kollegen aus der Opposition in Shanghai beobachten, dass gerade bayerische Firmen, die sich im technischen Umweltschutz tummeln und dort große Erfolge haben, weltweit eine rie-

sige Anerkennung genießen. Die Möglichkeiten des Einsatzes modernster Technologien geben dem Menschen auf der ganzen Erde die Chance, die Umweltfragen nicht nur zu sehr unter dem Gesichtspunkt des Verzichts zu betrachten, wie wir es leider allzu oft von unserer Opposition hören,

vielmehr gibt der Einsatz modernster Technologie uns allen die Möglichkeit, mit möglichst wenig Umweltverbrauch einen möglichst hohen Lebensstandard zu erreichen. Ich kann diese Hochschulen, verehrter Herr Wissenschaftsminister, nur ermuntern, auf diesem Gebiet weiter alle nur erdenklichen Anstrengungen zu unternehmen; denn nachhaltiger Umweltschutz beginnt bei der Produktentwicklung.

Lassen Sie mich im Namen meines Kollegen Joachim Unterländer auch ein Wort zum Gesundheitsschutz sagen. Die Sucht- und Drogenberatung – sie ist schon erwähnt worden – und die Aidsbekämpfung bleiben Dauerthemen des Gesundheitsministeriums. Deshalb hat sich der Sozialausschuss ausdrücklich für die Beibehaltung der Mittel eingesetzt. Herr Kollege Sackmann hat ja auch dargestellt, dass sie aufgestockt wurden.

Die Forderung an das Gesundheitsministerium bleibt aber bestehen, die Konzepte nicht nur abzuarbeiten, sondern entsprechend den Anforderungen der Gesellschaft auch weiterzuentwickeln.

Nicht stehen bleiben darf auch die Weiterentwicklung der Gesundheitsprävention. Der bayerischen Gesundheitsinitiative als Fundament der bayerischen Präventionspolitik stehen dafür auch in diesem Haushalt ungekürzte Mittel zur Verfügung. Aber, ich glaube, parallel zu dem Mitteleinsatz muss die Zusammenarbeit von haupt- und ehrenamtlichen Kräften, und zwar unter Koordinierung durch das Gesundheitsministerium, hinzukommen.

Lassen Sie mich ein Wort zum Verbraucherschutz sagen. Dabei bitte ich besonders die Opposition zuzuhören. Dieses Thema haben wir in den letzten Monaten im Ausschuss sehr ausführlich behandelt. Es hat uns gezeigt, dass die kriminelle Energie im Handel zum Beispiel mit Fleischprodukten die Fantasie – ich glaube, das müssen wir zugeben – aller unserer drei Fraktionen überstiegen hat. Unsere Anhörung nach den ersten Skandalen hat eine Menge Informationen hervorgebracht, aber auch unter anderem Verbesserungspotenzial im Überwachungsvollzug aufgedeckt. Dies will ich nicht verschweigen. Darauf hat das Kabinett sofort reagiert und die notwendigen Weichenstellungen getroffen,

(Zuruf von der SPD: Halbherzig!)

um die Überwachungsstrukturen neu zu organisieren.

Wir kontrollieren jetzt verstärkt und risikoorientiert in Trupps mit interdisziplinärer Zusammensetzung.

(Zuruf des Abgeordneten Ludwig Wörner (SPD))

– Herr Wörner, ich vermute, der Herr Staatsminister wird anschließend noch zur Arbeit seines Hauses Stellung nehmen und Näheres sagen.

Was mich neben den aufgedeckten Skandalen schockiert hat, ist die Tatsache, dass, während wir in diesem Haus darüber diskutierten und die kriminellen Machenschaften in den Medien dargestellt wurden, andere, noch nicht entdeckte kriminelle Händler weiter betrogen haben, als wären sie vor jeder Entdeckung sicher, und dies, obwohl wir sofort angefangen haben, massiv zu kontrollieren und verschärfte Kontrollen einzuführen. Das ist etwas, was mich umtreibt.

(Susann Biedefeld (SPD): Es gibt ja Gerichtsurteile!)

– Frau Kollegin Biedefeld. Sie verweisen auf Gerichtsurteile. Das nehme ich gern auf. Deswegen bin ich der Meinung – dieses Signal sollte vom Bayerischen Landtag ausgehen –, dass neben den Erfolgen der Überwachung auch die Höhe einer abschreckenden Bestrafung auf die Tagesordnung des Bundestages kommen muss.

(Zuruf des Abgeordneten Ludwig Wörner (SPD))

– Herr Kollege Wörner, statt wieder in den Krümmeln klein-kariert zu suchen, sollten Sie endlich in diesem Plenum ein Signal der Einheitlichkeit aussenden. Denn alles, was Sie vorhin angeprangert haben, können wir viel schneller beheben, wenn wir es gemeinsam tun, vorausgesetzt, dass da überhaupt etwas verbesserungswürdig ist. Wir haben doch im Ausschuss festgestellt, dass es sich hier um ein gemeinsames Anliegen handelt.

Ich will dabei bleiben, über die Opposition zu sprechen. Ich gebe es nicht auf, daran zu glauben, dass es eines Tages auch dort mit den Einsichten besser werden kann.

Ich habe in dem eben erwähnten Zusammenhang Ihre Presseveröffentlichungen gesammelt. Ich hatte schon geahnt, dass ich die gebrauchen kann. Ich habe sie auch noch einmal gelesen. Bei der Nachlese wurde überdeutlich, mit welcher vordergründigen Absicht Sie dieses Thema dazu benutzt haben, ein Kesseltreiben gegen unseren Umweltminister zu machen. Statt Ihre Medienmöglichkeiten zur Abschreckung der gesetzesverachtenden Händler zu nutzen, haben Sie in den Mittelpunkt Ihrer Pressemitteilungen – den Eindruck muss man haben – gestellt, dass Ihnen in erster Linie nicht am Schutz des Verbrauchers gelegen war, sondern Sie wollten das Ansehen unseres Umweltministers schädigen. Das war eine Kampagne.

Jetzt sage ich Ihnen etwas Böses. Vielleicht wird hinterher jemand sagen: Kaul, das sind wir von dir nicht gewohnt. Trotzdem sage ich es, weil wir uns in den letzten Monaten von Ihnen so viel Unangenehmes anhören mussten.

(Zurufe von der SPD)

Es war auch persönlich Verletzendes dabei. Wissen Sie, was mir in den letzten Monaten durch den Kopf gegangen ist? Ich sage es.

(Zuruf von der SPD: Lieber nicht!)

– Aus Ihrer Sicht sollte ich es nicht sagen. Aber ich sage es: Mir ist immer wieder die Frage durch den Kopf gegangen, wer von Ihnen aus der Opposition in der Lage wäre, ein Ministerium mit einem solch breit gefächerten, komplexen Aufgabenspektrum zu führen. Wenn ich jetzt in Ihre Reihen schaue, sage ich Ihnen ganz deutlich: Ich finde keinen, und ich habe keinen gefunden.

(Beifall bei der CSU – Zurufe von der SPD)

Jetzt wende ich mich wieder an die Mitstreiter in meiner Fraktion.

(Ludwig Wörner (SPD): Was ist mit Seehofer?)

– Ich habe Sie offensichtlich getroffen.

In den letzten Wochen werden in den bayerischen Medien immer wieder Schachbrettspiele über die Verteilung neuer Kompetenzen in einem jetzigen oder vielleicht zukünftigen Kabinett angestellt. Wissen Sie, warum sich die Medien in Bayern mit Ihnen in der Opposition überhaupt nicht befassen? Erstens weil sie wissen, dass Sie sowieso nicht die Chance bekommen, ein Kabinett zu bilden, und zweitens weil die Medien, wenn sie bei Ihnen anfangen würden, unter den Namen nach eventuell kabinettstfähigen Leuten zu suchen, dies schon im Ansatz aufgeben müssten. Sie haben daher keine Chance.

Erste Vizepräsidentin Barbara Stamm: Herr Kollege Kaul, lassen Sie Zwischenfragen zu? Herr Kollege Dr. Magerl und Frau Kollegin Sonnenholzner möchten Fragen stellen.

Henning Kaul (CSU): Nein. – Ich erkläre, weshalb ich Zwischenfragen nicht zulasse. Das Unangenehme an festgelegten Zeitabläufen ist, dass man sich ständig an seine Zeit halten muss.

Ich komme zum Schluss. Im Zusammenspiel des Umweltausschusses – ich nehme gern auch den Sozialausschuss und den Landwirtschaftsausschuss hinzu – mit dem Staatsministerium für Umwelt, Gesundheit und Verbraucherschutz sind meinen Kolleginnen und Kollegen und mir immer hoch motivierte Mitarbeiter des Ministeriums begegnet. Wir haben deren Engagement stets mit hoher Anerkennung gewürdigt. Dieses Ministerium steht mit seinen Aufgaben so nah am Menschen wie kaum ein anderes. Daraus resultiert beim Bürger ein hohes Maß an mitfühlender Kompetenz, aber auch ein hoher Mitspracheanspruch.

Werte Kolleginnen und Kollegen, wir sollten uns in diesem Zusammenhang noch einmal vor Augen führen: Das macht das Führen eines solch großen Ministeriums mit einer solchen Aufgabenfülle sicher nicht einfacher. Deshalb auch unser Dank an Herrn Staatsminister Dr. Werner

Schnappauf und seinen Staatssekretär Dr. Otmar Bernhard. Ich sage das ausdrücklich, weil es mir vorhin mit auf den Weg gegeben wurde, auch im Namen des stellvertretenden Vorsitzenden des Sozialausschusses, Joachim Unterländer, und des Vorsitzenden des Landwirtschaftsausschusses, Helmut Brunner. Zu den umfangreichen Aufgaben des Hauses gehört auch – das wird immer gerne übersehen –, dass dieses Haus vor diesen drei Ausschüssen Rede und Antwort stehen muss.

Werte Kolleginnen und Kollegen, mit den Mitteln, die Markus Sackmann vorhin detailliert dargestellt hat, und dem entsprechenden Haushaltsansatz wollen wir alles tun, um die Umwelt, die wir von unseren Eltern geschenkt bekommen haben, möglichst verbessert unseren Kindern weitergeben zu können.

(Ludwig Wörner (SPD): Und was machen wir?)

Ich habe im Ausschuss immer versucht – und ich hoffe, Sie können mir wenigstens das bestätigen, Herr Wörner –

(Ludwig Wörner (SPD): Das glaube ich Ihnen! Ihnen glaube ich es!)

dies im Konsens aller drei Fraktionen auch zu erreichen.

Ich glaube, es ist weiterhin ein sehr lohnendes Ziel, daran zu arbeiten. Ich bitte am Ende meiner Haushaltsrede alle Kolleginnen und Kollegen, uns dabei zu helfen.

(Beifall bei der CSU)

Erste Vizepräsidentin Barbara Stamm: Jetzt hat sich noch der Kollege Wörner gemeldet für den Rest seiner Redezeit, eine Minuten und zwei Sekunden.

(Markus Sackmann (CSU): Schauen wir mal, ob das geht!)

Ludwig Wörner (SPD): Natürlich geht das. Keine Angst.

Liebe Kolleginnen und Kollegen, ich wollte mir das ganz bewusst bis zum Schluss aufheben. Die Beschäftigten des Ministeriums leisten ausgezeichnete Arbeit, wenn sie dürfen.

(Beifall bei Abgeordneten der SPD)

Sie könnten mehr, als sie tun dürfen.

(Henning Kaul (CSU): Da sind Sie jetzt draufgekommen?)

– Nein, da bin ich nicht jetzt draufgekommen, lieber Herr Kollege, sondern es gehört für mich zu den Selbstverständlichkeiten, den Menschen, die Leistung erbringen, danke zu sagen, aber auch die zu kritisieren, die nur eine mangelhafte Leistung für gute Bezahlung erbringen.

(Beifall bei Abgeordneten der SPD)

Herr Kollege Kaul, wenn Sie schon so auf der Natur herumreiten, dann sage ich Ihnen: Gott sei Dank ist diese tolle bayerische Natur so gut, dass sie selbst eine CSU erträgt und aushält.

(Beifall bei der SPD – Thomas Kreuzer (CSU): Das sind ja erhellende Ausführungen! Da haben Sie sich unbedingt noch einmal melden müssen!)

– Ja, natürlich. Ich kann Ihnen noch fast wörtlich den Antrag zitieren, in dem es darum ging, den Verbraucherschutz neu aufzustellen und zu organisieren. Sie haben ihn mit derselben Begründung abgelehnt wie auch heute wieder: In Bayern ist alles in Ordnung, und deswegen braucht man nichts tun.

(Manfred Ach (CSU): Die Zeit ist um!)

Heute stehen Sie vor einem Scherbenhaufen.

Erste Vizepräsidentin Barbara Stamm: Herr Kollege, Sie haben gesagt, Sie können es.

(Prof. Dr. Hans Gerhard Stockinger (CSU): Der kann's doch nicht! Der hat's noch nie gekonnt!)

Ludwig Wörner (SPD): Der Schnappauf kann es nicht. Das hat der Seehofer gesagt. Da haben Sie recht.

(Beifall bei Abgeordneten der SPD – Henning Kaul (CSU): Es wäre besser gewesen, Sie hätten geschwiegen!)

Erste Vizepräsidentin Barbara Stamm: Jetzt darf ich Herrn Staatsminister Dr. Schnappauf ums Wort bitten.

Staatsminister Dr. Werner Schnappauf (Umweltministerium): Frau Präsidentin, sehr geehrte Kolleginnen und Kollegen, meine Damen und Herren! Der Haushaltsentwurf, über den wir jetzt debattieren und anschließend abstimmen, kann sich wahrhaft mehr als sehen lassen. Wir geben danach in den nächsten zwei Jahren für den Umweltschutz in Bayern, für Gesundheit und Verbraucherschutz mehr als 1,6 Milliarden Euro aus.

Allein für den Bereich Naturschutz und Landschaftspflege – ich bin Herrn Kollegen Markus Sackmann dankbar, dass er das Thema schon angetippt hat, ich darf es noch einmal aufnehmen, um es bewusst zu machen und zu verdeutlichen – geben wir an bayerischen Landesmitteln jährlich über 38 Millionen Euro aus. Hinzu kommen in großem Umfang europäische Kofinanzierungsmittel, die wir durch das hohe Maß an Landesmitteln einwerben und binden können, und hinzu kommen auch Mittel aus dem Naturschutzfonds, aus der Glücksspirale. Wir sind das einzige Land in Deutschland, das in einer derartigen Dimension eine eigene Stiftung geschaffen und über 50 Millionen Euro Privatisierungserlöse eingebracht hat.

Meine sehr verehrten Damen und Herren, nach der Bundesstiftung Umwelt ist der Bayerische Naturschutzfonds die zweitgrößte Stiftung in ganz Deutschland, die pro Jahr sechs bis acht Millionen Euro zusätzlich zu den Landesmitteln, zusätzlich zu den europäischen Geldern für

Zwecke des Naturschutzes in Bayern auswirft. Damit haben wir in Deutschland von allen Flächenländern der alten Bundesrepublik insgesamt die höchsten Pro-Kopf-Ausgaben für Zwecke des Umweltschutzes. Meine sehr verehrten Damen und Herren, das sind konkrete Fakten, das sind konkrete Zahlen, das ist konkrete Politik, und dies alles eingebettet in einen Haushalt, der ein nachhaltiger Staatshaushalt ist.

(Beifall des Abgeordneten Johannes Hintersberger (CSU))

Wenn ich die Rednerinnen und Redner der Opposition höre, habe ich den Eindruck: Das ist nach wie vor das alte Lied einer Ökoideologie, einer einseitigen Betrachtung. Wir haben einen ausgeglichenen Staatshaushalt und haben gleichzeitig die höchsten Mittel für Umweltschutz in ganz Deutschland. Das ist eine konkrete Nachhaltigkeitspolitik.

(Beifall bei Abgeordneten der CSU – Susann Biedefeld (SPD): Schönrednerei und Schönrechnerei, da sind Sie ganz groß!)

Dabei ist das inhaltlich bedeutendste Umweltthema von heute und erst recht von morgen und übermorgen der Schutz des Klimas. Es ist völlig unbeheflich, wenn die Redner der Opposition sagen, dazu stünden nur einige Zeilen im Landesentwicklungsprogramm. Entscheidend ist, was in den Klimaschutzprogrammen steht. Im Klimaschutzprogramm der Bayerischen Staatsregierung, das im Jahr 2000 aufgelegt und im Jahr 2003 fortgeschrieben wurde, ist eine konkrete Zielsetzung genannt. Wir werden dieses Klimaschutzprogramm im kommenden Jahr, 2007, fortschreiben

(Ruth Paulig (GRÜNE): Das wird auch Zeit!)

und den Klimaschutz zu einem Schwerpunkt der bayerischen Landespolitik weiterentwickeln.

Klimaschutz findet sich quer über die verschiedensten Haushalte in den verschiedensten Positionen

(Ruth Paulig (GRÜNE): Bis jetzt nicht!)

der Titelgruppen der verschiedensten Ministerien. Wir haben im Bereich des Umweltministeriums noch einmal eine Million Euro draufgelegt, zum Beispiel für kommunale energetische Gebäudesanierungen.

Man muss das Ganze im Kontext sehen. Es war gerade die Stimme Bayerns bei den Verhandlungen für die Große Koalition, wo wir durch ein Gutachten der Technischen Universität München untermauert, die Frage auf den Tisch gelegt haben: Wo kann am meisten für den Klimaschutz am schnellsten erreicht werden? Das Effektivste ist, wenn wir die vorhandene Gebäudesubstanz, das heißt die Millionen von Gebäuden, die heute schon existieren, energetisch sanieren – neue Fenster, neue Türen, Wärmedämmung, Isolierung –,

(Susann Biedefeld (SPD): Gehen Sie doch mal mit gutem Beispiel voran! Setzen Sie den ORH-Bericht um!)

um auf diese Art und Weise Energie einzusparen und gleichzeitig das Klima zu schützen.

Das Programm hat sich zu einem Renner entwickelt, das Programm wird ohne Ende nachgefragt. Es ist zwischenzeitlich noch einmal leicht aufgestockt worden, und wir haben trotz Sparbemühungen seitens des Bundes 1,4 Milliarden Euro in dieses Programm gelegt. Gerade die Vertreter der Opposition, die in den letzten sieben Jahren die Regierung in Berlin gestellt haben, sollten sich vor Augen halten, dass damals ausschließlich ein knapp bemessenes Darlehensprogramm aufgelegt war, heute erstmals ein Zuschuss- und Darlehensprogramm mit viel mehr Finanzausstattung. Das Ganze ist zu einem Win-win für Klimaschutz, für Umweltschutz und für das Handwerk geworden, gerade für diejenigen, die Heizungsanlagen bauen, die Wärmedämmung und Isolierung bieten.

(Henning Kaul (CSU): Bayern ruft die meisten Fördermittel ab!)

– Kollege Kaul sagt völlig zu Recht, dass Bayern die meisten Fördermittel aus diesem Programm abrufen wie auch aus anderen Programmen, die den erneuerbaren Energien dienen.

(Susann Biedefeld (SPD): Aus dem Bundesprogramm, von der rot-grünen Bundesregierung aufgelegt!)

Auch der Staat geht mit gutem Beispiel voran. Wir haben heute auf staatlichen Gebäuden 160 Fotovoltaik-Anlagen und haben allein dafür rund 17 Millionen Euro aufgewandt. Insgesamt haben wir seit den Neunzigerjahren über 90 Millionen Euro in die Sanierung staatlicher Gebäude, über 60 Millionen Euro in die energetische Sanierung, in die regenerativen Energien auf staatlichen Gebäuden gesteckt.

Ich kann bei der Kürze meiner Ausführungen nicht alle Einzelheiten aufzählen. Aber es zeigt sich summa summarum, dass hier der Umweltschutz, der Klimaschutz, die energetische Sanierung und die erneuerbaren Energien nicht erst seit gestern und vorgestern, sondern seit vielen Jahren intensiv vorangetrieben werden. Wir werden das weiter ausbauen; denn – insofern besteht, glaube ich, in diesem Hohen Haus Übereinstimmung – die Klimaerwärmung schreitet rasanter und intensiver voran, als es die Wissenschaft noch vor Jahren prognostiziert hat.

Die volkswirtschaftlichen Folgen sind riesig. Der Bericht von Nicolas Stern hat im Bezug darauf ein Volumen von 5,5 Billionen Euro prognostiziert. Das heißt, wir alle sind ökologisch und ökonomisch gut beraten, dem zu folgen, was wir im kommenden Jahr als landespolitischen Schwerpunkt setzen werden, nämlich den Klimaschutz konsequent weiterzuführen, auszubauen und zu intensivieren.

Dabei setzen wir auf folgende Doppelstrategie: Das eine ist die konsequente Reduktion der Klimagase, vor allem von Kohlendioxid. Das andere ist die konsequente aktive Anpassung an die ohnehin stattfindende weitere Erwärmung. Denn wir müssen uns darauf einstellen, dass es

ungeachtet gewünschter Erfolge bei der Reduktion der Klimagase in den nächsten Jahrzehnten auf jeden Fall wärmer wird, vor allem in Südbayern noch wärmer und feuchter. Nach den Prognosen wird es in Südbayern bis zu 30 % mehr Niederschlag geben als bisher. Sie wissen, dass Südbayern gegenüber Nordbayern und Franken die dreifache Niederschlagsmenge hat, sodass sich die Folgerungen aus der Klimaerwärmung in vielfältiger Weise stellen, etwa für die Trinkwasserversorgung, den Hochwasserschutz, die Landwirtschaft, die Forstwirtschaft und für den Tourismus.

Ich will deshalb hier auch noch ein Wort zu dem immer wieder diskutierten Thema „Beschneigungsanlagen“ sagen. Dieses Thema ist heute in erster Linie zu einem Thema der wirtschaftlichen Vernunft geworden; denn auch der OECD-Bericht bestätigt, was wir seit vielen Jahren prognostizieren, dass sich nämlich die Schneegrenze immer weiter nach oben verschieben wird und dass diejenigen, die heute noch Geld in die Hand nehmen, um in tieferen und mittleren Lagen Schneekanonen zu errichten, schon morgen vor einer Investitionsruine stehen können. Deshalb gibt es nach unseren bayerischen Rechtsgrundlagen klare Rückbauverpflichtungen, um solche Fehlinvestitionen gegebenenfalls wieder aus der Landschaft zu nehmen.

Lassen Sie mich, ohne in Einzelheiten zu gehen, den Schwerpunkt auf den aktiven Klimaschutz, auf die konsequente CO₂-Reduktion und auf die damit angekündigte Fortschreibung des Bayerischen Klimaschutzprogramms 2000 und 2003 setzen. Wir werden aber auch die Anpassungsstrategie weiter intensivieren. Gerade in diesem Haushalt findet sich die Intensivierung unserer Hochwasserschutzaktivitäten in einem Maße wie nie zuvor: Wir investieren in den Ausbau des Hochwasserschutzes per anno 150 Millionen Euro. Es sind allein in den drei Jahren 2006, 2007 und 2008 450 Millionen Euro, die in Bayern in den Hochwasserschutz fließen. Das ist eine nie dagewesene Summe.

Für neue Planungen von Hochwasserschutzanlagen machen wir einen Klimaschutzaufschlag von plus 15 %. Das heißt, dass wir die Bemessung der Hochwasseranlagen größer dimensionieren, um eine größere Niederschlagsmenge aufnehmen zu können und um damit für künftige Hochwässer vorzusorgen.

(Unruhe – Glocke der Präsidentin)

Die Hochwasserschutzstrategie ist zentraler Anteil der Anpassungsstrategie gegen die Klimaerwärmung. Deshalb möchte ich mich schon an dieser Stelle bei Ihnen allen dafür bedanken, dass wir nach den Beratungen der Ausschüsse mit dieser Klimaanpassungsstrategie, mit dem Ausbau und der Intensivierung der Hochwasserschutzmaßnahmen in derartigem Umfang mit über 20 Millionen Euro zusätzlicher Landesmittel diesen landespolitischen Schwerpunkt setzen können.

Mein Dank geht besonders auch an die CSU-Fraktion, an den haushaltspolitischen Sprecher Markus Sackmann und an den Vorsitzenden des Umweltausschusses, Hen-

ning Kaul sowie an die Kolleginnen und Kollegen dafür, dass wir im Bereich Hochwasser und Abwasser derart umfangreich Landesmittel einsetzen können; das gilt auch für die Förderung für Kleinkläranlagen, für die die CSU-Landtagsfraktion zusätzlich 2 Millionen Euro draufgelegt hat. Das versetzt uns in die Lage, den Bürgerinnen und Bürgern, die Kleinkläranlagen errichten, die Fördermittel zeitnah auszuzahlen. Wir gehen davon aus, dass die Wartezeiten nicht mehr als eineinhalb Jahre betragen.

Das ist eine neue Entwicklung, die vor wenigen Jahren erstmals begründet worden ist, wobei wir nicht nur zentrale Kläranlagen, sondern erstmals auch dezentrale Anlagen privater Bürgerinnen und Bürger in kleinen Ortschaften, Weilern und Einzelgehöften fördern, die damit ihre Abwasserentsorgung auf einen umwelttechnisch hohen Stand bringen können. Damit werden wir dem Ziel entgegenstreben, in Bayern 100 % der Bevölkerung einer geordneten Abwasserentsorgung zuzuführen. Wir liegen gegenwärtig bei rund 95 %. Wir gehen davon aus, dass in Bayern etwa zwei Drittel bis zu drei Viertel aller noch ausstehenden Erschließungsbestrebungen künftig in Form von Kleinkläranlagen errichtet werden. Das sind insgesamt etwa 100 000 Kleinkläranlagen, und das ist für den Freistaat Bayern eine erhebliche Anstrengung in der Förderung.

Ich möchte in der gebotenen Kürze auch noch ein paar Worte zum Naturschutz, zur Biodiversität und zum Flächenverbrauch sagen. Dass Bayern in den letzten Jahren über 10 % der Landesfläche in den Biotopverbund eingebracht hat, ist das Ergebnis einer nunmehr weit über zwei Jahrzehnte währenden bayerischen Biotopverbundpolitik, begonnen durch einen Beschluss des Hohen Hauses aus dem Jahr 1984, einen Arten- und Biotopverbund aufzubauen. Lange vor der Europäischen Union hat der Freistaat Bayern auf diesem Gebiet Zeichen gesetzt. Wir nennen das heute „BayernNetz Natur“. In den Neunzigerjahren kam dann zusätzlich die europäische Gesetzgebung mit „Natura 2000“, mit FFH- und Vogelschutzgebieten hinzu, sodass wir heute über 11 % der Landesfläche in einen solchen Biotopverbund eingebracht haben.

Die Mittel, die wir dafür im Haushalt bereitstellen, habe ich vorhin bereits genannt. Die CSU-Landtagsfraktion hat für den Vertragsnaturschutz Gelder draufgelegt. Obwohl die Europäische Union die Mittel gekürzt hat, haben wir unsere Landesmittel nicht gekürzt, sondern noch einmal erhöht. Das zeigt die Anstrengungen für den Naturschutz, insbesondere für den Vertragsnaturschutz, und für die Biodiversität.

Auch in Bezug auf den Flächenverbrauch haben wir in den letzten Jahren große Anstrengungen unternommen, um die durch Überbauung und Überplanung verbrauchte Fläche zu reduzieren. Deutschland liegt im Vergleich zu anderen Staaten bei der in Anspruch genommenen Fläche, objektiv gesehen, in der unteren Hälfte. Wir lagen aber im Zuwachs des Flächenverbrauchs an der Spitze. Dies hat viele Ursachen und hängt damit zusammen, dass wir in den letzten Jahren das zuzugintensivste Bundesland waren, dass wir das Land mit der stärksten Wirtschaftsentwicklung waren und sind und dass wir daher

natürlich mehr Wohnungen und Gewerbegebiete gebaut haben als andere Teile Deutschlands.

(Zuruf der Abgeordneten Susann Biedefeld (SPD))

Aber wir haben es uns zum Ziel gesetzt, das wirtschaftliche Wachstum und das Bevölkerungswachstum vom Flächenverbrauch zu entkoppeln. Wir haben auf diesem Gebiet einen großen Schritt in die richtige Richtung geschafft, nämlich den Flächenverbrauch im Jahr 2000 von 28 Hektar pro Tag auf 16 Hektar pro Tag im Jahr 2005 zu reduzieren. Das ist eine Trendumkehr mit rund 10 Hektar Reduktion pro Tag, und das angesichts der Tatsache, dass wir es bei der Planungshoheit mit einem Kernbestand der kommunalen Selbstverwaltung zu tun haben, denn das ist Sache der Gemeinderäte und der Stadträte. Es ist in einem Bündnis mit den Kommunen, Verbänden und Planern zusammen mit dem Innenministerium gelungen, hier den Trend umzukehren.

(Dr. Sepp Dürr (GRÜNE): Die Konjunktur!)

– Auch die Konjunktur hat ihren Anteil. Wir müssen alles daransetzen, dass wir diesen Trend der Entkoppelung von Wirtschaftswachstum und Flächenverbrauch stetig verfestigen und zu einer dauerhaften Entwicklung machen. Deshalb sind wir im Bereich Umwelt- und Naturschutz und Klimaschutz gut aufgestellt. Der neue Haushalt wird uns in die Lage versetzen, den erfolgreichen Weg kontinuierlich weiterzugehen. Das gilt auch für den Gesundheits- und den Verbraucherschutz.

Wenn hier vorhin gesagt wurde, dass wir die Ansätze für die Ernährung und den Verbraucherschutz reduzierten – ich zitiere den Oppositionsredner, der gesagt hat: minus 20 %! –,

(Ludwig Wörner (SPD): Das sind Ihre Zahlen!)

dann ist das eine Zahl, die als solche zunächst einmal irritieren könnte, wenn der Redner nicht gleichzeitig darlegt, um was es dabei geht. Diese Reduktion der Mittel hängt fast ausschließlich damit zusammen, dass wir die BSE-Forschung auslaufen lassen können. Der Forschungsbedarf ist gedeckt. Damit besteht keine weitere Notwendigkeit, in diesen Bereich staatliche Mittel zu stecken.

Im Übrigen haben wir im Bereich der Gesundheitsvorsorge und der Gesundheitsbildung unserer Bevölkerung einen außerordentlich großen Schwerpunkt gesetzt.

(Ludwig Wörner (SPD): Trotzdem ist es zu wenig!)

Ich möchte mich hierfür bei allen Kolleginnen und Kollegen bedanken, ganz besonders beim Kollegen Unterländer. Ich verstehe die Oppositionsrednerin nicht, die vorhin sinngemäß sagte, dass die Bürger genügend Informationen aus Medien und Werbung bekämen. Ich glaube schon, dass es die Pflicht des Staates ist, objek-

tive Daten zu vermitteln und die Gesundheitsbildung auf den Erkenntnissen zu basieren, die unbeeinflusst von Werbung und Verkaufsmarketingaktivitäten sind.

(Ruth Paulig (GRÜNE): Echte CSU-Politik!)

Ich glaube, dass wir mit unserem Ansatz zur Gesundheitsbildung auf dem richtigen Weg sind. Wir haben heute mehr denn je Informationen für unsere Bürgerinnen und Bürger aufbereitet über das Internet und wir haben monatlich über eine Million Zugriffe auf die Internetseiten des Gesundheits- und Verbraucherschutzes des Freistaates Bayern.

Auch mit unserer Initiative „Gesund.Leben.Bayern“ haben wir einen wichtigen Akzent gesetzt, um unseren Bürgerinnen und Bürgern objektive Daten zur Gesundheitsinformation und Gesundheitsbildung anzubieten.

Darüber hinaus werden wir im Bereich der Lebensmittelsicherheit das im Oktober beschlossene Konzept zur Optimierung konsequent umsetzen. Kollege Sackmann hat in seinen Ausführungen schon darauf hingewiesen, dass in der Nachschubliste zum Haushalt zusätzliche Stellen angefordert werden, die wir zur Verstärkung der Lebensmittelsicherheit im Freistaat Bayern einsetzen werden.

Außerdem wird die Fortbildung intensiviert und die technische Ausstattung verbessert. Allein dafür werden ungefähr 1,5 Millionen Euro zusätzlich aufgewandt. Für den Aufbau einer hochmodernen Datenbank „Tizian“ werden wir rund 5 Millionen Euro Landesmittel einsetzen, um den Behörden der Lebensmittelkontrolle aktuellste Daten online über alle Lebensmittelunternehmen im Freistaat Bayern zu übermitteln.

Summa summarum: Auch im Bereich Gesundheit und Verbraucherschutz haben wir eine außerordentlich positive Entwicklung.

Ich möchte aber zu den Fragen nach den Rückstandsmengen doch noch eine kurze Bemerkung machen. Es wurde vorhin gesagt, es sollte endlich einmal etwas zu den Rückständen in biologisch erzeugten Lebensmitteln und in konventionell erzeugten Lebensmitteln gemacht werden. Ich kann die Daten, die im Umweltausschuss bereits genannt worden sind, im Plenum gern wiederholen. Die Lebensmittel, die in Bayern erzeugt werden, weisen insgesamt niedrigere Rückstandsmengen auf als die Lebensmittel, die aus dem Ausland kommen. Dass biologisch-ökologisch erzeugte Lebensmittel wie Obst und Gemüse niedrigere Rückstandsmengen haben als konventionell erzeugte, liegt auf der Hand. Es sind 78 % bei den ökologisch erzeugten Lebensmitteln ohne jeden Rückstand und 3 % liegen über der Höchstmenge. Bei unseren konventionell wirtschaftenden Landwirten in Bayern sind es 4 %, die über der Höchstmenge liegen und 29 % sind ohne jeden Rückstand.

Ich wehre mich dagegen, meine sehr geehrten Damen und Herren, hier eine Politik fortsetzen und intensivieren

zu wollen, die ökologisch wirtschaftende Bauern gegen konventionell wirtschaftende Bauern ausspielt.

(Beifall bei der CSU – Johanna Werner-Muggendorfer (SPD): Um das geht es doch gar nicht!)

Das ist eine Politik, die ich nicht mittrage. Lassen Sie uns konsequent die Lebensmittelsicherheit weiter ausbauen und lassen Sie uns auch noch mehr tun: Lassen Sie uns deutlich machen, dass wir auf Frische setzen und auf Regionalität. Entscheidend ist, dass die Lebensmittel, wann immer möglich aus der Region kommen, kurze Wege haben und von heimischen Bauern erzeugt werden und nicht von irgendwoher eingeführt werden.

(Bravo-Rufe und Beifall bei der CSU)

Deshalb, meine sehr verehrten Damen und Herren, glaube ich, wenn wir die ökologische Ideologie der vergangenen Jahre, wie sie uns sieben Jahre lang aus Berlin entgegengeschallt ist, beiseite lassen und uns auf das konzentrieren, was nachhaltiges Wirtschaftswachstum bedeutet und nachhaltige Entwicklung sowie modernes Ökomanagement, dann kann sich der Freistaat Bayern in der ersten Liga in Deutschland und Europa mehr als sehen lassen. Wir setzen dann mit diesem Einzelplan einen weiteren Akzent, dass unsere Politik wirtschaftlich und finanziell solide untermauert ist.

(Anhaltender Beifall bei der CSU)

Erste Vizepräsidentin Barbara Stamm: Mir liegen keine weiteren Wortmeldungen vor. Damit ist die Aussprache geschlossen. Wir kommen zur Abstimmung. Der Abstimmung liegen der Entwurf des Haushaltsplanes 2007/2008, Einzelplan 12, die Änderungsanträge auf Drucksachen 15/6867 mit 15/6871, 15/6886 mit 15/6891, 15/6925 und 15/6926 sowie die Beschlussempfehlung des federführenden Ausschusses für Staatshaushalt und Finanzfragen auf Drucksache 15/7044 zugrunde.

Der Einzelplan 12 wird vom Ausschuss für Staatshaushalt und Finanzfragen mit den in der Beschlussempfehlung Drucksache 15/7044 genannten Änderungen zur Annahme empfohlen. Wer dem Einzelplan 12 mit den vom federführenden Ausschuss für Staatshaushalt und Finanzfragen vorgeschlagenen Änderungen seine Zustimmung geben will, den bitte ich, sich vom Platz zu erheben. – Das ist die CSU-Fraktion. Gegenstimmen bitte ich anzuzeigen. – SPD-Fraktion und Fraktion des BÜNDNISSES 90/DIE GRÜNEN. Stimmenthaltungen? – Keine. Damit ist der Einzelplan 12 mit den vom Ausschuss für Staatshaushalt und Finanzfragen vorgeschlagenen Änderungen angenommen.

Gemäß § 126 Absatz 6 der Geschäftsordnung gelten zugleich die vom Ausschuss für Staatshaushalt und Finanzfragen zur Ablehnung vorgeschlagenen Änderungsanträge als abgelehnt. Eine Liste dieser Änderungsanträge liegt Ihnen vor.

(siehe Anlage 2)

Außerdem schlägt der Ausschuss für Staatshaushalt und Finanzfragen noch folgende Beschlussfassung vor:

Das Staatsministerium für Finanzen wird ermächtigt, die aufgrund der beschlossenen Änderungen erforderlichen Berichtigungen insbesondere in den Erläuterungen, der Übersicht über die Verpflichtungsermächtigungen und den sonstigen Anlagen beim endgültigen Ausdruck des Einzelplanes vorzunehmen.

Wer dem zustimmen möchte, den bitte ich um das Handzeichen. – CSU-Fraktion und SPD-Fraktion. Wer ist dagegen? – Stimmenthaltungen? – Bei Stimmenthaltung der Fraktion des BÜNDNISSES 90/DIE GRÜNEN so beschlossen.

Unter Bezugnahme auf die Beschlussempfehlung des federführenden Ausschusses für Staatshaushalt und Finanzfragen Drucksache 15/7044 weise ich darauf hin, dass die Änderungsanträge auf Drucksachen 15/6925 und 15/6926 ihre Erledigung gefunden haben. Das Hohe Haus nimmt hiervon zustimmend Kenntnis.

Damit, liebe Kolleginnen und Kollegen, ist die Beratung des Einzelplans 12 abgeschlossen. Wir können jetzt etwas früher in die Mittagspause gehen. Das bedeutet aber, dass wir uns um 12.30 Uhr hier wieder treffen. Wir haben eine halbe Stunde Mittagspause.

(Unterbrechung von 11.59 bis 12.30 Uhr)

Zweiter Vizepräsident Prof. Dr. Peter Paul Gantzer: Liebe Kolleginnen und Kollegen, wir nehmen die Sitzung wieder auf.

Ich rufe Tagesordnungspunkt 13 auf:

**Haushaltsplan 2007/2008;
Einzelplan 10 für den Geschäftsbereich des Bayerischen Staatsministeriums für Arbeit und Sozialordnung, Familie und Frauen**

hierzu:

**Änderungsanträge von Abgeordneten der SPD-Fraktion (Drsn. 15/6649 mit 15/6660 und 15/6679),
Änderungsanträge der Fraktion des BÜNDNISSES 90/DIE GRÜNEN (Drsn. 15/6712 mit 15/6722),
Änderungsanträge von Abgeordneten der CSU-Fraktion (Drs. 15/6741 mit 15/6744)**

Im Ältestenrat wurde für die Aussprache eine Gesamtredezeit von 1 Stunde und 36 Minuten vereinbart. Davon entfallen auf die Fraktion der CSU 32 Minuten, auf die SPD-Fraktion 17 Minuten und auf die Fraktion des BÜNDNISSES 90/DIE GRÜNEN 15 Minuten. Die Redezeit der Staatsregierung orientiert sich an der Redezeit der stärksten Fraktion. Sie kann deshalb bis zu 32 Minuten sprechen, ohne dass sich dadurch die Redezeit der Fraktionen verlängert.

Bevor ich die Aussprache eröffne, mache ich darauf aufmerksam, dass die Fraktion des BÜNDNISSES 90/DIE GRÜNEN Einzelabstimmung in namentlicher Form für ihre Änderungsanträge auf den Drucksachen 15/6714 und 15/6719 – Nummern 16 und 21 der aufgelegten Liste –

(siehe Anlage 5)

beantragt hat. Frau Geschäftsführerin, darf ich kurz fragen, ist für beide Anträge je eine Abstimmung beantragt, also zwei Abstimmungen?

(Maria Scharfenberg (GRÜNE): Zwei namentliche Abstimmungen!)

– Dann bitte ich, das so bekannt zu geben.

Nun eröffne ich die Aussprache. Das Wort hat Herr Kollege Unterländer, München.

Joachim Unterländer (CSU): Bayern.

(Zuruf von der SPD: Europa!)

Herr Präsident, meine sehr geehrten Damen und Herren! Ich hoffe, dass die Präsenz des Hohen Hauses nichts mit dem Stellenwert der Sozialpolitik zu tun hat,

(Maria Scharfenberg (GRÜNE): So sieht es aus!)

sondern mit der gerade erst zu Ende gegangenen Mittagspause.

Meine sehr geehrten Damen und Herren, erlauben Sie mir, die Aussprache zum Einzelplan 10 zu einigen grundsätzlichen Bemerkungen zur Sozialpolitik zu nutzen. Im Entwurf des Sozialhaushalts, also des Einzelplans 10, für die Jahre 2007 und 2008 drückt sich eine zentrale Botschaft aus: Das soziale Bayern hat Zukunft.

In diesem Zusammenhang ist es von Bedeutung, immer wieder darauf hinzuweisen, dass der Sozialstaat an sich keine unzeitgemäße Konstruktion ist, sondern dazu dient, die Solidarität mit den Schwächeren in dieser Gesellschaft herzustellen und dort, wo der Einzelne zur Selbsthilfe nicht in der Lage ist, Unterstützung zu leisten. Das Sozialstaatsprinzip in Bayern hat in der Vergangenheit dazu beigetragen, dass unser Staat als solcher von einem großen Teil der Gesellschaft akzeptiert wird und dass das Gemeinwesen stabil geblieben ist. Deshalb ist all denjenigen eine Absage zu erteilen, die das bayerische Sozialstaatsmodell ablehnen und als Ursache für wirtschaftliche und gesellschaftspolitische Fehlentwicklungen sehen.

Aufgrund gesellschaftlicher, sozialer und wirtschaftlicher Veränderungen und wegen der Frage der Passgenauigkeit der einzelnen sozialpolitischen Maßnahmen ist es aber notwendig, eine Weiterentwicklung vorzunehmen. Erforderlich ist hierzu auch, dass zwischen bayerischer Sozialpolitik und wirtschaftlicher Entwicklung immer wieder ein Zusammenhang hergestellt wird. Gestaltungsmöglichkeiten der Sozialpolitik sind abhängig von Steu-

ereinnahmen und Beitragsleistungen. Diese wiederum stehen in einem engen Zusammenhang mit positiver wirtschaftlicher Entwicklung. Nur wer hier einen Zusammenhang herstellt – das möchte ich ausdrücklich feststellen –, kann glaubwürdige und zukunftsorientierte Sozialpolitik betreiben.

Meine sehr geehrten Damen und Herren, auch im Freistaat Bayern erleben wir gesellschaftliche Herausforderungen, die durch eine präventive, aktivierende und fördernde Sozialpolitik eine Antwort finden werden.

(Joachim Wahnschaffe (SPD): Haben Sie das auch schon bemerkt?)

– Vor Ihnen, Herr Kollege Wahnschaffe.

Trotz der hervorragenden und somit auch erfreulichen Entwicklung auf dem Arbeitsmarkt und beim wirtschaftlichen Wachstum, wo der Freistaat Bayern eine Ausnahmrolle spielt, muss uns zu denken geben, dass rund 10 % aller Schulabgänger ohne Schulabschluss sind und geringer Qualifizierte auf dem Arbeitsmarkt trotz der Reformen weiterhin Probleme haben, eine Zukunftsperspektive zu finden. Erforderlich ist in diesem Zusammenhang die bestmögliche Förderung von Kindern und Jugendlichen zum frühestmöglichen Zeitpunkt. Dies bedeutet, dass die frühkindliche Erziehung und Bildung weiter ausgebaut werden muss, um auch das Vorkommen von Gewalt in Familien und Schulen eindämmen zu können.

Auch die Verbesserung der Situation von Familien und Alleinerziehenden und deren Kindern ist eines der großen sozial- und gesellschaftspolitischen Anliegen. Das Auseinanderdriften von ärmeren und reicheren Bevölkerungsschichten, das sich in Bayern aufgrund der guten wirtschaftlichen Situation nicht so stark findet wie in anderen Gebieten der Bundesrepublik, verbunden mit der Tatsache, dass immer mehr Menschen aus Verschuldung und Transferleistungen nicht mehr herauskommen, muss für uns alle den politischen Handlungsbedarf erkennbar machen.

Meine sehr geehrten Damen und Herren, eine besondere politische Herausforderung wird in der Behindertenpolitik die Zunahme der Zahl derjenigen Menschen mit Behinderung sein, die das 60. und 65. Lebensjahr überschritten haben. In den nächsten Jahren wird mit einer Steigerung um 25 % bis 40 % zu rechnen sein. Behindertenpolitische Konzepte zu deren Betreuung müssen in der politischen Wahrnehmung realisiert und umgesetzt werden.

Das Bedürfnis von 80 % bis 90 % der älteren Menschen, auch im Pflegefall in der vertrauten Wohnumgebung zu bleiben, stellt uns vor eine politische Querschnittsaufgabe. Wir müssen diese Entwicklung verbunden mit dem Grundsatz „ambulant vor stationär“ in der Pflege aktiv begleiten. Ein Thema, das über die sozialpolitischen Fragestellungen hinausgeht, ist die Frage, ob die soziale Infrastruktur im ländlichen Raum auch in Zukunft aufrechterhalten werden kann. Wir müssen die Diskussion, die das Hohe Haus seit Jahren in der Schulpolitik führt, auch in der Sozial-, Familien- und Gesundheitspolitik führen.

Meine sehr geehrten Damen und Herren, die beabsichtigte Gesundheitsreform, festgelegt im Entwurf eines Wettbewerbsstärkungsgesetzes für die gesetzliche Krankenversicherung, ist so angelegt, dass es gerade für einen Flächenstaat wie den Freistaat Bayern zu erheblichen Problemen kommt. Schließlich fehlt es manchmal an der Zielgenauigkeit der Eingliederungshilfe oder Pflege gerade deswegen, weil Kosten- und Abgrenzungs- sowie Verlagerungsprobleme zwischen Pflegekassen, Krankenkassen, Sozialversicherungsträgern und den örtlichen und überörtlichen Kostenträgern der öffentlichen Hand eine optimale und zielgenaue Förderung verhindern.

(Zuruf der Abgeordneten Renate Ackermann (GRÜNE))

– Ich komme noch darauf zu sprechen. Seien Sie nicht so ungeduldig, Frau Kollegin Ackermann.

Die Konsequenzen aus diesen Problemstellungen finden sich im Entwurf des Doppelhaushalts 2007/2008 der Bayerischen Staatsregierung ebenso wieder wie in Ergänzungsanträgen der CSU-Landtagsfraktion. Aus unserer Sicht lassen sich die Handlungsoptionen und die notwendigen Maßnahmen in zehn Punkten zusammenfassen.

Erstens. Die frühe Förderung von Kindern und Jugendlichen hat absolute Priorität. Der quantitative und qualitative Ausbau der Kinderbetreuung ist dabei unser zentrales Anliegen. Wir müssen vor allen Dingen im Zusammenhang mit dem Kinderbildungs- und -betreuungsgesetz und darüber hinaus, was die Stärkung und Begleitung der Eltern im Erziehungsprozess anbelangt, klare Signale für die Zukunft setzen, und das tun wir auch. Die weitergehende Sprachförderung unserer Kinder in den Kindertagesstätten, die Vernetzung von Kindergarten und Grundschule, die konsequente Umsetzung des Bildungs- und Erziehungsplans, entsprechende Aus-, Fort- und Weiterbildung der Erzieherinnen, die Stärkung des Netzes der Eltern- und Familienbildung für alle Eltern und das Aufrechterhalten eines vielfältigen sozialen Netzes in der frühkindlichen Förderung sind dabei unsere Schwerpunkte. Hier ist der Freistaat Bayern in einer absoluten Vorreiterrolle in der gesamten Bundesrepublik.

(Joachim Wahnschaffe (SPD): Das soziale Bayern wird immer stärker!)

Zweitens: Wirtschafts- und Arbeitsmarktpolitik müssen ebenso wie die Bildungspolitik im Freistaat Bayern darauf ausgerichtet sein, auch denjenigen eine Perspektive zu geben, denen droht, die Schule ohne qualifizierten Abschluss verlassen zu müssen. Gleiches gilt für Fördermaßnahmen für Beschäftigungslose mit geringerer Qualifikation. Die vorhandenen Förderprogramme sind hierfür die angemessene Basis.

Drittens: Neben der schon genannten frühen Förderung von Kindern und Jugendlichen ist eine auf Wahlfreiheit der Eltern ausgerichtete Familienpolitik Hauptanliegen der CSU-Landtagsfraktion.

(Christa Steiger (SPD): Genau, deshalb gibt es die Gastkindergelung!)

Sie ist sich darin mit der Bayerischen Staatsregierung einig. Deshalb ist es ein klares und eindeutiges Signal, dass die Mittel für das Landeserziehungsgeld des Freistaates Bayern auch nach Einführung des Elterngeldes des Bundes bereitgestellt werden.

(Beifall bei der CSU)

Hierfür ist ein Konzept zu entwickeln, das den Bedürfnissen von Familien und Kindern gerecht wird. Dies ist übrigens auch ein Weg, um Armut bei Kindern und Jugendlichen zu vermeiden.

Viertens: Armutsbekämpfung erfolgt über eine gute Familienförderung, ebenso wie eine Förderung von Langzeitarbeitslosen über die verfügbaren Instrumente.

(Christa Steiger (SPD): Fangen wir mit dem kostenlosen letzten Kindergartenjahr an!)

Darüber hinaus sehen wir aber auch eine steigende Zahl von Menschen in struktureller Armut, die verschuldet sind und sich in einer schwierigen materiellen Situation befinden. Ohne die Diskussion in der vergangenen Woche zur Insolvenzberatung wiederholen zu wollen, sage ich, es ist ein klares Zeichen von Staatsregierung und CSU-Landtagsfraktion, in diesem Bereich auch in Zukunft stärker zugunsten derjenigen zu investieren, die gerade mit Hilfe der Insolvenzberatung eine positive Perspektive finden.

(Beifall bei der CSU)

Fünftens: Die Förderung bedarfsgerechter Angebote für ältere Menschen mit Behinderungen muss in den kommenden Jahren ein Schwerpunkt der Politik sein. Der sozialpolitische Arbeitskreis der CSU-Landtagsfraktion hat hierzu eine Initiative „Ältere Menschen mit Behinderung – eine wachsende politische Aufgabe“ gestartet, wobei am Ende des Dialogprozesses ein umsetzbares Konzept stehen wird.

Sechstens: Über die sozialpolitischen Anreizsysteme gemeinsam mit den Kostenträgern und dem Landespflegeausschuss hinaus müssen ambulante und betreute Wohnformen und der Grundsatz „ambulant vor stationär“ die Weiterentwicklung der Pflegelandschaft im Freistaat Bayern kennzeichnen.

(Renate Ackermann (GRÜNE): Investitionskostenförderung!)

Wir müssen die Entwicklung im stationären Bereich darüber hinaus – das hat auch die Diskussion zum Gesetz zur Ausführung der Sozialgesetze – AGSG – in den vergangenen Wochen gezeigt – mit einem zinsgünstigen Förderprogramm bei der Umstellung der Finanzierung von Modernisierungsmaßnahmen in der stationären Altenhilfe begleiten und kontrollieren.

(Joachim Wahnschaffe (SPD): Jetzt sind Sie doch noch aufgewacht! – Christa Steiger (SPD): Guten Morgen! Das hat lange gedauert! – Renate Ackermann (GRÜNE): Winterschlaf!)

Dieses Programm ist ein wesentlicher Bestandteil des AGSG – nicht im Gesetz, aber zur Umstellung der Finanzierungsform.

Siebtens: Die Gesundheitsreform muss für Krankenhäuser, Patienten, Ärzte, Apotheken und sonstige Beteiligte bayernfreundlich gestaltet werden. Dabei muss auf die Bedürfnisse des Flächenstaates und die positiven Leistungsvereinbarungen hingewirkt werden. Eine zunehmende Staatsmedizin und ein Einheitskassenprinzip lehnen wir mit Nachdruck ab.

(Beifall bei Abgeordneten der CSU)

Achtens: Das soziale Bayern ist durch ein vielfältiges Netzwerk von Eigeninitiativen, bürgerschaftlichem Engagement und Selbsthilfebewegungen gekennzeichnet. Dieses Netzwerk, angefangen bei der offenen Behindertenarbeit bis hin zu den Landesnetzwerken für bürgerschaftliches Engagement und Selbsthilfekoordination sowie den Mütterzentren, muss in seiner Arbeit eine Perspektive haben und stabilisiert werden. Dabei ist eine bürgerfreundliche Sozialpolitik in diesem Bereich zielgenau zu bewerkstelligen.

(Christa Steiger (SPD): Was heißt das?)

Neuntens: Sozialpolitische Maßnahmen im Freistaat Bayern, von der Kinderbetreuung bis hin zur Krankenhausversorgung und Hospizentwicklung, müssen darauf überprüft werden, ob sie den Bedürfnissen im ländlichen Raum entsprechen. Wir machen eine Politik sowohl für die Ballungsräume als auch für die ländlichen Räume.

(Joachim Wahnschaffe (SPD): Sie machen gar nichts! Sie ziehen sich zurück!)

Das ist ein entscheidender Schwerpunkt unserer Sozialpolitik.

(Beifall bei der CSU)

Zehntens: Wesentlicher Bestandteil der Zukunft des sozialen Bayerns ist die Fortsetzung der Dialogkultur zwischen Staatsregierung, Bayerischem Landtag, den Wohlfahrtsverbänden und den sonstigen Initiativen. Dafür ist das Forum „Soziales Bayern“ eine ausgezeichnete Grundlage.

(Christa Steiger (SPD): Oh ja!)

Wir wünschen uns, Frau Staatsministerin, dass dieser Dialog fortgesetzt wird. Dazu gehört auch die Neugestaltung eines Sozialberichtes, der die beteiligten Akteure ebenso einbezieht wie er gemeinsame soziale Maßstäbe entwickeln soll.

(Christa Steiger (SPD): Acht Jahre haben Sie bis zu dieser Entscheidung gebraucht!)

Die Zielgenauigkeit sozialpolitischer Maßnahmen soll an diesen Maßstäben immer wieder überprüft werden. Dazu

gehört auch eine verlässliche Planungs- und Finanzierungsentwicklung für die Maßnahmenträger.

Frau Kollegin Steiger, ich hoffe, dass Sie es irgendwann einmal begreifen werden, dass in den vergangenen Jahren die Erstellung eines Sozialberichtes absolut unsinnig gewesen wäre, weil er auf veralteten und nicht zielgenauen Zahlen hätte basieren müssen. Durch „Hartz IV“ haben sich erhebliche Veränderungen ergeben, die berücksichtigt werden mussten.

(Christa Steiger (SPD): Das gilt für den Armuts- und Reichtumsbericht der Bundesregierung nicht?)

Meine sehr geehrten Damen und Herren, der Haushaltsentwurf, diese zehn Schwerpunkte und darüber hinaus die Umsetzung der Ziele einer positiven wirtschaftlichen Entwicklung im Kontext mit dem Sozialhaushalt und die Erreichung des Ziels eines nachhaltigen Haushalts ohne Neuverschuldung werden die Zukunft des Erfolgsmodells „Soziales Bayern“ prägen.

Ich darf an dieser Stelle den Dank an Frau Staatsministerin Christa Stewens, an Herrn Staatssekretär Heike und vor allen Dingen auch an die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter des Ministeriums für eine nicht nur im Ländervergleich hervorragende Arbeit aussprechen. Bayern nimmt bundesweit immer wieder eine politische Führungsrolle bei der Entwicklung von Konzepten ein. Ich darf hier die Familienpolitik, die Kinderbetreuung, die Rentenversicherung, die Reform der gesetzlichen Krankenversicherung und die Pflegepolitik nennen, mit der Sicherung der Rahmenbedingungen und der Qualitätssicherung. Dies sind Beispiele, wo der Bund und die anderen Bundesländer immer wieder auf den Freistaat Bayern schauen und Konzepte aus dem Freistaat Bayern in anderen Ländern übernommen werden. Deshalb ein herzliches Dankeschön an Sie, Frau Staatsministerin Stewens, Herrn Staatssekretär Heike und die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter des Bayerischen Staatsministeriums für Arbeit und Sozialordnung, Familie und Frauen.

Die CSU-Landtagsfraktion hofft, dass Sie mit den Rahmenbedingungen, die der Haushaltsentwurf für Ihre Arbeit setzt, Ihren Auftrag weiter erfüllen können. Zu den Schwerpunkten der Haushaltsberatungen wird die Berichterstatterin der CSU zu Einzelplan 10 im Haushaltsausschuss, Frau Kollegin Monika Hohlmeier, weitere Ausführungen machen.

(Joachim Wahnschaffe (SPD): Da sind wir jetzt schon gespannt!)

Ich bin der Meinung, dass die Sozialpolitik der Bayerischen Staatsregierung und der Mehrheitsfraktion im Hohen Haus für die Bürgerinnen und Bürger modern und zukunftsorientiert ist. Daran werden wir auch in Zukunft arbeiten.

Zweiter Vizepräsident Prof. Dr. Peter Paul Gantzer:
Nächste Wortmeldung: Herr Kollege Joachim Wahnschaffe.

Joachim Wahnschaffe (SPD): Herr Präsident, liebe Kolleginnen und Kollegen, die Sie sich für die Sozialpolitik interessieren – offenbar werden es immer mehr! Herr Kollege Unterländer, Sie haben von der zentralen Botschaft gesprochen, der Sozialstaat habe Zukunft. Ich weiß nicht, aus welchem Märchenbuch Sie zitiert haben. Jedenfalls können Sie dabei den bayerischen Sozialhaushalt nicht im Auge gehabt haben.

(Beifall bei der SPD)

Meine Damen und Herren, der Landtagspräsident hat in seiner Weihnachtsansprache am vergangenen Dienstag zu Recht darauf hingewiesen, dass sich die soziale Kluft auch in unserem Lande vertieft hat. Materielle Armut von Kindern und Familien, mangelnde Chancengleichheit beim Zugang zu Bildung, Defizite bei der Gesundheitsversorgung und das Wegbrechen sozialer Strukturen gelten heute, wie Heribert Prantl einmal in der „Süddeutschen Zeitung“ schrieb, nicht mehr als Ausfluss der göttlichen Weltordnung, sondern als massives gesellschaftliches Problem.

Doch was tut die Bayerische Staatsregierung? – Sie tut so, als gäbe es dieses Problem nicht. Sie betreibt stattdessen Kulissenschieberei zu dem immer gleichen Stück: Bayern ist ein schönes Land, und schuld daran ist nur die CSU.

(Herbert Fischer (CSU): Natürlich! – Beifall bei der SPD und bei der CSU)

Meine Damen und Herren, damit werden Sie aber der verfassungsrechtlichen Verpflichtung eines Sozialstaates Bayern nicht gerecht. Nach den brutalen Kürzungen des Nachtragshaushaltes 2004 – daran sollten Sie denken, Herr Kollege Unterländer – bleiben die Haushaltsansätze 2007 und 2008 im Wesentlichen auf dem niedrigen Niveau der Vorjahre. Keine Besserung ist in Sicht. Das Bild, das Kollege Maget am Dienstag von den ausgeraubten Sozialdienstleistern gezeichnet hat, die froh sind, dass sie nicht abermals beraubt worden sind, trifft die Stimmung, wie ich glaube, ziemlich genau.

(Beifall bei der SPD)

Frau Staatsministerin, dass Sie die Wohlfahrtsverbände ruhig gestellt hätten, wie die „Süddeutsche Zeitung“ mutmaßt, und damit Ihre Stellung im Kabinett gestärkt sei, ist ein Umstand, auf den Sie nicht stolz sein sollten.

Wie wir am Dienstag gehört haben, gibt es einen neuen Dreiklang: Kinder, Bildung, Arbeitsplätze. Das hat der Ministerpräsident abermals angekündigt. Davon findet sich im Haushalt aber wenig. Darum hat er wohl auch den Zusatz „2020“ gebraucht. Seit dem Amtsantritt – leider ist Kollege Herrmann jetzt nicht da – von Ministerpräsident Stoiber seien eine Million Menschen nach Bayern gekommen, hat der Fraktionsvorsitzende am Dienstag hier verkündet. Was wollte er uns damit sagen? Sind die Menschen wegen Stoiber gekommen? – Das ist genauso unsinnig, wie wenn ich behaupten wollte, Frau Staatsministerin, der Herr Ministerpräsident sei schuld daran, dass

die Geburtenzahl seit seinem Amtsantritt von 134 000 auf 107 000 gefallen ist.

(Beifall bei der SPD)

Das ist im Übrigen die niedrigste seit 1979, und das muss man ernst nehmen. Es ist ein Indiz dafür, Herr Kollege Unterländer, dass Bayern eben kein kinderfreundliches Land ist und erst recht nicht das Familienland Nummer 1, zu dem es Ministerpräsident Stoiber in seiner Regierungserklärung von 2003 gemacht hat.

(Beifall bei der SPD)

Wiederum laut „Süddeutscher Zeitung“ vom 5. Dezember 2006, das ist also gar nicht lange her, erhofft sich die Staatsregierung angesichts der veröffentlichten Zahlen vom Ausbau des Landeserziehungsgeldes – man höre und staune – und dem Ausbau der Kinderbetreuung eine Trendwende. Wir sind darauf gespannt.

Doch, meine Damen und Herren, wie sieht die Wirklichkeit aus? – Noch immer ist Bayern eines der Länder mit der schlechtesten Versorgungsquote bei Kindern unter drei Jahren im Hauptbereich. Der Bericht der Bundesregierung vom Juli dieses Jahres weist eine Quote von 5,3 % aus. Das bestreiten Sie immer; Sie selbst haben in einer Antwort von 7 % gesprochen. Selbst wenn ich 7 % zugrunde lege, ist dies aber wirklich kein Ruhmesblatt für die Staatsregierung.

Das neue Bayerische Kinderbildungs- und -betreuungsgesetz hat wegen der schlechten Rahmenbedingungen keinen Durchbruch für eine bessere vorschulische Bildung und Betreuung unserer Kinder gebracht.

(Beifall bei der SPD)

In mancherlei Hinsicht bedeutet es sogar einen Rückschritt gegenüber der bisherigen Förderung. Zwar sind für die Kindertagesbetreuung insgesamt 15 Millionen Euro für 2007 und 20 Millionen Euro für 2008 mehr vorgesehen, das bedeutet aber kaum eine verbesserte Förderung für das Kind. Vielmehr wird das Geld dafür gebraucht, um die nunmehr in die Förderung einbezogenen Kinderkrippen und Kinderhorte zu finanzieren.

Stellvertretend für all die vielen kritischen Stimmen zum Bayerischen Kinderbildungs- und -betreuungsgesetz darf ich Ihnen einen Auszug aus dem Weltblatt „Traunreuter Anzeiger“ zitieren – Frau Kollegin Steiger, hören Sie bitte zu: Pittenhart – Kindergarten bittet um Hilfe. Zitat: Wünsche schicken wir wie Sterne. Mit diesem Lied begrüßten die Kindergartenkinder Weihbischof Dr. Franz Dietl im Rahmen seiner Visitation im Pfarrverband des Kindergartens St. Aloisius in Pittenhart. Dessen Leiterin Maria Eder nutzte die Gelegenheit, den Bischof auf die nicht ganz leichte Situation des Kindergartens aufmerksam zu machen; denn mit dem neuen Bayerischen Kinderbildungs- und -betreuungsgesetz seien drastische Verschlechterungen für die Kindergärten im Pfarrverband Obing eingetreten. Durch die Reduzierung der Wochenarbeitszeiten für das Personal und geplante weitere Kürzungen könne kaum noch Teamarbeit stattfinden. Es

fehle die nötige Vorbereitungszeit, und die Eltern seien zum Teil aufgebracht, weil sie trotz gestiegener Beiträge weniger Qualität bekommen würden. Auch beim Personal herrsche große Unsicherheit und Angst vor den ständig wachsenden Anforderungen. – Zitatende. Meine Damen und Herren, das ist nur eine von vielen Stimmen über das neue Bildungs- und Betreuungsgesetz. Auch darauf können Sie nicht stolz sein; denn Sie haben nicht Fortschritt, sondern Rückschritt produziert.

Frau Staatsministerin, Sie haben leider die Chance verpasst, bei der Bildung und der Betreuung einen echten Paradigmenwechsel vorzunehmen. Wir haben Ihnen vorgeschlagen – das wäre ein echter Paradigmenwechsel –, das letzte Kindergartenjahr für die Eltern beitragsfrei zu stellen, damit die Attraktivität des Kindergartens zu erhöhen und vor allen Dingen jene Kinder in den Kindergarten zu bekommen, die dieses Bildungsangebot eben in besonderer Weise notwendig haben. Frau Staatsministerin, Sie haben gesagt, das sei ein wichtiges familienpolitisches Signal. Allerdings haben Sie damit nicht unseren Vorschlag gemeint, sondern Sie haben die Ankündigung der Stadt Ansbach, das Kindergartenjahr auf kommunale Kosten beitragsfrei zu stellen, so begründet. Warum nicht auch für ganz Bayern? Warum nur in Ansbach, meine Damen und Herren?

(Beifall bei der SPD)

Wir sind der Auffassung, dass Bildung eine staatliche Aufgabe ist und frühkindliche Bildung stärker gefördert werden muss. Dieser Auffassung sind wir im Übrigen nicht alleine. Auch prominente Mitglieder Ihrer Partei und Ihrer Schwesterpartei, wenn auch aus unterschiedlichen Motiven, wie Herr Faltlhauser, wie Herr Söder, wie Frau von der Leyen, haben sich ebenfalls für ein beitragsfreies Kindergartenjahr ausgesprochen. Ich bin überzeugt davon, meine Damen und Herren, nachdem der Ministerpräsident vorgestern so vollmundige Erklärungen abgegeben hat: Spätestens in einem Jahr ist auch die CSU so weit, das letzte Kindergartenjahr beitragsfrei zu stellen.

(Zuruf von der SPD: So schnell nicht!)

– Na ja, vielleicht. Wir stehen schließlich vor Wahlen.

Meine Damen und Herren, die Erhöhung der Fördermittel für die Kinderbetreuung und für das Landeserziehungsgeld ist ja keine echte Mehrung im Landeserziehungshaushalt, sondern – das ist das Fatale – Sie nehmen das Geld denen, die sich am wenigsten wehren können: Das sind die Pflegebedürftigen, und das sind die Menschen mit Behinderungen. Beim Landesplan für Altenhilfe sparen Sie knapp 30 Millionen Euro und beim Landesplan für Behinderte sogar 41 Millionen Euro ein. Es ist unseriös, Eltern mit Kindern gegen pflegebedürftige Menschen und behinderte Menschen auszuspielen.

(Beifall bei der SPD – Joachim Unterländer (CSU): Das stimmt doch gar nicht!)

– Das stimmt sehr genau. Im vergangenen Monat haben Sie ein neues Zeichen für das soziale Bayern gesetzt, indem Sie die Förderung für die stationäre Pflege völlig

eingestellt haben – ein Ruhmesblatt –, und das angesichts einer demografischen Entwicklung, die nicht, wie Sie sagen, Herr Unterländer, eine Versorgung nach dem Motto „ambulant vor stationär“ ermöglicht, sondern die in erhöhtem Maße ambulante und stationäre Versorgung erfordert. Sie haben in einem anderen Zusammenhang und auch hinsichtlich der Förderung der Pflege, der Krankenhäuser und anderer sozialen Einrichtungen etwas gesagt. Dieses ist im Grunde genommen nicht ein Einmischen oder ein starker Ausdruck Ihrer Politik, sondern Sie ziehen sich mehr und mehr aus diesem Politikfeld zurück und überlassen es dem freien Markt.

Meine Damen und Herren, der freie Markt wird es nicht richten. Schließlich kann man Aufgaben der Daseinsvorsorge nicht dem freien Markt überlassen. Hier hat der Staat eine Pflicht zur Fürsorge und zur Sicherstellung, die zum Teil sogar im Gesetz normiert ist. Daraus ziehen Sie sich zurück. Das kann man nur als neoliberal bezeichnen.

(Beifall bei der SPD und bei den GRÜNEN)

Sie hängen sich ein soziales Mäntelchen um, in Wirklichkeit betreiben Sie aber neoliberale Politik.

(Beifall bei der SPD)

Meine Damen und Herren, mit Ihrem Angriff auf die Fachkraftquote haben Sie ein weiteres Signal gesetzt, das nichts Gutes für ein künftiges bayerisches Heimgesetz erwarten lässt. Wir hoffen, dass mit dieser Zuständigkeit viele Dinge, die wir gemeinsam beklagt haben, verbessert werden können. Ich habe neulich bei einem gemeinsamen Besuch in einem Altenheim in München eine „dicke Schwarte“ überreicht bekommen. Das war nichts anderes als ein Heimvertrag. Wie soll ein Pflegebedürftiger oder eine Betreuungsperson den wahren Inhalt eines solchen Vertrages ergründen? Hier kommt noch viel Arbeit auf uns zu. Das ist jedoch nur ein kleiner Aspekt. Es gibt noch eine Vielzahl anderer Punkte, die geregelt werden müssen. Ich hoffe, dass Sie sich noch eines Besseren belehren lassen.

Meine Damen und Herren, wie wenig die Nachhaltigkeit zu den Merkmalen Ihrer Sozialpolitik zählt, zeigt das Beispiel des Sozial- und Armutsberichtes. Noch am Anfang dieses Jahres haben Sie auf eine Schriftliche Anfrage der Kollegin Christa Steiger geantwortet, dass die Staatsregierung aktuell keine Erstellung oder Fortschreibung eines Berichtes zur sozialen Lage in Bayern plane, weil dies – Zitat – „keinen entscheidenden Mehrwert an Informationen“ bringe.

Nun, auf Druck des Forums „Soziales Bayern“ haben Sie immerhin 210 000 Euro in den Haushalt eingestellt. Ein Sozialbericht, wie ihn der Landtag diesmal beschlossen hat, ist das aber nicht. Der Beschrieb reicht dafür nicht aus; denn hier geht es nur darum, bestimmte Zahlen zur Entwicklung gemeinsamer transparenter Strukturen für einen vergleichbaren Armuts- und Reichtumsbericht zu erstellen. Das ist nicht Fisch, das ist nicht Fleisch. Wir wollen, dass der Landtagsbeschluss umgesetzt wird, und zwar 1:1. Das ist eine wichtige Grundlage dafür, dass

eine Armutsbekämpfung in Bayern überhaupt in Gang kommen kann.

(Beifall bei der SPD)

Bei der Insolvenzberatung sieht es nicht besser aus. So hat die Caritas im November 2006 berichtet, dass in Bayern immer mehr Familien mit Kindern in die Verbraucherinsolvenz abrutschen. Die Gesamtzahl der Insolvenzen sei im ersten Halbjahr 2006 um 47 % gestiegen. Was machen Sie? – Im Haushalt taten Sie bis zum 15. Dezember nichts. Sie lehnen unsere Anträge auf Erhöhung der Mittel für die Insolvenzberatung radikal ab und bringen dafür einen windigen Dringlichkeitsantrag ein, mit dem Sie für das Jahr 2006 noch Haushaltsmittel zusammenkratzen und darauf hinweisen, dass in den Jahren 2007 und 2008 die Mittel nennenswert erhöht würden. Das ist schon ein starkes Stück. Um wie viel werden die Mittel erhöht? – Um 100 000 Euro.

(Christa Steiger (SPD): Das ist eine Schande!)

Das ist ein Strohalm für die Insolvenzberatung, es reicht aber nicht aus, damit die Beratungsstellen die Aufgaben erfüllen können, die sie erfüllen müssen. Wie wir gehört haben, werden diese Aufgaben immer dringlicher. Das wäre auch Familienpolitik im Sinne dessen, was Sie immer behaupten, was Sie jedoch letztlich nicht tun. Damit könnten Sie vielen Familien helfen, sich selbst zu helfen.

(Beifall bei der SPD)

Meine Damen und Herren, leider reicht die Zeit nicht aus, um all die Themenfelder, die wichtig sind, anzusprechen. Lassen Sie mich noch auf einen Punkt zu sprechen kommen, nämlich auf das Thema Rauchverbot. Heute Vormittag hat Herr Staatsminister Dr. Schnappauf gesprochen. Ich habe von ihm zu diesem Thema nichts gehört, obwohl er der zuständige Minister für die Prävention wäre. Dies zeigt im Grunde nur, wie verfehlt die damalige Ressortaufteilung gewesen ist. Wir fordern, dass die Zuständigkeit für die gesamte Gesundheit wieder ins Sozialministerium kommt. Dann haben wir wieder ein Gesundheitsministerium. Im Augenblick haben wir zwar zwei, aber man weiß nicht, wer eigentlich wofür zuständig ist.

(Beifall bei der SPD)

Meine Damen und Herren, das Thema Rauchverbot ist ein wichtiges Thema. Wir fordern, dass die Staatsregierung – ähnlich wie damals bei den Biergärten – schnell und vor allem radikal handelt. Hier darf es keine windigen Kompromisse geben. Wir hören jetzt, dass der Ministerpräsident des Landes Niedersachsen die Federführung bei diesem Thema übernehmen soll. Wir können uns vorstellen, in welche Richtung die Reise gehen wird, nämlich in Richtung „blau lau“. Wenn Sie etwas tun wollen, dann handeln Sie bald, handeln Sie gleich und handeln Sie so, dass es die Menschen auch verstehen. Wir brauchen ein absolutes Rauchverbot in allen öffentlichen Räumen.

(Beifall bei der SPD)

Ich könnte zum Thema Arbeit heute viel sagen, aber ich darf es nicht mehr. Ich möchte aber feststellen: Dieser Sozialhaushalt hat in wesentlichen Elementen falsche Ansätze. Er ist kein Haushalt, von dem neue Impulse ausgingen. Im Gegenteil: Er verwaltet den Mangel. Er ist deshalb ein schlechter Haushalt. Wir werden ihn ablehnen.

(Beifall bei der SPD – Zuruf von der CSU: Jetzt übertreiben Sie aber!)

Zweiter Vizepräsident Prof. Dr. Peter Paul Gantzer:
Nächste Wortmeldung: Frau Kollegin Ackermann.

Renate Ackermann (GRÜNE): Herr Präsident, meine Damen und Herren! Nach der Regierungserklärung unseres Ministerpräsidenten vom Dienstag müsste man eigentlich annehmen, dass allgemeiner Konsens darüber herrschte, dass der Sozialhaushalt oberste Priorität habe. Wir haben gehört, Kinder stünden im Vordergrund und Familien seien der CSU das Wichtigste. Der Sozialhaushalt müsste daher eigentlich ganz vorne rangieren. Leider ist das Gegenteil der Fall.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Das Sozialministerium rangiert im Internet bei den Links der Staatsregierung an letzter Stelle. Auch der Newsletter des Sozialministeriums findet sich unter den Newslettern der Bayerischen Staatsregierung an letzter Stelle. Damit nicht genug. Das Interesse der CSU an diesem Thema zeigt sich auch daran, dass bei der Rede des Vorsitzenden des Sozialausschusses gerade einmal zwei Mitglieder des Sozialausschusses anwesend waren. Dies beweist, dass der Stellenwert der Sozialpolitik ganz tief unten angesiedelt ist.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Die Sozialpolitik befindet sich in der Tiefgarage. Sie befindet sich im toten Winkel, dort, wo keine Kamera hinkommt.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Seit dem Jahr 2002 stagniert der Zuschuss. Herr Kollege Unterländer, Sozialpolitik darf eben nicht von den Steuereinnahmen abhängig sein. Die Sozialpolitik muss sich an den Bedürfnissen der Menschen und den Erfordernissen der sozialen Belange in einem Staat orientieren. Nur dann ist sie eine gute Sozialpolitik.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Deshalb stellt sich die Frage: Was ist Bayern das Soziale wert? Was soll das Soziale in einem Staat leisten? – Das Soziale soll Teilhabemöglichkeiten für jeden Menschen schaffen. Das Soziale soll die Sicherung der Existenz garantieren. Das Soziale soll ein Leben in Würde, Hilfe in der Not, Unterstützung bei Problemen und die Aufrechterhaltung des sozialen Friedens garantieren. Das alles wissen Sie; denn es kommt in Ihren Sonntagsreden und Ihren Parlamentsreden immer wieder vor.

Die Frage ist nur: Wie wird dieses Ziel verwirklicht?

(Beifall bei den GRÜNEN)

Ich möchte allerdings noch auf einen ganz anderen Aspekt aufmerksam machen: Sozialpolitik hat auch einen investiven Charakter. Das wird immer leicht übersehen. Es geht nicht nur darum, die Büchse der Pandora zu öffnen, es geht darum, Investitionen in die Zukunft zu tätigen. Diese Investitionen in die Zukunft zahlen sich aus.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Aber das wird von Ihnen immer übersehen. Ich bringe Ihnen hierfür jetzt einige Beispiele. Beispiel 1: die frühkindliche Bildung. Ihr Stellenwert ist von allen anerkannt und absolut unumstritten. Leider folgt die Politik aber nicht dieser Erkenntnis. Wir haben bei der Betreuung der unter Dreijährigen noch immer einen Deckungsgrad von nur 4 %. Das ist miserabel und viel zu wenig. Auf das Spargesetz BayKiBiG möchte ich an dieser Stelle nicht eingehen, denn das habe ich in der letzten Ausschusssitzung ausführlich getan. Es ist leider so, dass ich mich zu diesem Gesetz bald selbst nicht mehr reden hören kann, weil die Kritikpunkte immer die selben bleiben, bleiben müssen, weil sich nämlich nichts verändert.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Das heißt aber nicht, dass die Kritikpunkte weniger wichtig würden. Nein, sie werden immer wichtiger, denn die Not, die Eltern und Kinder mit diesem Gesetz landauf und landab haben, steigt.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Ihr Landeserziehungsgeld ist eine Maßnahme zur Verringerung der Chancen von Frauen. Wenn Sie nämlich Anreize dafür bieten, dass Frauen zu Hause bleiben, dann verlieren die Frauen gleichzeitig die Chance, wieder in den Beruf zurückzukehren. Das aber kann mit einer fortschrittlichen Kinder- und Sozialpolitik aber nicht gemeint sein.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Zum investiven Charakter der frühkindlichen Bildung gibt es Untersuchungen, wonach jeder Euro, der in frühkindliche Bildung investiert wird, vierfach zurückkommt. Das ist eine Rendite von vierhundert Prozent – das wäre doch was!

(Maria Scharfenberg (GRÜNE): Na!)

Beispiel 2: Schulsozialarbeit. Wo es Schulsozialarbeit gibt, leistet sie viel und ist sehr erfolgreich. Aber bis es sie gibt, muss noch viel Zeit vergehen. Sie haben das Ziel, 350 Schulsozialarbeiter und Schulsozialarbeiterinnen in zehn Jahren einstellen zu wollen. 94 haben wir schon. Man höre und staune, in den nächsten zwei Jahren soll die Zahl auf gigantische 165 erhöht werden.

(Manfred Ach (CSU): Das ist schon die Hälfte!)

Das ist Ihr Ziel, bei 1000 Hauptschulen in diesem Land, bei der großen Zahl von Berufsschulen und von weiterführenden Schulen, die alle Schulsozialarbeit bräuchten.

(Manfred Ach (CSU): Das meinen Sie!)

– Herr Kollege Ach, Sie lassen die Eltern, die Kinder und die Lehrer alleine. Dabei bräuchten sie alle die Begleitung.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Schulsozialarbeit müsste eigentlich an jeder Schule selbstverständlich sein. Stattdessen flüchten Sie sich in Kabinettsbeschlüsse wie beispielsweise dem, Schulstörer vom Unterricht auszuschließen. Da kann ich nur sagen: genial. Oder Ihr Beschluss zum Handy-Verbot: hilflos. Das Verbot von Killerspielen: von vornherein zum Scheitern verurteilt. Das sind doch keine bildungs- und sozialpolitischen Maßnahmen, die bei den derzeit an unseren Schulen herrschenden Missständen Abhilfe schaffen könnten.

(Maria Scharfenberg (GRÜNE): Da ist Pädagogik angesagt!)

Wir brauchen mehr Personal, und zwar geschultes Personal, und wir brauchen ein anderes Schulsystem. Das hat Frau Tolle bereits ausgeführt.

Beispiel 3: die Insolvenzberatung. Wir werden zu diesem Tagesordnungspunkt eine namentliche Abstimmung beantragen, weil es uns schon interessiert, welchen Stellenwert Sie der Insolvenzberatung wirklich einräumen. Nach dem Trauerspiel, welches Sie hier vor zwei Jahren abgeliefert haben, als Sie die Insolvenzberatung auf die Rechtsanwälte übertragen wollten, sind Sie jetzt zurückgerudert. Nun wollen Sie die Insolvenzberatungsstellen eigentlich wieder unterstützen. Um aber eine effektive Unterstützung der Insolvenzberatung zu gewährleisten, wären 3,5 Millionen Euro notwendig. 3,5 Millionen Euro, das sind gerade einmal 70 % der Summe, die andernorts – gerade mal so – für ein Fußballstadion versprochen wird. Für die Insolvenzberatung aber ist das sehr viel Geld. Die Fallzahlen steigen, die Menschen werden allein gelassen, und ab August kann keine Insolvenzberatung mehr stattfinden, weil die Gelder dann bereits ausgegeben sind.

(Maria Scharfenberg (GRÜNE): Die sind dann selbst insolvent!)

Die Folgekosten für Menschen, die man allein lässt, die in soziale Ausweglosigkeit zurückfallen, sind wesentlich höher. Hier sind wir wieder bei dem Thema Investitionen. Sie investieren nicht in die richtigen Dinge, Sie könnten sich hohe Folgekosten ersparen, aber Sie tun das nicht. Da überrascht eigentlich auch nicht, dass die CSU-Fraktion im letzten Moment versucht, das schlechte Image ihrer Handlungsweise bei der Insolvenz dadurch zu retten, dass sie 437 000 Euro zusammenkratzt und glaubt, damit einen wesentlichen Beitrag zur Rettung der Insolvenzberatung zu leisten.

(Zuruf des Abgeordneten Joachim Unterländer (CSU))

– Sie nicken eifrig. Ich lese Ihnen jetzt vor, was die Insolvenzberatungsstellen dazu sagen. Sie erklären, dass Sie bereits am 31. August 2006 ein Defizit von 600 000 Euro hatten. Sie stellen also 400 000 Euro ein, doch dieser Betrag ist nicht einmal ausreichend, um die bereits am 31. August bestehende Finanzierungslücke zu schließen, und das Geld reicht erst recht nicht, um die Insolvenzberatung für den Zeitraum September bis Dezember sicher zu stellen. Ihr Dringlichkeitsantrag trägt deshalb nicht im Entferntesten dazu bei, die großen Probleme, die bei der Insolvenzberatung bestehen, zu beheben. Es ist ein hilfloser Antrag. Sie wollen in den nächsten Jahren 1,9 Millionen Euro ansetzen. Bravo! Das ist hoffnungslos zu wenig.

(Joachim Unterländer (CSU): Der Antrag scheint Sie zu stören!)

Sie bleiben mit diesem Betrag weit hinter den sozialen Erfordernissen der Insolvenzberatung zurück.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Beispiel 4: Nachholende Integration. Weil der Ausländer früher kein Bayer war und auch keiner werden durfte, leben in Bayern heute Menschen, um deren Integration es wesentlich besser bestellt sein könnte. Diese Menschen werden nicht zur Kenntnis genommen. Sie stellen nur für diejenigen Mittel in den Haushalt ein, die neu hinzukommen, nicht aber für diejenigen, die bereits hier sind. Wenn Sie sich endlich zu der Erkenntnis durchringen könnten, dass Deutschland ein Einwanderungsland ist, wenn Sie das schon früher getan hätten, dann könnten Sie eine sinnvollere Integrationspolitik leisten;

(Maria Scharfenberg (GRÜNE): Genau!)

so aber ist Ihre Politik teilweise hilflos, und was Sie tun, ist außerdem viel zu gering.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Es wäre investive Politik gewesen, wenn Sie hier gehandelt hätten.

(Maria Scharfenberg (GRÜNE): Das haben wir immer gesagt!)

Fünftes Beispiel: Rechtsradikalismus. Die Friedrich-Ebert-Stiftung hat in ihrer Studie „Vom Rand zur Mitte“ aufgezeigt, dass Bayern, was rechtsradikale Tendenzen anbelangt, im bundesweiten Ranking wieder einmal ganz vorn liegt. Es besteht dringender Handlungsbedarf. Hier dürfen wir nicht nur beobachten, Herr Kollege Unterländer, wir dürfen auch nicht nur bestrafen, wir müssen in hohem Maß auf Prävention setzen. Wir dürfen nicht wegschauen, wir dürfen das Problem nicht ignorieren, wir dürfen es auch nicht kleinreden. Wir müssen von Anfang an den Kampf gegen rechtsradikale Tendenzen in die frühkindliche Bildung einbeziehen. Dafür gibt es Programme, wie beispielsweise „Papillon“, die das in hervorragender Weise zeigen. Wir brauchen integrative Projekte, wir brauchen Arbeit in den Vereinen. Wir brauchen Menschen, die

an der Basis Beratung und Aufklärung leisten – und hier sind wir wieder bei der Schulsozialarbeit. Die einzigen Mittel, die wir gefunden haben, die im Zusammenhang mit der Bekämpfung rechtsradikaler Tendenzen stehen, befinden sich im Haushalt des Innenministeriums.

Diese Mittel wurden von 75 000 auf 55 000 Euro gekürzt. Herzlichen Glückwunsch! Auch das ist keine investive Politik.

(Beifall bei der SPD)

Sechstes Beispiel, Landessozialbericht; Motto: Wir wollen es nicht wissen. Seit acht Jahren wollen wir nicht wissen, wie es in Bayern aussieht. Seit acht Jahren wird der Landessozialbericht verschleppt und verzögert. Jedes Kind weiß: Wenn es im Zimmer dunkel ist und ich nicht weiß, was los ist, mache ich das Licht an. Das Licht in diesem Zusammenhang wäre der Landessozialbericht. Sie möchten aber lieber im Dunkeln bleiben. Auch das ist keine investive Politik; denn wenn Sie wüssten, wo es in diesem Land Missstände gibt, könnten Sie viel genauer Abhilfe schaffen.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Sie wollen es aber nicht wissen. Jetzt beginnen Sie damit allmählich und sehr zögernd. An Ihren Taten werden wir Sie erkennen. Wir warten jetzt erst einmal ab, was Sie wirklich unternehmen wollen.

Wie wird der ethische Anspruch eines Sozialstaates in Bayern verwirklicht? – In den Asylbewerberunterkünften sieht es zappenduster aus: unwürdige Unterbringung in Lagern, Essenspakete, kaum Beratung. Ich fordere Sie dazu auf, endlich mit diesen Gemeinschaftsunterkünften, mit der Unterbringung in Containern Schluss zu machen. Lassen Sie die Menschen dezentral wohnen.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Das ist menschenwürdig, und das haben die Asylbewerber auch verdient.

(Beifall bei den GRÜNEN)

In der Behindertenhilfe gibt es einen unvergleichlichen Investitionsrückstau. Erst gestern habe ich von einer Förderschule gehört, deren Träger Schulgeld erhebt, weil der Freistaat die zugesagten Mittel seit Jahren nicht gewährt und der Träger sich nicht mehr anders in der Lage sieht, diese Schule zu betreiben, als Schulgeld für lernbehinderte Kinder zu erheben. Ich weiß nicht, was daran sozial ist.

(Glocke des Präsidenten)

– Ich hätte noch gern etwas zum AGSG, zum Gesetz zur Ausführung der Sozialgesetze, gesagt; denn auch da hapert's. Ich beschränke mich aber auf den Schlusssatz. Ich fordere Sie auf: Fahren Sie die Sozialpolitik aus der Tiefgarage heraus, bringen Sie die Sozialpolitik auf die Vorfahrtsstraße, und lassen Sie uns endlich die Ziele

Chancengleichheit, menschenwürdiges Leben und Nachhaltigkeit in Bayern verwirklichen.

(Beifall bei den GRÜNEN und bei Abgeordneten der SPD)

Zweiter Vizepräsident Prof. Dr. Peter Paul Gantzer: Frau Kollegin, vielen Dank. Nächste Wortmeldung: Frau Kollegin Hohlmeier.

Monika Hohlmeier (CSU) (von der Rednerin nicht autorisiert): Herr Präsident, liebe Kolleginnen und Kollegen!

(Zuruf des Abgeordneten Dr. Sepp Dürr (GRÜNE))

– Lieber Herr Dürr, Sie sollten wirklich zuerst nachdenken, zuerst zuhören und dann vielleicht reden, und zwar dann, wenn es angebracht ist, anstatt sinnlos dazwischenzuquatschen und es anschließend aus dem Protokoll zu streichen.

(Beifall bei der CSU – Zuruf des Abgeordneten Dr. Sepp Dürr (GRÜNE))

Ich darf zunächst auf den letzten Beitrag eingehen, in dem Frau Ackermann das schöne Bild der Tiefgarage verwendet hat. Liebe Frau Ackermann, ich habe den Eindruck, dass das Niveau der Diskussion über dieses Thema in der Tiefgarage ist und nichts mit der Realität in Bayern zu tun hat.

(Beifall bei der CSU – Zurufe von der SPD und von den GRÜNEN)

Das will ich gerne mit Daten und Fakten belegen. Zuerst gehe ich auf Ihre Vorwürfe in Bezug auf Kinder und Jugendliche ein. Ich habe manchmal den Eindruck, dass Sie die Realität in den Ländern, in denen Sie regieren, überhaupt nicht wahrnehmen.

(Zuruf des Abgeordneten Dr. Sepp Dürr (GRÜNE))

Das beginnt bei Pisa-Studien, geht über die Versorgung mit Kindergartenplätzen und setzt sich fort beim Thema Landeserziehungsgeld, das es in den von Ihnen regierten Ländern überhaupt nicht gibt.

(Dr. Sepp Dürr (GRÜNE): Hallo!)

Jetzt gehen wir schlicht und einfach auf die Fakten in Bayern ein.

(Dr. Sepp Dürr (GRÜNE): Hallo!)

– Herr Dürr, es nützt überhaupt nichts, wenn Sie hier immer „Hallo“ schreien.

(Lachen bei der CSU)

Allein bei den Kindertagesstätten gibt es im Jahr 2007 eine Steigerung um 15 Millionen Euro und eine zusätzliche Steigerung um über 20 Millionen Euro im Haushaltsjahr 2008. Herr Dürr, Herr Wahnschaffe, das sind keine Selbstverständlichkeiten. Das ist eine Menge Geld, das zusätzlich in die Hand genommen wird, um Familien und Eltern zu helfen.

(Christa Steiger (SPD): Das ist wirklich falsch!)

Lieber Herr Wahnschaffe, Sie würden gerne ebenso wie die GRÜNEN, die das in ihren Anträgen fordern, das Landeserziehungsgeld kürzen. Das heißt, Sie wollen den Familien Geld wegnehmen, um damit eine zusätzliche Kinderbetreuung zu bezahlen.

(Beifall bei der CSU – Lebhaftes Zurufe von der SPD und von den GRÜNEN)

Das ist die Realität. Die Fakten passen einfach nicht zusammen.

(Dr. Sepp Dürr (GRÜNE): Abschaffen!)

– Ja, abschaffen, schreit der Herr Dürr. Man soll also das Geld, das Familien erhalten, wenn sie Kinder bekommen und dafür Aufwendungen haben, in Bayern abschaffen. Herr Dürr, das nennen Sie Sozialstaat.

(Lebhaftes Zurufe von der SPD und von den GRÜNEN)

Zweiter Vizepräsident Prof. Dr. Peter Paul Gantzer: Gestatten Sie eine Zwischenfrage des Kollegen Wahnschaffe?

Joachim Wahnschaffe (SPD): Frau Kollegin Hohlmeier, Sie waren Berichterstatterin im Haushaltsausschuss. Ist Ihnen ein Haushaltsantrag der SPD-Landtagsfraktion bekannt, wonach das letzte, beitragsfreie Kindergartenjahr mit den Mitteln des Landeserziehungsgeldes finanziert werden soll, ist Ihnen also bekannt, dass dieses Geld nicht verbraten, sondern den Kindern zugeführt werden soll?

Monika Hohlmeier (CSU) (von der Rednerin nicht autorisiert): Das ist eine Katastrophe, wie so schön formuliert wurde. Ich möchte die Worte meines Kollegen gleich aufnehmen, weil sie völlig richtig sind. Er spricht aus Erfahrung, weil er diese Fragestellungen aus dem Nürnberger Raum sehr, sehr gut kennt.

(Zurufe von der SPD und von den GRÜNEN)

Zurück zum Thema Kindertagesstätten: In diesem Haushalt haben wir hierfür eine deutliche Steigerung zu verzeichnen. Die Geburtenrate sinkt nicht so stark, wie ursprünglich prognostiziert wurde; sie ist sogar höher. Das Landeserziehungsgeld mit einem Beitrag von insgesamt 41 Millionen Euro zusätzlich im Freistaat Bayern ist im Rahmen dieses Haushalts keine Selbstverständlichkeit.

(Zuruf des Abgeordneten Joachim Wahnschaffe (SPD))

Zur Umsetzung des Erziehungs- und Bildungsplanes gibt es aufgrund eines Antrags der CSU-Landtagsfraktion zusätzliche Mittel, damit Fortbildung stattfinden bzw. ausgeweitet werden kann. Ich finde es etwas seltsam, dass Sie sagen, das Ausmaß an Kinderbildung und die Anzahl der Arbeitsplätze würden in Bayern nicht übereinstimmen. Im Vergleich mit Ländern, in denen Sie immer regieren, haben wir relativ wenig Arbeitslose. Ich weiß nicht, welche Realität Sie wahrnehmen. Bei uns haben Kinder Chancen, da ausgebildet zu werden, wo es notwendig ist.

(Zuruf des Abgeordneten Dr. Sepp Dürr (GRÜNE))

Sie erhalten eine zusätzliche Förderung auch über Jugendsozialarbeit, über Jugendfreizeitstätten, über ein eigenes Jugendprogramm und über eine eigene Hilfe im Bereich des Sozialministeriums, auch über eine Koordination. Die GRÜNEN wollten die Jugendsozialarbeit ursprünglich nicht beim Sozialministerium angesiedelt wissen. Wir aber wollen eine gezielte soziale Unterstützung und eine Vernetzung von Schulen und Jugendhilfeeinrichtungen. Das wollten die GRÜNEN in dieser Form ursprünglich nicht.

(Günter Gabsteiger (CSU): Der Dürr hat keine Ahnung von Sozialpolitik!)

Ich halte das für den richtigen Ansatz. Die zusätzlichen 39 bzw. 32 Stellen sind außerordentlich positiv.

Auch die Aussage, dass es bei den Behinderten keinen Fortschritt gäbe, Herr Wahnschaffe, ist schlichtweg falsch. Der Antrag der SPD zum Landesbehindertenplan beinhaltet ein Plus von 2,5 Millionen, jener der CSU ein Plus von 2 Millionen. Ist der Unterschied von 500 000 Euro so riesig, dass Sie das Recht hätten, uns vorzuwerfen, dass wir hier nichts tun würden? Die Finanzen im Bereich der Behinderten steigen deutlich. Ich gratuliere der Sozialministerin dafür, dass der Landesbehindertenplan in Zusammenarbeit mit der CSU-Landtagsfraktion massiv angestiegen ist. Sie haben gerade mal einen Antrag auf ein Plus von 2,5 Millionen gestellt, wir einen Antrag auf ein Plus von 2 Millionen Euro. So schlimm kann das also wohl nicht sein, wenn schon Ihr eigener Antrag nicht mehr umfasst.

(Beifall bei der CSU)

Sie sollten hier schon mehr Verantwortung übernehmen.

Man muss auch auf kleine Posten eingehen, die aber sehr wesentlich sind. Ich denke zum Beispiel an das freiwillige soziale Jahr, das für junge Menschen sehr wichtig ist. Wir können 2007 zusätzlich 650 Plätze schaffen und im Jahr 2008 noch einmal 200 Plätze.

Es sind zwar nur kleine, aber sehr wichtige und wesentliche Posten, die man in diesem Zusammenhang zu sehen hat. Ich halte es auch für etwas seltsam, Herr Kollege Wahnschaffe, entsprechend nachzufragen. Eine Million Menschen sind doch nicht wegen Stoiber gekommen. Sie kommen wegen der Attraktivität Bayerns, wegen eines

guten Sozialstaats, wegen eines guten Wirtschaftsstandorts und wegen der sozialen, menschlichen und beruflichen Perspektiven. Das ist der Sachzusammenhang.

(Beifall bei der CSU)

Bei uns haben Wirtschaftspolitik und Sozialpolitik immer zusammengestimmt, die in einem Zusammenhang zu sehen sind. Gleichzeitig betreiben wir eine nachhaltige Finanzpolitik, die dafür sorgt, dass nicht die Kinder unsere Schulden abtragen müssen, und zwar in einem Ausmaß, dass sie als Erwachsene keine Chancen mehr haben, selbst einen Staat zu gestalten. Wenn ich mir Ihre Liste ansehe, dann habe ich manchmal den Eindruck, als ob wir im Paradies wären. Sie äußern ununterbrochen neue Wünsche, die nicht mit Deckungsvorschlägen belegt werden und woraus auch keine finanziellen Konsequenzen gezogen werden. Wenn ich zusammenzähle, was Sie sich alles wünschen, dann muss ich sagen: Auch wir hätten gern ein Wunschkonzert, aber man muss die Wünsche in einen sinnvollen Einklang bringen.

Wir bringen einen Sozialstaat in vernünftiger Form, eine Finanzpolitik in vernünftiger Form und eine Wirtschaftspolitik in vernünftiger Form in Einklang. In diesem Zusammenhang spielen gerade behinderte und ältere Menschen eine große Rolle. Wir haben in Bayern genügend Pflegeplätze und wir werden beobachten, ob der Ausbau weiter so funktioniert; das ist von der Sozialministerin auch entsprechend so vorgetragen worden. Ich wünsche mir nur, sie hätten in den Ländern, in denen Ihre Partei regiert, so viele Altenheimplätze und Pflegeplätze geschaffen, wie das im Freistaat Bayern der Fall gewesen ist.

(Beifall bei der CSU)

Ich halte es für unerträglich, die finanzielle Solidität Bayerns, die eindeutig auf die CSU zurückzuführen ist, als Indiz dafür zu nehmen, mehr ausgeben zu können, um dann am Schluss dort zu landen, wo Sie in den von Ihrer Partei regierten Ländern überall gelandet sind.

(Beifall bei der CSU)

Wir betreiben eine vernünftige Sozialpolitik und wir gehen vernünftig mit unseren Familien um. In diesem Zusammenhang gilt es auf ein Thema hinzuweisen, das sicher nicht einfach ist, das aber zusätzliche finanzielle Mittel erfordert, nämlich das Thema Forensik. Wir stellen zusätzliche finanzielle Mittel zur Verfügung, obwohl es sich um einen schwierigen, aber notwendigen Bereich handelt. Wir tun damit das, was für den Schutz der eigenen Bevölkerung durch die Unterbringung der betroffenen Personen notwendig und wesentlich ist.

Ich muss auch noch einen weiteren Punkt betrachten, den Sie anführen: Ich gehe gerne, Herr Wahnschaffe – Sie haben es vorhin eingeworfen und ich habe noch entsprechende Redezeit –, auf das kostenfreie letzte Kindergartenjahr ein. Sie beantragen ein kostenfreies letztes Kindergartenjahr. Das ist schön, aber ich muss Ihnen sagen, Frau Stewens hat das nicht in der Form wie Sie gefordert. Wenn wir uns das leisten könnten, wäre das schön, aber unser Augenmerk gilt zunächst dem Ausbau. Des Wei-

teren sind im letzten Kindergartenjahr – um das klar zu sagen – bereits alle Kinder im Kindergarten. Wir haben keinen zusätzlichen Bedarf und es macht keinen Sinn, Geld für etwas auszugeben, um populistisch zu handeln, das aber für die Bildung, Erziehung und für die Betreuung unserer Kinder nichts Zusätzliches bewirkt.

(Beifall bei der CSU)

Unser Schwerpunkt liegt beim Ausbau zum Beispiel einer qualifizierten Tagespflege oder eines guten qualifizierten Kindergartenetzes, beim Ausbau der Betreuung und der Versorgung von Schülerinnen und Schülern, die die Grundschule und die weiterführenden Schulen besuchen sowie beim Ausbau einer Schulsozialarbeit in der Begleitung.

Sie müssen sich einfach mal in den Ländern umsehen, in denen Ihre Partei regiert. Ich sage es noch einmal: Schauen Sie sich die Schulgebäude an, schauen Sie sich die Schwierigkeiten, die sie haben, an und schauen Sie sich an, auf welcher Ebene sie in der sozialen Bilanz bei diesen Themen rangieren. Nicht dem Freistaat Bayern werden bei Pisa im sozialen Bereich Schwierigkeiten bescheinigt, die Schwierigkeiten gibt es in den Ländern, in denen Ihre Partei regiert.

(Beifall bei der CSU)

Nicht wir in München oder Nürnberg haben diese eklatanten sozialen Probleme aufzuweisen, wie Sie es in den langjährig von Ihrer Partei regierten Städten Bremen oder Hamburg, Düsseldorf oder ähnlichen Städten haben. In Bayern sieht es schlicht und einfach völlig anders aus. In diesem Zusammenhang gilt es zu sagen: Unser Schwerpunkt gilt der Familie und unser Schwerpunkt gilt der Familienunterstützung.

Zur Insolvenzordnung, bei der Sie auch das Thema Familie angesprochen haben: Es ist richtig, dass immer mehr Menschen – nicht nur Familien – in die Insolvenz rutschen, weil sie zunächst zu viele Schulden gemacht haben, anschließend diese nicht mehr abtragen können und somit in persönliche Schwierigkeiten geraten. Bei der Insolvenz haben wir eine insgesamt solide Struktur geschaffen. Wir werden beobachten, ob das, was der Bund – ich erinnere an Frau Zypries – bei der Insolvenzberatung angedacht hat, hilft, um mit entsprechend weniger Kosten auszukommen. Darauf warten wir und wir hoffen, dass das von Frau Zypries auch demnächst erreicht wird. Wir müssen sehen, ob es weiterhin derart große Schwierigkeiten gibt. Ich kann vonseiten des Haushaltsausschusses sagen, dass wir darauf eine starke Aufmerksamkeit richten werden, genau das Gleiche gilt für den sozialpolitischen Arbeitskreis und die Sozialministerin. Es macht keinen Sinn, wenn eine Vereinfachung bevorsteht, im Vorhinein festzulegen, wesentlich mehr Geld auszugeben. Wir werden die Situation bis zum Nachtragshaushalt beobachten und anschließend werden wir die Konsequenzen zu ziehen haben.

Zweiter Vizepräsident Prof. Dr. Peter Paul Gantzer: Frau Kollegin, gestatten Sie eine Zwischenfrage der Kollegin Ackermann?

Monika Hohlmeier (CSU): Es macht momentan keinen Sinn, weil ich ohnehin nur noch zwei Minuten Redezeit habe.

In diesem Zusammenhang werden wir die Situation sorgfältig beobachten. Uns ist wesentlich lieber, wenn diese Menschen in einem geordneten Prozess entschuldet werden, dann anschließend wieder in einem Arbeitsverhältnis tätig werden und Lust auf eigene Leistungen bekommen als dass diese Menschen langfristig verschuldet bleiben und letztendlich vom Staat abhängig sind. Ich glaube, wir sind dabei eher einer Meinung als unterschiedlicher Meinung.

Ich bitte Sie schlicht und einfach, von den alten Klischees abzugehen. Es glaubt Ihnen kein Mensch, der durch Bayern reist, dass es in Bayern um den Sozialstaat so schlecht bestellt ist. Das glaubt Ihnen jemand in Duisburg, wo Ihre Partei lange regiert hat, das glaubt Ihnen jemand in Berlin, wo Verantwortliche Ihrer Partei munter auf Kosten anderer Länder Geld ausgeben. Das glauben Ihnen Leute in Bremen oder sonst wo, wo Verantwortliche Ihrer Partei entsprechende Zustände haben einreißen lassen. Derartige Zustände haben wir niemals einreißen lassen. Wir haben unserer Bevölkerung manches soziale Sparen zugemutet und haben demgegenüber dafür gesorgt, dass der Sozialstaat stabil und solide jedes Jahr kontinuierlich gewachsen ist.

Ich bitte Sie, von diesen Klischees abzugehen, weil Ihnen diese im Freistaat Bayern und auch darüber hinaus niemand abnimmt. Keiner, der durch den Freistaat Bayern reist, glaubt, dass wir ein in der Familienpolitik notleidendes Land sind. Jeder, der sich unsere Schulen oder unser Land insgesamt mit seiner Infrastruktur ansieht und die Aufmerksamkeit für Alte, Behinderte und Kinder betrachtet, der merkt, dass sie vielleicht Wunschträume hätten, es wäre schlecht, um besser Opposition betreiben zu können. Diesen Gefallen werden wir Ihnen nicht tun. Der Sozialstaat Bayern wird solide bleiben und er wird weiter an der ersten Stelle rangieren.

(Beifall bei der CSU)

Zweiter Vizepräsident Prof. Dr. Peter Paul Gantzer: Nächste Wortmeldung: Frau Staatsministerin Stewens.

Staatsministerin Christa Stewens (Sozialministerium): Herr Präsident, liebe Kolleginnen und Kollegen! Lassen Sie mich einführend noch einiges sagen: Ich will zunächst auf die Ergebnisse der Befragung durch die Friedrich-Ebert-Stiftung – Frau Kollegin Ackermann, Sie haben darauf hingewiesen –, wonach wir vermehrt rechtsradikale Tendenzen in Bayern hätten, eingehen. Die Fragestellung der Friedrich-Ebert-Stiftung an die bayerische Bevölkerung war, ob sie Politiker bevorzugten, die bayerische Interessen verträten oder solche, die andere Interessen verträten. Die Antwort war: Sie bevorzugten die Politiker, die bayerische Interessen verträten. Daraus leitet man rechtsradikale Tendenzen in Bayern ab. Frau Kollegin Ackermann, das ist eine Beleidigung der gesamten bayerischen Bevölkerung.

(Beifall bei der CSU)

Als bayerische Arbeits- und Sozialministerin vertrete ich vorrangig die Interessen der bayerischen Bevölkerung, würde aber durchaus sagen, dass ich gegen rechtsradikale Tendenzen absolut immun bin. Ich wollte Ihnen damit nur sagen: Sie sollten sich die Fragestellungen sehr genau ansehen, bevor Sie im Hause entsprechend zitieren.

Zu den Sozialdiensten: Wir haben bei der Integration und den Sozialdiensten für Ausländer überhaupt nichts gestrichen, obwohl die Zahl der Ausländer, Asylbewerber und Spätaussiedler zurückgegangen ist.

Trotz sinkender Zahlen haben wir bei den Beratungsdiensten nichts gestrichen. Das soll man doch auch einmal als Leistung anerkennen. Leider Gottes sieht man das überhaupt nicht. Deshalb bitte ich Sie darum, etwas anders über diese Fragen zu diskutieren. Das gilt übrigens auch für die Familienberatungsstellen. Da haben wir um 150 000 Euro zugelegt. Wir haben auf den unterschiedlichsten Gebieten des Sozialhaushalts Leistungen verbessert. Herr Kollege Unterländer und Frau Kollegin Hohlmeier haben es schon gesagt.

Nach Jahren strenger, aber durchaus lohnender Haushaltsdisziplin können wir jetzt an wichtigen Stellen des Sozialhaushalts zulegen. Dabei stehe ich als Familienpolitikerin durchaus hinter einer nachhaltigen Haushaltspolitik. Der vorliegende Entwurf des Einzelplans 10 ist eine hervorragende Grundlage, um den hohen Stellenwert bayerischer Arbeits-, Familien- und Sozialpolitik fortzuführen, weiter zu entwickeln und neue Akzente zu setzen.

(Joachim Wahnschaffe (SPD): Wo wird unter dem Strich zugelegt? Kein Cent ist dazugekommen!)

Unsere Arbeits-, Familien- und Sozialpolitik bietet den Menschen eine Perspektive. Sie lässt sie nicht in Armut und Passivität und in die Abhängigkeit von staatlicher Fürsorge fallen. Unsere Arbeits-, Familien- und Sozialpolitik zeigt den Menschen Perspektiven auf, weil sie nicht, wie es die Opposition gern hätte, auf noch mehr Fürsorge und Betreuung setzt, sondern weil wir mit unserer Politik die Voraussetzungen dafür schaffen, dass die Menschen in Bayern die Möglichkeit haben, ihre Leistungspotentiale in Freiheit und Eigenverantwortung zu entfalten und Mitverantwortung für unsere Gesellschaft einzubringen. Unsere Arbeits-, Familien- und Sozialpolitik bietet den Menschen Perspektiven, weil sie die Selbstentfaltungskräfte fördert, gleichzeitig aber auch denen konsequent Hilfestellung bietet, die Hilfe benötigen, also Menschen mit Behinderungen und alten Menschen, weil wir keine Verfestigung der Sozialhilfestrukturen zulassen und weil wir in Bayern mehr Beteiligungsgerechtigkeit schaffen. Unsere Arbeits-, Familien- und Sozialpolitik hat bereits in den vergangenen Jahren ganz entscheidend zu der herausragenden Stellung Bayerns beigetragen.

Unsere Arbeits-, Familien- und Sozialpolitik – das ist auch ganz interessant – entspricht auch den Wünschen und Vorstellungen unserer bayerischen Mitbürgerinnen und Mitbürger. Ein Blick in die Ergebnisse der Umfrage „Per-

spektive Deutschland“ aus diesem Frühjahr zeigt, dass die Menschen in Bayern mit ihrem Wohnort zufriedener sind, weniger Sorgen haben und positivere Erfahrungen mit ihrer Arbeitsplatzsituation gemacht haben als der Rest der Deutschen. Im Vergleich zu Gesamtdeutschland hat Bayern ein eher sozialmarktwirtschaftlicheres als ein staatlich orientiertes Gesellschaftsbild.

Dementsprechend finden auch die Forderungen nach stärkerer privater Initiative bei der sozialen Sicherung in Bayern wesentlich mehr Anhänger als in Deutschland insgesamt. Die Opposition und gerade auch die SPD sollte sich das gut merken. Die Menschen in Bayern fordern nach der Umfrage zwar mehr Unterstützung von Familien mit Kindern – die müssen wir ihnen auch geben, das tun wir auch; eine kostenfreie Infrastruktur findet jedoch im Vergleich zum übrigen Bundesgebiet in Bayern die geringste Unterstützung. Die bayerischen Eltern haben erkannt, dass sie Gebühren zahlen müssen. Die ärmeren Eltern zahlen sowieso keine Gebühren, denn für 30 % der Eltern – in München sogar für 50 % – zahlt die wirtschaftliche Jugendhilfe die Gebühren. Die Eltern haben erkannt, dass die Gebühren ihnen ein Mitspracherecht im Rahmen der institutionellen Betreuung ihrer Kinder sichern. Ich habe nichts dagegen, dass eine Kommune wie zum Beispiel Ansbach den Elternbeitrag übernimmt, Herr Kollege Wahnschaffe. Wenn ich aber 75 bis 80 Millionen Euro mehr Geld hätte, würde ich es in die Qualität der Individualförderung der Kinder stecken.

(Dr. Sepp Dürr (GRÜNE): Warum haben Sie nicht mehr?)

– Ich habe gesagt, wenn ich dieses Geld mehr hätte, Herr Kollege Dürr. Sie müssen mir schon zuhören.

(Dr. Sepp Dürr (GRÜNE): Dann sorgen Sie dafür, dass Sie mehr haben!)

Dazu müssten wir über den Personal-/Kind-Schlüssel reden, um den Bildungs- und Erziehungsplan noch besser umsetzen zu können.

(Joachim Wahnschaffe (SPD): Das ist doch einmal ein Wort!)

Ich setze meine Prioritäten anders. Ein beitragsfreies Kindergartenjahr kostet circa 80 Millionen Euro.

(Joachim Wahnschaffe (SPD): Reden Sie nur weiter, Frau Stewens! Jetzt kommt die Wahrheit raus!)

Wenn ich dieses Geld hätte, würde ich es in die Förderung der Kinderbetreuung, in die individuelle Förderung unserer Kinder stecken. Ich meine auch, dass es da am besten aufgehoben wäre.

(Beifall des Abgeordneten Manfred Ach (CSU))

Das andere ist eine Sozialpolitik mit der Gießkanne. Diese Zeiten sollten endgültig vorbei sein.

(Beifall bei der CSU – Manfred Ach (CSU): Sehr gut! Bravo! – Joachim Wahnschaffe (SPD): Ist das jetzt an die Adresse von Söder gerichtet?)

Es ist mir schon klar, dass Sie das nicht so ganz gerne hören, Herr Kollege Wahnschaffe. Der Wohlstand einer Nation beginnt bei ihren Kindern. Kinderbetreuung und Elternförderung sind deswegen wirkliche Zukunftsinvestitionen. Deshalb werden wir auch die Leistungen für unsere Kinder und für die Familien in den nächsten beiden Jahren kräftig steigern. Bei einem um 68 Millionen Euro wachsenden Haushalt machen die 723 Millionen Euro für 2007 bzw. die 732 Millionen Euro für 2008 den Schwerpunkt des Einzelplans 10 aus. Ein Drittel meiner Ausgaben wird in Kinder und Familien investiert. Dabei liegt der Schwerpunkt ganz klar im weiteren Ausbau der Kinderbetreuung. Das gilt besonders für die unter Dreijährigen und für die Grundschulkinder. Hier wird ab 2007 ein neuer Schwerpunkt auf den Ausbau der Tagespflege gelegt. Unser Ziel ist es, dass 2008 jedes Kind, das einen Kinderbetreuungsplatz oder Tagespflege benötigt, auch einen solchen Platz bekommen soll. Das ist eine Kraftanstrengung für Kommunen und Freistaat. Das ist überhaupt keine Frage. Ich meine aber, dass wir das unseren Familien und Kindern schuldig sind.

Unsere Haushaltsansätze für die Kinderbetreuung sind seit 2001 um 35 % gestiegen. Dabei sind vor allem auch die Plätze für die unter Dreijährigen ausgebaut worden, wobei ich nicht ausschließlich über Krippen und Tagespflege rede. In den letzten zwei Jahren haben wir die Angebote um über 100 % ausgebaut. Der Ausbau wird im Jahr 2007 und im Jahr 2008 genauso schnell weiter- und fortgeführt werden.

Die Haushaltszahlen steigen, obwohl die Kinderzahlen in Bayern zurückgehen. Trotz rückläufiger Kinderzahlen geben wir also immer mehr für die Kinderbetreuung aus. Wir haben jetzt beim Landeserziehungsgeld Einkommensgrenzen von 13 500 Euro bzw. 16 500 Euro. Immerhin beziehen noch 47 % unserer Bevölkerung Landeserziehungsgeld. In Oberfranken und in der Oberpfalz sind es noch mehr. Da sind es fast 60 % der Eltern, die Landeserziehungsgeld beziehen.

(Christa Steiger (SPD): Aber doch nur wegen der ungleichen Lebensbedingungen! Das ist doch eine völlig falsche Strukturpolitik!)

Dieses Geld wollen Sie für ein beitragsfreies Kindergartenjahr verwenden. Auch das ist wieder eine Umverteilung von unten nach oben. Das ist keine Sozialpolitik, meine lieben Kolleginnen und Kollegen.

(Beifall bei der CSU – Christa Steiger (SPD): Das ist falsche Strukturpolitik!)

Ich bin glücklich darüber, und dafür danke ich auch der CSU-Fraktion, dass wir das Landeserziehungsgeld in einer Größenordnung von etwa 110 Millionen Euro gerade für die Menschen erhalten können, die es dringendst

notwendig brauchen. Wir haben hier eben ein anderes Gesellschaftsbild. Wir wollen die Wahlfreiheit. Ich will den Frauen nicht bestimmte Lebensentwürfe vorgeben.

(Johanna Werner-Muggendorfer (SPD): Wir auch nicht!)

Sie sollen erwerbstätig sein und Kinder bekommen können. Das ist für mich überhaupt keine Frage.

(Widerspruch der Abgeordneten Christa Steiger (SPD))

– Ja, Frau Steiger, ich möchte die Wahlfreiheit.

(Beifall bei der CSU – Johanna Werner-Muggendorfer (SPD): Wir auch! Sie werden es nicht glauben!)

Wir sollten endlich damit aufhören, unseren jungen Menschen Lebensentwürfe vorzuschreiben. Das ist der Unterschied.

(Beifall bei der CSU – Johanna Werner-Muggendorfer (SPD): So ein Schmarrn! Wir wollen auch keine Lebensentwürfe vorschreiben! – Christa Steiger (SPD): Die Lebensentwürfe schreiben Sie vielleicht vor!)

Bezüglich des Landeserziehungsgeldes werden wir sagen: Das Landeserziehungsgeld in Bayern bekommt jeder, der seine Kinder zur Vorsorgeuntersuchung schickt. Das wird ganz unbürokratisch geschehen. Ich möchte nämlich, dass jedes Kind in Bayern in den Genuss der Vorsorgeuntersuchung kommt. Dies halte ich für ungeheuer wichtig, übrigens auch unter dem Gesichtspunkt der Kindergesundheit.

Die Jugendpolitik ist heute schon angesprochen worden. Die Jugendsozialarbeit, insbesondere die arbeitsweltbezogene Jugendsozialarbeit, gehört zu den sehr bewährten, effizienten Instrumenten in der Kinder- und Jugendpolitik. Wir wissen natürlich auch, dass mit Hilfe der Jugendsozialarbeit die Gewalt an unseren Schulen um 52 % reduziert werden kann. Bei den Projekten der arbeitsweltbezogenen Jugendsozialarbeit konnten immerhin 69 % der Jugendlichen in Ausbildungsstellen vermittelt werden.

Frau Kollegin Steiger, zuständig für den Ausbau und die Finanzierung dieser Maßnahmen sind die Landkreise und die kreisfreien Städte. Bayern ist eines der ganz wenigen Länder, die die Kommunen bei dieser wichtigen Aufgabe unterstützen und entlasten. Bayern ist eines der ganz wenigen Länder, die dafür ein Förderprogramm haben. Dies sollten Sie einmal als Leistung anerkennen. Wir leisten damit einen ganz wesentlichen Beitrag zur Integration. Damit sichern wir auch ein Stück Beteiligungsgechtigkeit in unserem Land.

Deswegen haben wir im vorliegenden Haushalt die Erhöhung unserer Förderung um insgesamt 2,25 Millionen Euro bei der Jugendsozialarbeit vorgesehen. Das betrifft

die 71 Stellen, die in der Diskussion schon genannt worden sind.

Lassen Sie mich an dieser Stelle noch eines anmerken, was mich persönlich sehr beschäftigt. Dass der Konsum gewalthaltiger Medien durch junge Menschen fatale, gewaltstimulierende Folgen hat, mussten wir immer wieder, aber gerade auch jüngst bei dem Amoklauf in Emsdetten erleben. Ich werde daher – das sage ich ganz deutlich – alles in meiner Macht Stehende tun, dass die notwendigen Verbesserungen im Bereich Jugendmedienschutz rasch in Angriff genommen werden.

Ich habe immer wieder Bundesratsinitiativen gestartet. Ich kann mich noch gut erinnern, dass Kanzler Schröder gesagt hat: Das müssen wir einfach umsetzen. Aber unter Rot-Grün passierte leider Gottes zu wenig.

Die jungen Menschen müssen uns wichtig sein, nicht nur im Bereich Jugendmedienschutz, sondern gerade auch im Bereich der Ausbildung. Deswegen bin ich glücklich, dass wir eine erfolgreiche Ausbildungszwischenbilanz zum aktuellen Ausbildungsjahr haben. Den Erfolg haben wir ein Stück weit mit Sicherheit auch der gemeinsamen Kampagne mit der Wirtschaft, der Arbeitsverwaltung, der Bayerischen Staatsregierung, dem Kultus- und Sozialministerium und „Fit for Work 2006“ zu verdanken. Wir haben dafür immerhin insgesamt 19 Millionen Euro in unsere Jugend investiert. Damit haben wir Tausende zusätzlicher Ausbildungsplätze geschaffen und stehen in Deutschland zurzeit an zweitbesten Stelle hinter dem Saarland, wobei wir unter den Flächenländern an einer absoluten Spitze stehen.

Was den Arbeitsmarkt betrifft, so lag die Zahl der Arbeitslosen im November 2006 mit 378 000 so niedrig wie seit fünf Jahren nicht mehr. Die Trendwende am Arbeitsmarkt ist Gott sei Dank geschafft. Wir wissen, dass sich die Arbeitslosenzahlen unter der rot-grünen Bundesregierung Jahr für Jahr verschlechtert haben.

Trotzdem dürfen wir in unseren Anstrengungen – das ist gar keine Frage – nicht nachlassen. Unter den zehn besten, erfolgreichsten Arbeitsgemeinschaften, die in Deutschland tätig sind, befinden sich acht bayerische Arbeitsgemeinschaften. Da geht es übrigens um den Erfolg bei der Vermittlung von Langzeitarbeitslosen. Daran sehen Sie schon, wie erfolgreich wir in Bayern mit unseren Kommunen zusammenarbeiten.

Bei den Langzeitarbeitslosen bzw. bei den Menschen mit Vermittlungshemmnissen werden wir uns in den nächsten Jahren verstärkt an vier Zielgruppen richten: die Jugendlichen, die Arbeitslosen – gerade die unter 25-jährigen –, die Langzeitarbeitslosen, die Frauen und die Migranten. Das werden wir unter dem Motto tun: Chancen für alle öffnen.

Wir werden uns bei der Verteilung der Mittel aus dem Arbeitsmarktfonds dafür stark machen, dass die Mittel vorrangig wieder in die Regionen Oberpfalz und Oberfranken fließen, die eine hohe Arbeitslosigkeit haben. Ähnliches gilt für den Europäischen Sozialfonds, wo es uns trotz drastisch zurückgehender Mittel gelungen ist,

für die Jahre 2007 bis 2013 für Bayern rund 300 Millionen Euro zu sichern. Das ist bei 1 Milliarde Euro für ganz Deutschland eine maximale Ausbeute.

Ich bin froh, dass wir in diesem Jahr zum ersten Mal die Arbeitslosigkeit bei den Menschen mit Behinderungen haben sinken sehen. Das zeigt den nachhaltigen Trend, der am Arbeitsmarkt zu verzeichnen ist. Gleichzeitig muss ich aber sagen: Es ist ganz wichtig, dass wir uns mit zusätzlichen Maßnahmen gegen die hohe Arbeitslosigkeit von Menschen mit Behinderungen, insbesondere von Schwerbehinderten engagieren. Immerhin ist diese Arbeitslosigkeit in Bayern von Januar bis November um 10 % gesunken. Das ist ein bedeutungsvolles Signal. Gerade an dem Projekt der Vernetzung des Arbeitsmarkts für Schwerbehinderte müssen wir noch stärker arbeiten. Wir unterstützen das Projekt und hoffen, die Arbeitslosigkeit von Menschen mit Behinderungen ein Stück weit zurückfahren zu können.

Frau Kollegin Hohlmeier und Herr Kollege Unterländer sind schon darauf eingegangen, dass wir für Behinderteneinrichtungen zusätzlich 8 Millionen Euro an Investitionsmitteln vorgesehen haben.

Bei der Fraktion möchte ich mich ganz herzlich für die zusätzlichen 4 Millionen Euro bedanken. Ganz offen gesagt: Wir können sie sehr gut gebrauchen. Man muss natürlich auch den Landesbehindertenplan für weitere Investitionen im Auge behalten; das ist gar keine Frage. Die Entwicklung kennen wir alle. Die Menschen mit Behinderungen werden älter, wie wir alle. Vor diesem Hintergrund brauchen wir mehr Behinderteneinrichtungen, gerade im Wohnbereich.

Ein Wort an die Fraktion der GRÜNEN. Frau Kollegin Ackermann, als Sie zu Beginn der Diskussion über den Einzelplan 10 Ihre Pressemitteilung herausgaben, haben mir sehr viele blinde und sehbehinderte Menschen geschrieben, weil Sie in Ihrer Pressemitteilung behauptet haben, wir hätten das Blindengeld gekürzt. Das stimmt effektiv nicht. Die Zahl der Blinden ist zurückgegangen. Deswegen ist der Haushaltsansatz etwas niedriger. Wir sollten uns doch darüber freuen, dass die Anzahl der sehbehinderten Menschen und der Blinden zurückgegangen ist. Da sollte man nicht gleich das Schauernmärchen verkünden, wir hätten das Blindengeld gekürzt. Bayern hat immer noch das höchste Blindengeld deutschlandweit. Machen Sie den Menschen mit Behinderungen nicht solche Angst!

(Beifall bei der CSU)

Zu den Altenhilfeeinrichtungen. Sie alle kennen den Bericht des ORH, worin von einem Überhang von über 3000 leer stehenden Betten in den Altenheimen die Rede ist – Herr Beyer, Sie nicken. Sie kennen ihn auch.

Ich erkenne nicht, dass wir im Bereich Sanierungen durchaus ein Problem haben. Ich halte nichts davon, Probleme nicht sehen zu wollen. Lösen kann ich Probleme nur, wenn ich sie tatsächlich sehe. Vor diesem Hintergrund müssen wir schauen, dass wir entsprechende Kreditprogramme bekommen. Ich meine, Bayern hat wie

kein anderes Land in Deutschland in den Ausbau sehr viel investiert. Wir werden auch weiterhin bis Ende 2009 den Markt sorgfältig beobachten.

Was das Heimgesetz betrifft, so kann ich Sie beruhigen. Wir werden bezüglich Entbürokratisierung, aber auch bezüglich der entsprechenden Qualität beim Heimgesetz für das Erforderliche sorgen, wie es letztendlich auch die Wohlfahrtspflege und die Träger von uns verlangen. Ich habe diese frühzeitig in die Verantwortung für das Heimgesetz hineingenommen. Das wird mit Sicherheit ein Schwerpunkt sein.

Dann komme ich zum letzten Punkt, dem Sozialbericht. Wir kommen unseren Berichtspflichten durchaus nach. Aber ich habe Ihnen immer wieder gesagt und brauche dazu auch keine Unterschichten- oder Prekariatsdebatte: Wenn Deutschland in den größten Sozialreformen steckt, die es gibt, nämlich denen zum SGB II, zum SGB III und zum SGB XII, dann bin ich nicht bereit, einen Sozialbericht zu machen. Die eine Million Euro dafür wären zum Fenster rausgeschmissenes Geld.

(Beifall des Abgeordneten Manfred Ach (CSU))

Dieses Geld kann ich viel besser im Sozialhaushalt verwenden.

(Beifall bei Abgeordneten der CSU)

Auch die Daten zur Einkommensschichtung für Bayern aus der Einkommens- und Verbraucherstichprobe werden nur alle fünf Jahre erhoben, zuletzt 2003. Da hätten Sie von mir verlangt, 2004 einen Sozialbericht zu machen

(Christa Steiger (SPD): Sie nicht!)

mit veralteten Daten und vor allem mit einer völlig unterschiedlichen Situation. Er würde heute vorliegen und wäre geradezu für den Papierkorb erarbeitet worden.

(Christa Steiger (SPD): Wollen Sie damit sagen, dass der Armutsbericht der Bundesregierung für den Papierkorb ist?)

Ich meine, man sollte sich den Sinn seiner Forderungen auch einmal überlegen.

Die bereits jetzt vorliegenden Daten zeigen aber durchaus, dass die soziale Lage in Bayern besser ist als in allen anderen Ländern Deutschlands.

(Unruhe – Glocke des Präsidenten)

– Danke schön. Jetzt kommen nämlich sehr interessante Zahlen, Herr Präsident. Bayern hat seit 1998 die niedrigste Sozialhilfequote aller Länder. Am Jahresende 2004 lebten zum Beispiel 3,5 % der Bevölkerung Deutschlands von Sozialhilfe, wobei Bayern mit 1,9 % die niedrigste Sozialhilfequote verzeichnete. Dies setzt sich dann auch im Rechtskreis von Hartz IV fort. So betrug nach den vorläufigen Daten die ALG-II-Quote im November 2006 im Bundesgebiet 12,1 %, in Bayern hingegen lediglich 5,6 %.

Da stecken die Langzeitarbeitslosen drin, da steckt die Unterschichtproblematik drin. Da können Sie sehr genau die Situation in Bayern beobachten.

Liebe Kolleginnen und Kollegen, ich meine, wir sind in Bayern mit unserer Arbeits- und Sozialpolitik auf dem richtigen Weg.

(Manfred Ach (CSU): Sehr gut!)

Der vorliegende Haushaltsentwurf im Einzelplan 10 wird das soziale Leben in Bayern weiterhin sozusagen mit einem bunten, einem erfüllten Leben füllen.

(Anhaltender Beifall bei der CSU)

Zweiter Vizepräsident Prof. Dr. Peter Paul Gantzer: Weitere Wortmeldungen liegen mir nicht vor. Die Aussprache ist damit geschlossen.

Herr Kollege Dürr hat sich zu einer persönlichen Erklärung nach § 112 der Geschäftsordnung zu Wort gemeldet. Ich gehe davon aus, Ihnen ist der Text des § 112 bekannt.

(Abgeordnete Barbara Stamm (CSU): Jetzt sitze ich richtig! Vielleicht entschuldigt er sich jetzt mal!)

Dr. Sepp Dürr (GRÜNE): Herr Präsident, Kolleginnen und Kollegen! Ich muss ganz kurz die Unterstellung von Frau Hohlmeier zurückweisen.

(Zurufe von der CSU)

Frau Hohlmeier – den Namen werden Sie ja wohl noch aushalten können, ohne dazwischenzuplärren –

(Heiterkeit bei den GRÜNEN – Johanna Werner-Muggendorfer (SPD): Das war jetzt gut!)

Ich versuche es noch einmal: Frau Hohlmeier hat in ihrer unverändert typischen Art behauptet, ich würde Zwischenrufe aus dem Protokoll streichen. Das habe ich nicht nötig. Ich entschuldige mich, wie Sie alle wissen, ab und zu, aber ich leugne nicht. Ich stehe im Unterschied zu Ihnen, Frau Hohlmeier, zu dem, was ich sage, und zu dem, was ich tue.

(Beifall bei den GRÜNEN und bei Abgeordneten der SPD)

Zweiter Vizepräsident Prof. Dr. Peter Paul Gantzer: Liebe Kolleginnen und Kollegen! Bevor wir zur Abstimmung kommen, weise ich darauf hin, dass Ihnen die Niederschriften der heutigen Sitzung nicht mehr zur Korrektur vorgelegt werden können.

(Dr. Thomas Beyer (SPD): Zum Streichen!)

Wer also zu Hause unter dem Tannenbaum korrigieren will, wird gebeten, die gelben Formulare abzuholen und beim Stenografischen Dienst abzugeben.

Wir kommen zur Abstimmung. Der Abstimmung liegen der Entwurf des Haushaltsplans 2007/2008, Einzelplan 10, die Änderungsanträge auf den Drucksachen 15/6649 mit 6660, 6679, 6712 mit 6722 und 6741 mit 6744 sowie die Beschlussempfehlung des federführenden Ausschusses für Staatshaushalt und Finanzfragen, Drucksache 15/6935 zugrunde.

Vorweg lasse ich über die zur Ablehnung empfohlenen Änderungsanträge der Fraktion des BÜNDNISSES 90/DIE GRÜNEN betreffend Insolvenzberatung in Bayern, Drucksache 15/6714, und Unterstützung der Altenhilfe, Drucksache 15/6719, in der jeweils beantragten namentlichen Form abstimmen. Wir haben also jetzt zwei namentliche Abstimmungen.

Wir beginnen mit der Abstimmung über den Änderungsantrag auf der Drucksache 15/6714, Insolvenzberatung in Bayern. Für die Stimmabgabe sind die Urnen wie immer bereitgestellt. Achten Sie auf die Handzeichen Ihrer Fraktionsvorsitzenden. Mit der Stimmabgabe wird begonnen. Dafür stehen vier Minuten zur Verfügung.

(Namentliche Abstimmung von 14.06 bis 14.10 Uhr)

Erste Vizepräsidentin Barbara Stamm: Verehrte Kolleginnen und Kollegen! Die Stimmabgabe ist abgeschlossen. Das Abstimmungsergebnis wird außerhalb des Sitzungssaales ermittelt.

(Unruhe – Glocke der Präsidentin)

Wir führen zwischenzeitlich die namentliche Abstimmung über den Änderungsantrag auf Drucksache 15/6719, Unterstützung der Altenhilfe, durch. Die Urnen sind wieder bereitgestellt. Mit der Stimmabgabe kann begonnen werden. Dafür steht eine verkürzte Zeit von vier Minuten zur Verfügung.

(Namentliche Abstimmung von 14.11 bis 14.15 Uhr)

Kolleginnen und Kollegen, die Stimmabgabe ist abgeschlossen. Ich unterbreche die Sitzung bis zur Ermittlung des Abstimmungsergebnisses.

(Unterbrechung: 14.15 bis 14.18 Uhr)

Ich darf die Sitzung wieder aufnehmen und bitte, Platz zu nehmen. Ich gebe zunächst das Ergebnis der namentlichen Abstimmung zum Änderungsantrag der Fraktion des BÜNDNISSES 90/DIE GRÜNEN, betreffend Insolvenzberatung in Bayern, Drucksache 15/6714, bekannt: Mit Ja haben 43, mit Nein haben 85 Abgeordnete gestimmt. Stimmenthaltungen gab es keine. Damit ist der Änderungsantrag abgelehnt.

(Abstimmungsliste siehe Anlage 3)

Ich gebe jetzt das Ergebnis der namentlichen Abstimmung zum Änderungsantrag der Fraktion des BÜNDNISSES 90/DIE GRÜNEN, betreffend Unterstützung der

Altenhilfe, Drucksache 15/6719, bekannt: Mit Ja haben 43, mit Nein haben 83 Abgeordnete gestimmt. Stimmenthaltungen waren keine. Damit ist auch dieser Änderungsantrag abgelehnt.

(Abstimmungsliste siehe Anlage 4)

Der Einzelplan 10 wird vom Ausschuss für Staatshaushalt und Finanzfragen mit den in der Beschlussempfehlung auf Drucksache 15/6935 genannten Änderungen zur Annahme empfohlen.

Wer dem Einzelplan 10 mit den vom federführenden Ausschuss für Staatshaushalt und Finanzfragen vorgeschlagenen Änderungen seine Zustimmung geben will, den bitte ich, sich vom Platz zu erheben. – Das ist die CSU-Fraktion. Gegenstimmen bitte ich anzuzeigen. – Das sind die SPD-Fraktion und die Fraktion des BÜNDNISSES 90/DIE GRÜNEN. Stimmenthaltungen? – Keine. Damit ist der Einzelplan 10 mit den vom Ausschuss für Staatshaushalt und Finanzfragen vorgeschlagenen Änderungen angenommen.

Die vom Ausschuss für Staatshaushalt und Finanzfragen zur Ablehnung vorgeschlagenen Änderungsanträge gelten, soweit über sie nicht einzeln abgestimmt worden ist, gemäß § 126 Absatz 6 der Geschäftsordnung zugleich als abgelehnt. Eine Liste dieser Änderungsanträge liegt Ihnen vor.

(siehe Anlage 5)

Außerdem schlägt der Ausschuss für Staatshaushalt und Finanzfragen noch folgende Beschlussfassung vor:

Das Staatsministerium der Finanzen wird ermächtigt, die aufgrund der beschlossenen Änderungen erforderlichen Berichtigungen insbesondere in den Erläuterungen, der Übersicht über die Verpflichtungsermächtigungen und den sonstigen Anlagen beim endgültigen Ausdruck des Einzelplans vorzunehmen.

Wer dem zustimmen möchte, den bitte ich um das Handzeichen. – Das sind die CSU-Fraktion und die SPD-Fraktion. Gegenstimmen? – Niemand. Stimmenthaltungen? – Bei Stimmenthaltung der Fraktion des BÜNDNISSES 90/DIE GRÜNEN ist das so beschlossen.

Unter Bezugnahme auf die Beschlussempfehlung des federführenden Ausschusses für Staatshaushalt und Finanzfragen, Drucksache 15/6935, weise ich darauf hin, dass die Änderungsanträge auf den Drucksachen 15/6741 mit 15/6744 ihre Erledigung gefunden haben. Das Hohe Haus nimmt hiervon zustimmend Kenntnis.

Die Beratung des Einzelplans 10 ist damit abgeschlossen.

Ich rufe zur gemeinsamen Beratung die Tagesordnungspunkte 14, 15 und 16 auf:

**Gesetzentwurf der Staatsregierung
zur Änderung des Finanzausgleichsgesetzes und der
Verordnung zur Durchführung des Gesetzes über den
Finanzausgleich zwischen Staat, Gemeinden und
Gemeindeverbänden (Finanzausgleichsänderungs-
gesetz 2007) (Drs. 15/6308)
– Zweite Lesung –**

hierzu:

**Änderungsantrag der Fraktion des BÜNDNISSES 90/
DIE GRÜNEN (Drs. 15/6878),
Änderungsantrag der Abgeordneten Manfred Ach,
Erika Görlitz, Kurt Eckstein u. a. (CSU) (Drs. 15/7079)**

**Haushaltsplan 2007/2008;
Einzelplan 13 Allgemeine Finanzverwaltung**

hierzu:

**Änderungsanträge von Abgeordneten
der SPD-Fraktion (Drsn. 15/6815 mit 15/6818, 15/6881,
15/6927 und 15/6928),
Änderungsanträge der Fraktion des BÜNDNISSES 90/
DIE GRÜNEN (Drsn. 15/6872 mit 15/6876 und
15/6930),
Änderungsanträge von Abgeordneten der CSU-Frak-
tion (Drsn. 15/6880 und 15/6919)**

**Gesetzentwurf der Staatsregierung
über die Feststellung des Haushaltsplans des Frei-
staates Bayern für die Haushaltsjahre 2007 und 2008
(Haushaltsgesetz – HG – 2007/2008) (Drs. 15/6309)
– Zweite Lesung –**

hierzu:

**Änderungsantrag der Fraktion des BÜNDNISSES 90/
DIE GRÜNEN (Drs. 15/6879),
Änderungsantrag von Abgeordneten der SPD-Frak-
tion (Drs. 15/6929),
Änderungsantrag der Abgeordneten Joachim Herr-
mann, Manfred Ach, Dr. Jakob Kreidl u. a. (CSU) (Drs.
15/7056)**

Im Ältestenrat wurde für die gemeinsame Aussprache eine Gesamtredezeit von 2 Stunden und 59 Minuten vereinbart. Davon entfallen auf die Fraktion der CSU 60 Minuten, auf die SPD-Fraktion 34 Minuten und auf die Fraktion des BÜNDNISSES 90/DIE GRÜNEN 25 Minuten. Die Staatsregierung hat 60 Minuten Redezeit.

Ich eröffne die gemeinsame Aussprache. Als erstem Redner darf ich dem Vorsitzenden des Ausschusses für Staatshaushalt und Finanzfragen, Kollegen Ach, das Wort erteilen.

(Eike Hallitzky (GRÜNE): Viel Spaß!)

Manfred Ach (CSU): Frau Präsidentin, liebe Kolleginnen und Kollegen! Wenn Sie mir die Chance geben, werde ich versuchen, weniger als 60 Minuten zu reden.

(Beifall bei der CSU)

Das liegt nicht an mir, sondern an den Zwischenrufen und ähnlichem mehr.

Liebe Kolleginnen und Kollegen, am 3. März 2005 haben wir mit der Verabschiedung des Doppelhaushalts 2005/2006 den ausgeglichenen Haushalt 2006 in die Tat umgesetzt. Wir haben damit unser schon im Jahr 2000 festgelegtes Ziel erreicht – als erstes Land in der Bundesrepublik Deutschland. Damals haben wir zu Recht von einem Meilenstein der Haushalts- und Finanzpolitik gesprochen.

In jedem Fall haben wir Maßstäbe gesetzt. Denn wir haben – anders als der Bund – keine Zielkorrektur vornehmen müssen. Auch in den Jahren, in denen uns die Steuereinnahmen in dramatischer Weise weggebrochen sind, haben wir uns nicht beirren lassen und an unserem Konsolidierungskurs festgehalten.

Mittlerweile liegt der Verzicht auf neue Schulden im Trend – inzwischen hat jedes zweite Land der Bundesrepublik Deutschland Festlegungen getroffen, wann es einen Haushalt ohne Neuverschuldung erreichen will. Dabei sind einige Länder – auch aufgrund von bereits eingeleiteten Konsolidierungsbemühungen – ihrem Ziel schon etwas näher gerückt, während andere noch einen sehr weiten und steinigen Weg vor sich haben.

Nach dem kürzlich veröffentlichten Schuldenmonitor der Bertelsmann Stiftung und des Wirtschaftsforschungsinstituts ZEW hat allein Bayern keinen Konsolidierungsbedarf mehr. Dagegen hat die Etatsanierung in Schleswig-Holstein und Thüringen kaum Fortschritte gemacht. Dabei haben insbesondere die ostdeutschen Länder, die noch bis 2019 – von Jahr zu Jahr sinkende – Einnahmen aus dem Solidarpakt II haben, generell einen höheren Druck, ihre Ausgaben den sich verringernden Einnahmen anzupassen. Die Studie belegt mit Erfahrungen aus anderen EU-Ländern, dass Ausgabenkürzungen die Haushalte stärker stabilisieren als Steuererhöhungen.

Ich begrüße diesen Trend des Verzichts auf Neuverschuldung sehr, wenn ich mir auch gewünscht hätte, dass dieses Umdenken bei Bund und Ländern schon früher eingesetzt hätte.

(Beifall bei der CSU)

Denn mir geht es nicht darum, Klassenprimus zu sein oder als Erster einen finanzpolitischen Erfolg vorzuweisen – es geht vielmehr darum, die öffentlichen Haushalte für die Zukunft auf eine solide Basis zu stellen. Ich meine, dies müsste eigentlich im Interesse aller Bürgerinnen und Bürger und damit auch aller politischen Parteien liegen.

Die Umfragen der letzten Jahre in Bayern haben ja gezeigt, dass unsere Bevölkerung durchaus zukunftsorientiert

denkt und deshalb den Sparkurs mitgetragen hat. Das an die Adresse der Kolleginnen und Kollegen von der SPD und der Opposition insgesamt. Gerade weil wir unsere Rechnung für die Menschen machen, weil wir zum Wohl der Bürgerinnen und Bürger die Gestaltungsspielräume in der Zukunft erhalten wollen, war und ist unsere Haushalts- und Finanzpolitik richtig.

(Beifall bei der CSU)

Mittlerweile haben wir es auch schwarz auf weiß durch das Bundesverfassungsgericht bestätigt: Mit seinem Urteil zur Klage Berlins hat die oberste deutsche Rechtsinstanz dem grenzenlosen Schuldenmachen eine klare Absage erteilt.

Es braucht also den Mut bei den politisch Verantwortlichen in Bund und Länder, ihre Haushalte zu durchforsten und Sparmöglichkeiten ausfindig zu machen. Zu diesem Ergebnis gelangen auch die fünf Wirtschaftsweisen. In ihrem kürzlich veröffentlichten Jahresgutachten ermahnen sie die Politik, auch solche – ich zitiere – staatlichen Aufgabenkategorien auf den Prüfstand zu stellen, die verteilungspolitisch motiviert sind und deren Abschaffung mit spürbaren distributiven Konsequenzen verbunden ist.“ Dies erfordere aus Sicht des Sachverständigenrats politische, aus Werturteilen abgeleitete Entscheidungen.

Meine Erfahrung hat jedenfalls gezeigt – und ich bin sicher, Sie können das bestätigen –, dass unsere Bürgerinnen und Bürger auch auf lieb gewonnene Förderungen verzichten können, wenn sie wissen, dass es der Sicherung einer nachhaltigen Basis für künftige Generationen dient. Und ist es nicht besser, vorausschauend maßvolle Konsolidierungsmaßnahmen vorzunehmen, als – wie es in anderen, lange von der SPD regierten Ländern der Fall ist – angesichts drohender Handlungsunfähigkeit des Landes und immenser Zinslasten drastisch die Notbremse ziehen zu müssen?

Liebe Kolleginnen, liebe Kollegen, den ausgeglichenen Haushalt 2006 in Bayern haben wir aus eigener Kraft erreicht.

(Beifall bei der CSU)

Für das Jahr 2006 haben wir im Haushalt noch mit dem Einsatz von Privatisierungserlösen im Umfang von 760 Millionen Euro geplant. Dank der deutlich günstigeren Entwicklung der Steuereinnahmen in diesem Jahr können wir nun auf den Einsatz von Privatisierungserlösen gänzlich verzichten und im nächsten Jahr sogar in einem gewissen Umfang Rücklagen bilden – darauf komme ich noch eingehender zu sprechen. Auch der Bund wird im Bundeshaushalt 2007 die zu erwartenden Steuermehreinnahmen unter anderem zur Absenkung der Nettokreditaufnahme verwenden.

Vor diesem Hintergrund sieht es so aus, als hätten wir allen Grund zum Jubeln. Sicher, wir können stolz auf unseren finanzpolitischen Erfolg sein.

(Beifall bei der CSU)

Aber wir dürfen uns keinesfalls beruhigt zurücklehnen und uns auf den Lorbeeren des ausgeglichenen Haushalts ausruhen.

Liebe Kolleginnen, liebe Kollegen, aus meiner Sicht kommt dem Doppelhaushalt 2007/2008 eine ganz besondere Bedeutung zu. Ich möchte gern das Bild des Scharniers verwenden, das die Gegenwart mit der Zukunft verbindet.

Die Gegenwart: Der Doppelhaushalt 2007/2008 schreibt den ausgeglichenen Haushalt ohne Neuverschuldung des Jahres 2006 fort. Damit bildet er sozusagen den „Schlussstein“ unserer Konsolidierungspolitik der letzten Jahre.

Die Zukunft: Gleichzeitig gibt der aktuelle Doppelhaushalt den Kurs für den nächsten Doppelhaushalt 2009/2010 vor. Mein Kollege Kupka hat in seiner Rede zur Einbringung vom „Point of no return“ gesprochen. Ich glaube, das ist eine gute Beschreibung der Situation. Wir sind an einem Punkt angelangt, an dem wir nicht mehr umkehren können.

(Beifall bei der CSU)

Unter den Aspekten der Nachhaltigkeit und der Generationengerechtigkeit müssen wir schon jetzt unser Augenmerk auf die Folgejahre richten – gerade wenn es darum geht, mit den positiven Trends auf der Einnahmeseite, die ich bereits erwähnt habe, verantwortungsbewusst umzugehen. Die über unsere Planung hinausgehenden Steuereinnahmen sind auf die anspringende Konjunktur und die Änderungen im Steuerrecht zurückzuführen. Gerade die anstehenden Steuerreformvorhaben bergen aber auch noch Risiken.

Liebe Kolleginnen und Kollegen, auch auf die Gefahr hin, mich ständig zu wiederholen: Ich mahne zur Vorsicht mit den Prognosen für die künftigen Jahre. Ich muss hier dem Bundesrechnungshof recht geben, der sich erst kürzlich in einer aktuellen Untersuchung zum Verfahren der Steuerschätzung geäußert hat. Trotz aller optimistischen Annahmen sollten wir – gerade im Hinblick auf die Mehrwertsteuererhöhung – die konjunkturelle Entwicklung der kommenden beiden Jahre eher vorsichtig beurteilen und einplanen.

Seit der November-Steuerschätzung wurde oft von „sprudelnden Einnahmen“ gesprochen. Auch die Opposition meint, es gäbe einen warmen Geldregen zu verteilen. Aber dies darf uns nicht dazu verleiten, die bestehende Verschuldung der öffentlichen Hände aus dem Blick zu verlieren. Lothar Späth hat dies in seinem Kommentar im „Handelsblatt“ am 8. November 2006 treffend auf den Punkt gebracht – ich zitiere –: „Die Haushaltskassen sind trotz des Geldregens gar nicht voll, sondern nur nicht mehr ganz so leer.“ Ich glaube, das ist ein sehr tief gehender Satz.

Ich begrüße es deshalb sehr, Herr Finanzminister, dass Sie in der Nachschubliste zum Einzelplan 13 vorgesehen haben, im Jahr 2007 einen Betrag in Höhe von 130 Millionen Euro aus den Haushaltsverbesserungen der Rück-

lage zuzuführen. Dies dient dazu, künftige Haushalte gegen bestehende Risiken, insbesondere hinsichtlich der Auswirkungen der anstehenden Unternehmensteuerreform, abzufedern. Diesem Vorschlag hat der Haushaltsausschuss am 1. Dezember 2006 – wie ich glaube – gerne zugestimmt.

Nicht nur – auch das muss gesagt werden – im noch laufenden Haushalt 2006, sondern auch im Jahr 2007 werden wir auf den Einsatz von Privatisierungserlösen – eine große Diskussion in den vergangenen Haushaltsjahren – verzichten können. Ich wiederhole: Wir werden nicht nur im laufenden Haushalt 2006, sondern auch im Jahr 2007 auf den Einsatz von Privatisierungserlösen verzichten können.

Liebe Kolleginnen und Kollegen, bereits in der Vergangenheit – wer diesem Hohen Hause schon länger angehört, wird es wissen – haben wir mit Privatisierungserlösen schwerpunktmäßig in die Zukunft unseres gesamten Landes investiert. Ich erinnere nur an die Offensiven Zukunft Bayern bis IV mit einem Volumen von insgesamt rund 4,7 Milliarden Euro. Ich meine, dass wir uns sehr sorgfältig überlegen müssen, wie wir in Zukunft die nun geschonten Grundstockmittel einsetzen. Wir sollten hier ganz gezielt Schwerpunkte setzen und darauf achten, dass die Mittel auch dort etwas bewirken, wo tatsächlicher Bedarf besteht.

(Beifall bei der CSU)

In diesem Zusammenhang verweise ich auf den vorliegenden ORH-Bericht 2006 und die dort gemachten Anmerkungen zum Unterhalt staatlicher Gebäude.

Liebe Kolleginnen, liebe Kollegen, auch mit dem Doppelhaushalt 2007/2008 setzen wir wieder „Meilensteine“, und zwar in mehrfacher Hinsicht:

Erstens. Wir setzen „Meilensteine“ mit unseren Investitionen. Besonders hervorzuheben ist aus meiner Sicht das über eine Dreiviertelmilliarde bzw. 765 Millionen Euro schwere Investitionspaket „Investieren in Bayerns Zukunft“, das aus Haushaltsmitteln in Höhe von 462 Millionen Euro und Privatisierungserlösen in Höhe von 303 Millionen Euro gespeist wird. Sie alle wissen, dass der CSU-Fraktion und mir die Investitionen – die Stabilisierung und mittelfristig die Steigerung der Investitionsquote auf 15 % – schon immer ein besonderes Anliegen waren. Da brauche ich auch nicht die heute, gestern und in der Vergangenheit gegebenen Hinweise der Opposition.

(Zuruf des Abgeordneten Werner Schieder (SPD))

– Herr Kollege Schieder, ich weiß, dass Sie hier eine andere Auffassung haben, aber wenn Sie in den nächsten Wochen ernsthaft darüber nachdenken, können Sie sich vielleicht meiner Position zumindest annähern. Sie müssen sich nicht damit identifizieren – das verlange ich von einem Sozialdemokraten nicht –, aber sich zumindest sachlich meiner Auffassung annähern, weil sie, wie ich meine, die richtige Position ist.

Liebe Kolleginnen und Kollegen, der Erhalt unserer Investitionskraft für die Zukunft ist nur zu schaffen, wenn wir einen konsolidierten Haushalt haben und künftig sicherstellen. Ich habe zwar manchmal den Eindruck, das wollen Sie von der Opposition nicht einsehen, aber auch Sie – da bin ich mir sicher – werden irgendwann zu der Einsicht gelangen, dass sich längerfristiges Denken auszahlt.

(Beifall bei der CSU – Thomas Mütze (GRÜNE): Bis 2008!)

– Herr Mütze, Sie haben die Rede des Herrn Finanzministers heute früh nicht gehört – da waren Sie leider nicht da, wie ich vernommen habe –, sonst wüssten Sie, welche Steigerungen es im Wahljahr 2003, im Jahr 2004 und in den folgenden Jahren gegeben hat. Die Steigerung lag bei 1,3 % und war damit niedriger als die Steigerung der Länderhaushalte insgesamt.

Herr Kollege Mütze, machen Sie sich von dem Gedanken frei, dass es die CSU nötig hat, der Bevölkerung gerade im Wahljahr ihre Aktivitäten zu zeigen. Die CSU zeigt seit über 40 Jahren in alleiniger Verantwortung, wie gut sie Bayern regiert. Da brauchen wir keine großartigen Wahlgeschenke. Die Arbeit von fünf Jahren Wahlperiode zeigt der Bevölkerung, wie gut wir sind. Die 56 % Zustimmung in den Umfragen zeigen uns den richtigen Weg. Denken Sie an Ihre eigenen Umfrageergebnisse.

(Beifall bei der CSU – Zuruf des Abgeordneten Ludwig Wörner (SPD))

– Wer war das jetzt? – Der Städter aus München, der Herr Kollege Wörner, der sich für den ländlichen Raum stark macht, wie ich vorhin gemerkt habe.

Meine Damen und Herren, ich bitte zur Kenntnis zu nehmen, im Jahr 2007 werden wir eine Investitionsquote von 12,7 % erreichen. Liebe Kolleginnen und Kollegen von der Opposition, ich muss Sie um Aufmerksamkeit bitten. Auch wenn Sie das nicht wahrhaben und die Leistungen im Staatshaushalt krampfhaft kleinreden wollen: Wir stehen weiterhin unangefochten an der Spitze im Vergleich mit den übrigen westdeutschen Flächenländern. Zum Vergleich: Nordrhein-Westfalen kommt im Jahr 2007 auf lediglich 9,2 %, Niedersachsen auf 10,0 % und Baden-Württemberg auf schlappe 8,7 %.

Von diesem Investitionspaket, das ich dargestellt habe, profitieren alle unsere politischen Schwerpunktbereiche. Alleine 200 Millionen Euro fließen in die Hochschulen, um dort Baumaßnahmen, Modernisierungsmaßnahmen in den Universitätskliniken und die Anschaffung von Großgeräten für Wissenschaft und Forschung zu ermöglichen. Weitere 41 Millionen Euro kommen der Exzellenzinitiative für Bayerns Hochschulen zugute. Den Bereich der Bildung stärken wir – auch wenn Sie mit anderen Zahlen operieren –, indem wir 784 zusätzliche Lehrplanstellen schaffen. Knapp 200 Millionen Euro kommen alleine dem ländlichen Raum zugute. Davon verstärken 76 Millionen Euro – das werden die GRÜNEN nicht so gerne hören, bei der SPD finde ich dafür eher ein offenes Ohr – den Staatsstraßen- und Brückenbau. 18 Millionen Euro stärken die Regionalförderung. Das ist notwendig im Rahmen der

Infrastrukturförderung, Herr Kollege Mütze. In Aschaffenburg ist wahrscheinlich schon alles bereinigt.

(Thomas Mütze (GRÜNE): Der ORH darf es dann wieder kritisieren!)

– Der ORH kritisiert etwas anderes. Aber darüber reden wir im Februar. Ich weiß schon, dass ich Sie heute und wahrscheinlich auch im Februar nicht überzeugen kann. Wir haben eben eine ganz andere Auffassung davon, wie gleichberechtigte Verhältnisse von Stadt und Land zu schaffen sind. Dazu gehören der Straßenbau, der Straßenneubau sowie der Bau von Ortsumfahrungen, was Sie nicht akzeptieren wollen.

In unseren Schwerpunktbereich „Kinder und Familien“ – das ist soeben beraten worden – fließen zusätzlich 46 Millionen Euro, die dem Ausbau der Kinderbetreuung und von Ganztagschulen zugute kommen.

Die innere Sicherheit ist mit ebenfalls knapp 200 Millionen Euro ein weiterer Schwerpunkt. Da die innere Sicherheit eines der „Markenzeichen“ Bayerns ist – Sie haben es in der Debatte gestern von Innenminister Dr. Beckstein gehört –, tun wir gut daran, in diesen Bereich, der aus meiner Sicht auch ein wichtiger Standortfaktor ist, weiter zu investieren.

Ein weiterer Investitionsschwerpunkt liegt beim kommunalen Finanzausgleich. Hier widerspreche ich ganz energisch den Behauptungen der Opposition Tag für Tag und Woche für Woche in den Medien, wonach die Kommunen in Bayern chronisch unterfinanziert seien.

(Beifall bei der CSU)

Auch hier leiden Sie, liebe Kolleginnen und Kollegen – das muss ich Ihnen sagen, auch wenn es mir wegen der ansonsten fairen Zusammenarbeit im Ausschuss manchmal etwas schwer fällt –, unter Realitätsverlust.

(Werner Schieder (SPD): Wir leiden nicht!)

– Herr Kollege Schieder, manchmal leiden auch Sie unter Realitätsverlust; aber das geht vielleicht jedem Menschen so.

Die Leistungen aus dem kommunalen Finanzausgleich überschreiten im Jahr 2007 erstmals die 6-Milliarden-Euro-Grenze. Das sind fast 12 Milliarden DM, ich will Ihnen die D-Mark in Erinnerung rufen. Die Gesamtbilanz liegt damit um 6,3 % über derjenigen des Vorjahres. Ich meine, – vielleicht können Sie mir da recht geben –, dass uns das erstmal ein anderes Land nachmachen muss.

(Beifall bei der CSU)

Wir, die CSU und die Staatsregierung, setzen damit erneut ein deutliches klares Zeichen der Kommunalfreundlichkeit von Staatsregierung und CSU-Fraktion.

(Markus Sackmann (CSU): Kein anderes Land ist so kommunalfreundlich!)

Ich möchte an dieser Stelle auch nochmals – das wird immer infrage gestellt – auf die Einvernehmlichkeit hinweisen, mit der der kommunale Finanzausgleich jedes Jahr – Herr Staatsminister – zwischen Staatsregierung und kommunalen Spitzenverbänden ausgehandelt wird. Auch dies ist im Vergleich mit anderen Ländern einzigartig. Dies gibt es nur in Bayern und sonst nirgends. Daher kommt auch das Einvernehmen der Spitzenverbände, der Staatsregierung und der CSU-Landtagsfraktion.

(Beifall bei der CSU)

Die reinen Landesleistungen des kommunalen Finanzausgleichs erhöhen sich damit insgesamt um 7,6 %. Damit liegt das Wachstum des kommunalen Finanzausgleichs im nächsten Jahr um mehr als 5 % über dem Wachstum des Staatshaushalts. Dass der Freistaat nach wie vor seine Leistungen an die Kommunen so deutlich aufstockt, ist umso bemerkenswerter, als bei den Kommunen der positive Trend der Jahre 2003 bis 2005 bei den Steuereinnahmen auch im Jahr 2006 angehalten hat. In den ersten drei Quartalen des Jahres 2006 haben die Kommunen im Vergleich zum gleichen Zeitraum des Vorjahres 13,1 % mehr Steuern eingenommen. Im Jahr 2004 waren die Steuereinnahmen schon um 12,8 % gestiegen, im Jahr 2005 um 6,2 %, jeweils gegenüber dem Vorjahr.

Sicherlich – das ist unstrittig – sind die Steuereinnahmen zum Teil ungleich verteilt, aber über unseren kommunalen Finanzausgleich erreichen wir eine sehr hohe Ausgleichswirkung. In manchen Fällen könnte man durchaus auch eine gewisse Überregulierung kritisieren. Herr Kollege Dupper, Sie wissen, was ich damit meine. Ich weiß auch, wenn ich an die Pressegespräche von Herrn Ude oder Herrn Maget denke, dass Jammern zum Handwerk gehört. Aber hinsichtlich der Finanzsituation der Kommunen sollte man „die Kirche im Dorf lassen“. So haben die Kommunen schon zwei Jahre hintereinander einen positiven Finanzierungssaldo: in 2004 89 Millionen Euro, in 2005 sogar knapp 600 Millionen. Auch bei den Investitionen sind die bayerischen Kommunen mit einer Investitionsquote von 16,1 % im Jahr 2005 an der Spitze im Vergleich mit den übrigen westlichen Flächenländern. Zudem ist im Jahr 2005 die Verschuldung der bayerischen Kommunen gegenüber dem Jahr 2004 um 1,7 % zurückgegangen.

Liebe Kolleginnen und Kollegen, Sie müssen zugeben, dass das nicht von der Hand zu weisende Erfolgsmeldungen sind, die eher das Gegenteil als eine Unterfinanzierung belegen. Insofern gestatten Sie mir die Kritik an Ihren Behauptungen und Äußerungen in der Öffentlichkeit und im Ausschuss. Damit liegen Sie falsch.

Auch im kommunalen Finanzausgleich 2007 haben die kommunalen Spitzenverbände und die Staatsregierung in ihrer Einigung einen klaren Schwerpunkt bei den Investitionen gesetzt. Es ist immer unser Ziel, die Investitionen zu erhöhen – aus den bekannten Gründen. So werden hier die Haushaltsansätze im Vorjahresvergleich um 132 Millionen Euro angehoben, was unter anderem dem Ausbau und Unterhalt des kommunalen Straßennetzes – wir

haben die Pauschalzuschüsse erhöht – und dem ÖPNV zugute kommt.

(Beifall bei der CSU)

Auch das möchte ich heute deutlich sagen, weil das immer anders dargestellt wird. Weitere Details zum kommunalen Finanzausgleich will ich aus zeitlichen Gründen den Ausführungen des Herrn Finanzministers vorbehalten lassen.

Eine Steigerung um 55 Millionen Euro auf dann insgesamt 189,4 Millionen Euro erfahren die Mittel für den kommunalen Hochbau nach Artikel 10 des Finanzausgleichsgesetzes. 30 Millionen Euro davon kommen aus dem Einnahmenezuwachs beim allgemeinen Steuerverbund und werden im Einvernehmen mit den kommunalen Spitzenverbänden dafür verwendet – ein Thema, das in den letzten Tagen ebenfalls hier diskutiert worden ist –, um Kommunen, die bislang im Rahmen des sogenannten IZBB-Programms des Bundes nicht zum Zuge gekommen waren, gesondert zu berücksichtigen. Kolleginnen und Kollegen von der Opposition, ich bitte dies positiv zur Kenntnis zu nehmen. Wie mein Kollege Bernd Sibler in seiner Rede zum Einzelplan 05 bereits ausgeführt hat, sind die Mittel aus dem „Investitionsprogramm Zukunft Bildung und Betreuung – IZBB“ des Bundes bereits vor dem Ende der offiziellen Antragsfrist am 30. April 2007 restlos aufgebraucht. Ich möchte nochmals betonen, dass es – ich bitte, aufmerksam zuzuhören – dem Freistaat Bayern grundsätzlich nicht möglich ist, aus Landesmitteln Folgeprogramme für ausgelaufene Förderprogramme aufzulegen oder Kürzungen auf EU- oder Bundesebene voll auszugleichen. Dies ist nicht möglich. Allerdings betrifft es nicht nur den Bildungsbereich, sondern insbesondere auch die Landwirtschaft.

Damit betreiben wir keinen Etikettenschwindel wie unsere Kollegen in Baden-Württemberg, die sich dafür rühmen, ein IZBB-Folgeprogramm mit einem Volumen von 1 Milliarde Euro aufzulegen. Dabei ist zu berücksichtigen, dass sich dieses Investitionsvolumen auf neun Jahre verteilt. 550 Millionen Euro davon tragen die antragstellenden Kommunen selbst, 300 Millionen Euro kommen aus dem kommunalen Finanzausgleich, und lediglich 150 Millionen Euro sind zusätzliche Mittel. So summieren sich die Mittel auf 1 Milliarde Euro, wovon bei uns immer so positiv geredet wird. Ich bitte deshalb, mit den sogenannten positiven Erfahrungen aus Baden-Württemberg etwas zurückhaltender zu sein.

Ich begrüße es sehr, dass wir über die Förderung nach Artikel 10 des Finanzausgleichsgesetzes einen Weg gefunden haben, auch diejenigen Kommunen zu fördern, deren Anträge bisher wegen fehlender Mittel abgelehnt werden mussten. Die Einzelheiten dazu brauche ich nicht zu wiederholen, sie wurden bereits im Rahmen der Aussprache zum Einzelplan 05 erörtert.

Dass von der Thematik auch die Privatschulen betroffen sind, ist uns sehr wohl bewusst. Wir sind dabei, eine Regelung zu finden. Ich bin davon überzeugt, dass wir im Nachtragshaushalt 2008 eine gute Lösung vorlegen werden.

Nun noch einige Worte zum Doppelhaushalt 2007/2008.

Lassen Sie mich einzelne wesentliche Punkte ansprechen und darauf eingehen.

Erstens. Den Bereich Landwirtschaft habe ich schon kurz erwähnt. Aufgrund der Kürzungen der EU in der zweiten Säule der Agrarförderung ist die Situation für viele Landwirte sicherlich schwieriger geworden. Wie schon gesagt, liebe Kolleginnen und Kollegen, gilt aber auch hier die Aussage, dass aus Landesmitteln derartige Kürzungen, die von anderen verursacht sind, nicht ausgeglichen werden können. Allerdings meine ich, Herr Kollege Brunner, dass wir große Anstrengungen unternommen haben, um die Auswirkungen der Kürzungen deutlich abzufedern,

(Beifall bei der CSU)

indem wir die bisher zur Kofinanzierung der EU-Förderung eingesetzten Landesmittel auf dem bisherigen Niveau von über 100 Millionen Euro erhalten, zusätzlich insgesamt 50 Millionen Euro für Dorferneuerung und einzelbetriebliche Investitionsförderung zur Verfügung stellen und aus überschüssigen Gewinnablieferungen der Staatsforsten einmalig – ich betone: einmalig – insgesamt 19,5 Millionen Euro einsetzen, um speziell beim KULAP – ein Thema, das Sie, wie ich meine, mit Recht auch immer sehr bewegt –, bei der Ausgleichszulage und bei waldbaulichen Maßnahmen abzufedern.

(Beifall bei der CSU)

Liebe Kolleginnen und Kollegen, in diesem Zusammenhang ist auch die Mittelaufstockung um insgesamt 3,6 Millionen Euro beim Vertragsnaturschutz erwähnenswert, der auch von den EU-Kürzungen betroffen ist, für die wir nichts können.

(Beifall bei der CSU)

Ich bin überzeugt, liebe Kolleginnen und Kollegen, dass damit CSU-Fraktion und Staatsregierung klar unter Beweis stellen, welche Bedeutung die Landwirtschaft für den Erhalt unserer Kulturlandschaft in Bayern hat, wovon schließlich alle Bürgerinnen und Bürger, ob Stadt oder Land, erheblich profitieren.

(Beifall bei der CSU)

Ich meine aber auch – das sage ich auch bewusst –, dass sich die Landwirte auf die geänderten Rahmenbedingungen speziell bei der EU-Förderung einstellen müssen und hierfür gemeinsam zukunftsfähige Konzepte entwickelt werden müssen.

Liebe Kolleginnen und liebe Kollegen, ein zweiter Punkt, der noch nicht oder nur am Rande bei der Beratung des Justizhaushaltes angesprochen worden ist: Im Bereich der Justiz möchte ich kurz die Auflösung amtsgerichtlicher Zweigstellen ansprechen. Aufgrund der Beschlüsse des Bayerischen Landtages, der Fraktion und der Staatsregierung zur Verwaltungsreform 21 prüft der Arbeitskreis Staatshaushalt und Finanzfragen der CSU-Fraktion in

jedem Einzelfall, ob und in welcher Höhe Einsparungen mit der Auflösung der Zweigstelle verbunden sind. Außerdem prüfen wir vor einem Beschluss, ob die Nachnutzung der bestehenden Gebäude, sei es durch anderen Staatsbedarf oder durch Veräußerung, gesichert ist. Dies ist vor allem Thema bei Gebäuden, die unter Denkmalschutz stehen – leider Gottes haben wir gerade im Bereich der Justiz sehr viele Gebäude, die unter Denkmalschutz stehen und die sich natürlich wesentlich schwieriger veräußern lassen als ein normales Gebäude im Zentrum einer Millionenhauptstadt oder einer mittelgroßen Regierungshauptstadt.

Inzwischen sind – das sehe ich positiv – zehn Zweigstellen mit den Hauptgerichten vereinigt, zwei Auflösungen sind beschlossen, und einige weitere Fälle werden in Kürze abgeschlossen werden können. Die Umsetzung – das sage ich in aller Deutlichkeit und mit Überzeugung – dieser Verwaltungsreformmaßnahme ist damit auf einem guten Wege, und zwar – das ist mir besonders wichtig – bisher immer im Einvernehmen mit allen Beteiligten, insbesondere den vor Ort Betroffenen.

Der dritte Punkt, der in den letzten Tagen immer wieder diskutiert worden ist, ist der Stellenbereich. Zusammenfassend möchte ich darauf hinweisen, dass wir im Stellenbereich einiges bewegt haben. Mir ist dabei sehr wohl bewusst, dass wir nicht alle Wünsche, die von den Berufsvertretungen an uns herangetragen werden, erfüllen können. Mein Kollege Kupka hat dankenswerterweise während meiner Abwesenheit einige Gespräche geführt. Ich möchte an dieser Stelle aber betonen, dass wir die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter in allen Verwaltungen nicht aus dem Blick verlieren und deshalb – im Rahmen der gegebenen finanziellen Möglichkeiten – neue Stellen für die Justiz, für Lehrer und Hochschulen geschaffen sowie Stellenumschichtungen und Stellenhebungen vorgenommen haben.

Eine Anmerkung zu diesem Thema darf ich aufgrund meiner früheren Tätigkeit und auch aufgrund der Diskussion in den letzten Wochen und Monaten doch machen. Grundsätzlich möchte ich anmerken, dass allen Beamtinnen und Beamten bewusst sein muss, dass nicht allein das Verstreichen der Mindestwartezeit automatisch zu einer Beförderung führen kann. Nicht nur bei der Bezahlung, liebe Kolleginnen und Kollegen, sondern auch bei der Beförderung muss der Leistungsaspekt maßgebliche Berücksichtigung finden; denn sonst würden wir das gesamte System über den Haufen werfen müssen. Ich bitte auch darüber nachzudenken, wenn gesagt wird: Die Wartezeiten sind erfüllt, der betroffene Beamte wird aber nicht sofort befördert. Als ich 1957 begonnen habe, sind die Inspektoren noch als Inspektoren ausgeschieden, Oberinspektor bedeutete schon eine herausgehobene Funktion, während es heute, wenn jemand nicht mindestens als Oberamtsrat oder als Ministerialrat ausscheidet, schon keine gute Laufbahn gewesen ist. Ich glaube, wir müssen wieder ein bisschen dorthin zurückkommen, wo wir früher gestanden sind.

(Beifall bei der CSU)

Wir haben ein sehr hohes Niveau erreicht. Darüber sollte man auch einmal nachdenken. Andere Themen will ich nicht näher erwähnen.

Ein weiteres Thema für uns und für mich ist die Diskussion um die weitere Privatisierung von Aufgaben der Staatsverwaltung. Gestern waren im Bereich der Justiz die Gerichtsvollzieher Thema. Ich kann Ihnen versichern, liebe Kolleginnen und Kollegen, dass eine Privatisierung von echten hoheitlichen Aufgaben nicht beabsichtigt ist. Bei allen Überlegungen zu Privatisierungen staatlicher Aufgaben muss gelten: Hoheitliche Aufgaben müssen im Interesse unserer Bürgerinnen und Bürger in den Händen des Staates verbleiben. Das gilt für die Justiz, das gilt für die Polizei, das gilt für die Lehrer. Es gibt hierfür also durchaus einige Beispiele. Wir verteidigen im Gegensatz zu anderen Ländern den Beamtenstatus mit Vehemenz. Die momentan laufenden Gespräche zwischen der Staatsregierung, dem Finanzminister und den Verbänden sind auf einem sehr guten, positiven Weg, was die Weiterentwicklung des Laufbahnrechtes und des Beamtenbesoldungsrechtes betrifft.

Ich komme zum ORH-Bericht und weiß natürlich auch, dass sich die sogenannten PPP-Projekte, Public-Private-Partnerships, oder, wie es neuerdings heißt, ÖPP-Projekte, Öffentlich-Private-Partnerschaften, auch bei vielen Fraktionskollegen, manchen Kommunen und auch außerhalb der CSU großer Beliebtheit erfreuen. Allerdings meine ich – auch hier wäre zuviel Euphorie fehl am Platz –, dass wir uns überlegen müssen, welche Art von Projekten für diese Modelle geeignet ist. Insofern halte ich es für gut, dass der Bayerische Oberste Rechnungshof in seinem Jahresbericht die beiden Pilotvorhaben im Staatsstraßenbau angesprochen hat. Wir können darüber sehr intensiv und ausführlich bei der Diskussion des ORH-Berichts sprechen.

(Zuruf des Abgeordneten Werner Schieder (SPD))

– Ich habe gesagt „angesprochen“, damit habe ich aber noch keine abschließende Beurteilung festgelegt, Herr Kollege Schieder.

Wie mit allen anderen Prüfungsergebnissen des ORH wird sich der Haushaltsausschuss auch mit diesem Thema – ich habe es erwähnt – intensiv auseinandersetzen. Wir müssen uns überlegen, wie wir derartige Projekte in Zukunft angehen wollen. Das ist natürlich die Gretchenfrage; wir werden sicherlich auch eine vernünftige Lösung finden.

Allgemein meine ich, dass der ORH einige bemerkenswerte Feststellungen gemacht hat, unter anderem hinsichtlich der Altersermäßigungen für Lehrkräfte oder der Mittelverwendung durch den Bayerischen Landessportverband. Damit werden wir uns bei den Beratungen im Haushaltsausschuss im Februar 2007 eingehend beschäftigen müssen. Ich sage schon heute zu: Bei berechtigten Kritikpunkten werden wir Maßnahmen zur Abhilfe einleiten.

Liebe Kolleginnen, liebe Kollegen, Sie haben heute noch zwei Änderungsanträge vorliegen, zu denen ich Sie um Zustimmung bitte.

Der erste Änderungsantrag betrifft das Finanzausgleichsgesetz und ist rein redaktioneller Art, um die Änderung vom AGSGB zum AGSG auch bei den Verweisungen im FAG nachzuvollziehen. Das ist eine rein redaktionelle Änderung. Ich glaube, darüber wird es keine großen Diskussionen geben.

Der zweite Änderungsantrag betrifft das Haushaltsgesetz und setzt die nun zwischen der CSU-Fraktion und den beteiligten Ministerien des Innern, der Justiz und der Finanzen erzielte Einigung zum Schichtdienst um. Ich freue mich sehr – ich glaube, die gesamte CSU-Fraktion und vielleicht auch das gesamte Haus freuen sich sehr –, dass wir nun einen einvernehmlichen Weg gefunden haben, um den Schichtdienst leistenden Beamten bei Polizei und Justizvollzug zwei Zusatzurlaubstage zu den bereits bestehenden vier, je einen in 2007 und 2008, zu gewähren. Dabei entspricht die Umsetzung – auch das möchte ich betonen – den Vorstellungen der jeweiligen Berufsvertretungen. Man darf nicht so tun, als ob die Staatsregierung oder die CSU-Fraktion diese Regelung gewünscht hätten. – Nein, Sie wurde in voller Absprache mit den betroffenen Berufsverbänden getroffen.

Liebe Kolleginnen, liebe Kollegen, zusammenfassend stelle ich fest: Der Doppelhaushalt 2007/2008 wird erneut die haushalts- und finanzpolitische Spitzenstellung Bayerns bestätigen.

(Beifall bei der CSU)

Alle wichtigen Haushaltsdaten für das Jahr 2007 sind in Bayern jeweils besser als im Länderdurchschnitt. Dies kann man nicht oft genug sagen; vielleicht sehen es dann auch die Kolleginnen und Kollegen der Opposition genauso.

Wir haben die niedrigste Zinslastquote aller Länder. Im Jahr 2007 wird sie bei 2,9 % und im Jahr 2008 bei 2,8 % liegen. Der Durchschnitt der Flächenländer West liegt bei 7,7 %.

Unsere Investitionsquote beträgt 12,7 %. Ich habe es erläutert. Der Durchschnitt der Flächenländer West liegt bei 10,1 %.

(Dr. Thomas Beyer (SPD): In München liegt die Investitionsquote bei 17 %, damit diese Zahl heute auch noch einmal genannt wird!)

– Herr Kollege Dr. Beyer, wir haben gestern darüber diskutiert. Sie haben gestern bereits das Beispiel München gebracht. Darauf haben Sie entsprechende Reaktionen von noch kompetenteren Kolleginnen und Kollegen, als ich es bin, bekommen.

Mit 1853 Euro hat Bayern die niedrigste Pro-Kopf-Veranschuldung aller Flächenländer in Deutschland. Der Durchschnitt der Flächenländer West liegt hier bei 4792 Euro.

Liebe Kolleginnen, liebe Kollegen, ich habe versprochen, dass ich früher fertig werde, wenn Sie mich nicht stören. Ich bin fast so weit. Zum Abschluss möchte ich dem Staatsminister der Finanzen und seinen Mitarbeitern, insbesondere in der Haushaltsabteilung, für ihre gute und zuverlässige Arbeit bei der schwierigen Haushaltsaufstellung und den Beratungen im Haushaltsausschuss herzlich danken.

(Beifall bei der CSU)

Herzlichen Dank auch den Damen meines Büros, die die Vor- und Nacharbeiten trotz der Vielzahl der Anträge und des oft herrschenden Zeitdrucks einmal mehr in zuverlässiger Weise gemeistert haben, sowie dem Stenografischen Dienst. Insgesamt mussten knapp 30 Stunden der Beratungszeit in 14 Sitzungen des Haushaltsausschusses stenographisch verarbeitet werden. Liebe Kolleginnen und Kollegen, ich glaube, das ist einen Beifall und ein Lob wert.

(Allgemeiner Beifall)

Einen besonderen Dank möchte ich den Kolleginnen und Kollegen aller Fraktionen des Haushaltsausschusses aussprechen: Trotz der Differenzen in der fachlichen und politischen Auseinandersetzung waren die Haushaltsberatungen von konstruktiver Zusammenarbeit geprägt. Dank der konzentrierten und sachorientierten Atmosphäre konnten wir die Beratungen zügig abschließen.

Überhaupt nicht nachvollziehen kann ich allerdings die Bemerkung des Herrn Kollegen Sprinkart, die Beratungen im Haushaltsausschuss seien „erbärmlich“ gewesen.

(Eike Hallitzky (GRÜNE): Da ging es um einen einzigen Tagesordnungspunkt!)

Herr Kollege Hallitzky, Sie können nachher reden. Ich verteidige hier alle meine Kolleginnen und Kollegen, auch Sie. Herr Kollege Hallitzky, im Grunde genommen müssten Sie sich angesprochen fühlen. Herr Sprinkart hat auf diese Weise seine eigenen Fraktionskollegen als „erbärmlich“ bezeichnet.

Herr Kollege Sprinkart, Sie haben in Ihrer Aufregung scheinbar nicht gemerkt, dass Sie damit auch Ihre eigenen Fraktionskollegen gemeint haben. Ich empfehle Herrn Kollegen Sprinkart – schade, dass er nicht da ist –, die Protokolle der bisherigen 150 Sitzungen des Haushaltsausschusses in der sitzungsfreien Weihnachtszeit nachzulesen, damit er guten Gewissens diese unsinnige und verletzte Aussage korrigieren kann.

(Beifall bei der CSU)

Namentlich nennen möchte ich meinen stellvertretenden Ausschussvorsitzenden Jürgen Dupper, der während meiner Abwesenheit die Sitzungen – wie mir berichtet wurde – problemlos geleitet hat.

(Allgemeiner Beifall)

Ein besonderer Dank gilt auch meinem Stellvertreter im Arbeitskreis, Herrn Engelbert Kupka, der die nicht immer einfache Vorbereitung der Ausschussberatungen in der Fraktion und im Arbeitskreis mit großem Engagement und Erfolg übernommen hat.

(Allgemeiner Beifall)

Liebe Kolleginnen, liebe Kollegen, von dieser Stelle aus möchte ich einer Kollegin des Haushaltsausschusses, die seit vielen Monaten schwer erkrankt ist und deshalb ihre Sachkunde nicht in die Arbeit des Haushaltsausschusses einbringen konnte, einen herzlichen Weihnachtsgruß übermitteln.

(Allgemeiner Beifall)

Liebe Kollegin Monica Lochner-Fischer, Ihre Kolleginnen und Kollegen aus dem Haushaltsausschuss wünschen Ihnen ein frohes und gesegnetes Weihnachtsfest und hoffentlich eine sehr baldige nachhaltige Genesung. Wir freuen uns aufrichtig, wenn Sie wieder Ihre Arbeit im Ausschuss aufnehmen können. Wir brauchen Sie.

(Allgemeiner Beifall)

Lassen Sie mich noch eine letzte Bemerkung zum diesjährigen Verfahren der Haushaltsberatungen machen: Ich persönlich und – wie ich aus Gesprächen weiß – viele Kollegen begrüßen es sehr, dass es gelungen ist, den Doppelhaushalt, wie dies auch in früheren Jahren der Fall war, im Herbst durchzuberaten und vor Jahresende abzuschließen. Eine deutliche Verbesserung sehe ich auch im mehrtägigen und zusammenhängenden Haushaltsplenum. Ich will aber nicht verschweigen, dass das eine oder andere noch zu korrigieren ist. Wir haben jetzt erst einmal einen Versuch gemacht.

Ich glaube, diese Neuerung hat sich bereits beim ersten Mal bewährt und sollte künftig beibehalten werden, obwohl ich beim nächsten Doppelhaushalt nicht mehr dabei sein werde.

Liebe Kolleginnen und Kollegen, herzlichen Dank für die Aufmerksamkeit.

(Allgemeiner Beifall)

Erste Vizepräsidentin Barbara Stamm: Herr Kollege Ach, ich darf mich ganz herzlich bei Ihnen bedanken, dass Sie am Schluss Ihrer Rede einer kranken Kollegin Ihres Ausschusses gedacht haben. Wir freuen uns, dass Ihre Gesundheit wieder so hergestellt ist, dass Sie heute diese Rede halten konnten.

(Allgemeiner Beifall)

Verehrte Kolleginnen und Kollegen, bevor wir mit der Tagesordnung fortfahren, möchte ich noch herzlich eine Delegation aus der Tschechischen Republik begrüßen. Ich begrüße ganz herzlich Frau Vizepräsidentin Bartoňová. Sie sind in Ihrem Land für die Bildung zuständig.

Ich finde es großartig, dass der Bayerische Jugendring Sie eingeladen hat. Herzlich willkommen.

(Allgemeiner Beifall)

Wir wünschen Ihnen einen guten Aufenthalt und gute Gespräche. Der Gang über den Christkindlmarkt ist nach der Arbeit natürlich erlaubt. Ich wünsche Ihnen und Ihrer Delegation für das bevorstehende Weihnachtsfest viel Freude und für das nächste Jahr alles Gute und vor allem viel Erfolg bei Ihrer Arbeit.

(Allgemeiner Beifall)

Der nächste Redner ist Herr Kollege Dupper.

Jürgen Dupper (SPD): Frau Präsidentin, verehrte Kolleginnen und Kollegen, Herr Staatsminister, Herr Vorsitzender, meine sehr verehrten Damen, meine sehr verehrten Herren! In den zurückliegenden acht Wochen hat sich der Haushaltsausschuss in zwölf Sitzungen mit den Einzelplänen des Doppelhaushaltes beschäftigt. Das Plenum hat dies in kompensierter Form nachgeholt. Die heutige Beratung des Einzelplans 13 bietet die Möglichkeit, gleichsam ein Fazit der Beratungen und des Haushalts zu ziehen. Der Einzelplan 13 bildet nämlich das Substrat des Haushalts; er ist der Haushalt.

Im Einzelplan 13 finden sich die wichtigsten Einnahmen, der Stand des Vermögens, des Grundstocks, der wirtschaftlichen Beteiligungen, des Kapitals und der Schulden. Hier erfahren wir Detailliertes über etwaige Handlungsspielräume. Hier werden aber auch die strukturellen Probleme offenkundig. Die Einnahmen spiegeln die bundesrepublikanische Situation am Jahresende 2006 gut wider. Steuereinnahmen in Höhe von 28,8 Milliarden Euro bedeuten einen Anstieg um fast drei Milliarden Euro gegenüber dem laufenden Jahr und sind Ausfluss – wir hörten es – der konjunkturellen Belebung. Diese Konjunktur wird von vielen Fachleuten als robust eingeschätzt und wird wohl noch einige Jahre tragen.

Nahezu alle Indikatoren zeigen nach oben. Selbst der private Konsum – das Sorgenkind der vergangenen Jahre – zieht an. Dies ist nicht nur, aber auch das Verdienst der Bundesregierungen, wobei als einzige Konstante die SPD genannt werden darf.

(Beifall bei der SPD)

Natürlich wird die Erhöhung der Mehrwertsteuer zu Beginn des Jahres eine dämpfende Wirkung haben. Dies wird aber nicht von Dauer sein, glaubt man den Experten. Vielmehr wird das robuste Wachstum auch und endlich entspannende Effekte auf dem Arbeitsmarkt haben, was bei den öffentlichen Haushalten zur Aufhellung führen wird. Die Steuerschätzung im November ergab erneute Verbesserungen für das Jahr 2006.

Es darf mit einer satten Milliarde Euro mehr für Bayern gerechnet werden, was zum kompletten Verzicht auf die rückzahlbare Ablieferung des Grundstocks führt und obendrein eine kleine, feine Haushaltsrücklage ermög-

licht. Für 2007 ergab die Schätzung noch einmal eine halbe Milliarde Euro mehr. Dies ermöglicht wiederum den Verzicht auf den Einsatz von Privatisierungserlösen und erlaubt die Bildung der Rücklage. Bei all diesen Rechnungen sind die Auswirkungen der diversen Reformen – Unternehmensnachfolge, Steuerrechtsänderungsgesetz – eingerechnet.

Die guten deutschen Rahmenbedingungen haben auch einen sehr sachlichen Verlauf der Haushaltsberatungen ermöglicht, für den ich mich bei allen Kolleginnen und Kollegen bedanken möchte, insbesondere aber bei den Kolleginnen und Kollegen der SPD-Fraktion, die mit gut begründeten Anträgen neue Akzente setzen wollten. Diese neuen Akzente wären bitter notwendig. Unsere Sache ist nicht das krampfhaft Schlechtreden dieses Haushalts, sondern wir wollten andere Schwerpunkte, andere Inhalte.

Trotz der guten Rahmenbedingungen verharrt die Investitionsquote auf einem viel zu niedrigen Niveau. Zentrale Zukunftsfragen bleiben unterfinanziert. Die Personalausstattung in wichtigen Ministerien und bei nachgeordneten Behörden bleibt zu dünn und beim Unterhalt staatlicher Gebäude wird geknausert. Die komfortable Einnahmesituation bleibt in vieler Hinsicht leider folgenlos. Dabei käme es in dieser Phase doch besonders darauf an, Finanzpolitik nicht auf die fiskalische Sicht allein zu verkürzen. Wir benötigen vielmehr eine gestaltende Haushaltspolitik. Wir brauchen, auch um die gesellschaftlichen Errungenschaften zu sichern, einen dauerhaft hohen Wachstumspfad. Hierzu ist eine Verklammerung der Politiken nötig, wobei auf verschiedenen Feldern Maßnahmen nötig sind. Das gilt für Bildung, Forschung und Entwicklung. Das sind die wichtigen Bereiche, in denen Wachstumspotenziale erreicht werden. Nehmen Sie sich doch an der Bundesregierung ein Beispiel. Diese hat für das Jahr 2006 konjunkturelle Impulse gesetzt und konnte heuer bereits die ersten Ergebnisse einfahren.

Der Freistaat muss auch die Zahl der Beschäftigten im Auge behalten. Zu sehr sind unsere zentralen Systeme auf diesen Faktor ausgerichtet als dass wir ihn vernachlässigen dürften. Die Antworten, die das Haushaltsgesetz anbietet – Personalreduzierung, Wiederbesetzungssperre – sind zu dürrig, denn die Antworten sind nicht nur unter arbeitsmarktpolitischen, und somit unter nachfragestützenden Gesichtspunkten falsch. Sie sind auch falsch, weil damit in absehbarer Zeit absehbare Probleme produziert werden. Das Gejammer der Wirtschaft, die über Jahre nicht ausgebildet hat, aber jetzt über den Fachkräftemangel in manchen Bereichen klagt, sollte uns Mahnung sein. Wollen wir den hohen Standard der bayerischen Staatsverwaltung halten, dann sollten wir eine vernünftige Personalentwicklung betreiben. 75 % aller Beschäftigten des Freistaats sind über 35 Jahre alt. Im Jahr 2015 trifft den bayerischen Personalkörper die Pensionierungswelle. Der Staat muss als Arbeitgeber deshalb attraktiv werden und mit vorausschauender Personalpolitik die Qualität staatlichen Handelns sichern.

Bayern braucht Impulse, Bayerns Wirtschaft braucht eine anständige Investitionsquote. Die öffentlichen Haushalte werden nicht nur durch Maßnahmen auf der Ausgaben-seite gesunden können, sondern sie benötigen vielmehr

eine solide Einnahmenbasis. Deshalb müssen wir die Investitionsrate heben, denn die Investitionen von heute sind die Steuereinnahmen von morgen. Die SPD-Fraktion hat hier klare Aussagen gemacht und konsequent versucht, neue Schwerpunkte zu setzen. Das waren auch haushaltswirksame Anträge, doch sie waren – bitte schön – alle Punkt für Punkt gegenfinanziert. So haben wir für das Jahr 2007 circa 470 Millionen Euro für die Bereiche Wirtschaft, Forschung, Bildung, Familie und Kinder sowie für eine verstärkte Förderung des ländlichen Raums gefordert. In den zurückliegenden Tagen haben meine Kolleginnen und Kollegen deutlich gemacht, warum diese Forderungen notwendig waren. Sie haben deutlich gemacht, dass diese Ausgaben sinnvoll sind, weil sie Bayern zukunftsfest machen. Nehmen Sie beispielsweise die Situation an den Hochschulen oder die in den Grenzregionen. Nehmen Sie die Probleme der jungen Familien. Es besteht Handlungsdruck, es besteht Problemdruck, ohne Bayern in toto schlechtzureden; das liegt uns ganz fern. Die SPD-Fraktion hatte deshalb recht, und die kommenden Jahre werden uns bestätigen.

Für diese Anträge haben wir eine solide Gegenfinanzierung vorgeschlagen mit einer globalen Minderausgabe in Höhe von 0,5 % für alle Einzelpläne mit Ausnahme der Einzelpläne 11 und 13 sowie mit Ausnahme der Hauptgruppen 7 und 8, weil wir die Investitionskraft steigern wollten. Des Weiteren wollten wir eine Entnahme aus der Sonderrücklage und letztlich die Rückforderung der restlichen Gesellschafterdarlehen von der Flughafen München GmbH, weil in diesen Zeiten ein zinsloses Darlehen für alle Opfer der jüngsten bayerischen Haushaltspolitik eine Zumutung bedeutet.

(Beifall bei der SPD)

Der Vorwurf unverantwortlicher Finanzpolitik ist angestaubt und sollte allmählich aus Ihren Redebausteinen entfernt werden.

(Beifall bei der SPD)

Wären Sie unseren Vorschlägen gefolgt, dann würde schon im Jahr 2007 die Investitionsquote um ein halbes Prozent ansteigen. Wären Sie unseren Vorschlägen gefolgt, dann würde sich die Haushaltsstruktur zugunsten von Investitionen, Bildung und Wissenschaft verschieben. Wir hätten ein gutes Stück Zukunft gewonnen. Genau vor diesem Hintergrund erscheinen mir die Tiraden des Herrn Ministerpräsidenten, mit denen er am Dienstag glaubte, diese Haushaltswoche eröffnen zu müssen, schon sehr gewagt. Er behauptete doch glatt, die SPD-Forderungen würden die Haushalte 2006 und 2007 mit zusätzlichen 5 Milliarden Euro Schulden belasten.

(Dr. Thomas Beyer (SPD): Der Mann hat keine Ahnung!)

Ich dachte, ich habe mich verhört. Die Zahl ist so unglaublich, dass sie nie und nimmer aus dem Finanzministerium stammen kann. Diese Zahl muss direkt aus dem Schnellen Brüder Staatskanzlei kommen. 5 Milliarden neue Schulden, das ist eine monströse Unterstellung. Dabei sollte sich der Ministerpräsident nicht mit diesem,

von ihm selbst erfundenen Schauermärchen beschäftigen, sondern lieber mit den Folgen seiner amateurhaften, aber realen Verschwendungssucht.

(Lebhafter Beifall bei der SPD)

Seine Regierungszeit ist nämlich bisher geprägt von 7 Milliarden Euro neuen Schulden und dem Ausverkauf des Tafelsilbers. Jede, aber wirklich jede, seriöse volkswirtschaftliche Rechnung subsumiert die Privatisierungserlöse bei der Neuverschuldung. Allein in den Jahren 2004 und 2005 stieg die Neuverschuldung um 2,6 Milliarden Euro oder um über 13 %. Welchem Zinsrisiko wir dadurch ausgesetzt sind, wird die Zukunft weisen. Die Europäische Zentralbank – EZB – hat die ersten Schritte gemacht. Die derzeitigen Aktivitäten an den internationalen Finanzmärkten lassen nichts Gutes erwarten.

Noch eines zu der kuriosen Rede des Herrn Ministerpräsidenten. Er lässt sich vernehmen, dass seine Haushaltspolitik „unbequem, mutig und ehrlich“ gewesen sei. Was daran mutig war, den Blinden das Geld zu streichen, oder was daran ehrlich war, den Polizisten vor der Wahl etwas anderes zu sagen, als dann nach der Wahl getan wurde, das entzieht sich meiner Kenntnis.

(Beifall bei der SPD)

Mutig wäre es gewesen, vor der Wahl die Wahrheit zu sagen. Aber dazu fehlte der Mut.

(Beifall bei der SPD)

Der Ministerpräsident macht es sich im Wahljahr 2008 ganz bequem. Da setzt er mit seiner mutigen und ehrlichen Politik umständehalber lieber aus, da soll nämlich das Füllhorn ausgeschüttet werden. Die Beste-Köpfe-Kommission soll ihm helfen, Geld hinauszuerwerfen. Mit Hilfe einer Multi-Promi-Truppe soll das Geld, das man den Familien und den Schülern nicht geben will, ausgegeben werden. Das ist die Politik der ganz besonderen Art. Die jüngsten Querrechnungen zeigen die Richtung an. Hamstergleich wird das Geld auf die Seite geschafft, um damit im Jahr 2008 wieder die Kulissen zu schieben. Zum einen sind da die Überschüsse bei den Steuern. Sie erlauben für das Jahr 2008 großzügige Rückgriffe auf die Privatisierungserlöse, denn dank der Steuereinnahmen 2006 und 2007 steht eine Milliarde Euro zur Verfügung, die eigentlich schon verplant war.

Zum Zweiten wird eine ganz reguläre Haushaltsrücklage gebildet, die wir begrüßen. In ihr werden sich zu Jahresbeginn 2008 knapp 400 Millionen Euro befinden. Zu guter Letzt schlummern da noch Rücklagen der bekannten Art. Aus dem Haushaltjahr 2005 wurden 1,5 Milliarden Euro Kreditermächtigungen in das Jahr 2006 übertragen.

(Johanna Werner-Muggendorfer (SPD): Da schau her!)

Mal sehen, ob diese Kredite den neuverschuldungsfreien Haushalt 2006 finanzieren oder sogar erst im Jahr 2007 zur Schaffung von Spielräumen eingesetzt werden. Alles

zusammen stehen damit für den Wahlkampf des Ministerpräsidenten mindestens rund 1,5 Milliarden Euro zur Verfügung.

Da wäre es doch gelacht, wenn damit keine mutige Politik möglich wäre.

(Lachen und Beifall bei der SPD)

Das Erstaunliche an dieser ehrlichen Politik ist, dass der negative Finanzierungssaldo, der sowohl 2006 als auch 2007 im Gesamtplan deutlich wird, offensichtlich die Verantwortlichen nicht interessiert. Überstiegen im Jahr 2006 die ordentlichen Einnahmen die ordentlichen Ausgaben noch um circa 1 Milliarde Euro, so sind es 2007 immerhin noch 500 Millionen Euro. Eine halbe Milliarde Euro wird nächstes Jahr mehr ausgegeben, als durch Einnahmen gedeckt ist. Natürlich ist mir bewusst, dass die vorgeschlagene Deckung – nämlich Entnahme aus Privatisierungserlösen – haushaltsordnungskonform ist. Das ändert aber nichts an der Tatsache, dass die Probleme, die angeblich zur ehrlichen und mutigen Haushaltspolitik führten, damit nicht gelöst sind. Sie sind vielleicht näher dran als andere Bundesländer, aber Sie haben es eben noch nicht geschafft.

Lassen Sie mich noch einige wichtige Einzelthemen, die in unmittelbarem Zusammenhang mit den heutigen Beratungsthemen stehen, ansprechen. Zunächst den Steuervollzug: Hierzu hat Kollege Schieder in treffender und unnachahmlicher Weise das Nötigste gesagt. Gleichwohl registriere ich mit wachsender Begeisterung, dass Sie, Herr Finanzminister, gewillt sind, an der Seite von Peer Steinbrück gegen die Blockierer in der EU-Kommission anzutreten und eine Änderung bei der Umsatzbesteuerung zu ermöglichen. Ich weiß ja nicht, was die Eurokraten reitet, aber der größten Wirtschaftsunion der EU, die mit ihren Steuergeldern einen Gutteil eben dieser EU finanziert, sollte doch wohl zugestanden werden, ihre Steuerbasis zu verbessern und dabei den Betrügern das Handwerk zu erschweren. Die Kommission muss aufpassen, dass sie nicht zum Büttel von Lobbyisten verkommt.

Zur Unternehmenssteuerreform: Ich vernehme sehr wohl die hehren Motive für diese Reform. Ich habe aufmerksam die Papiere und Vorlagen studiert. Es kann Sinn haben, dafür zu sorgen, bei der Gewerbesteuer die Bemessungsgrundlage durch Hinzurechnungen zu verbreitern. Es mag Sinn haben, sich nicht an der virtuellen Höhe virtueller Körperschaftsteuersätze zu erfreuen, sondern stattdessen mit niedrigeren Sätzen reale Steuereinnahmen zu generieren. Die Entlastungseffekte summieren sich aber vorderhand auf knapp 30 Milliarden Euro. Deswegen appelliere ich, wie im Ausschuss, an Sie: Die geplanten Gegenfinanzierungen müssen kommen. Die angedachten 30 Milliarden Euro wären nicht zu verkraften. Es wäre fiskalischer Pfusch und politisch nicht vermittelbar.

(Beifall bei Abgeordneten der SPD)

Nun zum Thema Sparkassen und Landesbanken: Auch hier befinden wir uns im Dauerabwehrkampf – zunächst die Gewährsträgerhaftung, dann das Namensrecht und jetzt wohl die freie Handelbarkeit von Anteilen. Die ver-

steckten und ganz offenen Angriffe der Geschäftsbanken auf den Marktführer Sparkassen müssen uns noch mehr beschäftigen als bisher. Das dreigliedrige Bankensystem ist Teil der bundesrepublikanischen Erfolgsstory. Gerade wer es ernst nimmt mit der Förderung des ländlichen Raumes, darf hier nicht wackeln. Gerade im ländlichen Raum brauchen wir Sparkassen oder Raiffeisenbanken. Ihre Rolle ist nicht antiquiert, sondern hochmodern und unverzichtbar für die Privathaushalte und mittelständischen Unternehmen. Das sollten auch die Kommunen berücksichtigen, die jetzt über höhere Gewinnausschüttungen räsonieren. Nur eigenkapitalstarke Banken werden den Wettbewerb überstehen, und die Sparkassen mussten sich ihr Kapital schon immer selbst verdienen; das sei diesen Kommunen ins Stammbuch geschrieben.

Erfreulich ist, dass die Landesbank den Freistaat gut behandelt; formulieren wir das so. Wir hoffen, dass etwaige Aktivitäten jenseits der Landesgrenzen wohlüberlegt, kaufmännisch verantwortbar und eingedenk aller schlummernden Risiken erfolgen. Um uns herum ist mächtig Bewegung. Die West-LB flirtet mit Sachsen. Die Landesbanken von Rheinland-Pfalz und Baden-Württemberg haben zueinandergefunden. Ich hoffe, dass die Beste aller Landesbanken hier nicht den Anschluss verpasst. Allerdings sehe ich mit Sorge, dass die Landesbank immer mehr ins Geschäft der Sparkassen geht. Hier sollten schleunigst die Claims abgesteckt werden.

Zum Thema Sportwetten und Lotto, zu einem GRÜNEN-Spezialthema:

(Lachen der Abgeordneten Maria Scharfenberg (GRÜNE))

Wir sind hier einer Meinung mit der Staatsregierung. Ich habe oft genug betont, dass es einen Versuch wert ist, die Vorgaben des Bundesverfassungsgerichts mit dem staatlichen Monopol in Einklang zu bringen. Zu viel steht ordnungspolitisch, ethisch, aber auch fiskalisch auf dem Spiel, als dass man voreilig dem freien Spiel Tür und Tor öffnen sollte.

(Beifall bei der SPD)

Zu eindeutig sind hier die Interessen der privaten Anbieter. Mit dem Staatsvertrag wurde der erste richtige Schritt getan. Die Klientelpolitik Schleswig-Holsteins ist zwar nicht schön, aber verständlich, wenn man den Einsatz unseres Ministerpräsidenten für die privaten Versicherungskonzerne bedenkt.

Zum Finanzausgleichsgesetz wird Kollegin Schmitt-Bussinger ausführlich Stellung nehmen. Ich sage nur so viel: Der Freistaat ist ein sehr säumiger Zahler. Ich habe dies schon bei der Einbringung des Haushalts moniert, und es wird nicht besser. So klagt beispielsweise ein Sportverein im schönsten aller Wälder, nämlich im Bayerischen Wald, es sei problematisch, dass bewilligte Fördergelder seitens des Staates für die Sportplatzsanierung seit über fünf Jahren ausstünden und damit eine Doppelbelastung gegeben sei. Das ist nichts, worauf man stolz sein könnte. Es gibt einen weiteren, sehr aktuellen Fall; der Kollege Staatssekretär kennt ihn sehr gut. Der Caritas-Verband in

Passau muss jetzt an seinen Behindertenschulen Schulgeld einführen. Laut Verbandsdirektor Kuppler zwingt die schleppende Auszahlung der Fördermittel durch den Freistaat Bayern zu diesem Schritt.

(Zurufe von der SPD: Hört, hört!)

Das ist wahrlich kein Ruhmesblatt ehrlicher Politik.

(Dr. Thomas Beyer (SPD): Aber mutig!)

Ich habe bereits bei der Haushaltseinbringung umfangreich zum Thema Public Private Partnership – PPP – Stellung genommen. Ich möchte auch heute nicht schon den ganzen ORH-Bericht kommentieren. Wir sollten uns im neuen Jahr dafür Zeit nehmen.

Zum Haushaltsgesetz noch zwei kleine Anmerkungen: Den beiden Änderungen werden wir zustimmen. Im einen Fall ist es der richtige Schritt in die richtige Richtung. Zum Haushaltsgesetz wollte ich noch die unmögliche Verankerung der Änderung des Jagdgesetzes kritisieren. Es sollte kein gemeinsamer Weg von uns sein, via Haushaltsgesetz ausführliche Beratungen zu ersparen.

(Beifall bei der SPD und bei Abgeordneten der GRÜNEN)

Abschließend darf ich mich bei allen Bediensteten des Freistaats bedanken, bei den Mitarbeitern des Finanzministeriums für die objektive Beratung und insbesondere bei den Mitarbeitern des Landtags, vor allem beim Haushaltsausschussdienst – Perlen in der Landschaft!

Nicht zuletzt möchte ich mich beim Haushaltsausschuss selbst und dessen Vorsitzendem bedanken. Von „erbärmlicher Beratung“ kann nun wirklich überhaupt keine Rede sein.

(Beifall bei der CSU)

Bisweilen waren die Beratungen hart, aber sie waren immer sachlich. Das ist auch richtig so. Ich wünsche Ihnen alles Gute. Vielleicht können wir noch ein paar Haushaltsberatungen zusammen führen.

Dem Finanzplan 13 und dem Haushaltsgesetz werden wir natürlich aus guten Gründen nicht zustimmen.

(Lebhafter Beifall bei der SPD)

Erste Vizepräsidentin Barbara Stamm: Vielen Dank, Herr Kollege Dupper. Nächste Wortmeldung: Herr Kollege Mütze. Bitte.

Thomas Mütze (GRÜNE): Frau Präsidentin, liebe Kolleginnen und Kollegen! Eine konzentrierte Beratung des Haushalts 2007/2008 liegt hinter uns. Nicht alles an diesem Verfahren, das für alle Kolleginnen und Kollegen neu war, kann uns gefallen. Gerade für die kleinste Oppositionspartei sind die Beratungszeiten, die zusammengestrichen wurden, doch relativ kurz.

Unter dem Eindruck, dass die Haushalte für Landwirtschaft und Forsten zusammengelegt wurden, mussten sich Kollegen die Redezeit teilen. Das hat mehr oder weniger geklappt; Herr Kollege Magerl weiß davon ein Lied zu singen.

Was die mediale Aufmerksamkeit angeht, wird sich zeigen, ob das neue Verfahren zu höherer Aufmerksamkeit führen wird. Ich habe eher, wenn man die mediale Aufmerksamkeit am ersten Tag und heute, am letzten Tag, betrachtet, den Eindruck gewonnen,

(Manfred Ach (CSU): Denken Sie an die Ausschussberatung!)

– auch die Ausschussberatung, vielen Dank, Herr Vorsitzender –, dass die Medien eher an den Großkopferten als an der Kärnerarbeit, die wir in diesem Haus tagtäglich zu leisten haben, interessiert sind.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Trotz der Kürze der Beratungen hat sich seit der Einbringung des Haushalts im Oktober einiges getan. Die November-Steuerschätzung hat alle Erwartungen übertroffen. Neben den Maßnahmen, die die neue Bundesregierung getroffen hat, zeigt sich, dass auch Vorhaben, die zum Schluss der rot-grünen Regierung durchgeführt worden sind, jetzt ihre volle Wirksamkeit entfalten. Ich erwähne nur – ich weiß, Sie wollen das nicht hören – die Streichung der Mehrmütterorganschaft oder die Abschaffung der Vereinfachungsregelung bei der Abschreibung für bewegliche Wirtschaftsgüter; diese wirken jetzt und führen auch zu höheren Steuereinnahmen.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Die Einnahmensituation hat sich verbessert. Das heißt aber nicht, dass sie nicht besser sein könnte. Die Schwierigkeiten, die wir gerade bei der Steuereintreibung haben, wurden von den Kollegen Schieder und Hallitzky heute Morgen zur Genüge kommentiert. Sich auf die Fehler und Versäumnisse von anderen zurückzuziehen, Herr Finanzminister, halte ich für zu wenig.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Allerdings möchte ich auch Herrn Kollegen Dupper recht geben, wenn er sagt, dass Sie hinsichtlich der Umsatzsteuern tätig geworden sind. Neben dem Verzicht auf den Einsatz von Privatisierungserlösen schon in diesem Jahr in Höhe von 700 Millionen Euro können Sie im nächsten Jahr auf die Entnahme aus dem Grundstock im Umfang von 300 Millionen Euro durch die höheren Steuermehreinnahmen verzichten. Das ist eine Milliarde, auf die ich später noch einmal zurückkommen möchte.

Übertüncht werden damit die strukturellen Defizite unseres Haushalts nicht; diese gibt es immer noch. Es gelingt Ihnen nicht – auch in diesem Doppelhaushalt –, Herr Minister, die Ausgaben mit den Einnahmen in Einklang zu bringen. Die „Süddeutsche“ titelte zu Recht „Die verdrängten Risiken“. Diese gibt es. Ich möchte sie nennen – Sie selbst haben auf einige Risiken im Doppelhaushalt hingewiesen –: Unternehmenssteuerreform –

wie geht diese aus; Kollege Dupper hat es schon gesagt – oder Erbschaftssteuerreform, ich möchte das Lottonopol hinzusetzen. Welche Auswirkungen das haben wird, wissen wir noch nicht. Ob die Mehrwertsteuererhöhung positive Auswirkungen haben wird, muss noch offen bleiben. Auch das wird das nächste Jahr zeigen.

Kommen wir zu den anderen Risiken. Da sind zum einen die Pensionslasten zu nennen. Jedes Jahr wachsen diese um 150 Millionen Euro. Sie haben sich dazu durchgerungen, nach Ihrer Amtszeit einen Pensionsfonds ins Leben zu rufen, Herr Minister. Der Ministerpräsident meinte dazu, Bayern ginge neue Wege. Dass dem nicht so ist, können wir bestätigen, denn andere Bundesländer machen das schon längere Zeit so. Es ist also nichts neu daran. Zudem gehen Sie diesen Weg inkonsequent, denn mit dem offenen Teildeckungsmodell werden Sie, wie der Name schon sagt, nur eine Teildeckung erreichen. Sie werden die Pensionslasten gerade einmal auf 13 % des Gesamtetats begrenzen können. Es muss gefragt werden, ob nicht mehr möglich wäre, und zwar um auch – auch darüber wurde schon geredet – mehr Investitionsspielräume zu erhalten.

Wir kommen damit zur Investitionsquote. Lieber Herr Vorsitzender Ach, so gern ich Sie mag, aber ich muss Ihnen sagen: 15 % sind ein Traum, den Sie träumen. Die Realität ist doch anders. Ich gebe zu: Die Investitionsquote ist immer noch so hoch wie nirgendwo in den alten Bundesländern. Aber noch vor fünf Jahren, Herr Minister, Herr Ach, waren wir meilenweit von den anderen Ländern entfernt. Inzwischen trennt uns bei der Investitionsquote noch ein mageres Prozent vom Durchschnitt der anderen Bundesländer im Westen, und das trotz Ihrer so angeblichen fantastischen Finanzpolitik. Zudem haben Sie seit 1994 sieben Milliarden Euro zusätzlich an Privatisierungserlösen investiert, und zwar gerade auch, um diese Quote zu erhöhen. Davon ist nichts zu sehen; diese Gelder sind weg und die Investitionsquote sinkt.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Entweder läuft bei uns etwas schief oder die anderen machen inzwischen etwas richtig. Diese Frage wäre zu klären.

Zur Null-Nettoneuverschuldung ist in den letzten Monaten schon genug gesagt worden. Schulden haben wir trotzdem. Davon, auch diese einmal tilgen zu wollen, ist bislang nicht die Rede. Dass man so auch Zinszahlungen reduzieren würde, ist offensichtlich, aber anscheinend nicht gewollt.

Der dritte große Risikobereich sind die unterlassenen Investitionen in Straßen, Brücken und Gebäude. Der ORH – das wurde heute schon mehrfach erwähnt – sagt, es müssten jedes Jahr bis zu 400 Millionen Euro nur für den Erhalt – nicht den Neubau – des Bestehenden ausgegeben werden. Sie lassen sich aber weiter für Neubauten feiern, die wieder neue Kosten produzieren, obwohl Sie genau wissen, dass die Substanz leidet.

(Beifall bei den GRÜNEN – Engelbert Kupka (CSU): Die Lösung, Herr Mützel!)

– Die Lösung, lieber Herr Kollege Kupka ist, dass man an anderen Projekten spart. Das ist ganz einfach.

(Thomas Kreuzer (CSU): Vorschläge!)

– Die Vorschläge kennen Sie.

(Engelbert Kupka (CSU): Also Forschungsrektor?)

– Zum Beispiel. Frau Paulig würde sich freuen.

Das Problem liegt darin, dass der Sanierungsstau immer größer wird.

(Engelbert Kupka (CSU): Da ist etwas Wahres dran!)

Wenn Sie von uns die Lösung anfordern, dann bieten wir Ihnen gern die Lösung an, wenn Sie uns an die Regierung lassen. Solange Sie an der Regierung sind, müssen Sie die Lösung präsentieren.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Ich bin gespannt, wie oft der ORH in seinem Bericht noch auf diese Tatsachen hinweisen muss, bis Sie endlich reagieren wollen. Darauf freue ich mich. Aber, nun kommt eine neue Lösung auf Sie zu, die massiv ausgebaut wird, nämlich ÖPP oder PPP, also öffentlich private Partnerschaft – eine Möglichkeit zur Finanzierung von weiteren Neubauten oder bei den Brücken zu notwendigsten Sanierungen. Herr Minister, Sie haben uns im Ausschuss gesagt, die Flughafentagente Ost und die Umgehung Miltenberg wären für Sie keine Pilotprojekte gewesen. Man müsse eine gewisse Grundzahl von PPP-Modellen betreiben. Das klingt bei den Kollegen aus dem Haushaltsausschuss und bei den Verantwortlichen der Staatsregierung ganz anders. Kollege Bernhard hat zu uns im Haushaltsausschuss gesagt, er wundere sich darüber, dass wir nicht einmal Modellprojekten zustimmen wollten. Kollege Strehle wies darauf hin, dass beide Modelle erprobt werden sollten. Staatssekretär Schmid sagte vor dem ADAC-Südbayern, man wolle PPP bei den Staatsstraßen erproben. Also doch Pilotprojekte zum Erproben und dann erst darauf festlegen oder doch keine Pilotprojekte? – Man müsste sich schon festlegen.

Sie selbst haben dieses Jahr festgestellt, dass sich PPP-Maßnahmen selbstverständlich dem wirtschaftlichen Vergleich stellen müssten – so in Ihrer Pressemitteilung 183 vom Juli dieses Jahres. Jetzt wird dieser Vergleich vom ORH angestellt und was kommt dabei heraus? Ich zitiere: Ein realistischer Kostenvergleich lässt keine Vorteile der ÖPP-Lösung gegenüber einer herkömmlichen Verwirklichung erkennen. – Weiter heißt es: Jedes ÖPP-Vorhaben begründet langfristige Belastungen für die Zukunft und engt den künftigen Handlungsspielraum ein. – Was heißt das also? Obwohl Sie das wissen, überlassen Sie Ihrem Nachfolger oder Ihrer Nachfolgerin im Finanzministerium nach Pensionslasten und Sanierungsstau einen dritten Klotz am Bein, der dann von dieser oder diesem mitge-

schleppt werden muss. Uns nehmen Sie gleichzeitig die Chance, wichtige Investitionen in der Zukunft zu tätigen.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Auch ich will einige Stichpunkte aus den Diskussionen der vergangenen Tage aufgreifen: Vom Ministerpräsidenten wurde in seiner ersten Rede viel von Solidarität gesprochen und gleichzeitig gesagt, man wolle nicht mehr so viel für den Finanzausgleich zahlen. Bei dem Vergleich von erhaltenen zu gezahlten Geldern hat man aber geflissentlich übersehen, dass in den vergangenen 40 Jahren eine Teuerung stattgefunden hat und die D-Mark, die 1950 gegolten hat, mit den Verhältnissen im Jahr 2000 nicht mehr zu vergleichen ist. Wenn man ehrlich ist, dann hat Bayern vielleicht gerade einmal das Doppelte von dem in den Ausgleich bezahlt, was es erhalten hat. Das war – ich denke, darüber sind wir alle in diesem Hause einer Meinung – bei den gravierenden Problemen, die sich in Deutschland nach der Wiedervereinigung gestellt hatten und immer noch stellen, sicher von einem Land, das wirtschaftliche Stärken hat, nicht zuviel verlangt.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Vielleicht – aber das ist nur eine Vermutung von mir – hat es den Ministerpräsidenten nur gestört, dass er nicht so sexy ist, wie der Kollege Wowereit in Berlin. Das ist aber eine andere Sache.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Jedenfalls will man die Finanzbeziehungen auf neue Beine stellen. Im Vorfeld hieß es aber schon, dass sich nichts ändern darf, dass keiner weniger bekommen darf und dass keiner mehr bezahlen muss. Worauf hat man sich also geeinigt? Auf eine Kommission. Das ist nie schlecht. Wie immer geht diese Kommission aber über unsere Köpfe hinweg, denn die Länderparlamente bleiben außen vor. Der Bundestag und der Bundesrat werden entscheiden, obwohl wir doch die Finanzhoheit haben. Da muss noch einiges geändert werden. Wir werden uns mit Anträgen dazu auch noch äußern.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Zudem sage ich Ihnen jetzt schon, dass bei dieser Kommission nichts herauskommen wird, weil keiner irgendetwas geändert haben will.

Dann möchte ich noch auf die Worte des Ministerpräsidenten zu seinen Schwerpunkten für die nächste Zeit eingehen. Drei Schwerpunkte hat er genannt: Kinder, Bildung und Arbeitsplätze. Der Ministerpräsident hat die Angewohnheit, sich kurz und knapp zu äußern.

Investitionen für Kinder, Bildung und Arbeitsplätze sind in diesem Land hoch notwendig. Warum? Schon in der Einbringungsrede habe ich Ihnen, Herr Finanzminister, die Zahlen genannt. An denen hat sich in den vergangenen zwei Monaten nichts geändert. 8,2 % aller bayerischen Kinder leben in Armut. 157 000 Kinder leben in Bayern in

Armut. Daran hat auch die Politik der CSU nichts geändert.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Zur Bildung: 8 % der Schülerinnen und Schüler gehen ohne Schulabschluss von der Schule. Denen und vielen, die einen Hauptschulabschluss oder einen Qualifizierten Hauptschulabschluss haben, bieten Sie keine Zukunft, sondern speisen sie mit Maßnahmen oder Appellen ab. Deshalb besteht auch hier hoher Investitionsbedarf.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Die Arbeitsplätze sind das nächste Thema. Sie lassen sich natürlich feiern, wenn die Linde AG ihren Stammsitz von Wiesbaden nach München verlegt. Dass damit kein Arbeitsplatz mehr in Gesamtdeutschland geschaffen wird, ist Ihnen völlig egal; Hauptsache, Sie können sich damit brüsten, wieder eine DAX-Firma in München zu haben. Sie lassen sogar, wie in unserem Ausschuss deutlich wurde, die Vernichtung von Arbeitsplätzen – das ist vielleicht nur ein unterfränkisches Problem – finanziell unterstützen, wenn ein Betrieb nach Thüringen verlegt wird und dafür eine EU-Förderung bekommt. Das vergessen Sie gerne, meine Damen und Herren.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Sich für eine ureigene Aufgabe feiern zu lassen, schafft nur die Staatsregierung und der Finanzminister macht dazu ein freundliches Gesicht, obwohl er es als Herr der Finanzen am besten wissen müsste.

Kommen wir zu unseren Anträgen. Natürlich haben Sie alle wider besseres Wissen abgelehnt. Nur einen Antrag haben Sie sofort aufgegriffen und damit wenigstens die Zukunft der bayerischen Musikfestivals für das nächste Jahr gesichert. Der Dank war Ihnen sicher.

Wir haben mit unseren Anträgen zum ersten Mal, seitdem Kollege Hallitzky und ich die Verantwortung für den Haushalt tragen, Mehrausgaben in Höhe von 1,3 Milliarden Euro für diesen Doppelhaushalt eingefordert. Dazu stehen wir auch, Herr Finanzminister. Diese Mehrausgaben sind nach unseren Meinungen durch die Mehreinnahmen, die die höheren Steuereinnahmen gebracht haben, auch gerechtfertigt und gedeckt. Wir wollen diese Mittel jetzt nutzen. Wir brauchen sie jetzt und nicht erst, wenn der Ministerpräsident wieder eine Landtagswahl gewinnen will.

Wir haben mit unseren Vorschlägen auf den Gebieten Bildung, Soziales und nachhaltige Entwicklung Schwerpunkte gesetzt. Wir gehen mit unseren Anträgen auf die Anforderungen ein, die Sie uns unter anderem gestellt haben. Wir gehen mit unseren Anträgen darauf ein, dass die Studierendenzahlen in naher Zukunft auf das Doppelte steigen werden, dass die Schülerzahlen an Gymnasien und Realschulen steigen, dass es mehr schwierige Schüler in den Hauptschulen gibt und dass die Armut in Bayern steigt. Darauf reagieren wir. Sie ignorieren diese vor uns stehenden Aufgaben und verweisen vor allem auf etwaige Nachtragshaushalte. Also verstehe ich es richtig,

es wird wieder Geld geben, aber erst, wenn das dem Ministerpräsidenten passt und nicht, wenn wir es brauchen.

(Beifall bei den GRÜNEN – Maria Scharfenberg (GRÜNE): Wenn wieder eine Wahl gewonnen werden muss!)

Ich wiederhole mich: Das ist für uns keine nachhaltige Finanzpolitik. Das ist Prassen, wenn es notwendig ist. Erst sparen Sie massiv ein, und wenn die nächste Wahl vor der Tür steht, prassen sie. So kann es nicht gehen.

(Beifall bei den GRÜNEN – Helga Schmitt-Bussinger (SPD): Genauso ist es!)

Kommen wir zum Finanzausgleichsgesetz. Das Eigenlob beim Finanzausgleich konnte man so erwarten. Herr Ach, wenn Sie jemand füttern, wird er Sie natürlich dafür loben, dass sie ihn füttern.

(Manfred Ach (CSU): Wenn Sie mir das Gegenteil beweisen, habe ich nichts dagegen!)

– Ich würde es gern tun, aber Sie werden niemanden dazu zwingen können, sich gegen den Fütterer zu wenden. Das wäre ja krank und verrückt.

(Dr. Thomas Beyer (SPD): Lieber der Spatz in der Hand – –! – Maria Scharfenberg (GRÜNE): Wes Brot ich ess', des Lied ich sing!)

Dass die Erhöhung der FAG-Mittel nicht unbedingt auf Ihre Leistungen zurückgeht, steht wieder auf einem anderen Blatt.

(Manfred Ach (CSU): Gewerbeumsatzsteuer!)

Diese Erhöhungen sind eher der Ausgleich für Kürzungen in den vergangenen Jahren. Das gilt vor allen Dingen für den Kfz-Steuerverbund. Das wird gern vergessen. Die Erhöhungen sind natürlich auch den höheren Steuereinnahmen geschuldet. Ich erinnere auch die Kollegen der SPD an die Mehrwertsteuererhöhung.

Zum Haushaltsgesetz nur so viel: Kollege Dupper hat es gesagt. Es kann doch nicht sein, liebe Kolleginnen und Kollegen, dass ein Gesetz, das nicht den normalen Beratungsgang in diesem Hause genommen hat und das auch keinerlei finanzpolitische Konsequenzen hat, einfach so ins Haushaltsgesetz gesteckt wird, damit es durchgezogen werden kann. Wenn das Jagdgesetz einer regulären Beratung unterliegt, man dafür aber keine Zeit hatte, muss man es später einbringen. Wir lehnen es ab, dieses Gesetz im Haushaltsgesetz zu verstecken.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Die Erfahrungen der Haushaltsberatungen haben auch gezeigt, dass man für die CSU-Kollegen im Haushaltsausschuss ein kleines Bergwerk in Höhe von 20 Millionen Euro geschaffen hat.

(Dr. Thomas Beyer (SPD): Ein Schaubergwerk!)

Damit konnte am Ende der Beratungen jeder Kollege einen kleinen Showantrag stellen. Damit wurden kleine Härten geglättet, wobei wir natürlich jedes Mal zugestimmt haben, damit wenigstens ein bisschen was statt gar nichts geht. Das war aber auch in die Rubrik Kleinigkeiten einzustellen.

Beim Ausschussvorsitzenden Ach und natürlich auch bei allen Kolleginnen und Kollegen im Haushaltsausschuss möchte ich mich sehr herzlich bedanken. Die Ausschussberatungen waren sehr langwierig, aber immer fair. Herr Ach, ich konnte bei Ihrer Rede leider nicht klatschen, weil sie inhaltlich so viele Macken hatte. Ich klatsche Ihnen aber gerne persönlich Beifall.

(Manfred Ach (CSU): Ich habe Ihren glänzenden Augen angesehen, dass wir gar nicht so weit auseinander sind!)

Beim Finanzministerium bedanke ich mich für die gute Zusammenarbeit.

Zusammenfassend ist zu sagen, Sie hätten die Mittel, um die aktuellen Probleme in Bayern zu lindern. Sie verweigern sich aber, um 2008 dem Ministerpräsidenten den Wahlsieg erkaufen zu können. Diese Art von Politik, diesen Doppelhaushalt 2007/2008 lehnen wir ab.

(Anhaltender Beifall bei den GRÜNEN)

Erste Vizepräsidentin Barbara Stamm: Nächste Wortmeldung: Frau Kollegin Schmitt-Bussinger.

Helga Schmitt-Bussinger (SPD): Sehr geehrte Frau Präsidentin, liebe Kolleginnen und Kollegen! Ich habe nun die Ehre, zum Finanzausgleichsgesetz Ihnen ein paar Gedanken vorzutragen und darf auf Ihre Aussagen und Ihre Erfolgsmeldungen eingehen, Herr Kollege Ach.

(Manfred Ach (CSU): Damit habe ich Ihnen eine schöne Vorlage gemacht!)

Ihre Erfolgsmeldungen bezüglich der kommunalen Finanzsituation in allen Ehren, die Realität sieht in vielen bayerischen Kommunen anders aus. Die radikalen Einschnitte der letzten Jahre sind noch nicht verkraftet, wie Sie hier glauben machen wollen.

Neben den Adjektiven „mutig“ und „ehrlich“ gebraucht Ministerpräsident Stoiber sehr gern das Wörtchen „verlässlich“. Sie rühmen sich gerne damit, ein verlässlicher Partner der bayerischen Kommunen zu sein.

(Herbert Fischer (CSU): Das ist auch so!)

Das werde ich Ihnen heute wieder einmal widerlegen. Unter verlässlich verstehen wir etwas völlig anderes. Ich frage Sie: Ist es etwa verlässlich, wenn über Jahre hinweg beim kommunalen Finanzausgleich geknausert und gespart wird, so wie Sie es in den letzten Jahren getan haben, um sich dann für 2007 und vor allem für 2008

endlich wieder Ihrer Verantwortung für die Kommunen zu besinnen?

(Herbert Fischer (CSU): Ländervergleich!)

Man könnte auf die Idee kommen – das ist in den letzten Tagen auch schon mehrfach angesprochen worden –, im Wahljahr würden immer Wünsche erfüllt. Insofern sind Sie verlässlich, aber diese Verlässlichkeit ist nicht das, was wir wollen.

(Beifall bei der SPD)

Ist es etwa verlässlich, verehrte Kolleginnen und Kollegen, wenn mit hehren Worten das Konnexitätsprinzip eingeführt wird und sich die Staatsregierung rühmt, das beste Konnexitätsprinzip aller Bundesländer zu haben – wie kann es auch anders sein –,

wenn im Ernstfall, wie es bei den Kosten für das achtstufige Gymnasium leider der Fall ist, Konnexität plötzlich ein unbekanntes Fremdwort ist und die Kommunen gegen den Staat klagen müssen?

(Manfred Ach (CSU): Ist geklagt worden?)

Unser Verständnis von Verlässlichkeit ist allerdings ein anderes.

Vonseiten der SPD-Fraktion – das will ich nicht verschweigen – begrüßen wir selbstverständlich die Erhöhungen der Finanzausgleichsleistungen. Wir begrüßen selbstverständlich, dass das Gesamtvolumen des kommunalen Finanzausgleichs über 6 Milliarden Euro beträgt und damit eine Steigerung erfahren hat. Wir stellen fest, dass der Finanzausgleich um 6,3 % angehoben wurde und die Steuereinnahmen des Freistaates nach der Steuerschätzung vom November um 10 % gewachsen sind.

Wir begrüßen die Erhöhung des Kommunalanteils am allgemeinen Steuerverbund von 11,6 auf 11,7 % als den richtigen Schritt in die richtige Richtung. Wir sind damit allerdings nicht zufrieden. Unsere Forderung, die von den kommunalen Spitzenverbänden geteilt wird, ist auch nach den Gesprächen, die Sie mit den kommunalen Spitzenverbänden geführt haben, vorhanden. Eine Erhöhung des Anteils am allgemeinen Steuerverbund auf 15 % ist unsere Forderung. Da werden wir nicht locker lassen.

(Beifall bei der SPD)

Ein 15 %iger Anteil ist – das wissen auch Sie – dringend notwendig, damit unsere Kommunen in eigener Verantwortung die ihnen auferlegten kommunalen Aufgaben erledigen können.

Sie, verehrte Kolleginnen und Kollegen der CSU-Fraktion, sind mit den Vorträgen der Staatsregierung offensichtlich zufrieden gestellt. Herr Kollege Ach hat das gerade deutlich gemacht.

Wir vonseiten der SPD-Fraktion sind nicht zufrieden. Wir wollen erstens eine deutlichere Steigerung der kommu-

nalen Investitionen, als Sie sie ermöglichen wollen. Wir haben Anträge zum Investitionssonderprogramm, zur Schulhaussanierung und zu Ganztagschulen gestellt. Sie haben ihnen mehr oder weniger zugestimmt, bzw. es wurde daraus ein gemeinsamer Antrag. Mit unserem Antrag zur Sanierung kommunaler Bäder fordern wir zusätzliche Investitionen in einer nicht zu vernachlässigenden Höhe von 114 Millionen Euro. Wir wissen alle, in welchem Zustand Schulhäuser und auch kommunale Bäder sind.

Wir wollen zweitens diejenigen Kommunen stärken, die von Einwohnerverlusten betroffen sind. Sie werden entgegen: Dafür haben wir den Demografiefaktor eingeführt. Das ist bekannt. Ihnen dürfte aber auch bekannt sein, dass der Demografiefaktor die versprochene bzw. erwartete Ausgleichswirkung nicht hat. Warum sonst wollen wir oberfränkische Kommunen von Bayern weg? Warum sonst wollen diese vier Kommunen lieber zum Bundesland Thüringen? Doch wohl nur aus einem Grund: Ihnen steht das Wasser bis zum Hals, und sie erwarten sich in Thüringen eine bessere Finanzausstattung. Das sollte Ihnen doch zu denken geben.

Nach Auffassung der SPD-Fraktion sind zwei Maßnahmen dringend erforderlich, um den Kommunen in den ländlich peripheren Bereichen Bayerns zu helfen. Zum einen muss den betroffenen Kommunen kurzfristig zusätzliches Geld zur Verfügung gestellt werden. Dafür haben wir beantragt, in den beiden Haushaltsjahren 2007/08 jeweils 20 Millionen Euro an Bedarfszuweisungen gerade denjenigen Kommunen zu gewähren, die unter Bevölkerungsabwanderung leiden.

Darüber hinaus müssen wir allerdings dringend die Struktur des kommunalen Finanzausgleichs überprüfen und gegebenenfalls ändern. Es darf nicht sein, dass ländliche Regionen im nordöstlichen Bereich Bayerns, die mit Abwanderung zu kämpfen haben, auch noch beim kommunalen Finanzausgleich Nachteile erfahren. Aber das tun sie. Dass die Struktur des kommunalen Finanzausgleichs zum Nachteil für die besagten Kommunen führt, liegt auf der Hand. Wir wissen alle, dass die Mittel der Schlüsselmasse systembedingt, nämlich wegen der ausgeprägt extremen Orientierung an der Einwohnerzahl, zum überwiegenden Teil in Regionen mit Einwohnergewinnen fließen. Die ausblutenden, ländlich peripheren Regionen haben das Nachsehen, und zwar schon seit Jahren.

Zusammenfassend und abschließend darf ich feststellen: Das vorliegende Finanzausgleichsgesetz zeigt das Bemühen der Staatsregierung und der CSU-Fraktion um Wiedergutmachung gegenüber den Kommunen. Dieses Bemühen ist anerkennenswert. Ein ruhiges Gewissen können Sie in Anbetracht der aufgezeigten Probleme dennoch nicht haben.

Wegen der von mir angesprochenen Defizite im vorliegenden Finanzausgleichsgesetz und vor allem wegen der überwiegend ablehnenden Haltung zu unseren Anträgen lehnen wir das Finanzausgleichsgesetz ab.

(Beifall bei der SPD)

Erste Vizepräsidentin Barbara Stamm: Ich darf Frau Kollegin Görlitz das Wort erteilen.

Erika Görlitz (CSU) (von der Rednerin nicht autorisiert): Sehr geehrte Frau Präsidentin, sehr geehrte Damen und Herren, Hohes Haus! So unwidersprochen kann ich es nicht stehen lassen, dass Sie sagen, der Freistaat Bayern sei kein verlässlicher Partner der Kommunen.

(Beifall bei der CSU)

Sie haben selber gesagt, dass die Ausgaben für die Kommunen erstmals immerhin über 6 Milliarden Euro liegen. Das bedeutet eine Steigerung um 6,3 %. Dies zeigt doch, dass da ein vernünftiges Verhältnis herrscht.

Ich möchte auf eines verweisen. Der Freistaat Bayern ist das einzige Bundesland, das – dafür danke ich dem Finanzminister ganz besonders – die Ausgaben nicht festlegt, sondern mit den Kommunen darüber verhandelt, wo die Schwerpunkte gesetzt werden sollen. Das ist doch die Stärke des Freistaates Bayern, dass er gemeinsam mit den Kommunen die besten Voraussetzungen schafft. Sie werden nie hören, dass die Kommunen dieses System anzweifeln; denn sie wissen sehr wohl, dass man im Austausch wichtige Schwerpunkte setzen kann.

Sie haben die Investitionen in den Kommunen angesprochen. Natürlich werden die Kommunen dadurch gestärkt. Es werden 130 Millionen Euro mehr ausgegeben, damit die Kommunen investieren können. Das tut uns gut. Wir merken schon jetzt, dass die ansteigende Bautätigkeit zusätzliche Einnahmen bringt. Unsere Kommunen wissen, dass sie hiermit rechnen und wichtige Maßnahmen voranbringen können.

Wir investieren in Schulen und Bildung. Dafür geben wir 189,4 Millionen Euro aus. Wir investieren in die Infrastruktur und in den Straßenbau. Ein ganz wichtiger Punkt ist, dass auch die Investitionspauschale erhöht wird. Damit kriegt die kleinste Gemeinde mindestens 20 000 Euro, um ihre Investitionen tätigen zu können.

Mit meinen Ausführungen wollte ich aufzeigen, dass der Freistaat Bayern ein verlässlicher Partner der Kommunen ist. Er hat die Ausgaben für die Kommunen immer stärker erhöht, als der Staatshaushalt in den letzten Jahren gestiegen ist. Ich weiß, dass das auch unsere vielen Kommunalpolitiker so sehen. Deshalb können wir diesem Haushalt so zustimmen.

(Beifall bei der CSU)

Erste Vizepräsidentin Barbara Stamm: Das Wort darf ich jetzt dem Herrn Staatsminister der Finanzen, Herrn Prof. Dr. Faltlhauser, geben.

Staatsminister Prof. Dr. Kurt Faltlhauser (Finanzministerium): Frau Präsidentin! Es ist mir eine besondere Ehre, unter Ihnen sprechen zu dürfen. Meine lieben Kolleginnen und Kollegen!

Am Schluss dieser Haushaltsberatungen, die wir, wie ich meine, richtigerweise im Plenum in einer Woche zusammenführen – ich kenne das aus dem Bundestag, ich glaube, das ist die beste Methode, und dadurch kann man auch stärker den Blick auf den Haushalt, diese zentrale Funktion parlamentarischer Arbeit, lenken –, möchte ich zunächst meinen Dank an den Haushaltsausschuss richten, der diesen Haushalt in unermüdlicher und sehr detaillierter Arbeit durchgepflügt und Punkt für Punkt aufgegriffen hat. Ich bedanke mich insbesondere beim Vorsitzenden Manfred Ach und beim stellvertretenden Vorsitzenden Dupper.

Herr Dupper, wenn man die Haushaltsdebatte im Plenum verfolgt, fällt auf, dass Sie nicht mit Schaum vor dem Mund, sondern ruhig und sachlich argumentieren. Sie haben zwar nicht rundum recht, aber es ist in anderen Fachbereichen doch anders.

(Heiterkeit bei der CSU – Dr. Thomas Beyer (SPD): Das war jetzt rundum sachlich, Herr Minister, oder?)

Hier herrscht nicht Polemik vor. Sie legen in aller Ruhe Ihre sachorientierten Fragen vor.

Aber, Herr Dupper – –

(Manfred Ach (CSU) unterhält sich mit Jürgen Dupper (SPD))

– Herr Vorsitzender Ach, ich wollte Herrn Dupper eigentlich etwas fragen. Lass ihn los. –

(Manfred Ach (CSU): Ich bin freier Abgeordneter! Ich kann machen, was ich will! – Alexander König (CSU): Sehr gut!)

Herr Dupper, Sie müssen sich bei Ihrer Argumentation – das ist mir wieder einmal hier aufgefallen – selbst die Frage stellen, welche Grundrichtung in der Haushaltspolitik Sie eigentlich einnehmen wollen. Sie sagen auf der einen Seite – ich habe es mir notiert –: „Das Problem unseres Haushaltes ist, dass wir ein Ausgabendefizit haben.“ Das heißt, wir geben zu wenig aus.

(Werner Schieder (SPD): Weil wir ein Einnahmendefizit haben!)

Wir müssen mehr in Investitionen stecken, in Personal. Ihre Kollegen differenzieren das noch ein bisschen. In den Pressemitteilungen unterm Jahr liest man dann so markige Worte wie: „da 1000 mehr und da 1000 mehr an zusätzlichem Personal“.

Auf der anderen Seite haben Sie noch nie gesagt, Herr Kollege Dupper, dass Sie den ausgeglichenen Haushalt nicht wollen. Sie können aber einen ausgeglichenen Haushalt nicht erreichen und halten, wenn Sie relativ wahllos Investitionen und Personal fordern. Sie müssen sich entscheiden. Politik ist ein schwieriges Geschäft der Gewichtung, der Hierarchisierung der Ziele. Sie müssen sich entscheiden, was Sie eigentlich wollen, und das habe

ich aus Ihrer Rede nicht erkannt. Ich habe nicht erkannt, ob Sie wirklich eine sparsame und ordentliche, auf den ausgeglichenen Haushalt gerichtete Politik betreiben wollen oder ob Sie das machen wollen, was sich andere Länderparlamente und auch die Bundesregierung in früheren Zeiten zur Maxime gemacht haben: möglichst viel Geld rauszuschmeißen. Das sollten Sie einmal klar beantworten, zunächst für sich.

(Beifall bei Abgeordneten der CSU)

Ich habe also beim Sprecher der SPD und auch bei den anderen Kollegen keine klare Grundrichtung der Haushaltspolitik festgestellt. Es mag sein, dass man sich im Lauf der Debatte im Haushaltsausschuss oder auch hier einmal sagt: Da hat er eigentlich recht. Aber diese Frage ist meines Erachtens von entscheidender Bedeutung, und hier ist Ihre Linie nicht konsequent.

Lassen Sie mich etwas sagen, was hier immer eine Rolle spielt, nämlich die Privatisierung und die Privatisierungserlöse. Sie handeln das ab unter der Überschrift: Tafelsilber. Meine Damen und Herren, Tafelsilber hat man möglicherweise zu Hause in der Vitrine.

(Dr. Thomas Beyer (SPD): Domschatz! Bamberg zum Beispiel!)

Uns geht es darum, dass wir mit dem Vermögen, das wir haben, zukunftsorientierte Investitionen tätigen. Genau das ist die Politik von Edmund Stoiber seit 1993 gewesen. Wir haben mehr als 5 Milliarden Euro Privatisierungserlöse in Zukunftsprojekte gesteckt. Sie werden doch nicht glauben, dass das, was wir heute an positiven wirtschaftlichen Ergebnissen feststellen können, dass das, was den Vorsprung Bayerns gegenüber anderen Ländern ausmacht, was die Spitzenstellung Bayerns in der Bundesrepublik Deutschland insgesamt ausmacht, so deutlich wäre, wenn wir nicht zusätzlich diese Privatisierungserlöse in dieses Land gesteckt hätten. Der wirtschaftliche Erfolg, der technologische Vorsprung, der innovative Vorsprung sind auch ein Ergebnis zielgerichteter Privatisierung und zielgerichteter Wiederanlage, meine Damen und Herren. Das ist nachweisbar.

(Beifall bei Abgeordneten der CSU)

Ohne diese Maßnahmen hätten wir diesen Erfolg nicht.

Denken Sie zurück. Wir waren bis weit in die Achtzigerjahre noch ein Nehmerland, wenn auch in geringem Umfang. Wir sind in den Neunzigerjahren nicht zuletzt durch die Politik dieses Ministerpräsidenten zu einem Geberland geworden. Das hat als Grundvoraussetzung wirtschaftliche Prosperität, Dynamik und Innovationskraft, die wir zusätzlich mit Privatisierungserlösen angeschoben haben.

Dann muss ich Ihnen noch etwas zum Tafelsilber sagen, das man nicht verkauft. Es wird immer gesagt: Eigentlich verkauft man Tafelsilber nicht. Es gibt aber keinerlei Grund – das habe ich in den Einleitungen unseres Beteiligungsberichts immer ausführlich geschrieben –, dass der Staat ein im Wettbewerb stehendes Unternehmen besitzt. Das

ist ordnungspolitisch nicht richtig. Wir müssen es aus ordnungspolitischen Gründen verkaufen, unabhängig von Haushalten. Und wenn wir das tun, müssen wir es sehr geschickt machen, damit wir möglichst viel dafür kriegen. Das ist der Anspruch, den die Bürger an uns haben können.

Da gibt es eine seltsame Debatte, liebe Kolleginnen und Kollegen von der SPD, in München. Da sagt der dortige Oberbürgermeister Ude: Dieses Land Bayern verscherbelt sein Tafelsilber – er meint damit im Wesentlichen unsere Energieversorgungsunternehmen, die wir nun wirklich nicht in unseren Händen brauchen –, aber wir verscherbeln nichts. Was kann denn die Landeshauptstadt München verscherbeln? Ihre Verkehrsbetriebe, recht viel mehr eigentlich nicht. Da würde ich doch erwarten, dass die Verkehrsbetriebe in der Hand der Stadt bleiben. Das ist nichts anderes als eine Auslagerung städtischer Tätigkeit. Diesen Vergleich anzustellen ist also so abenteuerlich, dass ich nur sagen kann: Das ist des Präsidenten des Städtetags eigentlich nicht würdig.

Aber weil ich schon bei ihm bin, will ich seine weiteren Darlegungen, die er mit dem Fraktionsvorsitzenden Maget der Presse verkündet hat, noch einmal aufgreifen – ich habe das in einer Zwischenfrage schon am Dienstag gemacht. Die Stadt München sagt ja: Wir sind die eigentlichen Großen. Wir sparen und zahlen zurück usw. Ich will noch einmal die tatsächliche Statistik einer Landeshauptstadt darlegen in Kontrast zu dem, was wir in Bayern haben. Dabei muss ich hinzufügen: Einen kommunalen Haushalt zu vergleichen mit einem Verwaltungshaushalt auf Landesebene ist eigentlich nicht erlaubt. Insofern ist der Zwischenruf zur Investitionsquote, den ich von einem Kollegen der SPD gehört habe, wirklich entlarvend. Die Kommunen haben üblicherweise eine sehr hohe Investitionsquote, und wenn die Stadt München 17 % hat, dann ist das, verglichen mit den eigentlichen Standards für Kommunen, eine ziemlich erbärmliche Investitionsquote.

(Rainer Volkmann (SPD): So ein Schmarren!)

– Ich glaube nicht, dass diese Zahlen ein Schmarren sind, sondern Fakten.

Meine Damen und Herren, die Schuldenentwicklung dieser großen Stadt unter diesem großen Präsidenten des Städtetags ist seit 1994 wie folgt verlaufen: Sie ist bis zum Jahr 2004 um 146 % gestiegen. Wir haben das nun verglichen – diese Arbeit haben wir uns gemacht – mit den anderen Großstädten, als da sind: Köln, Frankfurt, Essen, Dortmund, Düsseldorf, Stuttgart, Duisburg, Hannover, Nürnberg, also alle anderen in der Bundesrepublik, die man damit wirklich vergleichen kann.

(Günter Gabsteiger (CSU): Hört, hört!)

Im Schnitt ist die Verschuldung in diesen Städten in der gleichen Zeit um 33 % zurückgegangen. Es besteht also eine fast 180 %ige Schere zwischen der Haushaltsverhaltenweise dieser Großstädte und der Stadt München, die hier so großartig gelobt wird.

Lassen Sie mich die Personalausgaben vergleichen. München hatte in der gleichen Zeit eine Steigerung der Personalausgaben um 21,2 %. Diese ganzen Referate sind völlig überbesetzt. Es gab in der Stadt in den letzten Jahren noch keine einzige Verwaltungsreform. Aber uns bezichtigt man, wir würden mit unserer Verwaltungsreform jeweils harte Einschnitte vornehmen. – Die übrigen Großstädte haben in der gleichen Zeit das Personal um acht Prozent abgebaut. Hier besteht also eine fast 30%ige Lücke zwischen dem, was die anderen Großstädte machen, und dem, was diese großartige Landeshauptstadt München macht.

Ich könnte diese Ausführungen noch weiterführen. Aber es ist mir allmählich zu blöd, liebe Kollegen, ständig zu hören: Da ist eine Landeshauptstadt, die ist großartig im Vergleich mit dem Freistaat Bayern. Dabei sage ich, dass diese Stadt einerseits unglaublich viel Geld hat durch Gewerbesteuern und unanständige zusätzliche Steuern – wenn ich an die Zweitwohnungssteuer denke, die in einer Großstadt nun wirklich nicht angebracht ist – und auf der anderen Seite trotzdem eine miserable Haushaltspolitik betreibt. Wenn man sich dann in einer Pressekonferenz lobt im Vergleich mit dem Freistaat Bayern, dann wird die Pressekonferenz lächerlich.

(Beifall bei der CSU)

Meine Damen und Herren, ich möchte noch etwas zu dem sagen, was wirklich langfristig problematisch ist.

Wir reden immer nur vom Abbau der Nettoneuverschuldung; wir haben dies nun mit diesem Doppelhaushalt im dritten Jahr erreicht. Ganz Deutschland schaut auf uns; übrigens auch das Ausland, das sagt: Donnerwetter, die haben das geschafft. Die Bürger draußen fragen uns, wann wir, jetzt, da die Neuverschuldung auf Null begrenzt ist, bestehende Schulden zurückzahlen. Ich meine, dass wir uns in einer Frist von etwa drei Jahren, also etwa ab 2009, 2010, mit dieser Frage zumindest beschäftigen müssen. Wenn wir dann das vierte, fünfte Jahr hintereinander einen ausgeglichenen Haushalt und gleichzeitig bei den Investitionen die notwendigen Nachholeffekte hinter uns haben, muss sich dieses Haus, muss sich die Bayerische Staatsregierung auch die Frage stellen, in welchem Ausmaß und mit welchem Plan man bestehende Schulden, die auch bei uns in Bayern über 20 Milliarden Euro betragen, zurückbezahlen kann. Diese Aufgabe steht zwar jetzt nicht an, wir müssen sie uns aber zukünftig stellen.

Am 1. Dezember dieses Jahres feierten wir auch in diesem Haus den 60. Geburtstag der Bayerischen Verfassung. Nun sagt Bundespräsident Köhler, eine Verfassung haben und in Verfassung sein, sei zweierlei. Damit hat er recht; denn das, was auf dem Papier steht, ist das eine, und das, was man lebt, ist das andere. Wir sind im Freistaat Bayern nach diesen 60 Jahren – wir haben bekanntlich noch drei Jahre mehr an Bayerischer Verfassung – in sehr guter Verfassung. Das zeigt nach einem Urteil, das uns alle nachdenklich machen sollte, insbesondere der Vergleich mit anderen. Das Urteil des Bundesverfassungsgerichts zu der Klage Berlins auf Sonderergänzungszuweisungen wegen extremer Haushaltsnotlage vom 19.10.2006 zeigt:

Jedes Land trägt für seine Finanzpolitik vorrangig selbst die Verantwortung.

Wir haben die Verantwortung schon in den vergangenen Jahrzehnten ernst genommen. Wir waren in den Fünfzigerjahren ein starkes Nehmerland und sind nun das einzige Land, das vom Nehmerland dauerhaft zum Geberland wurde.

(Zuruf von der SPD)

Denn 3,4 Milliarden Euro haben wir bekommen und 20,5 Milliarden Euro haben wir mittlerweile zurückbezahlt; der Ministerpräsident hat die Zahlen genannt. Aber dass die Situation umgekehrt worden ist, ist das Entscheidende. In den Fünfzigerjahren war Niedersachsen ein Nehmerland in gleicher Größenordnung. Da ist nichts passiert. Niedersachsen ist immer noch ein Nehmerland. Das ist der eigentliche Punkt. Dieses Urteil unterstreicht von den Fakten her die besondere Verantwortung jedes Landes für seine Finanzpolitik. Wir müssen nach diesem Urteil das Verhältnis zwischen Solidarität und Eigenverantwortung auf Bundesebene und Länderebene neu justieren. Deshalb lehne ich einen nationalen Entschuldungsfonds radikal ab, mittels dessen einzelne Länder ihre Schulden einfach auf die Ländergemeinschaft abwälzen.

(Beifall bei der CSU)

Solches Gebaren entspricht weder der Eigenstaatlichkeit noch dieser vom Verfassungsgerichtshof besonders betonten Verantwortung der Länder. Wir haben für das Jahr 2004 ohne Umsatzsteuervorgewegausgleich 2,3 Milliarden Euro und für das Jahr 2005 2,2 Milliarden Euro bezahlt, und es sieht nicht so aus, als würden wir deutlich weniger bezahlen, sondern es ist eher mehr.

Eines finde ich doch seltsam: Herr Ude – Herr Maget, weil Sie beide eine Pressekonferenz gemacht haben, habe ich mir gerade diesen freudschen Versprecher geleistet. – Herr Maget schreibt in seiner Broschüre, „mit Menschen rechnen, nicht mit Zahlen“.

(Franz Maget (SPD): Es verbreitet sich erfreulich schnell!)

– Ja, es ist immer gut, das zu lesen, was Sie fordern und schreiben. Damit kann man nachweisen, was das für ein Unsinn ist. Ich mache das gerade anhand eines Punktes.

(Beifall bei der CSU – Zuruf des Abgeordneten Franz Maget (SPD))

Die SPD fordert in diesem Blatt, jährlich 500 Millionen Euro weniger in den Länderfinanzausgleich zu zahlen. Erstens tun damit die SPD und ihr Fraktionsvorsitzender so, als wäre das eine freiwillige Leistung des Freistaats Bayern, man könnte mehr oder weniger einbezahlen. Wunderbar, das ist natürlich nicht der Fall.

(Franz Maget (SPD): Das ist Verhandlungssache!)

Zweitens. Da sitzt ein großer und starker Verhandler namens Maget; alle fürchten ihn, wenn er kommt.

(Franz Maget (SPD): Föderalismusreform III!)

Aber da sitzen auch die anderen, die Leichtgewichte, diese 15 Ministerpräsidenten, mit denen er verhandeln muss.

(Franz Maget (SPD): 16, Sie auch!)

Und die haben ihrerseits, Herr Maget, bis auf zwei Länder gegenwärtig nichts anderes vor, als aus dem Länderfinanzausgleich mehr als bisher zu bekommen. Das ist die Realität.

(Franz Maget (SPD): Und Sie finden sich damit ab!)

– Beruhigen Sie sich doch einmal, lassen Sie mich doch einmal meine Gedanken aussprechen. Sie kommen frisch herein und sind schon wieder voll geladen. Denken Sie doch einmal über das, was ich sage, nach.

(Franz Maget (SPD): Aber wenn Sie das ansprechen!)

– Dann gehen Sie doch hinterher noch einmal heraus und sagen Sie zu dem etwas, was ich sage. Dann müssen Sie dazu einmal drei Sätze im Zusammenhang formulieren, ohne dazwischenzubrüllen.

(Zurufe von der SPD)

Wenn Sie also meinen, dass Sie da über einen Durchbruch verhandeln können, müssen Sie eine Mehrheit bekommen; dann muss Ihnen das SPD- bzw. rot-rot-regierte Berlin zustimmen; dann muss Ihnen auch Nordrhein-Westfalen zustimmen, das gegenwärtig bei plus/minus null liegt; dann müssen Ihnen auch Schleswig-Holstein, Mecklenburg-Vorpommern und alle östlichen Länder zustimmen. Dann sind Sie derjenige, der fordern kann: 500 Millionen weniger!

Ich darf Ihnen nochmals sagen: Wir haben in schwierigen Nachtverhandlungen bis in der Früh um 4.00 Uhr bei diesem Länderfinanzausgleich ein Ergebnis erzielt, das in diesem Jahr eine geringere Bezahlung von 280 Millionen Euro vorsieht. Ich glaube, das ist ein guter Schritt nach vorne gewesen.

(Beifall des Abgeordneten Engelbert Kupka (CSU))

Und weil dieser Schritt so gut war, haben wir uns mit diesem neuen Finanzausgleich einverstanden erklärt. Weil es darüber so viele Debatten gibt, füge ich hinzu: Es hat keinen Wert, gegenwärtig am bestehenden Finanzausgleich herumzumäkeln, denn dann werden wir überall im Land nicht als seriöse Verhandlungspartner angesehen. Wir haben diesem Vertrag, auch dem Solidarpakt II, zugestimmt.

Was wir nicht wollen, ist ein Oben-drauf-Pappen von zusätzlichem Finanzausgleich unter dem Deckmantel des neuen Starts, der Unterteilung von Primärhaushalt und Sekundärhaushalt. Primärhaushalt ist derjenige Haushalt, der im Grunde ohne Schuldendienst die laufenden Ausgaben deckt, so wie etwa Berlin rechnet. Sie meinen, wir gehen vom Primärhaushalt ab. Aber dann müssen wir bei alten Lasten entlastet werden. Bitte schön, helft uns doch alle miteinander – Bund und übrige Länder –, von diesen alten Lasten befreit zu werden. Wenn dies kommt – wir haben es errechnet –, haben wir, gemessen am Haushaltsvolumen, eine Vorbelastung durch Länderfinanzausgleichsleistungen nicht von 11,4 % wie gegenwärtig, sondern dann haben wir eine Vorbelastung von fast 20 %. Dann gehen Sie hinaus und sagen Sie den bayerischen Bürgern, von 100 Euro, die ihr als Steuern bezahlt, sind von vornherein schon einmal 20 % weg; die können wir nicht verwenden, die gehen nach Berlin, die dafür einen kostenfreien Kita-Platz bezahlen. Das ist Ihre Auffassung.

Herr Maget, aber wenn Sie im Jahr 2008 in diesem Land ernsthaft als Oppositionsführer antreten wollen, müssen Sie auch ernsthafte Vorschläge machen. Ein Vorschlag, dass man im Länderfinanzausgleich einfach einmal 500 Millionen Euro weniger bezahlen will, ist populistisch, aber nicht seriös. Damit können Sie, meine Damen und Herren, in diesem Land nicht antreten.

(Zuruf des Abgeordneten Dr. Sepp Dürr (GRÜNE)
– Beifall bei der CSU)

Ich habe hier noch eine Reihe anderer Stichpunkte vorliegen, die in diesem Papier ziemlich falsch und unsinnig sind. Aber ich will nicht darauf eingehen, sondern wieder auf den Haushalt zurückkommen. Wer über Stabilitätspolitik redet, muss auch die gegenwärtige Debatte zur Stabilitätskultur auf deutschem Boden insgesamt aufgreifen, das heißt, auf den nationalen Stabilitätspakt zu sprechen kommen. Die Debatte ist bekanntlich 15 Jahre alt. Sie ist zwar eingeschlafen, aber nach dem Berliner Urteil wieder aufgeflammt, und dies mit Recht. Die Bayerische Staatsregierung hat die Vorstellung, dass wir den nationalen Stabilitätspakt dadurch gestalten sollten, indem wir erstens für die Länder klare Verschuldungsgrenzen normieren. Das kann auch, untersucht man es genauer, in die Gegebenheiten eine gewisse Beweglichkeit bringen.

Das Zweite ist: Wir brauchen dringend harte Sanktionen.

Es bringt nichts, irgendwelche vagen Grenzen zu ziehen und gelbe Lichter aufzustellen. Das ist der Fehler in der Praxis des Artikels 115 des Grundgesetzes, der, verbunden mit dem Urteil von 1987 nichts bewirkt. Es stehen da nur gelbe Warnleuchten und jeder fährt trotzdem über die Straße. Ich glaube, das ist nicht das richtige Mittel. Wir brauchen einen nationalen Stabilitätspakt mit Biss, und wir brauchen ein effektives Frühwarnsystem mit entsprechenden Gremien, klar und präzise festgelegten Diskussionsforen und Ritualen. Artikel 115 muss aus diesem Grunde selbstverständlich geändert werden. Wir in Bayern haben bereits im Sinne dieser noch zu gestaltenden Philosophie eines nationalen Stabilitätspaktes

gehandelt. Unser Haushalt wird im Jahre 2008 das dritte Mal keine neuen Schulden mehr ausweisen.

(Dr. Sepp Dürr (GRÜNE): Auf dem Papier!)

– Herr Kollege, ein Haushaltsbuch ist genau und präzise. Es steht auf dem Papier genau nachlesbar. Das ist so. Niemand, der seriös ist, wird das irgendwie bezweifeln, ausgenommen vielleicht Sie, aber Sie können es hier am Pult auch nicht begründen, sondern Sie meinen das mit Zwischenrufen tun zu sollen. Das ist nachlesbar und beweisbar und es ist keine Schimäre.

Die Konsolidierung ist uns gelungen, obwohl in der Bundesrepublik Deutschland zwischen 1998 und 2005 nach den bundesweiten Steuerschätzungen konjunkturelle Steuerausfälle in Höhe von 440 Milliarden Euro zu verzeichnen waren. Das müssen Sie sich einmal vorstellen. Das ist soviel wie die Summe der Steuereinnahmen aller Gebietskörperschaften von Bund, Ländern und Kommunen in einem Jahr. Diese Summe ist innerhalb von fünf Jahren weg gewesen. Wir waren mit dabei. Trotzdem haben wir es hinbekommen. Das ist das Eigentliche, was die Besonderheit des Jahres 2006 ausmacht.

Im Jahre 2007, dem ersten Jahr unseres Doppelhaushalts, haben wir eine entsprechend bessere Steuerschätzung vom November. Die Mehreinnahmen betragen bundesweit 20 Milliarden Euro; für die Länder sind es insgesamt 7,9 Milliarden Euro. Was bedeutet das nun für uns hier in Bayern? Im Vergleich zur Mai-Steuerschätzung liegen die für Bayern für das Jahr 2007 prognostizierten Steuereinnahmen nach dem Länderfinanzausgleich um 913 Millionen Euro höher. Dabei muss man jedoch mit in Rechnung stellen, dass wir schon 310 Millionen Euro über die Mai-Steuerschätzung hinaus angesetzt haben. Wir haben das Wachstum also in unserem Haushalt schon vorweggenommen.

Zuzurechnen ist dann noch ein Abschlag aufgrund der Steuerreformmaßnahmen wie beispielsweise der Erbschaftssteuer von 100 Millionen. Cum grano salis komme ich damit auf einen Mehrbetrag von 500 Millionen Euro. Davon gehen 70 Millionen in den kommunalen Finanzausgleich, bleiben also 430 Millionen Euro Verbesserung.

Bei dieser Größenordnung kann ich das machen, was ich an diesem Pult schon wiederholt als Ziel dargelegt habe. Es ist der Ehrgeiz des bayerischen Finanzministers, den Umfang der Privatisierungserlöse in der Haushaltsaufstellung und im weiteren Verfahren des Haushalts in möglichst geringem Maße in Anspruch zu nehmen. Das ist immer mein erklärtes Ziel gewesen, und heute kann ich sagen, dass wir im Jahr 2006 die 760 Millionen Euro, die da als Ablieferung vom Grundstock veranschlagt sind, nicht in Anspruch nehmen müssen und dass wir im Jahr 2007 130 Millionen Euro als Rücklage hinüberschieben. Das ist eine Cash-Rücklage, würde ich jetzt erklären müssen, wenn Frau Kellner noch dasäße. Es ist keine virtuelle Rücklage. Es ist Cash money, das wir hinübergeben in das Jahr 2007. Wir werden im Jahr 2007 keine Privatisierungserlöse brauchen.

Was mich jedoch besorgt – da blicke ich jetzt nicht nur auf die Opposition, weiß Gott nicht – ist, dass diese Steuermehreinnahmen, die uns eine Normalisierung der Finanzierung des Haushalts ermöglichen, offenbar der Startpunkt für alle möglichen tollen Ideen sind, was man in Zukunft machen könnte. Dies ist die Sorge nicht nur des Kollegen Steinbrück, sondern auch meiner anderen Länderfinanzministerkollegen sowie auch die meinige. Bei uns schaut es so aus – das ist die Realität –, dass wir im Jahr 2000 eine Steuerdeckungsquote von 82,3 % hatten. Diese Quote ist im Jahr 2003 heruntergegangen bis auf 71,9 %. Jetzt erst sind wir wieder etwas über 80 %. Wir haben damit eine Steuerdeckungsquote, die in der Bundesrepublik Deutschland mit Abstand die höchste ist. Der Durchschnitt der Länder West hat eine entsprechende Quote von knapp über 70 %; wir sind auch in dieser Kennzahl ganz weit vorn. Aber wir haben immer noch nicht die Quote des Jahres 2000 erreicht.

Das Jahr 2000, das ich als das normale Haushaltsjahr bezeichnen würde, ist immer noch nicht erreicht. Deshalb warne ich vor allen möglichen Ideen, langfristig irgendwelche Haushaltsblöcke festzulegen.

Meine Damen und Herren, wir haben in diesem Doppelhaushalt auch Unwägbarkeiten zu beachten. Zum Ende dieses Jahres, also in einer Zeit, in der alle sagten, die Steuereinnahmen sind aber stark gestiegen – der Fraktionsvorsitzende fragte jeden Tag: Wieviel Geld hast Du denn heute mehr? –

(Joachim Herrmann (CSU): Ja!)

darf nicht übersehen werden, dass wir im November ein Minus von 0,9 % hatten. Das sind Volatilitäten in den Steuereinnahmen, die wir in den letzten Jahren permanent zu beobachten hatten. Ein Finanzminister, der diese Volatilitäten der Steuereinnahmen nicht beachtet, handelt nicht verantwortungsbewusst. Ich bin nicht bereit, aufgrund der Entwicklungen in einigen Monaten zu sagen: Das rechne ich jetzt in die Zukunft hinauf und damit können wir uns viel leisten. Das können wir nicht. Wir müssen auf Sicht fliegen und das werden wir im Nachtragshaushalt tun. Wir werden erst, wenn wir wissen, wie die Mehrwertsteuererhöhung konjunkturell wirkt, im Frühjahr des nächsten Jahres besser wissen, wie das Jahr 2007 tatsächlich läuft.

Ich warne und mahne also zur Vorsicht. Fliegen wir auf Sicht!

Der Ihnen vorliegende Doppelhaushalt ist geprägt von vier besonderen Punkten, die beachtenswert sind. Er ist erstens ausgeglichen. Er hat zweitens eine konsequente Prioritätensetzung in Bildung und Hochschulen. Er beinhaltet drittens eine weitere Stärkung der Schwerpunkte innere Sicherheit und ländlicher Raum und hat viertens einen Schwerpunkt bei den Kommunen.

Diese Schwerpunktsetzung entspricht den Anforderungen der heutigen Zeit. Lassen Sie mich nun ein paar Worte zum Schwerpunkt Bildung sagen.

Ich habe die Debatte über den Einzelplan des Kollegen Schneider beobachtet. Ich kann nur noch einmal betonen: Wir schaffen in diesem Doppelhaushalt sage und schreibe 784 neue Lehrerstellen. Wir haben nach meiner Statistik insgesamt seit 2001/2002 bis heute zu diesem Doppelhaushalt eine zusätzliche Lehrerkapazität im Schulbereich von über 6000 Stellen. Das heißt, diejenigen, die sagen, wir hätten zuwenig Lehrer und täten nichts, sollten einmal überlegen, was 6000 zusätzliche Lehrerstellen in einer Zeit bedeuten, in der wir kaum Steuereinnahmen hatten, sondern einen Rückgang der Steuereinnahmen verzeichnen mussten. Ich glaube, das ist eine große Leistung, die dokumentiert, dass wir es mit dem Schwerpunkt Bildung ernst meinen.

Wir werden in besonderer Weise auch beim Schwerpunkt Forschung und Lehre aktiv werden. Sie wissen, über ein Drittel der Gesamtsumme der Exzellenzinitiative von Bund und Ländern geht nach Bayern. Das Betreuungsverhältnis zwischen wissenschaftlichem Personal und Studenten ist mit 1 zu 15,4 in Bayern eines der besten.

(Anhaltende Unruhe – Glocke des Präsidenten)

Das sollte man sehen. Auch hier belegen die Daten und Zahlen, dass wir eine zielgerichtete Schwerpunktpolitik betreiben.

Lassen Sie mich nun noch einige Anmerkungen zum kommunalen Finanzausgleich machen, der die Überschrift für die Debatte des heutigen Nachmittags darstellt. Frau Schmitt-Bussinger, Sie haben gemeint, behaupten zu müssen, wir hätten jetzt die erste Steigerung im Finanzausgleich seit vier Jahren. Ich darf Ihnen entgegenhalten, dass wir bereits im Jahre 2005 eine Steigerung von 3,3 % hatten. Im Jahre 2006 waren es 1,1 % und im Jahre 2007 werden es 6,3 % sein. Wir haben also bereits im dritten Jahr eine Steigerung beim kommunalen Finanzausgleich.

(Zurufe von der SPD)

Ich füge hinzu, Frau Schmitt-Bussinger: Die kommunalen Spitzenverbände bekommen das Geld nicht wie in anderen Ländern zugeteilt. Ich verhandle mit ihnen, und sie sind immer mit dem Ergebnis einverstanden.

(Helga Schmitt-Bussinger (SPD): Weil sie keine andere Wahl haben!)

– Nein, nein. Wenn Sie sich die Presseerklärungen der Herren Präsidenten ansehen, werden Sie feststellen, sie äußern sich in Kenntnis der Realitäten regelmäßig sehr lobend.

Dass wir das erste Mal über 6 Milliarden Finanzausgleich haben und eine Steigerung bei den reinen Landesleistungen um 7,6 %, wurde hier schon gesagt. Ich will noch etwas bemerken zur Aussage von Frau Schmitt-Bussinger zum Anteil der Deckungsmittel. Wir haben die Mittel im Steuerverbund von 11,6 % auf 11,7 % leicht angehoben. Die Steigerung um 0,1 % entspricht 21 Millionen Euro. Wenn man das dauerhaft erhält, ist es ein Haufen Geld. Ich war erstaunt, als Sie von diesem Pult

aus 15 % gefordert haben. Haben Sie einmal ausgerechnet, was das ausmacht? – Das sind 690 Millionen Euro zusätzlich. Sie werden doch nicht meinen, dass das ein ernst zu nehmender Vorschlag ist. Meine Damen und Herren, 15 %, also 690 Millionen Euro, in einem oder zwei Schritten nach oben, das überfordert den bayerischen Staatshaushalt.

Ich kann es auch anders sagen: Das nimmt Ihnen und uns in diesem Hause das Geld für die Gestaltung. Ich bitte doch, die Kirche im Dorf zu lassen. Ich weiß, dass die Herren Präsidenten diesen Punkt immer wieder aufgreifen und die Forderung immer weiter nach oben schrauben werden, aber ein Sprung nach oben ist nicht möglich.

Entscheidend ist, dass die Kommunen gewissermaßen die vitale Kraft von unten in diesem Lande sind, und zwar insbesondere aufgrund ihrer Investitionen. Vereinfacht gesagt: Kommunale Haushalte sind Investitionshaushalte; Länderhaushalte sind Verwaltungshaushalte. Also müssen wir immer besonders auf die Investitionsquote und die Investitionsprogramme sehen.

Ich weise darauf hin, dass wir in den letzten Monaten dieses Jahres etwas getan haben, was bemerkenswert ist. Wir haben eine Schlussabrechnung für den kommunalen Finanzausgleich – rund 40 Millionen Euro zusätzlich im allgemeinen Steuerverbund für die Kommunen – gemacht, und ich habe mich mit den Kommunen darauf geeinigt, dass wir 30 Millionen Euro von diesem Geld für den Schulhausbau verwenden. Die Kommunen, die beim IZBB-Programm nicht berücksichtigt werden konnten, erhalten zusätzliche Mittel. Wir können das IZBB-Programm zwar nicht fortführen, aber wir können einen Akzent setzen in der Art, dass diejenigen, die beim „Windhundverfahren“ nicht zum Zuge kamen, doch noch etwas erhalten.

Bei den Investitionen muss man sehen, dass es für den Schulhausbau im Rahmen des Finanzausgleichs schon 55 Millionen Euro mehr gab, für Straßenbau- und -unterhalt 32 Millionen Euro mehr, für zusätzliche Investitionen in den ÖPNV 23 Millionen Euro mehr und als zusätzliche Investitionspauschale 20 Millionen Euro. Wenn ich abwäge, was das Wichtigste am kommunalen Finanzausgleich ist, dann komme ich zu dem Ergebnis: Das Wichtigste sind die Investitionen unserer Kommunen. Die Qualität des Geldes, das sie hierfür bekommen, ist besonders hoch.

Ich will auch darauf hinweisen, dass wir weitere Strukturveränderungen beschlossen haben, die erst jetzt richtig wirken. Die Tatsache, dass wir die Solidarumlage schrittweise bei den Kommunen zurückführen und unsererseits übernehmen – also die Grenzziehung bei der Finanzierung zwischen Land und Kommunen verändern –, wirkt sich schon im Jahr 2007 besonders positiv auf die Kommunen aus und wird im Jahr 2008 die volle Wirkung haben. Im Jahr 2007 steigt der vom Staat übernommene Anteil von 20 % auf 50 %. Im Jahr 2008 übernehmen wir die volle Last der Solidarumlage netto. Das ist eine dauerhafte Leistung für die Kommunen, die diejenigen, die das verstehen bei den Kommunen draußen im Lande, sehr wohl sehen und lobend hervorheben.

Meine Damen und Herren, lassen Sie mich jetzt nicht noch über die Reformansätze unseres kommunalen Finanzausgleichs referieren. Das würde zu weit führen. Ich glaube, wir sollten die Detaildebatte jetzt abschließen. Lassen Sie mich zum Schluss nur noch eine grundsätzliche Bemerkung machen zum Haushalt, wie wir ihn in Bayern praktizieren, und zu dem, was insgesamt in unserem Land geschieht. Ich wiederhole, was ich heute früh schon gesagt habe: Dieser Doppelhaushalt ist wiederum ein Dokument dafür, dass der Freistaat Bayern in allen Belangen – ohne Ausnahme – des Haushalts in weitem Abstand vor allen Bundesländern liegt. Wir haben uns das selbst erarbeitet, wie ich glaube. Deshalb ist der bayerische Staatshaushalt ein besonders guter Maßstab für die Prüfung, was die Grundprobleme der Haushalte in unserem Land insgesamt sind.

Das erste Grundproblem ist, dass wir hohe Kosten für unser Personal haben. Das wollen und werden wir mit einem Pensionsfonds angehen. Die sogenannten impliziten Schulden, die wir haben, sind ein großes Problem, das quantitativ noch größer ist als das Problem der expliziten Schulden.

Das zweite Grundproblem ist die Investitionsquote. Wir in Bayern haben eine Investitionsquote, die weit höher ist als die anderer Länder. Schauen Sie sich die Investitionsquote von Baden-Württemberg an, die irgendwo zwischen 8 % und 9 % liegt. Die bayerische Quote muss wieder nach oben. Auf 15 % werden wir in der nächsten Zeit nicht kommen, aber wir müssen uns anstrengen, zunächst wenigstens 13 % zu erreichen. Die Richtung muss umgekehrt werden; das ist der Ehrgeiz der Bayerischen Staatsregierung und der Mehrheitsfraktion in diesem Hause.

Meine Damen und Herren, dies sollte für alle Haushalte gelten. Wenn unser Land heute ein Problem hat, dann ist es das Problem, dass sich viele Bürger von der Politik und dem politischen Apparat abwenden. Es geht um die Nichtwähler, die möglicherweise irgendwann sogar extremen politischen Gruppierungen in die Arme getrieben werden. Meine Damen und Herren, so etwas geschieht, wenn in der Politik nicht mehr gehandelt werden kann. So etwas geschieht, wenn wir in diesem Raum oder in anderen Versammlungssälen sagen, wir müssen bestimmte Ziele erreichen, und Versprechungen machen und in der nächsten Woche feststellen, wir haben nicht die Mittel dazu, weil der Spielraum nicht mehr vorhanden ist.

Die Investitionsquote ist das beste Kennzeichen dafür, ob Spielräume vorhanden sind. Es ist eine nationale Aufgabe, die Investitionsquote zu steigern, weil wir dadurch Spielräume für unsere Haushalte gewinnen. Bayern ist hier am weitesten vorn, Gott sei Dank. Trotzdem müssen wir ehrgeizig sein und hart arbeiten, damit wir vorn bleiben.

Meine Damen und Herren, ich mache mir Sorgen aufgrund des Umstandes, dass derzeit, nachdem die Steuereinnahmen noch nicht einmal ein ganzes Jahr lang wieder steigen, nachdem sie jahrelang immer tiefer gefallen sind, auf allen Ebenen und in allen Landesparlamenten der Eindruck erweckt wird, als ob man in alte Verhaltensweisen zurückfallen könnte. Derartige Verhaltensweisen hatte ich

selbst im Bundestag mit zu verantworten. In dem einen oder anderen Fall haben wir durchaus Verteilungskonflikte zugeschüttet, indem wir die Nettoneuverschuldung angehoben haben. Auch heute habe ich von der Opposition schon wieder gehört, wir müssen mehr ausgeben, damit der Staat die Konjunktur anschiebt und der Aufschwung an Tempo gewinnt. Das sind alte Rezepte. Meine Sorge ist, dass wir in den ersten Monaten, in denen wir Steuermehreinnahmen haben, wieder auf alte Rezepte zurückgreifen. Das ist meine Mahnung in diesem Hause.

Trotzdem: Ich glaube, wir können gemeinsam stolz auf den vorliegenden Doppelhaushalt sein. Er ist beispielgebend in der Bundesrepublik Deutschland.

(Lang anhaltender Beifall bei der CSU – Joachim Herrmann (CSU): Schon zum zweiten Mal heute eine fulminante Rede! – Zurufe von der CSU: Zugabe!)

Präsident Alois Glück: Nächster Redner: Herr Kollege Maget, dann Frau Kollegin Kamm.

Franz Maget (SPD): Nachdem der Herr Finanzminister eine kurze Stellungnahme zu seiner Vorlesung gefordert hat, kann ich die hier gern abgeben. Vier Minuten reichen dafür. – Natürlich, Herr Finanzminister, so gescheit sind wir auch. Wir wissen, dass der Länderfinanzausgleich auf einer ausgehandelten vertraglichen Grundlage steht, an die man sich zu halten hat. Wir fanden damals das ausgehandelte Ergebnis sogar akzeptabel. Sie werden von uns dazu Pressemeldungen finden, in denen wir sagen: Das ist weitgehend in Ordnung. Die entscheidende Frage ist aber, ob es so bleiben soll, oder ob sich die Dinge derart verändert haben, dass es dringend zu einer Neuverhandlung des Länderfinanzausgleiches kommen muss.

(Beifall bei der SPD)

Sie sagen, es habe keinen Sinn, den jetzt gültigen Länderfinanzausgleich anzuzweifeln. Was hat denn der Herr Ministerpräsident vorgestern getan?

(Beifall bei der SPD)

Wenn Sie die heutigen Zeitungen lesen, werden Sie dort lesen, dass es eine Übereinstimmung zwischen Herrn Dr. Stoiber und mir exakt in dieser Frage gibt, nämlich dass man den Länderfinanzausgleich neu verhandeln muss. Das fordern wir. Dass Sie das nicht möchten, Herr Faltlhauser, wundert mich sehr. Dass Sie sich vielleicht zu schwach fühlen, um das neu zu verhandeln, wundert einen auch, nachdem, wie Sie hier auftreten und sich vor dieses Haus stellen.

(Beifall bei der SPD)

Was hat sich denn verändert, liebe Kolleginnen und Kollegen? Was gebietet denn eine Neuverhandlung? – Ich habe vorgestern in aller Kürze versucht, das am Beispiel des Freistaates Sachsen aufzuzeigen. Ich habe nichts gegen Sachsen; es ist schließlich erfreulich und in unser aller Sinn, wenn sich dort die Dinge zum Besseren ent-

wickeln. Schauen wir uns aber das Haushaltsjahr 2006 im Freistaat Sachsen beispielhaft an: Sachsen hatte in diesem Haushaltsjahr bei einem Haushaltsvolumen von rund 15 Milliarden Euro 900 Millionen Euro an zusätzlichen Steuereinnahmen. Dies führte dazu, dass sie keine Nettokredite aufnehmen mussten. Zusätzlich kann Sachsen den Pensionsfonds, in den Sie, Herr Faltlhauser, keinen Cent stecken, mit 316 Millionen Euro speisen. Sie geben 23 Millionen Euro als Reserve für ALG II, Sie geben 60 Millionen Euro an Aufstockung des Eigenkapitals für die sächsische Wirtschaftsförderung usw. Dieses Land erhält aus dem Länderfinanzausgleich im gleichen Jahr 2006 1 Milliarde Euro.

Sie sagen, das ist in Ordnung. Ich hätte gerne von Ihnen gehört, dass Sie sagen: Das finden wir auch nicht in Ordnung. Stattdessen hacken Sie auf uns herum.

(Beifall bei der SPD)

Wir sagen Ihnen doch nur, wo dringender Handlungsbedarf besteht. Ich stelle fest: Sie verschlafen das und sagen hier: Das ist nicht notwendig, wovon redet die Opposition?

(Beifall bei der SPD)

Genau davon reden wir, Herr Faltlhauser. Entweder wollen Sie nicht, oder Sie sind schon viel zu schwach, um solche Fehlentwicklungen in Deutschland anzugehen.

(Beifall bei der SPD – Lachen bei Abgeordneten der CSU)

Wenn ich Ihnen das in drei zusammenhängenden Sätzen, die Sie von mir verlangt haben, nahe bringen konnte, dann bin ich dafür dankbar.

(Beifall bei der SPD)

Präsident Alois Glück: Nächste Wortmeldung: Frau Kollegin Kamm.

Christine Kamm (GRÜNE): Sehr geehrter Herr Präsident, sehr geehrte Kolleginnen und Kollegen! Wenn ein Unternehmensinhaber zwar keine neuen Kredite aufnimmt, die alten aber nicht zurückzahlt, zu wenig für Aus- und Fortbildung und die Bestandserhaltung seiner Gebäude tut, seine alte Funkanlage nicht erneuert, sich dafür aber einen neuen Porsche kauft, wird er dafür wohl kaum einen Managementpreis bekommen. Herr Minister, Sie sind Meister im Beschönigen. Frau Görlitz wiederholte vorher ihre Behauptung, der Staat sei ein verlässlicher Partner der Kommunen und meinte, dass in den letzten Jahren beispielsweise der Finanzausgleich stärker gewachsen sei als der Landeshaushalt. Sie haben diese Behauptung nicht korrigiert, obwohl im letzten Jahr die Mittel des Landes für den Finanzausgleich gesunken sind und gleichzeitig der Landeshaushalt gestiegen ist.

(Manfred Ach (CSU): Das hat mit dem Gesamthaushalt nichts zu tun!)

Sehr geehrter Herr Finanzminister, Sie loben das Konnexitätsprinzip. Gleichzeitig verschweigen Sie, dass Sie, um es nicht zum Tragen kommen zu lassen, alle möglichen Aufgaben, die eigentlich landesweit geregelt werden müssten, zu freiwilligen Aufgaben der Kommunen umdefinieren, um den Staat vor Ausgaben zu schützen. Ich nenne nur die Beispiele Ganztagschulen oder bestimmte Ausgaben wie Digitalfunk für das Rettungswesen.

Wie wenig der Freistaat Bayern ein verlässlicher Partner der Kommunen ist, zeigt sich auch daran, dass die Nachteile der Kommunen aus der Änderung des Sozialgesetzbuches im Zusammenhang mit „Hartz IV“ und der Wohngeldreform erst in zwei Jahren zeitversetzt ausgeglichen werden. Die Kommunen wissen heute noch nicht, wie die Mehrbelastungen des Jahres 2007 daraus 2009 ausgeglichen werden sollen.

(Thomas Kreuzer (CSU): Das ist ein Bundesgesetz von Rot-Grün!)

Der Ausgleich der zusätzlichen Belastungen der Landkreise durch das Land ist für 2005 und 2006 rückwirkend geregelt, aber nicht für 2007, –

(Thomas Kreuzer (CSU): Wer gleicht sonst etwas aus?)

obwohl, Herr Kollege Kreuzer, die Landkreise ihre Haushalte für 2007 aufstellen müssen.

(Thomas Kreuzer (CSU): Wird es irgendwo in Deutschland ausgeglichen? Dafür sind Sie mit Ihrem Gesetz verantwortlich!)

Die Situation der Kommunen – und da nutzen keine Durchschnittswerte, Herr Faltlhauser – ist extrem unterschiedlich. 2005 konnten 40 % der Kommunen keine ordnungsgemäße Zuführung zum Vermögenshaushalt erwirtschaften. Sie verweisen darauf, dass die Kommunen investieren sollen. Letztendlich brauchen die Kommunen dafür aber die nötigen Mittel. Es ist erforderlich, die Finanzkraft der Kommunen insgesamt zu stärken, anstelle auf einzelne Töpfe und Töpfchen zu verweisen.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Wir haben gefordert, die Schlüsselmasse deutlich zu erhöhen, auch zulasten vieler Töpfe. Diese Forderung haben Sie nicht übernommen. Sie haben gesagt, Sie können über die Reformansätze zum Finanzausgleichsgesetz – FAG – heute nicht sehr viel sagen. Herr Finanzminister, ich möchte hinzufügen: Das ist auch nicht möglich.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Präsident Alois Glück: Weitere Wortmeldungen liegen mir nicht vor. Damit ist die Aussprache geschlossen. Wir kommen zur Abstimmung. Dazu werden die Tagesordnungspunkte wieder getrennt.

Ich lasse zunächst über das Finanzausgleichsänderungsgesetz 2007 abstimmen. Das ist der Tagesordnungspunkt 14. Der Abstimmung liegen der Gesetzentwurf auf Drucksache 15/6308, die Änderungsanträge auf den Drucksachen 15/6878 und 15/7079 sowie die Empfehlung des federführenden Ausschusses für Staatshaushalt und Finanzfragen auf Drucksache 15/7051 zugrunde.

Vorweg lasse ich über den vom federführenden Ausschuss zur Ablehnung vorgeschlagenen Änderungsantrag der Fraktion des BÜNDNISSES 90/DIE GRÜNEN auf Drucksache 15/6878 abstimmen. Wer entgegen dem Ausschussvotum dem Änderungsantrag zustimmen möchte, den ich bitte ich um das Handzeichen. – Das ist die Fraktion des BÜNDNISSES 90/DIE GRÜNEN. Gegenstimmen! – Die Fraktionen der CSU und der SPD. Stimmenthaltungen? – Keine. Damit ist der Antrag abgelehnt.

Den Gesetzentwurf empfiehlt der federführende Ausschuss zur Annahme mit der Maßgabe von Änderungen. Ich verweise insoweit auf die Drucksache 15/7051.

Zwischenzeitlich wurde von Abgeordneten der CSU-Fraktion ein Änderungsantrag eingereicht, der verschiedene redaktionelle Änderungen zum Inhalt hat. Im Einzelnen verweise ich auf die Ihnen vorliegende Drucksache 15/7079.

Ich stelle jetzt den Gesetzentwurf in der Fassung des federführenden Ausschusses unter Berücksichtigung des Änderungsantrages auf Drucksache 15/7079 zur Abstimmung. Wer dem Gesetzentwurf mit den vorgeschlagenen Änderungen zustimmen will, den bitte ich um das Handzeichen. – Das ist die CSU-Fraktion. Gegenstimmen? – Das sind die Fraktionen von SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN. Stimmenthaltungen? – Keine. Damit ist dem Gesetzentwurf zugestimmt.

Da ein Antrag auf Dritte Lesung nicht gestellt wurde, führen wir gemäß § 56 der Geschäftsordnung sofort die Schlussabstimmung durch. Ich schlage vor, sie in einfacher Form durchzuführen. – Ich sehe keinen Widerspruch. Wer dem Gesetzentwurf mit den vorgeschlagenen Änderungen seine Zustimmung geben will, den bitte ich, sich vom Platz zu erheben. – Die CSU-Fraktion. Gegenstimmen? – Die SPD-Fraktion und die Fraktion des BÜNDNISSES 90/DIE GRÜNEN. Stimmenthaltungen? – Keine. Dann ist das Gesetz so angenommen. Es hat den Titel „Gesetz zur Änderung des Finanzausgleichsgesetzes und der Verordnung zur Durchführung des Gesetzes über den Finanzausgleich zwischen Staat, Gemeinden und Gemeindeverbänden (Finanzausgleichsänderungsgesetz 2007)“

Mit der Annahme des Gesetzentwurfs in der soeben beschlossenen Fassung hat der Änderungsantrag auf Drucksache 15/7079 seine Erledigung gefunden. Das Hohe Haus nimmt davon Kenntnis.

Wir kommen nun zur Abstimmung über den Einzelplan 13, Tagesordnungspunkt 15. Der Abstimmung liegen der Entwurf des Haushaltsplans, Einzelplan 13, die dazu mit aufgerufenen Änderungsanträge sowie die Beschlussempfehlung des Ausschusses zugrunde.

fehlung des federführenden Ausschusses für Staatshaushalt und Finanzfragen, Drucksache 15/7047, zugrunde.

Der Einzelplan 13 wird vom federführenden Ausschuss mit den in den Nummern 1 und 2 der Beschlussempfehlung auf Drucksache 15/7047 aufgeführten Änderungen zur Annahme empfohlen. Wer dem Einzelplan entsprechend dieser Beschlussempfehlung zustimmen möchte, den bitte ich um das Handzeichen. – Das ist die CSU-Fraktion. Gegenstimmen? – Fraktionen von SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN. Stimmenthaltungen? – Keine. Damit ist dem Einzelplan mit den vorgeschlagenen Änderungen zugestimmt.

Die vom federführenden Ausschuss für Staatshaushalt und Finanzfragen zur Ablehnung vorgeschlagenen Änderungsanträge haben damit gemäß § 126 Absatz 6 der Geschäftsordnung ihre Erledigung gefunden. Insoweit verweise ich auf die Ihnen vorliegende Liste.

(siehe Anlage 6)

In der Nummer 3 der Beschlussempfehlung zum Einzelplan 13 schlägt der federführende Ausschuss noch verschiedene Ermächtigungen des Staatsministeriums der Finanzen vor. Im Einzelnen verweise ich auf Drucksache 15/7047. Wer dem zustimmen will, den bitte ich um das Handzeichen. – Das sind die Fraktionen der CSU und der SPD. Gegenstimmen? – Niemand. Stimmenthaltungen? – Fraktion des BÜNDNISSES 90/DIE GRÜNEN. Damit ist so beschlossen.

Mit der Annahme des Einzelplans 13 in der Fassung des federführenden Ausschusses für Staatshaushalt und Finanzfragen haben die Änderungsanträge auf den Drucksachen 15/6816, 15/6880, 15/6881 und 15/6919 ihre Erledigung gefunden. Das Hohe Haus nimmt davon zustimmend Kenntnis. Die Beratung des Einzelplans 13 ist damit abgeschlossen.

Wir kommen nunmehr zur Abstimmung über den Entwurf des Haushaltsgesetzes – das ist Tagesordnungspunkt 16. Der Abstimmung liegen die Regierungsvorlage auf Drucksache 15/6309, die Änderungsanträge auf den Drucksachen 15/6879, 15/6929 und 15/7056 sowie die Beschlussempfehlung mit Bericht des federführenden Ausschusses für Staatshaushalt und Finanzfragen auf Drucksache 15/7052 zugrunde.

Vorweg lasse ich über die vom federführenden Ausschuss zur Ablehnung vorgeschlagenen Änderungsanträge abstimmen. Wer entgegen dem Ausschussvotum dem Änderungsantrag der Fraktion des BÜNDNISSES 90/DIE GRÜNEN auf Drucksache 15/6879 zustimmen möchte, den bitte ich um das Handzeichen. – Das sind die Fraktion des BÜNDNISSES 90/DIE GRÜNEN und die SPD-Fraktion. Gegenstimmen? – Das ist die CSU-Fraktion. Stimmenthaltungen? – Keine. Damit ist der Änderungsantrag abgelehnt.

Wer entgegen dem Ausschussvotum dem Änderungsantrag von Abgeordneten der SPD-Fraktion auf Drucksache 15/6929 zustimmen möchte, den bitte ich um das Handzeichen. – Das sind die SPD-Fraktion und die Fraktion

des BÜNDNISSES 90/DIE GRÜNEN. Gegenstimmen? – Die CSU-Fraktion. Stimmenthaltungen? – Keine. Damit ist der Antrag ebenfalls abgelehnt.

Zum Gesetzentwurf empfiehlt der federführende Ausschuss für Staatshaushalt und Finanzfragen Zustimmung mit der Maßgabe verschiedener Änderungen. Der Ausschuss für Verfassungs-, Rechts- und Parlamentsfragen stimmt bei seiner Endberatung der Beschlussempfehlung des Haushaltsausschusses zu, allerdings mit einer weiteren Maßgabe. Ich verweise insoweit auf die Drucksache 15/7052. Nach der Endberatung wurde von Abgeordneten der CSU-Fraktion ein Änderungsantrag eingereicht, der Änderungen der Urlaubsverordnung zum Inhalt hat. Im Einzelnen verweise ich auf die Drucksache 15/7056.

Ich stelle jetzt den Gesetzentwurf in der Fassung des endberatenden Ausschusses für Verfassungs-, Rechts- und Parlamentsfragen unter Berücksichtigung des Änderungsantrags auf Drucksache 15/7056 zur Abstimmung. Wer dem Gesetzentwurf in dieser Fassung zustimmen möchte, bitte ich um das Handzeichen. – Das ist die CSU-Fraktion. Gegenstimmen? – Fraktionen von SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN. Stimmenthaltungen? – Keine. Damit ist dem Gesetzentwurf zugestimmt.

Da ein Antrag auf Dritte Lesung nicht gestellt wurde, führen wir gemäß § 56 der Geschäftsordnung sofort die Schlussabstimmung durch. Ich schlage vor, sie in einfacher Form vorzunehmen. – Widerspruch erhebt sich nicht.

Wer dem Gesetzentwurf in dieser Fassung zustimmen möchte, bitte ich, sich vom Platz zu erheben. – Das ist die CSU-Fraktion. Danke. Gegenstimmen? – Die SPD-Fraktion und die Fraktion des BÜNDNISSES 90/DIE GRÜNEN. Stimmenthaltungen? – Niemand. Das Gesetz ist damit angenommen. Es hat den Titel „Gesetz über die Feststellung des Haushaltsplans des Freistaates Bayern für die Haushaltsjahre 2007 und 2008 (Haushaltsgesetz – HG – 2007/2008)“.

Mit der Annahme des Gesetzentwurfs in der soeben beschlossenen Fassung hat der Änderungsantrag auf Drucksache 15/7056 seine Erledigung gefunden. Das Hohe Haus nimmt davon Kenntnis.

Die Haushaltsberatungen sind damit abgeschlossen. Ich danke dem Herrn Finanzminister und den Ministerinnen und Ministern. Ich danke vor allen Dingen den Mitgliedern des Haushaltsausschusses und der Fachausschüsse für die sehr konzentrierte Debatte. Ich glaube, wir dürfen jetzt schon feststellen, dass sich der neue Modus bewährt hat.

(Beifall bei der CSU)

– Es scheint eine unterschiedliche Bewertung zu geben, wie ich gerade feststelle. Dann werden wir sehen. Wir schließen dies damit ab.

Meine Damen und Herren, damit sind wir bei der traditionellen Form des Abschlusses der Plenarsitzung zu Weihnachten und damit am Ende dieses Jahres.

Dies ist das erste Jahr im neuen Plenarsaal. Ich glaube, wir haben insgesamt mit ihm gute Erfahrungen gemacht; einige Kinderkrankheiten wurden behoben. Insgesamt ist ein bemerkenswertes Arbeitspensum erledigt worden. Wir sitzen hier sehr viel besser. Es gibt allerdings keine Statistik darüber, ob sich damit die Verweildauer im Plenum erheblich verändert hat. Ich gehe aber davon aus, dass es schon ein Gewinn ist, unter angenehmeren Bedingungen arbeiten zu können.

Verehrte Kolleginnen und Kollegen, das vermutlich doch bedeutsamste Ereignis für das Parlament war in diesem Jahr die Föderalismusreform, die zum 1. Juli in Kraft getreten ist. Wir werden daraus manche Konsequenzen, nicht immer auch angenehme, im Hinblick auf unsere Gestaltungsmöglichkeiten, aber natürlich auch im Hinblick auf die damit verbundene Verantwortung zu ziehen haben.

In dieser Woche hat man sich nach vielen mühsamen Verhandlungen und einigen Telefonaten, auch Hin und Her, auf die Besetzung der Kommission Föderalismusreform II verständigt, die die Finanzbeziehungen betrifft. Ich bin sehr froh, dass es mit vereinten Kräften gelungen ist, die Bundestagsfraktionen davon zu überzeugen, dass die Länderparlamente mit vier Vertretern in dieser Kommission sind, was zunächst nicht unbedingt so gewollt war. Wir brauchen aber nicht nachzutarocken. Ich meine, es war ein selbstverständlicher Anspruch der Länderparlamente, dass sie wie bei der anderen Föderalismusreform vertreten sind.

Die Vertreter werden nicht stimmberechtigt sein; so war es auch in der Föderalismuskommission 1. Das lässt sich damit begründen, dass – soweit es um Grundgesetzänderungen geht – am Schluss Bundestag und Bundesrat abstimmen müssen. Es ist aber wichtig, dass die Landesparlamente vertreten sind. Die überfraktionelle und interfraktionelle Zusammenarbeit der Ländervertreter gegenüber den Bundestagsfraktionen hat gut funktioniert. Dafür möchte ich danken.

Wir haben einen neuen Sitzungsrhythmus beschlossen, der unsere Arbeit im Parlament im nächsten Jahr stark prägen wird. Wir werden zunächst Erfahrungen sammeln. Wenn es Korrekturbedarf gibt, wird dem Rechnung getragen.

Ein bedeutsames Ereignis in diesem Jahr waren die Jubiläen „60 Jahre Bayerischer Landtag“ und „60 Jahre Bayerische Verfassung“. Diese und andere wichtige Ereignisse des vergangenen Jahres bedürfen jetzt keiner besonderen weiteren Erwähnung oder gar Bewertung.

Lassen Sie mich ein paar wenige Bemerkungen zu der Situation machen, wie sie sich für mich am Ende dieses Jahres darstellt. Wir haben – gemessen an den Erwartungen oder Befürchtungen zu Beginn des Jahres – eine sehr positive Haushaltsentwicklung und eine sehr positive Wirtschaftsentwicklung, vor allem in Deutschland und in besonderer Weise in Bayern. Das kann und soll uns Selbstvertrauen geben. Wir haben aber außerdem eine zu hohe Arbeitslosigkeit in Deutschland und in Bayern.

Deshalb haben wir sehr darauf zu achten, dass sich nicht die Einschätzung breit macht, alles laufe wieder besser, deshalb seien weitere Veränderungen nicht notwendig. Der strukturelle Reformbedarf in unserem Land – welche unterschiedlichen politischen Antworten man darauf auch immer geben will – ist nicht aufgearbeitet, weil die Konjunktur besser läuft. Wir haben dadurch etwas mehr Handlungsspielräume. Wir dürfen aber nicht der Bevölkerung suggerieren, dass damit die Veränderungen im Wesentlichen bereits bewältigt wären.

Ich habe bei der vorweihnachtlichen Feier schon erwähnt, dass es viele Anzeichen dafür gibt, dass das Land hinsichtlich der sozialen Gegebenheiten und der inneren Festigkeit auseinanderdriftet. Dies ist auch auf einen kulturellen Prozess der inneren Differenzierung zurückzuführen, der sich gegenwärtig in vielen Ländern bei den Wahlergebnissen widerspiegelt. Teilweise bedeuten diese Wahlergebnisse eine Zersplitterung der politischen Landschaft, was diese Länder politisch nicht handlungsfähiger macht. Damit hängt auch ein eher wachsender Entfremdungsprozess zwischen der Politik einerseits und den Bürgerinnen und Bürgern andererseits zusammen. Trotz aller Beschwörungen haben wir darauf noch keine weiterführenden Antworten gefunden. Diese wachsende Vertrauenskrise ist eine latente, aber erhebliche Gefährdung für unsere Demokratie und unsere Handlungsfähigkeit.

Ich wehre mich aber dagegen, die Schuld daran nur bei der Politik abzuladen und ausschließlich die Politiker dafür verantwortlich zu machen. Diese Entwicklung hat verschiedene Ursachen. Es gilt jedoch, wachsam zu sein. Die Wahlbeteiligungen sind dafür ein Alarmsignal. Ein weiteres Alarmsignal ist die Tatsache, dass wieder verstärkt rechtsextreme Strömungen in den Wahlergebnissen sichtbar werden. Das gilt zwar nicht so sehr für die alten Bundesländer, aber für die neuen Bundesländer. Ähnliche Strömungen sind auch in anderen europäischen Ländern feststellbar. Hier liegt eine latente Gefährdung.

Wir täten deshalb über alle Parteigrenzen hinweg gut daran, uns mit den Ursachen für diese Entwicklung auseinanderzusetzen. Nach meiner Überzeugung hat sie nicht nur soziale Ursachen. Es spielt auch herein, dass es bei uns eine Konfrontation von Kulturen gibt. Wir müssen auch das Lebensgefühl der Menschen, die ihr Heil in fundamentalistisch einfachen Antworten suchen, ernst nehmen, selbst wenn wir keine einfachen Antworten geben können. Wenn sich diese Menschen von den Parteien des demokratischen Parteienspektrums nicht mehr angesprochen fühlen, wird die Gefahr immer größer, dass die „Rattenfänger“ eine größere Resonanz bekommen.

Verehrte Kolleginnen und Kollegen, ich denke, dass wir bei allem politischen Wettbewerb und trotz leidenschaftlicher Auseinandersetzungen in diesem Hause insgesamt ein gutes und konstruktives Klima haben. Nach außen wird primär der Konflikt transportiert. Dieser Konflikt gehört zur Demokratie. In Sachfragen gibt es jedoch eine große konstruktive Zusammenarbeit. Ich mache häufig die Erfahrung, dass Besuchergruppen erstaunt sind, wenn ihnen von dieser konstruktiven Zusammenarbeit berichtet wird. Aufgrund der Berichterstattung in den Medien verbinden sie mit uns häufig nur ein Kon-

fliktszenario im Sinne eines Streits. Ich halte es für einen Verfall der Medienkultur, dass jede Sachdebatte als Streit dargestellt wird. Der Begriff „Streit“ ist bei den Menschen negativ besetzt.

(Allgemeiner Beifall)

Ich weiß, dass Journalistinnen und Journalisten unter Druck geraten, wenn sie nicht in einer dramatischen Weise berichten. In den Redaktionen ist häufig zu hören: Im Parlament hat es einen fürchterlichen Streit gegeben. Wenn die Redakteure dann bei den Korrespondenten anrufen, erfahren sie, dass eine normale Debatte geführt worden ist. Hier kommt häufig eine Steigerung zur anderen.

Ich danke herzlich für das Engagement in den Arbeitskreisen, den Ausschüssen und den Gremien des Parlaments. Ich danke der Regierung, dem Herrn Ministerpräsidenten, seinen Stellvertretern und dem ganzen Kabinett für die Zusammenarbeit zwischen Regierung und Parlament. Natürlich gibt es häufig andere Blickwinkel und ein unterschiedliches Maß an Zufriedenheit. Ich bedanke mich bei den Vizepräsidenten, Frau Kollegin Stamm und Herrn Kollegen Prof. Dr. Gantzer, für die kollegiale Zusammenarbeit, ebenso bei den Mitgliedern des Präsidiums und des Ältestenrats.

Ich danke denjenigen, die in den Fraktionen die Arbeit tragen und prägen. Im Einzelnen sind dies die Vorsitzenden, die Fraktionsvorstände und die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter in den Geschäftsstellen. Sie alle leisten unverzichtbare Beiträge, ohne die die parlamentarische Arbeit – und damit ein Kernbestand der Demokratie – nicht gelingen könnte. Ich danke herzlich den Bediensteten des Landtagsamts unter der Leitung des Amtschefs. Ich habe mich sehr gefreut, dass bei den Beratungen im Haushaltsausschuss über den Etat des Landtags dieser Dank an die Bediensteten des Landtagsamts von den Fraktionsvertretern ausgesprochen wurde. Ich habe diesen Dank an das Personal im Hause bei der vorweihnachtlichen Feier weitergegeben. Im Namen des Personals danke ich Ihnen für diese Anerkennung.

(Allgemeiner Beifall)

Im Namen des gesamten Bayerischen Landtags danke ich den Damen und Herren von Presse, Rundfunk und Fernsehen. Durch Ihre Berichterstattung erfahren die Menschen im Lande von unserer Arbeit. Meine Damen und Herren, Sie leisten damit einen wichtigen Beitrag für unsere Demokratie.

Ich möchte nicht vergessen, auch den Beamtinnen und Beamten der Polizei herzlich zu danken, die durch die gewissenhafte Ausübung ihres Dienstes für unsere Sicherheit sorgen. Dafür herzlichen Dank.

(Allgemeiner Beifall)

Das Wort hat Frau Kollegin Werner-Muggendorfer.

Johanna Werner-Muggendorfer (SPD) (von der Rednerin nicht autorisiert): Herr Präsident, liebe Kollegen, liebe Kolleginnen, Herr stellvertretender Ministerpräsident! Ich habe die Ehre, für die Oppositionsparteien die so genannte Weihnachtsrede zu halten. Ich tue das gerne. Gestern wurde bereits mehrmals davon gesprochen, wie man Menschen charmant auf die Weihnachtsferien einstimmen kann. Ich hoffe, dass ich diesem Anspruch gerecht werden kann.

Wir hatten jetzt drei Tage lang Haushaltsauseinandersetzungen und hatten diesmal keinen „Weihnachtskrach“. Ich habe schon einige Weihnachtssitzungen erlebt. Zu einem „Weihnachtskrach“ haben wir es diesmal nicht gebracht. Ganz im Gegenteil: Der Weihnachtsfriede ist bei uns bereits eingekehrt. Ich möchte ausdrücklich Herrn Kollegen Ach erwähnen, der einer erkrankten Kollegin der SPD-Fraktion so lieb gedacht hat. Ich finde das sehr bemerkenswert. Von daher möchte ich dazu beitragen, dass es bei uns noch friedlicher wird. Ich hoffe, dass ich das kann.

(Joachim Herrmann (CSU): Wir wissen noch nicht, was der Innenminister sagen wird!)

– Das ist das Problem. Ich möchte vorbeugend tätig sein, damit es auch bei der Rede des Stellvertretenden Ministerpräsidenten friedlich weitergeht.

(Dr. Thomas Beyer (SPD): Präventiv!)

– Ich mache es so, dass er sich gar nicht mehr anders traut. Herr Präsident, Sie haben mit einem Dank geendet. Ich möchte mit einem Dank beginnen.

Ich will damit beginnen, dass ich am Ende dieses Jahres und in diesem schönen neuen Plenarsaal – hierüber kann man sicher unterschiedlicher Meinung sein, wir haben es aber auf jeden Fall wesentlich bequemer – ganz herzlich all denen danke, die unsere Arbeit unterstützen. Das sind die Medienvertreter; denn würden sie nicht über unsere Arbeit berichten, würde niemand von ihr wissen. Ich bedanke mich bei der Unterstützung in unseren Fraktionsgeschäftsstellen und ich danke allen hier im Haus, beim Reinigungspersonal, bei den Offizianten, der Polizei und den Stenografen. Ich danke, ich darf mich auch ganz herzlich in Ihrer aller Namen bedanken. Heute möchte ich mich aber bei einer Abteilung des Hauses ganz besonders bedanken, das ist mir ein Anliegen. Wenn man hier vorne sitzt und für den Plenumsablauf zuständig ist, dann ist man wirklich dankbar, wenn man Unterstützung bekommt. Das wissen die Mitarbeiter des Landtagsamts. Ich möchte die hierfür Verantwortlichen deshalb heute namentlich erwähnen. Ich möchte mich ganz herzlich bedanken – und das ist auch so gemeint, wie ich es sage – bei Herrn Worm, Herrn Ludwig, Herrn Stuhlmüller, Frau Limmer, Frau Marquardt und bei Frau Ofner.

(Allgemeiner anhaltender Beifall)

Dass hier alles immer so geräuschlos und reibungslos funktioniert, dass niemand merkt, dass nicht immer alles

reibungslos und glatt verläuft, das haben wir Ihnen zu verdanken. Hierfür herzlichen Dank.

Mit den neuen Regelungen im nächsten Jahr, der Herr Präsident hat sie bereits angesprochen, kommen neue Herausforderungen auf uns zu. Das wird für uns nicht einfach, aber auch nicht für das Landtagsamt. Es wird ein lebendigeres Parlament. Ich habe immer gesagt, lebendig sind wir schon, aber wir wollen etwas lebendiger werden. Ich denke, wir werden auch in der Form lebendiger werden, dass wir manchmal gar nicht mehr wissen werden, wie die Abfolge ist, weil sie so neu ist. Von daher wird es sicher interessant, die wöchentlich stattfindenden Plenarsitzungen auszuprobieren. Wir wollen dann ganz ehrlich hinterfragen, ob uns dieser neue Sitzungsrhythmus wirklich etwas bringt. In dieser Frage sind wir uns alle einig. Ob es wirklich eine Verbesserung bringt, werden wir sehen. An dieser Stelle möchte ich auch sagen, dass wir alle selbst mit schuld sind, wenn wir den Plenarsitzungen nicht genug Aufmerksamkeit und Bedeutung beimessen. Wir alle müssen uns selbst an die Nase fassen, denn unsere An- bzw. Abwesenheit macht auch etwas deutlich. Deshalb müssen wir an uns arbeiten. Vielleicht ist die wöchentliche Sitzung eine Möglichkeit hierfür.

Zur Bedeutung des Parlaments gehören nicht nur An- und Abwesenheit, sondern dazu gehören auch die Inhalte. Hier hat uns der Föderalismus etwas beschert – das passt gut zu Weihnachten –, denn wir haben etwas dazubekommen. Ein Kollege hat gestern gesagt, die Landtage haben eine neu gewonnene Freiheit. Wir haben jedenfalls neue Aufgaben bekommen. Das ist uns ganz recht, nicht dass irgendjemand einmal sagt, uns braucht es nicht mehr. Von daher ist es ganz richtig, dass unsere Bedeutung zugenommen hat und wir eine neue Legitimation bekommen haben. Diese Aufgaben müssen wir allerdings auch offensiv annehmen. Wir dürfen sie nicht wegdücken. In der Beziehung sage ich nur: Rauchverbot. Da wird noch einiges zur Erledigung auf uns zukommen.

Ich möchte das Jahr 2006 nicht an uns vorbeigehen lassen, ohne daran zu erinnern, was sonst noch alles in diesem Jahr geschah. Ich kann nicht alles aufzählen, keine Angst. Da war die Fußballweltmeisterschaft, die uns alle, so glaube ich, sehr fröhlich gestimmt hat. Sie war ein fröhliches, großes Fest. Der Papst war in seiner bayerischen Heimat, das hat uns auch gefreut. Ich möchte an dieser Stelle Dank sagen für die Leistung der Sicherheitskräfte, die für die logistische Herausforderung dieser beiden großen Ereignisse zuständig waren. Wenn ich daran denke, welche Diskussionen wir in diesem Haus geführt haben, als es darum ging, ob wir die Bundeswehr einsetzen müssen. Ich denke, es war besser, dass die Polizei das gemacht hat, und sie hat es gut gemacht. Danke schön.

(Allgemeiner lebhafter Beifall)

Ich möchte noch ein paar Geschehnisse aufgreifen, die mir persönlich sehr am Herzen liegen. Ich denke, die Kindesmisshandlungen müssen uns nachdenklich stimmen und zum politischen Handeln zwingen. Wir erfahren immer häufiger davon. Vielleicht hat es sie schon immer

gegeben, und wir erfahren jetzt nur öfter davon. Auch der Armutsbericht und das Auseinanderdriften der Gesellschaft – der Herr Präsident hat das auch schon angesprochen – sind wichtige Aspekte. Was mir in diesem Jahr auch aufgefallen ist, war das Managergehalte. Lohnabbau wird bei steigenden Aktienkursen betrieben, es gibt hohe Gewinne und exorbitante Gehälter. Das passt nicht zusammen. Auch dieser Teil Wirtschaft ist schuld, wenn die Menschen Vertrauen in die Wirtschaft und in die wirtschaftliche Führungselite verlieren. Auch dieses Thema ist für uns ein Arbeitsfeld.

(Lebhafter Beifall bei der SPD und bei den GRÜNEN)

Aber auch das Vertrauen, das die Menschen nicht mehr in uns haben, in die Politik, müssen wir wieder verdienen. Auch daran müssen wir arbeiten. Sie kennen alle den Spruch: „Die da oben machen sowieso, was sie wollen.“ Wir müssen daran arbeiten, dass sich das verbessert.

2006 war auch ein Jahr des Gedenkens. Wir konnten 60 Jahre Bayerischer Landtag feiern und 60 Jahre Bayerische Verfassung. Es lohnt sich immer, in der Bayerischen Verfassung zu blättern und das eine oder andere nachzulesen, dabei kann man feststellen, wo die Wirklichkeit mit der Verfassung zusammenpasst und wo nicht. Ich möchte ein paar Spannungsfelder aufzeigen, wie beispielsweise den Anspruch auf Ausbildung in Artikel 128. Das ist etwas, was man nachlesen muss, und wir sollten überlegen, wie wir diesen Anspruch einlösen können, weil viele junge Menschen bei uns keine Perspektive haben. Oder denken wir an die Forderung der Verfassung, dass jeder Bewohner Bayerns einen Anspruch auf eine angemessene Wohnung hat. Wir werden noch viel daran arbeiten müssen, um die Vorgaben der Bayerischen Verfassung zu verwirklichen. Wenn man allerdings auch liest, dass der Bayerische Landtag einmal im Jahr, im Herbst zusammentritt, dann möchte ich davor warnen, dass es soweit kommt.

(Joachim Herrmann (CSU): Da steht nicht drin, wann wir auseinandergehen!)

– Das Auseinandergehen steht nicht drin, da haben Sie recht. Ich denke, ich kann für uns in Anspruch nehmen, dass uns Gedenktage und Feierstunden verbinden. Ich glaube, wir sind alle gemeinsam darauf stolz, was unsere Vorgänger für diesen Freistaat geschaffen haben.

Weil heute die Weihnachtssitzung ist, möchte ich gerne das Verbindende herausarbeiten. Der Herr Präsident hat dazu schon einiges geäußert, wie ich überhaupt feststellen muss, dass wir einige gemeinsame Gedanken für unsere Ansprache hatten. Wir haben uns nicht abgesprochen. In diesem Haus geschieht also vieles gemeinsam, viel mehr als nach außen dringt. Ich habe die Verwaltung gebeten, herauszufinden, wie viel wir im Landtag einstimmig beschließen. Das war für die Verwaltung eine zusätzliche Belastung. Dabei hat sich herausgestellt, dass von allen eingebrachten Gesetzentwürfen die in diesem Hause Zustimmung fanden – es waren bisher 97 - 40 % einstimmig verabschiedet wurden. Es ist also

nicht so, dass kein gemeinsamer Wille erkennbar wäre oder dass nur die Mehrheitsfraktion ihren Willen durchsetzt. Bei den Anträgen ist die Zahl sogar noch höher. Von den angenommenen Anträgen wurden 71 % einstimmig verabschiedet. Das ist sicher ein Schlaglicht, das man einmal betrachten muss. Der Bayerische Landtag ist also nicht so zerstritten, wie vermutet, und wie draußen immer berichtet wird. Für die Opposition darf ich sagen, wenn die Mehrheitsfraktion etwas Gutes vorschlägt, warum sollen wir dann nicht mitstimmen? – Wir werden mitstimmen, wenn es uns auch gefällt.

(Beifall bei der CSU – Franz Maget (SPD): Oder andersherum! – Gegenruf des Abgeordneten Joachim Herrmann (CSU): Wir erkennen nicht immer, wie gut Ihre Anträge sind!)

Wir würden uns hier und da auch wünschen, dass es auch andersherum ist, dass wir unsere Gedanken nicht erst in Form eines CSU-Antrags wiederfinden. Auch das würde uns gut gefallen.

(Beifall bei der SPD und bei den GRÜNEN)

Uns eint, was Bayern dient, ich glaube, so kann ich es sagen.

Weil gerade Weihnachten ist, wünsche ich mir jetzt noch etwas. Ich habe einen Weihnachtswunsch als niederbayerische Abgeordnete, die zu ihrem Dialekt steht und die den Dialekt auch noch kann. Ich gebe zu, wenn man so oft in München ist, vergisst man hie und da etwas. Aber ich pflege meinen Dialekt noch und ich wünsche mir, dass wir mehr Selbstbewusstsein mit unserer Sprache pflegen.

(Allgemeiner Beifall – Simone Tolle (GRÜNE): Sehr schön, ja! – Joachim Herrmann (CSU): Das setzt der Herr Innenminister dann um!)

– Ich bin gespannt, wie er das auf fränkisch macht, denn ich habe auch Fränkisch gemeint, wenn ich von Bayerisch gesprochen habe. Das ist so wie bei den Geschlechtern: Dort, wo Männer stehen, sind auch Frauen gemeint. So ist das auch mit dem Dialekt: Wenn ich Bayerisch sage, dann ist auch Fränkisch gemeint. Ich habe die letzten Tage aufgepasst, wie viele englische Worte in dieser Haushaltsberatung verwandt wurden, obwohl sie wirklich nicht notwendig gewesen wären.

Es wurden sehr viele englische Begriffe gebraucht, obwohl das nicht notwendig gewesen wäre. Da wurde gesagt Cluster, Newsletter, Poleposition, Boom, E-Government, Task Force und Cyber Cops. „Roundabout“ hat heute sogar ein Kollege meiner Fraktion gesagt. Das möchte man ja nicht glauben!

(Allgemeine Heiterkeit)

Ich finde, es ist nicht notwendig, dass man so viele Anglizismen verwendet. Es gibt in der deutschen Sprache sehr treffende Worte, und im Bayerischen sowieso; das

könnte sogar fränkisch sein, Herr Stellvertretender Ministerpräsident.

(Allgemeine Heiterkeit – Manfred Ach (CSU): Langsam, langsam!)

Ich kann nur sagen: Ma redt ja ned, ma sogt ja bloß! In diesem Sinne – schöne Weihnachtstage!

(Lebhafter allgemeiner Beifall)

Präsident Alois Glück: Frau Kollegin, vielen herzlichen Dank für die persönlichen Worte und die guten Wünsche für alle. – Das Wort hat der Stellvertreter des Herrn Ministerpräsidenten, Herr Staatsminister Dr. Beckstein.

(Günter Gabsteiger (CSU): Jetzt wird es fränkisch! – Zurufe von der CSU und von der SPD: Allmächt!)

Stellvertretender Ministerpräsident Dr. Günther Beckstein: Herr Präsident, liebe Kolleginnen und Kollegen! Zunächst darf ich Ihnen allen die besten Weihnachts- und Neujahrsgrüße der gesamten Staatsregierung, des Ministerpräsidenten und aller Kolleginnen und Kollegen, überbringen. Ministerpräsident Stoiber musste sich für heute entschuldigen, weil er zu dieser Stunde an einer Sitzung der Europäischen Volkspartei in Brüssel teilnimmt, die den Europäischen Rat mit vorbereitet. Themen sind die generelle Ausrichtung der Erweiterungspolitik, die EU-Zuwanderungspolitik und Schwerpunkte der deutschen Ratspräsidentschaft. Das alles sind wichtige Themen auch für Bayern. Ich denke, dass wir alle Verständnis dafür haben, dass Edmund Stoiber bei dieser Sitzung dabei ist und deswegen heute nicht an dieser Sitzung des Landtags teilnehmen kann.

(Zurufe von der SPD: Oh, wie schade!)

Das Jahr 2006 war ein Jahr mit vielen Höhepunkten. Dazu gehört zweifellos der Besuch des Papstes in unserer und seiner bayerischen Heimat. Eine Woge von Begeisterung hat ihn durch die bayerischen Lande getragen. Ich sage auch als evangelischer Christ, dass es aus meiner Sicht ein ganz wichtiges geistiges und geistliches Ereignis für uns alle war und damit auch eine gute Ergänzung zum deutschen Sommermärchen, der Fußball-Weltmeisterschaft, das gewiss sehr viel oberflächlicher war. Wir hatten allerdings im Zusammenhang mit der Weltmeisterschaft einen tollen, weltoffenen Patriotismus in Deutschland, auf den wir durchaus stolz sein können. Das war übrigens völlig anders als bei der ersten Weltmeisterschaft vor etwa 30 Jahren. Ich glaube, daran sieht man, wie sich Deutschland weiterentwickelt hat.

Auch wenn Frau Kollegin Werner-Muggendorfer schon darauf hingewiesen hat, bitte ich um Verständnis dafür, dass auch ich ein herzliches Dankeschön an die Polizei richte. Es war wirklich großartig, wie das Ganze geleistet worden ist. Sie war so gut vorbereitet, wie ich das noch bei keiner einzigen Veranstaltung zuvor erlebt hatte. Gott sei Dank ist alles friedlich abgelaufen.

Gerade an den – Gott sei Dank – fehlgeschlagenen Kof-ferbomben-Anschlägen auf Züge ist deutlich geworden, dass die hohe Polizeipräsenz notwendig war. Einer der Attentäter hat ausgesagt, sie hätten geplant, das Attentat während der Weltmeisterschaft zu machen, aber wegen der hohen Polizeipräsenz hätten sie diesen Plan aufgegeben. Ich sage der bayerischen Polizei einen herzlichen Dank für den ebenso vorbildlichen wie erfolgreichen Dauereinsatz in diesem Jahr.

(Lebhafter allgemeiner Beifall)

Auch politisch war das Jahr durchaus reich an Höhepunkten. Seit dem 1. September ist die Föderalismusreform in Kraft. Mancher merkt erst jetzt, welche Bedeutung sie hat, auch in Berlin, wobei ich das nicht weiter spezifizieren will. Der Landtag hat dadurch erheblich an Kompetenzen gewonnen. Ich sage ausdrücklich, es ist auch aus der Sicht der Staatsregierung ein Vorzug der Föderalismusreform, dass dadurch das Parlament und nicht in erster Linie die Regierung an Kompetenzen gewonnen hat; denn auf diese Weise wird insgesamt die Eigenstaatlichkeit der Länder gewährleistet. Zur Eigenstaatlichkeit bekennen wir uns in Bayern in besonderer Weise. Auf den Wettbewerbsföderalismus sind wir stolz.

Wir konnten in diesem Jahr auf 200 Jahre neues und modernes Bayern zurückblicken. Ich bitte um Verständnis, wenn ich sage, dass auch das Innenministerium als das beste und wichtigste Ministerium, Herr Finanzminister, auf 200 Jahre zurückblicken kann, als ein Ministerium, das auch auf Montgelas zurückgeht. Herr Finanzminister nimmt Montgelas natürlich auch für sein Haus in Anspruch, was an einem Denkmal deutlich wird, das ich gerne in seiner Verantwortung belasse.

(Allgemeine Heiterkeit)

Die Verfassung wurde vor 60 Jahren von der bayerischen Bevölkerung angenommen. Die erste demokratische Wahl des Bayerischen Landtags nach dem Zweiten Weltkrieg fand vor 60 Jahren statt. Seit 60 Jahren arbeitet dieses Hohe Haus dafür, dass die Menschen in Bayern gut und sicher leben. Seit 60 Jahren arbeitet dieses Haus daran, dass die Menschen in Bayern Chancen auf Arbeit, auf Bildung, auf Teilhabe an kulturellen und gesellschaftlichen Entwicklungen haben. Aus dem Trümmerfeld von 1945 und 1946, aus einer Situation, in der wir im Länder-Ranking im unteren Bereich waren, ist ein Land entstanden, das heute zu den demokratisch stabilsten, wirtschaftlich stärksten, technologisch innovativsten Regionen der Welt zählt, ein Sozialstaat, der auch hier Spitzenleistungen erbringt.

Wir alle können stolz darauf sein, dass wir ein kleines bisschen an dieser großen Aufgabe mitwirken dürfen. Davon profitieren alle Menschen in unserem Land.

Wir dürfen auch mit dem zufrieden sein, was wir im zurückliegenden Jahr geleistet haben. Nicht zufrieden machen darf uns, dass das Ansehen der Politik und der Politiker in der Öffentlichkeit so gering ist. Wir alle sind dazu aufgerufen, das Vertrauen in Staat und Politik bei den Bürgern zu stärken, das Vertrauen dort, wo es verloren gegangen

ist, wieder zurückzugewinnen. Daran zu arbeiten, ist unsere gemeinsame Aufgabe. Ich kann ganz persönlich, auch an meine eigene Adresse gerichtet, sagen, dass wir bei allem politischen Streit, auch bei hartem Streit, immer wieder erkennen lassen sollen, dass wir vor der Person des anderen Respekt haben. Ich weiß, dass ich da auch nicht fehlerlos bin. Wenn wir uns alle vornehmen, das etwas deutlicher erkennen zu lassen, wenn wir selbst voreinander bei unterschiedlichen Meinungen Respekt haben, dann wird auch der Bürger wieder mehr Respekt vor uns insgesamt bekommen.

(Beifall bei der CSU und bei Abgeordneten der SPD)

Persönlich und im Namen der Staatsregierung sage ich allen hier im Hause Tätigen herzlichen Dank, dem Landtagspräsidenten, der Landtagsvizepräsidentin und dem Vizepräsidenten sowie dem Präsidium für die souveräne Leitung. Ich sage allen, die im Landtagsamt arbeiten und damit für die technische Abwicklung und die Vorbereitung Verantwortung tragen, herzlichen Dank. Ich sage ein herzliches Dankeschön an die Journalisten. Man freut sich zwar nicht über jeden Bericht, aber ohne die Öffentlichkeit kann Demokratie nicht funktionieren. Deswegen haben die Journalisten und die Medien eine ganz besonders wichtige Aufgabe.

Ich bedanke mich bei der Mehrheitsfraktion in besonderer Weise für die vertrauensvolle Zusammenarbeit. Ich sage auch Dank für eine kritische und konstruktive Begleitung der Politik der Staatsregierung durch die Opposition. Es ist notwendig, dass eine kritische Opposition dafür sorgt, dass die anderen Argumente ebenfalls auf den Tisch gelegt werden. Nur dadurch ist die Abwägung in einer qualifizierten Weise möglich, und nur dadurch wird für die Menschen im Lande das Beste erreicht.

Nun wünsche ich Ihnen und uns allen ein gesegnetes Weihnachtsfest und erholsame Tage fern vom politischen Alltag im Kreise der Familie. Ich wünsche alles erdenklich Gute für 2007, Gesundheit, Glück, Zufriedenheit und weiteren Erfolg. Alles fasse ich zusammen in dem Wunsch: Ein gesegnetes 2007!

(Lebhafter allgemeiner Beifall)

Präsident Alois Glück: Vielen Dank, Herr Staatsminister, für die guten Wünsche. Meine sehr verehrten Damen und Herren, verehrte Kolleginnen und Kollegen! Ich wünsche Ihnen allen, dass es Ihnen gelingt, in der Weihnachtszeit persönliche Pausen zu finden und sich gut zu erholen. Ich wünsche Ihnen ein besinnliches und gesegnetes Weihnachtsfest. Ich wünsche Ihnen allen alles Gute für das neue Jahr und dass wir uns gesund und mit Freude an der Arbeit wieder sehen.

Damit ist die Sitzung geschlossen.

(Allgemeiner Beifall)

(Schluss: 17.30 Uhr)

Zu Tagesordnungspunkt 11

Aufstellung der im Ausschuss für Staatshaushalt und Finanzfragen zur Ablehnung empfohlenen Änderungsanträge zum Einzelplan 06:

1. Änderungsantrag der Abgeordneten Jürgen Dupper, Werner Schieder u.a. SPD
Haushaltsplan 2007/2008;
hier:
Stellenhebungen bei den Finanzämtern
(Kap. 06 05 Stellenplan)
(Drs. 15/6466)
2. Änderungsantrag der Abgeordneten Jürgen Dupper, Werner Schieder u.a. SPD
Haushaltsplan 2007/2008;
hier:
Verbesserte Personalausstattung der Finanzämter
(Kap. 06 05 Stellenplan)
(Drs. 15/6467)
3. Änderungsantrag der Abgeordneten Margarete Bause, Dr. Sepp Dürr, Maria Scharfenberg u.a. und Fraktion BÜNDNIS 90 DIE GRÜNEN
Haushaltsplan 2007/2008;
hier:
Aufstockung der Einstellungszahlen für Anwärtinnen und Anwärter in der Finanzverwaltung
(Kap. 06 05 Tit. 422 21)
(Drs. 15/6479)

Zu Tagesordnungspunkt 12

Aufstellung der im Ausschuss für Staatshaushalt und Finanzfragen zur Ablehnung empfohlenen Änderungsanträge zum Einzelplan 12:

1. Änderungsantrag der Abgeordneten Margarete Bause, Dr. Sepp Dürr, Maria Scharfenberg u.a. und Fraktion BÜNDNIS 90 DIE GRÜNEN
Haushaltsplan 2007/2008;
hier: Kürzung der Mittel für Sachverständige
(Kap. 12 01 TG 99 Tit. 526 99)
(Drs. 15/6867)
2. Änderungsantrag der Abgeordneten Margarete Bause, Dr. Sepp Dürr, Maria Scharfenberg u.a. und Fraktion BÜNDNIS 90 DIE GRÜNEN
Haushaltsplan 2007/2008;
hier: Kürzung der Mittel für Öffentlichkeitsarbeit
(Kap. 12 03 TG 52 Tit. 531 52)
(Drs. 15/6868)
3. Änderungsantrag der Abgeordneten Margarete Bause, Dr. Sepp Dürr, Maria Scharfenberg u.a. und Fraktion BÜNDNIS 90 DIE GRÜNEN
Haushaltsplan 2007/2008;
hier: Erhöhung der Mittel für Managementpläne für Natura 2000 Gebiete
(Kap. 12 04 TG 72 Tit. 547 72)
(Drs. 15/6869)
4. Änderungsantrag der Abgeordneten Margarete Bause, Dr. Sepp Dürr, Maria Scharfenberg u.a. und Fraktion BÜNDNIS 90 DIE GRÜNEN
Haushaltsplan 2007/2008;
hier: Altlastensanierungen beschleunigen
(Kap. 12 04 TG 79 Tit. 547 79)
(Drs. 15/6870)
5. Änderungsantrag der Abgeordneten Margarete Bause, Dr. Sepp Dürr, Maria Scharfenberg u.a. und Fraktion BÜNDNIS 90 DIE GRÜNEN
Haushaltsplan 2007/2008;
hier: Abbau der Finanzierung zentraler Wasserversorgungsanlagen
(Kap. 12 77 TG 97 Tit. 883 97)
(Drs. 15/6871)
6. Änderungsantrag der Abgeordneten Jürgen Dupper, Ludwig Wörner, Klaus Wolfrum u.a. SPD
Haushaltsplan 2007/2008;
hier: Erhöhung der Mittel für Umweltstationen
(Kap. 12 02 TG 74)
(Drs. 15/6886)
7. Änderungsantrag der Abgeordneten Jürgen Dupper, Ludwig Wörner, Klaus Wolfrum u.a. SPD
Haushaltsplan 2007/2008;
hier: Erhöhung der Mittel für Vertragsnaturschutz und Landschaftspflege
(Kap. 12 04 TG 72)
(Drs. 15/6887)
8. Änderungsantrag der Abgeordneten Jürgen Dupper, Franz Schindler u.a. SPD
Haushaltsplan 2007/2008;
hier: Förderung von Suchtbekämpfung und Drogen-therapie, insbesondere Betreuung von Suchtkranken und Abhängigen in den bayerischen Justizvollzugsanstalten
(Kap. 12 08 TG 92)
(Drs. 15/6888)
9. Änderungsantrag der Abgeordneten Jürgen Dupper, Ludwig Wörner, Klaus Wolfrum u.a. SPD
Haushaltsplan 2007/2008;
hier: 30 zusätzliche Stellen für die staatliche Veterinärverwaltung bei den Landratsämtern
(Kap. 12 41 Stellenplan)
(Drs. 15/6889)
10. Änderungsantrag der Abgeordneten Jürgen Dupper, Johanna Werner-Muggendorfer, Ludwig Wörner u.a. SPD
Haushaltsplan 2007/2008;
hier: Erhöhung der Mittel für die Beschleunigung des Hochwasser-Aktionsprogramms 2020
(Kap. 12 77 Tit. 780 00)
(Drs. 15/6890)
11. Änderungsantrag der Abgeordneten Jürgen Dupper, Ludwig Wörner, Klaus Wolfrum u.a. SPD
Haushaltsplan 2007/2008;
hier: Erhöhung der Mittel für die Förderung von Klein-kläranlagen
(Kap. 12 77 Tit. 893 98)
(Drs. 15/6891)

Abstimmungsliste

zur namentlichen Abstimmung am 14.12.2006 zum Änderungsantrag auf Drs. 15/6714 zum Einzelplan 10
(Tagesordnungspunkt 13)

Name	Ja	Nein	Enthalte mich
Ach Manfred		X	
Ackermann Renate	X		
Babel Günther			
Bause Margarete	X		
Dr. Beckstein Günther			
Dr. Bernhard Otmar			
Dr. Beyer Thomas	X		
Biechl Annemarie		X	
Biedefeld Susann	X		
Bocklet Reinhold			
Boutter Rainer	X		
Breitschwert Klaus Dieter			
Brunner Helmut		X	
Christ Manfred		X	
Deml Marianne			
Dodell Renate			
Dr. Döhler Karl		X	
Donhauser Heinz			
Dr. Dürr Sepp	X		
Dupper Jürgen	X		
Eck Gerhard			
Eckstein Kurt			
Eisenreich Georg		X	
Ettengruber Herbert		X	
Prof. Dr. Eykman Walter			
Prof. Dr. Faltlhauser Kurt		X	
Dr. Fickler Ingrid		X	
Fischer Herbert		X	
Dr. Förster Linus			
Freller Karl			
Gabsteiger Günter		X	
Prof. Dr. Gantzer Peter Paul	X		
Glück Alois		X	
Goderbauer Gertraud		X	
Görlitz Erika		X	
Götz Christa		X	
Dr. Goppel Thomas			
Gote Ulrike	X		
Guckert Helmut		X	
Guttenberger Petra		X	

Name	Ja	Nein	Enthalte mich
Haderthauer Christine			
Haedke Joachim		X	
Hallitzky Eike	X		
Heckner Ingrid			
Heike Jürgen W.		X	
Herold Hans		X	
Herrmann Joachim		X	
Hintersberger Johannes		X	
Hoderlein Wolfgang			
Hohlmeier Monika		X	
Huber Erwin			
Dr. Huber Marcel		X	
Dr. Hünnerkopf Otto		X	
Hufe Peter	X		
Huml Melanie		X	
Imhof Hermann		X	
Dr. Kaiser Heinz			
Kamm Christine	X		
Kaul Henning		X	
Kern Anton		X	
Kiesel Robert		X	
Kobler Konrad		X	
König Alexander		X	
Kränzle Bernd			
Dr. Kreidl Jakob			
Kreuzer Thomas		X	
Dr. Kronawitter Hildegard	X		
Kupka Engelbert		X	
Kustner Franz			
Leichtle Willi			
Graf von und zu Lerchenfeld Philipp		X	
Lochner-Fischer Monica			
Lück Heidi	X		
Prof. Männle Ursula		X	
Dr. Magerl Christian	X		
Maget Franz	X		
Matschl Christa		X	
Meißner Christian		X	
Memmel Hermann	X		
Meyer Franz		X	
Miller Josef			

Name	Ja	Nein	Enthalte mich
Dr. Müller Helmut		X	
Müller Herbert	X		
Mütze Thomas	X		
Naaß Christa	X		
Nadler Walter			
Narnhammer Bärbel			
Neumeier Johann		X	
Neumeyer Martin		X	
Nöth Eduard		X	
Obermeier Thomas		X	
Pachner Reinhard		X	
Paulig Ruth	X		
Peterke Rudolf		X	
Peters Gudrun	X		
Pfaffmann Hans-Ulrich			
Plattner Edeltraud			
Pongratz Ingeborg		X	
Pranghofer Karin	X		
Pschierer Franz Josef		X	
Dr. Rabenstein Christoph	X		
Radermacher Karin	X		
Rambold Hans		X	
Ranner Sepp		X	
Richter Roland		X	
Ritter Florian	X		
Freiherr von Rotenhan Sebastian			
Rotter Eberhard			
Rubenbauer Herbert		X	
Rudrof Heinrich			
Rüth Berthold		X	
Rütting Barbara	X		
Dr. Runge Martin	X		
Rupp Adelheid	X		
Sackmann Markus		X	
Sailer Martin		X	
Sauter Alfred		X	
Scharf-Gerlspeck Ulrike		X	
Scharfenberg Maria	X		
Schieder Werner	X		
Schindler Franz			
Schmid Berta		X	
Schmid Georg		X	
Schmid Peter			
Schmitt-Bussinger Helga	X		
Dr. Schnappauf Werner			
Schneider Siegfried			
Schorer Angelika		X	
Schramm Henry			
Schuster Stefan	X		
Schwimmer Jakob		X	

Name	Ja	Nein	Enthalte mich
Sem Reserl		X	
Sibler Bernd			
Sinner Eberhard			
Dr. Söder Markus			
Sonnenholzner Kathrin	X		
Dr. Spaenle Ludwig			
Spitzner Hans			
Sprinkart Adi	X		
Stahl Christine	X		
Stahl Georg		X	
Stamm Barbara		X	
Steiger Christa	X		
Stewens Christa		X	
Stierstorfer Sylvia		X	
Prof. Dr. Stockinger Hans Gerhard		X	
Stöttner Klaus		X	
Dr. Stoiber Edmund			
Strehle Max		X	
Strobl Reinhold	X		
Ströbel Jürgen			
Dr. Strohmayer Simone			
Thätter Blasius		X	
Tolle Simone	X		
Traublinger Heinrich			
Unterländer Joachim		X	
Prof. Dr. Vocke Jürgen		X	
Vogel Wolfgang			
Volkman Rainer	X		
Wägemann Gerhard		X	
Wahnschaffe Joachim	X		
Prof. Dr. Waschler Gerhard		X	
Weichenrieder Max		X	
Weidenbusch Ernst		X	
Weikert Angelika			
Weinberger Helga		X	
Dr. Weiß Bernd		X	
Dr. Weiß Manfred		X	
Weinhofer Peter		X	
Werner Hans Joachim			
Werner-Muggendorfer Johanna	X		
Winter Georg		X	
Winter Peter		X	
Wörner Ludwig	X		
Wolfrum Klaus			
Zeitler Otto			
Zeller Alfons			
Zellmeier Josef		X	
Zengerle Josef		X	
Dr. Zimmermann Thomas		X	
Gesamtsumme	43	85	0

Abstimmungsliste

zur namentlichen Abstimmung am 14.12.2006 zum Änderungsantrag auf Drs. 15/6719 zum Einzelplan 10
(Tagesordnungspunkt 13)

Name	Ja	Nein	Enthalte mich
Ach Manfred		X	
Ackermann Renate	X		
Babel Günther			
Bause Margarete	X		
Dr. Beckstein Günther			
Dr. Bernhard Otmar			
Dr. Beyer Thomas	X		
Biechl Annemarie		X	
Biedefeld Susann	X		
Bocklet Reinhold			
Boutter Rainer	X		
Breitschwert Klaus Dieter			
Brunner Helmut		X	
Christ Manfred		X	
Deml Marianne			
Dodell Renate			
Dr. Döhler Karl		X	
Donhauser Heinz			
Dr. Dürr Sepp	X		
Dupper Jürgen	X		
Eck Gerhard			
Eckstein Kurt			
Eisenreich Georg		X	
Ettengruber Herbert		X	
Prof. Dr. Eykman Walter			
Prof. Dr. Faltlhauser Kurt		X	
Dr. Fickler Ingrid		X	
Fischer Herbert		X	
Dr. Förster Linus			
Freller Karl			
Gabsteiger Günter		X	
Prof. Dr. Gantzer Peter Paul	X		
Glück Alois		X	
Goderbauer Gertraud		X	
Görlitz Erika		X	
Götz Christa		X	
Dr. Goppel Thomas			
Gote Ulrike	X		
Guckert Helmut		X	
Guttenberger Petra		X	

Name	Ja	Nein	Enthalte mich
Haderthauer Christine			
Haedke Joachim		X	
Hallitzky Eike	X		
Heckner Ingrid			
Heike Jürgen W.		X	
Herold Hans			
Herrmann Joachim		X	
Hintersberger Johannes		X	
Hoderlein Wolfgang			
Hohlmeier Monika		X	
Huber Erwin			
Dr. Huber Marcel		X	
Dr. Hünnerkopf Otto		X	
Hufe Peter	X		
Huml Melanie		X	
Imhof Hermann		X	
Dr. Kaiser Heinz	X		
Kamm Christine	X		
Kaul Henning		X	
Kern Anton		X	
Kiesel Robert		X	
Kobler Konrad		X	
König Alexander		X	
Kränzle Bernd			
Dr. Kreidl Jakob			
Kreuzer Thomas		X	
Dr. Kronawitter Hildegard	X		
Kupka Engelbert		X	
Kustner Franz			
Leichtle Willi			
Graf von und zu Lerchenfeld Philipp		X	
Lochner-Fischer Monica			
Lück Heidi	X		
Prof. Männle Ursula		X	
Dr. Magerl Christian	X		
Maget Franz	X		
Matschl Christa		X	
Meißner Christian		X	
Memmel Hermann	X		
Meyer Franz		X	
Miller Josef			

Name	Ja	Nein	Enthalte mich
Dr. Müller Helmut		X	
Müller Herbert	X		
Mütze Thomas	X		
Naaß Christa	X		
Nadler Walter			
Narnhammer Bärbel			
Neumeier Johann		X	
Neumeyer Martin		X	
Nöth Eduard		X	
Obermeier Thomas		X	
Pachner Reinhard		X	
Paulig Ruth	X		
Peterke Rudolf		X	
Peters Gudrun	X		
Pfaffmann Hans-Ulrich			
Plattner Edeltraud			
Pongratz Ingeborg		X	
Pranghofer Karin	X		
Pschierer Franz Josef		X	
Dr. Rabenstein Christoph	X		
Radermacher Karin	X		
Rambold Hans		X	
Ranner Sepp		X	
Richter Roland		X	
Ritter Florian	X		
Freiherr von Rotenhan Sebastian			
Rotter Eberhard			
Rubenbauer Herbert		X	
Rudrof Heinrich			
Rüth Berthold		X	
Rütting Barbara	X		
Dr. Runge Martin	X		
Rupp Adelheid	X		
Sackmann Markus		X	
Sailer Martin		X	
Sauter Alfred		X	
Scharf-Gerlspeck Ulrike		X	
Scharfenberg Maria	X		
Schieder Werner	X		
Schindler Franz			
Schmid Berta		X	
Schmid Georg			
Schmid Peter			
Schmitt-Bussinger Helga	X		
Dr. Schnappauf Werner			
Schneider Siegfried			
Schorer Angelika		X	
Schramm Henry			
Schuster Stefan	X		
Schwimmer Jakob		X	

Name	Ja	Nein	Enthalte mich
Sem Reserl		X	
Sibler Bernd			
Sinner Eberhard			
Dr. Söder Markus			
Sonnenholzner Kathrin	X		
Dr. Spaenle Ludwig			
Spitzner Hans			
Sprinkart Adi	X		
Stahl Christine	X		
Stahl Georg		X	
Stamm Barbara		X	
Steiger Christa	X		
Stewens Christa		X	
Stierstorfer Sylvia		X	
Prof. Dr. Stockinger Hans Gerhard		X	
Stöttner Klaus		X	
Dr. Stoiber Edmund			
Strehle Max		X	
Strobl Reinhold	X		
Ströbel Jürgen			
Dr. Strohmayer Simone			
Thätter Blasius		X	
Tolle Simone	X		
Traublinger Heinrich			
Unterländer Joachim		X	
Prof. Dr. Vocke Jürgen		X	
Vogel Wolfgang			
Volkman Rainer	X		
Wägemann Gerhard		X	
Wahnschaffe Joachim	X		
Prof. Dr. Waschler Gerhard		X	
Weichenrieder Max		X	
Weidenbusch Ernst		X	
Weikert Angelika			
Weinberger Helga		X	
Dr. Weiß Bernd		X	
Dr. Weiß Manfred		X	
Weinhofer Peter		X	
Werner Hans Joachim			
Werner-Muggendorfer Johanna	X		
Winter Georg		X	
Winter Peter		X	
Wörner Ludwig			
Wolfrum Klaus			
Zeitler Otto			
Zeller Alfons			
Zellmeier Josef		X	
Zengerle Josef		X	
Dr. Zimmermann Thomas		X	
Gesamtsumme	43	83	0

Zu Tagesordnungspunkt 13

Aufstellung der im Ausschuss für Staatshaushalt und Finanzfragen zur Ablehnung empfohlenen Änderungsanträge zum Einzelplan 10:

1. Änderungsantrag der Abgeordneten Jürgen Dupper, Joachim Wahnschaffe, Karin Radermacher u.a. SPD Haushaltsplan 2007/2008;
hier: Maßnahmen, Dienste und Einrichtungen für Personen mit besonderen sozialen Schwierigkeiten (Kap. 10 03 TG 72)
(Drs. 15/6649)
2. Änderungsantrag der Abgeordneten Jürgen Dupper, Joachim Wahnschaffe, Karin Radermacher u.a. SPD Haushaltsplan 2007/2008;
hier: Förderung von Maßnahmen zur Durchführung der Insolvenzordnung (Kap. 10 03 TG 73)
(Drs. 15/6650)
3. Änderungsantrag der Abgeordneten Jürgen Dupper, Joachim Wahnschaffe, Karin Radermacher u.a. SPD Haushaltsplan 2007/2008;
hier: Landessozialbericht (Kap. 10 03 neue TG)
(Drs. 15/6651)
4. Änderungsantrag der Abgeordneten Jürgen Dupper, Joachim Wahnschaffe, Karin Radermacher u.a. SPD Haushaltsplan 2007/2008;
Landesplan für Menschen mit Behinderung
hier: Maßnahmen, Dienste und Einrichtungen für Menschen mit Behinderung, insbesondere der beruflichen, sozialen und medizinischen Rehabilitation (Kap. 10 05 TG 78)
(Drs. 15/6652)
5. Änderungsantrag der Abgeordneten Jürgen Dupper, Joachim Wahnschaffe, Karin Radermacher u.a. SPD Haushaltsplan 2007/2008;
hier: Maßnahmen, Dienste und Einrichtungen zur Versorgung psychisch kranker und psychisch behinderter Menschen; psychosoziale Prävention (Kap. 10 05 TG 82)
(Drs. 15/6653)
6. Änderungsantrag der Abgeordneten Jürgen Dupper, Christa Naaß, Dr. Linus Förster u.a. SPD Haushaltsplan 2007/2008;
hier: Förderung von Verbänden und kulturellen Einrichtungen der deutschen Heimatvertriebenen und Flüchtlinge im Sinne des § 96 BVFG (Kap. 10 06 Tit. 686 01)
(Drs. 15/6654)
7. Änderungsantrag der Abgeordneten Jürgen Dupper, Joachim Wahnschaffe, Karin Radermacher u.a. SPD Haushaltsplan 2007/2008;
hier: Landesplan für Altenhilfe (Kap. 10 07 TG 71)
(Drs. 15/6655)
8. Änderungsantrag der Abgeordneten Jürgen Dupper, Joachim Wahnschaffe, Karin Radermacher u.a. SPD Haushaltsplan 2007/2008;
hier: Förderung von Maßnahmen und Einrichtungen für die Familie (Kap. 10 07 TG 73)
(Drs. 15/6656)
9. Änderungsantrag der Abgeordneten Jürgen Dupper, Joachim Wahnschaffe, Karin Radermacher u.a. SPD Haushaltsplan 2007/2008;
hier: Förderung von Maßnahmen und Einrichtungen der Jugendhilfe (Kap. 10 07 TG 74)
(Drs. 15/6657)
10. Änderungsantrag der Abgeordneten Jürgen Dupper, Joachim Wahnschaffe, Karin Radermacher u.a. SPD Haushaltsplan 2007/2008;
hier: Landesmittel für Familien erhalten und Verwendung optimieren (Kap. 10 07 TG 80)
(Drs. 15/6658)
11. Änderungsantrag der Abgeordneten Jürgen Dupper, Joachim Wahnschaffe, Karin Radermacher u.a. SPD Haushaltsplan 2007/2008;
hier: Förderung von Kindertageseinrichtungen und Tagespflege (Kap. 10 07 TG 89)
(Drs. 15/6659)

12. Änderungsantrag der Abgeordneten Jürgen Dupper, Joachim Wahnschaffe, Karin Radermacher u.a. SPD Haushaltsplan 2007/2008;
hier: Tagespflege
(Kap. 10 07 neue TG)
(Drs. 15/6660)
13. Änderungsantrag der Abgeordneten Jürgen Dupper, Christa Steiger, Joachim Wahnschaffe u.a. SPD Haushaltsplan 2007/2008;
hier: Maßnahmen zur Förderung der beruflichen Bildung
(Kap. 10 05 TG 74)
(Drs. 15/6679)
14. Änderungsantrag der Abgeordneten Margarete Bause, Dr. Sepp Dürr, Maria Scharfenberg u.a. und Fraktion BÜNDNIS 90 DIE GRÜNEN Haushaltsplan 2007/2008;
hier: Landessozialbericht erstellen
(Kap. 10 03 Tit. 526 21)
(Drs. 15/6712)
15. Änderungsantrag der Abgeordneten Margarete Bause, Dr. Sepp Dürr, Maria Scharfenberg u.a. und Fraktion BÜNDNIS 90 DIE GRÜNEN Haushaltsplan 2007/2008;
hier: Blindengeld erhöhen
(Kap. 10 03 Tit. 681 01)
(Drs. 15/6713)
16. Änderungsantrag der Abgeordneten Margarete Bause, Dr. Sepp Dürr, Maria Scharfenberg u.a. und Fraktion BÜNDNIS 90 DIE GRÜNEN Haushaltsplan 2007/2008;
hier: Insolvenzberatung in Bayern
(Kap. 10 03 Tit. 684 73)
(Drs. 15/6714)
17. Änderungsantrag der Abgeordneten Margarete Bause, Dr. Sepp Dürr, Maria Scharfenberg u.a. und Fraktion BÜNDNIS 90 DIE GRÜNEN Haushaltsplan 2007/2008;
hier: Rechtsextremismus bekämpfen - Aktive Demokratieerziehung leisten - Programme finanzieren
(Kap. 10 03 neue TG 75 „Förderung von Maßnahmen des Kampfes gegen den Rechtsextremismus“)
(Drs. 15/6715)
18. Änderungsantrag der Abgeordneten Margarete Bause, Dr. Sepp Dürr, Maria Scharfenberg u.a. und Fraktion BÜNDNIS 90 DIE GRÜNEN Haushaltsplan 2007/2008;
hier: Behindertenhilfe: Investitionsrückstau auflösen
(Kap. 10 05 Tit. 893 78)
(Drs. 15/6716)
19. Änderungsantrag der Abgeordneten Margarete Bause, Dr. Sepp Dürr, Maria Scharfenberg u.a. und Fraktion BÜNDNIS 90 DIE GRÜNEN Haushaltsplan 2007/2008;
hier: Mehr Qualität in Kindertagesstätten
(Kap. 10 07 Tit. 633 89)
(Drs. 15/6717)
20. Änderungsantrag der Abgeordneten Margarete Bause, Dr. Sepp Dürr, Maria Scharfenberg u.a. und Fraktion BÜNDNIS 90 DIE GRÜNEN Haushaltsplan 2007/2008;
hier: Schneller Ausbau der Bildung, Erziehung und Betreuung für Kinder unter 3 Jahren - für ein kinder- und familienfreundliches Bayern
(Kap. 10 07 TG 80, TG 89)
(Drs. 15/6718)
21. Änderungsantrag der Abgeordneten Margarete Bause, Dr. Sepp Dürr, Maria Scharfenberg u.a. und Fraktion BÜNDNIS 90 DIE GRÜNEN Haushaltsplan 2007/2008;
hier: Unterstützung der Altenhilfe
(Kap. 10 07 TG 71)
(Drs. 15/6719)
22. Änderungsantrag der Abgeordneten Margarete Bause, Dr. Sepp Dürr, Maria Scharfenberg u.a. und Fraktion BÜNDNIS 90 DIE GRÜNEN Haushaltsplan 2007/2008;
hier: Zentrale Aufgabe: Integration
(Kap. 10 50 Tit. 687 52)
(Drs. 15/6720)
23. Änderungsantrag der Abgeordneten Margarete Bause, Dr. Sepp Dürr, Maria Scharfenberg u.a. und Fraktion BÜNDNIS 90 DIE GRÜNEN Haushaltsplan 2007/2008;
hier: Menschenwürdiges Wohnen
(Kap. 10 53 Tit. 517 01, Tit. 518 01, Tit. 519 01 und Tit. 633 01)
(Drs. 15/6721)
24. Änderungsantrag der Abgeordneten Margarete Bause, Dr. Sepp Dürr, Maria Scharfenberg u.a. und Fraktion BÜNDNIS 90 DIE GRÜNEN Haushaltsplan 2007/2008;
hier: Asylsozialberatung verbessern
(Kap. 10 53 Tit. 684 01)
(Drs. 15/6722)

Zu Tagesordnungspunkt 15

Aufstellung der im Ausschuss für Staatshaushalt und Finanzfragen zur Ablehnung empfohlenen Änderungsanträge zum Einzelplan 13:

1. Änderungsantrag der Abgeordneten Jürgen Dupper, Helga Schmitt-Bussinger u.a. SPD
Haushaltsplan 2007/2008;
hier: Stärkung der von Einwohnerverlusten betroffenen Kommunen in ländlich-peripheren Regionen
(Kap. 13 10 Tit. 613 31)
(Drs. 15/6815)
2. Änderungsantrag der Abgeordneten Jürgen Dupper, Hans-Ulrich Pfaffmann, Helga Schmitt-Bussinger u.a. SPD
Haushaltsplan 2007/2008;
hier: Investitionssonderprogramm Schulhaussanierung
(Kap. 13 10 neuer Titel)
(Drs. 15/6817)
3. Änderungsantrag der Abgeordneten Jürgen Dupper, Willi Leichtle, Helga Schmitt-Bussinger u.a. SPD
Haushaltsplan 2007/2008;
hier: Sanierung kommunaler Bäder
(Kap. 13 10 neuer Titel)
(Drs. 15/6818)
4. Änderungsantrag der Abgeordneten Margarete Bause, Dr. Sepp Dürr, Maria Scharfenberg u.a. und Fraktion BÜNDNIS 90 DIE GRÜNEN
Haushaltsplan 2007/2008;
hier: Energieeinsparung bei staatlichen Gebäuden
(Kap. 13 03 TG 74)
(Drs. 15/6872)
5. Änderungsantrag der Abgeordneten Margarete Bause, Dr. Sepp Dürr, Maria Scharfenberg u.a. und Fraktion BÜNDNIS 90 DIE GRÜNEN
Haushaltsplan 2007/2008;
hier: Erhöhung der Schlüsselzuweisungen
(Kap. 13 10 Tit. 613 01)
(Drs. 15/6873)
6. Änderungsantrag der Abgeordneten Margarete Bause, Dr. Sepp Dürr, Maria Scharfenberg u.a. und Fraktion BÜNDNIS 90 DIE GRÜNEN
Haushaltsplan 2007/2008;
hier: Sicherstellung des Belastungsausgleichs für die Kommunen durch Hartz IV
(Kap. 13 10 Tit. 613 41)
(Drs. 15/6874)
7. Änderungsantrag der Abgeordneten Margarete Bause, Dr. Sepp Dürr, Maria Scharfenberg u.a. und Fraktion BÜNDNIS 90 DIE GRÜNEN
Haushaltsplan 2007/2008;
hier: Erhöhung der Pauschalzuweisungen zur Schülerbeförderung
(Kap. 13 10 Tit. 633 01)
(Drs. 15/6875)
8. Änderungsantrag der Abgeordneten Margarete Bause, Dr. Sepp Dürr, Maria Scharfenberg u.a. und Fraktion BÜNDNIS 90 DIE GRÜNEN
Haushaltsplan 2007/2008;
hier: Umwidmung der Ausgabereste für die geplanten Ausgaben für den Nahluftverkehr
(Kap. 13 12 Tit. 891 97 und Kap. 13 14 Tit. 891 81)
(Drs. 15/6876)
9. Änderungsantrag der Abgeordneten Jürgen Dupper, Susann Biedefeld, Ludwig Wörner u.a. SPD
Haushaltsplan 2007/2008;
hier: Bereitstellung von Mitteln in der TG 74 „(Zusätzliche) bauliche Maßnahmen zum Zwecke der Energieeinsparung bei staatlichen Gebäuden“
(Kap. 13 03 TG 74)
(Drs. 15/6927)
10. Änderungsantrag der Abgeordneten Jürgen Dupper u.a. SPD
Haushaltsplan 2007/2008;
hier: Haushaltsausgleich in den Jahren 2007 und 2008
(Kap. 13 01, 13 03 und 13 06)
(Drs. 15/6928)
11. Änderungsantrag der Abgeordneten Margarete Bause, Dr. Sepp Dürr, Maria Scharfenberg u.a. und Fraktion BÜNDNIS 90 DIE GRÜNEN
Haushaltsplan 2007/2008;
hier: Investitionsmittel für Ganztagschulen
(Kap. 13 10 neuer Titel)
(Drs. 15/6930)

Gesetz- und Verordnungsblatt vom 28.12.2006

Da dieses Dokument größer als 1 MB ist, wird es aus technischen Gründen nicht in die Vorgangsmappe eingefügt.

Download dieses Dokuments [hier](#)